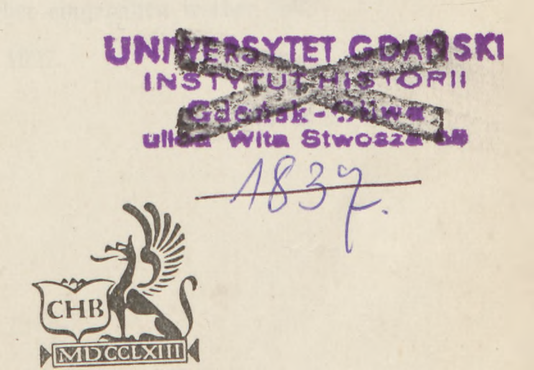
Schulthess'
Europäischer Geschichtskalender

Herausgegeben von Ulrich Thürauf

Neue Folge. Zweiundvierzigster Jahrgang

Der ganzen Reihe 67. Band

1926



C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
München 1927

Vorwort

Infolge der Ungunst äußerer persönlicher Verhältnisse später als berechnet und den Lesern versprochen, legt der unterzeichnete Herausgeber den Jahrgang 1926 vor. Für den Druckzuschuß, den ihm die „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ gütigst bewilligt hat, sagt er — zugleich im Namen des Verlages — seinen besten Dank.

Rückständig sind jetzt nur noch die Jahrgänge 1923 und 1925, beide sind aber bereits im Drucke und werden Anfangs nächsten Jahres zur Ausgabe fertig sein. Der Jahrgang 1927 darf bestimmt im Frühjahr 1928 erwartet werden, und damit hat der Europäische Geschichtskalender seinen Anschluß an das Kalenderjahr wieder erreicht, der nur durch die außerordentlichen politischen Verhältnisse des letzten Jahrzehntes verloren gegangen war und künftig mit der früheren Pünktlichkeit wieder eingehalten werden soll.

München, November 1927.

Dr. Ulrich Thürauf

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Wie alle vorausgegangenen Jahre der Nachkriegszeit stand für Europa auch das Jahr 1926 im Zeichen der Liquidation des Weltkriegs, der das Staatensystem und die Wirtschaftsstruktur Europas in einen Wirbel von Zerstörungen und Veränderungen gerissen hat. Noch immer spukte an trüben Tagen das Gespenst des „finis Europae". Nach wie vor bildete der „Wiederaufbau" Europas im weitesten Sinn das Zentralproblem aller Staatskunst: die immer noch kranke Wirtschaft mußte wieder gesund gemacht werden, die zerrütteten nationalen Währungen, die mit berühmten Ausnahmen fast alle nacheinander von der Inflation befallen wurden, erheischten — meist mit internationaler Hilfe — eine Sanierung von Grund aus, der darniederliegende internationale Handel erforderte neue zollpolitische Maßnahmen zur Wiederbelebung und die erschütterte europäische Kultur überhaupt galt es wieder aufzurichten. Die grundlegende Voraussetzung für diese gesamte Aufbauarbeit war und ist die Wiedergewinnung eines gewissen politischen Gleichgewichts, das der Krieg und die Friedensverträge völlig beseitigt hatten. Solange alles in Europa ungewiß ist — um ein Wort Lloyd Georges zu zitieren —, kann es unmöglich wieder aufwärts gehen. Europäische Zusammenarbeit zum Wohl der Wiedergesundung der europäischen Völkerfamilie bildet daher den Generalnenner, auf den alle Faktoren der gesamten europäischen Staatspolitik gebracht werden müssen, wenn Europa leben soll. An die Stelle der oft mehr als einseitigen Handhabung der in vielen Punkten mehr Mords- als Friedensinstrumenten zu vergleichenden Verträge durch die Siegerstaaten mußte die Verständigung, der lebensnotwendige Ausgleich treten.

Auf dem Gebiet der Reparationsfrage wurde dieser Weg des vernünftigen Vergleichs bekanntlich 1924 mit dem Dawesplan beschritten. So fraglich seine Durchführungsmöglichkeit bis zum letzten auch noch heute erscheint, so mannigfachen berechtigten Kritiken er ausgesetzt ist, so verschiedene Auslegungen er erfährt, auf alle Fälle hat er als erster ernsthafter Lösungsversuch der Reparationsfrage das Schwergewicht der Auseinandersetzung auf das wirtschaftliche Gebiet verschoben und damit die Gedankengänge zerstörender Machtpolitik zurückgeschraubt. Ohne Pazifist a priori zu sein, kann man sagen, daß damit die Vernunft des europäischen Kulturgewissens — nach vielen diplomatischen

Anstrengungen — einen ersten Sieg errungen hat. Der Lösung der Reparationsfrage folgte im Jahre 1925 die Lösung der Sicherheitsfrage durch das Vertragswerk von Locarno.

Zu Neujahr 1926 konnten sich daher die Diplomaten der führenden Großmächte Europas zu diesem weltgeschichtlichen Erfolg von Locarno beglückwünschen, in dem befriedigenden Bewußtsein, daß nunmehr auch die zweite Kardinalfrage der europäischen Nachkriegspolitik, die Sicherheitsfrage von den beiden Hauptpartnern, Frankreich und Deutschland, gelöst war. Wenn Sicherheit eine wirksame Stütze der Gleichgewichtspolitik bedeutet, so war nunmehr im Sinne der englischen These das europäische Gleichgewicht wieder hergestellt. Unter diesem Gesichtswinkel gesehen ward England zum Hauptsieger in Locarno. Der Umstand, daß nunmehr die Erfüllung der für Frankreich „vitalen" Forderungen nach Reparationen und nach Sicherheit hinlänglich garantiert war, ermöglichte es der außenpolitischen Leitung Frankreichs allmählich den Weg einer Annäherung an den deutschen Erbfeind zu beschreiten. Dieser Kurswechsel vollzog sich natürlich nur zögernd und nicht ohne Rückschläge: das zeigte sich bei der logischen Fortsetzung der Locarnopolitik, dem Hauptprogramm des Jahres 1926. Locarno sollte in den Völkerbund „eingebaut" werden, indem vor allem die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vollzogen werden sollte. So hatte man es im Locarnopakt selbst verbrieft. Deutschland sollte damit als gleichberechtigte europäische Großmacht rehabilitiert werden. Mit welchen heimlichen Vorbehalten und Hintergedanken auf französischer Seite aber, das sollte sich erst noch herausstellen. Im Januar hatte Briand mit Chamberlain eine mehrstündige Unterredung, in der auch die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zur Sprache kam (S. 442 f.). Während Deutschland ohne Argwohn mit einer Aufnahme als ständiges Ratsmitglied in den sonst unveränderten Rat rechnete, betrieb Frankreich die gleichzeitige Verleihung eines ständigen Ratssitzes an Polen, dem es anscheinend bereits in Locarno ein derartiges heimliches Versprechen gegeben hatte, und versuchte England, Spanien den schon früher in Aussicht gestellten Ratssitz zuzubringen. Für Frankreich und Großbritannien überaus peinlich geißelte der amerikanische Senator Borah das mit Polen geschlossene Geheimabkommen als einen Betrug (S. 400).

Am 10. Febr. stellte also Deutschland beim Völkerbund seinen „Antrag" auf Aufnahme, am 12. Febr. beschloß der Völkerbundsrat die Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung auf den 8. März, um die Aufnahme Deutschlands zu voll-

ziehen. Die deutsche Delegation fuhr nach Genf in der sicheren Hoffnung, daß alles klappen werde, und wurde — bitter enttäuscht. Der Fall Polen, sein von Frankreich hartnäckig unterstützter Anspruch auf einen ständigen Ratssitz, veränderte die Situation zuungunsten Deutschlands, das konsequent auf der Aufnahme als ständiges Ratsmitglied bestand, ohne daß mit ihm gleichzeitig oder in absehbarer Zeit noch eine zweite Macht als solches in den Rat einziehe. Für Deutschland bedeutete der Fall Polen einen offenen Affront seitens Frankreichs, das Polen als Gegengewicht gegen das neue Ratsmitglied Deutschland einsetzen wollte. Deutschland blieb fest. Es folgte ein tagelanges Feilschen und Verhandeln, um die so heraufbeschworene „Konstitutionskrise" des Völkerbunds im Interesse seines Gedeihens beizulegen (S. 454 ff.). Ein großes Opfer Schwedens, sein Verzicht zugunsten Polens, sollte schließlich die Situation meistern, als das starrsinnige Veto Brasiliens hineinplatzte und jeden Erfolg weiterer Verhandlungen ausschloß. Die Völkerbundsversammlung ging ohne Ergebnis auseinander, die Aufnahme Deutschlands in den Bund war auf den Herbst vertagt. Stresemann, dazu berufen, schilderte kurz darauf im deutschen Reichstag die Vorgänge in Genf ebenso eingehend und anschaulich wie entlastend für jedwede Schuld Deutschlands an dem Fiasko, das nur als schwerer Rückschlag auf dem in Locarno beschrittenen Weg gedeutet werden konnte. „Locarno" selbst wurde noch in Genf in einem gemeinsamen Kommuniqué der Locarnomächte ausdrücklich als gerettet erklärt. Was die Beurteilung der Vorgänge in ihren großen politischen Zusammenhängen anlangt, so erhellte der um Deutschland entbrannte Streit die schwerwiegende durch Deutschlands bevorstehenden Eintritt verursachte Veränderung des Völkerbundsrats. Da nämlich die einstimmige Beschlußfassung zum verfassungsgemäßen Wesen des Völkerbundsrats gehört, so mußte doch der Eintritt Deutschlands in diesen Rat dessen Gesicht wesentlich verändern, das Gesicht des Rats, der in der Vergangenheit so oft als parteiisch eingestelltes Vollzugsorgan der Siegerstaaten gescholten wurde.

Einen Monat nach seiner Rückkehr von Genf unterzeichnete Stresemann in Berlin den Freundschaftsvertrag mit Rußland (S. 87), über den bereits über ein Jahr verhandelt worden war, also einen Vertrag mit dem gleichen bolschewistischen Rußland, dem die kapitalistischen westeuropäischen Großstaaten Großbritannien und Frankreich feindselig gegenüber standen. Um jedem Vorwurf eines illoyalen Verhaltens von vornherein zu begegnen, setzte Stresemann vor der Veröffentlichung des Vertrags die Locarno-

mächte davon in Kenntnis, und zwar mit dem Beweis, daß der Vertrag in keiner Weise den Zwecken des Locarnovertrags zuwiderlaufe. Ob beabsichtigt oder nicht, machte immerhin das überraschende Ereignis einigen Eindruck in London und Paris. Vielleicht nicht ohne bewußte Pointe erklärte Stresemann in seinem Rundfunk-Kommentar: Letzten Endes hat eben die selbständige deutsche Politik überrascht (S. 93).

Inzwischen hatte die Diplomatie des Völkerbundes die Einberufung einer Studienkommission für die Ratsreform vorbereitet, um die im Frühjahr verunglückte Aufnahme Deutschlands wenigstens für den Herbst sicher zu stellen. Zu dieser Kommission wurde auch Deutschland in sehr loyaler Weise beigezogen. Kurz vor der Herbsttagung der Völkerbundsversammlung leitete die Kommission dem Rat ihre Vorschläge zu, die auf eine Erhöhung der Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder und auf die Schaffung des Begriffs der Wiederwählbarkeit hinausliefen. Es bleibt in der Hauptsache das Verdienst Lord Cecils, diesen Ausgleich der widerstreitenden nationalen Interessen gefunden und durchgesetzt zu haben. Deutschland erhielt sein Recht, aber auch Polen, das alsbald als wiederwählbares Mitglied in den Rat einziehen sollte, erfuhr seine weitgehende Berücksichtigung. Von einem ausgesprochenen Sieg der deutschen These war so keine Rede mehr, als am 10. Sept. Deutschland in der Völkerbundsversammlung seinen Einzug hielt (S. 474 ff.). Folgerichtig war jedoch das Opfer im Interesse der europäischen Sache nicht zu umgehen. Der einstige Geschichtsschreiber des Völkerbunds wird nicht mit Unrecht das Jahr 1926 als das deutsche Völkerbundsjahr bezeichnen. Denn alle die übrigen Leistungen und Ereignisse des Jahres innerhalb des Völkerbunds traten in den Hintergrund vor der Neugestaltung des Bundes durch den Eintritt Deutschlands.

Eine Woche später erfolgte die gewichtige Separataussprache zwischen Stresemann und Briand in Thoiry (S. 483 f.), ihr Hauptzweck dürfte gewesen sein, die etwa noch vorhandene Verstimmung Deutschlands über Frankreichs polnische Tour zu beseitigen und die Grundlagen für den nun notwendigen deutsch-französischen Ausgleich festzulegen. Daß Locarno — Genf — Thoiry doch etwas mehr bedeuteten als lediglich neue Fesseln Deutschlands zur Sicherheit Frankreichs, zeigte gerade auch die Opposition des französischen Nationalisten gegen diese Briandsche Versöhnungspolitik.

Und die weiteren Ereignisse im Völkerbund, in dem nun Deutschland seinen Platz hatte, sollten zeigen, ob Deutschland drinnen im Bund oder außerhalb desselben mehr zu erreichen

in der Lage war. Freilich nur zäh und langsam vermochte sich der neue Kurs durchzusetzen, das zeigte sich alsbald auf der Dezembertagung des Völkerbundsrats bei der Bereinigung der Investigationsfrage (S. 497 f.). Stresemann selbst bezeichnete in seiner Hamburger Rede das Genfer Ergebnis als eine weitere wichtige Etappe der Entwicklung, ohne jedoch den Hinweis darauf zu unterlassen, daß es auf die Dauer ein unmöglicher und mit der Gleichberechtigung im Völkerbund unvereinbarer Zustand sei, die allgemeine Rüstungsfreiheit bestehen zu lassen und dabei einen einzelnen Staat einseitig zu kontrollieren (S. 181). Daß die Frage der allgemeinen Abrüstung, die doch einen wesentlichen Programmpunkt der Völkerbundspolitik darstellt, noch gar nicht reif zur Lösung war, bewiesen die umständlichen akademischen Erörterungen in der vorbereitenden Kommission (S. 463 ff.).

Bei alledem, trotz Locarno, Genf und Thoiry, muß darüber hinaus festgehalten werden, daß das bestehende französische Bündnissystem mit Polen, der Tschechoslowakei und nunmehr auch mit Rumänien (S. 384) seine Bedeutung behielt und behalten wird sowohl gegen Rußland als auch gegen Deutschland, zumal sich England angesichts des sich anbahnenden französisch-deutschen Ausgleichs wohlwollend vornehm zurückhielt, entsprach doch die ganze Entwicklung der alten englischen Theorie vom europäischen Gleichgewicht.

Was im übrigen die weitere Ausführung des Dawesplans betrifft, so kam Deutschland auch im Jahre 1926 gewissenhaft und pünktlich seinen Verpflichtungen nach, aber auch das hatte wenig beschleunigende Wirkung auf die von Deutschland ungeduldig erwarteten „Rückwirkungen" von Locarno: Am 1. Febr. erfolgte die Räumung der Kölner Zone, die auch ein nationalistisches Frankreich nicht hätte umgehen können, im Sommer folgte das Koblenzer Abkommen zur Befriedung des besetzten Gebietes (S. 446 f.) und gegen Schluß des Jahres das „Investigationsprotokoll" (S. 497 f.) über die endliche Beseitigung der interalliierten Militärkontrolle und ihren Ersatz durch die Investigation des Völkerbunds.

Das gute reibungslose Funktionieren des Dawesplanes hatte aber eine andere weltpolitische Folge: die aus der Kriegszeit her bestehenden gegenseitigen interalliierten Schulden wurden nunmehr restlos fundiert und die Verpflichtungen an den Generalgläubiger der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurden endgültig vertraglich festgelegt (S. 449 ff.). Ein altes, manche Unruhe verursachendes Moment war damit ausgeschaltet aus den sich gegenseitig bedingenden weltpolitischen Berechnungen. Bezeichnenderweise aber — um

eine bemerkenswerte Einzelheit herauszugreifen — enthielt Amerika seinem französischen Schuldner die geforderte Sicherheitsklausel bezüglich des Funktionierens der deutschen Reparationszahlungen vor.

Einseitiger Optimismus — ein Luxus, den sich die ohnedies in ihrer Erkenntnis mehr tastende als sichere Zeitgeschichte schon gar nicht erlauben sollte — wäre es, wenn man es unterlassen würde, vom System des Völkerbunds, das nach dem übereinstimmenden Urteil seiner Patrone selbst noch in der Entwicklung steht und sich erst noch ganz durchsetzen und erproben muß, abstrahierend die Gesamtlage Europas und der Welt überhaupt zu überblicken. Man braucht ja dabei nicht in die völlig ablehnende Kritik des amerikanischen Botschafters Houghtons (S. 399 f.) einzumünden, der im Völkerbund nur eine „heilige Allianz", geboren aus der Not der Zeit, sieht. Solche Kritik ist letzten Endes abhängig von der spekulativen Einstellung zu den weltanschaulichen Problemen der Menschheitsentwicklung.

Durch die Brille des Völkerbunds gesehen wäre seit dem Herbst 1926 das europäische Gleichgewicht wieder völlig hergestellt: so wollte es auch vor allem England, der Treuhänder anläßlich des französisch-deutschen Ausgleichs (vgl. Locarno!). Man hat nun aber — vor allem in Deutschland und in Rußland — darauf hingewiesen, daß es das Ziel der ganzen britischen Völkerbundspolitik sei, einen europäischen Block gegen den russischen Feind zustande zu bringen und damit das Friedensinstrument des Völkerbunds zu einer wirksamen Kriegswaffe umzugestalten. Rußland, der Feind Englands im Osten, an den Grenzen Indiens und in China, folgerichtig völlig ablehnend gegen den westeuropäisch eingestellten Völkerbund, zum Schaden der englischen Kultur eifrig in seiner unterwühlenden bolschewistischen Auslandspropaganda, diesem Rußland müsse der nächste Krieg Englands gelten. Unter den Gesichtspunkt dieses englisch-russischen Gegensatzes sind zu fassen die Randstaatenpolitik Rußlands, die auf ein östliches Locarno hinzielte, der zustandegekommene russisch-litauische Vertrag und der Vertrag mit Deutschland auf russischer Seite, die Völkerbundspolitik, die Nord- und Randstaatenpolitik auf britischer Seite. Eine weitere Komplizierung der Lage im Osten liegt in der französisch-polnisch-tschechischen Allianz, die bekanntlich in Locarno durch den Abschluß der Bürgschaftsverträge Deutschland brüskierte. Sowohl gegen Rußland wie gegen Deutschland richtet sich das von dem imperialistischen Frankreich unterhaltene Bündnissystem mit Polen, mit der Tschechoslowakei und nunmehr auch mit Rumänien (s. oben). Rußland seinerseits läßt nicht ab von der Wühlarbeit gegen

die unter französischem Protektorat stehende kleine Entente, indem es in Jugoslawien durch die Raditschleute ständig den Regierungskurs zu stören versucht. Auf dem Balkan schon an sich viel Unruhe und Unsicherheit: der serbisch-rumänische, der serbisch-griechische, der serbisch-bulgarische Gegensatz und dazu die italienische Aktivität in Albanien. Schiedsverträge auf der einen Seite, Allianzen und Freundschaftsverträge auf anderen Seite, altes und neues nebeneinander und gegeneinander zeigen trotz aller Politik der Befriedung und des Ausgleichs den gefährlichen Zwiespalt in dem gesamtpolitischen Zustand Europas. Was in der Zukunft sich als stärker erweist, das Neue der Schiedsverträge und der Sicherheitspakte oder das alte System der Allianzen, das sagen die einen schon heute voraus, während die anderen zagend mit Prophezeiungen zurückhalten.

Zeigten sich so trotz allem in Europa die alten nationalistischen und machtpolitischen Strömungen, so kam zumal in der Kolonialpolitik der Imperialismus wieder voll zum Zug: Englands Mossul-Sieg, das englisch-italienische Abessinienübereinkommen, die italienische Kolonialoffensive im Mittelmeer (Vertrag mit Yemen S. 435) und die zentralisierende — eigentlich vertragswidrige — Tendenz der Kolonialpolitik Englands in Ostafrika (S. 419 f.) gehören in dieses Kapitel. Demgegenüber entwickelte sich die Lage in China zu einer bedenklichen Gefahr, besonders für den britischen Imperialismus. Das britische Chinamemorandum sprach in einem sehr ernsten Ton (S. 439 f.) darüber.

Deutschlands Außenpolitik haben wir bereits eingangs in ihren europäischen Zusammenhängen im wesentlichen geschildert. Sie stand im Zeichen der restlichen Erfüllung des Versailler Vertrags und der Durchführung des Dawesplans und war in ihrem Elan, soweit ein Elan überhaupt für sie unter dem lastenden Druck möglich ist, beseelt vom „Locarno-Geist", zu dessen wesentlichem Inhalt auf deutscher Seite eine große Selbstverleugnung gehörte. Hier sind nur noch nachzutragen der Abschluß des Handelsprovisoriums mit Frankreich und der Schiedsvertrag mit Italien. Der innerpolitische Kampf um die auswärtige Politik wurde nicht mehr mit der gleichen Leidenschaft wie in den letzten Jahren geführt, auch hier machte sich das Eintreten stabilerer Verhältnisse allmählich geltend. Und schließlich konnten die entschiedensten Feinde Stresemanns eine wesentliche Besserung der außenpolitischen Stellung Deutschlands nicht in Abrede stellen, wenn es auch die Ultrarechten nicht unterlassen konnten, von Fall zu Fall den Methoden Stresemanns ihre traditionellen Empfehlungen gegenüberzustellen. Gerade diesen

Kritikern, die in ihrer Oppositionsstellung leicht nörgeln konnten, galt das Wort Stresemanns zu Neujahr 1927: „Eine spätere Geschichtsschreibung wird in erster Linie diejenigen als Träger des Wiederaufbaus nennen, die in schweren Zeiten die Verantwortung für die Führung der Staatsgeschäfte übernommen haben." Innerpolitisch galt es, zu Beginn des Jahres 1926 in erster Linie die aus dem alten Jahr herübergeschleppte Regierungskrise zu bereinigen, der greise Reichspräsident mußte selbst seinen ganzen persönlichen Einfluß einsetzen, um das „betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrise" (S. 7) zu beenden. Luthers zweites Kabinett war nur eine Minderheitsregierung der Mitte und brachte es bei ihrem Einzug im Parlament nur auf die knappe Mehrheit von 10 Stimmen (S. 21). Abgesehen von den schwerwiegenden außenpolitischen Entscheidungen war es vor allem die große Not der schweren Wirtschaftskrise, die der neuen Regierung immer vor Augen stand. Der neue Finanzminister Reinhold tat den wagemutigen, aber in seinen Auswirkungen wohl erwogenen Schritt der Steuermilderung und brachte damit unbestritten der Wirtschaft einigermaßen Erleichterung. Mehr als vielleicht sachlich nötig, aber auch durch die Haltung der Landesregierungen nicht ganz unverschuldet, wurde die Öffentlichkeit durch die Frage der Fürstenabfindungen in Atem gesetzt. Angesichts der rücksichtslosen Auspowerung des begüterten arbeitenden Mittelstands des deutschen Volks durch Krieg, Revolution und Inflation und angesichts von Forderungen der Fürsten, die im Vergleich hierzu über das Maß des Billigen hinaus gingen, war es für die kommunistische und sozialdemokratische Agitation für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht zu schwer, bis weit in bürgerliche Kreise hinein wenigstens Interesse für ihre Beweisführung zu erwecken. Die Frage wurde von Rechts und Links mit allen parteidoktrinären Waffen behandelt. Schlug auch der Volksentscheid fehl, so glückte andererseits auch die parlamentarische Erledigung der von der Reichsregierung im Einvernehmen mit den Koalitionsparteien eingebrachten Kompromißvorlage nicht. Die Regierung zog, als sie die Aussichtslosigkeit der Situation erkannte, ihre eigene Vorlage zurück. Das Sperrgesetz wurde bis zur Jahreswende verlängert und die ganze Frage zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt. Wie ihr Fürstenkompromiß, so zog die Regierung unerwartet auch ihre Vorlage gegen das von den Sparerbünden propagierte Volksbegehren, betr. die Aufwertung, zurück (S. 120). Eine an sich die vitalen Interessen der Nation nicht unmittelbar berührende Frage, der Flaggenstreit, führte im Mai zu schweren grundsätzlichen

Auseinandersetzungen zwischen rechts und links und zum Sturz des Kabinetts Luther, dem ein Kabinett Marx folgte. Als eine innerpolitische, parlamentarische Leistung ist dem allen gegenüber anzusprechen die rechtzeitige Verabschiedung des Etats (S. 80). Die Teilnahme eines Prinzen an den Herbstmanövern, ohne daß dieser in dem im Friedensvertrag vorgeschriebenen Vertragsverhältnis zur Reichswehr stand, machte auf den Alarm der Linksparteien hin eine Untersuchung notwendig und verursachte anfangs Oktober die Verabschiedung des Chefs der Heeresleitung, des Generaloberst v. Seeckt, nötig, dem das neue Deutschland die Wiederaufrichtung der kleinen Wehrmacht zu verdanken hat. Die dunklen Nachrichten über — übrigens weiter zurückliegende — Zustände in der Reichswehr, die angeblich gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages verstoßen, bildeten Ende des Jahres den Linksparteien den willkommenen Anlaß zu einem Generalsturm gegen das Kabinett Marx, das am 17. Dezember bei der entscheidenden Abstimmung in die Minderheit versetzt und so zum Rücktritt gezwungen wurde. Mit einer ungelösten Regierungskrise hatte das Jahr 1926 begonnen und hat nun auch so wieder geschlossen. Krasser als im Reich selbst wirkte sich die wirtschaftliche Notlage in den Ländern aus, deren Kampf mit dem Reich fast ausschließlich im Zeichen des Finanzausgleichs stand; finanziell geradezu „Kostgänger" des Reichs, verblieb ihnen doch nach wie vor wenigstens die Lösung der kulturellen Fragen.

Danzig, das in Professor van Hamel einen neuen Völkerbundskommissar erhielt, wurde infolge des polnischen Kurssturzes und des dadurch verursachten beträchtlichen Einnahmeausfalls an Zöllen von einer schweren Finanzkrise heimgesucht. Der parlamentarische Kampf um die notwendige Finanzsanierung führte zu einem Regierungswechsel, der an die Stelle der Koalition der Sozialisten, des Zentrums und der Liberalen eine auf nur schwacher Basis ruhende bürgerliche Regierung in den Sattel hob. Der neuen Regierung glückte zwar kraft eines Ermächtigungsgesetzes die vollständige Durchführung der Finanzsanierung und die Erwirkung einer Völkerbundsanleihe, aber nicht die Erlangung weiterer Zugeständnisse Polens in der Zollfrage.

In Oesterreich begann das Jahr mit einer Umbildung des Kabinetts Rameks, wobei Mataja, der sowohl als Außenminister wie auch wegen persönlicher Blamagen sich nicht mehr halten konnte, ausgeschifft wurde. Das rekonstruierte Kabinett Ramek konnte sich jedoch nicht lange mehr halten, die zwar an sich notwendige aber in der Form nicht ganz einwandfreie Stützungs-

aktion der Zentralbank untergrub sein Ansehen, so daß es Ramek vorzog, zu selbstgewähltem Zeitpunkt zurückzutreten, um einem neuen Kabinett Seipel das Feld zu räumen. Das wichtigste Ereignis des Jahres bildete die Beendigung der finanziellen Völkerbundskontrolle, die Wiederherstellung der Finanzhoheit.

In Ungarn absorbierte monatelang die Frankenfälscheraffäre, die nicht ohne patriotische Note auch hohe Staatsbeamte kompromittierte, jede politische Kraft. Nach der Durchführung des Prozesses stellte das Kabinett dem Reichsverweser sein Mandat zur Verfügung, der es jedoch von neuem bestätigte und ihm damit sein Vertrauen aussprach. Und in den Dezemberwahlen zur Nationalversammlung erhielt Graf Bethlen und seine Partei eine überwältigende Mehrheit, während die Opposition fast auf die Hälfte zusammenschmolz. Im übrigen ist noch hervorzuheben, daß wie in Österreich die Völkerbundskontrolle ihren Abschluß fand.

In der Tschechoslowakei versetzte die von den tschechischen Nationalisten längst erwartete Durchführungsverordnung zum Sprachgesetz der deutschen Kultur im Lande einen bitteren Schlag. Eine weitere Verschärfung des national-staatlichen Systems bedeutete ferner die Einsetzung eines Beamtenkabinetts unter Führung von Cerny. Die parteipolitische Auswirkung der reizbare Formen annehmenden faschistischen Propaganda veranlaßte den Staatspräsidenten Masaryk jedoch gerade zum Versuch eines Ausgleichs mit dem deutschen Element. In das im Oktober gebildete Kabinett zogen zum erstenmal zwei Deutsche als Minister ein. Masaryk erklärte sich damit gegenüber den nationalistischen Kreisen deutlich für das Prinzip des Nationalitätenstaats.

Die Republik Portugal hatte wiederum ihre programmmäßige Revolution, in der schließlich General Carmona die Überhand über General da Costa behielt.

Spanien, wo sich Diktator Primo de Rivera allen Quertreibereien zum Trotz halten konnte, war vor allem außenpolitisch stärker tätig, nachdem es durch die Beendigung des Marokkofeldzuges die Hände freibekommen hatte. Allerdings ohne Erfolg, ihren in London, Paris und Rom angemeldeten Anspruch auf Tanger mußte die Regierung wieder zurückziehen und ihren Mißerfolg in Genf, die Vorenthaltung des lange angestrebte ständigen Ratssitzes, vermochte sie nur mit einer Absage an den Völkerbund überhaupt zu quittieren.

Englands außenpolitische Sitnation haben wir eingangs in ihren größeren Zusammenhängen bereits geschildert. Innerpolitisch bildete der mehrmonatige Kohlenstreik und der gefürchtete General-

streik das Ereignis des Jahres. Der Generalstreik brach nach wenigen Tagen in sich zusammen, ohne daß die Regierung nur etwas an Prestige eingebüßt hatte. Der Kohlenstreik jedoch wurde mit englischer Zähigkeit von beiden Seiten monatelang durchgehalten: nachgeben mußte natürlich auch hier die Partei der Arbeitnehmer. Die Zukunft des englischen Kohlenbergbaus — eine Lebensfrage Englands — wird nunmehr von dem Erfolg seiner Reorganisation abhängen. Von größter historischer Bedeutung für das britische Imperium wird bleiben das auf der herbstlichen Londoner Reichskonferenz angenommene Verfassungsdokument, welches die durch den Krieg und die Kriegsfolgen gewordenen neuen staatlichen Verhältnisse Großbritanniens und seiner Dominien grundlegend untersucht und festhält.

Noch bewegter als die innerdeutschen Vorgänge gestalteten sich die innerpolitischen Ereignisse in Frankreich, das schon alle Kraft aufbieten mußte, um der Inflationskrise Herr zu werden. Der parlamentarische Streit über die Methoden der Finanzsanierung stürzte dreimal die Regierung. Was den Finanzministern seiner Vorgänger, Caillaux eingeschlossen, nicht gelungen war, das Werk der Sanierung bis zum sicheren Ende, sollte erst Poincaré gelingen, der in dem „Ministerium der nationalen Einigkeit" sowohl den Vorsitz wie die Ministerien der Finanzen und der befreiten Gebiete selbst übernommen hatte. Mit einer unglaublichen Energie glückte es ihm, sowohl die grundlegenden Finanzgesetze wie dann auch das Budget 1927 in 36tägiger Debatte zur parlamentarischen Erledigung zu bringen. Bei aller inneren Unruhe und Ungewißheit war der außenpolitische Kurs, den Briand steuerte, unverändert immer der gleiche stetige, das haben wir oben bereits gezeigt.

So verhältnismäßig reibungslos sich die innere Politik Italiens in das vorgezeichnete Programm seines gefeierten Diktators Mussolini, der drei Attentate überlebte, einfügte, so unruhig war die italienische Außenpolitik des Jahres. Die Schuldenverhandlungen mit England wurden zum Abschluß gebracht, mit Rumänien und Albanien kamen Freundschaftsverträge, mit Spanien und — trotz der zu Beginn des Jahres wegen Südtirol entstandenen Verstimmung — mit Deutschland Schiedsverträge zustande. Die Besuche Nintschitsch', Pangalos' und Buroffs in Rom warfen ein Schlaglicht auf die Balkanpolitik Mussolinis. Der Grenzvertrag mit Ägypten, das mit England erzielte Abessinienabkommen und das Yemenabkommen sowie die Tripolisreise des Duce beleuchteten die starke kolonialpolitische Tätigkeit. Innerpolitisch ist

hervorzuheben das faschistische Syndikatsgesetz, das die syndikalistischen Gewerkschaften in dem Staatsorganismus verankern soll.

In der Schweiz entschied ein Volksreferendum mit knapper Mehrheit gegen das Getreidemonopol, so daß die Regierung die monopolfreie Lösung der für die Schweiz so wichtigen Getreidefrage zu lösen bezw. ein Übergangsregime für das Jahr 1927 vorzubereiten hatte.

Wie Frankreich, so hatte auch Belgien seinen Kampf gegen die Inflation zu bestehen, kraft einer Generalvollmacht stabilisierte die im Mai neu gebildete Regierung Jaspar-Houtart die Währung und führte sodann eine neue Goldwährung ein. Nebenher lief die endgültige Schuldenregelung auf Grund des Washingtoner Abkommens. Außenpolitisch hielt Vandervelde im wesentlichen die Locarnolinie ein, an der Seite Frankreichs, löste die Scheldefrage und hatte sich schließlich auch mit China zu beschäftigen, nachdem die Kantonregierung Belgien den Handelsvertrag von 1865 gekündigt hatte.

In Holland gelang es erst nach mehrmaligen Versuchen, die von 1925 herübergeschleppte Regierungskrise beizulegen. De Geer, der Christlich-Historischen Partei angehörend, brachte schließlich unter Zurückdrängung des klerikalen Elements eine Regierung von stark konservativem Einschlag zustande, deren Hauptleistung es war, den Scheldevertrag mit Belgien perfekt zu machen.

Wie in anderen Ländern, so wuchs auch in Dänemark die allgemeine Wirtschaftskrise sich zu einer Staatskrise aus. Die Neuwahlen gaben den Rechtsparteien die Mehrheit wieder zurück, die sie 1924 an die Linke verloren hatten, an die Stelle der Linksregierung Stauning trat ein Rechtskabinett Madsen-Mygdal.

Mit dem heroischen schwedischen Spiel in der Genfer Märztragödie begann das Ansehen der Regierung im Lande selbst zu schwinden, bei der wirtschaftspolitischen Parlamentsdebatte über das Arbeitslosenproblem geriet das sozialistische Kabinett Sandler vollends unter die Räder und mußte einer hauptsächlich freisinnig orientierten Regierung Ekman das Feld räumen.

Auch in Norwegen demissionierte die links gerichtete Minderheitsregierung Mowinckel und kam ein Rechtskabinett Lykke zustande. Die im Oktober durchgeführte Volksabstimmung über das Alkoholverbot ergab ein negatives Resultat, von dem man eine Erleichterung der handelspolitischen Schwierigkeiten erwartete.

Die im Januar gebildete Rechtsregierung in Finnland machte sich im Zusammenhang mit einem Munitionslieferungsskandal selbst

wieder unmöglich und hob damit ein sozialistisches Kabinett Tanner in den Sattel.

In Sowjetrußland dauerten wie 1925 die inneren Parteischwierigkeiten an, mit denen das neue System Stalin zu kämpfen hatte. Stalin konnte zufrieden sein, daß es ihm wenigstens gelang, die Opposition der Trotzki, Sinowjew und Kamenew zurückzudrängen, seine wirksamste Waffe in dem nicht immer durchsichtigen theoretischen Kampf war die neue Lage, der Ausgleich zwischen Arbeitertum und Bauerntum. In außenpolitischer Hinsicht war, wie bereits gekennzeichnet, der Regierungskurs entschieden völkerbundsfeindlich, die Verträge mit Deutschland und mit Litauen bedeuteten eine Rückendeckung für die östliche, asiatische Politik des Sowjetbundes.

In Estland ergriff nach den Neuwahlen eine Rechtsregierung das Staatsruder. In Lettland wurde die Regierung Ulmanis gestürzt, ihre Nachfolgerin konnte sich aber ebensowenig halten. Alberings machte einer Linksregierung Skujenieks Platz. Die Neuwahlen in Litauen brachten die Sozialisten ans Ruder, die jedoch parlamentarisch auf die Unterstützung der Minderheiten angewiesen waren. Der mit Rußland geschlossene Vertrag, vor allem aber Gerüchte über kommunistische Pläne veranlaßten einen Staatsstreich der Rechten zur Rettung des Landes vor der „Polonisierungs- und Bolschewisierungspolitik“. Der neue Ministerpräsident Woldemaras vermied jedoch andererseits auch einen Bruch mit Rußland und hielt den Vertrag aufrecht.

In Polen, wo die Finanzkrise und Arbeitslosenunruhen die innerpolitische Lage bedenklich verschärften, löste Marschall Pilsudski durch einen Staatsstreich die Krise. Die Wahl zum Staatspräsidenten jedoch schlug Pilsudski aus. Nachdem das neue Kabinett Bartel abgewirtschaftet hatte, nahm im Herbst Pilsudski die Kabinettsbildung selbst in die Hand.

Die Türkei holte sich in der Mossulfrage eine nicht selbstverschuldete Schlappe, fand sich jedoch mit klugem politischen Instinkt mit der Lage ab, die zurzeit nicht zu ändern war. Das Mossulabkommen wie auch der Grenzvertrag mit Frankreich bedeuteten immerhin eine Befriedung, die dem Lande auf innerpolitischem Gebiete zum Vorteil werden sollte.

In Bulgarien, jenem Balkanstaat, der am meisten unter den Folgen des Weltkriegs zu leiden hat, trat zu Beginn des Jahres an die Stelle des zurückgetretenen Kabinetts Zankoff eine liberale Regierung unter Führung Liaptscheffs und mit Buroff, einem ausgesprochenen Franzosenfreund, als Außenminister. Der Re-

II*

gierungskurs änderte sich jedoch nicht, er war eben von vorneherein vorgezeichnet durch die drückenden Friedensverträge, die das Land hatte auf sich nehmen müssen.

Rumäniens auswärtige Politik hatte die Aufrechterhaltung des Statusquo und besonders eine Garantie für Beßarabien sich als Ziele gesteckt, durch den Abschluß der Verträge mit Italien, Frankreich und Polen setzte sie auch ihren Willen durch. Innenpolitisch brachte der von Bratianu anscheinend erzwungene Thronverzicht des Kronprinzen lebhafte Unruhe in das Spiel der Parteien. Bratianu trat bei Schluß der Kammersession freiwillig zurück und Averescu, der Führer der Opposition, der bereits 1918 Ministerpräsident war, trat mit einem bäuerlich-liberalen Kabinett an seine Stelle.

In Südslawien ging der innerpolitische Kampf um Stefan Raditsch weiter, weder mit noch gegen ihn konnte der Kampf zum Stehen gebracht werden. Ein Ausgleich zwischen den Radikalen und den Kroaten erwies sich als Utopie.

In Griechenland siegte die Militärdiktatur Pangalos', um ebenso plötzlich wieder zu verschwinden. Die Novemberwahlen brachten einen entschiedenen Sieg der Republikaner, so daß es zunächst mit allen Diktatur- oder monarchistischen Plänen vorüber war. Das neue Kabinett Zaimis auf breitester Grundlage sollte wieder einen ruhigeren Kurs verbürgen.

Das Interesse der Vereinigten Staaten von Nordamerika an den europäischen Dingen beschränkte sich im wesentlichen auf die Sicherungen für die Heimzahlung der nach Europa geflossenen Leihkapitalien. Coolidge selbst hat diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte ganz bewußt als die Grundlage einer gesunden Politik Europa gegenüber bezeichnet und gleichzeitig ganz allgemein auf wirtschaftlichen Grundlagen seine Ansichten über wirksame und erfolgreiche Abrüstung aufgestellt (S. 402, 406 f.). Eine Annäherung an den Völkerbund, d. h. den Beitritt zum intern. Schiedsgerichtshof, hätte er mit den Vorbehalten vollzogen; da er jedoch in brüskierender Weise jedwede Verhandlungen über die zur Wahrung der amerikanischen Interessen vom Senat festgelegten Vorbehalte ablehnte, kam die ganze Aktion nicht zum Abschluß. Hohe politische Bedeutung ist zuzusprechen dem Handelsvertrag, den das Weiße Haus mit Panama schloß und der über den Rahmen eines Handelsvertrages hinaus den ersten derartigen militärischen Bündnisvertrag darstellte. Für Deutschland wurde das nach längeren parlamentarischen Verhandlungen verabschiedete Gesetz über die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums von Wichtigkeit.

Der neue kirchenfeindliche Kurs in Mexiko erregte auch in der alten Welt politisches Interesse. Brasilien, das wie Spanien nicht den erstrebten ständigen Ratssitz im Völkerbund erlangen konnte, trat aus demselben aus mit der Motivierung, daß Mittel- und Südamerika wider Gebühr nicht mit den gleichen Rechten und dem gleichen Einfluß wie die europäischen Staaten im Völkerbund ausgestattet seien.

Das Zentralproblem in Ostasien bildete auch im Jahre 1926 die Entwicklung in China. Wollte man die Periodisierung Dr. Sun Yatsen zugrundelegen, der in seinem Vermächtnis drei Perioden des Aufbaus des neuen Staates unterschied, nämlich die Militär-, die Einführungs- und die Verfassungsperiode, so steckte die Entwicklung natürlich noch ganz und gar in der ersten Periode. Die Truppen der Kuomintang, der Volksregierung von Kanton, befanden sich Ende des Jahres im siegreichen Vordringen gegen Norden, die Regierung selbst konnte in die große Stadt Wutschang am Yangtse übersiedeln. Und an die europäischen Mächte trat sie alsbald mit der Forderung heran, als Alleinregierung von China anerkannt zu werden. Doch die besonderen Verhältnisse, die weiten Räume des Landes, die unerschöpflichen, aber zugleich unzuverlässigen Volkskräfte müssen darüber belehren, daß der Kampf noch lange nicht entschieden und beendet sein konnte. Der eigentliche Sinn des revolutionären Geschehens blieb und wird bleiben — gleich welchen Ausgang der Kampf zwischen Nord und Süd schließlich nehmen wird, gleich welche überraschende Wendung in der Gesamtlage sich vollziehen könnte — die Befreiung des erwachten China von der fremden Bevormundung.

Japan — unter den wirtschaftlichen Nachwehen der Erdbebenkatastrophen — zeigte außenpolitisch große Zurückhaltung und suchte gütliches Einvernehmen mit Rußland und China. Der in den letzten Jahren besonders in die Augen springende Gegensatz zu Amerika drückte sich an der Oberfläche wenig aus.

Ein Schlaglicht auf die unsichere, labile Lage in Asien warf ferner auch der Kommunistenaufstand auf Java, den allerdings die niederländische Regierung rasch zu unterdrücken verstand (S. 438). Doch wäre es ein irreführender Analogieschluß, wollte man da kurzerhand gleich von Vorboten einer sich anbahnenden Bolschewisierung Asiens sprechen. Auch im China der Kuomintang ist keine Rede von waschechtem Bolschewismus, ein Begriff, den die Chinesen selbst entschieden ablehnen. Wahr ist: in Asien ist alles in Gärung, in einem mehr unruhigen Hin und Her als in einem zielstrebigen Werden begriffen. Das Unheimliche des Gesichtes

Asiens für den Europäer liegt in seinen räumlichen Dimensionen und seinen großen Völkermassen, die ihre Führer jederzeit zu wechseln bereit sind. Paradox ausgedrückt: Das einzig Gewisse ist hier das Ungewisse. Das lehrt uns vor allem die weitere Entwicklung der Dinge in China seit der Jahreswende 1926, dem verheißungsvollen Anlauf des Südens, Führer in China zu werden, um die Lage im großen Reich der Mitte wiederherzustellen, folgte der überraschende Rückfall in ziellose Wirrnis. Verfrüht wäre es denn auch, von einer in nächster Zukunft zu erwartenden Bildung eines asiatischen Völkerbundes zu reden. Aber all das ändert nichts an der Gefahr, die von Osten her Europa und auch Amerika bedroht. Sie mahnt zum Wiederaufbau und zur Festigung der europäischen und amerikanischen Kultur, damit sie dereinst standzuhalten vermag, wenn der Kampf der europäischen Großmächte um Asien abgelöst wird durch den Kampf ganz Europas und Amerikas gegen Asien.

Oktober 1927.

Der Herausgeber

Chronik

der wichtigsten politischen Ereignisse des Jahres 1926

Januar

2. Schwedisch-tschechoslowakischer Schiedsvertrag.
4. Bulgarien: Kabinettswechsel Zankoff-Liaptscheff.
4. Griechenland: Pangalos errichtet die Militärdiktatur.
8. Hedschas: Ausrufung Ibn Sauds zum König.
10. China: Rücktritt des Reichsverwesers Tuan Tschi-jui.
12. Deutsch-französisches Handelsprovisorium.
12. China: Eröffnung der Exterritorialkonferenz.
13. Irakvertrag.
14. Schwedisch-dänischer Schiedsvertrag.
15. Dänisch-norwegischer Handelsvertrag.
15. Vereinigte Staaten: Annahme des ital.-amerik. Schuldenabkommens im Repräsentantenhaus.
15. Österreich: Bildung des neuen Kabinetts Ramek.
16. Vereinigte Staaten: Annahme des belg.-amerik. Schuldenabkommens im Repräsentantenhaus.
18. Deutsche Protestnote wegen der Besatzung.
19. Deutschland: Bildung des Kabinetts Luther.
21. Belgien: Annahme der Locarnoverträge in der Kammer.
22. Italien: Annahme der Locarnoverträge in der Kammer.
26.—12. Febr. Afrika: Konferenz der brit.-ostafrikanischen Gouverneure in Nairobi.
26.—28. Deutschland: Große politische Aussprache im Reichstag.
27. Vereinigte Staaten: Beschluß des Senats über den Beitritt zum Weltgerichtshof.
27. Italienisch-englisches Schuldenabkommen.
Ende. Chinesisch-russischer Konflikt wegen der chinesischen Ostbahn.
29. Schwedisch-finnischer Schiedsvertrag.
29. Japan: Ernennung Wakatsukis zum Nachfolger des † Ministerpräsidenten Kato.
30./1. Febr. Räumung der ersten Rheinlandzone.

Februar

2. Großbritannien: Eröffnung des Parlaments.
4. Tschechoslowakei: Sprachenverordnung.
4. Deutschland: Der Reichstag nimmt das Sperrgesetz für die Fürstenprozesse an.
6. Italien: Mussolinis Südtirolrede in der Kammer.
9. Deutschland: Antwort Stresemanns im Reichstag an Mussolini.
10. Überreichung des deutschen Aufnahmegesuchs in den Völkerbund.
10. Italien: Mussolinis Antwort an Stresemann im Senat.
11. Mexiko: Nationalisierung des Kircheneigentums.
12. Provisorisches deutsch-französisches Handelsabkommen.
16. Kanada: Ablehnung von Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag.

25. Italien: Besuch des jugoslawischen Außenministers Nintschitsch.
26. Spanien: Offiziöse Forderung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat.

März

2. Deutschland: Luthers Hamburger Rede über das Programm für Genf.
2. Frankreich: Annahme der Locarnoverträge in der Kammer.
4.—5. Großbritannien: Unterhausdebatte über das Genfer Programm.
5. Oesterreichisch-tschechischer Schiedsvertrag.
6. Frankreich: Sturz des Kabinetts Briand.
8. Niederlande: Bildung des Kabinetts de Geer.
17. Abbruch der Genfer Verhandlungen und Aufschub der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.
22.—23. Deutschland: Aussprache im Reichstag über die Völkerbundspolitik.
26. Polnisch-rumänischer Garantievertrag.
27. Deutschland: Verabschiedung des Etats 1926 durch den Reichstag.

April

7. Rußland: Ablehnung der Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz.
15. Deutschland: Annahme der Einladung zur Teilnahme an der Studienkommission betr. Reform des Völkerbundsrats.
Mitte. Italien: Afrikareise Mussolinis.
16. Oesterreichisch-polnischer Schiedsvertrag.
24. Deutsch-russischer Freundschaftsvertrag.
29. Französisch-amerikanisches Schuldenabkommen.

Mai

1. Großbritannien: Kohlenstreik.
5. Deutschland: Erlaß der Flaggenverordnung.
5. Polen: Rücktritt des Kabinetts Skrzynski.
6. Deutschland: Ablehnung des Fürstenenteignungsantrags im Reichstag.
7. Deutsch-spanischer Handelsvertrag.
12. Deutschland: Sturz der Regierung Luther anläßlich des Flaggenstreits.
12. Polen: Staatsstreich Pilsudskis.
17. Deutschland: Ernennung des Kabinetts Marx.
18. Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskommission.
20. Belgien: Bildung des Kabinetts Jaspar.
21. Deutsch-französisch-belgisches Luftfahrtabkommen.
24. Ende des Marokkofeldzugs.
25. Urteilsspruch des Internationalen Gerichtshofes in dem deutsch-polnischen Chorzow-Streit.

Juni

1. Französisch-türkischer Vertrag.
1. Polen: Wahl Moscickis zum Staatspräsidenten.
4. Frankreich: Annahme der Locarnoverträge im Senat.
6. Mossulabkommen.

7. Schweden: Bildung des Kabinetts Ekman.
7.—10. Völkerbundsrat: 40. Tagung in Genf.
10. Deutschland: Annahme des Berliner Vertrages durch den Reichstag.
12. Brasiliens Austritt aus dem Völkerbund.
15. Frankreich: Rücktritt des Kabinetts Briand.
17.—19. Zusammenkunft der kleinen Entente in Veldes.
20. Deutschland: Volksentscheid gegen den Fürstenenteignungsantrag.
30. Ende der Völkerbundskontrolle in Oesterreich und in Ungarn.

Juli

2. Deutschland: Zurückziehung der Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung.
12. Französisch-englisches Schuldenabkommen.
13. Französisch-spanisches Marokkoabkommen.
19. Belgien: Annahme des Scheldevertrags in der Kammer.
24. Frankreich: Bildung des Kabinetts Poincaré.
28. Vereinigte Staaten: Handelsvertrag mit Panama.

August

5. Deutsch-französisches provisorisches Wirtschaftsabkommen.
10. Rumänisch-französischer Vertrag.
17. Italienisch-spanischer Schiedsvertrag.
17. Griechisch-jugoslawischer Freundschaftsvertrag.
22. Griechenland: Sturz des Diktators Pangalos durch General Kondylis.

September

2. Italiens Vertrag mit dem König des Jemen.
2.—7. Völkerbundsrat: 41. Tagung in Genf.
10. Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.
10. Deutschland: Koblenzer Amnestieabkommen.
11. Spaniens Austritt aus dem Völkerbund.
14. Niederlegung der Ratifizierungsurkunden der Locarnoverträge im Sekretariat des Völkerbunds.
16. Italienisch-rumänischer Freundschaftsvertrag.
16.—20. Völkerbundsrat: 42. Tagung in Genf.
17. Besprechung Stresemann-Briand in Thoiry.
27. Deutschland: Germersheimer Zwischenfall.
28. Russisch-litauischer Schiedsvertrag.
30. Deutsch-französisch-belgischer Eisenpakt.

Oktober

5. Deutschland: Rücktritt des preußischen Innenministers Severing.
5. Deutschland: Abschied des Chefs der Heeresleitung, des Generaloberst v. Seeckt.
8. China: Die Kantontruppen besetzen Wutschang.
12. Tschechoslowakei: Bildung des Kabinetts Svehla.
15. Oesterreich: Rücktritt des Kabinetts Ramek.
20. Weltwirtschaftsmanifest.
20. Oesterreich: Bildung des Kabinetts Seipel.
29. Italienisch-ägyptischer Grenzvertrag.

November

9. Deutschland: Amtsantritt des neuen brit. Botschafters Lindsay.
11. Tschitscherins Zusammenkunft mit Rüschdy Bei in Odessa.
11. Niederlande: Annahme des Scheldevertrags in der Kammer.
15.—19. Zweite Tagung der Vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz in Genf.
23. Großbritannien: Ende der Reichskonferenz.
27. Freundschafts- und Sicherheitsvertrag Italiens mit Albanien von Tirana.

Dezember

4. Griechenland: Bildung des Kabinetts Zaimis.
5. Schweiz: Volksentscheid gegen das Getreidemonopol.
6. Tschitscherins Besuch in Berlin.
6.—11. Völkerbundsrat: 43. Tagung in Genf.
10. Deutschland: Unterzeichnung des Statuts des Intern. Gerichtshofes durch Stresemann.
12. Investigationsprotokoll.
17. Deutschland: Sturz der Regierung Marx anläßlich der Reichswehrdebatte im Reichstag.
18. Vereinigte Staaten: Beschluß des Repräsentantenhauses über die Liquidation des beschlagnahmten deutschen Privateigentums.
18. China-Memorandum Großbritanniens.
22. Deutsch-französisches Abkommen über beschleunigtes Ausgleichsverfahren und Kaliabkommen.
29. Deutsch-italienischer Schiedsvertrag.

Abkürzungen

Abg., Abgg. = Abgeordneter, Abgeordnete.
Entschl. = Entschließung.
Ges. = Gesetz.
GE. = Gesetzentwurf.
Komm. = Kommission.
Min. = Minister, Ministerium.
Präsid. = Präsidium, Präsident.
RTDNr. = Reichstag, III. Wahlperiode 1924, Drucksache Nr. ..
Regg. = Regierung.
Vo. = Verordnung

Druckfehlerberichtigung

S. 90 unten lies statt: „Landwirtschaftsrat": „Landwirtschaftsetat".

S. 111 Mitte statt: Hindenburgbrief S. 94 f.: S. 114 f.

S. 185, dritte Zeile von unten: statt 25. Aug., dem Tag der Veröffentlichung des Komiteeberichts, 20. Juli, S. 467.

S. 288 statt: 14. Sept. ... Thoiry: 17. Sept.

I

Deutsches Reich

1. Jan. Neujahrskundgebungen.

Bei dem Empfang des diplomatischen Korps richtet der Apost. Nuntius Mons. Pacelli als Doyen folgende Ansprache an den Reichspräsid.: Zum ersten Male versammelt sich gelegentlich der Jahreswende das beim Reiche beglaubigte diplomatische Korps um Ihre Person, um Ihnen seine Glück- und Segenswünsche darzubringen. Große historische Ereignisse haben Ihre Anfänge in der Führung des höchsten Amtes bezeichnet und den Völkern die tröstliche Hoffnung auf eine neue, engere europäische Gemeinschaft geschenkt. Das Berliner diplomatische Korps, das die Ehre hat, zu seinen Mitgliedern hervorragende Persönlichkeiten zu zählen, die an diesem Werke der Versöhnung und der internationalen Entspannung verständnisvoll mitgearbeitet haben, spricht die innigsten Wünsche aus, daß dies Werk wirklich den fruchtbaren Keim zu Glück und Frieden in sich trage. Möge es für die Völker ein um so machtvolleres Werkzeug zum Gedeihen und zum Fortschritt werden, je größere Opfer sie zum allgemeinen Besten auf sich genommen haben! In dem ewigen Gesetz der Liebe, das trotz Zwist und Kampf das Weltall regiert, finden Großherzigkeit und Hingabe an die höheren Interessen der Menschheit ihren Lohn und Preis und verleihen den Völkern, die dies edle Beispiel geben, den Strahlenglanz wahrer Größe. Dem Deutschen Volke, das unter Ihrer weisen Führung in bewunderungswürdiger Weise an einer friedlichen Wiederaufrichtung fortarbeitet, bringt das diplomatische Korps, dessen Dolmetscher ich wiederum zu sein die Ehre habe, für das beginnende Jahr die wärmsten Wünsche dar, und wir flehen zur göttlichen Vorsehung, der unendlichen Liebe und der unerschöpflichen Quelle alles Guten, um ihre Erfüllung.

Reichspräsident v. Hindenburg erwidert u. a. folgendes: Sie erinnerten an die bedeutsamen Geschehnisse, die sich auf dem Gebiete der Weltpolitik abspielten. Mit Ihnen, Herr Nuntius, wünsche und ersehne ich, daß die Hoffnungen der Völker, insbesondere die Erwartungen des immer noch schwer bedrückten deutschen Volkes nicht enttäuscht werden; mit Ihnen hoffe ich zu Gott, daß aus diesem im ehrlichen Willen zur Verständigung gelegten Keime bald der volle und wahre Frieden hervorsprießen möge. Tief durchdrungen von der in den Herzen der Menschen lebenden Wahrheit, daß nur Gerechtigkeit, Sittlichkeit und Freiheit die Grundsteine sind, auf denen sich das Zusammenleben der Völker aufbauen und entwickeln kann, wird das deutsche Volk mit aller Kraft unverzagt weiterarbeiten an der friedlichen Wiederaufrichtung und Festigung seines eigenen nationalen Lebens wie auch an der Förderung und Sicherung des Friedens, der allein der Wirtschaft und der Kultur der Welt Fortschritt und Aufstieg bringen kann. Möge das neue Jahr unsere gemeinsamen Wünsche nach einer fortschreitenden Annäherung und Verständigung der Völker lebendige Wirklichkeit werden lassen!

Im Anschluß hieran empfängt der Reichspräsid. die Reichsminister und Staatssekretäre. Als Vertreter des abwesenden Reichskanzlers spricht Reichsmin. Dr. Geßler die Glückwünsche der Reichsregg. aus und führt dabei aus: Voller Ernst blicken wir auf die schweren Aufgaben, die im

nächsten Jahre zu lösen sind. Zwar will es scheinen, als ob die bedeutsame Fortentwicklung unserer Beziehungen zu den anderen Mächten Deutschland den Weg friedlicher Arbeit und friedlichen Wiederaufstiegs ebnen helfen wird. Auch hat die innerpolitische Befriedung unseres Vaterlandes nicht zuletzt dank der auf Verständigung und Ausgleich der Gegensätze hinzielenden und die Achtung von Verfassung, Recht und Gesetz gewährleistenden Führung der Geschäfte durch Sie, Herr Reichspräsid., weitere Fortschritte gemacht. Aber es gilt jetzt, die gefährliche Krise, die unser gesamtes wirtschaftliches Leben erfaßt hat, zu beheben. Vor uns steht die gewaltige Zahl von 1057031 Erwerbslosen am 15. Dez., ungerechnet die mitbetroffenen Familien mit aller Not und Verzweiflung. Nicht, daß wir dieser Lage entmutigt gegenüberständen: der Rückblick auf die Vergangenheit lehrt uns, daß die deutsche Spannkraft schon Gefahren überwunden hat, die ebenso drohend erschienen. Wir müssen uns nur klar vor Augen halten, mit welchen Mitteln vor allem der wirtschaftlichen Bedrängnis abzuhelfen ist. Arbeit und Sparsamkeit werden es uns ermöglichen, die Grundlagen wieder zu festigen, die der verlorene Krieg erschüttert hat. Erst jetzt steht jeder einzelne Deutsche vor der Erkenntnis, wie arm unser Vaterland geworden ist. Welche Regg. auch berufen sein wird, im kommenden Jahre den Kampf gegen die wirtschaftliche Not zu führen, sie wird gezwungen sein, Arbeit und Sparsamkeit selbst zu üben und sie vom deutschen Volke zu fordern. Wenn sich so unter Ihrer Führung, hochverehrter Herr Reichspräsid., alle Deutsche zu gemeinsamer Pflichterfüllung zusammenfinden, dann wird das nächste Jahr uns dem Ziele näher bringen, das wir uns heute stecken, nämlich unsere Wirtschaft wieder tragfähig zu machen für die nationalen und sozialen Aufgaben des deutschen Volkes."

Reichspräsid. v. Hindenburg sagt in seiner Antwort u. a.: „Mit Recht haben Sie, Herr Reichswehrminister, unseren Blick auf die ernsten Aufgaben gelenkt und das Gebot der Arbeit und der Sparsamkeit als Leitspruch vor die Tätigkeit der Regg. wie vor das Leben des ganzen deutschen Volkes in diesem neuen Jahre gesetzt. Ich wünsche und hoffe, daß unsere Volksgenossen im Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft dieser Notwendigkeit sich beugen und nach diesen Geboten leben werden. Das wird aber nur möglich sein, wenn jeder Berufsstand und jeder Teil unseres Volkes mehr als bisher den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der anderen Stände und Teile Rechnung trägt, und nicht nur den eigenen Interessen, sondern dem Gedanken des über den einzelnen stehenden Staatsganzen, der alle Glieder gleichmäßig umfassenden Volksgemeinschaft dient. Dazu gehört auch, daß alle, die berufen sind, wirtschaftliche Belange oder politische Richtungen in Körperschaften oder Volksvertretungen zur Geltung zu bringen, dies nicht in Abschließung und Befehdung, sondern in gemeinsamer Zusammenarbeit und im Ausgleich widerstrebender Wünsche und Meinungen zu erreichen suchen. Nur in diesem Streben, im gegenseitigen Verständnis die Verständigung zu suchen, werden wir die schweren Wolken, die gerade jetzt über unserem Vaterlande hängen, bannen und Staat und Nation, die über allem persönlichen Vorteil stehen müssen, erhalten und stärken. Daß dieser Geist der Gemeinschaft im neuen Jahre das deutsche Volk führen und ihm nach so viel schweren Jahren des Leides lichtere und gesegnetere Zeiten wahren Friedens im Innern und nach außen bescheren möge, ist mein sehnlichster Wunsch und mein innigstes Hoffen!"

An die Wehrmacht richtet v. Hindenburg folgenden Neujahrserlaß: Der deutschen Wehrmacht entbiete ich zum neuen Jahre meine herzlichen Wünsche. Ich habe im vergangenen Jahre das hohe Maß ihres Könnens

mit Freude festgestellt. Ich wünsche ihr, daß sie unter bewährter Führung fortschreiten möge in ihrer Aufgabe, unser Vaterland zu schützen. — Gleichzeitig befördert der Reichspräsid. den Chef der Heeresleitung, Gen. der Inf. v. Seeckt, zum Generaloberst. „WTB." betont offiziell, daß diese Dienstgraderhöhung eine besondere Anerkennung der hervorragenden Verdienste v. Seeckts um den Aufbau der Reichswehr bedeutet.

11. Jan. Diplomatenempfang beim Reichspräsidenten.

Der zum Gesandten ernannte bish. bulgarische Geschäftsträger Popoff überreicht dem Reichspräsid. sein Beglaubigungsschreiben. — Zu Ehren des langjährigen (20 J.) niederländ. Gesandten Baron Gevers gibt Hindenburg ein Essen; Staatssekretär Dr. Meißner übermittelt dem Gesandten die Glückwünsche und bringt ihm den Dank für die vielen Beweise freundschaftlicher Gesinnung besonders in den letzten schweren Jahren zum Ausdruck.

11. Jan. Ermäßigung des Reichsbankdiskonts auf 8%.

Reichsbankdirektor Dr. Schacht begründet die Herabsetzung des Diskonts mit der schon länger anhaltenden leichteren Situation der Reichsbank.

Im Laufe des Jahres wird der Diskont noch weiter ermäßigt, schließlich auf 6% am 7. Juli.

11.—14. Jan. (Reichstag) Eröffnung; Gesetzesvorlagen; Haushalt für 1926.

Zunächst wird der GE. über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in allen 3 Lesungen angenommen. Dann begründet Reichsarbeitsmin. Dr. Brauns den GE. zur Abänderung des Reichsknappschaftges., der in der Krankenversicherung des Knappschaftsvereins die Familienpflege zur Pflicht erhebt und der mit Rücksicht auf die außerordentlich gestiegene Pensionslast (i. J. 1925: 157 Mill. RM.) und im Hinblick auf gewisse Mißstände (Zusammentreffen mehrerer Renten oder gleichzeitige Arbeitstätigkeit bei der Altersrente) die Voraussetzungen für die Alterspension abändert. Der GE. versucht einen direkten Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. (RTD 1246, 1777.)

Bei der Forts. der Beratung am 13. Jan. bekämpft Abg. Janschek (Soz.) die Vorlage, da sie s. E. die Rechte der Bergarbeiter verkürze. Abg. Imbusch (Ztr.) befürwortet die Wiedereinführung der Familienhilfe und die Einschränkung der starken Verwaltungsbürokratie im Bergbau, die viel Geld verschlinge. Am 14. Jan. wird der GE. nach kurzer Aussprache dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Der Voranschlag des Reichshaushalts für 1926 (RTD 1731) schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 7419,7 Mill. RM. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 7412,8 Mill. aus dem ord. und aus 6,87 Mill. aus dem ao. Haushalt. Die Besitz- und Verkehrssteuern sind auf 4844 Mill., die Zölle und Verbrauchssteuern sind auf 2065,8 Mill. veranschlagt. Der aus dem Münzgewinn eingesetzte Betrag ist 67,5 Mill. und von den Überschüssen aus dem Jahr 1924 sind 220 Mill. verwendet. Die Ausgaben zerfallen in folgende Einzelposten: Steuerüberweisungen an die Länder 2337,3 Mill., innere Kriegslasten 298,4 Mill., Reparationszahlungen 600,3, Kosten der Münzprägung (durchlaufender Posten) 67,5 Mill. Was die Reparationszahlungen betrifft, so fallen in das Rechnungsjahr 1926 5 Mon. des 2. und 7 Mon. des 3. Reparationsjahrs. Die Belastung des Reichshaushalts im 2. Reparationsjahr beträgt 500 Mill. (250 aus der Beförderungssteuer und 250 aus dem Reichshaus-

halt). Zum Ausgleich stehen dem Reich 500 Mill. Vorzugsaktien der Reichsbahn zur Verfügung. Mit Zustimmung des Reichstages ist von einem Verkauf der Vorzugsaktien zunächst abgesehen worden, so daß der Haushalt im vollen Umfange belastet wird. Im 3. Reparationsjahr sind zu zahlen 290 Mill. aus der Beförderungssteuer und 110 Mill. aus dem Haushalt. Die im Rechnungsjahr 1926 zu bewirkenden Zahlungen ergeben demnach 273,4 Mill. aus der Beförderungssteuer und 168,5 Mill. aus dem Haushalt, zus. 441,6 Mill. Eine weitere Belastung des Reichshaushalts tritt dadurch ein, daß der Kommissar darüber hinaus 12,8 Mill. Mark zur Ansammlung eines Reservefonds verwendet. Schließlich werden 145,8 Mill. als Rücklage für 1927 in den Haushalt eingestellt, da das Reich im 3. Reparationsjahr, sofern das Aufkommen aus den verpfändeten Steuerquellen 1 Milliarde übersteigt, von dem Mehrertrage ein Drittel bis zum Höchstbetrage von 250 Mill. als zusätzliche Haushaltszahlung an den Generalagenten zu leisten hat. Diese Zahlung wird zwar erst fällig, wenn das Gesamtaufkommen aus den verpfändeten Einnahmen feststeht, es muß aber Vorsorge getroffen werden, daß der Betrag zur Zeit der Fälligkeit zur Verfügung steht. An Reparationszahlungen werden hiernach für 1926 in dem Haushalt vorgesehen 600,3 Mill. Zu diesen treten hinzu aus dem Schuldverschreibungsdienst der Deutschen Reichsbahngesellschaft 572,5 Mill. Mark und aus dem Dienst der Industrieobligationen 187,5 Mill. Mark, so daß die gesamte Reparationslast für das Rechnungsjahr 1926 1360 Mill. Mark beträgt.

12. Jan. Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Protokolls betr. vorläufige Regelung der Wanderarbeiterfrage.

12.—14. Jan. (Preuß. Landtag) Gesetzesvorlagen und Anfragen.

Nachdem der GE. über die Unterbringung der Lehrer und Leiter von staatlichen Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten in 1. u. 2. Lesung genehmigt ist, wird die Große Anfrage der Dtsch. Vp. erledigt, die Auskunft verlangt, welche Maßnahmen die Staatsregg. treffen wolle oder getroffen habe, um den durch die Ruhrbesetzung geschädigten Gemeinden zu helfen, ehe durch das Reich eine endgültige Entschädigung erfolgt sei. In der Aussprache kommt allgemein die Ansicht zum Ausdruck, daß die Entschädigungspraxis des Reiches ungenügend und vielfach ungerecht sei.

Am 13. steht eine Große Anfrage der Dnat. Vp. über den Verfassungskonflikt im Frühjahr 1925 (vgl. GK. 1925) zur Debatte; es wird die Frage aufgeworfen, ob der damalige Kultusmin. Braun, dem der Landtag am 23. Jan. 1925 das Vertrauen entzogen hatte, berechtigt gewesen sei, den Erlaß vom 6. Febr. 1925 über die Auflösung der Lehrerseminare usw. herauszugeben. Der Ausschuß beantragt, die Anfrage für erledigt zu erklären; einen dnat. Antrag, der die Tätigkeit eines Geschäftsministeriums umgrenzen will, empfiehlt er zur Ablehnung. Abg. Baeder (Dnat. Vp.) verweist als Berichterstatter über die Ausschußberatung auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofs, wonach auch eine geschäftsführende Regg. zum Erlaß von Not-Vo. befugt, ja verpflichtet sei; als Sprecher seiner Partei jedoch vertritt er den entgegengesetzten Standpunkt. Schließlich beschließt das Haus den Anträgen des Ausschusses entsprechend. Sodann gelangt mit 211 gegen 176 St. der GE. betr. Preußens Vertretung im Reichsrat zur Annahme, wodurch erreicht wird, daß die preuß. St. im Reichsrat nicht mehr zersplittert abgegeben werden können.

Am 14. wird das Bauprogramm des Wohnungsausschusses angenommen, unter Ablehnung eines Antrags der Dtsch. Vp. die Einlagen der Sparkassen nicht wie der Ausschuß vorschlägt, mit 40%, sondern nur mit 30% des Einlagebestandes für erste Hypothek zu verwenden.

14. Jan. (Hessen) Staatshaushalt für 1926.

Finanzmin. Henrich bespricht im Landtag den Staatsvoranschlag für 1926, der mit 128,5 Mill. M. abschließt und einen ungedeckten Fehlbetrag von 13 Mill. M. aufweist. Zur teilweisen Deckung schlägt der Min. eine Neuregelung der Sondersteuer vom bebauten Grundbesitz vor, die ein Mehr von 4 Mill. ergeben würde. Da 3 Mill. aus den Überschüssen des J. 1924 gedeckt werden könnten, bleibe dann noch ein Restfehlbetrag von 6 Mill.

16. Jan. (Reichsrat) Rechte der Interimparlamente; Erwerbslosenfürsorge.

Ein GE. zur Ergänzung der Reichsverf., wonach ein neuer Art. 40 die Rechte jener Institutionen regelt, die zwischen zwei Tagungen oder Wahlperioden Reichstag oder Landtage vertreten, wird gegen die St. von Bayern und Mecklenburg-Strelitz angenommen. — Ferner werden zwei neue Vo. zur Erwerbslosenfürsorge und das vom Reichstag verabschiedete Ges. über Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge genehmigt.

16. Jan. (Reichstag) Besatzungsfragen.

Im Auswärtigen Ausschuß wird die Aussprache über den Stand der Rückwirkungen des Locarno-Abk. durch die Annahme einer Entschließung des Abg. Frhr. v. Rheinbaben (Dtsch. Vp.) zu Ende geführt. In derselben heißt es: Der Unterausschuß der Botschafterkonferenz soll beschlossen haben, die Truppenzahl der Besatzungsmächte in der 2. u. 3. Rheinlandzone auf etwa 75000 Mann festzusetzen. Dieser Beschluß würde berechtigte deutsche Erwartungen auf das stärkste enttäuschen, würde nicht nur die in früheren langwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten bereits erzielten Ergebnisse (Note der Botschafterkonferenz vom 14. Nov. 1925: Erhebliche Herabsetzung der Besatzungsstärken auf annähernd normale Stärke — „Chiffres normaux" d. h. annähernd deutsche Friedensstärke) wieder umstoßen, sondern überhaupt in krassem Widerspruch zu der politischen Lage stehen, wie sie durch die Unterzeichnung der Verträge von Locarno geschaffen werden sollte. Der Ausschuß richtet auch im Hinblick auf weitere bevorstehende außenpolitische Entscheidungen (Eintritt in den Völkerbund) das nachdrückliche Ersuchen an die Reichsregg., ihre Bemühungen um Herabsetzung der Besatzungsstärken auf die Zahl der früheren deutschen militärischen Belegung (45—50000 Mann) und um eine den Zwecken des Vertragswerkes von Locarno entsprechende Regelung des Besatzungsregimes auf das energischste fortzusetzen.

18. Jan. Deutscher Protest wegen der Besatzungsfrage.

Näh. s. Abschn. I am Schluß.

19. Jan. Bildung der neuen Reichsregierung.

Das Jahr 1925 hat trotz aller Versuche keine Lösung der Regierungskrise mehr gebracht. (Vgl. GK. 1925.) Nach der Rückkehr des Reichskanzlers Luther aus dem Urlaub nahm Reichspräsid. v. Hindenburg die Verhandlungen wieder auf und empfing am 11. die Abgg. Fehrenbach

(Ztr.) und Koch (Dem.) zu einer Besprechung über die Regierungsbildung; dabei legte er dar, daß er trotz gewisser Bedenken seine Entscheidung über die Betrauung einer bestimmten Persönlichkeit mit der Regierungsbildung ausgesetzt habe, um die beiden Parteien, die auch nach dem Scheitern des Versuchs des Abg. Koch noch nicht alle Möglichkeiten für die Schaffung der „Großen Koalition" erschöpft sähen und erneute Verhandlungen begonnen hätten, in ihren Absichten nicht zu stören und zunächst deren Beschluß abzuwarten. Er müsse aber nunmehr dringend bitten, mit aller Beschleunigung eine endgültige Klärung darüber herbeizuführen, ob eine konkrete Möglichkeit der Schaffung der „Großen Koalition" vorliege; eine weitere Verzögerung durch Wiederaufnahme von programmatischen Erörterungen der Parteien erscheine ihm nicht vertretbar, deshalb bitte er, bis spätestens 14. vormittag ihm das Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen mitzuteilen. Die beiden Abgg. stimmten dem zu.

Während die Haltung des Ztr. durch die Beschlüsse vom 10. bereits im bejahenden Sinne festgelegt war, nahm die soz. Reichstagsfraktion am 12. zu der Frage der „Großen Koalition" entscheidend Stellung und entschloß sich zur Ablehnung. In der offiziellen Begründung heißt es: Die Soz. Reichstagsfrakt. hat in den Verhandlungen über die Bildung einer „Großen Koalition" Forderungen aufgestellt, deren Durchführung durch die Zunahme der Not nur noch dringender geworden ist. Sie hat durch ihren Beschluß vom 16. Dez. 1925 feststellen müssen, daß infolge mangelnden Entgegenkommens der Dtsch. Vp. in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abg. Koch kein Erfolg beschieden war; sie hat daher in den vorgeschlagenen Formulierungen eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regg. der „Großen Koalition" nicht erblicken können. Und jetzt muß sie feststellen, daß Gründe für eine Änderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Denn es besteht kein Anzeichen dafür, daß die Dtsch. Vp. ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist. Die Dtsch. Vp. war es insbesondere, die der soz. Forderung über den Achtstundentag die Zustimmung versagte, die sich im Sozialpolitischen Ausschuß gegen die soz. Anträge zur Erwerbslosenfürsorge erklärte und die in der Frage der jetzt zum öffentlichen Skandal gewordenen Fürstenabfindung die soz. Forderungen zurückwies. Deshalb erklärt die Soz. Frakt., daß für die Bildung einer Regierung der „Großen Koalition" keine Grundlage besteht.

Am 13. berichteten die Abgg. Fehrenbach und Koch dem Reichspräsid. über das negative Ergebnis der von ihnen gepflogenen Verhandlungen. v. Hindenburg bat sie, ihn nunmehr bei der Bildung einer „neutralen Regierung der Mitte" zu unterstützen. Gleich darauf beauftragte er Reichskanzler Dr. Luther mit der Regierungsbildung, der den Auftrag annahm. — Auch die Bildung eines bürgerlichen Kabinetts erforderte noch mehrtägige Verhandlungen. Noch kurz vor dem entscheidenden Abschluß derselben, am 19., empfängt der Reichspräsid. Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien und richtet an sie folgenden eindringlichen Apell: „Ich habe Sie zu mir gebeten, m. H., um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regg. zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausscheiden der Dnat. Vp. der bish. Mehrheitsregg. die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Abg. Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregg., nämlich die sog. „Große Koalition", sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar weniger tragfähige, aber immerhin noch durchaus gangbare Lösung die Regg. der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre dadurch das

deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung nahe zu kommen. Es ist allerdings nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz auszuräumen. Auf der anderen Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regg. der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bish. Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß er dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ansehung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüßen, daß er Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend eine endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre rechtlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrise beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird."

Den Parteien wird von Luther bis 10 Uhr abends eine Frist gesetzt. Ztr., Dtsch. Vp. und Bayer. Vp. beschließen alsbald die Zustimmung zu Luthers Liste, auf der zufolge dem bayer. Einspruch der Dem. Koch durch Reinhold ersetzt wird. Abg. Leicht (Bayer. Vp.) begründete seinen Protest damit, daß der ehem. Innenminister Koch ein zu prononzierter Dem. und zudem zu unitarisch gesinnt sei. Die Dem. P. aber wurde erst nach längeren Beratungen schlüssig und stimmte nur „mit ganz kleiner Mehrheit" (mit einer St. Mehrheit und zwar mit der St. Kochs) zu; in ihrer Entschließung sagte sie: „Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten erhobenen, aus partikularistischen Gründen hervorgegangenen Einspruchs der Bayer. Vp. gegen die Ernennung ihres Fraktionsvors. [Koch] zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Kabinettsbildung Beauftragte und die beteiligten Parteien diesen Einspruch nachdrücklich zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvors. erklärt hat, dem neuen Kabinett nicht angehören zu wollen, und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hat, und nachdem durch die Berufung Dr. Külz' an seiner Stelle die Teilnahme eines Fraktionsmitgliedes gesichert ist, das den politischen Standpunkt des Fraktionsvors. im vollen Umfange teilt, stimmt die Frakt. der Bildung des vorgesehenen Kabinetts zu, damit im Interesse des Staates, der Wirtschaft und der Volkswohlfahrt ein parlamentarisches Kabinett sofort zustande kommen kann."

Nachdem sodann die gen. Fraktionen Luther ihre Zustimmung zu dem von ihm vorgeschlagenen Kabinett mitgeteilt haben, erteilt demselben auch der Reichspräsid. seine Genehmigung.

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist folgende: Reichskanzler: Dr. Luther; Auswärtiges: Dr. Stresemann; Inneres: Dr. Külz; Finanzen: Dr. Reinhold; Wirtschaft: Dr. Curtius; Arbeit: Dr. Brauns; Justiz und Besetzte Gebiete: Dr. Marx; Reichswehr: Dr. Geßler; Reichspost: Stingl; Verkehr: Dr. Krohne. — Das Kabinett ist eine Regg. der sogen. „Kleinen Koalition": Stresemann und Curtius gehören ihm als Vertreter der Dtsch. Vp. an, Marx und Brauns als solche des Ztr., Külz und Reinhold als Dem. und Stingl als Vertreter der Bayer. Vp. an. Geßler (Dem.) und Krohne (Dtsch. Vp.) gelten als Fachminister. Über die neuen Männer im Kabinett sei folgendes bemerkt: Dr. Wilhelm Külz, Sachse, Mitgl. der dem. Reichstagsfrakt. seit 1920, ging aus dem kommunalen Verwaltungsdienst hervor. Dr. Julius Curtius, Rheinländer, ist Rechtsanwalt und gehört als Mitgl. der Dtsch. Vp. seit 1920 dem Reichstag an. Dr. Peter Reinhold, Sachse, Mitgl. der Dem. P., war bereits 1920/21 und wiederum seit 1924 sächs. Finanzminister.

Am 22. ernennt der Reichspräsid. den Regierungspräsid. in Münster, Dr. Haslinde, zum Ernährungs- und Landwirtschaftsminister; er zählt im Rahmen des Kabinetts als Fachminister, politisch steht er dem Ztr. nahe.

21. Jan. (Sachsen) Staatshaushalt.

Der zum Reichsfinanzmin. ernannte Dr. Reinhold legt vor seinem Abschied als sächs. Finanzmin. dem Landtag den Etat vor; in längeren Ausführungen erörtert er die wirtschaftliche Entwicklung der beiden letzten Jahre. Zunächst gibt er zu, daß die zu starken Steuererhebungen in Reich, Ländern und Gemeinden zur Verschärfung der krisenhaften Kapitalnot der Wirtschaft wesentlich beigetragen haben. Nachdem nun die öffentlichen Kassen aufgefüllt seien, müsse mit der Steuersenkung fortgefahren werden. Was die Lage der sächs. Staatsfinanzen anlange, so werde zwar das Rechnungsjahr 1925 nicht das erwartete Defizit von zirka 40 Mill. bringen, doch müsse das in den letzten Wochen beobachtete bedenkliche Sinken der Einnahmen zu ernsten Besorgnissen Anlaß geben. Auch der neue Etat sei ein Werk, das die Not und die Armut widerspiegle.

22. Jan. (Preuß. Staatsrat) Einspruch gegen den GE. betr. Vertretung im Reichsrat.

Der Antrag des Verfassungsausschusses Einspruch zu erheben gegen das vom Landtag verabschiedete Ges. über die einheitliche Vertretung im Reichsrat (s. S. 4), wird mit 51 gegen 4 St. angenommen. Die verfassungsmäßige Frist für die Wirksamkeit des Einspruchs wird damit eingehalten, die Entscheidung liegt jetzt beim Landtag, der mit Zweidrittel-Mehrheit den Einspruch wirkungslos machen kann. Vgl. S. 23.

22. Jan. (Braunschweig) Neuer Finanzminister.

Der Landtag wählt Dr. Küchenthal zum Finanzminister.

22./23. Jan. (Reichstag) Anträge (u. a. Femeausschuß, Besatzungsfragen).

Beide Sitzungen werden ausgefüllt von zahlreichen Abstimmungen über Anträge zum Etat 1925. Der Etat 1925 wird endgültig genehmigt. Hervorzuheben ist eine gegen die Linke mit knapper Mehrheit angenommene Entschließung betr. Aufhebung der Republikschutzges. Abg. Saenger (Soz.) begründet am 23. eingehend den Antrag seiner Partei auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Femeorganisationen

und Fememorde: Ende 1925 seien 16 Fememordtaten bekanntgeworden. Als Schuldige an den schändlichen Morden werde die Soz. festzustellen haben: 1. die Verhältnisse in der Reichswehr, 2. die deutsche Justiz und 3. die nationalistische Atmosphäre in Deutschland. Bei den Femeorganisationen habe man es mit Organisationen des Hasses gegen die Verfassung von Weimar zu tun, die vor nichts zurückschreckten. Die Zustände in der Reichswehr und das Verhalten ihrer Leitung seien auf diese Verhältnisse nicht ohne Einfluß geblieben. Der Antrag ist angenommen, da er von einem Fünftel des Reichstags gestellt ist.

Der Ausschuß für die besetzten Gebiete beschäftigt sich am 23. mit der Besatzungsfrage. In der Aussprache kommt die allgemeine Enttäuschung über das geringe Ausmaß der Rückwirkungen der Locarnoverträge zum Ausdruck (vgl. S. 5). Einstimmige Annahme findet schließlich ein Antrag Becker-Hessen (Dtsch. Vp.), der die Regg. ersucht mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Besetzung des Rheinlandes und die Abschnürung des Saargebietes vor Ablauf der Fristen beseitigt und die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches in diesen Gebieten wiederhergestellt werden. Solange dieses Ziel nicht erreicht sei, solle die Stärke der Besatzung auf die deutsche Vorkriegstruppenstärke in den besetzten Gebieten herabgemindert und die Zahl der besetzten Orte vermindert werden.

24. Jan. (Berlin) Tagung des Parteiausschusses der Dem. P.

Nach einem einleitenden Referat des Parteivors. Koch, der die Beteiligung der Partei an der Minderheitsregg. der Mitte rechtfertigt, und nach einer längeren Debatte, in die auch Geßler und Reinhold eingreifen, werden einstimmig drei Entschl. angenommen. Die 1. spricht Koch das Vertrauen aus, bedauert es, daß die parteiegoistische Einstellung der Soz. die „Große Koalition unter demokratischer Führung zum Scheitern gebracht“ habe, kritisiert die Nachgiebigkeit des Reichskanzlers und der beteiligten Parteien gegenüber den partikularistischen Tendenzen der Bayer. Vp. (s. S. 7) und betont das schwere Opfer, das die Dem. P. durch ihre Nachgiebigkeit im Staatsinteresse gebracht habe. Die 2. Entschl. fordert mit größter Entschiedenheit auf die Republikanisierung der Verwaltung, der Justiz, des Unterrichtswesens und der Reichswehr hinzuarbeiten. In der 3. Entschl. erhebt der Parteiausschuß lebhaften Widerspruch gegen die gesteigerte Belastung, die dem besetzt bleibenden Gebiete durch die vermehrte Truppenstärke der Besatzung entgegen den in Locarno gegebenen Zusicherungen auferlegt werden soll, und verlangt mit größtem Nachdruck, „daß der ‚Geist von Locarno‘ sich vor allem in einer sofortigen und sichtbaren Änderung des Besatzungsregimes durchsetzt, daß die Zeitdauer der Besatzung auf ein Mindestmaß beschränkt wird und daß das Saargebiet in kürzester Zeit die Möglichkeit erhält, in freier Abstimmung seine Zukunft zu bestimmen“.

26.—28. Jan. (Reichstag) Erklärung der neuen Regierung; Vertrauensvotum.

Reichskanzler Dr. Luther stellt dem Reichstag die neue Regg. vor und führt u. a. programmatisch folgendes aus: Nachdem die Dnat. Vp. aus der bish. Regg. ausgeschieden war und die Versuche, eine Regg. der „Großen Koalition“ zu bilden, mißlungen waren, haben sich, um eine parlamentarisch gestützte, wenn auch nur mehr von einer Minderheit getragene Reichsregg. zustande zu bringen, Ztr., Dtsch. Vp., Dtsch. Dem. P. und Bayer. Vp. zu einer Koalitionsregg. der Mitte zusammengeschlossen. Es wird Sache des

Hauses sein, verantwortlich darüber zu entscheiden, ob es der Aufnahme der sachlichen Arbeit durch diese Minderheitsregg. die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Jan. 1925, als ich dem Hause eine Mehrheitsregg. vorstellen durfte, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regg. stehenden Parteien nachgesucht, die in staatsbejahender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen. Die jetzige Minderheitsregg. ist auf diese Mithilfe grundsätzlich angewiesen, damit sie einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer Wirtschaftskrise von größtem Ausmaß die Geschäfte sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann. In der Außenpolitik ist der Weg durch den am 1. Dez. 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. Nov. 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die jetzt zurückgetretene geschäftsführende Regg. hat gemäß der Entschl. des Reichstags vom 27. Nov. 1925 unablässig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insonderheit zugunsten des besetzten Gebietes. Die bevorstehende Beratung des Haushaltplanes des Auswärtigen Amtes wird zu eingehender Aussprache hierüber Gelegenheit geben. Meinerseits möchte ich heute nur auf eine Frage hinweisen, auf die Besatzungsstärke in der 2. und 3. Zone. Hierüber hat die bekannte Note der Botschafterkonferenz vom 14. Nov. 1925 vorgesehen, daß eine fühlbare Ermäßigung der Truppenzahl eintreten soll, und zwar so, daß die künftige Besatzungsstärke sich den Normalziffern nähert. Der Begriff der Normalziffern kann nicht anders aufgefaßt werden als gleichbedeutend mit dem Begriff der deutschen Friedenspräsenzstärke in den in Betracht kommenden Gebieten, wie seinerzeit in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerspruch der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regg. in dieser Frage. Die Verhandlungen hierüber sind in lebhaftem Gange. Die Regg. gibt sich der Erwartung hin, daß sie, ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen. Zur Innenpolitik verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Regg. zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf meine Erklärung vom 19. Jan. 1925. Auf diese Erklärung berufe ich mich wegen der grundsätzlichen Einstellung zu Beamtentum und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiet der Schulpolitik wird die Regg. eine Lösung anstreben, unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Regg. denkt ferner an eine Verbesserung der Wahlgesetzgebung. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früh. regierenden fürstlichen Familien bedarf einer baldigen reichsgesetzlichen Regelung, wobei die Regg. dem deutschen Volke die Unruhe eines Volksentscheides ersparen möchte. Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit muß von dem Grundsatz beherrscht sein, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzusetzen sind. Der feste Wille zu solcher grundsätzlichen Sparsamkeit muß sich in gleicher Stärke auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken. Denn die Lage ist gekennzeichnet durch eine Wirtschaftskrisis von außerordentlichem Ausmaß. Ihre Überwindung ist dringendste Aufgabe, es bedarf dazu der Aufbietung aller geistigen und sittlichen Kräfte, der ganzen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit unseres Volkes. Die Regg. ihrerseits wird mit allem Nachdruck auf finanz-, wirtschafts- und nicht zuletzt sozial-

politischem Gebiet alles tun müssen, um die Erstarkung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitester Volkskreise zu lindern. Alle Bemühungen um Verminderung der öffentlichen Abgaben finden auch bei größter Beschränkung der Ausgaben ihre Begrenzung in den durch die Verarmung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Belastungen, die wir infolge unserer politischen Gesamtlage auf uns nehmen mußten. Gerade deshalb aber ist die Erhebung jedes Übermaßes an Steuern sorgfältig zu vermeiden und sind Härten auszugleichen, damit die Gesamtbelastung wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist. Die Regg. wird demgemäß sich um den Abbau wirtschaftshemmender und damit preisverteuernder Steuern weiter bemühen. Um auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu stärken, sollen für die Einkommensteuer am 1. April 1927 die Überweisungen durch Zuschläge abgelöst werden. Daß ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und keinerlei Hinabgleiten in inflatorische Maßnahmen in Frage kommen kann, ist selbstverständlich. Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern für die Belebung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng umgrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Die Regg. möchte mit Beschleunigung die bäuerliche und Arbeitersiedlung in den volksarmen Teilen des Ostens fördern. Die allgemeinen Siedlungspläne sollen hierdurch nicht berührt werden. Für die Förderung des Wohnungsbaues sind ihr Beratungen, die mit Vertretern der Länderregg.en kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Namentlich müssen Wege gefunden werden, der nicht abzuleugnenden Überteuerung des Baues zu begegnen. Überhaupt wird die Regg. mit aller Energie auf eine Besserung der Kreditlage der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigeren und langfristigeren Kredit, besonders auch die Landwirtschaft. Es ist klar, daß mit Krediten allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähig gemacht wird. Wenn es auch hier genau wie in den anderen Wirtschaftskreisen ein Allheilmittel nicht gibt, so ist die Regg. doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung und, soweit irgend möglich, Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist. Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer Steigerung der Ausfuhr. Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzusetzen sind, müssen mit dem Ziele geführt werden, zur Befruchtung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenaustausches auf der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Regg. jede ernsthafte Absicht, eine Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch allgemeinere zwischenstaatliche Abmachungen zu verwirklichen, mit aller Kraft fördern. Sie ist weiter bereit, zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergriffener Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlichen Entwicklungen der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und für einzelne deutsche Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen sehr fühlbar geworden sind, erfordern besondere Aufmerksamkeit. Soweit die schwere Wirtschaftskrise eine allgemeine Krise ist, müssen die Hemmungen beseitigt werden, die der Selbstheilung durch die

wirtschaftlichen Eigenkräfte noch entgegenstehen. Dabei denkt die jetzige Minderheitsregg. nicht etwa an ein überspanntes Eingreifen der Behörden. Sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete Preissenkungsaktion mit Nachdruck fortgesetzt werden muß. Besonders wichtig ist die alsbaldige Verabschiedung eines Ges. über die Beseitigung der Geschäftsaufsicht. Die Regg. erblickt in der Durchführung von Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Überteuerung befreit, eine unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbsstände abhängt. In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Regg. ein Arbeiterschutzgesetz einbringen, das die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfaßt und die Arbeitszeit neu regelt. Sie hält die von den früh. Regg.en wegen der Ratifikation des Washingtoner Abk. abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer international geregelten Arbeitszeit in Deutschland muß aber von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeitsrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Regg. Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist mit Beschleunigung zu betreiben. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für die Notstandsarbeiten an die Kommunen wesentlich erleichtert worden; auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regg. der Kurzarbeiterfrage als dringender Frage des Tages zuwenden, sie hofft bestimmt, daß sich eine wirtschaftlich tragbare Lösung finden läßt. Die wirkungsvollsten Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosennot bleiben dabei immer solche, die der deutschen Wirtschaft den Antrieb zu innerlich gesunder Arbeit geben. Auch um dieses Zieles willen muß die deutsche Gesamtpolitik auf die Herstellung und Festigung eines wirklichen europäischen und Weltfriedens eingestellt sein. Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und nach außen praktische Maßnahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen. Je entschlossener und tatkräftiger alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, desto eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und Tüchtigkeit seines Volkes gebührt.

Am 27. eröffnet die Aussprache über die Regierungserklärung Abg. Fehrenbach (Ztr.) durch die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung der vier Regierungsparteien, in der die Richtlinien Luthers im wesentlichen gebilligt werden. Hervorgehoben seien aus der Erklärung folgende Gesichtspunkte: In der Völkerbundsfrage müsse der Gedanke ausschlaggebend sein, daß durch eine Teilnahme Deutschlands am Völkerbund „die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik eine bedeutsame und für verschiedene bisher noch nicht erfüllte deutsche Forderungen entscheidende Erweiterung und Verstärkung erfahren". Zur inneren Wirtschaftspolitik wird besonders darauf hingewiesen, daß eine über den von der Regg. gekennzeichneten Umfang hinausgehende Kreditgebarung der öffentlichen Hand an die private Produktion nur das Eigenleben derselben verwirren würde. Für die Landwirtschaft käme vor allem eine Überprüfung der Steuerlast in Frage, da ohne Sicherstellung einer angemessenen Rentabilität die für Deutschland unentbehrliche Erhaltung der Landwirtschaft unmöglich sei. Was die Herabsetzung der Verwaltungskosten anlange, so müsse eine großzügige Verwaltungsreform im Einvernehmen mit den Ländern

und Gemeinden vorbereitet werden. In sozialer Hinsicht seien dringend notwendig: die Regelung der Kurzarbeiterunterstützung, eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung, die Zusammenfassung aller Arbeiterschutzbestimmungen in einem einheitlichen Arbeiterschutzgesetz und die Reform des Arbeitszeitgesetzes.

Sodann nimmt Abg. Müller-Franken (Soz.) das Wort zu einer oppositionell-kritischen Auseinandersetzung mit dem Reggs.programm und führt u. a. folgendes aus: Wie soll diese Minderheitsregg. die Mithilfe anderer Parteien erlangen, wenn das Programm so wenig präzise ist, wie das des Reichskanzlers. Indem er sich auf seine früheren programmatischen Erklärungen bezog, hat er uns nicht die erwartete Klarheit gegeben. Daß das Wort „Republik" in dem Programm nicht vorkam und daß Herr Koch nicht Minister des Innern geworden ist, zeigt auch die Berechtigung unseres Mißtrauens. Der Reichskanzler sprach sich entschieden für die Fortsetzung der Politik von Locarno und London aus. Das ist ganz selbstverständlich. Der Reichskanzler, der Reichsaußenminister und der Reichspräsident können diese Politik nicht aufgeben. Wir brauchen die klare Linie einer ehrlichen Außenpolitik, ohne die ein deutscher wirtschaftlicher Wiederaufbau überhaupt nicht möglich ist, und darum kann es bezüglich Locarno und London für jeden vernünftigen Menschen kein Zurück von dieser Außenpolitik geben. Die wichtigste Entscheidung unserer Außenpolitik wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Wann soll die Entscheidung darüber getroffen werden? Es kommt darauf an, daß sie alsbald getroffen wird; die Ermächtigung dazu ist bereits gegeben. Hier ist besonders eine klare Politik notwendig, und der Reichskanzler muß den Mut haben, auszusprechen, daß diese Entscheidung keinen Aufschub duldet. Ich betone das ausdrücklich so scharf, weil in Deutschland Kräfte am Werk sind, die hier eine Politik der Sabotage befürworten. Der bayer. Ministerpräsid. hat sich im Ausschuß der Kammer deutlich in einer Weise geäußert, die zeigte, daß er die Absicht hätte, die Reichsregg. von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fernzuhalten. Wir haben gestern dafür gestimmt, daß der dnat. Antrag (s. u.) mit zur Debatte gestellt wird, weil u. E. Klarheit über die Regierungsabsichten bezüglich des Völkerbundes geschaffen werden muß. Von Voraussetzungen und Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund kann keine Rede sein. Der Völkerbund entspricht zwar auch nicht dem Ideal, das wir von einem Völkerbunde haben, aber er ist da, er nimmt die wichtigsten Probleme der Außenpolitik und neuerdings auch der Wirtschaftspolitik in Angriff; die vorbereitende Abrüstungskonferenz ist anberaumt und Deutschland hat die Einladung dazu angenommen. Man könnte ja nun sagen, dazu ist Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht nötig, aber wer die Sache kennt, weiß, daß Deutschland nur im Völkerbund den gewünschten Einfluß auf die Absichten und Handlungen der anderen bekommen kann. Dann scheint es uns notwendig zu sein, Männer zum Völkerbund nach Genf zu schicken, die mit dem Herzen bei der Sache sind. Nun einige Bemerkungen über die vorliegenden Anträge, die die Rückwirkungen betreffen. Alle Parteien des Hauses sind darin einig, daß die in der Botschafternote vom 14. Nov. 1925 gemachten Zusagen nicht erfüllt sind. Wir müssen verlangen, daß die Truppenzahl auf die Normalzahl herabgemindert wird, wie es in den Besprechungen nach Locarno festgestellt worden ist. Ferner müssen wir von uns aus dahin arbeiten, daß durch unsere Politik der Widerstand vermindert wird, der sich gegen unsere berechtigten Forderungen äußert. Er kommt aus den Reihen der Ententemilitärs heraus, die genau so beschaffen sind, wie es während

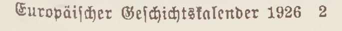
des Krieges die deutschen Militärs auch waren. Man stützt sich auf den kriegerischen Geist in Deutschland. Es ist kein Wunder, wenn deswegen die Rückwirkungen erst später eintreten. Von einem Vertragsbruch könnte aber erst die Rede sein in dem Augenblick, wo die Verträge in Kraft getreten sind. Das ist aber erst nach Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Fall. Aus alledem geht hervor, daß wir bereit sind, in der Außenpolitik die Regg. Luther zu unterstützen in der Annahme, daß sie der Politik von London und Locarno treu bleibt, daß wir sie aber bekämpfen werden in dem Augenblick, wo sie sich der Radaupolitik der vaterländischen Verbände unterwirft. Nun zur inneren Politik. Wird von der Regg. der bekannte Referentenentw. zum Reichsschulgesetz zurückgezogen? Der Reichskanzler hat anscheinend einen GE. ankündigen wollen, der die jetzt außerordentlich großen Reichstagswahlkreise verkleinern soll. Es darf aber damit nicht irgendwie etwas an dem grundsätzlich in der Verfassung festgelegten Wahlrecht geändert werden. Wir wenden uns vor allem auch gegen jede Hinaufsetzung der Wahlaltersgrenze. Dann hat er sich beschäftigt mit der reichsgesetzlichen Regelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den ehem. Fürstenhäusern. Wenn er gemeint hat, es müsse die mit einem Volksentscheid verbundene Unruhe beseitigt werden, so ist die Unruhe keine Folge des Volksentscheides, sondern ein Volksentscheid ist die Folge der Unruhe. Wir müssen gegen diese schamlosen Erpresser vorgehen. (Zustimmung links, Unruhe rechts.) Für das Unglück des deutschen Volkes sind die deutschen Fürsten solidarisch haftbar. Ihre Annexionspolitik hat dazu geführt, daß manche Friedensgelegenheiten verpaßt worden sind. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind Wohlwollen und Mitleid ganz schön, aber wertlos für die, denen sie gespendet werden. Die Not ist so groß, daß alle Parteien helfen müßten. Der Reichskanzler scheint die Ratifizierung des Washingtoner Abk. über den Achtstundentag hinausschieben zu wollen. Wir können zu diesem Teil des Regierungsprogramms kein Vertrauen haben. Nach der Vergangenheit des Herrn Curtius haben wir starke Bedenken, ob er die Wirtschaftspolitik fördern wird, die in der Linie des Programm liegt, die der Reichskanzler entwickelte. Darin ist von der Notwendigkeit des Sparens gesprochen worden. Ich möchte darauf hinweisen, daß es etwas gibt, bei dem ungeheuer viel gespart werden kann, nämlich bei einer Reform der Vielgestaltigkeit unserer Länderverwaltungen. Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß die Tatsache, daß in Deutschland eine Minderheitsregg. regiert, irgend etwas mit den Voraussetzungen oder Vorbedingungen einer Staatskrise zu tun hat. Eine solche Minderheitsregg. bietet gar keinen Grund, anzunehmen, daß sie der Vorläufer einer Diktaturregg. sein sollte. Was soll diese Diktaturregg. überhaupt in Deutschland? Auch ein Diktator müßte den Dawesplan erfüllen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, die Massen so fest als möglich an die Republik zu fesseln. Wir kennen auch unsere Pflicht gegen den Staat. Aber sie besteht nicht etwa darin, daß wir etwa jede Regg. zu unterstützen haben. Die Rede des Reichskanzlers war keine Werberede für das neue Kabinett, sie konnte nach rechts und links neutral sein. Die Zeiten sind zu ernst für eine Rechnungsträgerei nach zwei Seiten. Die neue Regg. kann vor Inland und Ausland nur bestehen, wenn sie Farbe bekennt. Deshalb, Herr Reichskanzler, heraus mit der Sprache! Als Redner der rechtsgerichteten Opposition führt Graf Westarp (Dnat. Vp.) im wesentlichen folgendes aus: Von Illusionen zu Enttäuschungen, von Enttäuschungen zu neuen Illusionen, das ist die Signatur der Politik des Herrn Stresemann. Wir wollen aber keine neuen Enttäuschungen für unser Vaterland durch den Eintritt Deutschlands in den

Völkerbund. Die neue Regg. ist noch vollständig in der Lage, sich frei zu entscheiden, ob sie den Antrag auf Eintritt in den Völkerbund stellen will. Eine völkerrechtliche Verpflichtung liegt nicht vor. Ob die neue Regg. und unter welchen Bedingungen sie von der Ermächtigung, den Antrag zu stellen, Gebrauch macht oder nicht, darüber haben wir aus der Regierungerklärung ein klares Wort nicht entnehmen können. Wir wollen hoffen trotz aller Enttäuschungen, daß die Regg. sich davor scheut, den Antrag zu stellen, ohne die erforderlichen Sicherheiten zu haben. Das bezieht sich vor allem auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten. Was nach Locarno für die besetzten Gebiete geschehen ist, ist völlig ungenügend. Die Abkürzung der Besatzungsfristen sollte mit allen Mitteln versucht werden. Die Regg. muß klar und deutlich erklären: Von einem Eintritt in den Völkerbund kann nicht die Rede sein, bis diese Forderungen des Reichstages erfüllt sind. Auch die Streitfrage der Auslegung muß noch vor dem Eintritt aus der Welt geschafft werden; über den Art. 6 muß unbedingt endlich Klarheit geschaffen werden. Auf dem Gebiete des Schutzes der deutschen Minderheiten müssen wir andauernd warnen und mahnen. Auch Deutschlands Recht auf seine Kolonien muß vorher grundsätzlich anerkannt sein. Ferner muß die Schmach der rechtswidrig begründeten Militärkontrolle erst von Deutschland genommen werden. Überall sehen wir gerade jetzt Vermehrung der Rüstungen statt Abrüstungen. Da sollte Deutschland doch nicht den Eindruck erwecken, daß es sich für dumm kaufen läßt. Wir müßten endlich wissen, ob und in welcher Weise der Fragebogen von der deutschen Regg. beantwortet ist oder beantwortet werden wird, der für die Abrüstungskonferenz aufgestellt worden ist. Wenn wir auf die Annahme unseres Antrages rechnen könnten, so würde das für unsere Haltung außerordentlich wesentlich sein. Dann wäre ein Teil der Gründe für die Ablehnung der gegenwärtigen Regg. bei uns fortgefallen. Sie können es uns nicht verargen, daß wir in dieser Lage dem Träger der Außenpolitik, Stresemann, ein Vertrauen nicht entgegenbringen können. Die Überzeugung von der Unerträglichkeit und vor allem der Unmöglichkeit der mit dem Dawesabkommen übernommenen Lasten dringt in immer weitere Kreise und wird sich immer klarer mit jedem Tage herausstellen. Wir sehen es als Aufgabe der Regg. an, daß sie über diese Unmöglichkeit dem Auslande und dem Inlande volle Klarheit gibt. Die wahren Ursachen der wirtschaftlichen Notlage liegen in der Ausbeutungspolitik unserer Gewalthaber und in der Erfüllungspolitik, die glaubte, durch immer neue Unterwerfungen ihnen entgegenzukommen. Wir wollen vor allem Klarheit hierüber schaffen und stoßen immer in erster Linie auf den Widerstand der Soz., die besonders laut und nachdrücklich für die Unterwerfung eingetreten ist. Durch diese Politik hat sie die Massen, das deutsche Volk, die Arbeiter, die Wirtschaft betört. In der Handelsvertragspolitik können wir feststellen, daß viele unserer Forderungen auch in der Regierungserklärung Aufnahme gefunden haben. Aber u. E. darf die Steigerung des Exports nicht das eigentliche Ziel sein, auch die Handelsvertragspolitik muß dienstbar gemacht werden dem Zweck, den inneren Markt zu schützen, und vor allem brauchen wir eine Beseitigung der Luxuseinfuhr. Hier können wir auch zu der Handelsvertragspolitik der neuen Regg. in der wiederum der Außenminister führend ist, nach den Erfahrungen der letzten Monate nicht das nötige Vertrauen haben. In der Innen- und Wirtschaftspolitik enthält das Programm des Reichskanzlers viele Sätze, die uns in Verlegenheit bringen, ob wir sie anerkennen oder ablehnen sollen, weil sie nicht klar genug sagen, was nun geschehen soll.

Das ist eine Folge der Kompromißformeln in den Erklärungen der parlamentarischen Regg. Wir müssen unser Urteil deshalb nicht nach den Worten und Formeln, sondern nach den Persönlichkeiten und nach den politischen Kräften, die hinter diesen Persönlichkeiten stehen, bilden. Das Kabinett ist nicht ein „neutrales“ Kabinett der Mitte, sondern ein reines Parteiministerium. Diese Minderheitsregg. steht im Widerspruch zu der Verfassung, wonach das Ministerium des Vertrauens der Mehrheit bedarf. Wir sind hier nicht, um uns der Stimme zu enthalten, sondern um die Stimme abzugeben. Die Regg. der Mitte verlangt Unterstützung von rechts und links. Wir können auf die Dauer nicht zulassen, eine Regg. mit wechselnden Mehrheiten zu bilden, wir müssen eine klare Entscheidung zwischen rechts und links verlangen. Dazu kommt für uns die praktische Erwägung, daß diese Regg. nicht stark genug ist, um der außenpolitischen Lage und der Wirtschaftskrise Herr zu werden. Wir meinen ferner, daß dieses Kabinett nicht die nötige Unabhängigkeit und Stärke gegenüber dem Einfluß der Soz. hat. (Lebh. Zustimmung rechts. Unruhe.) Dafür spricht ja die Entstehungsgeschichte des Kabinetts, Marx ist der Träger der „Großen Koalition“. Die Machtstellung der Demokraten im Kabinett steht im Gegensatz zu dem Prinzip von der Herrschaft der Mehrheit. Külz ist Koch-Ersatz, und Marx ist ein ganz ausgesprochener Reichsbannermann. Es besteht keine Gewähr dafür, daß die vaterländische Bewegung bei Külz auf eine verständnisvolle Behandlung stößt. Man verlangt verfassungstreue Beamte (Sehr richtig! links.) und will die Reichswehr, Justiz und das Unterrichtswesen politisieren. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Die Auseinandersetzung mit den Fürsten scheint mir von einer gewissen Schwäche zu zeugen. Der Wunsch, diese Frage durch Reichsgesetz zu regeln, wird mit dem Wunsche begründet, die Unruhe des Volksentscheids zu vermeiden. Ein solches Reichsgesetz würde zweierlei Bedeutung haben, einmal einen Übergriff des Unitarismus in die Befugnisse der Länder und sodann eine höchst bedenkliche parlamentarische Kabinettsjustiz. Soz. und Komm. haben sich zusammengetan und versuchen, ihren Einfluß auf die Straße auszuüben. Wir werden sehen, ob die Minderheitsregg. diesen Gefahren mit der nötigen Entschiedenheit und dem nötigen Erfolge entgegentreten wird. Auf dem Gebiete der Kulturpolitik treten wir für die Sicherung und Erhaltung der Bekenntnisschule ein. Wenn der Reichskanzler in seiner Erklärung für die Gewissensfreiheit und die Wahrung der Elternrechte eingetreten ist, so legen wir das Hauptgewicht auf den christlichen Gedanken der Schule. Wir haben nicht das Vertrauen, daß es dem Finanzminister, wenn er die Steuern abbauen will, gelingen wird, sich von den Sozialisierungsbestrebungen der Soz. freizumachen. Die bisherige Amtsführung des Finanzministers rechtfertigt dieses Vertrauen auch nicht. Wir glauben auch nicht, daß es angesichts der Landwirtschaftsfeindlichkeit der Soz. dem Kabinett gelingen wird, sein Landwirtschaftsprogramm zur Durchführung zu bringen. Im Volke besteht ein tiefer Widerwille gegen das parlamentarische System, wie es sich gerade bei der letzten Kabinettsbildung ausgewirkt hat. Die Auswüchse dieses Systems können zu einer Gefährdung der Staatsgesinnung führen. Wir halten es für eine Aufgabe allererster Ordnung, an diesem System zu bessern, was zu bessern ist. Die angekündigte Wahlreform wird vor allem die Forderung berücksichtigen müssen, die in weitesten Kreisen verstanden werden wird, daß in der Zahl der Abgg. die äußerste Sparsamkeit eintritt. Auch der Alleinherrschaft des Reichstages muß ein Ende gemacht werden. Es wird der Regg. nicht gelingen, mit einer wechselnden Mehrheit eine nutzbare Politik zu machen. Wir halten

uns für verpflichtet, in der Außenpolitik der Politik der Illusionen und Enttäuschungen unseren Widerstand entgegenzusetzen. In der Innenpolitik bekämpfen wir vor allem den unheilvollen Einfluß der Soz. Der Redner schließt mit dem Hinweis auf das kürzlich veröffentlichte dnat. Wirtschaftsprogramm, daß uns nicht fremde Hilfe, sondern nur eigene Kraft retten könne. (Lebhafte Zustimmung bei den Dnat. Zischen links.)

Sodann entgegnet Reichskanzler Dr. Luther auf die Angriffe der Opposition und erklärt u. a. folgendes: Daß eine ganze Reihe von Fragen in der Regierungserklärung nicht im einzelnen beantwortet sind, ergibt sich aus der Lage, in der sich die Regg. der Mitte befindet. So wie der Tatbestand ist, handelt es sich einfach um die politische Frage, ob der Reichstag bereit ist, dieser Regg., wie sie jetzt entstanden ist, die Möglichkeit zu praktischer Arbeit zu geben. Die Regg. hat sich zusammengefunden, nachdem und weil Bildungen von Mehrheitsregg.en nicht möglich gewesen sind. Irgendwie muß Deutschland schließlich regiert werden. (Große Heiterkeit.) Es ist leicht, darüber zu lachen, aber hier gilt es nicht, den Humor parteipolitischer Auseinandersetzungen walten zu lassen. Den Männern, die jetzt an die Regg. gerufen worden sind, ist es gar nicht um Humor, um kleine Witze zu tun, sie haben es mit einer Lage unseres Vaterlandes zu tun, für die einfach der äußerste Ernst eingesetzt werden muß. Der Lage wird man nur Herr werden, wenn man mit Erfolg an die praktische Arbeit herangeht. Nun ist gesagt worden, es sei keine Regg. der Mitte. Ich frage Sie, wie soll denn eine Regg. der Mitte aussehen, wenn es nicht eine solche ist, die die Parteien der Mitte umfaßt? Es ist weiter gesagt worden, es sei keine neutrale Regg.; ja, wie soll denn eine neutrale Regg. aussehen, wenn es nicht diejenige ist, zu der sich die Parteien der Mitte zusammengefunden haben? Es ist ausgesprochen worden, es sei zu viel mit den Parteien verhandelt worden. Ja, auf welchen Grundlagen sollte denn eigentlich gebaut werden? Es ist hin und hergegangen in den Erörterungen. Es ist auf der einen Seite mit der Dnat. P. in Verbindung getreten worden, auf der anderen Seite mit den Soz. Wir wissen, daß eine Mehrheit dieses Hauses sich in den großen außenpolitischen Fragen ohne die Dnat. Vp. zusammengefunden hat. Wenn mir andererseits der Vors. der Soz. P. zuruft, ich müßte mich endlich entscheiden und klar Stellung nehmen, ja, warum hat denn die Soz. P. sich nicht entschieden, in die Regg. hineinzugehen? Wenn das der Fall gewesen wäre, würden wir jetzt hier vor einer wirklichen Mehrheitsregg. stehen und könnten auf einer ganz anderen Grundlage arbeiten. Daher sollte man eigentlich im ganzen deutschen Volke den Parteien der Mitte dankbar sein, daß sie sich in Notgemeinschaft zusammengeschlossen haben, um die Regg. zu tragen. Hier steht eine Minderheitsregg.; ich weiß so gut, wie Sie alle, daß man mit einer Minderheit als solcher nicht regieren kann, sondern immer eine Mehrheit braucht. Aber gerade in dieser schweren Zeit ist es unmöglich, daß die Regg. etwa ihre Arbeit übernimmt auf der Hintertreppe abgelehnter Mißtrauensvoten. Auf dieser Grundlage können und wollen wir nicht arbeiten. Ich bin einig darin mit sämtlichen Kabinettskollegen, daß wir auf eine positive Vertrauenskundgebung nicht verzichten können. Wir wollen keine Regg. sein, die geduldet ist, sondern die vom Reichstag getragen wird. Allein auf dieser Grundlage werden wir die Arbeit übernehmen und durchführen. (Lebh. Beifall b. d. Parteien der Mitte.) Wie richtig der Standpunkt der Regg. ist, Einzelheiten der Außenpolitik in die heutige Erörterung nicht einzubeziehen, ist durch die bisherigen Verhandlungen klar geworden. Die Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist grundsätzlich in diesem Hause





gefallen. Wir können nicht darauf verzichten, eine klare einheitliche Linie unseres Handelns durchzuführen, um unser Volk in der Welt wieder zu Geltung zu bringen. Ich habe den Wunsch, Deutschlands Stimme auch im Völkerbund wieder zur Geltung zu bringen. Es handelt sich nur darum: können wir unsere berechtigten Belange besser zur Geltung bringen draußen oder drinnen? (Zurufe rechts: Draußen!) Ich antworte: Drinnen! Wir werden solche Männer hinschicken, die unsere Interessen vertreten werden. Entschließen wir uns, im Rahmen des Völkerbundes mit den Mitteln des Völkerbundes zu arbeiten, dann müssen wir auch Leute dort hinschicken, die das eine große Ziel, die Erholung und Kräftigung unseres Vaterlandes, betreiben. Über die schwebenden Verhandlungen irgendwelche Auskunft an dieser Stelle zu geben, muß ich ablehnen. (Lärm rechts.) Sie müssen mir und dem Außenminister hierfür schon die Verantwortung überlassen. (Unruhe rechts.) Man kann die Sache organisatorisch doch nur so anpacken, daß man Angelegenheiten, die mitten im Fluß sind, in der Hand der Verhandelnden läßt. Die Regg. kann nicht über jede außenpolitische Frage, die ihr vorgelegt wird, Auskunft geben. Irgendein sachlicher Einwand gegen meine Ausführungen wird nicht erhoben. Zur Innenpolitik sind mir auch eine ganze Reihe Einzelfragen vorgelegt worden. In unserer harten wirtschaftlichen Notlage sind wir doch immer darauf angewiesen, das Mögliche mit dem Erwünschten gegeneinander abzuwägen. Wir werden im Schoße der Regg. und bei der Einzelberatung des Etats alle Fragen sorgfältig untersuchen, ich bin aber nicht in der Lage, heute eine Erklärung darüber abzugeben. Wir wollen nicht eine Änderung des Wahlrechts, sondern eine Änderung der Wahlgesetzgebung. Wir wollen versuchen, einen Weg zu finden, durch den das Verhältnis zwischen dem deutschen Wähler und seinem Vertreter im Reichstag, überhaupt in den Parlamenten, wieder unmittelbarer gestaltet wird. Ich bin persönlich der Überzeugung, daß gerade in der Demokratie der große erzieherische, kulturtragende Gedanke der ist, daß der einzelne Wähler durch die Vermittlung des Gewählten ein persönliches Vertrauensverhältnis zu der Leitung der Dinge gewinnt. Die jetzige Übung hat sich nicht bewährt, weil sie an die Stelle des gewählten einzelnen Menschen die Liste, die Partei, gesetzt hat. Unser Ziel wird es sein, den einzelnen Wähler wieder unmittelbar eine Persönlichkeit wählen zu lassen. Die Regg. und die Männer, die sich zum Eintritt in sie bereit erklärt haben, glauben ihre Arbeit aber nicht übernehmen zu können, wenn ihnen nicht ein positives Vertrauensvotum gegeben wird. (Lebh. Beif. i. d. Mitte.)

Nach dem Reichskanzler sprechen noch Abg. Heckert (Komm.), der scharfe Kritik an einzelnen Persönlichkeiten im Kabinett übt, Abg. Dr. Heuß (Dem.), der für entschlossene Mitarbeit im Völkerbund eintritt, und Abg. Hampe (Wirtsch. Vgg.), der dringend vor einem Eintritt in den Völkerbund warnt, bevor die Deutschland gegebenen Versprechungen erfüllt sind.

Am 28. wird die Aussprache zu Ende geführt. Abg. Henning (Völk.) bezeichnet die Regierungserklärung inhaltlos, erst die gestrigen Ausführungen Luthers hätten gezeigt, daß an der Erfüllungspolitik festgehalten werden solle. Als der Abg. gegen Schluß seiner Rede immer schärfere Angriffe gegen die Regg. richtet, die „als Geschäftsführer der Erfüllungspolitik gestürzt werden müsse“, kommt es zu einem erregten Zwischenfall. Als er nämlich ausruft: „Diese Regg. ist eine Regg. der Henkerknechte am eigenen Volk“, springt Reichskanzler Luther in großer Erregung auf ihn zu und entgegnet ihm: „Ich verbitte mir derartige Bemerkungen ganz

energisch." Im Haus entsteht ungeheure Aufregung und Vizepräsid. Dr. Bell verkündet den Ausschluß Hennings von der Sitzung.

Nach Erledigung des Zwischenfalls nimmt Abg. v. Lindeiner-Wildau (Dnat. Vp.) das Wort und spricht sein großes Bedauern über denselben aus. Und „um das Grundsätzliche einmal herauszuarbeiten", führt er dann u. a. folgendes aus: Wir sehen in der heutigen Krise die Krise des derzeitigen Systems der parlamentarischen Demokratie in Deutschland überhaupt. Die Geschichte der deutschen Republik hat erwiesen, daß dieses Regierungssystem für Deutschland nicht möglich ist, weil die inneren und die politisch organisatorischen Voraussetzungen dafür eben einfach unserem Volke fehlen. Wir wollen nicht mitschuldig werden an der Vertuschung des Zusammenbruchs eines Regierungssystems, das in der Praxis und im Bewußtsein unseres Volkes und besonders der jüngeren Generation draußen längst innerlich verrottet ist. Wir müssen die Möglichkeit zur Rettung des deutschen Volkes schaffen durch Wiederherstellung einer festen Regierungsgewalt. Die Krisengefahr ist um so größer, weil diese Krise des Staates in eine Zeit fällt, wo wir auf wirtschaftlichem Gebiete ebenfalls vor dem Zusammenbruch stehen. Wir haben zur heutigen deutschen Außenpolitik nicht mehr das Vertrauen, daß sie den ganzen Ernst dieser ganzen internationalen wirtschaftlichen Probleme sich vorstellt. Ich könnte an die peinliche Überraschung erinnern, als am 16. Okt. in Locarno diese Verträge geschlossen wurden. Ich unterstelle gern, daß unsere beiden Unterhändler aus ihrer Auffassung der Situation heraus glaubten, durch diesen Schritt dem Wohle des Vaterlandes zu dienen, und mache ihnen subjektiv keinen Vorwurf, aber objektiv muß man sich klar sein, daß meine Freunde diese Entscheidung nicht als richtig ansehen konnten und daß diese Entscheidung den Trennungsstrich zwischen der Außenpolitik und meiner Partei zog. Wir Dnat. haben das äußerste Maß von Selbstverleugnung geübt. Wir sind uns zwar durchaus darüber klar, daß die weltpolitische Einschaltung Deutschlands nur auf dem Wege der Verständigung mit unseren früheren Feinden erfolgen kann (hört! hört! links), aber wir wollen nicht immer allein die Gebenden sein. Wenn wir die Bilanz der Außenpolitik der letzten Monate ziehen, so ist es genau dasselbe Bild wie in den letzten sieben Jahren. Dr. Luther hat ja selbst am 23. Nov. vor. J. gesagt, daß das deutsche Volk erst dann glauben und vertrauen könnte, wenn es Tatsachen vor sich sehe. Solche Tatsachen liegen aber nicht vor, und darum können wir nicht glauben und nicht vertrauen. Die letzte Gelegenheit, positive Erfolge zu erreichen, ist der Eintritt in den Völkerbund. Haben wir damit noch unsere weltpolitische Handlungsfreiheit aufgegeben, dann sind wir auf Gnade und Barmherzigkeit und auf das Wohlwollen unserer Feinde angewiesen. Wir verschließen unsere Herzen nicht vor dem großen idealen Gedanken einer überstaatlichen Organisation, die geeignet ist, die Welt nach Möglichkeit vor der furchtbaren Geißel der gewaltsamen Lösung internationaler Konflikte zu befreien. Aber ich schließe daran die andere Frage: Können Sie mit Ernst vor Ihrem eigenen Gewissen behaupten, daß dieser Völkerbund nach seiner Entstehungsgeschichte und seinen bisherigen Taten geeignet ist, Friedensbringer zu werden? Seine Geburtsstunde war jene Schandstunde von Versailles, und die bisherigen Taten dieses Völkerbundes waren der Schutz der Starken gegen die Schwachen, die Verewigung der Ungleichheit der Nationen und Staaten. Alles andere ist vorläufig bestenfalls ein schöner Traum. Ich habe den Eindruck, daß man in der Erwartung des deutschen Beitritts nur neue Barrikaden aufbaut, um den deutschen Einfluß im Völkerbund zu verringern. Was z. B.

Chamberlain am 9. Dez. 1925 im Völkerbundsrat über die Minderheiten gesagt hat, schlägt der einzigen großen Idee der Jetztzeit, der Idee des Selbstbestimmungsrechts, ins Gesicht. Wir nehmen dieses Recht auch für uns in Anspruch und ich bin stolz darauf, in diesem Punkt im Deutschösterr. Volksbund unter Vorsitz unseres Präsid. Löbe mit Männern und Frauen aller Parteien zusammenarbeiten zu können. Aber warum machen wir halt an den Grenzen dieses einen Staates? Haben nicht die 20 Mill. unter fremder Herrschaft lebenden Deutschen dasselbe Recht? Ich scheue mich nicht, von der Tribüne dieses Hauses aus von Germania irredenta zu sprechen. Die deutsche Irredenta ist die größte, die die Geschichte Europas jemals gesehen hat, und dieses arme Europa wird niemals Frieden haben, solange nicht unserm deutschen Volke das Recht zuerkannt ist, selbst über sein Geschick zu bestimmen. Wir müssen der deutschen Jugend neue Ziele und Ideale geben, und dazu gehört auch das Ideal der großen deutschen Volksgemeinschaft. Ein Beitritt zu diesem Völkerbund bedeutet eine wesentliche Verschlechterung und Erschwerung des Ziels. Darum werden wir Dnat. an diesem politischen Akt nicht mitwirken. Wenn das Eintrittsgeld in den Völkerbund die Aufgabe meiner Ziele ist, dann bleibe ich lieber draußen. Wir haben die Überzeugung, daß ganz grundsätzliche Erwägungen uns die Opposition zur nationalen Pflicht machen. Unsere Opposition wird und soll nicht sein die eines kleinlichen Parteitreibens, sondern eine Opposition der Pflicht, die sich mit denen, die in der Regg. sind, mißt im Ringen um die deutschen nationalen Güter und um die deutsche Zukunft. Abg. Koenen (Komm.) warnt die Soz. vor Unterstützung der Regg. und verlangt sofortige Abrechnung mit dem Bürgerblock durch Auflösung des Reichstags. Abg. Drewitz (Wirtsch. Vergg.) erklärt: Wir wollen der Regg. zunächst die Möglichkeit zur Arbeit geben; wenn sie sich aber als unfähig erweist, müssen wir aus unserer Neutralität herausgehen und sie auf das schärfste bekämpfen. Der Mittelstand darf nicht vernichtet, sondern er muß nach Kräften gestärkt werden. Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) verliest nach längerer Polemik gegen die Dnat. Vp. eine Erklärung der Soz., die der auswärtigen Politik der Regg. zustimmt, das innerpolitische Programm aber als unbefriedigend bezeichnet und daher mit Rücksicht auf die auswärtige Lage unter Ablehnung der Mißtrauensanträge Stimmenthaltung ansagt. Abg. Dr. Scholz (Dtsch. Vp.) beantragt, den dnat. Antrag zur Völkerbundsfrage an den Ausw. Ausschuß zu verweisen, indem er zur Begründung folgendes anführt: Das endgültige Ergebnis der Bemühungen der Reichsregg., die sich nicht nur auf den Sinn des Vertragswerks von Locarno, sondern auch auf ganz bestimmte amtliche Zusagen der Gegenseite stützen, liegt bis zur Stunde noch nicht vor. Es wird also zweckmäßigerweise das Ergebnis dieser Bemühungen der Regg. abzuwarten sein. Abg. Graf Westarp (Dnat. Vp.) widerspricht dem Antrag und betont: Wir müssen entscheidenden Wert auf die sofortige Beantwortung der in dem Antrag gestellten Frage noch vor der Abstimmung legen. Vor der Abfahrt nach Locarno haben unsere Minister keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Forderungen der Denkschrift nicht Wünsche, sondern Bedingungen waren. Hiervon sind unsere Minister nie abgewichen. Die gegen unseren Willen erfolgte Paraphierung ist die Ursache unseres Austritts gewesen.

Außenmin. Dr. Stresemann erklärt sich bereit, in einer alsbald einzuberufenden Sitzung des Ausw. Ausschusses über das Maß der Rückwirkungen zu berichten und Auskunft über die im Kabinett aufgestellten Richtlinien zu geben. Dann teilt er mit, daß auf eine Anfrage an die Besatzungs-

mächte folgende Antwort eingegangen ist: 1. Die Regg.en der Besatzungsmächte haben, entgegen gewissen Pressemeldungen, keinerlei Entschließung in dem Sinne gefaßt, daß die Stärke der Besatzungstruppen in der 2. und 3. Rheinlandzone 75000 Mann oder eine annähernd gleiche Zahl betragen soll. 2. Die Besatzungsmächte, besonders Frankreich, bleiben bei der Auffassung, die sie zu wiederholten Malen im letzten Herbst, u. a. in der Note der Botschafterkonferenz vom 14. Nov. 1925, zum Ausdruck gebracht haben. Sie sind dabei, die Einzelheiten des Problems zu prüfen mit dem Ziel, die Zahl der Besatzungstruppen in sehr kurzer Zeit auf das denkbar geringste Maß herabzumindern, derart, daß der in der Note der Botschafterkonferenz vorgesehene Zustand verwirklicht werden wird, sobald die Verträge von Locarno in Kraft getreten sind. Nach einem weiteren Telegramm haben die All. Regg.en den Endtermin der Räumung der Kölner Zone auf den 31. Jan., Mitternacht, festgesetzt.

Damit schließt die große Debatte, es folgen die Abstimmungen. Das Vertrauensvotum der Regierungsparteien wird mit 160 gegen 150 St. bei 130 Enthaltungen, mit den St. der Koalition gegen die der Dnat. Vp., der Völk. und Komm. bei Stimmenthaltung der Soz. und der Wirtsch. Vergg., angenommen. Die Mißtrauensanträge werden für erledigt erklärt. Der Antrag der Dnat. über die Vorbedingungen zum Eintritt in den Völkerbund geht an den Ausw. Ausschuß. Nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Parteien dürfte die Tatsache gewesen sein, daß der Reichskanzler vom Reichspräsid. ermächtigt worden war, den Reichstag aufzulösen, falls die Abstimmung keine Mehrheit oder nur eine von wenigen Stimmen ergeben sollte und daß das Kabinett bereits im Besitz des unterzeichneten Dekrets war und die Parteiführer hiervon verständigt waren.

27.—29. Jan. (Preuß. Landtag) Haushaltsplan für 1926.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff bringt den Haushaltsentwurf für 1926 ein. Aus seinen Darlegungen ist folgendes zu entnehmen: Die Finanzverwaltung verfügte bei Beginn des Rechnungsjahrs 1925 über einen Betriebsfonds von 200 Mill. Daraus sind aber erhebliche Beträge zur Deckung von Anleiheausgaben verbraucht. Außerdem muß der Betriebsfonds dazu dienen, die erheblichen Fehlbeträge abzudecken. Nach dem Haushaltsplan für 1925 belief sich der Fehlbetrag des laufenden Jahres auf 229.1 Mill. Nach der bisherigen Entwicklung darf damit gerechnet werden, daß sich dieser Fehlbetrag ermäßigen wird. Die Überweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer werden voraussichtlich ein Mehr von 20 Mill. bringen. Wenn sich also auch das Defizit verringern wird, so wird doch der Betriebsfonds am Ende des Rechnungsjahrs voraussichtlich verbraucht sein, zumal da durch die Hochwasserschäden und die Erwerbslosigkeit dem Staate zur Zeit außergewöhnliche Ausgaben entstehen. Um so mehr wird es notwendig sein, den Haushaltsplan für 1926 unter allen Umständen ins Gleichgewicht zu bringen. Dieser Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 3322 Mill. Mark ab. Die dauernden Ausgaben haben sich gegenüber dem Jahre 1925 um 73.9 Mill. vermindert, die einmaligen Ausgaben um 2 Mill. vermehrt. Eine gewisse Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan 1925 ist nicht zu verkennen. Diese Verbesserung reicht jedoch im Hinblick auf den Fehlbetrag für 1925 nicht aus. Es muß vielmehr aus der Hauszinssteuer noch ein Betrag von 92 Mill. für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates bereitgestellt werden. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem Reichsfinanzausgleich. Es wird Aufgabe der Regg. und des Landtages sein müssen, durch weitere Ersparnisse den

Bedarf des Staates einzuschränken. Das ist im großen Ausmaß nur durch Verminderung der Personalausgaben möglich. Schon in diesem Jahre ist die Zahl der Beamten wieder um 751 Köpfe vermindert worden. Eine weitere Verminderung kann nur durch eine großzügige Verwaltungsreform herbeigeführt werden, zu der Vorarbeiten mit allem Nachdruck begonnen werden müssen.

Am 28. beginnt die Aussprache über den Etat. Abg. Waentig (Soz.) äußert sich unzufrieden mit den Ausführungen des Finanzministers: die mögliche Sparpolitik dürfe nicht die entscheidende Rolle spielen, nur über eine gesunde Volkswirtschaft werde man wieder zu einer kraftvollen Finanzwirtschaft kommen. Abg. v. d. Osten (Dnat. Vp.) begrüßt die Sparpolitik und bedauert es, daß die Verwaltungsreform noch auf sich warten lasse. Abg. Schmeding (Ztr.) schlägt bei allen Ausgaben gleichmäßig einen Abstrich von 10% vor, sofern keine gesetzlichen oder vertragsmäßigen Verpflichtungen vorlägen. Abg. Dr. Wiemer (Dtsch. Vp.) erhebt schwere Bedenken gegen die Anspannung der Hauszinssteuer und fordert weiteren Personalabbau durch Staatsvereinfachung.

Am 29. ergreift Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff zur Debatte nochmals das Wort; zunächst unterstreicht er den Umstand, daß die Wirtschaftskrise sich in den Steuereingängen bisher noch nicht ausgewirkt habe und daß mit dieser Auswirkung bald zu rechnen sei. In seinen weiteren Darlegungen über die allgemeine Wirtschaftslage, besonders über die Aus- und Einfuhr, sieht er in der starken Steigerung der deutschen Ausfuhr 1925 gegenüber 1924 eine beachtliche steigende Tendenz, die jetzt noch anhalte. Eine weitere Steigerung sei s. E. nur durch eine energische Handelspolitik möglich. Die Erwerbslosenfrage bezeichnet er als rein zeitlich, im übrigen müsse man die Wirtschaft sich selbst überlassen. Der Staat, der die Gesundung der Finanzen vielleicht in einem gewissen Ausmaß auf Kosten der Wirtschaft durchgeführt habe, könne jetzt durch Steuersenkungen etwas für die Wirtschaft tun. Vorbedingung sei aber doch eine Sparpolitik in der staatlichen Wirtschaft. Staatskredite im großen Umfang, wie Abg. v. d. Osten sie für die Landwirtschaft fordert, hält der Minister grundsätzlich für gefährlich. Erfreulich sei in diesem Zusammenhang die dauernd steigende Tendenz der Spareinlagen. Im ganzen: notwendig sei es, mit Nüchternheit das Notwendige zu tun.

28. Jan. (Kassel) 6. Tagung des Reichslandbunds.

Graf Kalckreuth schildert in seiner Rede die große Not der deutschen Landwirtschaft: die erste Gefahr, welche die Landwirtschaft aufs schwerste hemme, sei das Damoklesschwert der kurzfristigen Wechselverschuldung, die zweite sei die landwirtschaftfeindliche Handelspolitik und die dritte liege in dem klaffenden Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte und der Produktionsmittel. Abg. Hepp gibt eine Darstellung der politischen Gesamtlage Deutschlands und kennzeichnet den gefährlichen Zustand der Dauerkrisen: das Parlament bringe sich selber um die letzten Reste seiner Autorität. Eine Besserung sei in erster Linie durch eine Verfassungsreform zu erreichen, s. E. am besten durch eine Stärkung der Position des Reichspräsid. Was die Wirtschaft betreffe, so führe die Entwicklung zwangsweise zu einer Pflege des deutschen Binnenmarkts. Auch müsse die Wirtschaft von der unerträglichen Bürde eines krankhaft angeschwollenen Verwaltungsapparates befreit werden, s. E. sei auf diesem Gebiete eine Besserung möglich durch Erweiterung der Befugnisse des Reichsfinanzministers oder Einsetzung eines besonderen Spar-

ministers mit wirksamen Rechten. Seine Ausführungen schließt Redner folgendermaßen: „Die sicherste Grundlage eines Staates ist eine produktionsfähige, kaufkräftige Landwirtschaft. Darum ist der Reichslandbund aktiv eingetreten für die ländliche Siedlung, die heute zu einer Lebensfrage geworden ist. Wir dienen dem Vaterlande, wir tragen in uns den Glauben an unser Volk, wir haben den Willen zur Freiheit!"

30. Jan.—1. Febr. Räumung der ersten Zone.

Am 30. räumen die engl. Besatzungstruppen Köln und die franz. Bonn. Die Räumung der ganzen ersten Zone des besetzten Gebietes erfolgt daran anschließend. Aus Anlaß der Räumung finden allenthalben Befreiungsfeiern statt.

30. Jan. (Reichsrat) Etat 1925.

Der Reichstag hat den Etat für 1925 derart abgeändert, daß er mit einem Anleihebetrag von 62,3 Mill. abschloß, der, da eine innere Anleihe zurzeit nicht unterzubringen ist, als ungedeckter Fehlbetrag zu gelten hat. Der Reichsrat stellt sich nunmehr auf den Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die Londoner Abmachungen es nicht angängig sei, den Haushaltsplan mit einem Fehlbetrag abzuschließen und nimmt die notwendigen Abstriche vor, um den Fehlbetrag zum Verschwinden zu bringen.

1.—6. Febr. (Preuß. Landtag) Anträge und Gesetzesvorlagen.

Vor Eintritt in die Tagesordnug gedenkt Landtagspräsid. Bartels in einer Ansprache der endgültigen Räumung der ersten der besetzten Rheinlandzonen: ... Das jetzt befreite Gebiet wird nun in der Lage sein, mit uns gemeinsam die Schäden der Besatzungszeit zu beseitigen und ungehindert am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten. Nichts sehnlicher wünschen wir in dieser Stunde, als daß neben der Befreiung von fremdem Druck unser Volk, insbesondere seine arbeitenden Schichten, auch von dem Druck wirtschaftlicher Notlage recht bald befreit werden möge.

Sodann nimmt das Haus ohne Aussprache die Ausführungsnovelle über die Fürsorgepflicht an und erörtert die Anträge für die Reform des Strafvollzugs. Der Rechtsausschuß hat ein ausführliches Reformprogramm vorgelegt, das angenommen wird. In einer besonderen Entschließung wird das Staatsministerium ersucht, bei der Reichsregg. baldmöglichst eine reichsgesetzliche Neuregelung des Strafvollzugs nach modernen und humanen Grundsätzen zu erwirken.

Am 2. wird der GE., der das Staatsministerium ermächtigt, eine Anleihe von 150 Mill. RM. für die Ausgestaltung der staatlichen Bergwerke, Häfen und Elektrizitätswerke und zur Förderung der Landeskultur aufzunehmen, nach kurzer Debatte in 2. und 3. Lesung einstimmig angenommen. Ferner wird gegen die St. der Dnat. Vp. und der Komm. dem Finanzminister die Indemnität für die vorweg verausgabten 70 Mill. bewilligt.

Am 3. wird die 2. Lesung der neuen Städteordnung begonnen, die am 6. beendet wird.

Am 4. steht auf der Tagesordnung die nochmalige Beschlußfassung über den GE. betr. die Vertretung Preußens im Reichsrat. (Vgl. S. 8.) Das Haus verzichtet aber vorläufig auf eine neue Beschlußfassung.

2. Febr. (Reichstag) Kompromißantrag betr. Fürstenabfindung.

Dem Rechtsausschuß geht der von den Koalitionsparteien vereinbarte Kompromißantrag über die Abfindung der früh. Fürstenhäuser zu.

Der neue GE., der die Zustimmung des Ztr., der Dem., der Dtsch. Vp., der Bayer. Vp. und der Wirtsch. Vergg. gefunden hat, sieht die Bestellung eines Reichssondergerichts unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsid. vor. Dieses Sondergericht soll auf Grund des Reichs-, Landes- und Gewohnheitsrechts die Rechts- und Eigentumsverhältnisse feststellen und die Auseinandersetzung nach Billigkeit vornehmen. (Den Wortlaut des GE. s. z. B. „Frankf. Ztg." vom 2. II. 1926, Nr. 87.)

2. Febr. (Berlin) Urteil im Fememordprozeß.

Die Angeklagten Schirmann, Stein und Aschenkampf werden wegen gemeinsamen Mordes (an Pannier) zum Tode, der Angeklagte Benn wegen Anstiftung zum Morde zum Tode, der Angeklagte Schmidt wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

3.—5. Febr. (Reichstag) Gesetzesvorlagen; Völkerbundsfrage.

Präsid. Löbe eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache anläßlich der Befreiung der sog. ersten Zone. — Ein von den Abgg. v. Raumer (Dtsch. Vp.) und Genossen eingebrachter GE. zur steuerlichen Erleichterung wirtschaftlich notwendiger Betriebszusammenschlüsse wird dem Steuerausschuß überwiesen.

Dann wird der Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Militärstrafrechts in 2. und 3. Lesung erledigt (mit 167 gegen 137 St. der Dnat. Vp., der Völk., Komm. und der Dtsch. Vp.); alle Abänderungsanträge werden abgelehnt und die Duellstrafbestimmungen aufrechterhalten, die vom Ausschuß beschlossen und vom Reichswehrminister Dr. Geßler als Ausnahmegesetz gegen Offiziere und Soldaten der Reichswehr bekämpft wurden.

Am gleichen Tage nimmt der Ausw. Ausschuß mit 18 gegen 8 St. einen von den Regierungsparteien und den Soz. eingebrachten Antrag an, wonach der Ausschuß nach Entgegennahme der Erklärungen des Außenministers keine Bedenken dagegen erhebt, daß die Reichsregg. von der durch Ges. vom 28. Nov. 1925 erteilten Ermächtigung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Gebrauch macht, und über die sonstigen vorgelegten Anträge, die den Eintritt in den Völkerbund ablehnen oder an Bedingungen knüpfen, zur Tagesordnung übergeht. Damit ist u. a. auch der dnat. Antrag (s. S. 21) erledigt.

4. Febr. — In 2. und 3. Lesung wird das vom Rechtsausschuß eingebrachte Sperrges., wonach bis zum 30. Juni 1926 alle Auseinandersetzungsprozesse mit Fürstenhäusern bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Abfindungsfrage ausgesetzt werden sollen, gegen die St. der Dnat. und Völk. angenommen. Ferner wird das Ges. über die Militärgerichte gegen die St. der Soz. und Komm. unverändert angenommen. Zu dem angenommenen Militärstrafrecht wird mit 216 gegen 125 St. eine Entschl. des Ztr. angenommen, in der um einen GE. ersucht wird, wonach für alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen die Herausforderung zum Zweikampf oder die Annahme der Herausforderung als Grund der Entlassung oder fristlosen Lösung des Vertragsverhältnisses gelten soll.

Im Ausw. Ausschuß wird die Frage des Luftverkehrs behandelt und nach längerer Aussprache eine Entschließung mit allen gegen 1 St. angenommen, die den Wunsch ausspricht, daß bei den Pariser Verhandlungen die weit über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehenden Beschränkungen der deutschen Luftfahrt beseitigt werden.

5. Febr. — Mehrere Anträge auf Milderung der Steuerges. gehen an die zuständigen Ausschüsse. Ein soz. Antrag auf Änderung der Emmingerschen Justiz-Vo. vom J. 1924 wird abgelehnt. — Angenommen wird ein Antrag des Volkswirtsch. Ausschusses, der die Regg. um schleunige Abhaltung einer Wirtschaftsenquete ersucht.

4. Febr. (Reichsrat) Zur Annahme gelangen:

Der Entwurf eines Arbeitsgerichtsges., das eine allgemein einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an Stelle der gegenwärtig auf diesem Gebiet herrschenden großen Zersplitterung schaffen soll, und eine Vo. zur Ausführung des § 8 Abs. 4 des Ges. über Änderungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vom 10. Aug. 1925 und des § 69 Abs. 2 des Finanzausgleichsges. Darnach soll den Ländern und Gemeinden vom 1. April 1927 ab das Recht gegeben werden, selbständige Zuschläge zur Körperschafts- und Einkommensteuer zu erheben; vorher sollen aber Aufstellungen über Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände aus Steuern, Betriebsabgaben usw. gemacht werden, und ferner sollen auch über die Ausgaben der gesamten Verwaltungen der Länder und Gemeinden sowie Gemeindeverbände statistische Aufstellungen gemacht werden.

5. Febr. (Bayer. Landtag) Außenpolitische Fragen.

Ministerpräsid. Held schildert zunächst die Besatzungsverhältnisse in der Pfalz, die trotz Locarno keine Besserung zeigten, protestiert aufs schärfste gegen die brutale Vergewaltigung der Deutschen in Südtirol und die Behandlung der Deutschen in der Tschechoslowakei und kommt schließlich im Rahmen außenpolitischer Betrachtungen auch auf die Völkerbundsfrage zu sprechen: Der Genfer Völkerbund sei keine Ausgeburt des Friedens- und Versöhnungsgedankens, sondern ein Instrument der Vergewaltigung des deutschen Rechtes und der Gerechtigkeit überhaupt. (Beifall bei den Natsoz.) Sein Standpunkt werde freilich nichts am Eintritt Deutschlands ändern; er könne nur wünschen, daß seine Auffassung möglichst bald desavouiert werde.

6. Febr. (Berlin) Konferenz der Ministerpräsidenten.

Auf der Tagesordnung der Konferenz steht der bevorstehende Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Das ausgegebene amtliche Kommuniqué besagt: „Im Anschluß an einen Vortrag des Reichsmin. des Auswärtigen sowie an grundsätzliche Ausführungen des Reichskanzlers wurden die mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen eingehend erörtert, wobei von einzelnen Ländern Bedenken geltend gemacht wurden. Abschließend wurde die einmütige Auffassung dahin festgestellt, daß, falls die Reichsregg. den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschließt, von seiten der Länder alles geschehen wird, was die Stellung Deutschlands im Völkerbund zu stärken geeignet ist."

7. Febr. (Berlin) Tagung des Kommunalpolitischen Ausschusses der Dem. P.

Justizrat Falk geißelt in seiner Eröffnungsansprache die Herrschaft der Bürokratie, die der geborene Feind der Selbstverwaltung sei. Oberbürgermeister Böß-Berlin legt dar, daß die Selbstverwaltung nach dem Umsturz nicht freiheitlich weiter entwickelt sondern von der alten Bürokratie zurückgedrängt worden sei. Das Reich regiere rücksichtslos in die Kommunen

hinein. Die „Interessentenselbstverwaltung“ der privaten Organisationen werde zum Schaden der Selbstverwaltung von der Bürokratie gestützt. Reich und Länder drängten die Kritik der Wirtschaft in eine Richtung, die die Gemeinden und die Selbstverwaltung zum Sündenbock machten. Der Finanzausgleich gebe den Gemeinden nicht die nötige Bewegungsfreiheit und mit dem geplanten Zuschlagsrecht ab 1. April 1927 werde bei den ohnedies unerträglichen Reichssteuertarifen nichts anzufangen sein. Auch in den Parlamenten der Städte habe sich zu sehr der Parteigeist eingenistet, wichtiger sei eine Beratung durch sachkundige Leute. Oberbürgermeister Luppe-Nürnberg schildert den Zustand der Verwaltung, in der noch die Überschätzung der zentralisierenden Tendenz und des Organisationsgedankens fortwirke. Trotz seiner Erfahrungen mit der Reaktion in Bayern müsse er feststellen, daß dort im J. 1919 im Gegensatz zu Preußen ein modernes Verwaltungsrecht geschaffen worden sei, das alle Reibungsflächen nach Möglichkeit ausschalte. Dort liege die ganze Entscheidung in den Händen der Bürgerschaftsvertreter. Der Bruch mit der Magistratsverfassung habe sich in Bayern und Württemberg ausgezeichnet bewährt und die politischen Parteien zurückgedrängt. Die Bürgerschaft werde dadurch praktisch zur Selbstverwaltung und Selbstverantwortung erzogen. Zur Demokratie gehörte freilich auch Vertrauen, und nur wo dies vorhanden sei, könne im Verwaltungsapparat gespart werden. Der Apparat im Reich, Ländern und Gemeinden enthalte einen ungeheuren Leerlauf, eine sinnlose Überorganisation, ein überflüssiges Nebeneinanderarbeiten.

In der Aussprache werden vor allem der Entw. der neuen preuß. Städteordnung und der Finanzausgleich erörtert. Der preuß. Finanzmin. Dr. Höpker-Aschoff warnt im Hinblick auf den neuen Finanzausgleich vor Illusionen, denn die Wirtschaft erheische die Herabsetzung der Lasten in Reich, Ländern und Gemeinden. Oberbürgermeister Landmann-Frankfurt sagt über die Selbstverwaltung u. a. folgendes: Die staatsmännisch große Tat des Freiherrn v. Stein sei gewesen, daß er im absoluten Staat die Notwendigkeit eines Ausgleiches zwischen alter und neuer Zeit erkannt habe. Sein Gedanke sei die Idee der Selbstverwaltung gewesen, und diese sei der Gedanke des genossenschaftlichen Staates gegenüber dem obrigkeitlichen Staate gewesen. Ein neuer Staat könne nur aufgebaut werden auf diesem Gedanken. Mit dem, was aus den Verhandlungen des Preuß. Landtages herausgekommen sei, sei nichts anzufangen, da kein einziger neuer Gedanke darin sei. Die Staatsaufsicht habe sich zu beschränken auf die Rechtskontrolle der Gemeinden und sie dürfe nicht in Überordnung übergehen. Wenn die Wirtschaft versuchen sollte, die Gemeinden unter ihre Botmäßigkeit zu bringen, so würden diese den allerschärfsten Kampf dagegen führen. Der von dem Redner gestellte Antrag, die dem. Frakt. des preuß. Landtags zu ersuchen, den Entw. der Städteordnung abzulehnen, wird einstimmig angenommen. Im Schlußwort erklärt Luppe: Noch heute halte er die Erzbergersche Reichsfinanzreform für grundsätzlich richtig. Das Zuschlagsrecht für die Gemeinden werde eine große Enttäuschung sein, da ein ungeheurer Beamtenstab dadurch bedingt sei.

8. Febr. **Beschluß des Reichskabinetts über den Eintritt in den Völkerbund.**

Einstimmig wird die Absendung einer Note, durch die der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angemeldet wird, beschlossen. (Wortlaut der Note s. unter „Völkerbund“!) Über die Motive führt eine halbamtliche Verlautbarung des WTB. folgendes aus: Der Beschluß der Reichs-

regg., die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu beantragen, muß sowohl im Zusammenhange der gesamten politischen Entwicklung, als auch als Einzelvorgang von besonderer Bedeutung gewertet werden. Die Gegensätze, die den Vertrag von Versailles überdauerten, und Europa in ein Chaos zu stürzen drohten, hatten 1923 ihren Höhepunkt im Ruhrkonflikt erreicht. Von da an begann die schrittweise Entwirrung der Probleme. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands am Ende des Ruhrkonflikts war verzweifelt. Zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland war unter gleichzeitiger Öffnung des sog. Lochs im Westen eine Zollgrenze errichtet worden. Das Wirtschaftsleben innerhalb des besetzten Gebiets wurde durch fortgesetzte Beschlagnahmungen gelähmt. Eine besondere Form der Gewaltmaßnahmen waren die sog. Micumverträge, die in Gestalt von Zahlungsverpflichtungen an eine Reparationskasse auf den verschiedensten Zweigen der Wirtschaft lasteten und als Kohlenlieferungsverträge ganz außerordentliche Dimensionen annahmen. Dieser Zustand, der jede wirtschaftliche Erholung Deutschlands ausschloß, wurde durch das im Anschluß an das Dawesgutachten entstandene Londoner Abk. beendet. Damit wurde eine Grundlage geschaffen, auf der es überhaupt zum ersten Male möglich wurde, den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu planen. Gleichzeitig wurde die Räumung der Ruhr binnen längstens einem Jahre vereinbart und die Räumung eines Teiles bereits im Herbst 1924 ausgeführt. Nach Abschluß des Londoner Abk. wurde im Völkerbund der übereinstimmende Wunsch nach dem Eintritt Deutschlands geäußert. Daraufhin hat die deutsche Regg. im Sept. 1924 ihren grundsätzlichen Entschluß zum Eintritt in den Völkerbund bekannt gegeben, die Durchführung dieses Beschlusses aber von der Klärung bestimmter Fragen abhängig gemacht, die für eine gleichberechtigte und gesicherte Stellung Deutschlands von entscheidender Bedeutung sind. (Vgl. GK. 1924, S. 85 ff.) Diese gesamte Entwicklung erfuhr einen empfindlichen Rückschlag dadurch, daß entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages die nördl. Rheinlandzone am 10. Jan. 1925 nicht geräumt wurde. Dieser Rückschlag offenbarte andererseits um so deutlicher die Notwendigkeit, in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Westmächten eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen. Das geschah mit dem Aufrollen der Sicherheitsfrage im Anschluß an frühere Erklärungen ähnlicher Art durch das deutsche Memorandum vom Febr. 1925. Dadurch wurde die Frage zur Erörterung gestellt, die nach dem Gang der Entwicklung tatsächlich zum Kernpunkt der politischen Probleme geworden war. In dem Memorandum war das Sicherheitsproblem ohne Zusammenhang mit dem Eintritt in den Völkerbund behandelt. Nachdem die fremden Regg.en die Verbindung der beiden Fragen wünschten, hat sich die deutsche Regg. durch ihre Note vom 20. Juli 1925 grundsätzlich zu dieser Verbindung bereit erklärt. Auf der Grundlage dieser Verbindung ist dann das Vertragswerk von Locarno zustande gekommen und zwar so, daß dieses Vertragswerk überhaupt erst durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wirksam wird. Neben den Verhandlungen über die Sicherheit und den Völkerbund liefen selbstverständlich die Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone, die von dem Gegner mit der Erledigung der Entwaffnungsforderungen in Zusammenhang gebracht worden war. Tatsächlich ist nun kürzlich die Räumung der Kölner Zone erfolgt, wie auch im Sommer 1925 der Rest des Ruhrgebiets und die sog. Sanktionsstädte geräumt worden sind. Was die sog. Rückwirkungen des Vertrages von Locarno im besetzten Gebiet betrifft, so kann Deutschland nicht zugeben, daß nach Abschluß des Vertrags von Locarno überhaupt noch eine innere Berechti-

gung für die Besetzung deutschen Bodens durch fremde Truppen besteht, und muß zunächst eine weitere erhebliche Verminderung der Besatzungslasten in der 2. und 3. Zone, insbesondere eine starke Verminderung der Truppenzahl und zwar mindestens gemäß der Note der Botschafterkonferenz vom 14. Nov. 1925 mit allem Nachdruck anstreben. Auf der anderen Seite muß anerkannt werden, daß diese Note, die im Einklang mit den in Locarno abgegebenen Erklärungen erlassen worden ist, in einer Reihe wesentlicher Punkte bereits durchgeführt ist und daß, zumal nach bestimmten Erklärungen der Vertragsgegner über die Herabsetzung der Truppenstärken, die kürzlich im Reichstag vom Reichsminister des Auswärtigen verlesen worden sind, die Ausführung der Botschafternote als gesichert angesehen werden kann. Bei diesem Tatbestand ist es nur gerade die Fortsetzung der politischen Gesamtlinie, die uns die Befreiung von dem ganz unmöglichen wirtschaftlichen Druck der Ruhrkonfliktszeit, die Räumung der Ruhr und der nördlichen Rheinlandzone und gewisse Erleichterungen im Besatzungsregime der 2. und 3. Zone gebracht hat. Wenn nunmehr der Antrag Deutschlands auf Eintritt in den Völkerbund gestellt wird, so wird erst durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund das Vertragswerk von Locarno zur Wirklichkeit und damit gemäß dem Beschluß der großen Reichstagsmehrheit für die Friedenskräfte in Europa ein fester Boden geschaffen. Deutschland kann nur auf solcher Grundlage seine eigenen Kräfte entfalten und zur Geltung bringen. Hierbei ist von entscheidender Bedeutung, daß Deutschland sofort einen ständigen Sitz in dem wichtigsten Organ des Völkerbundes, dem Völkerbundsrat, erhält. Die Beurteilung der dadurch für Deutschland eröffneten Möglichkeiten politischen Wirkens kann nicht nach dem Maßstabe der bisherigen Betätigung des Völkerbundes beurteilt werden, die zu vielfachen berechtigten Beschwerden Deutschlands Anlaß gegeben hat. Wenn auch angesichts der politischen Gesamtlage nichts verkehrter wäre, als illusionistische Hoffnungen über das zu hegen, was Deutschland erreichen kann, so wird doch Deutschland künftig bei all den großen Angelegenheiten, für die der Völkerbund zuständig ist, zum mindesten mitberaten und mitabstimmen. Bei den zahlreichen Entscheidungen des Völkerbundsrats aber wird Deutschlands Stimme darüber hinaus von entscheidender Bedeutung sein. Da nach der Satzung des Völkerbundes der Völkerbundsrat, soweit nicht in besonderen einzelnen Fällen anderes vorgesehen ist, einstimmig zu beschließen hat, was den Inhalt der Arbeit im Völkerbund betrifft, so steht bei allen politischen Spannungen ernster Art den Bundesmitgliedern das Recht zu, eine Beratung im Völkerbunde herbeizuführen und auf diese Weise ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Dadurch wird Deutschland die Wiederbeteiligung an großen politischen Entscheidungen gesichert. Im Völkerbunde kann ferner die Nachprüfung unanwendbar gewordener Verträge und solcher internationaler Verhältnisse veranlaßt werden, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährdet. Auch für die allgemeine Abrüstung, die eines der wichtigsten Ziele des Völkerbundes ist, kann Deutschland als Mitglied nachdrücklich eintreten, während es außerhalb des Bundes kaum eine Handhabe besitzt, um von sich aus auf die Beseitigung der Diskrepanz im Rüstungsstande der europäischen Länder hinzuwirken. Neben diesen allgemeinen Aufgaben hat der Völkerbund eine Reihe von Sonderaufgaben übernommen, die gerade für Deutschland von lebenswichtiger Bedeutung sind. Dazu gehören zunächst die Verwaltung des Saargebiets und der Schutz Danzigs, zwei Fragen, deren befriedigende Behandlung ohne deutsche Mitwirkung nicht denkbar ist. Es kommt hinzu die Frage der Kolonial-

mandate, an denen beteiligt zu werden das deutsche Volk seinen berechtigten Anspruch erhebt. Endlich ist besonders auf das Problem der Minderheiten hinzuweisen, deren Schutz dem Völkerbunde anvertraut ist. Angesichts der großen Zahl von deutschen Stammesangehörigen, die in fremden Staatsverbänden leben, hat Deutschland die Pflicht, sich an der Gestaltung des Schicksals der Minderheiten nach seiner Kraft aktiv zu beteiligen. Deutschland muß in seiner bedrängten Lage in erster Linie nüchtern die Frage prüfen, ob ihm sein Eintritt konkrete Vorteile bietet, von denen es eine Besserung seiner Lage erhoffen kann. Diese Frage kann nach dem Stadium, das in der politischen Entwicklung jetzt erreicht ist, nicht mehr verneint werden. Nachdem die gleichberechtigte Stellung Deutschlands im Völkerbunde gesichert und seiner besonderen Lage für Konfliktsfälle Rechnung getragen ist, wird die Gefahr, infolge unseres Mangels an äußeren Machtmitteln ein reines Objekt der Politik der anderen zu werden, durch die Zugehörigkeit zum Bunde und die Beteiligung an seinen Entscheidungen keinesfalls vergrößert, sondern sicherlich verringert. Selbstverständlich kann niemand erwarten, daß der Eintritt in den Völkerbund einen plötzlichen Umschwung der Dinge herbeiführen könnte. Mit schnellen Erfolgen kann keine deutsche Außenpolitik rechnen. Sie wird bei richtiger Abschätzung der ihr zu Gebote stehenden Mitteln den mühsamen Weg des Wiederaufstiegs und der Erstarkung nur Schritt für Schritt zurücklegen können. Auf diesem Wege bedeutet der Eintritt in den Völkerbund einen Fortschritt, da er Deutschland neue Mittel und neue Möglichkeiten der Politik zur Verfügung stellt.

Ein weiterer offiziöser Kommentar des „WTB." vom 10. Febr. gibt den Inhalt der in dem Aufnahmegesuch zitierten Schriftstücke wieder, die im GK. 1924 und 1925 mitgeteilt sind.

8. Febr. (Reichstag) Die Rechtsverhältnisse bei der Reichsbahn.

Abg. Groß (Ztr.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der sich mit den Rechtsverhältnissen der Reichsbahn zu beschäftigen hatte. Der Ausschuß legt eine Entschließung vor, in der die derzeitige Personalpolitik der Reichsbahn mißbilligt wird, weil die im Reichstag abgegebenen Erklärungen und Zusicherungen nicht eingehalten werden. Die Reichsregg. wird ersucht, ihren Einfluß geltend zu machen, damit die Rücküberführung von kündbaren Beamten in das Arbeiterverhältnis endgültig aufhört, der weitere Massenabbau von Beamten und Arbeitern eingestellt und ein Personalvertreter in den Verwaltungsrat berufen werde. Anträge aller Parteien fordern die Reichsregg. auf, für die Wahrung des Rechtes der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn Sorge zu tragen. Die Reichsregg. wird ferner ersucht, Verhandlungen zur Änderung des Reichsbahngesetzes einzuleiten und möglichst bald einen entsprechenden GE. vorzulegen. Abg. Steinkopf (Soz.) betont: Jedenfalls seien Massenkündigungen nicht zulässig. Die Reichsbahn wolle sparen, sie spare aber nicht bei den Gehältern des Generaldirektors, der leitenden Beamten usw. Reichsverkehrsmin. Dr. Krohne sieht sich „einer sehr unangenehmen Situation" gegenüber und sucht nach objektiven Gründen, er verweist dabei auf die große Reparationslast, die auf dem Unternehmen laste, erinnert daran, daß die leitenden Beamten lediglich dem Verwaltungsrat verantwortlich seien, und betont, daß bei den seinerzeitigen Verhandlungen mit dem Ausland immerhin manches gerettet worden sei, der Übergang des Eigentums an den Bahnen auf die Gesellschaften sei verhindert worden, auch die Absicht die Beamteneigenschaft bei der Reichsbahn überhaupt aufzuheben habe man

vereitelt. In der Debatte kommt allerseits mehr oder weniger der Unwille über die neue Personalordnung der Reichsbahn und über den rücksichtslosen Abbau zum Ausdruck.

Inzwischen bringen die Regierungsparteien folgende Mussolini-Interpellation ein: „In der Parlamentssitzung vom 6. d. Mts. hat der it. Ministerpräsid. unter Bezugnahme auf die Lage in Südtirol Ausführungen gemacht, die das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Italien berühren. Wir fragen an: 1. Ist der Reichsregg. der amtliche Wortlaut dieser Ausführungen bekannt? 2. Ist die Reichsregg. in der Lage, dem Reichstag über ihre Stellungnahme zu diesen Ausführungen Auskunft zu erteilen?"

9. Febr. (Reichstag) Antwort Stresemanns an Mussolini.

Vor dichtbesetztem Haus nimmt Außenmin. Dr. Stresemann das Wort zu den Interpellationen über Südtirol und führt folgendes aus: Die Ausführungen, die der it. Ministerpräsid. in der Samstagssitzung des it. Parlaments gemacht hat, greifen tief ein in das Verhältnis Italiens zu Deutschland. Sie rollen darüber hinaus die Gesamtlage auf, die mit dem Abschluß der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Verbindung steht. Der rhetorische Ausbruch des Herrn Mussolini gäbe Veranlassung, ihm in derselben Weise zu antworten. Die deutsche Regg. muß es aber ablehnen, auf einen derartigen Ton, der wohl eher auf Massenversammlungen als auf Aussprache mit anderen Nationen berechnet ist, ihrerseits einzugehen. Südtirol ist bei den Friedensverträgen Italien zugesprochen worden, daraus ergeben sich politische Konsequenzen, die wir stets respektiert haben. Die Hoheitsfrage, die Souveränität Italiens über Südtirol hieraus steht außer Zweifel. Aber diese unbestrittene Souveränität Italiens erschöpft nicht die Gesamtsituation, auch nicht vom it. Gesichtspunkt aus gesehen. Gerade bei Schließung der Friedensverträge und bei ihrer Begründung haben wir oft von anderer Seite gehört, daß es nicht nur ein internat. Recht, sondern, daß es auch eine internationale Moral gibt. Und zur Erhaltung ihrer internat. moralischen Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung von Südtirol hat die it. Regg. selbst zu wiederholten Malen Stellung genommen. Sowohl von der österr. Regg. als auch von der Bevölkerung der betroffenen Gebiete, wurden während der Friedensverhandlungen in Paris Proteste gegen die Einverleibung Südtirols an die all. und assoz. Mächte gerichtet. In der Antwort, die der österr. Regg. am 2. Sept. 1919 zugegangen ist, ist erklärt worden, daß die Grenzen nicht geändert werden könnten. „Aber gleichzeitig", haben die all. und assoz. Nationen hinzugefügt, „wie aus den sehr klaren, vom it. Ministerpräsid. im römischen Parlament abgegebenen Erklärungen folgt, beabsichtigt die it. Regg. gegenüber ihren neuen Untertanen deutscher Nationalität in bezug auf ihre Sprache, Kultur und ihre wirtschaftlichen Interessen eine in weitem Maße liberale Politik zu befolgen." (Hört! Hört! in der Mitte und rechts.) Am 18. Nov. 1918 wurde Bozen besetzt. Der komm. Gen. der it. Armee, Pion Giraldi, erließ damals folgende Proklamation: „So sehr Italien auch bestrebt ist, seinen Geist und sein Recht auf diesem Boden zu festigen, so liegt ihm die Unterdrückung anderer Rassen oder Sprachen fern. In Orten, in welchen eine gemischte Bevölkerung lebt, werden Schulen der betreffenden Sprachen eingerichtet werden. Die Gemeinden deutscher Mundart werden deutsche Volksschulen besitzen können, und allen bereits bestehenden privaten und konfessionellen Schulen wird freie Bahn gelassen werden. Die deutsche Unterrichtssprache wird beizubehalten sein, vorausgesetzt, daß Lehrplan und

Schulbücher nicht gegen die Würde und Rechte Italiens verstoßen. Im Geiste dieser Grundsätze vertraue jeder darauf, daß alles, was die Sprache und Kultur von Hochetsch anlangt, sorgfältig und liebevoll geregelt wird." (Hört! Hört!) Das ist die erste Erklärung, die der Bevölkerung von Südtirol abgegeben worden ist an dem Tage, an dem durch militärische Besetzung ihr vor Augen geführt wurde, daß ihre Bewohner Staatsbürger eines anderen Landes geworden waren. Diese Erklärungen sind in der Zukunft wiederholt worden. So hat Herr Tittoni am 27. Sept. 1919 seinerseits erklärt: Die Völker anderer Nationalitäten, die mit uns vereinigt werden, sollen wissen, daß der Gedanke einer Unterdrückung und Entnationalisierung uns vollkommen fernliegt, daß die Sprache und ihre kulturellen Einrichtungen geachtet werden. (Hört! hört!) König Viktor Emanuel hat in seiner Thronrede vom 1. Sept. 1919 ebenfalls zu der Frage von Südtirol Stellung genommen und hat erklärt: „Unsere freiheitliche Tradition muß uns den Weg weisen, auf dem wir bei größter Beobachtung der lokalen autonomen Einrichtungen und Gebräuche die Lösung finden können." Ich könnte diese Erklärungen durch weitere vervollständigen. Ich will darauf hinweisen, daß zehn Tage darauf der Ministerpräsid. Busoni noch einmal denselben Gedanken ausgesprochen hat, indem er sagte: Unsererseits erkennen wir den Deutschen ebenso wie den Slawen das Recht auf Erhaltung ihrer Sprache und ihrer Kultur an. Das war der Standpunkt der Versprechungen und die Lage in Südtirol bei dem Friedensschluß 1919. Seitdem ist im Zusammenhang mit den innerpolitischen Entwicklungen in Italien auch die Entwicklung der Verhältnisse in Südtirol einen anderen Weg gegangen. Der Sen. Tolomei hat am 15. Juli 1923 im Bozener Stadttheater ein umfassendes Entnationalisierungsprogramm aufgestellt, das inzwischen zum großen Teil durchgeführt ist. Ich erwähne daraus die Einführung der ausschließlichen Geltung der it. Amtssprache, die Auflösung aller alpinen Vereine, die nicht Sektionen des it. Klubs Alpino sind und die Beschlagnahme ihrer Vermögen, ihrer Hütten, das Verbot der Bezeichnung „Südtirol", die Anwendung neuer Ortsnamen, den Versuch der Italienisierung aller germanisierten Familiennamen, sowie vor allen Dingen das Vorgehen auf dem Gebiete des Schulwesens, bei dem das allmähliche Aufhören des deutschen Unterrichts in Aussicht genommen und zum Beispiel das Verbot der gotischen Schriftzeichen durchgeführt ist. An dieser bewußten Entdeutschung von Südtirol besteht kein Zweifel. Sie wird unter dem Namen der Italienisierung von Südtirol von Herrn Mussolini in der von mir erwähnten Rede selbst als ein Ziel der it. Politik hingestellt. Sie steht in starkem Gegensatz zu den Zusicherungen, die der Südtiroler Bevölkerung bei ihrer Annexion durch Italien gegeben worden sind. (Sehr wahr!) Diese Frage der Entnationalisierung rollt weiter das ganze Problem des Schutzes der Minderheiten auf. Der Tatbestand dieser Entnationalisierungsbestrebungen ist verwirrt worden durch unwahre und entstellende einzelne Nachrichten über angebliche spezielle Unterdrückungsmaßnahmen der it. Regg. Dahin gehört die in die deutsche Presse übernommene Mitteilung über das Verbot des Verkaufs von Weihnachtsbäumen, dahin gehört die angeblich verfügte Versetzung des Denkmals Walters von der Vogelweide und Nachrichten ähnlicher Art, die sich als unwahr erwiesen haben. Die deutsche Regg. steht diesen Nachrichten vollkommen fern. Die deutsche Presse ist wiederholt von der Reichsregg. davor gewarnt worden, Mitteilungen aus Südtirol kritiklos entgegenzunehmen. Ministerpräsid. Held hat in seiner Rede sogar dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß es gewisse Provokateure gebe, die absichtlich falsche

Nachrichten nach Deutschland gesandt hätten, um damit Verwirrung zu stiften. Ich kann meinerseits die schon früher ausgesprochenen Warnungen an die Presse zu kritischer Sichtung der ihr zugehenden Mitteilungen nur wiederholen, aber ich glaube, auch diese bedauerlicherweise veröffentlichten ausländischen und falschen Mitteilungen ändern nichts an dem gesamten Tatbestand, der ja schließlich doch von dem Ministerpräsid. Mussolini selbst mit dem einen großen lapidaren Satz der Italienisierung Südtirols in seinem ganzen Umfang gekennzeichnet worden ist. (Sehr richtig!) Ich muß dann hier auf Äußerungen zurückkommen, die er schon vor dieser Rede im it. Parlament der deutschen Regg. gegenüber getan hat. Es hat sich in München eine Vereinigung gebildet, die es für notwendig erachtet hat, so viel ich weiß durch Inserate in der Presse zum Boykott italienischer Waren aufzufordern. Ich weiß nicht, ob hinter dieser Bewegung irgendwelche beachtlichen Verbände stehen. Weder die bayr. Staatsregg. noch etwa deutsche Behörden hatten mit diesem Versuch etwas zu tun, und ich mache gar kein Hehl daraus, auch hier zu erklären, daß ich es für durchaus unangebracht halte, wenn einige Dutzend Leute glauben, auf diese Weise deutsche Außenpolitik machen zu können. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Aber diese rein private Bewegung von unverantwortlichen Leuten hat den it. Ministerpräsid. veranlaßt, dem deutschen Botschafter gegenüber zu erklären, daß er amtlich die Einfuhr deutscher Waren nach Italien verbieten und zum Boykott deutscher Waren auffordern würde, wenn derartige Bewegungen in Deutschland nicht aufhörten oder sich wiederholten. Ich halte es für ein unmögliches Vorgehen, die unbedachte Bewegung weniger Kreise, die von der Regg. entschieden mißbilligt wird, mit dem Bruch internat. handelspolitischer Abmachungen beantworten zu wollen, denn in Wirklichkeit wären derartige Maßnahmen der Bruch solcher Abmachungen. (Sehr richtig!) Auf dieser Basis ist ein internat. Zusammenleben nicht möglich, Verträge, die geschlossen waren, würden dann ihre Bedeutung verlieren. Ob diese vielleicht auch aus dem Impuls eines Moments heraus geborene Drohung in irgendeiner Form aufrechterhalten werden wird, lasse ich dahingestellt. Für die deutsche Regg. erkläre ich, daß sie allen Boykottbewegungen fernsteht und solche bekämpft. Damit habe ich den Tatbestand gekennzeichnet. Ich darf ihn noch einmal kurz dahin resümieren: Südtirol ist aus dem österreichischen Staatenverbande ausgeschieden und Italien einverleibt worden. Die verschiedensten Regierungsstellen, unter ihnen der König von Italien, haben den Südtirolern zugesagt, ihre Kultur, Sprache und Religion zu achten und ihnen ihre Bewahrung zu sichern. Das faschistische Regiment hat mit dieser Tradition gebrochen und auch die Italienisierung Südtirols als Programmpunkt aufgestellt. Die deutsche Öffentlichkeit hat aus Gründen der Kulturgemeinschaft mit dem Deutschtum in Südtirol dagegen leidenschaftlich bewegt Stellung genommen. Übertriebene und unwahre Darstellungen haben diese Leidenschaft besonders erhitzt. Die deutsche Reichsregg. hat ihrerseits nur insoweit eingegriffen, als sie die Presse vor Übertreibungen gewarnt und auf die schädlichen Folgen einer übertriebenen Agitation hingewiesen hat. In diesem Sinne habe ich als Außenminister persönlich noch vor kurzem vor einer Versammlung der Presse und ebenso im Ausschuß gesprochen. Das ist der Tatbestand. Was aber macht Mussolini aus diesem Tatbestand? Er sucht den Eindruck zu erwecken, als wenn Deutschland diese Bewegung entfacht hätte, als wenn das Signal dazu von Regierungsstellen ausgegeben worden wäre und als wenn damit die Regg. eine Atmosphäre hätte schaffen wollen, auf die sich eine ganz bestimmte Außenpolitik aufbauen sollte,

die ihrerseits die Brenner Grenze in Anspruch nehme, den Anschluß an Deutschösterreich durchführen wolle und so eine Gefahr für Italien darstelle. Mussolini hat gesagt, daß er mit Freimut und in voller Offenheit sprechen wolle; er wird es verstehen, wenn die Antwort in demselben Sinne erfolgt. Ich weiß sehr wohl, auf welchen politischen Gedankengängen diese Anschauungen beruhen, denn sie sind mir wiederholt von einer Stelle, die befugt war, darüber unterrichtet zu sein, dargestellt worden. Italien hat den Versuch gemacht, bei den Verhandlungen über den Vertrag von Locarno auch eine Sicherung für die Brennergrenze durch internationale Abmachungen zu erreichen. Auch an uns ist im Laufe der Verhandlungen die Frage gekommen, wie sich Deutschland zu einer etwaigen Einbeziehung der Brennergrenze stellen würde. Die Antwort, die wir darauf zu geben hatten, ist, glaube ich, selbstverständlich. Zunächst einmal war diese Anfrage an die falsche Adresse gerichtet. Über die Brennergrenze hat Österreich zu entscheiden, da Österreich an Italien grenzt. Wir haben nicht die Absicht unsererseits das Selbstbestimmungsrecht Österreichs anzutasten. Wir haben nur den Wunsch, daß der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts nicht bis in alle Ewigkeit diejenigen Hindernisse entgegengesetzt werden, die wir seit 1919 erfahren haben müssen. Wir haben also zunächst aus formellen Gründen abgelehnt, es war aber auch sonst unmöglich, diejenigen Bestimmungen, die sich auf die Idee des Westpaktes gründen, auf irgendwelche anderen Grenzen zu übertragen. Man hat nun dargelegt, daß durch die Abmachungen von Locarno zwei Arten von Grenzen in Europa geschaffen worden seien; eine durch internat. Verträge besonders geschützte Grenze im Westen. Durch diese internat. Verträge, die eine besondere Sicherheit schufen, seien aber die anderen Grenzen in Europa mehr oder weniger labil geworden, ständen gewissermaßen als Grenzen zweiter Klasse da. Man glaubt nun, daß die deutsche Bewegung dahin ginge, nachdem sie die Sicherheit erlangt habe, im Westen völlige und dauernde Freiheit zu haben, nunmehr eine Atmosphäre für eine Expansionspolitik, speziell auch der Brennergrenze gegenüber, zu schaffen. Man hat damit die deutsche Presse, die gegen die Maßnahmen in Südtirol polemisierte, in Verbindung gebracht. Als mir diese Ausführungen zuerst vorgetragen wurden, habe ich einmal darauf hingewiesen, daß das, was hier der deutschen Politik unterstellt wird, vollkommener Unsinn ist, und zweitens darauf, daß man hier in bezug auf die Schaffung oder auf das Vorhandensein einer großen deutschen Stimmung Ursache und Wirkung miteinander verwechselt. Es ist nicht so, daß die deutsche Reichsregg. die deutsche Öffentlichkeit aufgepeitscht hätte, um die Atmosphäre für ein Vordringen zu schaffen, wie es uns unterstellt wird, sondern Tatsache ist, wie Mussolini an einer anderen Stelle seiner Rede auch erklärt, daß jahrelang auch in der öffentlichen Meinung Deutschlands eine Stimmung besteht, die erhoffen ließ, daß die Beziehungen der beiden Völker, die durch den Krieg zerrissen worden waren, wieder anfangen könnten, freundlicher zu werden. Die ganzen deutschen Pressestimmen gegen Italien sind erst entstanden als Reaktion auf die Mitteilungen, die über das veränderte Regime in Südtirol nach Deutschland gelangten. Es besteht ja nun in Rom eine andere Auffassung über die Einwirkungsmöglichkeit der Regg. gegenüber der Presse als in Berlin. Man will nicht verstehen, daß wir nicht die Möglichkeit haben Erörterungen in der Presse abzustoppen, wenn sie uns nicht gefallen. Ich kann mir theoretisch denken, daß das manchmal ganz angenehm für die Regg. wäre. Faktisch liegen jedenfalls die Verhältnisse so, daß wir zwar die Presse bitten können, in dieser und jener Frage einige Zurückhaltung zu

wahren, daß wir aber im übrigen nicht diejenigen Einflußmöglichkeiten besitzen, die man sich in Rom verschafft hat. (Sehr gut!) Es geht deshalb die ganze Beweisführung Mussolinis vollkommen fehl, wenn er aus der Stellung der Presse schließt auf eine Dirigierung der Presse durch die Reichsregg. Was die Stellung der Reichsregg. zu den Vorgängen betrifft, so liegen hier die Dinge folgendermaßen: Rechtlich hat Deutschland keine Möglichkeit, unmittelbar in die Verhältnisse Südtirols einzugreifen. Mussolini hat vollkommen recht, wenn er davon spricht, daß das zunächst eine inneritalienische Angelegenheit sei. Italien hat auch eine besondere Verpflichtung zu besonderem Schutz der Minderheiten, wie sie von den Nachfolgestaaten übernommen worden ist, nicht auf sich genommen. Das ändert aber nichts an der Gemeinschaftlichkeit deutschen kulturellen Empfindens für Staaten deutscher Kultur, für ein Land und ein Volk, das seit Jahrhunderten deutsch gewesen ist und bis zur Stunde der deutschen Kulturgemeinschaft gehört. Tatsächlich liegen weiter die Dinge so, daß, wenn aus der Politik der Unterdrückung eines Volkes eine Gefahr der Störung des Friedens entsteht, der Appell an den Völkerbund zulässig ist. Darüber hinaus ist der Völkerbund an sich diejenige Institution der Völker der Welt, die die Rechte unterdrückter Nationen zu vertreten hat. Gerade die Rede Mussolinis wirft dieses Problem auf. Seine Rede fordert nicht nur die Italienisierung Südtirols, sondern sie ist in der ganzen Welt als eine Kriegsdrohung aufgefaßt worden, die sich entweder gegen Österreich oder gegen Österreich und Deutschland zugleich richtet. Derartige Drohungen sind mit dem Geist des Völkerbundes schlechthin unvereinbar. Wenn Deutschland dem Völkerbund bereits angehörte, würde es an den Völkerbund das Ersuchen stellen müssen, zu diesen Drohreden Stellung zu nehmen. (Lachen bei den Dnat. und Völk.) Ich komme auf die Frage des Völkerbundes und auf die Konsequenz, die Sie (nach rechts) glauben aus diesen Worten ziehen zu müssen, nachher zurück. Ich darf Ihnen nur das eine sagen, daß, was Sie aus dem gestrigen einstimmigen Beschluß des Reichskabinetts sehen, das Reichskabinett die entgegengesetzte Folgerung aus den Tatsachen gezogen hat, als Sie sie glauben ziehen zu müssen. (Zuruf: Und die Ministerpräsidenten der Länder!) Sie wissen ganz genau, daß in der Beratung der Ministerpräs., wenn ich nicht irre, von drei Ländern Bedenken erhoben worden sind. Das ist mehr als einmal geschehen und ändert nichts daran, daß die große Mehrzahl der Länder vollkommen mit dem Vorgehen der Reichsregg. einverstanden gewesen ist. Lassen Sie mich dann nach dieser Erklärung noch mit einigen Sätzen auf die Ausführungen selbst antworten, die Mussolini mit Bezug auf Deutschland machte. Es ist schwer, scharf zu werden gegenüber der Überheblichkeit, den klaffenden Widersprüchen und der Maßlosigkeit dieser Ausführungen, die wirklich kein Ausdruck innerer Kraft zu sein scheinen. Unrichtig ist sein Hinweis darauf, daß Deutschland mit Italien den ersten Handelsvertrag seit dem Frieden von Versailles abgeschlossen hat. Handelsverträge sind auch kein Geschenk anderer Nationen an Deutschland. Daß auf ein gegebenes Stichwort hin die antiitalienische Kampagne in der deutschen Presse begonnen habe, ist, um mit Mussolini selbst zu sprechen, eine „dumme Lüge". Zweifellos steht fest, daß ital. Nationalisten die Beseitigung des Denkmals Walthers von der Vogelweide gefordert haben. Gegenüber dem Versuch Mussolinis, Walther von der Vogelweide zu ironisieren, sage ich: Im Herzen des Volkes leben nicht nur die großen Dichter und Denker, sondern alle diejenigen, die mit dem Volk selbst gelebt und gelitten haben, und da kommt nicht nur die Bedeutung jenes Dichters der Weltliteratur, sondern vor

allem das Deutschtum Walthers von der Vogelweide in Frage. Wenn infolge der absprechenden Bemerkungen Mussolinis über die deutsche Kultur die Zahl der deutschen Reisenden nach Italien abnimmt, so ist das eben lediglich die Folge dieser Rede. Im übrigen hat Mussolini im Jahre 1920 in der Vorrede zu einem Buch von Deutschland gesagt: „Wir wissen, daß das deutsche Volk noch kostbare Kräfte zivilisatorischer Arbeit und unendliche Möglichkeiten des Fortschritts des Wohlstandes in sich birgt." Merkwürdig ist, daß sich Herr Mussolini bei seiner Kritik der am Freitag gehaltenen Rede des bayer. Ministerpräsidenten Held bereits am Sonnabend nur auf Berichte in der Presse gestützt hat, Herr Held hat sich keineswegs so geäußert, wie es Herr Mussolini zitiert hat. Eins aber: Mir erscheint es wünschenswert, daß auswärtige Politik nur von den Reichsstellen gemacht wird. Verantwortlich ist jedenfalls nur die Reichsregg. (Zustimmung.) Wenn Mussolini die große Kraft der it. Nation der geringen Zahl der Deutschen in Südtirol gegenübergestellt hat, so ist es kaum ein Zeichen von großer Kraft, wenn man eine solche Minderheit vergewaltigen will. Er hat dann die Äußerung von einem Tragen der Trikolore über den Brenner hinaus getan. Ich weiß nicht, worauf er dabei anspielt, wenn er als Grund für dieses Vorgehen Handlungen der deutschen Regg.en im Auge hat. Wenn er Auslassungen der deutschen Presse meint, so bemerke ich demgegenüber, daß Deutschland nicht die Absicht hat, die in der Verfassung gewährleistete Pressefreiheit anzutasten. Wir haben an Erfüllungen mehr getan als irgendein anderes Volk. Aber das Recht Deutschlands, mit seinen deutschen Blutsbrüdern zu fühlen, ist ein Naturrecht, das wir uns von niemandem nehmen lassen. Ein Einschreiten dagegen lehne ich namens der Reichsregg. auf das entschiedenste ab. Die Rede Mussolinis widerspricht dem Geiste des Völkerbundes. Man hat auch von dem Zufall gesprochen, daß die Absendung der Note und die Veröffentlichung der Rede Mussolinis zu gleicher Zeit erfolgten. Die Tendenzen der Rede des ital. Ministerpräsid. zwingen Deutschland zum Zusammenschluß mit denjenigen Nationen, deren Politik gegen eine Bedrohung Europas gerichtet ist. Der Tendenz, wie sie in der Rede Mussolinis zum Ausdruck kommt, muß im Völkerbund entgegengetreten werden. Wenn ein Streit zwischen Mächten um einen permanenten Ratssitz im Völkerbund, der auch Deutschland zugesprochen werden muß, entbrannt ist, so beweist das doch, daß man Deutschlands Stellung nicht als einflußlos betrachtet. Das ital. Volk möge sich der eigenen Worte Mussolinis erinnern, daß die italienisch-deutschen Zwistigkeiten stets mehr herrührten von Mißverständnissen und Argwohn. Das deutsche Volk will auch mit dem italienischen wie mit anderen Völkern im Frieden leben, aber dazu gehört die Selbstachtung. Äußere Machtlosigkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust der inneren Kraft, wenn sie sich auf das eigene nationale Gefühl verläßt. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Scholz (Dtsch. Vp.) gibt im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir nehmen nicht an, daß die durch die Zeitungen mitgeteilten Redewendungen, insbesondere das Verlangen, „die Deutschen sollten mit aufgehobenen Händen und ohne Hintergedanken kommen", ferner die Drohung, „Italien werde, wenn nötig, seine Fahne über den Brenner tragen", tatsächlich aus dem Munde des Leiters der ital. Politik gefallen sind. Derartige Beleidigungen und Drohungen, ausgesprochen in dem Augenblick, in dem Europa durch gegenseitige schwere Opfer eine Atmosphäre des Vertrauens herzustellen bemüht ist, würde eine gewollte und bewußte Abkehr von dem Geiste des Friedens bedeuten, dessen Europa bedarf. Wenn der ital. Ministerpräsid. behauptet, daß

nach Abschluß des Handelsvertrages und nach den Beratungen von Locarno „wie auf gegebene Parole der Feldzug gegen Italien in Deutschland ausgebrochen sei“, so befindet er sich in völligem Irrtum. Weder die deutsche Regg., noch irgendwelche verantwortlichen Stellen haben eine Parole nach dieser Richtung ausgegeben. In der Presse wie in Versammlungen hat sich vielmehr ganz spontan der Widerspruch gegen die in den letzten Monaten dauernd gesteigerte systematische Unterdrückung der deutschen Minderheit in Südtirol geregt. Wenn der ital. Ministerpräsid. das Wort „Vergewaltigung“, das in den letzten Tagen von seiten des leitenden Staatsmannes eines deutschen Bundesstaates gefallen ist, als unerhört bezeichnet und sich darauf beruft, daß in anderen Staaten ganz andere Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit ergriffen worden sind, so muß ihm gesagt werden: Noch niemals in der Welt ist Unrecht dadurch zu Recht geworden, daß auch andere sich dieses Unrechts befleißigen. Niemand in Deutschland denkt daran, in Südtirol, mit dem wir keine Grenze gemeinsam haben, politische Ziele zu verfolgen, insbesondere territoriale Veränderungen anzustreben. Niemand denkt daran, eine irredentistische Bewegung in der Art anzufachen, wie sie jahrzehntelang in Italien gegen das verbündete Österreich geduldet und gefördert wurde. In der Beurteilung der Vorgänge in Südtirol weiß sich das deutsche Volk einig mit den Gerechtdenkenden aller Nationen. Die Reichsregg. teilt im wesentlichen unseren Standpunkt. Diesen Standpunkt völliger Klarheit gegenüber dem ital. Ministerpräsid. zum Ausdruck zu bringen, ist nicht nur Recht, sondern auch Pflicht. Abg. Stampfer (Soz.) kritisiert, ohne gegen die Rede Helds sachlich etwas einzuwenden, den bedenklichen Zustand, daß in den einzelnen Landtagen die Ministerpräsid. solche Reden halten könnten. Im übrigen sieht er in der Bedrückung der Deutschen in Südtirol nur einen Teil des faschistischen Systems überhaupt. Abg. Dr. Spahn (Dnat. Vp.): Wir können die Ausführungen des Außenmin. zur Völkerbundsfrage nicht unterschreiben, so sehr wir ihm zustimmen in der Zurückweisung der Drohungen Mussolinis. Abg. Stöcker (Komm.) sagt u. a.: Wir protestieren gegen die Unterdrückung der Südtiroler. Drei Monate nach Locarno zeigt sich, daß der Geist von Locarno Schwindel und Betrug ist. Der „schwarze Mann“ Mussolini tut aber nichts anderes als was Paul-Boncour in Elsaß-Lothringen was Masaryk in der Tschechoslowakei zur Unterdrückung Deutscher tut. Chamberlain und Briand sind um kein Haar besser als Mussolini, nur sind sie nicht so plump, sondern geschickter. Mussolini vertritt die Interessen der ital. Bourgeoisie. Das Weitertragen der Trikolore über den Brenner, von dem Mussolini sprach, stellt ein bedeutendes Wort dar. Macdonald hat zugegeben, daß ein Geheimvertrag zwischen England und Italien besteht. Abg. Hampe (Wirtsch. Vgg.) schließt sich der Erklärung der Regierungsparteien an. Abg. Graf Reventlow (Völk.) betont: Das Frankreich des Paktes von Locarno läßt im „Temps“ die Haltung Mussolinis begrüßen. Der Geist von Locarno ist eben nur eine Phantasie der deutschen Staatsmänner und ihrer Anhänger. Für die Westmächte ist der Pakt von Locarno nur die Bestätigung des Verzichts Deutschlands auf Elsaß-Lothringen und die nochmalige Anerkennung des Versailler Vertrages. Es ist eine Illusion, zu denken, daß Deutschland im Völkerbund die Minderheitenfrage besser regeln könne. Dafür ist die Rede Mussolinis der beste Beweis. Außerhalb des Völkerbundes würde Deutschland auch in dieser Frage besser wirken können. Die Völkischen bedauern, daß durch das Verhalten Mussolinis eine Spannung in den Beziehungen zu Italien eingetreten ist. Es wäre aber längst Pflicht der Regg. gewesen, die Frage der

Deutschen in Südtirol mit Italien zu klären. (Sehr richtig! bei den Völkischen). Die gegenwärtige Mißstimmung zwischen Deutschland und Italien ist auf falsche Nachrichten und welt-freimaurerische Kämpfe zurückzuführen. Damit schließt die Aussprache.

Reichstagspräsident Löbe: Ich darf das Ergebnis der Aussprache zusammenfassen: Der Deutsche Reichstag weist die sachlich unberechtigten und in der Form beleidigenden Angriffe und Ausfälle des ital. Ministerpräsid. mit Nachdruck zurück. (Beifall.) In der ganzen Welt gilt die rechtliche Auffassung, daß das Schicksal stammverwandter Minderheiten von der Mutternation mit innerlicher Anteilnahme verfolgt und ihr Ringen um die Erhaltung des Volkstums von ihr unterstützt wird. (Beifall.) Obwohl das deutsche Volk nichts anderes wünscht als in friedlicher Zusammenarbeit mit den übrigen Völkern seinem eigenen Aufbau zu dienen, wird es sich nicht davon abhalten lassen, für die deutschen Minderheiten unter fremder Staatshoheit eine gerechte Behandlung zu beanspruchen. (Beifall.) Dieses Recht werden wir uns am wenigsten durch beleidigende Ausfälle und sinnlose Drohungen, von wo sie auch herkommen mögen, beschränken lassen. (Lebhafter Beifall.)

10. Febr. Überreichung des deutschen Aufnahmegesuchs in Genf.

Näh. s. Abschn. Völkerbund.

10.—12. Febr. (Reichstag) Etat 1926.

Reichsfinanzmin. Dr. Reinhold nimmt das Wort zur 1. Lesung des Etats 1926 (RTD 1731) und entwickelt folgendes Programm:

Der Etat für 1926 ist zu einer Zeit aufgestellt worden, wo man die Wirtschaftskrise, die inzwischen mit voller Wucht über unser Volk hereingebrochen ist, noch nicht in allen Auswirkungen übersehen konnte. Allein die Tatsache, daß wir im Jan. 1926 den traurigen Rekord von 2092 Konkursen und 1553 Geschäftsaufsichten erreichten, beweist den furchtbaren Ernst der Lage, ebenso wie die erschütternd hohe Ziffer der unterstützten Erwerbslosen, die von rund 195000 am 1. Juli 1925 auf rund 2 Mill. am 1. Febr. 1926 gestiegen ist, wozu noch die ausgesteuerten erwerbslosen 2,6 Mill. Zuschlagsempfänger und schätzungsweise 2,5 Mill. Kurzarbeiter kommen. In erster Linie hat die Kapitalknappheit unserer Wirtschaft zu jener Krise geführt, die allmählich in eine Vertrauenskrise ausartet. Die Überlastung unserer Wirtschaft mit öffentlichen Abgaben aller Art hat zur Verschärfung der Krisis nicht unwesentlich beigetragen. So unbestritten die Tatsache ist, daß die starken Steuererhebungen in der Stabilisierungsperiode, die uns aus der Inflation herausretteten und so unsere Rentenmark, das kühnste währungstechnische Experiment in der Wirtschaftsgeschichte ermöglicht haben, für immer ein Ruhmesblatt der Reichsfinanzverwaltung bleiben, so hat sich auch ebenso klar erwiesen, daß ein an den Welthandel angeschlossenes Volk Steuern und Abgaben in der Höhe, wie sie das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren in Reich, Ländern und Gemeinden geleistet haben, auf die Dauer nicht ertragen kann, ohne daß die Fundamente seiner Wirtschaft zerstört und dadurch Krisen hervorgerufen werden, wie sie jetzt unser Volk durchzittern. Soweit diese Krisis den aus Kriegs- und Inflationszeit aufgeblähten Apparat der Produktion und des Handels wieder auf ein normales Maß bringen, kann sie heilsam verlaufen und die inneren Kräfte unserer Wirtschaft fördern. Aber es kann leider keinem Zweifel unterliegen, daß die Krisenzeit darüber hinausgeht und mit dem Kranken auch das

Gesunde in den Abgrund zu ziehen droht. Wollen wir aber verhindern, daß die Krisis zur Katastrophe auswächst, müssen wir uns auf finanzpolitischem Gebiet dazu entschließen, die gesamten öffentlichen Ausgaben Deutschlands in Reich, Ländern und Gemeinden so einzuschränken, daß die zu ihrer Deckung notwendigen Lasten wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht gestaltet werden können. Der jetzige Apparat der gesamten öffentlichen Betätigung, der ja infolge der politischen Struktur unseres Reiches besonders kostspielig ist, ist auf die Dauer neben den uns durch den Kriegsverlust auferlegten Lasten für unser arm gewordenes Volk zu groß. In diesem Panzer werden wir nicht schwimmen können, sondern untergehen müssen, wenn wir die Last nicht erleichtern. Auf Grund der im Finanzausgleich vorgesehenen Finanzstatistik werden wir die Möglichkeit genauester Prüfung haben, und ich sehe es als meine dringendste Pflicht an, im Verein mit den Ländern und Gemeinden durch Ausnutzung jeder Möglichkeit einer Verwaltungsvereinfachung und durch Vermeidung aller irgendwie ohne Schaden für unser Volk zu ersparenden Ausgaben zu einer sowohl für den einzelnen wie für die Gesamtheit tragbaren Belastung zu kommen. Nicht der Abbau von Personen, sondern der von Verwaltungsarbeit, nicht von Beamten, sondern von Ämtern tut not, und zwar nicht nur im Reiche, sondern auch in den Ländern und Gemeinden. (Sehr richtig!) Weiter erscheint mir zu diesem Zweck nötig, auch die volle Verantwortlichkeit der Länder und Gemeinden für die zu leistenden Ausgaben wiederherzustellen. Nur in Verbindung mit der finanziellen Selbstverantwortlichkeit wird die Selbstverwaltung hier wirtschaftliche Schäden verhüten können, nämlich dann, wenn für jede Ausgabe auch die entsprechende Belastung von der gleichen Körperschaft, die die Ausgabe bewilligt, beschlossen und der Bevölkerung gegenüber verantwortet werden muß. Dann erscheint mir auch die Verfolgung eines anderen Grundsatzes zur Vermeidung einer steuerlichen Überlastung ebenso unerläßlich. Reich, Länder und Gemeinden haben sich in der Zeit, wo die Aufnahme innerer Anleihen unmöglich war, daran gewöhnt, nicht nur die laufenden Ausgaben aus den Einnahmen, das heißt also aus Steuern und Abgaben, zu decken, sondern aus diesem Ertrage auch alle die Ausgaben zu bestreiten, die Werte für die Zukunft schaffen, kaufmännisch gesprochen also Neuanschaffungen auf Unkostenkonto zu nehmen. Es ist meiner Überzeugung nach unmöglich, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft durchzuführen, wenn wir außer den laufenden Lasten, deren Schwere uns schon zu erdrücken droht, auch noch einmalige Ausgaben durch Steuern aus der geschwächten Wirtschaft herausholen. Wir müssen deshalb finanzpolitisch wieder dazu übergehen, zwischen dem ord. und dem ao. Haushalt streng zu scheiden und ao. Ausgaben, soweit solche überhaupt wirtschaftlich gerechtfertigt sind, nicht mehr durch Steuern und Abgaben, sondern durch Anleihen zu decken, wobei infolge der geringen Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes für Anleihen die äußerste Beschränkung solcher Ausgaben selbstverständliche Pflicht ist. Alle diese Erwägungen werden bei dem bevorstehenden Finanzausgleich berücksichtigt werden müssen. Bei allen Meinungsverschiedenheiten steht das Ziel, das erreicht werden muß, doch für alle fest: durch Reform der Verwaltung und Beschränkung der Ausgaben Anpassung der gesamten öffentlichen Lasten Deutschlands, soweit wir allein darüber zu bestimmen haben, an die Steuerkraft unseres Volkes und unserer Wirtschaft. (Lebhafter Beifall.) Von der praktischen Lösung dieser Frage hängt der Wiederaufbau unserer deutschen Wirtschaft und auch unser finanzielles Schicksal ab. Die Auswirkungen dieser Aktion

können wir jedoch angesichts der großen Not nicht abwarten, die Lage erfordert sofortige Maßnahmen. Nun liegen die Dinge vom Standpunkt der Reichsfinanzen aus so, daß die sich verschlechternde Wirtschaftslage einen starken Rückgang der Einnahmen verursacht und andererseits erhöhte Ausgaben erfordert. M. E. wäre es ein schwerer Fehler, um die durch die Wirtschaftsnot erforderlich gewordenen Mehrausgaben zu decken, die steuerliche Überlastung der Wirtschaft aufrecht zu erhalten oder gar erhöhen zu wollen. Das wäre ein circulus vitiosus, während jede wirtschaftliche Überlegung auf den umgekehrten Weg zeigt. Das war ja auch der Sinn der Atempause, die das Dawesgutachten uns geben wollte. Die ausländischen Sachverständigen haben durchaus zutreffend erkannt, daß eine zu starke Belastung in den Übergangsjahren unsere finanzielle Leistungsfähigkeit für die Zukunft erschüttern müßte. Diesem Ziele, uns wirtschaftlich erst kräftig werden zu lassen, diente ebenso die 800 Mill.-Anleihe wie die weitere Bestimmung, daß in den ersten beiden Jahren die Aufbringung von 500 Mill. Budgetbelastung durch den Erlös aus der Veräußerung von 500 Mill. Vorzugsaktien der Reichsbahn oder mittels einer inneren Anleihe geschaffen werden sollte. Wie Ihnen bekannt ist, besteht Einverständnis zwischen der Reichsregg., der Reichsbahn und den Reparationsgläubigern darüber, daß der Weg des Verkaufs dieser Aktien nicht zum Ziele führen würde; dem Reich werden daher die Aktien in Abgeltung seiner diesbezüglichen Ansprüche ausgehändigt. Die augenblickliche Krise treibt uns also dazu, den Ausgleich zwischen dem öffentlichen Ausgabenbedarf und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht nur in der allmählichen Verringerung der tatsächlichen Ausgaben zu suchen, sondern ihn sofort unter Benutzung der augenblicklich vorhandenen Kassenmittel durch Senkung von Steuern, die produktionsverteuernd und damit produktionshemmend wirken, zu erreichen. Die Regg. hat sich nach eingehender Prüfung auf meinen Vorschlag hin entschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften in allernächster Zeit ein Ges. zugehen zu lassen, das in geradliniger Forts. der schon im Herbst 1924 von dem jetzigen Reichskanzler als damaligen Finanzminister eingeleiteten Maßnahmen zum Zwecke der Herabdrückung des Preisniveaus und der Überwindung unserer Wirtschaftskrise Steuererleichterungen enthalten wird. Der Minister zählt sodann diese Steuermilderungen im einzelnen auf und erläutert sie eingehend. Die Umsatzsteuer soll gesenkt werden, die erhöhte Umsatzsteuer fallen. Drittens soll eine steuerliche Erleichterung auf wirtschaftlich notwendige Betriebszusammenschlüsse (Ermäßigung der Fusionssteuer) erfolgen. Die Härten, die in der Häufung der Termine bei der Einkommen- und Vermögenssteuerzahlung liegen, sollen beseitigt werden. Ferner ist eine Senkung der Börsenumsatzsteuer geplant. Im übrigen, meint Redner, müsse man mit einer überhasteten Gesetzesmacherei auf steuerlichem Gebiet zunächst einmal Schluß machen, nur eine Aufgabe halte er für unaufschiebbar: die Behandlung des Fragenkomplexes der Realsteuern, die im Zusammenhang mit der Neuordnung des Finanzausgleichs geschehen könne. Er hoffe, daß die Gewährung des Zuschlagsrechts bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer an Länder und Gemeinden eine Milderung auch der Realsteuern mit sich bringe. Dann führt Reinhold weiter aus: Die Steuermilderungen werden für 1926 einen Einnahmeausfall von ca. 550 Mill. bringen, den eine Neugestaltung der Einnahmeseite des Haushalts zu tilgen hätte. (Vgl. S. 45.) Jedenfalls bleibt das Gleichgewicht im Haushalt trotz Steuermilderungen erhalten und die stabilisierte Währung ist verbürgt. Dann bespricht Redner den Haushaltsplan 1926 selbst. An Einnahmen und

Ausgaben schließt er mit 7419,7 Mill. RM. Abgesehen von den 200 Mill. aus den Überschüssen des J. 1924 sind die gesamten Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt. Neu sind auf der Einnahmeseite ein Posten von 20 Mill. aus dem Reinüberschuß der Reichspost und 26 Mill. Dividende aus den 624 Mill. Vorzugsaktien der Reichsbahn. Was die Ausgaben anlangt, so zeigt der eigentliche Staatsbedarf (4942 Mill.) gegenüber 1913 eine Steigerung von 2270 Mill. (85 %), der in erster Linie verursacht ist durch die unmittelbaren Ausgaben infolge des Kriegs und der Besatzung (2422 Mill., 49 % der Gesamtausgaben). Im einzelnen zeigt der Ausgabebedarf gegenüber 1913 große Verschiebungen. Die Ausgaben für Heer und Marine betragen 1320 Mill. weniger. Erhöhungen ergeben sich aus: dem Reichszuschuß für die Schutzpolizei (190 Mill.), Mehrausgaben für Zivilpensionen und Beamten (107 Mill.), Sozialausgaben (330 Mill.) und der Ablösung der Markanleihen (73 Mill.). Eine Mehrbelastung ergibt sich weiter aus dem Übergang der Zoll- und Steuerverwaltung an das Reich (311 Mill.) und aus der Verreichlichung der Wasserstraßenverwaltung (163 Mill.). An Reparationszahlungen werden im Rechnungsj. 1926 (= $^5/_{12}$ des 2. und $^7/_{12}$ des 3. Reparationsj.) 454,2 Mill. RM. an Haushaltszahlungen fällig. Da ferner im 3. Reparationsj. das Aufkommen aus den verpfändeten Einnahmen den Betrag von 1750 Mill. RM. vermutlich übersteigen wird, ist gemäß den Londoner Vereinbarungen mit einer Zusatzzahlung von 250 Mill. zu rechnen, wovon auf das Etatsj. 1926 $^7/_{12}$ = 145,8 Mill. RM. fallen, die allerdings erst in 4 Monatsraten vom 1. Nov. 1927 bis 1. Febr. 1928 fällig werden, jedoch vorsichtshalber schon in diesem Etat pro rata temporis eingesetzt sind. Reinhold knüpft daran folgende Bemerkungen: Daß diese Ausgaben für ein Volk, das nicht nur die inneren Lasten des verlorenen Krieges tragen muß, sondern auch durch die Fortnahme seines im Ausland angelegten Vermögens und der anderen infolge des Friedensvertrages verlorenen Sachwerte und Kapitalien unendlich schwer sind, bedarf keiner Beweisführung. Ebenso fest steht für alle Sachverständigen, daß die vorangegangenen Kapitalentziehungen durch den Vertrag von Versailles die Wirtschaftskrise außerordentlich verschärft hat. Aber bei der Betrachtung dieser Sachlage darf nicht übersehen werden, daß, so sehr die Maßnahmen unserer ehem. Feinde vor dem Londoner Abk. unsere Wirtschaft geschwächt haben, doch seit dem Bestehen des Londoner Abk. wenigstens zunächst eine gewisse Erleichterung eingetreten ist, zumal während des 1. J. — also vom 1. Sept. 1924 bis 31. Aug. 1925 — die dem Reichshaushalt obliegenden Lasten vollständig durch den Erlös der 800 Mill.-Anleihe gedeckt worden sind. Erst seit dieser Zeit wird an den Generalagenten für Rep.-Zahlungen monatlich das Aufkommen der Verkehrssteuer und die anteilige Haushaltsbelastung abgeführt; im ganzen handelt es sich in den 5 Mon. seit dem 1. Sept. 1925 um einen Betrag von rund 230 Mill. Auch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß daneben die Reichsbahn eine monatliche Zahlung von annähernd 50 Mill. zu leisten hatte, scheint es mir nicht gerechtfertigt, die Zuspitzung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auf diese bisherigen Auswirkungen des Londoner Abk. ursächlich zurückzuführen. Welche Folgen der Verlauf dieser Wirtschaftskrise auf Deutschland als Träger der Last des Londoner Abk. haben wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Aber in all den Schwierigkeiten darf man nicht übersehen, daß durch das Londoner Abk. die Weiterbehandlung des Reparationsproblems aus dem Gebiete des politischen Kampfes in die Sphäre der sachlichen Verhandlungen versetzt worden ist. Daß das so bleibt, liegt im dringenden

Gesamtinteresse der deutschen Nation und der ganzen Welt, dem nicht gedient wird, wenn Angriffe auf den Sachverständigenplan eine leidenschaftlich zugespitzte Form annehmen. Je sachlicher das Reparationsproblem von uns behandelt wird, desto eher dürfen wir auch von ausländischer Seite eine gleiche Behandlung der Reparationsangelegenheit und ein Verständnis für die schwere Lage des deutschen Volkes erwarten. Nur wenn unsere Wirtschaft erstarkt — und das ist ja das Ziel der von der Regg. geplanten Maßnahmen —, wird die Tragung hoher Lasten überhaupt möglich sein. Wenn das deutsche Volk die außerordentlichen Anforderungen des Dawesplans und die damit verbundenen für das Selbstbewußtsein einer großen Nation schwer tragbaren Einschränkungen seiner Bewegungsfreiheit mit einem großen Entschluß auf sich genommen hat, so ist das geschehen, um bis zur äußersten Grenze unserer Kraft für die Generation, die nach uns kommt, die Möglichkeit freien Schaffens wiederherzustellen, von der die Zukunft unseres Volkes abhängt. Nach weiteren Erläuterungen zu den Einzelposten des Etats schließt Redner folgendermaßen: Ich kann den Ernst der Lage nicht genug hervorheben und ich muß Herrn Keynes entschieden widersprechen, wenn er sagt, daß, abgesehen von den Reparationen, Deutschland das Paradies der Finanzminister sei. Das mag vielleicht in den letzten Jahren scheinbar so gewesen sein. Nachdem wir aber heute klar erkennen, welche Not über uns hereingedrungen ist, möchte ich ihm erwidern, daß, wenn er nun schon eine himmlische Ortsbestimmung des deutschen Reichsfinanzministeriums vornehmen will, er meiner Überzeugung nach mit mehr Berechtigung an die Danteschen Worte über dem Höllentor erinnert hätte. Ich jedenfalls trete, wenn ich mir die inneren und äußeren Lasten Deutschlands in Beziehung zu der Verarmung unseres Volkes und der Schwächung unserer Wirtschaft vor Augen halte, mit dem klaren Bewußtsein einer mehr als ernsten Lage an die Leitung der Reichsfinanzen heran, und wenn ich trotzdem nicht verzweifle, so ist es, weil ich aus der Geschichte weiß, daß gerade in der Not die Quellen unserer Kraft, die im Glück zu versiegen drohten, mehr als einmal wieder stark und lebendig wurden. Es bleibt für unsere Generation nur die Möglichkeit, durch verdoppelte Sparsamkeit und angestrengteste Arbeit unserer Lasten ledig zu werden, damit die, die nach uns kommen, in einem glücklicheren Deutschland wieder frei und unbeschwert schaffen können. Dieser Weg, der vor uns liegt, wird für uns alle ein schmaler und mühevoller sein, aber wir müssen ihn gehen und gemeinsam unser Schicksal tragen, denn nur am Ende dieses Weges steht das Ziel, in dem wir, glaube ich, alle einig sind: der neue Aufstieg und die alte Freiheit der deutschen Nation.

Am 11. eröffnet Abg. Hergt (Dnat. Vp.) die Debatte über den Etat: Das Programm des neuen Ministers stehe zu der vorsichtigen Finanzpolitik seines Vorgängers, v. Schliebens, in scharfem Gegensatz. Im Auge habe Reinhold nur das eine kommende Jahr. Die Durchführung seiner Vorschläge würde ferner eine dauernde Unsicherheit in dem finanziellen Verhältnis des Reichs, der Länder und Gemeinden bewirken. Was die Daweslasten anlange, so gelte es einer Finanzkontrolle durch den Daweskommissar rechtzeitig vorzubeugen dadurch, daß alles aufgebracht werde, was aus eigner Kraft geleistet werden könnte. Im übrigen sei es an der Zeit, die Tatsache, daß die damaligen Unterlagen für den Dawesplan durch das Anschwellen der Erwerbslosenziffer völlig überholt seien, einmal für Deutschland auszunützen. Abg. Hilferding (Soz.) kritisiert zunächst zurückschauend die wirtschaftsschädliche Thesaurierungspolitik v. Schliebens, der vor allem für die Unterstützung der Schwerindustrie eingetreten sei. Bei der Bespre-

chung des neuen Programms polemisiert er gegen eine Herabsetzung der Besitzsteuern und verlangt im Interesse einer Preissenkung eine Ermäßigung der Zölle. Eine besondere Erklärung der soz. Frakt. bezeichnet den „Abbau von Besitzsteuern für unmöglich, solange nicht ausreichend für die Opfer einer falschen Wirtschaftspolitik — d. h. die Erwerbslosen — gesorgt sei". Als entscheidend sieht der Redner das Problem der Verwaltungsreform an und sagt: „Die Ausdehnung der Staatstätigkeit muß zur Kontrolle der gesamten Wirtschaft führen, zur Kontrolle der kapitalistischen Gesellschaften, anstatt daß die Monopolunternehmungen die Kontrolle über den Staat ausüben. Die Ausdehnung der Staatstätigkeit muß enden in der Kontrolle der gesamten Wirtschaft durch die Massen. Darum verlangen wir auch den deutschen Einheitsstaat. Mit allen bisherigen und angekündigten neuen Flickereien kann nicht viel erreicht werden. Der Reichsfinanzminister hat jetzt zwar einen Überblick über die Einnahmen, aber keinen Überblick über die Ausgaben in den Ländern. Sie unterstehen nicht seiner Kontrolle, sondern der Kontrolle von 18 verschiedenen Ländern. Das ist ein Zustand, der unmöglich auf die Dauer bestehen bleiben kann. Die volle Erhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden ist auch bei der Einheitlichkeit der Finanzpolitik möglich; das zeigt das englische Beispiel. Dort steht das Selbstverwaltungsrecht unvergleichlich höher als in Deutschland. Wir haben gar keine volle Selbstverwaltung in den Gemeinden, sie wird von den Ländern in jeder Weise beschnitten." Zur Bekämpfung der Krise fordert der Abg. energische Eingriffe in die Wirtschaft in sozialem Geist. Abg. Ersing (Ztr.) erklärt sich im allgemeinen mit dem Finanzprogramm einverstanden und betont drei Forderungen: Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion, Steigerung der Ausfuhr durch finanzielle Maßnahmen und rasche Belebung des Wohnungsmarkts. Abg. Dr. Cremer (Dtsch. Vp.) unterstreicht die Notwendigkeit einer Wirtschaftspolitik auf lange Sicht, im einzelnen verteidigt er die Umsatzsteuer und fordert eine Milderung der Realsteuern.

Bei der Forts. der Debatte am 12. geißelt auch Abg. Neubauer (Komm.) die neue Finanzpolitik als „einseitige Politik der Besitzenden auf Kosten des arbeitenden Volks". Abg. Dietrich-Baden (Dem.) sieht den Fehler des früh. Finanzmin. darin, daß er sich nicht rechtzeitig für den Abbau der Steuern entscheiden konnte. Programmatisch verlangt er „brutale Sparsamkeit" und verweist auf die Möglichkeit, bei den großen Verwaltungsapparaten des Arbeits- und des Finanzministeriums einzusparen. Weiter spricht er sich für eine vernünftige Selbständigmachung der Länder und Gemeinden auch auf steuerlichem Gebiet aus. Im wesentlichen billigt er die Pläne des Finanzministers. Auch Abg. Drewitz (Wirtsch. Vergg.) erklärt seine grundsätzliche Zustimmung. Dann erwidert Finanzmin. Dr. Reinhold auf die Ausführungen in der Debatte, betont nochmals die Notwendigkeit, der Wirtschaft eine Atempause der Erholung zu gewähren, wobei er die Soz. an das Prinzip erinnert, daß eine dauernde Hilfe für die Erwerbslosen lediglich in einer gesunden Wirtschaftspolitik liege. Abg. Dr. Horlacher (Bayer. Vp.) fordert eine klare systematische Abgrenzung der Aufgaben von Reich und Ländern. Abg. Graefe (Völk.) führt u. a. aus: Reinholds Rede habe etwas Bestechendes gehabt und Ideen enthalten, sie sei eine vernichtende Kritik der Finanzpolitik seiner Amtsvorgänger von Erzberger bis Hilferding und bis zu v. Schlieben, eine vernichtende Kritik aber auch des früh. Finanzministers Luther. Das Resultat dieser republikanischen Finanzpolitik sei ein wirtschaftlicher Trümmerhaufen, eine Riesenzahl von Konkursen und eine immer größere Steigerung

der Arbeitslosenzahlen. Das Programm des neuen Finanzministers decke sich in den meisten Punkten mit den Forderungen, die die Völk. schon seit Jahren aufgestellt hätten, meist gegen den Widerspruch der Dem. Große Bedenken seien nur geltend zu machen gegen die Senkung der Fusions- und Börsenumsatzsteuer. Alle Maßnahmen für die Gesundung der Wirtschaft würden jedoch zwecklos sein, solange die Belastung Deutschlands aus dem Dawesabkommen und die Reparationen nicht beseitigt seien und nicht die Kaufkraft des inneren Marktes gehoben sei. — Damit schließt die Aussprache. Die Etats werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

11. Febr. Ratifikation der deutsch-russischen Verträge.

Die am 12. Okt. 1925 in Moskau abgeschlossenen deutsch-russ. Rechts- und Wirtschaftsverträge (RTD. 1551) treten damit am 12. März in Kraft.

11. Febr. (Reichsrat) Genehmigt werden:

Das vom Reichstag beschlossene sog. Sperrges. in der Fürstenabfindungsfrage (s. S. 24), das Helsingforser Abk. betr. den Alkoholschmuggel und das vorläufige Handelsabk. mit der Türkei.

12. Febr. Deutsch-französisches Handelsprovisorium.

Das für 3 Monate abgeschlossene Teilabkommen gewährt gewissen Saisonerzeugnissen der franz. Landwirtschaft vorübergehende Einfuhrerleichterung gegen entsprechende Zugeständnisse französischerseits zugunsten deutscher Industrieprodukte. Am 26. werden die Ratifikationen ausgetauscht, so daß das Abk. am 1. März in Kraft tritt.

13.—19. Febr. (Reichstag) Etatsberatung (u. a. Fragen des Verkehrs, der Justiz und der Sozialpolitik).

In der Aussprache über den Etat des Reichsverkehrsministeriums kommen vor allem wiederum die unhaltbaren Verhältnisse bei der Reichsbahn (vgl. S. 29 f.) zur Behandlung. Reichsverkehrsmin. Dr. Krohne erkennt an, daß zwischen Reichstag, Reichsbahn und Reichsregg. eine Vermittlungsaktion einsetzen muß, und erklärt sich bereit, die Möglichkeit zu schaffen, daß die Reichsbahnverwaltung wenigstens mit den Ausschüssen des Reichstags unmittelbare Fühlung bekommt.

Am 15. wird das deutsch-türk. Handelsabk. vom 13. Dez. 1925 ohne Debatte in 3. Lesung angenommen. Dann wird die 2. Lesung des Verkehrsetats fortgesetzt, die am 16. ihren Abschluß findet. Die Abstimmung ergibt die Bewilligung des Ministergehalts. Die Anträge betr. die Personalpolitik bei der Reichsbahn gehen an den Rechtsausschuß. Das Neckarkanalprojekt wird genehmigt. — Hierauf werden die Etats des Rechnungshofs und der Reichsschuld bewilligt. — Dann folgt die 2. Lesung des Justizetats. Abg. Hanemann (Dnat. Vp.) kritisiert die durch Emminger herbeigeführten Neuerungen im Strafprozeßverfahren und polemisiert gegen den Republik. Richterbund. Auch Abg. Dr. Levi (Soz.) verurteilt die Emmingersche Justizreform und verlangt durchgreifende Neuerungen im Zivil- und Strafprozeßverfahren. Reichsjustizmin. Dr. Marx weist die so allgemeinen Vorwürfe gegen die Justiz als unbegründet zurück, besonders die gegen den Staatsgerichtshof gerichteten Angriffe. Im übrigen werde dieser bald aufgehoben werden. Abg. Kahl (Dtsch. Vp.) sagt u. a.: Die gewerbs- und gewohnheitsmäßige Herunterziehung der deutschen Rechtspflege richtet großen Schaden an. Wir brauchen einen einheitlichen Geist im deutschen Richtertum. Ihn zu fördern, war die Gründung des Republik. Richterbundes kein geeignetes Mittel. Die Politik kann heute bei der Rechtsfindung nicht ausgeschaltet werden. Aber jede

parteipolitische Einstellung muß dabei ausscheiden. In der Vermengung von Rechtspflege und Parteipolitik gibt der Reichstag selbst ein schlechtes Beispiel mit der Einsetzung so vieler Untersuchungsausschüsse, die mit der ordentlichen Rechtspflege kollidieren. Auf dem diesjährigen Juristentag werden wir uns damit befassen. Wir brauchen eine Vereinheitlichung des Rechts, nur ein Reichsgericht statt der Oberlandesgerichte. Die Strafrechtsreform sollte schleunigst vom Reichsrat verabschiedet werden. Wir sollten auch eine Vereinheitlichung der Gesetze versuchen und mit den vielen Gelegenheitsgesetzen aufhören.

Am 17. wird die Debatte über den Justizetat zu Ende geführt. Abg. Dr. Haas (Dem.) hebt das Mißtrauen in die deutsche Rechtspflege hervor und legt an Einzelfällen dar, daß in Beleidigungsprozessen vielfach nach politischen Rücksichten geurteilt werde. Zu den vorliegenden Interpellationen der Soz. betr. den Fall Tirpitz erklärt Justizmin. Dr. Marx u. a.: Großadmiral v. Tirpitz hat in seinem Ende 1924 erschienenen Werk: „Politische Dokumente: Der Aufbau der deutschen Weltmacht" eine Reihe bisher unbekannter amtl. Schriftstücke aus dem Geschäftsbereich des Ausw. Amts und des Reichsmarineamts veröffentlicht. Eine Überprüfung der Sache ergab, daß die abgedruckten Urkunden mit einer Ausnahme bei der zuständigen Stelle vorhanden seien und daß sich Tirpitz Abschriften für persönlichen Gebrauch habe machen lassen. Im übrigen handle es sich um keine Dokumente, deren Geheimhaltung aus Gründen der Landesverteidigung nötig gewesen wäre. Disziplinarische Maßnahmen kämen nicht in Betracht, weil v. Tirpitz damals aus dem Reichsdienst ausgeschieden war. — Das Haus streicht die Mittel für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

Am 18. wird der Justizetat in 2. Lesung genehmigt und der Etat des Reichsarbeitsministeriums angenommen. Abg. Karsten (Soz.) verlangt unter energischer Zurückweisung der in einer Denkschrift der Arbeitgeber aufgestellten Forderungen auf Abbau der Sozialfürsorge: ein Arbeitszeitges. betr. Achtstundentag, die Ratifizierung des Washingtoner Abk., die schleunige Vorlage des Arbeitsgerichtges. und den Ausbau der Wohnungs- und Erwerbslosenfürsorge. Abg. Dr. Stegerwald (Ztr.) empfiehlt — besonders auch im Hinblick auf die vielen Arbeitslosen — eine wirksame Kredithilfe für das Baugewerbe.

Am 18. tritt auch der Haushaltausschuß zu einer Sitzung zusammen, um eine Regierungserklärung über die finanzielle Lage des Reiches entgegenzunehmen, die von der Regg. als bestimmend angesehen wird für die Stellungnahme zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen. Finanzmin. Dr. Reinhold führt dabei u. a. folgendes aus: Zu den angekündigten Steuersenkungen haben wir uns nicht entschlossen, weil etwa eine besonders günstige Lage uns in die Möglichkeit dazu versetzt, sondern weil wir überzeugt sind, daß wir wirtschaftlich so in Not sind, daß zu dem Programm der Reichsregg., das die Behebung dieser Notlage zum Ziele hat, auch Steuersenkungen gehören. Vermutlich wird schon in den nächsten Tagen die Frage zum Abschluß kommen, daß die Reichsregg. der Reichsbahn-Gesellschaft eine gewisse Summe zur Verfügung stellt, damit die Reichsbahn dringend notwendige Investitionen vornehmen kann. Ich kann nicht einsehen, warum Tausende von deutschen Arbeitern unbeschäftigt sein sollen und Werkstätten geschlossen sind, während auf der anderen Seite die Eisenbahn schon aus Gründen der Betriebssicherheit außerordentliche Neuanschaffungen nötig hat. Zu den Steuererleichterungen ist in der Debatte angedeutet worden, sie seien ein Sprung ins Dunkle. Ich muß deshalb

einige Zahlen aus dem Etat mitteilen. Der Minderertrag von 550 Mill. (vgl. S. 39) wird ohne etatsmäßige Wirkung seine Deckung finden. Herangezogen werden der Münzgewinn von 1926 (133 Mill.), 47 Mill. Mehreinnahmen im Etat der Reichsschuld, 173 Mill. aus verfügbaren Kassabeständen, 197 Mill. aus Anleihen, 127 Mill. aus dem Extraordinarium und 70 Mill. E-Schatzscheine. Das würde dann in einem Nachtragsetat vorgeschlagen werden. Ehe wir uns zu den Steuersenkungen entschlossen, haben wir auch eine genaue Übersicht über das Etatsjahr 1927 aufgestellt. Für 1927 rechnen wir mit einer Gesamtausgabe von 4996 Mill. gegen 4782 Mill. im Jahre 1926. Die Deckung dieser für 1927 notwendigen Summe ist so gedacht: Für 1926 sind etatisiert 4874 Mill. durch Steuern und Zölle, für 1927 nur 4724 Mill., weil wir den Ausfall an Umsatzsteuern in Rechnung stellen müssen. Dagegen haben wir die Einnahmen erhöht aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer um 300 Mill., aus der Vermögenssteuer um 50 Mill. 1926 erbringt an Steuern das freie Einkommen nur 900 Mill. Alle übrigen Steuern sind vorsichtshalber nur mit denselben Beträgen eingesetzt wie 1926. Von den 4724 Mill. müssen den Ländern und Gemeinden 2421 Mill. überwiesen werden, 84 Mill. mehr als 1926. Zur Deckung des voraussichtlichen Defizits von 170 Mill. stehen zunächst alle die Ersparnisse zur Verfügung, die wir am Etat von 1927 vornehmen wollen, außerdem der Münzgewinn von 1927. Die Ersparnisse für 1927 werden eingeschätzt auf etwa 50 Mill. Dazu kommen noch 145 Mill. aus den Ausgaben des ao. Etats, die in Zukunft wieder durch Anleihen zu decken sind. Bei der Etatsberatung sind Zweifel daran geäußert worden, ob eine Anleihe möglich sein wird. Das Reich denkt zunächst nicht daran, an den Anleihemarkt zu gehen. Aber, wenn wir an ihn appellieren wollen, so glauben die Bankfachverständigen, insbesondere der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, daß ein solcher Appell mindestens jetzt erfolgreich sein würde. Wenn wir die Steuersenkungen durchführen, wird unser Etat außerordentlich angespannt sein, und wir werden Mühe haben, mit den vorhandenen Mitteln durchzukommen; aber wir ordnen diese von uns nicht unterschätzten Schwierigkeiten dem großen Ziele unter, jetzt zur Überwindung der Krise zu kommen. Wir können dieses Ziel nur erreichen, wenn Reichstag und Regg. alle anderen Wünsche zurückstellen. Dabei ist selbstverständlich nicht daran gedacht, daß die Regg. irgendwie soziale Aufgaben, die erfüllt werden müssen, drosseln will. (Unruhe und Zurufe links.) Für uns alle muß zwingende Notwendigkeit sein, daß wir uns auf das Programm der Behebung der Krisis einheitlich einstellen. Wir müssen deshalb darin einig sein, alle Ausgaben, die wir in dieser Zeit der Not nicht tragen können, abzuwehren und gemeinsam einen Weg finden, daß Ausgabemehrbewilligungen nicht beschlossen werden können, ohne daß entsprechende Wege mit der Regg. zu ihrer Deckung gefunden werden. Ich bitte Sie, unser Vorhaben nicht nur vom Standpunkt der Steuererleichterungen aus anzusehen, sondern es unterzuordnen dem großen Programm der Regg. Wir müssen eine Notgemeinschaft zwischen Reichsregg. und Reichstag bilden, und diese Notgemeinschaft muß in irgendeiner Form auch eine Bindung erfahren. Kommen wir dazu, dann glaube ich, daß die Wiederankurbelung der Wirtschaft, die wir erstreben, uns hilft, die Krise rascher zu überwinden und uns auch in den Stand setzen wird, in Zukunft über die Einnahmen zu verfügen, die uns die Erfüllung unserer staatspolitischen Aufgaben baldigst bei äußerster Sparsamkeit ermöglicht.

Reichskanzler Dr. Luther ersucht den Aussch. dringend, sofort in die Aussprache einzutreten, da die Regg. möglichst rasch Klarheit über die

Stellung des Reichstags zu ihrem Programm haben müssen. Dieses Programm sei als eine Einheit zu betrachten, die zerstört werden würde, wenn auf irgendeinem Gebiete zu Mehrausgaben geschritten würde. So sehr die Regg. die Notlage der Erwerbslosen anerkenne, so sei es doch unmöglich, den weitergehenden Forderungen auf diesem Gebiete Rechnung zu tragen. Die Regierung erblicke ihre Aufgabe darin, die Hilfe für die Erwerbslosen in die Form zu bringen, daß sie alles einsetze für eine Wiederbelebung der Wirtschaft, um statt Geldunterstützung Brot und Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns betont, auch in seinem Ressort sei es unmöglich, die Leistungen auf irgendeinem Gebiete zu erhöhen, wenn nicht das ganze Wirtschaftsprogramm gefährdet werden solle. Wirtschaftsmin. Curtius berichtet über die Maßnahmen, die die Regg. zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Besserung des Arbeitsmarktes plant. U. a. sollen der Reichsbahn 100 Mill. Kredit zur Inangriffnahme notwendiger Erneuerungsarbeiten gegeben werden; außerdem sollen 300 Mill. der Industrie als Betriebskredit für die Herstellung von Exportwaren für Rußland gegeben werden. Der Aussch. beschließt im Gegensatz zu dem Wunsche der Regg. mit 15 gegen 13 St. (Soz., Dem., Komm. und Bayer. Vp.), die Aussprache über die Regierungserklärung zu vertagen.

Bei der Forts. der Debatte im Plenum am 19. spricht sich Abg. Dr. Moldenhauer (Dtsch. Vp.) für eine verständnisvolle Sozialpolitik aus, die auch den Bedürfnissen der Wirtschaft angepaßt sei. Die störenden Lohnkämpfe müßten aufhören, nötigenfalls solle der Staat durch Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen eingreifen. Längere, weiter ausholende Gedanken bringt Abg. Dr. Erkelenz (Dem. P.): Die deutsche Sozialpolitik ist entstanden im Zeitalter des Fürstenstaats. Der neue Staat darf aber kein Untertanenstaat mehr sein. Staatsform, Staatsgeist und Sozialpolitik stehen in engstem Zusammenhang. Selbst die Sozialdemokratie hat die Probleme des neuen Staates noch nicht durchdacht und verfolgt immer noch Bismarckisch-Stöckersche Sozialpolitik. Der republikanisch-demokratische Staatsgedanke fordert den Übergang von dem früheren Prinzip des Untertanenstaates zu dem der sozialen Selbstverwaltung. Die jetzige Form der Erwerbslosenfürsorge ist ein warnendes Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden darf. Eine gute Wirtschaftspolitik ist auch eine gute Sozialpolitik, Lohnherabsetzungen gehören nicht zum Programm einer modernen Wirtschaftspolitik. Deutschland kann zu keiner modernen Wirtschaft gelangen, solange unsere Löhne nur ein Viertel der amerik. und engl. Löhne betragen. Die Revolutionierung der Technik, die von den Ver. Staaten ausgeht, ist das Mittel, mit dem man die Verarmung durch den Krieg ebenso überbauen muß wie die scheinbar unlösbaren sozialen Kämpfe. Amerika hat die Technik von 1925, Deutschland arbeitet noch mit der Technik von 1913. Die amerik. Automobilindustrie hat in der Zeit von 1923 bis 1925 eine Steigerung der Produktivität erreicht, die 15% bei den billigen Automobilen, 60% bei den teueren beträgt. Wenn die Fabrikation eines bestimmten erstklassigen Automobils in Amerika 7000 Arbeitsstunden kostet, in Deutschland aber 21000, so zeigen diese nackten Ziffern, daß es kindlich ist, anzunehmen, durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Kürzung der Löhne könne diese Spanne überwunden werden. Wir haben ein Kuratorium für wirtschaftliche Fertigung; es gibt aber bisher nur ganz wenige Betriebe in Deutschland, die sich die Ergebnisse dieser Rationalisierungsbehörde zu Nutze machen. Die deutsche Unternehmerschaft beschränkt sich leider zu viel darauf, ihre Betriebe zu ver-

walten, aber sie hat bisher nicht die Kräfte entwickelt, ihre Betriebe zu gestalten. Wir brauchen eine großzügige Werbearbeit für die Rationalisierung der Wirtschaft. Diese Werbearbeit könnte geleistet werden durch zielbewußtes Zusammenwirken zwischen einem modern eingestellten Reichswirtschaftsministerium und einem modern eingestellten Arbeitsmin. Ein Mann wie der amerik. Staatssekr. Hoover täte Deutschland not. Die sozialen Gefahren großer nationaler und internationaler Trusts hält der Redner für nicht sehr groß, wenn die Leiter dieser Trusts auch politischen Sinn hätten. Aufgabe des Internat. Arbeitsamts sei es, die großen Gedanken der europäischen Gemeinschaftsarbeit auszubauen. Schließlich erörtert der Redner noch das Siedlungsproblem, das in unlöslichem Zusammenhang mit der großen politischen Frage der Sicherung des deutschen Ostens stehe, und die Frage des deutschen Arbeitsrechts. Reichsarbeitsmin. Dr. Brauns betont gegenüber den Ausführungen von Erkelenz den Gesichtspunkt, daß man die Dinge sich organisch entwickeln lassen und den Verhältnissen unseres Landes Rechnung tragen müsse. Er halte schleunigste Hilfe für nötig, um dem Elend und den moralischen Schäden der Wohnungsnot zu begegnen. Für 1926 müsse man sich leider mit dem Ertrag der Hauszinssteuer begnügen. Zusammenfassend meint der Min.: Wir sind in der Sozialpolitik praktisch in den letzten Jahren vorwärts gekommen. Daher wollen wir in unserer ruhigen und sachlichen Arbeit weitergehen. Nach Schluß der Aussprache wird der Ministergehalt bewilligt.

Am 19. behandelt der Ausw. Ausschuß die Fragen der Sitze im Völkerbundsrat. Nach eingehenden Darlegungen des Min. Dr. Stresemann stellt der Vors. des Ausschusses Abg. Hergt (Dnat. Vp.) fest, daß die Parteien dem Reichsaußenminister für die diplomatischen Verhandlungen, die Klarheit über dieses Problem erbringen sollen, folgende Bedingungen mit auf den Weg gegeben haben: 1. Deutschland muß einen ständigen Sitz im Völkerbund erhalten. 2. Gleichzeitig darf keine andere Macht einen Sitz im Völkerbundsrat erhalten. 3. Deutschland muß den Sitz im Völkerbundsrat bereits bei der bevorstehenden Märztagung unmittelbar bei seinem Eintritt erhalten. Da die offizielle Entscheidung im Völkerbundsrat selbst erst nach dem deutschen Eintritt erfolgen wird, so hängt nunmehr alles von der vorbereitenden Fühlungnahme ab, die uns vorher die nötigen Garantien geben soll.

Am 19. nimmt nach weiteren Darlegungen des Reichskanzlers Dr. Luther zur Finanzpolitik der Haushaltsausschuß das Kompromiß der Regierungsparteien auf Teilerhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze gegen die St. der Soz. und Komm. an.

15.—17. Febr. (Berlin) Besuch des Generalsekr. des Völkerbunds.

Sir Erik Drummond bespricht mit dem Ausw. Amt gewisse Fragen, die mit dem deutschen Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund zusammenhängen.

16. Febr. (Reichsrat) Genehmigt werden:

Der vom Reichstag angenommene GE. betr. das Militärstrafrecht und der GE. betr. die Errichtung eines Enqueteausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Ein Antrag des Grafen Behr-Pommern (Dnat. Vp.) auf Einspruch gegen die vom Reichstag in den erstgenannten GE. eingefügte Bestimmung über Duellvergehen (vgl. S. 24) wird trotz der Unterstützung von Regierungsseite abgelehnt.

18. Febr. (Reichsrat) Angenommen werden u. a.:

Das deutsch-türk. Handelsabk. und das deutsch-franz. Handelsprovisorium.

18. Febr. (Oldenburg) Zusammentritt des Landtags; Etat.

Zum Ersten Präsid. wird Abg. Schröder (Landesbd.), zum Ersten Vizepräsid. wird Abg. Meyer-Holte (Ztr.) und zum Zweiten Vizepräsid. wird Abg. Jordan (Soz.) gewählt. Der vorgelegte Haushaltsplan schließt mit einem Fehlbetrag von 266300 RM. ab.

19. Febr. (Schaumburg-Lippe) Anschlußfrage.

Nach einem ausführlichen Bericht des Staatsrats Steinbrecher, der die von Preußen gemachten günstigen Bedingungen hervorhebt, beschließt der Landtag noch einmal eine gründliche Etatsberatung vorzunehmen, um dann endgültig zur Anschlußfrage Stellung zu nehmen.

20. Febr. (Reichstag) Vorlagen.

Das deutsch-franz. Handelsabk. (s. S. 43) wird verabschiedet. Sodann werden unter Ablehnung der weitergehenden Anträge der Soz. und Komm. die Ausschußanträge zur Erwerbslosenfürsorge (s. S. 47) und Kurzarbeiterunterstützung angenommen. Darnach werden die Unterstützungssätze um 10 bis 20% erhöht. — Bei der Forts. der Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums bekämpft Abg. Aufhäuser (Soz.) das „Märchen“ von den übermäßig hohen sozialen Lasten, während Abg. Dr. Rademacher (Dnat. Vp.) von einer Überspannung derselben spricht und die derzeitige Erwerbslosenfürsorge als eine „innere Daweslast“ bezeichnet. Das Verfahren im Schlichtungswesen wird von Rechts und von Links kritisiert.

21. Febr. (Hamburg) Tagung des Reichsbanners.

Die Tagung wirkt sich aus als eine Demonstration für die Republik, an der zirka 130000 Reichsbannerleute teilnehmen. Ansprachen halten Bürgermeister Dr. Petersen, Oberpräsid. Hörsing, der Vors. des Bundes, preuß. Ministerpräsid. Braun, preuß. Finanzmin. Dr. Höpker-Aschoff, bad. Finanzmin. Dr. Köhler, Reichstragspräsid. Löbe und Bürgermeister Dr. Pichler-Wien.

21. Febr. (Lippe) Wahl des Landespräsidiums.

Der Landtag wählt mit 18 von 21 St. eine neutrale Beamtenregg. in folgender Zusammensetzung: Landgerichtspräsid. Dr. Müller, Geh. Oberfinanzrat Dr. Böhmer und Schriftsteller Drake.

22. Febr. (München) Rede Kochs.

Reichsmin. a. D. Abg. Koch (Dem. P.) hält eine Rede, in der er mit dem bayer. Ministerpräsid. Held und der Bayer. Vp. wegen der gegen ihn geführten Angriffe (vgl. S. 7) Abrechnung hält. Koch führt dabei im wesentlichen folgendes aus: Der Grund, daß Deutschland nicht zu Einigkeit und Frieden kommt, ist jener „gesunde Föderalismus“ im Munde Helds. Was jedoch die alte Verfassung im bayerischen Sinne vor der heutigen auszeichnet, ist nicht ihr Föderalismus sondern sind die in ihr enthaltenen Reservatrechte. Jeder große Staat bedarf zwei Dinge: Einheit und Gliederung. Die Außenpolitik muß Sache des Reiches sein. Einheitlich muß notwendigerweise auch die Bekämpfung der Verbrechen, zumal der politischen, sein. Die Finanzreform Erzbergers ist allerdings übertrieben; denn Länder, die selbst für ihre Einnahmen sorgen müssen, ar-

beiten wirtschaftlicher als Taschengeldempfänger, wie es die Länder jetzt sind. Die ganzen Konflikte zwischen dem Reich und Bayern dürften mit der Frage Unitarismus oder Föderalismus nichts zu tun, sondern ihre Ursache darin haben, weil sich Bayern der Außenpolitik und der republikanischen Verfassung des Reichs nicht fügen wollte... „Wir sind den schmalen Weg der bitteren Außenpolitik gegangen, den Weg, auf dem der Leichenstein Rathenaus steht. Wir huldigen keinem weichlichen Pazifismus. Wir halten den Frieden für ein hohes Gut, aber vor allem steht uns Freiheit und Leben unseres Volkes. Im Völkerbund werden wir Arbeit genug finden. Ich sehe heute schon, wie die Dnat. nach jedem Mißerfolg in ein Geheul ausbrechen werden. Aber wenn deutsches Gebiet von all. Truppen geräumt wird, dann schließen sie die Demokraten von den Befreiungsfeiern aus. Die einen erringen eben die außenpolitischen Erfolge, die anderen feiern sie. Unsere Aufgabe im Völkerbund wird es sein müssen, den Westbund zu einem Weltbund zu machen. Wenn Europa seine Weltgeltung behalten will, muß es sich zusammenschließen. Ich kann nicht sagen, daß diese etwas unpopuläre Außenpolitik immer die Unterstützung der bayer. Regg. gefunden hat. Ich erinnere mich, wie Herr v. Kahr in den Ministerpräsidentenkonferenzen regelmäßig erklärt hat, er sei zwar mit anderer Auffassung als die Reichsregg. hergekommen, aber er gebe zu, daß auch die Gegenargumente sich hören ließen und wir seien doch schließlich alle gute Deutsche. Sobald aber er sich wieder auf der Rückreise nach München befand, erwachte in ihm wieder die Jungfrau von Orleans. Auch eine föderalistische Verfassung wird keinem Lande das Recht einräumen können, Vo., die von der Reichsgewalt erlassen sind, zu widersprechen. Zu einer großen Nation schließen wir uns nicht mehr zusammen dadurch, daß die Fürsten einen Bund machen oder die Bürokratie Noten wechselt, sondern durch den einheitlichen Willen des deutschen Volkes, eine Nation zu sein, nach dem Wort des Frhr. vom Stein: „Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland."

23.—26. Febr. (Preuß. Landtag) GE. über Schlesien; Handels- und Gewerbeetat.

Der GE. über Trennung und Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien geht in 1. Lesung an den Verfassungsausschuß. Abg. Franz-Oberschles. (Soz.) lehnt die Vorlage als Zugeständnis an Rechts ab. Abg. Graf Garnier (Dnat. Vp.) betont, daß gerade die Soz. P. früher sehr energisch ein Spezialges. für Schlesien gefordert habe, und erhebt Vorwürfe gegen die Politik des Ztr. in oberschlesischen Fragen, die Abg. Göbel (Ztr.) als schwere Beleidigung zurückweist. Abg. Herrmann-Breslau (Dem.) hebt hervor, daß der GE. dem gegebenen Versprechen der Autonomie nachkomme.

Am 24.—26. wird der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung in 2. Lesung erledigt. Am 25. ergreift Handelsmin. Dr. Schreiber das Wort und betont: Der Gesamtzuschuß der Handels- und Gewerbeverwaltung hat sich von 28.6 auf 35.8 Mill. erhöht. Die Zuschüsse für Berufsschulen sind um 3.5 Mill., der Zuschuß zu den Fachschulen, die für die Ausbildung unseres technischen Nachwuchses bestimmt sind, ist um 725000 M. erhöht worden. Für den Luftverkehr sieht der neue Haushalt eine Erhöhung um 2.5 Mill. vor. Neu hinzugekommen sind die Ausgaben für Schlichtungsausschüsse und arbeitsrechtliche Kammern. Die Deutsche Reichsbahnverwaltung könnte bei aller Berücksichtigung ihrer Reparationsverpflichtungen sicherlich entgegenkommender eingehen auf die

Wünsche derjenigen Wirtschaftsgebiete, die sich der besonderen Fürsorge der preuß. Verwaltung auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens von jeher erfreuen konnten. Die Reichsbahngesellschaft sei nicht nur eine Reparationsanstalt, sondern das wichtigste nationale Wirtschaftsinstrument Deutschlands. In der Elektrowirtschaft könne der Staat keineswegs ein Elektrizitätsmonopol errichten, ohne die normale Entwicklung anderer großer Elektrizitätsunternehmungen zu hemmen. Wegen des GE. der ehem. Reichsregg. über den Preisabbau habe er Bedenken, mit behördlichem Zwange sei in dieser Richtung bisher nicht viel erreicht worden. Das Washingtoner Abk. müsse ratifiziert werden, wenn auch die übrigen Staaten den gleichen Schritt unternehmen. Die Sonntagsruhe sei eine wertvolle soziale Errungenschaft. Bestrebungen auf ihre Beseitigung werde er nicht unterstützen. Die Bedenken gegen die Wirkungen der Steuerermäßigungen des Reichsfinanzmin. könne er nicht verstehen, da doch gerade aus Kreisen der Wirtschaft stürmisch eine Senkung der Steuern verlangt wurde. Eine Besserung der Wirtschaftslage werde sich nur durch die Hebung der Kaufkraft im Innern und durch eine Vermehrung des Absatzes nach dem Ausland erreichen lassen. Die Kaufkraft unseres Volkes könne aber nur durch eine allgemeine Senkung des Preisniveaus, die den arbeitenden Massen durch Erhöhung ihres Reallohnes zugute komme, gehoben werden. Zur Hebung der furchtbaren Arbeitslosigkeit, der sich die große Zahl der Kurzarbeiter zugesellt, habe die Regg. das Ihre dazu getan, dem Baumarkt möglichst schnell reichliche Geldmittel zuzuführen. Gemeinsam mit der Reichsregg. werde die preuß. Regg. daher geeignete Mittel ergreifen, unserer deutschen Wirtschaft mehr Aufträge als bisher zuzuführen, um damit den deutschen Arbeitern weitere Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Dann werde es hoffentlich bald besser werden. (Beifall.)

24. Febr. (Berlin) Konferenz der Finanzminister.

Auf Grund der Darlegungen des Reichsfinanzmin. Dr. Reinhold wird sein Finanzprogramm trotz einzelner Bedenken seitens einiger Vertreter der Länder im wesentlichen gebilligt.

24. Febr. Zur Frage der Erweiterung des Völkerbundsrats.

Die Reichsregg. teilt zufolge einem Kabinettsbeschluß auf diplomatischem Wege den Mächten mit, daß für sie ein Handel über weitere ständige Ratssitze im Zusammenhang mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht in Frage komme.

25. Febr. (Reichsrat) Zur Annahme gelangen:

Der GE. über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung (60 Mill. RM.) und die neue Stimmenverteilung im Reichsrat, wonach Bayern auf Grund seines Bevölkerungszuwachses eine St. mehr erhält und desgl. nach der geltenden Verfassungsbestimmung auch Preußen. Die neue Stimmenverteilung ist folgende: Preußen 27, Bayern 11, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Thüringen, Hessen und Hamburg je 2 und alle übrigen Staaten je 1 St., zus. 68 gegen bisher 66 St.

25. Febr. (Bernkastel) Winzerunruhen.

26. Febr. (Reichstag) Kompromiß in der Fürstenabfindungsfrage.

Der Rechtsausschuß schließt die 1. Lesung des Kompromißantrages der Regierungsparteien über die Abfindung der früh. Fürstenhäuser. (Vgl. S. 23f.)

26. Febr. (München) Kundgebung des Reichsbanners.

Abg. Dr. Wirth hält dabei eine Rede über Deutschlands Einheit und Freiheit.

27. Febr. (Bayern) Etat für 1926.

Derselbe weist einen Fehlbetrag von 32,4 Mill. RM. auf. (Vgl. GK. 1925.)

27. Febr. Vo. betr. das Volksbegehren über die Enteignung der Fürstenvermögen.

Die Vo. setzt für das Eintragungsverfahren zum Volksbegehren mit dem Kennwort „Enteignung der Fürstenvermögen" die Zeit vom 4. bis 17. März fest.

Ende Febr. (Mecklenburg-Schwerin) Anschlußfrage.

Im Hauptausschuß des Landtags gelangt nach längeren Debatten, in denen sich die Dnat. allein als Gegner des Anschlusses zeigen, ein Antrag der Soz. zur Annahme, der die Regg. ersucht, sofort Untersuchungen anzustellen über die Frage, ob und welche Ersparnisse durch die Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit Mecklenburgs und durch den Anschluß an Preußen erzielt werden.

28. Febr. Die Reichsregierung erläßt anläßlich des Trauertages für die Gefallenen folgende Kundgebung:

„Für uns sind sie in den Tod gegangen. An den Gräbern unserer Gefallenen, die sich für uns alle opferten, soll die Zwietracht schweigen. Mahnend steht vor uns das deutsche Leid, das heilige Opfer der im Kriege Gebliebenen, die starben, damit Deutschland lebe. Aus dem Leid wuchs immer des deutschen Volkes höchste Kraft. Wenn heute die Flaggen halbmast wehen, wenn große Scharen sich zu würdigen Gedächtnisfeiern still vereinen, soll der Entschluß in uns sich festigen, im Glauben an Deutschland das Wort zu verwirklichen: „Nimmer wird das Reich zerstöret, wenn Ihr einig seid und treu!"

Anf. März. (Baden) Fürstenabfindung.

Auf einer Versammlung in Bühlertal erklärt Finanzmin. Dr. Köhler: Für Baden ist die Fürstenabfindung durch den Vertrag v. J. 1919 in aller Form erledigt. Im J. 1924 ist die großherzogl. Vermögensverwaltung wegen einer Aufwertung der Abfindungssumme vorstellig geworden. Die Regg. hat erwidert, daß sie einen Aufwertungsanspruch für die durch die Schuldverschreibungen getilgte Kapitalsumme nach Lage der Verhältnisse nicht anerkennen könne. Für das großherzogl. Haus als Besitzer von Schuldverschreibungen sei, wie für alle anderen Staatsbürger, einzig die Reichsgesetzgebung maßgebend.

1. März. (Lippe) Haushaltsplan 1926/1927.

Derselbe schließt mit einem Fehlbetrag von 554660 RM., der jedoch in Einnahme gestellt ist um zum Ausdruck zu bringen, daß Lippe einen größeren Anspruch aus dem Finanzausgleich hat.

1.2. März. (Preuß. Landtag) Innenetat.

Am zweiten Tag spricht Innenmin. Severing zum Etat: Er habe vergeblich eine großzügige Reform der Verwaltung gefordert. Auch seine Absicht, im Verordnungswege Ersparnisse zu erzielen, sei aussichtslos, da nicht einmal das Ztr. ihm ein Ermächtigungsges. bewilligen werde. Man werde

aber nicht darum herumkommen, organische Sparmaßnahmen zu ergreifen. Denn die Reparationslasten zwängen dazu. Auch der Landtag könnte sparen. Es liege nicht im Interesse des Parlaments, Anträge zu stellen, die große Mittel verlangten. Schließlich weist der Min. die Angriffe, die Abg. Baecker (Dnat. Vp.) gegen ihn wegen seiner Haltung im Ruhrkampf richtete, zurück und sagt: Wenn die preuß. Polizei seinerzeit nicht energisch gewissen rechtsgerichteten Organisationen zu Leibe gegangen wäre, so gäbe es heute keinen preuß. Staat mehr, sondern nur noch ein Chaos. Wenn die Pläne der Organisationen sich damals verwirklicht hätten, so wäre es nicht nur mit dem Rhein- und Ruhrkampf, sondern auch mit dem Leben der Bevölkerung aus gewesen.

2. März. (Leipzig) Besuch des Reichspräsidenten.

Bei seinem Empfang im Reichsgericht hält Reichspräsid. v. Hindenburg eine Ansprache, in der es u. a. heißt: „Gerechtigkeit ist Grundlage und Seele des Staates; je höher die Wogen politischer und wirtschaftlicher Kämpfe branden, um so fester muß das Fundament einer unparteilichen Justiz gegründet sein, die unberührt von der Leidenschaft jener Kämpfe, niemand zu Liebe, niemand zu Leide, Recht und Gesetz wahrt. Darum gilt es in unserer Zeit mehr als je, ein hochstehendes Richtertum zu erhalten und jede Antastung seiner Unabhängigkeit abzuwehren. Große Aufgaben harren auch weiterhin Ihrer: Wirtschaftliche und soziale Probleme stellen die Rechtsprechungen vor immer neue Aufgaben, und über die Grenzen des Reichs schlägt das Recht völkerverbindend neue Brücken."

In seiner Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters versichert Hindenburg, daß er als Eindruck seines Besuchs der Messe den Glauben an eine allmähliche, aber stetige Besserung der gesamten Wirtschaftslage mit zurücknehme. — Im Messeamt spricht im Auftrag des Reichspräsid. Reichswirtschaftsmin. Curtius, er erörtert dabei u. a. die umfassenden Maßnahmen des Staates zur Wirtschaftsförderung.

2. März. (Reichstag) Külz über den Ausbau der Verfassung.

Im Haushaltsausschuß hält Innenmin. Dr. Külz eine Rede, in der er auf die Frage der Verfassungsrevision eingeht: Die Verfassung hat zwei bestimmte Charakteristika: Einmal ist sie ein Staatsgrundgesetz und zweitens ein soziales, kulturelles und politisches Programm. Das Staatsgrundgesetz gibt eine bindende Norm, das Programm bedeutet nur eine Summe von Richtlinien. Ich kenne kein Staatsgrundgesetz und kein Programm von höherem ethischen Inhalt als die deutsche Verfassung; ich kenne auch kein Volk, das nach einer solchen Katastrophe und nach einer Revolution so schnell wieder zu einer inneren Konsolidierung und zur freudigen Bejahung des Staatswillens gelangte. Was die Abänderungsanträge zur Verfassung anlangt, so prüfe ich in erster Linie, ob sie einen Ausbau oder einen Abbau der Verfassung bezwecken. Ein Ausbau kann nur willkommen sein, dabei ist aber davon auszugehen, daß das einzige Fundament diese Verfassung bleiben muß. Ich bin mir der äußeren Schwäche der gegenwärtigen Reichsregg. wohl bewußt; es ist mir aber auch klar, daß die moralische Stärke jeder Regg. nicht so sehr in den nach Zahlen zu berechnenden Mengen ihrer Anhänger liegt, sondern in dem festen Willen zu praktischer, aufbauender Arbeit. Dann erörtert der Min. noch Einzelfragen. Die sofortige Abschaffung des Staatsgerichtshofs bezeichnet er als verfrüht. Zu den Klagen über eine Sabotage des Volksbegehrens bemerkt er: Es handelt sich hier um eine sich erstmalig vollziehende plebiszitäre Gesetzgebung. es fehlt also an Erfahrung, und es braucht nicht in

allen Fällen vermeintlicher Sabotage böser Wille zu walten. So unbequem auch einzelnen oder ganzen Parteien das Volksbegehren im Augenblick sein mag, so ist trotzdem unbedingt zu verlangen, daß keine Behörde der Durchführung des Volksentscheids Schwierigkeiten in den Weg legt. Im übrigen ist die Durchführung Sache der Länder. In der Förderung der Verbindungen mit dem Auslandsdeutschtum befürwortet Külz eine stärkere Zentralisierung. Hinsichtlich des Reichsschulgesetzes will er noch eine Klärung der verschiedenen Meinungen abwarten. Schließlich berührt der Min. den Kernpunkt seiner Beamtenpolitik: die Einstellung der Beamten zum Staat. Er selber denke nicht daran, seine frühere monarchische Gesinnung zu verleugnen oder sich dessen gar zu schämen. Er verlange das auch nicht von den Beamten. Er kenne in der Geschichte der jungen deutschen Republik an der Spitze des Reiches zwei verehrungswürdige Gestalten: die eine kam von links, die andere von rechts. Keine der beiden Persönlichkeiten habe auch nur einen Augenblick ihre Vergangenheit verleugnet. Aber jede von ihnen sei eine volle und hehre Verkörperung des Pflichtgefühls gegenüber dem Staat.

2. März. (Hamburg) Luthers Rede über das Programm für Genf.

Anläßlich seines Empfangs durch den Hamburger Senat hält Reichskanzler Dr. **Luther** eine Rede, in der er den Standpunkt der deutschen Regg. in der **Völkerbundsfrage** folgendermaßen darlegt: Im Herbst 1924 wurde der Reichstag aufgelöst, weil es nicht gelang, für die durch die Annahme der Dawesgesetze geschaffene innerpolitische Lage einen entsprechenden Ausdruck in der Zusammensetzung der Regg. zu finden. Durch die Locarno-Verhandlungen im Okt. 1925 sind in gleicher Weise große innenpolitische Erschütterungen entstanden, aus denen sich eine Umbildung der Regg. ergeben hat. Was wollen wir aus solchen Vorgängen für Folgerungen ziehen? Ich sehe darin eine doppelseitige Wirklichkeit. Einmal muß es aus der überaus harten Lage des deutschen Volkes verstanden werden, wenn die entscheidenden außenpolitischen Schritte bei uns nur nach Überwindung größter Hemmungen getan werden. Wie stark und weit sich trotzdem realpolitische Notwendigkeiten durchsetzen, hängt von den Führerkräften ab. Andererseits ergibt sich gerade aus dem geschilderten Vorgang der weitere Nachweis, daß mitten durch alle innenpolitischen Schwierigkeiten hindurch unsere außenpolitische Linie klar und geradlinig geblieben ist und bleibt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es nicht angeht, Außenpolitik zu treiben ohne Festhalten einer bestimmten Linie. Augenblickserfolge lassen sich vielleicht auch durch plötzliches Umschwenken erzielen. Auf die Dauer wird die internat. Handlungsfähigkeit nur dadurch erworben und festgehalten, daß auch die anderen Staaten die Sicherheit eines einheitlichen Handelns erkennen. In schweren Tagen ist wohl oft nicht mehr geleistet worden, als daß das Gefährt des Staates vor dem Sturz in den Abgrund bewahrt wurde, so wie es Goethe in dem bekannten Egmont-Wort ausspricht: „Nicht weiter! Wie von unsichtbaren Geistern gepeitscht, gehen die Sonnenpferde der Zeit mit unseres Schicksals leichtem Wagen durch; und uns bleibt nichts, als mutig gefaßt die Zügel festzuhalten, und bald rechts, bald links, vom Steine hier, vom Sturze da die Räder wegzulenken. Wohin es geht, wer weiß es?" Für die praktische Arbeit kann es nur die eine Losung geben: Verantwortlich und zielbewußt alles daranzusetzen, um die vorhandenen weltpolitischen Kräfte so zu nutzen, daß aus ihnen der möglichste Vorteil für das Vaterland entsteht! Auch

bei solchem grundsätzlichen Willen müssen die Tatsachen richtig eingeschätzt werden. Daß nach dem Kriege in beiden Lagern die Kräfte der reinen Gegensätzlichkeit sehr rege blieben, haben wir alle erlebt; ebenso, daß in den Siegerstaaten die Kräfte lebendig und vielfach am Werke blieben, die unter Festhaltung der Kriegsvorstellungen hofften, die unterlegenen Staaten dauernd zum Gegenstand willkürlicher Machtausbeutung machen zu können. Diese Stimmung, zumal in Frankreich, führte dann zu der großen Katastrophe des Ruhreinbruchs, die das ganze deutsche Volk in einheitlichem Nationalbewußtsein aufflammen ließ. Nachdem die Wege des Ruhreinbruchs sich als ungangbar erwiesen hatten, konnten auch außerhalb Deutschlands die Mächte die Oberhand gewinnen, die danach strebten, mit friedlichen Mitteln das durch den Krieg zerstörte Europa wieder aufzurichten. Die deutsche Politik ist seit Schluß des Weltkrieges aus den Voraussetzungen der Lage Deutschlands heraus diesen Weg gegangen, nunmehr konnte sie mit erhöhtem Nachdruck um die Erreichung einer Lösung ringen, die den wirklichen Frieden bedeutet. Ein solcher wirklicher Frieden ist nur möglich, wenn Deutschland seiner Größe und seiner inneren Bedeutung entsprechend wieder als Großmacht in den Kreis der Völker eintritt. Von der Erreichung des endgültigen Zieles sind wir noch sehr weit entfernt. Daß die gesamte Richtung der politischen Arbeit seit dem Ende des Ruhrkampfes nicht falsch war, ergibt sich aus dem tatsächlichen Ablauf der Dinge; ich meine die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftsfreiheit im besetzten Gebiet, die Beseitigung der künstlichen Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet, die Schließung des sog. Lochs im Westen, den Fortfall der Micum-Verträge, die das Letzte aus der deutschen Wirtschaft herauspreßten und den allmählichen Rückzug der Besatzung. Die Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft ist eben nur denkbar, wenn die großen nationalen Kräfte der einzelnen Völker nicht im Gegensatz zueinander, sondern in gleichberechtigter Zusammenarbeit entwickelt werden. Hier mußte die Arbeit der Staatsmänner einsetzen. Dieser Weg, den die deutsche Politik bewußt gegangen ist, hat im Zusammenwirken mit den Staatsmännern der anderen Länder schließlich zum Abschluß von Locarno geführt, den der Reichstag mit großer Mehrheit gutgeheißen hat. Ich weise nur immer wieder darauf hin, daß ich in Locarno die Schaffung einer auch für Deutschland vorteilhaften neuen Grundlage des politischen Europa sehe und daß gleichwohl durch Locarno in keiner Weise uns eine weltpolitische Option zwischen Ost und West auferlegt wird, die ich als unmöglich für Deutschland erachte. Der Locarnopakt wird erst wirksam durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die Reichsregg. hat deshalb den Aufnahmeantrag gestellt, nachdem der Anspruch auf Räumung der ersten Rheinlandzone endlich erfüllt war. Zunächst muß ich leider einen Umstand erwähnen, der alsbald nach der Absendung unseres Eintrittsgesuches hervorgetreten ist und der das ganze Werk von Locarno zu zerstören drohte. Bei allen Erörterungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war es für uns ganz selbstverständlich, daß vor unserem Eintritt irgendwelche bedeutungsvollen Änderungen innerhalb des Völkerbundes nicht mehr vorgenommen werden konnten. Ebenso selbstverständlich war von vornherein, daß der Eintritt Deutschlands nur dann erfolgen kann, wenn wir einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhalten. Dies ist von allen beteiligten Regg.en auch anerkannt worden. Alle Erwägungen in Deutschland über unseren Eintritt sind demnach von der Tatsache der jetzigen Organisation, besonders der jetzigen Zusammensetzung des Rats mit der einzigen Ergänzung ausge-

gangen, daß Deutschland einen ständigen Ratssitz sofort bei seinem Eintritt bekommen sollte. Deutschland will als Mitglied des Völkerbundes dem großen Gedanken der Völkerbundgemeinschaft dienstbar sein. Mit diesem Stand der Dinge ist es unvereinbar, wenn die Einräumung des ständigen Ratssitzes an Deutschland mit einer weiteren Änderung in der Zusammensetzung des Rats verbunden würde. Wer auf Grund bestimmter Abreden seine Aufnahme in eine Organisation beantragt, darf erwarten, diese Organisation bei seinem Eintritt in unveränderter Gestalt vorzufinden. Es ist neuerdings gesagt worden, daß die Erweiterung des Rates ein längst in Aussicht genommener Plan sei, zu dessen Verwirklichung der deutsche Antrag jetzt die passende Gelegenheit biete. Wäre dem so, dann wäre doch wohl das Gegebene gewesen, die deutsche Regg. bei den Verhandlungen des letzten Jahres hiervon zu verständigen. Von gleichem Schwergewicht aber ist für uns folgende Erwägung: Jede Meinungsäußerung über etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Rates oder in der Organisation des Völkerbundes würde Deutschland in eine völlig unmögliche Lage bringen. Um es kraß auszusprechen: Solange Deutschland noch nicht im Völkerbund ist, ist es überhaupt noch nicht zuständig, eine Meinung über etwaige künftige Veränderungen zu äußern. Erst wenn Deutschland Mitgl. des Rates ist und durch praktische Erfahrungen Einblick in die Einzelheiten des Völkerbundorganismus gewonnen hat, kann es in begründeter Weise zu etwaigen Anträgen Stellung nehmen, denn es muß doch daran festgehalten werden, daß es sich handeln soll um die Organisation und das Wohlergehen des Völkerbundes als solchen. Es ist für mich bei diesem Sachverhalt unfaßbar, daß man es durch Ablehnung unseres Standpunktes in der Frage der Ratssitze dahin kommen lassen könnte, daß die großen Ergebnisse der Politik des letzten Jahres noch im letzten Augenblick vernichtet würden. Deutschland steht mit seiner Auffassung nicht allein, das bestärkt meine Hoffnung. Ich spreche Deutschlands Stellungnahme hier mit aller Offenheit aus. Denn seit die Locarno-Verhandlungen begonnen haben, haben wir gesehen, welche Fortschritte erzielt werden können, wenn die politischen Fragen in Offenheit und Vertrauen behandelt werden. Die Stellungnahme Deutschlands zu der Einzelfrage einer Ergänzung des Rates entspricht völlig der Auffassung, durch die Deutschland überhaupt seine Arbeit im Völkerbundsrat leiten lassen will. Zwar habe ich in nüchterner Weise öfters ausgesprochen, daß Deutschland die Frage, ob es in den Völkerbund eintreten soll, einfach von der Entscheidung darüber abhängig machen muß, ob es glaubt, innerhalb oder außerhalb des Völkerbundes den deutschen Interessen besser dienen zu können. Wird die Frage des Eintritts aber bejaht, wie sie bejaht worden ist, so bedeutet das, daß Deutschland die großen Gedanken der Völkerbundsgemeinschaft sich zu eigen macht. Für seine besonderen Interessen erwartet Deutschland im Rahmen der Völkerbundsgemeinschaft in gleicher Weise Berücksichtigung und Verständnis, wie es sie selbst den Interessen der anderen Völker entgegenbringt. Wir sehen im Völkerbund eine Organisation, in der das Nebeneinander der verschiedenen Staatskräfte auf allen Gebieten, die sich dafür eignen, zu einem Miteinander gesteigert werden soll, von dem die Gesamtheit der Staaten und Völker Nutzen hat. Wir hoffen mit Bestimmtheit, daß die Wirkungsmöglichkeit des Völkerbundes durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erweitert und gestärkt wird. Wir wollen mit aller Kraft die Leistungsfähigkeit des Bundes erhöhen und seine großen Friedensgedanken entwickeln helfen. In diesem Sinne nehme ich das schöne Bild auf, das der

franz. Ministerpräsid. in seiner letzten Rede gebraucht hat, nämlich das Bild, daß wir in Locarno eine neue Sprache, die europäische Sprache, gesprochen haben... Für einen großen Teil des deutschen Volkes bedeutet der Eintritt in den Völkerbund die Erfüllung eines lange gehegten Wunsches, auf den große Hoffnungen gesetzt werden. Aber falls unser Eintritt nicht in letzter Stunde scheitert, ist auch für die anderen, die nur zögernd zugestimmt haben oder ihre Bedenken überhaupt nicht überwinden konnten, nunmehr die Stunde gekommen, sich positiv auf den Boden des Völkerbundes zu stellen. Wollen wir die gegebenen Möglichkeiten voll ausnutzen, so müssen wir dahin streben, daß ganz Deutschland geschlossen hinter unseren Vertretern im Völkerbund steht.

3.—6. März. (Reichstag) Wehr- und Marineetat; Winzernot.

Die Aussprache über den Reichswehretat in 2. Lesung eröffnet Abg. Graf von der Schulenburg (Dnat. Vp.), der u. a. den Wert der vaterländischen Verbände für die Erstarkung des Wehrwillens betont und anerkennt, daß die Führung der Reichswehr einen klaren, geraden und klugen Weg gegangen ist. Abg. Künstler (Soz.) bezeichnet es als geradezu aufreizend, daß der Etat des Reichsarbeitsministeriums nur etwa die Hälfte der Mittel des Wehrministeriums betrage. Leider sei auch heute noch nicht die Reichswehr zu einem republikanischen Instrument geworden. Die Soz. habe zu dem Reichswehrmin. kein Vertrauen und werde sein Gehalt ablehnen. Abg. Ersing (Ztr.) fordert die Entpolitisierung der Reichswehr, die in allen Teilen den Staat freudig bejahen solle. Abg. Brüninghaus (Dtsch. Vp.) anerkennt die Tätigkeit Geßlers und v. Seeckts. Abg. Schneller (Komm.) fordert an Stelle der Reichswehr eine Arbeiterwehr. Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vergg.) widerspricht der Kritik der Linken und sieht in den vaterländischen Verbänden keinerlei Gefahr, das Reichsbanner sei die einzige militaristische Organisation in Deutschland. Eine längere Rede hält dann Min. Dr. Geßler und hebt folgende Gesichtspunkte hervor: Der Wehretat hält sich völlig im Rahmen des Versailler Vertrags. Die angeforderten Mittel für Bauunterhaltung und für Ergänzung der Munitions- und Waffenbestände sind laut Zeugnis der Entente notwendig. Angesichts der Aufrüstung in der ganzen Welt muß Deutschland in seiner „unmöglichen Lage" für positive Abrüstung eintreten. Das jetzige System in Deutschland kann nur ein System des Übergangs sein. Das Heer hat natürlich im neuen Staat einen sehr weiten Weg, das Heer mit seiner großen Tradition, zumal das Offizierkorps, mußte diesem Staat zunächst mit größtem Mißtrauen gegenüberstehen. Aber auch das Offizierkorps wird mit der Zeit auf den Standpunkt kommen, daß nur auf dem Boden der Verfassung und der Republik eine Zukunft Deutschlands sichergestellt werden kann. Das junge Geschlecht wird in die jetzige Staatsform hineinwachsen. In den zahlreichen Verbänden steckt keine glückliche Entwicklung. Was die inneren Verhältnisse der Reichswehr betrifft, so sind große Schwierigkeiten vorhanden, z. B. durch das System der 12jährigen Dienstzeit, das an der großen Zahl der Selbstmorde schuld sein wird. Den Reichswehrangehörigen muß der Zutritt zu kameradschaftlichen Vereinigungen, sofern sie sich politisch betätigen, verboten werden. Im ganzen, die Reichswehr hat sich innerlich gefestigt zu einem Fundament des Staates, welches das Vertrauen des Volks verdient.

Am 4. werden die Anträge zur Not der Winzer erörtert. Abg. Haag (Dnat. Vp.) betont, daß deren Interessen bei allen Handelsverträgen

denen der Industrie geopfert worden seien, und fordert den Abbau der Weinsteuer. Reichsmin. Dr. Marx erklärt in Vertretung des Ernährungsmin.: Die Reichsregg. hat zur Förderung des Weinbaus im vergangenen J. den Ländern 30 Mill. RM. als Kredite zur Verfügung gestellt und noch kürzlich wurden ihnen aus dem Aufkommen an Weinsteuer 12 Mill. zur Weiterleitung an den deutschen Weinbau überwiesen. Die Regg. wird gemeinsam mit dem Reichstag auf eine Beseitigung der Notlage hinwirken.

Am 5. wird die Beratung des Wehretats zu Ende geführt; das Ministergehalt wird gegen die St. der Soz. und Komm. bewilligt.

Am 6. steht der Etat der Reichsmarine auf der Tagesordnung, auch an ihm hat der Ausschuß erhebliche Abstriche gemacht. Die Soz. beantragen, darüber hinaus sämtliche Forderungen für Schiffsneubauten zu streichen, die Abg. Kuhnt (Soz.) mit der großen Not begründet. Der Marineetat wird schließlich angenommen.

4. März. Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit Honduras.

4. März. (Berlin) Rede des Reichskanzlers über die deutsche Finanzpolitik.

Bei einem Verbandsabend des Presseverbands hält Reichskanzler Dr. Luther eine Rede, in der er einen Rückblick auf die deutsche Politik der letzten Jahre gibt, um daraus die politischen Folgerungen für die Gegenwart zu ziehen. Dabei kennzeichnet er die gerade und klare außenpolitische Linie in den letzten Jahren und die allgemeine grundsätzliche Innenpolitik auf Grund einer eingehenden Darstellung des Entwicklungsgangs der öffentlichen Finanzen, d. h. der finanziellen Selbstrettung des deutschen Volks: Diese Entwicklung zerfällt in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt läuft bis zur Annahme der Dawesgesetze, der zweite bis zum Abschluß der großen Finanz- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung des Sommers 1925 oder bis zur Erreichung der internationalen Lage im Zeichen von Locarno, im dritten steht man jetzt. Der dritte Abschnitt, der außenpolitisch durch die Verwirklichung der Locarnoverträge charakteriesiert ist, ist innenpolitisch beherrscht vom Entschluß zur zielbewußten Wirtschaftspolitik. Dann bespricht er die Richtlinien der neuen Finanzpolitik (vgl. Reichstag S. 37 ff., 44 f.) und betont, daß der ganze Steuersenkungsplan mit Bewußtsein auf die Karte einer Besserung der deutschen Wirtschaft gesetzt ist.

5. März. Abreise der deutschen Delegation nach Genf.

Näheres s. Abschnitt Völkerbund!

5. März. (Bayern) Finanzlage; Fürstenabfindung.

Im Haushaltsausschuß des Landtags teilt Finanzmin. Dr. Krausneck mit, daß die schwebende Schuld Bayerns zurzeit 79 Mill. RM. betrage.

Am gleichen Tage nimmt die bayer. Staatsregg. in einer offiziellen Erklärung zur Frage der Fürstenenteignung Stellung; unter entschiedener Ablehnung einer Enteignung der Fürstenvermögen betrachtet sie die Angelegenheit für Bayern als durch das in der vorgeschriebenen Rechtsform abgeschlossene Abk. zwischen dem Staate Bayern und dem Hause Wittelsbach als endgültig erledigt.

8./9. März. (Reichstag) Finanzetat.

Die 2. Lesung des Haushalts wird fortgesetzt beim Finanzetat; in der Debatte damit verbunden werden das Ges. über Steuermilderung zur

Erleichterung der Wirtschaftslage (vgl. S. 39) und zahlreiche Abänderungsanträge aller Parteien. Abg. Keil (Soz.) sieht zwar in der Steuerermäßigung die Gefahr eines dauernden Haushaltsdefizits, versagt ihr aber trotzdem die Zustimmung nicht. Im übrigen werde seine Partei auch weiterhin für eine soziale Besteuerung eintreten. Finanzmin. Dr. Reinhold erörtert nochmals den Sinn seines Steuersenkungsprogramms, die eingegangenen Anträge auf weitere Milderungen der Steuern lehnt er jedoch entschieden ab, da er berteis bis an die äußerste Grenze gegangen sei.

Am 9. wird die allgemeine Aussprache geschlossen und das Gehalt des Min. gegen die St. der Komm. bewilligt.

Im Haushaltsausschuß nimmt zum Wirtschaftsetat Minister Dr. Curtius das Wort; er verweist zunächst auf die Wirtschaftsenquete, dann auf die Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz und meint, die neue Entwicklung laufe — wenn auch nicht auf eine internationale Zollunion — aber vielleicht auf internationale Kartellvereinbarungen hinaus. Weiter befürwortet er die Rationalisierungstendenz in der Wirtschaft. Zur Kartellfrage kündigt er die Revision der Kartellordnung an.

9. März. Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit Guatemala.

10.—12. März. (Reichstag) Innenetat.

Reichsmin. des Innern Dr. Külz führt zum Etat im wesentlichen folgendes aus: Hinsichtlich einer Änderung der Verfassung ist festzuhalten, daß auch die deutsche Republik nach ihrer Verfassung ein Bundesstaat ist. Damit ist die Staatlichkeit der Länder grundsätzlich bejaht. Das Reich aber ist das alles umschließende Energiezentrum, der Garant der deutschen Leistungskraft auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Mehr als je tut uns jetzt eine stärkere Zusammenfassung aller Kräfte not. Von Bedeutung ist auch die Einheit der einzelnen Schichten. Darüber hinaus aber soll es heißen: Ich bin Deutscher und noch einmal Deutscher und immer noch einmal Deutscher, und dann erst bin ich Arbeiter oder Beamter oder Bauer.... Man vergißt oft, daß die neue Staatsform gekommen ist in der Zeit der tiefsten Not, und daß Anforderungen an das deutsche Parlament der Nachkriegszeit gestellt wurden, wie wohl noch an kein Parlament der Welt. Trotzdem müssen wir aber mit allen Mitteln dafür sorgen, daß der deutsche Parlamentarismus seine Kinderkrankheiten überwindet. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, steht in der Verfassung, und nicht von den Parteien. Parteitaktik darf nie das bestimmende Motiv des politischen Handelns sein, sondern allein die Verantwortlichkeit vor Volk und Vaterland. Zwischen den Abgg. und der Wählerschaft muß ein persönliches Vertrauensverhältnis bestehen. Bei der gegenwärtigen Listenwahl und bei der Größe der jetzigen Wahlkreise ist diese enge persönliche Fühlung nicht genügend gewährleistet. Die Regg. wird bestrebt sein, brauchbare gesetzgeberische Vorschläge zur Abstellung dieser Mängel zugehen zu lassen. Mit einer Reform des Wahlrechts allein ist aber nichts getan, letzten Endes kommt es darauf an, wie die Parteien und die Abgg. sich zu den praktischen Aufgaben der Gesetzgebung und des Staatslebens einstellen. Der stärkste Schaffensdrang einer Regg. würde auf Leerlauf gesetzt sein, wenn unkonsolidierte Parteiverhältnisse oder enge Parteirücksichten jeden Augenblick eine krisengeschwängerte Atmosphäre schaffen können. Ich glaube, das deutsche Volk hat das Gefühl, daß der Bedarf an

Regierungskrisen im allgemeinen gedeckt ist. (Lebh. Zustimmung.) Der Festigung der Staatsordnung und des Staatsgefüges muß auch die Tätigkeit der deutschen Beamtenschaft dienen. Jetzt ist die Zeit gekommen, die persönlichen, dienstlichen und materiellen Verhältnisse der Beamtenschaft auf eine gesicherte, der Eigenart der Beamtenstellung entsprechende, moderne Rechtsgrundlage zu stellen. Weiter muß Zusammenfassung und dadurch Vereinfachung des gesamten öffentlichen Verwaltungsbetriebes als Gebot der Stunde erfüllt werden.

Dann spricht der Min. noch über die Fragen der Kulturpolitik, über die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, die Pflege der Leibesübungen, die Frage des Reichsschulges., die Pflege der Kunst, der Wissenschaft und der Forschung und schließlich über die Aufrechterhaltung der kulturellen Verbindungen mit den deutschen Minderheiten.

Am 11. kommt es infolge scharfer Angriffe des Abg. Kube (Völk.) auf Külz zu einer sehr erregten Debatte, Min. Külz entgegnet: Kube hat den Geschmack gehabt, eine frühere Rede von mir vorzulesen. Seine Absicht war, meine Staatsgesinnung und meine derzeitige republikanische Gesinnung (Lebh. Zurufe: Derzeitige! — Große Heiterkeit) herabzusetzen. Ich habe mich nie meiner früheren monarchischen Gesinnung geschämt und habe sie auch nie verleugnet: Wir mußten uns aber von der Monarchie abwenden und zur Republik bekennen, ob wir wollten oder nicht. Wenn ein Kaiser, der von Millionen Deutschen verlangt, daß sie ihr Leben einsetzen, am ersten Tage, wo von ihm selbst ein solches Einsetzen verlangt wird, nach Holland geflohen ist, dann war die Monarchie nicht zu halten. Bei diesen Worten setzt auf der Rechten ungeheurer Lärm ein, worauf die Linke mit stürmischem Beifall und Händeklatschen antwortet. Der Minister spricht weiter, aber seine Worte gehen in dem allgemeinen Tumult verloren. Die gesamte Dnat. Frakt. verläßt unter stürmischen Rufen auf der Linken den Sitzungssaal. Der Minister setzt dann seine Rede fort. Das neue Wahlgesetz und das Schulgesetz werde er nicht eher einbringen, als er die politischen und parlamentarischen Möglichkeiten vollkommen erkannt habe.

Am 12. wird die allgemeine Beratung zu Ende geführt und das Gehalt des Ministers bewilligt.

12. März. (Preuß. Landtag) Haushalt des Staatsministeriums.

Im Hauptausschuß ergreift Ministerpräsid. Braun zum Haushalt des Staatsministeriums das Wort, er nimmt die Führung der neuen 27. Reichsratsstimme (s. S. 50) für die Staatsregg. in Anspruch und bekämpft den GE. betr. gemeinsame Stimmabgabe Preußens im Reichsrat (vgl. S. 8), weil die Durchführung dieses Ges. die praktische Verantwortlichkeit des Ministerpräsid. für die Führung der gesamten preuß. Politik illusorisch machen müsse. Dann gibt er Auskunft über die Frage der „Dtsch. Allg. Ztg.“: Um den Druck des Reichs- und Staatsanzeigers sicherzustellen, habe die Regg. anläßlich der Liquidierung der Stinnesmasse die Aktien der Nordd. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. G. erworben und damit — als nebensächlich — die „Dtsch. Allg. Ztg.“. Mit dieser selbst habe die Regg. nichts zu tun. Die Ztg. werde vielmehr bald an einen neuen Eigentümer übergehen. Weiter kommt der Ministerpräsid. auch auf die Anschlußbestrebungen kleiner deutscher Länder an Preußen zu sprechen und erklärt, daß Preußen nur dann darüber Verhandlungen erwünscht sein könnten, wenn auf der anderen Seite die klare Erkenntnis bestehe, daß der Anschluß im eigenen Interesse des betreffenden Landes

liege. Die wirtschaftliche Not der Zeit werde möglicherweise derartige Bestrebungen in den nächsten Jahren noch verstärken. Ihm, der als Unitarier die Ansicht vertrete, nur über ein starkes Preußen führe der Weg zum Einheitsstaat, sei diese Entwicklung sympathisch. Zur Siedlungsfrage erklärt Braun, daß die Regg. das Eingreifen einer neu zu errichtenden Siedlungsbehörde des Reiches in preuß. Siedlungsarbeiten entschieden ablehne. Preußen brauche für seine Siedlungszwecke keine neue Behörden, die nur eine unnötige Komplizierung bedeuten würden, sondern lediglich größere Mittel. Abg. Heß (Ztr.) kritisiert die unitarische Einstellung des Ministerpräsid. Schließlich wird der Etat genehmigt und der Antrag der Dtsch. Vp. auf Einrichtung einer preuß. Vertretung in Hamburg angenommen.

12. März. (Mecklenburg-Schwerin) Etat; Anschlußfrage.

Der Landtag verabschiedet gegen die St. der Soz. u. Komm. den Etat für 1926. Der Antrag der Soz. P., die Frage des Anschlusses Mecklenburgs an Preußen solle von der Staatsregg. auf seine finanziellen Vorteile geprüft werden, wird mit den St. der Linken und der Völk. bei Stimmenthaltung der Dem. angenommen.

17. März. Aufschub der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. (Näh. s. Völkerbund!)

17.—20. März. (Reichstag) Etatsberatung; Inneres und Wirtschaft.

In den Sitzungen am 17. und 18. wird die Einzelberatung des Innenetats erledigt. Das vom Abg. Graf Westarp (Dnat. Vp.) eingebrachte Mißtrauensvotum gegen Külz wird mit 252 gegen 97 St. (Dnat. Vp. und Völk.) bei 41 Stimmenthaltungen abgelehnt. Abgelehnt werden auch Anträge der Rechten auf Einsetzung eines Ausschusses zur Überprüfung der Verfassung; ein Antrag der Soz. auf Vorlegung eines Ausführungsges. zu Art. 48 der Reichsverfassung wird angenommen.

Am 19. wird der Antrag der Regierungsparteien auf Aussetzung der Verkündung des vom Reichstag beschlossenen GE. zur Vereinfachung des Militärstrafrechts (wegen des Duellparagraphen) gegen die St. der Soz. und Dem. angenommen. — Es folgt die Lesung des Pensionsfonds und sodann des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums, zu dem Wirtschaftsmin. Dr. Curtius das Wort nimmt: Heute deckt der Ausfuhrüberschuß an fertigen Waren in Höhe von 4,6 Milliarden nur den Einfuhrüberschuß an Rohstoffen und halbfertigen Waren. Dem Einfuhrüberschuß an Lebensmitteln und Getränken einschließlich lebender Tiere in Höhe von rund 3,6 Milliarden steht in der Handelsbilanz des Jahres 1925 kein Aktivposten zum Ausgleich gegenüber. Diese Passivität der Handelsbilanz haben wir hauptsächlich durch Aufnahme gewaltiger Auslandskredite und -anleihen und nur zum kleinen Teil aus Aktivposten der Zahlungsbilanz, wie die ausländischen Einnahmen der deutschen Seeschiffahrt, der Banken und Versicherungsgesellschaften gedeckt. Kein Zweifel, daß sich bei Fortdauer dieses Zustandes schwere Gefahren für die Erhaltung der Substanz der deutschen Wirtschaft einstellen müssen. Der Umschwung zur Aktivität der Handelsbilanz im Jan. und Febr. ist auf große Voreindeckungen vor dem Inkrafttreten der neuen Zölle, auf Einwirkung der Zölle selbst, auf die gute Ernte des Jahres 1925, leider aber mehr noch auf das Schwinden der Kaufkraft und die akute Krise der

deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Die beherrschende Tatsache ist die ungeheure Belastung der ungedeckten Lebensmitteleinfuhr. Realpolitisch ist aber trotz aller Unterstützung der Landwirtschaft weder in der Gegenwart noch in der nächsten Zukunft damit zu rechnen, daß wir uns aus der eigenen Scholle vollständig ernähren können. Der Existenzkampf zwingt uns, auch ohne jede Rücksicht auf den Dawesplan, die Ausfuhr zu steigern, in der festen Überzeugung, daß eine Erweiterung des ausländischen Absatzmarktes rückwirkend eine Besserung des gesamten Inlandmarktes zur Folge haben wird. In unserer Handelsvertragspolitik ist leitender Gedanke die Durchsetzung des Grundsatzes der Meistbegünstigung. Ein Abweichen von dieser Linie der Meistbegünstigung, die durch Tarifabreden inhaltlich ausgebaut werden muß, würde ein Experiment bedeuten, das ernste Gefahr für den Ausbau unserer Stellung in der Weltwirtschaft heraufbeschwören könnte. Die tatkräftige Verfolgung dieser Handelsvertragspolitik ist auch durch den Währungsverfall in anderen Staaten erheblich verzögert und gestört und unser gesamter Innen- und Außenhandel durch das Valutadumping geschädigt worden. Hiergegen durchgreifende Abhilfe zu schaffen, liegt außerhalb der Einwirkung der Handelspolitik eines einzelnen Landes. Es dürfte eine der dankbarsten Aufgaben für die kommende Weltwirtschaftskonferenz sein, dieses Problem zu lösen. Speziell für das deutsch-franz. Wirtschaftsverhältnis müssen, wenn wir zum Abschluß eines Handelsvertrages gelangen, Bestimmungen getroffen werden, die Deutschlands wirtschaftliche Lebensinteressen auch dann sichern, wenn eine starke Schädigung durch weiteres Sinken der franz. Währung eintreten sollte. Das Zustandekommen einer internat. Eisenwirtschaftsverständigung hält die Regg. für erwünscht. Die Entwicklung unserer Handelsbeziehungen zu England verfolgt die Regg. mit großer Sorge. In immer zunehmendem Maße geht die engl. Regg. zum Zollschutz ihrer eigenen Wirtschaft über. Wir müssen mit allem Nachdruck betonen, daß wir nicht gewillt sind, eine Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Beziehungen hinzunehmen, welche die von uns den Engländern gewährte Meistbegünstigung immer wertvoller macht, während die uns gegebenen Vorteile auf dem englischen Markte in immer größerem Maße unterhöhlt werden. Ich erkläre, daß wir unter Umständen zu einer ähnlich beweglichen Politik überzugehen gezwungen sind, wie sie die Engländer einzuschlagen für gut befunden haben. Die engl. Handelspolitik läßt außerdem bei Hemmung der deutschen Ausfuhr den Grundgedanken des Dawesplanes außer acht, nach welchem die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen Deutschland nur durch Exportüberschuß möglich sei. In seinem Bericht vom 30. Nov. 1925 hat der Generalagent für Reparationszahlungen sehr ernste Ausführungen an die Adresse der Gläubigerstaaten mit Bezug auf ihre widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik gerichtet, damit die Gläubigerländer die deutsche Ausfuhr bereitwilliger als bisher aufnehmen. Geschieht das nicht, so wird eine der nach dem Plan selbst grundlegenden Voraussetzungen für die Erfüllung des Plans wegfallen. Daß die Reichsregg. grundsätzlich bestrebt sei, die mit dem Londoner Abk. übernommenen Verpflichtungen loyal durchzuführen, ist bekannt. Dabei hat sie selbstverständlich die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Durchführung des Planes nicht Unmögliches erfordert und sich nicht von dessen Grundlagen entfernt. Zu diesen Grundlagen gehört die Aufrechterhaltung einer angemessenen Lebenshaltung, ein erträglicher Steuerdruck und die Garantierung der Mindestbedürfnisse für innere Ausgaben. Die bisherigen Erfahrungen reichen noch nicht aus, um zu einem abschließenden Urteil

darüber zu gelangen, wie stark der Druck sein wird, den die Auswirkung auf die deutsche Wirtschaftslage üben kann, wenn er erst in vollem Umfange wirksam sein wird. Eine unmittelbare Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch seine Durchführung ist bisher nicht festzustellen. Dennoch kann man sich großer Sorge wegen einer Beeinflussung unserer Sozialpolitik nicht entschlagen, Sorgen, die auch durch gewisse Ausführungen des Reparationsagenten selbst geweckt werden. Wenn der Reparationsagent auf die weitgehenden Befugnisse des Übertragungskomitees hinweist und feststellt, daß es sich in immer stärkerem Maße zur Geltung bringen werde, um eine günstige Handelsbilanz zu schaffen und dadurch fortgesetzte Übertragungen möglich zu machen, so muß von unserer Seite entschieden betont werden, daß wir einen solchen Druck nur bis zu der Grenze ertragen wollen und können, wo eine Verelendung des deutschen Volkes beginnen würde. Ihre Einhaltung ist ausschlaggebend nicht nur für unsere Existenzgrundlagen, sondern auch für die Gestaltung der Lebensverhältnisse in den mit uns konkurrierenden Ländern. Dann erörtert der Min. die Fragen der Binnenwirtschaft, besonders die Krise im Ruhrkohlenbergbau, die verursacht ist durch die bekannte Subventionierung der engl. Regg. und erklärt: Wir können nicht mit ansehen, daß die deutsche Kohle durch Maßnahmen anderer Staaten auf dem Weltmarkt Einbußen erleidet, die zum Stillstand leistungsfähiger Werke führen und bei einer dereinstigen internat. Einigung über den Absatz den deutschen Bergbau in ungerechtfertigter Weise benachteiligen. Weiter weist der Min. die gegen die Reichsbank gerichteten Vorwürfe zurück und verteidigt die Kreditrestriktionspolitik derselben. Schließlich schildert er den Umstellungsprozeß, den die deutsche Wirtschaft durchmacht, der im Zeichen der Rationalisierung und der Konzentration stehe. Was die Arbeitslosenfrage anlange, so sei an eine großzügige Siedlung, Verpflanzung von Arbeitskräften auf das Land, zu denken. Die beste Hilfe könne der Staat der Wirtschaft dadurch leihen, daß er selbst rationalisiere und die angekündigte Verwaltungsreform fest entschlossen in die Tat umsetze. Und unter dem Gesichtspunkt des Zusammenwirkens von Staat und Wirtschaft müsse die letztere beteiligt werden an der Gesetzgebung, an der Rechtspflege und an der Verwaltung. Er verweise auf die GE. für den endgültigen Reichswirtschaftsrat, über die Errichtung von Verwaltungssenaten beim Reichsgericht, auf die Kartellgesetzgebung und auf die Organisation des Reichswirtschaftsministeriums, auf dessen Verwaltung die Wirtschaft selbst Einfluß habe.

In der Debatte bekämpft Abg. Simon-Franken (Soz.) die Zollpolitik, besonders die Eisenzölle im Interesse der Schwerindustrie. Abg. v. Stauffenberg (Dnat. Vp.) befürwortet vor allem eine energische Abdrosselung der Einfuhr überflüssiger Waren aus dem Ausland. Abg. Meyer-Berlin (Dem.) kritisiert die verfehlte Wirtschaftspolitik der früheren Regg. und fordert ein einheitliches Programm zur Behebung der Krise. Bei der Rationalisierung müsse die Wirtschaft selbst die Hauptarbeit leisten, denn Reinigungsprozesse dürfe man nicht mit Staatshilfe künstlich aufhalten. Der kleine Zolltarif habe sich nicht bewährt und bedürfe einer schleunigen Revision. Schließlich möge die Regg. in ihrem Kampf gegen Kartellauswüchse die gefährlichen monopolistischen Bestrebungen der Landbundgenossenschaften nicht übersehen. Abg. Dr. Dessauer (Ztr.) erwartet die Heilung der Krise durch verständnisvolles Zusammenwirken aller Glieder der Weltwirtschaft. — Die Beratung wird am 20. zu Ende geführt. Min. Curtius erwidert auf die Kritik und lehnt dabei die angeregte Erhöhung der Agrarzölle ab.

20. März. (Preuß. Landtag) Völkerbundsfrage.

Mit der 2. Lesung des Haushalts für das Staatsmin. und den Ministerpräsid. wird die Beratung einer großen Anfrage der Dnat. Vp. über die Rückwirkungen von Locarno verbunden. Nach dem Abg. Leid (Soz.), der für die Locarno- und Völkerbundspolitik eintritt, gibt Abg. Winckler (Dnat. Vp.) eine formulierte Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Hätten wir eine Regg. in Preußen, die keine reine Parteiregg. ist, so dürften wir erwarten, daß sie als Vertreterin des größten deutschen Landes in einer derartigen Krisis ihren ganzen Einfluß im Reiche dahin ausüben würde, daß das Aufnahmegesuch beim Völkerbund so schnell wie möglich zurückgenommen wird. Dieses Vertrauen haben wir zu der Regg. nicht, ich bitte, diese Erklärung als besondere Form des Mißtrauensvotums anzusehen. Die Zurücknahme des Aufnahmegesuches hätte schon in Genf erfolgen sollen, als unsere Vertreter sahen, daß der Zweck des ganzen Ränkespiels war, eine Form zu finden, wie man Polen als Gegengewicht gegen Deutschland in den Völkerbundsrat hineinbugsieren könnte. Eine derartige sofortige Zurücknahme wäre der einzig würdige Weg gewesen, um aus der Tragikomödie von Genf herauszukommen. Unsere Vertreter, die zehn Tage lang mit dem Hute in der Hand im Vorzimmer gestanden haben, hätten sich überzeugen können, wie der Geist von Locarno jetzt aussehe. In Locarno selbst haben ihre Partner sich hinter ihrem Rücken bereits Versprechungen gegeben, um Deutschlands Eintritt für Deutschland zu entwerten. Der Redner erinnert an die Stimmen in Amerika, die das ganze Locarno-Werk einen Stoß in das Herz Deutschlands genannt haben. Die Min., die die Opposition in ihrer Heimat scheuten, trafen ein gemeinsames Sicherheitsabkommen, um ihren Parlamenten gegenüber das Gesicht wahren zu können. Wir aber erhoben den schwersten Vorwurf gegen unsere Vertreter gerade wegen dieses Abkommens. Schienen sie doch offenbar wieder eigenmächtige Bindungen eingegangen zu sein, nachdem sie durch das eigenmächtige Eingehen auf die Verhandlungen hinter dem Rücken ihrer Ministerkollegen durch die Zustimmung zum Locarnovertrag das ganze Unheil heraufbeschworen hatten. Und der Erfolg: Rußland abgestoßen, Italien unser Feind, Spanien verstimmt, die Beziehungen zu Südamerika gefährdet, wir selbst hineingezogen in das Widerspiel zwischen England und Frankreich, die sich bisher jedesmal auf Kosten Deutschlands von Fall zu Fall verständigt haben und in Zukunft das erst recht auf unsere Kosten tun werden. Wir haben die schwersten Befürchtungen an die Locarnopolitik geknüpft, aber die ausschweifendste Phantasie hätte nicht ein Bild eines solchen Zusammenbruchs sich ausmalen können, wie wir es jetzt vor Augen haben. Die Abgg. Grebe (Ztr.) und Leidig (Dtsch. Vp.) und Nuschke (Dem.) weisen diese scharfen Angriffe zurück.

22./23. März. (Reichstag) Die Völkerbundsfrage.

Auf der Tagesordnung stehen die Haushalte des Reichskanzlers und des Ausw. Amts sowie 5 Interpellationen und 15 Anträge, darunter die Anträge der Dnat. Vp., der Völk. und Komm. auf Zurückziehung des Aufnahmegesuchs für den Völkerbund. Nach dem Berichterstatter Abg. Hoetzsch (Dnat. Vp.) nimmt Außenmin. Dr. Stresemann das Wort zur Rechtfertigung der Genf-Politik. Einleitend gibt er einen geschichtlichen Überblick über die Vorgeschichte (vgl. GK. 1924 und 1925), die zeige, daß sich Deutschland nicht zur Aufnahme in den Völkerbund gedrängt habe. Weiter nimmt er Bezug auf die Sitzung des Ausw. Ausschusses vom 19. Febr. (s. S. 47) und die Hamburger Rede des Reichskanzlers

(s. S. 53 ff.). Dann kennzeichnet er die Situation beim Eintreffen der deutschen Delegation in Genf: Die Völkerbundsversammlung stand allgemein unter dem Eindruck, daß die Aufnahme Deutschlands das einzige Ziel der Versammlung sei. Gegen die Zustimmung zu den Ansprüchen Spaniens, Brasiliens und Polens zeigte sich starker Widerstand. Am stärksten schien der Widerstand in der öffentlichen Meinung Englands selbst zu sein. Die schwed. Regg. hat der deutschen und anderen Regg.en offiziell mitgeteilt, daß sie gegen jede Vermehrung der ständigen Ratssitze stimmen würde, auch wenn sie mit ihrem Nein allein bliebe. Es war weiter die Tendenz der engl. Politik erkennbar, alles zu tun, um die Aufnahme Deutschlands zu erreichen. Aus alle dem konnte die deutsche Delegation schließen, daß die tatsächliche Entscheidung im Völkerbundsrat gegen eine Änderung der Konstruktion des Rats gefallen sei. Die deutsche Regg. hat ihrerseits von Anfang an alles getan, um ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Noch vor der Völkerbundstagung hat die erste — von Chamberlain angeregte — vielleicht entscheidende Besprechung unter den am Rheinlandpakt beteiligten Mächten stattgefunden. Bei diesen Verhandlungen war die Situation dadurch erschwert, daß, für die Öffentlichkeit unerwartet, am Sonnabend das Kabinett Briand gestürzt worden war. Ich habe deutsche Stimmen gehört, daß dieser Sturz des Kabinetts Briand ein Manöver gewesen wäre zur Erschwerung der deutschen Stellung in Genf. Diese Ansicht, die an sich schon politisch völlig abwegig ist, wird von niemand ernst genommen werden, der das Wirken des franz. Ministerpräsid. in Genf selbst erlebt hat. In der Diskussion zwischen den Rheinlandpakt-Mächten an jenem Sonntag ist der deutsche Standpunkt mit aller Entschiedenheit vertreten worden, daß eine Vermehrung der ständigen Ratssitze im Zusammenhang mit der Aufnahme Deutschlands bei dieser Tagung in Genf die Zurücknahme des deutschen Aufnahmegesuches in sich tragen würde. Von der Gegenseite ist betont worden, daß schon früher geltend gemachte Ansprüche, z. B. Spaniens und Brasiliens, auf ständige Ratssitze dahin beantwortet worden wären, daß die Zeit für diese Ansprüche gekommen sei, wenn eine Großmacht mit einem ständigen Sitz in den Rat eintrete. Daher lebten diese Ansprüche jetzt sozusagen naturgemäß auf. Meine Herren, diese Begründung konnte aber unmöglich auf Polen Anwendung finden; denn von irgendeinem früher bekannt gewordenen Anspruch Polens auf einen ständigen Sitz konnte wohl um so weniger die Rede sein, als Polen ja nicht einmal vermochte, bei seinem Anspruch auf einen nichtständigen Sitz die notwendige Mehrheit im Völkerbund selbst zu erhalten. Und was eine Zusage an andere Staaten anlangt, so konnte sich doch naturgemäß eine derartige Wendung nur beziehen auf den Termin einer ord. Sitzung des Völkerbunds, in der die Frage der Zusammensetzung des Rats in seiner Gesamtheit auf der Tagesordnung stand. Im übrigen darf ich wohl sagen: Bei der Beantwortung jenes deutschen Schreibens wäre doch der Augenblick gewesen, wo diese Ansprüche der anderen Mächte uns mitgeteilt werden mußten. Aber wir haben die ganze Frage von vornherein unter einem anderen Gesichtspunkt behandelt als unter dem, ob diese oder jene Macht jetzt daran sei, einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu erhalten. Man hat uns gesagt, daß es der Wunsch weiter Kreise des Völkerbundes sei, eine Vergrößerung des Rates herbeizuführen. Man wies darauf hin, daß die Zahl der Staaten im Völkerbund doch seit 1919 beträchtlich gewachsen sei. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß wir nicht prinzipiell ablehnend Stellung nehmen, daß aber eine Weltorganisation, die ihre Ver-

fassung ändere, doch das nicht tun könne auf Grund irgendwelcher Versprechungen, die diesem oder jenem gegeben seien, sondern doch nur, nachdem sie die grundsätzliche Frage dieser Verfassungsänderung vorher mit der erforderlichen Gründlichkeit behandelt hätte. Deshalb haben wir folgende Fragen aufgeworfen: 1. Soll eine Maximalgrenze für die Gesamtheit der Sitze im Völkerbundsrat festgesetzt werden, d. h. soll Klarheit darüber geschaffen werden, aus wieviel Mitgliedern der Rat bestehen soll? Denn erst dann kann man doch dazu Stellung nehmen, wer in ihn hinein soll. 2. Soll das Verhältnis der ständigen Sitze zu den nichtständigen Sitzen geregelt werden? Jede Vermehrung der ständigen Sitze ist natürlich eine Vermehrung der bleibenden Mächte gegenüber dem wechselnden Einfluß der kleinen. 3. Sollen Bestimmungen für die Art und Weise der Wahl der ständigen Ratsmitglieder getroffen werden? Soll der bisherige Modus beibehalten oder geändert werden? 4. Ist es beabsichtigt, für die nichtständigen Sitze einen Turnus einzuführen? Oder soll die Möglichkeit bestehen, daß ein Staat auch einen nichtständigen Sitz dauernd behält? 5. Soll es möglich sein, daß sich Gruppen im Völkerbund zusammenschließen, die als Gruppen eine Vertretung haben oder soll die Vertretung im Rat lediglich die freie, von keiner Gruppenbildung beeinflußte Vertretung des einzelnen Staates sein? Erst wenn alle diese Fragen grundsätzlich geregelt worden waren, konnten wir zu der Frage Stellung nehmen, welche Mächte bei einer Vermehrung des Rates nach diesen oder jenen Grundsätzen in Betracht kamen. Wir konnten aber auch nicht von außen her, ohne Mitglied des Völkerbundes zu sein, zu all diesen Gedanken Stellung nehmen. Dann wendet sich der Min. gegen die in Deutschland geübte Kritik an dem Verhalten in Genf und erklärte u. a.: Von dem Abg. Winckler (s. S. 63) wurde im preuß. Landtag darauf hingewiesen, daß sich jetzt die Beziehungen zu Brasilien, Spanien u. a. Staaten verschlechtert hätten. Eine Kritik an dem negativen Ausgang könnte in diesem Zusammenhang aber doch nur jemand üben, der für den bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gewesen ist. Ich weise ferner die Kritik an unserem Vorschlag zurück, eine Komm. zu bilden, die die grundsätzlichen Fragen der Vermehrung des Völkerbundsrats prüfen sollte. Dieser Vorschlag stand durchaus im Zusammenhang mit den Richtlinien die die deutsche Delegation mit nach Genf nahm. Wir hatten aber noch einen zweiten Beweggrund, wir mußten zum Ausdruck bringen, daß Deutschlands Prinzip nicht war, wenn es im Völkerbund drin saß, dann die Tür gegen jeden anderen Staat, der etwa noch in den Rat hinein wollte, zuzuschlagen, daß unsere Stellung anderen Staaten gegenüber nicht gebunden war. Es hat in der deutschen Öffentlichkeit auch den Anschein erweckt, als wenn manche Kreise etwas hochmütig auf jene Staaten herabsehen, die in anderen Erdteilen liegen und mit unserer Zivilisation wenig bekannt sind. Das halte ich aber für einen großen außenpolitischen Fehler. Aus dieser falschen Einstellung heraus ist man m. E. vor dem Kriege auch zu einer falschen Beurteilung der Balkanstaaten gelangt. Es durfte nicht der Eindruck erweckt werden, als ob der Völkerbund eine europäische Angelegenheit sei, in der europäische Mächte sich die Herrschaft über andere Länder anmaßten. Der Völkerbund muß in seiner wahren Gestalt ein Weltvölkerbund sein, und der Anspruch großer Kontinente, in ihm zur Mitarbeit vertreten zu sein, wird von Deutschland am allerwenigsten bestritten, sei es, daß es sich um Amerika oder andere Mächte handelt. Wenn wir nicht von vornherein zum Ausdruck gebracht hätten, daß unser Widerspruch kein prinzipieller war, so würde die Weltöffentlichkeit sich viel

härter gegen uns eingestellt haben, während man so einst sagen kann, daß der überwiegende Teil der Weltöffentlichkeit volles Verständnis für den Standpunkt Deutschlands bewiesen hat. Ich mache diese Ausführungen speziell aus dem Grunde, weil sich während der Verhandlungen in Genf zeigte, daß alsbald auch von anderen Ländern Ansprüche geltend gemacht wurden. Belgien verlangte einen ständigen Sitz. China erklärte, daß es als ein 450=Mill.=Volk seinen Anspruch prinzipiell erheben müsse. Nachdem wir erklärt hatten, daß wir außerstande wären, irgendwie den Standpunkt zu akzeptieren, daß schon jetzt eine Vermehrung der Zahl der Ratssitze stattfände, wurde Englands Stellung dahin präzisiert, daß, wenn Deutschland auf seinem Standpunkt beharre, England bereit sei, gegen Spanien, Brasilien und Polen und für Deutschland zu stimmen. Im übrigen haben Chamberlain und Briand in jener ersten Sonntagsbesprechung erklärt, daß irgendeine Verpflichtung verfassungsmäßiger Organe ihrer Länder gegenüber irgendeinem Lande nicht bestände. Damit war — und zugleich mit der Ablehnung weiterer ständiger Ratssitze — der deutsche Standpunkt in dieser Frage vollständig durchgedrungen. Es kam die zweite Phase der Verhandlungen. Man erklärte uns — natürlich als ganz große Konzession —, von jeder ständigen Vermehrung der Ratssitze außer dem deutschen abzusehen, aber es wurde uns ein Vorschlag überreicht, der aus jener allgemeinen Einstellung des Völkerbundes heraus eingegeben war, gegen die wir schwer prinzipiell Sturm laufen konnten. Der Vorschlag ging dahin: Deutschland erhält seinen ständigen Ratssitz im Völkerbund, aber es wird die Schaffung einer neuen Konstruktion des Rates erwogen in dem Sinne, daß die nichtständigen Sitze vermehrt werden. Dabei erklärten Frankreich und England, sie würden sich, wenn dieser Vorschlag angenommen würde, mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß Polen einen neuen Sitz erhalte. Diesen Vorschlag prinzipiell zu bekämpfen war schwer. Hier liegt die endgültige Entscheidung beim Völkerbund selbst. Als Polen das letztemal kandidierte, erhielt sein Vorschlag nur 14 von 48 St. Irgendeine Sicherheit für den Ausgang war also nicht gegeben. Der Vorschlag war ausgegangen von dem Gesichtspunkt der Herstellung des Gleichgewichts zwischen ständigen und nichtständigen Mitgl. Deutschland erhalte durch den ständigen Sitz Einfluß, die Stellung der Großmächte werde dadurch verstärkt. Was sei verständlicher, als daß diejenigen Mächte, die nicht über einen ständigen Sitz verfügten, ihrerseits eine neue Vertretung erhalten wollten? Wir haben uns eine kurze Bedenkzeit ausgebeten und uns dann auch für die Ablehnung dieses Vorschlages entschieden. Dabei war für uns nicht maßgebend die Frage, ob Polen als solches den neuen nichtständigen Sitz erhalten sollte; das muß ich hier offen sagen. Es ist eine Unmöglichkeit, irgendwie vorweg das kritisieren zu wollen, was die Mehrheit eines Gremiums, in das man eintritt, bei irgendeiner Gelegenheit einmal entscheiden wird. Außerdem war unser Standpunkt überhaupt nicht gegen eine bestimmte Macht gerichtet, sondern gegen das Prinzip der Erweiterung vor dem Eintritt Deutschlands. Hätten wir eine Änderung der Konstruktion des Völkerbundsrates akzeptiert, dann wäre auch unser Standpunkt in bezug auf die ständigen Sitze erschüttert, und wir hätten unsere grundsätzliche Einstellung aufgegeben, mit der wir nach Genf gekommen waren. Das gab einen Umschlag in der Stimmung der Öffentlichkeit. Eine sehr starke Änderung der Stimmung trat ein auch in der engl. und in der amerik. Presse. Demgegenüber haben wir unseren gesamten Standpunkt: Ablehnung einer vorherigen konstruktiven Änderung, prinzipielle Bereitschaft später mitzuarbeiten, noch einmal

dargelegt. Tatsächlich fiel mit dieser Ablehnung auch der Vorschlag der Gegenseite. Jede konstruktive Änderung war damit erledigt. Was in dieser Situation zu Vorwürfen veranlaßt hat, das war der fortgesetzte Versuch, in dieser Frage die ganze Verantwortlichkeit auf Deutschland abzuwälzen. Es war bekannt, daß Schweden mit uns übereinstimmte. Der Völkerbund bedurfte aber der Einstimmigkeit. Es war deshalb das Gegebene, sich erst zu vergewissern, ob überhaupt die Einstimmigkeit zustande kam und dann erst an Deutschland heranzutreten, anstatt so zu tun, als ob Deutschland der Vormund Schwedens wäre. Die Auffassung Schwedens in dieser Frage ist von Anfang an eine völlig selbständige gewesen. Es hat uns selbstverständlich fern gelegen, irgendwie in Schwedens Entschließungen einzutreten. Der deutsche Standpunkt war damit in allen Fällen durchgedrungen, und in jener Zeit hat ein rechtsstehendes Blatt in Berlin den Artikel geschrieben, der doch wohl eine Warnung war, in dem es hieß, man könne sich auch totsiegen. Es war damals in Genf die allgemeine Auffassung: Deutschland hat jetzt seinen Standpunkt in 100 Prozent durchgesetzt, es sollte Verständnis haben und irgendeine schöne Geste machen. In beiden Fällen haben wir den grundsätzlichen Standpunkt der Delegation gewahrt. Jetzt kam die dritte Phase der Genfer Verhandlungen. Schweden hat seinen Standpunkt bezüglich der Schaffung neuer Sitze vollkommen durchgehalten, aber die schwedische Delegation ist zu der Überzeugung gekommen, ob nicht der Wunsch eines neuen Sitzes durch ein Opfer Schwedens erfüllt werden könne. Schweden, so wurde uns gesagt, gehöre dem Rat schon vier Jahre an, es sei selber nicht Anhänger eines so langen Turnus. Um den Völkerbund vor einer Krise zu bewahren, wolle es seinerseits auf sein Mandat verzichten. Wir haben den rein idealen Gesichtspunkt Schwedens, eines Mannes wie Undén, durchaus gewürdigt. Als uns aber Schweden gefragt hat, wie wir zu einer solchen Geste stehen würden, haben wir nach einiger Bedenkzeit nicht gezögert, ihm zu sagen, daß dieses Opfer vergeblich sein würde, und zwar von dem Gesichtspunkt aus, daß Deutschland zwar ein formelles Einspruchsrecht gegen die Niederlegung des Mandats nicht zustehe, daß aber, wenn der Ausgang ein solcher ist, daß an Stelle des neutralen Staates ein der Entente nahestehender Staat gewählt würde, der politische Charakter des Völkerbundes, soweit er von Gruppenbildungen bestimmt werde, so geändert werde, daß das für uns praktisch die unerfreulichste Lösung sein würde in der Gesamtgestaltung des Völkerbundsrates. Glauben Sie mir, diese Stellung einzunehmen gegenüber Schweden und gegenüber dem Völkerbund, ging ungefähr bis an die Grenze dessen, was Deutschland in seiner Situation an Verantwortlichkeit noch auf sich nehmen konnte. Denn hier war es eine uns befreundete Nation, die diesen Vorschlag machte, die eine Mitwirkung Deutschlands im Völkerbund wünschte. Wir sind uns klar gewesen, daß diese Stellungnahme außerordentlich schwer von der Öffentlichkeit des Völkerbundes und von der Weltöffentlichkeit getragen werden würde. Dann wurden andere Vorschläge von den Gegenpartnern gemacht. Um eine bessere Lösung zu finden, erwuchs jener Gedanke: Schweden darf nicht allein verzichten, wir sehen ein, daß Deutschland das nicht tragen kann; die Lösung kann nur sein, wenn neben diesem neutralen Staat ein Staat mit anderer Einstellung ebenfalls verzichtet. Daraufhin kam der Verzicht der Tschechoslowakei, und es kam jene — ich kann nicht sagen — Vereinbarung, aber jene allgemeine Aussprache, die Lösung könne gefunden werden in der Form, daß man versucht, eine Vereinbarung dahin zu finden, daß an Stelle von Schweden eine andere neutrale Macht und an Stelle der

Tschechoslowakei eine im selben Verhältnis zur Entente stehende Macht gewählt wird, falls Deutschland damit einverstanden ist. Man spricht in der deutschen Öffentlichkeit von einem Umfall der deutschen Delegation, man spricht davon, daß Deutschland mit dem Hut in der Hand zehn Tage in Genf antichambriert habe. Wenn Sie diese Darlegung objektiv sehen, werden Sie doch als Tatsache anerkennen müssen, daß die deutsche Delegation bis zur äußersten Starrheit an den Grundsätzen festgehalten hat, mit denen sie nach Genf ging, obwohl die starke Verantwortung bestand, daß daran das Ganze scheitern könnte. Was hätte denn irgendeine andere Delegation nach Ansicht derer, die jetzt Kritik üben, mehr tun können? In dieser Situation kam die Mitteilung des brasilianischen Vetos — die Entwicklung der Dinge trat damit in ihre vierte Phase. Jetzt war überhaupt der Ausgangspunkt der ganzen Stellung Deutschlands zerbrochen. Die brasilianische Regg. hatte bereits früher zu erkennen gegeben, daß sie gleichzeitig mit Deutschland als ständiges Mitglied in den Rat einzutreten wünsche. Es war auch davon gesprochen worden, daß sie sich andernfalls gegen den deutschen Eintritt wehren würde. Brasiliens Standpunkt ist in der Rede dargelegt, die Mello Franco in der letzten Völkerbundsversammlung gehalten hat. Er hat darin erklärt, von der Auffassung ausgehen zu müssen, daß Brasilien sich gegen eine Europäisierung des Völkerbundes wende. Dann kam noch ein in der Versammlung viel beachteter Satz, der dem Sinne nach etwa hieß: Es steht doch nicht so, daß der Völkerbund wegen der Locarno-Mächte da ist und sich nach ihnen zu richten hat; der Völkerbund darf nicht in Locarno eingebaut werden, sondern das Locarno-Werk muß in das Werk des Völkerbundes eingebaut werden. Damit gab Mello Franco einer Mißstimmung Ausdruck, die sich in Genf unzweifelhaft gezeigt hatte, wo doch die Situation nicht so war, daß Deutschland vor der Tür stand und wartete, sondern wo die Situation so war, daß die Völkerbundsmitglieder, die nicht dem Rate angehörten und nicht zu den Locarno-Mächten zählten, zehn Tage lang warten mußten, bis ihre Plenarversammlung einberufen wurde, weil man in der Zwischenzeit um die Stellung kämpfte, die Deutschland im Völkerbund einnehmen sollte. Da nun diese Besprechungen hauptsächlich zwischen den Locarno-Mächten stattfanden, richtete sich die Gegnerschaft gegen die Locarno-Mächte, die gewissermaßen so taten, als seien sie der Völkerbund. Dabei war aber die Stellungnahme der Locarno-Mächte durch jenen Grundsatz der Briand-Note gegeben, der eben das ganze Werk von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig machte und nun natürlich diesen Mächten auch die Aufgabe auferlegte, für den Eintritt Deutschlands zu sorgen, wobei sich diese einfache Tatsache leider mit Versprechungen gekreuzt hat, die nach anderer Seite, wahrscheinlich nicht durch verfassungsmäßige Organe, aber persönlich in dieser oder jener Form gegeben worden waren. Brasilien kann den Vorwurf nicht zurückweisen, daß es für den schwerwiegenden Mißerfolg in Genf vor dem Völkerbund und vor der Welt die Verantwortung trägt. Wenn Brasilien darauf hinweist, wie es die brasil. Presse tut, daß die Haltung Deutschlands in Genf eine „deutsche Herausforderung" gewesen wäre, so darf ich hier doch nur an den Vergleich Brasiliens mit Spanien erinnern. Spanien ist tief gekränkt darüber gewesen, daß es nicht in dieser Tagung einen ständigen Ratssitz erhalten hat. Spanien hat diese Kränkung so tief empfunden, daß es erklärt hat, es würde sich von der Zusammenarbeit mit dem Völkerbund zurückziehen, wenn es die Mitgliedschaft im Rate nicht erhalte. Aber Spanien hat gleichzeitig erklärt: Alle Kränkung, die wir über unsere Behandlung empfinden, entbindet uns nicht

davon, das Wort zu halten, das wir Deutschland gegeben haben; wir werden für Deutschland stimmen und werden uns dann zurückziehen.

Als der brasil. Vertreter dem Völkerbundsrat mitteilte, daß seine Instruktionen unwiderruflich seien, sind die Vertreter der Haupt-Locarno-Mächte zu uns gekommen, um mit uns darüber zu sprechen, wie wir jetzt dieser Situation gegenüber Stellung nehmen. Wir haben die Verhandlung auf das Hauptthema geführt, und das Hauptthema war: soll mit diesem Echec des Völkerbundes auch die Locarno-Politik selbst einen Echec erleiden, sind wir gewillt, die Locarno-Politik weiterzuführen und unter welchem Gesichtspunkt soll sie weitergeführt werden? Denn jetzt war ja alles, was in Locarno abgemacht worden war, in einen völligen Schwebezustand versetzt. Nicht durch unsere Schuld; denn nicht wir haben den Völkerbund derartig in die Locarno-Politik hineingebracht und mit ihr derart verzahnt, wie es die Gegenseite getan hat. Aber da der Locarno-Pakt juristisch erst wirksam wurde, wenn Deutschland dem Völkerbund angehörte, war nunmehr alles aufs Ungewisse gestellt. Ich darf darauf hinweisen, daß ich bei den letzten Verhandlungen hier jenes Telegramm vorlesen konnte, in dem die am 31. Jan. vollzogene Räumung der nördl. Rheinlandzone bekannt gegeben wurde, und zweitens jene Mitteilung, daß die anderen Mächte sich an ihre früher abgegebene Erklärung wegen der Reduktion der Truppen in der 2. und 3. Zone hielten, und daß sie diese Reduktion durchführen würden, wenn der Locarno-Pakt tatsächlich in Kraft getreten wäre, d. h. mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wenn also jetzt dieser Eintritt bis zum Sept. hinausgeschoben war — vielleicht bis zum 1. Jan., denn die Mandate im Völkerbund enden erst am 31. Dez. —, so entsteht die Frage: was soll aus diesen Dingen werden? Sind sie einfach bis dahin vertagt oder gelten sie unter uns weiter und mit welcher Wirkung unter uns? Bei dieser Unterhandlung ist zunächst von beiden Seiten, sowohl von der franz. wie von der engl. ausgesprochen und später bestätigt worden, daß, da Deutschland keinerlei Verschulden treffe, daß es jetzt dem Völkerbunde nicht angehöre, das Verhalten ihm gegenüber in bezug auf Locarno und Rückwirkung von Locarno auch so angesehen werden müsse, als wenn Deutschland de facto im Völkerbund wäre. Die spezielle Frage, ob das auch hinsichtlich der Truppenreduktion gelte, ist ebenfalls bejaht worden. Wir haben es dann für wünschenswert gehalten, dieses Fortbestehen und diese Weiterentwicklung der Locarno-Verträge auch der Öffentlichkeit gegenüber bekanntzugeben. Die fünfte Phase der Entwicklung ist das Kommuniqué der Locarno-Mächte, das notwendig war, da die Öffentlichkeit eine Antwort auf die Frage haben mußte: bestehen euere Vereinbarungen noch oder sind sie hierdurch ebenfalls gebrochen? Es ist richtig, daß die Anregung hierzu insofern von uns ausgegangen ist, als wir gefragt haben: wie stehen wir nun in bezug auf Locarno? Wir haben uns gefreut, daß diese einmütige Auffassung aller beteiligten Mächte dahin ging, diese Politik fortsetzen zu wollen. In jener Sitzung wurde weiter die Frage aufgeworfen: Was soll nun aus dem hier laufenden deutschen Gesuch wegen Aufnahme in den Völkerbund werden? Wir sind uns darüber klar gewesen, daß ein Fortbestehen dieses Gesuches nur möglich wäre, wenn eine Entschl. des Völkerbundes selbst gefaßt werden würde, die das Bedauern zum Ausdrucke brachte, jetzt den Eintritt nicht vollziehen zu können, und den Wunsch und die Hoffnung, Deutschland bei der nächsten Gelegenheit aufzunehmen. Dieser Antrag ist von Briand gestellt worden; er hat die einmütige Zustimmung des Völkerbundes gefunden. Der Völkerbund stand vor der

seltsamen Situation, die einzige große Sitzung dieser Tagung ausfüllen zu müssen mit den Erklärungen der verschiedensten Mächte, die ihr Bedauern darüber aussprachen, Deutschland als ständiges Ratsmitglied jetzt noch nicht unter sich zu sehen, ebenso aber auch den Wunsch, daß dies bei der nächsten Gelegenheit der Fall sei, wobei es, wenn Sie die ganze Art, in der man im Völkerbund zurückhaltend spricht, berücksichtigen, an einer ganz scharfen Kritik, namentlich seitens der Vertreter der neutralen Mächte, nicht gefehlt hat. Das ist die Darstellung dessen, was sich in Genf zugetragen hat. Lassen Sie mich nun das Ergebnis zu würdigen versuchen!

Der Ausgang der Verhandlungen ist nach den verschiedensten Gesichtspunkten tief zu bedauern. Leidtragend ist in erster Linie der Völkerbund selbst. Man kann eine verschiedene Auffassung vom Völkerbund haben. Die eine — ich möchte sie die idealistischste Auffassung nennen — sieht in ihm die Vereinigung der Völker unter dem alleinigen Gesichtspunkt der Erhaltung des Friedens und der Förderung aller humanitären Ideale. Wer zu dieser Ansicht neigt, der wird die allerstärkste Reaktion erfahren haben von einer Tagung, in der sich doch deutlich zeigte, wie stark das Eigeninteresse sich geltend machte. Die andere Auffassung sieht im Völkerbund lediglich eine neue diplomatische Methode unter einem sehr starken realistischen Gesichtspunkt. Aber unter beiden Gesichtspunkten hat sein Ansehen gelitten. Wenn der Völkerbund ein Ziel haben muß, dann muß es das Ziel der Universalität sein. Wenn er diesem Ziele soweit nahe kommen konnte, wie es ihm durch das Eintrittsgesuch Deutschlands ermöglicht war, dann hatte er alles andere hintan zu stellen und mußte dazu die moralische Autorität besitzen. Zwei Redner in der Völkerbundsversammlung, die Nationen angehören, die stets in ideeller Weise für den Völkerbund gekämpft haben, haben das stark zum Ausdruck gebracht. Der eine — Unden-Schweden — sagte: Das einzige Ziel dieser ao. Vers. war die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und die Verleihung eines ständigen Ratssitzes. Unglücklicherweise ist diese Frage mit anderen verknüpft worden, die ihr fremd sind. Nationale Forderungen und Sonderinteressen sind den allgemeinen Interessen und dem gemeinsamen Wohl des Völkerbundes entgegengestellt worden. Der andere — Motta-Schweiz — hat zum Ausdruck gebracht: Der Völkerbund befindet sich in einer Krisis. Es kann eine Krisis sein, die zum Zusammenbruch des Völkerbundes führt. Trotz der großen Entschiedenheit, mit der die deutsche Delegation ihren Standpunkt vertreten hat, hat sie das eine erreicht, daß beim Auseinandergehen des Völkerbundes niemand die Schuld bei Deutschland gesucht hat. Mehr als einmal sind Depeschen gekommen, die uns sagten, daß wir abreisen sollten. Wir hätten damit sehr billige Lorbeeren ernten können. Aber bei größeren Dingen in der Weltgeschichte haben wir auch einige Empfindungen darüber in uns wachrufen können, was die Schuldfrage bei einer großen geschichtlichen Entscheidung bedeutet. Wir hätten ja gerade denjenigen, die eine neue Schuldfrage gegen Deutschland konstruieren wollten, die Basis dafür gegeben, wenn wir in dieser Situation abgereist wären. Deutschland steht vor der Entscheidung, ob es angesichts der Krisis des Völkerbunds seine grundsätzliche Einstellung gegenüber dem Völkerbund ändern soll oder nicht. Ist diese Krise nicht vielleicht dadurch hervorgerufen, daß gerade durch die Tatsache des Eintritts Deutschlands jene bisherige Konstruktion des Völkerbundes als Instrument der Siegerstaaten doch eine grundlegende Veränderung erlitt und daß dadurch Fragen aufgeworfen wurden, die bis dahin in der Tiefe ruhten? Wir haben uns die Frage vorzulegen, ob wir unser Ziel, der Mitwirkung im Völker-

bund als Gleichberechtigte, weiter verfolgen sollen. Das wird davon abhängen, ob wir die Verhandlungen des Völkerbunds als eine für Deutschland durch den Völkerbund herbeigeführte Niederlage und Demütigung ansehen sollen. Die Anschauung, daß Deutschland gedemütigt und als ein eine neue Niederlage empfangendes Volk von Genf hervorgeht, ist eine Anschauung, die es nur in Deutschland gibt und sonst nirgends auf der Welt. Ein Zweites! Eine Politik ist nicht deshalb falsch, weil sich ihrer Durchführung Schwierigkeiten entgegenstellen. Wie verschieden war die Auffassung über die künftige Stellung Deutschlands im Völkerbund. Rechts ist immer gesagt worden: da geht der deutsche Michel nun mal wieder auf den Leim; was werdet ihr denn im Völkerbund sein! Fünftes Rad am Wagen, Satellit Frankreichs oder Satellit Englands, je nachdem die Anschauungen darüber schwanken, wem wir uns nun eigentlich politisch hingegeben hatten. Wenn diese Auffassung richtig wäre, dann wäre dieser Kampf im Völkerbund um den ständigen Sitz Deutschlands im Völkerbundsrat nicht entbrannt. Gerade dieser Kampf hat doch das eine gezeigt, daß es sich um eine Stellung Deutschlands im Völkerbund handelte, die auf anderer Seite jedenfalls als eine sehr große Stärkung der Position Deutschlands unter den Völkern angesehen wurde. Von dem Gesichtspunkt aus haben wir diesen Kampf fortzusetzen, zumal wir nicht den Völkerbund, der in ganz überwiegender Mehrheit, beinahe mit Einmütigkeit, sich auf den Standpunkt des Wunsches gestellt hat, Deutschland in seinen Reihen zu sehen, verantwortlich machen können für das Veto einer einzigen Macht. Unser Interesse ist mit dem aller derjenigen, die Anhänger eines wahren Völkerbundes sind, identisch. Wir haben nicht die Absicht, uns irgendeiner Mächtegruppierung im Völkerbund anzuschließen, haben auch nicht die Absicht, wenn wir als Großmacht einen ständigen Sitz verlangen, damit uns als im Großmächtekonzern befindlich zu betrachten; denn wir haben in unserem ersten Schreiben an den Völkerbund betont: nicht wir haben die Satzungen geschaffen, die diesen Unterschied zwischen ständigen und nichtständigen Sitzen machen; nachdem ihr diesen Unterschied geschaffen habt, könnt ihr aber auch uns nicht verwehren, daß wir ihn für uns in Anspruch nehmen. Es kann aber im Völkerbund auch keine Gruppierung der Locarno-Mächte geben. Der Friede innerhalb einer Mächtegruppe schließt für Deutschland nicht aus, daß es mit allen Mächten in freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen leben will. Der Völkerbund hat doch mit Einstimmigkeit Deutschlands moralische Aufnahme als eine der Großmächte der Welt de facto beschlossen, und wir sind moralisch und sachlich vom deutschen Standpunkt aus nicht geschwächt aus Genf hervorgegangen. Aus diesem Gesichtspunkt kam deshalb auch irgendeine Abreise der deutschen Delegation, wie ich sagte, nicht in Frage. Ferner: Zugleich mit der Konsolidierung der deutschen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse muß doch auch die geistige Stellung Deutschlands unter den Völkern konsolidiert werden. Ich glaube, wir haben vor dem Krieg und im Krieg den Fehler begangen, den großen Machtfaktor der öffentlichen Meinung der Welt nur sehr gering einzuschätzen und als politisches Mittel gelten zu lassen. Wenn das im Sonnenglanz unserer Weltgeltung sich schon bitter an uns gerächt hat, dann wäre es ein Verbrechen, wenn wir das jetzt wieder tun wollten, angesichts unserer Machtlosigkeit. Deshalb durfte unter keinen Umständen irgendwie ein Mißerfolg auf Deutschland ruhen. Wir hätten das bezahlen müssen, auch wenn nur der Schein gegen uns war, mit einer neuen Auflehnung der Weltöffentlichkeit gegen uns, während ich doch heute das eine sagen kann, daß diese

Art, in der man im Völkerbund seitens der verschiedensten Nationen über Deutschland gesprochen hat, eine moralische Genugtuung für uns bedeutet, angesichts der Weise, wie man noch 1919 geglaubt hat, von diesem Deutschland sprechen zu können. Im Ausw. Ausschuß hat ein Abg. insbesondere darauf hingewiesen, wie demütigend es für Deutschland sein würde, nunmehr vor einer Aufnahmekommission zu stehen, einen Fragebogen ausfüllen zu müssen, um gewissermaßen darzutun, daß es wert sei, in den Völkerbund aufgenommen zu werden, und hat sehr starke Zweifel geäußert, als ich erklärt habe, das werde man Deutschland nicht zumuten. Die Kommission ist nach den Satzungen des Völkerbundes verpflichtet, Fragen an diejenigen Nationen zu richten, die sich um Aufnahme an den Völkerbund wenden. Die erste Kommission hat beschlossen, nicht nur von dem Fragebogen, sondern von jeder Befragung Deutschlands abzusehen und lediglich einstimmig zu erklären, daß Deutschland seine internat. Verpflichtungen erfüllt habe. Auf diesen Satz lege ich aus außenpolitischen Gründen ein sehr großes Gewicht. Jahrelang ist unser Kampf in der Welt darum gegangen, die Welt davon zu überzeugen, daß Deutschland seine internat. Verpflichtungen nach Recht und Billigkeit erfüllt habe und immer wieder ist dieser Erklärung der angeblich schlechte Wille Deutschlands entgegengesetzt worden. Für viele Fragen, die gegenwärtig schweben, Fragen, die sich nicht nur auf die Reparationsleistungen beziehen, ist diese einmütige Erklärung aller Mächte, darunter doch fast aller bedeutenden Gegner, von größter Bedeutung. Ein Zweites. Wir haben in dem Schreiben, das wir an den Völkerbund gerichtet haben, auf dies bekannte Sept.-Memorandum 1924 Bezug genommen. Gerade auch diese Erklärungen Deutschlands auf moralischem Gebiete sind ohne Widerspruch von der Kommission hingenommen worden. Die ganze Stellung, einmal der Kommission, die uns einstimmig aufnimmt, zweitens des Völkerbundes selbst, der durch seine hervorragendsten Vertreter dem tiefsten Bedauern Ausdruck gibt über den Mißerfolg dieser Tagung, beantworten zu wollen mit irgendeinem Abbruch von unserer Seite, das wäre die größte Torheit gewesen, deren Folgen das deutsche Volk zu bezahlen gehabt hätte.

Der Völkerbund hat nun seinerseits eine Studienkommission eingesetzt und hat Deutschland in diese Kommission gewählt. Uns ist eine Einladung offizieller Art noch nicht zugegangen. Wir kennen nur das Telegramm unserer Vertretung in Genf. Das Kabinett hat seine Entscheidung noch nicht getroffen. Wir werden diese Entscheidung in völliger Freiheit treffen. Aber ich darf gegenüber der sehr scharfen Kritik, daß Deutschland etwa dieser Studienkommission beitreten könne, doch einmal die Frage aufwerfen: Was hätte denn die deutsche Öffentlichkeit gesagt, wenn nach dem Mißerfolg von Genf die Studienkommission zur Änderung der Konstruktion des Völkerbundes eingesetzt worden wäre, ohne Deutschland in irgendein Verhältnis zu dieser Kommission zu bringen? Dann hätte man gesagt: Da seht Ihr nun, wie Ihr betrogen werdet, erst macht man Euch die Türen nicht auf, und hinter verschlossenen Türen ändert man dann den Völkerbund, um Euch vor ein fait accompli zu stellen. Nun erklärt der Völkerbund, daß das eine Unmöglichkeit ist; er erklärt: wir nehmen Deutschland in diese Kommission auf und schon erhebt sich die Angst sehr vieler darüber, daß Deutschland vielleicht sogar diese Einladung annehmen könnte. Wir werden diese Frage in allem prüfen und werden dann vielleicht Gelegenheit haben, im Ausw. Ausschuß über diese spezielle Frage zu sprechen. Wir haben keine neuen Bedingungen übernommen. Unsere Freiheit, auch unser Aufnahmegesuch zurückzuziehen, wenn der Völ-

kerbund, wie er aus den Beschlüssen oder Anregungen dieser Kommission hervorgeht, etwa unseren Erwartungen nicht entspräche, steht fest, aber ich kann ebenso erklären: es ist nicht unser Wunsch oder Wille, daß es dahin kommt, daß wir irgendwie unsere Haltung gegenüber dem Völkerbund ändern müßten. Unser Wunsch und Wille ist der einer gleichberechtigten Mitarbeit im Völkerbund zur Wahrung deutscher Interessen im friedlichen Wettbewerb mit anderen Völkern.

Ich komme dann zu der Locarnopolitik. War sie richtig, dann muß sie fortgesetzt werden. Rein juristisch ist Deutschlands Stellung auch durch das Ergebnis von Genf in bezug auf Locarno nicht schwächer geworden. In bezug auf die logischen Auswirkungen eines Vertrages, der den Frieden zwischen den einstigen Gegnern uns gewährleisten soll, ist der jetzige Zustand doch so, daß unsere früheren Gegner sich zu diesen logischen Rückwirkungen bekennen, als wenn der Vertrag tatsächlich in Wirksamkeit wäre. Es wäre, abgesehen von diesen Erwägungen, ein starker Rückschlag auf die Welt gewesen, wenn nun auch die in Locarno gepflogenen Verhandlungen als ergebnislos hätten betrachtet werden sollen. Was war denn der tiefste Grund für diese Abmachungen? Man hat früher immer die Welt eingeteilt in Siegerstaaten und die Staaten der Besiegten. Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, daß der Ausdruck Siegerstaaten seit einiger Zeit viel weniger häufig gebraucht wird. Der Ausdruck Siegerstaaten ist ein Hohn geworden gegenüber denjenigen Völkern, die sich einst ihres Sieges gerühmt haben, weil sie im Verfolg der großen weltwirtschaftlichen Konsequenzen dieses Weltkrieges zum Teil vor Erschütterungen im Inneren stehen, die mit dem Begriff Sieg wirklich sehr wenig zu tun haben. Es ist gerade die Erkenntnis, daß alle zusammen in einen Weltwirrwarr hineingekommen sind, der in einem Weltchaos, mindestens in einem europäischen Chaos, enden kann, die sie hat wissen lassen, daß es schließlich auch gemeinsame Interessen gibt, daß in manchen Fragen ein gemeinsames Band um uns gewoben ist, und daß alle unglücklich werden, wenn sie nicht irgendeine Verständigung untereinander finden. Jeder weiß heute, daß es sein wirtschaftlicher Niedergang ist, andere in den Niedergang hineinzutreiben. Ich weise nur hin auf die törichte philisterhafte Auffassung in Deutschland, als ob der Rückgang des Franken ein politisches oder wirtschaftliches Interesse für Deutschland hätte. Wir haben den Schaden dieser Unstabilisierung der Währung an unserem eigenen Leibe zu tragen und bezahlen es mit der deutschen Arbeitslosigkeit. Ich glaube, das ist schwerwiegender als das geringe Quentchen Schadenfreude, das der eine oder der andere darüber aufbringt, daß Frankreich den Weg gehen muß, den wir gegangen sind. Die weltwirtschaftliche Verbindung der Völker war die Grundlage des Versuches auch für eine politische Verständigung. Der Versuch, sie aufzugeben, weil der Mechanismus des Völkerbundes versagte, wäre töricht. Deshalb war es Aufgabe unserer Delegation, die Locarnopolitik nicht in den Abgrund reißen zu lassen. Das Ziel unserer Politik von Locarno — da möchte ich doch einmal einen großen grundsätzlichen Unterschied machen — wird meiner Meinung nach in der deutschen Öffentlichkeit viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt der sog. Rückwirkungen betrachtet, die gewisse Erleichterungen betreffen für die Bevölkerung des besetzten Gebietes. Damit, daß diese in den Vordergrund geschoben werden, wird die große historische Bedeutung von Locarno vermindert. Denn die große logische Auswirkung von Locarno liegt doch darin, daß, wenn die Gebundenheit dieser Politik, jede deutsche Agressivität gegen Frankreich und Belgien aufzugeben, daraus folgt, daß auch Frankreich und

Belgien keine Agressivpolitik gegenüber Deutschland treiben können, und mit dieser Auffassung ist logisch eine andauernde Weiterbesetzung der 2. und 3. Zone nicht zu vereinbaren. Hier liegt meiner Meinung nach das große Ziel, das wichtiger ist, als manche andere, demgegenüber doch kleinere Frage. In dieser Beziehung ist auch eine Änderung auf der anderen Seite vor sich gegangen. Als ich in Köln Gelegenheit hatte, über diese Frage zu sprechen, und als ich damals aussprach, daß für mich Locarno logisch seine Entwicklung nur gefunden hätte, wenn wir wieder souverän über alles deutsche Land verfügten und als Briand wegen dieser meiner Rede in der franz. Kammer angegriffen wurde, hat er seinerseits erklärt: Stresemann bezieht sich, wie ich annehme, auf den Art. 431 des Versailler Friedensvertrages und man kann ihm das Recht nicht bestreiten, diesen Art. so zu kommentieren, daß eine Verkürzung der besetzten Fristen möglich ist. Der Art. 431 sagt, daß wir eine Verkürzung der Besatzungsfristen beantragen können, wenn wir unsere internat. Verpflichtungen erfüllt haben. Die Rede Briands ist doch die Anerkennung dessen, daß die Frage der Verkürzung fremder Besatzung eine aktuelle Frage ist, die anzuschneiden, zu vertreten und zu verfechten der deutsche Außenminister ein Recht hat. Ich glaube es ist noch nicht allzulange her, daß wir ganz andere Worte aus der franz. Kammer gehört haben, damals als sich Herriot zu der These Poincarés bekannte, daß die Besatzungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten. Abg. Graefe ruft mir zu, das seien ja nur Worte. Demgegenüber erinnere ich ihn daran, daß dereinst Herriot davon gesprochen hatte, die Fristen für die Besatzung hätten noch nicht zu laufen begonnen, und daß doch jetzt jedenfalls ein sehr großer Unterschied darin bestände, daß tatsächlich die erste Zone geräumt sei. Das ist die Erwiderung darauf, daß die Versprechungen Briands und andere nur Worte gewesen wären. Graefe sagte dann, darauf hatten wir längst ein Recht. Darauf habe ich ihm das eine gesagt: es ist nicht möglich, daß man sich auf der einen Seite immer darauf bezieht: die Machtpolitik entscheide und euer Völkerbund ist Unsinn, es gibt nur die Macht; im anderen Moment aber, wenn es einen gerade in den Kram paßt, was wollt ihr denn, auf diese Dinge hatten wir ein Recht! Ich möchte darauf das eine sagen: die ganze Politik von 1919 bis zur Gegenwart ist doch eigentlich nichts anderes gewesen als der Versuch Deutschlands, es endlich dahin zu bringen, daß sein Recht anerkannt wird. Denn de facto sind wir doch über den Versailler Vertrag hinaus in immer neue Bindungen und Fesseln hineingezwängt worden. Wir haben ja immer vergeblich um unser Recht gekämpft. Deshalb soll man, wenn wir mit diesem Kampf endlich durchkommen, das nicht als „ganz selbstverständlich" hinstellen. So kann man nicht loyal miteinander debattieren. Ich entnehme gerade auch aus jenen Erklärungen über den Art. 431, daß die Fortführung der bisherigen Politik keine These des Kampfes sein kann, sondern daß sie eine Selbstverständlichkeit ist. Denn ich verstehe nicht, welche andere Außenpolitik Deutschland denn eigentlich treiben soll. So wenig Locarno eine einseitige Option nach dem Westen bedeutet, so wenig konnten wir andere Optionen auf uns nehmen, wenn sie einen einseitigen Charakter tragen. Wer die Politik verfolgt, die Deutschland in den letzten Jahren geführt hat, der muß doch die Tatsachen verkennen, wenn er den Fortschritt der deutschen Konsolidierung nicht sehen will. Es gab Zeiten — und sie liegen noch nicht allzuweit zurück —, in denen wir uns fragen mußten, ob die deutsche Einheit die gleichzeitige Abschnürung von Rhein und Ruhr ertragen würde. Die Ruhr ward befreit, obwohl die deutschen Zweifler es

nicht glaubten; Düsseldorf und Duisburg wurden frei, die nördliche Rheinlandzone ist geräumt, und ein Mann, der so skeptisch den Dingen gegenüberstand wie der Oberbürgermeister Adenauer, der damals die Parole ausgegeben hatte: Nehmen Sie keine neuen Bindungen auf sich nur um des Rheinlands willen — er hat sich doch auch gestern dazu bekannt, daß ohne diese Politik von London und von Locarno es Befreiungsfeiern in Köln wahrscheinlich nicht geben würde. Ich bin weit davon entfernt, diese Fortschritte der Welt gegenüber als etwas Großes hinzustellen. Sie sind weiter nichts als eine Verminderung deutscher Bedrückungen. Aber jede deutsche Außenpolitik kann Ihnen gar nichts anderes bringen, als den Wunsch, diese deutschen Bedrückungen weiter herabzumindern. Das ist die Konsequenz der Lage, in der wir uns befinden. Wir müssen versuchen, von unerträglichen Verhältnissen zu erträglicheren zu kommen. Wir wissen noch nicht, wann die Dinge so stehen werden, daß wir von einer tatsächlichen Souveränität und Freiheit sprechen können. Und selbst auf diesem Wege, mit diesem so begrenzten Ziele wird es immer wieder Rückschläge geben; denn die Weltgeschichte geht nicht so einfach vor sich, wie manche Leute es glauben, daß sie abläuft wie eine Uhr. Der Weg war richtig, und das Ziel war richtig, und das Ziel bleibt unser deutsches Ziel, auch wenn seine Erkämpfung Widerspruch und Rückschläge erfährt. Es ist die einmütige Absicht der Regg., die bisherige Politik auf der beschrittenen Bahn fortzuführen und sie ist überzeugt, daß sie bei sachlicher Würdigung des Geschehenen die große Mehrheit des deutschen Volkes bei dieser Politik hinter sich haben wird.

An die Ausführungen Stresemanns schließt sich unmittelbar die Aussprache an. Nachdem Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) auf das Wort verzichtet hat, spricht Abg. Graf Westarp (Dnat. Vp.) eingehend über den „Mißerfolg der Völkerbundspolitik Luther-Stresemann", richtet an den Reichskanzler und den Außenmin. die Aufforderung selbst zu prüfen, ob sie angesichts der Genfer Katastrophe noch die geeigneten Unterhändler für die weiteren Verhandlungen seien, und begründet den Antrag seiner Partei auf Rücknahme des deutschen Aufnahmegesuchs. Abg. Dr. Kaas (Ztr.) sieht die Ursache des schweren Rückschlags in Genf in „dem Geist des ungezügelten Machtstrebens einzelner Staaten". Von einem „Fiasko des Völkerbunds selbst" dürfe nicht die Rede sein. Die Schuld an dem Mißerfolg liege darin, daß man in Locarno bereits hinter unserem Rücken Polen einen Ratssitz versprochen habe. Die deutsche Delegation treffe keine Schuld. Dennoch könne man nicht mit allen Details sich einverstanden erklären. Habe man vor der Abreise alles getan, um sich vor Überraschungen zu sichern? Ferner sei zu kritisieren die verfrühte Erklärung der Bereitwilligkeit der deutschen Regg., trotz des Scheiterns der Genfer Verhandlungen an der Locarnopolitik festzuhalten, die Delegation habe damit auch der Entscheidung des Parlaments vorgegriffen. Jetzt liege die Verantwortung bei den All., die jetzt mehr als früher die ehrenvolle Verpflichtung hätten, daß Deutschland und dem besetzten Gebiet aus der Verschleppung der Aufnahme keine Nachteile erwachsen. Denn das bisherige Ausmaß der Rückwirkungen könne unmöglich als sinngemäße Auswirkung des Locarnogeistes angesprochen werden. Abg. Frhr. v. Rheinbaben (Dtsch. Vp.) stimmt der Billigungsformel zu und sagt u. a.: Nach den Genfer Erfahrungen sei nun ein gesundes Mißtrauen notwendig. Deutschland habe jetzt freie Hand und müsse seine Haltung von der der anderen Mächte abhängig machen. Deutschland halte für die Zukunft grundsätzlich an seiner bisherigen Politik fest und müsse den Kampf aufnehmen gegen

alle Methoden der Gegner. Polen z. B. habe auf allen Gebieten, auf denen wir mit ihm verhandelt hatten, immer den Rechtsboden verlassen. Die Lage Deutschlands habe sich in den letzten Jahren erheblich gebessert. Nun sollte man wenigstens in der auswärtigen Politik die grundsätzliche Opposition zurücktreten lassen zur Bildung einer Einheitsfront. Abg. Stöcker (Komm.) meint, Stresemann habe es verstanden, seine Genfer Niederlage in einen Sieg zu verwandeln. Abg. Graf v. Bernstorff (Dem.) erklärt, der Völkerbund habe eine Niederlage erlitten und befinde sich daher in einer schweren Krise. Entweder werde er reformiert oder er gehe zugrunde. Deutschland müsse an der Reform mitarbeiten und sich an der Studienkommission beteiligen. Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vergg.) sagt u. a.: Wir stellen uns auf den Boden der Tatsachen. Was den Völkerbund als Ganzes angeht, so stehen wir ihm zweifellos nicht ablehnend gegenüber. Abg. Graf Lerchenfeld (Bayer. Vp.): Unter den gegebenen Umständen sei die Fortführung der bish. politischen Linie notwendig.

Am 23. wird die Aussprache fortgesetzt. Abg. Graf Reventlow (Völk.) fordert die Zurückziehung des Aufnahmegesuchs: Einen Geist von Locarno habe es nie gegeben und das Wesen des Völkerbunds sei der Versailler Vertrag. Die deutsche Zukunft liege nach Osten. Dann führt Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) u. a. aus: Wir billigen im allgemeinen die Haltung der Delegation in Genf und können eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der Regg. und uns in der auswärtigen Politik feststellen. Auf dem Gebiete der inneren Politik besteht in vielen Punkten diese Übereinstimmung nicht. Wir wollen nicht in die Regg. hinein. Aber auch für die Herren um Westarp ist der Eintritt ins Kabinett zunächst unmöglich. Die Sache mit den Ratssitzen sei nicht ganz klar; wenn es aber richtig sei, daß Briand Polen und Chamberlain Spanien einen ständigen Ratssitz in Aussicht gestellt hätten, so sei dies nicht korrekt und loyal. Im übrigen sehe er im Völkerbund nicht das Ideal, sondern nur eine Notbrücke. Abg. v. Tirpitz (Dnat. Vp.) führt zur Begründung des Mißtrauensvotums gegen Luther und Stresemann u. a. folgendes aus: Die Frage, die den Reichstag heute beschäftigt, ist m. E. die wichtigste, die unserem Vaterland seit der Zeit unseres Zusammenbruchs gestellt worden ist. Darf die Politik des derzeitigen Reichskabinetts trotz des Genfer Zusammenbruchs in der beabsichtigten Form fortgeführt werden? Es liegt in der Beantwortung eine Entscheidung für die Zukunft des Deutschtums überhaupt. Deshalb kann ich nur die dringende Bitte an alle Parteien richten, einmal den inneren Parteistandpunkt zurückzustellen und nur das große Gesamtinteresse Deutschlands gelten zu lassen, damit jeder einzelne Abg. nach seiner subjektiven Auffassung stimmt. Die Reichsregg. hat im vorigen Jahre den Weg nach Locarno eingeschlagen. Für Anhänger wie Gegner des Völkerbundes haben die in Locarno wie Genf angewandten Methoden nicht zum Ergebnis geführt. Sie waren für Deutschland verhängnisvoll. Dabei steht die Auffassung, daß die Regg. in diesem Augenblick Locarno als solches zurückrevidieren soll, nicht zur Erörterung, es handelt sich lediglich um die Bindungen des Kommuniqués. Um so mehr muß die Tatsache ausgewertet werden, daß wir nach heißer Werbung elf Tage in Genf auf Bewilligung gewartet haben und dann ohne eigene Initiative den Rückzug antreten mußten. Man mag die Dinge wenden wie man will, es bleibt eine Niederlage unserer politischen Methode. Diese Niederlage ist um so tiefgreifender, als es seit dem Herbst 1918 das erste Mal gewesen ist, daß Deutschland mit einer positiven Politik hervorgetreten ist. Unsere Unterhändler hatten in Locarno unter-

lassen, uns grundsätzlich die unveränderte Zusammensetzung des Völkerbundesrates bis nach unserem Eintritt zusichern zu lassen. Wir haben in Genf nicht nur tatsächlich nachgegeben, sondern der franz. Politik durch Annahme der gleichzeitigen Aufnahme Polens zum Erfolge verholfen. Vor dem glatten Siege Frankreichs über uns hat uns nur der letzte unerwartete Vorstoß Brasiliens gerettet. Angesichts dieser Lage haben wir uns durch das Kommuniqué in gefährlichster Weise mit den Mächten identifiziert, deren illoyales Spiel vielleicht nicht in Deutschland, aber sonst in der ganzen Welt klar geworden ist. Wir haben damit die Mitverantwortung für das Chaos in Genf übernommen und haben uns, wenn nicht juristisch, so doch aufs gefährlichste politisch gebunden. Gehen wir auf dem Weg des Kommuniqués weiter, so geraten wir in völlige Abhängigkeit von Frankreich und seinem Anhang. Wir müssen uns an den Grundsatz halten, nach welchem ein Antrag, der bei einer Tagung nicht zur Entscheidung gekommen ist, als gelöscht anzusehen ist, oder im Zweifelsfalle den Antrag auf Aufnahme zurückziehen, wie die dnat. Frakt. dies jetzt beantragt hat. Es ist ja überhaupt eine falsche politische Taktik, dem Gegner die Trümpfe von vornherein in die Hand zu geben.

Reichskanzler Dr. Luther erwidert auf diese Darlegungen u. a.: Vor mir steht das Problem, ob auf dem Wege, Locarno nicht rückwärts zu revidieren, die Zurückziehung des Eintrittsgesuchs das zweckmäßige Mittel ist. Ich möchte allgemein vorweg bemerken: der Gedanke, Deutschland habe nicht die Freiheit, das Eintrittsgesuch zurückzuziehen, ist völlig irrig. An dieser Freiheit ist nichts geändert worden durch das Kommuniqué. Das Kommuniqué enthält nichts anderes als den Ausdruck des Verfahrens, das in der Tat die beiden deutschen Delegierten für zweckmäßig gehalten haben von dem Gesichtspunkt aus, daß Locarno nicht rückwärts revidiert werden soll. Es handelt sich auch nicht allein darum, daß Locarno nicht rückwärts revidiert werden soll, sondern darum, Locarno nach aller Möglichkeit weiter zu entwickeln. Man mag über die Methoden von Locarno verschiedener Meinung gewesen sein, heute ist Locarno durch den Beschluß der zuständigen deutschen Organe die Grundlage unserer Politik geworden. Ich muß aussprechen, daß wir von den Dingen, die wir auf Grund der Abmachungen von Locarno nicht juristisch, aber politisch mit Recht beanspruchen können, noch vielerlei vermissen. Auf der anderen Seite muß ich auch aussprechen, daß niemand behaupten kann, Locarno sei wirkungslos gewesen. Wir sehen seit dem Abschluß von Locarno Vorgänge im Rheingebiet, die sich ohne diese Beschlüsse von Locarno mit aller Bestimmtheit nicht vollzogen haben würden. Ich glaube wirklich, daß dieser Satz völlig unbestreitbar ist. Und nun fragt sich, wie hat man nach Genf zweckmäßig zu verfahren, um Locarno weiter zu entwickeln? Ich stehe nicht an zu erklären, daß das Kommuniqué in seinen Grundgedanken unserer deutschen Initiative entsprungen ist. Es handelt sich um die Frage: wie bringe ich es zustande, daß ich weitere Wirkungen von Locarno aufrechterhalte, trotz des Vorgangs in Genf. Das ist einfach politische Pflicht und Aufgabe der deutschen Delegierten gewesen und ist gekleidet worden in die Form des Communiqués. Darin ist mit keinem Wort die Rede davon, wie wir uns zukünftig einstellen für den Eintritt in den Völkerbund. Daß wir selbstverständlich nicht den Plan des Eintritts fallen lassen können und in demselben Augenblick die Locarnopolitik fortsetzen können, ist einfach eine Folge des logischen Aufbaus des Locarnoabkommens. Wir können seine politischen Wirkungen für uns nur dann in Anspruch nehmen, wenn wir grundsätzlich die Absicht haben, es juristisch in Wirksamkeit zu

setzen. Infolgedessen ergab sich daraus, daß die deutschen Unterhändler sich auch dazu bekennen mußten, daß Locarno eines Tages juristisch in Wirksamkeit tritt. Und zu diesem Zweck muß unser Eintrittsgesuch weiter verfolgt werden. Nun ist bemerkt worden, unsere politischen Methoden seien unklug. Es gibt einen Unterschied zwischen Sache und Methode. Sache ist das Ziel und Methode sind die einzelnen Wege zur Erreichung dieses Zieles. Die große Linie der deutschen Außenpolitik, wie sie seit dem Zusammenbruch des Ruhrkampfes verfolgt worden ist, ist doch wirklich nicht ohne Erfolge gewesen. Wie sah es beim Ausgang des Ruhrkampfes aus? Die Ruhr war besetzt. Ist sie heute noch besetzt? (Stürmische Zurufe rechts.) Ist Köln heute noch besetzt? (Zurufe: „Versailler Vertrag!") Es ist doch ein Erfolg, wenn zwischen nebeneinanderliegenden Mächtegruppen, von denen die eine nun einmal waffenlos ist und die andere bis an die Zähne bewaffnet, wenn zwischen diesen beiden Mächten es der Politik gelungen ist, die Bewaffneten aus den deutschen Landen herauszudrängen und eine Änderung im Besatzungsregime zu erreichen. (Dauernde Lärmkundgebungen rechts.) Zeigen Sie (nach rechts) doch einen anderen Weg. Die Zurückziehung des Eintrittsgesuchs würde ein grundsätzliches Bekenntnis der deutschen Politik gegen Locarno bedeuten. Es würde weiter bedeuten, daß wir nicht danach streben wollen, Locarno juristisch in Wirksamkeit zu setzen. Wenn wir das nicht wollen, werden wir auch die politischen Ziele nicht erreichen können. Wir müssen Locarno als Gesamtgrundlage unserer Politik nehmen. Wir wollen und sollen in der Außenpolitik eine gemeinschaftliche Linie finden, das hat Abg. v. Tirpitz mit Recht ausgesprochen. Aber wir können zu einer Einheitlichkeit nicht kommen, wenn es keine abgeschlossenen Tatbestände gibt, und Locarno muß für uns politisch ein abgeschlossener Tatbestand sein. Wie steht denn aber die Meinung in der Welt gegen Deutschland? Die Meinung der Welt, insbesondere auch in Amerika, läßt gar keinen Zweifel daran, daß die Art, in der die Verhandlungen in Genf zum Abbruch gebracht worden sind, als nicht richtig vom deutschen Standpunkt anerkannt wird. Wo lesen Sie Vorwürfe gegen Deutschland? Draußen hat man mit allem Nachdruck unterstrichen, daß die ganzen Fragen sehr stark damit durchsetzt worden sind, daß ganze oder halbe Absprachen nach Locarno hinter unserm Rükken stattgefunden haben. Bei Zurückziehung unseres Eintrittgesuchs würde es aber nicht mehr heißen: Deutschland hat bis zum Letzten für die Durchführung der Locarnopolitik gekämpft; dann würde es heißen: Deutschland schwenkt um. Man würde sagen: Jetzt tritt Deutschland wieder auf und mischt sich in einer Weise in die Dinge ein, die geeignet ist, das, was aufgebaut war, zu zerstören. Nein, es gibt nur einen geraden Weg. Es gibt für mich nur den einen politischen Gesichtspunkt, das Einhalten einer einfachen vaterländischen Richtung, und das Einhalten dieser Richtung ist mein Programm. Nach weiterer Debatte, in der Abg. Graf v. Westarp dem Reichskanzler den falsch verstandenen Passus in der Rede von Tirpitz richtig stellt (T. hat sich nicht etwa gegen die Rückrevidierung von Locarno ausgesprochen, sondern gesagt: „Dabei steht die Auffassung, daß die Regg. in diesem Augenblick Locarno als solches zurückrevidieren soll, nicht zur Erörterung; es handelt sich lediglich um die Bindungen des Kommuniqué"), folgen die Abstimmungen: Der Antrag Stöcker (Komm.), Mißtrauensvotum gegen die Regg., wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Komm., Völk. u. Dnat. abgelehnt. Der Antrag Westarp (Dnat. Vp.), Mißtrauensvotum gegen Reichskanzler und Außenmin., wird in namentlicher Abstimmung mit 260 gegen 141 St. abgelehnt. Zum „Ver-

trauensvotum“ der Völk. stellen die Reggs.parteien den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung; dieser Antrag wird mit 262 gegen 139 St. angenommen. Zu dem Billigungsantrag der Reggs.parteien ist ein Zusatzantrag Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) eingegangen, der den Eintritt in den Völkerbund von den in Locarno gegebenen Voraussetzungen abhängig macht, nämlich der Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland ohne weitere Vermehrung der Ratssitze und ohne Durchbrechung des Grundsatzes der Einstimmigkeit. Dieser Zusatzantrag wird mit 282 gegen 119 St. abgelehnt. Sodann wird der Billigungsantrag der Regierungsparteien in einfacher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen, dabei stimmen die Soz. und der Bayer. Bauernbd. dafür. Die Anträge auf Zurückziehung des Aufnahmegesuchs werden abgelehnt. Der völk. Antrag, die Zahlungen aus dem Dawesgutachten einzustellen, wird gegen die Antragsteller und die Komm. abgelehnt. Das Gehalt des Reichskanzlers wird dann gegen Völk. und Komm. bewilligt.

Schließlich wird noch der Haushalt für die besetzten Gebiete erledigt. In der Debatte kommt allgemein die noch bestehende Not des besetzten Gebietes zum Ausdruck. Der Etat wird genehmigt.

23. März. (Württemberg) Etat.

Dem Landtag, der wieder zusammentritt, liegt der Staatshaushalt für 2 Jahre vor, der für 1926 214,3 und für 1927 212,8 Mill. RM. ord. Gesamtausgaben aufweist, denen je 212,16, bzw. 212,10 Mill. Einnahmen gegenüberstehen. Der Haushalt ist charakterisiert durch schärfstes Zusammenstreichen der Ausgaben und äußerstes Strecken der Einnahmen. Die von der Regg. vorgeschlagenen Maßnahmen zur Staatsvereinfachung sind sehr mäßigend, die Verminderung der Zahl der Oberämter beschränkt sich — zufolge des Widerstands der Parteien, wie schon i. J. 1924 — auf die Aufhebung des Amts Weinsberg.

24. März. Neuer italienischer Botschafter.

Der an Stelle des Grafen Bosdari neu ernannte italienische Botschafter Conte Aldrovandi-Marescotti überreicht dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben; dabei sagt er im Hinblick auf die bestehende Verstimmung: In der Überzeugung, daß zwischen Italien und Deutschland keine grundsätzliche Interessenverschiedenheit besteht, werde ich es mir zur Aufgabe machen, an der Vermeidung und Beseitigung jedes Zwischenfalls oder Mißverständnisses, das die gegenseitigen Beziehungen etwa stören könnte, mitzuarbeiten. — v. Hindenburg nimmt „mit Genugtuung“ hiervon Kenntnis.

24./27. Marz. (Reichstag) Abschluß der Etatberatung; Annahme des GE. betr. Steuermilderung; Vertagung.

Reichsernährungsmin. Dr. Haslinde spricht eingehend über die Lage der Landwirtschaft; im wesentlichen enthalten seine Ausführungen folgende Leitideen: Daß der Landwirtschaft geholfen werden muß, ist ein grundlegendes Programm für die Zukunft. Das Ziel bildet die Verringerung der Einfuhr von Vieh und tierischen Produkten und letzten Endes die Ernährung des Volkes aus eigener Scholle. Zunächst gilt es, die nicht notwendige Einfuhr von Lebensmitteln einzuschränken. Ferner muß bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen die Landwirtschaft gebührend berücksichtigt werden. Die schwebenden kurzfristigen Schulden müssen in langfristige Realkredite zu tragbaren Bedingungen umgewan-

delt werden. Einen Hauptgrund für die Notlage der Landwirtschaft bilden die geringen Preise. Die bereits eingeleiteten Arbeiten zur Verbesserung der Bodenkultur sollen weiter ausgebaut werden. Eine der dringendsten Aufgaben ist die Mehrung der Landbevölkerung durch tatkräftige Siedlung. Da im ganzen gesehen die Not der Landwirtschaft nur einen Teil der Not der Gesamtwirtschaft darstellt, liegt der beste Ansporn zum Vorwärtskommen nicht in einer einseitigen Unterstützungspolitik, sondern immer wieder in der eigenen Initiative und dem Willen zur Selbsthilfe. Der ganzen deutschen Verbraucherschaft aber fällt die vaterländische Aufgabe zu, nur deutsche Produkte zu genießen. Nach weiterer Aussprache wird das Gehalt des Min. gegen die St. der Soz. und Komm. bewilligt.

Am 25. wird der Postetat erledigt.

Am 26. wird der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung bewilligt unter Ablehnung verschiedener Anträge, darunter des dnat. Antrags auf Abänderung des Anleiheablösungsges. Sodann wird die Sitzung unterbrochen durch die Kundgebung des Hauses für den † früh. Reichskanzler Fehrenbach, dem Präsid. Löbe einen ehrenden Nachruf widmet. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die 3. Lesung des Etats begonnen.

Am 27. wird die 3. Lesung des Etats fortgesetzt und zu Ende geführt. Längere Zeit nimmt sodann die Beratung der GE. betr. Steuermilderung in Anspruch. Abg. Dr. Herz (Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion, ohne mit dem GE. allgemein zufrieden zu sein. Abg. Dr. Hoff (Dtsch. Vp.) erstattet den Bericht über die langwierigen Beratungen des Steuerausschusses. Abg. Dr. Gereke (Dnat. Vp.) sieht in den nunmehr durch Kompromisse geänderten Vorlagen zwar einen Erfolg der Opposition, verkündet jedoch Stimmenthaltung seiner Partei, die die Verantwortung für den GE. der Regg. nicht abnehmen könne. Finanzmin. Dr. Reinhold betont in seiner Antwort an die Opposition, daß das Werk der Regg. in seinem Grundcharakter nicht verändert sei. Alsdann folgen die am Vormittag zurückgestellten Abstimmungen. Der Kredit von 30 Mill. RM. zur Bildung einer Getreidehandelsgesellschaft wird mit 195 gegen 170 St. bei vier Enthaltungen bewilligt. Nach Abschluß der wieder aufgenommenen Debatte wird schließlich über den GE. betr. Steuermilderung abgestimmt. Der dnat. Antrag auf Senkung der Hauszinssteuer und der komm. Antrag auf völlige Beseitigung der Umsatzsteuer werden abgelehnt. Der GE. selbst wird in 2. und in 3. Lesung gegen die St. der Völk. und Komm. und bei Stimmenthaltung der Dnat. angenommen. Die wichtigsten Auswirkungen des Ges. sind folgende: Ermäßigung der Umsatzsteuer auf $3/4$%, Beseitigung der Luxus-, Wein-, Salz- und Fusionssteuern und die Ermäßigung der Vermögenssteuer. Schließlich werden die noch ausstehenden Titel zum Etat der allgemeinen Finanzverwaltung und das Etatsgesetz selbst in 3. Lesung genehmigt. In der Schlußabstimmung wird der Etat gegen die St. der Völk. und Komm. angenommen. Präsid. Löbe stellt in einem Schlußwort fest, daß damit seit 1911 zum erstenmal wieder vom Reichstag der Etat innerhalb der gesetzlichen Frist erledigt worden ist.

Von den noch folgenden Beschlüssen sind hervorzuheben die Annahme des GE. betr. Aufhebung des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik und die des GE. über die Wirtschaftsenquete.

Das Haus vertagt sich bis zum 27. April.

25. März. (Sachsen) Parlamentskrise.

Der Landtag lehnt nach längerer stürmischer Aussprache in namentlicher Abstimmung den Antrag der Linkssoz. und Komm. auf Auflösung des Landtags mit 60 gegen 27 St. ab. Dabei stimmen die 23 Rechtssoz. trotz der Ratschläge des Reichsparteivorstandes gegen die Auflösung und verschärfen damit den Konflikt innerhalb der Soz. P.

26. März. (Berlin) Tagung des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen.

27. März. (Bayern) Staatsvereinfachung.

Der Haushaltsausschuß des Landtags nimmt u. a. den Antrag der Koalitionsparteien auf Maßnahmen zur Verbilligung der öffentlichen Verwaltung an. In der Aussprache erklärt Ministerpräsid. Dr. Held dazu u. a.: Wenn der Staat erhalten werden soll, dann muß man mit großzügigen Maßnahmen vorgehen. Die einzelnen Ministerien werden Pläne für die Verbilligung der Verwaltung ausarbeiten und diese Vorschläge dann in einem Generalplan zusammenfassen. Wenn es nicht gelingt, durch einschneidende Maßnahmen eine neue Grundlage für den Staatshaushalt zu legen, dann ist der Staat auf dem besten Wege zu seiner Liquidation, dann wird automatisch die Selbständigkeit des bayer. Staates zerstört und Bayern unfehlbar im Reiche als Provinz aufgehen.

28. März. (Berlin) Besuch des österr. Bundeskanzlers Ramek.

Reichskanzler Dr. Luther gibt Ramek zu Ehren ein Festessen. In einer Ansprache rühmt er besonders die gegenseitige Förderung auf allen Gebieten. Ramek stellt fest, daß es in Österreich wie in Deutschland auf allen Gebieten vorwärtsgehe. — „WTB." meldet, daß Ramek wiederholte Besprechungen mit dem Ausw. Amt hat, besonders über die Verhältnisse, wie sie durch Locarno und Genf geschaffen sind, und über Wirtschaftsfragen, wobei ein Zusatzvertrag zum deutsch-österr. Handelsvertrag in Aussicht genommen wird.

28. März. (Oppeln) Feier anläßlich der Wiederkehr der oberschlesischen Volksabstimmung am 20. März 1926.

Die Feier, zu der auch der Reichsmin. Dr. Külz u. der preuß. Innenmin. Severing erscheinen, gestaltet sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen das „Unrecht an Oberschlesien", einen Irrtum, den die Weltgeschichte, wie Severing in seiner Ansprache sagt, einmal berichtigen wird.

31. März. (Reichsrat) Etat und Gesetze.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet Finanzmin. Dr. Reinhold dem † Reichskanzler a. D. Fehrenbach einen ehrenden Nachruf. — Das vom Reichstag beschlossene Steuermilderungsges. wird genehmigt. Auch der vom Reichstag abgeänderte Etat für 1926 wird angenommen trotz der Bedenken, die Ministerialdirektor Sachs als Berichterstatter der Ausschüsse gegen die beschlossenen Stellenvermehrungen und Höhereinstufungen hinsichtlich der unerwünschten Rückwirkungen auf die Etats der einzelnen Länder erhebt.

31. März. (Baden) Etat 1926/27.

Im Landtag gibt Finanzmin. Dr. Köhler eine Übersicht über den Staatsvoranschlag für die zwei J. 1926 und 1927: Die zweijährige Budgetperiode hat sich durchaus bewährt. Im neuen Etat sind an ord. Ausgaben jährlich 218 Mill. RM. vorgesehen, denen an ord. Einnahmen je

227 Mill. RM. gegenüberstehen. Daher ergibt sich ein Überschuß von 18 Mill. Der ao. Etat für beide Jahre erfordert nach Abzug der ao. Einnahmen 30,7 Mill., zu deren Deckung der gen. Überschuß und 10 Mill. aus den Überschüssen des laufenden Betriebsfonds verwendet werden, während 5 Mill. bereits durch Vorschußzahlungen im J. 1925 abgeglichen sind.

31. März. (Schaumburg-Lippe) Anschlußfrage.

Der Landtag nimmt einstimmig einen Entschluß des Rechnungsausschusses an, in dem die Landesregg. ersucht wird: 1. unverzüglich einen GE. betr. Volksabstimmung für die Frage des Anschlusses an den preuß. Staat dem Landtag vorzulegen, 2. unverzüglich die Verhandlungen mit dem Preuß. Staatsministerium aufzunehmen zur Klärung aller noch bestehenden Zweifel über den Inhalt der Richtlinien, 3. das Preuß. Staatsministerium sofort von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen.

1. April. (Annaberg) Bismarck-Rede Stresemanns.

Anläßlich einer Bismarckfeier in Annaberg führt Min. Stresemann am Geburtstage des Reichsgründers in einer Festrede u. a. folgendes aus: Die heutige Stellung Deutschlands ist mit keiner Lage zu vergleichen, die von Bismarck gemeistert worden ist. Bismarck selbst würde über diejenigen lächeln, die da glauben, aus seinen Reden und Handlungen Rezepte für die heutige Lage formen zu können. Die Kritik der heutigen Politik hat ihre tiefste Ursache in dem großen Gegensatz einer Empfindung, mit welcher der Deutsche der gewaltigen geschichtlichen Größe seines Vaterlandes gedenkt und in der Unfreiheit und politisch geringen Bewegungsmöglichkeit, zu der wir auch heute noch verurteilt seien. Wir müssen uns langsam unsere Großmachtstellung wieder neu erringen. Das Fehlen jeglicher Machtmittel bedingt, abgesehen von der friedlichen Einstellung Deutschlands, die Anwendung diplomatischer Methoden und eine neue Einstellung in das Verhältnis der Mächte. Zwei Gesichtspunkte beherrschen die gegenwärtige weltpolitische Lage. Der eine ist die Friedenssehnsucht der Völker, die erkannt haben, daß der Weltkrieg selbst für die Siegerstaaten kein dauerndes Glück schuf, die Weltwirtschaft aber aus ihren festen Regeln beinahe in das Chaos geworfen hat. Daraus ergibt sich die zweite Aufgabe der Gegenwart, die aus den Fugen geratene Weltwirtschaft wieder einzurenken, eine Aufgabe, die ohne Deutschlands Mitwirkung nicht zu lösen ist. Auf diesem Boden ergibt sich für Deutschland die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit auf der Grundlage gleichberechtigter Verständigung unter den Völkern. Diese Politik führte uns von London über Locarno nach Genf. Die Vertrauenskrise der letzten Völkerbundstagung ist noch nicht überwunden und zittert noch nach. Ob wir nach Genf zurückfinden können, hängt davon ab, ob diejenigen, die das Friedenswerk von Locarno mit dem Gedanken des Völkerbundes verbanden, den Weg für einen Eintritt Deutschlands freizumachen verstehen, den Deutschland gehen kann.

6. April. (Saargebiet) Zollerhöhung.

Die Zollbestimmungen des franz. Finanzges. vom 4. April 1926 finden auch auf die Einfuhr in das Saargebiet Anwendung.

7. April. Reichspräsident v. Hindenburg feiert sein 60jähriges Militärdienstjubiläum.

Reichswehrmin. Dr. Geßler drückt dem Reichspräsid. in einer Ansprache die Glückwünsche aus, wobei er u. a. sagt: An diesem Gedenk-

tage nimmt die junge Wehrmacht des Reiches den herzlichsten Anteil. Nicht nur, weil Sie unser Oberbefehlshaber sind, sondern vor allem, weil wir in Ihrem Leben die Verkörperung der höchsten militärischen Tugenden sehen, die Tugenden der Pflichttreue, Tapferkeit und Vaterlandsliebe. Wir haben heute ein Recht, unsere Blicke mit Stolz und Dankbarkeit auf den Feldmarschall des alten und den Oberbefehlshaber des neuen Heeres zu richten. v. Hindenburg betont in seiner Antwort seine besondere Befriedigung über die Zusicherung Geßlers „daß die Reichswehr sich als Erbin der hohen Tradition der alten Armee fühlt ..." Den Abordnungen der kameradschaftlichen Verbände und der Kriegervereine antwortet er u.a.: „Die Kameradschaft, wie wir sie immer verstanden haben, bedeutet Zusammenhalt und Einigkeit. Diese Einigkeit tut uns gerade jetzt besonders not, wo unser Volk in Gefahr ist, sich in Tageskämpfen politischer und konfessioneller Gegensätze zu zersplittern und zu schwächen. Wir können nur wieder groß und stark werden und in der Welt zu Ehren kommen, wenn wir uns in solchem Zusammenhalten begegnen."

8. April. (Bremen) Ankunft einer mexikanischen Studiengesellschaft.

Bürgermeister Donand feiert in einer Begrüßungsansprache die alten freundschaftlichen Beziehungen Mexikos zu den Hansestädten und zu Deutschland, die auch im Weltkrieg nicht wankend geworden seien.

8. April. (Anhalt) Abgelehnter Mißtrauensantrag.

Der Landtag lehnt mit 18 St. der Soz. und Dem. den Mißtrauensantrag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ab.

15. April. Deutsche Antwort an den Völkerbund. Näh. s. dort.

15. April. (Sächs. Landtag) Der Konflikt in der soz. Fraktion.

Im Landtag teilt zunächst der Präsid. ein Schreiben der soz. Bezirksvorstände mit, wonach die 23 rechtssoz. Landtagsabg. einschließlich der Minister aus der Partei ausgeschlossen seien und nicht mehr als Vertreter der Soz. gelten könnten. Als Vertreter der offiziellen Sozialdemokratie gelten nach dem Brief 18 Landtagsabg., die für sich ein besonderes Fraktionszimmer beantragen. Sodann verliest der Vors. der neuen rechtssoz. Frakt. („Alte Soz. Fraktion") eine längere Erklärung, in der der derzeitigen sächs. Parteileitung vorgeworfen wird, daß sie nur Torheiten an Torheiten gereiht habe. Opposition ohne zwingenden Grund sei unfruchtbar und wirke sich nur zum Schaden des Volkes aus.

Am 20. April tritt der Parteiausschuß der Soz. P. zur Stellungnahme zusammen. Auf Grund der Berichte eines Parteivorstandsvertreters und je eines Vertreters der sächs. Fraktionsmehrheit und Minderheit fordert er in einem einstimmig gefaßten Beschluß die schleunige Durchführung der eingeleiteten Ausschlußverfahren und die Einsetzung eines gemeinsamen Schiedsgerichts und erwartet vom Parteivorstand energische Maßnahmen gegen die Versuche, die organisatorische Einheit der Soz. P. zu zerstören.

16. April. Zustandekommen eines Kompromisses in der Fürstenabfindung.

Die Reichsregg. erzielt in ihren Verhandlungen mit den Regierungsparteien eine „völlige Übereinstimmung" über das Fürstenkompromiß und das Duellgesetz. Der Rechtsausschuß zieht am 20. das neue Kompromiß in seine Beratung. Vgl. S. 91.

17. April. (München) Besuch des Reichskanzlers.

Nachdem der bayer. Ministerpräsid. Dr. Held Reichskanzler Dr. Luther und die Reichsmin. Dr. Külz und Dr. Reinhold begrüßt hat, ergreift Dr. Luther das Wort zu einer längeren Rede, in der er die kulturelle Bedeutung Bayerns würdigt und seine Betrachtung in der Forderung ausklingen läßt, „daß das Schwergewicht der kulturellen Entwicklung da, wo es bisher war, bleiben muß und bleiben soll, bei den Ländern, daß aber alles kulturelle Streben dem einen Ziel dienstbar gemacht werden muß, daß wir alle Kräfte zusammenfassen, unter Ausnutzung jeder lebendigen Möglichkeit, um ein starkes, in sich geschlossenes deutsches Volk und Deutsches Reich darzustellen, das sich behaupten kann in der Welt, und das die Bahn findet, um aus den jetzigen Zuständen wieder emporzuwachsen zu jener Freiheit, zu jener Macht, auf die wir ein natürliches Anrecht haben. So soll über der ganzen deutschen Politik als Leitwort stehen, was in ‚Wallensteins Lager' über die besonderen Kräfte des Feldherrn Wallenstein gesagt wird: ‚Jedwedem zieht er seine Kraft hervor, die eigentümliche, Und macht sie groß!' — In dem ausgegebenen amtl. Kommuniqué heißt es: In den Aussprachen des Reichskanzlers und der Reichsmin. mit der bayer. Regg. wurden wichtige politische Tagesfragen erörtert. Dabei wurden auch die Probleme, die sich aus dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten ergeben, vor allem nach der grundsätzlichen Seite hin, eingehend besprochen. Die Erörterung praktischer Einzelfragen wird sich anschließen.

17.—20. April. (Dortmund) 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Der Kongreß nimmt eine Reihe von Entschl. an: In der ersten heißt es über die Stellung zum Staate, daß die christl. Gewerkschaften zum Staate und seinen christlich-sozialen Grundlagen eine bejahende Stellung einnehmen und nach wie vor alle Bestrebungen ablehnen, die auf illoyale Weise eine Änderung der Staatsform herbeiführen wollen. Sie bekennen sich zum nationalen Volksstaat. Die nächste Entschl. zu den Reparationszahlungen stellt fest, daß die Wirtschaftspolitik, die alle Gläubigerstaaten gegenüber Deutschland praktisch treiben, mit dem Sinne des Locarnoabk. und des Dawesplanes in striktem Gegensatz stehen. Eine weitere Entschl. wendet sich gegen eine Herabsetzung der Löhne, denn der Lohnabbau sei das schlechteste Mittel, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen.

18. April. (Stuttgart) Außenpolitische Rede Stresemanns.

In der Landesversammlung der Dtsch. Vp. hält Außenmin. Dr. Stresemann eine längere Rede, in der er die weltpolitische Stellung Deutschlands nach Genf folgendermaßen charakterisiert: Im August 1923, als ich gerade Reichskanzler geworden war, wurde von der Linken das dringende Begehren an mich gestellt, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu vollziehen. Seit aber bei den Friedensverhandlungen in Versailles unser Aufnahmegesuch abgelehnt worden war, konnten wir die Initiative nicht erneut ergreifen. Es war selbstverständlich, daß nunmehr die Anregung vom Völkerbund auszugehen hatte. Als dann Macdonald von dem leeren Stuhl im Völkerbund gesprochen hatte, der besetzt werden müsse, wenn der Völkerbund ein Völkerbund sein wolle, haben wir die beim Eintritt zu beachtenden Grundsätze festgelegt. Diese Grundsätze waren: die selbstverständliche Anerkennung der deutschen Großmachtstellung durch einen ständigen Sitz

im Völkerbundsrat, die Anerkennung unseres Rechtes auf Verwaltung von Kolonien und die Festlegung des Grundsatzes, daß Deutschland, wenn es in den Völkerbund eintrete, damit nichts anerkenne, was als Zugeständnis einer moralischen Schuld am Ausbruch des Weltkrieges ausgedeutet werden könne. Das sind die Grundlagen unserer Verhandlungen bis auf den heutigen Tag. Von links wirft man uns vor, wir hätten den Eintritt längst vollziehen sollen, und von rechts prophezeit man uns, daß wir in dieser Gemeinschaft nur das fünfte Rad am Wagen und die Sklaven Frankreichs oder Englands sein würden. Man verwirft dort den Völkerbund, weil er eine Institution der Siegerstaaten sei. Die Kennzeichnung war zweifellos richtig. Aber was ist wichtiger: in einer Gemeinschaft von Freunden Mitglied zu sein oder in einer Vereinigung von Menschen, die mir Unheil zufügen können, in der Lage zu sein, mich wenigstens zu wehren und dieses Unheil auf ein Mindestmaß zu beschränken? Es bleibt abzuwarten, ob uns der Völkerbund dann in Zukunft weiter Unrecht auf Unrecht zufügt. Der Völkerbund ist keine Vereinigung von Engeln mit weißen Flügeln, sondern eine ganz starke Interessengemeinschaft der großen Weltmächte, in der es hart auf hart zugeht. Selbst wenn der Völkerbund nichts ist als die große Interessenvertretung der gegenwärtigen Welt, haben wir ein Interesse daran, dort mitzuwirken. Die Frage, ob wir drinnen größer sind als draußen, beantworte ich mit dem Reichskanzler dahin, daß wir drinnen stärker als draußen sind. Draußen kann Amerika stärker sein, weil es an sich mit dem Schwergewicht seiner Weltbedeutung eine so große Macht ist, daß seine Stimme jederzeit gehört wird, wo immer es sie erhebt. Auf der anderen Seite gibt es ja auch keine glücklichen Sieger. Das Endergebnis des Weltkrieges ist ein großes Chaos, von dem niemand weiß, wie es enden wird. Die Zerrüttung der Währungen ist nur in der Zeitfolge verschieden. Leider lernen die Menschen nichts aus der Weltgeschichte. Jeder Finanzminister macht die Fehler der Finanzminister der Nachbarstaaten beinahe automatisch nach. Jede Regg. wartet, bis die Währung zerrüttet ist, ehe sie den moralischen Mut findet, ihrem Volke zu sagen, daß die Währung unter Verlust eines Teiles Volksvermögens stabilisiert werden muß. Die Folge der Währungszerrüttung ist eine neue soziale Schichtung, die nicht zum Besten der Entwicklung der Völker dient. Diese Währungsentwicklung läßt die Völker aufrichtiger an der Aufrechterhaltung des Friedens arbeiten, als es nach außen vielfach den Anschein hat. Einer Abrüstung wird zwar der Generalstab einer Armee niemals zustimmen. Das wäre contra naturam jedes Militärs. Daß aber der große Gedanke der Aufrechterhaltung des Friedens bei führenden Staatsmännern auch früherer Siegerstaaten heute seinen Niederschlag findet, steht für mich fest. Ich gebe zu, daß die virtuelle Macht das Entscheidende im Völkerleben ist und unsere Schwäche durch unsere Machtlosigkeit bedingt ist. Aber man kann auch Genf unter einem anderen Gesichtswinkel betrachten. Die Zulassung Deutschlands und seine Großmachtstellung unterlag keinem Zweifel. In dem Widerstand kam nicht ein antideutsches, sondern ein prosüdamerikanisches Prinzip zum Ausdruck. Zudem ist der Gedanke, ein Gegengewicht gegen Deutschland im Völkerbundsrat bilden zu müssen, nicht vereinbar mit einer Stellung als fünftes Rad. Locarno bedeutet die Anerkennung des dauernden Friedens. Wenn das für uns den Verzicht auf die abgetretenen Grenzgebiete mit sich bringt, so bedeutet es für Frankreich den Verzicht darauf, mit militärischer Macht seine Rheinpolitik fortzusetzen. Mit einer Friedenssicherungspolitik Englands und Frankreichs ist die Aufrechterhaltung der Besatzung von 82000

Mann logisch nicht vereinbar. Die Souveränität Deutschlands auf deutschem Boden wieder zu erringen, muß unsere erste Aufgabe sein. Dabei dürfen wir uns nicht darüber täuschen, daß den Persönlichkeiten bei unseren Vertragsgegnern, die den Frieden wollen, auch Persönlichkeiten gegenüberstehen, die anders gesinnt sind, und der Kampf zwischen diesen beiden Anschauungen gibt der gegenwärtigen Zeit ihr Gepräge. Es gibt einen Poincarismus. Durch die Bezeichnung „Sozialist" soll man sich nicht irrführen lassen. Es gibt manche Soz., die die allergrößten Nationalisten geworden sind. Deshalb war es notwendig, daß wir uns in Genf noch einmal ausdrücklich zu der Politik des Kampfes um die Freiheit des Rheins bekannt haben. Ist es mit dieser Politik vereinbar, wenn wir mit Rußland Verhandlungen führen über einen Vertrag, der noch einmal festsetzt, daß die Grundsätze von Rapallo nicht erschüttert seien, und der, wie ich Grund habe anzunehmen, vielleicht zum Ausdruck bringt, daß beide Staaten sich an aggressiven Maßnahmen gegen einen von beiden nicht beteiligen? Wenn dieser Vertrag zustande kommt, so ist er keine Abkehr von der Locarnopolitik, sondern die naturgemäße Ergänzung der in Locarno geschlossenen Verträge. Wer anderer Meinung ist, der betrachtet die Locarnopolitik als die westliche Orientierung Deutschlands, wogegen wir uns stets gewehrt haben. Für uns war Locarno der Gedanke der Friedenssicherung in Europa. Es war keine Bündnispolitik gegen irgendeinen anderen Staat. In den Verhandlungen in Locarno ist festgelegt, daß der Völkerbund keine Institution sei für einen Kreuzzug gegen Rußland. Das haben auch Briand, Chamberlain und Vandervelde ausgesprochen. Der russ. Bolschewismus andererseits neigt dazu, in der Welt Teufel oder Engel zu sehen. Deshalb sah er in dem Abschluß des Locarnovertrages die Vorbereitung des Kreuzzuges des Kapitalismus Europas gegen das bolschewistische Rußland. Diese Auffassung ist falsch. Selbst ein so östlich orientierter Mann wie Prof. Hoetzsch hat im Reichstag erklärt, daß diese Furcht Rußlands nachgerade hysterisch werde. Es ist gar nicht nötig, in dem Vertrag mit Rußland irgendeine Sensation zu sehen. Sensationell ist für mich nur das eine, daß, nachdem die Verhandlungen über diesen Vertrag mehr als fünfviertel Jahre gedauert haben, es so lange möglich gewesen ist, sie der Presse vorzuenthalten. Wir haben, als die Verhandlungen sich dem Abschluß näherten, die Mächte, mit denen wir den Locarno-Vertrag verhandelt haben, ehrlich und offen darüber orientiert, welche Absichten wir nach dieser Richtung hatten, und wir haben damit, glaube ich, ein Beispiel gegeben, das die anderen Mächte für die Zukunft auch befolgen könnten! Aus diesen diplomatischen Besprechungen heraus sind die Dinge an die englische Presse gekommen. Mit unserer Politik wollen wir uns nur den Frieden sichern, den wir nötig haben für eine ruhige Entwicklung nach innen und außen. Diese Entwicklung sehe ich nicht so blind verheißungsvoll an, wie der „Simplicissimus" sie mir unterstellt, indem er mich sagen läßt: „Die linden Lüfte sind erwacht." Ich habe die Empfindung, daß wir noch sehr lange unter Herbstschauern zu leiden haben. Ein Außenminister, der aus der Gemütshitze heraus alles wieder in Ordnung bringen wollte, würde uns in Konflikte mit allen Mächten bringen. Es wäre gut, einmal ein Buch des mißverstandenen Bismarck zu schreiben, in dem dargestellt wird, wie er in der Fülle der Macht der Vorsichtigste im Gebrauch der Macht gewesen ist, wie er sich 1866 und 1870 denen gegenüber durchgesetzt hat, die nicht genug bekommen konnten. Er wollte Europa den Frieden erhalten. Das wäre ein besseres Bild von ihm als das, das die Legende von ihm sich macht, wenn sie ihn als den Mann

mit den Kürassierstiefeln darstellt. Man spricht vom Zusammenschluß zu einer bürgerlichen Partei. Eine Utopie, die weder durchsetzbar noch wünschenswert wäre, weil dann die Kluft noch größer wäre zwischen dieser einen bürgerlichen Partei und den anderen, denen man damit das bürgerliche Empfinden absprechen würde. Man spricht den Wunsch nach Wiedermitarbeit der Dnat. in der Regg. aus. Ich bin der Meinung, daß es keine große Partei in Deutschland geben darf, die nicht einmal an der Verantwortlichkeit teilnimmt. Die Dnat. werden erkennen zu geben haben, ob sie bereit sind, die heutige Außenpolitik ehrlich und loyal unterstützen und tragen zu wollen, denn sie selbst haben erklärt, daß sie die Verträge von Locarno nicht als rechtsverbindlich ansehen, weil sie der Zweidrittelmehrheit bedurft hätten. Man kann nicht in die Regg. eintreten, wenn man die von ihr mit anderen Staaten geschlossenen Verträge nicht als rechtsverbindlich ansieht. Spätere Zeiten werden die innere und äußere Konsolidierung, die wir von 1919 bis jetzt erreicht haben, als ein geschichtlich außerordentlich wertvolles Kennzeichen für die innere Kraft des deutschen Volkes ansehen.

21. April. (Mecklenburg-Schwerin) Sturz der Regierung.

Als Antwort auf unerfüllbare Forderungen des Landbundes gibt die Regg. im Landtag eine ablehnende Erklärung ab und stellt die Vertrauensfrage. Das Haus verweigert jedoch bei der Abstimmung der Regg. die Billigung, die daraufhin ihren Rücktritt erklärt.

24. April. In Berlin wird ein deutsch-russisches Freundschaftsabkommen unterzeichnet.

Der Vertrag, den das deutsche Kabinett vorher einstimmig genehmigt hat, hat folgenden Wortlaut (vgl. NTD Nr. 2329): Die Deutsche Regg. und die Regg. der Union der Soz. Sowjetrepubliken, von dem Wunsche geleitet, alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens beitragen kann, und in der Überzeugung, daß das Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Union der Soz. Sowjetrepubliken eine stetige vertrauensvolle Zusammenarbeit erfordert, sind übereingekommen, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen besonderen Vertrag zu bekräftigen, und haben zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt Stresemann und Krestinski, die nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

Art. 1. Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Soz. Sowjetrepubliken bleibt der Vertrag von Rapallo. Die deutsche Regg. und die Regg. der Union der Soz. Sowjetrepubliken werden in freundschaftlicher Fühlung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen. — Art. 2. Sollte einer der vertragschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragschließende Teil während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität beobachten. — Art. 3. Sollte aus Anlaß eines Konflikts der in Art. 2 erwähnten Art oder auch zu einer Zeit, in der sich keiner der vertragschließenden Teile in kriegerischen Verwicklungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden, gegen einen der vertragschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen. — Art. 4. Dieser Vertrag

soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren. Die beiden vertragschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer politischen Beziehungen verständigen.... Berlin, am 24. April 1926. (gez.) Stresemann. (gez.) Krestinski.

Dem Vertrage ist folgender Notenwechsel beigefügt:

Stresemann an Krestinski: Berlin, den 24. April 1926. Herr Botschafter! Mit Beziehung auf die Verhandlungen über den heute unterzeichneten Vertrag ... beehre ich mich namens der deutschen Regg. folgendes festzustellen: 1. Beide Regg.en sind bei den Verhandlungen über den Vertrag und bei dessen Unterzeichnung übereinstimmend von der Auffassung ausgegangen, daß der von ihnen in Art. 1 Abs. 2 des Vertrages festgelegte Grundsatz der Verständigung über alle die beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art wesentlich zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens beitragen wird. Jedenfalls werden sich die beiden Regg.en bei ihren Auseinandersetzungen von dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der Erhaltung des allgemeinen Friedens leiten lassen. 2. In diesem Sinne haben die beiden Regg.en auch die grundsätzlichen Fragen erörtert, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen. Die deutsche Regg. ist überzeugt, daß die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund kein Hindernis für die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Soz. Sowjetrepubliken bilden kann. Der Völkerbund ist seiner grundlegenden Idee nach zur friedlichen und gerechten Ausgleichung internat. Gegensätze bestimmt. Die deutsche Regg. ist entschlossen, an der Verwirklichung dieser Idee nach Kräften mitzuarbeiten. Sollten dagegen, was die deutsche Regg. nicht annimmt, im Rahmen des Völkerbundes irgendwann etwa Bestrebungen hervortreten, die, im Widerspruch mit jener grundlegenden Friedensidee, einseitig gegen die Union der Soz. Sowjetrepubliken gerichtet wären, so würde Deutschland derartigen Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenwirken. 3. Die deutsche Regg. geht davon aus, daß diese grundsätzliche Einstellung der deutschen Politik gegenüber der Union der Soz. Sowjetrepubliken auch nicht durch die loyale Beobachtung der Verpflichtungen beeinträchtigt werden kann, die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund aus den Art. 16 und 17 der Völkerbundssatzung über das Sanktionsverfahren ergeben würden. Nach diesen Art. käme ein Sanktionsverfahren gegen die Union der Soz. Sowjetrepubliken, abgesehen von weiteren Voraussetzungen, nur dann in Betracht, wenn die Union der Soz. Sowjetrepubliken einen Angriffskrieg gegen einen dritten Staat eröffnete. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Frage, ob die Union der Soz. Sowjetrepubliken bei einem bewaffneten Konflikt mit einem dritten Staat der Angreifer ist, mit bindender Wirkung für Deutschland nur mit dessen eigener Zustimmung entschieden werden könnte, und daß somit eine in dieser Hinsicht etwa von anderen Mächten gegen die Union der Soz. Sowjetrepubliken erhobene, nach deutscher Ansicht nicht berechtigte Beschuldigung Deutschland nicht zwingen würde, an irgendwelchen auf Grund des Art. 16 eingeleiteten Maßnahmen teilzunehmen. Wegen der Frage, ob und in welchem Maße Deutschland im konkreten Falle überhaupt imstande sein würde, an einem Sanktionsverfahren teilzunehmen, verweist die deutsche Regg. auf die bei Gelegenheit der Unterzeichnung des Vertragswerkes von Locarno an die deutsche Delegation gerichtete Note vom 1. Dez. 1925

über die Auslegung des Art. 16. 4. Um für die reibungslose Erledigung aller zwischen ihnen auftauchenden Fragen eine sichere Grundlage zu schaffen, halten die beiden Regg.en es für zweckmäßig, alsbald in Erörterungen über den Abschluß eines allgemeinen Vertrages zur friedlichen Lösung der zwischen den beiden Teilen etwa entstehenden Konflikte einzutreten, wobei insbesondere die Möglichkeit des schiedsgerichtlichen Verfahrens und des Vergleichsverfahrens berücksichtigt werden sollen. Gen. Sie ... (gez.) Stresemann.

Krestinski an Stresemann: Herr Reichsminister! Indem ich den Empfang der Note bestätige, die Sie mit Beziehung auf die Verhandlungen über den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Regg. der Union der Soz. Sowjetrepubliken und der Deutschen Regg. an mich gerichtet haben, beehre ich mich, darauf namens der Regg. der Union der Soz. Sowjetrepubliken folgendes zu erwidern: 1. Beide Regg.en sind bei den Verhandlungen über den Vertrag und bei dessen Unterzeichnung übereinstimmend von der Auffassung ausgegangen, daß der von ihnen in Art. 1 Abs. 2 des Vertrages festgelegte Grundsatz der Verständigung über alle die beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art wesentlich zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens beitragen wird. Jedenfalls werden sich die beiden Regg.en bei ihren Auseinandersetzungen von dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der Erhaltung des allgemeinen Friedens leiten lassen. 2. Hinsichtlich der grundsätzlichen Fragen, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen, nimmt die Regg. der Union der Soz. Sowjetrepubliken Akt von den Erklärungen, die in den Ziffern 2 und 3 Ihrer Note enthalten sind. 3. Um für die reibungslose Erledigung aller zwischen ihnen auftauchenden Fragen eine sichere Grundlage zu schaffen, halten die beiden Regg.en es für zweckmäßig, alsbald in Erörterungen über den Abschluß eines allgemeinen Vertrags zur friedlichen Lösung der zwischen den beiden Teilen etwa entstehenden Konflikte einzutreten, wobei insbesondere die Möglichkeiten des schiedsgerichtlichen Verfahrens und des Vergleichsverfahrens berücksichtigt werden sollen. Genehmigen Sie ... (gez.) Krestinski.

Die deutsche Regg. hat vor der Unterzeichnung den Regg.en der Locarnomächte Mitteilung von dem bevorstehenden Abschluß eines Sondervertrags mit Rußland gemacht, und dabei ausdrücklich betont, daß der neue Vertrag kein Verstoß gegen den Geist oder den Buchstaben des Vertrages von Locarno sei.

Der Ausw. Ausschuß des Reichstags spricht sich am 27. nach längerer Aussprache übereinstimmend für die Annahme des Vertrags aus.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, äußert sich in einem Presseinterview (WTB.) über den Vertrag folgendermaßen: Ich bin der Ansicht, daß er eine Erhöhung der Kraft Deutschlands auf dem Gebiete internationaler Politik und der Weltwirtschaft bedeutet. Deutschland kann in seiner jetzigen Lage nur erstarken und sich den ihm gebührenden Platz in friedlicher Arbeit sichern, wenn es allen Völkern den Beweis liefert, daß es entschlossen ist, seine neuen Kräfte aus friedlicher Entwicklung zu ziehen. Deutschland will aber nicht nur selbst als Friedensfaktor erscheinen, es will auch seine geographische Lage im Zentrum Europas dazu benutzen, eine vermittelnde Brücke zwischen den Völkern des Kontinents zu bilden. Der Vertrag soll nach beiden Seiten den Weg ebnen. Er ist daher nicht nur ein Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, sondern auch ein Freundschaftsvertrag mit Europa.

24. April. Zum Gesandten in Bolivien wird Dr. Marckwald ernannt.

24. April. Die Groß-Hamburg-Frage.

Der preuß. Ministerpräsid. Braun vereinbart in einer Unterredung mit dem Bürgermeister Dr. Petersen von Hamburg, nunmehr auf Grund der von dem Min. a. D. Dr. Drews und dem Min. a. D. Graf von Roedern gefertigten zweiten Skizze zu einem Staatsvertrage zwischen Preußen und Hamburg die Verhandlungen sofort aufzunehmen.

24. April. (Hessen) Etat für 1926.

Unter Ablehnung der sämtlichen Anträge der Rechten (u. a. auf Aufhebung der Sondergebäudesteuer) wird vom Landtag der Haushaltsvoranschlag für 1926, der einen ungedeckten Fehlbetrag von rund 5 Mill. Mark aufweist, angenommen. Der Finanzmin. wird nun die bereits in Berlin aufgenommenen Verhandlungen über Ersatzansprüche Hessens, die sich insbesondere auf den Steuerausfall im besetzten hess. Gebiet beziehen, fortsetzen.

24. April. (Thüringen) Haushaltsplan für 1926.

Derselbe schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 113 Mill. RM. und weist ein aus Beständen gedecktes Defizit von 7 Mill. RM. auf.

27. April. (Reichstag) Arbeitsgerichtsgesetz.

Arbeitsmin. Dr. Brauns bringt das Arbeitsgerichtsges. ein und erklärt dazu: Die Vorlage bedeutet einen wichtigen Fortschritt für den Ausbau des Arbeitsrechts. Das Interesse des Staats an der friedlichen Austragung von Lohnstreitigkeiten verlangt eine gründliche Regelung der Arbeitsgerichtsbarkeit. Über die erste Regelung vom Herbst 1923 hinaus soll die neue Vorlage alle Betriebe umfassen. Das Prinzip einer Sondergerichtsbarkeit erfährt zwar vielfach Widerspruch, ein Aufgehen der sozialen in die allgemeine Gerichtsbarkeit wäre aber heute noch gar nicht durchführbar gewesen. Das Arbeitsrecht muß erst allmählich in das allgemeine Recht hineinwachsen. Abg. Aufhäuser (Soz.) bemängelt den Entw. und wünscht vor allem eine Erweiterung des Geltungsbereichs, so z. B. auf die Schiffsbesatzungen und die Heimarbeiter. Abg. Hülser (Dnat. Vp.) befürwortet die Angliederung an die ordentliche Gerichtsbarkeit. Abg. Gerig (Ztr.) begrüßt den GE. als brauchbare Grundlage. Abg. Thiel (Dtsch. Vp.) fordert auch für das Arbeitsgericht den unabhängigen, lebenslänglich angestellten Richter; den soz. Forderungen müsse man schärfsten Widerstand entgegensetzen, zumal die Regg. mit dem Entw. den Weg des Kompromisses beschritten habe. Der Entw. geht an den Sozialpolitischen Ausschuß.

27. April. (Preuß. Landtag) Landwirtschaftsrat.

Bei der Weiterberatung des Landwirtschaftsetats nimmt Min. Dr. Steiger das Wort und erklärt u. a.: Die erste Aufgabe besteht darin, die landwirtschaftliche Erzeugung auf breitester Grundlage zu fördern. Von besonderer Wichtigkeit ist die Feststellung, daß die heimische Landwirtschaft den Bedarf des deutschen Volkes an Brotgetreide im letzten Jahre schon voll aus der eigenen Scholle gedeckt habe. Zu befürworten ist die Werbearbeit für den Verzehr von Roggenbrot und die Erzeugung von Branntwein und Stärke aus Kartoffeln zur Besserung der Lage des Kartoffelbaues. Im Haushalt sind für Darlehen und Beihilfen 3,4 Mill. Mark mehr ausgeworfen worden als im letzten Jahre. Von besonderer Bedeutung ist der Wiederaufbau des landwirtschaftlichen Kredits. Die Realverschuldung beträgt 5 Milliarden, die Personalverschuldung 1,425

Milliarden. Es besteht eine beträchtliche Zunahme der Verschuldung. Ein wesentlicher Anteil an der Zunahme der Realverschuldung entfällt auf die Tatsache, daß sich die Aufwertungsschuld um 400 Mill. M. höher herausgestellt hat, als ursprünglich angenommen. Die Beschaffung ausreichender und geeigneter Arbeitskräfte für die Landwirtschaft ist überaus wichtig. Die Zahl der ausländischen Arbeiter hat abgenommen. Gesetzliche Maßnahmen zum Zwecke der zwangsläufigen Festhaltung der Arbeitskräfte auf dem Lande kann man dagegen nicht befürworten. Die bäuerliche Siedlung, besonders in den dünn bevölkerten Teilen des Ostens, ist eine bedeutende Aufgabe. Der Bauer stellt den besten Grenzschutz dar. Von dem bereitzustellenden Kredit von 40 Mill. M. sollen in diesem Jahr 3000 bäuerliche Stellen von je 50 Morgen gebildet werden. Preußen hat in der Nachkriegszeit seine Aufgaben an dem Gebiete der Siedlung trotz der schweren Verhältnisse erfüllt.

28./30. April. (Reichstag) Fürstenkompromiß und Fürstenenteignungsantrag.

In mehrtägigen Beratungen hat der Rechtsausschuß das Kompromiß für die Fürstenabfindung (s. S. 83) behandelt. In der Eröffnungsdebatte am 20. gab Reichsmin. Dr. Külz im Auftrag der Reichsregg. eine längere Erklärung darüber ab, daß der GE. in seiner neuen Fassung für die Regg. tragbar sei und daß ihn die Regg. für verfassungsändernd halte. Bereits am 22. zeigte sich jedoch die Aussichtslosigkeit der Verhandlungen, indem durch die Opposition der Soz. der § 2 des Kompromisses (ausschließliche Zuständigkeit des Reichssondergerichts für die Gesamtauseinandersetzung) abgelehnt wurde. Ferner hatten Soz. ihrerseits den Antrag gestellt, daß den Ländern, die „unter Herrschaft des früheren für sie ungünstigen Rechts“ Vergleiche abgeschlossen haben, die Möglichkeit gegeben werden sollte, eine Revision im Sinne der neuen materiellen Vorschriften zu verlangen. Diesen Antrag lehnten die Koalitionsparteien mit Rücksicht auf die Konsequenzen der Wiederaufrollung sämtlicher Abfindungsfälle ab. Sofort nach Ablehnung des § 2 wurden die Verhandlungen abgebrochen. In der Sitzung am 24. war eine Rede des preuß. Finanzmin. Dr. Höpker-Aschoff von Bedeutung, der erklärte, daß Preußen sich mit dem neuen GE. abfinden könnte. Nach weiteren schleppenden und ergebnislosen Verhandlungen vertagt nun am 28. der Rechtsausschuß die Behandlung des Kompromißentwurfs auf unbestimmte Zeit.

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung am 28. steht die Aussprache über den soz.-komm. GE. über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen. Auf Antrag der Völk. wird in der Debatte damit verbunden ein GE. über Enteignung der Bank- und Börsenfürsten und „anderer Volksparasiten“. Den erstgen. GE. ließ der Reichsmin. am 24. in einer Vorlage (RTD Nr. 2229) dem Haus zugehen; dieselbe enthält einen Bericht über das Zustandekommen des Volksbegehrens, den Text des GE., eine Übersicht über das Eintragungsergebnis, eine Darlegung der Regg. zum GE. und das Gutachten zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des GE. In der Darlegung heißt es u. a.: „Die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Fürsten widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Die Regg. vermag daher den GE. nicht als brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzungen zwischen den Ländern und den ehem. regierenden Fürstenhäusern anzusehen und spricht sich auf das ent-

schiedenste gegen die Annahme durch den Reichstag aus. Dagegen kann nach Ansicht der Regg. eine angemessene Regelung der Frage nach den Grundsätzen des zurzeit dem Rechtsausschuß vorliegenden GE. (s. o.!) erfolgen. Die Regg. wird ihrerseits im Verfolg ihrer Erklärung vom 26. Jan. 1926 das Zustandekommen eines Kompromißentw. mit allen Mitteln fördern und hofft, daß auf diesem Wege eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, durch die sich der weitergehende GE. des Volksbegehrens erübrigt."

Die Aussprache gestaltet sich sehr lebhaft. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) kritisiert sehr scharf die voraufgegangenen Verhandlungen im Rechtsausschuß und wirft den deutschen Fürsten unerhörte Habgier vor. Es handle sich übrigens gar nicht um die Enteignung von Privateigentum, da der Besitz der Fürsten tatsächlich Volkseigentum sei. Abg. Graf Westarp (Dnat. Vp.) bezeichnet die Ablehnung des zum Volksentscheid gestellten Ges. als selbstverständlich. Das Volksbegehren sei ein Begehren des Unrechtes und des Raubes. Es gehe um die Rechtsgrundlage des Staates, um die Grundfesten auch der heutigen Verfassung und um die Eigentumsordnung, deren Umsturz Bolschewismus bedeute. Dem Besitz der Fürsten solle demnächst das Vermögen der Kirche und dann alles Eigentum überhaupt folgen. Auf den „unhaltbaren Vorwurf der Flucht des Kaisers nach Holland" Rosenfelds erwidert der Redner: Glauben Sie, den Kaiser schelten zu können, weil er sich von der Ansicht leiten ließ, seine Person als ein Hindernis zur Erreichung besserer Friedensbedingungen auszuschalten, die auch Sie, und gerade Sie, in blindem Vertrauen auf Wilsons gleisnerische Worte von der Zertrümmerung der kaiserlichen Macht erhofft haben. Abg. Dr. Wunderlich (Dtsch. Vp.) sieht in der Enteignungsvorlage eine brutale Entrechtung einer Gruppe von Staatsbürgern. Abg. v. Richthofen (Dem.) zieht aus der Tatsache, daß das Enteignungsges. im Volksbegehren über 12 Mill. St. auf sich vereinigt hat, den berechtigten Schluß, daß die Masse des Volkes für die Forderungen der Fürsten kein Verständins habe und daß es deshalb Aufgabe des Reichstags sei, eine parlamentarische Lösung zu suchen, die den Interessen der breiten Volksschichten entspreche. Das Kompromiß sei nicht zustande gekommen, weil die Parteien rechts und links sich dazu nicht verstehen wollten. Seine Partei werde daher zur 2. Lesung einen Abänderungsantrag stellen, der auch vom bürgerlichen Rechtsempfinden angenommen werden könne. Die Sache schwebe in Wirklichkeit zwischen den Ländern und den Fürsten, sie müsse durch Landesgesetz geregelt werden. Im Reich könnte nur ein ganz allgemeines Gesetz gemacht werden, die einzelnen Fälle müßte man den Ländern überlassen. Auch Reichsmin. Dr. Külz wünscht eine Verständigung über eine brauchbare Kompromißlösung: So viel wird wohl klar sein, daß wir uns nicht in den Dienst eines Volksbegehrens stellen können, mit dem solche Nebenzwecke verfolgt werden. Die Frage ist so ernst, daß es Pflicht aller Parteien ist, zu einer parlamentarischen Lösung dieses Problems beizutragen. Mit der Ablehnung des Volksbegehrensgesetzes sei es nicht getan. Auch nicht damit, wenn ein Kompromißgesetz nicht zustande kommt. Sodann geben die Abgg. Schulte (Ztr.), Hampe (Wirtsch. Vergg.), Pfleger (Bayer. Vp.) und Frick (Völk.) ablehnende Erklärungen ab.

Am 29. wird zunächst der GE. über die Bestrafung der Duellvergehen gegen die St. der Soz., Komm. und Völk. angenommen. Die Novelle bedeutet eine mildernde Korrektur an dem im Febr. angenommenen Ges. (S. 24) und schreibt die Dienstentlassung für Offiziere und Beamte fakul-

tativ, in schweren Fällen zwingend vor. — Dann setzt Abg. Saenger (Soz.) in einer längeren Rede die Debatte über die Fürstenenteignung fort, wobei er gegen die Rechte heftig polemisiert und an geschichtlichen Beispielen erläutert, wie „den Fürsten immer die Interessen der Dynastie und des Hausvermögens höher standen als die Gesamtinteressen des Vaterlandes".

Am 30. gibt der bayer. Gesandte v. Preger eine Erklärung ab, in der er gegen die „unerhörten Beleidigungen des bayer. Staates", wie sie Saenger vorgebracht habe, protestiert. Nach weiterer Debatte erfolgen die Abstimmungen. Die Überweisung des dem. Abänderungsantrags zum Fürstenenteignungsges. an den Rechtsausschuß wird mit 200 gegen 143 St. beschlossen, ebenso mit gleicher Mehrheit die Überweisung des Enteignungsentw. und des dazu vorliegenden Änderungsantrags des Ztr. Die Überweisung der völk. Anträge an den Ausschuß wird abgelehnt.

1. Mai. Rede Stresemanns über den Vertrag mit Rußland.

Reichsaußenmin. Dr. Stresemann spricht im Rundfunk über den deutsch-russ. Vertrag: Geheimabkommen sind mit dem Vertrag nicht verbunden. Aufgebaut ist er logischerweise auf dem Rapallo-Vertrag, wonach Rußland ausschied aus dem Kreise jener Länder, die Forderungen aus dem Kriege her gegen uns geltend machten. Grundlos sind auch die Aufregungen in der öffentlichen Meinung verschiedener Mächte, denn der Vertrag widerspricht keineswegs den Satzungen des Völkerbunds und dem Locarnovertrag. Was den Punkt 3 meiner Note an Krestinski (s. S. 88) anlangt, der sich auf das freie Entscheidungsrecht, einen Staat als Angreifer zu bezeichnen, bezieht, so ist dies Deutschlands gutes Recht. Und richtet sich das Mißtrauen gegen den Neutralitätsvertrag an sich, warum begegneten dann nicht die Neutralitätsverträge zwischen der Tschechoslowakei und Rußland und zwischen Italien und Jugoslawien dem gleichen Mißtrauen? Letzten Endes hat eben die selbständige deutsche Politik überrascht.

·1. Mai. (Hamburg) Wirtschaftspolitische Rede Reinholds.

Im Übersee-Club hält Reichsfinanzmin. Dr. Reinhold eine Rede über die Ziele der Wirtschaftspolitik, in der er die Krise erörtert und als Hauptaufgaben die Stabilhaltung der Mark und eine durch Vereinfachung verbilligte Verwaltungsreform bezeichnet.

3. Mai. Gewerkschaftliche Unterstützungsaktion für den englischen Streik.

Zufolge eines Beschlusses des Internat. Komitees vom 15. April befürwortet ein Aufruf des freigewerkschaftlichen Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands eine Unterstützungsaktion für den englischen Streik. Die christlichen Bergarbeiter verhalten sich jedoch ablehnend.

Der Bundesausschuß des Allg. Dtsch. Gewerkschaftsbundes beschließt am 7. Mai einstimmig, die engl. Gewerkschaften in ihrem großen Kampf nach Möglichkeit zu unterstützen.

4. Mai. (Hamburg) Besuch des Reichspräsidenten.

5. Mai. Flaggen-Verordnung.

Die vom Reichskabinett trotz der Opposition der Linken beschlossene, vom Reichspräsid. erlassene und vom Reichskanzler gegengezeichnete Vo. über den Gebrauch der Flaggen bei den Auslandsmissionen hat folgenden Wortlaut: Die Vo. über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921

wird wie folgt geändert: 1. Im Abschn. 1 erhält die Nr. 10 folgende Fassung: „Die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zur See wie die Handelsflagge, darauf etwas nach der Stange hin verschoben, in den schwarzen und roten Streifen je bis zu einem Fünftel übergreifend, der Reichsschild, den Adler nach der Stange gewendet. Verhältnis der Höhe zur Länge des Flaggentuchs wie 2 zu 3." 2. In Abschn. 4 erhält Abs. 2 folgenden neuen Satz: „Die gesandtschaftlichen und konsularischen Behörden des Reichs an außereuropäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seehandelsschiffen angelaufen werden, führen außerdem die Handelsflagge." — In dem amtl. Kommentar heißt es: Die Vo. hat keinerlei politische, sondern nur eine praktische Bedeutung. Sie schränkt die Verwendung der Reichsfarben bei den Auslandsbehörden nicht ein, bringt sie vielmehr durch Hinzufügung der schwarz-rot-goldenen Gösch in die Flagge der Reichsbehörden zur See verstärkt zur Anwendung. Die Vo. ist veranlaßt worden durch den Umstand, daß nach den übereinstimmenden Berichten der in Frage kommenden deutschen Auslandsstellen die bestehende Verschiedenheit in den Flaggen der deutschen Handelsschiffe und der amtlichen Reichsvertretungen als unerträglich empfunden wird. Sowohl von amtlichen wie von privaten Kreisen wird es als geboten bezeichnet, diese Verschiedenheit, die zu vielen Mißverständnissen und Unstimmigkeiten Anlaß gegeben hat, auszugleichen. Diesen Ausgleich will die Vo. in erster Linie erreichen. Ferner soll aber die Vo. dazu beitragen, die verständnisvolle Zusammenarbeit der Auslandsdeutschen mit den amtlichen Vertretungen des Reiches im Auslande, namentlich in Übersee, zu fördern; hier sind wegen dieser Flaggendifferenz vielfach Gegensätze aufgetreten, die den Interessen des Reiches und dem Ansehen des Deutschtums im Auslande abträglich sind. In dieser Beziehung soll die Vo. eine Brücke bilden zu einer besseren Verständigung und einer engeren Zusammenarbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Die linksgerichtete Presse spricht entrüstet von einem Handstreich und von einer Fälschung des Willens der Volksmehrheit, während die bürgerlichen Blätter die Vo. als eine nationale Tat verteidigen.

Reichspräsid. v. Hindenburg richtet am 9. an Reichskanzler Dr. Luther folgendes Schreiben: Die „zweite Vo. über die deutschen Flaggen vom 5. Mai 1926" ist in der Öffentlichkeit erheblichen Widerständen begegnet. Die außen- und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Zeit, die einer neuen Geltung Deutschlands im Auslande den Weg ebneten und uns wieder in die Weltwirtschaft eingliederten, erfordern eine starke Mitwirkung der Deutschen im Auslande und ein freudiges Bekennen aller Auslandsdeutschen zum Deutschtum bei öffentlichen Kundgebungen. Dem stand im Ausland unter besonders schweren Begleitumständen der unselige Flaggenzwist hindernd im Wege. Diesem Übelstand soll durch die VO. abgeholfen werden und ich bin überzeugt, daß dieser Zweck mit der Vo. auch erreicht wird. Nichts liegt mir — wie ich Ihnen bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe — ferner, als die durch die Verfassung bestimmten Nationalfarben zu beseitigen. Ich bin vielmehr nach wie vor fest entschlossen, die Flaggenfrage nur auf der Grundlage der Verfassung zu behandeln. Leider hat sich aber aus den Erörterungen in Presse und Öffentlichkeit erneut ergeben, wie verhängnisvoll und gefährlich für unser Volk der schwebende Streit um die Flagge ist. Hier in absehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege einen versöhnenden Ausgleich zu schaffen, der dem gegenwärtigen Deutschland und seinen Zielen entspricht und zugleich dem Werdegang in der Geschichte des Reiches gerecht wird, ist mein innigster

Wunsch. Ich bitte Sie deshalb, Herr Reichskanzler, zur geeigneten Stunde sowohl mit den gesetzgebenden Faktoren im Reich als auch mit den von dieser Frage besonders interessierten Vereinigungen in Verbindung zu treten, um diesem Ziele nachdrücklichst zuzustreben. Möge der Zeitpunkt nicht fern sein, wo sich das deutsche Volk wieder friedlich um ein und dasselbe Symbol seines staatlichen Daseins schart!

5.—7. Mai. (Reichstag) Anträge (u. a. Fürstenenteignung) und Gesetzesvorlagen.

Die Bodenreformdebatte wird geschlossen, die Entschl., in der die Regg. um einen umfassenden Wohnungsbauplan ersucht wird, wird einstimmig angenommen und in namentlicher Abstimmung gelangt der Antrag der Dem. P. auf baldige Vorlegung eines Wohnheimstättenges. mit 243 gegen 137 St. bei 29 Enthaltungen zur Annahme. Sodann wird die Aussprache über die soz. und komm. Anträge auf vollständige Aufhebung des Ausnahmezustands in Bayern zu Ende geführt; die Anträge werden abgelehnt und ein Antrag des Rechtsausschusses angenommen, der die Reichsregg. ersucht, so schnell wie möglich den Entwurf zur Errichtung eines Reichsverwaltungshofes vorzulegen, um für Streitigkeiten, die in einzelnen Ländern über die Verletzung von staatsbürgerlichen, auf der Reichsverfassung begründeten Rechten entstehen, einen geordneten Rechtsweg einzurichten. Der Ausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht Sache des Reichs, sondern der Landesgesetzgebung sei, ausnahmerechtliche Verordnungen der Länder aufzuheben. Die Frage, ob durch solche Verordnungen die Reichsverfassung zum Schaden der Staatsbürger verletzt sei, könnte nur durch einen Reichsverwaltungsgerichtshof entschieden werden, wie ihn die Ausschußentschließung anstrebt. Der Berichterstatter Abg. Hampe weist darauf hin, daß inzwischen durch die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes die Anträge gegenstandslos geworden sind. Er beantragt deshalb für seine Person Erledigung der beiden Anträge durch Übergang zur Tagesordnung.

6. Mai. Auf der Tagesordnung steht die 2. Lesung des Antrages auf Enteignung der ehem. Fürstenhäuser, mit dem das komm. Mißtrauensvotum und der völk. Antrag auf Enteignung der Börsenfürsten verbunden ist. Abg. Scheidemann (Soz.) begründet den Enteignungsantrag mit einer scharfen Polemik gegen Rechts und kündigt der Regg. die Bekämpfung der Flaggen-Vo. an. Abg. Dr. Scholz (Dtsch. Vp.) entgegnet auf die Angriffe Scheidemanns, dessen Ausführungen z. T. gar nicht zur Sache gehörten. Schließlich wird der vom Rechtsausschuß abgelehnte Enteignungsantrag mit 236 gegen 142 St. abgelehnt. Der GE. geht an die Reichsregg. zurück, die gemäß der Verfassung unverzüglich den Volksentscheid vorzunehmen hat. (Vgl. S. 100.)

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß spricht Wirtschaftsmin. Dr. Curtius über die Elektrizitätspolitik des Reiches, wobei er betont, daß die gesamte Elektrizitätswirtschaft im Interesse einer Nationalisierung eine reichsgesetzliche Zusammenfassung bedürfe. Der Ausschuß nimmt nach längerer Aussprache eine entsprechende Entschl. an, die die Einberufung des Elektrizitätsbeirats durch den Reichswirtschaftsmin. billigt.

Am 7. wird nach längerer Debatte das komm. Mißtrauensvotum gegen die St. der Komm. und Völk. bei Stimmenthaltung der Soz. abgelehnt. Verabschiedet wird in 2. und 3. Lesung der GE. zur Ergänzung der Verfassung betr. die Rechte der Interimparlamente (s. S. 5).

6./7. Mai. (Darmstadt) Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Am zweiten Tag nimmt Reichskanzler Dr. Luther das Wort: das Gesamtbild der Landwirtschaft sei zweifellos überaus trüb. Neben den großen Kräften der Selbstbehauptung müßten stärkste Intensivierung, Technisierung und Normalisierung helfen. Was die privatwirtschaftlichen Grundlagen anlange, so sei die Regg. bestrebt, alles zu tun, damit der landwirtschaftliche Betrieb sich lohne und Kredite zur Intensivierung des Betriebs zur Verfügung stünden. Ferner habe die Regg. Maßnahmen eingeleitet, um die kommende Ernte zu bergen und zu verkaufen. Reichsbankpräsid. Dr. Schacht spricht über die Reichsbankhilfmaßnahmen für die Landwirtschaft, den Wiederaufbau des Realkredits und den von ihm beabsichtigten Getreidelombard. Seine Erklärung, die Hauptsache sei die Intensivierung und die Reichsbank werde keinem Landwirt Kredite einräumen, der sie nicht zur Produktionssteigerung anlege, erregt heftigen Widerspruch in der Versammlung. Frhr. v. Wangenheim betont in seiner Antwort an Schacht die Tatsache, daß 50% der landwirtschaftlichen Betriebe bankerott seien. Auch die Zinsspannen seien unerträglich hoch und betragen vom Geldgeber bis zum Schuldner 3,5%. Schließlich wird eine Entschl. angenommen, in der verstärkter Schutz der Einheimischen gefordert wird. Jede Erschütterung der Kreditversorgung durch erneute Änderung der Aufwertungsgesetze müsse unbedingt vermieden werden. Die Wechselverschuldung müsse einer langfristigen Kreditbegebung weichen, die Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt müsse stärker durchgeführt werden. Reichsernährungsmin. Dr. Haslinde spricht über die Bedürfnisse und Ziele der Landwirtschaft.

7. Mai. Unterzeichnung des deutsch-spanischen Handelsvertrags.

7. Mai. (Bayern) Neue Verfassungsdenkschrift.

Die Regg. veröffentlicht in Fortführung ihrer Denkschrift von 1924 (s. GK. 1924, S. 1 ff.) eine zweite Denkschrift „über die Eigenstaatlichkeit der Länder unter der Weimarer Verfassung". Der erste Teil wiederholt die Forderungen der alten Denkschrift. Der zweite Teil skizziert die Einzelheiten der derzeitigen unitaristischen Entwicklungstendenz: Das Reich sei unter Verfassungsbruch dazu übergegangen, oft bis ins kleinste gesetzliche Regelung zu treffen und die Landesgesetzgebung zu binden (Besoldungssperrges., Personalabbau-Vo., Reichsmietenges. usw.). Auch halte sich das Reich bei der Gesetzgebung nicht immer an die Schranken der Reichsverfassung (z. B. Beschluß verfassungsändernder Ges. mit einfacher Stimmenmehrheit). Besonders wird das Finanzwesen der Länder geschildert, denen das Reich nicht einmal soviel Selbständigkeit gelassen habe, als sie Dr. Koch in seiner Denkschrift für die Selbstverwaltungskörper im Einheitsreich gefordert. Der dritte Teil enthält einen konkreten Vorschlag für eine Änderung der Reichsverfassung. Gegenüber der geschilderten verfassungswidrigen Entwicklung, die zu fortgesetzten Kämpfen zwischen Reich und Ländern führe, erhebt Bayern die Forderung: Verfassungsfrieden statt Verfassungskampf, Umwandlung der labilen Grundlage der Weimarer Verfassung in eine stabile klare Ordnung in der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern in Gesetzgebung und Verwaltung. Zu diesem Zweck verlangt Bayern eine stärkere verfassungsrechtliche Sicherung der Länderrechte gegen Vergewaltigungen, da sich die seitherigen Vereinbarungen und Versprechungen nicht als genügend, sondern „als Sirenenklänge" erwiesen haben. Ver-

fassungsänderungen, die unmittelbar oder mittelbar eine Verkürzung der verfassungsmäßigen Rechte der Länder bedeuten, sollen nur mit Zustimmung des Reichsrats beschlossen werden können, und (dem Beispiel der alten Reichsverfassung und der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika entsprechend) als abgelehnt gelten, wenn sich mehr als ein Viertel der Stimmenzahl des Reichsrats dagegen ausspricht.

8. Mai. (Reichsrat) Zur Annahme gelangen:

Der GE. der Regg. gegen das Volksbegehren über die Aufwertung und das Zusatzabkommen vom 8. April zum deutsch-franz. Handelsabk. vom 12. Febr.

8. Mai. (Mecklenburg-Schwerin) Wahlreform.

Der Landtag nimmt einen Antrag an, wonach auf je 6000 Einw. ein Abg. entfallen und mindestens 30 Abgg. gewählt werden sollen.

8. Mai. (Düsseldorf) Eröffnung der „Gesolei" (Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen).

10. Mai. (Weimar) Besuch des Reichspräsidenten.

11. Mai. Diplomatenempfang beim Reichspräsidenten.

Der an die Stelle von Veiga Simoes neu ernannte portug. Gesandte de Freitas überreicht dem Reichspräs. sein Beglaubigungsschreiben.

11./12. Mai. (Reichstag) Die Flaggen-Verordnung.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellation der Soz. zur Flaggenfrage und die Mißtrauensanträge der Soz. und der Völk. Die Aussprache eröffnet Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Die nunmehrige Absicht der Regg., die Vo. vom 5. Mai vorläufig nicht anzuwenden, bedeute einen gewissen Rückzug des Reichskanzlers. Aber die Erregung über den Inhalt des Erlasses und über die Art seines Zustandekommens bleibe bestehen. Die Praxis der Regg. gehe in letzter Zeit dahin, das Parlament in den Hintergrund zu drängen. Das habe sich auch beim Abschluß des Vertrags mit Rußland gezeigt. Was die verfassungsrechtliche Seite der Flaggenfrage anlange, so enthalte allerdings der Art. 3 der Verfassung schon ein böses Kompromiß durch die Festsetzung der Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold und der Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot mit der schwarz-rot-goldenen Gösch. Es sei selbstverständlich, daß die schwarz-rot-goldenen Farben zu wehen haben auf den staatlichen Gebäuden des Reiches und im Ausland. Die Handelsflagge sei freilich auch verfassungsmäßig, aber doch nur für Handelsinstitutionen. Die neue Vo. sei nichts weiter als ein faules Kompromiß. Aller Welt werde damit verkündet: Das deutsche Volk ist nicht einig über seine Flagge. ... Wer die schwarz-rot-goldene Farbe antaste, greife die demokratische Republik an. Die neue Vo. aber bedeute ein Zugeständnis an diejenigen, die sich heute noch nicht von Schwarz-Weiß-Rot trennen wollten. Daß sich der Reichskanzler den Flaggenbrief vom Reichspräsid. (s. S. 94) habe schreiben lassen, kennzeichne den bedenklichen Versuch, die politische Verantwortlichkeit von der Regierung auf den Reichspräsid. zu verschieben, aber sie bleibt bei dem Reichskanzler. Redner schließt seine Darlegungen mit einem scharfen Angriff auf den Reichskanzler, dem er entweder Mangel an staatsmännischer Einsicht oder kompromittierende politische Absichten vorwerfen müsse. Man lebe nicht dauernd von abgelehnten Mißtrauensvoten und davon, daß man es heute mit der Linken und morgen mit der Rechten halte. Reichskanzler Luther

sagt in seiner Antwort u. a. folgendes: Daß ich versucht hätte, den Reichspräsid. zu einem unmittelbaren Eingriff in die Politik zu veranlassen, diese Darstellung entspricht in gar keiner Weise den Tatsachen. Sicher ist es richtig, daß der Reichspräsid. als Persönlichkeit eine ganz scharfe politische Einstellung hat, das hat indessen mit der politischen Behandlung gar nichts zu tun. Die politische Verantwortlichkeit steht allein bei der Reichsregg. und im vorliegenden Falle beim Reichskanzler. Gerade bei Vorgängen wie dem jetzt erörterten tritt die Doppelseitigkeit der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers besonders deutlich in die Erscheinung. Dem Reichstag gegenüber vollzieht sie sich in den bekannten Formen, zweitens aber besteht sie auch gegenüber dem Reichspräsid., und zwar derart, daß, wenn irgendeine Maßnahme nicht einen Ablauf nimmt, wie der Reichspräsid. es für die Gesamtpolitik für richtig hält, er immer in der Lage sein muß, auch von sich aus nachzuprüfen, ob der von dem Reichskanzler erteilte Rat sachgemäß und richtig war. Bezüglich der Verfassungsmäßigkeit der Vo. unterliegt es gar keinem Zweifel, daß nach dem bish. Verfassungsrecht die Zuständigkeit zur Ausführung des Art. III, der von den Farben des Reiches handelt, vom Reichspräsid. vom Anbeginn in Anspruch genommen worden ist. Es ist das ein Teil der Organisationsgewalt. In der Verfassung findet sich eine ausdrückliche Vorschrift darüber, ob die Organisationsgewalt dem Reichspräsid. oder der Regg. gebührt, nicht. Aber ich glaube, diese allgemeine Organisationsgewalt ist nur ein besonderer Anwendungsfall der allgemeinen in der Verfassung festgelegten Regel, wonach der Reichspräsid. den Reichskanzler, die Minister und die Beamten ernennt. So ist stets verfahren worden. So hat der Reichspräsid. am 11. Nov. 1919 durch die Bek. über den Reichsadler gehandelt. Die grundlegende Bek. über Reichswappen und Reichsadler und die Vo. vom J. 1921 ist ebenfalls dem Reichsrat nicht vorgelegt worden. Die Reichsregg. hat sich also auch hier in vollem Einklang mit den bish. Maßnahmen befunden. Sodann schildert der Reichskanzler eingehend den Tatbestand in der Flaggenfrage im Ausland, die Schwierigkeiten zwischen den deutschen Behörden und der deutschen Bevölkerung im Ausland, die den Anlaß zur Vo. gegeben hätten, um eine Geltendmachung des Deutschtums mit allem Nachdruck zu fördern. Schließlich verteidigt Luther die Flagge in der Vo. als eine Flagge der geltenden Reichsverfassung und erklärt, daß die Vo. in Kraft sei und in Kraft bleibe. Nur die technische Durchführung bedinge eine gewisse Zeit. Im übrigen werde die Regg. die Bereinigung der gesamten Flaggenfrage alsbald in Angriff nehmen. Die Ausführungen Luthers werden von großem Lärm links begleitet. Die Sitzung wird auf eine Stunde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Beratung richtet Graf Westarp (Dnat. Vp.) an den Reichskanzler die Frage, ob es richtig sei, daß Ztr. und Dem. an die Regg. mit der Forderung herangetreten seien, die Durchführung der Vo. bis zum 1. Aug. auszusetzen, und ob das Kabinett derartige Forderungen annehme oder die Vo. unverzüglich ausführen werde. Abg. Giesberts (Ztr.) lehnt namens seiner Partei die Verantwortung für die Vo. ab, kritisiert besonders die Art, wie die Sache gemacht worden sei, hält es aber nicht für gegeben, aus der Flaggenfrage eine neue große Staats- und Kabinettskrise zu machen. Abg. Dr. Schnee (Dtsch. Vp.) begrüßt die Vo., denn die unhaltbaren Zustände bei den Auslandsdeutschen wegen der Flaggenfrage würden sich nur bessern durch gleichzeitiges Setzen der schwarz-weiß-roten Handelsflagge neben der Reichsflagge. Abg. Drewitz (Wirtsch. Vergg.) bezeichnet es als Fehler, daß die Regg. den Flaggen-

streit gerade jetzt wieder aufgerollt habe, lehnt jedoch mit Rücksicht auf die Folgen einer neuen Krise das Mißtrauensvotum ab. Abg. Leicht (Bayer. Vp.) bedauert ebenfalls den gewählten wenig günstigen Zeitpunkt der Vo. und die maßlos übertreibende Agitation der Presse und wünscht einen Ausgleich in dem unseligen Flaggenstreit. Reichskanzler Dr. Luther erklärt, daß die Vo. selbstverständlich durchgeführt werde und daß von einer Aussetzung keine Rede sei. Im übrigen würde, wenn bis Ende Juli ein versöhnlicher Ausgleich erreicht sei, die Vo. zu existieren aufhören. —

Von Bedeutung für die weitere Entwicklung der Krise werden die in der Nacht von der dem. Fraktion beschlossenen Anträge, in denen die Anregung des Reichspräsid., alle Kräfte zur Lösung der Einheitsflagge in versöhnendem Sinne einzusetzen, begrüßt, aber die Haltung des Reichskanzlers, der durch sein Verhalten in der Flaggenfrage eine Gesamtlösung dieser Frage erschwert und in sorgenschwerer Zeit einen neuen Konflikt ohne Not heraufbeschworen habe, mißbilligt wird.

In gleichem Sinne bringt das Ztr. einen Antrag ein, in dem es u. a. heißt: „Das Verhalten der Reichsregg. in der Flaggenfrage entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages. Angesichts des in der Erklärung des Herrn Reichspräsid. betonten Festhaltens an den verfassungsmäßigen Farben und der von ihm ausgesprochenen Absicht, die Flaggenfrage einer endgültigen ausgleichenden Regelung zuzuführen, beschließt der Reichstag, die baldige Einsetzung eines Ausschusses zum Zwecke einer Lösung, welche dem Frieden dient und eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Farben ausschließt."

Der soz. Antrag auf Prüfung der Frage des Gemeindebestimmungsrechts (Trockenlegung) wird mit 241 gegen 163 St. abgelehnt.

In der Sitzung am 12. spricht zunächst Abg. Koch-Weser (Dem.), der einerseits die neue Krise mit Rücksicht auf die auswärtige und auf die Handelspolitik sehr bedauert, andererseits aber betont, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Kanzler nicht mehr möglich sei und daß seine Parteikollegen im Kabinett nur verbleiben würden, wenn die Regg. sich von den Einflüssen der Rechten freimachen würde. Luther habe aber gestern, ehe die Koalition zerfallen sei, für die Dnat. optiert. Nach weiterer Debatte erfolgt die Abstimmung über die Anträge. Der 1. Teil des völk. Antrages (Ablehnung des Flaggenerlasses wegen vermehrter Betonung der schwarz-rot-goldenen Farben) wird gegen die St. der Antragsteller mit 326 gegen 13 St. bei 91 Enthaltungen (der Dnat.) abgelehnt. Der 2. Teil des völk. Antrages (Mißtrauensvotum gegen die Reichsregg.) wird mit 174 gegen 163 St. bei 91 Enthaltungen (der Dnat.) abgelehnt. Der soz. Antrag, der die Vo. vom 6. Mai mißbilligt und dem Reichskanzler das Mißtrauen ausspricht, wird mit 144 gegen 176 St. bei 104 Enthaltungen (der Dnat. und der Völk.) abgelehnt. Der 1. Teil des dem. Antrages (s. o.!) wird mit den St. der Regierungsparteien gegen die der Soz. und Komm. angenommen. Der 2. Teil des dem. Antrages (s. o.!) wird mit 176 gegen 146 St. bei 103 Enthaltungen (der Dnat. und der Völk.) angenommen. Abg. v. Guérard (Ztr.) erklärt, daß er nunmehr auf die Abstimmung über den Zentrumsantrag keinen Wert mehr lege.

12. Mai. Rücktritt der Reichsregierung.

Das amtl. Kommuniqué darüber sagt: Das Reichskabinett beschloß heute nachmittag auf Grund des Ergebnisses der heutigen Reichstags-

verhandlungen, dem Reichspräsid. die Gesamtdemission zu überreichen. Der Reichskanzler begab sich im Anschluß an die Kabinettssitzung zum Reichspräsid., um diesen Beschluß zu unterbreiten. Der Reichspräsid. nahm die Demission entgegen, ersuchte jedoch den Reichskanzler und die Reichsmin., die Geschäfte weiterzuführen. — v. Hindenburg spricht dem scheidenden Reichskanzler in einem Handschreiben den Dank für „wertvollste Dienste“ aus: Mit der Schaffung der neuen Währung, mit der Ordnung der Reichsfinanzen und mit außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der jüngsten Zeit, die Deutschland in der Welt wieder zur Geltung bringen sollen, ist Ihr Name eng verknüpft, und ich bin überzeugt, daß die Geschichte dereinst unter den Männern, denen Deutschlands Wiederaufbau zu danken ist, Sie, Herr Reichskanzler, mit an erster Stelle nennen wird.

Reichspräsid. v. Hindenburg betraut zunächst Min. Dr. Geßler mit dem unverbindlichen Auftrag, die Neubildung des Kabinetts zu versuchen. (Vgl. unten!)

13. Mai. (Saarbrücken) Generalversammlung des Gewerkvereins der Christlichen Bergarbeiter Deutschlands.

14. Mai. (Reichsrat) Zur Annahme gelangt:

Die von der Regg. eingebrachte Vorlage über die Fürstenabfindung, das dritte Kompromiß, über das der Rechtsausschuß des Reichstags zu keiner Einigung kam.

16. Mai. Termin für den Volksentscheid.

Die die Geschäfte interimistisch führende Reichsregg. beschließt, den GE. über Enteignung der Fürstenvermögen (s. S. 95) zum Volksentscheid zu stellen. Die Abstimmung findet am 20. Juni statt.

17. Mai. Ernennung des Kabinetts Marx.

Am 14. stellte Geßler (vgl. oben!) in seinem Bericht an den Reichspräsid. fest, daß er selbst nicht in der Lage sein werde, auf der Grundlage der bish. Koalition eine Regg. zu bilden, daß er aber seine Bemühungen um die Klärung der Lage fortsetzen werde. Geßler leitete daher — als „homo regius“ — die weiteren Verhandlungen. Zunächst versuchte er die Regierungsbildung auf Grund der bish. Koalition mit dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer (Ztr.) als Reichskanzler. Adenauer verhandelte (am 15.) selbst mit den Parteien und zog dabei vor allem die Möglichkeit einer kommenden „Großen Koalition“ in ernste Erwägung. Da er jedoch damit bei dem Fraktionsführer der Dtsch. Vp., Scholz, auf entschiedene Abweisung stieß, konnte er sich zur Übernahme der Kabinettsbildung nicht entschließen. Alsbald trat das Rumpfkabinett mit dem Vorschlag hervor, zur Vermeidung einer Verschleppung der Krise einen Kanzler aus der Mitte der bish. Minister zu ernennen, und zwar — anscheinend auf Vorschlag Stresemanns — Marx. Der Widerspruch in diesem Verhalten der Dtsch. Vp., die einerseits die Kandidatur Adenauer zerschlug und andererseits Marx mit der Mission, ein Kabinett der „Großen Koalition“ zu bilden, vorschlug und die unparlamentarische Art, die in den Eingriffen des Rumpfkabinetts zum Ausdruck kam, riefen in der Ztr.-Frakt. erhebliche Verstimmung und die Absicht hervor, Marx die Ablehnung aufzutragen. Ein Schreiben des Reichspräsid. an Marx aber und interfraktionelle Verhandlungen zwischen Ztr. und Dtsch. Vp. beseitigten die Schwierigkeiten. Man einigte sich dabei auf folgendes Kommuniqué:

1. Die bestehende Regierungskrise muß unverzüglich gelöst werden. Deshalb sind beide Parteien bereit, in ein Minderheitskabinett einzutreten. 2. Es besteht Übereinstimmung, daß die außen- und innenpolitische Lage mit größter Beschleunigung die Schaffung einer Regg. erfordert, die sich auf eine Mehrheit des Reichstags stützt. Für die Mehrheitsbildung können nur Parteien in Frage kommen, die die Rechtsgültigkeit der bestehenden internationalen Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik Gewähr bieten.

Dr. Marx wird nunmehr zum drittenmal Reichskanzler. Am 17. erfolgt seine Ernennung durch den Reichspräsid. und gleichzeitig die Bestätigung der Mitgl. der bish. Regg. in ihren Ämtern. Marx wird gleichzeitig mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Min. der Justiz und des Min. für die besetzten Gebiete beauftragt.

18. Mai. (Reichstag) Handelsverträge.

Die Handelsverträge mit Spanien, Portugal und Honduras und das Zusatzabkommen zum deutsch-franz. Handelsprovisorium (vgl. S. 43) werden in 2. und 3. Lesung gegen die Stimmen der Völk. und Komm. verabschiedet. Aus der Debatte sind hervorzuheben die Ausführungen des Abg. Lejeune-Jung (Dnat. Vp.): Die Geschichte des span. Handelsvertrages hat erwiesen, daß auch auf handelspolitischem Gebiet die Methode der einseitigen Zugeständnisse Deutschlands nicht der geeignete Weg ist, um zur Anerkennung unserer Gleichberechtigung in der Welt zu gelangen und daß die Wahrung der deutschen Exportinteressen nicht notwendigerweise durch eine Aufopferung von Interessen der Landwirtschaft erkauft werden muß. Jeder Exportfanatismus auf Kosten der Landwirtschaft muß letzten Endes zum schwersten Schaden für die deutsche Exportfähigkeit selbst ausschlagen. Unsere bisherigen handelspolitischen Erfahrungen berechtigen zu der Frage, ob wir mit unseren Methoden auf dem rechten Wege waren. Es ist auf die Dauer unerträglich, wenn aus Anlaß jeder Handelsvertragsverhandlung ein Gegensatz zwischen Exportindustrie und Landwirtschaft geschaffen und geführt wird. Die Opfer, die der deutschen Landwirtschaft in den Handelsverträgen zugeschoben worden sind, sind häufig vergeblich gewesen, und eine Exportsteigerung ist hierdurch nicht erzielt worden. Die formale Meistbegünstigung in Verbindung mit dem Tarifabk. hat ausländischen Waren in Deutschland Tür und Tor geöffnet, ohne unserem Export die Wege zu ebnen. Ich schlage nach dem Vorbilde der Brüsseler Zuckerkonvention vom 5. März 1902 folgendes vor: Es würde den deutschen Verpflichtungen gegenüber meistbegünstigten Ländern nicht widersprechen, wenn Deutschland mit mehreren oder allen europäischen Staaten ein Handelsabk. des Inhalts abschließt, daß die Konventionsstaaten sich verpflichten, im gegenseitigen Verkehr Fertigfabrikate nur mit einem Schutzzoll von einer bestimmten Höchstgrenze zu belasten, solche Fertigfabrikate aber, die in ihrem Erzeugungslande mit höheren Eingangszöllen oder durch Prämien geschützt sind, mit entsprechenden Zuschlagszöllen zu belegen. Derartige Zollkonventionen würden den Interessen aller inländischen Wirtschaftskreise gerecht werden. Es würde auch die Frage immer mehr an Bedeutung verlieren, ob im Einzelfalle unsere Industrie oder die Landwirtschaft die Kosten der Zugeständnisse zu tragen hat. Der Gedanke einer solchen Konvention über Höchstzölle und die vertragliche Festlegung von Zuschlagszöllen auf Erzeugnisse, die durch übermäßige Zölle im Erzeugungslande geschützt sind, würde auch in vielen europäischen Ländern Anhänger finden.

Diesen Gedanken propagierte auch der früh. Wirtschaftsmin. Dr. Neuhaus. In der „Dtsch. Allg. Ztg.“ vom 23. Mai ergreift dazu Wirtschaftsmin. Dr. Curtius das Wort und führt im wesentlichen folgendes aus: Auch ich halte zurzeit den Boden der Meistbegünstigung für unsere Handelspolitik für den allein möglichen. Der Vorschlag Neuhaus' ist deshalb wertvoll, weil er das Ziel verfolgt, den für unsere Volkswirtschaft unbedingt notwendigen Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft zu schaffen und das Zollniveau in allen Ländern gleichmäßig auf ein erträgliches Maß zu senken. Der praktischen Durchführung würden aber mannigfache Schwierigkeiten entgegenstehen. Es wird schwer sein, für die vielen Fertigwaren die Grenze dafür zu finden, ob der Zoll „übermäßig hoch“ ist. Über die Höhe des einheitlichen Maximalprozentsatzes der Wertbelastung der Fertigfabrikate werden die einzelnen Länder und die einzelnen Industrien der verschiedensten Meinung sein. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, wie dies in den einzelnen Zolltarifen zum Ausdruck kommen soll. Die Tarifsysteme der Staaten sind durchaus verschieden, die einen haben den Grundsatz der Reziprozität, andere den der Meistbegünstigung und wieder andere den der Präferenzialzölle. Dort das starre Doppelsystem mit unabänderlichen Minimalzöllen, hier das liberale System des autonomen Tarifs mit weiten Verhandlungsmöglichkeiten. Für Deutschland, das keine Wertzolltarife, sondern einen spezifischen Zolltarif hat, wird es sehr schwierig sein, die Zollhöhe so zu bemessen, daß sie dem zu vereinbarenden Höchstprozentsatz des Wertes entspricht. Und welcher Wert wäre zugrunde zu legen? Ungemein schwierig ist auch die Prüfung der Frage, ob ein Vertragsstaat seinen Zoll tatsächlich unter dem vereinbarten Zollniveau hält. Dabei käme die Vereinbarung von Schiedsgerichten oder eine ständige Überwachungskommission in Frage oder eine Regelung der Art, daß jeder Vertragsstaat sich den Rücktritt vom Kollektivvertrag vorbehält. Die Meistbegünstigungsklausel an sich ist kein Hindernis für eine allgemeine Zollnivellierung. In den bestehenden Handelsverträgen hat man die Vertragsbestimmung ausdrücklich aufgenommen, daß die Meistbegünstigung sich nicht auf solche Vergünstigungen erstreckt, die auf Grund einer gegenwärtigen oder künftigen Zollunion eingeräumt werden. Die Zollnivellierung könnte übrigens auch wohl kaum auf industrielle Produkte beschränkt werden, weil sonst für Staaten mit vorwiegend agrarischem Charakter kein Anreiz bestünde, dem Kollektivvertrage beizutreten. Der Zweck des Vorschlages, die übermäßig hohen Zollmauern der europäischen Staaten allgemein und gleichmäßig abzubauen, wäre vielleicht eher dadurch zu erreichen, daß die Staaten, statt sich auf einen Maximalprozentsatz festzulegen, die gegenwärtigen Industriezölle auf der ganzen Linie um einen bestimmten Prozentsatz ermäßigen. Notwendige Voraussetzung für die Durchführbarkeit des Planes ist schließlich — abgesehen von der Stabilisierung der Währungen der beteiligten Länder — die Vereinheitlichung der Zolltarifschemas. Erfreulicherweise hat der vorbereitende Ausschuß der Internat. Wirtschaftskonferenz in Genf das Sekretariat des Völkerbundes bereits damit betraut, Vorarbeiten über eine einheitliche Klassifizierung der Zolltarife, wenigstens für die Standarderzeugnisse, vorzunehmen. Welche weiteren Voraussetzungen für die Realisierung des Vorschlages notwendig sind, wird die sachliche Erörterung zeigen.

17./18. Mai. (Preuß. Landtag) Notetat; Putschpläne.

Anläßlich der 2. Lesung des Nothaushalts kommen die vielumstrittenen „Putschpläne“ der Rechten zur Sprache, die sich aus dem von der Poli-

zei bei Haussuchungen aufgedeckten Material ergeben. Abg. Dr. Porsch (Ztr.) gibt namens seiner Frakt. eine Erklärung ab, die, ohne dem abschließenden Urteil über die Bedeutung dieses Materials vorgreifen zu wollen, der Regg. das Vertrauen ausspricht und ein unzweideutiges Bekenntnis zur Demokratie enthält. Abg. Bartels (Komm.) meint, die herrschende Kapitalistenklasse wolle die sog. Demokratie beseitigen und die Diktatur aufrichten. Die Reichs- und die Landesregg.en selbst seien durch bewußte Verfassungsbrüche schwer belastet. An Stelle der Regg. des schwarz-weiß-roten Staatsstreichs müsse die Einheitsfront der Arbeiterschaft aufgerichtet werden. Abg. Eichhoff (Dtsch. Vp.) erklärt u. a.: Wir lehnen jede gewaltsame Änderung der Verfassung nach wie vor entschieden ab. Darum begrüßen wir es durchaus, wenn die Regg. gegen Putschpläne von rechts oder links vorgeht. Aber ein solches Vorgehen darf nicht leichtfertig in die Rechte der Staatsbürger eingreifen und darf nicht einseitig bloß gegen eine Seite gerichtet sein. Von politischen Stimmungen und Erwägungen darf sich bei solchen Maßnahmen die Regg. niemals leiten lassen. Das Vertrauen, das der Redner des Ztr. der Regg. ausgesprochen hat, teilen wir nicht. Wir haben gegen das Vorgehen die allerschwersten Bedenken. Es besteht der Eindruck, daß es sich bei dem Vorgehen um innerpolitische Gründe handle, d. h. um eine Einwirkung auf die Entwicklung im Reich. Wir glauben, eine viel größere Gefahr steht links, bei den Komm. Die Regg. muß mit gleichem Maß auch gegen links messen. Besonders bedauerlich ist das Versagen der amtl. Presseberichterstattung. Zur Pressebesprechung am Dienstag wurden nur die Vertreter der Regierungsparteien eingeladen, die übrige Presse wurde zurückgewiesen. Die amtl. Pressestelle hat sich in größten Übertreibungen gefallen. Wir erheben schließlich auch Widerspruch dagegen, daß bei den Haussuchungen Material beschlagnahmt worden ist, das nicht im Zusammenhang mit der Angelegenheit stand, so z. B. Schriften über den Bergarbeiterstreik. Wir haben gegen die Art der Durchführung der Aktion schwerste Bedenken und haben zum Teil gegen die Maßnahmen schärfsten Einspruch zu erheben. Wenn sich beim gerichtlichen Verfahren herausstellt, daß gegen angesehene Männer ohne ausreichenden Grund vorgegangen ist, so verlangen wir, daß diesen die Genugtuung zuteil wird, die sie erwarten können. Wir fordern, daß die Regg. zu der Angelegenheit von sich aus Stellung nimmt und ohne Ansehen der Person gegen die verantwortlichen Beamten einschreitet. Sodann gibt Ministerpräsid. Braun eine eingehende Darstellung der Putschpläne: Ich kann beweisen, daß es sich um ähnliche Dinge handelt wie 1920. Es wird erklärt, daß wir vor einer Linksdiktatur ständen, aber doch nur zu dem Zweck, um das Streben nach einer Rechtsdiktatur zu verbergen. Kapitän Ehrhardt arbeitet auf die Einigung aller rechtsstehenden Verbände hin, die nach einem ganz detailliert gehaltenen Aufmarschplan für die „große Auseinandersetzung mit den Novemberverbrechern“ sich bereit halten sollen. Doch soll man erst einen Linksputsch abwarten, der nötigenfalls provoziert werden muß. Nach der Niederschlagung des Kommunistenaufstandes sollen dann die Verbände die Beseitigung der parlamentarischen Verfassung und der gegenwärtigen Staatsmänner durchsetzen. Der Form nach soll laut eines vorgefundenen Briefes der Weg zur Diktatur über Art. 48 der Verfassung gehen, indem der Reichspräsid. die vollziehende Gewalt in die Hände der Militärs legt. Der Reichspräsid. hat mir erklärt, daß er ganz selbstverständlich allen diesen Plänen fernstehe. Im ganzen: die Dinge sind durchaus nicht so harmlos; die Regg. wird alle Machtmittel anwenden, um hochverräterische Unternehmungen

niederzuringen. Abg. Steinhoff (Dnat. Vp.) bezeichnet die Maßnahmen der Regg. als einen Wandschirm für den bevorstehenden roten Aufruhr. Nicht um einen Putsch der Vaterländischen Verbände handle es sich, sondern um einen Putsch der preuß. Regg. gegen die Reichswehr. Abg. Heilmann (Soz.) erörtert an der Hand von Briefen von und an Claß, Vors. des Alldeutschen Verbandes, den hochverräterischen Charakter des gesamten Planes der Alldeutschen.

Am 18. wird die Aussprache zu Ende geführt. Abg. v. Eynern (Dtsch. Vp.) sagt u. a.: Die Rede des Ministerpräsid. hat den peinlichen Eindruck der Polizeiaktion noch vertieft. Die Polizei soll eine Waffe in den Händen des Staates sein, nicht aber ein Instrument einer Partei. Unsere Opposition gegen das Kabinett Braun-Severing hat sich wieder als richtig erwiesen. Ein inzwischen eingegangener Antrag Winckler (Dnat. Vp.) stellt fest, daß die Bestimmungen der StPO. sowie die Grundrechte der Staatsbürger nach der Reichsverf. gröblich verletzt worden seien, daß die Polizei — wie der völlig negative Ausgang der Durchsuchungen beweise — ihre Maßnahmen ohne tatsächliche und rechtliche Unterlagen vorgenommen habe und daß es ihr lediglich um eine politische Sensation zu tun gewesen sei, und fordert, die Regg. zu ersuchen, den von der Durchsuchung betroffenen Persönlichkeiten Genugtuung zu verschaffen und die verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen. — In der folgenden Abstimmung wird der Notetat in 2. und 3. Lesung gegen die St. der Dnat. Vp. und der Komm. angenommen. Der Antrag der Dtsch. Vp. betr. Genugtuung für die von den Haussuchungen Betroffenen und der Antrag Winckler werden abgelehnt. Infolge Stimmenthaltung der Komm. gelangt hingegen gegen die St. der Dtsch. Vp. und der Dnat. Vp. der Antrag der Regg.sparteien zur Annahme, den Einfluß Preußens im Reich dafür geltend zu machen, daß unverzüglich das Ausführungsges. zum Art. 48 der Reichsverf. erlassen wird.

19. Mai. (Reichstag) Regierungserklärung.

Nachdem in einer ersten Sitzung der Nachtragsetat angenommen ist, tritt das Haus zu einer neuen Sitzung zusammen, um eine Erklärung der neuen Regg. entgegenzunehmen. Reichskanzler Dr. Marx widmet eingangs seiner kurzen Rede seinem Vorgänger einen herzlichen Abschiedsgruß und verzichtet ausdrücklich auf eine eingehende und umfassende Erklärung: Das Kabinett werde die bewährte Außenpolitik des Reiches weiterführen und werde die schwere wirtschaftliche Not zu heilen sich bemühen. Nur zwei Fragen wolle er besonders erwähnen: Im Flaggenstreit werde die Regg. mit ganzer Kraft darangehen, die vom Reichspräsid. vorgeschlagenen Wege einzuschlagen, ohne daß dadurch Bestand und Durchführung der Vo. vom 5. Mai berührt werde. Auch in der Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den früh. Fürstenhäusern erleide die grundsätzliche Einstellung der Regg. zu dem dem Volksentscheid unterbreiteten GE. über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten keine Änderung. Die Regg. werde deshalb auch den GE., den die früh. Regg. gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichsrat unterbreitet und den dieser mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur weiteren Beratung zuleiten. — Die sich anschließende Aussprache eröffnet Abg. Müller-Franken (Soz.), dem Lob, das Marx dem zurückgetretenen Reichskanzler gespendet hat, setzt er eine Kritik des Verhaltens Luthers gegenüber, der die Fühlung mit dem Parlament nicht aufrecht erhalten habe. Auch bei der Lösung der

Regierungskrise sei der Rat der Parteiführer dieses Mal nicht eingeholt worden. Was die Aussichten auf eine Regg. mit stabiler Mehrheit anlange, seien diese sehr gering, solange die Dtsch. Vp. ihre derzeitige Politik weiter verfolge. Und daß das Ztr. sich unter das kaudinische Joch der Rechtsparteien begeben wolle, glaube er nicht. Daher seien zunächst nur Minderheitsregg.en möglich. Zur Flaggenfrage werde seine Partei einen GE. einbringen, wonach die diplomatischen Vertretungen im Ausland ausnahmslos die schwarz-rot-goldene Flagge hissen sollen. Im ganzen sei seine Partei bereit, die Regg. zu unterstützen, solange sie die von ihr vertretene Politik weiter treibe. Innenmin. Dr. Külz dementiert im Anschluß an die Debatten im preuß. Landtag die angeblichen Zusammenhänge zwischen der Reichswehr und dem Nationalverband Deutscher Offiziere. Auch sei es nicht richtig, daß Reichswehroffiziere an dem Aufmarsch des Sportvereins „Olympia" am 1. Mai teilgenommen hätten. Abg. Graf Westarp (Dnat. Vp.) kennzeichnet das neue Kabinett als provisorisches Minderheitskabinett, das auf die Unterstützung der Soz. angewiesen sei und den Übergang bilden wolle zu einer Regg., der auch die Soz. angehörten. Seine Partei könne eine solche Regg. natürlich nicht unterstützen. Die Abgg. Guérard (Ztr.), Dr. Scholz (Dtsch. Vp.), Dr. Haas (Dem.) und Leicht (Bayer. Vp.) sprechen der neuen Regg. ihr Vertrauen aus. Schließlich wird der Billigungsantrag der Koalitionsparteien gegen die St. der Völk. und Komm. und bei Stimmenthaltung der Dnat. angenommen. — Das Haus vertagt sich bis zum 7. Juni.

20. Mai. Unterzeichnung des deutsch-holländischen Schiedsvertrags im Haag.

21. Mai. Unterzeichnung des Pariser Luftabkommens.

Näh. s. Abschn. I am Schluß!

21. Mai. Unterzeichnung eines Zusatzvertrags zum deutsch-österr. Wirtschaftsabkommen in Berlin.

23. Mai. (Hamburg) Zur Groß-Hamburg-Frage.

Die Staatl. Pressestelle beim Hamburger Senat veröffentlicht eine Erklärung, wonach die von der preuß. Regg. aufgestellten Vorbedingungen für Verhandlungen über die Groß-Hamburg-Frage auf Grund des Drews-Roedernschen Gutachtens für Hamburg unannehmbar seien und weitere Verhandlungen sich erübrigten, wenn diese Forderungen Preußens das letzte Wort darstellen sollten.

23./25. Mai. (Hirschberg i. Schles.) Tagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland.

23. Mai. (Glatz) Tagung des Deutschen Schutzbundes.

25. Mai. Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in dem deutsch-polnischen Streit betr. Chorzow.

Näh. s. Abschn. Völkerbund!

25. Mai. (Konstanz) Pfingstkonferenz christlicher Parlamentarier.

Das Thema der Tagung bildet die „Krise des Parlamentarismus". Dr. Mataja-Wien betont, daß diese Krise nicht generell sei, da man z. B. in Holland, in der Schweiz oder in England von keiner „Krise" reden könne. In den übrigen Ländern handle es sich lediglich um Män-

gel. Dr. Raeber-Luzern hebt ihm gegenüber hervor, daß der Krieg in jenen von der Krise betroffenen Ländern herrschgewohnte liberale Schichten zurückdrängte und eine soziale Umschichtung hervorrief, die Reibungen mit den alten historischen Parteien zur Folge haben mußte. Graf Lerchenfeld-München schildert die Zersetzung des neuen Systems und fordert für das parlamentarische Leben „gut vorgebildete verantwortungsbewußte Männer mit einer gesunden Weltanschauung."

28./29. Mai. (Bamberg) 1. Versammlung der neu gegründeten Deutschen Strafrechtlichen Gesellschaft.

29. Mai. (Weimar) Tagung des Reichslandbunds.

Reichsernährungsmin. Dr. Haslinde spricht über die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft.

29. Mai. (Bochum) Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Ende Mai. (Saarbrücken) Evangelisch-sozialer Kongreß.

29. Mai. (Rostock) Dr. Stresemann über die politische Lage.

In einer Landeskonferenz der Dtsch. Vp. erwidert Reichsmin. des Äußern Dr. Stresemann auf eine Rede des Grafen Westarp in Schwerin: Graf Westarp scheint zu meinen, daß die gegenwärtige schwierige Lage der deutschen Wirtschaft eine Folgeerscheinung des Dawes-Abk. sei. Diese Auffassung ist vollkommen unlogisch. Man kann nicht gegenüberstellen die Leistungen aus dem Dawes-Abk. und die Lage, wie sie ohne derartige Leistungen sein würde, sondern man muß die Situation gegenüberstellen, wie sie sich vor dem Abschluß des Dawes-Abk. und nach diesem für die Gestaltung der deutschen finanziellen und wirtschaftlichen Verhälthältnisse ergeben hat. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft seit dem verlorenen Krieg bis zum Dawes-Abk. ist eine Kette fortgesetzter Erschütterungen. Die Londoner Verhandlungen von 1924 waren der erste Versuch, eine Regelung der Reparationslasten herbeizuführen, mit dem Ziel, Erschütterungen der deutschen Währung für die Zukunft zu verhindern und die deutsche wirtschaftliche Lage bei den Reparationsleistungen zu berücksichtigen. Aber man wird auch die Frage stellen müssen, wie Deutschland über die große Krisis, die namentlich auch eine Kreditkrisis war, hinweggekommen wäre, wenn an Stelle der für diese Übergangszeit vorgesehenen Regelung der erst allmählich ansteigenden Leistungen jene Willkür Platz gegriffen hätte, die vor den Londoner Vereinbarungen sinnbildlich für die Beziehungen der Gläubigerstaaten zu Deutschland gewesen war. Deshalb gilt es auch, diese Frage nüchtern zu beleuchten und sie nicht durch parteipolitische Einseitigkeit in einem falschen Licht erscheinen zu lassen. Wenn sich im Laufe der Entwicklung herausstellen sollte, daß Methoden und Art der Dawes-Regelung nicht das bewirkten, was davon von beiden Seiten erwartet worden ist, so wäre die Voraussetzung für eine Änderung dieser Art und dieser Methoden jedenfalls eine auf gegenseitiger Verständigung aufgebaute Außenpolitik der beteiligten Mächte. Graf Westarp hat weiter gemeint, daß die Dtsch. Vp. sich dem Ztr. gegenüber verpflichtet habe, die neue Regg. nach links zur Großen Koalition zu erweitern. Der Beschluß beider Fraktionen besagt, daß die Erweiterung der Regg. nur erfolgen könne durch Parteien, die die Garantie böten für Fortführung der bisherigen Außenpolitik und für Anerkennung der bestehenden internationalen Verträge. Wenn Graf Westarp das als ein Bekenntnis zur Heranziehung der Soz. ansehe, so müßte angenommen

werden, daß er durch diese Ausführungen für die Dnat. Vp. die Garantie der Fortführung der bisherigen Außenpolitik und der Anerkennung der bestehenden internationalen Verträge ablehne. Daß angesichts der bevorstehenden Entscheidungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik eine andere Politik als die der Fortführung der gegenwärtigen Außenpolitik gar nicht in Frage kommt, ist allmählich Allgemeingut der Anschauungen weitester Volkskreise bis tief in die Dnat. Vp. hinein geworden. Graf Westarp erklärt, daß ohne die Dnat. P. und die dahinter stehenden Kreise keinesfalls regiert werden könne. Er wird aber danach die Frage, wer die Wege zur Mitarbeit der Dnat. Vp. verbaut, sich selbst beantworten müssen. Zur Frage der **Fürstenabfindung** bemerkt Stresemann, daß die Dtsch. Vp. an ihre Anhänger im Lande einmütig den Appell richte, der Stimmabgabe fernzubleiben. Ein Sieg des Volksentscheids würde von unübersehbaren Folgen für die innerstaatliche und innerpolitische Entwicklung sein.

Graf **Westarp** erwidert Stresemann auf dem Landesparteitag in Osnabrück am 5. Juni u. a. folgendes: Selbst wenn ich unterstelle, daß das Dawes-Abk. eine zweckmäßige, die Verhältnisse wesentlich bessernde Regelung sei, so bleiben dennoch die auferlegten Lasten unerfüllbar und führen zum Ruin der deutschen Wirtschaft. Wir können uns jedenfalls der Verpflichtung nicht entziehen, In- und Ausland über die Unmöglichkeit nicht nur des Transfers, sondern auch der Aufbringung der Lasten rückhaltslos aufzuklären. Stresemann wendet sich gegen meine Forderung einer kraftvollen Außenpolitik. Ich darf daran erinnern, daß die im vorigen Sommer von uns geforderte Kündigung des spanischen Handelsvertrages entgegen den damaligen Befürchtungen des Außenministeriums einen recht befriedigenden Erfolg gehabt hat. Was die Frage der Reggsbeteiligung der Dnat. und die zu garantierende Fortführung der bisherigen Außenpolitik und Anerkennung der internat. Verträge anlangt, so bleibt zunächst abzuwarten, ob die Locarno-Verträge durch Erfüllung der aufschiebenden Bedingung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, unter der sie abgeschlossen sind, bindendes internat. Recht würden. Im übrigen kann es Stresemann wirklich nicht überraschen, wenn die den Dnat. gestellte Bedingung, sich zur Fortführung der bish. Außenpolitik zu bekennen, als ein Wegweiser nach links angesehen würde. Was hat es überhaupt für einen Zweck im gegenwärtigen Augenblick, in dem das Kab. Marx und die hinter ihm stehenden Reggsparteien der Dem. und Ztr. jedes Zusammengehen mit den Dnat. entschieden ablehnen, solche Formel für etwa kommende Verhandlungen über die Reggsbildung aufzustellen? Zu einer kraftvollen Außenpolitik würde es gehören, die weiteren Verhandlungen über den Völkerbund endlich von dem Eintreten der Rückwirkungen abhängig zu machen. Eine Regg., der nicht endlich von den Locarnomächten gemäß den Zusagen und über sie hinaus Befreiung des besetzten Gebietes zugestanden wird, wird sich nicht halten können. Befriedigend sind die Ausführungen Stresemanns gegen die Beteiligung an der Abstimmung vom 20. Juni. Leider fehlt aber noch immer eine wirkungsvolle Parole des Kabinetts Marx, das seine Pflichten versäumen würde, wenn es sich nicht endlich zu einem entschiedenen Kampf gegen den revolutionären Vorstoß des komm.-soz. Volksentscheids entschlösse.

Ende Mai. (Königsberg) Tagung des Ostbunds.

Bei den Verhandlungen kommt die Not der aus Polen Vertriebenen zur Sprache, die eine baldige gesetzliche Regelung der Entschädigungsfrage

erheische, und wird die schwere wirtschaftliche und kulturelle Not der vom Mutterland abgeschnürten Grenzprovinz Ostpreußen geschildert.

1. Juni. (Oldenburg) Etat für 1926.

Der Finanzausschuß des Landtags beschließt über den Voranschlag für 1926 und stellt fest, daß ein Fehlbetrag von 180000 M. zu erwarten ist.

2. Juni. (Berlin) Unterzeichnung des deutsch-dänischen Schiedsvertrags.

Der Vertrag, abgeschlossen auf 10 Jahre, beruht auf den gleichen Grundsätzen wie die in den letzten Jahren mit anderen Ländern geschlossenen Verträge dieser Art.

2. Juni. (Preuß. Landtag) Zur Fürstenabfindung.

Bei der Beratung des Etats des Finanzmin. verteidigt Finanzmin. Dr. Höpker-Aschoff eingehend seine Stellungnahme in der Frage der Auseinandersetzung mit den Fürsten: Der Streit über das Eigentum von Staat und Krone sei über hundert Jahre alt. Nach dem allgemeinen Landrecht sei das gesamte unbewegliche Vermögen Staatseigentum gewesen. Die von der Krone beanspruchten Besitzungen seien Staatseigentum. Eine Enteignung könne man daher keinesfalls Raub nennen. Er persönlich würde den Volksentscheid nicht begrüßen und sei jederzeit für eine gerechte Lösung eingetreten.

2. Juni. (Lübeck) Rücktritt des Bürgermeisters.

Die Bürgerschaft nimmt mit 43 gegen 32 St. das soz. Mißtrauensvotum gegen Bürgermeister Dr. Neumann an, der infolgedessen seinen Rücktritt erklärt.

3. Jnni. (Erfurt) Wirtschaftskonferenz der Dtsch. Vp.

Auf der Tagung des Reichsausschusses für Handel und Industrie der Dtsch. Vp. spricht Abg. Albrecht über die deutsche Wirtschaftsnot und empfiehlt als einzige Rettung die Orientierung nach östlichen Kontinenten. Wirtschaftsmin. Dr. Curtius erörtert vor allem die Notwendigkeit einer Änderung des Bankges., die auch von den Reparationsgläubigern anerkannt werde. Außenmin. Dr. Stresemann nimmt in vertraulichen Ausführungen zur Frage des Dawes-Abk. Stellung, wobei er besonders die Auffassung bekämpft, als ob die Tarife der Reichsbahn nur durch den Dawesplan bedingt seien.

3. Juni. Der neue mexikanische Gesandte De Negri überreicht dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben.

4. Juni. Neuer Generaldirektor der Reichsbahn.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft wählt den bish. stellv. Generaldirektor Dr. Dorpmüller einstimmig zum Generaldirektor.

4. Juni. (Lübeck) 700-Jahrfeier.

5. Juni. Der Reichspräsident ernennt den Abteilungsleiter im Reichsjustizministerium Karl Werner zum Oberreichsanwalt.

6. Juni. (Schaumburg-Lippe) Abstimmung über die Anschlußfrage.

Ergebnis: 9858 Ja-St., 11288 Nein-St. und 132 ungültig. Wider Erwarten spricht sich damit die Mehrheit des Volkes gegen den Anschluß an Preußen aus.

6. Juni. (Mecklenburg-Schwerin) Landtagswahlen.

Ergebnis: Dnat. Vp. 63237 St. = 12 (1924: 19) Sitze, Soz. P. 111404 St. = 20 (15) S., Völk. 26160 St. = 5 (13) S., Komm. P. 18463 St. = 3 (9) S., Dtsch. Vp. 23430 St. = 4 (5) S., Dem. P. 8475 St. = 2 (2) S., Mieterp. 7287 St. = 1 (0) S., Wirtschaftsp. 16146 St. = 3 (1) S., Natsoz. 4607 St. = — S. Die Wahlbeteiligung ist ausgesprochen schwach (durchschnittlich 60%).

Zum Sieg der Linken bemerkt die „Dtsch. Allg. Ztg." v. 8. Juni: Das ganze Wahlergebnis ist in erster Linie die Folge der völk. Agitation. Sie haben nicht nur die alte Regg. gestürzt, ohne einen politischen Grund dafür zu haben, sondern sie haben die bürgerliche Mehrheit zerschlagen und in einem durchaus agrarischen Land den Soz. die Möglichkeit in die Hände gespielt, im Verein mit der Wirtschaftsp. und den Dem. eine überwiegende soz. Mehrheit zu bilden. Es wäre falsch, vor der Bedeutung dieses Wahlergebnisses die Augen zu verschließen. Wenn überhaupt, so ist gerade Mecklenburg ein Land, das eine zielbewußte, bürgerliche Führung weiterhin gebraucht hätte. — Die „Tägl. Rundschau" v. 9. Juni schreibt: Die Bedeutung der mecklenburg. Landtagswahlen geht weit über die einer gewöhnlichen Länderwahl hinaus. Daß die Linkspresse triumphiert, ist erklärlich, denn während die Linksparteien ihre Leute augenscheinlich in stattlicher Zahl an die Wahlurne gebracht haben, sehen wir auf der rechten Seite deutlich die Zeichen von Wahlmüdigkeit und politischer Gleichgültigkeit. Das beständige, ziellose gefühlsmäßige Schimpfen und Klagen über die gegenwärtigen Zustände und die Regg. ohne die rechte Würdigung des praktisch Notwendigen und Erreichbaren ist auf der rechten Seite so zur Gewohnheit geworden, daß der Überdruß an der Politik in Kreisen, die ohnehin politisch schwer in Bewegung zu setzen sind, wenn sie sich nicht durch irgendeinen besonderen Anlaß innerhalb ihres engeren Gesichtskreises gereizt fühlen, nachgerade einen Gipfelpunkt erreicht hat. Wann werden wir endlich zur Betätigung eines lebhafteren politischen Pflichtgefühls gelangen? Es kommt hinzu, daß die kleineren nebensächlicheren Meinungsverschiedenheiten mit dem gesinnungsverwandten Nachbarn den rechten Durchschnittsdeutschen gewöhnlich viel mehr beschäftigen und erregen als die großen Grundsätze und Gegensätze, die die Gestaltung des politischen Lebens bedingen. Man darf sich auch jetzt nicht wundern, daß die Betrachtungen der Parteien, die bei der mecklenburg. Wahl schwere Verluste erlitten haben, nicht etwa den Grund in den eigenen Fehlern suchen und ihren Anhängern ins Gewissen reden, sondern vor allem den Kampf gegen die Nachbarpartei aufnehmen und diese mit Vorwürfen überschütten. Es ist noch hinzuzufügen, daß die sehr geringfügigen Verluste, die die Dtsch. Vp. erlitten hat, zeigen, daß es sich nicht so sehr um einen wirklichen Ruck nach Links in der allgemeinen Stimmung als vielmehr um Unterlassungssünden der weiter rechts stehenden Parteien handelt.

7. Juni. (Reichstag) Zusammentritt; Enqueteausschuß.

Präsid. Löbe eröffnet die erste Sitzung nach den Pfingstferien mit anerkennenden Nachrufen auf den † Generaldirektor der Reichsbahn Oeser und den † Staatsmin. a. D. v. Berlepsch, dessen Name jahrzehntelang mit der deutschen Sozialpolitik untrennbar verbunden gewesen sei. In 2. Lesung wird die Novelle zum Reichsknappschaftsges. (S. 3) beraten.

Am gleichen Tag tritt der Enquete-Ausschuß (zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft) zusammen, wobei Wirtschaftsmin. Dr. Curtius folgendes Programm ent-

wickelt: Die mit dem Enquete-Ausschuß zur Zeit seiner Einsetzung verfolgten Zwecke bestehen auch heute noch in vollem Umfang, vielleicht noch dringlicher. Denn inzwischen ist über die deutsche Wirtschaft eine schwere Krise hereingebrochen, deren akute Symptome abgeschwächt sein mögen, die aber eine fortwirkende allgemeine wirtschaftliche Depression nach sich gezogen hat. Mit Recht hat daher der Reichstag im Volkswirtsch. Ausschuß jüngst gefordert, daß sich der Enquete-Ausschuß auch mit den Gründen und Auswirkungen der Krise beschäftigen möge. Denn damit, daß diese Krise gemeinhin als eine Deflationskrise bezeichnet wird, ist über ihren wahren Charakter noch nichts Entscheidendes gesagt. Wir müssen uns nach alldem, was wir während des Kriegs, während der Inflation und der ihr folgenden Deflation erlebt haben, eine Bestandsübersicht über die produktiven Kräfte, die Rohstoffverhältnisse, Arbeitsbedingungen und die Absatzverhältnisse schaffen. Andererseits müssen wir zum vollen Verständnis die Ursachen klarlegen, welche unsere heutige Lage bedingen. Darüber hinaus werden wir uns durch vorsichtige Erfassung von erkennbaren Entwicklungstendenzen auch über den voraussichtlichen Weg der Entwicklung Aufschluß zu geben versuchen. Nur so sind die Erkenntnisgrundlagen zu gewinnen, die wir für eine aus dieser schweren Zeit herausführende Wirtschaftspolitik brauchen. So gehört es zu dem vornehmsten Zweck dieser Enquete, die Diagnose unserer Wirtschaft zu stellen, die dem einzelnen Wirtschafter manchen wertvollen Fingerzeig für zweckmäßiges Verhalten geben kann und die für die politischen Instanzen eine brauchbare Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen bildet. In diesem Sinn hat die Enquete eine unbedingt aktuelle Bedeutung für unsere Wirtschaftspraxis. Ferner haben die Untersuchungen bedeutsame aus der Weltwirtschaftslage entspringende Zwecke. Wenn man die Kommissionsberichte des vorbereitenden Ausschusses der internat. Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes durchsieht, wird man sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß es im großen um das gleiche Problem geht, was uns hier zunächst nur unter Beziehung auf unsere eigenen Wirtschaftsinteressen berührt, d. h. um eine Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen in der ganzen Welt. Bei Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz dürften die Untersuchungen dieses Ausschusses die wertvollsten, unbedingt objektiven Unterlagen für deren Arbeiten bieten. Nicht zuletzt haben die Untersuchungen Bedeutung für alle Fragen, die unmittelbar oder mittelbar mit dem zentralen Problem der Reparation zusammenhängen. Der Bericht des Reparationsagenten über das erste Reparationsjahr (vom 30. Mai und 30. Nov. 1925) baut auf einer zu schmalen Erkenntnisbasis auf. Er betrachtet unsere komplizierten wirtschaftlichen Zusammenhänge unter dem einseitigen Gesichtspunkt der Ermöglichung des Transfers. Er umfaßt einen Zeitraum unserer Wirtschaftsentwicklung, der nach der Kreditkrise im Frühjahr und Sommer 1924 und vor der Krise 1925/26 liegt. Folgerungen aus der Scheinblüte, aus der vorübergehenden Konjunktur unserer Wirtschaft in diesem Zeitraum, zu ziehen sind notwendigerweise verfehlt. Wir bedürfen dringend eines eigenen Berichts über den wahren Stand unserer Wirtschaft. Das ist auch erforderlich gegenüber dem Bericht des Dawes-Komitees. Die Dawes-Sachverständigen sind davon ausgegangen, daß die deutsche Wirtschaft mit einem ausgezeichneten Produktionsapparat und ohne Schulden nur des Zustroms fremden Kapitals bedürfe, um voll arbeiten zu können und alsbald einen erheblichen Überschuß abzuwerfen. Tatsächlich waren aber die Absatzmöglichkeiten zur Beschäftigung der Produktionsmittel nur in beschränktem Umfange vorhanden und die hohen Kosten, die Deutsch-

lands Betriebskapital belasten, bedrücken die Wirtschaft stärker, als es frühere Verschuldung und Vorkriegsabgaben taten. Daran, daß die Erwartungen der Sachverständigen über die Ausnutzbarkeit der deutschen Produktionsmittel nicht in Erfüllung gegangen sind, ist auch die handelspolitische Absperrung der fremden Völker, insbesondere der Reparationsgläubiger, schuld. Das Dawes-Gutachten rechnete irrtümlich mit dem Fortfall der Arbeitslosigkeit. Das Ziel des Ausschusses ist, ein Gesamtbild der deutschen Wirtschaft zu geben. Als leitende Gesichtspunkte werden zwei Fragestellungen dienen: Inwieweit hat die wirtschaftliche Notlage ihren Ausgangspunkt auf der Angebotsseite und wieweit auf der Seite der Nachfrage? Einerseits können die allgemeinen Produktionsbedingungen die wirtschaftliche Stockung verursacht haben, andererseits liegt möglicherweise der Hauptgrund in einer Veränderung der Absatzbedingungen, infolge einer Einschrumpfung der inländischen Kaufkraft oder infolge der großen strukturellen Veränderung des Weltmarkts. Ernährungsmin. Dr. Haslinde begrüßt die Einbeziehung des Agrarproblems in die Untersuchung. Dabei werde es notwendig sein, die Agraruntersuchungen nicht allein auf landwirtschaftliche Angelegenheiten, sondern auch auf die damit zusammenhängenden Betriebszweige und Nebenbetriebe zu erstrecken. Auch werde es besonders darauf ankommen, Klarheit in die Frage des Verhältnisses von Rentabilität zur intensiven Betriebsweise und der sehr wünschenswerten weiteren Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu bringen.

10./11. Juni. (Reichstag) Fürstenabfindungsvorlage; Hindenburgbrief; deutsch-russ. Vertrag.

Auf der Tagesordnung steht die 1. Beratung des Reggs-Entw. über die Fürstenabfindung (RTD Nr. 2324). Die komm. Interpellation, die sich gegen den Hindenburgbrief (S. 94 f.) richtet, wird mit der Debatte verbunden. Reichskanzler Dr. Marx gibt eine Erklärung der Regg. folgenden Inhalts ab: Der vorliegende Entw. entspringt dem Versuch des Reichstags, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den früher regierenden Fürstenhäusern durch Initiativges. herbeizuführen. Die Regg. hat dieses gesetzgeberische Vorgehen mit Nachdruck unterstützt. Sie hat in eingehenden Verhandlungen die Reggsparteien auf dem Boden eines KompromißGE. zusammengeführt und bei der Fassung des GE. weitgehend mitgewirkt. Sie hat schließlich, um über das Stadium der Ausschußberatungen hinaus zu positiven und praktischen Gesetzgebungsresultaten zu kommen, von sich aus den heute vorliegenden GE. beim Reichsrat eingebracht, den dieser mit sehr großer Mehrheit angenommen hat (S. 100). Die Regg. legt entscheidenden Wert darauf, daß auf der Grundlage des jetzt zur Beratung stehenden GE. eine befriedigende Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern gefunden wird. Der GE., der dem bevorstehenden Volksentscheid zugrunde liegt, ist nach Auffassung der Regg. keine solche annehmbare Lösung. Die grundlegenden Veränderungen, die in politischer, staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung in der Nachkriegszeit eingetreten sind, konnten die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern nicht unberührt lassen. Nach der verfassungsmäßigen Überwindung der Revolution müssen die Grundlagen des Rechtsstaates unversehrt bleiben. Zu ihnen gehören: Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und Unantastbarkeit des Privateigentums. Die im Volksbegehren verlangte entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser ist unvereinbar mit diesen obersten Geboten eines Rechtsstaates. Demgegenüber hält die Reggsvorlage an den verfassungsmäßigen

Grundlagen fest, ohne die politischen und gesetzgeberischen Notwendigkeiten außer acht zu lassen, die sich aus dem Wegfall der staatlichen Hoheitsstellung der Fürsten und aus der durch Krieg und Inflation hervorgerufenen allgemeinen Volksverarmung ergeben. Die Auffassung der Regg., daß der vorliegende GE. eine befriedigende Lösung des Auseinandersetzungsproblems darstellt, wird von den Staatsregg.en der an der Lösung dieser Frage in erster Linie beteiligten Länder, insbesondere von denen Preußens und Thüringens, geteilt. (Rufe rechts: „Preußen!") Die Regg. ist aber des weiteren auch der Auffassung, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den dringenden Wunsch und den Anspruch hat, daß der Reichstag eine gesetzgeberische Lösung seinerseits findet. Sie hält es deswegen für ein innerpolitisches Gebot, das Gesetz, über dessen Einzelheiten monatelang in der eingehendsten Weise beraten worden ist, nunmehr mit aller nur möglichen Beschleunigung zu verabschieden. Sie möchte dabei keinen Zweifel lassen, daß es durchaus irrig sein würde, anzunehmen, daß sie nach einem verneinenden Ergebnis des Volksentscheides von einer gesetzlichen Regelung Abstand nehmen könnte. Die Regg. wird auch dann mit aller Entschiedenheit auf eine gesetzgeberische Regelung im Geiste der Vorlage dringen und würde die ihr geboten erscheinenden Konsequenzen nicht scheuen, falls sich im Reichstag endgültig die Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Abfindungsgesetzes ergeben sollte.

Die von Abg. Guerard (Ztr.) namens der Regierungsparteien abgegebene Erklärung besagt u. a.: Wir haben Ende April den GE. über Enteignung der Fürstenvermögen, der jetzt dem Volksentscheid unterliegt, einmütig abgelehnt, haben aber niemals verkannt, daß eine vernünftige gesetzliche Regelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern unbedingt erforderlich ist. Dieser Auffassung entsprechend sind die Regierungsparteien dauernd tätig gewesen. Ihre Arbeit hat in einem vereinbarten GE. ihren Ausdruck gefunden, dessen Inhalt die Reichsregg. zur Grundlage des zur Beratung stehenden GE. gemacht hat. Wir begrüßen die heutige Erklärung der Reichsregg. und nehmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Regg. gewillt ist, mit dem vollen Einsatz ihrer Verantwortlichkeit auf die Verabschiedung dieses Ges. hinzuwirken. Wir erklären mit nachdrücklichstem Ernst, daß wir alles daran setzen werden, den vorliegenden GE. in allen wesentlichen Bestandteilen zur Annahme zu bringen. In ihm soll ein Ges. geschaffen werden, das der veränderten staatsrechtlichen Stellung der Fürstenhäuser entspricht. Das Ges. wird den Fürsten nur das Vermögen belassen, welches sie als unzweifelhaftes Privateigentum erworben haben. Den Folgen des verlorenen Krieges, der Verarmung des Volkes und der gesamten Vermögenslage der Fürsten wird ausreichend Rechnung getragen. Den Ländern soll zugeteilt werden, worauf sie aus Gründen der Kultur oder der Volksgesundheit Anspruch haben. Den Fürsten wird keine bessere Aufwertung zuteil als anderen Staatsbürgern. Andererseits werden die Fürsten auch nicht, wie es der Volksentscheid will, außerhalb der Grundrechte gestellt, auf die jeder Deutsche Anspruch hat. Die Regierungsparteien geben sich der bestimmten Erwartung hin, daß der Reichstag sich der Notwendigkeit, ein solches Ges. zur Verabschiedung zu bringen, nicht verschließen wird. — Müller-Franken (Soz.): Der Reichskanzler hat behauptet, daß der GE. der dem Volksentscheid zugrunde liegt, den Grundsätzen des Rechtsstaates widerspricht. Wir haben früher bereits darauf hingewiesen, daß die Verfassung ausdrücklich eine entschädigungslose Enteignung kennt, und daß der

in der Verfassung vorgesehene Fall hier durchaus gegeben ist. Im übrigen haben Sie gehört, daß die Reichsregg. Wert darauf legt, daß das Ges. baldigst verabschiedet wird. Daß es vor dem 20. Juni nicht verabschiedet wird, ist sicher. Zunächst hat das deutsche Volk das Wort. Die Verhandlungen im Rechtsausschuß hängen entscheidend von dem ab, was das deutsche Volk beschließen wird. Wir hätten deshalb vielleicht sogar in der jetzigen Situation auf neue Erklärungen verzichten können, wenn sich nicht eine neue Tatsache ereignet hätte, die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes durch Herrn v. Loebell. Es ist reine Spiegelfechterei, wenn man behauptet, daß es nur ein Privatbrief sei. Die Angelegenheit ist von höchster politischer Bedeutung. Wenn ein Mann wie Hindenburg einen Brief schreibt, der in Millionen von Exemplaren verbreitet wird, so ist das kein Privatbrief. Es ist auch gar kein Zweifel, daß Herr von Loebell gar nicht beabsichtigt hat, einen Privatbriefwechsel zu eröffnen, daß es ihm vielmehr von vornherein darauf angekommen ist, weil der Reichspräsid. verfassungsmäßige Bedenken hatte, auf dem Wege der Schiebung vorzugehen. Mit Herrn v. Loebell will ich mich im übrigen im einzelnen nicht weiter befassen, nachdem er als Fälscher und Lügner öffentlich gestäupt worden ist. Ich habe nicht gefunden, daß er den Mut aufgebracht hat, sein unqualifizierbares Benehmen zu verteidigen. Die Tatsache, daß der Briefwechsel veröffentlicht worden ist, veranlaßt meine Frakt. zu folgender Erklärung: „Herr Reichspräsid. Hindenburg ist unter Mißachtung seiner verfassungsrechtlichen Stellung veranlaßt worden, gegen den von 12½ Mill. wahlberechtigten deutschen Staatsbürgern beantragten GE. zur Fürstenenteignung und den auf Grund des § 73 der Verfassung anberaumten Volksentscheid in einer öffentlichen Kundgebung einseitig Stellung zu nehmen. Der Reichspräsid. hat damit die neutrale Haltung aufgegeben, die er gegenüber innenpolitischen Streitfragen einzunehmen feierlich versprochen hat, und sich mit seiner Person in die Streitfragen eingemengt. Wir erblicken darin eine Verletzung der durch sein Amt gebotenen überparteilichen Haltung. Hätte der erste Reichspräsid. Fr. Ebert in gleicher Form sich öffentlich für das im Volksbegehren geforderte Ges. ausgesprochen, so würde ihm das sicher die schwersten Beschimpfungen derselben Leute eingetragen haben, die den Reichspräsid. Hindenburg zu seiner herabsetzenden Kritik an dem dem Volksentscheid unterliegenden GE. veranlaßt haben. Der Reichspräsid. nennt diesen GE. einen Verstoß gegen Recht und Moral. Die Schamlosigkeit der Fürstenansprüche ist im Rechtsausschuß in zahlreichen Fällen erwiesen. Aber nicht darum, was Recht und Moral ist, geht unsere Auseinandersetzung mit dem Reichspräsid.; darüber wird das deutsche Volk am 20. Juni entscheiden. Wir fragen, ob es angängig ist, daß ein Reichspräsid. das Begehren von 12½ Mill. Deutschen als dem Recht und der Moral widerstreitend bezeichnet und damit einen so großen Teil des eigenen Volkes mit dem Makel unmoralischen und ungerechten Handelns versieht? Ist es die Aufgabe eines Staatsoberhauptes, das gelobt hat, alle Bürger des Staates gleichermaßen zu vertreten, in solcher Weise einseitig Partei zu ergreifen und Millionen Deutscher zu verletzen? Die deutsche Soz., die das Ges. gegen die Beraubung des deutschen Volkes durch die Fürsten beantragt hat, erhebt gegen die Parteilichkeit des Reichspräsid. öffentlich Protest. Sie fordert die deutschen Wählerinnen und Wähler auf, das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht des Volksentscheids auszuüben, damit Volkswohl siegt über Fürstenraub."

Der gen. **Brief Hindenburgs**, den v. **Loebell** in der politischen Wochenschrift „Der Deutschenspiegel“ (Sonderheft v. 7. Juni 1926) veröffentlichte, hat folgenden Wortlaut: Sehr geehrte Exz.! Von Ihrem Schreiben vom 19. Mai habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ihrer Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen. Auch von einem Erlasse an die Reichsregg. möchte ich absehen: Die Reichsregg. hat bereits in ihrer Kundgebung vom 24. April d. J. vor dem deutschen Volke klar und deutlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben, widerspricht. Sie hat von diesem Standpunkt des Rechts sowohl in der erwähnten amtlichen Kundgebung als auch durch den Reichsmin. des Innern in der Reichstagssitzung vom 28. April d. J. ausgesprochen, daß sie das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen auf das entschiedenste ablehne. Die unter dem Reichskanzler Dr. Marx am 17. Mai 1926 neugebildete Reichsregg. hat sich in ihrer Erklärung vom 19. Mai diesen Standpunkt ausdrücklich zu eigen gemacht. Ich kann daher annehmen, daß die Regg., ohne daß es eines besonderen Schrittes meinerseits bedarf, Ihre Auffassung über die rechtliche Tragweite und Gefahr des Volksbegehrens teilt. Was die von Ihnen berührten, im weiteren Verlauf der Dinge von mir persönlich zu treffenden Entscheidungen anlangt, so muß ich mir — wie es die Verfassung vorsieht — meine Entschließung vorbehalten, bis das Ergebnis des Volksentscheids und das sich hierauf gründende Ausführungsgesetz vorliegt und die Frage der Vollziehung dieser Gesetze an mich herantritt. Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen meine persönliche Auffassung dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerten Besorgnisse in vollem Umfange teile und die gleichen Bedenken wie Sie auch schon von Anfang dieser Entwicklung der Dinge an auch der Reichsregg. gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der Deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen. Ich will mich aber bemühen, den Enteignungsantrag hier nicht als eine politische, sondern lediglich als eine moralische und rechtliche Angelegenheit zu betrachten. Ich sehe in ihm unter diesem Gesichtspunkt einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaats, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist. Er verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts. Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt, wenn es der Zufälligkeit einer, vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen. Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Methode entstehen, durch Aufreizung der Instinkte der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen auf dem Wege der Enteignung weiter zu gehen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines kulturellen, wirtschaft-

lichen und staatlichen Lebens zu entziehen. — Ich sehe hierin eine große Gefahr, die gerade in unserer Lage, in der die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und ideellen Kräfte für unsere Selbstbehauptung am notwendigsten ist, unsere staatlichen Grundlagen bedroht und in einem Zeitpunkt, wo wir eben die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer wirtschaftlicher Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schädigt. Ich bin überzeugt, daß trotz der starken, vielfach wenig schönen Agitation für das Volksbegehren das ruhige Urteil und der gesunde Sinn unseres Volkes diese moralische und rechtliche Seite der Frage nicht verkennen und die unabsehbare Gefahr, die allen Schichten des Volkes hier droht, nicht übersehen wird. Ich hoffe daher zuversichtlich, daß unsere Mitbürger in der Entscheidung vom 20. Juni diesen Erwägungen Rechnung tragen und den Schaden abwenden werden, der sonst dem ersten Grundgesetz jedes Staates, dem Rechte und der Gerechtigkeit, erwachsen würde. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener gez.: v. Hindenburg.

Als Antwort auf die Ausführungen Müllers (S. 112 f.) erklärt Reichskanzler Dr. Marx folgendes: Nach Art. 50 der Reichsverfassung bedürfen alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsid. zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung. Daraus ergibt sich, daß sie nur solche Kundgebungen im Auge hat, die der Reichspräsid. in unmittelbarer Ausübung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Staatshoheit vornimmt und die ihrer Natur nach die Möglichkeit einer Vollziehung zulassen. (Großer Lärm links.) Abg. Rosenfeld (Soz.) ruft: „Decken Sie den Wortbruch Hindenburgs?“ Dieser Zwischenruf ruft den äußersten Sturm der Rechten hervor. . . . Der Reichskanzler fährt dann fort: Ich verwahre mich entschieden gegen den Vorwurf, daß der Reichspräsid. irgendwie sein Wort gebrochen hat. Diese Voraussetzungen liegen nicht vor bei persönlichen Meinungsäußerungen des Reichspräsid., die keine Anordnungen oder Verfügungen enthalten und deshalb nicht bestimmt sind, in den Gang der Staatsgeschäfte unmittelbar einzugreifen. Die in Frage stehende Kundgebung des Reichspräsid. bedurfte hiernach keiner Gegenzeichnung. Im übrigen gestatte ich mir noch folgendes hervorzuheben: Die Richtlinien der Politik werden nach Art. 56 der Reichsverfassung vom Reichskanzler bestimmt, der dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung trägt. Eine entschädigungslose Enteignung der vormals regierenden Fürstenhäuser, wie sie in dem zum Volksentscheid gestellten GE. verlangt wird, hat die Reichsregg. bereits wiederholt als mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates nicht vereinbar bezeichnet. Der Inhalt des Briefes des Reichspräsid., der die gleiche Auffassung zum Ausdruck bringt und ausdrücklich auf die Stellungnahme der Reichsregg. Bezug nimmt, steht danach im sachlichen Einklang mit der von mir verfolgten Politik. Eine Mißachtung seiner verfassungsmäßigen Stellung kann ich in dem Verfahren des Herrn Reichspräsid. nicht erblicken.

Abg. Dr. Barth (Dnat. Vp.) spricht sich für die Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß aus, bekämpft die durch den Volksentscheid beabsichtigte entschädigungslose Enteignung und dankt dem Reichspräsid., daß er sich im Abwehrkampf gegen den Bolschewismus auch hier als der getreue Eckart des deutschen Volkes erwiesen habe. Abg. Neubauer (Komm.) bezeichnet die Vorlage als eine Heuchelei und den Brief Hindenburgs als einen reaktionären Akt und als ein Dokument der Unehrlichkeit. (Ordnungsruf des Präsid.) Abg. v. Gräfe (Völk.) erhebt grundsätzliche Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage,

so gegen die Befugnis des Sondergerichts, auch unbestrittenes Privateigentum der Fürsten dem Lande zuzuweisen und gegen die Zulassung von Vo. Abg. v. Guérard (Ztr.) erklärt: Die Angelegenheit des Hindenburgbriefes ist u. E. durch die lediglich auf die staatsrechtliche und verfassungsrechtliche Seite sich beziehende Erklärung des Reichskanzlers erschöpft. Der Brief ist an sich ein politischer Akt und behandelt die aktuellste politische Frage der Gegenwart. Wir sind deshalb der Meinung, daß der Brief wegen der überparteilichen Stellung des Reichspräsid. besser nicht geschrieben worden wäre. Unverantwortlich, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, ist das Vorgehen des Vors. des Reichsbürgerrats v. Loebell und seiner Hintermänner. Das Wirken dieses Mannes ist geradezu volksverhetzend und gefährdet die Integrität der Stellung des Reichspräsid., was wir im Interesse unseres Vaterlandes auf das tiefste bedauern. Abg. Koch-Weser (Dem.) verliest eine Erklärung, in der es heißt: Die dem. Frakt. vermag der Erklärung der Regg. nicht beizutreten. Sie hält an der Bismarckschen Auffassung fest, daß der Repräsentant des Staates nicht ohne ministerielle Bekleidungsstücke vor die Öffentlichkeit treten dürfe, einer Anschauung, von der erst Wilhelm II. unter dem Einfluß unverantwortlicher und falscher Ratgeber abgewichen ist. Die Deckung der öffentlichen Äußerungen des Repräsentanten des Staates ist nicht etwa eine Forderung der Demokratie oder des Parlamentarismus oder des Liberalismus, sondern eine konstitutionelle Forderung schlechthin. Die Dem. P. bedauert, daß man sich nicht gescheut hat, den Reichspräsid. in den Vordergrund des politischen Kampfes zu ziehen, aber auch die Zwischenfälle, die sich im Reichstag an die Erklärung des Reichskanzlers geknüpft haben. Abg. Morath (Wirtsch. Vgg.) erklärt sich namens seiner Frakt. entschieden gegen den Volksentscheid. Die Vorlage der Regg. wird an den Rechtsausschuß überwiesen. Die Interpellation der Komm. wird für erledigt erklärt.

Es folgt die 1. Beratung des deutsch-russ. Vertrages (Berliner Vertrag, S. 87 ff.). Reichskanzler Dr. Marx erklärt dazu: Der Ihnen vorliegende Vertrag bedarf an sich nicht der Zustimmung gesetzgebender Körperschaften. Angesichts seiner besonderen politischen Bedeutung hat sich die Reichsregg. aber entschlossen, diese Zustimmung trotzdem einzuholen, bevor der Austausch der Ratifikationsurkunden stattfindet. Ich glaube, daß in den vergangenen Jahren kaum jemals eine allgemeine außenpolitische Aussprache im Reichstag stattgefunden hat, bei der nicht von der jeweiligen Regg. und den Parteien übereinstimmend die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Rußland betont worden wäre. Nachdem die traditionelle jahrhundertelange Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland durch den Weltkrieg zum Unglück beider Länder gebrochen war, zeigte sich schon im Vertrage von Rapallo vom Frühjahr 1922 das beiderseitige Bedürfnis, die alte Grundlage guter Beziehungen wiederherzustellen. Es ist begreiflich, daß der Vertrag so als aus einer Art Schicksalsgemeinschaft geboren erschien. Es war aber gleichwohl kein Bündnis und kein Abkommen mit aggressiven Zielen. Sein Zweck lag allein darin, die Gegensätze des Weltkrieges durch Verständigung für immer zu beseitigen und damit die Grundlage für ein freundschaftliches und vertrauensvolles Nebeneinanderleben der beiden Völker zu schaffen. Seitdem ist die Entwicklung der internationalen Politik fortgeschritten. Die deutsche Politik hat die Linie verfolgt und mußte die Linie verfolgen, auch mit den Mächten des Versailler Vertrages zu einem Nebeneinanderleben, zu einer Verständigung zu gelangen. So hat uns unser

Weg vom Ruhreinbruch und der Sanktionspolitik zu der Londoner Dawes-Konferenz und von da nach Locarno und Genf geführt. Auch Rußland hat seine außenpolitische Stellung seit dem Jahre 1922 festigen können. Aber diese Entwicklung hat nichts an den Tatsachen geändert, die den innersten Grund für den Rapallo-Vertrag bildeten. Auch jetzt ist im deutschen wie im russischen Volke die Erkenntnis lebendig, daß sie in mannigfachster Hinsicht aufeinander angewiesen sind, und daß sie durch keinerlei vitale Interessengegensätze voneinander getrennt werden. Auf dieser Erkenntnis beruht auch der Ihnen vorliegende Berliner Vertrag. Es ist die von mir angedeutete allgemeinpolitische Entwicklung gewesen, die die beiden Regg.en dazu geführt hat, den Vertrag von Rapallo durch neue konkrete Einzelbestimmungen zu ergänzen. Es ist bekannt, daß man in Rußland die letzte Phase der deutschen Außenpolitik zunächst mit Mißtrauen angesehen hat. Die Verträge von Locarno und der angekündigte Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sind russischerseits anfänglich vielfach als eine radikale Schwenkung unserer Politik, als eine ausschließliche Orientierung nach dem Westen kritisiert worden, die die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Rußland auf die Dauer unmöglich machen würde. Dieses Mißtrauen war unbegründet, aber es war eine Tatsache, mit der wir zu rechnen hatten. Wir haben deshalb auch deutscherseits anerkannt, daß es notwendig war, das deutsch-russische Verhältnis, das in vertraglicher Hinsicht bisher allein durch die Vereinbarungen von Rapallo bestimmt wurde, der neuen durch die Locarno-Verträge geschaffenen politischen Situation anzugleichen. Diese Ausgleichung ist der eigentliche politische Sinn des Berliner Vertrages. Ich brauche nicht zu verhehlen, daß die Angleichung nicht ohne Schwierigkeiten war. Die Unterhandlungen mit der Sowjet-Regg. darüber, die einsetzten, sobald die Sicherheitsverhandlungen mit dem Westen in Gang kamen, haben geraume Zeit in Anspruch genommen. Sie haben aber schließlich zu einer beide Teile befriedigenden Verständigung geführt, von der mit Zuversicht erwartet werden darf, daß sie eine gedeihliche Ausgestaltung der deutsch-russischen Beziehungen gewährleistet. Der gefundene Ausgleich liegt sachlich, kurz zusammengefaßt. darin, daß die beiden Länder sich die unveränderte freundschaftliche Fühlung in den gemeinsam politischen und wirtschaftliche Angelegenheit versprechen, und daß sie sich daneben zu Neutralität für den Fall verpflichten, daß einer von ihnen trotz eigenen friedlichen Verhaltens angegriffen, oder daß er Gegenstand einer aggressiven Wirtschaftspolitik dritter Mächte wird. Die Grundgedanken dieser Regelung sind so einfach und klar, daß der Wortlaut der Bestimmungen keiner Erläuterung bedarf. Im Grunde wird dadurch politisch keine neue Lage geschaffen, sondern die gegebene Lage geklärt. Es ist nur der vertragliche Ausdruck des Standpunktes, den die deutsche Regg. stets eingenommen hat, insbesondere auch während der Sicherheitsverhandlungen. Mehr als einmal ist von der Regg. auch von dieser Stelle aus betont worden, daß die Locarno- und Völkerbundspolitik keine Spitze gegen Rußland hat und daß es für Deutschland stets ein Ding der Unmöglichkeit sein wird, etwa hervortretende aggressive Tendenzen gegen Rußland zu unterstützen. Auch die Mächte, mit denen wir in Locarno verhandelten, haben derartige Tendenzen weit von sich gewiesen. Sie haben niemals erwartet oder verlangt, mit Deutschland eine gemeinsame Front gegen Rußland herzustellen. Unter diesen Umständen lag nicht die geringste Veranlassung dafür vor, daß der Abschluß des Vertrages wie es zuerst der Fall war, in der Öffentlichkeit des Auslandes Aufsehen

erregte und zu den verschiedensten Kombinationen führte. Man hat dabei sogar die Frage gestellt, ob die Deutsche Reichsregg. sich etwa entschlossen habe, das Werk von Locarno aufzugeben, und man hat diese Frage in Verbindung gebracht mit dem Verlauf, den die Märztagung des Völkerbundes genommen. Eine sinnlosere Frage läßt sich kaum denken. Ich glaube auch sagen zu können, daß sie heute von keiner Seite mehr ernstlich aufgeworfen wird. Vielleicht wäre es logischer gewesen, den Berliner Vertrag erst nach Vollziehung des deutschen Eintritts in den Völkerbund zu schließen. Aber es ist nicht unsere Schuld, daß das nicht geschehen konnte. Der Mißerfolg der Märztagung fällt nicht Deutschland zur Last, und wir haben durch unsere Teilnahme an der Genfer Studienkomm. gezeigt, daß wir gewillt sind, an der Beseitigung der im März entstandenen Krisis, die nicht eine Krisis im Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund sondern eine Krisis innerhalb des Völkerbundes selbst ist, nach Kräften mitzuarbeiten. Für keinen einsichtigen und vorurteilsfreien Politiker hätte es aber dieses äußeren Beweises dafür bedurft, daß der Berliner Vertrag keinen Verzicht auf die Fortführung der Loacrno- und Völkerbundspolitik bedeutet. Jeder muß erkennen, daß der Vertrag und der ihm angeschlossene Notenwechsel keinen Gegensatz zu Locarno und Völkerbund, sondern eine Ergänzung dazu bilden. Auch diejenigen fremden Regg.en, bei denen der Berliner Vertrag zunächst gewisse Besorgnisse auszulösen schien, haben sich davon überzeugt, daß die deutsche Politik keinerlei Widerspruch in sich schließt, und daß es selbstverständlich nicht die Absicht der deutschen Regg. war, sich durch die neuen Abmachungen den Verpflichtungen zu entziehen, die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund aus den Locarno-Verträgen oder der Völkerbundssatzung ergeben. Die deutsche Politik ist eine Politik des Friedens. Aber eine Friedenspolitik kann nicht einseitig sein und unser Ziel kann deshalb nur darin bestehen, das System friedlicher Abmachungen auf alle Länder zu erstrecken. Das entspricht den Lebensinteressen Deutschlands, die für uns allein maßgebend sein können. Ich glaube, daß gerade das Nebeneinanderbestehen von Locarno-Verträgen und Berliner Vertrag für Europa eine wichtige Sicherung der friedlichen Entwicklung in sich schließt. Es ist keine Überschätzung unserer politischen Rolle, es ist einfach eine Folge unserer zentralen Lage, wenn wir versuchen, die Brücke zwischen Ost und West zu bilden. Wir müssen erwarten, daß diese unsere Politik bei allen denen, die das gleiche friedliche Ziel verfolgen, nicht nur Verständnis, sondern auch Unterstützung findet.

In der Aussprache erklären sämtliche Parteien ihre Zustimmung. Abg. Hoetzsch (Dnat. Vp.) hebt hervor, daß der Vertrag das nötige Gleichgewicht nach Osten wiederherstelle. Auch Abg. Graf Reventlow (Völk.) betont, daß die deutschen Interessen nach Osten hin lägen, bekämpft jedoch die These, wonach Deutschland eine Brücke zwischen West und Ost sein soll. Der Vertrag selbst wird sodann in allen 3 Lesungen angenommen. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt am 29. Juni.

Am 11. wird die Abstimmung über das komm. Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler aus Anlaß des Hindenburgbriefes nachgeholt, der Antrag wird gegen die St. der Antragsteller und bei Stimmenthaltung der Soz. abgelehnt.

11. Juni. (Berlin) Konferenz der Liberalen Vereinigung.

Die angenommenen Entschließungen befürworten eine Einheitsflagge und Stimmenthaltung beim Volksentscheid.

12. Juni. (Neustrelitz) Besuch des Reichspräsidenten.

14. Juni. (Schaumburg-Lippe) Regierungskrise.

Der negative Ausfall des Volksentscheids (S. 108) führt zur Regierungskrise. Die vier nichtparlamentarischen Mitglieder der Regg. legen ihr Amt nieder, da ihre anschlußfreundliche Politik nicht gebilligt worden ist. Auch der Landtag selbst wird in die Krise mit hineingerissen, da die unterlegenen Anschlußfreunde die Mehrheit in demselben haben.

16. Juni. (Hessen) Volksbegehren auf Landtagsauflösung.

Die von der Dnat. Vp., der Dtsch. Vp. und vom Landbd. eingeleitete Sammlung von Unterschriften für ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtags ergibt 164000 (erforderlich 42000) Eintragungen. Vgl. S. 154.

18.—22. Juni. (Lübeck) Bürgermeisterwahl.

Die Bürgerschaft wählt Eckholt (Dem.) mit 36 St. (Soz., Dem. und Frakt. der Haus- und Grundbes.) zum hauptamtlichen Senator; Dr. Lange erhält 34 St. der bürgerl. Parteien. Zum nebenamtlichen Senator wird Dr. Geister (Frakt. der Haus- und Grundbes.) mit 35 St. gewählt.

Am 22. Juni wählt der Senat den Senator Löwigt (Soz.) zum Vorsitzenden des Senats und zum Nachfolger des zurückgetretenen Bürgermeisters Dr. Neumann. Zum stellvertr. Vorsitzenden wird Senator Hoff (Soz.) ernannt.

20. Juni. Volksentscheid über den GE. betr. Enteignung der Fürstenvermögen.

Ergebnis: 15551218 Ja-Stimmen (Zahl der gültigen Eintragungen für das Volksbegehren 12523939). Damit ist der im Volksbegehren verlangte GE. über Enteignung der Fürstenvermögen, der nach der Verfassung rund 20 Mill. Ja-St. erfordert hätte, abgelehnt. Der Kampf für und gegen den Volksentscheid, der auf beiden Seiten mit Erbitterung und Leidenschaft geführt worden ist, ist damit zugunsten der Rechten entschieden.

22.—25. Juni. (Reichstag) Gesetzesvorlagen; Fürstenabfindung.

Zur Annahme gelangen der GE. über eine Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge in allen 3 Lesungen und das neue Reichsknappschaftsges. (S. 109) in 3. Lesung.

Am 23. steht auf der Tagesordnung die 1. Beratung der Novelle zum Bankges., die dem Reichsfinanzminister die Möglichkeit zur Ausgabe von 400 Mill. Mk. Schatzwechseln als Betriebsmittelergänzung verschaffen soll. Wirtschaftsmin. Dr. Curtius begründet die Vorlage: Schon lange habe man die Frage geprüft, fehlende Betriebsmittel dem Reiche vorübergehend bereitzustellen. Es habe sich dabei als empfehlenswert erwiesen, wie vor dem Kriege Schatzwechsel auszugeben. Der vorübergehende Bedarf an Betriebsmitteln werde auf höchstens 400 Mill. geschätzt. Da die Reichsbank gemäß dem Bankges. vom 30. Aug. 1924 dem Reiche Betriebskredite nur bis zu 100 Mill. zur Verfügung stellen könne, müsse man die Reichsschatzwechsel am offenen Markt begeben. Das sei aber nur möglich, wenn der Erwerber derselben die Möglichkeit habe, sie event. bei der Reichsbank zu rediskontieren oder zu lombardieren. Die entsprechende Ermächtigung im Bankges. solle die vorliegende Novelle bringen. Die Reichsregg. habe, da das Bankges. mit dem Da-

wesplan im Zusammenhang stehe, über den Abänderungsplan die am Londoner Abk. beteiligten Regg.en hören müssen. Die Rep.Komm., als Bevollmächtigte dieser Regg.en, habe gegen die geplante Änderung keine Bedenken vorgebracht. Der Minister versichert ferner, daß inflatorische Wirkungen ausgeschlossen seien. Abg. Hergt (Dnat. Vp.) befürchtet, daß für die im bevorstehenden Nachtragsetat angeforderten 400 bis 500 Mill. Mk. keine Deckung gefunden werden könnte. Demgegenüber erklärt Finanzmin. Dr. Reinhold: Die Regg. wird von den 400 Mill. nicht vor dem 1. Okt. Gebrauch machen. Die Entwicklung der Reichsfinanzen ist genau so verlaufen, wie erwartet. Es ist daher vollkommen unrichtig, von einem Finanzdefizit zu sprechen. Wir kommen mit den Summen aus, die aus den Überschüssen von 1924 und 1925 in den Etat für 1926 eingestellt sind. Wenn es weiter gelingt, die Ausgaben nicht mehr zu steigern, so werden wir durchaus im Rahmen des Etats bleiben. Bei dem vorliegenden Bankges. wollen wir uns nur die Möglichkeit schaffen, im Interesse des Landes und der Steuerzahler selbst den Moment auszusuchen, in dem wir zur Deckung der ao. Ausgaben, die auf Anleihe genommen werden können, an den Anleihemarkt herantreten. Das ist kein Beweis dafür, daß die Finanzverwaltung leichtsinnig vorgeht. Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß.

Am 23. bis 25 erledigt der Rechtsausschuß in der Einzelberatung den GE. über die Fürstenabfindung. Unter Ablehnung zahlreicher Abänderungsanträge werden sämtliche Paragraphen des GE. angenommen. Hervorzuheben ist die am 24. erfolgte Annahme des soz. Antrages auf entschädigungslosen Wegfall der Renten usw. Damit ist die zunächst mit großem Nachdruck verfochtene These, der Regg.sE. dürfe unter keinen Umständen abgeändert werden, zum erstenmal preisgegeben.

24. Juni. Zurückziehung des GE. gegen das Aufwertungsbegehren.

Das Reichskabinett beschließt im Anschluß an eine interfraktionelle Sitzung der Regierungsparteien, die sich übereinstimmend für die Zurückziehung des GE. gegen das Aufwertungsbegehren aussprechen, diesen zurückzuziehen. In der Begründung wird hervorgehoben: Die sachliche Einstellung der gegenwärtigen Regg. zum Problem der Aufwertung ist die gleiche wie die der vorigen, sie hält es für wirtschaftlich verhängnisvoll, das Aufwertungsproblem erneut aufzurollen. Bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage glaubt sie jedoch, daß eine Verhandlung des vorliegenden Ges. diese Gefahr zurzeit erhöhen würde. — Ende Aug. lehnt der Reichsinnenmin. den vom Sparerbund gestellten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zugunsten eines Ges. über die Ablösung öffentlicher Anleihen und die Umwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen mit dem Kennwort „Sparer-Bund — Dr. Best" ab. Der GE. würde — heißt es in der Begründung — einen unmittelbaren Einfluß auf den Gesamtbestand des Haushaltsplans ausüben und ihn wegen der Höhe der in Betracht kommenden Beträge tatsächlich umstoßen. Der eingereichte GE. sei hiernach als ein Ges. über den Haushaltsplan im Sinne des Art. 73 Abs. 4 der Reichsverfassung anzusehen, über das nur der Reichspräsid. einen Volksentscheid veranlassen könne, so daß auch ein Volksbegehren über diese Materie als unzulässig abzuweisen sei.

24. Juni. (Reichsrat) Genehmigt wird die Verlängerung des Sperrgesetzes für Fürstenprozesse bis Ende 1926.

25./26. Juni. (Reichstag) Gesetzesvorlagen.

In 2. und 3. Lesung wird der GE. zur Durchführung der Art. 177, 178 und 198 des Versailler Vertrags (Luftfahrtabk.) angenommen. — Am 26. werden mehrere Vorlagen erledigt, darunter die Novellen zum Ges. über die Bereitstellung von Krediten zur Förderung des Kleinwohnungsbaus, zum Mieterschutzges., zum Reichspostfinanzges. und Reichssiedlungsges.

25. Juni. (Preuß. Landtag) Haushalt und Finanzausgleich.

Bei der Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung gibt Finanzmin. Dr. Höpker-Aschoff ein Bild der Auswirkung des Finanzausgleichs des vorigen Jahres auf die Länder: Der Fehlbetrag für 1925 ist durch die Überschüsse des J. 1924 gedeckt. Für 1926 jedoch ist ein Fehlbetrag von 161 Mill. zu erwarten, nachdem 167 Mill. an Mehrausgaben eingesetzt wurden, von denen allein 140 Mill. auf die Erwerbslosenfürsorge entfallen. Der Fehlbetrag soll jedoch durch Einnahmeerhöhungen und Ausgabenkürzungen gedeckt werden. Grundsätzlich wird es auf die Dauer nicht möglich sein, die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung aus laufenden Einnahmen zu decken. Deshalb soll die Erwerbslosenfürsorge auf eine neue Basis gestellt werden. Dabei kommt eine Reichsausgleichskasse in Frage. Dagegen dürfen keine Bedenken bestehen, Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge aus Anleihen zu beschaffen.

28. Juni. Unterzeichnung eines vorläufigen Handelsabkommens mit Finnland.

28. Juni. Unterzeichnung des deutsch-lettländischen Handelsvertrags.

28. Juni. (Reichstag) Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; Milderung des Republikschutzgesetzes.

Reichsarbeitsmin. Dr. Brauns erörtert eingehend das große Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Die bedauerliche Steigerung der Arbeitslosigkeit setzte ein im Herbst 1925 (473000 Hauptunterstützungsempfänger). Den höchsten Stand erreichte diese Ziffer am 15. Febr. mit rund zwei Mill. Dazu kamen die zu unterstützenden Angehörigen. Eine weitere Begleiterscheinung war die ebenso weit verbreitete Kurzarbeit. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich bis zum 15. Mai auf 1742000 verringert. Trotzdem bleibt der gewaltige Umfang der Erwerbslosigkeit auch heute noch bestehen. Die Gründe liegen, abgesehen von der weltwirtschaftlichen Depression und der Inflationskonkurrenz anderer Länder, vornehmlich in der Zunahme der Erwerbstätigkeit, in der Rationalisierung unserer Wirtschaft, in der geringen Kaufkraft der Landwirtschaft und der starken Beschränkung des Baugewerbes. Aus seinen Feststellungen über die Bewegung der Arbeitslosigkeit folgert der Min. zweierlei: 1. daß die Arbeitslosenunterstützung die Aufnahme der Arbeit nicht verhindert habe. Deshalb habe sich die Regg. auch zur Fortführung der Unterstützung in ihrer bisherigen Art und Höhe entschließen dürfen und müssen; 2. daß eine besondere Fürsorge für die Auszusteuernden im Spätjahr unbedingt erforderlich sei und rechtzeitig vorbereitet werden müsse. Dann bespricht der Min. die Frage der Arbeitsbeschaffung und die Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Die Ziffer der in Notstandsarbeiten be-

schäftigten Erwerbslosen sei von 27870 am 15. Dez. 1925 auf 170105 am 15. Mai 1926 gestiegen. Das sei die höchste Ziffer von Notstandsarbeitern, die nach der Inflation in Deutschland und wohl auch überhaupt in irgendeinem Lande in der Welt erreicht worden sei. Darin sei die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht enthalten. Dann erörtert der Redner das neue Arbeitsbeschaffungsprogramm (Wasserstraßenbauten) und die neuen Maßnahmen zur Förderung der sog. Schlüsselgewerbe (Landwirtschaft, Eisenindustrie). Wirksam wären ferner die Beschleunigung von Aufträgen seitens der Reichsbahn und die Belebung des Baumarkts. — Nach weiterer kurzer Aussprache werden die Ausschußvorschläge mit allen gegen die komm. St. angenommen.

Es folgt die 2. Lesung des von den Völk. eingebrachten GE. zur Beseitigung des Republikschutzges. Entsprechend dem Antrag des Rechtsausschusses wird er mit 234 gegen 102 St. abgelehnt und statt dessen ein Abmilderungsges. entsprechend dem soz. Vorschlage beschlossen und auch in 3. Lesung angenommen.

28. Juni. (Württemberg) Genehmigung des Etats.

Der Landtag verabschiedet den zweijährigen Etat (S. 79) mit den St. der Dnat. Vp., der Völk., der Dsch. Vp. und des Ztr; gegen die St. der Soz. und Komm. und bei Stimmenthaltung der Dem. Die Dem. kritisieren u. a. die schutzzöllnerische Haltung der Regg. Bazille-Bolz im Reichsrat bei der Abstimmung über die letzten Handelsverträge. In großen nationalen Fragen der Außenpolitik aber habe die Regg. durch entschlußloses Verhalten im Reichsrat, wo sie sich bekanntlich beim Vertrag von Locarno der Stimme enthalten habe, den Einfluß und das Ansehen des Landes beeinträchtigt.

29./30. Juni. (Reichstag) 2. Lesung des GE. über die Fürstenabfindung; Russenkredite.

Das deutsch-österr. Übereinkommen über die Durchführung der Sozialversicherung im zwischenstaatlichen Verkehr wird in allen drei Lesungen angenommen. Dann folgt die 2. Lesung des Regierungsentw. betr. die Fürstenabfindung. Über die Verhandlungen des Reichsausschusses berichtet Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Vp.). Daran schließt sich unter Zurückstellung der allgemeinen Aussprache die Einzeldebatte an. Abg. Dr. Barth (Dnat. Vp.) wirft den Regierungsparteien vor, daß sie die Zusammenarbeit mit den Dnat. verschmäht und den Soz. zuliebe die Vorlage unter dem Druck der Straße verschlechtert hätten. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) betont, daß es sich jetzt lediglich um die Gleichstellung der Fürsten mit anderen Staatsbürgern handle, und befürwortet den Antrag, die Richter des Sondergerichts durch den Reichstag wählen zu lassen. Innenmin. Dr. Külz widerspricht entschieden der Ansicht Barths, als ob das Ges. unter dem Druck der Straße zustande gekommen sei. Die Regg. stehe vollkommen geschlossen hinter dem Entw. Natürlich fordere die gesetzliche Regelung einer solchen Frage von beiden Seiten Konzessionen. Die Parteien, die das Zustandekommen vereiteln würden, trügen eine große Verantwortung. Die Regg. würde dann die Konsequenzen ziehen. Die Vorlage suche einen Ausgleich zwischen den staatspolitischen Notwendigkeiten und den Forderungen des Rechts. Nach kurzer Aussprache werden die Anträge der Soz. und Dnat. abgelehnt. § 1 wird mit den St. der Regierungsparteien und der Wirtschaftsp. bei Stimmenthaltung der Soz. und der Dnat. angenommen.

Am 30. werden die übrigen Paragraphen mit Ausnahme des § 2 (Reichssondergericht) mit wechselnden Mehrheiten angenommen.

Im Haushaltsausschuß werden die Russenkredite besprochen. Nach den Ausführungen des Wirtschaftsmin. Dr. Curtius handelt es sich um die Finanzierung der durch den Vertrag v. 12. Okt. 1925 vereinbarten handelspolitischen Abmachungen. Diese war zwar nach dem Regierungsprojekt den Privaten überlassen. Die Reichsregg. versuchte jedoch von Anfang an als ehrlicher Makler die Schwierigkeiten, die in den Verhandlungen zwischen dem deutschen Bankenkonsortium und der Sowjetregg. sich zeigten, zu beheben. Besonders schwierig war eine Einigung über die Banksätze, die Banken wollten wegen der langen Kreditfristen nicht die Inlandssätze einräumen und die Sowjetregg. wollte überhaupt keine Provisionen zubilligen. Schließlich wurde als Satz vereinbart der jeweilige Reichsbanksatz zuzüglich 1% Zinsen und 1,9% Provision (das sind zurzeit 9,4%). Die Reichsregg. eröffnete dem Bankenkonsortium in Höhe von 35% des Gesamtbetrags eine Rediskontierungsmöglichkeit.

30. Juni. (Preuß. Landtag) Politische Lage; Groß-Hamburg-Frage.

Im Landtag, der wieder zusammentritt, leitet Ministerpräsident Braun die 3. Lesung des Etats mit einem Überblick über die allgemeine Lage ein. Zunächst bringt er Beschwerden über das Verhalten des Reichs vor, das für gewisse Bedürfnisse der Länder und Gemeinden kein Verständnis habe. Zur Behebung der Notlage der Arbeitslosen seien Zuschüsse vom Reich notwendig. In der Siedlungsfrage stehe Preußen auf dem Standpunkt, daß an Stelle der Siedlungsmaßnahmen von Reichs wegen der Siedlungsapparat der preuß. Verwaltung treten könne. Auch sei die preuß. Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn noch immer nicht besetzt. Zur Groß-Hamburg-Frage sagt er u. a.: Hamburg nimmt als Stadtstaat eine außerordentlich bevorzugte Stellung ein, es verfügt über die Steuereinnahmen einer reichen Stadt und darüber hinaus in seiner steuerlichen Doppelstellung als Staat auch noch über die Staatseinnahmen aus den Reichssteuer-Überweisungen, ohne an den Lasten für das flache Land beteiligt zu sein. Das Groß-Hamburg-Gebiet ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, in dem hauptsächlich auch die Einwohner der preuß. Randgemeinden ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. An den Lasten jener preuß. Randgemeinden ist aber Hamburg in keiner Weise beteiligt. Das ist auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand. Ein eminentes Reichsinteresse ist es, hier einen Ausgleich zu schaffen. Ich erkläre ausdrücklich, daß die preuß. Staatsregg. bereit war, an Hamburg das Gebiet abzutreten, das für den Ausbau des Hamburger Hafens benötigt wird. Dabei handelt es sich vornehmlich um Wilhelmsburg. Preußen mußte aber die Gelegenheit benutzen, auf dem Gebiete des Lastenausgleichs für die Landgemeinden entsprechende Kompensationen zu verlangen. Hamburg war nicht geneigt, über das Drews-Rödersche Gutachten hinauszugehen. Da eine Annäherung bei dieser Sachlage nicht herbeigeführt werden konnte, kam es zum Abbruch der Verhandlungen. Ich hoffe, daß Hamburg doch noch einsehen wird, daß gemeinsame Interessen vorliegen, auch wenn es auf Kosten Hamburgs zu einem gewissen Lastenausgleich für die preuß. Gemeinden kommt. Wir aber haben nun die Pflicht, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen die es den preuß. Randgemeinden ermöglichen, wenigstens einigermaßen ihre gemeindliche Selbständigkeit aufrechtzuerhalten. Das erfordert erhebliche

finanzielle Opfer. Wir werden aber diese Opfer bringen müssen, denn außer den wirtschaftlichen sind jetzt auch moralische Verpflichtungen entstanden.

30. Juni. (Berlin) Urteil im Kutiskerprozeß.

Nach dreimonatlicher Prozeßdauer wird das Urteil gesprochen: der Hauptangeklagte Iwan Kutisker wird wegen fortgesetzten Betruges, Urkundenfälschung usw. zu 5 Jahren Zuchthaus, 4 Mill. Geldstrafe und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Die Mitangeklagten werden teils freigesprochen, teils mit Gefängnis bestraft.

1. Juli. (Berlin) Zusammentritt des Elektrizitätsbeirats.

Wirtschaftsmin. Dr. Curtius leitet die Tagung mit einer programmatischen Rede ein, in der er eine gesetzliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft durch das Reich fordert. (Vgl. S. 95.)

1./2. Juli. (Reichstag) Zurückziehung des GE. betr. Fürstenabfindung; Verlängerung des Sperrgesetzes; Handelsverträge.

Die 1. Lesung des GE. betr. die Verlängerung des Sperrgesetzes für Fürstenprozesse eröffnet Reichskanzler Dr. Marx mit einer Erklärung, in der er die Verlängerung des Ges. vom 13. Febr. und vom 3. April bis 31. Dez. befürwortet, jedoch gleichzeitig den Entschluß der Regg. hervorhebt, noch vor den Ferien die Vorlage über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den ehem. Fürstenhäusern zur Entscheidung zu bringen. Das Sperrgesetz wird in 1. und 2. Lesung angenommen. Von den sonstigen Beschlüssen des Hauses ist hervorzuheben die Annahme einer Entschl. zur Förderung des Siedlungswesens (u. a. Bereitstellung von je 50 Mill. Mark in den nächsten fünf Jahren durch das Reich).

Am 2. steht die 3. Lesung des Abfindungsges. auf der Tagesordnung (S. 122). Die Debatte eröffnet Abg. Wels (Soz.), der die ablehnende Haltung seiner Partei, die sich am 1. in einer Fraktionssitzung mit 73 gegen 38 St. für die Ablehnung der Vorlage entschieden hat, folgendermaßen begründet: Die Regierungsparteien haben unter dem Druck ihres rechten Flügels fast allen Besserungsanträgen der soz. Frakt. ihre Zustimmung verweigert. Daher lehnt die soz. Frakt. das Ges. ab. Das Scheitern der Vorlage in diesem Stadium entbindet die Regg. aber nicht von ihren feierlich gegebenen Zusagen. Eine andere Lösung ist notwendig. Diese andere Lösung kann nach dem vollständigen Versagen dieses Reichstages nur von einem neuen Reichstag geschaffen werden. Die soz. Frakt. fordert die sofortige Verlängerung des Sperrges. und die Auflösung des Reichstages. — Abg. Graf v. Westarp (Dnat. Vp.) erklärt: Wenn Abg. Wels von einem unerhörten Verhalten der Fürstenhäuser gesprochen hat, so ist diese Behauptung eine Unwahrhaftigkeit. Trotz der in Preußen besonders schwierigen gesetzlichen Lage ist es dem weitgehenden Entgegenkommen des Hohenzollernhauses (Lachen und Zurufe links) gelungen, zu einem Vergleich zu gelangen, der die einstimmige Zustimmung des preuß. Staatsministeriums fand. All der häßliche Streit hätte vermieden werden können, wenn die preuß. Regg. und die hinter ihr stehenden Parteien auf dem Boden dieses Vergleiches stehen geblieben wären. Die Dem. P. habe durch ihr Verlangen einer reichsgesetzlichen Regelung in die organische Entwicklung störend eingegriffen und den Anlaß zu all der Hetze und der Aufpeitschung des Volkes gegeben. Da sonach infolge des ablehnenden Stand-

punkts der Soz. P. und der Dnat. Vp. keine Aussicht auf Annahme des Ges. mehr besteht, gibt Reichskanzler Dr. Marx namens der Reichsregg. die Erklärung ab, daß sie die Abfindungsvorlage zurückziehe. Dabei führt er u. a. folgendes aus: Die Regg. erwartete auf das bestimmteste, daß der vorliegende Entw. aus sachlichen Gründen doch schließlich mit Zweidrittelmehrheit Gesetz werden würde. Falls diese Erwartung infolge des Verhaltens nur einer der Flügelparteien sich nicht erfüllt hätte, hätte das Kabinett einstimmig beschlossen, vom Reichspräsid. die Auflösung des Reichstages zu erbitten. Nachdem aber beide Flügelparteien gegen die Annahme gestimmt haben, kann eine Auflösung des Reichstages keine Klärung mehr bringen. Das Kabinett hat ferner die Frage der Demission eingehend erörtert und war dazu entschlossen. Von dem Entschluß hat aber die Regg. mit Rücksicht auf den ihr zugegangenen eigenen Wunsch des Reichspräsid. Abstand genommen, der aus innen- wie außenpolitischen Gründen einen Rücktritt für untunlich erachtet. Die Regg. kann ihrerseits die Initiative zur Regelung der Frage im Wege der ordentlichen Gesetzgebung erst wieder ergreifen, wenn die politische Lage die parlamentarischen Voraussetzungen dafür schafft. (Große Bewegung, Lärm links, lang andauernde Unruhe.)

Dann wird die Verlängerung des Sperrges. bis zum 31. Dez. 1926 mit 333 St. der Regierungsparteien, der Soz. und Komm. gegen 17 St. der Völk. bei Stimmenthaltung der Dnat. genehmigt.

In einer Nachtsitzung werden noch eine Reihe von Vorlagen verabschiedet, u. a. die Handelsverträge mit Dänemark und mit Schweden und der GE. zur Abänderung der Zollnovelle vom 17. Aug. 1925. Dieser GE. sieht für die Zeit des Übergangs bis zum 31. Dez. 1926 für gewisse Lebensmittel, für die im deutsch-schwed. Vertrag schon Vertragszölle vereinbart sind, weitere Herabsetzung der Sätze vor, und zwar allen Ländern gegenüber. Mit Beginn des J. 1927 dagegen treten für alle meistbegünstigten Staaten die im deutsch-schwed. Vertrag vereinbarten Sätze in Kraft, während die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Länder, welche mit Deutschland nicht im Meistbegünstigungsverhältnis stehen, den alten autonomen Zollsätzen von 1902 unterliegen werden.

2. Juli. (Braunschweig) Etat.

Der Landtag bewilligt gegen die St. der Linken den Haushalt, der mit einer Einnahme von 52796310 RM. und einer Ausgabe von 54180820 RM. abschließt.

3. Juli. (Hamburg) Antwort an Preußen in der Frage Groß-Hamburg.

In der Bürgerschaft erwidert Oberbürgermeister Dr. Petersen auf die Erklärungen des preuß. Ministerpräsid. (S. 123 f.): Die Ausführungen des Ministerpräsid. hätten in mancher Beziehung sehr überrascht, zumal die Hamburger Unterhändler nicht den Eindruck hätten gewinnen können, daß Braun persönlich Vorschläge vertreten würde, deren Verwirklichung die Lebenskraft des größten deutschen Hafens zu schädigen geeignet seien, wie die Ankündigung Preußens, durch die Herbeiführung eines Reichsges. Hamburg zu Abgaben an die benachbarten preuß. Städte ohne Gegenleistung zu zwingen. Gegenüber dem Vorwurfe, daß Hamburg unangemessene Forderungen stelle, betone er, daß es sich um Verhandlungen auf Grund des Gutachtens zweier unparteiischer Sachverständiger, des ehem. preuß. Min. Dr. Drews und des Grafen Rödern,

handle, das sich stütze auf die Reichsvorschläge. Wenn Hamburg als Stadt-Staat nicht die Lasten für das flache Land zu tragen habe, so könne er darauf hinweisen, daß Hamburg gewaltige Aufwendungen für seinen Hafen zu machen habe, und zwar im Interesse des ganzen Reiches. Daß es für Hamburg einfach unmöglich gewesen sei, Cuxhaven, von dem aus ein großer Teil des Passagierverkehrs abgewickelt werde, mit dem Amte Ritzebüttel, den Walddörfern, die es erst durch eine kostspielige Schnellbahn erschlossen habe, herzugeben, bedürfe keiner Erklärung. Die Gutachter hätten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß, wenn Preußen aus Prestigegründen eine für seine Finanzen ertragslose Aufgabe ausführe, es unverantwortlich mit dem Gelde seiner Steuerzahler umgehe. Nur durch eine Verständigung unter dem Gesichtspunkte des Reichsinteresses könne die Frage Groß-Hamburg gelöst werden. Hamburg werde warten, bis man auch in Preußen die Bedeutung der alten Hansastadt höher einzuschätzen bereit sei als jetzt, und bis dahin werde Hamburg nicht ein Jota von seiner staatsrechtlichen Stellung aufgeben. Sodann gibt der Präsid. der Bürgerschaft im Namen sämtlicher Frakt. mit Ausnahme der Komm. die Erklärung ab, daß sich die Frakt. einmütig hinter die Stellungnahme des Senates stellen.

4. Juli. (Weimar) 1. Reichsparteitag der Natsoz. Dtsch. Arb.-Partei.

Abg. Feder hält einen Vortrag über Staat, Geld- und Finanzwesen. er schildert den „marxistischen Dolchstoß", die Inflation, die „Aufwertungsregelung", und den jetzt vollendeten Zustand der Knechtschaft der Arbeit und der Zinsknechtschaft. (Der Reingewinn der Reichsbank i. J. 1925 in der Höhe von 122 Mill., der Nutzen der Reichsbahn 845 Mill., die 300 Mill. aus der Industriebelastung und die 1200 Mill. aus Steuern und Zöllen ergeben zusammen eine jährl. Gesamtbelastung von 2500 Mill.) Die Weltherrschaft des Finanzkapitals, sagt der Redner, recke sich empor. Hier fließe die soziale Frage mit der nationalen zusammen. Das Eigentum sei die Grundlage aller Kultur, das Eigentum werde angegriffen, das Leihkapital aber geschont. Das Ziel sei daher die Zurückgewinnung der Hoheit des Geld- und Verkehrswesens und der Steuerhoheit. Das Geld müsse wieder Diener der Wirtschaft werden. Volksgeld, das Baugeld, müsse geschaffen werden. Mit 2 Milliarden jährlich könnten 2 Millionen Wohnungen gebaut werden. Die natsoz. Staatsanschauung faßt Feder wie folgt zusammen: Die Weimarer Verfassung sagt: „Alle Macht geht vom Volke aus." Stimmen zählen ist vollendeter Irrsinn. Der Sachverständige soll überall entscheiden, nicht Massenverdummung und Parteiherrschaft. Individualismus, in ihrer letzten Folgerung Anarchismus, ist die eine Anschauung, die zweite Herrschaftsform ist Materialismus, Unterwerfung, und das dritte ist die sog. Vertragstheorie, der Zusammenschluß zum Urvertrag. Der Baugedanke unseres Staates ist die sachliche Souveränität, der Universalismus. Der Mensch ist nicht autark, es gibt keinen Führer ohne Geführte und umgekehrt; das sind die Baugesetze des wahren Staates, wie auch Spann ausgeführt hat. Wir sind nicht allein, einer im anderen, das ist der Organismus des völkischen Staates: Gesellschaft, Volk, Staat, das ist der Zusammenhang des Universalismus, die Metaphysik der Sittlichkeit. Der Nationalsozialismus ist die einzige Verwirklichung dieses Universalismus. Abg. Dr. Buttmann begründet eine Entschl. zur Frage des Parlamentarismus, von dem keine Rettung des Volkes erwartet werden

könne. Die natsoz. Abgg. müßten vor allem außerhalb der Parlamente wirken für die Endziele der Bewegung. Ferner wird eine von Feder eingebrachte und von Hitler gebilligte Entschließung einstimmig genehmigt, wonach der Reichstag grundsätzlich und mit aller Entschiedenheit die Versklavungsdiktate von Versailles und St. Germain ablehnt, damit auch die daraus resultierende Erfüllungspolitik, welche ihren staatspolitischen Ausdruck fanden in den Verträgen von London und Locarno (Dawespakt, Sicherheitspakt). Wir bestreiten, heißt es, für alle Zeit die staatspolitische Gültigkeit und Verbindlichkeit dieser Pakte und nehmen das Recht für uns in Anspruch, dies für das ganze deutsche Volk zu erklären.

Nach der Pause hält Hitler seinen Vortrag über „Politik, Idee und Organisation": ... Unsere Aufgabe muß sein, das Volk auf das Ziel, sich zu ernähren, hinzuführen, eine Konzentration aller Kräfte vorzunehmen, die den ganzen Komplex des Nationalsozialismus aufrollt. ... Wir sehen das Schicksal unseres Vaterlandes, sehen die Träger des Chaos, klein an Glauben, an Überzeugung, klein an Mut. Vollziehen wir das Schicksal unseres Volkes, auf daß es nicht von anderen an uns vollzogen werde! Alles Recht ist an sich wertlos, wenn nicht der Degen dahintertritt, das Instrument der Macht. Die politische Macht kann nur durch Verbindung von Idee und Organisation erreicht werden. Dann wird einst die deutsche Politik das tägliche Brot für uns und unsere Kinder, wird die Zukunft schaffen. So stehen wir als Kämpfer einer Zukunft da, und wenn die anderen zu uns sagen: „Was wollt ihr! Ihr seid kein Reich, sondern eine Kolonie!", dann sagen wir: „Was wir wollen, ist keine Kolonie, sondern ein deutsches Reich!"

4. Juli. (Berlin) Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei.

Nach der Begrüßungsansprache des Vors. Dr. Marx erstattet Stegerwald ein Referat über die politischen Tagesfragen: Das Ztr. werde nach wie vor dafür eintreten, daß die Auseinandersetzung mit den vorm. Fürsten auf reichsgesetzlichem Wege geregelt werden müsse. In der Zollpolitik handle es sich um einen Ausgleich zwischen den bisherigen niedrigen und den autonomen Sätzen. Was die Parteipolitik anlange, so dürfe sich das Ztr. weder nach rechts noch nach links ziehen lassen. Die „Große Koalition" erscheine zurzeit als das an sich Richtige. Die bisherige Haltung der Soz. aber sei nicht gerade verheißungsvoll. In der Aussprache erregen besonderes Aufsehen die Ausführungen Wirths, der ein Bekenntnis zum Programm der Partei ablegt: Zwischen der Frakt. und ihm bestünden keine grundsätzlichen Differenzen. Wenn in nächster Zeit einige jetzt noch offene Fragen geklärt würden, stände seiner Rückkehr zur Frakt. nichts mehr im Wege. Wirth streift auch die außenpolitischen Fragen und unterstreicht die vermittelnde Haltung, die das Ztr. hier einzunehmen habe, um dem Radikalismus von rechts und links die Spitze abzubrechen. In innerpolitischer Beziehung sei eine Änderung des Wahlsystems bzw. die Beseitigung der schematischen Listenwahl anzustreben, da durch die Listenwahl zu wenig führende Männer in die Parlamente kämen. Reichsarbeitsmin. Dr. Brauns weist besonders auf den starken Anteil des Ztr. bei den sozialen Erfolgen der letzten Zeit hin. In einer Entschließung nimmt der Parteiausschuß zum negativen Ausgang des Versuchs einer reichsgesetzlichen Regelung der Fürstenabfindung Stellung und schreibt die Schuld dem unpolitischen Verhal-

ten der Flügelparteien rechts und links zu. Das Ztr. jedoch werde seine eigenen Reihen wieder straffen und zusammenfassen, um eine gerechte Regelung der Abfindungsfrage vorzubereiten. Zum Fall Wirth enthält die Entschl. folgenden vorsichtigen Passus: In der Überzeugung von der Wichtigkeit und Größe dieser Notwendigkeiten und in dem Willen, ihnen gerecht zu werden, finden sich alle Kräfte in Partei und Fraktionen zusammen. Das Ztr. geht den kommenden Aufgaben mit geschlossener Front entgegen.

4.—8. Juli. (Saarbrücken) Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Die Tagung wird eröffnet mit einer großen Demonstration gegen „die unwürdige Lohn- und Sozialpolitik des franz. Bergfiskus".

5. Juli. (Preuß. Landtag) Hohenzollernvergleich.

Verabschiedet wird zunächst der GE. betr. die Vollendung des Mittellandkanals. Abg. Dr. v. Campe (Dtsch. Vp.) begründet den Antrag seiner Frakt. auf Abschluß eines Vergleichs mit den Hohenzollern: Es sei höchste Zeit, das öffentliche Leben von dieser Frage zu befreien. In erster Linie handle es sich um Preußen und Thüringen. Preußen müsse die Initiative ergreifen, und zwar von dem Standpunkt aus, daß Preußen ein Rechtsstaat sei, und dann auch getragen von dem Gedanken, daß das Recht von gestern nicht ohne weiteres das Recht von heute sei. Es gebe eine höhere Gerechtigkeit, die nicht vor den Paragraphen Halt mache. Ministerpräsid. Braun erklärt, auch die Regg. habe daran ein lebhaftes Interesse und werde sich mit der durch die Ablehnung des Fürstenkompromisses im Reichstag geschaffenen neuen Lage beschäftigen. Abg. Meier (Soz.) meint, den Weg des Antrags der Dtsch. Vp. beschreiten, hieße eine reichsgesetzliche Regelung durchkreuzen.

Am gleichen Tage richtet der Generalbevollmächtigte des ehem. preuß. Königshauses, v. Berg, ein Schreiben an die preuß. Staatsregg., in dem er sich bereit erklärt, die Verhandlungen auf der Basis des Vertrages vom 12. Okt. 1925 wieder aufzunehmen.

5. Juli. (Königsberg) Tagung des Reichsstädtebundes.

6. Juli. (Hamburg) Tagung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

Der Vors. Dr. v. Siemens erstattet ein längeres Referat über den Aufgabenkreis des Verwaltungsrats.

6.—8. Juli. (Preuß. Landtag) Verabschiedung des Etats; Fall Lessing; Konflikt mit dem Reich.

Bei der Besprechung des Kultusetats kommt wiederum der Fall Lessing-Hannover zur Sprache. Die Redner der Rechten betonen die moralische Schuld Lessings, von dem die Hochschule in Hannover endlich erlöst werden sollte, und fordern die Aufhebung der Relegationen der Studenten, die sich zwar formal vergangen hätten, aber sachlich im Rechte seien. Kultusmin. Dr. Becker erklärt: Prof. Lessing hätte auf Grund der ihm zur Last gelegten zitierten Ausführungen auf disziplinarischem Wege nur durch einen Rechtsbruch aus seinem Amt entfernt werden können. Bei dieser Sachlage hat sich die Unterrichtsverwaltung, die ihrerseits dem Lessing ihr Mißfallen über seine literarische Produktion

(z. B. Verhöhnung des Reichspräsid. Hindenburg, dann die kulturpsychologische Darstellung über den berüchtigten Lustmörder Haarmann) zum Ausdruck gebracht hatte, nun auf den Standpunkt stellen müssen, daß die durch Disziplinlosigkeiten der Studenten hervorgerufene Erschütterung der akademischen und der Staatsautorität entgegengetreten werden mußte. Die Überzeugung, daß die Erregung jugendlicher akademischer Kreise gegen Lessing niemals diese Form annehmen durfte, daß ein Hochschullehrer mit Gewalt an der Ausübung seiner Lehrtätigkeit verhindert werden sollte, wird von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Hochschullehrer geteilt und hat die Grundlage für den Lösungsversuch gebildet.

Am 7. wird der dnat. Antrag, den Disziplinarerlaß gegen die Studenten in Hannover zurückzuziehen, gegen die St. der Rechten abgelehnt, ebenso der Antrag der Dnat., Lessing keinen Forschungsauftrag zu erteilen.

Sodann kommt der Konflikt mit dem Reich wegen der Reichsbahn zur Sprache. In Beratung der Großen Anfrage der Regg.sparteien über die Berufung des früh. Reichskanzlers Dr. Luther in den Verwaltungsrat der Reichsbahn erklärt Ministerpräsid. Braun, daß die Reichsregg. den preuß. Anspruch auf Benennung einer Persönlichkeit für die freie Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn durch Schreiben vom 5. Juli abgelehnt habe. Er verliest den Briefwechsel zwischen dem Reich und Preußen, der sich in den letzten Tagen abgespielt hat, und bezeichnet das Vorgehen der Reichsregg. bei der Ernennung Luthers als offenkundige Brüskierung und als Rücksichtslosigkeit. Preußen wolle sich mit dem Tatbestand nicht abfinden sondern den Staatsgerichtshof anrufen. Alle Frakt. billigen dieses Vorgehen.

Reichskanzler Marx beantwortet am 8. den Brief Brauns vom 7. und dessen Angriffe im Parlament mit längeren Darlegungen, in denen die Reichsregg. an ihrem Ernennungsrecht festhält und dies formal und sachlich begründet.

Am 8. erledigt das Haus noch eine Reihe kleiner Vorlagen und vertagt sich bis zum 21. Sept.

8. Juli. (Mecklenburg-Schwerin) Regierungsbildung.

Der neue Landtag wählt mit 25 von 49 St. Abg. Paul Schröder-Rostock (Soz.) zum Ministerpräsid.; 24 St. vereinigt Abg. Frhr. v. Brandenstein (Dnat. Vp.) auf sich. Ferner werden unter Stimmenthaltung der Rechten die Abgg. Asch (Soz.) und Dr. Moeller (Dem.) zu Staatsministern gewählt.

Am 9. entspinnt sich über die Regg.serklärung eine sehr erregte Aussprache, die mit der Ablehnung der Mißtrauensanträge der Rechten mit 23 gegen 22 St. abschließt.

9. Juli. (Reichsrat) Zur Annahme gelangen:

Der GE. über die Luftverkehrsabk. mit Frankreich und mit Belgien und kleinere Vorlagen.

9. Juli. (Bayer. Landtag) Ermächtigungsgesetz.

Der Landtag nimmt das Ermächtigungsges. der bayer. Regg. zur Vereinfachung der Staatsverwaltung und Änderung des Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden an.

9. Juli. (Düsseldorf) Tagung des Bundesausschusses des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Reichswirtschaftsmin. Dr. Curtius, der an der Sitzung teilnimmt, erörtert eingehend die große Arbeitslosigkeit: Die gegenwärtige Krise erfordert die verantwortungsvollste Beachtung der Reichswirtschaftspolitik. Die Maßnahmen der Regg. lassen sich in fünf Gruppen teilen. Zunächst galt es, die produktive Erwerbslosenfürsorge wesentlich zu erweitern. Zweitens wurde versucht durch beschleunigte und erweiterte Gewährung öffentlicher Aufträge wenigstens einzelnen Industrien Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen. Die Maßnahmen der dritten Gruppe umfassen die Hingabe von öffentlichen Mitteln an einzelne private Unternehmungen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe, während es sich bei den Maßnahmen der vierten Gruppe um die Gewährung von Krediten aus öffentlicher Hand an bestimmte Wirtschaftszweige handelt. Die Maßnahmen der fünften Gruppe sind auf längere Sicht gestellt, sie sollen z. B. den Auslandsabsatz der deutschen Industrie zu heben suchen, neue Kreditmöglichkeiten erzielen und durch Senkung der Produktionskosten in Richtung der Erleichterung der Wirtschaftslage wirken. In das Kapitel der fünften Gruppe gehört auch das gegenwärtige Stadium unserer Handelsvertragspolitik. Mit Lettland und Dänemark sind soeben Abk. geschlossen worden. Die Verhandlungen mit Frankreich sind noch im Fluß, die mit der Schweiz und mit Japan stehen vor dem Abschluß. Zur Förderung des Exportes werden ferner beitragen die Exportkreditversicherung und das Russengeschäft. Zur Anregung des inneren Markts muß zunächst der zerstörte Markt für langfristige Kredite wieder aufgebaut werden, vor allem durch die Pflege der Realkredite. Besondere Aufmerksamkeit erheischt die drückende Geldnot der Landwirtschaft, ein gangbarer Weg ist die Lombardierung der Produktion. Schließlich bespricht der Min. das beschleunigt aufgestellte neue Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regg. (Meliorationen, Flußregulierungen, Talsperren, Wasserkraftanlagen, Straßenbau und Wohnungsbau für landwirtschaftliche Arbeiter): Dabei handle es sich auch darum, nicht nur der gegenwärtigen Not der Arbeitslosigkeit zu steuern, sondern den Arbeitsmarkt auf die Dauer zu stützen. Es würden daher jetzt in der arbeitsarmen Zeit Projekte in Angriff genommen, deren Durchführung zwischen Reich und Ländern zwar schon vereinbart, die aber teilweise auf eine spätere Zeit zurückgestellt worden seien.

11. Juli. (Saargebiet) Gemeindewahlen.

Das Ergebnis zeigt einen starken Stimmenzuwachs der Komm. und der Dnat., während die Deutschsaarländ. Vp., die der Dtsch. Vp. im Reich entspricht, erhebliche Verluste erleidet.

14. Juli. Handels- und Zollvertrag mit der Schweiz.

Der Vertrag, der das vorläufige Zollabk. vom 6. Nov. 1925 ersetzt, gründet sich auf gegenseitige Meistbegünstigung.

15. Juli. Abkommen mit der belg.-luxemburg. Wirtschaftsunion.

Es handelt sich um sachliche Erleichterungen im kleinen gegenseitigen Grenzverkehr.

15. Juli. (Hamburg) Türkisches Messeschiff.

An der Eröffnung der für die deutsch-türk. Handelsbeziehungen bedeutsamen Ausstellung auf dem im Hafen liegenden türkischen Messe-

schiff nehmen der türk. Botschafter in Berlin, der türk. Landschaftmin., als Vertreter der Reichsregg. Frhr. v. Richthofen und der Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen teil. Der türk. Botschafter Kemal Eddin Sami Pascha sagt in seiner Ansprache: Durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und den Druck der Entente sei der Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und der Türkei zwar vorübergehend gehemmt worden, aber gerade in letzter Zeit habe er wieder in erfreulicher Weise zugenommen. Deutschland, das seine Kolonien verloren habe, brauche neue Absatzgebiete für seine Industrieerzeugnisse, wie die Türkei für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch des deutschen Marktes bedürfe. Dank der Initiative der türk. Regg., die ihre Hauptaufgabe in der Förderung und Stärkung des Bauernstandes erblicke, sei die agrarische Produktion der Türkei heute bereits höher als vor dem Kriege. Die Türkei würde noch auf Jahrzehnte hinaus Agrarstaat bleiben und ihre Industrie nur soweit fördern, als sie bodenständig sei. Beide Staaten ergänzten sich deshalb in wirtschaftlicher Hinsicht auf das beste.

17. Juli. Ernennung Dr. Bells zum Reichsjustizminister.

Der Reichspräsid. ernennt auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsmin. a. D. Dr. Bell zum Reichsmin. der Justiz und beauftragt ihn gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsmin. für die besetzten Gebiete.

17. Juli. (Thüringen) Etat für 1926.

Der dem Landtag vorliegende Etat für 1926 schließt mit 112147920 M. ord. und 5310200 M. ao. Einnahmen und Ausgaben.

22. Juli. Urteil des deutsch-polnischen Schiedsgerichts.

Das deutsch-poln. Korridorschiedsgericht weist in der Angelegenheit des Eisenbahnunglücks bei Stargard im Mai 1925 die Klage der deutschen Reichsregg. ab.

23./24. Juli. Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Im Reichsarbeitsmin. wird mit den Vertretern der Landesregg.en die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms besprochen. Die Länder stimmen dem Programm der Reichsregg. zu.

24./26. Juli. (Görlitz) Parteitag der Wirtschaftspartei.

Der Vors. der Partei („Reichspartei des deutschen Mittelstandes", gen. Wirtschaftspartei) Drewitz spricht programmatisch über „Deutschlands Wiederaufbau in wirtschaftlicher, kultureller und nationaler Beziehung" und betont vor allem die wirtschaftliche Seite des Problems: nicht soziale Fürsorge, sondern nur Belebung der Wirtschaft könne helfen. Abg. Dr. Bredt hebt folgendes hervor: Gegenüber den Versuchen der Dnat. und der Dtsch. Vp. ebenso gegenüber den dem. Wünschen, die Wirtschaftsp. zu sich herüberzuziehen, sei zu betonen, daß die Mittelstandsp. noch eine junge Partei sei, für die ein Zusammenschluß mit irgendeiner anderen Partei in dieser Stunde nicht in Frage kommen könne. Als berufsständische Vertretung sei sie dazu auch gar nicht in der Lage. Ihr Streben sei, die führende Partei in einem großen Bürgerblock zu werden, der auf dem Boden des Privateigentums und der Privatwirtschaft stehe. Sie müsse den gesunden Gedanken einer Änderung der Verfassung von Weimar erhalten, namentlich den Gedanken, aus dem Parlamentarismus herauszukommen. Ferner könne sich die Wirtschaftsp. nicht auf das

jetzige Deutschland beschränken. Auch in Österreich sei die Gründung einer Mittelstandsp. im Gange, und im Saargebiet sei die Wirtschaftsp. organisiert. Die beschlossenen Richtlinien billigen diese Ausführungen und stellen im wesentlichen fest, daß die Reichsp. als politische Vertretung des gesamten deutschen Mittelstands sich auf den Boden der zurzeit bestehenden Verfassung stellt und folgendes fordert: Reform der Verfassung mit dem Ziel der Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte, Abkehr von der Parteiherrschaft, Schaffung einer wesentlich aus Fachmin. bestehenden Regg., Schutz der Persönlichkeit, des Privateigentums und der Privatwirtschaft gegenüber der Überspannung des Staatsgedankens und die verfassungsmäßige Handelsflagge als Reichsflagge. Der Ausbau der auf dem Parteitag vollzogenen Vereinigung der Reichsp. mit den deutschen Mittelstandp. Deutsch-Österreichs und Deutsch-Böhmens bilde eine der Hauptaufgabe der Reichsp. In einer einstimmig angenommenen Entschl., die an die Reichsregg. gesandt wird, wird diese aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, um der durch die völlige Entwaffnung Deutschlands zwecklos gewordenen Besatzung ein Ende zu machen, „ohne daß dafür irgendwelche wirtschaftlichen Zugeständnisse von deutscher Seite gewährt werden dürfen“.

Ende Juli. Veränderungen im diplomatischen Dienst.

Der Reichspräsid. ernennt: Graf Lerchenfeld zum Gesandten in Wien, Ministerialdirektor Heilbronn zum Generalkonsul in Zürich, den Gesandten in Bukarest Freytag zum Leiter der Kulturabt. des Ausw. Amts, den Gesandten in Kopenhagen von Mutius zum Gesandten in Bukarest, den Generalkonsul in Barcelona von Hassell zum Gesandten in Kopenhagen, den Gesandten in Kowno Schroeller zum Generalkonsul in Barcelona und den Gesandten Moraht zum Gesandten in Kowno.

1. Aug. (Hamburg) Eröffnung der Kolonialwoche.

Am 2. Tag hält Bürgermeister Dr. Petersen eine Ansprache, in der er die Lüge von der Kolonialschuld widerlegt und die koloniale Sache als eine deutsche Sache bezeichnet, die nichts mit irgendwelcher Parteipolitik zu tun habe. Gouverneur a. D. Dr. Th. Seitz erläutert als das wahre Ziel der deutschen Kolonialpolitik die Erweiterung der territorialen Basis der deutschen Wirtschaft. Eine erfolgreiche Kolonialpolitik verlange, daß der geschlossene Wille des Volkes hinter ihr stehe.

2. Aug. (München) Besuch des Reichswirtschaftsministers.

Reichsmin. Dr. Curtius, der nach München gekommen ist, um Verhandlungen über die Anbahnung einer gemeinsamen Elektrizitätswirtschaft im Reich und in den Ländern einzuleiten, spricht vor einem Kreise geladener Gäste über die gesamten Wirtschaftsprobleme: Er sei überzeugt, daß die Verhältnisse in den süddeutschen Staaten, namentlich in Bayern, besonderer Beachtung in der gesamten Reichswirtschaftspolitik bedurften. Gerade seine spezielle Mission, die Elektrizitätswirtschaft zwischen Reich und Ländern in ein gesundes Verhältnis zu bringen, zeige ihm die Notwendigkeit einer weitgehenden Mannigfaltigkeit. Es habe sich gezeigt, daß eine Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft nichts tauge. Andererseits überkreuzten sich die Einzelinteressen in Reich und Ländern. Auf diesem Gebiete seien Vereinbarungen besser als Gesetze; das gleiche gelte von der Politik im allgemeinen. Besser als Denkschriften über eine Revision der Weimarer Verfassung würde gegenseitiges Verstehen

wirken. Bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gelte es, die letzten Mittel des Reiches aufzuwenden, um zur Schaffung von normalen Arbeitsgelegenheiten zu kommen und der Wirtschaft Hilfe zur Selbsthilfe zu bringen. In den Beziehungen des Reiches zum Ausland komme dem Eisen- und Stahlabk. mit Frankreich, Belgien und Luxemburg, das demnächst zu erwarten sei, besondere Bedeutung zu. Verschiedene Anzeichen auf dem außenpolitischen Gebiete, die Rückkehr Poincarés, neue Bedrückungen im besetzten Gebiet, die Entwaffnungsnote, seien nicht erforderlich, trotzdem wäre ein übertriebener Pessimismus um so weniger am Platze, als ja viel schwierigere Dinge in der Vergangenheit überwunden worden seien. Vom Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erwarte er eine erhöhte Energie und greifbarere Erfolge Deutschlands in seiner Weltstellung.

5. Aug. Unterzeichnung des deutsch-franz. vorläufigen Wirtschaftsabkommens in Paris.

Das Abk. zerfällt in zwei Dokumente: Das eine enthält das Provisorium für 6 Monate, das andere betrifft das Sonderregime für das Saargebiet. Das erste, welches am 26. Aug. in Kraft tritt, schützt Deutschland vor allem vor ungerechtfertigten Zollerhöhungen Frankreichs. Das zweite, das am 21. Aug. in Kraft tritt, hat den Zweck die zwischen Deutschland und dem Saargebiet seit 1925 bestehende Zollunion mit abmildernden Maßnahmen zu versehen, um der Wirtschaft des Saargebiets einige Erleichterungen für die Weiterversorgung mit Rohstoffen deutscher Herkunft zu sichern und ihr als Gegenleistung gewisse Absatzgebiete in Deutschland zu gewährleisten. Alle mit der Eisenwirtschaft zusammenhängenden Fragen bleiben jedoch einer späteren Regelung vorbehalten.

7. Aug. Farbstoffabkommen mit Japan.

11. Aug. (Berlin) Verfassungsfeier.

Unter Teilnahme des Reichspräsid. findet im Reichstag die offizielle Verfassungsfeier statt. Reichsmin. Dr. Külz hält die Festrede und führt dabei u. a. folgendes aus: Kein jubelndes Fest ist es, das wir am 11. Aug., dem Tag der Verfassung von Weimar, begehen, sondern eine Feier ernstesten Gepräges, einen Tag der Einkehr, der Selbstbesinnung, der nationalen Sehnsucht und Hoffnung, einen Tag, an dem das ganze deutsche Volk sich eint in dem Gedanken an das Schicksal seiner selbst. Ein jeder einzelne von uns hat die Möglichkeit und die Pflicht, das Schicksal seines Volkes mitzubestimmen. Wenn ein Volk, wie das deutsche, sich in der Zeit des Niederbruchs mit einer Verfassung ein Staatsgrundgesetz und ein Programm für seine eigene Lebensbetätigung setzt, so muß als großer Grundgedanke dieser Verfassung in ihr verkörpert sein der Wille zur nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiedergeburt und Selbstbehauptung. Es hat keinen Sinn, leugnen zu wollen, daß der hohe ethische Gehalt der Verfassung von Weimar auch heute noch in weiten Kreisen des deutschen Volkes verkannt wird. Die Verfassung des Kaiserreichs war der Abschluß einer über viele Jahrzehnte sich erstreckenden geschichtlichen Entwicklung, geboren in dem Augenblick, als der alte deutsche Traum von der Einheit eines Deutschen Reiches sich erfüllte; sie stand am Ende eines äußeren Aufstiegs zur Höhe. Ganz anders die Verfassung von Weimar. Sie kam in der Zeit der tiefsten nationalen Not, sie kam als Abschluß einer Revolution, sie kam einem im Trauergewande

und Sklavenketten einhergehenden Volke. Es gibt kein zweites Beispiel in der Geschichte der Welt, wo ein Volk in einer Zeit so furchtbarer Heimsuchung so schnell Willen und Kraft zu einer von so tiefem, sittlichem Ernst getragenen Neuordnung seines staatlichen Lebens fand. Man muß sich einmal in die Stimmung unserer damaligen Feinde versetzen, die auf den Zerfall des Deutschen Reiches gehofft hatten und nun unmittelbar nach dem Diktat von Versailles nicht den Zerfall dieses Reiches erlebten. Wenn man die Dinge so betrachtet, dann erscheint die Verfassung von Weimar als der Sieg des staatlichen Selbsterhaltungswillens des deutschen Volkes gegenüber dem von außen und innen andrängenden Vernichtungswillen. Gewiß sind diese Ziele der Verfassung nicht von heute auf morgen zu erreichen. Eine Verfassung ist nichts Überirdisches und nichts Unvergängliches, aber ihr Bestand wird um so gefestigter sein, je stärker ihr Inhalt die politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Volkes der Gesamtheit dienstbar macht. Es soll uns fern liegen, ein Pharisäertum der Republik aufzurichten und kritiklos alles das schmälern zu wollen, was der Kaiserstaat auch an Großem und Bleibendem geleistet hat, aber Achtung und Ehrfurcht vor der Vergangenheit und ihren Leistungen entbinden uns nicht von der Pflicht, dem Staate der Gegenwart und Zukunft unter Einordnung des ganzen Ich zu dienen. Es scheint deutsches Schicksal zu sein, daß wir um die innere Volkseinheit noch lange werden kämpfen müssen. Interessenpolitik verdrängt bei uns noch allzuoft die großen gemeinsamen politischen Ideen und das Gefühl der Volkseinheit. Wohl können wir nicht alle die gleiche politische Meinung haben, das wäre fortschrittshemmend. Aber wir können und müssen bei aller Verschiedenheit des Urteils im einzelnen doch durchdrungen und getragen bleiben von dem Bewußtsein, daß wir alle Glieder einer großen Volksgemeinschaft sind. Dieses Gemeinschaftsgefühl verbürgt auch allein den wahren sozialen Geist und festigt die Kultureinheit des deutschen Volkes. Wohin wir in der Verfassung auch blicken, überall zeigt sich das gleich klare und reine Wollen höchster Zielsetzung, das Streben, von Mensch zu Mensch zu wirken, „dem inneren Frieden zu dienen" und den einzelnen Menschen, bei aller Achtung vor seiner individuellen Freiheit, doch unter die Idee der Pflicht gegenüber dem Volke und gegenüber der Menschheit zu stellen. An der Spitze alles Denkens und Handelns steht der nationale Gedanke, aber das Zusammenleben der Völker bringt mit Naturnotwendigkeit internationale Berührungspunkte. Solange die Erde um die Sonne kreist, so lange wird es in den verschiedenen Räumen dieser Erde mit ihren mannigfaltigen Daseinsvoraussetzungen verschiedene Menschen und damit Menschen- und Völkertrennung geben; aber das Ziel der Menschheitsentwicklung muß sein, das Völkervereinende stärker wirken zu lassen als das Völkertrennende. Noch auf Jahre hinaus wird das deutsche Volk einen dornenvollen Weg wandern müssen, aber wenn am Ende dieses Weges die innere und äußere Freiheit steht, dann soll uns keine Mühe zu groß sein. Wir werden unser hartes Schicksal meistern, wenn uns eine Zusammenfassung und eine richtige Einstellung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Energien unseres Volkes gelingt. Noch haben wir dieses Ziel nicht erreicht. Ein Blick in die Parlamente, in das Alltagsgetriebe des politischen und wirtschaftlichen Lebens genügt, um zu erkennen, daß staatsbürgerliche Solidarität und nationales Gemeinschaftsgefühl noch der Vollendung harren. Der alte Staat ist gestürzt, ein neuer Staat ist gekommen, das deutsche Volk ist geblieben. „Staaten stürzen im Sturme

der Zeiten, schaffende Völker trotzen der Welt." Nach dem Innenmin. spricht noch kurz Reichskanzler Marx, der zum Dienst am Vaterland und am Volk auffordert.

12. Aug. (Reichsrat) Zur Annahme gelangt:

Die Vo. über die vorläufige Anwendung des vorläufigen deutsch-franz. Handelsabk. — Am 14. genehmigt der Handelsausschuß des Reichstags die Vo., sowie das Saarabk.

14./15. Aug. (Köln) Tagung des Bundes der Saarvereine.

Die Tagung gestaltet sich zu einem Protest gegen den französischen Anschlag auf die unbestrittene engste Zusammengehörigkeit des Saargebietes mit dem Deutschen Reich. Es werden zwei Entschl. angenommen, von denen die eine das völlige Versagen des Völkerbunds und der Saarregg. betont und die andere den Willen des Saarvolks, unter der deutschen Regg. zu bleiben, zum Ausdruck bringt.

Gleichzeitig veranstalten die Westausschußverbände und der Reichsverband der Rheinländer große Kundgebungen für Rhein, Pfalz und Saar.

16.—19. Aug. (Königsberg) Tagung des Deutschen Genossenschaftsverbandes.

22.—24. Aug. (Breslau) Katholikentag.

Die Tagung wird von Landeshauptmann Horin-Düsseldorf als Präsid. geleitet. In der ersten geschlossenen Versammlung wird eine Resolution zur „Römischen Frage" angenommen, in welcher die völlige Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes gefordert wird. In der ersten öffentlichen Versammlung spricht u. a. Nuntius Pacelli, der jene „unglückliche Entwicklung" schildert, „die in der Sphäre des staatlichen Lebens den Grundsatz zur Geltung gebracht hat, daß Macht vor Recht geht, die in den wirtschaftlichen Beziehungen den Eigennutz und das Klasseninteresse zur letzten Norm erhoben hat und die christliche Liebe zu überwuchern und zu ersticken droht, die die Urzelle aller Volkswohlfahrt, die Ehe und Familie, antastet und die Werkstatt für Bildung und Erziehung der Jugend, die Schule, in den Dienst einer rein diesseitigen Weltanschauung stellen will". Die geistige Herrschaft Christi muß auch wieder unser Staatsleben beseelen. Das geistige Königtum Christi soll endlich die Beziehungen der Völker und Staaten untereinander beherrschen. Nicht Nationalhaß, die Irrlehre der modernen Zeit, darf ihnen das Siegel aufdrücken, sondern das Bewußtsein, daß wir alle aus der Hand desselben Schöpfers hervorgegangen sind."

Am 21. hält in der Generalversammlung des Augustinusvereins für die Katholische Presse Reichskanzler Marx sein Referat über die politische Lage, er verteidigt die Locarnopolitik, mahnt, unliebsame Zwischenfälle im besetzten Gebiet zu vermeiden und erklärt zur bevorstehenden Entscheidung über den Eintritt in den Völkerbund: Wenn wir diesmal nach Genf gehen, so müssen wir die Gewißheit haben, daß Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund auch wirklich ohne Reibung vonstatten geht. Wir streben die Erhaltung der Aktionsfähigkeit des Rates an und lehnen jede Veränderung ab, die als „Sicherung" gegenüber einer künftigen deutschen Mitgliedschaft begründet wird. Wir wehren uns dagegen, daß sozusagen ein Gegengewicht gegen Deutschland im Völkerbund geschaffen werden soll, weil das dem Geiste des Völkerbundes widerspricht. In den Koalitionsfragen im Reich vertritt er die Auffassung,

daß das Ztr. nur dann mit den Dnat. sich verständigen könnte, wenn diese erst einmal ein offenes rückhaltloses Bekenntnis zur Weimarer Verfassung abgelegt hätten.

Am zweiten Tag spricht Prof. Weber-München über die „Herrschaft der christlichen Grundsätze im Wirtschaftsleben“, er erörtert dabei die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und meint: Eigentlich müßte die menschliche Arbeitsleistung als Produktionsfaktor höher bewertet werden als das Kapitel. Die Lohnarbeiterschaft müßte es doppelt schmerzlich und drückend empfinden, wenn sie nicht nur den Besitz materieller Güter, sondern auch die gesellschaftliche Ehre entbehre. Prof. Baur-Breslau kritisiert die auffallende Unterbewertung des Geistigen und die Überbewertung des Materiellen und Körperlichen: „Wenn Ringkämpfer und Boxer wie Fürsten bezahlt werden, während junge Gelehrte darben, wissenschaftliche Forscher ihre Geisteserzeugnisse kaum zum Druck zu bringen wissen, dann fehlt es irgendwo. Wenn nicht mehr die Aristokratie des Geistes, sondern die Aristokratie des Bizeps das erste Wort hat; wenn die Leibespflege, die Körperpflege in Schamlosigkeit und Nacktkultur degeneriert, wenn im Verkehr der Geschlechter alle sittlichen Begriffe in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn man asiatische Geschlechtlichkeit lobpreist und für die Moral indischer Bajaderen und japanischer Geishas schwärmt, so ist die Geistigkeit entthront und das Fleisch auf den Altar gehoben.“

Am dritten Tag hält Gesandter Dr. Graf Lerchenfeld, der frühere bayer. Ministerpräsid., einen Vortrag über „Christi Herrschaft im Leben der Staaten und Völker“: Pflicht des Katholiken im öffentlichen Leben sei die Anerkennung des gottgesetzten Rechts im Staatsleben durchzusetzen. Sein Staatsideal sei der sittliche Staat, Wohlfahrts-, Rechts- und Sozialstaat. Der Staat müsse auch die Rechte der Kirche anerkennen und schützen. Wichtig sei, sagt der Redner weiter, der Gemeinschaftsgedanke. Dieser verlange aber sinnvolle Anwendung auf alle Verhältnisse des Lebens; er müsse vom kleinen und scheinbar unbedeutenden Gebiete des alltäglichen Zusammenlebens fortentwickelt werden über die sozialen Verhältnisse bis zu den Beziehungen der Nationen. Aber die Nation — das gilt den Nationalisten — ist nicht Selbstzweck wie eine Gottheit. Auf der anderen Seite — das gilt den Internationalisten — ist jede Nation eine Persönlichkeit mit Eigenleben und Eigenberuf in der Ordnung der menschlichen Gesellschaft. Im christlichen Weltbild fügt sich beides zusammen. Der Gedanke eines Völkerbundes ist eminent katholisch. Opfer und Segen, das sind die Quellen des Heiles für die Staaten und Völker auch in unserer Zeit, die Quellen, die rein und unerschöpflich der Menschheit nur aus dem Herrschaftsgebiete Christi erfließen. — Zur Sozial- und Wirtschaftspolitik wird eine Entschl. angenommen, in der die Aufmerksamkeit der Katholiken aller Berufsstände auf die wirtschaftliche Notlage gelenkt wird und die stärkere wirtschaftliche Intiative der Reichsregg. und des Reichstages sowie der Volksvertretungen und Regg.en der Länder begrüßt wird, die darauf abzielt, die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern.

23. Aug. (Königsberg) Eröffnung der Deutschen Ostmesse.

24. Aug. Die Gerüchte über Eupen und Malmedy.

Halbamtlich wird darüber folgendes mitgeteilt: Die Tendenz der ausländischen Meldungen alarmiert die Öffentlichkeit, um die Absichten der deutschen Politik zu diskreditieren. Durch Vermischung wahrer und fal-

scher Nachrichten soll der Eindruck erweckt werden, daß Deutschland die belg. Finanzschwierigkeiten erpresserisch zu mißbrauchen suche, daß die belg. Regg. sich dieser Erpressungsmanöver nur mit Mühe erwehren könne, daß es aber schließlich dem energischen Einschreiten dritter Mächte gelungen sei, die drohende Gefahr zu beseitigen. Darüber, was dritte Regg.en gegenüber der belg. Regg. getan haben, kann natürlich nur diese selbst Auskunft geben. Für die deutsche Regg. ist der wirkliche Tatbestand ein sehr einfacher. Zwischen deutschen und belg. Finanzmännern sind schon länger Besprechungen in Gang, die sich auf eine deutsche Mitwirkung bei den internat. Plänen zur Sicherung der belg. Währung bezogen. Ohne daß es einer besonderen deutschen Initiative bedurft hätte, ist dabei auch der Gedanke erörtert worden, ob nicht die Möglichkeit bestände, ein deutsch-belg. Zusammengehen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet dadurch zu fördern, daß gleichzeitig eine Verständigung über das künftige Schicksal der Kreise Eupen und Malmedy herbeigeführt würde. Es bedarf keiner Begründung, daß eine Vereinigung dieser Frage auf dem Wege verständnisvollen gegenseitigen Entgegenkommens wesentlich zu einer Vertiefung der gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien beitragen würde. Auch in belg. Kreisen schien man sich dieser Erkenntnis keineswegs zu verschließen. Das zeigt auch die verständige Haltung maßgebender belg. Blätter. Es muß betont werden, daß diese Besprechungen nicht den Charakter offizieller Verhandlungen von Regg. zu Regg. angenommen haben. Selbstverständlich hat die Reichsregg. von den Unterhaltungen Kenntnis gehabt und hat die Entwicklung der Dinge mit dem größten Interesse verfolgt. Dieser Haltung der Reichsregg. den Vorwurf einer Erpresserpolitik zu machen, wie es franz. Zeitungen tun, kennzeichnet sich angesichts des geschilderten Sachverhalts ohne weiteres als widersinnig. Für Deutschland konnte und kann nichts anderes in Frage kommen als eine Verständigung, die die Gewähr der Dauer dadurch erhält, daß sie in völlig gleicher Weise den Interessen beider Länder entspricht, nicht aber eine Verständigung, die für den einen Teil nur ein Notmittel sein würde, um gegenwärtige Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn, was die deutsche Regg. nicht weiß, die Idee einer solchen Verständigung ihre aktuelle Bedeutung jetzt dadurch verloren haben sollte, daß dritte Mächte sich ihrer Verwirklichung widersetzen, so wäre das ein gefährlicher Versuch, in die friedliche und den wahren Interessen zweier Nachbarvölker entsprechende Entwicklung mit den Mitteln machtpolitischen Druckes einzugreifen. Es wäre ein Versuch, der einen um so bedauerlichen politischen Rückschritt bedeuten würde, als er im Widerspruch stände mit dem Sinn der Verträge von Locarno, deren Hauptbedeutung darin liegt, die Grenzen im Westen für immer zu befrieden und die Erörterung aller damit zusammenhängenden Fragen ein für allemal der Sphäre politischer Machtanwendung zu entziehen.

26. Aug. (Reichstag) Die Frage des Eintritts in den Völkerbund.

Im Auswärtigen Ausschuß erstattet Außenminister Dr. Stresemann ein streng vertrauliches ausführliches Referat über die außenpolitische Lage, in dem er die Fragen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und der vorhergehenden Beratung der Studienkommission über die Zusammensetzung des Völkerbundsrats eingehend erörtert. Der Ausschuß billigt die Richtlinien der Regg., womit die parlamentarische Behandlung der Fragen erledigt ist.

29. Aug. (Nürnberg) Gedenktag für Heer und Marine.

3./4. Sept. (Dresden) 7. Versammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Der Vors. des Präsidiums, Geheimrat Dr. Duisberg, der von einer Weltreise zurückgekehrt ist, beurteilt in seiner Eröffnungsrede auf Grund seiner Eindrücke, besonders in den Ver. Staaten, den „einzigen Gewinnern des Weltkriegs", die Lage in Deutschland als sehr trüb. Er vermißt die genügende Autorität der Reichsregg., beklagt die Überspannung der Sozialgesetzgebung und schildert dann die Wirtschaftslage: von einer Besserung sei noch keine Rede, die Handelsbilanz, die in der ersten Hälfte des Jahres einen Überschuß von 536 Mill. aufzuweisen habe, sei bedrohlicherweise wieder passiv geworden. Und doch komme es angesichts unserer Schulden- und Reparationsverpflichtungen darauf an, einen Ausfuhrüberschuß von etwa 3 Milliarden RM. zu erzielen. Es ist unerfindlich, fährt er fort, wie Deutschland in Anbetracht der handelspolitischen Einstellung des gesamten Auslandes, dazu durch das Versailler Diktat seiner wichtigsten Rohstoffquellen beraubt, zu einem solch großen Ausfuhrüberschuß gelangen kann. Daß es aber nur möglich ist, die Dawesleistungen durch Gewinne unseres Außenhandels abzutragen, ist heute die Überzeugung aller Volkswirtschaftler der Welt geworden. Ohne Ausfuhrüberschuß keine Barübertragungen. In der allgemeinen Erkenntnis dieser Zusammenhänge liegt jedoch auch ein günstiges Moment. Deutschlands Kriegsschulden sind ja nicht die einzigen Schulden. Italien hat Kriegsschulden an Frankreich abzutragen, Frankreich an England und England an den großen Gläubiger der Welt und allesamt wieder an ihren Retter aus gemeinsamer Not, an die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Auch diese Kriegsschulden können nur auf dem Wege von Ausfuhrüberschüssen getilgt werden und auch diese Schuldnerländer stoßen bei ihrer Ausfuhr auf die Zollmauern ihrer Gläubiger. Dieser Widerspruch muß eines Tages gelöst werden. Überall im Auslande stoßen wir auf einen auch wirtschaftlichen Nationalismus, der sich auf die Formel bringen läßt: Der heimische Markt der heimischen Produktion. Hier können wir vom Auslande lernen, wenn wir auch, wie kein anderes Land der Erde, auf den Export angewiesen sind. Ich glaube aber, daß es schwer sein wird, auf gesetzgeberischem Wege Wandel zu schaffen. Vielmehr sollte jeder einzelne Deutsche daran mitwirken, den Bezug nicht lebensnotwendiger Waren aus dem Auslande einzuschränken, damit die Einfuhr so klein als irgend möglich wird. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Reichswirtschaftsmin. Curtius erörtert Geheimrat Kastl, das geschäftsführende Präsidialmitglied des Verbandes, eingehend die wirtschaftspolitischen Forderungen der Industrie. Unter Zugrundelegung der Denkschrift des Verbandes vom Dez. 1925 bespricht er die steuerliche Überlastung der Wirtschaft, die geringe Auswirkung des Steuermilderungsprogramms, da der Ermäßigung oder Beseitigung gewisser Reichssteuern eine Erhöhung der Länder- und Kommunalsteuern gefolgt sei, die notwendige Verwaltungsvereinfachung im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden und die empfindliche Erhöhung der sozialen Lasten. Er warnt ferner vor einer voreiligen Kodifikation des Arbeitsschutzrechts und fordert Rationalisierung und Konzentration. Als besondere Probleme greift er heraus die Arbeitslosigkeit, die Reparationsfrage, die Vorarbeiten für die Weltwirtschaftskonferenz und die Wirtschaftsenquete. Dabei unterzieht er das Arbeits-

beschaffungsprogramm der Regg. einer scharfen Kritik: wegen seiner finanziellen Auswirkung — Erschließung neuer Steuerquellen oder Überanspruchung des Kapitalmarkts — dürfte es kaum zweckmäßig sein, und fraglich sei es dann auch, ob es überhaupt ausreichend sei. Nicht ohne Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit ist — sagt er weiter — auch die Reparationsfrage. Die aktive Betätigung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beim Dawesgutachten ist ihm vielfach verübelt worden. Und doch muß auch heute festgestellt werden, daß die damalige Stellungnahme des Verbandes die einzig richtige war. Wie ausdrücklich an mehreren Stellen des Dawesgutachtens festgestellt wird, ist der Plan ein Versuch zu einer Regelung der Reparationsfrage. Er soll und muß einer Änderung oder Revision unterliegen, sobald sich die Undurchführbarkeit in der Praxis zeigt, sobald sich insbesondere ergibt, daß die Durchführung die wirtschaftliche Lage Deutschlands in Unordnung zu bringen und den Lebensstandard des deutschen Volkes unter den der Gläubigerländer zu drücken droht. Wenn man sagt, der Dawesplan sei für die deutsche Volkswirtschaft nicht erfüllbar, dann will man damit sagen: er ist für die empfangenden Länder nicht tragbar, weil die empfangenden Länder weder ein Interesse daran haben, Deutschland als Konsumland zu verlieren, noch zulassen wollen, daß durch den verstärkten deutschen Reparationsexport ihre eigene Wirtschaft gefährdet wird. Die Fragestellung lautet also: 1. was können die Gläubigerländer empfangen und 2. was darf Deutschland leisten, wenn es nicht als Konsumland für die anderen Volkswirtschaften ausscheiden soll. Die internationale Wirtschaftskonferenz sieht nach der Auffassung ihres geistigen Urhebers Loucheur ihre Ziele darin, in bestimmten internationalen Fragen allmählich eine öffentliche Meinung zu bilden. M. E. hat eine solche Konferenz vom deutschen Standpunkte aus — unbeschadet der Frage, wie man zu dem politischen Instrument des Völkerbundes steht — eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Das Programm des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft ist außerordentlich weit gesteckt, eine Wirtschaftsenquete in diesem Ausmaße ist eine Unmöglichkeit, wenigstens ist sie innerhalb eines brauchbaren Zeitraums nicht zu lösen. Reichsfinanzmin. Dr. Reinhold skizziert die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregg., ohne dabei über seine Erklärungen im Reichstag hinaus wesentlich Neues zu sagen. Aktuell ist lediglich seine Auslassung zu dem erst abgeschlossenen Abk. mit dem Reparationsagenten (vgl. Abschn. I am Schluß!): Wir haben durch den Dawesplan ganz allmählich an die Stelle der Gewalt und Willkür die Vereinbarungen gesetzt, die auf wirtschaftlichen Erwägungen fußen. Wenn Sie heute das Abk., das ich mit dem Reparationspräsidenten getroffen habe, lesen, so werden Sie zugeben daß es für Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Zukunft besser ist, wenn gentleman's agreements an die Stelle von Noten der Militärkommission treten. Mit voller Loyalität werde ich die Verpflichtungen aus dem Dawesplan erfüllen, solange die wirtschaftliche Notwendigkeit dazu gegeben ist. Daß ich aber ebenso für die vernünftige Anpassung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands eintreten werde, ist gewiß. Ich bin überzeugt, daß die ganze Welt einmal sich gegen die Dawezahlungen wehren wird. Man muß das ganze Problem aus dem politischen Gebiet herausbringen und auf das wirtschaftliche Gleis führen.

Am 4. hält Dr. Silverberg seine viel beachtete programmatische Rede, in der er u. a. folgendes ausführt: Zunächst möchte ich einiges

besonders Markante hervorheben, was der Epoche der Nachkriegszeit für das Unternehmertum und vom Standpunkt eines Unternehmervertreters aus gesehen das Gepräge gibt. Die politische Revolution wurde sehr bald zu einer wirtschaftlichen und sozialen Revolution. Das deutsche Unternehmertum, bis zum Kriege und von einzelnen abgesehen auch im Kriege politisch indifferent, jedenfalls nicht aktiv, sah sich plötzlich als Objekt des politischen Kampfes. Es sah als seine unmittelbaren Gegner die revolutionäre Arbeiterschaft und den von ihr beherrschten Staat. Es hatte einen Kampf um seine Existenz nach vielen Seiten zu führen: gegen die wirtschaftlich finanzielle Entwicklung, von der es gleichermaßen mit dem ganzen Volke getroffen wurde, dazu gegen die den Staat repräsentierenden revolutionären Regg.en. Gegen sie in ihren auf Sozialisierung und Gemeinwirtschaft hinzielenden Tendenzen mußte es um seinen Besitz und die Grundlage seiner Existenz den Kampf führen. Es folgte daraus, daß das Unternehmertum gegen den neuen Staat, wie er sich in der ersten Zeit nach der Revolution darstellte, geschlossen eine ablehnende Stellung einnahm. Während auf der einen Seite die Exponenten des Staates jede gute Tradition negierten, überboten sich andere, die Grundlagen des deutschen Unternehmertums aus böswilliger Zerstörungswut oder idealistischem Unverständnis zu vernichten. Dieser Kampf mußte ausgekämpft werden, wenigstens so weit, daß für Volk und Wirtschaft eine erträglich standfeste Basis erstritten wurde. Dieses Ziel ist heute in gewissem Umfange erreicht, und es ist festzustellen, daß es die politische Not des gesamten Volkes — ich nenne Reparationsfrage und Ruhrkampf — und damit die Außenpolitik es war, die Unternehmertum und nachrevolutionäre Regg.en zu aktiver Zusammenarbeit für den Staat brachten. Diese Zusammenarbeit hatte das gute Ergebnis, daß die Einstellung des Unternehmertums auf den heutigen Staat auf eine klare Linie gebracht worden ist: Das deutsche Unternehmertum steht restlos auf staatsbejahendem Standpunkt. Doch lehnt es alle extremen Elemente rechts und links ab, deren offenes oder geheimes Ziel die verfassungswidrige, gewaltsame Änderung der Reichsverfassung darstellt, und ebenso diejenigen Verteidiger der Republik, die in der Verfassung heute noch vornehmlich ein Instrument wirtschaftsrevolutionärer Ziele sehen. Denn darüber müssen sich diese Freunde der Republik klar sein: Bei allen ernsthaften Menschen im Inlande und im Auslande wiegt die Anerkennung der deutschen Republik und ihre Verfassung durch das Unternehmertum tausendmal schwerer, wie der ganze parteitaktische Rummel, der nur Mißtrauen sät, Unruhe schafft und Kräfte absorbiert. Gerade diese Einstellung des deutschen Unternehmertums ist die Grundlage für das Vertrauen des Auslandes auf die Stabilität der deutschen Verhältnisse. Auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet ist die Gefährdung des deutschen Unternehmertums gekennzeichnet durch die wirtschafts- und finanzpolitischen Vorgänge, die man mit dem Wort Inflation zusammenfassen will. Diese Diktion ist unvollständig und irreführend. Richtig ist m. E. zu sagen: Die Zerstörung und das Verschwinden des mobilen Kapitals aus den Unternehmungen, mit allen seinen Folgen für den technischen und wirtschaftlichen Aufbau der Produktion der Güterverteilung und dem Konsum. Es ist nun weder meine Absicht noch meine Aufgabe, in Spekulationen mich darüber zu ergehen, wodurch die Inflation entstanden ist, wer sie verschuldet hat usw. Man wirft insbesondere dem industriellen Unternehmertum vor, durch die sog. Flucht in die Sachwerte die Inflation gefördert zu haben. Es wäre un-

vernünftig, zu bestreiten, daß die Flucht in die Sachwerte eine Entziehung mobilen Kapitals aus dem Verkehr und eine Immobilisierung desselben darstellte. Aber wie liegen die Dinge in der Wirklichkeit? Nach dem Kriege mußte das deutsche industrielle Unternehmertum feststellen, daß seine vier Jahre lang einseitig auf Kriegsproduktion eingestellten Anlagen verschlissen und unmodern geworden waren, es mußte in der ausländischen Produktion einen bedeutenden und bemerkenswerten technischen Fortschritt feststellen, und es war zwingend, daß angesichts der sozialen Revolution, die sich in Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Lohnkosten darstellte, die Selbstkosten der Produktion wieder auf einen normalen Stand kommen mußten. Die Folgen waren Umbauten, Modernisierungen, Neubauten zur Vermehrung der Erzeugung. Nur allein von diesen modernen Anlagen leben wir heute, lebt das industrielle Unternehmertum, lebt die industrielle Arbeiterschaft, leben alle die Menschen — ich schätze sie auf mindestens die Hälfte des deutschen Volkes —, die unmittelbar und mittelbar aus der deutschen Industrie ihren Lebensunterhalt ziehen. Wenn das deutsche industrielle Unternehmertum nicht zur rechten Zeit den Mut zur Errichtung moderner, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Anlagen gehabt, nicht die alten Anlagen modernisiert hätte — das deutsche Volk schiede aus auf dem Weltmarkt. Im zweiten Teil seiner Rede behandelt Silverberg das Problem der Kartelle: In der Mitte des vorigen Jahrhunderts ist die deutsche Industrie in dem bei steigender Bevölkerungszahl armen Lande durch Kapitalvereinigung in Gesellschaften aufgebaut worden. Diese Schaffung des modernen Finanzkapitals hat dem für das heutige industrielle Unternehmertum mehr wie unerfreulichen Handel mit sog. Aktienpaketen die Wege bereitet. Das Unternehmen wurde zum Handels- und Spekulationsobjekt des Finanzkapitals und bedarf mehr wie je der mehrstimmigen Vorzugsaktien zum Schutze des kleinen und mittleren Aktienbesitzes auch gegen innere Überfremdung. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Entwicklung der aktiengesellschaftlichen Produktion davon absehen könnte, sich für ihren Kapitalbedarf auf ganz breite Kreise des Volkes zu stützen, zu denen, wie ich hoffe, auch die Arbeiterschaft gehören wird. Und ich bin sicher, daß diese Kreise es vorziehen, die Stabilität der Verwaltung, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Unternehmungen bei der Verwaltung selbst gesichert zu wissen, als in den Händen von Aktienpakethändlern, die zum Zwecke der Gewinnsicherung Aktienbeteiligungen oder Mehrheiten dem Meistbietenden ohne Rücksicht auf das Unternehmen verkaufen. Es ist also aus der allgemeinen Kenntnis der Dinge festzustellen, daß das industrielle Unternehmertum in dem einen wichtigen Punkte, in der Gesellschaftsform, in der es seine Unternehmungen betreiben muß, entschlossen den Weg der Selbsthilfe gegangen ist, in der Überführung der Unternehmungen in die Form der öffentlichen juristischen Person. Das war eine der Grundlagen zur Wiederbeschaffung des zerstörten oder entzogenen Betriebskapitals und damit zum Wiederaufbau. Die anderen Wege waren verschiedenartig: Das große Problem war die gewaltsame oder organische Bereinigung des industriellen Unternehmertums von kranken und nicht mehr lebensfähigen Unternehmungen. Rein nach der Negativen ist dieser Prozeß durch den Zusammenbruch zahlreicher Unternehmungen und deren Ausscheiden aus dem Produktionsprozeß gekennzeichnet. Es sind aus der großen Krisis im wesentlichen lebensfähige Unternehmungen übrig geblieben. Auf der anderen Seite hat das Unternehmertum nach der positiven Seite diesen Ausscheidungsprozeß durch

organische Stillegungen, anders gesagt, durch systematische Zusammenschlüsse gefördert. Es wäre zweifellos vom Standpunkte krassen wirtschaftlichen Egoismus einfacher und auf die Dauer auch gewinnbringender gewesen, die unorganische Sanierung durch scharfe Konkurrenzierung und Beschleunigung von Zusammenbrüchen zu fördern. Bei dieser organischen und organisatorischen Arbeit hat das Unternehmertum nicht nur nicht die Hilfe der Reichsregg. gefunden, im Gegenteil, es ist ziemlich alles geschehen, um diese Arbeit zu erschweren. Denn: Wenn etwas eine wirtschaftliche Katastrophe schroffster und schärfster Art gehindert hat, war es die Arbeit der Syndikate und Kartelle, die schließlich zur höheren organisatorischen Form, zu trustartigen Gebilden, geführt hat. Die Syndikate und Kartelle aber hat man von Staats wegen offen und geheim bekämpft, hat ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie lediglich und allein die Preishochhaltung auf der Basis der Selbstkosten des schlechtest arbeitenden Werkes zum Zwecke hätten. Es ist richtig, daß die Preisfestsetzung fast in allen Syndikaten auf einer mittleren Linie erfolgt ist. Wäre das nicht geschehen, dann hätten wir Zusammenbrüche in einem Umfange erlebt, gegen den die Zustände im Übergang 1925/26 ein Kinderspiel waren. Es ist für mich kein Zweifel, daß diese Organisationen der Industrie bewußt oder unbewußt eine Katastrophe in Deutschland aufgefangen haben. Zum Glück hat sich die Aktion des Herrn Dr. Luther gegen Syndikate und Kartelle, die unter der Flagge des Preisabbaues erfolgte, als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Wenn wir nun auch zweifelsfrei feststellen müssen, daß innerhalb der alten organisatorischen Formen der Industrie eine Fortentwicklung zu trustartigen Gebilden vorhanden ist, so sind m. E. diese alten Gebilde noch nicht überflüssig geworden oder erledigt. Ebensowenig wie in Amerika ist auch in Deutschland keineswegs alles individualistische Streben erledigt, dem wir den Aufbau der deutschen Industrie verdanken. Für individuelle Qualitätsarbeit, die sich den Wünschen der Konsumenten anpaßt, wäre die Unterdrückung der Klein- und Mittelbetriebe tief bedauerlich. Die trustartigen Gebilde haben auch selbst ein Interesse daran, nicht alle Möglichkeiten abzugraben oder zu stören, auf denen sich selbständige Einzelexistenzen erhalten oder entwickeln können. Die „Modernisierung der Auffassung" bei den Syndikaten und Kartellen zeigt sich heute merkbar in der Einstellung zum Handel. Nicht nur in den Syndikaten, auch bei manchem nicht syndizierten Industriellen hatte sich schon in der Vorkriegszeit eine Einstellung zum Handel gezeigt, die, im Grundsatz volkswirtschaftlich falsch, in ihrer nachteiligen Auswirkung deshalb nicht so in die Erscheinung trat, weil Handel und Wandel, Produktion und Absatz in höchster Blüte standen und es Absatzprobleme kaum gab. Das industrielle Unternehmertum erkannte nach großen Schäden, welche unersetzbare Bedeutung für die Produktion ein leistungsfähiger, interessierter Handel und insbesondere der Großhandel hat, sowohl für die Absatzwerbung wie für die billigste Bedarfsdeckung, wie nicht zuletzt für die Geld- und Kreditvermittlung zwischen Produktion und letzten Konsumenten. Wie die behördlichen Verteilungsorganisationen nach und nach ein wenig rühmliches Ende fanden, so ist auch bei dem industriellen Unternehmertum eine ganz bemerkenswert andere Auffassung in der Wertung des Handels eingetreten. Es ist erfreulich, diese Wandlung in der Einstellung zum Handel feststellen zu können. Die öffentliche Meinung in Deutschland hat die Bildung großer und größter Trusts bis jetzt willig und mit zustimmendem Verständnis aufgenommen. M. E., weil die

Öffentlichkeit auf der einen Seite deren Notwendigkeit empfunden, auf der anderen Seite aber die Überzeugung hat, daß die Trusts lediglich nach wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Grundideen sich gebildet haben und in jedem Falle in bezug auf die nationale Gesamtwirtschaft einen Fortschritt bedeuten. Läge die Gefahr vor, daß in die Trusts zu rein finanzkapitalistischen Zwecken Unternehmungen hineinfusioniert, daß die Trusts zu Sicherheitshäfen für die Sanierung von Eisenspekulationen würden, so wäre ein sehr ernst zu nehmender Umschwung der öffentlichen Meinung sicher. Die in der Leitung der bis jetzt gebildeter Trusts maßgebenden Persönlichkeiten bieten die Gewähr dafür, daß sie die ihnen anvertrauten Unternehmungen von derartigen Angliederungen freihalten. Hat also das industrielle Unternehmertum in der Nachkriegszeit selbst seine organisatorischen Formen weiter gefördert, so hat es auf der anderen Seite auch in bezug auf den Wiederaufbau der liquiden Betriebsmittel sich selbst geholfen. Der verfrühte Abbau der Zinssätze hat nicht dazu beigetragen, die Liquidierung der Vorräte bei der Produktion und vor allem auch im Handel zu beschleunigen. Das deutsche industrielle Unternehmertum ist nicht leichten Herzens, aber entschlossen und getragen von der Überzeugung des Notwendigen den Weg zu den Geldgebern des Auslandes gegangen. Es hat, wenn auch unter schweren Bedingungen, sich die notwendigen Betriebsmittel im Anleihewege und vereinzelt auch im Wege der jetzigen oder späteren Beteiligung des Auslandes an deutschen Unternehmungen verschafft. Das Eindringen des Staates in die Privatwirtschaft ist ohne Zweifel eine der bedenklichsten Erscheinungen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit, um so bedenklicher, als weder eine Linie noch ein Prinzip noch ein Ziel sich feststellen läßt. Es gibt in Deutschland in der Industrie, im Handel, im Bankwesen und im Handwerk kaum ein Wirtschaftsgebiet, auf dem nicht die öffentliche Hand zum Zweck der Anlage zuviel erhobener Steuern sich betätigte. Nun ist es nicht so, als wenn das Unternehmertum der Nachkriegszeit jede wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand ablehnte. Ich will mich daher darauf beschränken, die Grundsätze, auf die sich Präsidium und Vorstand vorläufig geeinigt haben, zu wiederholen: „Von seiten der öffentlichen Körperschaften sollen nicht lediglich des Gelderwerbes wegen Unternehmungen errichtet oder übernommen werden; die Errichtung oder Übernahme von Unternehmungen kann nur dann gebilligt werden, wenn es sich um besondere Zwecke handelt, die die Privatwirtschaft nachgewiesenermaßen nicht oder nicht mehr erfüllen kann. Die Betätigung der öffentlichen Hand auf wirtschaftlichem Gebiet darf sich nicht heimlich vollziehen, noch weniger dürfen Steuermittel für derartige Unternehmungen verwendet werden. Vielmehr ist in jedem einzelnen Falle die Übernahme der zu investierenden Kapitalien auf Anleihe und damit die Genehmigung der Parlamente und für Betrieb und Verwaltung die dauernde öffentliche Kontrolle der Parlamente und der Öffentlichkeit erforderlich. Jede Einwirkung der Politik auf die geschäftliche Betätigung der öffentlichen Hand und jede Einwirkung auf die Politik sind unbedingt abzulehnen.“ Es wird nicht leicht sein, bei der noch vorhandenen Indisziplin in den Behörden, dem Gegeneinanderarbeiten des Reiches, der Länder und der Gemeinden und schließlich bei dem mißverstandenen Sozialismus, der noch immer in den Köpfen spukt, und dem Drang nach Sichausleben des „kaufmännischen Geistes“ diesen Grundsätzen in der Praxis Anerkennung zu verschaffen.

Ich komme nunmehr zum letzten Teil meines Berichtes: Das industrielle Unternehmertum und die Arbeiterschaft. In der Besitzschichtung stellt das Eigentum an der Arbeitskraft einen besonders zu behandelnden Komplex dar. Dabei muß ich die Auffassung von der Hand weisen, als wenn ich damit lediglich die Handarbeit meinte: im Gegenteil, ich will damit alle diejenigen Individuen zusammenfassen, die durch Verwertung und in Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Arbeit ein aus dieser fließendes Einkommen ziehen. Bei uns in Deutschland, wo weite Kreise mehr oder weniger an einer starken Überschätzung des organisatorischen Gedankens leiden, drückt sich diese umfassende Auffassung auch schließlich darin aus, daß fast alle Berufe, sogar die öffentlichen Beamten, sich gewerkschaftlich organisiert haben. Es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen — ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legien — sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Und dankbar sei an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsid. Friedrich Ebert gedacht. Aber wie die Gewerkschaften manch unerwünschten Zuwachs aus den sog. November-Sozialisten erfuhren, so ist auch manche gewerkschaftliche Organisation als Novembergewerkschaft anzusprechen. Und wir wollen hoffen, daß die sog. Reinigungskrise hier nicht haltmacht. Ich hoffe aber, daß sie auch bei den Überorganisationen, die sich in dem Verbandswesen des industriellen Unternehmertums ausgebildet haben, ebenfalls nicht haltmacht. Es kann nicht zum Guten führen, wenn sich das Verbandswesen im industriellen Unternehmertum zum zunftartigen Fachverbandswesen entwickelt, das vom einseitigen Interessenstandpunkt aus Spitzenverbände und Behörden mit Anträgen und Wünschen überschüttet, deren Erfüllung ganz schön wäre, wenn der organisierte Erwerbszweig allein auf dieser Welt wäre, deren Befürwortung und Erfüllung aber für jeden Einsichtigen unmöglich ist, wenn er die Notwendigkeit einer wirtschaftlich und politisch richtigen Gesamtwirtschaft pflichtgemäß im Auge behält. Auch hier kann und muß, um das modern gewordene Wort einmal zu gebrauchen, rationalisiert werden. Nach der Revolution war in der Arbeiterschaft die Stimmung so, daß sie sich als die einzigen Gewinner aus dem Zusammenbruch betrachteten. Steigende Löhne bei verkürzter Arbeitszeit, Beherrschung der Regierung und der Ämter — kurz: Siegerstimmung. Ihr ist folgerichtig eine starke Ernüchterung gefolgt. Über steigende Selbstkosten, Eingriffe in den natürlichen Ablauf wirtschaftlichen Geschehens, ich erinnere an die Drosselung der Eisenausfuhr 1921, folgten nach scheinbaren Lohnerhöhungen Währungszusammenbruch und Arbeitslosigkeit in einem erschreckenden Ausmaß. Groß und schwer ist der Tribut, den die Arbeiterschaft zahlt und was bei dem sog. Besitz, bei dem Unternehmertum sich als Verlust an Vermögen und mobilem Kapital darstellt, das ist für die Arbeiterschaft das Verschwinden nutzbarer Arbeitsgelegenheit. Daß diese Lage für die Arbeiterschaft verschärft und vergröbert wurde durch die schon oft gekennzeichnete Steuer- und Finanzpolitik nach der Markstabilisierung, kommt jetzt auch bei der Arbeiterschaft zur Erkenntnis. Hinzu kommt noch folgendes: Wenn vor dem Kriege in Deutschland der Ordnungs- oder wie andere sagen, der Polizeistaat ins Extrem geraten war, so sind wir heute im Begriffe, in ein anderes Extrem, in den Fürsorge-

staat hineinzuschliddern. Es ist doch schon von aufmerksamen und nicht voreingenommenen Beobachtern erkannt, daß die quantitative und qualitative Überspannung sozialer Fürsorge bei uns die Selbstverantwortung tötet. Das heute geltende System muß in der breiten Masse zu der Auffassung führen, daß sie gegenüber dem Staat und der Allgemeinheit nur politische und soziale Rechte, aber keine Pflichten habe, an die im Frieden immer noch die allgemeine Wehrpflicht und die in ihr wirksame Erziehung erinnert hat. Während das deutsche Unternehmertum sich wirtschaftspolitisch, finanztechnisch und organisatorisch umgestaltete, läuft die Sozialpolitik noch in den alten Gleisen der behördlichen Fürsorge und Bevormundung der Arbeitszeit- und Lohnregelung ohne neue Ideen und immer mehr mechanisierend, statt geistig erneuernd und aufbauend. Diese Entwicklung, so wie sie sich mir darstellt, habe ich kurz umreißen müssen um nunmehr die Stellung des deutschen industriellen Unternehmertums in ihr und zu ihr darzustellen: Rückwärtsschauend, wenn man vom Rathause kommt, kann man nicht sagen, daß die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeiterschaft immer glücklich gewesen ist. Zwar hatten einsichtige Unternehmer und Arbeiterführer kurz vor dem Zusammenbruch die Zentralarbeitsgemeinschaft gegründet. Zu rechtem Leben ist diese Organisation nicht gekommen. Wohl hemmten von der Arbeiterseite politische Rücksichtnahme auf politische Parteien die vorbehaltlose Mitarbeit. Auf seiten des Unternehmertums war im allgemeinen eine gewisse Ängstlichkeit und Unsicherheit bei ihrer Mitarbeit festzustellen, Ängstlichkeit vor den Auswirkungen, die ihren Zugeständnissen in dieser politisch und wirtschaftlich labilen Zeitperiode hätten folgen können. Viel mehr aber noch wirkte nach, daß das Unternehmertum sich zu spät entschlossen hat, in den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen und den Führern den Rücken gegen die eigenen Freunde zu stärken. Dieser Fehler des Unternehmertums liegt wesentlich in der Vorkriegszeit. Aber er hatte zur Folge, daß nach dem Kriege die Führung der Arbeiterschaft, wirtschaftspolitisch ungeschult, politisch stark nach links und ganz darauf eingestellt war, daß auch Notwendiges und Richtiges nur im Kampf erreicht werden könnte und erreicht werden müsse, einseitig, ohne Rücksicht auf größere wirtschaftliche Zusammenhänge und die Auswirkung sog. Erfolge auf die Gesamtwirtschaft. Es ist nun nicht zu verkennen, daß sich in dem deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen hat. Diese zu umschreiben, ist nicht möglich, ohne das politische Gebiet zu streifen. Es hieße sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrumspartei, ihre politische Vertretung findet. Die in den christlichen Gewerkschaften organisierte Minderheit leidet unter allen Schwächen einer Minderheit, die sich vor allem in der Überspannung sozial- und lohnpolitischer Forderungen ausdrückt, die wieder bei der Mehrheit, den freien Gewerkschaften die Tendenz zum Überbieten auslöst. Das Unternehmertum hat natürlich darauf sehr zu achten, daß es nicht noch mehr von diesem Wettstreit, dem wirtschaftspolitische Überlegungen fremd sind, betroffen wird und dessen Zeche zu zahlen hat. Aber nicht nur dem Unternehmertum erwachsen aus dieser Lage besondere Schwierigkeiten; sie entstehen mindestens in demselben Umfange für die Zentrumspartei, solange die Sozialdemokratie Oppositionspartei ist. Deshalb ist es eine auf die Dauer im höchsten Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozial-

demokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig; es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben, es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran. Und sie wird auch als Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt. Dazu ist von unserem Standpunkt aus Voraussetzung, daß die soziale Demokratie auch den Mut hat, die Folgerungen aus den Lehren zu ziehen, die sie in und seit der Revolution erhalten hat: Sie hat nicht die Macht und die Kraft und die Fähigkeit, den Staat zu beherrschen und zu führen. Mit Muskel- und Stimmkraft, die auf der Straße aufgefüllt werden können, ist es nicht getan. Und wirtschaftspolitisch leben wir nicht auf einer einsamen Insel und autarkisch können wir mit den Mitteln eines Robinson Crusoe ein Volk von 63 Millionen physisch und kulturell nicht erhalten. Wir leben in einer Welt, die ihre Existenz und ihre Kultur auf kapitalistischen Wirtschaftsmethoden aufgebaut hat, nicht auf einem exzedierenden Finanzkapitalismus, den das deutsche Unternehmertum ebenso ablehnt, wie die Arbeiterschaft, sondern auf einem Kapitalismus als Grundlage einer durchorganisierten Produktion und einer rationalisierten Güterverteilung bis zum Güterkonsum. Wenn eine soziale Demokratie sich so auf den Boden der Tatsachen stellt, den radikalen Doktrinarismus und die immer zerstörende, nie aufbauende Politik der Straße und der Gewalt ablehnt, wird sie zusammen mit dem Unternehmertum und unter seiner Führung Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder zu Erfolgen und zur Blüte führen. Ich glaube also feststellen zu dürfen, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt, und daß auch weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Mut zu der Schlußfolgerung haben, daß die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Soz. P. angestrebt werden muß. Wir haben in Deutschland zusammen viel wieder aufzubauen. Dazu sind in erster Linie die beiden aufstrebenden Schichten im Volke berufen: das deutsche Unternehmertum im weitesten Sinne gedacht und die deutsche Arbeiterschaft. Kein Teil hat es bis jetzt dem anderen leicht gemacht, zu einer aufbauenden Zusammenarbeit zu gelangen, sicher nicht die politische Vertretung der Arbeiterschaft und ihre Exponenten, die für sich alle Anerkennung verlangten, aber verkannten, daß sie ohne ein kräftiges, auf guter Tradition beruhendes Unternehmertum nichts ist. Manches haben die Organisationen der Arbeiterschaft erreicht. Aber eines haben sie nie gekonnt und werden sie nie können: „Arbeit schaffen". Das kann nur das Unternehmertum, das eine geistig und körperlich gesunde Arbeiterschaft hinter sich weiß. Ich komme zum Schluß: In dem Vorhergehenden habe ich versucht, ein Bild aufzuziehen, wie ich es sehe. Es kann sein, daß der eine oder der andere glaubt, ich sehe Dinge, die nicht sind. Diese Kritik muß ich hinnehmen. Aber es ist immer in der Welt so gewesen, daß große Entwicklungen sich anbahnen, die vorerst nur in einzelnen Momenten faßbar sind, daß sie sich durchsetzen, ohne daß man ihre Entwicklungsstufen im einzelnen erkennen konnte. Es ist vielfach Gefühlssache, aus Einzelerscheinungen auf große

Entwicklungen zu schließen. In dem Verhältnis des industriellen Unternehmertums zur Arbeiterschaft geht es mir so. Ich glaube an den Wiederaufbau Deutschlands und der deutschen Wirtschaft, und die Zukunft unseres Volkes. Und weil ich daran glaube, glaube ich an die vertrauensvolle und zukunftsreiche Zusammenarbeit der gewaltigen Kräfte, die in unserem Volke Unternehmertum und Arbeiterschaft darstellen.

Staatssekretär z. D. von Simson erstattet das Referat über Außenhandels- und Zollfragen, dabei kommt er zu folgendem Ergebnis: Er könne einen Übergang der deutschen Handelspolitik von dem Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung mit gleichzeitigen Tarifverträgen zu dem Prinzip einer listenmäßigen gegenseitigen Meistbegünstigung nicht empfehlen. Bei den Handelsvertragsverhandlungen müsse der große Wert der deutschen Meistbegünstigung, der begründet sei einerseits in den bereits jetzt sehr zahlreichen Änderungen des autonomen Tarifs, andererseits in der Größe und wachsenden Konsumkraft Deutschlands, stärker betont und verwertet werden. Ein Anreiz zum Abschluß von Tarifverträgen müsse durch Verbesserung des Zolltarifs herbeigeführt werden. Es sei ein nach einheitlichen Grundsätzen aufgebauter Tarif sorgfältig vorzubereiten, was sicherlich noch mehrere Jahre beanspruchen werde, und erst dann in Kraft zu setzen, wenn die Tarifverhandlungen mit den hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern abgeschlossen seien. Reine Meistbegünstigungsverträge ohne Tarifbindung seien gegenüber Ländern mit starkem Export zu uns abzulehnen. Im übrigen aber sei an dem Grundsatz der unbedingten Meistbegünstigung, wenigstens vorläufig, festzuhalten. Aus den Ausführungen des Geheimrats Bücher ist der Passus über die Zahlungsbilanz hervorzuheben: Ich habe vor einigen Tagen für die Internat. Handelskammer eine Zahlungsbilanz für Deutschland aufgestellt. Das Resultat war, daß, rein bilanzmäßig gesehen, der Status eine wesentliche Besserung der Verhältnisse im letzten halben Jahre erfahren hat. Die Passivität der Bilanz wurde ausgeglichen durch Vermögenswerte, die im Auslande sich befinden und durch Schulden, die wir im Auslande aufgenommen haben. Die gesamte langfristige Verschuldung beträgt bis 30. Juni 1926 3,3 Milliarden, so daß die gegenwärtige Gesamtverschuldung etwa 1 Milliarde Dollar beträgt. Das ist für die Spanne der Zeit, wo diese Schulden gemacht wurden, eine relativ große Summe; unter Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Lage Deutschlands ist sie aber erträglich zu nennen. Bücher ist bezüglich der Bedeutung der Handelsbilanz anderer Ansicht als Duisberg, er betont, daß die Handelsbilanz im gegenwärtigen Augenblick das von ihm entworfene Bild aufweisen müsse. Denn wenn wir in der Lage sein sollten, mit Auslandsschulden in stets wachsender Form bei wachsenden Reparationsleistungen einen Überschuß in der Bilanz dauernd zu bilden, so hätte dieser Überschuß erzielt werden müssen auf Kosten der Einfuhr, d. h. man hätte die Einfuhr auf ein Minimum drosseln müssen, und er hätte nicht wünschen mögen, daß das deutsche Volk unter dem Standard leben müßte. Insgesamt sei zu sagen, daß die deutsche Wirtschaft noch nicht zu einer Stabilität gekommen sei und daß es größter Sparsamkeit bedürfe, um die kommenden schweren Zeiten zu überwinden. Der Finanzminister habe die Konsequenz durch Einschränkung der staatlichen Aufgaben gezogen. Was die Trennung zwischen Ordinarien und Extraordinarien anlange, so müßte bei Aufstellung der letzteren dafür gesorgt sein, daß im Volke die kapitalbildende Kraft vor-

handen sei, um die Anleihe zu gewähren, die für die Durchführung dieser Ziele benötigt wird. Vom Staate aufgenommene Gelder müßten so produktiv angelegt werden, daß Zinsen und Amortisation gewährleistet blieben.

Schließlich wird eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der Reichsverband der Deutschen Industrie wiederholt nach nochmaliger eingehender Prüfung die Vorschläge, die er im Dez. 1925 in seiner Denkschrift zur Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgeschlagen hat. Es wird sehr bedauert, daß selbst denjenigen Anregungen, die eine geradezu einmütige Billigung sämtlicher Wirtschaftskreise und auch maßgebender Regierungsstellen gefunden haben, nur in ungenügendem Maße entsprochen worden ist. Insbesondere erneuert er seine Forderung einer endgültigen Lösung der Frage des Finanzausgleichs mit dem Endziel, eine Milderung der Steuerlasten in Reich, Ländern und Gemeinden als Voraussetzung der unbedingt notwendigen Neubildung von Kapital zu erreichen, um der Wirtschaft wieder eine Rentabilität zu sichern. Der Reichsverband erhebt unter Anerkennung der Fürsorge für die Erwerbslosen und die Erwerbsbeschränkten Bedenken gegen zu weit gehende Ausgestaltung der sozialen Aufgaben. Er warnt vor einer vorzeitigen Verabschiedung eines Arbeitsschutzgesetzes und vor verfrühter Bindung auf dem Gebiete der Arbeitszeit, die unsere mit schweren Reparationsverpflichtungen belastete Wirtschaft zur Wettbewerbunfähigkeit auf dem Weltmarkte verurteilen würde. Unter grundsätzlicher Billigung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregg. betont der Reichsverband die Notwendigkeit, die Finanzierung unter Ausschluß von Steuererhöhungen oder Erschließung neuer Steuerquellen auf dem Anleihewege zu bewirken. An die übrigen Wirtschaftskreise richtet der Reichsverband die Bitte, sich seinen im Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft liegenden Vorschlägen anzuschließen und gemeinsam mit ihm die Regg. um beschleunigte Durchführung der in der damaligen Denkschrift niedergelegten und jetzt von neuem vertretenen Vorschläge zu bitten.

4. Sept. (Berlin) 2. Reichstagung der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung.

8./9. Sept. Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Der Völkerbund beschließt einstimmig die Aufnahme Deutschlands als ständiges Ratsmitglied. Der feierliche Aufnahmeakt findet am 9. statt. (Näh. s. Völkerbund!)

9.—10. Sept. (Köln) Reichstagung der Dnat. Vp.

Parteivors. Graf Westarp eröffnet die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, in der er vor allem die Aufhebung der Besatzung und den Schutz der deutschen Minderheiten fordert. Graf Westarp erstattet auch das große Referat über die politische Lage. Die angenommene Entschl. erklärt es für eine elementare Pflicht der Reichsregg., für die Milderung der unerträglichen Besatzungslasten, vor allem an Rhein und Saar, für eine baldige Räumung dieser Gebiete unausgesetzt und nachdrücklich tätig zu sein. Die Hoffnungen, die die Leitung der Reichspolitik an den Vertrag und den sog. Geist von Locarno knüpfe, hätten sich durchweg als Illusionen erwiesen. Die Räumung der Kölner Zone, welche die Reichsregg. als einen Erfolg ihrer Politik zu deuten versuchte, sei nichts als die verspätete Erfüllung einer längst fälligen Vertragspflicht. Die Interessen des besetzten Gebietes, wie die Dankbarkeit, welche das gesamte Deutschland der Treue des Rheinlandes und der an-

deren deutschen Grenzgebiete schulde, erforderten, daß diese Treue nicht nur durch Worte und Verheißungen, sondern durch tatkräftige Hilfe der Reichsregg. vergolten wird.

10. Sept. Koblenzer Amnestieabkommen.

Näheres s. Abschn. I am Schluß!

14. Sept. Ratifizierung der Locarnoverträge.

Näheres s. „Völkerbund"!

17. Sept. Stresemanns Besprechung in Thoiry.

Näheres s. Abschn. „Völkerbund"!

17./18. Sept. (Stettin) Deutscher Städtetag.

In einer Entschl. wird die zunehmende Finanznot der Städte geschildert und erneut eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs gefordert. Eine weitere Entschl. behandelt das Erwerbslosenproblem: eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung sei dringend nötig. Die Städte seien außerstande, mehr als ein Neuntel der derzeitigen Kosten zu tragen.

23./24. Sept. Stresemanns Berichterstattung über Genf und Thoiry.

Nachdem Außenmin. Dr. Stresemann am 23. dem Reichspräsidenten über die Genfer Verhandlungen Bericht erstattet hat, tritt am 24. das Reichskabinett zur Entgegennahme seines Berichtes zusammen. Nach der angegebenen amtl. Mitteilung billigt das Kabinett einstimmig und grundsätzlich die Verhandlungen Stresemanns mit Briand zur Frage des deutsch-franz. Ausgleichs, zu deren Weiterführung ein aus den in Betracht kommenden Ressortministern bestehender Ausschuß gebildet wird, der dem Kabinett Bericht erstatten soll. — Dieser Beschluß wird dem franz. Geschäftsträger mitgeteilt.

25. Sept. (Schwerin) Tagung des Deutschen Kolonialvereins.

Eine einstimmig angenommene Entschließung bezeichnet die Rückgewinnung der deutschen Kolonien als unverzichtbare Forderung.

25. Sept. (Köln) Brauns über die Arbeiterfragen.

In einer Versammlung der christl. Gewerkschaften spricht Reichsarbeitsmin. Dr. Brauns über die aktuellen Arbeiterfragen, zunächst beleuchtet er das Problem der großen Arbeitslosigkeit, das als Teil einer Weltwirtschaftskrise nicht mit sozialpolitischen Maßnahmen überwunden werden könne, bespricht das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregg. und beschäftigt sich schließlich eingehend mit der in der Oeffentlichkeit viel genannten Rede Silverbergs in Dresden. Er kritisiert dabei vor allem dessen Stellungnahme zur Sozialpolitik, die die Höhe des Standpunkts vermissen lasse, auf den sich Silverberg sonst in seiner Rede aufgeschwungen habe.

25./26. Sept. (Berlin) Führertagung des Republikanischen Reichsbundes.

Den Höhepunkt der Tagung bildet eine Rede des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth, aus der folgende wesentliche Punkte hervorzuheben sind: Bei dem bevorstehenden Finanzausgleich sei darauf zu achten, daß die einheitliche Reichsfinanzverwaltung Erzbergers nicht in Gefahr gerate. Notwendig sei besonders eine einheitliche auswärtige Politik, zu-

mal sie fortwährend von dem bayer. Ministerpräsid. sabotiert werde. In der Hauptsache aber käme es eben darauf an, die deutschen Republikaner über die Parteigrenzen hinaus zu einheitlichem Vorgehen zusammenzufassen. Die Republikaner müßten entweder zusammengehen oder sich von denjenigen führen lassen, die der Republik innerlich ferne stehen und als Führer die Staatsform anerkennen. In der Fürstenabfindungsfrage z. B. habe es sich gerächt, daß die Radikalen nicht mit dem Zentrum zusammengegangen seien. Notwendig sei eine republikanische Kampfgemeinschaft über die Parteien hinaus.

27. Sept. (Germersheim) Französische Bluttat.

Der Unterleutnant Rouzier vom 311. franz. Art.-Regt. greift spät nachts — angeblich aus Notwehr — deutsche Passanten durch abgegebene Schüsse an, die den einen tödlich treffen und zwei andere verwunden. Das Bürgermeisteramt der Stadt richtet aus Anlaß dieses Vorfalls an den Völkerbund, an die Reichsregg. und an die bayer. Regg. dringliche Hilferufe. — Am 30. verläßt das gen. Regt. die Stadt und siedelt in seine neue Garnison Verdun über.

30. Sept. Deutsch-französisch-belgischer Eisenpakt.

In Brüssel wird das Eisenkartell zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg auf fünf Jahre abgeschlossen. Diese Abmachungen erstrecken sich über eine Stahlproduktion von über 25 Mill. Tonnen und betreffen die Produktionsmengen in den Paktländern, von denen jedem eine bestimmte Erzeugungsquote zugemessen wird. Die Quoten sind folgende: Deutschland etwa 42—43 Prozent, Saargebiet 6 Prozent, Frankreich 31 Prozent, Belgien und Luxemburg 20 Prozent.

30. Sept.—3. Okt. (Köln) Parteitag der Deutschen Volkspartei.

1. Okt. (Düsseldorf) Industriellentagung.

Auf der Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen kommt der Vors. Reusch in seiner Begrüßungsansprache auf die Dresdener Rede Silverbergs (S. 139ff.) zu sprechen: In der Hauptsache kann man seinen Auffassungen nur zustimmen. Leider hat er sich aber am Schlusse seiner Ausführungen auf das politische Gebiet begeben und dies ist in der Presse parteipolitisch ausgewertet worden. Ich stimme ihm darin zu, daß nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden soll und daß von der Industrie die Parteipolitik ferngehalten werden soll. Es ist aber nicht angängig, eine einzelne Partei als Arbeiterpartei zu bezeichnen, da Arbeiter in allen Parteien vorhanden sind. Die Behauptung der Presse, daß die Rede Silverbergs vor der Tagung dem Präsidium vorgelegen habe, ist falsch. In seinen weiteren Darlegungen begrüßt der Redner die Maßnahmen Reinholds auf dem Gebiet der Staatsvereinfachung, fordert auch für die Maßnahmen im Rahmen des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Projekte, würdigt die Bedeutung des Eisenpakts und schließt mit der Mahnung, der Stärkung des inneren Markts schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden. In der sich anschließenden Aussprache erläutert Dr. Silverberg nochmals seine Auffassung: Er habe sich in seiner Rede direkt an die Soz. gewandt, weil die Soz. von gewisser Seite nicht als regierungsfähig bezeichnet worden sei. Politische Konsequenzen in der Richtung der Parteipolitik habe er aber nicht ziehen wollen. Reusch habe ihm zu Unrecht diesen Vorwurf gemacht. Fritz Thyssen-Ham-

born faßt seinen Standpunkt dahin zusammen, daß ein Zusammengehen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft notwendig und wünschenswert sei, aber ein solches Zusammengehen müsse frei bleiben von parteipolitischen Bindungen, die die Wirtschaft nicht ertragen könne. Silverberg sei in bezug auf die politische Seite vielleicht etwas zu weit gegangen. Wirtschaft und Politik würden von den Soz. zuerst und vor allem verbunden. Geheimrat Dr. Duisberg meint, die Rede Silverbergs bezeichne man am besten als eine taktische Maßnahme.

Dr. Schlenker erörtert vor allem die Fragen des Steuersystems und des Finanzausgleichs: Vorbedingung für jede Reform seien beständige und übersichtliche Verhältnisse. Abg. Dr. Lammers spricht über Weltwirtschaftskonferenz und Enqueteausschuß: Die wirtschaftlichen Nöte der Welt, besonders Europas, drängen zu Aussprachen. Die Wirtschaft muß dafür sorgen, daß aus ihren Kreisen Führerpersönlichkeiten herauswachsen. Für das liberale Manchestertum ist die Zeit vorbei. Das Ziel ist heute, daß die großen wirtschaftlichen Verbände endlich einmal zu einer einheitlichen Politik kommen. Wenn gesagt wird, die Politik müsse aus den wirtschaftlichen Fragen herausbleiben, so ist das richtig. wenn die Parteipolitik gemeint sei; aber man kann auf die Dauer nicht wirtschaftspolitisch völlig neutrale Wege gehen und gleichzeitig auf politischem Gebiete Dinge durchzusetzen versuchen, die die Durchführung der Wirtschaftspolitik unmöglich machten. Die Dresdener Ausführungen Silverbergs sind dahin zu verstehen, daß man die Arbeiterschaft in der Erkenntnis der wirtschaftlichen Dinge so stärken müsse, daß sich die politische Unvernunft nicht durchzusetzen vermöge.

2. Okt. Neue Note an Polen wegen der Chorzow-Werke.

Nachdem Polen in einer Note v. 9. Sept. die von Deutschland verlangte Rückgabe des von der poln. Regg. beschlagnahmten Stickstoffwerkes in Chorzow (vgl. S. 105) abgelehnt hat, wiederholt nunmehr die deutsche Regg. ihre Forderung eindringlich und schlägt vor, unter Hinzuziehung der Vertreter der erwähnten Gesellschaft und der Direktion der Chorzow-Werke alsbald in Verhandlungen einzutreten.

5. Okt. Kundgebungen aus Anlaß der Zwischenfälle im besetzten Gebiet.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete und die Interall. Rheinland-Komm. erlassen aus Anlaß der Zwischenfälle im besetzten Gebiet eine Kundgebung, in der sie an die Besonnenheit und das Verantwortungsgefühl sowohl auf all. wie auf deutscher Seite appellieren.

5. Okt. Abschied des Generaloberst von Seeckt.

Den Anlaß zu dem Entlassungsgesuch Seeckts bildet die von der Linkspresse zu einem Skandal aufgebauschte Affäre des ältesten Kronprinzensohnes, der vorübergehend an Reichswehrübungen teilgenommen hat, ohne durch Unterzeichnung des 12jährigen Dienstvertrages Mitglied der Reichswehr zu sein. Ehe weitere Konfliktsmöglichkeiten drohten, ordnete der Reichswehrminister, der von der ganzen Angelegenheit erst aus den Zeitungen erfahren hatte, eine strenge Untersuchung an. Ihr Ergebnis ist der Entschluß Seeckts, von seinem Posten zurückzutreten. Nach eingehender Untersuchung genehmigt Reichspräsid. v. Hindenburg den Abschied durch ein Handschreiben v. 7. Okt. und empfängt am 8. den scheidenden Chef der Heeresleitung, um ihm seine wärmste Anerkennung und seinen Dank auszudrücken.

5. Okt. (Preußen) Rücktritt des Innenministers Severing.

Innenmin. Severing tritt aus tatsächlichen Gesundheitsrücksichten zurück. Ministerpräsid. Braun spricht ihm anerkennenden Dank für seine 6jährige Amtstätigkeit aus und ernennt an seiner Stelle am 6. den Berliner Polizeipräsid. Grzesinski zum Innenmin., Grzesinski, 47 J. alt, ging aus dem Arbeiterstand hervor, war früher Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, stand seit der Revolution im preuß. Ministerialdienst und wurde im Mai 1925 Polizeipräsid. von Berlin.

Der neue Innenmin. legt alsbald nach seinem Amtsantritt dem Staatssekretär Dr. Meister, der politisch zur Dtsch. Vp. zählt, nahe zurückzutreten. An seiner Stelle ernennt das Staatsministerium am 9. den bish. Leiter der Polizeiabt., Dr. Abegg, zum Staatssekretär. Zum Leiter der Polizeiabt. wird der Ministerialrat Dr. Klausener ernannt. Als Polizeipräsid. von Berlin wird der Kölner Polizeipräsid. Zörgiebel berufen und an dessen Stelle der bish. Ministerialrat im Westreferat des Innenministeriums Bauknecht. Diese Ernennungen haben eine ausgesprochene politische Note. Zörgiebel und Bauknecht sind Soz., Abegg ist Dem. und Klausener gehört dem Ztr. an. Die Dtsch. Vp. empfindet den ganzen Hergang als deutliche Absage. Die „Dtsch. Allg. Ztg." schreibt dazu: Die Aussichten der Großen Koalition müßten als völlig zerstört betrachtet werden, wenn nicht auf der Linken die Ansicht bestände, die Volkspartei würde sich auch trotz der neuen Nackenschläge in ihrer Koalitionsbereitschaft nicht beirren lassen.

6. Okt. (Preußen) Neues Vergleichsabk. mit den Hohenzollern.

Finanzmin. Dr. Höpker-Aschoff für die preuß. Regg. und v. Berg für das Haus Hohenzollern unterzeichnen einen neuen Vergleichsvorschlag für ein Abfindungsabk. zwischen Preußen und dem Haus Hohenzollern.

7. Okt. (Reichsrat) Der Entw. über die Sammlung des Reichsrechts wird gebilligt.

7. Okt. (Reichstag) Die Verhandlungen in Genf und Thoiry.

Außenmin. Dr. Stresemann erstattet im Auswärtigen Ausschuß einen ausführlichen Bericht über Genf und Thoiry. Er kennzeichnet die allgemeine politische Lage nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Die mit den Verhandlungen in Genf und Thoiry zusammenhängenden Spezialfragen finanzieller und wirtschaftlicher Natur aber können nach der Ansicht des Min. gründlich erst dann erörtert werden, wenn ihre Vorbereitung durch Weiterführung der schwebenden Verhandlungen bereits in ein konkreteres Stadium getreten ist. An die Rede des Min. schließt sich eine längere Aussprache an.

7. Okt. (Hannover) Kundgebung gegen Preußen.

Die Dtsch.-Hannov. P. protestiert anläßlich des 60jährigen Jubiläums der Einverleibung Hannovers in Preußen gegen diese und fordert die Bildung eines deutschen Landes Niedersachsen.

7. Okt. (Preußen) Die Frage der Koalitionserweiterung.

Ministerpräsid. Braun bespricht mit den Führern der Koalitionsparteien die Frage der Regierungserweiterung. Trotz „grundsätzlicher Bereitschaft" weisen aber die Soz. darauf hin, daß sie „zurzeit aus Gründen der inneren Geschäftslage" sich außerstande sähen, sofort praktisch zu verhandeln. Damit ist die Besprechung beendet.

8. Okt. Der Reichspräsident empfängt den englischen Botschafter Viscount d'Abernon in Abschiedsaudienz.

8. Okt. Der neue japanische Botschafter Nagaoka überreicht dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben.

8. Okt. (Reichstag) Die Zwischenfälle im besetzten Gebiet.

Im Auswärtigen Ausschuß werden die jüngsten Zwischenfälle im besetzten Gebiet behandelt.

8. Okt. (Preuß. Staatsrat) Hohenzollernvergleich.

Zur Annahme gelangt mit den St. der Dnat. Vp., der Dtsch. Vp., des Ztr. und der Dem. P. gegen die St. der Soz. und Komm. der Vergleich Preußens mit dem Hohenzollernhaus (vgl. S. 152).

8. Okt. Deutsch-englische Industriellenkonferenz in Romsey.

Näheres siehe Großbritannien, S. 241.

9. Okt. Zum Chef der Heeresleitung wird Gen. Heye ernannt.

Gen. Heye war bisher Kommandeur der 1. Division in Königsberg.

9. Okt. (Preuß. Landtag) Erwerbslosenfragen; Magdeburger Justizskandal.

Die Anträge des Hauptausschusses zur Erwerbslosenfrage werden angenommen. Dann wird die Aussprache über die Magdeburger Justizvorgänge fortgesetzt. Inzwischen ereignen sich in den Wandelgängen stürmische Auftritte, nachdem eine Abordnung von Erwerbslosen mit Schmährufen auf die soz. Abgg. in den Landtag eingedrungen sind.

10./13. Okt. (Nürnberg) Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbunds.

Das Hauptreferat hält Stegerwald. Aus den angenommenen Entschl. ist hervorzuheben: Angesichts der fortschreitenden Vertrustungen sei in Verbindung mit dem Internat. Bund der christl. Gewerkschaften ein Programm internat. Gesetzgebung betr. die monopolistische Preisbildung aufzustellen. Ferner müsse zur Sicherung des Deutschtums im Osten und zum Ausgleich zwischen Stadt und Land die innere Kolonisation besonders gefördert werden. Auch die Bekämpfung der Wohnungsnot müsse energischer getätigt werden.

11./13. Okt. (Preuß. Landtag) Hohenzollernvergleich.

Unter großen Lärmszenen der Komm. bringt Finanzmin. Dr. Höpker-Aschoff die neue Vorlage über einen Vergleich mit den Hohenzollern (s. oben!) ein und empfiehlt deren Annahme: Es habe keine Möglichkeit mehr bestanden, die Frage der Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern auf gerichtlichem Wege zu lösen. Es habe sich danach als notwendig erwiesen, die Frage der Auseinandersetzung im Wege eines Vergleichs zu lösen. Nachdem das Kompromiß im Reichstag gescheitert sei, sei zu erwarten gewesen, daß die Abfindungsfrage beim Wiederzusammentreten des Reichstages erneut das deutsche Volk in Unruhe versetzen würde. Die preuß. Staatsregg. habe deshalb geglaubt, erneute Verhandlungen mit den Vertretern des Königshauses nicht ablehnen zu dürfen. Der neue Kompromißentw. enthalte bedeutende Verbesserungen gegenüber dem früheren Vergleich. Der Staat könne nunmehr eine Reihe von Schlössern und Wäldern als unbestrittenes Eigentum betrachten und sie dem Volke

zugänglich machen. Was das Schloß Homburg angehe, so sei nicht zu befürchten, daß der ehem. Kaiser bald zurückkehre. Die Kommunisten beantragen die Beratung des Mißtrauensvotums gegen den Ministerpräsid. Abg. Bartels-Krefeld (Komm.) erklärt, daß der Hohenzollernschacher nur mit den zweifellos bestochenen Volksvertretern durchgeführt werden könne. (Ordnungsruf.) Die jetzige Scheinrepublik sei nichts anderes als die Schrittmacherin der Monarchie. Der Landtag sei zu feige, das preuß. Volk über die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern selbst entscheiden zu lassen. Der komm. Antrag auf Herbeirufung des Ministerpräsid. wird abgelehnt und schließlich ebenso alle Anträge der Komm. gegen den Ministerpräsid., den Finanzmin. und den neuen Innenmin.

Nach sehr stürmischen Szenen, die von den Komm. heraufbeschworen werden, wird am 12. der Vergleich mit den Hohenzollern in 2. Lesung verabschiedet.

Am 13. wird der GE. über Trennung und Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien gegen die St. der Komm., Dnat. und der Wirtschaftsp. endgültig angenommen. In neuerlicher Beratung scheitert an der Obstruktion der Oppositionsparteien wiederum der Urantrag der Dtsch. Vp., der Dem. und der Soz. betr. Änderung des Ges. über die Bestellung von Mitgl. des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen zwecks einheitlicher Stimmabgabe der preuß. Reichsratsvertreter (vgl. S. 23).

15. Okt. (Braunschweig) Besuch des Reichspräsidenten.

18. Okt. Antwortnote Polens in Sachen Chorzow.

Entsprechend dem früher eingenommenen Standpunkt, in dem die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird, eine schiedsrichterliche Erledigung der ganzen Angelegenheit vor allem auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen zwischen der Direktion der Chorzower Werke und den interessierten deutschen Gesellschaften (Oberschlesische Werke und Bayerische Werke) event. unter Hinzuziehung von Regierungsvertretern zu suchen, spricht die poln. Regg. ihr Bedauern darüber aus, daß die deutsche Regg. diesen Vorschlag mit Schweigen übergeht. Nichtsdestoweniger hält die poln. Regg. weiter ihre Bereitwilligkeit aufrecht, Verhandlungen über diesen Gegenstand aufzunehmen. Sie ist jedoch der Auffassung, daß sich eine Pflicht der poln. Regg., die Chorzower Werke als solche zurückzuerstatten, weder aus dem Genfer Abkommen noch aus dem Schiedsspruch des Haager Tribunals ergibt.

21. Okt. (Bremen) Besuch des Reichspräsidenten.

21. Okt. (Enquete-Ausschuß) Referat Schachts über die Reichsbankpolitik.

21. Okt. (Hessen) Auflösung des Landtags.

Der Landtag beendet die Aussprache über das Volksbegehren auf Auflösung des Landtags und nimmt einstimmig den Antrag des Abstimmungsausschusses an, daß ein gesetzmäßiges Volksbegehren zur Auflösung zwinge. Vgl. S. 173.

22. Okt. Das Reichskabinett ordnet den Weiterbau des Mittellandkanals an.

Die Arbeit, die im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge durchgeführt wird, wird sofort begonnen.

28. Okt. Paraphierung des deutsch-türkischen Handelsvertrags.

31. Okt. (Sachsen) Landtagswahlen.

Ergebnis: Altsoz. 4 Sitze, Dnat. 14 (bisher 19), Dtsch. Vp. 12 (19), Radikalsoz. 31, Komm. 14 (10), Dem. 5 (6), Wirtschaftsp. 10, Nat.-soz. 2, Aufwertungsp. 4.

31. Okt. (Erfurt) Tagung des Reichsausschusses des Zentrums.

In den angenommenen Entschl. bekennt sich der Ausschuß entschieden zur Republik, fordert die baldige Vorlage eines Reichsschulges. und die Bekenntnisschule, billigt den in Fortführung der außenpolitischen Linie Fehrenbachs, Wirths und Marx' vollzogenen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und befürwortet innerpolitisch vor allem den Ausbau der Sozialgesetzgebung, die Förderung des Mittelstandes und des Siedlungswesens.

Anf. Nov. Erklärung der deutschen Unternehmerverbände zum Achtstundentag.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmer haben sich mit einer gemeinsamen Entschließung an die Öffentlichkeit gewandt, in der zur Behebung der Arbeitslosigkeit die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages im Wege eines Notgesetzes verlangt wird. Hierzu erklären die Unternehmerverbände, daß ein solcher Eingriff in die Produktionsgrundlagen der deutschen Wirtschaft nach der wirtschaftlichen Seite eine Verminderung der Produktionsleistung und damit letzten Endes eine Zeitverteuerung mit allen ihren verhängnisvollen Folgen nach innen und außen nach sich ziehen müßte. Die Arbeitszeit, wie sie jetzt in der deutschen Wirtschaft gehandhabt werde, sei auf gesetzlicher Grundlage im Einvernehmen mit dem deutschen Arbeitnehmer so gestaltet worden, wie es den Lebensbedürfnissen der deutschen Wirtschaft zur Überwindung der aus dem Kriege, der Inflation und den weltwirtschaftlichen Veränderungen hervorgegangenen Schwierigkeiten entspreche.

2.—4. Nov. (Reichstag) Thoiry; Erwerbslosenfürsorge.

Der Auswärtige Ausschuß erörtert die gesamten Fragen, die mit den weiteren Verhandlungen über Thoiry zusammenhängen. Außenmin. Dr. Stresemann gibt eine zusammenfassende eingehende Darlegung. Gen. v. Pawels der Kommissar für die Verhandlungen mit der Interall. Militärkontrollkommission, spricht über die Frage der sog. Wehrverbände. In der Presse verlautet, daß es wegen der Militärkontrolle zu schärferen Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Hoetzsch (Dnat. Vp.) und Stresemann kommt. Einem Antrag der Regierungsparteien entsprechend wird die Frage der Militärkontrolle schließlich einem Unterausschuß zugewiesen, dem die Regg. das einschlägige Material zur Verfügung stellen soll.

Im Sozialpolitischen Ausschuß unterbreitet der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums die neuen Vorschläge der Regg. in der Erwerbslosenfürsorge. Danach sollen u. a. die Bezüge sämtlicher Hauptunterstützungsempfänger um 10 Prozent erhöht werden. Für die „Ausgesteuerten" soll eine Krisenfürsorge Platz greifen. Die Regg. will ferner die Maßnahmen in der Arbeitsbeschaffung und der produktiven Erwerbslosenfürsorge weitgehendst fortführen. Schließlich wird sie weiterhin um eine abschließende Regelung durch möglichst baldige Verabschiedung der Arbeitslosen-Versicherung bemüht sein.

Am 4. werden diese Vorschläge vom Ausschuß beraten. Ein Vertreter der Regg. warnt davor, weit über die jetzigen Höchstsätze der Unterstützung hinauszugehen; denn ein wesentliches Moment sei die Erhaltung des Arbeitswillens. Ein Abstand von 20 Prozent vom Nettolohn sei einzuhalten. Nun würden aber schon bei der in Aussicht genommenen Erhöhung um 10 Prozent über 11 Prozent der Unterstützten mehr als bei ihrer Lohnarbeit verdienen. Trotz dieser Darlegungen beschließt der Ausschuß, daß die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge bis 31. März 1927 wie folgt erhöht werden sollen: 1. für Erwerbslose über und unter 21 Jahren, die keine Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, um 15 Prozent; 2. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 Prozent.

Das Plenum wählt am 4. Abg. Esser (Ztr.) mit 321 gegen 24 St. zum Vizepräsid.

3. Nov. (Berlin) Finanzministerkonferenz.

Die Konferenz, die sich mit dem Finanzausgleich beschäftigt, ergibt allgemeine Übereinstimmung darüber, daß lediglich eine vorläufige Lösung der Finanzausgleichsfragen in Betracht käme.

3. Nov. Der „Verband für europäische Verständigung“ veranstaltet im Reichstagsgebäude eine Kundgebung für den Frieden.

Das offiziöse Organ der Wilhelmstraße, die „Deutsche diplomatische Korrespondenz“, liest aus den verschiedenen Reden das übereinstimmende Bekenntnis heraus, daß der Verband und zwar zunächst seine deutschen Vertreter, „die Beseitigung von Kriegsgeist und Kriegsmöglichkeiten, die Schaffung von Voraussetzungen für die tatsächliche Gleichberechtigung der Völker, die Verbreitung der Erkenntnis von den Notwendigkeiten unseres gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins und von den Konsequenzen, die sich daraus in der Richtung auf Niederlegung der Zoll-, Verkehrs- und Währungsschranken ergeben, und schließlich die Vermeidung einer aggressiven Zuspitzung des Europa-Gedankens gegenüber anderen Kontinenten bezweckt.

5. Nov. Note an Polen.

Die deutsche Regg. beantwortet die polnische Note vom 5. Okt. in der Chorzow-Frage (S. 154) und erklärt sich bereit, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu erledigen und schlägt zu diesem Zweck eine Konferenz in Berlin für den 15. Nov. vor, jedoch unter der Bedingung, daß die poln. Regg. den Haager Schiedsspruch in der Chorzow-Frage grundsätzlich anerkennt.

5./6. Nov. (Reichstag) Sofortprogramm für den Osten; Erwerbslosenfürsorge.

Im Ausschuß für die Ostfragen berichtet Innenmin. Dr. Külz über die geplante Verteilung der im Nachtragshaushalt 1926 für die Ostgebiete angeforderten 32 Mill. M. (sog. Sofort-Programm). Der Ausschuß kritisiert dieses „Sofort-Programm“ sehr scharf, weil die Besorgnis besteht, daß der Finanzmin. später erklären würde, keine Mittel mehr übrig zu haben.

Das Plenum beginnt mit der Beratung der Anträge betr. die Erwerbslosenfürsorge (s. oben!). Abg. Brey (Soz.) kritisiert die Haltung der Dnat. angesichts der großen Not der Erwerbslosen. Abg. Schulz-

Bromberg (Dnat. Vp.) begründet die Ablehnung der Vorlage in der Ausschußfassung: Eine wirkliche Überwindung der Erwerbslosigkeit sei nur durch eine völlige Neueinstellung der deutschen Wirtschaftspolitik möglich. Für die Linderung der jetzigen Not Mittel zu bewilligen sei auch seine Partei bereit. Doch müßte ihre Verteilung sozial und wirtschaftlich tragbar sein. Er vermisse das schon im Juli geforderte Lohnklassensystem. Die neue Vorlage der Regg. habe zudem die besonders Bedürftigen zugunsten der Ledigen benachteiligt und der Ausschuß habe einen Antrag angenommen, der die Bevorzugung der Ledigen und Jüngeren noch weiter treibe. Abg. Andre (Ztr.) bedauert, daß durch die Haltung der Wirtschaftsp. und der Dnat. die Krisenfürsorge unmöglich gemacht worden sei. Dann erörtert Arbeitsmin. Dr. Brauns eingehend den ganzen Fragenkomplex, er hebt dabei die Sorge für jugendliche Erwerbslose hervor und verweist auf die bedenkliche Situation hin, daß die Unterstützungen teilweise bereits an die letzten Löhne heranreichen, teilweise diese sogar übersteigen. Die Regg. treffe keine Schuld, denn der Reichstag habe die von ihr im Sommer vorgeschlagene Zwischenlösung abgelehnt, durch die die Unterstützung in ein bestimmtes Verhältnis zu den Löhnen gesetzt werden sollte. Schließlich kennzeichnet der Min. das Wesen der besonderen Krisenfürsorge, wodurch die Unterstützungsdauer für die Ausgesteuerten nicht einfach verlängert werde. Abg. Thiel (Dtsch. Vp.) lenkt die Aufmerksamkeit auf das Anwachsen der erwerbslosen Angestellten, von denen die Hälfte überhaupt keine Unterstützung beziehe. Die geplante Lösung sei also unzulänglich.

Bei der Forts. der Aussprache am 6. betont Abg. Holzamer (Wirtschaftsp.) den Standpunkt: keine Ausgabe ohne Deckung. Handwerk und Gewerbe könnten eine neue Belastung nicht vertragen. Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.) sagt u. a.: Man werde um die Einführung des Achtstundentages nicht herumkommen, namentlich da, wo Überproduktion bestehe. (Zustimmung links.) Bayern habe schon längst die Unterstützung auf drei Viertel des Lohnes beschränkt und wundere sich, daß man in anderen deutschen Ländern nicht auch so vernünftig sein könne. Arbeitsmin. Brauns erklärt dann noch, daß die Kosten durch erhöhte Zolleinnahmen gedeckt würden. Schließlich wird die Vorlage dem Haushaltausschuß überwiesen.

5. Nov. (Preuß. Landtag) Innenpolitische Anfragen.

Auf der Tagesordnung stehen Anfragen und Anträge zu innerpolitischen Vorgängen, darunter die dnat. Interpellation über die kommunistischen Ausschreitungen. Abg. Maretzky (Dnat. Vp.) greift dabei den neuen Innenmin. mit großer Schärfe an: Die soz. Regg. in Preußen lasse die komm. Agitation gewähren, da sie fürchte, die Massen an die Komm. zu verlieren. Die bürgerlichen Parteien müßten fordern, daß wenigstens der äußere Landfrieden wiederhergestellt werde. Innenmin. Grzesinski, der sich damit dem Hause vorstellt, beantwortet die dnat. große Anfrage über die Haussuchungen bei Führern vaterländischer Verbände usw. mit der Verlesung einer vom Gesamtministerium formulierten Antwort, wonach das Staatsministerium die Ausführungen des Ministerpräsid. in den Landtagssitzungen vom 17. Mai und 1. Juni 1926 über die Durchsuchungen bei den Führern vaterländischer Verbände billigt. In seinen weiteren Ausführungen erklärt er, daß die Staatsregg. die Bewegung rechts und links scharf beobachten werde, ohne dabei in Überhastung etwas zu tun, was mit den verfassungsmäßigen Rechten der

Staatsbürger nicht in Übereinstimmung stehe. Schließlich versichert der Min., auch gegen einen komm. Putschversuch würde er rücksichtslos vorgehen. In der weiteren Debatte meint Abg. Dr. Schwering (Ztr.): Das Reichsbanner sei eine defensive Organisation, die Wehrverbände aber seien offensiv. Das Ztr. sähe es am liebsten, wenn sämtliche Verbände von der Tagesordnung verschwänden. Abg. Heidenreich (Dtsch. Vp.) vermißt in den Ausführungen des Min. die tatsächlichen Feststellungen, die zu den Haussuchungen gegen hochverdiente Männer geführt haben sollen.

5. Nov. (Mecklenburg-Schwerin) Wirtschaftsprogramm.

Staatsmin. Asch entwickelt im Landtag ein umfassendes finanzwirtschaftliches Programm: Das Hauptaugenmerk hat die Regg. auf die Abwendung der drohenden Arbeitslosigkeit durch entsprechende Notstandsarbeiten zu richten. Das Ziel der heutigen Finanzarbeit muß in der Verbilligung der Produktion sowie der Vermehrung des Umsatzes bestehen. Durch diese Maßregeln gedenkt man eine größere Zahl von Arbeitslosen wieder in die Wirtschaft hineinzuziehen. Zur Lösung der Arbeiterfrage wird ein einiges Zusammenwirken von Industrie, Handel und Gewerbe mit der Landwirtschaft empfohlen. Für Meliorationen sind 2 Mill. ausgesetzt worden. Mit Unterstützung der Reichsregg. ist ein eigenes Siedlungswerk in die Wege geleitet worden. Auch durch Chausseebauten hofft man einen großen Teil der Arbeitslosen beschäftigen zu können. Insgesamt werden 11 Mill. für werbende Anlagen in Ansatz gebracht, davon allein eine Mill. für die Vollendung der Rostocker Klinikbauten. Besondere Belastungen bringen die Entschädigungen für die Hochwasserschäden.

6. Nov. Luftfahrtabkommen und Saarabkommen mit Frankreich.

Das Saarabk. ist eine deutsch-franz. Vereinbarung über den Austausch einiger deutscher und saarländischer Industrien, besonders der Eisenindustrien, und stellt eine Ergänzung des Abk. vom 5. Aug. (S. 133) dar.

8./9. Nov. (Reichstag) Erwerbslosenfürsorge.

Der Antrag der Soz. P. auf 30- bzw. 20prozentige Erhöhung der Sätze für die Hauptunterstützungsempfänger und der Familienzuschläge gelangt durch die Hilfe der Dnat. zur Annahme; die Dnat. wollen damit lediglich — wie sie erklären — Regg. und Soz. zur Klarlegung ihrer Absichten zwingen. Arbeitsmin. Dr. Brauns erklärt darauf, daß die Möglichkeit, daß die Reichsregg. diesen Beschluß durchführen werde, wahrscheinlich nicht bestehe. (Lebhaftes Hört! Hört! links.)

Nach weiterer Debatte werden die Abstimmungen fortgesetzt, jedoch stellt sich, da die Regierungsparteien inzwischen den Saal verlassen haben, alsbald die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

9. Nov. Bei der Forts. der Beratung begründet Arbeitsmin. Dr. Brauns den Erlaß der Vo. über die Erwerbslosenfürsorge (s. u.): Nach den Bestimmungen der Vo. über die Erwerbslosenfürsorge ist die Reichsregg. berechtigt die nötigen Anordnungen über die Anpassung der Unterstützungssätze an die wechselnden wirtschaftlichen Erfordernisse zu veranlassen. Sie pflegt bei solchen Verwaltungsmaßnahmen den Reichsrat zu hören. Sie hat bisher auch mit dem Reichstag oder wenigstens mit dem Sozialpolitischen Ausschuß jeweils Fühlung genommen. Das ist auch diesmal geschehen. Im Endergebnis dieser Beratungen stimmte der Sozialpoli-

tische Ausschuß den von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Erhöhungen zu. Auf denselben Boden stellte sich der Haushaltsausschuß. Das Plenum aber hat gestern in seiner Mehrheit sich für eine weitere Erhöhung der Unterstützungssätze ausgesprochen. Die Abstimmung aber und die Parteierklärungen dazu zeigten ganz klar, daß es sich zum Teil um eine taktische Abstimmung gehandelt hat, und daß die Mehrheit des Reichstags in Gegensatz zu der formalen Abstimmung tatsächlich eine solche Erhöhung nicht wollte. Auf Grund dieser Zusammenhänge hat sich die Regg. gestern entschlossen, an der dem Reichsrat bereits unterbreiteten Vorlage, die sich im Einklang befand mit den Anträgen der Regierungsparteien und den Beschlüssen der Reichstagsausschüsse, festzuhalten. Die Reichsratsausschüsse haben heute morgen der Vorlage der Regg. ihre Zustimmung erteilt. Daraufhin ist die Vo. heute mittag von mir vollzogen worden. Sie bringt neben der bekannten umstrittenen Erhöhung der Hauptunterstützungssätze um 15% für die Alleinstehenden, um 10% für die Nichtalleinstehenden die Erweiterung, daß auch das vierte Kind den vollen Zuschlag erhält. Die neuen Lasten, die aus dieser Vo. erwachsen, werden vom Reich getragen werden. Die Regg. wird ferner einen GE. vorlegen, demzufolge die Bezüge aus der Wochenhilfe und Wochenfürsorge für Angehörige der Unterstützungsempfänger nicht auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden. Sie wird weiterhin eine Vorlage einbringen, durch die gemäß den Anträgen der Regierungsparteien die Anwartschaften auf die Pensionen der Sozialversicherung auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge sichergestellt werden. Endlich soll durch Ges. die Fürsorge für die Ausgesteuerten derart geregelt werden, daß ohne Unterbrechung die gleichen Bezüge wie in der Erwerbslosenfürsorge in Form einer Krisenfürsorge an die Ausgesteuerten durch die Arbeitsämter gezahlt werden. Dieser GE. hat schon heute die Zustimmung der Reichsratsausschüsse gefunden und wird am Donnerstag im Plenum des Reichsrats verabschiedet werden.

9. Nov. Der neue brit. Botschafter Sir R. Lindsay überreicht dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben.

Lindsay kennzeichnet in seiner Ansprache die Lage folgendermaßen: Mit der Unterzeichnung der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in die Brüderschaft der Nationen eröffnet sich ein neuer Abschnitt der internationalen Geschichte, und wir dürfen einer Zeit ununterbrochener Versöhnung und stetig zunehmender Sicherheit entgegensehen. Es wird mein Bestreben sein, die Politik des Friedens und der Versöhnung, soweit es an mir liegt, zu fördern, und ich werde mich dieser Aufgabe mit aller meiner Kraft widmen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß ich während meiner Amtszeit in der Lage sein werde, mit Sympathie die weitere Entwicklung von Deutschlands Wohlergehen zu verfolgen. — Reichspräsid. Hindenburg pflichtet seinen Ausführungen bei und erklärt u. a.: Die große Aufgabe, die der Lösung immer noch harrt, ist der Wiederaufbau und die dauernde Sicherung des Friedens Europas. Ich hoffe mit Ihnen, daß die Verträge von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, dessen Sie soeben gedachten, Etappen auf dem Wege zu diesem Ziele sein mögen, und daß Ihre Erwartung auf einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Völker sich erfüllen werde. Zugleich gebe ich auch der Hoffnung Ausdruck, daß alle Mächte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet verständnisvoll zusammenarbeiten, geleitet von dem Geiste des Entgegenkommens und der

Rücksichtnahme auf die Erfordernisse des nationalen und wirtschaftlichen Lebens der einzelnen Völker.

9. Nov. (Reichsrat) Genehmigt werden:

Die Vo. über Neuregelung der Erwerbslosenunterstützungssätze (vgl. S. 159) und der GE. über die Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten. Die erstgenannte Vo. tritt damit sofort in Kraft.

9. Nov. (Bayern) Finanzlage.

Der Landtag tritt zu seiner ordentlichen Tagung 1926/27 zusammen. Zunächst erteilt das Haus der Ernennung Goldenbergers zum Kultusmin. seine Zustimmung. Sodann spricht Finanzmin. Dr. Krausneck eingehend über die Finanzlage und über die Frage des Finanzausgleichs: Es sei ihm unmöglich gewesen, einen Etat vorzulegen, der nur ein Scheinetat hätte sein können, nachdem die Überweisungen auf Grund des Finanzausgleiches auch nicht annähernd geschätzt werden könnten. Weder dem Geiste der Verfassung noch der Würde des Landtages hätte ein solcher Scheinetat entsprochen. Die Frage des Finanzausgleichs habe sich für eine Reihe von Ländern zur akuten Existenzfrage zugespitzt. Die dritte Steuernot-Vo. mache zwar den Versuch einer klaren Scheidung der Ausgaben und der steuerlichen Einnahmen der Länder durch Zuweisungen aus dem Reiche. Schon im Sommer vorigen J. aber habe das Reich seinen Standpunkt wesentlich geändert und den Anteil der Länder aus der Einkommensteuer von 90 auf 75% herabgesetzt. Das fortwährende Wachsen der Fehlbeträge zeige die Unmöglichkeit, mit dem jetzigen Finanzausgleich auszukommen. Nicht nur die Kürzung der Überweisungen, sondern hauptsächlich die Steuerbefreiungen und -ermäßigungen ließen die Fehlbeträge im bayer. Haushalt ins ungemessene steigen. In Bayern betrage das Steueraufkommen nur rund 69% des Durchschnitts im Reiche. Diese Ziffer zeige klar, wie ungerecht und unhaltbar ein schematischer Finanzausgleich unter den Ländern sein müsse. Zu dem früheren Fehlbetrag von 32 Mill. im bayer. Haushalt würde sich für das kommende Rechnungsjahr ein Fehlbetrag von 60 Mill. errechnen. Die Erwerbslosenfürsorge würde weitere 25 Mill. ungedeckte Ausgaben verursachen. Eine Vereinfachung des Staatsapparates habe keine Hilfe bringen können. Sie fände auch kein Beispiel bei der Reichsverwaltung, die ihren Apparat viel größer gestaltet habe als früher. So komme man zu der Überzeugung, daß das bisherige System und der darauf aufgebaute schematische Finanzausgleich auf die Dauer unhaltbar seien. Die öffentliche Meinung über die Wirkungen einer fortgesetzten Entwicklung im bisherigen Sinne werde irregeführt. Es könne nicht klar genug ausgesprochen werden, daß die weitere Verletzung des Art. 8 der Reichsverfassung, der allen Ländern die Existenz sicherstellt, in versteckter Weise auf dem Wege der finanziellen Aushungerung der Länder betrieben werde. Dem müsse durch Aufklärung entgegengetreten werden. Solle der unwürdige Streit zwischen Reich und Ländern ein Ende finden, dann müsse eine grundsätzliche Änderung des bestehenden Systems verlangt werden, eine klare Scheidung der Aufgaben und Zuständigkeit und eine klare Teilung der Steuerquellen. Da jedoch die Aufstellung der Haushalte der Länder nicht länger verzögert werden könne, müsse man sich mit einer kurzen Verlängerung des Provisoriums einstweilen abfinden. Den Darlegungen des Finanzministers fügt hierauf Ministerpräsid. Dr. Held eine scharf betonte politische Ergänzung an.

10. Nov. Protestkundgebung der Wirtschaft.

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft veranstalten eine Kundgebung gegen die Gefährdung der privaten Wirtschaft durch die zunehmende Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben.

13. Nov. (Reichstag) Verträge; Innenpolitik.

Verabschiedet werden zunächst der Handelsvertrag mit der Schweiz, das zweite Saarabk. und das neue vorläufige Handelsabk. mit Frankreich. Ferner werden mit großer Mehrheit Entschließungen des Auswärtigen Ausschusses angenommen, wonach den deutschen Reichsangehörigen in den französischen Mandatsgebieten die gleichen Rechte eingeräumt werden sollen, wie anderen Angehörigen von Völkerbundsmächten und wonach die 26prozentige Reparationsabgabe beseitigt werden soll. Vorher soll ein endgültiger Handelsvertrag abgeschlossen werden. Dann wird der GE. über die Krisenfürsorge (S. 159) mit den St. der Regierungsparteien und der Soz. in der Ausschußfassung angenommen. Schließlich wird die innenpolitische Aussprache zu Ende geführt. Abg. Dr. Spahn (Dnat. Vp.) legt gegenüber dem Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) seine Auffassung von der Kulturpolitik dar: Von dem Hofprediger Döhring rücke er ab, dessen Kampfesweise gegen die Katholiken Schreiber zur Grundlage seiner Angriffe auf die Dnat. gemacht habe. Im übrigen sei die alte kulturpolitische Linie eine Sache des ganzen deutschen Katholizismus und nicht einer einzelnen Partei. Das Ztr. von heute betreibe gegenüber den ihm nicht angehörigen Katholiken die schlimmste Imparität. Das Ztr. selbst habe die Kluft zwischen den Katholiken verschiedener Parteiangehörigkeit aufgerissen. Was die Schulpolitik anlange, so hänge das Zustandekommen eines christlichen Schulgesetzes von der Zusammenarbeit des Ztr. mit den anderen christlichen Parteien ab. Abg. Borrmann (Wirtsch. Vgg.) bringt die materiellen Sorgen des werktätigen Mittelstandes zur Sprache. Das Haus vertagt sich schließlich bis 22. Nov.

16. Nov. (Badischer Landtag) Zum Problem Reich und Länder.

Im landständischen Ausschuß erörtert Finanzmin. Dr. Köhler das viel umstrittene Problem der Eigenstaatlichkeit der Länder: Ein gesunder Föderalismus allein sichere die innere Ordnung und die Zukunft Deutschlands. Doch setze Eigenstaatlichkeit voraus, daß die Länder sich auch selbst erhalten könnten. Erhaltung der Eigenstaatlichkeit auf Kosten anderer sei auf die Dauer untragbar. Ferner dürften sich die Steuerüberweisungen nicht nur nach der Höhe der Ausgaben eines Landes richten, denn dabei wären Länder wie Baden, das seine Verwaltung durchgreifend vereinfacht hätte, die Hereingefallenen. Die Überweisungen aus den Steuern, die früher den Ländern zugestanden hätten, müßten nach den Bestimmungen der Reichsverfassung in einer Höhe erfolgen, die ein eigenstaatliches Leben gestatte. Es sei eine klare Verteilung der Zuständigkeiten des Reiches, der Länder und Gemeinden, und danach eine Verteilung der Steuerquellen dringend zu fordern. Ferner sei bald die Frage zu klären: Einheitsstaat oder bundesstaatliches System? Die Reichsleitung möge sich darüber klar sein, daß man, zumal in Süddeutschland, eifersüchtig darüber wache, daß die von der Verfassung garantierten Rechte der Länder auch respektiert würden. Erstrebe die Reichsregg. den unitarischen Staat, so möge sie mit offenen

Karten spielen. Zu beanstanden sei die Taktik des Reichsfinanzmin., der in seinem ersten Entw. des Reichsausgleichsges. versucht habe, auch die Probleme Unitarismus oder Föderalismus zur Diskussion zu stellen. Damit habe er auch bei jenen Ländern, die, wie Baden, nichts von der Aufhebung des § 35 zu befürchten hätten, Mißtrauen geschaffen. Baden gehöre nicht zu den Reichsverdrossenen und werde seine Pflichten gegen das Reich stets erfüllen, aber es könne nicht auf die Forderung verzichten, daß bei der Regelung staats- und finanzpolitischer Fragen Rücksicht auf seine besonderen Verhältnisse genommen werde. Ferner kritisiert der Min. scharf den Entw. zum Branntweinmonopolgesetz, der einseitig die Ansprüche der Großlandwirtschaft befriedige, während er die berechtigten Interessen der süddeutschen Kleinbrenner vernachlässige.

18. Nov. (Dresden) Besuch des Reichspräsidenten anläßlich der Eröffnung der Infanterieschule.

22. Nov. (Saargebiet) Kundgebung für das deutsche Mutterland.

In der ersten Sitzung der neuen Session des Landesrats gibt Abg. Levacher (Ztr.) namens des Ztr., der Soz. P. und der Dtsch.-Saarländ. Vp. folgende Erklärung ab: Das Saargebiet begrüßt auf das aufrichtigste die Annäherung zwischen dem deutschen Vaterlande und Frankreich, es ist davon überzeugt, daß die Befreiung Europas und die Zukunft der beiden großen Länder davon abhängt, daß die Streitpunkte zwischen ihnen endlich beseitigt werden. Einer der wesentlichsten ist die Frage des Saargebietes. Der Landesrat als die gewählte Vertretung des Saarvolkes hält es in dieser Lage für seine Pflicht, dem einmütigen Wunsch der Bevölkerung feierlich Ausdruck zu geben, daß das Saargebiet in friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben werde.

23. Nov. (Baden) Kabinettsumbildung.

Nachdem die Verhandlungen über die „Große Koalition" — vor allem infolge des Anspruchs des Ztr. auf zwei von den vier Ministerien — gescheitert sind, wird die neue Regg. aus den Parteien der „Weimarer Koalition" gebildet. Die Min. des Innern Remmele (Soz.), der Finanzen Dr. Köhler (Ztr.) und der Justiz Trunk (Ztr.) behalten ihr Amt bei. Zum Kultusmin. wählt der Landtag mit 48 St. den von den Dem. präsentierten Ministerialdirektor Leers, die Dtsch. Vp. und die Bürgerl. Vgg. enthalten sich der Stimme. An Stelle des bish. Staatspräsid. Trunk, dessen Amtsjahr abläuft, wird Finanzmin. Dr. Köhler zum Staatspräsid. gewählt. Zum stellv. Staatspräsid. wird Remmele bestimmt.

24./25. Nov. (Reichstag) Außenpolitik: Genf und Thoiry.

Die große außenpolitische Aussprache eröffnet Abg. Emminger (Bayer. Vp.), der im Namen der Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung abgibt: Die von uns unterstützte Außenpolitik erstrebt als oberstes Ziel die Befreiung Deutschlands. Einen bedeutsamen Bestandteil dieser Politik bildete zuletzt der im Sept. erfolgte Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wir billigen die Haltung der deutschen Völkerbundstagung in Genf. Bei der entscheidenden Wichtigkeit, welche die Frage der Abrüstung für die Sicherung des Weltfriedens und den Bestand des Völkerbundes hat, wird sich die Mitarbeit Deutschlands

in Genf mit besonderer Tatkraft auf die Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung als rechtliche und politische Fortführung der Deutschland zunächst einseitig aufgezwungenen Abrüstung zu erstrecken haben. Der Versuch, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zum Ausgangspunkt einer Aktion zu machen, deren Weiterentwicklung die Verständigung mit Frankreich und eine vollständige und endgültige Befreiung der noch besetzten Gebiete wie auch die Wiedervereinigung des deutschen Saargebietes mit dem Mutterland herbeiführen soll, findet unsere uneingeschränkte Zustimmung. Eine eingehende öffentliche Erörterung über die Verhandlungen von Thoiry halten wir im gegenwärtigen Stadium nicht für zweckdienlich und förderlich. Nur das eine stellen wir nachdrücklich fest: Der Grundgedanke und das politische Prinzip von Thoiry ist dadurch nicht als falsch erwiesen oder auch nur entwertet, daß sich seiner schnellen Verwirklichung zunächst offenkundige Hemmungen entgegengestellt haben. Die innere Verflochtenheit der Thoiry-Lösung mit dem Gesamtkomplex der Reparationsfragen und dem Problem der interall. Verschuldung ist dabei ebenso zutage getreten wie der natürliche Anspruch anderer Mächte nach Mitwirkung und Einflußnahme auf die künftige Entwicklung. Mit nachdrücklicher Zustimmung begleiten wir die Bemühungen des Außenmin. um baldigste datummäßig festzulegende Beendigung der Militärkontrolle. Wir erwarten ferner, daß er keine Ausgestaltung des sog. Investigationsrechtes des Völkerbundes annehmen wird, die über den rechtlichen Rahmen und den klaren Wortlaut des Art. 213 des Versailler Vertrages hinausgeht. Insbesondere lehnen wir jeden Versuch, uns widerrechtlich eine unterschiedliche Investigationsform für die entmilitarisierte Rheinlandzone aufzuzwingen, ab. Insgesamt werden wir die Reichsregg. auf dem in Genf und Thoiry begonnenen Wege zielbewußt weiter unterstützen. Wir erwarten dabei von ihr tatkräftige Betonung unseres politischen Rechts auf Befreiung der besetzten Gebiete und Ausnutzung der Deutschland auf Grund der Verträge zustehenden Bewegungsfreiheit. Jedem Versuch, mit dem weit ausgreifenden und nur bei starkem freiwilligen Entgegenkommen Deutschlands und in verständnisvoller Zusammenarbeit mit anderen Großmächten lösbaren Problem der Verständigung mit Frankreich Fragen zu verbinden, die mit ihm rechtlich und tatsächlich nichts zu tun haben, werden wir uns widersetzen. Sollte ohne Verschulden Deutschlands die abschließende Regelung der in Thoiry verhandelten Fragen sich infolge der großen internationalen Zusammenhänge dieses Fragenkomplexes weiter verzögern, so fordern wir die Reichsregg. auf, im Festhalten an der Linie der bisherigen Außenpolitik jede andere Möglichkeit zur beschleunigten Befreiung der besetzten Gebiete auszunutzen. Mit Genugtuung und tiefer Befriedigung haben wir von den Ergebnissen der Gemeindewahlen in Ost-Oberschlesien Kenntnis genommen. Trotz schwerster materieller, seelischer und völkischer Bedrängnis ist im Industriebezirk, dem eigentlichen Oberschlesien, eine unbestrittene deutsche Mehrheit gewählt worden. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die polnische Regierung aus dieser klaren Willensäußerung der ost-oberschlesischen Deutschen die entsprechenden Folgerungen ziehen und ihnen dieselbe vertragsmäßige Behandlung zuteil werden lassen wird, die Deutschland seinen polnischen Minderheiten trotz ihrer unvergleichlich geringeren Zahl angedeihen läßt. Abg. Dr. Hoetzsch (Dnat. Vp.) erklärt u. a. folgendes: Die Entscheidung ist gefallen, jetzt gilt es, für eine möglichst gute Arbeit im

Dienste der deutschen Interessen in Genf zu sorgen. Was die Aussichten der Wirtschaftskonferenz anlangt, so wollen wir zunächst nicht mehr als internationale Wirtschaftsverständigung, die den wirtschaftlichen Frieden herbeiführt. Aber ebenso wissen wir auch, daß eine wirtschaftliche internationale Verständigung eine internationale politische Verständigung voraussetzt. Trotz aller wirtschaftlichen Verständigung, trotz des vorläufigen Abk. mit Frankreich sind die politischen Verhältnisse in der Hauptsache dieselben geblieben. Auch wir hätten uns gefreut, wenn sich ein Weg gefunden hätte, unsere rheinischen Brüder früher von dem Joch der Besatzung zu befreien. Wir haben aber von Anfang an darauf hingewiesen, daß der Versuch der Mobilisierung der Deutschen Eisenbahnobligationen, also ein Versuch mit finanziellen Opfern das politische Zugeständnis der früheren Räumung zu erzielen, nur möglich und durchführbar ist unter Zustimmung der Ver. Staaten. Unser Verhältnis zu diesen ist auch ein Aktivum, das nicht in Frage gestellt werden darf. Nun hat der Reichsaußenminister auch geglaubt, daß schon vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine fühlbare Herabsetzung der Besatzungsziffer erfolgen werde. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund haben sich aber erst recht die Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit gezeigt. Es ist keine Herabsetzung oder Aenderung der Besatzungsziffer erfolgt. Wir werden gewiß noch längere Zeit warten müssen. Ich kann nur sagen, daß die Hoffnungen, die man auf das Gespräch der beiden Minister gesetzt hat, an keiner Stelle erfolgt sind und die Enttäuschung auf allen Seiten gleichmäßig ist. Wir sind Patrioten genug, um es freundlich zu begrüßen, wenn aus Thoiry etwas zustande kommt, das Rheinland befreit, die Militärkontrolle bereinigt wird usw., aber das ist doch nicht der Fall. Die französische Presse variiert sehr geschickt das Thema, Frankreich habe keine Eile, Eile habe Deutschland. Ob aber nicht Frankreich aus inneren Gründen viel größere Eile hat, die Verständigung herbeizuführen, will ich nicht untersuchen, ich stelle fest, zu Vorleistungen Deutschlands in dieser Beziehung ist gar kein Anlaß. Wir Dnat. haben bei zahllosen Gelegenheiten gefordert, daß vor der Entscheidung in der Völkerbundsfrage mit der Interall. Militärkontrolle ein Ende gemacht werden müsse, daß die Bedenken Deutschlands gegen das Investigationsprotokoll vom 24. Sept. 1924 ausgeräumt werden müssen. Heute steht es fest, wie berechtigt diese Forderungen waren. Die Regg. hat diese Forderungen jetzt aufgenommen. Darüber besteht im Reichstag kein Zweifel, daß die Abrüstung Deutschlands im weitesten Maße erfolgt ist. Eine vertrauensvolle und erfolgreiche Arbeit Deutschlands im Völkerbund ist nicht möglich und hat keinen Sinn, wenn nicht die Kontrolle unserer Fabriken und die Schnüffelei in unseren Kasernen aufhört. Ein Ende mit dieser interall. Militärkontrolle! Ein Zusammenhang zwischen der interall. Militärkontrolle und der Investigation des Völkerbundes ist nicht vorhanden. Frankreich will aber die Sache so lange hinziehen, bis die Lücke zwischen beiden ausgefüllt ist. Eine solche Bindung gibt es für uns nicht. Wenn der Außenmin. nach Genf geht, nimmt er die absolute Einigkeit dieses Hauses darin mit, daß die Einrichtung ständiger Kontrollorgane des Völkerbundes völlig unannehmbar ist. Ich hoffe, daß der Außenmin. auch auf die Besatzungsfrage gründlich eingeht. Zu bedauern ist, daß die deutsche Völkerbundsdelegation für die Aufnahme Polens in den Völkerbundsrat gestimmt hat. Spanien muß die Hand zur Versöhnung geboten werden.

Eine vollständige Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands ist Voraussetzung für die Arbeit Deutschlands im Völkerbund. Um eine Revision des Art. 16 wird der Völkerbund nicht herumkommen. Deutschland hat bei seiner Lage in der Mitte Europas das größte Interesse an der Lösung dieser Frage. Was z. B. Paneuropa anlangt, so halten wir uns von jeglichen Illusionen frei. Was das Verhältnis zu Polen betrifft, so weisen wir darauf hin, daß die Beschlagnahme des deutschen Stickstoffwerkes in Chorzow zu Unrecht erfolgt ist. Der Ausfall der letzten oberschlesischen Wahlen sollte Polen zu denken geben. Die Entscheidung von Genf über die Abtretung Oberschlesiens an Polen war ein Fehlspruch. Wir müssen entschieden gegen ihn Front machen und diejenigen, die ihn gefällt haben, darauf hinweisen, daß sie einen Fehlspruch getan haben. Nun ist von franz. Seite die Anregung gegeben worden, daß entsprechend der durch die Locarno-Verträge im Westen gegebenen Garantie dieselbe Garantie im Osten durch Deutschland folgen möge. Nachdem ein Vorgang, wie die oberschlesischen Wahlen, gezeigt hat, wie wenig geeignet die Ostgrenzen sind, um eine internationale Verständigung im Sinne eines wirklichen europäischen Friedens herbeizuführen, erkläre ich, für meine politischen Freunde kommt eine Garantie der östlichen Grenzen in keiner Weise in Frage. Ich bin überzeugt, daß der franz. Außenmin. durchaus ehrlich ist in seinen Bemühungen, eine Verständigung mit Deutschland herbeizuführen. Ich glaube aber, daß er der öffentlichen Meinung des Landes weit voraus ist, weil er die Zukunft richtig beurteilt und die zwingenden Gründe zu einer Verständigung mit den großen Nachbarn im Osten einsieht. Auch uns ist es durchaus ernst mit diesem Problem. Wir stehen einer Verständigung mit Frankreich nicht ablehnend gegenüber, aber sie muß vollständig und restlos sein, auf dem Boden voller, wirklicher Gleichberechtigung. Solange Deutschland unter einem Ausnahmezustand steht, hat die Verständigung keinen Sinn. Namens meiner Freunde erkläre ich, daß wir den völk. Antrag auf Nichtanerkennung des Dawes-Planes und der Locarno-Verträge nicht annehmen. Es ergeben sich Berührungen zwischen der Opposition und den Regierungsparteien in einzelnen Fragen. In anderen Fragen aber gehen unsere Meinungen auseinander, und es hängt von der Grundauffassung unserer Partei über Staats- und nationale Fragen ab, wieweit die Grenzen gehen, und wo die Trennung ausgesprochen werden muß. Wenn sich die Möglichkeit ergibt, an der Regg. teilzunehmen, so werden wir in den Fragen der Außenpolitik handeln, wie unser nationales Gewissen und Verantwortung uns vorschreiben.

Hierauf ergreift Außenmin. Dr. Stresemann das Wort: Hoetzsch hat erklärt, daß für ihn kein Anlaß vorliegt, an der Ehrlichkeit des Bestrebens des franz. Außenmin. zu zweifeln, hat aber demgegenüber auch darauf hingewiesen, daß es starke Strömungen in der franz. Öffentlichkeit gäbe, die einen ganz anderen Weg gehen. Das ist doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit bei allen großen politischen Neuentwicklungen der Völker. Dann ist von Hoetzsch insbesondere darauf hingewiesen worden, daß diese Fragen verbunden worden wären mit der Idee einer neuen Anerkennung der Ostgrenzen. Demgegenüber möchte ich doch stark unterstreichen, daß derartige Auffassungen nie von amtlicher franz. Seite geltend gemacht worden sind, und ich darf hinzufügen, daß amtliche franz. Stellen derartige Forderungen als absurd erklärt haben (Hört!), weil unser Verhältnis durch die Locarno-Ver-

träge ein für allemal geregelt ist, wie das auch unsere Auffassung ist. Darum haben wir ja auch die Erwähnung der Ostfragen in der Präambel dieser Schiedsverträge abgelehnt. Dafür haben wir in Locarno nicht etwa gekämpft, um jetzt diese grundsätzliche Einstellung für einen früheren Räumungstermin preiszugeben. Dann hat der Vorredner insbesondere davon gesprochen, daß ich in Thoiry in meinem Gespräch mit Briand keine Forderungen aufgestellt hätte, wenigstens für die großen Fragen der Räumung oder der Militärkontrolle. Aber ich muß Sie doch bitten, sich den Gesamtkomplex der Fragen vor Augen zu führen, der hiermit verbunden ist und der ja unzweifelhaft nicht nur Frankreich und Deutschland, sondern auch andere Mächte, vielleicht alle in der Botschafterkonferenz vertretenen, angeht und der Operationen finanzieller Art vorsah, die den gesamten Dawes-Plan berühren und infolgedessen auch Fragen aufwerfen könnten, die zwischen der Teil- und der Gesamtlösung stehen und so bedeutsam sind, daß sie eigentlich die größte Umwälzung alles dessen mit sich bringen würden. Und demgegenüber werden Sie, Herr Dr. Hoetzsch, der Sie ein Kenner internationaler Verträge und Verhandlungen sind, selbst nicht erwartet haben, daß bei dem Umfang internationaler Verflechtungen, die die Politik von Thoiry mit sich bringt, acht Wochen nach diesem Gespräch Ihnen hier schon die Resultate dieses Gesprächs vorgelegt werden. Ich habe am 2. Okt., 14 Tage nach Thoiry, in Köln folgendes gesagt: „Ich warne jeden davor, mit falschem Optimismus die Menschen in Sicherheit zu wiegen und sie dann erschrecken zu lassen, wenn, wie ich als allgemeines politisches Naturgesetz annehme, auch auf diesem Wege Rückschläge eintreten, wie sie allen Wegen der deutschen Politik beschieden gewesen sind.“ (Sehr richtig!) Ich weise hin auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Gab es da nicht ganze Monate, in denen wir auf dem toten Punkt waren und nach Lösungsmöglichkeiten suchten? Die Verhandlungen über den Berliner Vertrag haben fünf Vierteljahre gedauert. Wenn Dr. Hoetzsch davon sprach, wie eine Opposition der Regg. von Nutzen sein kann, so bitte ich doch, zu erwägen ob, wenn zum ersten Male seit Friedensschluß Fragen wie die der gesamten Rheinlandräumung offiziell besprochen werden, es eine Unterstützung dieser Verhandlungen ist, wenn ihre Ziele hier in der Öffentlichkeit als „politische Phantasie“ hingestellt werden. Dr. Hoetzsch hat dann weiter die Frage der Militärkontrolle erörtert. Diese Frage war ja auch Gegenstand der Besprechungen von Thoiry. Daß die heutigen Kontrollkommissionen verschwinden sollen, sobald wie möglich, darüber habe ich, glaube ich, noch niemals einen Zweifel gelassen. Zu den Ausführungen des Abg. Dr. Hoetzsch, daß jetzt ein Einspruch gegen die Abmachungen über den Art. 16 der Völkerbundssatzungen erfolgt sei, möchte ich erwähnen, daß, als wir aus Locarno zurückkamen und diese Abmachungen vorlegten, gerade von seiten der Opposition behauptet wurde, diese Abmachungen hätten gar keinen tatsächlichen Wert. Ich stimme vollkommen mit Dr. Hoetzsch darin überein, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen nicht nur geführt werden dürfen unter dem Gesichtspunkte, daß die Frage des Niederlassungsrechts und anderes als politische Fragen angesehen werden, sondern daß mit einer ungestörten freundschaftlichen Entwicklung wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete gerechnet werden kann. Hoetzsch hat gefragt, wie die Stellung der Dominions zu den Verträgen von Locarno sei. Uns liegen bisher nur die Mitteilungen der Presse über die Verhandlungen der brit. Reichskonferenz vor. Danach haben die Dominions

mit sehr warmen Worten die Politik von Locarno gebilligt. Weiter hat er nach dem Verhalten des deutschen Botschafters in Washington gefragt. Ich möchte zunächst dahin belehren, daß der Botschafter nach freiem Ermessen gehandelt hat, und ich danke ihm dafür. Denn es kann nur derjenige, der am Platze selbst ist, beurteilen, was er im gegebenen Moment zu tun hat. Wir haben auch eine Waffenstillstandsfeier in Warschau erlebt, in der der deutsche Gesandte, der ebenfalls von Warschau aus sich die Dinge ansah, nicht geflaggt hat. Denn im einen Falle trug die ganze Feier den Charakter einer Siegesfeier mit starker Einstellung gegen das Land, das unterlegen ist, im anderen Falle trug die Feier den Charakter, diese bisherige Siegesfeier umzuwandeln in eine Trauerfeier für die im Weltkrieg Gefallenen und in eine Dankesfeier für den durch den Waffenstillstand herbeigeführten Frieden. Graf Westarp hat kürzlich selbst das Ersuchen ausgesprochen, nunmehr mit den Ver. Staaten in ein enges Zusammenarbeiten zu kommen. Wenn angesichts des Charakters der Feier der deutsche Botschafter der einzige gewesen wäre, der sich ausgeschlossen hätte, so wäre das ein Vorgang gewesen, der bei den Empfindungen des amerikanischen Volkes nicht gebilligt worden wäre. Zu den außenpolitischen Aufgaben gehört zeitlich zunächst die Militärkontrollfrage. Die Reichsregg. ist der Ansicht, daß die sachlichen Voraussetzungen für die Abberufung der Interall. Militärkontrollkomm. und für das Aufhören der Kontrolle jetzt gegeben sind. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die deutsche Entwaffnungsaktion materiell tatsächlich abgeschlossen ist, und daß die einzelnen Punkte, über deren endgültige Regelung mit der Gegenseite zurzeit verhandelt wird, keine Veranlassung für ein weiteres Verbleiben der Kontrollkomm. in Deutschland bilden können. Für die Erledigung eines Restpunktes stände ja der Weg der Verhandlung von Regg. zu Regg. offen. Ein Wort an die Männer der Reichswehr! Ich glaube, es wird im deutschen Volke vielfach nicht genügend beachtet, welche Anforderungen seelischer Natur, an Selbstbeherrschung und Disziplin an diejenigen gestellt werden mußten, die das Werk der Abrüstung mit eigenen Händen durchgeführt haben. Da hat sich der alte Geist und die alte Disziplin des deutschen Heeres gezeigt. Auch in der Frage der sog. nationalen Verbände hat die deutsche Regg. alles getan, was zur loyalen Ausführung des Vertrags von Versailles erforderlich war. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Reichsregg. die Linie der von ihr befolgten Politik niemals durch die Tätigkeit irgendwelcher Verbände stören lassen wird. Die zuständigen Stellen werden darüber wachen, daß zwischen derartigen Verbänden und der Reichswehr keinerlei Verbindung besteht. Im Zusammenhang mit der Frage der Militärkontrolle wird in der deutschen und in der ausländischen Presse vielfach von einem Übergang dieser Kontrolle auf den Völkerbund gesprochen. Es handelt sich nicht darum, die seit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages in Deutschland ausgeübte Militärkontrolle von einem Organ auf ein anderes zu übertragen. Die Rechte, die der Versailler Vertrag in dieser Hinsicht dem Völkerbund einräumt, haben vielmehr einen ganz anderen Charakter. Nach Art. 213 des Vertrages ist Deutschland verpflichtet, jede Untersuchung, sog. Investigation, zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet. Der Völkerbund hat bereits vor längerer Zeit seinerseits Vorbereitungen getroffen, um gegebenenfalls jene Bestimmung zur Anwendung bringen zu können. Deutschland hat dabei nicht mitgewirkt. Es sind deshalb bei uns Zweifel entstanden, ob die in Rede

stehenden Beschlüsse des Völkerbundes bei ihrer taktischen Anwendung nicht in gewissen Einzelpunkten zu einer Erweiterung des im Versailler Vertrage vorgesehenen Investigationsrecht führen könnten. Diese Zweifel sind bereits in Locarno der Gegenstand eingehender Besprechungen gewesen und haben uns dann veranlaßt, die noch vor Absendung unseres Antrages auf Aufnahme in den Völkerbund bei diesem unmittelbar zur Sprache zu bringen. Verhandlungen hierüber zwischen uns und dem Völkerbund haben bisher nicht stattgefunden. Kein Zweifel kann aber darüber bestehen, daß die Klärung der Investigationsfrage nicht etwa eine rechtliche Voraussetzung für die Zurückziehung der Interall. Militärkontrollkomm. darstellt. Beide Fragen sind durchaus voneinander zu trennen. Weiter muß ich bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß es für Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit ist, auf seiner Forderung der allgemeinen Abrüstung zu bestehen. In bezug auf die Frage der Räumung des Rheinlandes schließe ich mich dem an, was in der Erklärung der Regierungsparteien zum Ausdruck gekommen ist. Nachdem die Entwicklung der Außenpolitik die baldige Räumung der besetzten Gebiete zu einem akuten Problem gemacht hat, muß dafür auch eine Lösung gefunden werden, wenn jene Entwicklung nicht in eine rückläufige Bewegung gedrängt werden soll. Gewiß, das Prinzip des Deutschen ist eine gesunde und reale Grundlage politischer Verhandlungen, die nur dann Erfolg versprechen, wenn sie den Interessen beider Parteien gerecht zu werden suchen. Aber die Beziehungen zwischen zwei großen Nachbarvölkern, wie Deutschland und Frankreich, sind nicht etwas, was sich in ein bloßes Rechenexempel auflösen ließe. Der deutsch-franz. Ausgleich, für den der Grundstein unter Mitwirkung anderer großer Mächte in Locarno gelegt wurde, ist der Angelpunkt der Konsolidierung Europas. Dieser Gedanke ist von anderen Mächten und Völkern in- und außerhalb Europas so oft betont worden, daß ich nicht nötig habe, mich gegen die Versuche zu wenden, eine solche Verständigung als gegen irgendein anderes Land gerichtet hinzustellen. Die elementare Tatsache der Bedeutung dieser Verständigung für den Frieden Europas weist die beiden Regg.en auf Aufgaben hin, an denen beide Länder in genau dem gleichen Maße interessiert sind. Diese Aufgaben können nicht gelöst werden, solange nicht die trennende Schranke niedergelegt ist, wie sie die weitere Besetzung deutschen Gebietes darstellt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Nach dem Außenmin. spricht Reichswehrmin. Geßler, der betont, daß sein Verbot jeder Verbindung der Reichswehr mit den Verbänden rücksichtslos durchgeführt worden sei. Schließlich kritisiert Abg. Stöcker (Komm.) die Außenpolitik Stresemanns, der noch nie mit so leeren Händen vor dem Reichstag erschienen sei.

Am 25. werden zunächst in 2. und 3. Lesung gebilligt das Saarabk. mit Frankreich (S.158) und der deutsch-poln. Grenzvertrag. Dann wird die politische Aussprache fortgesetzt. Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vergg.) erörtert besonders die auch durch Thoiry nicht gebesserten Zustände in den besetzten Gebieten. Abg. Müller-Franken (Soz.) befaßt sich zunächst mit den Ausführungen des Abg. Hoetzsch und spricht den Dnat. die notwendige Reife für den Eintritt in die Regg. ab. Dann fährt er fort: Der Friede Europas, das ist der große Gedanke von Thoiry, und wir wollen feststellen: Wirtschaftlich können Deutschland und Frankreich ohne Hilfe Amerikas nicht gesunden, aber politisch können sie gesunden, wenn sie nur wollen, und dazu ist Thoiry ein guter Anfang. Ich möchte hervorheben, daß die politische Verständigung zwischen Deutschland und

Frankreich nur möglich ist, wenn man sich in Deutschland völlig darüber klar ist, daß Locarno den endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen bedeutet. Ich freue mich, daß Sie (nach rechts) keinen Widerspruch erheben. Andererseits erscheint es selbstverständlich, daß die Franzosen ein für allemal auf ihren historischen Drang nach dem Rhein verzichten müssen. Eine endgültige Befriedung am Rhein kann sich gegen niemand richten, zumal da England und Italien ihre Garanten sind. Angesichts der schwebenden Schiedsgerichtsverhandlungen zwischen Deutschland und Italien möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, daß auch in Deutschland kein zurechnungsfähiger Mensch an eine deutsch-ital. Verständigung denkt, die ihre Spitze gegen Frankreich richtet. Eine Verminderung der Truppen, so notwendig sie ist, ist nicht das Wesentliche, sondern die Rheinprovinz muß wieder voll unter die deutsche Souveränität kommen. Das jetzige Regime im Rheinland wird immer der Politik der Verständigung abträglich sein, immer wieder werden sich Zwischenfälle ereignen wie die von Germersheim. Wenn wir von Rhein und Pfalz sprechen, denken wir natürlich auch an die Befreiung der Saar. Selbstverständlich darf die Besatzung nicht abgelöst werden durch ein anderes Regime, das neue Schikanen ermöglicht. Für eine Sonderbehandlung des Rheinlandes nach der Aufhebung der Räumung gibt der Versailler Vertrag nicht die geringste Handhabe. Was die Frage der interall. Militärkontrolle anlangt, so glauben auch wir, daß es Zeit ist, daß sie verschwindet. Angesichts der Erklärung des Reichswehrmin. Dr. Geßler über die Wehrverbände werfen wir die Frage auf: Warum mußte es so lange gehen, und wie war es überhaupt möglich, daß es so weit gehen konnte. Die dnat. Interpellation zur Kriegsschuldfrage ist entgiftet worden. Aber was soll denn der Völkerbund feststellen? Soll er Deutschlands Unschuld feststellen, oder wie sich die Schuld auf die einzelnen Länder verteilt? Daß das Deutschtum dabei gänzlich freigesprochen wird, glaubt doch kein Mensch! Deutschland wird ja nur als Urheber der Kriegsschäden hingestellt. (Zuruf von den Dnat.: Lösen Sie doch den Versailler Vertrag!) Der hat ja längst gar keine praktische Bedeutung mehr. — Abg. Graf Reventlow (Völk.): Aus der bisherigen Debatte habe ich den Eindruck bekommen, daß die innere Politik mehr im Vordergrund steht als die auswärtige. Die ganze Politik von Genf und Thoiry war eine ungeheure Blamage: Die Befreiung der Rheinlande wäre nur eine Oberflächenbewegung. Abg. Frhr. v. Freytag-Loringhoven (Dnat. Vp.): Im Namen meiner sämtlichen politischen Freunde habe ich die Erklärung abzugeben, daß die Ausführungen des Außenministers nicht geeignet gewesen sind, uns in dem von Dr. Hoetzsch ausgesprochenen Urteil über die Erfolglosigkeit der mit dem Namen Thoiry und Locarno bezeichneten Politik irgendwie zu erschüttern ... Wir können uns als Politiker nicht den Luxus erlauben, an Tatsachen vorüberzugehen, besonders wenn sie auf außenpolitischem Gebiete liegen. Wir sind deshalb entschlossen, aus unserer Mitgliedschaft zum Völkerbund alles herauszuholen, was zugunsten Deutschlands herausgeholt werden kann. Uns scheint gerade, daß auf dem Gebiete der Kriegsschuldfrage zugunsten Deutschlands etwas erreicht werden kann. Wehrminister Dr. Geßler: Ich möchte auf die Erklärung eingehen, die heute der Vorstand des Jungdeutschen Ordens abgegeben hat. Sie beschäftigt sich mit den Vorgängen des Jahres 1921, und zwar heißt es da, damals habe man einen „Überfall auf die franz. Besatzungstruppen" veranlassen wollen; und dann wird davon gesprochen, daß im Mittelpunkt der Aktion ein damals vielgenannter Gen. gestanden habe. Der General ist

Gen. v. Watter. Er gehört zu denjenigen Personen, vor denen ich im Jahre 1922 selbst den Reichstag gewarnt habe, indem ich auf den „Verrückten" hingewiesen habe. Das war der Grund, weshalb wir ihn damals gleich nach dem Kapp-Putsch von seinem Kommando abgelöst und sofort verabschiedet haben. (Abg. Ludwig [Soz.]: Und den Mann haben Sie ins Ruhrgebiet geschickt! — Gegenruf rechts: Ja, er hat das Ruhrgebiet gerettet und jetzt erntet er den Dank vom Hause Geßler.) Was Gen. Watter den Leuten damals vorredete, war glatter Schwindel. Er hat die jungen Leute vor die franz. Maschinengewehre treiben wollen. Wehren muß ich mich dagegen, daß Mahraun es so darstellt, als ob er mich über die Vorgänge von 1921 jetzt im Jahre 1926 noch informieren muß. Im Jahre 1925 sollen wieder ähnliche Pläne bestanden haben. Da wird der Name des Obersten Nicolai genannt. Auch hier haben die Leute sich völlig zu Unrecht auf Beziehungen zu uns berufen. Damit dies völlig klargestellt wird, habe ich den Minister Severing gebeten, diesen Dingen nachzugehen. Der Oberst Nicolai ist sorgfältig beobachtet worden, man hat aber keinen Anlaß gefunden, gegen ihn etwas zu unternehmen. Daß durch solche Behauptungen in einem Augenblick, wo der Außenminister sich um Verständigung bemüht, im Ausland phantastische Vorstellungen entstehen müssen, ist doch selbstverständlich. Abg. Dr. Wirth (Ztr.): In Frankreich meint man heute, Deutschland müsse neue Vorschläge machen. Deutschland hat nun aber in Locarno das größte Opfer gebracht, wie es einem Volke selten zugemutet wird. Auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war ein Opfer, das Deutschland gebracht hat, und als drittes Opfer kommt die Abrüstung hinzu. Nach diesen Opfern ist es die Pflicht des deutschen Parlaments, zu erklären, daß diese Opfer von franz. Seite eine Gegenleistung erfordern. (Lebh. allseitige Zustimmung.) Wir werden geduldig, aber klar und bewußt abzuwarten haben, was Frankreich auf diese großen deutschen Opfer zu geben hat. In diesem Sinne hat die Regg. die Möglichkeit, die Politik weiterzuführen. Jetzt hat Frankreich das Wort, um zu zeigen, ob es der europäischen Solidarität oder dem Gedanken eines einseitigen Nationalismus dienen will. Wir wünschen, daß die deutsche Republik eine wahrhaft nationale Politik treibt, aber sich auch bewußt ist, daß bei der heutigen Entwicklung der Weltwirtschaft die Freiheit der Nationen nur bestehen kann, wenn sie verankert ist in der europäischen und in der menschlichen Solidarität. Wir wollen sécurité pour la France, wenn sie verbunden ist mit der nationalen Freiheit des deutschen Volkes.

Am Nachmittag wird die Debatte rasch zu Ende geführt. Der Nachtragsetat wird dem Haushaltsausschuß überwiesen, die dnat. Interpellation wegen der Flaggenhissung in Washington wird für erledigt erklärt. Sowohl das völk. wie das komm. Mißtrauensvotum gegen Dr. Stresemann wird in einfacher Abstimmung gegen die beiden radikalen Parteien abgelehnt, die Dnat. enthalten sich der Stimme. Angenommen wird der gemeinsame Antrag der bürgerl. Parteien, die Kriegsschuldfrage beim Völkerbund aufzurollen, und zwar gegen die St. der Soz. und Komm.

28. Nov. (Berlin) Tagung des Reichsausschusses der Dem. P.

Einstimmig wird eine Entschl. gegen Dr. Geßler angenommen, in der die Sicherung des republikanischen Charakters der Reichswehr gefordert wird. In einer weiteren Entschl. wird die Absicht begrüßt, den Art. 48 der Reichsverfassung endlich durch das vorgesehene Ausführungsges. zu ergänzen, um Republik und Verfassung zu sichern.

28./29. Nov. (Berlin) Besuch des Generalsekretärs des Völkerbunds.

Generalsekretär Sir Eric Drummond bespricht eingehend mit Staatssekretär v. Schubert die technischen Punkte der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates in Genf.

30. Nov. (Reichstag) Lage des besetzten Gebietes.

Bei der Beratung des Nachtragsetats für die besetzten Gebiete wird eingehend die Lage derselben erörtert. In der Debatte, in die auch Min. Dr. Bell eingreift, kommt allgemein die Ansicht zum Ausdruck, daß die trotz Locarno, Genf und Thoiry noch aufrecht erhaltene Besetzung das Haupthindernis für den Frieden und für die Verständigung sei.

30. Nov. (Bayer. Landtag) Die politische Lage.

Ministerpräsid. Dr. Held äußert sich eingehend über die innen- und außenpolitische Lage: In den Versuchen der internationalen Vertrustung erblicke er vom Standpunkt der nationalen Wirtschaft aus große Gefahren außen- wie innerpolitischer Natur. So sei zu fürchten, daß im Zusammenhang hiermit der Abbau des Zollschutzes für die Landwirtschaft verlangt werde. Die früher gegen ihn erhobenen Angriffe, weil er sich zu außenpolitischen Fragen geäußert habe, obschon dies in die Zuständigkeit des Reiches gehöre, weise er scharf zurück. Die einzelnen Länder seien in Wohl und Wehe mit diesen Fragen so verknüpft, daß auch der Ministerpräsid. des Einzellandes das Recht und sogar die Pflicht habe, sich dazu zu äußern. Wegen der Vorfälle von Germersheim habe die Regg. alles Erdenkliche zur Aufklärung getan; man dürfe nun erwarten, daß in dem bevorstehenden Prozeß Recht und Gerechtigkeit geübt würden. Über den Finanzausgleich erklärt Held, daß die Verhandlungen noch schwebten und Mitteilungen daher nicht möglich seien. Mit Schärfe weise er den Vorwurf des soz. Redners zurück, daß beim Finanzausgleich nun bei dem föderalistischen Programm der bayer. Regg. ein Kampf gegen das Reich oder gar gegen dessen Einheit in Frage stehe. Nicht das Reich habe sich zu wehren sondern sämtliche Einzelländer, an deren Existenz gegriffen werde.

1. Dez. (Reichstag) Innenetat; Interpellationen.

Mit der Beratung des Innenetats wird eine Interpell. der Soz. P. über das Verbot des Potemkin-Films in Bayern und Württemberg und eine Interpell. der Dnat. Vp. über die Vorlegung eines Reichsschul-GE. verbunden. Abg. Crispien begründet die erstgenannte Interpell.: In dem Vorgehen der bayer. und der württ. Regg. liege eine Mißachtung des Reichsrechts, die schädlicher sei als der Film selbst. Abg. Dr. Philipp (Dnat. Vp.) erklärt zur zweiten Interpell., daß die Mehrheit des Volkes die Verankerung der christlichen Bekenntnisschule in einem Reichsschulgesetz fordere. Nach einem scharfen Vorstoß des Abg. Landsberg (Soz.) erklärt Min. Dr. Külz, der zunächst einer Erörterung der Potemkin-Filmfrage hat ausweichen wollen, u. a.: Ich gebe ganz offen zu, daß ein generelles Verbot eines von der Oberprüfstelle freigegebenen Films durch ein Land mit dem Reichsrecht nicht vereinbar wäre. Die bayer. Regg. hat aber der Reichsregg. gegenüber erklärt, daß in ihrem Vorgehen gegen den Potemkinfilm „kein generelles Verbot" liege und daß das Verbot nur aus ortspolizeilichen Gründen erfolgt sei, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. (Lachen links.)

3. Dez. (Reichstag) Gesetzentwürfe.

Auf der Tagesordnung steht die 3. Lesung des GE. zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften. Die Vorlage stellt in ihrer neuen Fassung das Ergebnis eines von den bürgerlichen Parteien (Dnat. Vp., Völk. Arb.-Gem., Wirtsch. Vrgg., Dtsch. Vp., Bayer. Vp. und Ztr.) abgeschlossenen Kompromisses dar. Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) bekämpft den GE. und bezeichnet die Vorgänge zwischen der 2. und 3. Lesung des Ges. als ungeheuerlich. Durch die Vorgänge der letzten Tage sei die Angelegenheit zu einer eminent politischen geworden: Ein Teil der Regg.smitgl. habe den Anschluß nach rechts gesucht und gefunden, unter der Ägide eines dem. Innenministers. Das werde natürlich seine politischen Konsequenzen haben. Seine Partei habe beim Jugendschutz an erster Stelle gestanden. Hier handle es sich aber um ein Produkt ganz leichtfertiger Gesetzesmacherei. Abg. Rosenbaum (Komm.) begründet ein komm. Mißtrauensvotum gegen Dr. Külz. Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) erklärt: Die Opposition gegen das Gesetz habe zwar große Verdienste um das Schrifttum, aber die Jugendwohlfahrtspflege, zu der auch namhafte Vertreter der Linken gehörten, wünsche ein derartiges Gesetz. Allerdings bestehe in den neuen Anträgen die Gefahr einer kulturkämpferischen Benutzung des Gesetzes. — Nachdem dann der GE. in der Einzelberatung mit wechselndem Stimmenverhältnis angenommen ist, gelangt in der Schlußabstimmung mit 250 gegen 158 St. (Links-Dem., Soz. und Komm.) bei 3 Enthaltungen zur Annahme.

Ferner gelangt die Vorlage über Änderung der Erwerbslosenfürsorge-Vo., wonach die Erhaltung der Anwartschaft auf Angestellten- und Invalidenversicherung einen Bestandteil der Erwerbslosenfürsorge bildet, in allen 3 Lesungen zur Annahme. — Das Haus vertagt sich auf 9. Dez.

3. Dez. (Mecklenburg-Schwerin) Abgelehntes Mißtrauensvotum.

Im Landtag bringt die Komm. P. bei der Finanzdebatte einen Mißtrauensantrag gegen die soz. Regg. ein, da sie alle komm. Anträge zur Linderung der Not der Minderbemittelten zurückgewiesen habe. In der Abstimmung wird der Antrag mit 26 gegen 24 St. abgelehnt, wobei die Wirtschaftsp. mit der Linken dagegen stimmt. Damit ist die von der Regg. geplante Steuersenkung, die selbst z. T. von den Dem. als reichsgesetzwidrig bezeichnet wird, in ihrer Durchführung gesichert.

3. Dez. (Berlin) Parteitag der Deutsch-Konservativen Partei.

4. Dez. Note an Polen.

Die poln. Regg. hat vor einigen Tagen eine Note überreicht, in der sie dagegen protestierte, daß in der Erklärung der deutschen Regierungsparteien im Reichstag (S. 163) auch auf den Wahlausfall in Polnisch-Oberschlesien hingewiesen worden war. In der deutschen Antwortnote wird der poln. Protest als völlig unbegründet zurückgewiesen. U. a. heißt es: „Die beanstandete Erklärung hat das Verhalten der deutschen Minderheiten in jenem Gebiete bei den Gemeindewahlen zum Gegenstand. Es liegt auf der Hand, daß diese Wahlen für das Schicksal der deutschen Minderheit von großer Bedeutung sind. Es handelt sich somit um eine Angelegenheit, an der Deutschland ein durchaus legitimes Interesse hat. Das ergibt sich aus der bloßen Tatsache, daß die Rechte der Minderheiten in Oberschlesien Gegenstand eines deutsch-poln. Vertrages sind, nämlich des Genfer Abk. über Oberschlesien vom 15. Mai 1922. Unter diesen Umständen kann nach Ansicht der deutschen Regg. nicht die Rede davon sein,

daß die Erklärung des Reichstagsabg. Emminger eine unzulässige Einmischung in innere polnische Angelegenheiten darstelle. Sie überschreitet auch in ihren Einzelheiten keineswegs den Rahmen, in dem außenpolitische Angelegenheiten dieser Art in den Parlamenten aller Länder behandelt zu werden pflegen. Wenn Sie schließlich noch hervorheben, daß derartige Erklärungen die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu stören geeignet seien, so möchte ich demgegenüber doch betonen, daß die Gestaltung dieser Beziehungen, soweit dabei Oberschlesien in Betracht kommt, in erster Linie von der genauen Innehaltung des erwähnten Genfer Abk. abhängt. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die vielfachen Klagen der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien hinweisen und Ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die deutschfeindliche Kundgebung in Kattowitz vom 28. Nov. lenken, an der sich sogar der poln. Innenminister und der schlesische Woiwode beteiligt haben."

5. Dez. (Hessen) Durch Volksentscheid wird die von der Rechten geforderte Auflösung des Landtags abgelehnt.

6. Dez. Empfang des russischen Außenministers Tschitscherin beim Reichskanzler.

9. Dez. Durch Notenwechsel werden Zusätze zum deutsch-ital. Handelsvertrag vereinbart.

10. Dez. (Reichstag) Mißtrauensvotum gegen Külz.

Das Mißtrauensvotum gegen Innenmin. Dr. Külz wird gegen die St. der Komm. und Völk. und unter Stimmenthaltung der Soz. und Dnat. abgelehnt.

12. Dez. (Lübeck) Bürgermeisterwahl.

Der Senat wählt den Bürgermeister Loewigt (Soz.) für 1927/28 wieder. Zum stellv. Bürgermeister wird der bürgerliche Senator Dr. Vermehren ernannt.

13. Dez. Beratungen über die politische Lage.

Das Reichskabinett erörtert die innerpolitischen Vorgänge und ist einmütig der Ansicht, daß eine Krise im gegenwärtigen Augenblick vermieden werden sollte. Die Entscheidung liegt bei der Soz. P., die einen Angriff auf das Kabinett mit dem Ziel „Klärung der Mehrheitsverhältnisse" angekündigt hat.

14. Dez. (Sachsen) Vertagung der Kabinettsbildung.

Nachdem am 7. Dez. die Wahl des Ministerpräsid. wiederum ergebnislos verlaufen ist, nimmt nunmehr der Landtag gegen die St. der Komm., der Linkssoz. und des altsoz. Abg. Bethke den Antrag der bürgerl. Parteien an, die Wahl des Ministerpräsid. von der Tagesordnung abzusetzen und am 11. Jan. oder später vorzunehmen. Das geschäftsführende Kabinett Heldt bleibt damit vorläufig im Amt.

14./15. Dez. Stresemanns Bericht über die Genfer Tagung.

Reichspräsid. Hindenburg empfängt den aus Genf zurückgekehrten Reichsmin. Dr. Stresemann und drückt ihm dankend seine Befriedigung über die in Genf erzielten Fortschritte aus.

Das Reichskabinett billigt am 15. den Bericht des Außenmin. Dr. Stresemann über die Tagung des Völkerbundsrats.

14./15. Dez. (Reichstag) Arbeitsgerichtsgesetz, Nachtragsetat.

Das Arbeitsgerichtsges. (S. 90) wird in 2. und 3. Lesung gegen die St. der Dnat., der Wirtsch. Vergg. und der Komm. angenommen.

Bei der Forts. der 2. Lesung des Nachtragsetats am 15. wiederholt Finanzmin. Dr. Reinhold seine schon im Haushaltungsausschuß abgegebene Verwahrung gegen die beschlossenen Mehrausgaben und erklärt u. a.: Es ist als ausgeschlossen anzusehen, daß wir bei unserer Finanzlage mehr als 200 Mill. Mehreinnahmen veranschlagen können. Wenn der Ausschuß 227 Mill. einstellt, so ist das eine Schätzung, die lediglich dadurch zustande gekommen ist, daß man alle Mehrausgaben, die der Ausschuß beschlossen hatte, decken wollte. Das bedeutet aber ein verschleiertes Defizit. Ich kann mich hierzu nicht hergeben. Die Bewilligungsfreudigkeit des Reichstags ist trotz der Anspannung unserer Finanzlage in keiner Weise eingeschränkt worden. Der Ausschuß hat zusammen mit den Beschlüssen der 2. Lesung im ganzen 138 Mill. Ausgaben hinzugefügt. Damit werden wir in das Defizit hineinkommen. das die Regierung nicht verantworten kann. Die Dinge liegen noch schlimmer insofern, als der Steuerausschuß sich heute morgen sehr ernsthaft mit der Frage beschäftigt hat, ob nicht die Biersteuererhöhung, die am 1. Jan. eintreten soll, noch weiter hinausgeschoben werden kann. Diese Maßnahme würde das Etatsjahr für 1927, das schon sehr angespannt ist, ganz unmöglich machen. Die Reichsregg. kann zu dieser Hinausschiebung ihre Zustimmung nicht geben. Durch das Ganze wird ein Bild geschaffen, das kein Finanzmin. auf die Dauer verantworten kann. Der Min. beschäftigte sich des näheren mit dem Zustandekommen der Hilfsaktion für Ostpreußen, der sich die Reichsregg. nicht habe entziehen können. Man sei aber nun mit uferlosen Forderungen an die Reichsregg. herangetreten, um allen Grenzgebieten zu helfen. Das könne die Regg. aber nicht mitmachen. Das Ostprogramm müsse also wieder auf 32 Mill. beschränkt und auch der Fonds für die Notopferabfindungen auf 20 Mill. bemessen werden. Schließlich erklärt er: Wenn wir zu Mehrausgaben gedrängt werden, können wir den Etat nicht im Gleichgewicht halten. Sollte aber der Reichstag aus Parteikonstellationen diesem dringenden Appell der Reichsregg. nicht folgen, so muß ich erklären, daß ich als Finanzmin. nicht in der Lage bin, die Bewilligung dieser Ausgaben zu übernehmen. Durch den Etat wird die Regg. zu den Ausgaben ermächtigt, aber nicht verpflichtet. Ich bitte, die Regg. nicht in die schwierige Lage zu bringen, von sich aus bestimmen zu müssen, welche Summen aus finanziellen Gründen von ihr wirklich verausgabt werden können. Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung wird in der Ausschußfassung angenommen. Entgegen dem im Ausschuß durchgedrungenen soz. Antrag lehnen die Regierungsparteien bei Stimmenthaltung der Dnat. die Einsetzung angeblicher Mehrerträge in Höhe von 227 Mill. zur Deckung des Nachtragsetats ab. Der Nachtragsetat für das Ausw. Amt wird ohne Aussprache angenommen, ebenso der des Reichsernährungsministeriums und im Anschluß daran das Nachtragsetatsgesetz.

15. Dez. (Preuß. Landtag) Etat 1927.

Finanzmin. Dr. Höpker-Aschoff bringt den Etat 1927 ein, der mit 3,473 Milliarden balanziert.

16. Dez. (Baden) Vertrauensvotum.

In der Aussprache zur Regierungserklärung sprachen sich die Redner aller Parteien mit Ausnahme des Ztr. für die Erhaltung der Simultan-

schule aus. Kultusmin. Leers meint, Sache der Regg. werde es sein, bei der Reichsregg. dahin zu wirken, daß die Reichsschulgesetzgebung die Lösung der Simultanschulfrage den Landesregg.en überlasse. Schließlich wird das Vertrauensvotum mit 39 gegen 18 St. angenommen.

16./17. Dez. (Reichstag) Nachtragsetat; die Frage der Reichswehr; Sturz der Regierung.

Nachdem das 4. Sperrges. für Fürstenprozesse in 2. und 3. Lesung erledigt ist, ergreift Reichskanzler Dr. Marx zur 3. Lesung des Nachtragsetats das Wort: Die Frakt. der Soz. P. hat durch Beschluß vom 9. Dez. festgestellt, daß sie eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregg. für notwendig halte und daß sie diese bei der 3. Lesung des Nachtragsetat herbeiführen werde. Die Regg. ließ sich demgegenüber von dem Gedanken leiten, daß angesichts der außenpolitischen Lage und der gegebenen Notwendigkeit, für die Lösung einiger bedeutsamer in Genf noch unentschieden gebliebenen Restfragen verhandlungsfähig zu bleiben, eine Regierungskrisis, wenn irgend möglich, vermieden werden müsse. Sie hat daher die Initiative für Verhandlungen mit der Soz. als der größten Oppositionspartei zur Erzielung einer Verbreiterung der Regierungsbasis ergriffen. Die Regg.sparteien billigten ohne Ausnahme diesen Entschluß, so daß am Nachmittag des 15. Dez. der Soz. P. mitgeteilt werden konnte, die Reichsregg. sei in Übereinstimmung mit den Regg.sparteien bereit, in Verhandlungen mit der Soz. Frakt. einzutreten mit dem Ziele der Bildung der „Großen Koalition". Die Soz. Frakt. hat dann gestern abend sich zwar zu Verhandlungen bereit erklärt, zugleich aber den Rücktritt der Regg. verlangt. Die von der Regg. beabsichtigten Verhandlungen hätten ihren Fortgang genommen, ohne daß ihre Autorität nach innen und außen geschwächt worden wäre. Der geforderte Rücktritt der Regg. müßte für längere Zeit zu einer nur geschäftsführenden Regg. führen. Die Regg. vermag die Verantwortung für einen solchen Zustand nicht zu übernehmen und muß diese denjenigen Parteien überlassen, die durch ihre Beschlüsse ihn herbeiführen. Namens der Reichsregg. habe ich daher die Erklärung abzugeben, daß die Regg. entschlossen ist, nicht zurückzutreten. Das Weitere muß sie der Entscheidung des Reichstages überlassen. (Beifall bei den Regierungsp.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir beurteilen die durch unseren Beschluß geschaffene Lage wesentlich anders als der Reichskanzler. Ich muß zunächst im Auftrag meiner Fraktion folgende Erklärung abgeben: Die Soz. P. war es, die für den Wiederaufstieg die Grundlagen schuf in der demokratischen Verfassung. Sie arbeitete für die außenpolitische Verständigung, die für Dr. Stresemann kürzlich die Zuerkennung des Nobelpreises zur Folge hatte. Unsere Liebe zum deutschen Volke wäre sehr schwach, wenn wir uns durch die Versuche der Infamierung abhalten ließen, jetzt aber auch auszusprechen, was wir für nützlich und heilsam halten, und die Reichswehr einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Wir verstehen es durchaus, daß die Offiziere sich außerordentlich schwer in die neuen staatlichen Verhältnisse hineinfühlen können, und daß die Tatsache, daß die Nachbarstaaten uns auf dem uns aufgezwungenen Wege der Abrüstung durchaus nicht folgen wollen, zu allerlei Besorgnissen Anlaß geben konnte. Aber wenn aus diesem verständlichen Komplex von Gefühlen Dinge herauswachsen, die uns als Bedrohung des Friedens und als Gefährdung unserer Außenpolitik erscheinen, so haben wir die Pflicht zu reden. Wenn wir eine Politik treiben, die der Politik der Demokratie und des Friedens

entgegengesetzt ist, dann kann sicher unser Staatswesen auf die Dauer nicht halten. Nun hat Gen. Heye in Hannover gesagt: Die Reichswehr ist ein zum Gehorsam erzogenes Instrument des Staates. Wir danken ihm dafür. Aber wir müssen ihn auch darauf aufmerksam machen, daß das, was er hier gesagt hat, ein Ziel ist, das wir erst herbeiführen wollen. Die Behauptung, daß die Reichswehr sich mehr und mehr zum Staat im Staate entwickelt hat, ihren eigenen Gesetzen folgt, ihre eigene Politik treibt, möchte ich Ihnen durch einige Tatsachen beweisen. Was wir hier besprechen, ist keine Überraschung für das Ausland. (Zurufe rechts: Daran sind Sie schuld!) Das Volk, das am schlechtesten über die Dinge in der Reichswehr informiert ist, ist das deutsche Volk. (Lebhafte Zustimmung links!) Meine Aufgabe bewegt sich nach drei Richtungen hin: Die Finanzierung der Reichswehr von Rußland her, die Beziehungen der Reichswehr zu Großindustriellen und die Verbindung der Reichswehr mit rechtsgerichteten Verbänden. Es handelt sich um Dinge, die wir bekämpfen wollen und müssen, weil sie unsere Außenpolitik aufs schwerste gefährden. Die Frage ist, wie war diese Finanzierung von auswärts her überhaupt möglich? Der Etat der Reichswehr ist zwar noch recht undurchsichtig. Wir werden bei der nächsten Beratung darauf dringen, daß vor allem er ganz gründlich geprüft wird. Es besteht eine besondere Abteilung im Reichswehrministerium unter der Bezeichnung S. G. Sie hat in Moskau bei den Junkersverträgen mitgewirkt und seit 1923 jährlich etwa 70 Mill. Goldmark eingezahlt. Ferner besteht ein sog. Wirtschaftskontor als Nachfolger der Gefu, deren Aufgabe die Einrichtung einer Rüstungsindustrie im Ausland, besonders in Rußland gewesen sei. Die Unterzeichnung der Verträge mit Junkers ist mit falschen Namen erfolgt. Ebenso sind die Offiziere mit falschen Pässen nach Rußland gereist. (Große Erregung rechts und bei den Völk.) Die Außenpolitik Stresemanns wird durchkreuzt. Das deutsche Volk will aber davon nichts wissen. Verträge, die Deutschland eingegangen ist, will es ehrlich halten. (Neue große Erregung auf der Rechten. Die Dnat. und ein großer Teil der übrigen bürgerl. Parteien verlassen den Saal.) Der Redner teilt dann sein Material über Verbindung der Reichswehr mit deutschen Großindustriellen und Geldsammlungen bei diesen für Ausbildung von nicht etatsmäßigen Truppen mit. Er bezieht sich dabei insbesondere auf den Vortrag, den Oberst Koch in Breslau gehalten habe. Zum dritten Punkt verweist Scheidemann auf Reden des Gen. v. Tschischwitz, auf Mitteilungen der Breslauer „Volkswacht" und auf die Einrichtung von Sportkursen unter Heranziehung von Versorgungsanwärtern der Reichswehr. Der Aufmarsch der Rechtsverbände habe in Ost-Schleswig-Holstein stattfinden sollen — zu der Zeit des Rathenau-Mordes. Die Finanzierung sei in Dänenkronen erfolgt. 1923 sei alles zum Losschlagen bereitgestellt worden. Ein gewisser Günther, der General v. Seeckt beseitigen sollte, werde noch heute von der Marinestation Kiel unterstützt. Der Redner geht dann zu den Verbänden über: zum Bund für Freiheit und Recht und zu den sog. Kleinkaliberschützen, von denen er behauptet, daß beide in engster Verbindung mit der Reichswehr ständen. Er verweist auf Mitteilungen des Blattes der franz. Rheinarmee, er zitiert die Denkschrift des früh. Oberlt. Mahraun, der sich bemüht habe, eine große nationale Organisation in Deutschland auf die Beine zu bringen, der aber abgeschwenkt sei, als er gesehen habe, daß es vielen nur darauf ankäme, eines Tages den inneren Krieg zu entfesseln. Der Redner erneuert die Behauptungen über Munitionstransporte von Rußland nach Stettin. Die Ladung sei als Rundeisen und Aluminium deklariert gewesen. Scheide-

mann versichert, er wolle die aus den geschilderten Zuständen erwachsenden Gefahren nicht übertreiben. Man könne aber unmöglich Zustände dulden, die der Erreichung des Ziels einer wirklich demokratischen, republikanischen Reichswehr entgegenstehen. Deshalb sei eine Reform der Reichswehr nötig. Zu verlangen sei: 1. Strikte Durchführung des Verbots jeder Verbindung von Reichswehr und Marine mit rechtsradikalen Verbänden; Entlassung der Offiziere, die dieses Verbot überschreiten; 2. Verbot der Annahme jeglicher Spenden aus Privatkreisen; Einzelnachweis der pensionierten Offiziere und sonstigen Offiziere, die auf Privatdienstvertrag angestellt sind; 3. Kontrolle über den künftigen Heeresersatz durch Zivilkommissare unter Beteiligung der unteren Verwaltungsbehörden. Man betreibe kolossale Rüstungen. Freilich finde das Ausland immer neue Gründe für sein Wettrüsten, wir aber könnten nur den Kürzeren ziehen. Auch hiergegen seien bindende Garantien zu verlangen. Die Reichswehr solle offenbar zum Instrument der Weltrevolution gemacht werden; andererseits solle sie Kommunistenaufstände niederschlagen. Das sei kein ehrliches und sauberes Verhältnis. Scheidemann schließt: Wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, die Reichswehr aufzubauen, würde sie anders aussehen als heute. Der Weg zu dem, was wir für notwendig halten, ist weit. Wir sind bereit, in der Regg. oder draußen sachliche Mitarbeit zu leisten. Jedenfalls muß ein Anfang gemacht werden, und zwar an der Spitze. An der Spitze steht Herr Geßler im siebenten Jahr. Das Resultat seiner Arbeit habe ich gezeigt. Wer solche Zustände verantworten kann, mag es tun, wir lehnen es ab. Deshalb entzieht meine Partei ganz ausdrücklich dem Min. Geßler das Vertrauen. Eine wirklich republikanische Regg. würde schnell eingreifen. Wir haben uns in neuester Zeit bereit erklärt, in die Regg. einzutreten. Die jetzige Entwicklung wurde durch das Verschulden des Dr. Scholz hervorgerufen. Wir wünschen nach wie vor die Neubildung einer Regg. Den verfassungsmäßigen Weg, die Neubildung zu verlangen, zeigt der geschäftsordnungsgemäß vorgeschriebene Antrag: Man entzieht dem Kabinett das Vertrauen. Wir werden diesen Antrag stellen und hoffen, daß er Annahme finden wird.

Reichskanzler Dr. Marx antwortet auf die Erklärung Scheidemanns u. a. folgendes: Entsprechend ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Reichswehr fällt es der Reichsregg. nicht schwer, zu diesen Wünschen Stellung zu nehmen. Mit der überwältigenden Mehrheit des Reichstags ist sie der Ansicht, daß die Schlagfertigkeit der Wehrmacht der Republik und ihr Zusammenhalt erhalten werden müssen. Eine Politisierung der Reichswehr lehnen wir ab. Vielmehr wird die ganze Schulung und Erziehung der Reichswehr nach wie vor auf die Treue zur bestehenden republikanischen Staatsform und zur Pflichterfüllung gegenüber den verfassungsmäßigen Gewalten abgestellt. Der Einstellung von Elementen, die sich nachweislich verfassungsfeindlich betätigt haben, in die Reichswehr werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen. Dazu gehört auch, daß sich der Ersatz der Reichswehr aus allen Bevölkerungsschichten und allen Teilen des Reiches zusammensetzt. Zu den einzelnen Beschwerdepunkten habe ich folgende Ausführungen zu machen: 1. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit und durch scharfe Befehle das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sog. Wehrverbände in erster Linie gehören, verboten. Diese Bestimmungen werden strengstens durchgeführt und Zuwiderhandlungen sollen im Rahmen der bestehenden Gesetze und Bestimmungen streng geahndet werden. 2. Die Frage von Geldspenden unterliegt zurzeit einer Neuregelung, nach der die Annahme

von privaten Geldspenden jeder Art der Zustimmung des Ministers bedarf. 3. Die Nachweise der auf Privatdienst beim Reichsheer angestellten Personen können dem Reichstag auf Wunsch bis zum Ende des Etatsjahres vorgelegt werden. 4. Die Bestimmungen für das Ersatzwesen im Heere sind auf Grund des ihm im Heergesetz verliehenen Verordnungsrechtes vom Reichspräsid. im Jahre 1921 erlassen. Es wird zurzeit geprüft, ob und inwieweit Veranlassung vorliegt, dem Reichspräsid. Änderungen in diesen Bestimmungen vorzuschlagen. Wenn ich zum Schluß zur Rede des Abg. Scheidemann komme, so kann ich über diese Rede nur mein tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen. Jedenfalls liegen die einzelnen Vorgänge so weite Zeit zurück und haben sich unter so anders gearteten Verhältnissen zugetragen, namentlich was die Gefahr betrifft, daß ich ihr Vorbringen heute in keiner Weise für richtig erachten kann. Die eingeleitete Untersuchung hat übrigens bereits jetzt die Unrichtigkeit einer ganzen Anzahl der mitgeteilten Vorgänge ergeben. Die einseitige Darstellung, wie sie der Vorredner beliebt hat, wirft auf die Zustände in unserer Reichswehr ein durchaus falsches Bild. Daher halte ich es für eine selbstverständliche Pflicht zu erklären: Die Reichsregg. ist sicher, daß die Wehrmacht in jeder Lage ein sicheres Instrument des Staates ist. Dies hier auszusprechen und der Reichswehr für die stille und selbstlose Arbeit im Dienste des Vaterlandes zu danken, ist mir in dieser Stunde Pflicht und Bedürfnis. (Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts, Händeklatschen auch bei den Dnat.)

Zu Beginn der neuen Sitzung gibt nach dem Abg. Stöcker (Komm.) Abg. v. d. Schulenberg (Dnat. Vp.) eine Erklärung ab, die die leichtfertigen, vielfach verleumderischen Angriffe auf die deutsche Wehrmacht zurückweist. Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Wir sind über den Verlauf der bisherigen Debatte bitter enttäuscht. Für uns steht im Vordergrund das deutsche Land. Die Frage der Staatsform steht erst in zweiter Linie hinter der Frage des Heils unseres Vaterlandes. Denn die Staatsform ist nicht Selbstzweck. Sie steht im Dienste der Nation. Ich bin Pazifist. Aber ich habe im Laufe der letzten Jahre hier an schwieriger Stelle Gelegenheit gehabt, Politik zu machen, und habe die Erfahrung gemacht, daß man für das deutsche Volk mit Pazifismus keine Politik treiben kann. Wir können die Einzelheiten, die Scheidemann vorgetragen hat, nicht lösen aus den Zeiten, aus denen sie herstammen. Ich glaube, ich bin berufen, über jene Zeiten zu sprechen. 1921 und 1922 war es vaterländische Pflicht, erst einmal für die Sicherheit deutschen Landes zu sorgen. Wir haben geschwiegen, aber politisch und vaterländisch gehandelt. Seit den Tagen, wo Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist, ist gesamtpolitisch eine neue Situation entstanden, der wir Rechnung tragen müssen. Aber ist denn heute alles ausgeräumt, was an Befürchtungen an vergangenen Jahren noch zurückgeblieben ist? Ich erinnere an die Wegnahme Wilnas, an gewisse phantastische Pläne, die immer wieder in Polen auftauchen. Ich kann mir ein Deutschland nicht vorstellen, das nicht in allererster Linie die Sicherung erstrebt. Zu der Reichswehrfrage ein offenes Wort: Ein Staat, den man in seiner Form und in seinem Symbol nicht bejaht, und zwar leidenschaftlich bejaht, ein solcher Staat muß verkommen und kann niemals in die Höhe geführt werden. Wenn also die Idee des neuen Staates nicht längst in den Herzen der Führer der Reichswehr verankert ist und wenn die Reichswehr nicht sieht, daß der neue Staat eine ganz andere Aufgabe hat als der vergangene, nämlich das Hineinwachsenlassen der großen Scharen des Proletariats in

diesen Staat, dann wird die Reichswehr in dem Kampf zwischen rechts und links vernichtet. Die alte Macht ist zerbrochen. Nun ist die Aufgabe die, einen inneren Kontakt auch des Offiziers der Wehrmacht mit dem Staat zu erreichen, nicht in der Form wie früher sondern in der Form der verfassungsmäßigen Anerkennung. Hier beginnt unsere Arbeit, der alle Republikaner dienen, und wir sagen: So wie es jetzt ist, ist die Wehrmacht auch in ihrer bescheidenen Aufmachung nicht haltbar und wird zerstört werden, wenn nicht jetzt endlich mutige Männer der Wehrmacht das Bekenntnis zum neuen Staat in eine Form bringen, die das Mißtrauen in großen Schichten des deutschen Volkes beseitigt. Nicht weil wir formal Republikaner sind, verlangen wir die Entpolitisierung der Reichswehr, sondern weil wir mit dem Herzen leidenschaftlich zu unserer Nation stehen, verlangen wir eine Regg., die dieser Entpolitisierung Rechnung trägt. Wir verlangen die Trennung der Wehrmacht von den Geheimorganisationen. Wenn nicht die Gruppen der Mitte bis zur Dtsch. Vp. die Gewähr übernehmen für die Reorganisation der Reichswehr, haben die Parteien der Mitte ihren Beruf im neuen Deutschland verfehlt. Ich richte an alle die Mahnung, daß diese Fragen mit Ernst und Würde debattiert werden und daß die Regg. selbst die Initiative dazu ergreift. M. H. von der Dtsch. Vp., wenn in dieser Entwicklungsphase von Ihren Gruppen in unerhörter Form eine Politik empfohlen wird, die auf den Besitzbürgerblock hinausläuft, so hat eine Republik, der im Sinne privilegierter Schichten größere Bevölkerungsteile gegenüberstehen, für uns keinen politischen Sinn. Deutschland ist geschichtlich ausgelöscht, wenn die proletarischen Schichten dem neuen Staat wieder entfremdet werden.

Abg. Dr. Scholz (Dtsch. Vp.) stimmt den Ausführungen des Reichskanzlers zu und wendet sich gegen die Rede Scheidemanns, die im In- und Ausland ein vollkommen falsches Bild von der Reichswehr gebe. Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vergg.) kritisiert ebenfalls die Ausführungen Scheidemanns: Er fordere die Entpolitisierung der Reichswehr. Österreich sei ein warnendes Beispiel, gerade dort sei das Heer jetzt völlig politisiert. Man spreche von „Nationalkommunisten". Seine Partei werde aus außenpolitischen Gründen dem Mißtrauensvotum sich nicht anschließen. Ebenso stellt sich Abg. Leicht (Bayer. Vp.) hinter die Erklärungen des Reichskanzlers. Abg. v. Ramin (Völk.) polemisiert vor allem gegen Scheidemann: jede Gemeinschaft mit ihm halte er für Vaterlandsverrat.

Am 17. wird die Debatte fortgesetzt. Abg. Dr. Haas (Dem.) erklärt zur Regierungskrise u. a. folgendes: Wenn man ernsthaft die Große Koalition wollte, so müßte man die jetzige Regg. stärken und mit ihr über die Umbildung verhandeln. Wenn man eine Regg. auffordert zurückzutreten, muß man sich zunächst darüber klar sein, wie die nächste Regg. aussehen wird. Ich bin der Meinung, daß wir uns endlich zum Prinzip machen müssen, eine Regg. erst dann zu stürzen, wenn man sich völlig darüber klar ist, wie die nächste gebildet werden soll. Wir kommen sonst allmählich in den Zustand hinein, daß die nächste Regg. noch schwächer ist als die vorhergehende. In der Frage der Reichswehr fordert der Abg. von der Regg., daß dieselbe ausnahmslos alle Beziehungen zu den Wehrverbänden und zu den politischen Organisationen, zu denen auch das Reichsbanner zähle, löse. Die Reichswehr müsse lediglich ein sicheres und zuverlässiges Instrument der deutschen Republik sein. Abg. Müller-Franken (Soz.) unterstreicht die von Scheidemann vorgebrachten Beschwerden und sieht in einer Behandlung der Reichswehrfrage vielmehr eine Stärkung der außenpolitischen Stellung, weil so die innere Politik mit Genf und Thoiry in Ein-

klang stehe. Den Rücktritt der Regg. fordere seine Partei, weil dadurch persönlich und sachlich am besten die „Große Koalition" vorbereitet werde. Abg. Graf Westarp (Dnat. Vp.) gibt namens seiner Frakt. eine Erklärung ab, die zwar die sog. Begründung des Mißtrauensvotums entschieden ablehnt, dem Mißtrauensvotum selbst aber zustimmt. Denn bei der Abstimmung über den allgemeinen Mißtrauensantrag handelt es sich um etwas anderes. Die letzte Zeit hat unwiderleglich den Nachweis erbracht, daß eine Regg. der Mitte, die ihre Politik auf wechselnde Mehrheiten zu stützen sucht, nicht möglich ist. Der Versuch, die fehlende Stütze durch einseitige Verhandlungen mit den Soz. zu gewinnen, ist, wie wir von vornherein erwartet haben, nun wohl endgültig gescheitert. Im Interesse des Landes, aus außenpolitischen wie aus innerpolitischen Gründen, muß endlich eine stabile Regg. mit klaren Mehrheitsverhältnissen geschaffen werden. Aus den stattgefundenen Verhandlungen und Besprechungen haben wir nicht die Gewähr entnehmen können, daß der dazu erforderliche Entschluß nunmehr gefaßt wird. Es handelt sich bei den gegenwärtigen Abstimmungen also um die Herbeiführung der notwendigen Klarheit, nicht um eine Stellungnahme zu der Regierungspolitik der Vergangenheit und der Zukunft. Wir werden den gegen das Gesamtkabinett eingebrachten Mißtrauensantrag daher annehmen. (Bewegung im ganzen Saale.) — Schließlich wird der Mißtrauensantrag der Soz. gegen das Kabinett Marx mit 249 St. (Soz., Komm., Dnat. und Völk.) gegen 171 St. angenommen.

Die Regierung ist damit gestürzt. — Aus den sonstigen Beschlüssen des Hauses ist hervorzuheben die Annahme des Antrags der Regg.-Parteien, die ursprünglich auf 48 Mill. erhöhte Summe des „Sofortprogramms" zugunsten der Ostgebiete wieder auf 41 Mill. herabzusetzen.

17. Dez. (Preuß. Landtag) Vertagung.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen und Überweisung des Etats an den Ausschuß vertagt sich das Haus bis zum 18. Jan. 1927.

19. Dez. (Braunschweig) Finanzlage.

Finanzmin. Dr. Küchenthal erstattet dem Landtag eingehend Bericht über die Finanzlage: Der ord. Haushalt 1925 ergibt einen Überschuß und für den Fehlbetrag aus dem Haushalt 1926 (3,7 Mill. M.) ist Deckung vorhanden.

20. Dez. (Hamburg) Stresemanns Rede zur Außenpolitik.

Außenmin. Dr. Stresemann gibt bei dem vom Senat ihm zu Ehren veranstalteten Festessen eine Schilderung der außenpolitischen Lage, wobei er u. a. ausführt: Es war mir stets eine starke Ermutigung zum Fortschreiten auf meinem Wege, wenn vor schwerwiegenden außenpolitischen Entscheidungen gerade der Vertreter Hamburgs sich in die vorderste Linie derjenigen deutschen Staatsmänner stellte, die entschlossen waren, mir auf dem schweren Wege zu folgen. Diese Stellungnahme des Hamburg. Senats ist sicherlich kein Zufall. In diesem großen Ein- und Ausfuhrtor des deutschen Welthandels liegen dem Menschen die Gesichtspunkte, die für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik maßgebend sind, näher als in manchen anderen deutschen Gebieten. Mit Genugtuung glaube ich indes feststellen zu können, daß die Grundgedanken unserer Außenpolitik immer mehr auch in denjenigen Kreisen Wurzel schlagen, die ihnen zunächst zweifelnd oder ablehnend gegenüberstanden. Nicht nur allgemeine Menschheitsgedanken, sondern auch die großen praktischen Notwendigkeiten der Völker

weisen darauf hin, neue Formen für das Zusammenleben der Nationen zu suchen. Wir können darauf vertrauen, daß wir mit der Förderung des hohen Ideals des Völkerfriedens zugleich auch den nie aufzugebenden Forderungen dienen, die wir im Interesse unseres eigenen Lebens stellen müssen. Schwierige Hindernisse gilt es noch zu überwinden, und Rückschläge werden nicht ausbleiben. Das darf uns aber nicht darin beirren, daß der eingeschlagene Weg der richtige ist und schließlich zum Ziel führen muß. Ich darf auch nach dem Ergebnis der letzten Reichstagsverhandlungen das eine feststellen, daß Schwankungen innerpolitischer Art an diesem Kurs der deutschen Außenpolitik nichts ändern werden, der sich heute auf die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes zu stützen vermag. Einen Schritt vorwärts auf unserem Wege bedeutete das Ergebnis der letzten Genfer Tagung. Es ist dort gelungen, eine grundsätzliche Regelung für zwei schwierige Fragen zu finden. Für die Tätigkeit der fremden Organe, die in Deutschland die Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen kontrollieren, ist ein naher Endtermin festgesetzt worden. Zugleich ist es gelungen, für die Investigationsbefugnisse des Völkerbundes den festen Rahmen zu vereinbaren, der sich aus der gerechten Auslegung der Vertragsbestimmungen ergibt. Vom deutschen Standpunkt aus dürfen wir es als einen Fortschritt bezeichnen, daß dabei die Entwaffnungsaktion, wie sie uns durch den Versailler Vertrag auferlegt wurde, nunmehr allseitig als durchgeführt anerkannt worden ist. Das ist eine wichtige Etappe, aber freilich doch nur eine Etappe, denn ich will offen aussprechen, daß es auf die Dauer ein unmöglicher und mit der Gleichberechtigung im Völkerbund unvereinbarer Zustand ist, die allgemeine Rüstungsfreiheit bestehen zu lassen und dabei einem einzelnen Staat die volle Entwaffnung vorzuschreiben und ihn einseitig zu kontrollieren. Diesen Zustand zu beseitigen, konnte sicherlich nicht Aufgabe der letzten Genfer Verhandlungen sein. Es ist aber eine Aufgabe, die im Zusammenhang mit dem allgemeinen Abrüstungsproblem unbedingt gelöst werden muß. Vielleicht liegt der wertvollste Erfolg von Genf darin, daß die Methode offener Aussprache, für die der Völkerbund einen so hervorragend geeigneten Rahmen abgibt, sich wiederum voll bewährt hat. Wir befinden uns noch immer im ersten Anfangsstadium einer neuen europäischen Entwicklung, und es ist gerade in diesem Stadium von Bedeutung, daß die leitenden Staatsmänner dem Vertrauen der Völker auf jene Entwicklung so oft als möglich durch sichtbare Ereignisse neue Nahrung geben. Zugleich ist mit den erzielten Ergebnissen aber der Weg freigemacht für die praktische Inangriffnahme anderer außenpolitischer Probleme, die an Bedeutung die bisher geregelten Fragen noch weit übertreffen dürften. Dieser Grundgedanke ist die Erkenntnis der Solidarität der Interessen, die die Völker Europas untereinander und darüber hinaus die Völker Europas mit den übrigen Völkern der Welt verbindet. Das Werk von Locarno und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund haben eine gute und sichere Grundlage für diese Politik der Solidarität der Interessen gelegt.

21. Dez. (Landau) Französischer Urteilsspruch im Rouzierprozeß.

Das franz. Kriegsgericht fällt in dem Prozeß wegen der Germersheimer Vorfälle das Urteil: Rouzier wird freigesprochen, die sieben Deutschen erhalten Gefängnisstrafen. In der Pfalz löst das Urteil große Entrüstung aus. Die gesamte deutsche Presse, einschließlich der linksgerichteten, verurteilt den Gerichtsspruch, der den Mörder freispricht und die Deutschen, zum Teil die Opfer, mit Gefängnis bestraft. Reichsmin. für die be-

setzten Gebiete Dr. Bell sieht laut einer „WTB."-Meldung in dem Ereignis die schärfste Bedrohung der Verständigungspolitik.

Am 22. legt der Reichskommissar Frhr. Langwerth v. Simmern beim franz. Oberkommando in Koblenz gegen das Urteil Protest ein, ebenso telegraphisch bei dem Präsid. der Interall. Rheinlandkommission. Desgleichen überreicht der deutsche Botschafter in Paris am 22. im franz. Außenministerium eine Protestnote.

21. Dez. (Thüringen) Wahlreform.

Der Landtag nimmt die von den Regierungsparteien und den Dem. eingebrachten Anträge an, wonach für die bevorstehenden Wahlen die Listenverbindung eingeführt und die Zahl der Abgg. auf 53 verringert werden soll.

22. Dez. (Reichsrat) Gesetzentwürfe; Nachtragsetat 1926; Etat und Finanzausgleich für 1927.

Mehrere vom Reichstag verabschiedete GE., darunter das Arbeitsgerichtsges. und der Nachtragsetat für 1926 (S. 175) werden genehmigt. In dem letzteren hat der Reichstag die 17,7 Mill. zur Fortführung des Mittellandkanals gestrichen, der Reichsrat bedauert dies lebhaft und beantragt die Wiedereinsetzung dieser Mittel im Haushalt für 1927. Über den Voranschlag des Haushaltsplans für 1927 berichtet Ministerialdirektor Sachs: Der Plan hält mit 8,5 Milliarden RM. an Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht. Der ord. Haushalt weist 7,9 Milliarden Einnahmen und Ausgaben auf, die Ausgaben des ao. Haushalts in der Höhe von 509,5 Mill. werden gedeckt durch 8,1 Mill. eigene Einnahmen und durch 501,3 Mill. aus Anleihe. Die Verwaltungsausgaben sind gegenüber 1926 um 117,4 Mill., die inneren Kriegslasten um 135,8 Mill. vermindert. Den Plan zu balanzieren bereitete erhebliche Schwierigkeiten. Denn die Gesamtrücklage von 842 Mill. RM. ist völlig aufgezehrt. Überdies wachsen die Reparationsausgaben aus dem Reichshaushalt im Rechnungsj. 1928 gegen 1927 um 351,9 Mill. und 1929 gar um 642,2 Mill., während andererseits der in diesem Jahre noch als Einnahmequelle in Höhe von 190 Mill. RM. verfügbare Münzgewinn dadurch sein Ende erreicht, daß mit der für 1927 in Aussicht genommenen Ausprägung die Kopfquote von 20 RM. auf den Kopf der Bevölkerung erreicht wird. Man wird bezweifeln können, zumal, wenn man in Rücksicht zieht, daß der ursprüngliche Vorschlag des Finanzmin. hinsichtlich der Höhe der Umsatzsteuersenkung sich nicht hat durchsetzen lassen, ob die Steuersenkung des Frühjahrs der Gesamtwirtschaft die beabsichtigte Entlastung gebracht hat, oder ob sie nicht im wesentlichen nur einem Teil der Erzeuger und des Zwischenhandels zugute gekommen ist. Jedenfalls liegt auf der Wirtschaft nach wie vor ein kaum erträglicher Steuerdruck, ohne daß Aussicht besteht, daß er angesichts des Wachsens der Reparationsausgaben gemildert werden könnte. Die viel erörterte, aber ihrer Lösung noch harrende Frage des Abbaus der Aufgaben und ihrer reinlichen Scheidung zwischen Reich und Ländern tritt gegenüber solchen Erwägungen immer aufs neue in den Vordergrund.

Zur Frage des Finanzausgleichs für 1927 erklärt Ministerialdirektor Lotholz: Entgegen der Vorlage der Reichsregg. hat der Reichsrat im Finanzausgleichsges. für 1927 eine Umsatzsteuergarantie zugunsten der Länder in Höhe von 450 Mill. RM. eingesetzt. Nach der Vorlage der Regg. wäre durch diesen Beschluß für den Haushalt ein Fehlbetrag von

180 Mill. abzüglich des Zuschusses aus der Gesamtgarantie von 67,5 Mill. ein Fehlbetrag von 112,5 Mill. erwachsen. Um Deckung zu schaffen, hat der Reichsrat eine Reihe von Einnahmen über die Ansätze der Regg. hinaus erheblich erhöht. Die Ansätze der Regg. gehen aber bereits bis an die äußerste Grenze des nach sorgfältiger Prüfung Vertretbaren. Ob der Reichsrat verfassungsrechtlich überhaupt in der Lage ist, die Einnahmeschätzung seinerseits abweichend vorzunehmen, muß als zweifelhaft angesehen werden. Die Regg. muß einer solchen Maßnahme vom Standpunkt ihrer Verantwortung aus entgegentreten. — Ferner wird ein bayer. Antrag, die Summe für die Grenzgebiete um 10 auf 30 Mill. zu erhöhen, angenommen. Schließlich wird ein Antrag des braunschweig. Gesandten v. Boden einstimmig angenommen: Der Reichsrat stellt fest, daß er für sich das Recht in Anspruch nimmt, Änderungen in den Einnahmesätzen des Reichshaushaltsplanes vorzunehmen.

23. Dez. Luthers Rückkehr aus Südamerika.

Bei seinem Empfang in Bremen erzählt der früh. Reichskanzler Luther von den Eindrücken, die er in Südamerika empfangen hat, betont, daß er nirgends irgendwelche Animosität zu spüren bekam, und rühmt die Treue und Anhänglichkeit, die die in Südamerika lebenden Deutschen ihrer alten Heimat gegenüber heute noch bewahren.

24. Dez. Weihnachtserlaß des Reichskanzlers.

Reichskanzler Marx erläßt an das deutsche Volk einen Weihnachtswunsch, in dem er als „das drängendste Problem" „die große Arbeitslosigkeit" bezeichnet und u. a. sagt: Hier alle öffentlichen und privaten Möglichkeiten einer Milderung auszuschöpfen, gebieten Staatsklugheit und soziales Verantwortungsgefühl.

27. Dez. Regelung der Restpunkte des Entwaffnungsprogramms. Näh. s. Abschn. I am Schluß.

29. Dez. Deutsch-italienischer Schiedsvertrag. Näh. s. Italien.

29. Dez. Deutsch-französisches Kaliabkommen. Näh. s. Frankreich.

II
Danzig

1. Jan. (Senat) Garantie für Privatkredite.

Der Senat beschließt, für auswärtige Anleihen und langfristige Kredite die Garantie zu übernehmen. Vorgesehen ist eine Höchstsumme von 50 Mill., von denen 10 für die Gemeinden und Kreise, 20 für die Landwirtschaft und 20 für Industrie und Handel bereitgestellt werden sollen.

16. Jan. Errichtung des Bistums Danzig.

Dem Präsid. des Senats, Dr. Sahm, überreicht der apostol. Administrator Graf O'Rourke die päpstliche Bulle über die Errichtung des Bistums Danzig und über seine Ernennung zum Bischof. — Die „Baltische Presse" begrüßt die Errichtung des Bistums, bezeichnet die Ernennung O'Rourkes als glücklich und betont die ausdrückliche Feststellung in der Bulle, daß der Papst bei Errichtung des Bistums einzig und allein das Seelenheil im Auge gehabt habe. — Die Inthronisation des Bischofs erfolgt am 1. Juni.

Über die Verteilung der einzelnen Religionsbekenntnisse in Danzig gibt die statistische Erhebung des Danz. Statistischen Landesamts vom 31. Aug. 1924 folgende Auskunft: Unter Berücksichtigung von nur 5% poln. Bevölkerung wurden 383 995 ortsanwesende Personen festgestellt, und zwar 222868 Prot. (58,7%), 140797 Kath. (36,7%), 9239 Juden (2,4%), 11091 Personen (2,9%) anderen Bekenntnisses oder Dissidenten, darunter 5604 Mennoniten.

19. Jan. Einrichtung einer poln. Militärwache auf der Westerplatte.

Mit dieser Maßnahme stehen in Widerspruch die Vereinbarungen auf der letzten Tagung des Völkerbundsrates, wonach zum Schutz des poln. Munitionslagers statt einer poln. militärischen Wache nach Danzig eine Zivilwache gelegt werden sollte.

21. Jan. (Volkstag) Zusammentritt.

Wiedergewählt werden zum Präsid. Dr. Treichel (Dnat. Vp.), zu Vizepräsid. Spill (Soz.) und Splett (Ztr.). — Ein von der Dtsch.-Danz. Vp., die oppositionell gegen den hauptamtlichen Senat eingestellt ist, eingebrachter verfassungsändernder Antrag wird dem Verfassungsausschuß überwiesen; der Antrag fordert vom Senat die Einbringung eines verfassungsändernden GE., wonach die Wahl eines Staatspräsid. unmittelbar durch das Volk vorgenommen werden soll; gefordert werden ferner: die Herabsetzung des 22 Köpfe starken Senats auf fünf parlamentarische Sen., die Verminderung der Zahl der Volkstagsabgg. von 120 auf 60, die Wiederherstellung der kommunalen Magistratsverfassung im Stadtbezirk Danzig, Möglichkeiten für die Auflösung des Volkstags und für die Aufhebung der Entscheidungen des Rates der Danziger Gerichte, der die vom Parlament geschaffenen Gesetze nachprüfen kann.

3. März. Amtsantritt des neuen Völkerbundskommissars van Hamel.

27. März. (Volkstag) Sieg der Opposition.

Der Bericht des Senatspräsid. Dr. Sahm über die Außen- und Innenpolitik Danzigs und über den Staatshaushalt für 1926 wird mit 63 gegen 57 St. abgelehnt. Die Minderheit der Regierungskoalition setzt sich zusammen aus Ztr., Lib. und Soz.

12. April. Besuch Paul-Boncours.

Der franz. Delegierte im Völkerbund Paul-Boncour trifft einer Einladung des Völkerbundskommissars Folge leistend in Danzig ein. Die deutschfreundliche Presse vermerkt, daß vom Senat keine Einladung ergangen sei, und hebt den polenfreundlichen Charakter des Besuches hervor, in dessen Begleitung sich ein zu Instruktionszwecken in Warschau befindlicher Admiral befindet.

5. Mai. (Volkstag) Präsidentenwahl.

An Stelle des † Präsid. Dr. Treichel (Dnat. Vp.) wird Abg. Lic. Alfred Semrau (Dnat. Vp.) einstimmig zum Präsid. gewählt.

23. Juni. Wirtschaftsverträge mit Polen.

Unterzeichnet werden ein Vertrag über Ausfuhrfragen und zwei Abk. über Zollfragen.

5. Juli. (Volkstag) Annahme des Tabaksteuergesetzes.

Der Regierungskoalition (Soz., Ztr. und Lib.) gelingt es, mit Unterstützung der fünf poln. Abgg. das schwer umkämpfte Tabakbesteuerungsges., das die Einführung des Tabakmonopols in Danzig vorbereiten soll, in 3. Lesung mit 61 St., d. h. mit 1 St. Mehrheit, zu verabschieden. Die Tabakbranche beantwortet das Ges. mit einer Protestkundgebung gegen das Tabakmonopol.

Am 6. Juli werden die Verhandlungen Danzigs mit der poln. Delegation in der Monopolfrage fortgesetzt. Vgl. S. 187.

2. Aug. (Volkstag) Erklärung des Senatspräsidenten.

Der Präsid. des Senats, Dr. Sahm, antwortet in einer Regierungserklärung auf die Erklärungen des poln. Ministerpräsid. vom 30. Juli (s. Polen!) folgendermaßen: Es ist zu hoffen, daß sich in Polen die Erkenntnis allgemein durchsetzen wird, daß die Freiheit und Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig eine durch den Versailler Vertrag geschaffene Tatsache ist, und daß es auch im polnischen Interesse liegt, wenn eine wirtschaftlich starke, in ihrer politischen und kulturellen Betätigung unabhängige Freie Stadt Danzig ihre Aufgaben im Rahmen der bestehenden Verträge erfüllt. Die Freie Stadt Danzig hat das größte Interesse daran, daß das Wirtschaftsgebiet der Republik Polen als ihr natürliches Hinterland gedeiht und sich gesunder Staatsfinanzen erfreut. Mit der politischen Stellung der Freien Stadt Danzig, wie sie nach den Verträgen ist, stimmen nicht völlig überein einige Stellen aus der Erklärung des poln. Ministerpräsid. Es ist unzutreffend, daß Danzig sich an den Völkerbund gewendet hat um Hilfe zur Sanierung seiner Finanzen. Danzig ist in seiner Finanzverwaltung unabhängig. Auch die Auffassung des Völkerbundes, insbesondere des Finanzkomitees, zeigen, daß die finanzielle Autonomie und Freiheit Danzigs nicht beeinträchtigt werden soll. Die Regelung der Ansprüche Danzigs an die Rep.-Komm. und eine befriedigende Neufestsetzung des Zollverteilungsschlüssels, die Danzig unabhängig macht von der Kursbewegung der poln. Währung, haben die Regg. veranlaßt, eine vermittelnde Mitwirkung des Finanzkomitees anzustreben.

21. Aug. (Senat) Finanzsanierung.

Die Vorschläge der Koalitionsparteien (Ztr., Lib. und Soz.) zur Sanierung der Staatsfinanzen werden angenommen. Die Vorschläge greifen empfindlich in die innerstaatlichen Verhältnisse ein. Bei den Beamten soll eine Kürzung der Gehälter von 4 bis 10% erfolgen. Im Rahmen einer Verwaltungsreform sollen 1,8 Mill. Gulden eingespart werden, und zwar durch Entlassungen bei der Post-, Zoll- und Justizverwaltung. Als Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge soll von den Arbeitnehmern 1% ihres Bruttoverdienstes zur Erhebung gelangen. Für die Arbeitgeber soll die Lohnsummensteuer von 1% bestehen bleiben. Der Personalsteuerabzug von zwei Gulden pro Monat bei der Einkommensteuer soll bei Einkommen über 100 Gulden monatlich in Wegfall kommen. Endlich soll noch ein Zuschlag von 3% zur Einkommensteuer zur Erhebung gelangen. Von dem Ergebnis des GE. über die Sanierung sowie eines Zollvertrages Danzigs mit Polen, über den zurzeit verhandelt wird, wird es abhängen, ob sich der Völkerbund entschließen wird, eine Anleihe für Danzig auf dem Weltbörsenmarkt zu empfehlen. (Über den Bericht des Finanzkomitees an den Völkerbundsrat s. Völkerbund, 25. Aug.)

Die Vorlage geht am 24. in Form einer ausführlichen Denkschrift an den Volkstag.

25.—27. Aug. (Volkstag) Zusammentritt.

Die innere Krise erfährt eine weitere Verschärfung dadurch, daß 5 Lib. Abgg. (sämtlich Beamte) aus der Fraktion austreten, weil sie die Mitverantwortung für die derzeitige Koalitionspolitik, besonders hinsichtlich der Gehaltskürzung ablehnen.

Am 27. leitet Senatspräsid. Dr. Sahm die 1. Lesung des GE. über die Finanzreform mit einem mahnenden Appell an das Haus ein und führt u. a. aus: Während in vielen Staaten Europas sich die Regg.en mit der Lösung der schwierigsten Finanzprobleme beschäftigen, ist die Lage für Danzig eine klarere insofern, als Danzig keinerlei Not mit seiner Währung hat. Es handelt sich darum, die Schwierigkeiten zu meistern, soweit sie durch interne Entscheidungen, durch übereinstimmende Beschlüsse von Volkstag und Senat beseitigt werden können. Das staatliche Sein und Werden Danzigs ist gekennzeichnet durch das Verhältnis zum Völkerbund und zu Polen. Neben der Danziger Verfassung kommen als Grundgesetze für Danzig in Betracht der Vertrag von Versailles und der Pariser Vertrag. Von diesem Standpunkt aus muß Danzig alles tun, wozu es durch eigene Kraft in der Lage ist. Anderseits ist die jetzt vorgelegte Finanzvorlage nicht ein rein innerstaatliches Problem der Freien Stadt. Wenn sie den Schutz des Völkerbundes in Anspruch nehmen will, dann muß sie auch Treue dem Völkerbund gegenüber zeigen. Der Senat fühlte sich deshalb verpflichtet, dem Völkerbund rechtzeitig von der Lage der Finanzen des Staates Kenntnis zu geben. Die Freie Stadt muß allen beteiligten Stellen des Völkerbundes dankbar dafür sein, daß sie Mittel und Wege dafür angegeben haben, wie sie bei ihrer Finanzreform auf die Unterstützung in solchen Fragen rechnen kann, die nicht innerstaatlicher Natur sind. Es sind dies die Fragen der Reparationslasten, des Zollverteilungsschlüssels mit Polen und der Anleihe. Der Schritt des Senats, sich an den Völkerbund zu wenden, war innerlich und zeitlich durchaus gerechtfertigt. Innerstaatlich muß alles getan werden, um dem Völkerbund sagen zu können, wir haben von Danzig aus alles getan, was in unseren Kräften stand, wir haben unsere Finanzreform gelöst, soweit wir dazu in der Lage waren. Nun hilf du uns, Völkerbund, weiter bei der Erledigung der anderen noch ungelösten Probleme. — Der Präsid. äußert sich dann zu den vorliegenden Gesetzesvorlagen über die Deckung des Fehlbetrags durch die Finanzreform und wendet sich hierbei in einem warnenden und dringenden Appell an die Beamtenschaft, die eine ablehnende Haltung gegenüber einer Gehaltszurücksetzung einnimmt. Finanzsen. Dr. Volkmann weist auf die Dringlichkeit der Verabschiedung der Vorlage hin, da auf der Tagung des Völkerbundes alle Entscheidungen bis zum 5. Sept. gefällt sein müßten, und da das für eine Anleihe für die Freie Stadt Danzig in Betracht kommende Finanzkomitee am 9. Sept. auseinandergehe. Von den politischen Parteien erklärt sich nur die Minderheitskoalition von 51 Abgg. für die Finanzvorlage, während zur Erreichung einer Parlamentsmehrheit mindestens 60 St. notwendig sind. Die übrigen Parteien, vor allem die 34 Dnat., erklären die unbedingte Ablehnung der Finanzvorlage, die nach der Aussprache an den Ausschuß verwiesen wird.

29. Aug. Massenkundgebung der Beamtenschaft gegen die Finanzvorlage.

Die Angriffe richten sich besonders gegen die Soz., die aus parteipolitischen Gründen für die Gehaltskürzung eingetreten und an dem reformbedürftigen Problem der Erwerbslosenfürsorge vorübergegangen seien.

30. Aug. Ablehnende Erklärung an den polnischen Vertreter.

Die seit einigen Wochen schwebenden Verhandlungen mit Polen über die Neuregelung des Zollverteilungsschlüssels im Rahmen der Danzig-Poln. Zollunion bilden neben der Finanzreform eine der Grundlagen zu den Genfer Anleiheverhandlungen. Infolge der stark rückläufigen Zolleinnahmen Danzigs sollte nach den Empfehlungen der Londoner Finanzsachverständigen Polen sich dazu verstehen, Danzig einen festen Anteil an den Zolleinnahmen in Danziger Gulden zu gewähren, und zwar mindestens 14 und höchstens 20 Mill. Danziger Gulden. Polen verlangt jedoch dafür die Einräumung politischer Rechte bei der inneren Zollverwaltung der Freien Stadt Danzig. Der Vizepräsid. des Danziger Senats Gehl lehnt in einer sehr bestimmten Erklärung an den poln. Vertreter Dr. Straßburger diese Zumutungen Polens energisch ab. Infolgedessen werden die Verhandlungen abgebrochen und voraussichtlich erst in Genf durch Vermittlung des Völkerbundsrats wieder aufgenommen werden. Vgl. Völkerbund.

2./4. Sept. (Volkstag) Finanzreform.

Am 2. wird die Regierungsvorlage über die Finanzreform mit 57 St. der Koalitionsparteien bei Unterstützung durch die Dtsch.-Danz. Vp. gegen 47 St. (Dnat., Dtsch.-Soz., Lib. Beamtenvertreter und Komm.) in 2. Lesung angenommen. — Die endgültige Annahme in 3. Lesung erfolgt am 4. Sept.

20. Sept. Unterzeichnung des Danzig-Polnischen Abkommens in Genf. Siehe „Völkerbund".

29. Sept. (Volkstag) Rücktritt der Regierung.

Senator Dr. Kamnitzer erklärt im Namen der parlamentarischen Senatoren, nachdem bei der nochmaligen Beratung der Finanzreformgesetze die Mehrheit mehrere Einzelgesetze (Erwerbslosenfürsorge und Änderung der Einkommensteuer) abgelehnt hat, den Rücktritt. Damit ist die seit einem Jahre bestehende Regierungskoalition von Soz., Ztr. und Lib. endgültig zerfallen. Schon vor der Genfer Tagung war sie auf eine nicht mehr tragfähige Minderheit von 51 Abgg. von 120 Abgg. zurückgegangen, nachdem aus der lib. Partei alle fünf Beamtenvertreter ausgetreten waren.

7. Okt. Regierungskrise.

Der Versuch Dr. Sahms, in Verhandlungen mit den Parteiführern eine Regg. der „Großen Koalition" zustande zu bringen, scheitert an dem Verhalten der Dnat. und der Soz. Die Dnat. fordern als stärkste politische Partei die Bildung eines „überparteilichen" Senats, der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes regieren sollte. Die Soz. lehnen diese Forderung entschieden ab, da sie darin eine Verneinung des parlamentarischen Systems erblicken. Die Parteien versuchen daher die Bildung eines Senats der Mitte.

14. Okt. Eröffnung einer polnischen Handelsschule.

16. Okt. Zustandekommen einer bürgerlichen Regierungskoalition.

Die Führer der bürgerl. Parteien einigen sich über eine bürgerliche Regierungskoalition aus Dnat., Lib., Ztr. und einer lib. Beamtengruppe. Die Koalition stützt sich auf 62 Abgg. bei 120 Abgg. des Parlaments.

27. Okt. (Volkstag) Wahl des Senats.

Gewählt werden: 7 Dnat., 4 Ztr., 2 Lib. und 1 Vertreter der lib. Beamtengruppe zu nebenamtlichen Sen. und zum stellv. Präsid. des Senats Landesbaurat Wilhelm Riepe (Dnat.). Der Stärke der politischen Parteien entsprechend werden neu gewählt Abg. Gehl (Soz.) zum 1. Vizepräsid. des Volkstags und Abg. Neubauer (Ztr.) zum 2. Vizepräsid. des Volkstags. — Die „Balt. Presse" bemerkt zum Wahlergebnis: „Das Interregnum ist vorbei. Wie nicht anders zu erwarten, sind die von dem Rechtsblock vorgeschlagenen Kandidaten zu Senatoren gewählt worden — der Weg für die Herren Runge, Volkmann und Leske zu einer verkappten Diktatur steht nunmehr frei. Allerdings steht die gegenwärtige Koalition auf sehr schwachen Füßen."

29. Okt. (Volkstag) Regierungserklärung.

Die Erklärung der neuen Regg., die der Präsid. des Senats, Dr. Sahm, abgibt, hat im wesentlichen folgenden Inhalt: Der Senat sieht seine Hauptaufgabe in der Gesundung der Staatsfinanzen. Die Selbständigkeit und Freiheit der Freien Stadt mit ihrem deutschen Charakter zu wahren, wird das oberste Ziel sein. Die Beziehungen zum Völkerbund will auch der neue Senat mit Offenheit und Vertrauen pflegen. Die Regg. erstrebt auf dem Boden der Verträge ein verständnisvolles Zusammenarbeiten mit Polen, insbesondere auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Danzig wird auch weiterhin zu allen politisch, wirtschaftlich oder kulturell mit ihr verbundenen Staaten, insbesondere zum Deutschen Reich, gute Beziehungen unterhalten. Im Innern bedarf es fester Geschlossenheit, größter Sparsamkeit in den Staatsausgaben und pflegliche Behandlung der mit großen Schwierigkeiten kämpfenden Erwerbsstände in Stadt und Land. Der Senat will auf dieser Grundlage die Ordnung der Staatsfinanzen durchführen. Die Regg. erkennt die bisherige Mitwirkung des Völkerbundes, insbesondere des Völkerbundskommissars und des Finanzkomitees, dankbar an und vertraut auch für die Zukunft auf die Unterstützung des Völkerbundes. Alle zur Durchführung der Finanzreform nötigen Maßnahmen müssen mit größter Beschleunigung getroffen werden, und dem Volkstag ist ein GE. zugegangen, nach dem in einigen Hauptpunkten der Finanzreform dem Senat die Ermächtigung erteilt wird, Vo. mit Gesetzeskraft zu erlassen.

23. Nov. (Volkstag) Annahme des Ermächtigungsgesetzes.

Nachdem am 20. in dreistündiger Sitzung die Beratung des Ermächtigungsges. vertagt werden mußte, wird es nunmehr in einer neuen Sitzung mit den St. der bürgerl. Regg.skoalition in 2. Lesung angenommen. Die 3. Lesung und die endgültige Annahme erfolgt am 26. Nov.

15. Dez. (Volkstag) Bericht über die Genfer Tagung.

Namens der aus Genf zurückgekehrten Danziger Delegation geben Präsid. Dr. Sahm und Finanzsen. Dr. Volkmann im Hauptausschuß ausführliche Berichte über die letzte Tagung des Völkerbundes: Die Delegation sei mit dem Bewußtsein nach Genf gegangen, daß die sog. Sept.-Forderungen des Finanzkomitees noch nicht gänzlich erfüllt seien. Um so angenehmer sei es für die Delegation gewesen, daß das Urteil des Finanzkomitees über die geleistete Arbeit so befriedigend und anerkennend war. Die Stimmung des Finanzkomitees sei sehr viel günstiger als im Sept. gewesen. Das viel umstrittene Ermächtigungs-

gesetz werde als durchaus verfassungsgemäß anerkannt. Hinsichtlich der Verhandlungen mit Polen berichtet die Delegation von schweren Enttäuschungen. Bezüglich des Zollabk. sei man in Genf keinen Schritt weiter gekommen und habe zur Herbeiführung einer Einigung leider auch die Unterstützung des Finanzkomitees nicht gefunden.

Mitte Dez. Errichtung eines Sowjet-Generalkonsulats in Danzig.

Die Komm. P. entschließt sich aus diesem Anlaß zur größeren Propaganda für Moskau und baut ihr wöchentliches Presseorgan zu einer Tageszeitung aus.

III

Österreich

6. Jan. Unterzeichnung eines Handelsvertrags mit der Schweiz.

14. Jan. Rücktritt des Kabinetts.

Bereits Anfang Jan. entschied sich die Christl.-Soz. P. in der Frage der Kabinettsumbildung für das Ausscheiden des Außenmin. Dr. Mataja, dessen Politik und persönliches Verhalten (vgl. GK. 1925) wiederholt verurteilt wurde. Ferner sollten Finanzmin. Ahrer und Ackerbaumin. Buchinger zurücktreten. In dem Ministerrat, in dem nunmehr der Rücktritt der Gesamtregg. erfolgt, weist Bundeskanzler Ramek darauf hin, daß die Bundesregg. seinerzeit von der Mehrheit der politischen Parteien des Nationalrats mit der Aufgabe gewählt worden sei, das Genfer Programm zu Ende zu führen. Sie betrachte diese Aufgabe als erledigt und glaube das vorgesteckte Regierungsprogramm erfüllt zu haben.

15. Jan. Bildung des neuen Kabinetts Ramek.

Der Nationalrat wählt nach dem Vorschlag des Hauptausschusses mit 80 St. der Christl.-Soz. P. und der Großdtsch. Vp. gegen 53 St. der Soz. das neue Kabinett in folgender Zusammensetzung: Bundeskanzler und Äußeres: Dr. Ramek; Vizekanzler und Justiz: Dr. Waber; Finanzen: Kollmann; Handel: Dr. Fürst; Land- und Forstwirtschaft: Thaler; Unterricht: Dr. Schneider; Sozialverwaltung: Dr. Resch; Heereswesen: Vaugoin.

In ihrem von den Parteien festgelegten Programm betont die neue Regg., daß die österreichische Krise eine Teilerscheinung der europäischen Krise sei und nicht isoliert gelöst werden könne. Österreich müsse sein Streben darauf richten, in einem von der Natur ihm selbst vorgezeichneten größeren Wirtschaftsgebiete seine Zukunft zu sichern. (Dieses Bekenntnis ist erst durch den Abgang Matajas möglich geworden und zeigt — zwar nicht eindeutig — ein neues Besinnen auf die deutsche Lösung.) Die Regg. will durch Steuer- und Abgabeermäßigung, durch produktive Arbeitslosenfürsorge, Förderung der Landwirtschaft und Ersparungen die krisenhaften Wirtschaftsverhältnisse zu überwinden suchen. Als Sprecher der Opposition kündigt Abg. Ellenbogen (Soz.) dem neuen Kabinett den Kampf an.

2. Febr. (Wien) Parteitag der Christl.-Soz. P.

Dr. Seipel begrüßt in seiner Eröffnungsansprache besonders die aus Deutschland erschienenen Gäste. Abg. Guérard betont in seiner Erwiderung: Deutschland ginge nicht leichten Herzens in den Völkerbund,

aber in der festen Absicht, dort für das Deutschtum in der Welt zu wirken und mit Österreich zusammen die Rechte der deutschen Minderheiten wahrzunehmen. Dr. Ramek erstattet den Bericht über die politische Lage; er stellt sich vorbehaltlos auf die von Seipel geschaffene Grundlage, die die Aufrechterhaltung einer stabilen Währung und des Gleichgewichts im Staatshaushalte bedeute. Er erkennt die ungewöhnliche Mäßigung im Wirtschaftsprogramm der soz. Opposition an und spricht einer entgegenkommenden Stimmung das Wort, die zur sachlichen Zusammenarbeit mit der Opposition führe. Die Christl.-Soz. müßten aber die Grenzen innehalten, damit ihnen nicht die Führung entrissen würde. Für eine Koalition mit den Soz. sei auch die neue Regg. nicht zu haben. Was die gegenwärtige hochschutzzöllnerische Bewegung anlange, so drücke der deutsche Zolltarif stark auf die österr. Volkswirtschaft, besonders aber auf die Landwirtschaft. Die österr. Regg. habe bei ihren Bemühungen, vor den allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen durch einen besonderen Vertrag eine Milderung herbeizuführen, in Berlin das größte Entgegenkommen gefunden. Über die Parteipolitik erstattet Dr. Seipel Bericht, der seine volle Übereinstimmung mit dem rekonstruierten Kabinett Ramek betont und in längerer Rede den Nachweis zu führen sucht, daß die Christl.-Soz. P. heute noch immer dieselbe Partei sei, wie sie Lueger gegründet habe. Sie sei eine Weltanschauungspartei, eine Partei des gesamten österr. Volkes und habe deshalb den Ausgleich zwischen Zentralismus und Föderalismus auch innerhalb ihrer eigenen Reihen auszutragen. Mit Rücksicht auf die wiederholt betonte Einigkeit in der Partei muß festgestellt werden, daß die steiermärkische Fronde, die den Anlaß zur Umbildung des Kabinetts gegeben hatte, an den Debatten auf dem Parteitag nicht teilgenommen hat.

3. Febr. Besprechungen über die Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland.

Unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers finden Besprechungen über die Förderung des Handelsverkehrs zwischen Österreich und Rußland statt. Der der österr. Gesandtschaft in Moskau zugeteilte Legationssekretär Hudetschek kennzeichnet die Lage folgendermaßen: Die Überschätzung der Ergebnisse der russ. Ernte im Vorjahre haben zur Aufstellung eines Einfuhrplanes und eines Industriebeförderungsprogrammes geführt, das jetzt in gewissen Hinsichten eingeschränkt werden mußte. Die Industrie der Sowjetunion dürfte bereits etwa vier Fünftel der Friedenserzeugung erreicht haben. Hinsichtlich der Qualität der erzeugten Waren soll allerdings die Friedenskapazität noch nicht erreicht sein. In der letzten Zeit sei insbesondere wieder die Frage der Zulassung fremder Unternehmer als Konzessionäre aktuell. Es wäre für Österreich, besonders für manche Industrien, empfehlenswert, Maschinen, die hier leer stehen, nach Rußland zu legen, um dort Betriebe zu beginnen, die sich im allgemeinen für den ausländischen Unternehmer als rentabel erwiesen haben. Das russ. Außenhandelsmonopol wird im wesentlichen aufrecht erhalten bleiben. Die Ausfuhr Österreichs nach Rußland hat im J. 1925 einen weiteren Aufschwung genommen (26 Mill. Goldkronen gegenüber 12 Mill. im vorigen J.). Die Sowjetunion ist also, wenn von Deutschland und den habsburgischen Nachfolgestaaten abgesehen wird, einer der größten Abnehmer für österr. Industrieerzeugnisse geworden. Für das Geschäft nach Rußland ist die Kreditfrage entscheidend. Wenn man von der Lage im J. 1925 ausgeht, so war bei einem Export von ungefähr 26 Mill. und

bei einer durchschnittlichen Laufzeit der Kreditfristen von 6 bis 9 Mon. ein laufender Kredit von etwa 20 Mill. notwendig. Diese Summen wurden durch die Mittel der Industriellen und durch die Mitarbeit der Großbanken aufgebracht. Die Nationalbank hat sich bereit erklärt, Rußland-Wechsel zu 9 Proz. in einem gewissen Ausmaße zu lombardieren, doch wurde von dieser Möglichkeit bisher kein großer Gebrauch gemacht. Der Berichterstatter schließt mit der Feststellung, daß auf dem russischen Absatzmarkte die österr. Waren sich bisher immer als konkurrenzfähig erwiesen haben.

9. Febr. (Tirol) Kundgebung gegen Mussolinis Kammerrede.

Als Antwort auf Mussolinis Rede (S. 301 ff.) gibt Landeshauptmann Dr. Stumpf im Einvernehmen mit allen Parteien im Landtag nachstehende Erklärung ab: Die Erklärungen des italienischen Ministerpräsid. zwingen uns zu folgender Stellungnahme: Eine tiefgehende Erregung geht durch das ganze Land Tirol. Schon seit geraumer Zeit hören wir von Wünschen, Bedrohungen, die durch den Staatsvertrag von St. Germain uns aufoktroyierten Grenzen noch weiterhin zu unseren Ungunsten zu verschieben. Waren bisher diese Nachrichten auf die Äußerungen einzelner unverantwortlicher Faktoren zurückzuführen, so hat sich nunmehr die Sachlage von Grund aus verändert, indem der Chef der Regg. des Königreichs Italien selbst mit Deutlichkeit eine Verschiebung der Grenzen nach Norden als in dem Bereich der Möglichkeit gelegen erklärt. Es ist uns daher unmöglich, fernerhin ruhig zuzusehen und die Hände in den Schoß zu legen. Ich werde als Landeshauptmann Tirols in pflichtgemäßer Wahrung der Rechte des Landes an die Bundesregg. mit der Aufforderung herantreten, ungesäumt zu prüfen, ob nicht die Voraussetzungen dafür gegeben sind, diese Frage dem Völkerbund vorzulegen, dessen Mitglieder Österreich und Italien sind. Sollte diese Prüfung ein positives Ergebnis zeitigen, dann rechne ich zuversichtlich darauf, daß unsere Bundesregg. die weiteren Schritte unternehmen wird.

17. Febr. (Nationalrat) Antwort an Mussolini.

Im Hauptausschuß nimmt Bundeskanzler Dr. Ramek zur letzten Kammerrede Mussolinis folgendermaßen Stellung: In St. Germain hat man aus strategischen Gründen die Brennergrenze gewährt und sich dadurch mit Punkt 9 des Wilsonschen Programms in Widerspruch gesetzt, da eine kompakte, mit dem übrigen deutschen Siedlungsgebiet unmittelbar verbundene Minderheit von 225000 Deutschen Italien zugewiesen wurde. Den Argumenten der österr. Friedensdelegation, die immer wieder auf die Gefahren einer Zerreißung Tirols hingewiesen hat, war nur der Erfolg beschieden, daß in der Begleitnote zu den Friedensbedingungen ausdrücklich auf das Versprechen der italienischen Regg. Bezug genommen wurde, gegenüber den Deutschen Südtirols eine liberale Minderheitspolitik zu verfolgen. An dieses und an ähnliche Versprechen der italienischen Regg. der Nachkriegszeit hat sich die faschistische Regg. Italiens nicht gehalten, und zwar, wie Ministerpräsid. Mussolini erklärte, deshalb nicht, weil die entgegenkommende Haltung der italienischen Regg. von 1923 im Oberetsch Erscheinungen gezeitigt hätte, die mit der Sicherheit Italiens nicht vereinbar gewesen wären. Tatsächlich ist seit 1923 in Südtirol eine ganze Reihe von Verwaltungsmaßnahmen getroffen worden, die nach der Aussage offizieller italienischer Persönlichkeiten nichts anderes als die rascheste Italienisierung der Deutschen des Oberetsch bezwecken. Diese Maßnahmen haben, wo immer Deutsche

wohnen, und ganz besonders in Tirol, eine Erregung von seltener Einmütigkeit hervorgerufen. Diese Bewegung ist nicht künstlich erzeugt worden, sondern eben einzig und allein durch die Maßnahmen der italienischen Regg. In keinem anderen Staat wird eine deutsche Minderheit so wie in Südtirol einem völligen Assimilationsprozeß mit der herrschenden Rasse unterworfen und so dem Verluste des eigenen Volkstums entgegengeführt. Volk und Regg. Österreichs wünschen im übrigen nichts anderes, als mit dem italienischen Volk wie mit allen anderen in Freundschaft zu leben. Der Boykottbewegung steht die Bundesregg. fern und hält sie für gänzlich unangebracht. Zu dem auf die Brennergrenze bezugnehmenden Schlußsatz der Rede Mussolinis erklärt Ramek: Noch nie war von offizieller Seite eine Äußerung von derart unverhüllter Deutlichkeit gefallen. Die Bundesregg. hat daher sofort ihren Gesandten beim Quirinal beauftragt, bei Mussolini Aufklärungen über den präzisen Sinn dieses Satzes einzuholen. Mussolini hat auf seine im Senat gehaltene Rede verwiesen, aus der schon hervorgehe, daß seine Worte nur bedeutet hätten, er werde nie gestatten, die durch die Friedensverträge geschaffene Lage eine Änderung erfahren zu lassen. Es sei ihm wertvoll erschienen, der Bundesregg. durch jenen Passus davon Kenntnis zu geben, daß er den Anschluß nie dulden würde. Im übrigen möge Österreich versichert sein, daß kein einziger Kombattant jemals den Brenner überschreiten werde. Im Besitze dieser Antwort Mussolinis hat die Bundesregg. die Frage, ob sie den Völkerbund auf die italienische Kriegsdrohung aufmerksam zu machen habe, für sich mit Nein beantwortet, da nach den Aufklärungen des italienischen Ministerpräsid. eine formelle Bedrohung Österreichs nicht vorliegt. Der Bundeskanzler gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das österr. Volk und die Presse sich gegenüber Italien künftig Reserve auferlegen werde, betont aber, die Beruhigung der österr. Öffentlichkeit werde sich nur dann durchsetzen, wenn auch in der gesamten faschistischen Hierarchie und Presse ein ruhigerer Ton Platz greife. Er wünsche, daß alle sich bemühen möchten, den Berg von Mißverständnissen und Gehässigkeiten zwischen dem deutschen und dem italienischen Volk zum Besten des Friedens im Herzen Europas abzutragen. Gegen jene Auslassungen Mussolinis Einspruch zu erheben, die das ganze deutsche Volk betreffen, habe die österr. Regg. ruhig dem Außenmin. des Deutschen Reiches (S. 30ff.) überlassen können. Ramek begrüßt in diesem Zusammenhang den Abschluß des Vertragswerkes von Locarno als ein Ereignis, durch das das stammesgleiche große deutsche Bruderreich endlich an den ihm gebührenden Platz im Rate der Völker geführt werde. Das Datum seiner geplanten Berliner Besuchsreise stehe noch nicht fest. Gegenüber Aufbauschungen, die schon an die bloße Ankündigung dieser Reise geknüpft wurden, müsse er feststellen, daß die österr. Regg. von dem seit Jahren als Leitlinie ihrer Politik aufgestellten Grundsatz der loyalen Einhaltung des Vertrages von St. Germain und der Pflege des freundschaftlichen Verhältnisses mit allen Nachbarn nicht abweichen werde.

Die Rede Rameks ruft in den großdeutschen Kreisen Tirols lebhafte Enttäuschung hervor, man fordert den Rücktritt der Regg. Am 23. weilt der Landeshauptmann von Tirol Dr. Stumpf in Wien und nimmt an der Vorstandssitzung der Christl.-Soz. Vergg. teil, in der die Bedenken der Tiroler gegen die Antwort Rameks an Mussolini besprochen werden. Die Aussprache ergibt eine befriedigende Aufklärung der Mißverständnisse. Man sieht ein, daß die Regg. kaum einen anderen Standpunkt ein=

nehmen konnte, und rechnet damit, daß die Erregung nunmehr bald abflauen wird, wenn ihr nicht von außen her neuer Nahrungsstoff zugeführt werden sollte.

18. Febr. (Nationalrat) Wirtschaftsprogramm.

Finanzmin. Kollmann begründet die von der Regg. geplante Erhöhung des Zuckerzolles und kündigt verschiedene weitere Pläne zur Förderung des Exports und der Produktion an: Die österr. Zuckerproduktion deckt heute mehr als die Hälfte des Inlandskonsums, läuft aber Gefahr, durch die Dumpingpreise auf dem Weltmarkt überrannt zu werden. Die Regg. schlägt vor, den Zuckerzoll von 16 auf 22 Goldkronen zu erhöhen. Damit wird der Schutz auf die gleiche Höhe wie in Deutschland gebracht. Es soll weiterhin das Ausmaß der Ausfuhrvergütung vom 1. März ab von 40 auf 100 Proz. der Steuervorbelastung der zur Ausfuhr gelangenden Waren erhöht werden. Die Finanzverwaltung plant überdies, die Aktienemissionsgebühr für Vermögenseinlagen von 7 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Die Admissionsgebühr für ausländische Gesellschaften, die im Inlande zum Betrieb zugelassen sind, soll eine analoge Neuregelung erfahren. Unternehmungen, die 1926 und 1927 Investitionen produktiver Art durchführen und die Kosten hierfür vertragsschmälernd decken, sollen steuerrechtlich in den Jahren 1925 bis 1927 begünstigt werden. Für Maschinen, die im Inland nicht erzeugt werden, will die Regg. die volle Zollfreiheit gewähren.

5. März. Unterzeichnung des tschechisch-österreichischen Schiedsvertrags in Wien.

Bundeskanzler Ramek gibt am 4. zu Ehren des in Wien eingetroffenen tschechischen Außenmin. Benesch ein Abendessen und führt in seiner Begrüßungsansprache u. a. folgendes aus: Die Politik Ew. Exzellenz beruht auf zwei grundlegenden Ideen, die Sie offen und mit großer Eindringlichkeit in Ihren Exposés vertreten haben. Sie sind von der Erkenntnis durchdrungen, daß nur eine aufrichtige und herzliche Zusammenarbeit unserer aus der europäischen Katastrophe hervorgegangenen Staaten einer besseren Zukunft entgegenführen kann, und daß das Werk des europäischen Wiederaufbaues nur unter der wohltätigen Herrschaft des Friedens zum Erfolg geführt werden kann. Diese beiden Ideen stellen auch das Programm Österreichs, ja, schlechthin die Grundlage der Existenz unseres Staates dar. Der Schiedsvertrag, den wir morgen unterzeichnen werden, ist ebenso das wertvolle Ergebnis der vertrauensvollen Zusammenarbeit, die die öst.-tschech. Beziehungen kennzeichnet, wie das sichere Unterpfand der Fortdauer dieser Beziehungen in einer glücklicheren Zukunft. Darauf erwidert Min. Benesch u. a.: Mein Besuch in Wien ist ein deutliches Zeichen der sehr guten Beziehungen, die zwischen unseren Ländern herrschen. Während der letzten sieben Jahre bestanden zwischen unseren beiden Staaten außerordentlich zahlreiche und wichtige Beziehungen, wie das nur natürlich ist, da diese Länder ja seit Jahrhunderten politisch, wirtschaftlich und kulturell in innigem Kontakt stehen und sich gegenseitig beeinflussen. Ihre geographische Lage bestimmt sie, ja zwingt sie geradezu, auch in Zukunft in fortgesetzt engeren Beziehungen zueinander zu stehen. Der Schiedsvertrag ist sicherlich ein neuer, bedeutender Markstein in der öst.-tschech. Politik, ein neuer Beweis der fortschreitenden Konsolidierung und ein ganz besonders signifikantes Charakteristikum der Politik unserer beiden Länder.

Der Vertrag enthält gegenüber dem Vertrag von Lana (s. GK. 1921, I, S. 370), den er ersetzen soll, keine Klausel über Gebietsgarantien. Alle Streitigkeiten werden künftig der zu bildenden ständigen fünfgliedrigen Schiedskommission oder dem Ständigen Internat. Gerichtshof überwiesen.

10. März. (Wien) Großdeutsche Tagung.

Die vom Hochschulring veranstaltete Tagung, zu der über 1400 Teilnehmer aus Deutschland erschienen sind, gestaltet sich zu einer herzlichen Kundgebung für „die Heimkehr in das deutsche Mutterland".

20. März. Die Vorkriegsschulden.

Die Rep.-Komm. genehmigt das Übereinkommen über die Regelung der Vorkriegsschulden der ehem. öst.-ung. Monarchie vom 14. Nov. 1925.

8. April. Ansprüche an Amerika.

Der Gesandte in Washington regt in einem Schreiben an das Staatsdepartement der Ver. Staaten die Regelung der öst. Ansprüche an Amerika nach dem für Deutschland in Aussicht genommenen Verfahren an.

16. April. Unterzeichnung des österreichisch-polnischen Schiedsvertrags.

Der neue Vertrag, gültig auf 3 J., ersetzt den vom J. 1923 und beruht auf dem poln. Vorschlag; er unterscheidet sich vom öst.-tschech. vor allem darin, daß er alle Streitigkeiten zunächst einem Vergleichsverfahren unterwirft und als schiedsrichterliche Instanz eine von Fall zu Fall zu bildende besondere Schiedskommission vorsieht.

28. Mai. Bundeskanzler Dr. Ramek begibt sich nach Genf. Näh. s. Völkerbund.

6. Juni. (Innsbruck) Parteitag der Großdeutschen Volkspartei.

Präsid. Dr. Dinghofer lehnt in seiner Rede die Idee „Paneuropa" entschieden ab, kennzeichnet die Äußerungen Mussolinis als Ausdruck eines großen Ausdehnungsdrangs, der es Österreich verbiete, je einem Garantievertrag mit der Spitze gegen Deutschland zuzustimmen und vertritt den Standpunkt, daß eine dauernde Sanierung Österreichs nur durch Herstellung der politischen und staatlichen Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich möglich sei, und daß dieser Anschluß etappenweise vorbereitet werden müsse. Die angenommene Entschl. billigt dieses zielbewußte Bestreben.

18. Juni. Ratifizierung des österreichisch-chinesischen Handelsvertrags.

30. Juni. Ende der Völkerbundskontrolle.

Generalkommissar Dr. Zimmermann, der seit dreieinhalb Jahren in Wien amtierte und die Durchführung der Genfer Protokolle (vgl. GK. 1924) überwachte, nimmt seinen Abschied. „Die Zurückziehung der Kontrolle" — so sagt Zimmermann in seiner Abschiedsansprache an den Bundeskanzler Ramek — „beweist, daß die große Arbeit gelungen, daß die finanzielle Stabilität erreicht ist."

11. Juli. (Kufstein) Enthüllung des Andreas Hofer-Denkmals.

Die Feier, an der auch Vertreter aus Deutschland teilnehmen, trägt einen nationalen Charakter.

12. Juli. (Nationalrat) Sanierung der Zentralbank.

Das Ges. zur Reorganisierung der Zentralbank der Deutschen Sparkassen wird verabschiedet und nach der Genehmigung durch den Bundesrat auch sofort verkündigt. In der Debatte beantragt Abg. Eisler (Soz.), die Regg. Ramek in Anklagezustand zu versetzen, weil sie ohne Ermächtigung des Parlaments aus Steuergeldern der Zentralbank 60 Mill. Schilling = 600 Milliard. Kr. zur Verfügung gestellt habe, um die nach seinen Darlegungen schon seit 1925 insolvente Zentralbank vor dem Zusammenbruch zu retten. Die Ausführungen Eislers rufen großen Lärm hervor, sein Antrag wird dem Verfassungsausschuß überwiesen, der ihn jedoch ablehnt.

24. Juli. Veröffentlichung der letzten Berichte des Generalkommissärs Dr. Zimmermann.

Zimmermann gibt eine Zusammenfassung über die ganze Zeit des Wiederaufbaus. Die Etatgebarung hat sich fortschreitend gebessert: Das J. 1923 schloß mit einem Defizit von 82,2 Mill. Schilling, die J. 1924 und 1925 mit einem Überschuß von 90,63 bezw. 167,09 Mill. Die Gesamtforderungen des Bundes betragen 647 Mill. Schilling, die Schulden 2319 Mill., so daß sich ein Passivsaldo von 1672 Mill. ergibt. Die Passiva setzen sich zusammen aus der Völkerbundsanleihe (1034 Mill.), den Abrechnungs-Schuldverschreibungen und Zinsrückständen der ö.-u. Staatsschuld (936 Mill.), der Darlehensschuld an die Nationalbank (188 Mill.), aus sonstigen Schulden (32 Mill.) und aus einem Restsaldo von 139 Mill. Scharfe Kritik übt Zimmermann an den Bundesbahnen: es seien noch große Anstrengungen nötig, um das endgültige Gleichgewicht der Unternehmung zu erreichen. Was die Ersparungen im Staatshaushalt anlangt, so stellen die derzeitigen Personalausgaben eine schwerere Belastung des Budgets dar als die vor dem Abbau von 58000 Angestellten. Die Völkerbundsanleihe (828 Mill. Schilling) wurde verwendet: 1. zur Rückzahlung der engl., franz. und tschech. Kredite (175,6 Mill.), 2. zur Deckung der laufenden Ausgaben (115,4 Mill.) und 3. zur Deckung der Investigationsausgaben (332,5). Es verbleibt somit zuzüglich der Zinsen ein Anleiherest von 217,6 Mill. Die Höchstziffer der Gesamtzirkulation der Öst. Nationalbank wurde im Aug. 1924 mit 909 Mill. Schilling erreicht. Seitdem hat der Umlauf nicht mehr zugenommen. Die Währung hat der finanziellen Krise standgehalten. Die Wirtschaftslage aber leidet noch schwer unter der i. J. 1924 ausgebrochenen Krise. Die Besserung der passiven Handelsbilanz i. J. 1925 hat ihren Grund in einer verminderten Einfuhr, besonders der Kohle, was mit einem Rückgang der Produktion zusammenhängt. Über die Zollpolitik sagt der Generalkommissär: Nach dem Kriege hat Österreich die verdienstlichsten Bemühungen gemacht, die durch die Schaffung der neuen Staaten beträchtlich eingeschränkten Absatzgebiete der öst. Industrie zu erweitern. Es ist gelungen, eine große Anzahl von Handelsverträgen mit benachbarten und anderen Staaten abzuschließen. Bei dieser Gelegenheit ist der vor kurzem unterzeichnete öst.-ung. Tarifvertrag zu erwähnen. Nichtsdestoweniger haben alle diese Verträge nicht den erwünschten Erfolg gezeitigt, da die Auslandsstaaten die Zölle

nicht hinreichend herabgesetzt haben, um der öst. Industrie einen entscheidenden Aufschwung zu geben.

14. Aug. Inkrafttreten des öst.-ung. Handelsvertrags.

23. Sept. (Wien) Tagung des Vereins für Sozialpolitik.

Den Gegenstand der Verhandlungen bilden die schweren aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme: die Krise der Weltwirtschaft und des Handels, die Übervölkerung Westeuropas, die Zukunft des Kapitalismus und das Wesen der Steuerüberwälzung.

15. Okt. Rücktritt des Kabinetts Ramek.

Ramek begründet den Rücktritt mit den aus budgetären Gründen unerfüllbaren Gehaltsforderungen der Beamten. Wie die Presse betont, war die Demission grundsätzlich aber bereits beschlossen, seit Ende Juni die Stützungsaktion für die Zentrale der Deutschen Sparkassen die mangelnde Fähigkeit der Regg. zur Beherrschung schwieriger Situationen gezeigt hatte. Sie hatte damals die sachlich unerläßliche Hilfsaktion, deren rasche Einleitung ein Verdienst war, durch formelle Fehler wesentlich beeinträchtigt. Die Presse hebt in ihrem Rückblick folgendes hervor: Bundeskanzler Ramek hat in den zwei Jahren seiner Amtstätigkeit sich vor allem ein Verdienst erworben: Seine Außenpolitik zielte ohne alle Hinterhältigkeit auf eine aufrichtige Annäherung an Deutschland ab. Sein Besuch in Berlin und seine sonstigen außenpolitischen Handlungen zeigten ihn stets als Vertreter des gesamtdeutschen Gedankens. Ramek hat zwar als Vertreter der Länder in der Bundesregg. bei Schaffung der Verwaltungsreformgesetze und bei anderen Maßnahmen den Wünschen der Länder in hohem Grade Rechnung getragen und dadurch den für Österreich verhängnisvollen Föderalismus gesteigert, aber er hat doch andererseits in verschiedenen Angelegenheiten leichter die Unterstützung der Länder gefunden als sein Vorgänger Seipel. In der Fortführung der Sanierungsmaßnahmen hat er ernste Arbeit geleistet. Die parlamentarische Opposition hat Ramek bis zu dem im Juni des Jahres ausgebrochenen Konflikt anläßlich der Neugestaltung für die Lehrpläne der Volksschulen die Arbeit nicht allzusehr erschwert; aber auch damals setzte sich Ramek durch übereiltes Vorgehen formell ins Unrecht, und seither war der soz. Opposition kein Mittel zu schlecht, um der Regg. die Arbeit unmöglich zu machen. Ramek ist auch ein Mann mit reinen Händen, der an den Konjunktur-Finanzgeschäften keinen Anteil hatte, die in der letzten Zeit zur plötzlichen Entfernung einiger seiner Parteigenossen aus Staatsstellungen geführt hat.

20. Okt. (Nationalrat) Wahl der neuen Regierung und Regierungserklärung.

Mit 99 gegen 59 St. wird das neue Kabinett Seipel in folgender Zusammensetzung gewählt: Bundeskanzler und Äußeres: Dr. Seipel; Vizekanzler und Justiz: Dr. Dinghofer; Handel: Dr. Schürff; Finanzen: Dr. Kienböck; Unterricht: Richard Schmitz; Landwirtschaft: Thaler; Soziales: Dr. Resch und Heereswesen: Vaugoin. Parteipolitisch besteht das Kabinett aus 2 Großdtsch. (Dinghofer und Schürff) und 6 Christl.-Soz.

Seipel führt in seiner Regierungserklärung u. a. folgendes aus: Die Regg. hätte, nachdem die Völkerbundskontrolle zu Ende sei, eine um so größere Verantwortung zu tragen. Sie sei ein Arbeitskabinett. Eine

besondere Aufgabe sehe er in der Wiederherstellung des parlamentarischen Ansehens, das gelitten habe durch die in der letzten Zeit vielgerügten Vorgänge der Inflationszeit, an denen auch Parlamentarier beteiligt gewesen wären. Um die Verquickung von Politik und Geschäft unmöglich zu machen, werde der erste Ministerrat beschließen, daß über alle Interventionen von Politikern aus den Zentralstellen ihm berichtet werden müßte. Auch das Unvereinbarkeitsgesetz solle verschärft werden, das den Parlamentariern die Annahme geschäftlicher Stellungen untersage. Wenn die Reinigung des öffentlichen Lebens nicht gelingen und das Parlament nicht zur Arbeit kommen sollte, würde das Haus aufgelöst werden. Über das außenpolitische Programm sagt er: Die Beziehungen zum deutschen Brudervolke, das nun auch dem Völkerbunde angehöre, sollen wie bisher fortgeführt werden. — Als Redner der Opposition spricht Abg. Seitz (Soz.) über die 13 Forderungen seiner Partei auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Diese Forderungen gelten der Erledigung sozialpolitischer GE., vor allem der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Regelung der Beamtenbesoldungsfrage, ferner der strafrechtlichen Verfolgung der Direktoren verschiedener zusammengebrochener Banken und der Entfernung aller der Korruption Beschuldigten aus dem öffentlichen Leben.

29. Okt. (Nationalrat) Etat für 1927.

Der Finanzmin. bringt den Etatsplan für 1927 ein, der der erste ist, der ohne Völkerbundskontrolle aufgestellt ist.

Anf. Nov. Die österreichische Regierung kündigt das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei.

Begründet wird die Kündigung mit der Tatsache, daß die Tschechoslowakei bisher alle Versuche, in Verhandlungen über eine Abänderung des Abk. einzutreten, vereitelt hat.

30. Okt.—3. Nov. (Linz) Sozialistischer Parteitag.

Der Parteitag erklärt übereinstimmend den Augenblick für gekommen, in den Entscheidungskampf um die Staatsmacht einzutreten, und beschließt die Herbeiführung von Neuwahlen.

24. Nov. (Nationalrat) Budget.

Die Ausschüsse schließen die Generaldebatte über das Budget und erledigen das sog. Abgaben-Teilungsgesetz (Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern). — Der Ministerrat genehmigt die Vorschläge des Finanzmin. in der Angelegenheit der Zentralbank der Deutschen Sparkassen. Ferner beschließt er für das Burgenland die Einsetzung eines Dreier-Komitees, das eine großzügige Aufbauarbeit in die Wege leiten soll.

28. Dez. Finanzielle Lage.

Zum Jahresschluß veröffentlicht das Finanzministerium eine Darstellung der Finanzlage: Das Etatsjahr 1926 hat sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite den Voranschlag erheblich überschritten. Die erhöhten Aufgaben — im wesentlichen durch die Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge bedingt — haben jedoch ihre volle Deckung in Mehreingängen gefunden, die aus den öffentlichen Abgaben und Monopolen geflossen sind.

IV

Ungarn

Anf. Jan. Im Zusammenhang mit der Notenfälscheraffäre erfolgen zahlreiche Verhaftungen.

Die ung. Gesandtschaft in Paris veröffentlicht eine amtl. Erklärung, in der sie den Reichsverweser Horthy von jeder Verantwortung für die Budapester Skandalaffäre entlastet. Dieses Dementi wird von einzelnen franz. Blättern energisch zurückgewiesen, jedoch „Paris Soir" z. B. meint: Tatsächlich habe Horthy nur die Machenschaften fortgesetzt, die bereits 1920 von einem deutsch-ung. Konsortium unter Leitung von Ludendorff, Oberst Bauer und Admiral Horthy ins Werk gesetzt worden seien. Das beweise jenes sensationelle „Dokument", wonach Oberst Bauer mit Zustimmung Horthys im J. 1920 in Budapest ein Büro zur Herstellung und zum Vertrieb falscher Geldscheine eröffnet habe, das zugleich als internationale Zentralstelle für die völkische Bewegung aller Länder habe dienen sollen. Das Dokument stelle einen Druckvertrag dar, der zwischen Oberst Bauer und einem nichtgenannten Buchdruckereibesitzer für die Herstellung von 2 Milliarden falscher 1000-Rubelscheine abgeschlossen worden sei.

Dem ung. Gesandten in Paris, Korany, gegenüber betont Ministerpräsid. Briand in einer Unterredung am 11. Jan., daß der Banknotenskandal einen politischen Hintergrund zu haben scheine und es daher im Interesse des guten Einvernehmens der beiden Länder liege, die Dinge nicht im dunkeln zu lassen.

19.—21. Jan. (Nationalversammlung) Die Frankenfälscheraffäre.

Der Präsid. des Hauses nimmt unter großer Stille das Wort zur Frankenfälscheraffäre: Seit Trianon habe Ungarn keine so schweren Prüfungen durchmachen müssen wie jetzt, wo der Weltskandal der Frankenfälscheraffäre dem Lande riesigen Schaden zufüge. Das Verbrechen müsse streng gesühnt werden und alles müsse geschehen, um die ung. Nation von dieser Schande zu befreien. Ministerpräsid. Graf Bethlen führt u. a. aus: Der Kurierpaß für Jankowitsch sei unter Beobachtung des üblichen Verfahrens ausgestellt worden. Daß franz. Franken im Gepäck Jankowitschs enthalten waren, sei nichts Auffälliges gewesen. Wichtig sei nun vom Gesichtspunkt der nationalen Souveränität aus die Frage des Zusammenarbeitens mit der franz. Polizei. Die Regg. sei im Rahmen der ung. Gesetze dazu bereit. Die Mitwirkung der ausländischen Beamten dürfe sich jedoch nur auf die Feststellung der in Verkehr gebrachten Mengen falscher Noten und auf die Mittel der Fälschung beziehen. Eine darüber hinausgehende Zusammenarbeit habe in Ermangelung gesetzlicher Ermächtigung von der Regg. verweigert werden müssen, da sie sich nicht immer weiter auf eine Bahn treiben lassen könne, die schließlich die Souveränität gefährde. Die erbetene Bekanntgabe des Ergebnisses der Haager Untersuchung sei übrigens immer noch nicht in den Besitz der Regg. gelangt. Die ausländische Presse hingegen sei bereits in der Lage, Tatsachen der Haager Untersuchung, wie z. B. das Tagebuch Jankowitschs, zu veröffentlichen. An den angeblichen politischen Zielen wolle die Regg. keinen Anteil haben. Nicht nur das Verbrechen, sondern auch der falsche Patriotismus müsse ausgerottet werden.

Sodann bespricht Bethlen eingehend die vielen falschen Nachrichten, die über die Affäre in der ausländischen Presse, besonders in franz. Zeitungen, erschienen sind. Seine Ausführungen rufen stürmischen Widerspruch bei der soz. Opposition hervor. Bethlen erklärt daher zum Schluß: Das System, das durch die Regg. vertreten ist, ist kein gegenrevolutionäres System, sondern ein auf nationaler Grundlage stehendes konservatives System, das alle Verbrechen in gleichem Maße verurteilt, unter welchem Titel und aus welchen Interessen sie auch verübt werden. Gab es in der Vergangenheit Fehler in der Rechtsordnung, so können die Gründe hierfür nicht im Mangel einer ehrlichen Absicht der Regg. gesucht werden. Die Ursachen hierfür liegen darin, daß in breiten Schichten der Gesellschaft der Haß, die Furcht vor der Revolution lebendig ist. Es ist psychologisch unmöglich, daß die Erscheinungen der Gegenrevolution nicht zutage treten. Die Mutter der Gegenrevolution ist die Revolution. Sobald die Erscheinungen der Revolution verschwinden, muß zu gleicher Zeit auch die Agitation der Gegenrevolution aufhören. Als andere Ursache dafür, daß die Bestrebungen der Regg. nicht immer von Erfolg waren, ist der Haß gegen das Trianoner System anzusehen, also nicht nur eine innere, sondern auch eine äußere Rechtsordnung. Ich gebe zu, daß diese äußere Rechtsordnung formell besteht, sie entbehrt jedoch der moralischen Grundlage, auf der der dauernde Friede bestehen kann. Wir sind verpflichtet, diese formelle Rechtsordnung zu respektieren, aber ist es ein Wunder, wenn in einem Lande, das genötigt war, Trianon zu unterzeichnen und eine Reihe von Demütigungen zu erdulden, sich Leute finden, die sich gegen die Rechtsordnung auflehnen und ihren Weiterbestand unmöglich machen wollen? Verschwörungen sind jedoch bloß geeignet, die Nation als Herd der Unruhe und Zügellosigkeit vor dem Auslande an den Pranger zu stellen. Uns steht nur der Weg offen, diese Rechtsordnung für unsere Zeit respektierend, von Schritt zu Schritt in ernster Arbeit und aus eigener Kraft dem Ziele zuzustreben, das letzten Endes dem Lande Achtung und Ansehen verspricht. Prinzipiell verschließe ich mich der Bestellung eines Parlamentsausschusses nicht, Vorbedingung hierfür ist jedoch die Respektierung der Unabhängigkeit der ungarischen Gerichte. Sobald sämtliche Einzelheiten der Angelegenheit vollkommen aufgedeckt sein werden, werde ich dem Hause neuerlich Bericht erstatten.

Am 21. kommt nach langwierigen Verhandlungen als Kompromiß zwischen Regg. und Opposition die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zustande. Die Reggsparteien besetzen zwei Drittel, die Opposition ein Drittel der Stellen in diesem Ausschuß.

In einem Interview, das er einem Vertreter der „Dtsch. Allg. Ztg." gewährt, nimmt Bethlen nochmals zu den polit. Gerüchten folgendermaßen Stellung: Unglücklicherweise machen hier in Ungarn in diesen Tagen der überhitzten Einbildung die Leute aus einer Mücke einen Elefanten, und, wenn ich jemand die Hand schüttele, dann heißt es, daß ich ihn für meine Partei verpflichtet habe. Was überhaupt diese angebliche Partei und meine angeblichen Aspirationen betrifft, so ist das nur ein weiteres Märchen. Vor ein paar Wochen liefen Gerüchte über eine Verschwörung um. Ich sollte in Mondsee mit dem bayer. und dem deutschen Kronprinzen verhandelt haben. Ich gab ein Kommuniqué heraus, daß ich seit zehn Jahren nicht in Mondsee gewesen bin, und daß ich Kronprinz Rupprecht seit 1922 und den deutschen Kronprinzen seit dem Kriege

nicht gesehen habe. Schließlich betonte ich, daß es absolut grundlos ist, mir irgendwelche Aspirationen auf den Königsthron zu unterschieben.

22. Jan. (Nationalversammlung) Abrüstungskundgebung.

Mit Zustimmung des Honvedministers Grafen Csaky wird einstimmig folgende Entschließung des soz. Abg. Varnai angenommen: „Die ung. Nationalvers. begrüßt mit aufrichtiger Freude die aus der erstarkenden Friedenssehnsucht der Menschheit hervorgehenden internat. Abrüstungsaktionen und -konferenzen und gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Streitigkeiten zwischen den Nationen nur durch im Geiste der Gerechtigkeit und des Friedens wirkende Schiedsgerichte in einer der Menschlichkeit und Kultur würdigen Weise erledigt werden können. Der auf Waffengewalt gegründete Friede bringt der Menschheit nur Leiden und Verderben und birgt Keime neuer Kriege in sich. Die Nationalvers. fordert daher die Regg. auf, alle Anregungen, die auf die Durchführung der allgemeinen Abrüstung und Schaffung des Weltfriedens gerichtet sind, mit vollen Kräften zu fördern und diesen Geist durch ihren Delegierten im Völkerbunde zum Ausdruck zu bringen."

27. Jan. Französischer Schritt wegen der Fälscheraffäre.

Der franz. Gesandte Cliuchant bespricht mit Ministerpräsid. Bethlen die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen den franz. und ung. Polizeibeamten zur weiteren Aufdeckung einzelner noch im Dunkeln befindlicher Einzelheiten. Ministerpräsid. Bethlen macht Vorschläge für die gewünschte Zusammenarbeit, die nicht mit den ung. Gesetzen in Widerspruch stehen. Die ung. Strafprozeßordnung gestattet nämlich das Beisein von Vertretern ausländischer Staaten bei Erhebungen der Polizei. Zu diesem modus vivendi hat man sich anscheinend unter dem Druck der sehr geschickten franz. Drohung entschieden. Es hieß, daß die franz. Regg. nach Ablehnung ihrer Forderung beantragen würde, die Untersuchung der Fälscherangelegenheit durch den Völkerbund vornehmen zu lassen und die Kontrollkommissionen mit verstärktem Personal und vergrößerten Vollmachten, angeblich im Einverständnis mit England und Italien, in Ungarn zu belassen.

29. Jan. (Nationalversammsung) Die Fälscheraffäre.

Die soz. Abgg. laufen neuerdings Sturm gegen den Ministerpräsid., der am vorhergehenden Tag die Solidarität aller Regg.smitglieder betonte und damit zum Ausdruck gebracht hatte, daß er keinen seiner Minister fallen lassen werde. Die Soz. behaupten u. a., daß die Regg. Bethlen das Hindernis für die Aufdeckung der vollen Wahrheit sei. Abg. Farkas (Soz.) erhebt gegen das Außenministerium und die Polizei den Vorwurf der Mitschuld an der Fälschersache und verlangt die Aufhebung der provisorischen Verfassung und die Einsetzung eines dreiköpfigen Staatsrates.

1. Febr. Die Anklageschrift gegen die Frankenfälscher.

Die ausgegebene Anklageschrift gibt ein umfassendes Bild über den seit dem Jahre 1923 gehegten und gepflegten Verbrecherdschungel. Sie lautet gegen 26 Personen und umfaßt drei Verbrechen, nämlich das der Geldfälschung, das der Verbreitung falschen Geldes und das der Urkundenfälschung. Hauptbeschuldigter ist Prinz Windischgrätz, der als Täter und Anstifter der Fälschungsaktion gilt; gegen den Landespolizeichef Nadossy lautet die Anklage auf Vorschubleistung zu den gen. Verbre-

chen, gegen den Feldbischof Zadravec und Generaldirektor der Postsparkasse Gabriel Baroß auf Mitwisserschaft und Teilnahme. Die Untersuchung hat festgestellt, daß das Papier und das übrige Material aus Deutschland und Oesterreich, zumeist aus Wien und Köln stammen, doch ist es bisher nicht gelungen, endgültige Beweise zu beschaffen. Sämtliche Angeklagte, in erster Reihe Windischgrätz und Nadossy, berufen sich darauf, daß es sich um eine „Aktion zu nationalen Zwecken" gehandelt habe, verweigern jedoch jede nähere Auskunft über diesen Zweck, sowie auch über jene Personen, mit denen sie die Sache vorher besprochen haben. In oppositionellen Kreisen ist man mit der Anklageschrift sehr unzufrieden, da sich in ihr viele unklare Punkte befänden.

24. Febr. (Nationalversammlung) Die Berichte des Untersuchungsausschusses über die Frankenfälscheraffäre.

Der Mehrheitsbericht erzählt ausführlich die einzelnen Phasen der Fälschungsaktion und bespricht eingehend die von dem Aussch. vorgenommenen Vernehmungen der Beschuldigten und der Zeugen. Aus der Darstellung des Sachverhaltes ist bemerkenswert, daß die Vorbereitungen zur Erzeugung falscher Frankennoten schon Anfang 1923 erfolgten und daß der Gedanke der Fälschungen nach Aussage des Prinzen Windischgrätz aus dem Auslande stamme. Der Bericht stellt weiter fest, daß Nadossy schon zu Beginn der Aktion in diese eingeweiht gewesen sei. Prinz Windischgrätz hat auch erklärt, daß der Gedanke zur Fälschung der Frankennoten durch den Trianoner Frieden bei ihm entstanden sei. Er habe jedes Mittel und jede Aktion gegen jene Mächte für notwendig und nützlich erachtet, welche Ungarn den Frieden aufgezwungen haben, und deshalb habe er die Tat als eine irredentistische und patriotische Sache angesehen. Der Bericht betont weiter, daß die Erhebungen keinen Anhaltspunkt dafür ergeben haben, daß die Aktion mit irgendeiner Bewegung der Royalisten zusammenhänge. Ebenso sei erwiesen worden, daß keine Erscheinung aufgetaucht sei, aus welcher wegen irgendeiner Verfügung oder Unterlassung einer rechtzeitigen Maßnahme die Verantwortlichkeit der Regg. oder des Ministers des Innern hatte festgestellt werden können. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß alle Mitglieder der Regg. und der Nationalvers. dem Verbrechen ferngestanden seien und daß der Ministerpräsid. sowie die Regg. nach Entdeckung des Verbrechens alle Mittel angewandt hätten, um das Verbrechen aufzudecken und seine Täter der Bestrafung zuzuführen.

Zu dem entgegengesetzten Schluß gelangt der Bericht der oppositionellen Mitglieder des Ausschusses. Dieser erklärt zusammenfassend, daß das Land vor der Schmach des Frankenfälschungs-Skandals hätte bewahrt werden können, wenn die Regg. und die Behörden ihre Pflicht ernstlich erfüllt hätten. Die Regg. habe schwere Unterlassungen begangen, sowohl was die Verhütung des Verbrechens betrifft, als bezüglich der Leitung der Untersuchung. Das Ganze sei wie eine halbamtliche Aktion behandelt worden. Die Regg. hätte aber nicht erst die Aufforderung der franz. Behörden abwarten sollen, sondern sofort aus eigener Initiative die unnachsichtlichste Strenge walten lassen müssen. Der Bericht kommt zu dem Schluß: Die Verantwortlichkeit belastet den Ministerpräsid., den Staatssekretär im Ministerpräsidium, den Minister des Innern, den Honvedminister und schließlich für die Leitung und die Lücken in den Erhebungen den Justizminister. Denn Jahre hindurch konnte eine geheime Gesellschaft den Plan der Herstellung falscher Frankennoten ungehindert pflegen, und

über ein Jahr lang konnten die falschen Frankennoten im karthographischen staatlichen Institut hergestellt werden, und zwar geradezu öffentlich. Eine Regg., unter der solches geschehen konnte, kann nicht weiter auf ihrem Platze verbleiben, sie kann in dieser Sache die Erhebungen nicht weiter leiten, und sie kann auch die Interessen des Staates nicht weiter vertreten. Eine solche Aufgabe kann lediglich eine gänzlich uninteressierte Regg. übernehmen, welche die Sache unparteiisch behandelt. Außerdem liegen noch separate Berichte der Abgg. Rassai und Farkas vor. Rassai meint: Die ganze Frankenfälschungsangelegenheit habe sich so dargestellt, als hätten die Teilnehmer aus patriotischen Gründen gehandelt, und es sei in der Untersuchung vereitelt worden, daß die Angelegenheit als gegewöhnliches Verbrechen behandelt werde. Die Nationalvers. müsse die Regg. auffordern, die Konsequenzen aus ihrem Verhalten abzuleiten, da es bei entsprechender Sorgfalt der Regg. ausgeschlossen gewesen wäre, daß so viele hochgestellte Beamte Jahre hindurch derartige Verbrechen hätten begehen können.

Ende Febr. Voranschlag für 1926/27.

Finanzmin. Dr. Bud gibt die Voranschläge für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr 1926/27 bekannt. Darin ist zum ersten Male die neue Pengö-Währung eingeführt. Die Einnahmen werden mit 1144177922 Pengö (ungefähr 816 Mill. M.), die Ausgaben mit 1143554386 Pengö (ungefähr 815,5 Mill. M.) veranschlagt, so daß sich also ein Aktivsaldo von 623536 Pengö ergibt.

23. März. (Nationalversammlung) Entlastung der Regierung in der Fälscheraffäre.

Die Debatte über die Frankenfälscheraffäre wird geschlossen und der Antrag des Referenten der Untersuchungskommission angenommen, der die Regg. jeder politischen Verantwortung enthebt.

26. Mai. Der neue deutsche Gesandte v. Schoen überreicht dem Reichsverweser sein Beglaubigungsschreiben.

26. Mai. Urteilsspruch gegen die Frankenfälscher.

Der Budapester Gerichtshof fällt nach einer Verhandlungsdauer von 20 Tagen gegen die Frankenfälscher das Urteil: Prinz Windischgrätz und Polizeichef Nadossy erhalten unter Zubilligung mildernder Umstände je 4 J. Zuchthaus, 10 Mill. Kr. Geldstrafe, drei Jahre Amtsverlust und Konfiszierung der politischen Rechte, der Direktor des Kartographischen Instituts, Gen. Haits, und sein Nachfolger Kurz 1 J. Kerker, 2 Mill. Kr. Geldstrafe, der techn. Beirat des Kartographischen Instituts Gerö 2 J. Zuchthaus, der Privatsekretär des Prinzen Windischgrätz Raba 1½ J. Kerker, Jankowitsch 1 J. Kerker. Der Generaldirektor der Postsparkasse Baroß und der Vizepräsid. des ung. Nationalbundes Szörtsey werden freigesprochen.

Am 24. Aug. bestätigt die kgl. Tafel als Berufungsinstanz vollinhaltlich dieses Urteil des Gerichtshofes.

Mitte Juni. Gründung einer neuen Legitimisten-Partei.

Die neu gegründete Partei „Ungarischer Männerverband der heiligen Krone" will verhindern, daß die Königsfrage auf anderem Wege als durch die Wiederherstellung des gesetzlichen Königtums gelöst werde. Der ung. Thron wird rechtmäßig nicht als frei bezeichnet, die Rechts-

kontinuität lasse daher die freie Wahl nicht zu. Der neuen Partei gehören u. a. an: Graf Albert Apponyi, Graf Josef Karolyi, die Grafen Johann und Aladar Zichy, Markgraf Georg Palaviccini, Julius Andrassy und Anton Sigray.

30. Juni. Die Kontrolle durch den Völkerbund wird aufgehoben.

30. Juli. Schlußbericht des Generalkommissars des Völkerbunds. Näh. s. Völkerbund.

14. Okt. Demission des Kabinetts.

Das verkündete Urteil der 3. Instanz im Frankenfälscherprozeß, das den Prozeß rechtlich beendet, veranlaßt das Kabinett Bethlen zu dem Beschluß, dem Reichsverweser die Demission der Regg. zu unterbreiten. Das überraschende Moment liegt nur im Zeitpunkt des Rücktritts.

5. Nov. (Nationalversammlung) Die auswärtige Lage.

Im Auswärtigen Ausschuß berichtet Außenmin. Dr. Walko über die auswärtige Lage: Die Beziehungen zu Österreich seien unverändert gut. Gegenüber Rumänien sei in der letzten Zeit eine Besserung der Beziehungen eingetreten. Mit der Tschechoslowakei sei nach längeren Verhandlungen am 28. Juli ein provisorisches Handelsabk. abgeschlossen worden. Eine günstige Atmosphäre bestehe zwischen Ungarn und Jugoslawien. Diplomatische Verhandlungen würden über die Möglichkeit geführt, Ungarn einen Hafen zu sichern. Der Hafen von Fiume wäre das wichtigste Ausfallstor für Ungarn. Auch auf italienischer Seite begegne der Wunsch Ungarns nach einem Ausgang zum Meere einer günstigen Aufnahme.

9. Nov. (Nationalversammlung) Annahme der Oberhausvorlage.

16. Nov. (Nationalversammlung) Auflösung.

Die Neuwahlen werden anberaumt auf den 8.—17. Dez.

8.—17. Dez. Wahlen.

Abgesehen von den Nachwirkungen in der Frankenfälscheraffäre spielt in der Wahlbewegung die Königsfrage eine große Rolle, über die die neue Nationalvers. zu entscheiden haben wird.

Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Einheitsp. unter Führung des Ministerpräsid. Bethlen 170 Mandate, Christl.-Soz. Wirtschaftsp. unter Führung des Grafen Zichy 35, Parteilose Regierungsfreundliche 4, Rechtsstehende Opposition 10, Soz. 14, Ver. Linksparteien 9, Parteilose Linksorientierte 3 Mandate. Die regierungsfreundlichen Parteien erhalten von den 245 Mandaten 209 (in der letzten Nationalvers. 167), d. h. 85,2%. Die Opposition zählt 36 gegen 77 Mandate in der letzten Nationalvers., d. i. 14,8%. Ministerpräsid. Bethlen und sämtliche Kabinettsmitglieder sind wiedergewählt und die Führer der oppositionellen Parteien sind unterlegen. Mit starker Mehrheit ist gewählt Prof. Jakob Bleyer, der Führer des ungarländischen Deutschtums.

V

Tschechoslowakei

Ende Jan. Exposé des Außenministers.

Vor dem Zwölferausschuß der Reggsparteien äußert sich Außenmin. Benesch über die ung. Frankenfälscheraffäre: England sei als Beschützer

Ungarns aufgetreten und habe sich merkwürdig benommen. Unter anderem habe es durch „Reuter“ und „Times“ erklären lassen, daß die Kleine Entente nicht mobilisieren dürfe. Frankreich habe sich jedoch loyal benommen. Benesch berichtet ferner, daß sich Rumänien stark für eine Aufnahme Polens in die Kleine Entente einsetze. Bezüglich Rußland bemerkt er, daß die de jure-Anerkennung Rußlands durch die Tschechoslowakei bevorstehe.

3. Febr. Sprachenverordnung.

Die Vo. stellt die notwendige Durchführungsverordnung zum Sprachgesetz von 1920 dar und bezweckt die Vereinheitlichung und Regelung der Sprachenpraxis. Als Amtssprache gilt die tschechische Sprache. Gewisse Ausnahmerechte werden den nationalen Minderheiten zugestanden, jedoch unter sehr einschränkenden Bedingungen.

Der Versuch, demgegenüber eine parlamentarische Einheitsfront der nichtmarxistischen deutschen Parteien herzustellen, scheitert an dem Verlangen der Dnat. P., daß das in den vorläufigen Satzungen des zu gründenden Verbandes enthaltene Vetorecht für jede Partei gestrichen werden solle. Die nichtmarxistischen Parteien gründen nun mit Ausschluß der Dnat. einen parlamentarischen Verband. Da die deutschen Soz. den Verhandlungen überhaupt fernblieben, werden die deutschen Parteien nunmehr in drei Gruppen gegliedert sein.

18. Febr. (Kammer) Zur Sprachenverordnung.

Die Redner der deutschen Parteien protestieren mit den schärfsten Worten gegen die Sprachenverordnung. Abg. Patzel (Dtsch. Natsoz.) erklärt unter Bezugnahme auf eine Rede des bayer. Ministerpräsid., die Sudetendeutschen würden jedem deutschen Staatsmann dankbar sein, der für die Lage der Sudetendeutschen Verständnis habe.

24. Febr. (Kammer) Vertrag mit Polen.

Auf der Tagesordnung steht die Vereinbarung mit Polen betr. die Regelung rechtlicher und finanzieller Fragen. Abg. Dr. Kramarsch (Tschech. Natdem.) verweist darauf, daß in Wolhynien das tschechische Schulwesen ganz auf das Entgegenkommen der poln. Rgg. angewiesen sei. Abg. Dr. Czech (Dtsch. Soz.) erklärt, die Bedeutung des Vertrages liege hauptsächlich in seinen Minderheitsbestimmungen, wonach sich eine internationale Regelung der Minderheitenfrage nicht ausschließen lasse. Das habe man bisher auf tschechischer Seite nie zugeben wollen, und als kürzlich der deutsche Außenmin. Dr. Stresemann auf die Klagen der Sudetendeutschen zu sprechen kam und das tschech. Minderheitenproblem nur streifte, schrie man auf tschechischer Seite über die Einmischung in die inneren Verhältnisse. Im Warschauer Vertrag lasse man aber ohne weiteres zu, daß Polen über rein interne Verhältnisse der Tschechoslowakei, nämlich über den Sprachgebrauch der Schulen und die Staatsbürgerschaft in Tschechisch-Teschen, mit entscheide. Ferner sei jene Bestimmung des Vertrages von besonderer Bedeutung, das den Begriff der Loyalität umschreibt und ausspricht, daß die Verteidigung von Minderheitsrechten nicht als Illoyalität aufzufassen sei. Wenn aber die Sudetendeutschen ihre kulturellen Rechte reklamierten, dann würden sie sofort als Staatsfeind an den Pranger gestellt. Abg. Dr. Kramarsch erwidert, man könne nicht leugnen, daß es möglich sei, internationale Verträge zum Schutze einzelner Gruppen der Staatsbürger abzuschließen. Hier jedoch handle es sich darum, daß Dr. Stresemann zu

einer Zeit, wo Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes sei, von vornherein erkläre, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes der Protektor aller Deutschen in der ganzen Welt sein werde. Das trage sicher nicht zu einer günstigen Stimmung bei, ebenso wie der Vertrag über den Schutz der Minderheiten durchaus falsch und überflüssig sei, da er ebenfalls Ziele erreichte, denen der Völkerbund nachstrebt. Der Vertrag wird schließlich angenommen.

5. März. Schiedsvertrag mit Oesterreich. S. S. 193.

9. März. (Senat) Annahme der neuen Militärgesetze.

Es handelt sich dabei zwar nicht um eine Heeresvermehrung im eigentlichen Sinne, sondern um eine Umorganisation von weittragender Bedeutung.

19. März. Kabinettswechsel.

Nachdem Ministerpräsid. Svehla wegen seiner Erkrankung demissioniert hat, wird Cerny mit der Bildung eines Beamtenkabinetts beauftragt. Das neue Kabinett zeigt folgende Zusammensetzung: Vorsitz und Inneres: Dr. Cerny; Äußeres: Benesch; Finanzen: Dr. Englisch; Min. für die Slowakei: Kallay; Handel: Peroutka; Justiz und Ernährung: Dr. Hausmann; Unterricht: Dr. Kremar; Landwirtschaft: Slavik; Krieg: Syrovy; Eisenbahnen: Riha; Post: Fatka; Soziale Fürsorge: Dr. Schießl; Öffentliche Arbeiten: Roubik. Das neue Kabinett findet in der oppositionellen Presse eine wenig günstige Aufnahme, da man unter einer Beamtenregg. eine Verschärfung des national-staatlichen Kramarsch-Systems erwartet.

24. März. (Kammer) Erklärung der neuen Regierung.

Ministerpräsid. Cerny beschränkt sich auf die Erklärung, daß die neue Regg. an dem Programm der alten festhalten werde.

14. April. Ratifizierung der tschech.-poln. Verträge.

Es handelt sich um den Schiedsvertrag, den Vertrag über juristische und finanzielle Fragen (s. o.), und das Flugabk., in welchem sich beide Länder gegenseitig das Recht zum Überfliegen ihres Gebietes bewilligen.

22. April. Zum deutsch-russischen Vertrag.

Die „Prager Presse“, das Organ des Außenmin., nimmt zu den Berliner Pressemeldungen über eine bevorstehende Intervention der Kleinen Entente gegen den deutsch-russ. Vertrag folgendermaßen Stellung: Die Meldungen der Berliner Blätter beruhen einerseits auf Mißverständnissen, andererseits auf einer vollständig unrichtigen Auslegung des Schrittes des tschech. Außenamtes. Jedenfalls handelt es sich dabei um keine Einmischung, da der tschech. Standpunkt als Antwort auf eine Anfrage bekannt wurde, wobei die Tschechoslowakei ausdrücklich betonte, daß eine neue Krise im Völkerbund hervorgerufen worden wäre, falls die Informationen auf Wahrheit beruhen sollten. Die Tschechoslowakei, die vor allem als Ratsmitglied des Völkerbundes handelte, vergaß auch nicht, daß der definitive Standpunkt erst dann wird formuliert werden können, wenn der endgültige Vertrag bekannt sein wird.

23. April. (Kammer) Zum deutsch-russischen Vertrag.

Im Auswärtigen Ausschuß wird der deutsch-russ. Vertrag besprochen: Abg. Kreibich (Komm.) meint, es sei eigenartig, daß auf der ganzen Welt nur Benesch über den deutsch-russ. Vertrag befragt

worden sei. Das Parlament werde sich auch mit dem tschech.-russ. Vertrage beschäftigen müssen, der ebenso wie der deutsch-russ. eine Neutralitätsklausel enthalte, die, wie sich nun zeige, Deutschland nicht erlaubt werden solle. Er habe den Eindruck, daß die Tschechoslowakei die Neutralitätsklausel im tschech.-russ. Vertrage nicht ernst nehme. Der Abg. Dr. Mayer-Harting (Dtsch.-christl.-soz.) bezeichnet das Auftreten des Außenmin. Benesch als sehr beunruhigend. Die offiziöse „Prager Presse" kommt neuerdings auf die Äußerungen der „Diplomat. Korrespondenz" zurück und behauptet ausdrücklich, daß diese den offiziellen reichsdeutschen Standpunkt vertrete. Die Prager Polemik richte sich daher gleichzeitig offiziell gegen die deutsche Außenpolitik.

27. Mai. (Prag) Kundgebungen gegen den Faschismus.

Eine Versammlung der tschech. Legionäre, der tschech. Natsoz. und der tschech. Soz. protestiert gegen den Faschismus und spricht sich für das demokratische Regierungssystem aus. Dabei kommt es zu heftigen Protesten gegen die tschech. Nat.-Dem. um Kramarsch und zu Ovationen für Masaryk und Benesch. Abg. Bechyne (Tschech. Soz.) lehnt die antideutsche Agitation der Fasch. ab: die Faschisten, die den Staatsstreich mit Militär durchführen wollten, vergäßen, daß ein Drittel der Armee aus Deutschen, Ungarn und anderen Minderheitsvölkern bestände.

Anfangs Juni finden weitere Kundgebungen für und gegen den Faschismus statt. Ministerpräsid. Cerny kündigt entschiedene Gegenmaßnahmen gegen die faschistischen Bestrebungen an.

11. Juni. (Prag) Kommunistische Ausschreitungen.

Anläßlich einer Versammlung der Komm. gegen die Agrarzölle kommt es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei.

In den folgenden Tagen fassen die tschech. Soz. und die tschech. Nat.-Soz. Beschlüsse, aus denen hervorgeht, daß sie bemüht sind, die Regg. Cerny zu stürzen, um so die Voraussetzung für eine parlamentarische Regg. zu finden, die in der Zollfrage ein Kompromiß abschließt und dadurch den tschech. Soz. wieder aus der Gemeinschaft mit den Komm. heraushilft. Die tschech. Nat.-Soz. P. fordert daher ihren Parteiangehörigen, Außenmin. Dr. Benesch, zum sofortigen Rücktritt auf. Die Schwierigkeiten werden noch verschärft dadurch, daß die Soz. vom Präsid. der Republik fordern, daß er dem Zollgesetz die Unterschrift verweigere, so daß auch das Staatsoberhaupt in den Kampf um die Zollvorlage hineingezogen wird.

12. Juni. (Kammer) Annahme der Agrarzölle.

Nach einer 30stündigen Dauersitzung wird der Getreidezoll mit 151 gegen 118 St. angenommen.

22./23. Juni. (Senat) Agrarzollvorlage.

Nach sehr stürmischer Beratung wird die Zollvorlage in 1. und 2. Lesung mit 77 St. der Zollkoalition, darunter der drei deutschen Parteien (Christl.-soz., Agrar- und Gewerbe-P.) gegen 56 St. der Opposition, bestehend aus den tschech. Soz., den Komm. und den Natsoz. angenommen.

24. Juni. Benesch leistet der Aufforderung seiner Partei zum Rücktritt (s. o.) keine Folge.

In einer Versammlung der Nat.-soz. P. erklärt Außenmin. Dr. Benesch, daß er die schwierige innerpolitische Lage der Partei aner-

kenne, daß er auf Wunsch des Präsid. Masaryk jedoch nicht demissionieren werde. Doch sei er bereit, der Partei sein Mandat zur Verfügung zu stellen. Der Parteiausschuß erklärt darauf, daß seine Aufforderung an Benesch zum Rücktritt sich nicht gegen die Person Beneschs gerichtet habe, daß sie vielmehr seine Politik billige und ihm das Vertrauen ausspreche.

Ende Juni. Zur inneren Lage.

Präsid. Masaryk nimmt in dem Legionärblatt „Narodni Osvobozeni" zur augenblicklichen Lage Stellung: er lehnt die Diktatur in jeder Form ab und ebenso eine Änderung der Wahlordnung. Das nationale Problem bezeichnet er als das ernsteste politische Problem der Tschechoslowakei und sieht in der eventuellen Beteiligung der deutschen Parteien an der Regg. eine Änderung der Lage der Minderheiten.

Dr. Kramarsch, der Führer der Nationaldemokraten, vertritt in einem Leitartikel der „Narodni Listy" die Idee des tschechischen Nationalstaates unter Ausschaltung der Deutschen. Das Zusammengehen mit den Deutschen im Parlament habe nur den Zweck gehabt, positive gesetzgeberische Arbeit zu leisten. (Politisch haben sich die tschech. Nationaldem. stark den tschech. Faschisten genähert.)

4.—6. Juli. (Prag) 8. Sokolkongreß.

Der Charakter des Festes ist trotz der Teilnahme der Gäste aus Frankreich, Belgien und England allslawisch, wenngleich alle katholischen slawischen Turnerschaften mit Rücksicht auf die Husfeier abgesagt haben.

5. Juli. Klerikale Kampagne gegen Benesch.

Das Hauptblatt der tschech.-christl.-soz. Vp. greift den Außenmin. Benesch scharf an: er treibe lediglich eine unselige Personalpropaganda für seine eigene Person und eine schädliche auf den Sozialismus eingestellte Politik. Dieser Angriff von klerikaler Seite stärkt die Opposition, die bisher lediglich von den Nationaldemokraten ausging.

10.—11. Juli. (Krummau) Fest des „Bundes der Deutschen in Böhmen".

Die Behörde verbietet jeden deutschen Fahnenschmuck, jedes Farbentragen der Studentenschaft und das Absingen nationaler Lieder.

Anf. Aug. Verhandlungen mit Ungarn über die Zollfragen.

19. Sept. (Brünn) Parteitag der tschech. Natsoz.

Abg. Franke führt in seinem Referat folgendes aus: Der Staat steht in einer schweren Krise. Das Verhältnis der Partei zum Staat war und ist vom Sozialismus und einem Nationalismus, der nicht chauvinistisch, sondern kulturell ist, bestimmt. Die Partei bekämpft den Faschismus und den Kommunismus. Wer am Staat ungehörige Kritik übt, gilt für die Partei als ein Feind. Das Bestehen eines Linksblocks wird geleugnet und sein Zustandekommen über die tschech. Soz. hinaus nicht erwartet. Zu einer Beteiligung an der Regg. ist die Partei bereit, doch müssen die mit der deutsch-tschech. Mehrheit angenommenen Zoll- und Kongruafragen bereinigt und ein weitsichtiges, den nationalen und sozialistischen Forderungen entsprechendes Programm vorher festgelegt werden. Den Bestand einer Beamtenregg. wünscht die Partei nicht, da sie sich nicht bewährt hat. Die Krise nach dem Zusammenbruch

war nicht so gefährlich wie die gegenwärtige. Denn sie wird verschärft durch die starren Gegensätze persönlicher Art, durch die Egoismen der Parteien und Stände und durch einen unglücklichen Provinzialismus in der Behandlung inner- und außenpolitischer Fragen. Dazu kommt eine täglich zunehmende Wirtschaftskrise, die bei diesen persönlichen Verhältnissen um so schwerer drückt, als die Maßregeln ungenügend und nicht durchgreifend sind.

Ende Sept. Forderungen der deutschen Parteien.

Die deutschen Parteien (Dtsch.-christl.-soz. P., Bd. der Landwirte, Dtsch. Gewerbep.) treten mit Erklärungen hervor, in denen sie den ihnen gebührenden Anteil an der Macht und die volle Gleichberechtigung im Staate fordern.

12. Okt. Bildung des Kabinetts Svehla.

Vorsitz: Svehla; Auswärtiges: Benesch; Inneres: Cerny; Finanzen: Englisch; Schulwesen: Hodza; Justiz: R. Mayr-Harting; Handel: Peroutka; Eisenbahnen: Najmann; Öffentliche Arbeiten: Spina; Landwirtschaft: Srdinko; Nationale Verteidigung: Udrzal; Post: Nosek; Soziale Fürsorge: Sramek; Verwaltung der Slowakei: J. Kállay. Mit Mayr-Harting (Dtsch.-christl.-soz.) und Spina (Dtsch. Agrarp.) gehören dem Kabinett zum erstenmal Deutsche an. Im übrigen setzt sich das Kabinett aus fünf Beamten, vier tschech. Agrariern und je einem Vertreter der tschech. Vp. und der Gewerbep. zusammen. Die nationaldemokr. P. ist nicht vertreten.

6. Dez. Interview Masaryks.

Dem Chefredakteur der „Deutschen Presse" erklärt Präsid. Masaryk, daß die Mitarbeit der Deutschen an der Regg. immer sein Wunsch gewesen sei, da die Einstellung der Deutschen zum Staate eine bedeutsame politische Angelegenheit sei. Der Staat werde von den Völkern gebildet, und deshalb sei es notwendig, daß zwischen den Völkern ein gegenseitiges Verständnis bestehe. Über die angekündigte Schulautonomie sei er noch nicht informiert, würde aber wünschen, daß sie jedem Volke die Selbstverantwortung in seinen Kulturfragen sichern möchte. Der Übergang zur zwölfmonatigen Dienstpflicht sei erstrebenswert. Die Trennung von Kirche und Staat dürfe nicht gegen, sondern im Interesse der Religion durchgeführt werden.

VI
Portugal

2. Febr. (Lissabon) Mißglückter Militärputsch.

Politische Agitatoren benützten die Abwesenheit des Kommandanten sowie der Offiziere einer Truppenabteilung in Vendas Novas (80 Kilometer östl. von Lissabon), um in die dortige Kaserne einzudringen. Sie ließen sich dann von zwei Batterien und 130 Mann begleiten, um gegenüber von Lissabon am anderen Ufer des Tajo Stellung zu nehmen. Die Aufständischen werden jedoch schnell von Truppen überwunden, die auf dem Südufer des Tajo ausgeschifft sind.

28. Mai. (Lissabon) Militärputsch.

Die siegreiche revolutionäre Bewegung wird geführt von Gen. Gomes da Costa, dem Kommandanten der 8. Division. Das Kabi-

nett tritt am 29. nachts zurück. Präsid. Machado erteilt am 30. dem Kapitän Mendes Cabecadas den Auftrag zur Bildung einer nationalen Regg. Cabecadas, der bereits zu den Führern der Revolten vom April und Juli 1925 gehörte, nimmt den Auftrag an. Die Führer der Revolution geben bekannt, daß sie in Waffen bleiben würden, bis eine völlige Lösung der Ministerkrise gefunden sei. Ihre Politik sei die Reinigung der Regg.

1. Juni. Rücktritt des Staatspräsidenten.

Infolge der siegreichen Revolution tritt auch Staatspräsid. Bernardino Machado, der seit Dez. 1925 zum zweitenmal diese Würde bekleidete, zurück.

Zunächst herrscht als unumschränkte Militärregierung ein Triumvirat, bestehend aus Mendes Cabecadas, Gen. G. da Costa und Ochoa.

17. Juni. Bildung eines Kabinetts da Costa.

Revolutionäre Truppen besetzen alle Ministerien, der Belagerungszustand wird verhängt und Gen. da Costa zwingt Cabecadas zu seinen Gunsten auf die Ministerpräsidentenschaft und das Min. des Innern zu verzichten. Gen. da Costa betont in einer Erklärung, daß die neue Bewegung rein nationalen und republikanischen Charakter trage. Da Costa bildet die Regg. in folgender Zusammensetzung: Vorsitz und Kriegsminister: Gen. Gomes da Costa; Inneres: A. Claro; Justiz: M. Rodrigues; Finanz: Major Filomeno da Camara; Marine: Major Jaime Afreixo; Auswärtiges: Gen. Oscar Carmona; Handel: Oberstleutnant: Passos e Sousa; Kolonien: Kommandeur Ochoa; Öffentliche Angelegenheiten: A. R. Jorge; Landwirtschaft: Gen. Alves Pedroso.

Zur Festigung seiner Stellung begründet da Costa nach spanischem Muster eine neue Partei, die „União Nacional“.

9. Juli. Neuer Staatsstreich.

Gen. Carmona, der Außenmin., läßt den Ministerpräsid. da Costa verhaften, übernimmt selbst das Amt des Ministerpräsid. und des Kriegsmin. und bildet folgendes Kabinett: Vorsitz: de Fragoso Carmona; Inneres: Da Costa Macedo; Krieg: de Passos e Sousa; Marine: Jaime Afreixo; Auswärtiges: Bettencourt Rodrigues; Unterricht: de Magalhaes; Justiz: M. Rodrigues; Kolonien: Bello; Finanzen: Sinel de Cordes; Ackerbau: F. A. Pedrosa; Handel: de Carvalho Teixeira.

Über die Ursachen des neuen Staatsstreichs wird u. a. gemeldet: da Costa hatte sich entschlossen, dreien seiner Minister den Abschied zu geben, nämlich dem Außenmin. Carmona, dem Kolonialmin. Ochoa und dem Innenmin. Claro. Darauf sind die übrigen Min. zum Zeichen der Solidarität ebenfalls zurückgetreten. Dazu kam noch die Unzufriedenheit der Lissaboner Division. Schließlich sagten ihm die Truppen den Gehorsam auf. Der neue Ministerpräsid. Carmona vertritt einen liberalen Kurs.

VII

Spanien

25. März. Der neue deutsche Botschafter, Graf Welczeck, überreicht dem König sein Beglaubigungsschreiben.

13. Juni. Beschluß des Ministerrats in der Ratsfrage.

Der Ministerrat nimmt den Vorschlag des Außenmin. Yanguas an und beschließt, für einen nichtständigen Völkerbundsratssitz nicht zu kandidieren und die Frage betr. die Stellung Spaniens im Völkerbund als genügend erörtert zu betrachten. Vgl. Abschn. Völkerbund!

Die englische Presse meldet, daß Spanien für seinen Verzicht auf den ständigen Ratssitz die Einverleibung der Tangerzone in seine Marokko-zone verlangt. (Vgl. S. 211.)

24. Juni. Reise Königs Alfons XIII. nach Paris und London.

Während seines Pariser Aufenthalts äußert sich der König dem Vertreter des „Figaro" gegenüber über die spanische Außenpolitik: Die Annäherung zwischen Spanien und Frankreich werde durch den in Marokko erworbenen gemeinsamen Ruhm erleichtert. Er sei ein warmer Anhänger des Völkerbundes. Es scheine ihm aber gefährlich, diese Versammlung einzig und allein aus ehemals Kriegführenden und interall. Nationen zusammenzusetzen. Wäre es nicht viel heilsamer, Neutrale hinzuzuziehen, die unter gewissen Umständen ein kostbares Element für die Entspannung und für die Unparteilichkeit bilden könnten? In der Gestaltung des Völkerbundes seien gewisse Irrtümer begangen worden; er glaube, daß es besser gewesen wäre, Deutschland von Anfang an zuzulassen. Man hätte auf diese Weise viel Schwierigkeiten vermeiden können. Endlich habe er den Eindruck, daß man Spanien nicht die Behandlung, auf die es ein Anrecht habe, zuteil werden lasse, indem man ihm keinen ständigen Sitz im Völkerbundsrat gebe. Wenn die Auffassung über diesen Punkt sich nicht ändre, wenn Spanien nicht eine gerechtere Befriedigung erlange, die sich ebenso aus der Vergangenheit wie aus seiner jetzigen Lage ergebe, so könne es dazu gebracht werden, dem Völkerbunde nicht mehr das gleiche Interesse entgegenzubringen. Auch bei manchen anderen internationalen Veranstaltungen habe man Spanien sehr seltsam behandelt, so wollte man bei dem Washingtoner Abk. die span. Flotte sehr stark einschränken, während andere Seemächte damit drohten, eine neue Vermehrung herbeizuführen, die für den Weltfrieden beunruhigend wäre. Ehemals habe man mit Recht die verhängnisvollen Folgen der Politik der Geheimdiplomatie getadelt. An ihrer Stelle habe man jetzt eine Politik der Illusion den Nationen geboten.

Ende Juni. Unterdrückte Verschwörung.

Gegen die Gesellschaft Athenäum, die zu einem Sammelpunkt revolutionärer Elemente geworden ist, ergreift die Regg. die schärfsten Gegenmaßnahmen. Die in die Bewegung verwickelten Personen, darunter viele inaktive Militärs, werden verhaftet.

13. Juli. Unterzeichnung eines franz.-span. Marokko-Abkommens. Vgl. S. 281.

1. Aug. (Barcelona) Mißglücktes Attentat eines Anarchisten auf Primo de Rivera.

7. Aug. (Madrid) Unterzeichnung eines span.-italienischen Freundschafts- und Schiedsvertrags. Näh. s. Italien.

15. Aug. Spanisch-französischer Handelsvertrag.

Der neue Vertrag erneuert unter starken Abänderungen den alten von 1922, Spanien erhält den franz. Minimaltarif und die Meist-

begünstigung für gewisse, einem Mitteltarif unterworfene Artikel, Frankreich ebenso die Meistbegünstigung mit Ausnahme von Erzeugnissen der Metallindustrie und von künstlicher Seide.

26. Aug. Memorandum in der Tangerfrage.

Die Regg. läßt in London, Paris und Rom nach ihren bereits erfolgten mündlichen Mitteilungen ein schriftliches Memorandum überreichen, in dem sie ihre Ansprüche auf Tanger (Einbeziehung Tangers in die span. Marokkozone) begründet: Spanien mache seine Haltung in Genf von seinen Forderungen auf Tanger abhängig. Sein Standpunkt sei von dreierlei Gesichtspunkten aus zu betrachten. Erstens, was die lokalen Umstände betreffe, so habe die Erfahrung gelehrt, daß das internat. Regime in Tanger nicht lebensfähig sei. Zweitens, was das Festland anlange, so könnte Spanien niemals seine zivilisatorische Aufgabe in Nordafrika erfüllen, wenn Tanger der Zufluchtsort der Aufständischen und die offene Tür für den Waffenschmuggel bleibe. Drittens liege es im Interesse aller Mächte, den internat. Charakter der Meerenge zu sichern. Eine gründliche Prüfung der allgemeinen Lage durch die Mächte, die an dem Tangerregime interessiert seien, mit dem aufrichtigen Wunsche, eine endgültige Lösung des Problems herbeizuführen, erscheine also unbedingt notwendig. Die Verbindung des Tangerproblems mit der Haltung Spaniens in Genf sei gerechtfertigt, wenn man an die nahe bevorstehende Völkerbundstagung und an die diplomatische Aktivität denke, die in den letzten Tagen entwickelt worden sei. Die span. Regg. lade daher sämtliche Unterzeichner der Algecirasakte zu einer Konferenz in Genf ein.

Die Antworten der Mächte auf das Memorandum, dessen Überreichung auf Anregung Mussolinis erfolgt sein soll, treffen am 28. in Madrid ein. Die engl. Regg. verspricht die sympathische Erwägung aller berechtigten Beschwerden, lehnt aber die Einbeziehung Tangers in die span. Zone ohne ein Völkerbundsmandat für Spanien ab. Die franz. Regg. führt in ihrer Antwortnote u. a. aus: Die Fragen der Überwachung des Waffenschmuggels und ausländischer Machenschaften seien durch das franz.-span. Abk. vom 13. Juli ds. Jrs. bereits geregelt. Was die Entwicklung des span. Einflusses in der Tangerzone betreffe, so würde man leicht eine Verständigung erzielen können. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen würde zunächst festgelegt werden müssen, daß die materiellen und moralischen Interessen Frankreichs respektiert würden, und vor allem würde die Angelegenheit zwischen den interessierten Parteien, d. h. Frankreich und Spanien mit event. Unterstützung Englands geregelt werden müssen. Es sei absolut unmöglich, die Marokkoangelegenheit auf das Gebiet der internationalen Politik zu bringen. Eine Unbekannte bleibe bei der Rechnung noch, nämlich die Haltung Italiens. Die ital. Regg. erteilt eine freundschaftliche und wohlwollende Antwort.

Die franz. Haltung wird gekennzeichnet und erschwert zugleich durch ein Manifest, das am 26. Aug. in der „Depeche marocaine", der einzigen franz. Ztg. in Tanger, erscheint. Dasselbe beginnt mit einem heftigen Angriff auf die span. Regg. und schildert das span. Regime als ein System der Verfolgung und der Gewalt: Tanger werde niemals die Herrschaft Primo de Riveras anerkennen. Die Eingeborenen würden sich ihm widersetzen, denn ihre Brüder seien in der span. Zone hingeschlachtet worden. Auch die Juden würden sich der span. Herrschaft nicht unterwerfen, denn sie seien mit Duldung de Riveras genug geschlagen worden. Sogar die

Spanier in Tanger würden das Regime de Riveras ablehnen, denn die Elite der span. Schriftsteller und Gelehrten hätte sich nach Frankreich flüchten müssen, um den Verfolgungen des span. Diktators zu entgehen. Der Art. schließt mit den Worten: „Bewohner von Tanger verteidigt euch gegen die große Gefahr, die im Anzuge ist und die, wenn sie sich verwirklichen würde, alle euere Freiheiten niedertreten würde." Auf Ersuchen der Regg.en von Spanien und Italien werden der Verleger der Ztg. und der Verfasser des Artikels vom franz. Konsul aufgefordert, Tanger zu verlassen.

4. Sept. Absage an den Völkerbund. (S. „Völkerbund"!)

6. Sept. Verhängung des Belagerungszustandes.

Da der Konflikt zwischen Primo de Rivera und den Artillerieoffizieren wegen der Herabsetzung der Gehälter auf den Friedensstand zu Rebellionen geführt hat, wird über das ganze Land der Belagerungszustand verhängt und werden alle Offiziere der Artillerie von ihrem Posten enthoben. Primo de Rivera, der das vollständige Vertrauen des Königs genießt und auch die öffentliche Meinung des Landes hinter sich hat, gelingt es rasch, die Ruhe wiederherzustellen. Am 9. wird daher der Belagerungszustand wieder aufgehoben.

11.—13. Sept. Volksabstimmung für oder gegen die Regierung.

Im Zusammenhang mit der Revolte ordnet der König auf Antrag der „Patriotischen Union" eine Volksabstimmung für oder gegen die Regg. an. Die Abstimmung ergibt zirka 5 Mill. St. für Primo de Rivera; in den Provinzen ist die Stimmenzahl für die jetzige Regierungsform höher als in den Städten.

1. Okt. Amtliches Kommuniqué zur Tangerfrage.

Die Auslassung erklärt u. a.: Die engl. Meldungen über eine geplante span.-ital. Flottendemonstration vor Tanger und die an diese Meldungen anknüpfenden Kommentare anderer Blätter, daß die Absicht infolge ernster Vorstellungen der Großmächte habe aufgegeben werden müssen und daß dadurch die Wiederholung eines Agadirfalles verhindert worden sei, entbehren jeder Grundlage. Italien hat diese unsinnigen Gerüchte bereits dementiert. Für Spanien ist ein Dementi fast überflüssig angesichts seiner Verträge mit England und Frankreich, angesichts der wohlwollend aufgenommenen Schritte in dieser Angelegenheit, die bei einer demnächst stattfindenden Zusammenkunft geregelt werden soll, und angesichts der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich bei der Überwachung von Marokko. Das Problem von Tanger muß in einer ruhigen Atmosphäre behandelt werden. Die Absichten der span. Regg. sind bekannt und werden von allen Staaten vollständig verstanden. Spanien wird mit Frankreich Vorbesprechungen über eine Vorprüfung hinsichtlich des Protektorats über Marokko abhalten; später wird die Angelegenheit mit England als Signatarmacht des Tangerstatutes beraten werden. Dann wird Spanien seine Ansprüche zum Ausdruck bringen, die sich aus der Notwendigkeit einer Abänderung des Statutes ergeben, die erforderlich geworden ist, damit Spanien seine Mission in Marokko durchführen kann. Wahrheit, Rechtmäßigkeit, Aufrichtigkeit, das ist die Grundlage, die für die span. Regg. maßgebend ist. Vergeblich wird man die span. Regg. als vom Imperialismus und Machiavellismus beseelt hinstellen.

Anf. Nov. Katalanische Verschwörung. Vgl. S. 294.

VIII

Großbritannien

1. Jan. Neujahrskundgebungen.

Einen breiten Raum in den politischen Neujahrsbetrachtungen nimmt die Erörterung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein. Viel besprochen wird besonders die Kohlenfrage, die am 1. Mai mit dem Aufhören der Kohlensubsidien in ein kritisches Stadium treten wird; der Bergarbeiterführer Cook kündigt an, daß das Jahr 1926 keinen Rückzug und kein Kompromiß kennen werde.

5. Jan. Ministerpräsident Baldwin empfängt den türkischen Botschafter.

Der türk. Botschafter Achmed Ferid B. überbringt Baldwin die Antwort der türk. Regg. auf die von England gemachten Verhandlungsvorschläge in der Mossulfrage. Die Antwort der Türkei, meldet „Reuter", bedeute nicht, daß sie sich weigere zu verhandeln. — Die „Times" betrachtet im großen Zusammenhang die Lage als besorgniserregend: Drohend sei die türk.-russ. Initiative in Belgrad. Griechenland nähere sich dem faschistischen Italien. Bedenklicher als die Weigerung der Türken und Russen, in den Völkerbund einzutreten, sei der offen ausgesprochene Wunsch Tschitscherins, die Balkanstaaten vom Westen zu trennen und sie in das durch den russ.-türk. Vertrag begonnene System der Ostpakte einzugliedern. Tschitscherin hoffe dadurch die Mossulfrage mit dem ganzen ungelösten Komplex der Balkanfragen zu verbinden. Wenn diese Politik glücke, könnte Rußland ein Abenteuer in Beßarabien und die Türkei eines im Irak und in Syrien riskieren. Die Westmächte sollten daher die Initiative ergreifen, um ein Balkan-Locarno zustandezubringen und so dem geplanten Ostpakt Tschitscherins zuvorzukommen.

7. Jan. Ablehnung der deutschen Beschwerde in der Zollfrage.

Die deutsche Regg. richtete an die engl. eine Beschwerdenote dagegen, daß die neuen Zölle ohne öffentliche Ankündigung und ohne Gewährung einer Frist in Kraft gesetzt wurden. Die engl. Regg. lehnt in ihrer Antwort die Beschwerde als unbegründet ab: Nach der engl. Zollgesetzgebung sei bei vorher abgeschlossenen Kontrakten der neue Exportzoll vom brit. Importeur und nicht vom deutschen Exporteur zu zahlen. Es handle sich also gar nicht um die in der Konvention von 1923 geregelte Frage, daß der Ausländer neue Zölle zahlen müsse.

15. Jan. Verlängerung des Mandats über Irak. Vgl. Asien!

15. Jan. (Birmingham) Baldwin über die Reform der Elektrizitätswirtschaft.

Premiermin. Baldwin berichtet bei einem Empfang eingehend über die von der Regg. geplante großzügige Elektrizitätsversorgung des ganzen Landes: Das augenblickliche System der engl. Elektrizitätsversorgung ist völlig desorganisiert. Es bestehen zurzeit nicht weniger als 541 Kraftstationen. Die Hälfte des ganzen Stromverbrauchs wird von 42 größeren Stationen geliefert, die übrigen 500 haben eine ganz unzulängliche und vielfach unrentable Organisation. Die Stromkosten sind außerordentlich verschieden und schwanken zwischen einem halben Penny und 11 Pence. In vielen Bezirken ist der Strom entweder überhaupt

nicht zu haben oder so teuer, daß er für die Industrie nicht mehr rentabel ist. Die Regg. will nunmehr durch ihren GE. die ganze Stromversorgung vereinheitlichen. An die Spitze der neuen Organisation tritt ein Elektrizitätsversorgungsamt, dessen Mitglieder Vertreter der privaten Elektrizitätsinteressenten sein sollen. Das Amt erhält jedoch den Charakter einer Behörde mit weitreichenden Vollmachten. Zunächst wird versucht werden, selbst die kleinsten Betriebe durch privatrechtliche Verträge in das neue System einzugliedern. Es ist aber vorgesehen, daß die neue Behörde auch mit Enteignungen und zwangsweisen Zusammenlegungen vorgehen kann. Auch die bestehenden Großstationen werden an das geplante Ueberlandnetz angeschlossen. Das Kapital soll von Privatleuten aufgebracht werden. Die Regg. wird Kredite zur Verfügung stellen, also keine Subsidien zahlen. Um jedoch der privaten Initiative einen Anreiz zur Beteiligung zu geben, wird die Regg. eine Rentabilitätsgarantie übernehmen. Das neue System wird eine erhebliche Stromverbilligung mit sich bringen, so daß die Nachfrage nach elektrischem Strom steigen und die industrielle Tätigkeit im ganzen Lande sich heben wird. Damit würde gleichzeitig die Arbeitslosigkeit abnehmen. Die Basis der Stromerzeugung ist in erster Linie die Kohle, während die Wasserkräfte weniger in Frage kommen, so daß sich auch für die Kohlenindustrie die Lage bessern würde.

20. Jan. Lloyd George über die Politik der Lib. P.

Lloyd George spricht über die zukünftigen Beziehungen der Lib. P. zur Labour Party: Eine Wiederholung des Experiments von 1924, als die Lib. die Arb. zur Regg. brachten, sei undenkbar. Dieses Experiment sei ein schwerer politischer Fehler gewesen. Soweit es von ihm abhänge, könne er nur sagen: Niemals wieder! Es sei heute die Aufgabe der Lib. P., nicht über eine Koalition zu verhandeln, sondern für eine stärkere liberale Vertretung im Parlament zu sorgen. Dazu hätte die Partei drei bis vier Jahre Zeit. Als Agitation empfehle er seine Bodenreformpropaganda.

20. Jan. (Leeds) Churchill über das Sparprogramm.

Vor der Handelskammer in Leeds entwickelt Schatzkanzler Churchill sein Sparprogramm. Er warnt die sich noch sträubenden Ressorts. Sein Programm, das er im Febr. dem Parlament vorlegen werde, sei ein unteilbares Ganzes; wenn wichtige Teile herausgerissen würden, so habe er keinen anderen Ausweg, als die Steuern, die er im Vorjahre ermäßigt habe, wieder zu erhöhen. Er glaube, daß sich das bisherige Defizit des laufenden Jahres durch die üblichen höheren Steuereingänge der letzten drei Monate bis zum April ausgleichen werde. Die Kohlensubsidien, deren Kosten Lloyd George auf 50 Mill. Pf. geschätzt habe, würden 21 Mill. Pf. nicht übersteigen.

27. Jan. Kriegsschuldenabkommen mit Italien.

Näh. s. Abschn. II am Schluß!

27.—29. Jan. Außenminister Chamberlain in Paris.

Ende Jan. Austritt Alfred Monds aus der Lib. P.

Der Großindustrielle Sir Alfred Mond erklärt in einem Briefe an Lord Oxford and Asquith seinen Austritt aus der Lib. P., der er sein ganzes Leben angehört hat, und schließt sich der Konf. P. an. Als Grund gibt er das Reformprojekt Lloyd Georges an. Mit Mond scheidet

der hervorragendste Vertreter der liberalen Geschäftswelt aus der Lib. P. aus und macht die Bahn frei für die vom lib. Dogma befreite Mittelstandspartei unter der Führung von Lloyd George.

2. Febr. (Parlament) Eröffnung und Thonrede.

Der König eröffnet durch Verlesung des neuen Regierungsprogramms das Parlament. Der erste Teil der Thronrede gibt einen Überblick über die großen Ereignisse des letzten Jahres, den Pakt von Locarno, die italienische Schuldenregelung, die Vorgänge in China und die Völkerbundsentscheidung in der Irak-Grenzfrage sowie den Vertrag mit dem Königreich Irak. Im zweiten Teil wird eine Reihe neuer GE. besprochen: der Elektrifizierungsplan, das Landwirtschaftsprogramm zur Erleichterung der Kreditbeschaffung für die kleinen Farmer, die Ausdehnung des Handelszeichenschutzes. Aber alle diese Fragen — heißt es dann weiter — werden von zwei Problemen überschattet werden, unter deren Druck die Regg. in allen ihren Maßnahmen steht. Das erste betrifft die Staatsfinanzen. Trotz der kleinen Erleichterung in Gestalt der ersten italienischen Schuldenabzahlung in Höhe von einer Mill. am 1. März hat der Schatzkanzler einem ernsten Defizit infolge der Kohlensubventionen für das laufende Finanzjahr entgegenzusehen. Entweder muß erreicht werden, daß im nächsten Jahre 30 Mill. Pfund weniger im Staatshaushalt verbraucht werden, oder es muß eine Erhöhung der Einkommensteuer eingeführt werden. Die andere entscheidende Aufgabe ist die Lösung der Kohlenkrise.

2. Febr. (Oberhaus) Antwortadresse.

Die Antwortadresse auf die Thronrede wird ohne namentliche Abstimmung angenommen. In der vorausgegangenen Debatte sagt Lord Salisbury im Namen der Regg., die Außenpolitik der Regg. sei eine aufrichtige Politik des Ausgleiches der Gegensätze und der Versöhnung. Lord Beauchamp (Lib.) fordert die Regg. auf, eine Verkürzung der im Versailler Vertrag vorgesehenen Besetzungsfristen zu erwägen. Es sei schwer einzusehen, welchen Vorteil man gewinne, wenn Deutschland in den Völkerbund eintrete, während die Besetzung noch fortdauere.

2.—8. Febr. (Unterhaus) Antwortadresse.

Ministerpräsid. Baldwin begründet zunächst den Aufschub der vorbereitenden Abrüstungskonferenz. Auf die Frage Lloyd Georges, welche Regg.en den Aufschub wünschten, nennt Baldwin Frankreich, Japan, die Tschechoslowakei und Italien. Bezüglich der geplanten Konferenz über die Arbeitszeit erklärt er, das beste Mittel zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Arbeiter würde eine zunehmende Uebereinstimmung der Arbeitszeit in den wichtigsten produzierenden Ländern sein. Das Arbeitszeitabk. von Washington könne die brit. Regg. nicht eher ratifizieren, als die anderen Regg.en das gleiche tun. Die Kohlensubvention werde sich bis Mai beträchtlich vermindern und die Aufwendungen im Dez. dürften den Höhepunkt dargestellt haben. Über die Regelung der Schulden erklärt er: Amerika würde einer Annullierung sämtlicher Kriegsschulden niemals zugestimmt haben. Bei der Fundierung der italienischen Schulden sei Rücksicht genommen worden auf die Zahlungsfähigkeit Italiens und auf die italienischen Zahlungen an Amerika. Clynes (Arb.-P.) sagt u. a.: die Thronrede trage der sozialen und wirtschaftlichen Lage keine Rechnung. Lloyd George, der mit 17 gegen 7 St. wieder zum Führer der Lib. gewählt wird, betont, daß der Pakt von

Locarno von keinerlei Nutzen sei, wenn sich Europa nicht an die Lösung der Abrüstungsfrage heranmache. Er kritisiert ferner die Maßnahmen der Regg. hinsichtlich der Unterstützung des Kohlenbergbaues. Baldwin und Curchill hätten sich verrechnet, als sie die Unterstützung dieser Industrie beschlossen.

Am 4. eröffnet Abg. Snowden (Arb.-P.) mit der Begründung des am 3. eingebrachten Zusatzantrags zur Antwortadresse (Lebensstandard der Arbeiter, Reorganisierung der Industrie auf Grund der Nationalisierung und Kontrolle des öffentlichen Dienstes) die grundlegende Auseinandersetzung mit der Politik der kons. Regg. Er macht Propaganda für die Moral des Sozialismus und die Verstaatlichung lebensnotwendiger Industrien. Beträchtliches Aufsehen erregt seine offensichtlich entgegenkommende Haltung gegenüber den Lib. und seine beifälligen Äußerungen zu Lloyd Georges Landreformen.

Am 5. erklärt Arbeitsmin. Ramsay-Steel-Maitland, die wirtschaftliche Lage sei besser als zu dem Zeitpunkt, da die Regg. ihr Amt übernommen habe. In diesem Jahre habe ein allgemeines Steigen der Löhne stattgefunden. Die Regg. würde die Unterstützung jeder Partei zur Verminderung der Arbeitslosigkeit willkommen heißen. Man müsse sich dabei vor Augen halten, daß es das Schlimmste für die Industrie sein würde, wenn sie den eigenen produktiven Unternehmungen das Geld zum Besten der Hilfspläne entzöge. Es wäre ein Irrtum, wenn man für alle Übel den Kapitalismus verantwortlich machen und annehmen würde, daß staatliche Unternehmungen eine Erleichterung ertragen würden. Der Antrag Snowden (s. o.) wird sodann mit 290 gegen 112 St. abgelehnt.

Am 8. wird die Antwortadresse angenommen. In der vorausgegangenen Schlußdebatte spricht der Innenmin. Joynson-Hicks noch über die eingehenden Vorbereitungen der Regg. für den Fall, daß es infolge der Kohlenkrise im Mai zu einem Generalstreik kommen sollte. Es ständen bereits ein freiwilliger Nothelferdienst zur Aufrechterhaltung des notwendigsten Verkehrs und zur Versorgung der Stadtzentren mit Lebensmitteln sowie Verstärkungen der Polizei und auch Truppendetachements zur Unterdrückung eines etwaigen Aufruhrs bereit.

10./11. Febr. (Unterhaus) Anfragen betr. Besatzungsfrage; China.

Abg. Kenworthy richtet an den Staatssekretär des Aeußern die Frage, ob über die Herabsetzung der noch in Deutschland befindlichen all. Besatzungstruppen ein Übereinkommen zustande gekommen sei, und ob solche Herabsetzungen zu erwarten seien. Außenmin. Chamberlain antwortet: Die Stärke der Besatzungstruppen beläuft sich auf 74500 Mann. Es ist aber nicht zutreffend, daß die Regg.en der Besatzungsmächte beschlossen hätten, die Gesamtstärke der Besatzungstruppen in der 2. und 3. Zone in dieser Höhe festzusetzen. Die Politik der Besatzungsmächte geht dahin, daß eine nennenswerte Herabsetzung der jetzigen Besatzungsstärke durchgeführt werden soll, sobald die Verträge von Locarno ratifiziert und Verbesserungsmaßnahmen, die bereits in dem Besatzungsregime eingeführt worden sind, im besetzten Gebiet ihre natürlichen befriedigenden Wirkungen erzielt haben.

Am 11. beantwortet die Regg. weitere Anfragen. Chamberlain teilt mit, er stehe im Gedankenaustausch mit den übrigen Unterzeichnern der Verträge von Locarno zwecks Festsetzung eines baldigen Zeitpunktes für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden. Baldwin erklärt, daß die

Wirkung der brit. Verteidigungsprobleme auf die Politik, die im Vertrag von Locarno gipfelte, vom Reichsverteidigungsausschuß in jedem Stadium erwogen werde. Chamberlain teilt weiter mit: die Gesamtausgaben Großbritanniens, Frankreichs und Italiens für den Völkerbund seit seinem Bestehen betragen ungefähr 431888 bzw. 396041 bzw. 227736 Pf. In diesen Ausgaben sind die Kosten des Internat. Gerichtshofes enthalten. Finanzsekretär Mac Neill erklärt auf eine Frage über die franz.-brit. Schulden: Churchill stehe im Gedankenaustausch mit dem franz. Finanzminister.

Über die Vermehrung der ständigen Sitze im Völkerbundsrat erklärt Chamberlain: Macdonald wird anerkennen, daß in einer Angelegenheit, die Gegenstand der Erörterung und Entscheidung des Völkerbunds ist und über die zunächst eine erhebliche Meinungsverschiedenheit bestehen muß, es wünschenswert ist, den Gefühlen und Ansichten dieser Körperschaft Rechnung zu tragen. Es würde tatsächlich den Zweck solcher gemeinsamen Beratungen vereiteln und dem Einfluß des Völkerbundes abträglich sein, wenn Vertreter eines Landes im voraus durch starre Instruktionen gebunden wären, die irgendein allgemeines Übereinkommen unmöglich machen würden. — Wedgwood Benn stellt die Frage, ob Chamberlain Angaben darüber machen könne, welche Haltung die brit. Regg. gegenüber dem Gesuch zweier Mächte einnehme. Chamberlain: Ich glaube, es handelt sich um mehr als zwei Mächte. Ich hoffe, daß das Haus mir erlauben wird, mich auf die gegebene Erklärung zu beschränken. Abg. Thurtle (Arb.-P.) fragt, ob irgend etwas Wahres an der in der Presse erschienenen Andeutung sei, daß Chamberlain der span. Regg. das Versprechen gegeben hätte, ihren Anspruch auf Zulassung zum Völkerbundsrat zu unterstützen. Chamberlain erwidert: Ich wünsche zurzeit nicht, meiner eben gemachten Mitteilung irgend etwas hinzuzufügen.

Auf eine Anfrage wegen China erklärt Chamberlain: Die Regg. hat den ernsten Problemen, die sich aus dem antibritischen Streik und dem Boykott in Südchina ergaben, beständige Aufmerksamkeit gewidmet. Am Anfang des Jahres schien es wahrscheinlich, daß die Verhandlungen zwischen Hongkong und Kanton erfolgreich sein würden. Aber unglücklicherweise brachen sie in einer Art ab, die es der ganzen Welt klar machen mußte, daß die Regg. in Kanton sich unter so blinden antibritischen Einflüssen befindet, daß sie einer vernünftigen Regelung nicht zugänglich ist. Die Lage im übrigen China ist davon verschieden. Die Politik der Regg. ist von dem aufrichtigen Wunsche diktiert gewesen, freundliche Beziehungen mit dem chinesischen Volke zu unterhalten und zu fördern. Diese Haltung, die sich Geduld und Versöhnung zur Richtlinie nimmt, trägt im langsamen und stetigen Wiederaufbau der Freundschaft zwischen England und den chinesischen Völkern ihre Frucht. Die Handelsbeziehungen im Yangtsetal bessern sich z. Zt., und sie würden sich in gleicher Weise in Nordchina bessern, wenn kein Bürgerkrieg wäre. Es sind viele Anzeichen vorhanden, daß die gesetzlosen Aktionen direkt dem kommunistischen Einfluß zuzuschreiben sind, gegen den alle Teile des chinesischen Volkes eine Abneigung empfinden.

17. Febr. (Unterhaus) Völkerbundsfragen.

Außenmin. Chamberlain erörtert die Stellung der Dominions im Völkerbund. Auf die Anregung, daß der brit. Vertreter seine Zustimmung zur Vermehrung der ständigen Mitglieder des Völkerbunds-

rates nur geben solle, wenn die Dominions zuvor ihr Einverständnis erklärt hätten, erwidert er, die Regg. stehe bereits über diese Frage in einem Meinungsaustausch mit den Dominions. Auf eine Frage, ob für den Weltfrieden eine Vertretung Kanadas im Völkerbundsrat nicht ebenso wichtig sei wie eine Vertretung Brasiliens, erklärt Ch., er könne solche Vergleiche nicht billigen, aber die Sympathie der Regg. mit den Wünschen und Bestrebungen sämtlicher Dominions sei ja immer wieder zum Ausdruck gebracht worden.

17. Febr. (London) Eröffnung des Parteitags der Lib. P.

Dem sehr zahlreich beschickten Konvent liegt das Bodenreformprogramm Lloyd Georges zur Entscheidung vor. Asquith und Lloyd George halten versöhnlich gestimmte Einleitungsreden. Zunächst wird bei 3 Stimmenthaltungen einstimmig eine Entschließung angenommen, daß die Schäden des Landmonopols ohne eine praktische Bodenreformpolitik nicht behoben werden könnten. Am 18. werden fast ausnahmslos die vorgeschlagenen Reformen für die Landarbeiter und den ländlichen Grundbesitz angenommen. Bei der Beratung der Rechte, welche den zu bildenden Landbehörden zwecks Übernahme, bezw. Nationalisierung von Grundbesitz zustehen sollen, wird unter Führung von Ramsay Muirs der Versuch gemacht, den Reformplan Lloyd Georges an einer entscheidenden Stelle zu durchbrechen; jedoch greift Lloyd George temperamentvoll ein und rettet den Grundgedanken, nämlich die Bestimmung, daß die Landbehörde bei dem Wechsel eines Pächters das Grundstück an sich ziehen darf. Bei den Landarbeitern und Kleinbesitzern findet Lloyd George begeisterten Beifall.

18. Febr. (Darlinton) Ersatzwahl.

Bei der Parlamentswahl erhält Shepherd (Arb.-P.) 12965 St., Pease (Konf.) 12636 und Dickie (Lib.) 3523 St. Die Arb.-P. gewinnt somit einen Sitz.

18. Febr. (Unterhaus) Irakvertrag.

Mit 265 gegen 116 St. wird das neue Abk. mit der Irakregg. angenommen. Gegen den Vertrag stimmt außer der Arb.-P. auch eine kleine Zahl Liberaler. Die Arb.-P. fordert, daß die Aufnahme des Irak in den Völkerbund beschleunigt werden solle. Aus der Debatte ist hervorzuheben die Mitteilung Chamberlains, daß die Türkei im März des vor. Js. England ein Abk. angeboten habe, wonach Mossul territorial an die Türkei falle, während England die gesamten Ölkonzessionen und jede gewünschte andere Konzession erhalten sollte. Von der jetzigen Völkerbundslösung befürchte er keine weiteren Komplikationen mit der Türkei.

23. Febr. (Birmingham) Chamberlain über die Frage der Ratssitze.

Außenmin. Chamberlain nimmt in einer Rede zur Frage der Erweiterung des Völkerbundsrats Stellung: Die auf der nächsten Genfer Zusammenkunft zu beschließende Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und seine Wahl zum ständigen Mitglied des Völkerbundsrates betrachte ich geradezu als eine von vornherein feststehende Tatsache. Aus Anlaß der Umbildung des Völkerbundsrates, welche der Eintritt Deutschlands zur Folge hat, hat sich die Frage erhoben, wie die künftige Zusammensetzung des Völkerbundsrates sein soll. Ich sehe, daß nicht nur in

unserem Lande von einigen Leuten in Wort und Schrift ausgeführt wird, daß wegen des Beitritts Deutschlands auch einige andere Nationen als Gegengewicht aufgestellt werden sollten. Dies ist keine historisch richtige Darstellung der Frage. Seit ziemlich langer Zeit sahen wir dem Augenblick entgegen, da Deutschland seinen Platz im Völkerbundsrat einnehmen werde. Schon bevor dies praktische Politik wurde, wurde über die Zusammensetzung des Rates debattiert. Schon früher wurde darüber gestritten, welchen Mächten ständige Sitze im Völkerbundsrat zuerteilt werden sollten. Von diesem oder jenem Lande wurde die Forderung gestellt, daß, wenn der Augenblick für eine Veränderung gekommen wäre, ihr Fall in Erwägung gezogen werde und daß sie dann zugelassen werden würden. Seit einiger Zeit führten wir den Völkerbundsrat im Hinblick auf den von uns erhofften Eintritt Deutschlands von Jahr zu Jahr mit nichtständigen Mitgliedern fast so, als wenn diese ständige Sitze hätten. Die ganze Maschinerie des Völkerbundes wurde aus verschiedenen Gründen in ihrem alten Zustand erhalten, deren einer eben der erwartete Eintritt Deutschlands war. Vieles wäre nicht gesagt oder geschrieben worden, wenn die Leute sich vergegenwärtigt hätten, daß diese Frage bis zum Eintritt Deutschlands aufgeschoben wurde und natürlich erörtert werden muß, wenn irgendeine Veränderung in der Zusammensetzung des Rates erfolgt. Die große zur Erörterung stehende Frage war, ob abgesehen von Deutschland noch irgendeine Vergrößerung des Rates stattfinden solle. Da möchte ich doch einen Gesichtspunkt geltend machen, der zu wenig beachtet worden ist. Der Völkerbundsrat besteht aus zehn Mitgliedern und mit Einschluß Deutschlands aus elf. Scheint es, daß elf Mitglieder hinreichend sind, um das moralische Urteil der Welt zu sprechen, wenn in irgendeinem Augenblick unter den feierlichsten und kritischsten Umständen vielleicht sechs von elf Mitgliedern nicht in der Lage wären, ihre Stimme abzugeben oder an einer Entscheidung sich zu beteiligen, weil sie selbst interessierte Parteien sind und die Ansichten des Rates dann die Ansichten einer Minderheit sein könnten? Es gibt gute Gründe für eine Vermehrung der Zahl der Ratsmitglieder, damit nämlich in Fällen, wo soviel von der moralischen Autorität ihrer Entscheidung abhängt, diese Entscheidung von der Welt als autoritativ anerkannt werden kann. Chamberlain sagt weiter, er wisse, daß einige seiner Kollegen im Unterhaus eine Entschl. angenommen haben, in der sie gegen jede Erweiterung des Völkerbundsrates außer der durch den Eintritt Deutschlands notwendig werdenden protestieren mit der Begründung, daß die Zulassung irgendeiner anderen Nation dem Abk. von Locarno zuwiderlaufe. Er dürfe wohl behaupten, daß, wenn irgend jemand mit dem Abk. von Locarno vertraut sei, er selbst dies sei. Die Regg. heiße Deutschland im Völkerbunde willkommen, weil sie der Ansicht sei, daß sein Eintritt ein Schritt vorwärts sei in dem Werk der Versöhnung zwischen den Feinden von gestern, von dessen Erfolg der Friede von morgen abhänge. Irgendwelchen anderen Nationen das Recht streitig zu machen, daß ihr Anspruch auch nur in Erwägung gezogen werde, sei etwas, was die deutschen Staatsmänner zu klug seien zu tun im Interesse ihres Landes in seiner neuen Stellung in der neu aufgebauten Welt und seiner Beziehungen zu den fremden Nationen.

26. Febr. Kabinettssitzung über die Völkerbundsfragen.

Über das Ergebnis verlautet nichts. Macdonald behauptet, von autorisierter Seite erfahren zu haben, daß England den Antrag unter-

stützen werde, sowohl Spanien als auch Polen ständige Ratssitze zu geben.

26. Febr. (Newcastle) Rede Lord Greys.

Lord Grey spricht über den Weltfrieden: Wenn der Wille zum Frieden bestehe, so könnte er zur Geltung gebracht werden, und der Völkerbund sei das Instrument zur Erreichung dieses Zieles. Dieser hätte im vergangenen Jahr gute Arbeit geleistet; die Regelung des Konflikts zwischen Griechenland und Bulgarien sei ein Beispiel dafür. Dann habe der Völkerbund den Vertrag von Locarno hervorgerufen. Im Augenblick sei die öffentliche Meinung erregt wegen der Frage der gleichzeitigen Zulassung Polens und Deutschlands zu einem ständigen Ratssitz. Es sei nicht zweckmäßig, jetzt auf die Regg. einen Druck auszuüben. Wenn die Regg. heute schon eine Erklärung abgeben würde, so würde das sowohl die franz. als auch die deutsche Regg. zwingen, gleichfalls Erklärungen zu geben. Er hoffe, daß die drei beteiligten Regg.en, die brit., franz. und die deutsche, in Genf zusammenkämen, ohne sich vorher bereits gebunden zu haben. In Genf kämen dieselben Leute zusammen, die sich in Locarno getroffen hätten. Die ganze Kontroverse gegen Polen sei ein großes Übel; sie hätte in gewissen Kreisen große Hoffnungen erregt, die sich voraussichtlich nicht verwirklichen würden, und in anderen Kreisen Befürchtungen. Deutschland müsse in durchaus fairer Weise in den Völkerbund aufgenommen werden, ohne irgendeine vorherige Änderung in der Zusammensetzung des Völkerbundsrates. Die wichtige Frage der Zusammensetzung des Völkerbundsrates sollte erst erörtert werden, wenn Deutschland an diesen Erörterungen teilnehmen könne. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bringe wahrscheinlich ein gewisses Risiko mit sich. Aber wenn der Bund nichts riskiere, werde er Mißerfolge ernten und allmählich zugrunde gehen. Das Risiko der Zulassung Deutschlands liege darin, daß es als Bundesmitglied nicht so sehr dem Ideal des Völkerbundes dienen, sondern viemehr die besonderen Interessen der Dnat. vertreten könnte. Nichts aber sei mehr geeignet, diese Gefahr zu steigern, als wenn im Augenblick der Aufnahme Deutschlands noch ein anderer Staat zum ständigen Ratsmitglied gemacht würde, um Deutschlands Einfluß auf den Bund zu neutralisieren.

1. März. Marineetat 1926.

Der Erste Lord der Admiralität, Bridgeman, legt den Marineetat für 1926 vor, der mit 58,1 Mill. Pf. um 2,4 Mill. niedriger ist als im Vorjahre. Die Ausgaben für Neubauten (2 kleine Kreuzer von je 10000 t, 1 kleiner Kreuzer neuen Typs von 8000 t, 6 U-Boote, 1 U-Bootsdepotschiff, ein Werkstattschiff und vier kleinere Fahrzeuge) sind von 7,2 auf 9 Mill. gestiegen. Die Ersparnis von 5 Mill. ist dadurch erzielt worden, daß eine Reihe älterer Torpedoboote, die die Altersgrenze noch nicht erreicht haben, außer Dienst gestellt wurde und in der Marineverwaltung selbst gespart wird. Bridgeman hat dem Etat Erklärungen beigegeben. Er kündigt u. a. an, daß vom nächsten Jahre ab sämtliche Seeoffiziere im Flugdienst ausgebildet werden.

3. März. (Kabinettsrat) Die Richtlinien für Genf.

Wie die „Times“ meldet, geht die allgemeine Ansicht des Kabinetts dahin, daß auf der kommenden Genfer Tagung nichts unternommen

werden dürfe, was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und den Bedingungen, die Deutschland selbst als fair betrachte, in irgendeiner Weise Abbruch tun könne. Es sei kaum zweifelhaft, daß England keiner anderen Nation als Deutschland einen ständigen Ratssitz befürworten werde. Auch das Unterhaus sei praktisch einstimmig darin, daß die übrigen Ratsansprüche auf Sept. zu vertagen seien.

4./5. März. (Unterhaus) Das Programm für Genf.

Außenmin. Chamberlain führt u. a. folgendes aus: Das Programm der bevorstehenden Sitzung des Völkerbundsrats ist nicht auf den einen Punkt der Aufnahme Deutschlands beschränkt. Ich muß gestehen, daß ich mit Besorgnis den Fortschritt der internationalen Kontroverse verfolgt habe, die bei dieser Gelegenheit entstanden ist. Die eine oder die andere Partei im Völkerbund zu stärken, scheint mir ein Mißverständnis der Verfassung und des Geistes des Völkerbunds zu sein und eine Gefahr für seine dauernde Existenz. Wir müssen dort nicht unsere eigene nationale Sprache sprechen, sondern die Sprache von Europa, ja die Sprache der Welt. Das scheint mir in der Presse der verschiedenen Länder bei dieser Gelegenheit zu wenig beachtet worden zu sein. Dagegen schöpfe ich Hoffnung aus der Mäßigung der amtlichen Erklärungen. Ob wir die Reden Dr. Luthers oder Briands, die Reden Vanderveldes oder des Grafen Skrzynski ansehen, wir finden überall dasselbe Zeugnis für ein Gefühl der Schwierigkeit der Situation. Es ist natürlich, daß die Nationen, die Hoffnungen auf einen Ratssitz gehegt haben, ihre Ansprüche erneuern, wenn der Eintritt einer großen Macht in den Rat vorgeschlagen wird. Wir sind keine unabänderlichen Gegner eines Wechsels im Rat oder einer Vermehrung des Rats. Es hat aber überrascht, daß diese Fragen jetzt aufgerollt werden und den Erfolg von Locarno gefährden könnten. Es hat sich sogar das Gefühl gezeigt, daß etwas in der Luft ist, was nicht fair play ist (Hört! Hört!), ein Gefühl, daß sich eine von den Mächten mit Recht über ein mit ihr getriebenes ungewöhnliches Spiel beklagen könnte. Das leitende Prinzip für die Vertreter Englands bei den Genfer Besprechungen ist jedoch, alles zu vermeiden, was den Erfolg von Locarno gefährden und es Deutschland im letzten Augenblick unmöglich machen könnte, in den Völkerbund einzutreten. Es war eine wesentliche Bedingung der englischen Zustimmung zum Vertrage von Locarno, daß Deutschland in den Völkerbund kommt. Ich betrachte es als die erste Konsequenz, daß diese Bedingung erfüllt wird und daß nicht Deutschland jetzt verhindert wird, seinen Plan auszuführen. Chamberlain wendet sich dann gegen die Bestrebungen, die Mehrheitsabstimmung im Völkerbundsrat einzuführen: Die Erhaltung der Bestimmung einstimmiger Entscheidung sei wesentlich schon deswegen, um jede Art von Intrigen zu vermeiden. Dazu werde die brit. Regg. unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben. Sie werde sich nicht an dem Versuch beteiligen, im Völkerbundsrat wieder die Lager von feindlichen Mächten zu schaffen, die der Fluch Europas vor dem Kriege gewesen wären. Er wiederhole diese Erklärung, um die Nutzlosigkeit eines solchen Versuches zu betonen. Was das aktuelle Problem der Vermehrung des Völkerbundsrats anlange, sei klar, daß der Rat so klein bleiben müsse, um praktische Arbeit leisten zu können. Andererseits sei es wichtig, daß der Rat genügend groß sein müsse, um alle Mitglieder des Völkerbundes in fairer Weise zu repräsentieren und um in seiner eigenen Machtsphäre genügend autori-

siert zu sein. Die Opposition richte sich in der Hauptsache gegen die Vermehrung der ständigen Ratssitze. England hat, fährt Ch. fort, nie den Standpunkt eingenommen, daß neue ständige Ratssitze nur an Deutschland, Amerika oder Rußland verliehen werden sollen. Jede Vermehrung der ständigen Ratssitze muß genau geprüft werden. Eine solche Erörterung hat vor vier Jahren stattgefunden, und zu dieser Zeit hat die brit. Regg. den Anspruch Spaniens unterstützt. Ich sehe nichts, was inzwischen geschehen wäre, daß die brit. Regg. ihre grundsätzliche Haltung gegenüber dem spanischen Anspruch ändern sollte. Eine andere Frage ist die Zeit, zu der dieser Anspruch durchgedrückt werden soll. Macdonald und Lloyd George stellen die entscheidenden Zwischenfragen. Macdonald fragt, ob dies bedeuten solle, daß der spanische Anspruch nicht im März durchgedrückt wird. Chamberlain antwortet: Wir werden vor der Ratssitzung eine private Besprechung mit den deutschen Delegierten haben. Wenn dann eine friedliche Vereinbarung erzielt werden sollte, so wird England das nicht ablehnen. Heute morgen hat mir der deutsche Botschafter den Vorschlag zu einer solchen Konferenz übermittelt, und ich habe ihn angenommen. Ich habe diesen Wunsch allerdings schon vor vierzehn Tagen Deutschland und den übrigen Locarno-Mächten ausgedrückt. Lloyd George fragt: „Bedeutet das, daß England gegen eine Vermehrung des Völkerbundsrats stimmen wird, wenn es auf dieser Besprechung nicht zu einer gütlichen Einigung mit Deutschland kommen sollte?“ Darauf gibt Chamberlain die ausweichende Antwort: Wir werden alles tun, um die Früchte von Locarno reifen zu lassen.

Sodann spricht namens der Opposition Abg. Macdonald (Arb.-P.) und stellt zwei Forderungen auf: erstens müsse die Frage der übrigen Ratssitze vertagt werden, zweitens dürfe eine solche Vertagung unter keinen Umständen zu einem Handelsgeschäft gemacht werden, und Deutschland, das diese Frage nicht aufgerollt habe, dürfe, auch wenn es zu Verhandlungen über die Rückwirkungen bereit sei, nicht zur Zustimmung gepreßt werden. Abg. Mond (Kons.) kritisiert die prodeutsche Propaganda: Man solle sich vor den Deutschen hüten.

5. März. — Lloyd George (Lib.) hält eine sehr eindrucksvolle Schlußrede: Zum ersten Male in seiner Erinnerung habe er eine derartig einmütige Front der öffentlichen Meinung in einer Frage der brit. Außenpolitik gegen den Außensekretär erlebt. Es handle sich nicht darum, mit Polen, Spanien oder Deutschland zu einem Kompromiß zu kommen, sondern es handele sich um eine Frage der britischen Zukunft und um eine Ehrensache. Es sei unmöglich, daß ein brit. Minister sich hinstelle und sage: „Ich, der Außenminister Großbritanniens, habe die Sache nicht angeschnitten und wasche meine Hände in Unschuld.“ Ob Chamberlain in Paris ein Versprechen abgegeben oder nur seine Meinung geäußert habe, mache keinen Unterschied. Er gehe jetzt gebunden nach Genf, nämlich gebunden an seine eigene vorgefaßte Meinung. Lloyd George weist dann auf die Undankbarkeit gegenüber den deutschen Delegierten hin. Sie hätten das unpopuläre Werk von Locarno in Deutschland durchgedrückt trotz des weitverbreiteten Mißtrauens, das in Deutschland gegen den Völkerbund herrsche. Wenn Chamberlain von dem spirit of Locarno gesprochen habe, so könne er nur sagen, daß die Flasche schon wieder verkorkt sei.

Ministerpräsid. Baldwin verteidigt Chamberlain, mit dem das Kabinett vollkommen einverstanden sei. Die seinerzeit gewährte Unter-

stützung des Ratsanspruches für Spanien stamme vom Kabinett Lloyd George; es liege im Interesse einer stetigen Linie der Außenpolitik, wenn seine Regg. diese Politik Lloyd Georges fortsetze. Wenn Chamberlain und Lord Cecil nach Genf gingen, hätten sie in allererster Linie ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes mit einem Sitz im Rat werde. Großbritannien wünsche den freien und bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbundsrat. Was den Einschüchterungsversuch gegenüber Deutschland betreffe, so werde es so etwas nicht geben, soweit Großbritannien irgendwelche Macht habe, es zu verhindern. Schließlich wird der formelle Vertagungsantrag, den die Regg. gestellt hat, um Gelegenheit für die Debatte zu geben, abgelehnt und der Schluß der Aussprache beschlossen. Die Hälfte aller Kons. bleiben der Abstimmung fern.

10. März. Der Bericht der Kohlenkommission.

Das Kabinett veröffentlicht den Bericht der Kohlenkommission. Derselbe enthält eingehende Untersuchungen über die Lage des englischen Kohlenbergbaues und seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und beschäftigt sich dann mit dem Erfolg der Subsidienzahlungen. Der Bericht sagt u. a.: Wir empfehlen, daß die Subsidienzahlung nicht fortgesetzt wird. Unserer Ansicht nach ist das Prinzip schlecht. Die Kommission untersucht dann die Lage, die im Mai 1926 entsteht, wenn das Subsidiengesetz abläuft. Eine große Zahl von Bergwerken würde gezwungen werden zu schließen. Die besten würden weiterarbeiten und höhere Preise für ihre Kohle erzielen. Hunderttausende Bergarbeiter würden arbeitslos werden. Der Kohlenpreis würde steigen und die Depression in der Eisen- und Stahlindustrie und im Schiffsbau verstärken. Der Exportmarkt würde verloren gehen. Daher werden folgende positive Vorschläge gemacht: 1. Erwerbung durch den Staat. 2. Die gegenwärtigen vielen kleinen Bergwerke müssen vereinigt werden. 3. Zusammenschluß mit den verwandten Industriezweigen. 4. Neue Methoden für Gewinnung und Verbrauch der Kohlen. 5. Gemeinsame Verkaufsorganisation, besonders im Exporthandel. 6. Arbeitsbedingungen: Der Arbeitstag von durchschnittlich 7½ Stunden unter Tage soll aufrechterhalten werden. Die Löhne sollen durch soziale Zulagen für Frauen und Kinder ausgebaut werden. Profitanteile sollen gewährt werden und obligatorisch sein. Dazu bedarf es einer Übergangszeit. Für die unmittelbare Zukunft kommt der Bericht zu folgenden Folgerungen: Die Subvention hört ab 1. Mai auf und soll niemals erneuert werden. Der Vorschlag der Unternehmer, die Arbeitszeit um eine Stunde zu erhöhen, die Löhne herabzusetzen und die Eisenbahnfrachten durch Ermäßigung der Löhne der Eisenbahner herabzusetzen, kann nicht gebilligt werden. Die Bergarbeitergewerkschaft hat überhaupt keinen Vorschlag gemacht. Die Komm. schlägt daher von sich aus vor, falls die gegenwärtige Arbeitszeit aufrechterhalten bleibt, die Verluste der Unternehmer durch einen Lohnabbau auszugleichen. Wenn die Bergarbeiter freiwillig eine Verlängerung der Arbeitszeit mit geringer Lohnermäßigung vorziehen, so würde das Parlament zweifellos zur Zustimmung bereit sein. Das Prinzip des allgemeinen nationalen Lohnvertrages soll aufrechterhalten bleiben. Eine beträchtliche Differenz der Löhne in den verschiedenen Bezirken sei jedoch wesentlich. Die Komm. schlägt daher vor, daß die Vertreter der beiden Parteien zunächst auf nationaler Basis und dann distriktweise zu Lohnverhandlungen zusammentreten.

11. März. (Unterhaus) Etat für 1926.

Schatzkanzler Churchill legt das gesamte laufende Ausgabenbudget für 1926 vor. Der Gesamtetat für die Zivilverwaltung beträgt 301 Mill. Pf. (12 Mill. niedriger als im Vorjahre). Ersparnisse werden erzielt durch Abstriche auf Grund des gleichzeitig vorgelegten Spargesetzes für alle Zweige der Verwaltung. Der Armee-Etat ist mit 42,5 Mill. Pf. um 2 Mill. niedriger als im Vorjahr. Die Armee wird um weitere 1200 Mann auf 143 000 Mann herabgesetzt. Unter Einschluß der Kolonialtruppen, der Reserven und der Territorialarmee ergibt sich eine Gesamtzahl von 460 000 Mann. (Über den Marineetat s. S. 220.) Der ausschlaggebende Faktor des neuen Budgets ist jedoch der Schuldendienst. Die innere Schuld allein verlangt mehr als 300 Mill. Pf. an Zinsen, der Schuldentilgungsfonds 50 Mill. Pf. und die Zahlungen an Amerika 40 Mill. Churchill teilt mit, daß er das mit Caillaux abgeschlossene Schuldenabk. auf Zahlung von 12,5 Mill. Pf. jährlich für bindend halte. Die Lage sei ernst und vermehre die Schwierigkeiten des Schatzamtes.

23. März. (Unterhaus) Die Völkerbundstagung.

Die Debatte über die Genfer Tagung eröffnet Abg. Lloyd George (Lib.): Als ich Chamberlain zum Erfolge von Locarno beglückwünschte, tat ich das mit einem freudigeren Herzen als heute. Als seine Rede von Birmingham (S. 218) zeigte, daß er auf dem Wege war, seinen Erfolg zu vernichten, mußten die gegen ihn aufstehen, die ihn unterstützt hatten. Da gab es keinen Unterschied der Parteien. Alle sagten ihm das Unglück voraus. Aber Chamberlain ging in dieser Richtung weiter und endete mit dem, was er selbst als Tragödie bezeichnet hat. Er selbst hat von dem bedauerlichen Mißverständnis und dem bedauerlichen Fehler gesprochen, daß man eine wichtige Sache übersehen hätte. Von Locarno zurückgekehrt hat er erklärt, schwierig sei es nur gewesen, die deutschen Bedenken gegen den Eintritt in den Völkerbund zu überwinden. Gerade der Punkt aber, der jetzt Genf zum Scheitern gebracht hat, ist nie erwähnt worden. Wenn Chamberlain gewußt hat, daß Frankreich und Polen darauf bestehen, daß Polen gleichzeitig mit Deutschland in den Völkerbund eintritt, so war es unbegreiflich, das nicht zu erwähnen. Wenn man geglaubt hat, diese Angelegenheit sei so trivial, daß Deutschland nichts dagegen haben würde, so wäre es doch ein Gebot der Vorsicht gewesen, Deutschland hiervon zu unterrichten, statt daß man Deutschland diese Angelegenheit aus der franz. Presse erfahren ließ, wo der ständige Ratssitz für Polen in krassester Form als Gegengewicht gegen Deutschland hingestellt wurde. Jede Überlegung von Ehre hätte gefordert, daß man Deutschland vor der Unterzeichnung des Paktes unterrichtete. Es bleibt der Eindruck, daß Deutschland verführt worden ist, einen Kontrakt zu unterzeichnen, ohne alle seine Bedingungen zu wissen. Dieser Eindruck herrsche auch in Amerika. Sen. Borah sprach „von dem Betruge, der durch das Geheimabk. von Locarno an Deutschland verübt worden sei." Es geht auch nicht an, die Schuld auf Brasilien zu schieben. Schuld sind nur die Locarnomächte einschließlich Großbritanniens mit ihren Intrigen, Verschwörungen und Manövern. Der einzige, der die brit. Politik in Genf vertreten hat, war der schwedische Außenmin. Undén. Der Ausweg, daß man Schweden zum Verzicht auf seinen Ratssitz gebracht hat, ist der denkbar schlechteste gewesen. An Stelle Schwedens, das allein in Genf loyal zum Völkerbund gestanden hat,

hat man Polen unterstützt, das wiederholt gegen Völkerbundsbeschlüsse verstoßen hat. Lloyd George erinnert dabei an den Raub von Wilna und daran, daß der Gen., der den Kampf gegen Wilna „als Meuterei“ geführt hat, heute poln. Kriegsminister sei. England allein könne den Völkerbund retten. Außenminister Chamberlain beginnt seine Verteidigungsrede mit persönlichen Vorwürfen gegen Lloyd George, der seine Unterhausrede nicht abgewartet, sondern außerhalb des Hauses schwerere Anklagen gegen ihn vorgebracht habe als hier, mit der amerikanischen Presse in Verbindung getreten sei und überhaupt durch seine Zeitungsartikel zur Verschlechterung der Atmosphäre beigetragen und so die englische Außenpolitik bei Deutschland und anderen Ländern kompromittiert hätte. Das Hauptgewicht legt er auf den formellen Nachweis, daß er sich Briand und Polen gegenüber nicht gebunden habe bei seinem Aufenthalt in Paris. Nach seinem Urlaub habe er lediglich Spanien gegenüber die vor vier Jahren gegebene brit. Verpflichtung erneuert, Spanien einen ständigen Ratssitz zu verschaffen. Er habe jedoch keinerlei Verpflichtung Polen gegenüber übernommen und ausdrücklich erklärt, daß die Entscheidung hierüber dem Kabinett zustehe. Der Vorwurf, Polen in seinen Ansprüchen ermutigt zu haben, habe also nicht die geringste Begründung. Dann verliest er die Antwort auf das deutsche Völkerbundsmemorandum und erklärt, daß die deutsche Forderung, in einem unveränderten Völkerbundsrat einzutreten, eine neue Lage geschaffen habe und daß von einer solchen Bedingung weder vor noch in Locarno die Rede gewesen sei. Es wäre unmöglich gewesen, den Staaten, die schon Mitglieder des Völkerbundes gewesen seien, zu sagen: „Ihr habt kein Recht, die Diskussion aller Ansprüche zu verlangen.“ Er hätte daher nicht darauf bestanden, daß im Herbst nur der deutsche Anspruch erledigt werde. Der Vorwurf der Illoyalität gegen Deutschland sei also unbegründet. Der deutschen Regg. werfe er zwar keinen schlechten Willen vor, Tatsache aber sei, daß Deutschland an diesen Punkt nicht gedacht habe und seinen Eintritt in den Völkerbund seinerzeit eben nur an die eine Bedingung geknüpft habe, selbst einen ständigen Ratssitz zu erhalten. Das alles sei ein unglückliches Mißverständnis, das hätte beseitigt werden können, wenn man sich hätte treffen können, bevor alle diese Fragen durch die Presse verschärft worden seien. Seine Aufgabe in Genf sei daher gewesen, die entgegengesetzten Standpunkte zu versöhnen, und aus diesem Grunde habe er innerhalb der ihm vom Kabinett gegebenen Instruktionen ein gewisses Maß von freier Hand haben müssen. Chamberlain verliest die ihm vom Kabinett für Genf erteilten Instruktionen. Danach sollte die brit. Politik in Genf unter dem Vorbehalt besserer Arrangements je nach der Lage sich auf folgende Grundsätze stützen: „Kein Wechsel im Völkerbundsrat kann zugelassen werden, der die Wirkung haben könnte, den Eintritt Deutschlands zu verhindern oder zu verzögern. Es würde das beste sein, daß Deutschland als Mitglied des Rates volle Verantwortlichkeit trägt für jeden weiteren Wechsel im Rat, außer seiner eigenen Zulassung. Die Regel, daß nur Großmächte permanente Mitglieder des Rates sein sollen, soll im Prinzip aufrechterhalten werden. Spanien befindet sich in einer besonderen Lage und kann ausnahmsweise Behandlung fordern. Weder Polen noch Brasilien sollen gegenwärtig zu dauernden Ratsmitgliedern gemacht werden, aber Polen soll sobald wie möglich ein dauernder Ratssitz gegeben werden.“ Chamberlain schildert den Verlauf der Genfer Tagung und die Rolle, die er dort gespielt hat. Er

habe seine Instruktionen befolgt und nach dem Verzicht Schwedens und der Tschechoslowakei seien die Schwierigkeiten zwischen den Locarnomächten beseitigt gewesen, als dann durch den Einspruch Brasiliens alles scheiterte. Das Herz und der Geist von Locarno aber seien gerettet worden. Deutschland und alle anderen Locarnomächte hätten dies ausdrücklich schriftlich bestätigt. Lloyd George hätte lieber Stresemann als Sen. Borah zitieren sollen. Jedenfalls sei durch den Ausgang der Genfer Konferenz die Gefahr vermieden, daß Deutschland unter Bedingungen in den Völkerbund eintrete, die das Werk der Befriedung von Locarno hätten stören können.

Abg. Macdonald (Arb.-P.) wirft Chamberlain vor, England getäuscht zu haben. Als er sich in Paris zugunsten des poln. Ratssitzes geäußert habe, habe er damit selbstverständlich die poln. Ansprüche ermutigt, ob man in diesem Meinungsaustausch ein Versprechen sehe oder nicht. Auch in seiner Unterhausrede vor der Abreise nach Genf habe er das Parlament getäuscht. Er habe nur von den Versprechungen an Spanien gesprochen und freie Hand gefordert, nachdem er sich Polen gegenüber in den Pariser Unterhaltungen bereits gebunden habe. Chamberlain habe in Genf nicht nach seinen Instruktionen gehandelt und das Versprechen Baldwins im Unterhause zunichte gemacht. Der Eintritt Deutschlands sei gegen die direkten Instruktionen verzögert worden, und der Vertrag von Locarno sei nunmehr bedroht.

Premiermin. Baldwin schließt die Debatte: Die Opposition sei gekommen, um dem Leichenbegängnis des Völkerbundes beizuwohnen. Sie habe aber gefunden, daß der Patient sich in den Händen eines geschickten Arztes befinde und daß tatsächlich nichts weiter vorliege als eine etwas unglückliche menschliche Veranlagung. Chamberlain habe aus Genf nicht das zurückgebracht, worum er gekämpft habe, aber immerhin hätten seine Bemühungen das Resultat gehabt, daß das Versöhnungswerk der letzten zwölf Monate nicht vereitelt worden sei. Der beste Beweis dafür sei die Einsetzung der neuen Komm. in Genf, an der Deutschland mitarbeiten solle. Er glaube, daß Deutschland diese Einladung annehmen werde. Diese Komm. werde ihre Arbeit auf einer neuen, unbeschriebenen Seite beginnen, und sie werde frei sein von allen früheren Bindungen und Versprechungen. Die brit. Regg. sei der Ansicht, daß die Einstimmigkeit im Völkerbundsrat nach wie vor das höchste Prinzip sei, und ferner, daß ständige Ratssitze nur an Großmächte gegeben werden sollen. Die Regg. habe alles Vertrauen, daß nach Ablauf weniger Monate Sir Austen Chamberlains Bemühungen Früchte tragen würden. Die sich anschließende Abstimmung über den lib. Mißtrauensantrag bringt einen großen formellen Sieg Chamberlains, der Antrag wird mit 325 gegen 136 St. abgelehnt.

24. März. (Unterhaus) Das Schuldenproblem.

Der ehem. Schatzkanzler der Arb.-Regg., Snowden, kritisiert eingehend das Schuldenabk. mit Italien und fordert, Frankreich solle sofort seine Zahlungen an England aufnehmen. Frankreich zahle heute nur noch den dritten Teil der Steuern, die in England gezahlt werden. Schatzkanzler Churchill gibt einen Überblick über die Entwicklung der Schuldenfrage bis zur Balfour-Note, verteidigt das Abk. mit Italien und bespricht ausführlich die Forderungen an Frankreich. England sei berechtigt, eine Revision des mit Caillaux geschlossenen Abk. zu fordern. Das Abk. enthalte noch Schwierigkeiten, nämlich einmal die Klausel,

daß der franz. Wechselkurs nicht gestört werden dürfe, dann aber sei besonders noch die franz. Forderung ungeregelt, daß die Zahlungen an England aufhören, falls die deutschen Reparationszahlungen ausfallen sollten. Darauf könnte England nicht eingehen, da es bei der Berechnung der nach der Balfour-Note einzutreibenden Forderungen die deutschen Reparationszahlungen schon mit in Rechnung gestellt habe. Churchill rechnet dann aus, daß, wenn Frankreich und Italien ihre Schulden an Amerika fundiert hätten, dann zusammen mit den brit. Zahlungen und denen anderer Staaten 60% der gesamten deutschen Reparationszahlungen regelmäßig nach Amerika fließen; dies würde eine außerordentliche Situation bedeuten: durch alle diese Kanäle würde der Druck der Schuldeneintreibung die Reparationen aus den verwüsteten und unter den Kriegsfolgen leidenden Ländern Europas herausziehen und sie in einem ununterbrochenen Strom über den Atlantik in eine selbst reiche, prosperierende und große Republik leiten. Ein kons. Debatteredner unterstützt diesen Passus mit der Forderung einer völligen gegenseitigen Schuldenstreichung.

24. März. (Oberhaus) Die Genfer Tagung.

Lord Oxford and Asquith erklärt, daß er keinerlei Vorwürfe machen wolle, aber positive Zusicherungen für die Zukunft verlange. Er zweifle nicht an dem guten Willen Chamberlains, aber der Mißerfolg von Genf hätte vermieden werden können, wenn England vorher seinen Standpunkt ausgesprochen hätte. Er hoffe, daß bis zum Sept. die Regg. der Welt deutlich zeigen werde, was denn eigentlich wirklich die Stellung Englands sei. Er stelle die Frage: 1. Hält die Regg. an ihrer Ansicht fest, daß die Entscheidungen des Rates einstimmig sein müssen? 2. Wünscht die Regg., daß die permanenten Ratssitze den Großmächten vorbehalten bleiben? 3. Kann die Regg. versichern, daß sie, sobald es in ihrer Macht und in ihrem Einfluß liegt, darauf bestehen wird, daß die Zulassung Deutschlands in den Rat und in den Völkerbund die erste und dringendste Aufgabe ist und von keiner anderen abhängig ist? 4. Wird die Regg. dafür sorgen, daß im Gegensatz zu den geheimen Konferenzen der letzten Genfer Tagung in Zukunft in allen Stadien der Verhandlungen die Maschinerie des Rates und der Vollversammlung benutzt wird? Lord Oxford schließt: Ich sehe in gewissen Teilen Europas, die ich nicht näher zu bezeichnen brauche, die Tendenz wachsen, trotz des Völkerbundes und trotz der schrecklichen Erfahrungen des Krieges das alte fehlerhafte, gefährliche und kriegerzeugende System von Gruppen und Allianzen wieder einzuführen. Es ist meine tiefe und beunruhigende Überzeugung, daß hier die wesentliche Gefahr liegt. — Für die Regg. beantwortet Lord Salisbury die beiden ersten Fragen bejahend. Zu Frage 4 erklärt er, Verhandlungen außerhalb der offiziellen Genfer Sitzung wären nicht zu vermeiden. Die Beantwortung der Frage 3 lehne er ab. Da der Völkerbund jetzt zur Lösung der Ratsfrage eine Komm. eingesetzt habe, sei es für die Regg. nicht möglich, die Schritte der engl. Vertreter festzulegen. Das Haus möge darauf vertrauen, daß die Vertreter Englands das tun würden, was sie immer getan hätten, nämlich die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund und als ständiges Mitglied in den Rat sicherzustellen.

25. März. Außenminister Chamberlain erhält den Ehrenbürgerbrief der City of London.

Chamberlain nimmt in seiner Rede, die er bei der Zeremonie in der Guildhall hält, das Wort von der „Genfer Tragödie" zurück. Das

sei eine Bemerkung gewesen in der ersten Erbitterung und Enttäuschung. In der letzten Woche sei allerdings eine Wolke über die Sonne von Locarno hinweggezogen, aber es liege ein Trost in dem Gedanken, daß das Werk von Locarno nicht nur unverletzt, sondern gestärkt aus dieser Krise hervorgegangen sei.

1. April. (Unterhaus) Abrüstungsfrage.

Abg. Ponsonby (Arb.-P.) bringt anläßlich des Antrags auf Vertagung für die Osterferien die Abrüstungsfrage zur Sprache: Eine Bestimmung der Völkerbundssatzung verpflichte zur Erwägung der allgemeinen Abrüstung. Der Locarno-Vertrag enthalte die Abrüstung nicht als Bedingung. Wenn daher die kommende Genfer Abrüstungskonferenz zu nichts führe, andererseits aber der Locarno-Vertrag ratifiziert werde, würde Großbritannien verpflichtet sein, Frankreich gegen Deutschland und Deutschland gegen ein vollbewaffnetes Frankreich zu verteidigen. Wenn Deutschland im Sept. Bundesmitglied werde, dann würde der Völkerbund ihm die Gleichstellung mit den anderen Nationen sichern und jede Unterscheidung zwischen früheren All. und früheren Feinden abschaffen müssen. Deutschland müßte die Erlaubnis erhalten, sich in gleicher Weise zu bewaffnen wie die anderen Mächte, was unmöglich sei, oder die Mitglieder des Völkerbundes müßten ihre Rüstungen sofort auf den gleichen Stand herabsetzen wie Deutschland. Ponsonby stellt noch eine Anzahl Fragen wegen der Teilnahme der Sowjetregg. an der Abrüstungsvorkonferenz und der Instruktionen Lord Cecils, sowie hinsichtlich der Versorgung der chinesischen Parteien mit Waffen durch westeuropäische Mächte. Unterstaatssekr. des Äußern Locker-Lampson erwidert: Der brit. Regg. ist es ernst mit der Abrüstungsfrage. Ich bedauere, daß Rußland nicht vertreten sein wird, besonders weil die Haltung der an Rußland grenzenden Länder notwendigerweise von dieser Tatsache berührt werden muß. Es wird keine internat. Abrüstungskonferenz vom Völkerbund einberufen werden, bevor die Grundlage einer solchen Konferenz vereinbart ist. Wenn die vorbereitende Komm. dem Völkerbundsrat Bericht erstattet hat, wird dieser den Bericht an die Völkerbundsversammlung weitergeben. Weisungen für Lord Cecil sind noch nicht aufgestellt. Gegenwärtig tagt unter seinem Vorsitz ein Komitee, das die ganze Frage prüft und dessen Bericht nahezu fertig ist. Wenn Cecil nach Genf geht, können ihm schwerlich mehr als allgemeine Richtlinien gegeben werden. Unsere Haltung ist ganz klar. Die Regg. ist bereit, von ganzem Herzen jeglichen internat. Schritt zu unterstützen, der zu einer allgemeinen Bewegung in der Richtung auf die Abrüstung führt. Der Dämon internat. Mißtrauens muß gebannt werden. Cecil wird sicher nach Genf gehen, um einen endgültigen Plan für die Abrüstung anzuregen. Großbritannien hat mit den Ver. Staaten die Initiative für die Abrüstung zur See ergriffen. M. E. ist es ein Unglück, daß in Washington nur für Großkampfschiffe und nicht auch für U-Boote Einschränkungen beschlossen wurden. Zweifellos können die in Washington festgelegten Grundsätze noch weiter entwickelt werden. Die engl. Marine ist auf Grund des Washingtoner Vertrages beträchtlich vermindert worden. Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß Großbritannien sehr ausgedehnte und verletzbare Handelswege zu beschützen hat. Bezüglich der Landstreitkräfte befindet sich England in einer ganz anderen Lage als die anderen Länder. Der Umfang des brit. Landheeres wird durch den Umfang des Heeres anderer Länder nicht beeinflußt. Die Luft-

fahrtfrage ist ebenfalls sehr schwierig. England wird den Plan einer Einschränkung begrüßen, damit eine Übereinstimmung zwischen den brit. Luftstreitkräften und denen anderer Länder erzielt wird.

6. April. (Whitley Bay) Konferenz der Arbeiterpartei.

Besprochen wird die Gefahr, die dem europäischen Frieden durch die Bildung neuer Mächtegruppen droht. In einer Resolution werden gefordert: die vollständige Revision des Versailler Vertrages, die Zurückziehung der Reparationsansprüche an Deutschland, die allgemeine und gegenseitige Streichung der Kriegsschulden und die Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland. Gleichzeitig richtet die Konferenz einen Appell an die Arbeiter der Welt, ihren Regg.en zu sagen, daß sie jeder Kriegsgefahr einen organisierten Widerstand entgegensetzen würden. In einer weiteren Resolution verpflichtet sich die Partei, den Bergarbeitern ihre volle Unterstützung in ihrem Kampf um auskömmliche Löhne zuteil werden zu lassen. Das einzige Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Kohlenindustrie sei deren Reorganisation gemäß den Grundsätzen des Sozialismus.

9. April. Haltung gegenüber Rußland.

Das Foreign Office beantwortet die Eingabe der Londoner Handelskammer vom 6. Jan. über die Aufnahme der Verhandlungen mit Rußland dahin, daß die Initiative bei Rußland liegen müsse, und daß die engl. Regg. es nach wie vor ablehne, die Bürgschaft für eine russ. Anleihe auf dem Londoner Geldmarkt zu übernehmen.

16. April. Die englische Presse zum Berliner Vertrag.

„Daily Telegraph" z. B. meint in seinem Kommentar zum bevorstehenden Abschluß des deutsch-russ. Vertrags (S. 87 ff.): Die ganze Angelegenheit sei bemerkenswert wegen des neuen Wiederauflebens des nationalistischen Einflusses in der Wilhelmstraße. Man müsse Deutschland zwingen, zwischen Locarno und Moskau zu wählen. An sich sei es aber das gute Recht Deutschlands, einen derartigen Vertrag mit Rußland abzuschließen, besonders wenn sich er in den Grenzen halte, die durch den deutsch-poln. Schiedsvertrag gezogen seien. Charakteristisch seien auch der russ.-türk. Vertrag und die neuen Versuche Tschitscherins, Belgrad und Prag gegeneinander auszuspielen. Jetzt entstehe die Frage einer russ.-deutsch. Annäherung an die Türkei, woran England, ebenso aber auch Italien interessiert sei, dessen Beziehungen zu Moskau gut, zur Türkei gespannt und zu Deutschland unbestimmt seien. — Offiziell versichert man, daß man an einem deutsch-russ. Vertr. nur auszusetzen hätte, daß der Zeitpunkt nicht gerade glücklich sei.

21. April. (Unterhaus) Außenpolitische Fragen.

Auf eine Anfrage über den deutsch.-russ. Vertrag erklärt Außenmin. Chamberlain: Der Vertrag sei noch nicht abgeschlossen. Die deutsche Regg. habe aber Versicherungen abgegeben, der Vertr. würde nichts enthalten, was gegen die Völkerbundssatzungen oder gegen Locarno verstoße. Abg. Ponsonby (Arb.-P.) fragt, ob der Außensekretär die Erklärung kenne, die Wilson, Clémenceau und Lloyd George am 16. Juni 1919 abgegeben haben, daß nämlich die All. bereit sein würden, sich über eine frühere Beendigung der Rheinlandbesetzung zu einigen, falls Deutschland vor Ablauf der 15 Jahre Beweise seines guten Wil-

lens und genügende Garantien für die Ausführung seiner Verpflichtungen zur Abrüstung gegeben hätte. Die Botschafterkonferenz habe am 6. März an den Völkerbund berichtet, daß Deutschland seine Abrüstungsverpflichtungen erfüllt habe. Er frage daher, ob die engl. Regg. jetzt den All. die Verkürzung der Rheinlandbesetzung vorschlagen werde. Chamberlain antwortet: Der Bericht der Botschafterkonferenz vom 6. März sei falsch zitiert. Die Konferenz habe lediglich erklärt, daß Deutschland wirksame Garantien seiner aufrichtigen Absicht gegeben hätte, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Erklärung sei nur abgegeben worden zur Erfüllung der Bestimmung des Völkerbundes für die Aufnahme neuer Mitglieder. Es bestehe ein wesentlicher Unterschied zwischen dieser Erklärung und den befriedigenden Garantien für die Erfüllung der Verpflichtungen, von denen die Erklärung aus dem Juni 1919 spreche. Auf eine weitere Anfrage lehnt es Chamberlain ab, sich in irgend einer Weise an die Deklaration von 1919 zu binden. Diese Deklaration sei lediglich eine Deklaration von den damaligen Absichten der drei Regg.en, jedoch keine Erklärung, an die zu appellieren die deutsche Regg. ein Recht hätte. Auf eine weitere Anfrage erklärt Chamberlain, daß auch im letzten Jahr von den engl. Vertretern im Auslande Berichte über antibrit. Propaganda der Russen im Auslande eingelaufen sind. Er habe jedoch nicht die Absicht, Schritte zur Kündigung des Handelsabk. mit Rußland zu unternehmen. Zu den abessinischen Verhandlungen bemerkt er, daß die engl. und die ital. Regg. seit längerer Zeit eine klarere Definition ihrer Interessen in Abessinien nach dem Vertr. von 1906 suchten. Das Resultat der Erörterungen sei in einem Notenwechsel niedergelegt. Der Text werde beim Völkerbund registriert werden. („Notes exchanged between the United Kingdom and Italy respecting Lake Tsana“ in Treaty Series Nr. 16, 1926. Vgl. Völkerbund!)

21. April. Der König ernennt den ehem. Vizekönig von Indien, Lord Reading, zum Marquis.

22. April. Verschärfung der Kohlenkrise.

Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern des Kohlenbergbaus scheitern. Die Unternehmer weigerten sich, über die Löhne auf nationaler Basis zu verhandeln und bestanden auf ihrer Forderung der distriktweisen Lohnverhandlungen. Die Gewerkschaftsführer erklärten, daß sie nach wie vor über die Löhne nur auf nationaler Basis verhandeln würden. Beide Parteien schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Die Aussichten einer Einigung verringern sich damit immer mehr und die Gefahr eines Streiks wird größer, der am 1. Mai ausbrechen soll, sobald die Subsidien der Regg. eingestellt werden.

30. April. Chamberlain über den Berliner Vertrag.

Der Min. äußert sich in einer Rede in der Alberthall u. a. über den deutsch-russ. Vertrag: Dokumente von solch internationaler Bedeutung erfordern eine sorgsame Prüfung. Ich werde sie prüfen, indem ich den guten Glauben der deutschen Minister annehme, die uns, bevor wir noch irgendwelche Kenntnis von dem Wortlaut des Vertrages hatten, versicherten, daß sie nichts tun würden, was mit den in Locarno zustandegekommenen Abmachungen nicht vereinbar sei, und auch nichts, was mit den Völkerbundsverpflichtungen unvereinbar wäre, die sie einzu-

gehen beabsichtigten. Die Deutschen bedürfen des Friedens nicht weniger als wir, und die brit. Regg. hat niemals versucht, die Unruhe zwischen anderen Nationen zu schüren. Sie hat niemals irgendwelche mögliche Besserung in den Beziehungen zwischen anderen Nationen mit Eifersucht betrachtet oder gar zu verhindern gesucht, und die bloße Tatsache, daß Deutschland einen Vertr. mit Rußland unterzeichnet hat, erscheint mir als eine vollkommen natürliche Angelegenheit. Alles, worauf zu bestehen wir das Recht haben, ist, daß Deutschland seinen früheren Verpflichtungen nachkommt, daß es den Vertragsteilhabern von Locarno gegenüber loyal bleibt, und daß es am Vorabend seines Eintritts in den Völkerbund keinen Schritt unternimmt und keine Verpflichtung eingeht, die sich mit einer Erfüllung der Verpflichtungen aus der Völkerbundssatzung und mit loyaler Mitgliedschaft im Völkerbund nicht vertragen. Enge und herzliche Freundschaft Englands mit Frankreich wie Einverständnis und Zusammenarbeit mit Italien, das sind die Grundlagen, auf denen man die Wiederversöhnung mit Deutschland und mit den anderen vormaligen Feinden aufbauen kann und will.

1. Mai. Ausbruch des Kohlenstreiks.

Die Einigungsverhandlungen, die bis in die Nacht hinein dauerten, scheiterten. Die Grubenarbeiter verlangten, daß die Reorganisation der Bergwerke erst tatsächlich beginnen muß, ehe sie Lohnkonzessionen machten. Die Bergwerksbesitzer und Ministerpräsid. Baldwin forderten sofortige Lohnkonzessionen auf das von der Regg. garantierte Versprechen der Unternehmer hin, die Reorganisation soweit wie möglich einzuhalten. Hierüber konnte eine Einigung nicht erzielt werden und Baldwin lehnte es daher ab, eine temporäre Fortsetzung der Subventionen zu versprechen. Die Arbeiter beschlossen den Streik. Beide Parteien schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die nationale Katastrophe zu. Das Organ der Arbeiterpartei, der „Daily Herald", sagt, die Regg. trage die Schuld infolge ihres Zögerns. Die liberalen „Daily News" erklären, daß die Grubenbesitzer verantwortlich seien. Die „Times" sagen, die Verantwortung falle auf die Grubenarbeiter. Unabhängige kons. Blätter, wie „Daily Expreß", schieben dem Gewerkschaftskongreß wegen seiner Drohung mit dem Generalstreik die Hauptschuld zu. Denn keine Regierung könne vor einem Einschüchterungsversuch sich beugen.

Der König verhängt sofort in einer Proklamation über das ganze Land den „Notzustand", der der Polizei und den lokalen Behörden alle erforderlichen Vollmachten gibt.

Am Vormittag des 1. beschließt der Gewerkschaftskongreß mit 3,5 Mill. St. den Generalstreik, der in der Nacht vom 3. zum 4. in Kraft treten soll, falls bis dahin die Kohlenverhandlungen nicht wieder aufgenommen sind. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses beklagt sich in seiner Antwort an den Ministerpräsid., daß seine aufrichtige Bemühung, eine ehrenhafte Regelung zu erreichen, „durch das unerhörte Ultimatum der Regg. zunichte gemacht worden ist".

Noch am Abend des 1. nimmt Baldwin die Verhandlungen mit dem Vorstand des Gewerkschaftskongresses wieder auf, um die Gefahr des Generalstreiks zu bannen. Inzwischen trifft die Regg. die Maßnahmen auf Grund des Notstandsgesetzes. Der Kohlenverbrauch wird rationiert, der Notdienst zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Wasser und Licht und zur Organisierung des Verkehrs wird

vorbereitet. Zur Unterstützung der Polizei werden Truppen in die Bergwerksbezirke befördert.

3./4. Mai. Beginn des Generalstreiks.

Die Regg. bricht nach einer mehrstündigen Kabinettssitzung die Verhandlungen mit den Gewerkschaften zur Abwendung des Generalstreiks ab, sie erklärt, daß sie bereit gewesen wäre, für 14 Tage die Subsidien zu verlängern, wenn die Arbeiter ihre Bereitwilligkeit erklären würden, den Kohlenbericht anzunehmen, also auch mit einer Ermäßigung der Löhne einverstanden zu sein. Aber der Gewerkschaftskongreß habe den Generalstreik beschlossen und es seien bereits eine Reihe von Aktionen erfolgt, die gegen die verfassungsmäßigen Rechte und gegen die Freiheit der Nation verstoßen. Der 4. Mai ist somit der erste Tag des Generalstreiks.

5./6. Mai. (Unterhaus) Die Notstandsvorlage.

Der Staatssekretär des Innern Joynson-Hicks legt die Gesetzesvorlage zur Bestätigung der Ausnahmemaßregeln vor. Er erklärt, er habe angeordnet, daß die Elektrizitätserzeugung, der Transport von flüssigen Brennstoffen und die Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs als lebenswichtige öffentliche Dienste bezeichnet würden, so daß es möglich sei, zu ihrer Ingganghaltung militärische Kräfte heranzuziehen. Die Lage bei den Eisenbahnern bessere sich. Das Zusammenwirken zwischen den elektrischen Kraftstationen in London, die aus Marineangehörigen und Freiwilligen in Gang gehalten werden, sei bewundernswert. Er schlage vor, eine bei weitem größere Anzahl von freiwilligen Hilfspolizisten einzustellen. Er bitte das Land, gegen Alarmnachrichten über Zusammenstöße und ähnliche Vorfälle mißtrauisch zu sein und richte an alle das Ersuchen, in ihrer entschlossenen Haltung zu beharren. — Am 6. wird die Notverordnung mit 317 gegen 95 St. angenommen. — Die Streiklage verschärft sich inzwischen, beide Parteien sind entschlossen durchzuhalten.

8. Mai. Die Regierung kündigt eine Verschärfung ihrer Maßnahmen an.

In einer Vo. an die bewaffnete Macht sichert die Regg. dieser ihre volle Unterstützung für jede notwendige Aktion, da sie entschlossen ist, im Notfall mit allen Mitteln einzugreifen.

Ministerpräsid. Baldwin hält eine Rundfunkrede an das Volk: Er sei nach wie vor bereit, alles zu tun, um sowohl den Bergarbeitern wie den Grubenbesitzern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber er halte fest an der Bedingung, daß der Streik ohne Vorbehalt abgeblasen werden müsse, bevor er verhandeln könne. Es sei besser, diese Bedingung anzunehmen, als Not und Elend über das Volk zu bringen.

11./12. Mai. Ende des Generalstreiks.

Am Abend des 11. setzt eine ernsthafte Vermittlungsaktion ein, an der Macdonald, Lloyd George und Sir John Simon führend beteiligt sind. Simon kündigt in seiner Unterhausrede an, daß die Lib. P. einen Antrag vorlegen werde, der die Regg. auffordert, ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zu erklären, wenn folgende vier Bedingungen erfüllt werden: 1. Sofortiger Abbruch des Generalstreiks. 2. Zustimmung der Bergwerksbesitzer zur Wiederaufnahme der Arbeit zu den bisherigen Lohnsätzen. 3. Erklärung der Regg., die gesetzlichen

Maßnahmen zur Durchführung des Kohlenberichtes zu treffen. 4. Endgültige Verpflichtungen des Generalrats des Gewerkschaftskongresses und der Bergarbeiterexekutive, auf der Basis des Kohlenberichtes, also einschließlich einer ev. Lohnermäßigung, zu verhandeln. Der Vorschlag stützt sich wesentlich auf die Friedensbotschaft des Erzbischofs von Canterbury. Alsbald wird Macdonald, der beim Gewerkschaftskongreß weilt, im Automobil herangeholt und kurz vor der Situation unterrichtet. Macdonald berichtet darüber sofort dem Gewerkschaftskongreß.

Am 12. führt die Vermittlungsaktion zum Ziel. Nach einer mehrstündigen Konferenz verläßt der Präsid. des Generalrats des Gewerkschaftskongresses, Pugh, das Haus Baldwins in Downing-Street und erklärt, daß der Generalstreik zu Ende sei. Die Sitzung in der Downing-Street hat mehrere Stunden gedauert. Außer den Mitgliedern des Generalrates waren die meisten Kabinettsmitglieder bei Baldwin versammelt. Es kommt eine Einigung zustande auf Grund des schriftlich fixierten Vermittlungsvorschlags Sir Herbert Samuels, des Präsid. der Kohlenkommission. Die wichtigsten Punkte des Vorschlages sind folgende: 1. Die Kohlensubsidie soll für die Dauer der Verhandlungen erneuert werden. 2. Zur Regelung der Lohnfrage soll ein nationales Lohnamt für die Kohlenindustrie eingesetzt werden. 3. Die bish. Löhne sollen erst revidiert werden, wenn hinreichende Garantien dafür vorliegen, daß der Kohlenbericht durchgeführt wird. Zur Feststellung darüber, ob dies der Fall ist, wird ein Komitee eingesetzt, in dem auch die Bergarbeiter vertreten sind. 4. Wenn diese Feststellung getroffen worden ist, wird ein Lohnabk. geschlossen. 5. Ein solches freies Lohnabk. soll einfacher sein als das bisherige, soll auf keinen Fall den Lohn der geringst bezahlten Arbeiter reduzieren, soll Mindestlöhne für die einzelnen Klassen der Arbeiter festsetzen und von Zeit zu Zeit durch das nationale Lohnamt revidiert werden. Der Rest des Vorschlages beschäftigt sich mit Uebergangsmaßnahmen für die Stillegung unrentabler Bergwerke und fordert, daß besondere Mittel für die zu erwartende Arbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt werden.

Der Generalrat erklärt, daß damit die Basis für eine zufriedenstellende Beendigung des Kohlenkonfliktes gegeben sei. Anschließend daran beschließt er, um die Fortführung der Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern zu ermöglichen, den Generalausstand für Mitternacht abzusagen und die Arbeiter aufzufordern, so rasch wie möglich zur Arbeit zurückzukehren. Der Ausstand der Bergarbeiter geht natürlich unverändert weiter.

Der Generalstreik ist damit beendet. Von den Maßnahmen zur Liquidation desselben ist hervorzuheben das am 14. zwischen den Eisenbahnern und den Eisenbahngesellschaften unterzeichnete Abkommen über die Wiederaufnahme der Arbeit. Dieses Abk. ist die erstaunlichste Kapitulation der Gewerkschaften, die nach einem derartigen Streik denkbar ist. Die Gewerkschaften bescheinigen, daß sie sich eine unrechte Handlungsweise haben zuschulden kommen lassen, verpflichten sich, nie wieder unter Kontraktbruch oder ohne Rücksprache mit den Gesellschaften zu einem derartigen Streik aufzurufen, und grundsätzlich nie wieder das höhergestellte Aufsichtspersonal in den Streik einzubeziehen. Die Unternehmer stellen ihre Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit und weigern sich allgemein, mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen des Streiks alle Arbeiter wieder einzustellen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich das Prestige der Unternehmer gehoben und in der

Gewerkschaftsbewegung das Vertrauen zur Führung starke Einbußen erlitten hat. Baldwin konnte seinerseits als Erfolg eine Stärkung seiner parlamentarischen Autorität buchen.

Alsbald leitet Baldwin auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen in der Kohlenindustrie ein; er übersendet am 14. abends den Bergarbeitern und Berwerksbesitzern ein Memorandum für die Beilegung des Konflikts. Seine Vorschläge sind folgende: Die Regierung wird 1. die zur Durchführung des Kohlenberichts nötigen Gesetze erlassen, 2. durch Ges. ein nationales Lohnamt für die Kohlenindustrie einsetzen, 3. einen nationalen Brennstoff- und Kraft-Rat ernennen und alle im Kohlenbericht vorgeschlagenen Komitees einsetzen, 4. außer den durch diese Gesetze erforderlichen Kosten bewilligt die Regg. der Kohlenindustrie eine weitere finanzielle Beihilfe bis zum Betrage von 3 Mill. Pfund, 5. mit diesen Subsidien will die Regg. die Differenz ausgleichen, die während der Dauer der Verhandlungen entsteht zwischen den Löhnen der Bergarbeiter und den Nettoeinnahmen der Unternehmer.

Am 20. Mai lehnt die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter diese Vorschläge ab. Eine Lohnherabsetzung lehnt sie entschieden ab, während sie den legislativen und technischen Maßnahmen des Vorschlags zustimmt. Gleichzeitig entscheiden sich auch die Bergwerksbesitzer für Ablehnung der Vorschläge. Die Lage ist damit dahin charakterisiert, daß die Kluft zwischen beiden Parteien sich immer mehr erweitert.

1. Juni. Stillstand der Verhandlungen wegen des Kohlenstreiks.

Das befristete Angebot der Regg. über die temporäre Fortsetzung der Subsidienzahlung läuft ab, ohne daß eine der beiden Parteien ihren ablehnenden Standpunkt aufgegeben hat.

6. Juni. Unterzeichnung des Mosulabkommens. S. Türkei!

11. Juni. Protestnote an Rußland.

Die Regg. legt Beschwerde ein gegen die russ. Geldsendungen anläßlich des Generalstreiks. Der Londoner Sowjetvertreter erklärt — ohne von dieser nach Moskau gesandten Note schon Kenntnis zu haben — kategorisch, daß kein Geld zu irgendeinem brit. Streikfonds zu irgendeiner Zeit von der Sowjetregg. beigesteuert worden sei.

Einige Tage darauf erhebt der Generalrat des Gewerkschaftskongresses entschiedenen Einspruch gegen die Note an Rußland und erklärt, daß die zurückgewiesenen Schecks vom russ. Gewerkschaftskongreß stammten, und daß diese Sache nichts mit der Sowjetregg. zu tun habe. Er müsse daher schärfsten Widerspruch erheben gegen die Versuche, die angebotene Hilfe der russ. Gewerkschaften zu mißdeuten und auf diese Weise die Beziehungen zwischen der brit. Regg. und Sowjetrußland ernstlich zu gefährden.

14. Juni. (Unterhaus) Rußland.

Außenmin. Chamberlain antwortet auf verschiedene Anfragen seiner kons. Parteigenossen und erläutert die an Rußland gerichtete Protestnote (s. o.!). Das Sowjetkommissariat habe die nach dem russ. Gesetz erforderliche spezielle Genehmigung für Geldsendungen in das Ausland bei dem zur Unterstützung des englischen Generalstreiks bestimmten russ. Scheck erteilt. Sir Mond fragt, ob die russ. Aktion nicht einen direkten Bruch des engl.-russ. Handelsabk. von 1921 bedeute und ob der Außen-

sekretär nicht seinen Einfluß dahin geltend machen wolle, das Abk. zu beendigen. Chamberlain: Er hätte dem russ. Geschäftsträger in London wiederholt erklärt, daß antibritische Propaganda das Haupthindernis der Verbesserung der engl.-russ. Beziehungen sei.

15. Juni. (Unterhaus) Zur Kohlenkrise.

Baldwin kündigt die zwei neuen GE. zur Reorganisation der Kohlenindustrie an. Der eine GE. betrifft die 8. Arbeitsstunde für die Kohlenindustrie und der zweite die Bestimmungen über den Zusammenschluß und die technischen Verbesserungen der Industrie. Baldwin beschuldigt beide Parteien, diesen ganz überflüssigen Kohlenkonflikt durch ihre Hartnäckigkeit herbeigeführt zu haben. Der ganze Konflikt sei ungerechtfertigt, schädige das Land, lähme die Industrie und könne noch zu viel schlimmeren Folgen führen, wenn die Sache nicht endlich beigelegt würde. Baldwin spricht eingehend über die Notwendigkeit, die Industrie zu reorganisieren. Was man auch immer gegen die Unfähigkeit der Unternehmer sage, so müsse man doch anerkennen, daß die Löhne höher seien als bei der kontinentalen Konkurrenz. Eine Lösung sei nur durch Durchführung des Kohlenberichtes möglich. Die Regg. werde die dazu nötige Gesetzgebung durchführen, ohne Rücksicht darauf, ob die Parteien sich einigen. Der Kohlenbericht habe nicht nur die Reorganisation, sondern auch den Lohnabbau empfohlen. Wenn man bei der gegenwärtigen Arbeitszeit von 7 Stunden die Löhne auf die Rentabilität der Werke einstellen wollte, so würden sie so niedrig werden, daß niemand diese Lösung begrüße. Er habe die Versicherung erhalten, daß bei Einführung der 8 stündigen Arbeitszeit bei der Hälfte aller Bergwerke überhaupt keine Lohnermäßigung notwendig sein würde, während bei der anderen Hälfte nur der Ruhrzuschlag abgebaut werden müßte, so daß die Löhne unter keinen Umständen unter das Minimum von 1921 sinken. Dieser Möglichkeit trage der GE. über die 8. Arbeitsstunde für die Übergangszeit Rechnung durch Einbringung eines Ges., das grundsätzlich am 7 stündigen Arbeitstag festhält, aber für die Übergangszeit eine achte Stunde gestattet. Für die Opposition spricht Abg. Harston, der bedauert, kein Ende des Konflikts absehen zu können, wenn das, was Baldwin gesagt habe, die Politik sei, die die Regg. befolgen wolle.

Die beiden angekündigten GE. gehen dem Hause am 22. Juni zu. Am 28. Juni wird der GE. über die Reorganisation der Kohlenindustrie unter lebhaftem Widerspruch des Abg. Hartshorn (Arb.-P.) und am 1. Juli der GE. über den 8-Stundentag im Bergbau vom Unterhaus angenommen (S. 237).

22. Juni. (London) Jahreskongreß der Konf. P.

Die Jahresversammlung des Nationalverbands der konf. und unionistischen Verbände nimmt eine Dankadresse an, die Baldwin und dem Kabinett den Dank für ihre Haltung während des Generalstreiks ausspricht. Lord Birkenhead erklärt, er hätte es vorgezogen, wenn man der Haltung des Bürgers den Dank ausgesprochen hätte, denn an der Haltung des englischen Volkes sei der Streik gescheitert. Die große politische Bedeutung des Kongresses liegt jedoch darin, daß ferner eine Resolution angenommen wird, die von der Regg. eine Aenderung der bestehenden Gewerkschaftsgesetzgebung verlangt. Die Freiheit des brit. Arbeiters müsse wiederhergestellt werden und kein Streik dürfe ohne geheime Urabstimmung stattfinden. Lord Birkenhead erklärt dazu:

Seit dem Generalstreik sei ein Komitee des Kabinetts eingesetzt, das sich mit Aenderungen der Gewerkschaftsgesetzgebung befasse und fast täglich zusammentrete. Das Gewerkschaftsgesetz von 1906 sei ein völliger Fehlschlag. Das Komitee plane daher eine Reihe von Aenderungen: 1. Wiedereinführung der persönlichen Verantwortung von Gewerkschaftsführern für ungesetzmäßige Handlungen der Gewerkschaftsmitglieder; 2. Beschränkung im Streikpostenstehen; 3. Aenderung des Ges. über die sogen. politischen Abgaben, die die Gewerkschaftsmitglieder an die Labour-Party abführen, so daß die kons. oder lib. Arbeiter diese Abgaben nicht mehr an die Labour-Party zu zahlen haben, sondern entweder überhaupt nicht oder aber an ihre Parteien; 4. die Hauptmaßnahme aber soll die Einführung eines geheimen Urabstimmungszwanges werden.

25. Juni. (Unterhaus) Rußland.

Besprochen wird wieder die Unterstützung des engl. Streiks durch Rußland. Ein eben aus Rußland zurückgekehrtes kons. Unterhausmitglied spricht ruhig und sachlich über die ökonomische Entwicklung Rußlands: Wenn man die Beziehungen abbrechen würde, so würden nur Deutschland und Amerika den Profit einstecken. Chamberlain erklärt, daß die Regg. beschlossen hat, einen vernünftigen Mittelkurs zu steuern. Wenn er allerdings gefragt würde, ob Rußland das Handelsabk. gebrochen hätte, so würde er ohne weiteres ja sagen. Es handle sich jetzt aber darum, nicht neue Unruhe zu stiften. Ein Abbruch der Beziehungen würde nur die inneren englischen Schwierigkeiten vermehren und in die Außenpolitik ein neues Element einführen, das die Befriedung Europas stören würde. Etwas anderes wäre es, wenn es sich darum handelte, die Beziehungen zu Rußland heute erst anzufangen oder ein Handelsabk. neu abzuschließen. Das würde er in diesem Augenblick allerdings ablehnen.

28. Juni—2. Juli. (Unterhaus) Der Achtstundentag im Kohlenbergbau; Anfragen.

Arbeitsmin. Ramsay-Steel-Maitland bringt den GE. über den Acht-Stundentag im Kohlenbergbau ein und faßt dabei den Standpunkt der Regg. in der Formel zusammen, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit besser sei als eine Lohnermäßigung. Ferner liegt eine Anfrage vor, ob die Mandate, die England im Rahmen des „Vertrags" von Versailles besäße, in dauerndem engl. Besitz seien, oder ob sie der Kontrolle des Völkerbundes unterworfen seien. Chamberlain erklärt, daß der Art. 22 der Völkerbundssatzung eine Begrenzung der Dauer des Mandats nur für die sog. A-Mandate vorsehe; bei dieser Kategorie von Mandaten dauere das Mandat nur so lange, bis diese Gebiete fähig seien, sich selbst zu verwalten. Bei den übrigen Mandaten, also den sogenannten B- und C-Mandaten, sähen weder die Völkerbundssatzung noch die Mandatsbedingungen eine Begrenzung der Dauer des Mandats vor. Art. 22 bestimme, daß die Vormundschaft über diese Völker durch die Mandatsmächte im Namen des Völkerbundes ausgeübt werden kann. Die Überwachung übe der Völkerbund durch die ständige Mandatskomm. aus. (Eine Klärung ist durch diese Feststellung nicht erfolgt.) Die Aussprache über den GE. betr. den Achtstundentag zieht sich einige Tage hin und gestaltet sich teilweise erregt. Abg. Walsh (Arb.-P.) bezeichnet den GE. als den ersten Rückschritt in der sozialen Gesetzgebung

Englands seit 100 Jahren. Die Regg. bestehe aus Heuchlern und Lügnern. Baldwin sei ein wohlmeinender Schwächling. Kein Industriezweig sei berechtigt, den Lebensstandard seiner Arbeiter zu ermäßigen. Jetzt biete er den Bergarbeitern die längste Arbeitszeit von Europa mit Ausnahme von Oberschlesien an.

In der Nacht vom 1. zum 2. Juli wird nach sehr erregter Debatte der GE. mit 332 gegen 147 St. in 3. Lesung angenommen. Das Oberhaus verabschiedet das Ges. am 9. Juli.

5. Juli. (Unterhaus) Verlängerung der Notstands-VO.

Staatssekretär Joynson-Hicks erklärt: Wenn arbeitswillige Bergleute daran verhindert würden, in die Gruben zurückzukehren, dann werde die Regg. die Vollmachten benutzen, um diese Arbeitswilligen zu schützen. Abg. Purcel (Arb.-P.) sagt, die Vollmachten würden nicht verhindern, daß russ. Geld weiterhin nach England gelangen werde, er sei bereit, Geld von jeder Seite anzunehmen, wenn es dazu helfe, den Grubenbesitzern eine Niederlage zu bereiten. Nach längerer Debatte wird die Entschl. betr. die Vollmachten mit 181 gegen 164 St. angenommen.

9. Juli. Besuch des spanischen Königs.

„Times" teilt dazu mit, daß zwischen England und Spanien vor und während des Besuchs des span. Königs Besprechungen stattgefunden hätten. Die span. Regg. hätte dabei ihre Tangeransprüche (S. 211) vorgetragen. Die Ansicht der engl. Regg. gehe unverändert dahin, daß die Tangerzone international bleiben solle.

13. Juli. (Unterhaus) Finanzielle Vorlagen.

Schatzkanzler Churchill legt den franz.-engl. Schuldenvertrag vor. (Näh. über dens. s. Abschn. II am Schluß!)

Am 14. bringt er einen Nachtragsetat von 1,6 Mill. Pf. ein, davon 1 Mill. für Mehrausgaben der Arbeitslosenfürsorge.

16. Juli. In London wird mit Griechenland ein Handelsvertrag auf Grund der Meistbegünstigung unterzeichnet.

19. Juli. (Unterhaus) Das Schuldenabkommen mit Frankreich.

Die Debatte zeigt allgemein eine gereizte Stimmung gegen Amerika. Ein lib. Redner hält den Sturz Briands und Caillaux' für eine günstige Gelegenheit, mehr aus Frankreich herauszuschlagen, als Churchill fertig bekommen habe. Der ehem. Schatzkanzler Snowden (Arb.-P.) ist der Ansicht, daß Frankreich seine finanziellen Verhältnisse entweder nicht regeln könne oder nicht regeln wolle. Wenn nicht eine Art Dawesplan für Frankreich geschaffen würde, so sei wenig Aussicht, daß Frankreich selbst die mäßigen Zahlungen leiste, die Churchill verabredet habe. Der kons. Redner Hilton Young hält eine scharfe Rede gegen die amerikanische Auffassung, wonach die Kriegsschulden Handelsschulden seien, und befürchtet eine Verschlechterung der engl.-amerik. Beziehungen. Schatzkanzler Churchill verteidigt seinen Vertrag und erklärt, daß die Frage einer Revision wahrscheinlich so wie so bei einem Versagen der deutschen Zahlungen aufgerollt worden wäre, auch wenn er nicht den Briefwechsel mit Caillaux unterzeichnet hätte. Er wäre glücklich, wenn England Frankreich geholfen hätte, die Erörterung der Schulden an Amerika in Kanäle zu leiten, die zu einer Ermäßigung der Lasten führten.

22. Juli. (Unterhaus) Budget.

Mit 324 gegen 117 St. wird das Budget 1926/27 in 3. Lesung verabschiedet; dasselbe balanciert mit 804,7 Mill. Pf. Einnahmen und 812,6 Mill. Pf. Ausgaben.

24. Juli. Unterzeichnung eines Handelsvertrags mit Ungarn auf Grund der Meistbegünstigung.

30. Juli. Lage des Bergarbeiterstreiks.

In der Vollsitzung der Bergarbeiterdelegierten erklärt Cook, daß es an der Zeit wäre, in Verhandlungen einzutreten, um die bestmöglichen Bedingungen herauszuschlagen. Man müsse die ökonomische Lage berücksichtigen. Schließlich beschließt die Konferenz, über den Vergleichsvorschlag der Bischöfe nicht abzustimmen, sondern ihn zur Abstimmung den Distrikten vorzulegen, allerdings mit der Empfehlung, ihn anzunehmen.

30. Juli. (Unterhaus) Verlängerung des Notzustandes.

Die Vo. über den Notzustand wird mit 230 gegen 84 St. um einen weiteren Monat verlängert.

2. Aug. (Unterhaus) Englische Waffenlieferungen an die Türkei; Abessinien.

Auf eine Anfrage wegen der angeblichen Waffenlieferungen an die Türkei erklärt Chamberlain: Das einzige, was er von der Sache wisse, seien Anfragen von privaten Firmen. Im übrigen habe das Foreign Office keinen Grund, Waffenlieferungen an die Türkei seine Genehmigung zu verweigern. Zu Anfragen über den Protest Abessiniens (s. Völkerbund!) erklärt er: England habe nichts zu verbergen. Der abessinischen Regg. sei während der engl.-italien. Verhandlungen keine Mitteilung gemacht worden, da dies den Fortgang der Verhandlungen nicht gefördert hätte. Sobald der Vertr. fertig gewesen sei, hätte man sofort die abess. Regg. davon unterrichtet. Ein Abg. der Arb.-P. regt an, daß man an Stelle des engl.-italien. Vertr. einen unmittelbaren Vertr. mit Abessinien machen solle, und zwar einen Handelsvertrag, in dem man Abessinien solche Vorteile gewähren könne, daß es den Dammbau im Tsana-See genehmige. Abg. Sir M. Macdonald (Lib.), der als Sachverständiger für die Wasserversorgung des Sudans und Ägyptens gilt, erklärt, daß der Preis, der unter diesen Umständen für den Tsana-Damm gezahlt würde, zu hoch sein würde. Man könne dasselbe durch ein anderes Bewässerungsschema erreichen, ohne in die Rechte der Regg. von Abessinien einzugreifen oder überhaupt auf abessin. Territorium zurückzugreifen. Chamberlain erklärt, daß das von Macdonald vorgeschlagene Schema zur Ausführung etwa 35 Jahre brauche und daß man so lange nicht warten könne. Die Bevölkerung Ägyptens betrage 15 Mill. Das gegenwärtig für die Landwirtschaft zur Verfügung stehende Land reiche für nur 7,5 Mill. Menschen aus, außerdem vermehre sich die ägypt. Bevölkerung um jährlich 300 000 Menschen. Er bedaure außerordentlich, daß die ägypt. Regg. den Dammbau über den Weißen Nil bei Diebel Aulia wieder vertagt habe. Was die Wasserversorgung aus dem Tsana-See anlange, so sei bereits im J. 1902 grundsätzlich diese Regelung mit Menelik vereinbart worden. 1914 seien dann weitere Verhandlungen von Lord Kitchener geführt worden

und dann sei der Krieg dazwischen gekommen. Während die Arbeiterregg. am Ruder gewesen, habe Macdonald als Ministerpräsid. und Außensekretär ebenfalls mit Abessinien Noten gewechselt. Auf seine letzte Note sei bis heute noch keine Antwort eingelaufen.

Am 4. vertagen sich beide Häuser bis zum 9. Nov. In der Schlußdebatte kommt nochmals die Schuldenregelung zur Sprache. Chamberlain erklärt dazu: England werde an Amerika natürlich bezahlen, was es unterschrieben habe, andererseits sei das Baldwin-Abk. sicherlich das beste, was möglich sei. Es sei jedoch schade, daß die Schulden nicht sämtlich gestrichen seien. England habe den Wunsch, daß die Welt erfahren solle, wie es das Geld von Amerika geborgt und wie es das Geld verwandt habe, aber es möchte andererseits die Beziehungen zu Amerika nicht trüben. — Die schottischen Abgg. der Arb.-P. bringen einen Antrag ein, der für Schottland eine neue Verfassung mit eigenem Parlament nach dem Vorbild des irischen Freistaats verlangt.

16./17. Aug. Beschluß der Bergarbeiter-Delegierten betr. Aufnahme neuer Verhandlungen.

Nach langen und erregten Verhandlungen nimmt die Delegiertenkonferenz der Grubenarbeiter mit 428000 gegen 360000 St. einen Antrag an, der dem Vorstand Vollmacht erteilt, zu versuchen, mit der Regg. und den Zechenbesitzern Verhandlungen über eine Beilegung des Bergarbeiterstreiks zu eröffnen. Die Exekutive hat daher sowohl bezüglich der Löhne als auch der Arbeitszeit freie Hand. Die Konferenz macht die Erlaubnis nur davon abhängig, daß die Verhandlungen national, d. h. durch den Verband, geführt werden müssen und daß ihr Ergebnis einer neuen Delegiertenkonferenz unterbreitet wird, so daß die Distrikte das letzte Wort über dessen Annahme oder Verwerfung haben.

31. Aug. (Unterhaus) Verlängerung des Notzustandes.

In einer eigens einberufenen Sondersitzung wird der Notzustand um einen weiteren Monat verlängert. Innenmin. Joynson-Hicks kündigt verstärkte Schutzmaßnahmen an, wonach zum Schutz der Arbeitswilligen gegen Masseneinschüchterung durch Streikposten das Aufruhrges. von 1875 Anwendung finden wird. Die Anträge der Arb.-P. auf Aufhebung der Not-Vo. werden mit 252 gegen 90 St. abgelehnt.

2. Sept. Die Vollmacht der Bergarbeiterexekutive für die Verhandlungen.

Die Exekutive beantragt freie Hand, Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes auf nationaler Basis sofort einzuleiten. Dieser Antrag wird von der Delegiertenversammlung der Bergarbeiter mit 557000 gegen 225000 St. angenommen. Die einzige Bedingung, die an die Generalvollmacht offiziell geknüpft ist, geht dahin, daß die Regelung auf nationaler Grundlage erfolgt. In der Frage der Verlängerung der Arbeitszeit soll die Exekutive keine Konzession machen, ohne sie der Delegiertenversammlung vorzulegen.

17. Sept. Neues Angebot Baldwins an die Bergarbeiter.

Premiermin. Baldwin übergibt Cook das schriftlich fixierte Angebot der Regg., durch Ges. ein nationales Schiedsgericht für die Kohlenindustrie einzuführen, nachdem die Arbeiter auf Grund von distrikt-

weisen Verhandlungen mit den örtlichen Unternehmerverbänden die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Baldwin stellt fest, daß eine zufriedenstellende Beilegung des Konflikts Distriktsverträge mit dem Grundsatze der nationalen Aufsicht verknüpfen müsse. Wenn die Bergarbeiter endlich bereit seien, den wirtschaftlichen Tatsachen Rechnung zu tragen, so sei die Regg. bereit, durch Gesetzgebung ein nationales Schiedsgericht einzuführen.

23. Sept. Note an China betr. den Yangtse-Zwischenfall. Näh. s. China!

23. Sept. Verstärkung der Ostasienflottille.

Die im Mittelmeer stationierte 3. Torpedobootsflottille hat Befehl erhalten, sofort zur Verstärkung der Chinastation in See zu gehen.

28. Sept. (Unterhaus) Die Lage in China; Verlängerung des Notzustandes.

Ministerpräsid. Baldwin antwortet auf eine Reihe von Fragen über China und erklärt u. a.: Nach Ansicht der Regg. seien die auf dem Wege nach China befindlichen Verstärkungen zusammen mit den Streitkräften der China-Station ausreichend zum Schutze des Lebens und Eigentums brit. Bürger. Mit irgendwelchen anderen Mächten habe England sich wegen einer etwaigen gemeinsamen Aktion nicht in Verbindung gesetzt, sondern es sei der Ansicht, daß jedes Land seine eigenen Untertanen schützen müsse. Über die Bedingungen, die Kanton an die Aufhebung des Boykotts knüpfe, könne er in Abwesenheit des Außenmin. keine Mitteilung machen.

Ferner steht wiederum der Kohlenstreik zur Debatte. Die Arb.-P. macht noch einmal den Versuch, die Regg. zu einem weiteren Entgegenkommen zu bewegen. Dabei handelt es sich für sie nur noch darum, eine Sicherheit gegen eine Vergewaltigung der Bergarbeiter in der Zwischenzeit bei lokalen Verhandlungen zu erhalten. Churchill erwidert, daß die Regg. keinen Zoll weiter entgegenkommen würde, sondern nach wie vor die Bedingung stelle, daß die Bergarbeiterexekutive zunächst den Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit erteile, bevor die Regg. das von ihr vorgeschlagene Schiedsgericht einsetzen werde. Schließlich wird der Regierungsantrag auf Verlängerung des Notzustandes mit 196 gegen 99 St. angenommen.

2. Okt. Chamberlains Zusammenkunft mit Briand (S. 290).

4. Okt. Ankunft des Gen. Hertzog in London.

Gen. Hertzog, der Führer der südafrikanischen Delegation, erläßt folgende viel beachtete Erklärung: „Ich überbringe Großbritannien die freundlichen Grüße und die guten Wünsche Südafrikas und versichere, daß Südafrika auf der Reichskonferenz keinen anderen Wunsch hat, als ein hilfreicher Bundesgenosse darin zu sein, die Interessen der brit. Völkergemeinschaft zu fördern. Eine der Hauptaufgaben der Konferenz wird sein, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten des Brit. Empire auf eine mehr bestimmte und mehr zufriedenstellende Grundlage zu stellen. Darin liegt nichts Revolutionäres und nichts, was nicht mit der gegenwärtigen Basis in vollster Harmonie stünde. Mit gutem Willen, Mut und Vertrauen sollte es uns möglich sein, etwas zu schaffen, das Dauerhaftigkeit und Harmonie in allen unseren zukünftigen Beziehungen sichert.“

7. Okt. (Scarborough) Kongreß der Kons. P.

Im Mittelpunkt der Debatten steht die Streikgesetzgebung der Regg.; in einer einstimmig angenommenen Resolution wird ein Ges. gefordert, das jeden Streik ohne geheime Urabstimmung für ungesetzlich erklärt, den einzelnen Arbeiter gegen Schikanen und Bedrohung auf Grund seiner politischen Ansichten schützt, das Streikpostenstehen in Massen oder vor den Wohnhäusern der Arbeiter für ungesetzlich erklärt, eine Prüfung der Ausgaben und Einnahmen der Gewerkschaften durch amtliche Bücherrevisoren einführt.

Auf dem Festabend hält Premiermin. Baldwin eine Rede, in der er den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Ratifikation des Vertrages von Locarno als einzigartigen Triumph der brit. Diplomatie feiert.

7. Okt. Ablehnung des Regierungsangebots durch die Bergarbeiter.

Die Delegiertenversammluung der Bergarbeiter lehnt mit 737000 gegen 42000 St. das Angebot der Regg. betr. ein nationales Schiedsgericht (s. o.) ab. Die Versammlung nimmt hingegen eine Resolution zur Verschärfung des Kampfes an und fordert: Zurückziehung der Sicherheitsmannschaften aus allen Gruben, Sperre der ausländischen Kohleneinfuhr, Einstellung der wilden Förderung auf den englischen Gruben, Einberufung eines Gewerkschaftskongresses, der eine allgemeine Abgabe zur Unterstützung der Bergarbeiter beschließen soll.

8.—10. Okt. (Romsey) Englisch-deutsche Industriellenkonferenz.

Das am Schluß der Konferenz ausgegebene Kommuniqué sagt: Hauptaufgabe der Konferenz sei es, die Aussichten der gegenseitigen Unterstützung und der Wiederherstellung einer blühenden Industrie in Europa zu untersuchen. Besonderes Interesse habe dabei erweckt das Mißverhältnis zwischen der Erzeugungsfähigkeit der industriellen Nationen und dem Rückgang der Kaufkraft der meisten Völker der Welt. Die Konferenz habe beschlossen, einen ständigen gemeinsamen Ausschuß zu gründen. Vors. dieses Ausschusses sollen sein Sir Robert Horne und Dr. Duisberg. Auffallenderweise werden die Fragen des Eisen- und Stahltrusts in dem Kommuniqué nicht erwähnt, wenngleich die Frage des brit. Eintritts in den Eisen- und Stahltrust trotz aller Ableugnungen im Mittelpunkt der Verhandlungen gestanden hat.

Die englischen Blätter sprechen von einem „Wirtschaftlichen Locarno". „Observer" schreibt: Deutschland ist schon vor dem Kriege bei dem Wettrennen um Kolonien zu spät gekommen, und seit dem Friedensschlusse ist es noch mehr ins Hintertreffen geraten. Die Sicherstellung des freien Zuganges zu den Rohmaterialien ist eine unvermeidliche Vorbedingung für eine vollkommene englisch-deutsche Verständigung und die Konsolidierung des europäischen Friedens.

Mitte Okt. Asquith legt den Vorsitz der Lib. P. nieder.

Earl Oxford and Asquith begründet in einem Brief an den Vors. der „National Liberal Federation", J. A. Spender, seinen Rücktritt mit dem Konflikt beim Ausbruch des Generalstreiks. (Asquith hatte damals in der „British Gazette" gegen den Generalstreik Stellung genommen, worauf sich Lloyd George weigerte, an einer Versammlung teilzunehmen, bei der Asquith zugegen sein würde.) Asquith erklärt

weiter: Ich lege den größten Wert auf die Einigkeit in der Partei, die nicht aufrechterhalten werden kann unter einem System rivalisierender Autoritäten mit getrennten Organisationen und getrennten Geldmitteln. Ich kann und will nicht direkt oder indirekt an Streitigkeiten zwischen den Parteigruppen teilnehmen. Ich habe ein halbes Jahrhundert am öffentlichen Leben teilgenommen, bin längere Zeit ununterbrochen Ministerpräsid. gewesen und hatte ernstere Verantwortlichkeiten auf mich zu nehmen als irgendeiner meiner Vorgänger in den letzten hundert Jahren. Eine noch längere Zeit bin ich Führer der Lib. P. (seit 1908) gewesen. Alle diese Jahre habe ich meine Zeit und meine Kraft rückhaltlos dem Dienst der Partei und des Staates gewidmet. Von den Grundsätzen des Liberalismus, wie ich sie immer verstanden habe und sie noch verstehe, bin ich niemals zur Rechten oder zur Linken abgewichen und werde es niemals tun.

Die „Times" schreibt dazu: Die Zeit ist noch nicht gekommen, Asquith den Platz in der Geschichte anzuweisen, oder seine Handlungsweise zu diskutieren bei so umstrittenen Problemen wie dem Problem von Irland oder dem Parlamentsgesetz über die Zuständigkeit des Oberhauses oder über seine Handlungsweise am Anfang des Krieges. Zurzeit ist es genügend, zu sagen, daß er seit mehr als einer Generation eine hervorragende Persönlichkeit in unserem öffentlichen Leben gewesen ist und daß dieses öffentliche Leben durch seinen Rücktritt von der Führerschaft der historischen Partei, der er von seiner Jugend an alle seine Kräfte geliehen hat, ärmer geworden ist. Für die unmittelbare Zukunft des Liberalismus wird der Rücktritt des alten Führers keine besonderen Folgen haben. Das Blatt Lloyd Georges, „Daily Chronicle", betont, daß man heute den Streit vergessen solle und sich mehr an die lange Periode der verdienstvollen Tätigkeit Lord Oxfords für den Staat und die Partei erinnern solle.

19. Okt. (London) Eröffnung der britischen Reichskonferenz.

Die brit. Reichskonferenz wird in Downing-Street eröffnet. Premiermin. Baldwin weist in seiner Programmrede auf die Erfolge der früheren Reichskonferenzen und kündigt an, daß die diesjährige Konferenz sämtliche Gebiete der Reichspolitik, vor allem aber das Verhältnis der einzelnen Teile des Reiches untereinander umfassen werde, um die Dominions untereinander und mit dem Mutterlande inniger zu verknüpfen. Die Aenderung, die in den letzten Jahrzehnten in der Außenpolitik Großbritanniens stattgefunden habe, werde genügend durch die Tatsache verdeutlicht, daß es sich jetzt um die Frage handle, wie man den Grundsatz der Selbstverwaltung in äußeren sowohl wie in inneren Angelegenheiten mit der Notwendigkeit einer auswärtigen Politik des allgemeinen Reichsinteresses verbinde. In der Frage der Reichsverteidigung sei eine ständige Besserung der Möglichkeiten des Zusammenwirkens, wenn sich die Notwendigkeit hierfür unglückseligerweise ergeben sollte, erzielt worden. Der Grundsatz der Dominions-Flotten habe sich durchgesetzt und werde von der Admiralität gebilligt. Die Flotten der einzelnen Reichsteile, von denen der Bestand des Reiches letzten Endes abhängig sei, seien die denkbar stärksten Bande, die das Reich zusammenhielten. Auch auf dem Gebiete des Landheeres sei viel zur Erleichterung der Zusammenarbeit geschehen. Nicht minder bedeute die Luftflotte ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Mutterland und den Dominions. Als das dritte Gebiet bezeichnet Baldwin

die Handels- und Auswanderungsfragen. Er erklärt, daß die in den Dominien den aus den anderen Reichsteilen stammenden Waren gewährte Vorzugsbehandlung zu greifbaren Ergebnissen geführt habe. Premiermin. von Kanada, Makenzie King, sagt: Zweifellos habe sich der internat. Horizont seit 1923 sehr aufgehellt, sowohl in der Richtung politischer, als auch wirtschaftlicher Stabilität. Premiermin. von Australien, Bruce, meint, vor allem müsse man sich mit der wirtschaftlichen Frage befassen, die den wichtigsten Teil der bevorstehenden Erörterungen bilde. Premiermin. der Südafrikanischen Union, Gen. Hertzog, sagt, bei der Bemühung, die Dauerhaftigkeit der Beziehungen zu stärken, werde Afrika von Herzen das Brit. Reich unterstützen, und zwar ohne Unterschied der Parteien und Rassen, solange es den Charakter eines Gemeinwesens freier und unabhängiger Nationen zeige. Bei Angelegenheiten, die das ganze Reich angehen, sollte unbeschränkte Handlungsfreiheit für jedes Mitglied des Gemeinwesens bestehen, wo immer dies möglich sei. In wirtschaftlichen Fragen wolle Südafrika unter Vorbehalt jederzeitigen Widerstands mitwirken, soweit es seine wirtschaftlichen Interessen erlaubten. Ohne die Bedingungen, die dauernde gute Beziehungen zwischen den Reichsteilen sichern, müßte das Reich zusammenbrechen. Wenn er für Südafrika spreche, sei er der Meinung, daß diese Bedingungen nicht gegeben seien. Im Namen der indischen Delegation führt der Maharadscha von Burdwan aus, Indien habe zwar nicht den Status als Dominion, aber es gehe der allmählichen Verwirklichung des Grundsatzes verantwortlicher Regg. im Namen des Reiches entgegen und habe bereits einen Grad individueller Entwicklung erreicht, der es ihm ermögliche, an den Beratungen der Reichskonferenz und des Völkerbundes teilzunehmen. Zum Schluß verbreitet sich Kolonialsekretär Amery über die Art und Weise, in welcher der Verkehr zwischen der brit. Regg. und den Dominionregg.en geregelt sei.

25. Okt. (Unterhaus) Verlängerung des Notzustandes.

In der monatlichen Sondersitzung wird die Verlängerung des Notzustandes für den 7. Monat beschlossen. Abg. Clynes (Arb.-P.) kritisiert die untätige Haltung der Regg. und schildert den Dauerzustand des Kohlenkonflikts.

27. Okt. Lage des Kohlenstreiks.

Bei einer Unterredung mit den Vertretern des Generalrats des Gewerkschaftskongresses erklärt Premiermin. Baldwin, daß weitere Besprechungen zwecklos seien, solange der Generalrat keine Vollmacht vom Bergarbeiterverband besitze. Er wolle keinen Zweifel darüber lassen, daß es nicht mehr möglich sei, den Konflikt auf der Basis des Kohlenberichtes beizulegen, wie es die Gewerkschaftler vorschlugen. Die Lage habe sich in den letzten Monaten grundsätzlich geändert. Es sei nicht mehr möglich, von einer Verlängerung der Arbeitszeit abzusehen, da bereits mehr als eine Viertelmillion der Bergarbeiter die längere Arbeitszeit angenommen hätte. Auch sei es nicht mehr möglich, eine Regelung vorzunehmen, die die Nationalisierung der Kohlenregalien vorsehe. Vor sechs Monaten wäre ein solcher Schritt noch denkbar gewesen. Die Wirkung des Kohlenstreiks auf die Staatsfinanzen sei aber so katastrophal, daß das dafür erforderliche Geld heute nicht mehr aufgebracht werden könnte.

Die Exekutive der Bergarbeiter konstituiert sich inzwischen als „Kriegsrat“ und verlegt ihr Hauptquartier in das Kohlenrevier von Nottingham,

um das neue Kriegsprogramm zu forcieren. Cook erklärt: Man habe vorgeschlagen: die Zurückziehung der Sicherheitsmannschaften aus den Gruben. Auferlegung der Kohlensperre auf ausländische Kohle. Auferlegung einer allgemeinen Abgabe der Gewerkschaften. All das sei abgelehnt. Als einzige positive Maßregel verbleibe, daß einige Parlamentarier in die Minendistrikte entsandt werden, um Reden zu halten.

10. Nov. (Oberhaus) Die Lage in China.

Lord Parmoor bringt eine Interpellation ein, durch eine Politik der Geduld und Versöhnung friedliche Verhältnisse zwischen England und China sicherzustellen. Für die Regg. erklärt Lord Balfour, daß England nicht die Absicht habe, in China zu intervenieren. Die Ursache allen Uebels sei der chronische Bürgerkrieg in China. Wenn England sich an die legitime Regg. in Peking wende, so würden zwar Versprechungen abgegeben; es läge aber nicht in deren Macht, auch für die Ausführung zu sorgen. Solle daher England Sonderverhandlungen mit den einzelnen Generalen führen? Das sei in vielen Punkten absolut notwendig, könne aber kaum zum Prinzip erklärt werden. Solange der gegenwärtige Zustand in China andauere, sei die Arbeit der Exterritorialitäts- und Zollkonferenz in Peking eine hoffnungslose Aufgabe. Er könne nicht sehen, wie irgendeine befriedigende Politik von England oder von irgendeiner der westlichen Mächte in gemeinsamer Aktion durchgeführt werden könne, bevor nicht China sein eigenes Haus in Ordnung gebracht habe. England habe nicht die geringste Absicht und auch nicht die geringste Macht, sich in irgendeine Entscheidung einzumischen, die die Chinesen über die zukünftige Organisation Chinas treffen würden. Lord Parmoor erklärt sich mit dieser Antwort zufrieden. — Die Presse — selbst die liberale Presse — jedoch ist mit der Erklärung Balfours unzufrieden und fordert ein Einschreiten Englands und der Mächte.

12. Nov. Beendigung des Bergarbeiterstreiks.

Am 5. trat der Bergarbeiterstreik in sein letztes Stadium, indem die Bergarbeiterexekutive dem Generalrat der Gewerkschaften die von Baldwin geforderten Vollmachten zur Vermittlungsaktion erteilte. Das Vermittlungskomitee begab sich darauf nach Downing-Street und erklärte Baldwin, daß die Bergarbeiter ihren Widerstand gegen den Abschluß von Distriktsverträgen aufgegeben haben. Sodann empfing Baldwin die Mitglieder der Bergarbeiterexekutive (darunter Cook und Smith) und setzte sich gleichzeitig mit dem Unternehmerverband in Verbindung. In den weiteren Verhandlungen am 6. und 8. lehnten die Bergwerksbesitzer die Forderung der Arbeiter, daß die Distriktverträge irgendwie national „koordiniert" werden müßten, mindestens durch die Festsetzung eines Minimallohnes, ab, erklärten sich aber bereit, gewisse Vorschläge in einigen Distrikten zur Annahme zu empfehlen. Vor allem soll der Minimumprozentsatz in keinem Falle unter den von 1921 sinken. Der Prozentsatz, nach dem die Übergewinne zwischen Lohn und Unternehmergewinn geteilt wird, soll der alte bleiben, nämlich 87 % für die Löhne und 13 % für den Unternehmergewinn (nur in ganz besonderen Fällen 15 %).

Am 11. bewilligte die Delegiertenkonferenz der Exekutive der Bergarbeiter einstimmig die verlangten Vollmachten und erklärte sich somit grundsätzlich einverstanden mit längerer Arbeitszeit, geringeren Löhnen und Distriktverträgen. Besondere Schwierigkeiten machte infolge des Widerstandes der Arbeitgeber die Festsetzung der Kompetenzen des

Schiedsgerichts. Schließlich kommt nach langen Verhandlungen die ganze Nacht hindurch am 12. früh 4 Uhr zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eine Einigung zustande. Der Streik ist damit beendet und die Förderung soll sofort aufgenommen werden.

Am 15. beginnen die Urabstimmungen in den Bergarbeiterbezirken über die Annahme der Regierungsvorschläge, die ein positives Resultat ergeben.

12. Nov. (Unterhaus) Elektrizitätsgesetz.

Mit 201 gegen 70 St. wird in 3. Lesung das Elektrizitätsges. (S. 215) angenommen, das in seiner Auswirkung einen staatlichen Eingriff in die Privatwirtschaft sanktioniert. Abgg. der Kons. P. machen in der Debatte der Regg. den Vorwurf, daß sie als kons. Regg. den Sozialismus in England einzuführen versuche.

23. Nov. (London) Schluß der Reichskonferenz.

Als das Hauptergebnis der Konferenz ist zu buchen das Verfassungsdokument, der Bericht des eingesetzten Ausschusses zur Untersuchung der Beziehungen der verschiedenen Reichsteile zueinander.*) Der von dem Vors. des Ausschusses Balfour gez. Bericht, der am 19. Nov. von der Konferenz einstimmig angenommen wird, hat im wesentlichen folgenden Inhalt: 1. Einleitung. Die Zeit war zu kurz, um alle Fragen endgültig zu regeln, jedoch soll mit dem Dokument eine Grundlage geschaffen werden, auf der spätere Reichskonferenzen weiter aufbauen sollen. Art. 2. Der Status Großbritanniens und der Dominien. Das Komitee betont, daß nichts durch den Versuch gewonnen werden könnte, eine Verfassung für das Brit. Empire niederzulegen. Die verschiedenen Teile des Reiches haben die verschiedensten Eigentümlichkeiten; als Ganzes spottet das Brit. Reich der Einordnung in ein Schema. Jedoch gibt es in diesem Reich ein verfassungsmäßig zur vollen Reife entwickeltes Element: die Gruppe der souveränen Volksgemeinschaften Großbritanniens und der Dominien. Ihre Stellung kann folgendermaßen definiert werden: „Großbritannien und die Dominien sind autonome Communities innerhalb des Brit. Empire, gleichberechtigt in ihrem Status, in keiner Weise eine der anderen untergeordnet, weder in den inneren noch in ihren äußeren Angelegenheiten, wenn sie auch durch die gemeinsame Zugehörigkeit zur Krone verknüpft sind und sich freiwillig als Mitglieder des British Common Wealth of Nations assoziieren.“ Sodann wird gezeigt, wie die Tendenz, eine Gleichberechtigung des Status zu erklären, sowohl gerechtfertigt als unvermeidlich wurde. Der Weg der Autonomie sei die einzige Alternative gewesen. Jedes selbstregierende Mitglied des Reiches sei jetzt Meister seines eigenen Geschickes. Es sei in keiner Weise irgendeinem Zwange unterworfen. Gleichzeitig sei aber diese Gleichheit des Reichsstands für Großbritannien und die Dominien das Urprinzip für die Regelung der Beziehungen zwischen den Reichsteilen. Art. 3: Die besondere Lage Indiens. Es wird betont, daß diese Definition nicht für Indien gilt, da die Stellung Indiens bereits durch die Government of India Act von 1919 bestimmt ist. Art. 4: Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen des Brit. Empire. Der Art. betont einleitend, daß die geltenden verwaltungsrechtlichen, gesetzgeberischen und juristischen For-

---

*) Den vollen und authentischen Wortlaut nach dem engl. Weißbuch: Imperial Conference 1926 Summary of Proceedings (Cmd. 2768) bieten in deutscher Uebersetzung die „Europäische Gespräche“ V. Jahrg. (1927) Jan. S. 47 ff.

men nicht mehr mit dem jetzigen Zustand übereinstimmen. a) Der Titel S. M. des Königs. Das Wort „United Kingdom" soll aus dem Titel wegfallen. Der Titel soll in Zukunft heißen: „Georg V., von Gottes Gnaden König von Großbritannien, Irland und den britischen Dominien über See, Verteidiger des Glaubens, Kaiser von Indien". b) Die Stellung der Generalgouverneure. Der Generalgouverneur einer Dominion, bisher nach dem Vorschlag der Minister in London ernannt und deren Vertreter, ist in Zukunft nur der Repräsentant des Königs, der Vertreter der Krone, der in der Dominion die gleiche Stellung wie S. M. der König in Großbritannien innehat. Der Generalgouverneur hat also nichts mehr mit der engl. Regg. und dem Londoner Kabinett zu tun. Infolgedessen muß auch die gegenwärtige Regelung des Dienstverkehrs geändert werden. Der Schriftwechsel darf nicht mehr durch den Generalgouverneur gehen, sondern direkt von Regg. zu Regg. Dem Generalgouverneur wird eine Kopie zugeleitet. c) Geltung der Gesetze der Dominien. Nach der gegenwärtigen Praxis werden die Ges. der Dominienparlamente jährlich nach London eingesandt, um alsdann vom Staatssekretär für die Dominien dem König zur Genehmigung vorgelegt oder ev. zurückgestellt zu werden. Ferner wird hervorgehoben der Unterschied zwischen der Gesetzgebungsgewalt des Parlaments von Westminster und der Dominienparlamente, daß die von den letzteren beschlossenen Ges. nur innerhalb der betr. Dominion gelten. Die Wirkung von Ges., welche das Westminster Parlament in Beziehung auf die Dominions erklärt, gibt Anlaß zu der Anregung, die Gleichmäßigkeit der Gesetzgebung in Großbritannien und in den Dominien durch Erlaß von Gegenseitigkeit gewährenden Ges. zu erreichen. Der Ausschuß verlangt demgegenüber für die Regg. jeder Dominion das ausschließliche Recht, die Krone in den Angelegenheiten derselben zu beraten. Zur Untersuchung sämtlicher Einzelfragen wird die Einsetzung eines besonderen Komitees vorgeschlagen. Abs. d beschäftigt sich mit der Gesetzgebung für die Handelsmarine. Abs. e. Das bisherige Verfahren, daß das Gerichtskomitee des Geheimen Kronrates in London das letzte Appellationsgericht für die Dominien ist, kann durch die Dominien abgeändert werden, jedoch nur, nachdem sie sich mit den anderen Dominien vorher hierüber geeinigt haben. Art. 5: Beziehungen zu auswärtigen Mächten. Ausgehend von dem Beschluß der Reichskonferenz von 1923 und dessen praktischer Auswirkung wird folgendes Verfahren vorgeschlagen: Bei Vertragsabschlüssen mit auswärtigen Ländern sollen die einzelnen Regg.en der Dominien alle anderen Regg.en vorher fragen, ob diese der Ansicht sind, daß dieser Vertrag sie irgendwie interessieren oder betreffen könnte. Für die Form eines solchen Vertragsabschlusses werden neue Grundlinien gegeben, die ihn in Einklang mit der Form der Personalunion des Brit. Empire bringen. Die bei der Unterzeichnung der Völkerbundssatzung angenommene Formel „British Empire" wird abgeschafft. Diese Formel und die Erwähnung der einzelnen Dominien, jedoch nicht Großbritanniens, ließen den Schluß zu, daß zwischen Großbritannien und den einzelnen Dominien ein Unterschied bestand. In Zukunft soll jeder Vertrag von S. M. dem König abgeschlossen werden. Hinzugefügt wird, für welche einzelnen Länder der Vertrag gilt, und zwar in folgender Reihenfolge: 1. Großbritannien, Nordirland und alle Teile des Brit. Empire, die nicht Einzelmitglieder des Völkerbundes sind; 2. für die Dominion von Kanada; 3. für die Commonwealth von Australien; 4. für die Dominion von Neuseeland; 5. für die Union von Südafrika; 6. für

den Irischen Freistaat; 7. für Indien. Unterzeichnet wird der Vertrag vom König und ev. von den Bevollmächtigten. Wenn eine einzelne Dominion einen Vertrag abschließt, so wird der Vertrag ebenfalls vom König unterschrieben. Es ist also auch äußerlich völlig die Form der Personalunion hergestellt. Die Vollmachten der einzelnen Delegierten werden — auf Vorschlag der betr. Regg. — im Namen des Königs ausgestellt und müssen genau bezeichnen, für welchen Teil des Reiches sie gelten. Bei internationalen Konferenzen wird entweder je nach der Form der Einladung eine gemeinsame Vertretung des Brit. Empire gestellt, oder aber jedes Dominion hat eine eigene Delegation wie beim Völkerbund. Zur allgemeinen Führung der Außenpolitik wird erklärt, daß die Konferenz freimütig anerkannt hat, daß in dieser Sphäre der größere Teil der Verantwortlichkeit zurzeit noch bei der Regg. S. M. in Großbritannien liegt und für eine gewisse Zeit dort auch noch liegen wird. Trotzdem muß als Grundlage gelten, daß weder Großbritannien noch die Dominien gezwungen werden können, eine aktive Verpflichtung zu übernehmen, falls die eigene Regg. ausdrücklich zugestimmt hat. Betr. die Erteilung des Exsequatur an auswärtige Konsuln in den Dominien soll dasselbe der Dominienregg. zur Gegenzeichnung zugesandt werden. Für den Verkehr zwischen den Dominienregg.en und auswärtigen Regg.en wird grundsätzlich gestattet, daß die Dominien diplomatische Vertreter bei ausländischen Regg.en ernennen. In Fällen, wo dies nicht geschehen ist, sollen die bestehenden diplomatischen Kanäle weiter benutzt werden, d. h. also der Weg über London. Art. 6: Das System der Mitteilungen und Befragungen zwischen London und den Dominien. In dem Art. heißt es: Infolge der verfassungsmäßigen Position des Generalgouverneurs, wie sie hier niedergelegt ist, ist dieser nicht mehr der Repräsentant der Regg. von Großbritannien. Es ist daher in Zukunft in den Hauptstädten der Dominien niemand in einer Position, die Ansichten der Regg. Großbritanniens mit Autorität zu vertreten. Es wird daher vorgeschlagen, daß zwischen England und den einzelnen Dominien ein neues System eingeführt wird. (Gedacht ist an Ernennung neuer diplomatischer Vertreter der engl. Regg. in den Dominien und Verleihung diplomatischer Funktionen an die Oberkommissare der Dominien in London.) Art. 7: Besondere Fragen der auswärtigen Politik. Einstimmig wird beschlossen, daß es verfrüht wäre, der obligatorischen Klausel des Art. 36 des Statuts des Ständigen Internat. Gerichtshofes beizutreten. Die Beschlüsse des Völkerbundes gegenüber den amerikanischen Vorbehalten wegen des Beitritts der Ver. Staaten zum Protokoll des St. I. Gerichtshofes werden gebilligt. Schließlich wird die Politik von Locarno restlos gebilligt.

Im übrigen sei aus dem Verlauf der Verhandlungen folgendes hervorgehoben: Am 20. Okt. erstattete Außenmin. Chamberlain einen Generalbericht über die Außenpolitik. Die Konferenz beschloß, denselben zunächst geheim zu halten, sein Kern dürfte die Verteidigung der Locarnopolitik gegenüber der Kritik aus den Dominions gewesen sein. Der erste positive Beschluß (am 21.) war die Einsetzung eines Mandatsausschusses mit einer deutlichen Spitze gegen den des Völkerbunds. Am 25. Okt. wurde in einer Geheimsitzung der gen. Bericht Chamberlains besprochen und — laut einer Meldung der „Daily News" — beschlossen, daß alle Dominien den Locarno-Vertrag unterzeichnen. Eine spätere Meldung besagt dazu: Es ist nicht beschlossen worden, dem Vertrag durch Unterschrift beizutreten; die Dominien haben vielmehr nach

dem die Locarno-Politik lediglich generell gebilligt. Kanada und Südafrika haben sich von Chamberlain davon überzeugen lassen, daß die Locarnopolitik zur Befriedung Europas notwendig war. Über eine aktive Teilnahme durch Unterschrift aber konnte schon deshalb nicht beschlossen werden, weil dies eine Angelegenheit der Dominialparlamente ist. Von keiner Seite ist eine Andeutung gemacht worden, daß einer der Ministerpräsid. die Ratifikation seinem Heimatsparlament vorschlagen werde. Die Stimmung ist aber wohl mehr die, daß man sich mit einer vollendeten Tatsache abfand. Der australische Ministerpräsid. drückte dies am Schluß der Sitzung mit den Worten aus: „Ob wir unterzeichnen oder nicht, ist ganz gleichgültig. Wenn England durch den Locarno-Vertrag in einen Krieg verwickelt wird, sind wir alle im Kriege."

Ferner wurde der Ausschuß der Ministerpräsidenten eingesetzt, der die Frage der Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen des Empire prüfen soll. Dieser Ausschuß der sieben „Großen" hatte das Kernstück der Konferenz zu behandeln: den Ausbau der Stellung der Oberkommissare zu diplomatischen Vertretungen der Dominien in London (s. oben!).

Am 23. Nov. findet die Schlußsitzung statt. In den Schlußreden kommt allgemein die Freude über den Erfolg der Konferenz zum Ausdruck. Die noch ausstehenden Kommissionsberichte werden zur Veröffentlichung freigegeben. Der Bericht über die auswärtige Politik betont die Wichtigkeit der Sicherung des Weges durch den Suez-Kanal nach dem Osten und dem südl. Teil des Stillen Ozeans und gratuliert der engl. Regg. zu ihren Erfolgen in der Friedenspolitik. Die Regg.en des brit. Reiches würden festhalten an der Politik des Friedens und der Unterstützung des Völkerbundes, als des größten Friedensinstrumentes. Der wichtigste Paragraph des Berichts ist der Beschluß, keinen Teil der Rede Chamberlains oder der anschließenden Diskussion über die Außenpolitik zu veröffentlichen. In dem Bericht über die Reichsverteidigung bedauert die Konferenz, daß es nicht möglich gewesen sei, mit der internat. Abrüstung schneller fortzuschreiten. Die Konferenz erkennt an, daß auch nach weitgehender Abrüstung die Kosten für die Aufrechterhaltung des Minimumstandards der engl. Seemacht, nämlich des Einmächtestandards, erheblich sind, nimmt die Mitteilung der Admiralität von den ungeheuren Kosten zur Kenntnis, die in den nächsten Jahren aufzubringen sind, um die veralteten Schiffe durch neue zu ersetzen, hat aber keinerlei Beschluß gefaßt, daß die Dominien sich etwa an diesen Kosten beteiligen könnten. Die Vertreter Australiens, Neuseelands und Indiens begrüßen den Ausbau der Singapore-Basis. Die Arbeiten der Kommissionen für Wirtschafts- und Siedlungsfragen sind ziemlich ergebnislos.

23. Nov. (Nordirland) Protest gegen das Verfassungsstatut.

Das Kabinett von Belfast beschließt, den Ministerpräsid. Sir J. Craig sofort nach London zu senden, um dort die Beschwerden Ulsters gegen die Beschlüsse der Reichskonferenz vorzutragen. Ulster wünscht, daß das „United Kingdom" erhalten bleibt und daß das Wort „Großbritannien" in dem neuen Titel des Königs durch „Ver. Königreich von Großbritannien und Nordirland" ersetzt wird, da der neue Titel den Anschein erwecken könne, daß Nordirland sich ebenso von Großbritannien losgelöst hätte wie der irische Freistaat.

2. Dez. (Unterhaus) Erklärungen zur Lage in China.

Der erste Lord der Admiralität, Bridgeman, teilt mit, daß die Regg. die gegenwärtige Zahl der Seestreitkräfte in China vorläufig für ge-

nügend halte, ihre Verstärkung jedoch in Erwägung gezogen habe. Außenmin. Chamberlain beantwortet eine Anfrage über die Sicherheit der brit. Untertanen dahin, daß mit Ausnahme von Hankau in keinem Vertragshafen eine persönliche Gefahr für brit. Untertanen zu befürchten sei. Auch für die im Innern Chinas wohnenden brit. Untertanen sei im allgemeinen nichts zu befürchten. Die Beamten des diplomatischen und konsularischen Dienstes stünden mit den lokalen Behörden in China in dauernder Verbindung, um den Schutz der brit. Untertanen sicherzustellen. Die Regg. wünsche, daß die brit. Vertreter in den Teilen Chinas, die unter der Kontrolle der Kantonbehörden ständen, auch mit diesen Behörden soweit wie möglich in einem freundlichen Geiste verkehrten. Falls es notwendig werden sollte, die brit. Kolonie aus Hankau abzutransportieren, so dürften die dort befindlichen Schiffe für den Abtransport ausreichen. Die Verhaftung von Führern der Kuomintang in der brit. Konzession von Tientsin sei in der engl. Presse stark kritisiert worden, weil sie die Feindschaft gegen England in Südchina unnötig vermehrt hätte. Demgegenüber müsse er betonen, daß die Verhaftung auf Bitten der chin. Polizei erfolgt sei.

Anf. Dez. Churchills Besuch in Paris.

Nach der „Times" (vom 6.) handelt es sich dabei um gewisse neue Schuldverabredungen, die auf eine Stützung der franz. Haltung gegenüber Washington hinauslaufen. Andere Blätter sehen in dem Besuch ein indirektes Nachspiel von Thoiry. Bekanntlich habe das engl. Schatzamt in Besprechungen mit dem franz. Botschafter in London seinerzeit die Auflegung der deutschen Eisenbahnbonds wegen des damit für England verbundenen Kursverlustes abgelehnt. Da Frankreich dieses Geld für die Frankenstabilisierung verwenden wolle, müßte Churchill gewisse Gegenvorschläge machen.

3./4. Dez. (London) Besprechungen zwischen deutschen und engl. Industriellen.

Die engl. Industrie ist durch die „Federation of British Industries" vertreten, die als rein wirtschaftliche Organisation zollpolitisch eine neutrale Haltung einnimmt, die deutsche durch den „Reichsverbd. der Dtsch. Ind." Nach dem Bericht von Kastl („Reichsverb. der Dtsch. Industrie") haben die Beratungen folgendes Ergebnis: In erster Linie wurde die Frage der Doppelbesteuerung erörtert und die Grundlagen für einen deutsch-engl. Doppelbesteuerungsvertrag nach dem Muster ähnlicher Verträge Deutschlands mit der Tschechoslowakei, Ungarn, Italien und Österreich geprüft. Was die allgemeinen handelspolitischen Fragen betrifft, so ging man dabei von der grundsätzlichen Stellungnahme der deutschen Spitzenverbände aus, die in dem Memorandum an den Völkerbund niedergelegt wurde. Dieses sagt u.a., daß außer Meistbegünstigung auch tarifarische Bindungen beim Abschluß von Handelsverträgen nötig sind. Ein weiterer Punkt der Beratungen betraf die Vereinheitlichung der Schemata für die Zolltarife und die Warenstatistik. Subsidien wurden grundsätzlich als unerwünscht bezeichnet, weil sie nichts anderes bedeuten, als eine Art Dumping gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Besprochen wurden ferner die Kosten der Krafterzeugung. Es wurde auch über internat. Ausstellungen beraten und grundsätzlich eine weitgehende Zusammenarbeit beschlossen. Sehr bedeutungsvoll war sodann das Kapitel der Befristung der Kredite bei der Ausfuhr. Die engl. Indu-

striellen wünschen, daß der ungesunde Wettbewerb durch möglichst weitgehende Kreditierung im Export im Wege geeigneter Vereinbarungen unterbunden werde. Abschließend ist noch zu betonen, daß der Gedanke, durch die deutsch-engl. Verhandlungen etwa industrielle Ambitionen anderer Länder zu bekämpfen, durchaus fern lag. Es handelte sich insbesondere auch nicht um eine Stellungnahme gegen die amerikanische Konkurrenz in Europa.

8. Dez. Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Kohlenausfuhr.

14. Dez. Zur russischen Frage.

Eine Deputation der Kons. P. begibt sich zu Baldwin und protestiert gegen die Ernennung eines Nachfolgers Krassins. Premiermin. Baldwin teilt mit, daß die Schwierigkeit wahrscheinlich dadurch gelöst würde, daß die Sowjetregg. vorläufig keinen neuen Vertreter ernennen werde. Im übrigen habe die brit. Regg. nicht die Absicht, die Beziehungen zu Sowjetrußland abzubrechen. Am gleichen Tag hält Lord Grey in der „Liga für den Völkerbund" eine Rede über Sowjetrußland: Die Sowjetregg. sei aktiv feindselig. Der Fehler liege nicht auf seiten Englands, Schuld sei vielmehr Sowjetrußland. Die Frage sei nicht, ob England die Sowjetregg. anerkenne, sondern ob die Sowjetregg. bereit sei, die brit. Verfassung anzuerkennen. Wenn die Sowjetregg. den Verfassungen anderer Länder dieselbe Anerkennung geben würde, die diese sich untereinander gäben, so sehe er keinerlei Schwierigkeiten, die Sowjetregg. anzuerkennen. Es sei interessant, daß von den zwei großen Nationen außerhalb des Völkerbundes Amerika abseits stünde, weil es den Wunsch habe, sich möglichst frei zu halten von den Angelegenheiten anderer Völker. Dagegen bleibe Sowjetrußland außerhalb, weil es dem Völkerbund ausgesprochen feindselig gegenüberstehe. Die Sowjetregg. scheine zu fürchten, daß, wenn sie dem Völkerbund beitrete, sie die von ihr beliebte Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker werde aufgeben müssen. Die gegenwärtige Lage in Rußland könne nicht von Dauer sein. Der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund sei etwas Wünschenswertes und sei etwas, was wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit erleichtern sollten.

22. Dez. (Smethwick b. Birmingham) Nachwahl zum Unterhaus.

Mosley (Arb.-P.) siegt mit 16077 St. gegen den kons. Kandidaten (9495 St.) und gegen den der Lib. P. (2600 St.). In einem Interview nach der Wahl betont Mosley: Der Kampf sei gewonnen worden auf Grund eines Programmes des kompromißlosen Sozialismus. Es sei gelungen, eine große Zahl von Angehörigen der Mittelklasse zur Labour-Party herüberzuziehen. Es sei also nicht richtig, daß die Labour-Party die Mittelklasse nur gewinnen könne, wenn sie eine Politik des victorianischen Liberalismus führe. Macdonald erklärt: das Wahlergebnis sei für die Regg. eine neue Kündigung, die das Volk ausgesprochen habe, und es sei Zeit, daß sie zurücktrete.

IX

Frankreich

5. Jan. (Kammer) Locarnoverträge; Finanzgesetz.

Die Regg. legt den GE. über die Locarnoverträge vor. In der Einleitung heißt es: Die Verträge bilden ein unteilbares Ganzes. Es ist

angebracht, die Aufmerksamkeit auf gewisse Punkte hinzulenken: Die Aufrechterhaltung des territorialen status quo an der franz.-deutsch. und an der belg.-deutsch. Grenze, die Unverletzbarkeit dieser Grenzen und die Beobachtung der Entmilitarisierung der Rheinlandzone bilden Gegenstand des Art. 1. Die Grundlagen des ganzen Paktes kommen in Art. 2 zum Ausdruck. Deutschland einerseits und Belgien und Frankreich andererseits verpflichten sich gegenseitig, keinerlei Angriffe vorzunehmen und in keinem Falle die Zuflucht zu einem Kriege zu nehmen, es sei denn in der Notwehr oder in Anwendung des Art. 16 des Völkerbundpaktes auf Grund einer Entscheidung der Völkerbundsversammlung oder auf Grund des Art. 15, Abs. 7, wenn es sich darum handelt, gegen den angreifenden Staat zu intervenieren. Diese Beschränkungen der allgemeinen Verpflichtung zielen vornehmlich darauf ab, Frankreich in die Lage zu versetzen, Polen oder der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen, wenn diese Länder angegriffen werden, ohne daß unsere Intervention eine Verletzung unserer Verpflichtungen darstellt. Da die Hypothese eines direkten deutsch-franz. Krieges durch die eingegangenen feierlichen Verpflichtungen ausgeschlossen ist, so erfährt unsere Handlungsfreiheit keine anderen Hemmungen als die, die sich für alle Mitgliederstaaten des Völkerbundspaktes aus den Bestimmungen 11 bis 16 ergeben. Die Art. 4 bis 5 des Rheinlandabk. beziehen sich auf das Garantiesystem: Jedesmal, wenn eine der unter Art. 2 und 3 eingegangenen Verpflichtungen verletzt wird, muß der Völkerbundsrat angerufen werden. Stellt dieser eine Verletzung fest, so verpflichten sich diese Parteien im voraus, unverzüglich auf der Seite der Macht zu intervenieren, gegen die die Angriffe gerichtet sind. Das ist der erste Fortschritt gegenüber Art. 16 des Völkerbundspaktes, der den Mitgliederstaaten nicht die Verpflichtungen auferlegt, angegriffenen Staaten bewaffnet zu Hilfe zu kommen. Der Vertrag hat für uns also einen unschätzbaren Vorteil und bringt uns die Gewißheit, daß im Falle eines festgestellten Angriffs England und Italien uns mit ihren Streitkräften beistehen. Es ergeben sich aber auch andere Vorteile: Es besteht die Gefahr, daß das einzuschlagende Verfahren mitunter zu langwierig ist, wenn es im Falle eines brutalen Angriffes darauf ankommt, daß die Garantie sofort in Kraft tritt. Deswegen bestimmt § 3 des Art. 4, daß im Falle eines flagranten Angriffes jeder der Garantiestaaten, ohne die Entscheidung des Völkerbundsrates abzuwarten, intervenieren kann, sobald er sich von der Wirklichkeit des Angriffes überzeugt hat. Man hat diese Bestimmung kritisiert und behauptet, daß sie den Garantiestaaten die Möglichkeit gebe, sich zu einem beliebigen Augenblick der Ausführung dieser Verpflichtungen zu entziehen. Wir lehnen diese Kritik ab. Es sind feierliche Verpflichtungen übernommen worden, und wir sind gewiß, daß sie gehalten werden. Großbritannien und Italien haben, indem sie den Locarnovertr. unterzeichneten, die Bedeutung der Verpflichtung ermessen, die sie im Interesse des Friedens eingegangen sind.

Finanzmin. Doumer unterbreitet dem Haus den neuen Entw. des Finanzges. In der Begründung des Entw. heißt es: „Der Kredit des Staates ist heute schwer erschüttert. Man kann ihn wiederherstellen dadurch, daß man ein für allemal erklärt, daß nicht von gefährlichen Notbehelfen, die man mit dem Namen Konsolidierung belegt, die aber in Wirklichkeit den Namen Bankerott verdienen, die Rede sein kann. Die schwebende Schuld ist nicht nur durch ihr Gewicht erdrückend, sondern doppelt beunruhigend durch ihre Zusammensetzung. Die Bons der natio-

nalen Verteidigung haben dem Schatzamt nur geringe Einnahmen gebracht. Es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß das Budgetproblem und das Problem der Währung unabhängig voneinander seien, und daß jedes dieser Probleme durch eine besondere Lösung gerettet werden könne. Kein Anleiheprojekt, keine Stärkung des Kredits kann die Währung in solider Weise festigen, wenn eben das Budget nicht vollkommen ausgeglichen ist. Ohne diesen Ausgleich wird das Vertrauen niemals hergestellt werden, und das Vertrauen bedeutet die Stabilisierung der Währung. Wenn der Budgetausgleich die Vorbedingung für die Sanierung der Währung ist, muß das Budget eben gegen eine Bedrohung durch eine unstabile Währung geschützt werden." Der Finanzmin. betont den Willen der Regg., die Grundlage für eine weitgehende Amortisierungspolitik der Schulden zu legen und in gleicher Weise von den Überschüssen der Einnahmen die Betriebsmittel für eine autonome Amortisationskasse und den Ausgleich des Budgets selbst zu fordern. Das Ziel, das man erstrebe, könne erreicht werden durch Sparsamkeit, durch Entwicklung des Ertrages der bestehenden Steuern und durch sofort realisierbare neue Steuerquellen.

12. Jan. Landesparteitag der Sozialisten.

Mit 1566 gegen 1331 St. spricht sich der Parteitag gegen eine Beteiligung an einer bürgerlichen Regg. aus.

19. Jan. (Kammer) Der Kommissionsbericht über das Finanzprogramm.

Die bisherigen Verhandlungen der Finanzkomm. ließen bereits die Politik der Opposition erkennen, das Finanzprogramm der Regg. Stück für Stück zu Fall zu bringen, um es später durch das von der Linken aufgestellte Programm zu ersetzen. Der Kurs des Fr. begann inzwischen wieder zu sinken. Als am 15. der Bruch zwischen Regg. und Finanzkomm. bereits unabwendbar erschien, rettete Ministerpräsid. Briand durch persönliches Eingreifen und durch Zugeständnisse die Situation und erklärte die Komm. sich zur Zusammenarbeit mit der Regg. bereit. Am 18. nahm sodann die Komm. das kartellistische Projekt betr. Abänderung der Erbschaftssteuer an und beschloß, daß die Komm. für die zivile Gesetzgebung darüber angehört werden sollte, da dieses auch eine Abänderung des franz. Privatrechts erforderlich erscheinen ließ.

Am 19. stellt die Komm. nunmehr ihren Bericht an die Kammer fertig. Finanzmin. Doumer unterzieht dabei die von der kartellistischen Mehrheit ausgearbeiteten Gegenvorschläge, die vor allem die Umsatzsteuer des Regierungsvorschlags ablehnen und sie durch Erhöhung der direkten Steuern ersetzen wollen, einer scharfen Kritik, er erklärt: Keine dieser Maßnahmen könne dem Staate die notwendigsten Geldmittel zur rechten Zeit liefern, sie würden vielmehr eine neue, bedeutende Inflation herbeiführen. Der Präsid. der Komm., Malvy, bedauert die scharfe Kritik des Finanzmin. und erklärt, daß die Komm. trotz ihrer Ablehnung der von der Regg. verlangten Zahlungssteuer einer Erhöhung von drei Milliarden indirekter Steuern zugestimmt habe, wodurch die von der Regg. erwarteten Einkünfte aus der Zahlungssteuer ausgeglichen würden. Demgegenüber besteht Doumer auf der Abstimmung über seine Vorschläge, da durch diese dem Staat sofort Einnahmen gesichert würden.

24. Jan. (Paris) Poincaré gegen Locarno.

Poincaré spricht in der Vergg. der Lothringer gegen den Geist von Locarno: Die bewaffnete Bereitschaft sei das beste Friedensinstrument. Frankreich dürfe sich nicht auf Illusionen verlassen. Ob ein Vertrag in Versailles, in Locarno oder in London unterzeichnet wurde, so sichre er nur dann den Frieden, wenn man diesen hüten und verteidigen könne. Ein Pakt, so sicher er auch scheinen möge, könne uns nicht davon abhalten zu wachen. Fünf Einfälle in einem Jahrhundert, das genüge.

26./29. Jan. (Kammer) Finanzgesetz.

Die Debatte über die Finanzreform (s. S. 252) beginnt sehr erregt. Ein Antrag der Komm. auf Vertagung, den Abg. Cachin mit der Gefahr einer neuen Inflation begründet, wird mit 445 gegen 36 St. ababgelehnt. Abg. Doumesnil (Rad.-Soz.) verteidigt in langen Ausführungen das Projekt der Finanzkomm., das kein Gegenprojekt dem Regierungsprojekt gegenüber mache, sondern einen Ausgleich zwischen beiden Projekten darstelle.

Am 29. schlägt Doumer an Stelle der Zahlungssteuer eine Steuer auf die Produktion vor.

28. Jan. Unterredung Briands mit Chamberlain.

Erörtert werden vor allem die Frage der Rheinlandbesatzung und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Zu einer Entscheidung aber kommt es dabei nicht.

2. Febr. (Kammer) Die Finanzvorlage.

Ministerpräsid. Briand ergreift in der wieder aufgenommenen Finanzdebatte das Wort zu folgenden Ausführungen: Das Land beurteile mit Recht die Lage mit Optimismus. Denn ein entschlossener Wille würde die vorhandenen Schwierigkeiten überwinden. Der von der Komm. ausgearb. Entw. stelle eine ernste Arbeit dar, über die man diskutieren könne. Er habe nur einen Fehler, daß er der Notwendigkeit sofortiger Einnahmen nicht genügend Rechnung trage. Die Regg. halte es für durchaus möglich, die von der Komm. gemachten Vorschläge im Budget des nächsten Jahres zu verwirklichen. Was im Augenblick not tue, sei, die offene Finanzgebarung vor Überraschungen zu sichern, die zu Quellen neuer Inflationen werden könnten. Die erste Bedingung dafür sei die Herstellung des Gleichgewichts im Budget. Das Problem der finanziellen Sanierung sei in erster Linie eine Frage der moralischen Wiederaufrichtung. Um neue Steuern werde man infolgedessen nicht herumkommen. Nicht nur die Wohlfahrt im Innern, sondern auch das Prestige Frankreichs im Auslande hänge davon ab. Deshalb müßten alle parteipolitischen Gegensätze heute zurückgestellt werden. Die Dringlichkeit der Reform erlaube weder lange Experimente noch eine Regierungskrise. Zur Debatte stehen die Vertagungsanträge der Rechten, der Rad.-Soz. und der Komm. Abg. Malvy (Rad.-Soz.), der Vors. der Finanzkomm., weist die gegen die Komm. erhobenen Vorwürfe entschieden zurück: Die Komm. habe sich in erster Linie von dem Gesichtspunkt der steuerlichen Gerechtigkeit leiten lassen. Deshalb habe sie ihr Augenmerk zunächst darauf gerichtet, diejenigen zur Steuer heranzuziehen, die sich ihr bisher entzogen hätten, und den Zugriff auf die indirekten Steuern auf ein Mindestmaß beschränkt. Die Regierungsvorlage habe diese Auffassung verneint, indem sie die bestehenden steuerlichen Ungerechtigkeiten

und Härten verschärfe. Die Komm. sei von Anfang an Doumer in der erdenklichsten Weise entgegengekommen, habe aber keinen Zweifel gelassen, daß er für die Zahlungssteuer eine Mehrheit nicht finden werde. Die Komm. treffe jedenfalls nicht die Schuld, wenn es zwischen ihr und der Regg. zu einem offenen Gegensatz gekommen sei. Die Vertagungsanträge werden zurückgezogen, und mit 315 gegen 200 St. wird der Eintritt in die Spezialdebatte beschlossen.

10./11. Febr. Meinungsaustausch zwischen Vandervelde u. Briand.

Die Besprechungen der beiden Außenmin. Frankreichs und Belgiens betreffen abgesehen von den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen die akuten Probleme der internationalen Politik. Nach dem „Petit Parisien" wird besonders die Völkerbundsfrage erörtert, wobei man beiderseits den Eintritt Deutschlands beschleunigt haben will und Belgien einen ständigen Sitz fordert.

16. Febr. (Kammer) Schluß der Finanzdebatte.

Von den 101 Art. des Kommissionsprojektes sind nach mehrtägigen schwierigen Verhandlungen mehr als zwei Drittel abgelehnt oder zurückgestellt. Folgende Vorschläge der Kommission gelangen zur Annahme: die Verschärfung der Kontrolle der direkten Steuern (geschätztes Ergebnis 300 Mill.), die Verbesserung der Veranlagungsmethoden für die Einkommensteuer (Mehreinnahme 200 Mill.); verschiedene Stempel- und Börsensteuern (300 Mill.); die Ausdehnung der Umsatzsteuer auf den Export (400 Mill.); die Verdoppelung der Umsatzsteuer für Handlungsvertreter und Agenten (125 Mill.) und verschiedene kleinere Verbrauchsabgaben (275 Mill.). Was danach von der Vorlage übrig geblieben ist, sichert dem Fiskus im besten Falle eine Einnahme von 1,5 Milliarden. Der GE., den Doumer eingebracht hat, hatte nicht weniger als 8,8 Milliarden angefordert, von denen 3 Milliarden aus den von der Kammer im Dez. angenommenen Loucheurschen Steuern fließen, die restlichen 5,8 Milliarden aus der Erschließung neuer Einnahmequellen gewonnen werden sollten.

25. Febr. (Senat) Finanzdebatte.

Nach Schluß der Generaldebatte über die Finanzgesetze gibt Sen. Reboul (Rad.) die Erklärung ab, der Senat habe nicht das Recht, von der Kammer abgelehnte Finanzvorschläge wieder aufzunehmen. Finanzmin. Doumer erklärt, der Senat habe volle Freiheit, über Finanzvorschläge zu entscheiden, die von der Kammer abgelehnt, von der Regg. aber eingebracht worden sind. Der Antrag Reboul auf Rückverweisung wird mit 280 gegen 20 St. abgelehnt. In dreitägiger Debatte wird sodann das von der Kammer abgelehnte Budgetprojekt angenommen, in der Schlußabstimmung mit 268 gegen 21 St. Das Projekt geht nunmehr wieder an die Kammer zurück.

25. Febr.—2. März. (Kammer) Die Locarnoverträge.

Die Debatte leitet ein der Berichterstatter des ausw. Ausschusses, Abg. Paul-Boncour (Soz.), und führt u. a. folgendes aus: Der Pakt von Locarno muß in seinem geschichtlichen Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag betrachtet werden. Der Versailler Vertrag seinerseits enthält neben vorübergehenden dauernde Maßnahmen, die der Sicherung des Friedens dienen sollen und zu denen insbesondere die Gründung des Völkerbundes gehört. Auch die Entwaffnungsfrage spielt

hierbei eine wichtige Rolle. Der Versailler Vertrag setzt nicht die gleichzeitige Entwaffnung der Signatarmächte fest, sondern er bestimmt, daß die Entwaffnung mit Deutschland beginnt, weil Deutschland die Verantwortung für den Krieg übernommen hat. Allerdings ist es wichtig, daß der Vertrag eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen vorsieht. Die Besetzung des Rheinlandes gehört zu den vorübergehenden, die Neutralisierung desselben zu den dauernden Sicherheitsbestimmungen dieses Vertrages. Aber was ist eine Neutralisierung wert, wenn sie nicht garantiert wird? Zunächst hat man versucht, durch die traditionelle Bündnispolitik eine derartige Garantie zu erreichen. Der letzte dieser Versuche wurde in Cannes unternommen, doch ist damals der Versuch wegen seiner Rückschläge auf die französische Innenpolitik nicht gelungen. Wenn wir nun in Locarno schließlich das Ziel erreichen konnten, so ist es, weil es Herriot gelang, zunächst das Reparationsproblem zu internationalisieren und damit der neuen Politik den Weg zu weisen. (Rechts und in der Mitte stürmischer, langer Beifall.) Das Genfer Protokoll ging von dem Gedanken aus, daß die moralische Ordnung in der internationalen Politik noch nicht genügend gefestigt ist, um den Frieden zu sichern, und daß wir deshalb eine Organisation brauchen, damit ein Angreifer weiß, daß es in Zukunft mit dem frischen, fröhlichen Krieg vorbei ist, und daß sich alle Vertragsmächte gegen ihn erheben werden. Der Vorzug der Locarnoverträge besteht darin, daß sie diese Grundsätze des Genfer Protokolls anwenden, und das Verdienst Briands ist es, daß es ihm gelang, den Widerstand Englands gegenüber Vereinbarungen zu überwinden, die nicht direkt in der Linie der engl. Interessen liegen und daß er diesem Vertrag noch ein Abk. über die Ostgrenzen hinzufügen konnte. Der Redner geht dann auf das Funktionieren der Schiedsgerichte ein: Es ist richtig, daß die Bestimmungen über das Schiedsverfahren im Völkerbund ein Loch haben; denn wenn die Einstimmigkeit des Rates nicht erzielt werden kann, ist der Rat machtlos. (Zuruf des Gen. Saint Just: „Und dann wird die Kammer nach Bordeaux gehen!" Stürmischer Beifall auf der Rechten. Links Gegendemonstration. Minutenlang großer Lärm.) Als endlich wieder Ruhe eintritt, stellt Redner zunächst an die Rechtsparteien die Frage, welche positiven Bündnisse sie an die Stelle der vorliegenden Verträge setzen wollen, und fährt fort: Der unvergleichliche Wert des Vertrages über die Westgrenzen besteht eben darin, daß er die Lücken ausfüllt, die der Art. 15 des Paktes offen läßt. Nehmen wir an, ein Schiedsgericht kann zu keinem Ergebnis kommen und die Sachlage ist derartig, daß der Völkerbund nicht die Sanktionen des Art. 16 in Kraft treten läßt, die feindlichen Kräfte gehen auf das linke Rheinufer über, was geschieht dann? Nun, die im Locarnovertrag vorgesehene Garantie tritt dann ipso facto unverzüglich in Kraft. Erst handelt man, dann geht man vor dem Völkerbundsrat. Der Art. 4 des Westpaktes bringt uns also die Garantie, die wir bis jetzt vergebens von England und Amerika verlangt haben. Der Völkerbundsrat kann versagen, aber dann tritt der Westpakt an seine Stelle. Hinsichtlich des Ostpaktes begnügt sich Paul-Boncour mit der Bemerkung, daß er allerdings weniger klar und viel schwächer sei als der Westpakt. Deutschland hat seine Ostgrenze nicht in derselben Weise garantiert, wie die Westgrenze, und ein Angriff auf dieser Seite wäre weniger leicht zu charakterisieren als ein Angriff der Rheingrenze. Aber was gab der Versailler Vertrag in dieser Hinsicht? Nichts als Konfliktsgefahren. Immerhin, im Osten Europas ist

es, wo der Himmel am dunkelsten ist. Es ist daher keine Kleinigkeit, daß es Briand gelang, den Abschluß des Westpaktes davon abhängig zu machen, daß Deutschland sich verpflichtet, auch diejenigen Konflikte einem Schiedsverfahren zu unterwerfen, die am meisten zu fürchten sind. Eine gewisse Gefahr liegt in der Langsamkeit des Schiedsverfahrens; aber auch dies kann andererseits ein Friedensfaktor sein, unter der Bedingung, daß sich keine geheime Mobilisierung dahinter verbergen kann. In diesem Punkte wird deshalb Frankreich eine Ergänzung der Locarno-Verträge durch gewisse Maßnahmen verlangen, und zwar besonders durch die Errichtung einer internat. Kontrolle mit dem Sitze in Genf. Paul-Boncour schließt mit Bemerkungen über die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Außenpolitik: „Der Frieden gehört nicht den Faulen und nicht den Feigen, er braucht männliche Herzen. Wenn das Unglück es will, daß Frankreich in der Politik schwankend wird, die es ihm erlaubt, seine heutige Rolle im Völkerbund zu spielen, so wären alle Verträge nur ein Fetzen Papier." (Stürmischer Beifall.) Die Sitzung wird unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen spricht Abg. Cachin (Komm.), der die Friedensfrage nicht als eine moralische oder politische, sondern in erster Linie als eine wirtschaftliche Frage betrachtet wissen will. Der Paktvorschlag der deutschen Regg. sei in Wirklichkeit englischen Ursprungs gewesen. England sehe seinen wichtigsten Gegner in Rußland und versuche, eine politische und wirtschaftliche Front Europas gegen die Sowjetregg. zu bilden. Locarno sei ein engl. Werk, das dazu bestimmt sei, den engl. Interessen in allen Teilen der Welt zu dienen. Wie der Geist von Locarno in Wirklichkeit aussehe, zeige die Rede, die Stresemann in Dresden gehalten habe und in der er erklärte, Deutschland sei für den Frieden, weil es keinen Krieg machen könne. Das sei der Geist, in dem die deutschen Kons. sprächen. Im übrigen wären niemals in Europa und in der ganzen Welt so viel Unruhe, Gefahren und Kriegsdrohungen wie heute. Niemand spreche mehr von der Entwaffnung, abgesehen von Rußland. Abg. Fabry (Nationalist) bemängelt, daß die von England in Locarno unterzeichnete Garantie zu unbestimmt sei. Ministerpräsid. Briand: Wenn eine Nation, wie die engl., eine solche Verpflichtung übernimmt, so finden Sie, daß das nichts bedeutet? Man muß den Locarno-Vertrag als Ganzes nehmen: England, Italien, Polen und die Tschechoslowakei stehen an der Seite Frankreichs. Wenn das 1914 gewesen wäre, hätten wir keinen Krieg gehabt. Fabry: Nach dem Versailler Vertrag haben wir eine wirksame Garantie für 15 Jahre: Die Besetzung der Rheinlande. Das ist eine absolute Sicherheit gegen die Kriegsgefahr, deren Wirksamkeit Marschall Foch unterstrichen hat. Was fügt Locarno hinzu? Es bringt Maßnahmen für alle Fälle, in denen zwei Völker einen Konflikt vermeiden wollen und die nur dann wirksam sein können, wenn einer der beiden Staaten nicht die Langsamkeit des Schiedsverfahrens benutzen kann, um seine Rüstungen zu beschleunigen. England behält sich völlige Freiheit vor, selbst zu entscheiden, ob nicht ein provozierter Angriff vorliegt. Stresemann ist der Ansicht, daß der Pakt die Räumung des Rheinlandes zur Folge haben muß. Briand: Der Vertrag besagt davon kein Wort, und ich muß präzisieren, denn die Dinge sind zu ernst: Es handelt sich bei dem, was Sie da sagen, nur um Zeitungsberichte, und Sie müßten sicher sein, daß diese Worte wirklich gesprochen wurden. Fabry: Also sind diese Äußerungen apokryph? Briand: Ich habe ge-

sagt, daß Sie Ihr Raisonnement auf Äußerungen gründen, deren Authentizität Sie nicht beweisen können. Fabry: Ich habe durchaus das Recht, mich auf Zeitungsartikel zu beziehen und zu sagen, daß wir niemals zulassen werden, daß die Räumung des Rheinlandes die Folge von Locarno sein wird. Wir sind bereits aus Köln abgezogen. Die All. begnügen sich in der Sicherheit Frankreichs mit Versprechungen Deutschlands. Ich glaube nicht, daß diese Versprechungen gehalten werden. Die Schutzpolizei ist in neun Divisionen auf dem linken Rheinufer verteilt; ihre Instruktion und ihre Verbände sind dieselben, wie bei der Reichswehr, und gegenwärtig sind preuß. Hundertschaften unterwegs, um in Köln Garnison zu nehmen. In bezug auf das Oberkommando hat man uns eine Komödie vorgespielt. Gen. Seeckt hat einen neuen Titel bekommen, aber seine Befugnisse bleiben dieselben. Wenn man das deutsche Kriegsbudget prüft, so findet man das zynische Eingeständnis geheimer Bewaffnung. Mit Besorgnis muß man der künftigen Kontrolltätigkeit entgegensehen. Auf der anderen Seite ist die franz. Armee in schnellem Niedergang begriffen: Dies alles sind Symptome, die auf Loacrno folgen und die meine Besorgnis erregen, wenn der Ministerpräsid. nicht mit festen Worten spricht, die jetzt notwendig sind. Er muß uns sagen, daß nichts aufgegeben wird, was die Verträge enthalten, und daß unsere nationale Verteidigung in keiner Weise geschwächt werden wird. Man hat gesagt, daß Frankreich in Locarno sein wahres Gesicht gezeigt hat; aber es ist das wahre Gesicht Deutschlands, das mich beunruhigt. Wenn ich die Gesichter der deutschen Schuljugend betrachte, so sehe ich nichts als Haß und den Wunsch nach Revanche. Ich wünsche, daß dies alles durch Locarno geändert wird; aber ich kann meine Besorgnis nicht fallen lassen. (Lebhafter Beifall rechts.) Briand: Man muß über den Locarnovertrag so diskutieren, wie er ist. Gewisse Kritiken Fabrys richteten sich gegen den Versailler Vertrag, und Stresemann hat sich mit seinem Wunsch nach Räumung des Rheinlandes auf Art. 431 dieses Vertrages gestützt. Marin: Nein, er stützt sich auf Locarno. Briand: Jedenfalls ist durch den Pakt von Locarno am Versailler Vertrag nichts geändert worden. Fabry: Es ist nicht an uns, Konzessionen zu machen. Deutschland muß seinen guten Willen beweisen. Möge Deutschland vorangehen, wir werden folgen.

26. Febr. — Nach dem Abg. Plaisant spricht Abg. Barthelemy (Kartellp.), der das Werk von Locarno eine Lotterie nennt, in der Frankreich einen bedeutenden Gewinn mache, während England den Haupttreffer gezogen habe. Deutschland werde auf gleichem Fuß mit Frankreich behandelt und erringe damit ebenfalls einen moralischen Sieg. Deutschland, fährt Redner fort, unterzeichnet den Verzicht auf Elsaß-Lothringen, und England garantiert diesen Verzicht. Das ist der große Vorteil, den Frankreich erzielt hat. Es ist nötig, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt, aber es wirkt beunruhigend, daß es durch eine Art Triumphpforte eintritt, indem es sofort einen ständigen Sitz im Rat erhält und sich zugleich dem Beitritt weiterer Nationen widersetzen will. Locarno wird so viel wert sein, wie Deutschland es will. Wie wir wissen, gibt es auch in Deutschland Pazifisten, aber sie scheinen stark entmutigt zu sein, denn schon zeigt sich, daß Deutschland mit Locarno spielen will und daß es Forderungen in bezug auf die Zusammensetzung des Rates aufstellt. Ein großer Teil des deutschen Volkes betrachtet die Räumung des Rheinlandes als logische Folge von Locarno; sowohl der Reichskanzler wie auch Herr Fehrenbach haben sich in diesem Sinne aus-

gesprochen. Hat man uns auf diese Möglichkeit nicht vorbereiten wollen? Andererseits hat Stresemann im Reichstag erklärt, daß kein Verzicht auf irgendwelches deutsches Gebiet vorliege, was eine offenbare Anspielung auf Elsaß-Lothringen sein sollte. Ist das auch noch der Geist von Locarno? Frankreich will eine Politik der Entspannung, aber es will keine Politik der Blindheit. Wir haben die Wahl zwischen einem kleineren und einem größeren Übel; Locarno ist das kleinere Übel. Wir müssen die Politik des Möglichen machen, die durchaus keine Politik der Schwäche sein darf. Vor Locarno hatten wir nichts; heute haben wir etwas. Wir müssen also für Locarno stimmen, aber auch die Folgen aufmerksam beobachten. Das Land darf sich nicht in einem Gefühl falscher Sicherheit einschläfern lassen, denn niemand wird demjenigen zu Hilfe kommen, dessen Sache verzweifelt ist. Einem möglichen Angriff Deutschlands müssen wir etwas anderes als juristische Gründe entgegensetzen können. Schlafen wir nicht unter den Olivenbäumen von Locarno."

Sodann ergreift Ministerpräsident Briand das Wort: „Man kann der Meinung sein, daß die Locarno-Verträge dem einen Lande größere Vorteile gebracht haben als dem anderen; in jedem Lande hat man die Verträge in sehr verschiedenartiger Weise interpretiert. In Deutschland wurde vielfach gesagt, daß das Reich betrogen worden sei; ein Teil der engl. Presse behauptete, daß Chamberlain sich von Briand in die Tasche stecken ließ. Dies alles hat wenig zu sagen. Der Vorzug des Locarno-Vertrages besteht darin, daß er keinem Lande Schaden zufügt; er wurde in einem europäischen Geiste abgeschlossen mit der Absicht, Frieden zu stiften. Schaltet der Vertrag jede Kriegsgefahr aus? Ich werde mich hüten, dies zu behaupten, denn ich will mein Land nicht dumm machen. (Beifall.) Aber was hatten wir vor Locarno, und was hätten wir ohne Locarno? Vor diesen Verhandlungen waren Intrigen im Gange und neue Gruppierungen tauchten auf allen Seiten in Europa auf. War es nicht besser zu handeln? Die Frage der Sicherheitsgarantie ist in Versailles nicht gelöst worden. Seit 1921 habe ich meine ganze Energie, mein ganzes Herz mit der Aufgabe erfüllt, diese Lücke zu beseitigen. Die Wurzel zu dem Genfer Protokoll ist in Cannes gelegt worden, und zwar dank meiner eigenen Initiative. Der Locarnovertrag ist aus der Anregung Stresemanns hervorgegangen; die franz. Regg. hat darin ein Mittel erblickt, um die Absichten durchzuführen, von denen sie selbst in Cannes beseelt war, und sie hat deshalb den Vorschlag aufgegriffen. Zur Zeit von Verdun, im Augenblick der höchsten Angst, im Entsetzen über die allgemeine Schlächterei, habe ich mir geschworen, mich ganz der Sache des Friedens zu widmen, aber freilich, der Friede ist ein anspruchsvoller Herr, dem man mit Treue und Zähigkeit dienen muß. Es genügt nicht, seinen Namen im Munde zu führen. An den Beispielen Erzbergers und Rathenaus hat man unser Mißtrauen wachgerufen, und man hat gesagt, daß alle Deutschen einander gleich seien; aber dennoch gab es in Deutschland diese Männer, die unter dem Messer ihrer Mörder gefallen sind. Der Vertrag von Locarno hat bei den Völkern wieder Vertrauen erzeugt; er ist das kleine Licht, an dem sich die großen Hoffnungen entzünden können. Wir müssen Europa für den Frieden organisieren und das Pulver beseitigen, das noch auf der Oberfläche lagert. Aber wenn Frankreich durch Locarno auch nur eines einzigen seiner Verteidigungsmittel beraubt würde, so dürfte man diesen Vertrag nicht ratifizieren. Der Vertrag ist ein Anfang; er ist ein kleiner Keim, den man nicht vernichten darf; er ist noch

kein Friedensbaum, er ist ein kleiner Zweig, der wachsen wird, wenn er nicht durch einen schweren Stiefel zertreten werden sollte. Aber jedenfalls darf es kein französischer Fuß sein, der dieses Verbrechen verübt." (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Briand erinnert dann daran, daß es vor kurzem dem Völkerbund gelungen ist, einen Krieg auf dem Balkan zu verhindern und hebt die moralischen Vorteile hervor, die Frankreich dadurch aus dem Vertrag von Locarno entständen, daß er die Verleumdungen über den französischen Militarismus zerstöre. „Welche Begeisterung, als Frankreich in Genf ankündigte, daß es alle Entscheidungen des Internationalen Schiedsgerichts annehmen würde! Locarno hat diese Begeisterung gesteigert. Deutschland wurde nach Locarno gerufen, und es ist gekommen. Wir haben dort europäisch gesprochen. Das ist eine neue Sprache, und es wird nötig sein, daß man sie überall lernt. Wenn Deutschland und Frankreich aufs neue gegeneinander geworfen würden, was würde von den beiden Völkern übrig bleiben? Verliert Frankreich durch diesen Vertrag eines seiner Verteidigungsmittel? Durchaus nicht! Der Rhein wird die zwischenstaatliche Grenze. Während der Versailler Vertrag Deutschland aufgezwungen worden ist, hat es den Locarno-Pakt freiwillig und bedingungslos angenommen. Wenn es versucht daraus Vorteile zu ziehen, so ist das sehr natürlich. Wie hätte man einem großen Lande wie Deutschland einen ständigen Sitz im Rat verweigern können? Deutschland hat dort eine Rolle zu spielen. Müssen zwei tapfere Völker fortfahren, sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder gegeneinander zu stürzen und eine Zivilisation zu entwickeln, die immer wieder durch den Krieg und mit Blut ertränkt wird? Nein! In dieser Stunde versuchen wir ein einheitliches Europa zu erbauen, denn die wirtschaftlichen Wurzeln des Krieges, die tiefsten von allen, drohen sogar den sozialen Frieden zu zerstören. Unser Land erniedrigt sich nicht, wenn es sich an der Diskussion beteiligt die das Europa von morgen vorbereitet. Kann man sich ein Frankreich denken, das in seiner Ecke bleibt, in seinen Sieg eingehüllt, mit gehässiger Miene? Niemals! Indem Frankreich diesen Vertrag unterzeichnet, bleibt es dasselbe Frankreich, das es immer gewesen ist, das Frankreich von gestern, von heute und von morgen." (Starker Beifall bei der Linken, in der Mitte und auf zahlreichen Bänken der Rechten.)

27. Febr. — Im Mittelpunkt der weiteren Debatte steht eine langatmige Rede des Abg. Marin (Nat.), der u. a. folgendes ausführt: Der Locarnovertrag sei ein radikaler Umsturz in der franz. Außenpolitik und der Grundfehler dieser neuen Politik liege darin, daß Deutschland auf dieselbe Stufe mit den übrigen Staaten gestellt werde. Das Garantiesystem verliere zunächst dadurch an Wert, daß es sich für gewisse Völker, wie England und Italien, nicht um eine gegenseitige Garantie handle. Auf der anderen Seite sei zu befürchten, daß durch irgendwelche Irrtümer, z. B. Emser Depesche oder franz. Flugzeuge über Nürnberg, der Sachverhalt verschleiert werde und der Angreifer sich in das Opfer verwandle. Deutschland sei hinsichtlich der Garantiefrage besser gestellt als Frankreich. Wenn es auf energische Maßregeln ankomme, glaube man, daß es dann leicht sein werde, mit Hilfe des neuen Garantiesystems die nötigen Vorbereitungen zu treffen? Tatsächlich sei diese ganze Garantieklausel schon von vornherein zur Fruchtlosigkeit verurteilt, um so mehr, als die Anrufung eines Zwischenrichters, nämlich des Völkerbundes, notwendig sei. „Moralisch können

wir", sagt Marin, „auf England zählen, juristisch ergibt sich aus der Tatsache, daß England auch der Garant Deutschlands ist, daß wir uns auf ein englisches Bündnis nicht stützen können. Für Belgien ist die Lage noch unglücklicher. Deutschland weigerte sich, die Ostgrenze anzuerkennen, aber es besteht die Gefahr, daß gerade dort der Funke aufflammen wird, der ganz Europa in Brand setzt. Und dennoch verpflichten sich unsere All. nicht, diese Grenze zu garantieren? Warum? Im Völkerbund wird Deutschland das Recht haben, sich um die Minderheiten von Ländern zu kümmern, die nicht im Rat vertreten sind und die wir allein werden verteidigen müssen. Außerdem erlangt Deutschland ungerechte Vorteile in seiner Rechtslage, denn es wird in den Völkerbund aufgenommen, obgleich es seine vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt, und noch bevor es in Genf erschienen ist, widersetzt es sich bereits der Aufnahme Polens in den Rat. Niemals konnte Deutschland hoffen, einen Frieden zu gewinnen, wie es ihn durch den Pakt von Locarno erhält." Mit 365 gegen 49 St. wird der Antrag auf öffentlichen Anschlag der Rede Briands angenommen.

1. März. — Abg. Marin setzt seine Polemik gegen Locarno fort: Bei dem Versailler Vertrage hätten immer wieder Frankreich und die All. Zugeständnisse gemacht, während Deutschland immer nur Vorteile für sich hereinbrachte. Briand: „Das ist nicht richtig. Denken Sie an Oberschlesien." Marin: „Die größten Vorteile aus dem Locarno-Pakt zieht England, das nun auch die Sicherheit dafür hat, daß Frankreich keine eigenen Maßnahmen für die Besetzung der Ruhr oder der drei Sanktionsstädte unternehmen kann." Briand: „In welcher Situation wären wir heute ohne Locarno? Sie wissen sehr gut, was sich vorbereitete." Marin: „Die Verhandlungen Berlins mit Moskau oder Angora sollten auf uns keinen Eindruck machen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter den gegenwärtigen Umständen ist ein wahrer Triumph. Mit welcher Unverschämtheit widersetzt sich die Reichsregg. bereits der Zulassung Polens zum Rat. Deutschland hat bereits drei Viertel des Versailler Vertrags liquidiert, obgleich dieser Vertrag ohnehin nicht hart genug war. Die Bestrafung der Kriegsschuldigen wurde endgültig fallen gelassen." Marin verlangt für Frankreich eine Politik der Bündnisse der kontinentalen Siegerstaaten. „Ein Pakt über das Mittelmeer wird sicherlich zustandekommen, aber was wir für unsere Sicherheit brauchen, ist ein Pakt der kontinentalen Siegerstaaten." (Zwischenruf: „Warum hat man ihn nicht gemacht?) Marin: „Man hat damit begonnen!" Briand: „Nicht ohne diplomatische Schwierigkeiten!" Marin: „Warum brauchen wir einen Pakt der kontinentalen Siegerstaaten? Weil sie am meisten durch den Krieg gelitten haben. Ein Bündnis dieser Staaten würde einen Block bilden, der ungleich mächtiger wäre, als derjenige Deutschlands. An diesem Tage wäre der Friede Europas gesichert." (Beifall rechts und in der Mitte.) Briand antwortet und führt aus: „Wenn die Abk. von Locarno das sind, was Marin gesagt hat, dann sollte man sie nicht ratifizieren, denn dann wären sie kein Friedensinstrument, sondern würden eine neue Kriegsgefahr bedeuten. Das ist aber unwahr. Der Friedensvertrag von Versailles enthielt undurchführbare Klauseln; deshalb ist 1921 die Konferenz von Cannes zusammengetreten. Man muß die Dinge objektiv betrachten. Welches war denn die Stellung Frankreichs, als England die deutsche Anregung zu Verhandlungen über ein Friedensabkommen angenommen hat? Wir dürfen nicht vergessen, wel-

chen Dienst uns die Engländer im Krieg erwiesen haben. So nörgelnde Worte, wie man sie hier gehört hat und wie man sie in einem Teil der franz. Presse findet, sind ein ungeeignetes Mittel, zu einer Verständigung zu gelangen. Frankreich hat seine Stellung durch Locarno nicht verschlechtert. Es spielt überall die glückliche Rolle eines Schiedsrichters, den man anhört. Um die Abkommen richtig zu beurteilen, muß man sich daran erinnern, daß der Versailler Vertrag eine entmilitarisierte Zone von 100 Kilometern geschaffen hat, die der Kontrolle der Unterzeichner des Locarnopaktes untersteht. Es hat sich darum gehandelt, die Lücken des Friedensvertrages von Versailles auszufüllen. Der Rhein wird jetzt eine internationale gemeinsame Grenze für die Unterzeichner des Locarno-Paktes bilden. Diese Unterzeichner müssen sich gegen jedes Land wenden, das diese Grenze nicht respektiert; außerdem haben wir ja die entmilitarisierte Zone. Wie kann also Frankreich unter Vormundschaft stehen? Wenn diese Zone beiderseits garantiert wird, so kann das nichts Verletzendes für uns sein. Sie (zur Opposition gewandt) sind gegen Locarno und stimmen dagegen. Wir stimmen dafür, das Land wird zu urteilen wissen. Man vergißt zu leicht, daß Deutschland entschlossen war, nicht isoliert zu bleiben, und daß, wenn die Abk. von Locarno nicht unterzeichnet worden wären, Frankreich eines Tages vor einer besonders gefährlichen Situation hätte stehen können. Die öffentliche Meinung in Frankreich und im Ausland hat mit großer Befriedigung den Vertrag von Locarno aufgenommen. Selbst die alten Frontkämpfer haben ihre Zustimmung gegeben." (Diese Worte rufen große Unruhe hervor.) „Sie sagen, daß Deutschland aus dem Vertrage Nutzen ziehen wird. Warum wollen Sie, daß es das nicht tut? Und wenn es das nicht tut, warum fürchten Sie Diskussionen, warum glauben Sie, daß bei diesen Diskussionen im Völkerbund Frankreich notwendigerweise geschlagen wird? Sie sagen: die Kölner Zone ist geräumt worden. Sie ist geräumt worden, weil das gar nicht anders möglich war. Die Botschafterkonferenz hat die Entwaffnungsfrage verfolgt und beschlossen, daß die Zone von Köln, nachdem der Entwaffnungsplan durchgeführt war, geräumt werden müsse. Durch die Verhandlungen von Locarno ist eine günstigere Atmosphäre für die Regelung dieser Entwaffnungsfragen geschaffen worden. Ich glaube nicht wie Marin, daß man zwischen dem Abk. von Locarno und einem Allianzsystem hätte wählen können. England war infolge des Scheiterns der Konferenz von Cannes hierzu nicht mehr geneigt. Locarno war etwas Mögliches. Man mußte daraus Nutzen ziehen, und alles hat sich in vollkommenem Einverständnis mit der Tschechoslowakei und Polen vollzogen. Man sagt, Deutschland wolle dies oder jenes erreichen. Innerhalb des Völkerbundes verteidigt eben jede Nation ihre eigenen Interessen. Das wird auch in Zukunft so sein. Jedesmal wenn man aber eine Gruppe von Völkern einer anderen Gruppe von Völkern gegenüberstellt, dann wird man die Kriegsgefahr vergrößern. In einem gegebenen Augenblick würden sich gewisse Ereignisse vollziehen, die zum Kriege führen, bevor man über sie hätte nachdenken können. Es gibt nur ein Mittel, dies zu verhindern, das sind Abk. wie die von Locarno. Ein anderes Mittel kenne ich nicht. Man könne, heißt es, die Bedingungen nicht voraussehen, unter denen die Intervention Englands erfolge. Es ist doch nur natürlich, daß die engl. Regg. Zeit zur Überlegung gefordert hat, bevor es seine Streitkräfte engagiert. Im übrigen hindert das Abk. von Locarno Frankreich nicht, sich zu bewaffnen

und über seine eigene Sicherheit zu wachen. Vor noch nicht allzu langer Zeit hat man in Frankreich so gedacht, als ob die Besetzung des linken Rheinufers ewig währen würde. Diese Auffassung war in allen Volksversammlungen verbreitet. Derartiges ist für die Zukunft sehr gefährlich, weil es gefährliche Illusionen erweckt. Man hat vergessen, daß an Stelle der Rheingrenze Frankreich seine eigene Grenze hat, die es organisieren muß. Es ist Zeit, daran zu denken. Bis jetzt hat man dies Problem noch nicht in Angriff genommen. Schließlich hat Deutschland sich in Locarno formell dazu verpflichtet, keine Gewalt anzuwenden, um eine Berichtigung seiner Grenze mit Polen zu erzielen, und es hat hierfür die Schiedsgerichtsbarkeit angenommen. Ist das nicht eine wesentliche Verbesserung des Friedensvertrages? Die Unterzeichnung des Abk. von Locarno bedeutet übrigens auch, daß Frankreich nicht den Wunsch hat, das Gebiet irgendeines Landes zu verletzen, und daß Frankreich keine beunruhigende Macht für irgendein anderes Land ist. In der Nachmittagssitzung tritt Abg. Oberst Picot (Nat. Block) in seiner Eigenschaft als Kriegsteilnehmer für Locarno ein. Abg. Spinasse (Soz.) erzählt, daß die Sozialistenführer Blum und Auriol Ende März 1923, also während des passiven Widerstandes, Poincaré aufsuchten und ihm mitteilten, die deutschen Linksparteien seien entschlossen, das Kabinett Cuno zu stürzen, wenn sie die Gewähr hätten, daß ihre politischen Pläne bei den All. Zustimmung fänden. Diese Pläne seien dieselben gewesen, die man in dem deutschen Paktvorschlag vom Febr. 1925 der franz. Regg. unterbreitet habe. Ferner wurde damals von deutscher Seite vorgeschlagen, die deutsche Schuld auf 30 Milliarden Goldmark festzusetzen und die Zahlungen von einem internat. Finanzkonsortium überwachen zu lassen, das durch den Völkerbund gebildet werden sollte, ein Plan, der also dem künftigen Dawes-Plan ganz ähnlich war. Obgleich Poincaré wußte, daß die engl. Regg. diesem Plane günstig gegenüberstand, habe er den beiden franz. Abgg. keine Antwort zugehen lassen, ein Zeichen, daß es sich für Poincaré nicht darum handelte, daß Frankreich bezahlt werde, sondern darum, Deutschland zu vernichten. Bemerkenswert ist auch, wie Spinasse den geschichtlichen Nachweis führt, daß die Besetzung des Rheinlandes nach der Schuldenregelung und nach Locarno keine Berechtigung mehr habe. 1815 hörte die Besetzung franz. Bodens an dem Tage auf, als die intern. Finanz sich für die franz. Schulden verpflichtete, obgleich Frankreich damals noch nicht die Hälfte der im Wiener Vertrag festgesetzten Summe bezahlt hatte. Auch Bismarck habe 1871 die deutschen Truppen vorzeitig zurückgezogen, als die sog. Konvention Rothschild abgeschlossen war. Es sei unbegreiflich, daß man die Fortdauer der Rheinlandbesetzung noch auf Art. 429 stützen zu können glaube, nachdem Deutschland alle seine Verpflichtungen unter den im Versailler Vertrag gestellten Bedingungen erfüllt habe.

2. März. — Abg. Milhaud (Rad.) bezeichnet als den Angelpunkt der europäischen Politik das alte Bestreben Englands, das Gleichgewicht zwischen Deutschland und Frankreich aufrechtzuerhalten und eine Solidarität zwischen den beiden kontinentalen Nachbarländern zu verhindern. Er erinnere daran, daß Bismarck seinerzeit Jules Ferry ein deutsch-franz. Bündnis vorgeschlagen habe, durch das England belehrt werden sollte, daß es auch zuweilen auf die Interessen der anderen Länder Rücksicht nehmen müsse. — Schließlich wird das Vertragswerk von Locarno mit 419 gegen 71 Stimmen von der Kammer ratifiziert.

4. März. Diplomatische Verhandlungen Briands.

Nach einer Konferenz mit dem deutschen Botschafter v. Hoesch empfängt Briand den serbischen Außenmin. Nintschitsch zur Fortsetzung der begonnenen Besprechungen. Diese Verhandlungen, welche in der franz. Öffentlichkeit mit größtem Stillschweigen umgeben werden, haben nach deutscher Auffassung das Ziel, Frankreich und damit Polen in das ital.-serb. Bündnis einzubeziehen, um so eine Garantie des status quo im Osten Europas zu erreichen. Das ganze Werk von Locarno — schreibt die „Dtsch. Allg. Ztg." — bekäme dadurch ein völlig anderes Gesicht, und die Locarno-Politik, deren ganzes Wesen darin bestehen sollte, eine europäische Solidarität zu schaffen und alle Sondergruppierungen auszuschalten, würde dadurch in ihr Gegenteil verkehrt. Es ist in dieser Hinsicht sehr bezeichnend, daß man selbst auf franz. Seite nicht den Versuch macht, den neuen Bündnisplan mit Locarno in Übereinstimmung zu bringen, sondern daß man sich auf das Genfer Protokoll beruft, das durch den Locarno-Vertrag bekanntlich ersetzt werden sollte. Gegenüber dem Völkerbunde, zu dessen Satzungen sie ebenfalls in schärfstem Widerspruch stehen würden, sollen diese Verträge als sog. Regionalverträge aufgezogen werden, obgleich es gewiß nicht leicht möglich wäre, diesen Begriff auf ein Bündnissystem anzuwenden, das den größten Teil Mitteleuropas umfassen würde. Nur durch den Abschluß von regionalen Abk., schreibt in diesem Sinne der „Temps", die einander ergänzen und die dazu bestimmt sind, die gemeinsamen Interessen zu sichern, wird es gelingen, auf indirektem Wege diejenigen Garantien für die allgemeine Sicherheit zu erlangen, die das Genfer Protokoll Europa gegeben hätte. Mit Polen und der Tschechoslowakei verbündet, mit Rumänien und Jugoslawien in enger politischer Zusammenarbeit, in einer erprobten Verständigung mit der Kleinen Entente und als aufrichtiger Freund Italiens, das in gleichem Maße wie wir an der Aufrechterhaltung des status quo in Europa interessiert ist, würde Frankreich nur mit Sympathie eine Annäherung der Nationen begrüßen können, die, ohne jemand zu bedrohen, entschlossen sind, ihre Sicherheit zu schützen.

6. März. (Kammer) Sturz des Kabinetts Briand.

In einer sehr erregten Nachtsitzung lehnt die Kammer wieder einige Finanzges., die der Senat angenommen hat, ab, so die Erhöhung der Alkohol- und Zuckersteuer und der Tabakpreise. Ministerpräsid. Briand greift selbst ein und erklärt: Die Kammer habe sich in einigen Augenblicken über die Zahlungssteuer auszusprechen, für die die Regg. die volle Verantwortung übernehme. Er sei nicht geneigt, nach Genf abzureisen, um Frankreich zu vertreten, wenn sie auch weiterhin eine parlamentarische Auffassung zeigen sollte wie bisher. Die Sitzung wird unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erfolgt morgens gegen 7 Uhr die Abstimmung über die vielumstrittene Zahlungssteuer. Briand warnt nochmals vor einem gefährlichen Spiel. Das Ergebnis ist aber die Ablehnung mit 274 gegen 221 St. Briand verläßt mit den anwesenden Min. sofort den Saal. Das Kabinett reicht die Demission ein, die Präsid. Doumergue annimmt.

Gleichzeitig erklärt sich jedoch Briand bereit, entgegen seiner ursprünglichen Absicht, nach Genf zu reisen.

10. März. Bildung eines neuen Kabinetts Briand.

Morgens halb 3 Uhr stellt Briand sein neugebildetes Kabinett dem Präsid. in folgender Zusammensetzung vor: Präsid. und Äußeres: Bri-

and (Rep. Soz.); Inneres Malvy (Rad.-Soz.); Justiz: Laval; Finanzen: Péret (Linksrad.); Krieg: Painlevé (Rep. Soz.); Marine: Leygues (Linksrepubl.); Unterricht: Lamoureux (Rad.-Soz.); Handel: Vincent (Linksrad.); Arbeitsministerium: Durafour (Rad.-Soz.); Kolonien: Perrier. Pensionen: Jourdain (Linksrepubl.). Die Presse spricht von einem Konzentrationskabinett der Linken, obwohl es bis in die Reihen des rechten Zentrumsflügels reicht. Die ausscheidenden Kabinettsmitglieder, René Renoult, Doumer, Chautemps und Daladier sind zum größten Teil Rad.-Soz.

18. März. (Kammer) Erklärung der neuen Regierung.

Ministerpräsid. Briand verliest folgende Regierungserklärung: Trotz langer Debatte war es unmöglich, eine Lösung des Finanzproblems innerhalb des vorgesehenen Zeitraumes zu finden. Die Regg., die sich Ihnen vorstellt, hat, wie die früheren Regg.en, die gebieterische Pflicht, ein vollständiges und wahres Gleichgewicht im Budget herzustellen. Von jetzt ab bitten wir Sie, äußerste Disziplin bei der Arbeit zu beobachten, um vor den parlamentarischen Ferien die Votierung der Maßnahmen zu erreichen, ohne welche die Rückkehr zu einem normalen Regime und ein regelmäßiges Budget unmöglich wäre. Im Hinblick auf dieses Resultat, das durch die Schnelligkeit, mit der es erreicht wird, seinen Wert erhält, sind wir dazu bereit, mit der Gesamtheit der bereits angenommenen oder zugelassenen Maßnahmen zu rechnen. Wir haben Eile, um an das große Werk der nationalen Gesundung zu gelangen, dem alle Richtlinien unserer Politik untergeordnet werden müssen. Die Regg. wird mit dem Willen, zu einem wirksamen Abschluß zu gelangen, die begonnenen Verhandlungen über die interall. Schuld weiter führen. Sie wird die Politik internationaler Abk., welche die Kammer mit großer Mehrheit und der Auswärtige Ausschuß des Senats bereits gebilligt haben, fortsetzen. Ohne jemals die Bedingungen für die Sicherheit des Landes außer acht zu lassen, wird sich die Regg. durch ständige Aufmerksamkeit und Tatkraft bemühen, in einem Geiste der Solidarität und des Vertrauens und im Rahmen des Völkerbundes die Gegensätze zwischen den verschiedenen europäischen Völkern zu beseitigen und deren nationale Empfindlichkeiten zu beruhigen, so wie sie es noch gestern in Genf tat. (Beifall links und im Zentrum.) Leider ist es nicht möglich gewesen, in der außerordentlichen Sitzung in Genf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu erwirken, aber seine Vertagung hat diese Mächte keineswegs entzweit. Sie haben dies in einer öffentlichen Erklärung bestätigt, in der der Wille zum Ausdruck kommt, den Pakt aufrecht zu erhalten und den Geist weiter zu entwickeln. Die Völker haben ihr Gleichgewicht noch nicht völlig wiedergefunden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, die Verschiedenheiten der Interessen und Bestrebungen, die sich überall offenbaren und die ausgeglichen werden müssen, um den Frieden endgültig zu sichern, machen dem Parlament und der Regg. mehr als je Wachsamkeit, Einigkeit und feste Beständigkeit in ihren Plänen und Handlungen zur Pflicht. (Beifall.) Getreu den Erklärungen der vorigen Regg. haben wir die dringende Pflicht, Sie zu bitten, so schnell wie möglich die Rückkehr zur Bezirkswahl zu beschließen. Vor allem aber müssen wir zu einem Ende kommen. Das Land, das arbeiten will, braucht Ruhe und Stabilität. Es hat sich über die dauernde Uneinigkeit und die häufigen Krisen ernstlich beunruhigt, es will fühlen, daß es regiert

wird. Wir haben das volle Bewußtsein unserer Verantwortung. Wir appellieren an die enge Zusammenarbeit aller Republikaner und an die Versöhnlichkeit, die alle guten Franzosen beherrschen muß, damit wir die zum Schutz der nationalen Interessen notwendigen Maßnahmen durchführen können. An Ihnen ist es, zu sagen, ob Sie entschlossen sind, der Regg. Ihr Vertrauen und Ihren Beistand für die Lösungen zu geben, welche die Verhältnisse verlangen und welche das Land erwartet. Darauf verliest Kammerpräsid. Herriot die eingegangenen 25 Interpellationen. Zur Debatte wird gemäß einem Antrag Briands nur die Interpellation des Abg. Ybarnégaray (Nation.) über die Zusammensetzung der neuen Regg. gestellt. Abg. Ybarnegaray beginnt seine Ausführungen mit einer Kritik der Genfer Vorgänge: Die Lehre aus ihnen sei die, daß Frankreich eine feste und wachsame Politik brauche. Nur ein Kabinett der nationalen Einigung, aber nicht das neue Kabinett Briand, sei dazu imstande. Besonders heftige Angriffe richtet der Abg. gegen Malvy, dem er seine Politik während des Krieges vorhält. Seine jetzige Ernennung bedeute eine Provokation der Rechten. Briand sucht Malvy zu verteidigen und begründet die Zusammensetzung seines Kabinetts mit der linksgerichteten Kammermehrheit. Malvy selbst weist die verleumderischen Angriffe entschieden zurück — unter größter Unruhe im Haus, Malvy selbst sinkt plötzlich ohnmächtig zusammen. Schließlich übernimmt Abg. Oberst Fabry (Nation.) die Verteidigung Malvys in versöhnlicher Art. Nach weiteren Darlegungen Briands wird das Vertrauensvotum der Regierungsparteien mit 361 gegen 164 St. angenommen. Die Mehrheit stellt sich dar als ausgesprochene Mehrheit des Linkskartells, zu der noch die St. der Linksrepublikaner hinzukommen.

25. März. (Kammer) Verabschiedung des Finanzgesetzes.

Das Budget als Ganzes ist damit angenommen, während der Kampf um die Deckung des Defizits dadurch nicht berührt wird.

28. März. (Paris) Nachwahl.

Im 2. Pariser Wahlkreis werden in der Stichwahl die beiden komm. Kandidaten mit je 63000 St. gegen die beiden nationalistischen Kandidaten mit 61500 St. gewählt. Die Komm. verdanken ihren Sieg den Soz. und den Rad.-Soz., die mit ihnen eine Einheitsfront der Linken hergestellt haben. Herriots Wahlspruch hat gelautet: Kein Feind steht auf der Linken.

29. März. (Kammer) Kredite für Syrien.

Anläßlich der Beratung der Zusatzkredite beantragen die Soz. eine Kürzung der Kredite für Syrien, die nach erregter Debatte mit 268 gegen 265 St. angenommen wird.

30. März—1. April. (Kammer) Annahme des Finanzplanes.

Am 29. ist zwischen der Regg. und der Finanzkomm. eine Einigung über die Steuerfragen zustandegekommen. Nunmehr beginnt das Plenum nach einem kurzen Bericht des Finanzmin. Péret die Einzelberatung, die am 31. fortgesetzt und nach einer Dauersitzung von 25 Stunden zu Ende geführt wird. Schließlich wird das Finanzprojekt der Regg. mit 236 gegen 159 St. bei 150 Enthaltungen als Ganzes angenommen. Hervorzuheben im einzelnen ist die Annahme der mehrfach abgeänderten Kopfsteuer, des Petroleummonopols, der Umsatzsteuer und des Zucker-

monopols. Das Kabinett Briand hat damit eine schwere Krisis überstanden, ohne einen klaren parlamentarischen Sieg errungen zu haben, da das Votum der Kammer bedingt war durch die Neutralitätserklärung der 150 Abgg.

3. April. (Kammer) Erhöhung der Zollsätze.

Mit 311 gegen 31 St. wird der GE. betr. 30 Proz. Erhöhung der Zollsätze angenommen.

3./4. April. (Senat und Kammer) Verabschiedung der Finanzvorlagen.

Beide Häuser verständigen sich über die noch strittigen Punkte der Finanzvorlage (5 Milliarden neue Steuern), welche somit endgültig verabschiedet (in der Kammer mit 260 gegen 144 St. und im Senat mit 220 gegen 16 St.) und sofort in Kraft gesetzt wird. Die Fragen eines Monopols für Petroleum- und Zuckereinfuhr werden einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten. Der Senat vertagt sich bis zum 12. April und die Kammer bis zum 20. April.

Die wichtigsten neuen Steuern sind folgende: progressive Kopfsteuer, Erhöhung der Gebühren bei Kauf und Verkauf von Grundstücken, Nachsteuer auf Alkohol, Steuer auf die Rechnungen in Restaurants usw., Umsatzsteuer, Erhöhung der Zölle, Erhöhung der Tabakpreise, Preiserhöhung für Salz.

8. April. Rücktritt des Innenministers Malvy.

Die amtl. Mitteilung betont ausdrücklich, daß dem Rücktritt politische Motive zugrunde liegen, die mit den von den Rechtsparteien gegen Malvy gerichteten Angriffen (S. 265) zusammenhängen dürften. Darüber hinaus deutet die Öffentlichkeit den Rücktritt Malvys als den Beginn des Kampfes zwischen Briand und Herriot.

14. April. Unterredung Briands mit dem italienischen Botschafter.

Die Presse vermutet, daß sich die Unterredung besonders auf Marokko bezieht.

16. April. (Senat) Marinebudget; Mittelmeerpolitik.

Anläßlich der Aussprache über den Marineetat kommt die jüngste Entfaltung der ital. Seemachts- und Kolonialpolitik zur Sprache. Sen. Mathieu (Demokr. Linke) erklärt: Die Fortschritte im Marineflugwesen seien nicht ausreichend. Andere Seeländer, insbesondere Italien, würden weit größere Anstrengungen für die Entwicklung ihres Wasserflugzeugwesens machen. Frankreich dürfe keine Gelegenheit vorübergehen lassen, seine Verbindungen mit Nordafrika zu sichern, und es müsse daher an die Ausführung des Programms geschritten werden. Sen. Kerguézec (Demokr. Linke) behandelt die Frage der Effektivstärke der Flotte und bezeichnet diese als unzureichend. Von den flüssigen Brennstoffvorräten fehlten 1300000 Tonnen. Was not tue, sei, daß Frankreich im Falle eines Angriffs auf den Rhein sich auf dem Seeweg gesicherte Vorräte verschaffen könne. Kerguézec bedauert sodann, daß Frankreich nicht dieselben Anstrengungen gemacht habe wie Italien. Frankreich wolle im Frieden mit Italien leben; das Mittelmeer sei groß genug für beide Länder. Frankreich und Italien müßten sich aber in einer Atmosphäre der Brüderlichkeit verständigen, und es müßten in aller Freundschaft für Frankreichs Besitzungen in Nordafrika sichere Garantien geschaffen werden.

Sen. Lemery betont, daß die franz. Marine sich im Mittelmeer von der ital. überflügeln lasse. Frankreich dürfe nicht übersehen, daß die ital. Flotte dazu bestimmt sei, Italien eine koloniale Ausdehnung zu erlauben, die mit den Rechten Frankreichs nicht immer und überall im Einklang stehe. Frankreichs Mindestanstrengung müßte die sein, seine Flotte auf die gleiche Höhe zu stellen, wie Italien sie besitze. Marineminister Leygues: Man habe von einer Marinepolitik gesprochen. Ein großes Land müßte eine solche haben. Bei Regelung des Friedens habe man erreicht, daß Frankreich von der deutschen Flotte die verlorenen Einheiten ersetzt erhielt. Man habe die Abschaffung der Unterseeboote verlangt. Frankreich widersetze sich dieser Abschaffung, weil nicht eine Waffe an sich illoyal sein könne, sondern nur auf Grund der Art ihres Gebrauchs. „Das Meer muß frei sein," schließt der Minister, „niemand hat das Recht, zu sagen, das Meer gehöre ihm. Keine Domäne ist internationaler als das Meer."

22./23. April. (Kammer) Ausnahmebudget; auswärtige Politik.

Bei der Debatte über das Ausnahmebudget (30-Mill.-Kredit für die diesjährigen Reservistenübungen) stellen die Komm. einen Antrag auf Kürzung der Militärpflichtzeit, der jedoch mit 366 gegen 168 St. abgelehnt wird.

Im Rahmen der Budgetdebatte beantwortet am 23. Briand verschiedene Fragen zur auswärtigen Politik und führt u. a. folgendes aus: Wegen des ungarischen Notenfälscherskandals erwartet die franz. Regg., daß die ung. Justiz sich nicht etwa mit einem Scheinurteil begnügen werde. Andernfalls würde die franz. Regg. gezwungen sein, die Angelegenheit vor einen internat. Gerichtshof zu bringen. Was Italien und Mussolini betrifft, so unterhält die franz. Regg. die besten Beziehungen mit Italien. Dieses Land hat sich aus einem Empfinden der Selbsterhaltung heraus ein Regime gegeben, das es freiwillig gewählt habe. Das ist seine eigene Angelegenheit. Die franz. Regg. ist immer bestrebt, Mittel zu finden, nicht um sich das italienische Volk, das an unserer Seite gekämpft hat, zu entfremden, sondern sich ihm zu nähern. Ich sehe nichts, was die freundlichen Beziehungen der beiden Völker trüben könnte. Über den Völkerbund erklärt er, durch eine Anfrage des Soz. Spinasse veranlaßt, folgendes: Das Statut des Völkerbundes sollte notwendigerweise erlauben, daß sich alle politischen Tendenzen verstehen können. Es sollte aber nicht dazu führen, daß eine von ihnen triumphiert, auch wenn sie noch so gerechtfertigt ist. Andererseits ergibt sich aus der Achtung vor der nationalen Souveränität die Regel der Einstimmigkeit. In bezug auf die letzte Tagung des Genfer Kongresses hat sich ein übertriebener Pessimismus breitgemacht. Frankreich hat man es als eine Illoyalität vorgeworfen, daß es Polen und Spanien zu gleicher Zeit mit Deutschland in den Rat aufnehmen wollte. Frankreich hat jedoch niemals seinen Wunsch verheimlicht, daß Polen einen Sitz erhalten möge, und zwar hat es diese Haltung gerade im Geiste der Locarnopolitik beobachtet. Die Haltung Brasiliens wird zu Unrecht als egoistisch bezeichnet. Dieses Land hat nicht nur für sich selbst gesprochen, indem es darauf hinwies, daß sein Kontinent nicht vertreten sei. Ich habe die brasilianische Regg. gebeten, ihr Veto zurückziehen. Die Vertreter Deutschlands haben selbst anerkannt, daß Frankreich in dieser Angelegenheit mit vollkommener Loyalität gehandelt hat. Wenn sie irgendwelche Ursachen gehabt hätten, den franz. Absichten zu mißtrauen, hätten sie dann eine Bestätigung des Locarnopaktes unterzeichnet? Ich

bewahre ein absolut dauerndes Vertrauen in die Zukunft des Völkerbundes. Gegenüber dem Soz. Renaudel, der besonders in der Tangerfrage Verwicklungen befürchtet, vertritt Briand den Standpunkt der Regg., die den Frieden erstrebe, jedoch die Verhandlungen mit aller Vorsicht führen wolle.

6. Mai (Ministerrat) Frankensturz.

Finanzmin. Péret erklärt nach der Sitzung, daß nach einstimmiger Ansicht des Kabinetts die neue Hausse der engl. und amerik. Devisen darauf zurückzuführen sei, daß engl. Banken große Mengen von Pfund ankaufen, um den finanziellen Rückwirkungen des Streiks zu begegnen.

9. Mai. (Melun) Rede Millerands.

Vor der republik. Nationalliga hält Millerand eine politisch aktuelle Rede; zunächst kritisiert er das franz.-amerik. Schuldenabk., dessen Mißerfolg (Fehlen der Sicherheitsklausel, die die franz. Zahlungen von den deutschen Reparationsleistungen abhängig machen sollte) er auf die Londoner Konferenz von 1924 zurückführt, als die Ruhr, das beste Pfand in den Verhandlungen der all. Schuldenfrage, aufgegeben wurde. Eine Episode in der ganzen Entwicklung der kartellistischen Außenpolitik sei die Anerkennung Sowjetrußlands. Er könne nicht an das Abflauen der bolschewistischen Gefahr glauben, wenn man die Ereignisse, die sich jenseits des Kanals derzeit abspielten, beobachte. Das deutsch-russ. Abk. lasse jede Hoffnung, die von manchen auf die Locarno-Verträge gesetzt worden sei, schwinden. Als einziges Mittel, das Vertrauen im In- und Ausland wiederherzustellen, empfiehlt Millerand eine Revision der Verfassung durch Stärkung der exekutiven Gewalt, ohne jedoch dabei an einen faschistischen Umsturz zu denken.

25. Mai. (Paris) Ermordung Petljuras.

Der ehem. Kosakenführer und Leiter der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung, Simon Petljura, fällt einem politischen Attentat zum Opfer. Der Mörder, Samuel Schwarzbart, ist naturalisierter Franzose jüdisch-russ. Ursprungs.

27. Mai. (Kammer) Eröffnung.

Die Soz. und die Komm. verlangen sofortige Aussprache über die Finanzlage, die jedoch Briand für den Augenblick entschieden ablehnt. Abg. Cachin (Komm.) erklärt: Die amerik.-engl. Finanz sei im Begriffe, ihre Hand auf Frankreich zu legen, nachdem sie vorher Deutschland, Belgien und Italien in Abhängigkeit gebracht habe. Briand stellt die Vertrauensfrage. Mit 320 gegen 209 St. wird entsprechend dem Regierungsantrage die Vertagung der Finanzaussprache beschlossen. Zu einem neuen scharfen Zusammenstoß kommt es, als die Regg. die Forderung stellt, die Beratungen über die Wahlreform auf die Tagesordnung zum kommenden Dienstag zu setzen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag bleibt das Kabinett mit 283 gegen 263 St. in der Minderheit; die Vertrauensfrage war jedoch in diesem Falle nicht gestellt.

29. Mai. (Ministerrat) Finanzreform.

Das amtl. Kommunique besagt darüber u. a.: Das Kabinett ist nach eingehender Prüfung der Finanzfrage der Ansicht, daß es seine Pflicht ist, seine ganze Tätigkeit der Wiederaufrichtung des Franken zu widmen. Das Kabinett stimmt der Zusammensetzung eines Sachverständigen-

ausschusses bei, der beauftragt ist, die Bewegungen auf dem Devisenmarkt zu überwachen und die nötigen Entscheidungen der Regierung nahezulegen. Es weigert sich, jede Erschwerung derjenigen Steuerlasten zu unterstützen, die mit der Notwendigkeit, dem Kapitalbesitz das Vertrauen wiederzugeben, unvereinbar wären.

29. Mai. Französisch-italienischer Handelsvertrag.

In dem in Rom unterzeichneten Vertrag verzichtet Frankreich im Hinblick auf einige landwirtschaftliche und industrielle ital. Waren auf die 30% Zollerhöhung; Italien gewährt dafür an Frankreich Zollvergünstigungen für einige Warengruppen.

1. Juni. Unterzeichnung des türk.-franz. Abkommens über Syrien.

1. Juni. (Kammer) Die Interpellationen zur Finanzreform.

Zur Debatte stehen wiederum die Interpellationen der Linksparteien über die Finanzpolitik (S. 268), deren Behandlung Ministerpräsid. Briand jetzt abermals rundweg ablehnt. Briand verlangt sowohl im Interesse der inneren sowie der äußeren Politik dringend eine Vertagung der Diskussion und richtet an die Kammer und das ganze Land den Appell, sich über die Parteistreitigkeiten zu erheben und sich um die Regg. zu scharen, damit das Land über eine schwierige Periode hinweggehen könne. Nachher könnte man zu den doktrinären Streitigkeiten zurückkehren. Heute seien alle, reich und arm, an dem Siege des Franken interessiert. Wenn die Regg. nicht imstande sei, diese Einigkeit zu verwirklichen, so müsse sie abtreten, denn die gegenwärtige Unsicherheit sei das schlimmste von allem. Wenn es eine Mehrheit für eine andere Finanzpolitik im Hause gebe, so möge sie es deutlich sagen. Aber es sei unerträglich, wenn man der Regg. tropfenweise das Blut nehme. Briand fordert schließlich enge Zusammenarbeit mit der Kammer, nicht durch Reden, sondern durch ernste Kommissionsarbeiten. Abg. Hulin (Rad.) verlangt von der Regg. die Erklärung, daß sie nichts zur Ausschaltung des Parlaments tun werde und nicht die Wiederherstellung des nationalen Blocks erstrebe. Abg. Nogaro (Rad.-Soz.) spricht besonders über die Gefahr, daß sich die Kammer vor den geheimen Finanzmächten beugen müsse. Finanzmin. Péret versichert, daß die Regg. ihre volle Handlungsfreiheit gewahrt habe. Die Finanzpolitik der Regg. habe zum Ziele, die Besitzenden zu beruhigen. Dieses Wort entfesselt natürlich einen Sturm auf der Linken und gibt der Opposition zu erneuten scharfen Angriffen Anlaß. Abg. Cachin (Komm.) sagt, es handle sich in Wirklichkeit um einen ausgesprochenen und radikalen Wechsel der Parlamentsmehrheit. Heute habe die Regg. erklärt, daß sie sich auf die Seite der Besitzenden stelle. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung spricht nochmals Briand, indem er die Kammer nochmals sehr eindringlich auf den Ernst der Lage hinweist. Bei der Abstimmung spricht sich das Haus gemäß dem Regierungsantrag mit 313 gegen 147 St. für die Vertagung der Diskussionsanträge aus.

3. Juni. (Paris) Besuch des ehem. österr. Bundeskanzlers Seipel.

In seiner Antwort auf eine Begrüßungsrede Painlevés auf einem Bankett äußert Seipel sich folgendermaßen zur Anschlußfrage: Es fällt Oesterreich nicht ein, mit Gewalt oder mit Mitteln der politischen Intrige gegen Verträge, die es unterzeichnete, und gegen die bestehende Ordnung in Europa anzukämpfen. Es droht nicht mit dem Anschluß, aber es will, daß aus dem Europa von heute ein anderes,

besseres werde, und daß daraus eine positive, die Wohlfahrt aller anstrebende Gemeinschaft entstehe. Es muß endlich daran gegangen werden, zwei Hindernisse, die immer noch und immer wieder den Frieden der Welt bedrohen, zu beseitigen: die unnatürlichen Hemmungen der Wirtschaftsfreiheit und die unbefriedigende und ungleichmäßige Behandlung der nationalen Minderheiten. Wenn diese Hemmungen nicht fallen, wenn der Klageschrei unterdrückter Minderheiten nicht verstummt, dann wird der Friede keinen Bestand haben.

3./4. Juni. (Senat) Ratifizierung der Locarnoverträge.

Die Debatte eröffnet Sen. Lemery der den Antrag begründet, die Verhandlung bis zum Beitritt Deutschlands zum Völkerbund aufzuschieben: Der Locarno-Vertrag bringe für Frankreich keine wesentlichen größeren Sicherheiten als bereits in den Friedensverträgen enthalten seien. Aber nun habe Deutschland den Vertrag mit Rußland abgeschlossen, der gegen den Völkerbund gerichtet sei. Briand widersetzt sich diesem Vertagungsantrag: Eine Vertagung würde einer vollkommenen Beseitigung des Locarnovertrages gleichkommen. Wenn beim nächsten Kongreß des Völkerbundes die Verträge noch nicht ratifiziert wären, könne Deutschland darin einen guten Vorwand finden, um sich aus Genf zurückzuziehen, wenn es wirklich die Ansicht habe, die Herr Lemery ihm zuschreibe. Der Vertagungsantrag wird schließlich abgelehnt und die sofortige Debatte beschlossen. Als erster Redner spricht der Berichterstatter der Ausw. Komm., Labrousse, der nochmals die großen Vorteile zusammenfaßt, die der Vertrag für Frankreich bringt. Sodann spricht Millerand, er erinnert an ein Bekenntniswort des Kardinals de Retz, wonach die Aufgabe des Staatsmannes darin bestehe, zwischen zwei Unannehmlichkeiten zu wählen, und entwickelt eine Reihe von ernsten Bedenken gegen den Locarnovertrag. England und Italien könnten in Zukunft nicht mehr mit Frankreich militärische Bündnisse abschließen. Wenn sie es täten, würden sie ihre Rolle als Schiedsrichter verleugnen. Briand habe erklärt, daß Frankreich in Zukunft auch nicht verhindert sein werde, die neutralisierte Zone zu überschreiten, um einem angegriffenen Polen zu Hilfe zu kommen. Wenn Sie den Vertrag, fährt M. aber fort, ablehnen wollten, so würde es vielleicht den Anschein erwecken, daß wir uns nicht nur von Deutschland, sondern auch von unseren Freunden und Verbündeten isolieren wollen. Es ist indessen nötig, die Beziehungen mit unseren Verbündeten in Mittel- und Osteuropa enger zu knüpfen, da sie dasselbe Interesse an der Aufrechterhaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage haben. Es ist wünschenswert, daß das vorbereitete Bündnis mit Jugoslawien abgeschlossen werde und daß unsere Entente mit der Tschechoslowakei bestehen bleibt. Auf der anderen Seite darf der Vertrag von Locarno nicht zu gefährlichen Illusionen über die Erhaltung des Friedens führen. Der Vertrag von Locarno bringt, wie der Ministerpräs. bereits gesagt hat, eine große Hoffnung, aber wir wollen nicht das Geschick Frankreichs für eine Illusion aufs Spiel setzen. Hüten wir uns deshalb, irgendein Mittel unserer nationalen Verteidigung verfrüht aus der Hand zu geben."

4. Juni. Der Präsid. der Ausw. Komm., Hubert, empfiehlt die Annahme des Vertrags: Denn die Berliner Regg. habe versichert, daß ihr Abk. mit Moskau nicht gegen Locarno gerichtet, sondern vielmehr vom Locarnogeist erfüllt sei. Briand habe die gleiche Auffassung. Der Vertrag

dürfe also angenommen werden, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Versailler Vertrag durch Locarno bestätigt werde und daß Frankreich seine Verteidigungswaffen nicht vorzeitig niederlege. Eine Gefahr für Frankreich könnte Locarno nur dann bedeuten, wenn dieses zu Nachlässigkeiten und zu Illusionen führen sollte. Sen. Delahaye betrachtet den Vertrag im Lichte der Heiligen Schrift: Nur die Kirche könne Frieden auf Erden stiften. Der Völkerbund könne seine Aufgabe niemals erfüllen, da der Papst nicht Mitglied des Bundes sei. Die Aufgabe des Völkerbundes bestehe lediglich darin, die Weltherrschaft der Juden zu begründen und die katholische Kirche zu zerstören. Gen. Bourgeois schildert die militärischen Verhältnisse Deutschlands und besonders die Tätigkeit der Geheimverbände, die mit der Reichswehr zusammenarbeiteten. Sen. Chêneboit verweist warnend auf den Unterschied der Erklärungen des ehem. österr. Kanzlers Seipel, die dieser in Berlin und jetzt in Paris über die Anschlußfrage abgegeben hat. Sodann spricht Ministerpräsid. Briand: Die Verträge von Locarno rechtfertigen weder die Ausschweifungen von Begeisterung noch von Pessimismus. Sie bilden eine gute Mittelware. Man muß Locarno objektiv beurteilen, ohne alle Parteipolitik. Ich bin der Autor dieses Werkes, aber ich werde alle Bemühungen aufwenden, um mich von dem begreiflichen Gefühl der Zuneigung zu befreien. Dadurch, daß England und Italien ihre Garantie gegeben haben, haben wir die Sicherheit, daß Deutschland aufmerksam beobachtet sein wird. Locarno setzte an Stelle der Bündnisse mit ihren kriegerischen Vorbereitungen das juristische System. Die Locarno-Verträge müssen durch wirtschaftliche Abmachungen ergänzt werden, denn auch von dieser Seite seien neue Kriegsgefahren möglich. Dann kommt Briand auf den deutsch-russ. Vertrag zu sprechen: Was will dieser Vertrag? Die beiden Mächte sagen sich gegenseitig: Wenn du ohne Provokation angegriffen wirst, werde ich neutral bleiben. Wir verlangen lediglich, daß der Vertrag von Locarno und der Völkerbundspakt respektiert werden, und wenn Deutschland dies verspricht, so will ich ihm glauben, was mich nicht hindert, über die Sicherheit meines Landes zu wachen. Deutschland wird schnell bemerken, daß es in der Genfer Atmosphäre sehr schwer sei, den guten Willen fehlen zu lassen, wenn man sich nicht sehr schnell diskreditieren wolle. Deutschland wird sich dieser Atmosphäre anpassen müssen. Sobald Frankreich die verlangten Garantien seiner Sicherheit haben wird, ist es bereit in gleichem Maße wie andere Nationen zu entwaffnen und es wird sich damit begnügen, den Pakt von Locarno durchzuführen und zu entwickeln. — Der Senat nimmt schließlich den Vertrag mit 272 gegen 6 St. an.

10. Juni. Interview des franz. Botschafters in Konstantinopel.

Sarraut, der in Paris weilt, schildert den Vertretern der Presse die Lage in Vorderasien: Die Entwicklung der Türkei bessere sich ganz auffällig. Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik hätten der Abschluß des Vertrages über die Mossulfrage und das türkisch-syrische Arrangement die schwierigsten Komplikationen vermieden. Die türk.-franz. Beziehungen hätten sich auf Grund der freundschaftlichen Politik Briands sehr gebessert und er hoffe, daß der franz. Handel aus diesen Umständen Vorteile ziehen könne.

11. Juni. (Kammer) Marokkopolitik.

Zur Debatte steht eine Interpellation zur Marokkopolitik. Abg. Fontanier (Soz.) kritisiert scharf die Haltung der Militärbehörden

in Marokko gegenüber der eingeborenen Arbeiterbevölkerung. Marokko sei zurzeit der Schauplatz eines heftigen Kampfes zwischen dem alten Militärregime des Marschalls Lyauthey und den neuen Methoden, die der gegenwärtige Zivilgouverneur Steeg einzuführen versuche. Er gibt Beispiele dieses Kampfes und verlangt, daß die Regg. in Marokko die sozialen und bürgerlichen Freiheiten der eingeborenen Bevölkerung gegenüber den Militärbehörden schütze. Doriot (Komm.) hält eine große Anklagerede gegen die gesamte franz. Marokkopolitik, indem er die Regg. beschuldigt, die Feindseligkeiten, die im April vorigen Jahres ausbrachen, sorgfältig vorbereitet und veranlaßt zu haben. Er erregt einen heftigen Sturm auf der Rechten und in der Mitte, als er erklärt, daß er den Rifleuten den Kampf bis aufs Messer angeraten hätte, wenn er die Überzeugung gehabt hätte, daß sie imstande wären, gemeinsam mit anderen marokkanischen Stämmen und mit der Bevölkerung von Tunis und Algier ihre Unabhängigkeit zu erobern. Herriot erteilt dem Redner wegen dieser Äußerung einen Ordnungsruf. Doriot sagt weiter: Die einzige Lösung, die einen dauernden Frieden verspreche, bestehe in der Unabhängigkeit des Landes. Die militärische Besetzung stehe in Widerspruch mit den von Frankreich übernommenen internationalen Verpflichtungen. Falls mit Spanien nicht nur eine militärische, sondern auch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart worden sei, so würde eine solche Politik zu gefährlichen internationalen Verwicklungen Anlaß geben. Italien verlange bereits die Zusammenberufung einer internationalen Konferenz. Briand: Es besteht keine Veranlassung, eine internationale Konferenz einzuberufen. Doriot: Das ist Ihre Ansicht. Die italienische Presse und sogar gewisse spanische Blätter verlangen eine Konferenz und auch England steht diesem Plan nicht ablehnend gegenüber. Die Situation wird noch durch die Verhältnisse in Tanger verschärft, denn Spanien hat eine Zollbarriere um die neutrale Zone errichtet, durch die der engl. Handel behindert wird. Abg. Cachin (Komm.): Man dürfe auch nicht vergessen, daß die marokkanischen Schwierigkeiten die letzte Ursache für den Krieg von 1914 gewesen seien. Briand: Nichts von dem, was sich in Marokko ereignet, rechtfertigt den Gedanken der Zusammenberufung einer internationalen Konferenz. Frankreich und Spanien werden, gestützt auf ihre Verträge, die Kontrolle über ihre Zonen ausüben. Die Ruhe in diesen Zonen ist nicht gestört worden. Frankreich und Spanien haben sich verständigt, um die Ordnung wiederherzustellen und um sodann ihre kolonisatorischen Aufgaben fortzusetzen. Das ist alles. Was Tanger betrifft, so ist das eine besondere Angelegenheit, die zwischen den Regg.en behandelt wird. Aber ich betone von neuem, daß nichts von allem, was in Marokko vorgegangen ist, die Einberufung einer internationalen Konferenz rechtfertigen würde. (Beifall.) Internationale Konflikte würden sich am sichersten dann ereignet haben, wenn der Aufstand sich über ganz Nordafrika ausgebreitet hätte. Angesichts der Untätigkeit Frankreichs würden dann andere seinen Platz eingenommen haben, und dann wäre die Lage sehr ernst gewesen.

15. Juni. Rücktritt des Finanzministers Péret.

Im Kabinettsrat erklärt Finanzmin. Péret seinen Rücktritt: Angesichts der Hausse der ausländischen Devisen und des Ausbleibens der tatkräftigen Unterstützung, auf die die Regg. gerechnet habe, sei es ihm nicht mehr möglich, seinen Posten wirksam auszufüllen. Andererseits

halte er es für notwendig, eine parlamentarische und politische Umbildung entsprechend den Wünschen der öffentlichen Meinung möglich zu machen, da die Öffentlichkeit angesichts der gemeinsamen Gefahr eine gemeinsame Anstrengung fordere. Ministerpräsid. Briand gibt in den Wandelgängen der Kammer dazu folgende Erklärung ab: Wir machen einen schlechten Augenblick durch. Man muß nicht glauben, daß es ein bestimmtes Mittel oder einen bestimmten Menschen gibt, der Wunder tun und die Schwierigkeiten mit einem Schlage beseitigen könnte. Das ist ein Mystizismus, für den keine Berechtigung vorliegt. Die einen verlangen ein Ministerium der nationalen Verteidigung, die anderen einen sogenannten starken Mann. Gewiß wäre es sehr wünschenswert, ein Ministerium der nationalen Einigkeit zustande zu bringen. Aber in Belgien hat man das getan, und dennoch hat sich auch der belgische Franken nicht halten können. Italien hat einen starken Mann, und trotz der Ausgabe von mehreren Milliarden steht die italienische Lira nicht besser als unsere Währung. Die Ursachen der gegenwärtigen Lage sind vielfältig und verschlungen. England gibt Franken ab, nicht um uns zu schaden, sondern um das Pfund gegenüber dem Dollar zu halten. Auch in Belgien und Italien verkauft man Franken, um die eigene Währung zu stützen, und schließlich treten auch viele unserer eigenen Mitbürger als Verkäufer auf, weil sie kein Vertrauen haben. Die Wolken, die von verschiedenen Seiten am Horizont erschienen, haben sich über uns zusammengezogen, und wir stehen im Zentrum des Wirbelsturms, aber wir müssen aushalten, bis das Unwetter vorüber ist.

15. Juni. (Kammer) Rücktritt der Regierung.

Zur Debatte stehen die Interpellationen der Komm., Soz. und Linksrad. betr. den Rücktritt Pérets. Ministerpräsid. Briand beantragt die Vertagung der Aussprache. Die Abgg. Cachin (Komm.) und Auriol (Soz.) fragen, ob es die Bank von Frankreich sei, von der Péret nicht die erwartete Unterstützung erhalten habe. Nach weiteren Ausführungen Briands beschließt das Haus mit 309 gegen 95 St. die Vertagung der Debatte bis zum 17. Juni.

Eine Stunde später beschließt das Kabinett trotz der günstigen Haltung der Kammer seine Gesamtdemission, die Präsid. Doumergue annimmt.

23. Juni. Bildung des neuen Kabinetts Briand.

Am 16. nahm Präsid. Doumergue die üblichen Verhandlungen mit den Parteiführern zur Beilegung der Regierungskrise auf. Die Rechtspresse erwartete ein Kabinett der „Nationalen Einigkeit", dem die Vollmachten des Parlaments übertragen werden müßten. Noch am Nachmittag wurde wiederum Briand mit der Kabinettsbildung betraut, er versuchte, ein Kabinett auf breiterer Basis aus hervorragenden Persönlichkeiten zu bilden, und verhandelte zunächst mit Herriot und mit Poincaré. Beide machten sehr weitgehende Vollmachten zur Bedingung. Da seine Verhandlungen — vor allem infolge der Haltung der Partei Herriots — nicht zum Ziel führten, gab Briand am 18. dem Präsid. der Republik seinen Auftrag zurück. Alsbald übernahm dann Herriot den Auftrag der Kabinettsbildung, er verhandelte vor allem mit politischen Persönlichkeiten, die den Linksparteien angehören. Herriots Versuch scheiterte an der Ablehnung der gemäßigten Rechten, deren Einbeziehung in ein Konzentrationskabinett der Linken zur Erzielung der nötigen Kammermehrheit nötig gewesen wäre. Nachdem da-

her Herriot am 20. morgens dem Staatspräsid. seinen Mißerfolg mitgeteilt hatte, wurde abermals Briand beauftragt, der sofort erklärte, diesmal seine Mission zu erfüllen. Am 23. hat er sein neues Kabinett, das zehnte unter seiner Führung, in folgender Zusammensetzung gebildet: Vorsitz und Äußeres: Briand (Republ. Soz.); Inneres: Durand (Dem. Linke); Justiz: Laval (Unabh. Soz.); Finanzen: Caillaux (Dem. Linke) mit den Unterstaatssekretären Piëtri und Dubois; Krieg: Gen. Guillaumat; Marine: Georges Leygues (Linksrepubl.); Unterricht: Nogaro (Rad.-Soz.); Öffentliche Arbeiten: Daniel-Vincent (Linksrad.); Handel: Chapsal (Dem. Linke); Arbeitsministerium: Durafour (Rad.-Soz.); Kolonien: Perrier (Dem. Linke); Pensionen: Jourdain (Linksrepubl.); Landwirtschaft: Binet (Rad.-Soz.). Das neue Kabinett stellt eine republikanische Konzentration mit vorwiegendem Linkseinschlag dar.

29. Juni. (Kammer) Erklärung der neuen Regierung.

Die Regierungserklärung, die Ministerpräsid. Briand verliest, betont, daß nach einer Krise, deren Charakter und Dauer dazu beigetragen habe, den Ernst der Finanzprobleme und die Notwendigkeit ihrer dringlichen Lösung vor Augen zu führen, die Pflicht der Regg. klar vorgezeichnet sei. Die Zusammensetzung des Kabinetts sei ein Beweis dafür, daß es sich von dem Geist der weitestgehenden nationalen Versöhnung leiten lasse. Die Regg. zweifle nicht, daß das Parlament entschlossen sei, der Regg. durch tätige Mitarbeit diejenige unerläßliche Festigkeit zu verleihen, die sie zur Erfüllung ihrer schweren Aufgabe benötige. Der glückliche Abschluß der Marokkokrise und die Erledigung der militärischen Operationen in Syrien werde es Frankreich ermöglichen, sich ganz dem Werk des finanziellen Wiederaufbaues zu widmen. Dank der Bemühungen der früheren Finanzminister sei das Budgetgleichgewicht, die Vorbedingung jedes ernstlichen finanziellen Wiederaufbaus, sichergestellt. Aber wenn auch die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt seien und wenn der Wille zur strengen Sparsamkeit in der ganzen Staatsverwaltung zu der Hoffnung berechtige, daß man den Steuerzahler nicht aufs neue zu beträchtlichen Leistungen heranziehen müsse, so scheine es doch notwendig, das System, dessen Schwächen die Erfahrung habe hervortreten lassen, zu reformieren. Es sei notwendig, vor allem den Satz der allgemeinen Einkommensteuer und die Steuer auf die Übertragung mobiler Werte zu ermäßigen. Ein Ausgleich dafür werde in einer neuen Staffelung der Steuersätze und dadurch gefunden werden, daß das bisherige Kontrollsystem durch eine geeignetere und biegsamere Art der Überwachung ersetzt werde. Aber das sei erst der Auftakt zu dem Werke. Der Budgetausgleich und die Umstellung des Steuersystems würden ihre Bedeutung verlieren, wenn die ständige Bedrängnis des Schatzamtes dem Staate weiterhin Schwierigkeiten bereite und wenn man nicht entschlossen an das Problem der Währungssanierung herangehe. Die Regg. stehe nicht an, zu erklären, daß sie zu ihrer Lösung in keiner Form und in keinem Fall die geringste Verletzung der vom Staate übernommenen und für heilig erachteten Verpflichtungen vorschlagen werde. Die Regg. werde auf Grund des Finanzsachverständigenplanes, dessen große Linien sie in Übereinstimmung mit den allgemeinen Anschauungen ihrer Finanzpolitik wisse, dem Parlament die Maßnahmen vorschlagen, die ihr geeignet erschienen um die kurzfristigen Verpflichtungen zu tilgen und das Schatzamt wieder in eine normale Lage zu brin-

gen. Der Kern des Problems sei die Währungssanierung. Die ungeheure Verschwendung des Reichtums, die die schlimmste Erbschaft der Kriege sei, und die unerhörte Verschuldung könne ihr Gegengewicht zwangsweise nur in einer Verringerung des Wertes der Zahlungsmittel finden. Es komme alles darauf an, den ständigen Rückgang des Fr. aufzuhalten, ihm die Schranke angemessener Konvertierungsmöglichkeiten entgegenzusetzen und auf der Grundlage neuer, aber fester Wertverhältnisse für das geschäftliche und das private Leben die Sicherheit wiederherzustellen, die Möglichkeit zu normalen Kalkulationen zu schaffen und die angemessene Vergütung für Arbeit und Kapital wieder zu gewährleisten. Die Regg. gedenke den auftauchenden Schwierigkeiten durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Notenbank entgegenzutreten. Es verstehe sich von selbst, daß die Unabhängigkeit der Notenbank auch fernerhin gewissenhaft geachtet werde und daß ihr Kredit von dem des Staates getrennt gehalten werde nmüsse. Andererseits wisse die Regg., daß zur praktischen Durchführung des angestrebten Zieles internationale Hilfe nicht entbehrlich sei, aber sie werde keinesfalls zulassen, daß die uneingeschränkte Souveränität des Landes auch nur im geringsten beeinträchtigt werde. Sie verhehle sich andererseits nicht, daß die Regelung der interall. Schulden eine der notwendigen Stützen für eine feste und angemessene Stabilisierung sei. Die Ratifizierung der Gesamtheit der franz. ausländischen Schulden müsse Hand in Hand gehen mit der Gewißheit, daß die Regg. über die unerläßlichen Mittel zur Herstellung einer Währung verfüge, die, ohne zusammenzubrechen, die von Frankreich geforderten Zahlungen aushalten könne. Über die außenpolitische Lage führt die Regierungserklärung aus, die internationale Lage Frankreichs sei gut, sie gestatte von nun an, mit Vorsicht unter gleichzeitiger Verringerung der militärischen Lasten das Werk der Anpassung der Bedingungen der Sicherheit Frankreichs an die neue Lage durchzuführen. Die Regg. wolle die Kontinuität der von den vorhergehenden Regg.en eingeleiteten Politik des Friedens und des Gleichgewichts sichern. Sie werde die Bande mit den befreundeten und all. Staaten möglichst fester knüpfen. Sie werde die mit verschiedenen Völkern Europas im Geiste des Völkerbundes abgeschlossenen politischen und wirtschaftlichen Abk. zu kräftigen und auszudehnen suchen. Durch Schiedsgerichtsabk. werde sie sich bemühen, auf dem Boden des Rechts die friedliche Beilegung von Konflikten, die früher zu Kriegen führten, zu erreichen. — Mit 292 gegen 130 St. bei 160 Enthaltungen nimmt das Haus schließlich den Regierungsantrag auf Vertagung der Diskussion an.

1. Juli. (Senat und Kammer) Annahme der Zusatzkredite für das Budget 1926.

4. Juli. (Straßburg) Parteitag der Elsässischen Volkspartei.

Auf dem Delegiertentag der „Elsäss. Vp.“, die in ihren Reihen sowohl franz. Chauvinisten wie elsäss. Heimatrechtler zählt, wird die weiter einzuschlagende Politik eingehend erörtert, besonders im Hinblick auf die Heimatbewegung. Es werden zwei Entschließungen gefaßt; die erste unterstreicht den nationalen Charakter der Partei, „protestiert mit Nachdruck gegen die Vermengung des Programms der Partei mit dem des Heimatbundes“, lehnt mit Entschiedenheit „jede Tendenz ab, die darauf ausgehe, die nationale Gemeinschaft zu lockern oder die Lösung der elsäss. Probleme der Souveränität des franz. Staates zu entziehen..“

„. . . Der Delegiertentag betont jedoch andererseits mit allem Nachdruck, daß der bis ins Extreme gesteigerte Zentralismus des franz. Staates in keiner Weise geeignet ist, die Lösung dieser Probleme zu ermöglichen, und daß deshalb eine durchgreifende Verwaltungsreform im Sinne einer weitgehenden Dezentralisation absolut notwendig ist, eine Reform, die vor allem für das Elsaß, aber auch für ganz Frankreich eine Lebensfrage ist." Die zweite Entschließung betont, daß der Vertretertag „die von der Regg. gegen die Unterzeichner des Manifestes des Heimatbundes getroffenen Maßnahmen in schärfster Weise mißbilligt, und zwar aus grundsätzlichen Rücksichten und praktischen Erwägungen. Er stellt fest, daß die Gemaßregelten zum großen Teil Opfer einer Atmosphäre geworden seien, für die die Fehler der franz. Regierungs- und Verwaltungspolitik in erster Linie die Schuld trügen. Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die augenblickliche Situation im Lande nur durch eine Änderung dieser Politik, aber niemals durch Maßregelungen gebessert werden könne, und erwartet deshalb von der Regg., daß sie die Folgen dieser Maßregelung wieder gutmache.

6. Juli. Unterzeichnung eines französisch-dänischen Schiedsgerichtsvertrags.

6.—9. Juli. (Kammer) Flottenbauprogramm 1926/27; Finanzreform, der Bericht der Finanzsachverständigen.

Mit 415 gegen 145 St. gelangt das Flottenbauprogramm zur Annahme, das den Bau eines Kreuzers und zweier Torpedobootszerstörer, von vier Torpedobooten und einer Reihe von U-Booten und Hilfsschiffen mit einem Kostenanschlag von rund 960 Mill. Fr. vorsieht. Abg. Berthon (Komm.) hat angesichts der Finanzlage die Rückstellung der Vorlage beantragt und darauf hingewiesen, daß das Flottenbauprogramm nicht etwa aus Furcht vor der deutschen Flotte aufgestellt sei, sondern im Hinblick auf den imperialistischen Kampf um Indien, die Kolonien und um das Mittelmeer. — In der Nachmittagssitzung beginnt die große Aussprache über die Finanzreform.

Der Bericht des finanziellen Sachverständigen-Komitees enthält folgende Vorschläge: tiefgreifende budgetäre Reform, die Vorherrschaft des Finanzministers in allen den Etat irgendwie berührenden Fragen, Votierung des Budgets vor dem Beginn des Finanzjahres, Beginn des Finanzjahres am 1. April, vollkommenes Gleichgewicht des Budgets, ausgedehnte Sparmaßnahmen: Verwaltungsreform, Modernisierung und Vereinfachung, Schaffung neuer Einnahmequellen, Aufhebung des Kuponkontrollheftes und der eidesstattlichen Steuererklärung, Erhöhung der indirekten Steuern, Verminderung der Umsatzgebühren für bewegliche Werte, Veräußerung von nicht rentablen Gütern des Staates und der unnötigen Vorräte, Schaffung neuer Einnahmequellen durch die Revision der Zollgebühren, der Umsatzsteuer, der Transportsteuer, der Zuckersteuer und der Getränkesteuer, fortschreitende Befestigung der Währung, Tilgung der schwebenden Schuld, die von einer eigenen Kasse verwaltet wird, fortschreitende Stabilisierung des Geldes. Dafür sind ausländische Kredite erforderlich sowie Kredite der Bank von Frankreich, des Privatkapitals und des Handels. Die Ratifikation des Washingtoner Schuldenabk. und ein Schuldenabk. mit England werden als unbedingt notwendig erklärt. Der Bericht schließt mit den Worten: „Wenn Frankreich sich disziplinieren kann, um mit vereinten Kräften entschlossen und ausharrend an den Aufgaben des

Wiederaufbaus zu arbeiten, mehr zu erzeugen und mehr zu sparen, so wird sich die Ordnung und der wirtschaftliche Wohlstand wieder einstellen."

Nachdem Kammerpräsid. Herriot die vorliegenden Interpellationen verlesen hat, erstattet Finanzmin. Caillaux seinen Bericht über die Finanzsanierung. Eingangs stellt er fest, daß sein Bericht in den Hauptpunkten mit dem Bericht der Sachverständigen übereinstimme. Er untersucht eingehend die Budgetverhältnisse und zeigt die Entwicklung des Defizits in den letzten fünfzehn Jahren: Das Defizit betrug fünf Milliarden im Jahre 1914, stieg schrittweise bis 49 im J. 1918, fiel auf 42 im 1. Nachkriegsjahr und wurde dann wieder zurückgeführt bis auf drei Milliarden im J. 1925. Der Staatshaushalt des laufenden Jahres ist im strengsten Gleichgewicht. Wenn die Sachverständigen dennoch neue Steuern für notwendig halten, so geschieht das wegen der Bedürfnisse des Schatzamtes, die nicht durch eine Anleihe gedeckt werden können. Caillaux betont die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtengehälter. Die Beträge, die durch neue Steuern aufgebracht werden müssen, belaufen sich auf drei Milliarden, nämlich eine Milliarde für die Erhöhung der Beamtengehälter und je 500 Mill. für die Bons der nationalen Verteidigung, für die Vorschüsse der Staatsbank, für die Amortisierung der kurzfristigen Schulden und für Stabilisierungszwecke. Caillaux entwickelt im einzelnen die Richtlinien seiner Steuerpolitik und schildert die Lage des Schatzamtes: Die langfristigen Schulden des Landes betragen 154, die kurzfristigen 40, die schwebenden Schulden 92, zusammen 286 Milliarden. Rechnet man die Ausgaben für die zerstörten Gebiete hinzu, so erreicht die innere Schuld eine Höhe von rund 300 Milliarden. Die Schwierigkeiten des Schatzamts liegen in der übermäßigen Höhe kurzfristiger Verpflichtungen. Für die Beseitigung dieser Schwierigkeiten sind zwei Lösungen möglich: Zwangsweise Konsolidierung oder Rückzahlung. In Übereinstimmung mit dem Urteil der Sachverständigen lehnt Caillaux den ersten Weg entschieden ab. Dagegen erklärt er sich mit dem Lösungsvorschlag der Sachverständigen einverstanden, der bekanntlich dahin geht, eine besondere Tilgungskasse ins Leben zu rufen. Caillaux macht dann eine Mitteilung, die im Hause sichtlich Eindruck hervorruft: Die Vorschüsse der Bank von Frankreich sind gegenwärtig fast völlig aufgebraucht, das Schatzamt hat also alles in allem nur noch über etwa 15 Mill. zu verfügen. Und selbst das konnte nur dadurch erreicht werden, daß man einen Teil des Morgan-Fonds verkaufte, sonst wäre die gesetzliche Höchstgrenze des Notenumlaufs bereits jetzt um fast eine Milliarde überschritten. Caillaux geht dann auf die äußere Schuld über: Sie beträgt 18945 Mill. Goldfr., wovon jährlich 4 Milliarden Zinsen und Amortisationen zu zahlen sind. Im Aug. sind 8 Mill. Pfund zu zahlen. Wir würden nicht imstande sein, diese Zahlungen zu leisten, wenn das Pfund weiter steigt und wenn wir nicht in glücklicheren Ländern Kredite finden, die wir nur erhalten können, wenn wir unsere Schulden regeln. Caillaux macht eine kleine Pause und fügt hinzu: Das ist die Lage!

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen fährt Caillaux in seinen Darlegungen fort, in denen nunmehr das politische Moment mehr in den Vordergrund tritt: Die Regg. wird dem Parlament das wichtigste Problem, nämlich die Regelung der Schuldenfrage, zur Entscheidung unterbreiten. Sie ist der Ansicht, daß die Ratifizierung der Abk. mit gewissen Verbesserungen und Zusicherungen auf jeden Fall unentbehrlich

ist, und sie befindet sich auch in dieser Hinsicht in Übereinstimmung mit dem Urteil der Sachverständigen. Die nächstliegende Gefahr besteht in dem Abbröckeln der Währung. Es wäre ein nutzloses Bemühen, wenn man den Franken wieder auf seine volle Höhe bringen wollte. Die Gefahren der unstabilen Währung sind von allen Sachverständigen betont worden, namentlich auch von den Urhebern des Dawes-Planes. Der Sturz des Geldwertes kommt nicht zum Stillstand, wenn man ihm nicht eine Schranke entgegensetzt. Caillaux entwickelt dann nochmals die Voraussetzungen für die Stabilisierung: Das ganze Programm muß mit einer Schnelligkeit durchgeführt werden, die sich mit dem langsamen Verfahren des Parlaments nicht verträgt. (Bewegung auf der Linken.) Wir werden Vollmachten brauchen, die ich durch einen GE. vom Parlament verlangen werde. Die Regg. wird von Ihnen Mittel verlangen, um die wirtschaftliche Lage des Landes unter ihrer eigenen Verantwortung zu regeln, und wenn die Arbeit getan sein wird, wird es Ihnen freistehen zu kritisieren. Was wir von Ihnen verlangen, haben fast alle Länder auf sich nehmen müssen: Deutschland, Österreich, Polen und die Tschechoslowakei. (Bewegung.) Wir sind in entscheidender Stunde, schließt er, wir müssen wollen. Die Regg. will und sie wird den Sieg davontragen, wenn sie Ihr Vertrauen besitzt. Denken Sie an die vernichtende Verantwortung, die Sie übernehmen, wenn Sie es ihr verweigern! (Lebhafter Beifall.) Als erster Interpellant spricht Abg. Borel (Linksgruppe der Soz. Republ.), der sich im allgemeinen den Ausführungen Caillaux' anpaßt, jedoch auf die Notwendigkeit hinweist, daß die Frage der auswärtigen Kredite und die Schuldenfrage vom Parlament vollkommen getrennt behandelt werden müßten. Im Namen der Komm. spricht Abg. Garchery, der natürlich sowohl den Bericht der Sachverständigen wie die von Caillaux entwickelte Regierungspolitik vollständig verurteilt.

7. Juli. — Die Debatte wird fortgesetzt und gestaltet sich immer erregter. Abg. Franklin-Bouillon (Rad.), der bekanntlich zu den Mitgliedern der von Caillaux geführten Komm. gehörte, die sich zu den Verhandlungen über die Schuldenfrage nach Washington begeben hatte, befaßt sich ausschließlich mit diesem entscheidenden Punkt und erklärt, daß er dem von Bérenger geschlossenen neuen Abk. nicht zustimmen könne. Er richtet dabei schwere Angriffe gegen die verantwortlichen Persönlichkeiten aus der Zeit Clémenceaus und Poincarés wie auch gegen den Botschafter Bérenger, der die einzige Persönlichkeit gewesen sei, die nach den Ver. Staaten zu entsenden die Regg. kein moralisches Recht gehabt habe. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Caillaux habe während der ersten Verhandlungen versichert, daß er niemals eine Abmachung ohne Sicherheitsklausel unterzeichnen werde, dagegen habe Bérenger erklärt, daß er über diesen Punkt leicht hinweggehen könne. So lange das Parlament, fährt Franklin fort, aus kameradschaftlicher Freundschaft diejenigen decken wird, die den Frieden sabotiert haben, wird sich das Land niemals erholen. Wenn Amerika unsere Schuldscheine in den Handel bringen kann, könnten sie uns eines schönen Tages von Deutschland präsentiert werden. (Starker Beifall.) Wir müssen unsere Schulden regeln, aber auf andere Weise. Frankreich kann keine Verpflichtungen übernehmen, von denen es nicht sicher ist, sie in Zukunft erfüllen zu können. Die Verhandlungen müssen deshalb nochmals aufgenommen werden. Man sagt uns, daß wir das Abk. unterzeichnen müssen, um Kredite zu erlangen, aber unsere Unterhändler haben

keinerlei Kreditversprechungen mitgebracht. Frankreich würde also abermals einen Verzicht unterzeichnen, ohne eine sichere Gegenleistung zu haben. An dieser Stelle unterbricht ihn Briand: Die Kammer kennt noch nicht alle Einzelheiten der Verhandlungen. Die Regg. wird dem Hause eine vollkommene Übersicht über diese ganze Angelegenheit unterbreiten. Hier wendet der Führer der rechten Opposition, Marin, ein, daß die Regg. erklärt habe, in bezug auf das Washingtoner Abk. die Vertrauensfrage stellen zu wollen. Jetzt aber erkläre der Ministerpräsid., daß die Kammer über diese Angelegenheit noch nicht völlig unterrichtet sei. Es sei notwendig, daß die Regierung diesen Widerspruch aufkläre. Franklin-Bouillon entfesselt einen neuen Ausbruch der Leidenschaften, indem er den Versailler Vertrag als eine Katastrophe bezeichnet. (Großer Beifall rechts und auf der äußersten Linken.) Dieser Vertrag verurteile Frankreich zu einem 50jährigen Elend. Das Washingtoner Abk. verlängere die Frist auf 62 Jahre. Marin: Das Haus muß über die Bedeutung dieser Debatte vollkommene Klarheit erhalten. Bildet das Abk. von Washington den Kern dieser Diskussion? Ja oder nein? Hat die Regg. nicht erklärt, daß die Annahme des Abk. notwendig sei, um auswärtige Kredite zu erlangen? Briand antwortet: Die Regg. wird die Kammer rechtzeitig in die Lage versetzen, sich mit aller Klarheit aussprechen zu können. Im übrigen erinnert Briand daran, daß die Regg. den Sachverständigenplan in seinen Hauptpunkten angenommen habe und daß in diesem Plan festgestellt werde, daß die finanzielle Gesundung ohne Regelung der Schuldenfrage unmöglich sei. (Starke Bewegung.) Franklin-Bouillon: Der schwerste Fehler in dieser Angelegenheit ist dadurch begangen worden, daß man es unterlassen hat, die interall. Schulden bereits beim Friedensschluß zu regeln. Renaudel: Sie wollten aber das linke Rheinufer! Franklin-Bouillon weist mit großer Entrüstung diesen Zwischenruf des Sozialistenführers zurück: Es sei tief bedauerlich, daß Renaudel gerade bei dieser Debatte vor dem Ausland einen falschen Eindruck mache. Franklin-Bouillon faßt seine Ausführungen dahin zusammen, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abk. in seiner gegenwärtigen Form unmöglich sei und daß neue Verhandlungen eröffnet werden müßten. Der amerik. Staatssekretär Mellon habe selbst erklärt, daß ein wohlhabendes Europa, das wieder der Kunde Amerikas werden könnte, mehr wert sei als alle Milliardenzahlungen. Abg. Léon Blum (Soz.) unterzieht den Bericht der Sachverständigen einer sehr scharfen Kritik, besonders weil er die Inflation nicht verhindere, sondern sie im Gegenteil fördern werde. Er wendet sich mit größter Entschiedenheit gegen die Forderung der Regg. nach besonderen Vollmachten, die er als eine Herausforderung des Parlaments bezeichnete. Dieses Verlangen bedeute nicht nur eine Verletzung der Verfassung, sondern auch eine Verletzung der Volkssouveränität. Blum wendet sich dann dem Finanzbericht zu: Die Soz. haben immer die Inflation in all ihrer Form bekämpft, denn sie wissen, daß daraus das größte Elend für die Arbeiterklasse und für den Mittelstand entsteht und daß sie Krisen schafft, aus denen der Kapitalismus gestärkt hervorgeht. Aber es gibt nur ein Mittel, aus der Inflation herauszukommen: Man muß den kurzen Entschluß fassen, keinen einzigen Geldschein mehr zu drucken, ganz gleich, welches auch die Folgen sein mögen. Der Plan der Sachverständigen wird der Inflation kein Ende bereiten; die drei Milliarden, die das Schatzamt neu bekommen soll, bedeuten drei Milliarden neue Banknoten. Dasselbe

gilt von den vier Milliarden, die die neue Verwaltungskasse für die Bonds der nationalen Verteidigung erhalten soll. Die Regg. erklärt, daß diese neuen Scheine gedeckt sein werden, aber die Soz. wollen keine Vermehrung des Papiergeldes, ganz gleich, ob es gedeckt ist oder nicht. Man kann nicht gleichzeitig stabilisieren und neues Papiergeld ausgeben; das ist ein Wahnsinn. Caillaux: Ich bin in dieser Beziehung nicht Ihrer Ansicht. Das Furchtbare ist, daß das Schicksal des Volkes von diesen technischen Meinungsverschiedenheiten abhängt. Wenn man die Stabilisierung zum gegenwärtigen Kurs durchführt, so werden die Lebenskosten in kürzester Zeit mindestens um 50 Prozent steigen, und dann werden natürlich neue Zahlungsmittel notwendig werden. Blum: Ein großer Teil aller dieser Schwierigkeiten läßt sich vermeiden, wenn man dem Steigen der Preise und der Ausgabe neuer Banknoten einen Damm entgegensetzt. Gewiß ist die vollkommene Aufwertung des Franken unmöglich, aber die Währungskurse müssen so weit herabgedrückt werden, bis sie mit den Indexziffern in Einklang stehen, damit nicht neue Zahlungsmittel notwendig werden. Die Grundlage des Sachverständigenberichts bilden die auswärtigen Anleihen. Das ist nicht erstaunlich, denn unter den dreizehn Mitgliedern des Sachverständigenkomitees gab es acht Bankiers; sie hätten einen wahren Heldenmut besitzen müssen, um eine andere Lösung vorzuschlagen. Die Soz. lehnen die auswärtigen Anleihen ab, weil sie die Ratifikation des Washingtoner Abk. ablehnen. Die Fehler, die man jetzt dem Versailler Vertrag zum Vorwurf macht, waren nicht die Fehler einzelner Personen, sondern der ungeheuren Mehrheit des Parlaments und des ganzen Landes. Es war ein Massenirrtum, die juristischen und moralischen Verpflichtungen Frankreichs in der Schuldenfrage nicht zu bestreiten. Ich fühle mich in dieser Hinsicht moralisch stärker gebunden als wahrscheinlich Deutschland uns gegenüber gebunden ist. (Zwischenrufe rechts und in der Mitte.) Die Soz. haben schon seit langem eine internationale Kreditorganisation gefordert, aber die von Frankreich verfolgte Politik hat in der ganzen Welt einen Geisteszustand geschaffen, der mit dem Geiste internationaler Solidarität nicht vereinbar ist. (Beifall links.) Heute kann man nur noch von Gläubigerstaaten und Schuldnerstaaten und Banksyndikaten reden. Das ist keine Internationale, wie wir sie wollen. Zum Schluß verteidigt Blum die alte sozialistische Forderung einer Kapitalsabgabe als das einzige Mittel, um eine finanzielle Gesundung einzuleiten, die schließlich zur Stabilisierung führen würde ohne die Gefahr einer Inflation und ohne eine allgemeine Preissteigerung mit sich zu bringen. Er schließt mit einem bekannten Wort aus der franz. Revolutionsgeschichte: Vorwärts, Kopf hoch, dieses Land wird sich selber retten! (Lebhafter Beifall auf der ganzen Linken und bei einem Teil der Rad.)

8. Juli. — Finanzmin. Caillaux setzt sich in der Hauptsache mit den Ausführungen des Abg. Léon Blum auseinander, verteidigt die Erhöhung der indirekten Steuern, rechtfertigt seine Forderung besonderer Vollmachten und bekämpft den soz. Plan einer Kapitalbesteuerung. Abg. Margaine (Rad.) erklärt: Sein Hauptgedanke sei der, daß, wenn Frankreich seine sozialen Verhältnisse erhalten wolle, man nicht zulassen dürfe, daß die gesamte Produktion des Landes in den Händen einer kleinen Anzahl von Leuten liege. Der Staat müsse einen Teil der Produktion übernehmen. Die unausbleibliche Stabilisierungskrise werde sich nur mildern lassen, wenn das Absatzgebiet für die franz. Industrie

im Ausland erweitert werde, besonders auch durch die Eröffnung des russ. Marktes.

Am 9. Juli wird die Beratung in einer Nachtsitzung, die bis 4 Uhr morgens dauert, zu Ende geführt. Nachdem Abg. Blum nochmals für die Kapitalabgabe gesprochen hat, erörtert Abg. Tardieu, der ehem. Mitarbeiter Clémenceaus, die Lage; er beanstandet daß die Regg. kein Finanzprojekt eingebracht habe, und lehnt das Washingtoner Abk., die auswärtigen Anleihen und die Vollmachten für die Regg. ab. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Kammerpräsid. Herriot verliest die vorliegenden fünf Tagesordnungen: die der Soz. P. fordert die Stabilisierung mit Hilfe der Vermögensabgabe und der Mobilisierung der wirtschaftlichen Kräfte; die Tagesordnung der Rad.-Soz. P. verlangt „ein außerordentliches Opfer seitens der Staatsbürger"; eine gemeinsame Tagesordnung der Republ.-Dem. Vgg., der republ. Soz. und der Rechtsradikalen spricht der Regg. das Vertrauen aus; Bonnet (Rad.) macht das Vertrauensvotum von der Bedingung abhängig, daß die Regg. keine Hilfe ausländischer Kredite in Anspruch nehme; die Tagesordnung Astier (Linksrad.) nimmt die Erklärungen der Regg. zur Kenntnis und betont, zu ihr das Vertrauen zu haben, daß sie den Kredit wiederherstellen und den Franken stabilisieren wird. — Sodann ergreift Finanzminister Caillaux erneut das Wort, um nochmals kurz das Finanzprogramm zu skizzieren: Die Unabhängigkeit der Bank von Frankreich werde gesichert und eine Politik der Ersparnisse durchgeführt werden. Was die interall. Schulden betreffe, so werde er nach seiner Reise nach London der Kammer einen Vorschlag unterbreiten, der auf das Washingtoner Abk. Bezug nehmen werde, und im übrigen gingen die Verhandlungen weiter, um Erleichterungen zu erzielen. Die Eröffnung ausländischer Kredite sei unerläßlich! Briand: „Das ist die allgemeine Auffassung der Regg. Die Machtbefugnisse sollen der Regg. nur die Möglichkeit geben, arbeiten zu können. Niemals werde die Regg. Steuern ohne Zustimmung des Parlaments erheben." Es wird nun über den Vorrang der Astier-Tagesordnung abgestimmt. Das Ergebnis: 324 gegen 203 St. Der Vorrang der soz. Tagesordnung ist damit abgelehnt. Die Tagesordnung Astier selbst wird mit 269 gegen 247 St., also mit einer Mehrheit von 22 St. angenommen. (Langanhaltender Applaus in der Mitte.)

12. Juli. Caillaux begibt sich zum Abschluß der Schuldenverhandlungen nach London.

Über das franz.-engl. Schuldenabk. s. Abschn. II am Schluß.

13. Juli. Französisch-spanisches Marokkoabkommen.

Das Abk. regelt gemäß dem Vertrag von 1912 die Abgrenzung der franz. und span. Zone, vereinbart die Überwachung der Küste und sieht in den von Dissidentenstämmen bedrohten Grenzgebieten gleichgerichtete Aktionen, eine jede innerhalb ihrer Zone, vor um die völlige Befriedung zu erreichen.

15. Juli. (Kabinettsrat) Sparmaßnahmen.

Auf Grund von Erklärungen Caillaux' beschließt der Kabinettsrat eine Reihe von Sparmaßnahmen.

16./17. Juli. (Kammer) Ermächtigungsgesetz.

Am 16. legt Finanzmin. Caillaux der Finanzkomm. das Ermächtigungsgesetz vor; der GE. besteht aus zwei Art. und wird in einer

Anlage ausführlich begründet: Die Regg. versichert nochmals, daß der GE. lediglich durch die überaus ernste finanzielle Lage veranlaßt sei und die Rechte des Parlaments nach keiner Richtung hin antasten werde. Die geplanten Maßnahmen zerfallen in vier Gruppen: 1. fiskalische Reformen, 2. Schatzamt, 3. Verwaltungsmaßnahmen und 4. handelspolitische Maßnahmen. Nach längerer Aussprache beschließt die Komm. mit 15 gegen 10 St. bei 13 Enthaltungen, in die Diskussion einzutreten. Der erste Art. des GE. wird mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt und beide Art. werden in abgeänderter Form mit 8 gegen 0 St. bei 36 Enthaltungen angenommen. Nach der neuen Fassung sollen die verlangten Vollmachten, die in der Fassung des Regierungsentw. unbeschränkt waren, auf jene Materien beschränkt werden, die in einem Anhang eigens aufgezählt werden sollen.

Am 17. beginnt sodann das Plenum die Beratung des GE. in der von der Komm. empfohlenen Gestaltung. Kammerpräsid. Herriot nimmt das Wort, um die verfassungsmäßige Berechtigung des Regierungsentw. zu erörtern, er beschwört den Ministerpräsid., das Parlament nicht seiner Rechte und seiner wichtigsten Pflichten bis zum Nov. dieses Jahres oder vielleicht sogar bis Anfang des nächsten Jahres zu berauben. Sodann streift Herriot die staatsrechtliche Seite des Problems: Nicht das Parlament sondern allein das Volk sei souverän. Das Parlament sei vom Volk nur beauftragt und könne nach der übereinstimmenden Ansicht aller franz. Staatsrechtler diesen Auftrag nicht übertragen oder weiterleiten. Niemand bestreite die Notwendigkeit schneller Maßnahmen, aber diese Notwendigkeit müsse mit den Grundsätzen des Regimes in Einklang gebracht werden. Die Stabilisierung lasse sich gewiß nicht in allen Einzelheiten öffentlich diskutieren, aber von dieser Erkenntnis bis zur völligen Entrechtung des Parlaments sei ein weiter Weg. Herriot schließt mit der Erklärung, daß er dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen könne. „Überstürzen wir nichts, suchen wir etwas Besseres, meine Herren von der Regierung. Arbeiten Sie mit dem Parlament, aber unterdrücken Sie es nicht." (Lebhafter Beifall auf der samten Linken, aber auch bei einem großen Teil der Mitte bis tief in die Reihen der Regierungsmehrheit.)

Briand weist sofort mit Entschiedenheit diesen Vorwurf Herriots zurück: Im Gegenteil, nichts würde dem Ansehen der Kammer so sehr schaden, wie wenn sie ihre Unfähigkeit zur Lösung der Krise an den Tag legen müßte. Die republikanischen Institutionen seien derart, daß sie auch in den gefährlichsten Stunden die Mittel böten, über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen, eben weil sie sich allen Notwendigkeiten anpassen ließen. „Ich bin überzeugt," rief Briand aus, „daß eine solche Anpassung heute dem Wunsche des Landes entspricht." ... „Ich weiß nicht, welches der Ausgang dieses Duells sein wird, bei dem sich der Kammerpräs. und der Ministerpräs. gegenüberstehen". Herriot: „Ich habe Ihnen die Hand geboten; ergreifen Sie sie!" Briand: „Die Kammer sieht sich in die tragische Notwendigkeit versetzt, zwischen ihrem eigenen Präsid. und dem Präsid. der Regg. zu wählen. Es ist notwendig, daß das Land innerhalb von 48 Stunden sich bestimmten Zielen gegenübersieht, und daß es eine Regg. hat, die zu handeln fähig ist. Anders kann das Land nicht gerrettet werden. Wenn das Parlament einen Beweis von Entsagung geben will, der die Zustimmung des Landes finden wird (Bewegung), so wird es dadurch die republikanischen Institutionen nicht schwächen, sondern stärken. Wenn nicht, werden sich

endlose Debatten entwickeln, und das Parlament wird von allen der Ohnmacht beschuldigt werden. Der finanzielle Zusammenbruch wird folgen. Andere werden anders denken, aber die Regg. würde sich schuldig, ja sogar verbrecherisch fühlen, wenn sie anders vorgehen wollte." Abg. Marin (Nation.) greift Briand persönlich scharf an, der schon seit langem das Parlament als nebensächlich behandelt habe. So habe er auch die Kammer durch den Locarnovertrag vor eine vollendete Tatsache gestellt. Und jetzt sei zu befürchten, daß Caillaux mit Hilfe der Vollmachten in der Frage der auswärtigen Kredite selbständig vorgehe. Briand weist den Vorwurf wegen Locarno zurück, denn er habe das Parlament immer auf dem Laufenden gehalten. Abg. Tardieu (Nation.) lehnt die Vollmachten sowohl grundsätzlich als auch gegenüber Caillaux entschieden ab. Abg. Renaudel (Soz.) erklärt: „Wir stehen auf dem Höhepunkt des nationalistischen und des sozialistischen Dramas, des nationalistischen Dramas, weil Frankreich in Gefahr ist, seine äußere und innere Freiheit zu verlieren, des sozialistischen Dramas, weil ernste Ereignisse aus den Maßnahmen entstehen können, mit denen man die Krisis behandeln will. (Bewegung.) Die Welt lebt heute im Schmelztiegel der Revolutionen. (Lärm rechts und auf der äußersten Linken.) Die absolutistischen Regierungsformen sind rings um uns her verschwunden; die Demokratien sind gerettet worden, weil sie ihre Freiheit bewahrten."

Nach einem letzten Appell Caillaux' erfolgt unter großer Aufregung die Abstimmung. Die Kammer lehnt es mit 288 gegen 243 St. ab, in die Einzelberatung des GE. einzutreten. Das Kabinett Briand-Caillaux ist damit gestürzt.

Staatspräs. Doumergue nimmt die Demission des Kabinetts an.

19. Juli. Bildung des Kabinetts Herriot.

Kammerpräs. Herriot, der vom Staatspräs. Doumergue zur Lösung der Krise mit der Regierungsbildung beauftragt worden ist, bildet sein Kabinett in folgender Zusammensetzung: Vorsitz Herriot (Rad.); Justiz: Colrat (Republ. Linke); Finanzen: de Monzie (Rad. Senator); Inneres: Chautemps (Rad.); Krieg: Painlevé (Soz. Republik.); Marine: René Renoult (Rad. Senator); Handel: Loucheur (Rad.); Öffentliche Arbeiten: Hesse (Rad.); Öffentlicher Unterricht: Daladier (Rad.); Landwirtschaft: Queuille (Rad.-Soz.); Kolonien: Dariac (Linksrepubl.). Das neue Ministerium, das wieder als eine „republikanische Vereinigung" bezeichnet wird, besteht aus 15 Mitgl. des Linkskartells (12 Abg. und 3 Senatoren) und 6 Mitgl. der Gruppen der Mitte, der gemäßigten Rechten, darunter besonders Colrat von der dem.-republ. Linken, ein Anhänger Poincarés. 12 Mitgl. sind Rad.-Soz., 3 Republ.-Soz., zwei Mitgl. gehören den Linksrad. an (Mittelpartei), zwei sind Linksrepubl. (gemäßigte Rechte), einer gehört zur Republ. Linken (gemäßigte Rechte) und einer ist ein Wilder.

21. Juli. (Kammer) Erklärung der neuen Regierung.

Ministerpräs. Herriot verliest folgende Regierungserklärung: „Die gestern gebildete Regg. hat ihre ganze Sorge auf die Lösung des Finanzproblems konzentriert. Wir sind der Ansicht, daß wir diesen Schwierigkeiten, auch den dringlichsten, mit der Hilfe des Parlaments entgegentreten müssen. Wir werden kein Dekret verlesen, das den Schluß der Session verkündet. Unser Programm gründet sich auf die Überzeugung, daß das Land sich selbst retten muß. Frankreich will die Schul-

den, die es zur Verteidigung seiner Freiheit aufgenommen hat, in einem Maße und in einer Form bezahlen, die es ihm möglich machen, die Verpflichtungen, die es übernehmen wird, auch halten zu können. Unnachgiebig aber sind wir, soweit es sich um die Wahrung der vollständigen Unabhängigkeit handelt. Unter allen Umständen lehnen wir es ab, die Grenze des Notenumlaufs zu erweitern. Unser Ziel ist die Stabilisierung der Währung; wir wollen diese Leistung jedoch nicht mit auswärtiger Hilfe allein vollbringen. Die Devisen, die sich außerhalb Frankreichs in franz. Besitz befinden, müssen zurückgeschafft werden. Zu diesem Zweck wollen wir ein Devisenkonto bei der Bank von Frankreich eröffnen und schließlich die Rückkehr zu einem Regime der Kapitalfreiheit durch ein neues Amnestiegesj. vorbereiten. Wir erklären, daß, wenn die Bank von Frankreich unabhängig sein soll, die Amortisationskasse autonom sein muß. Es ist jedoch notwendig, als Gegenleistung für die von den franz. Rentenbesitzern erlittenen Verluste eine Ausgleichssteuer auf alle Aktiven zu schaffen, die nicht im Dienste des öffentlichen Kredits stehen. Überdies gedenken wir, dem Parlament einen GE. über die Höchstbesteuerung vorzulegen der auf alle Fälle die steuerlichen Lasten des Ertrages der Arbeit und der Spartätigkeit einschränkt. Der Augenblick ist da, wo es gilt, die Vergangenheit zu liquidieren. Wir fordern Sie auf, uns auf dem Weg zu folgen, der vielleicht leidvoll sein wird, der uns aber zum Wohle des Landes führen muß. Wie alle Völker, die ihre Finanzsanierung durchgeführt haben, müssen wir die Lebenshaltung des Landes einschränken. Erklären Sie sofort, ob Sie eine andere Mehrheit für eine andere Formel haben oder ob Sie im Gegenteil der Ansicht sind, daß man, wie wir es meinen und erklären, die Gedanken der demokratischen Gerechtigkeit mit der Sorge um die nationale Selbstbehauptung vereinigen darf."

Abg. Cachin (Komm.) stellt fest, daß das Parlament diskreditiert sei, und fordert dessen Auflösung. Abg. Borel (Rad.) spricht für die neue Regg. Finanzmin. de Monzie macht die sensationelle Mitteilung, daß aus den Informationen, die er heute früh von Caillaux erhalten habe, hervorgehe, daß das Guthaben des Staates bei der Bank von Frankreich heute nicht mehr als 60 Mill. betrage. Sodann gibt er eine kritische Darstellung der letzten Maßnahmen Caillaux' und skizziert seine Vorschläge: die Abtretung der im Besitz des Schatzamts befindlichen Devisen an die Bank von Frankreich, Errichtung eines Staatsmonopols für die Stickstoffausbeutung und Neuorganisierung der Sachlieferungen. Ministerpräsid. Herriot erklärt: Wenn die Kammer der vorigen Regg. ihr Vertrauen ausgesprochen hätte, so würden wahrscheinlich ausländische Anleihen abgeschlossen worden sein; aber sein Patriotismus verbiete es ihm, die finanzielle Gesundung auf der Hilfe des Auslandes aufzubauen. Wenn die finanzielle Rettung von der Unterschrift des Washingtoner Abk. abhängen soll, was wäre dann aus der politischen Selbständigkeit Frankreichs geworden? Dies alles habe er verhindern wollen. Die letzten Verhandlungen der Kammer hätten gezeigt, daß die Mehrheit des Hauses dem großen Gedanken zustimme, daß Frankreich sich selbst retten müsse.

In der sich anschließenden Abstimmung wird das Vertrauensvotum Cazals' mit 290 gegen 237 St. abgelehnt. Das Kabinett Herriot ist damit gestürzt. Staatspräs. Doumergue nimmt die Demission an.

In einer Nachtsitzung nach dem Sturz der Regierung beschließt die Kammer nach einer kurzen lebhaften Aussprache einen GE., der den Rest

des Morganfonds der Bank von Frankreich übergibt und dieser das Recht der Erhöhung des Notenumlaufes im Werte des Devisenvorrats des Morganfonds bewilligt. Der Senat stimmt seinerseits der Gesetzesvorlage ebenfalls zu.

Am 22. wählt die Kammer mit 227 St. den Abg. Péret (Linksrepubl.) zum Präsid., sein Gegner, der radikale Abg. Bouyssou, erhält 215 St.; Herriot hat die ihm wieder angetragene Kandidatur abgelehnt.

23. Juli. Bildung des Kabinetts Poincaré.

Poincaré, den Präsid. Doumergue nach Herriots Demission mit der Regierungsbildung beauftragt hat, bildet ein „Ministerium der nationalen Einigkeit" auf einer breiten parlamentarischen Grundlage in folgender Zusammensetzung: Vorsitz, Finanzen und Befreite Gebiete: Poincaré (Linksdem.); Auswärtiges: Briand (Rep.-Soz.); Inneres: A. Sarraut (Rad.-Soz.); Justiz und Els.-Lothr.: L. Barthou (Linksdem.); Krieg: Painlevé (Rep.-Soz.), Marine: G. Leygues (Linksdem.); Unterricht: Herriot (Rad.-Soz.); Öffentl. Arbeiten: Tardieu (Linksrepubl.); Handel: Bokanowski (Linksdem.); Ackerbau: Queuille (Rad.-Soz.); Kolonien: Perrier (Rad.-Soz.); Pensionen: Marin (Fortschr. Republ.); Arbeit: Fallières (Linksrad.).

27. Juli. (Kammer) Erklärung der Regierung Poincaré.

Ministerpräsid. Poincaré gibt folgende Regierungserklärung ab: „Das Kabinett ist im Geiste nationaler Versöhnung gebildet worden, um der Gefahr, die gleichzeitig unsere Währung, die Freiheit unseres Schatzamtes und das Gleichgewicht unserer Finanzen bedroht, begegnen zu können. Jeder der Männer, die sich einmütig zusammengetan haben, um an diesem Werke des öffentlichen Wohls zu arbeiten, ist der Ansicht gewesen, daß er die Pflicht hat, in diesem Augenblick diesem Werke all seine Gedanken und seine Kräfte zu widmen. Später werden andere Fragen auftreten, über die diese Männer verschiedener Ansicht sein werden. Heute jedoch sind sie vollkommen einer Meinung über die dringliche Notwendigkeit der Finanzsanierung und über die dabei anzuwendenden Mittel. Nach aufmerksamer Prüfung der Lage haben wir die feste Überzeugung gewonnen, daß es möglich ist, schnell den Stand der franz. Finanzen zu bessern und den Kurs des Fr. zu heben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine entschlossene Zusammenarbeit zwischen Regg. und Parlament unbedingt notwendig. Deshalb bringt die Regg. einen GE. zur Erschließung von den Ausgaben entsprechenden Einnahmequellen ein. Um jede neue Inflationsgefahr zu vermeiden, wird sie die Bewilligung dieser unerläßlichen Zusatzeinnahmen beantragen unter Beobachtung des Sparsamkeitsgrundsatzes. Wenn auch entsprechend den Anregungen der Sachverständigen die Regg. gezwungen ist, unverzüglich zu diesem Zwecke gewisse indirekte Steuern zu erhöhen, so wird sie doch gleichzeitig durch direkte Besteuerung des erworbenen Vermögens für die gerechte Verteilung der Lasten sorgen. Ein Teil des Ertrages wird jährlich zur Speisung einer Amortisierungskasse für die Bons der nationalen Verteidigung dienen. Wir behaupten nicht, in einigen Wochen oder auch nur in einigen Monaten die gesamten Wirtschafts- und Finanzprobleme lösen zu können, die der beinahe überall in der Welt herrschende Notstand vor uns hat erstehen lassen. Die Hauptsache ist aber ohne Zweifel, das Dringlichste ohne Umschweife und ohne Winkelzüge in Angriff zu nehmen. Ebenso wie wir selbst haben die Gläubigernationen Frankreichs

ein Interesse daran, daß wir vor allem die Währungskrise beheben. Frankreich hat ernstere und schmerzlichere Stunden als diese erlebt. Es hat sich seinerzeit durch Einigkeit und Energie gerettet. Auch heute sind diese die Bedingungen des Sieges. M. H.! Gehen wir sofort an unsere schwere Aufgabe für die Republik und das Vaterland."

In der Debatte, bei der im Rahmen der Geschäftsordnung die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt ist, wenden sich die Redner der Linken gegen Poincaré, dessen Wiedererscheinen sie als eine Herausforderung ansehen, und noch mehr gegen Herriot, dem sie Verrat vorwerfen. Abg. Franklin-Bouillon (Rad.), der Vors. der Komm. für Auswärtiges, spricht sich ebenfalls scharf gegen das neue Kabinett aus: Wen hat man in dieser ernsten Stunde berufen? Diejenigen, die in erster Linie für den Bankerott und für den Zusammenbruch verantwortlich sind. Das Land wird einen solchen Irrtum nicht verstehen. — Die Regierungsforderung auf Vertagung der Interpellationsanträge wird mit 358 gegen 151 St. angenommen. Poincaré verlangt sodann die außergewöhnliche Dringlichkeit für die Beratung der von ihm vorgelegten Finanzprojekte; der Antrag wird mit 418 gegen 31 St. bei zahlreichen Enthaltungen auf der gemäßigten Linken angenommen.

29.—31. Juli. (Kammer) Der Finanzplan.

Die Finanzkomm. nimmt unter Ablehnung aller Vorschläge den Regierungsentwurf des Finanzplans mit 19 gegen 13 St. bei 1 Enthaltung an. Ministerpräsid. Poincaré erklärt einleitend u. a. folgendes: Um eine finanzielle Gesundung zu erreichen, sei zwischen drei Methoden zu wählen: Inflation, Konsolidierung oder Steuern. Er habe den letzten Weg gewählt. Seine Vorschläge bildeten ein untrennbares Ganzes, und er werde für die Annahme eines jeden einzelnen Antrages die Vertrauensfrage stellen. Die 2258 Mill. Fr., die er als Nachtragseinnahmen für die Herstellung des Budgetgleichgewichts 1926 verlange, müßten in kürzester Zeit angenommen sein. Diese Einnahmen sollten zur Begleichung folgender Ausgaben dienen: Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten: 669 Mill., Marokko und Levante: 300 Mill., Amortisierung der kurzfristigen Schuldscheine durch die Bank von Frankreich: 951 Mill., auswärtige Schulden: 400 Mill. für die Amortisationskasse, deren Gesamtvorschüsse für das Jahr 1927 auf 3500 Mill. gesteigert würden: 200 Mill.

Das Plenum beginnt am 31. Juli die Aussprache über das Finanzprojekt Poincarés. Da das Recht der Kammer, Zusatzanträge einzubringen, aufgehoben ist, wickelt sich die Verhandlung ziemlich rasch ab. Abg. Chappedelaine (Republik. Linke) erstattet den Bericht des Finanzausschusses und empfiehlt die Annahme des GE. Abg. Auriol (Republ. Dem.), der Wortführer der Minderheit des Ausschusses, erklärt, er bekämpfe den Entw., denn dieser bereite die Währungsstabilisierung nicht vor, sondern schiebe sie im Gegenteil hinaus. Der Entw. sei nichts anderes als eine Zusammenstellung der bekannten Steuerbelastungen, wie sie bereits von den früheren Finanzmin. Doumer, Loucheur und Péret vorgelegt und von der Rechten der Kammer verworfen worden seien. Er wirft der Regg. vor, eine schwere steuerliche Belastung vorzuschlagen, ohne einen Gesamtplan zu haben. Ministerpräsid. Poincaré erklärt: Es handele sich darum, einer Lage ein Ende zu bereiten, an deren Verschärfung die Komm. ein Interesse hätten. Seit einem Monat, seit Fertigstellung des Sachverständigengutachtens habe nichts zur Besserung der Lage des

Schatzamtes getan werden können. Am Schluß seiner Ausführungen stellt er die Vertrauensfrage über den Eintritt in die Sonderdiskussion. Die Abstimmung ergibt 380 gegen 150 St. Am Nachmittag wird sodann die Vorlage in kaum achtstündiger Beratung artikelweise durchgepeitscht. Ministerpräsid. Poincaré stellt bei jedem Art. die Vertrauensfrage und erhält jedesmal eine Mehrheit von über 200 St.

4. Aug. (Senat) Annahme der Finanz- u. Steuergesetze (s. oben).

Die Annahme erfolgt mit 250 gegen 13 St.

5./6. Aug. (Kammer) Finanzgesetze.

Mit 420 gegen 140 St. wird der GE. über die Amortisationskassa angenommen. Ministerpräsid. Poincaré erklärt, daß damit — nach der in der vergangenen Woche erfolgten Annahme von elf Milliarden neuer Steuern — der zweite Schritt auf dem Wege zur Stabilisierung des Fr. getan sei. Die Bedeutung des Projektes liege in der Hinausschiebung der Fälligkeitstermine der schwebenden Schuld und in deren Amortisierung, womit wieder das Vertrauen des Landes in die Staatspapiere erworben werden solle.

In der Nachtsitzung wird das Abk. mit der Bank von Frankreich betr. Ankauf fremder Devisen mit 365 gegen 181 St. angenommen.

Am 7. Aug. nimmt der Senat die beiden GE. mit überwältigender Mehrheit an.

5. Aug. Französisch-deutsches Wirtschaftsabkommen (S. 133).

9. Aug. Offener Brief Clémenceaus an den amerik. Staatspräsidenten wegen der Schuldenfrage.

Clémenceau richtet einen offenen Brief in der Schuldenfrage an den amerik. Staatspräsid., in dem es u. a. heißt: Wenn die Nationen nichts anderes wären als Handelshäuser, so würden Banken das Schicksal der Welt bestimmen. Sie fordern von uns die Bezahlung nicht einer kaufmännischen Schuld, sondern einer Kriegsschuld, und wissen wie wir, daß unsere Kassen leer sind. Jedermann weiß, daß die Komödie des Schuldenvertrages nichts anderes bedeutet, als die Unterzeichnung angenommener Fälligkeitstermine, um schließlich zu einer Anleihe zu gelangen, die Amerika gute Hypotheken auf den französischen Besitz sichern soll nach der Art, wie dies in der Türkei geschehen ist. Das wird Frankreich nie zugeben. Frankreich ist nicht zu verkaufen, nicht einmal an seine Freunde. Wir haben es unabhängig erhalten und werden es auch unabhängig zurücklassen. Sie werden für Amerika sicherlich keine anderen Empfindungen haben. Wie Rußland in Brest-Litowsk, hat Amerika einen Separatfrieden mit Deutschland abgeschlossen, ohne auf seine Waffenbrüder auch nur im geringsten Rücksicht zu nehmen. Der Blutfrieden mit dem gemeinsamen Feind ist unterzeichnet, und über den Geldfrieden streiten sich die all. Mächte und ihre Verbündeten. Hätten wir unter dem Kanonenfeuer einen Verwaltungsrat einberufen sollen, um diesen zu fragen, ob es uns erlaubt sei, die Verteidigung unseres Landes fortzusetzen? Soll nun die deutsche Reparationslüge der amerik. Bereicherung dienen?

10. Aug. Vertrag mit Rumänien, vgl. S. 384.

10. Aug. (Nationalversammlung) GE. über die Amortisationskasse.

Die Nationalversammlung tritt in Versailles zusammen, um das verfassungsmäßig festzulegende Statut der Amortisierungskasse zu verab-

schieden. Der GE. lautet: Das Verfassungsges. vom 25. Febr. 1875 wird wie folgt ergänzt: Die Autonomie der Kasse zur Verwaltung der Bons der nationalen Verteidigung und Amortisierung der öffentlichen Schuld trägt verfassungsmäßigen Charakter. Ihr werden bis zur vollständigen Amortisierung der Bons der nationalen Verteidigung und der durch die Kasse verwalteten Wertpapiere zugewiesen: 1. die Einnahmen aus dem Tabakverkauf, 2. der Ertrag der einmaligen Steuer bei Eigentumswechsel, die Erbschaftssteuer und die freiwilligen Abgaben, 3. im Falle, daß die aufgezählten Mittel nicht für die Verwaltung der der Kasse überwiesenen Fonds genügen sollten, soll eine entsprechende Annuität in das Budget aufgenommen werden. Der GE. geht sodann an den Ausschuß.

Ende Aug. (Elsaß-Lothringen) Aufruf des Heimatbunds.

Der elsäss.-lothr. „Heimatbund" ruft zur Schaffung einer Heimatschutztruppe auf, die eine Abwehrorganisation gegen die franz. nationalistischen Verbände darstellt.

14. Sept. Zu den franz.-ital. Zwischenfällen.

Ministerpräsid. Poincaré hat mit dem ital. Botschafter, Baron Avezzana, eine Unterredung, die eine Beruhigung der öffentlichen Meinung Italiens herbeiführt. „Corriere della Sera" sagt darüber u. a. folgendes: Man habe Anlaß, zu glauben, daß Poincaré die Tragweite und den Sinn dessen vollkommen begriffen habe, was die ital. Regg. eigentlich wünsche. Es handle sich gar nicht darum, daß in Frankreich gegen die Freiheit gerichtete Maßregeln ergriffen würden, sondern es genüge schon, die bestehenden Gesetze in einem für Italien freundschaftlichen Geiste auszuführen.

17. Sept. Unterredung Briand-Stresemann in Thoiry.

Näh. s. Völkerbund S. 483.

21. Sept. Briands Bericht über Genf und Thoiry.

Der Ministerrat billigt den Bericht des Außenmin. Briand über die Haltung der franz. Delegation in Genf und über seine Besprechungen mit Stresemann in Thoiry.

Beim Verlassen des Elysées gibt Briand den Zeitungsvertretern folgende Erklärung: Was ich in Thoiry getan habe, läßt der Regg. vollständige Freiheit. Sie hat von dieser Freiheit soeben in günstiger Weise Gebrauch gemacht und wird ihre Entschlüsse nach eigenem Ermessen unter voller Verantwortung zu fassen haben. Wir sind alle vollkommen einstimmig gewesen. Wenn man vielleicht geglaubt hat, daß ich aus dieser Beratung zerschunden zurückkommen werde, so hat man sich getäuscht. Die Presse jedoch berichtet davon, daß die Meinungen im Kabinett auseinandergingen, ohne daß es aber dabei zu einem offenen Konflikt kam. „Petit Parisien" schreibt u. a.: Bei der Besprechung des Berichtes über Thoiry habe Justizmin. Barthou eine Anspielung auf die Polemik gemacht, die ein Teil der Presse an die Zusammenkünfte geknüpft habe. Der Außenmin. sei wegen der Verfolgung seiner Versöhnungspolitik angegriffen worden. Briand sei bei dieser Politik nicht im Einvernehmen mit seinen Ministerkollegen vorgegangen. Um solchen Unstimmigkeiten ein Ende zu machen, meint „Petit Parisien", müsse die Grundlage, an der festzuhalten sei, unterstrichen werden, und man müsse sich darüber im klaren sein, daß, je weiter man gehe, desto umfangreicher

und verzwickter der mit Deutschland zu regelnde Fragenkomplex würde: Militärkontrolle, Räumung des Saargebiets, um nur Beispiele zu nennen. Mit der Zahl dieser Fragen vermehre sich naturgemäß die Zahl der Reibungsflächen. Briand sei seit langem davon überzeugt, daß, wenn Deutschland nichts Unmögliches fordere und den Gedanken an Revanche aufgebe, die wichtigen Verhandlungen nicht nur den Interessen der beiden Nationen dienten, sondern in glücklichster Weise dem Frieden Europas, ja sogar der ganzen Welt.

27. Sept. (Bar-le-Duc) Poincarés Rede über die Gesamtpolitik.

Poincarés Rede vor dem Generalrat seines Heimatdepartements stellt eine programmatische Darstellung der gesamten Regierungspolitik dar. Poincaré geht zunächst auf die innerpolitische und besonders die finanzielle Lage ein und führt u. a. aus: Als er die Regg. übernommen habe, sei die politische und finanzielle Lage in äußerster Gefahr gewesen. Es habe sich darum gehandelt, ein Kabinett der nationalen Einigung unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen zu bilden. Es habe sich nur darum gehandelt, zu wählen zwischen einer bevorstehenden Katastrophe oder einer Periode strenger Opfer. P. bespricht dann im einzelnen die inneren Maßnahmen und sagt zusammenfassend: Frankreich sei und werde Herr seiner selbst sein und bleiben. Aber das Gewicht seiner auswärtigen wie das seiner inneren Schuld zwinge Frankreich, in seinen Finanzen brutale Maßnahmen einzuschlagen. Was die auswärtigen Schulden Frankreichs anlange, so habe Frankreich sich niemals geweigert zu bezahlen. Es habe sogar bereits bedeutende Summen gezahlt. Für die Zukunft sei Frankreich nicht weniger entschlossen als bisher, loyal im Maße seiner Möglichkeit und in den Grenzen seiner Transfermöglichkeit sich seiner Verpflichtungen zu entledigen. Man dürfe nicht nachlassen, zu arbeiten, zu produzieren und zu exportieren. Das seien die drei Hauptbedingungen für Frankreichs wirtschaftliche und finanzielle Wiedergeburt. Auf einem derartig vorbereiteten und gefestigten Boden gedenke die Regg. dem Parlament die Sanierung vorzuschlagen. Sie werde ein positives Programm vorlegen, das dazu bestimmt sei, alle Kräfte Frankreichs und seines nationalen Reichstums nutzbar zu machen. Hierzu sollen auch die Kolonien und ihre Bevölkerungen herangezogen werden. Poincaré fährt fort: Der Frieden! Keine Nation ist ihm mehr zugetan als Frankreich. Keine hat sicherlich weniger den Krieg gesucht oder gewünscht als Frankreich, und die franz. Republik hat alles Menschenmögliche getan, um ihn zu verhindern. Keine Nation ist schwerer mitgenommen worden als Frankreich. Keine Nation hat so wie Frankreich das traurige Vorrecht gehabt, seine reichsten Provinzen in ein Schlachtfeld mobilisierter Völker verwandelt zu sehen. Keine Nation hat nach Unterzeichnung der Friedensverträge sich so intensiv bemüht, diese Verträge inne zu halten und auf die Beachtung ihrer Bestimmungen durch andere zu achten. Keine Nation hat mit mehr Initiative und größerer Begeisterung am Werk des Friedens mitgearbeitet. Frankreich fordert nur die Sicherheit für seine endgültig wiederhergestellten Gebiete und die regelmäßige Zahlung der versprochenen Reparationen. Frankreich hat es niemals abgelehnt, mit Deutschland über Fragen zu sprechen, die beide Länder interessieren können. Frankreich hat gegenüber seinen früheren Gegnern niemals eine Politik der Ranküne oder des Hasses zu betreiben versucht. Es ist immer bereit, Schritte zur Annäherung zu versuchen, vorausgesetzt, daß diese sich mit den früher abge-

schlossenen Verträgen und Frankreichs Allianzen in Übereinstimmung bringen lassen, daß diese nicht dazu führen, die Verantwortlichkeit der kaiserlichen Regg. am Kriege in Zweifel zu ziehen, und daß sie ferner durch die vorliegenden und entscheidenden Beweise der materiellen und moralischen Entwaffnung Deutschlands gerechtfertigt sind. Es schuldet dieses seinem Ruf als edelmütige und großmütige Nation. Es schuldet dies dem so schwer durch einen vierjährigen Krieg gestörten Europa, es schuldet dies sämtlichen Völkern der Welt, die Frankreich verpflichten, alles zu tun, was in seiner Macht steht, um der verstörten Menschheit eine weniger dunkle Zukunft, als die Vergangenheit war, zu bringen. Es wird diese Pflicht niemals versäumen, aber niemand wird erstaunt darüber sein, daß angesichts der Ungewißheit von morgen Frankreich weder seine vertraglichen Rechte opfern, noch in seiner Wachsamkeit nachlassen will.

3. Okt. (Paris) Unterredung Briand-Chamberlain.

Auf der Rückreise nach London bespricht Chamberlain mit Briand eingehend die Probleme der Thoirypolitik (vgl. S. 483 f.), um anscheinend damit auch die zu weit gehenden Kommentare über Livorno (S. 317) hinsichtlich eines engl.-ital. Zusammengehens zu entkräften.

4. Okt. Zur Rede Stresemanns in Köln schreibt „Havas":

In seiner Kölner Rede (S. 150) hat der deutsche Außenminist. Stresemann geglaubt nochmals auf die Schuldfrage zurückkommen zu müssen. Obgleich Poincaré Sorge getragen hat, bei seinen kürzlichen Erklärungen in Saint-Germain und Bar-le-Duc zwischen der kaiserlichen Regg. und dem deutschen Volke zu unterscheiden, hat der deutsche Minister des Auswärtigen es für angebracht gehalten, die Ausführungen des Ministerpräsid. aufzunehmen und ihnen zu widersprechen. In Regierungskreisen wird hierzu bemerkt daß die Erklärungen Poincarés in Bar-le-Duc nach Form und Inhalt im Ministerrat behandelt worden sind, und daß sie die unveränderte Auffassung der Regg. der Republik ausdrückten.

5. Okt. Erklärung Poincarés zur Finanzpolitik.

Ministerpräsid. Poincaré verhandelt mit dem Präsid. der Finanzkomm. Simon und drückt dabei den dringenden Wunsch aus, in der Kammer möchten die Verhandlungen über das Budget von 1927 und über die Schuldenfrage so rasch wie möglich beginnen. Falls sich die Budgetdebatte hinziehen sollte, würde die Regg. die Beratung dieses Gegenstandes unterbrechen und die Schuldenfrage zur Verhandlung bringen müssen. Er werde dem Parlament empfehlen, die Abk. von London und Washington unter Vorbehalt zu ratifizieren. Er habe aus Washington Nachrichten erhalten, die ihn zu der Annahme berechtigen, daß die amerik. Regg. mit der von Poincaré vorgeschlagenen Regelung in der Schuldenfrage einverstanden sei. Dieser Vorschlag bestehe darin, das Washingtoner Abk. in seiner gegenwärtigen Form von der Kammer annehmen zu lassen, wobei das Parlament jedoch feierlich erklären soll, daß diese Annahme nur unter den bekannten zwei Vorbehalten Sicherheitsklausel und Transferierung erfolge.

13. Okt. Budgetentwurf für 1927.

Ministerpräsid. Poincaré läßt den zuständigen parlamentarischen Kommissionen den Budgetentw. für 1927 zugehen. Poincaré gibt in der Einleitung eine allgemeine Übersicht über die Grundsätze seiner Finanzpolitik. Bemerkenswert ist lediglich, daß er es wieder ausdrücklich ab-

lehnt, seine Stabilisierungspläne bekanntzugeben, und zwar mit der Begründung, daß diese Operation vor dem Angriff der Spekulation geschützt werden müßte. Neue Steuern werden in dem Budget nicht verlangt, was sich einfach daraus erklärt, daß die im Aug. vom Parlament angenommenen Lasten vorweggenommen worden sind. Das kommende Finanzjahr wird besonders zwei wichtige Fälligkeitstermine bringen: am 1. Febr. die Rückzahlung von 3 Milliarden der 6prozentigen Staatsanleihe von 1922 und am 25. Sept. die Rückzahlung von 4,5 Milliarden Schatzscheinen von 1922. Im übrigen entwickelt Poincaré seine oft geäußerten Grundsätze über die Notwendigkeit einer strengen Finanzgebarung, Sparsamkeit, Steuermoral usw. und lehnt wiederum alle Inflationsmaßregeln entschieden ab. Wir haben, sagt er, den unerschütterlichen Willen, in Zukunft jede Inanspruchnahme der Bank von Frankreich zur Befriedigung der staatlichen Bedürfnisse auszuschalten. Das Budget balanziert mit etwa 40 Milliarden (vorgesehene Einnahmen 39960 Mill., Ausgaben 39382 Mill.). Auf dem Papier ist der Staatshaushalt also nicht nur ins Gleichgewicht gebracht, sondern es ergibt sich ein Überschuß von 578 Millionen. — Im allgemeinen muß natürlich — wie die Presse, im übrigen sehr zurückhaltend, hervorhebt — auch dieses Budget, wie jeder Staatshaushalt eines Landes mit nicht stabiler Währung, nur als Wahrscheinlichkeitsrechnung betrachtet werden. Die Börse reagiert auf die Veröffentlichung des Budgets mit einem leichten Rückgang des Währungskurses. „Journée industrielle" sagt: Das Budget 1927 ist auf einer Pfundbasis von 150 errichtet worden. Diese Grundlage ist möglich, aber sie ist noch nicht sicher. Das Budget läßt, wie es scheint, weiterhin die auswärtigen Verpflichtungen außer Betracht, die durch deutsche Verpflichtungen gedeckt werden. Wenn diese Voraussetzung sich erfüllt, so ist alles in Ordnung. Aber gerade dieses „wenn" bedeutet das ernste Problem, vor das wir gegenwärtig bei der Schuldenregelung gestellt sind. Wir stehen also wieder vor der dornenvollen Frage der geldtechnischen und damit auch budgetären Folgen, die sich an die Entscheidung über die Schuldenfrage knüpfen könnten.

14.—17. Okt. (Bordeaux) Kongreß der Rad. und der Rad.-Soz. P. An dem Jahreskongreß nehmen auch teil Unterrichtsmin. Herriot, Innenmin. Sarraut, Ackerbauminist. Queuille und Kolonialmin. Perrier; zum Präsid. der Rad. P. wird Maurice Sarraut neu gewählt, der in einer großen Rede das Programm der Partei entwickelt. Das wesentlichste in seinen Erklärungen ist der Beschluß loyaler Unterstützung der Regg.: Die Partei nehme nicht die Verantwortung auf sich, einen Mißerfolg der Anstrengungen des Kabinetts der nationalen Einigung zu provozieren. Beachtenswert ist auch seine Erklärung, mit allen Parteien der Linken zusammenarbeiten zu wollen, mit Ausnahme derer, die ihre Richtlinien aus Moskau bezögen.

17. Okt. (Ministerrat) Berichte über die Lage. Kriegsminister Painlevé erklärt nach der Konferenz zu der Frage des besetzten Rheinlandes: Die Gerüchte einer vorzeitigen Räumung und einer Umgruppierung der Besatzungstruppen entbehren jeder Begründung. Min. Poincaré erstattet Bericht über seine Reise nach Elsaß-Lothringen, Min. des Äußern Briand über die auswärtige Lage, und Kriegsmin. Painlevé über die Operationen in Marokko. Er teilt mit, daß diese beendet seien und daß der Rücktransport der franz. Truppen, der bereits begonnen habe, am 20. Nov. beendet sein werde.

22. Okt. Unterredung Briand-v. Hoesch.

Wie der franz. Bericht meldet, dreht sich die Unterredung um das „Programm von Thoiry“, ohne daß der deutsche Botschafter v. Hoesch „bestimmte Vorschläge“ aus Berlin mitgebracht habe. Bezeichnend für die franz. Auffassung der Lage sind folgende Bemerkungen des „Temps“: Vorläufig stehen wir noch am Beginn der ersten Phase der Verhandlungen, am Beginn politischer Unterhaltungen durchaus allgemeinen Charakters, und jede Überstürzung würde die Gefahr mit sich bringen, alles zu verderben, dies um so mehr, als die öffentliche Meinung in Deutschland keineswegs genügend vorbereitet zu sein scheint, um die Dinge in ihrem wahren Lichte zu sehen. Die Deutschen werden sich dazu entschließen müssen, daß gewisse Argumente aus jeder Diskussion ausgeschaltet werden, z. B. dasjenige, daß die Fortdauer der Rheinlandbesatzung mit dem Pakt von Locarno und mit dem Eintritt des Reiches in den Völkerbund unvereinbar sei. Andererseits wird man in Deutschland, wenn eine günstige Atmosphäre geschaffen werden soll, jede böswillige Polemik gegen die berechtigten Forderungen der Botschafterkonferenz in der Entwaffnungsfrage aufgeben müssen. Eine Annäherung ist nicht möglich ohne vorhergehende moralische Entwaffnung, und es gibt keine moralische Entwaffnung, wenn Deutschland nicht damit beginnt, seine materielle Entwaffnung zu Ende zu führen.

26. Okt. Unterredung Briand-Avezzana.

In den maßgebenden franz. Kreisen herrscht, wie es scheint, die Auffassung, daß die italien. Regg. die Aufnahme von Verhandlungen mit Frankreich über ein Abk. in der Mittelmeerfrage und den verschiedenen kolonialen Problemen für wünschenswert halte, um die Expansionsbestrebungen Italiens in den nordafrikanischen Ländern zu unterstützen. (Vgl. S.310.) Briand lehnt aber, wie in gutunterrichteten Kreisen verlautet, die ital. Wünsche ohne alle Zweideutigkeit ab, indem er betont, daß Frankreich zunächst seine schwebenden politischen und finanziellen Probleme lösen müsse, bevor es sich mit der Mittelmeerfrage beschäftigen könne. Deutscherseits erblickt man in dieser Wendung einen Beweis dafür, daß das offizielle Frankreich nach wie vor an der Notwendigkeit einer Verständigung mit Deutschland festhält.

2. Nov. Französisch-italienischer Zwischenfall.

In Beau Soleil an der Côte d'Azur kommt es anläßlich einer Gefallenendenkfeier einer Vergg. franz. Kriegsteilnehmer zu Tätlichkeiten seitens eines Zuges italienischer Faschisten.

5. Nov. (Kammer) Budgetentwurf für 1927.

In der Finanzkommission gibt Ministerpräsid. Poincaré in seiner Eigenschaft als Finanzmin. zum Budget für 1927 eine Erklärung ab: Das neue Budget sei auf der doppelten Grundlage des Gleichgewichts und der möglichsten Tilgung der Staatsschulden aufgebaut. Für die Tilgung der Schulden sei ein Betrag von 8174 Mill. Fr. vorgesehen. Um die Währungsstabilisation zu verwirklichen, widme er augenblicklich seine ganze Sorge der Sanierung der Staatsfinanzen. Über den Zeitpunkt der Stabilisierung aber könne er sich deshalb nicht äußern, damit die Spekulation keine Handhabe zu irgendwelchen Machenschaften habe. Die Kommission nimmt den Budgetentwurf an und setzt die Einn. auf 39959 Mill. und die Ausg. auf 39260 Mill. Fr. fest, so daß ein Einnahmeüberschuß von 699 Mill. Fr. verbleibt.

Der Präs. der Parlamentarischen Untersuchungskommission zum Studium der Schuldenfrage, Dariac, legt der Finanzkomm. seinen Bericht vor, der den gegenwärtigen Stand der Schuldenverhandlungen mit England und Amerika schildert. Die engl. Schulden betragen nach dem Londoner Abk. 653127000 Pf. St. (431504130 Pf. Kapital und 221622870 Pfund Zinsen). Die Schulden gegenüber den Ver. Staaten beziffern sich auf 2933171516 Dollar, hinzukommen die Handelsschulden und die aufgelaufenen Zinsen. Durch das Abk. von Washington wurde der Gesamtbetrag von 4025 Mill. Dollar festgesetzt. Schließlich zieht Dariac einen Vergleich zwischen den beiden Schuldenabk., der im wesentlichen zugunsten des Londoner Vertrages ausfällt. In bezug auf das Funktionieren des Dawesplanes stellt Dariac fest, daß der auf Frankreich entfallende Teil für 1926/27 einen Überschuß von 418 Mill. M. gegenüber dem Betrage ergeben würde, den Frankreich an England und Amerika zu zahlen hat. 1927 und 1928 würde sich dieser Überschuß auf 518 Mill. stellen, ab 1943 würde er 369 Mill. betragen. Die von Dariac formulierte Kritik bezieht sich auf die Einwände in bezug auf die Sicherheitsklausel und auf die Schwierigkeiten der Transferierung.

6. Nov. Französisch-deutsches Saarabkommen, S. 158.

10. Nov. Noten Mussolinis betr. die ital.-franz. Zwischenfälle.

Die erste der beiden Noten, die der ital. Ministerpräsid. Mussolini dem franz. Botschafter in Rom zugehen ließ, behandelt den Fall von Ventimiglia und erklärt, daß die ital. Regg. die Vorkommnisse „lebhaft beklagt" und daß die Schuldigen dem Gericht übergeben worden seien. Die zweite Note behandelt den Zwischenfall von Benghasi, wo nach der franz. Version der franz. Konsul durch Gewaltanwendung gezwungen worden sein soll, neben der franz. Fahne auch die ital. auf dem Konsulatsgebäude aufzuziehen. Mussolini erklärt, daß Gewaltanwendung nicht vorgelegen habe, sondern daß dem Konsul nur durch einen Offizier der Absperrungstruppen nahegelegt worden sei, mit Rücksicht auf die Erregung der Masse die ital. Fahne aufzuziehen. Allerdings sei dieses Vorgehen des Offiziers mit den üblichen Gebräuchen nicht vereinbar. Die Regg. habe ihm daher Vorhaltungen gemacht und Instruktionen gegeben, um ähnliche Zwischenfälle in Zukunft zu vermeiden.

10. Nov. Unterredung Briand-Hoesch.

Näh. s. Abschnitt I am Schluß S. 447.

12. Nov. (Kammer) Interpellationen.

Der Kammer, die zu ihrer Wintertagung zusammentritt, liegen 60 Interpellationen vor, darunter eine über die Garibaldiaffäre, zwei über China und sechs über die italienischen Zwischenfälle. Ministerpräsid. Poincaré verlangt die Vertagung sämtlicher Anträge und die sofortige Beratung des Budgets, um dieses noch vor Jahresschluß zu verabschieden. Die Interpellanten, deren Redezeit auf fünf Minuten beschränkt ist, begründen sodann ihre Anfragen. Hervorzuheben sind die Ausführungen der Komm. Abg. Lafont (Komm.) greift die faschistische Regg. heftig an, die sogar nicht davor zurückschrecke, Polizeibeamte mit falschen Pässen nach Frankreich zu entsenden, um ihre schmutzigen Geschäfte zu besorgen. Abg. Vaillant-Couturier (Komm.) nennt Mussolini einen Mörder. Abg. Cachin (Komm.), der einen bewaffneten Eingriff Englands in China befürchtet, macht die Mitteilung, daß der franz. Gouverneur von Indochina die Durchfuhr von 7000 Ge-

wehren und 7 Mill. Patronen für die chinesische Yünnanregg., die im Auftrage der europäischen Großmächte gegen die Kantonregg. kämpfe, gestattet habe. Cachin verlangt die sofortige Anerkennung der Kantonregg. durch Frankreich. Schließlich erhält das Kabinett mit 365 gegen 207 St. das verlangte Vertrauensvotum.

Mitte Nov. Die aufgedeckte katalanische Verschwörung und die Garibaldiaffäre.

An der Pyrenäengrenze wird von der franz. Polizei eine katalanische Verschwörerbande ausgehoben, die nachweisbar einen militärisch organisierten Vormarsch auf Madrid planten. Ihr Führer, Oberst Macia, wird mit seinem „Generalstab" verhaftet. Merkwürdig ist die Beteiligung zahlreicher Italiener, die sich Garibaldianer heißen; Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß gleichzeitig mit dem geplanten katalanischen Aufstand ein anarchistisches Unternehmen in Italien geplant gewesen sei. Daher wird alsbald auch Oberst Ricciotti Garibaldi, der sich als Haupt der verschworenen Antifaschistenkreise in Nizza aufhält, als „Gast der franz. politischen Polizei" zum Verhör nach Paris überführt. Es wird ihm auch eine Verbindung mit dem spanischen Oberst Macia nachgewiesen. Die Untersuchung wird parallel gegen beide fortgesetzt. Garibaldi entpuppt sich dabei als verräterischer Doppelspieler, der sowohl die Rolle eines Führers der antifaschistischen italienischen Flüchtlinge in Frankreich als auch die eines Agenten der faschistischen römischen Polizei spielte.

21. Nov. (Tarbes) Rede Poincarés.

Anläßlich der Einweihungsfeierlichkeiten einer Gewerbeschule hält Ministerpräsid. Poincaré zwei Reden. Nachdem P. betont hat, daß die Männer seines Kabinetts durchaus nicht vorgäben, in ihren politischen Ansichten übereinzustimmen, sondern sich einer Aufgabe gegenüber befänden, die alle anderen Fragen überragte und zu einem Zusammenschluß zwänge, sagt er u. a.: Heute steht wiederum die Zukunft unserer Nation auf dem Spiel, nicht nur die Zukunft der Finanzen und Währung, nicht nur der materielle Wohlstand des Staates und das Geschick selbst der bescheidensten Privatvermögen, sondern als eine Folge davon, die moralische Macht des Landes, die Macht der intellektuellen Expansion und sogar die Unabhängigkeit des politischen Handelns. Die Leute, die mich heute schon drängen, vorzeitige Maßregeln zu einer Stabilisierung der Währung zu treffen, berücksichtigen nicht die verhängnisvollen Folgen, die stückweise Anordnungen und überstürzte Lösungsversuche in kürzerer oder längerer Zeit zur Folge haben könnten. Daher kann ein kurzfristiger Burgfriede nicht genügen. Ein kurzer Burgfriede wird Frankreich nicht vor dem Sturze in den Abgrund bewahren können, in den es beinahe schon einmal gestürzt wäre. Ohne Zweifel wird es möglich sein, die Männer zu wechseln, sobald sie nicht mehr gefallen und man in der Regg. neue Gesichter sehen möchte. Aber der Gedanke selbst und das von uns geschaffene System muß auf lange Zeit in Einigkeit und Zusammenarbeit verharren, und so notwendig und beachtenswert der Parteigeist an sich sein mag, muß er weiterhin dem nationalen Geist untergeordnet werden.

23. Nov. (Kammer) Außenpolitik.

Außenmin. Briand gibt in der Ausw. Komm., die unter dem Vorsitz des Abg. Franklin-Bouillon tagt, Erklärungen über die

deutsch-franz. Beziehungen ab. Eine amtl. Mitteilung besagt darüber folgendes: Nachdem Briand die Arbeit des Völkerbundes gekennzeichnet hatte, ging er auf die Beziehungen zu Deutschland ein und setzte die Bedingungen auseinander, unter denen sich die Verhandlungen zwischen beiden Ländern entwickelt haben. Diese Verhandlungen bewegen sich im Rahmen der bestehenden Verträge. Beide Regg. bemühen sich, durch besondere Abmachungen wirtschaftlicher und finanzieller Art eine Atmosphäre der Entspannung zu schaffen. Briand selbst ergänzte diese Mitteilung durch folgende Erklärung: Ich bin fest entschlossen, eine Friedenspolitik im Geiste und im Rahmen der Locarno-Politik fortzusetzen. Ich habe der Komm. die Ergebnisse dieser Bemühungen auseinandergesetzt, die sich für eine sehr schätzenswerte Entspannung zwischen den beiden Ländern aussprach. Er sagte dann weiter, daß die Außenpolitik Frankreichs als Grundlage einer Verständigung zwischen den vier Großmächten Frankreich, England, Deutschland und Italien gedient habe.

24. Nov. (Kammer) Elsaß-Lothringen; die deutschen Sachlieferungen.

Bei der Beratung des Budgets für Elsaß-Lothringen kommt es zu einem Zwischenfall. Abg. Huber (Komm.) spricht im elsässischen Dialekt, worauf ihn der Präsid. sofort mit dem Hinweis darauf unterbricht, daß in der Kammer nur die franz. Sprache zugelassen sei. Abg. Weil (Soz.) wirft zwei Präzedenzfälle in die Debatte: 1874 hätten els.-lothr. Abgg. im Deutschen Reichstag Erklärungen in franz. Sprache abgeben dürfen, und Herriot habe noch im verflossenen Jahr den Abg. Huber im elsäss. Dialekt reden lassen. Ministerpräsid. Poincare erwidert, daß Herriot die franz. Übersetzung vorgelegen habe. Die Entscheidung der Kammer spricht sich gegen die Anwendung der deutschen Sprache aus.

Am 25. wird die Frage der deutschen Sachlieferungen in Form öffentlicher Arbeiten erörtert. Abg. Le Trocquer (Republ. Linke) sagt: Die Soz. hätten den Sachlieferungen Schwierigkeiten bereitet. Es sei jedoch unmöglich, daß Frankreich die ganze Summe in bar bekommen könne, die es von Deutschland auf Grund des Dawes-Planes zu fordern habe, und zwar auch dann nicht, wenn die Obligationen der Deutschen Reichsbahn kapitalisiert würden und wenn man die Kohlenlieferungen in Rechnung stelle. Die Durchführung der deutschen Sachlieferungen in Form öffentlicher Arbeiten sei also unerläßlich.

29./30. Nov. (Kammer) Budget des Äußeren; Thoiry u. a.

Die allgemeine Aussprache über das Budget des Äußeren eröffnet Abg. Cachin (Komm.): Trotz aller Friedensbestrebungen nähmen die Kriegsrüstungen immer mehr an Umfang zu. Sowohl in Amerika als auch in Europa. In Deutschland könnten weder Stresemann noch Hindenburg noch das Stahlkartell den Frieden garantieren. Italien sei der Friedensstörer Europas. Die militärischen Vorbereitungen in der Nähe der franz. Grenze hätten die Bevölkerung Savoyens mit Unruhe erfüllt. Abg. Fontanier (Soz.) bespricht ausführlich die deutsch-franz. Beziehungen. Er verlangt Auskunft darüber, wie es mit den Annäherungsverhandlungen stehe. Die Soz. P. habe wiederholt die Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes verlangt und ihre Ansicht hierüber nicht geändert. Ebenso klar sei der soz. Standpunkt in der Entwaffnungsfrage. Beide Länder müßten zu-

sammenarbeiten, damit die Abrüstung sobald wie möglich vollendete Tatsache würde. Auf alle Fälle müßte die deutsche Entwaffnung die Abrüstung der anderen Länder zur Folge haben. Abg. Berthod meint, einer endgültigen Verständigung mit Deutschland ständen noch eine Reihe von Hindernissen entgegen. Die Frage der Rheinlandbesetzung sei eine reine Sicherheitsfrage Frankreichs. Er glaube nicht, daß die Räumung als Gegenleistung für eine finanzielle Unterstützung des Reiches vorgesehen sei. Abg. Milhaud (Rad.) erklärt: Der Wunsch aller Franzosen sei eine vollständige Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Er erinnere an den Ausspruch des Historikers Lavisse, daß die vereinigten beiden Länder die Welt beherrschen würden. Die Strömung, die in Frankreich für eine Annäherung an Deutschland vorhanden sei, sei so stark, daß man sich selbst in den demokratischen Kreisen mit dem Stahlkartell abgefunden habe. Das Geheimnis von Thoiry sei durch die Ausführungen Briands vor dem Ausw. Ausschuß noch nicht gelüftet. Im übrigen warnten die jüngsten innerpolitischen Enthüllungen in Deutschland zur Vorsicht und Wachsamkeit. Das republikanische Deutschland und Frankreich seien von den gleichen Feinden bedroht.

Am 30. Nov. hält Ministerpräsid. Briand zum Etat seine große außenpolitische Rede. Er verteidigt das Vorgehen der franz. Regg. in Tunis und Syrien, bespricht die gespannte Lage in China und sodann die Beziehungen zu Italien: Es sei bedauerlich, daß gewisse Vorfälle in letzter Zeit erkennen ließen, daß sich die schlechte Laune des befreundeten Landes immer wieder gegen Frankreich richte. Der franz. Botschafter habe die nötigen Schritte unternommen und Genugtuung erhalten, und die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern seien damit wieder hergestellt. Er hoffe, daß diese Familienstreitigkeiten nun lange genug gedauert hätten und in Zukunft sich nicht wiederholen würden. Sodann geht Briand unter großer Aufmerksamkeit des Hauses auf die Beziehungen zu Deutschland ein: Wenn es keine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gebe, so gebe es auch keinen dauerhaften Frieden. Der Kernpunkt des Versailler Vertrages liege im Völkerbundpakt. Auch die Locarno-Politik sei ein Werk des Völkerbundes. Es sei gewiß keine Kleinigkeit, daß Deutschland freiwillig einen Vertrag unterzeichnet hätte, der die Westgrenze anerkenne und der auf jede Gewaltanwendung im Falle von Konflikten verzichte. Mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei dieser Vertrag in Kraft getreten. Man hat gesagt, fährt er dann fort, daß die Unterredung von Thoiry nicht ein Geheimnis enthüllen würde. Wenn man tatsächlich auf die Kommentare der Zeitungen Rücksicht nehmen müßte, wäre die Diplomatie eine Erfindung des Teufels. Was ist in Thoiry passiert? Herr Stresemann und ich haben uns gesagt, jetzt, da wir dem gleichen Bunde angehören, würden wir uns bemühen, alle Schwierigkeiten durch eine Verständigung zu beseitigen. Keiner von uns beiden hatte ein Mandat seiner Regg., um bestimmte Lösungen festzulegen. Wir haben einfach die verschiedenen Probleme Revue passieren lassen. Ein Vertrag, so scharf er auch sein mag, kann immer vermenschlicht werden, wenn die beiden Teile sich darum bemühen. Die Besetzung des Rheinlandes ist nicht eine Strafmaßregel. Wir haben keineswegs den Wunsch, die Bevölkerung zu stören, die uns nach ihren Tendenzen und nach ihrer Zivilisation am nächsten steht. Die Besatzung kann ihren Charakter ändern und sogar ihre Dauer kann modifiziert werden, wenn sie ihren Zweck

erfüllt hat. Briand warnt dann vor der lückenhaften Berichterstattung und der Polemik der Presse. Gewiß, sagt Briand, bestehen zwischen Stresemann und mir in gewissen Punkten Meinungsverschiedenheiten. Eine Unterhaltung zwischen zwei Ministern im Saale einer Gastwirtschaft kann nicht mit einem Schlage die Lage Frankreichs und Deutschlands ändern und die blutige Vergangenheit fortwischen. Das Wesentliche liegt im guten Willen auf beiden Seiten; es liegt darin, daß sich die Völker sagen: Endlich, endlich reden sie miteinander. Es ist mein unbezähmbarer Wunsch, neue Katastrophen zu vermeiden. Wenn ein neuer Krieg ausbreche, würde es nicht mehr Sieger und Besiegte geben, sondern es wäre der Untergang Europas. Frankreich setzt seine Ehre darin, nach Frieden zu schreien. Frieden! Aber einen Frieden irgendwelcher Art? Nein! Ein garantierter Friede, ein gesicherter Frieden, nachdem die unentbehrlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen sein werden. In einer Unterredung mit Stresemann habe ich die Sicherheitsfrage als die Hauptfrage aufgerollt. Die Form der Kontrolle ist von geringerer Bedeutung. Die Kontrollkomm. haben unter schwierigen Verhältnissen eine nützliche Aufgabe erfüllt. Aber man kontrolliert nicht dauernd und mit Sicherheit ein Volk von sechzig Mill. Was wir brauchen. sind Vorsichtsmaßregeln und es darf keine Unterbrechung entstehen, wenn die Kontrollkomm. ihren Platz den Investigationsorganen des Völkerbundes abtritt. Diese ganze Politik ist in Übereinstimmung mit unseren Freunden, unseren Verbündeten gemacht. Gewisse Fragen können nur durch eine gemeinsame Verständigung geregelt werden. Der Weg wird lang sein, sagte Stresemann, wir müssen uns an die Arbeit machen. Das ist die Wahrheit selbst. Stresemann hat erklärt, daß die Militärverbände keine Verbindung mit der Reichswehr haben dürfen, und hat zwei von ihnen aufgelöst. Gewiß kann man kritisieren, aber wenn man von nationaler Einigkeit spricht, so muß sie vor allem in den auswärtigen Fragen hergestellt werden. Wenn Wirth gesagt hat, daß Deutschland mit dem Eintritt in den Völkerbund und mit der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages Opfer gebracht habe, so muß man erwidern, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kein Opfer bedeutet, sondern eine Ehre und einen Vorteil. Frankreich hat es nicht an Zugeständnissen fehlen lassen. Seit Locarno ist im Rheinland ein Reichskommissar ernannt worden, die Besatzungstruppen sind vermindert worden, 20% der belegten Wohnungen sind geräumt worden, die während der Kampfperiode Verurteilten sind amnestiert worden. Neun Zehntel der deutschen Forderungen sind erfüllt worden. Frankreich hat also die größte Versöhnlichkeit bewiesen. Ist das ein Bankrott? Nein! Wir sind im Gegenteil weiter vorwärts gekommen auf dem Wege einer Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wir stehen miteinander in Verbindung. Das ist ein großer Fortschritt. Locarno ist vielleicht seinerzeit ein verfrühter Versuch gewesen, aber England hat immerhin seine Garantie gegeben, und manche Leute waren bisher der Ansicht, daß die ganze Sicherheit von dieser Garantie abhängt. Nun haben wir diese Garantie, aber nun soll sie plötzlich nichts mehr wert sein? Man hat es mir als eine Infamie angerechnet, daß ich in Genf unserem früheren Feinde eine gewisse Größe, eine gewisse Noblesse zuerkannt habe. Wenn das ein Fehler ist, so rechne ich es mir zur Ehre an, diesen Fehler begangen zu haben. Ich habe den festen Willen, alles zu tun, um einen neuen Zusammenstoß der Völker zu verhindern, wobei ich jedoch die Sorge um die Si-

cherheit Frankreichs niemals aus den Augen verlieren werde. Wenn die all. Kontrolle über Deutschland künftig durch die Kontrolle des Völkerbundes ersetzt wird, so wird dadurch die Sicherheit Frankreichs nicht gemindert, sondern im Gegenteil noch verstärkt. (Beifall links und in der Mitte.)

2.—4. Dez. Diplomatische Vorbereitungen für die Genfer Tagung.

Am 2. hat Briand eine Besprechung mit dem poln. Außenmin. Zaleski über die Frage der deutschen Entwaffnung. Dieses Thema bildet auch den Hauptgegenstand der Verhandlungen Briands mit dem engl. Außenmin. Chamberlain und dem belg. Außenmin. Vandervelde, die am 3. und 4. stattfinden. Eine große Bedeutung legt die Tagespresse ferner einem Frühstück am 4. bei, an dem Poincaré, Briand, Chamberlain, Zaleski, der deutsche Botschafter v. Hoesch und der ital. Botschafter Baron Avezzana teilnehmen.

7. Dez. (Kammer) Budgetdebatte.

Im Rahmen der Budgetdebatte greift Abg. Auriol (Soz.) die Währungspolitik Poincarés heftig an: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien im Wachsen begriffen und die Krisis, die in der Luxusindustrie begonnen habe, dehne sich auf die übrigen Wirtschaftszweige aus. Nötig sei daher eine Finanzpolitik, die das Budget, die innere Preislage und die Wechselkurse in ihrem Zusammenhang umfasse, keine Revalorisierung, sondern Stabilisation. Er erhebe von neuem die soz. Forderung einer Kapitalsabgabe. Poincaré weist in seiner Erwiderung darauf hin, daß das Defizit von 48 Milliarden im J. 1919 auf etwas über eine Milliarde im Jahre 1925 zurückgegangen sei, und zwar trotz der für die deutschen Zahlungen gewährten Schonzeit. Die öffentliche Schuld verschlinge mehr als die Hälfte der Budgeteinnahmen. Frankreich habe seine Verpflichtungen gegenüber Amerika und England im laufenden Jahre erfüllt und Vorsorge auch für die Erfüllung der Verpflichtungen des nächsten Jahres getroffen. Was die Währungsfrage anlange, so sei ein wichtiger Teil der in franz. Besitz befindlichen Devisen in ausländischen Banken untergebracht. Man habe die Regg. häufig gefragt, wann und zu welchem Kurse sie stabilisieren wolle. Aber jedesmal, wenn eine auch noch so leise Andeutung erfolgt sei, habe sich die Spekulation der Sache bemächtigt. Die Regg. habe nicht die Absicht, derartige Manöver zu erleichtern. Die Exportindustrie sei gegenwärtig durch die Kursschwankungen behindert, und andere Wirtschaftskreise seien durch die Frankhausse benachteiligt. Die Krise sei aber durchaus nicht so ernst, wie gesagt werde. Die Arbeitszeit sei vielfach verkürzt worden, aber die Gehälter hätten keine Verringerung erfahren. Die Regg. habe niemals die Illusion gehabt, daß die finanzielle Gesundung sich ohne Opfer werde durchführen lassen.

14. Dez. Briands Bericht über die Genfer Verhandlungen.

Präsid. Doumergue empfängt Außenmin. Briand, der ihm über die Genfer Verhandlungen berichtet. — Die franz. Presse spricht allgemein davon, daß die Annäherungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen sei.

18. Dez. (Kammer) Budget 1927.

Das Budget für 1927 wird nach 36tägiger Debatte endgültig angenommen. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Finanzgesetze mit

405 gegen 140 St. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben erreichen mit 39,5 Milliarden Fr. eine bisher noch nicht dagewesene Höhe. Gleichzeitig nimmt der Senat das Budget an. Das Parlament vertagt sich bis 11. Januar.

23. Dez. Die Regierung trifft an der italienischen Alpengrenze militärische Vorsichtsmaßnahmen.

26. Dez. Begnadigung der in Landau verurteilten Deutschen.

Der Präsident der Republik unterzeichnet das Dekret über die Begnadigung sämtlicher vom franz. Kriegsgericht in Landau verurteilten Deutschen. (S. 181 f.) Der Antrag des Kriegsmin. Painlevé auf Begnadigung geschah im Interesse der Entspannung und der öffentlichen Ruhe.

28. Dez. Beschluß des Ministerrats in der chinesischen Frage.

Der Ministerrat beschließt zunächst gegenüber der durch das brit. Memorandum (S. 439 f.) geschaffenen Lage eine abwartende Haltung einzunehmen. Wie die franz. Presse erklärt, ist dieser Beschluß von der Achtung diktiert, die Frankreich für die gesamte chinesische Nation habe und ferner von dem Wunsche, sich nicht in die inneren Verhältnisse Chinas einzumischen. „Petit Parisien" bemerkt dazu: Eine Parteiergreifung wäre nichts anderes als ein Gelüste, mitzuwirken an einer Zerstückelung Chinas, die von keinem Chinesen gewünscht werde, weil beide Parteien den Kampf führten, um die nationale Einigkeit herbeizuführen. Jede Macht, die das eine der beiden Lager unterstütze, würde sich unvermeidlich die Gegnerschaft des anderen zuziehen, und obwohl die franz. Interessen wegen der Nachbarschaft Indochinas hauptsächlich im Süden konzentriert seien, werde Frankreich sich abseits halten, solange der innere Konflikt andauere. Dadurch würde es später in der Lage sein, frei von allem Verdacht nutzbringend an der Wiederherstellung eines endgültigen Gleichgewichts in der großen Republik des Fernen Ostens mitzuarbeiten.

29. Dez. Deutsch-französisches Kaliabkommen.

Der Weltbedarf in Kali soll gemäß dem in Paris unterzeichneten Abk. zu 70 % von dem Deutschen Kalisyndikat und zu 30 % von der franz. Kaliindustrie gedeckt werden; die franz. Beteiligung erhöht sich bis zu 50 %, wenn der Weltverbrauch eine Menge von 840 000 t Reinkali übersteigen wird.

X
Italien

12. Jan. Reise des Finanzministers, Graf Volpi, nach London zu den Schuldenverhandlungen. (Siehe Abschn. II am Schluß!)

17. Jan. (Kammer) Erklärung Mussolinis an die Opposition.

In einer kurzen Erklärung setzt Ministerpräsid. Mussolini den Abgg. der Popolari und der Demosozialen seine Ansicht über ihr Verhalten am Tage zuvor auseinander, wo sie die Todesfeier für die Königin-Mutter parteipolitisch hätten ausnützen wollen. Die Mitgl. des Aventin, sagt er, die in die Kammer zurückkehren wollen, müssen vorher folgende drei Bedingungen erfüllen: sie müssen 1. in aller Form

vor der Öffentlichkeit bekanntgeben, daß die Umwandlung der Staatsverfassung durch die faschistische Revolution nunmehr Tatsache geworden ist, die nicht mehr abzuändern ist; 2. in aller Form vor der Öffentlichkeit erklären, daß die Skandalkampagne gegen den Faschismus unwürdig und zwecklos gewesen ist; 3. sich in aller Form von den Italienern im Auslande lossagen, die gegen Italien und gegen den Faschismus arbeiten.

Mitte Jan. (Südtirol) Kampf gegen das Deutschtum.

Ein Dekret macht den Südtirolern die Italienisierung ihrer Namen zur Pflicht; ein weiteres Dekret erläßt Bestimmungen über den Widerruf von Optionen bei jenen Südtirolern, die sich „infolge ihres Verhaltens der ital. Staatsbürgerschaft unwürdig" zeigen.

21. Jan. Lage des Staatshaushalts.

Der Ausweis des Schatzamtes v. 31. Dez. 1925 zeigt einen Überschuß von 228 Mill. Lire der Staatseinnahmen über die Staatsausgaben im ersten Halbjahr des Rechnungsj. Der Banknotenumlauf hat gegenüber dem Nov. eine Vermehrung um 147 Mill. Lire erfahren und beläuft sich auf insgesamt 21,448 Milliarden. Die Handelsbilanz vom Jan. bis zum Nov. 1925, also für elf Monate, ist mit 7,224 Milliarden passiv gegenüber 4,346 Milliarden im Vorjahre.

21./22. Jan. (Kammer) Annahme des Locarnovertrags.

Alle Redner billigen geschlossen die Locarnopolitik der Regg. Nur Abg. Cavazzoni sieht in der Locarnokonferenz eine Abkehr vom Versailler Diktat. Während die Rheingrenze gesichert sei, entbehre die Brennergrenze eines ähnlich wirksamen völkerrechtlichen Schutzes. Am 2. Tag der Aussprache hält der Redner der Mehrheit, Abg. Barduzzo, eine wütende Rede gegen das neue Deutschland, das seine Militär- und Luftrüstung bald wieder auf den Vorkriegsstand gebracht hätte. Das deutsche Militärbudget sei um 60 auf 700 Mill. erhöht worden. Den angelsächsischen und slawisch-deutschen Machtgruppen, die sich jetzt bildeten, müßte Italien eine lateinische Allianz entgegenstellen. Schließlich wird das Ges. über den Locarnopakt angenommen, ohne daß Mussolini das Wort ergriffen hat.

22. Jan. (Südtirol) Ein Regierungsdekret verfügt den ausschließlichen Gebrauch der italienischen Gerichtssprache.

Von der „Agentur Roma" wird am 23. folgende halbamtliche Note über die verschärften italien.-deutschen Beziehungen verbreitet: Die verschiedenen italienfeindlichen Kundgebungen der letzten Tage in Deutschland und Österreich werden von den amtl. Kreisen in Rom mit Ruhe und Aufmerksamkeit verfolgt. Die Behauptungen von einer angeblichen, übertrieben scharfen Politik gegen das deutsche Element in dem Oberetschgebiet können nur als Vorwand angesehen werden, da sich in der ital. Politik in Oberetsch nichts geändert hat, nur läßt sich Italien keine Handlungen mehr gefallen, die als Attentat auf seine Souveränität anzusehen sind und die kein Staat duldet. Die Kundgebungen in Deutschland und Österreich können nur von nicht verantwortlicher Seite ausgehen. Wenn man sich der wirtschaftlichen und internat. Probleme erinnert, die beide Länder zu lösen haben, so soll man nicht noch neue Schwierigkeiten häufen und die Freundlichkeit Italiens zurückweisen, die man zu anderen Gelegenheiten richtig einzuschätzen verstanden hat. Aber

wenn die Kundgebungen auch nur von kleinen Gruppen ausgehen, so werden sie bei längerer Dauer entschieden eine andere politische Bedeutung erhalten, die die öffentliche Meinung Italiens zu neuer Stellungnahme nötigen muß. Wenn man also darauf hofft, daß die öffentliche Polemik nicht neues Material hinzuträgt, so rechnet man auch darauf, daß jenseits der Grenzen die Unzweckmäßigkeit und Unbegründetheit der Agitation eingesehen wird.

Der Präfekt der Provinz Trient, zu der das deutschsprachige Gebiet gehört, nimmt seinerseits in einem Presseinterview an den fasch. „Impero" folgendermaßen Stellung: Von einer Südtiroler Frage könne keine Rede sein; vielmehr würden die neuen Gesetze schrittweise, ohne Zwischenfälle, in der Provinz eingeführt. Lediglich einige Nationalisten im Auslande protestierten heute gegen Gesetze, die schon seit Jahren existierten. Der ital. Staat könne keine außerhalb des Gesetzes Stehenden in seinen Grenzen dulden, die einen Staat im Staate bilden würden. Es sei auch festzustellen, daß die Bevölkerung im Oberetschtal sich bisher nicht bedrückt gefühlt habe und daß die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland im allgemeinen herzlich wären. Während in keiner Gegend alle Kinder die Schule besuchten, würden die Schulen im Oberetschgebiet von 100% der Kinder besucht. Die Kinder gingen dort gern zur Schule. Die deutsche Bevölkerung wolle in Ruhe arbeiten und nichts mit Sachen zu tun haben, die sie nichts angingen. Sie bewundere Mussolini und halte ihn für eine überragende Persönlichkeit.

29. Jan. (Senat) Die Heeresreform.

Mussolini selbst ergreift das Wort, um die Bedeutung der Neuorganisation, die die Division aus drei Infanterie- und einem Artillerieregiment zusammengesetzt, politisch zu unterstreichen. Wir wollen, sagt er, daß alle bewaffneten Kräfte der Nation in moralischer und materieller Wirksamkeit sind. Wir wollen den Frieden. Ich bin in Locarno gewesen und kehre dorthin zurück, aber während am Horizont Friedenswolken aufblitzen, bewölkt sich der Himmel mit Flugzeugen und tauchen neue Kriegsschiffe ins Meer. Darum komme ich zu dem Schluß, daß auch unser sicherster Friede so wie das Paradies des Islams im Schatten unserer Schwerter liegt. — Unterstaatssekretär Gen. Cavallero, der die Vorlage erläutert, betont u. a., daß die Verminderung der Organisationseinheiten in Kauf genommen werden müßte, weil dafür der Istbestand der Truppen eine beständige Kriegsbereitschaft besser garantiere als das Projekt seines Vorgängers.

Ende Jan. Der faschistische Rat warnt vor deutschfeindlichen Kundgebungen.

Den Anlaß dazu dürften u. a. die Demonstrationen faschistischer Studenten vor der deutschen Botschaft in Rom am 29. gegeben haben.

5. Febr. (Kammer) Londoner Schuldenabkommen.

Der in London am 26. Jan. unterzeichnete Vertrag über die Regelung der ital. Kriegsschulden in England (S. 299) wird mit 224 von 225 St. angenommen.

6. Febr. (Kammer) Rede Mussolinis über die italienisch-deutschen Beziehungen.

Abg. Farinacci interpelliert wegen der Rede des bayer. Ministerpräsid. Held (S. 25). Ministerpräsid. Mussolini antwortet mit fol-

gender Rede: Ich will die Anfrage sofort beantworten, nicht, um gegen den Leiter der bayer. Regg. zu polemisieren, sondern um Licht in die Gedanken derer zu bringen, die hartnäckig dabei bleiben, sie in Verwirrung belassen zu wollen. Ich will sprechen, denn ich denke, daß, wie in den Beziehungen zwischen Einzelpersonen, es auch in den Beziehungen zwischen den Völkern am besten ist, freimütig im richtigen Moment zu sprechen. Die fasch. Regg. hat während dreier Jahre eine sehr gemäßigte Politik Deutschland gegenüber verfolgt. Die Deutschen, soweit sie objektiv sind, haben seinerzeit das selbst anerkannt. Nach langwierigen Verhandlungen haben wir im vergangenen Jahr einen Handelsvertrag mit Deutschland abgeschlossen, den ersten, den Deutschland nach dem Frieden von Versailles abgeschlossen hat. Jetzt nach dem Abk. von Locarno und nach dem Abschluß des Handelsvertrages entwickelt sich in Deutschland plötzlich wie auf ein gegebenes Stichwort hin eine antiital. Kampagne, die ebenso abscheulich wie lächerlich ist. Abscheulich, denn sie wird begründet mit der Zusammenstellung notorischer Lügen. Lächerlich, denn sie wiegte sich in dem Gedanken, auf unser junges, stolzes, faschistisches Italien Eindruck zu machen, das sich von niemanden beeindrucken läßt. Es war eine Lüge, als man von der beabsichtigten Entfernung des Denkmals Walters von der Vogelweide in Bozen sprach. Wir respektieren die Poesie, selbst wenn sie mittelmäßig ist (Heiterkeit); aber wir können es nicht dulden, daß Walter von der Vogelweide und Dante gegenübergestellt werden, denn das hieße den Monte Pincio mit dem Himalaja vergleichen. Wir werden das Denkmal Walters auf seinem Platz belassen, aber wahrscheinlich wird sich auf dem Platz von Bozen dank der Spenden des ital. Volkes ein Denkmal für Cesare Battisti auf denselben Fundamenten erheben, auf denen sich ein Denkmal des deutschen Sieges erheben sollte. Dieses Denkmal wird dem Andenken all der anderen Märtyrer gewidmet sein, die mit ihrer Aufopferung und mit ihrem Blut das letzte Wort unserer Geschichte, soweit Südtirol in Frage kommt, geschrieben haben. Es ist eine Lüge, daß das Denkmal der Kaiserin Elisabeth in Brixen durch Feuer zerstört worden sei. Lange sprach man von Ansammlungen und Expeditionen der Faschisten. In deutschen Zeitungen erschienen haarsträubende Beschreibungen von Gewalttätigkeiten, die gegen deutsche Touristen unternommen worden seien und von denen mir zwei mit viermonatiger Verspätung zur Kenntnis gebracht worden sind. Man sprach von einer Entschuldigung, die die ital. Regg. an die deutsche Botschaft in Rom wegen der studentischen Demonstrationen gerichtet habe. Auch das ist eine dumme Lüge. Aber wenn das alles genügt hätte, um das hervorzurufen, was die Deutschen „Stimmung" heißen, so reichte es doch nicht aus, um die sog. „Gemütlichkeit" zu kitzeln, d. h. jene halb martialische und halb weinerliche Sentimentalität. (Heiterkeit.) Man hat ein Verbot erfunden, das der Tyrann Mussolini gegen die Deutschen im Etschtal wegen der traditionellen Weihnachtsbäume erlassen hätte. Aber auch das war eine dumme und lächerliche Lüge. Nach all diesen Lügen sprach man schließlich von einem Boykott der ital. Waren und des Reiseverkehrs nach Italien. Lassen Sie mich ein für allemal über diesen Reiseverkehr folgendes sagen: Wir sind ein hervorragend gastfreundliches Volk. Das kommt von unserer tausendjährigen Kultur. Wir wollen so bleiben, selbst wenn man diese unsere Gastfreundschaft mißbraucht und wenn man sehr primitiv gekleidete Individuen durch die Straßen unserer Städte wandeln sieht. Aber niemand darf sich der Täuschung hingeben, Italien durch einen

Boykott seines Reiseverkehrs gewinnen zu können. Italien lebt von ganz anderen Dingen und verfügt über ganz andere Kraftquellen. Übrigens kommen viele dieser Leute nicht nach Italien, um uns Geschenke zu machen, sondern um zu sparen. Auf jeden Fall aber will ich zu der Frage des Boykotts erklären, daß, wenn morgen dieser Boykott praktisch durchgeführt würde und wenn er die stillschweigende Zustimmung der verantwortlichen Behörde hätte, so würden wir mit einem Boykott im Quadrat und auf eventuelle Repressalien in der dritten Potenz antworten. Wenn ich so spreche, so glaube ich, aufs beste der Sache der Wahrheit und der Kultur und selbst der Sache des Friedens zu dienen. Einige haben geglaubt, daß nach Protesten verschiedener Deutscher, die in Italien ruhig von ihren Handelsgeschäften leben, all das ein Ende nehmen würde. Das ist aber nicht eingetreten. Im Gegenteil stehen wir jetzt vor der Rede, die gestern der bayer. Ministerpräsid. Held im Landtage gehalten hat. Er sagte: „Wir müssen alles tun, um zu einer Besserung der Lage in Südtirol zu gelangen, und alles, was den Deutschen an der oberen Etsch die Freiheit geben kann. Von diesem meinem Platze aus muß ich den kräftigsten Protest gegen die brutalen Vergewaltigungen in Südtirol erheben.“ Ich erkläre, daß diese Rede einfach unerhört ist, unerhört vom diplomatischen Standpunkt aus, denn es bestand niemals, selbst vor dem Kriege nicht, eine Frage des deutschen Südtirol. Sodann aber wurde die Frage des oberen Trentin durch die Friedens-Verträge geregelt, und zwar durch den Vertrag von St. Germain mit Österreich. Es ist unerhört, von Vergewaltigungen und von brutalen Vergewaltigungen zu sprechen, die die faschistische Regg. im oberen Trentin begangen hätte. Wir machen im oberen Trentin eine Politik der Italienität. Wir betrachten seine Bewohner als italienische Staatsbürger, indem wir dort unsere Gesetze zur Geltung bringen. Würden wir anders handeln, so hätten wir an der Grenze einen Staat im Staate. Aber es sind noch andere Punkte zu erwähnen. In verschiedenen Fragen hat die faschistische Regierung für die Bedürfnisse jener Bevölkerung gesorgt, z. B. in der Frage der sog. lombardierten Anleihen. Ich mußte selbst eine Bauerndelegation des oberen Trentin empfangen, die mir ein greifbares Zeichen ihrer Dankbarkeit übergeben wollte. Was Italien tat, ist nichts im Vergleich zu dem, was andere Staaten tun. Gerade heute setzt die Tschechoslowakei ihre Maßnahmen für den Gebrauch der tschech. Sprache in der staatlichen Verwaltung und hinsichtlich der deutschen Zeitungen fest. Ist es notwendig, dem italienischen Volke und der zivilisierten Welt die Absichten in das Gedächtnis zurückzurufen, die die Leiter des Pangermanismus für den Fall eines deutschen Siegs hatten? In einer in Vipiteno (Sterzing) zusammengetretenen Versammlung verlangten sie wenige Tage vor unserem großen Sieg an der Piave, der den deutschen Träumen die Flügel gebrochen hat, von Italien das folgende: „Natürliche Grenzen zur Erleichterung der Verteidigung des Trentino und Österreichs sowie Vereinigung der ehem. Gebiete der dreizehn Gemeinden und der sieben Gemeinden auf dem Plateau von Lavarence und Asiago mit Österreich, eine Grenzberichtigung, infolge deren sich Österreich über den Oberlauf der Flüsse Adda und Oglio bis zu dem Südufer des Gardasees ausgedehnt hätte. Weiterhin eine große Kriegsentschädigung, Deutsch als Staatssprache, deutsche Hoheitstitel, Ablehnung der Schaffung von fremdstämmigen Grenzstaaten sowohl im Norden wie im Süden, Einheit und Unteilbarkeit des Gebietes von Kufstein bis zur Etschklause, Versagung der Autonomie für das ital.

Trentino, Einführung des Deutschen in sämtlichen Schulen, schärfster Kampf gegen die italienische Irredenta durch Begünstigung des deutschen Elements oder durch Vertreibung des irredentistischen, bis schließlich das ital. Trentino ganz und gar österreichisch geworden sei, keinerlei Amnestie oder Erlaubnis zur Rückkehr für die ital. Emigranten, Beschlagnahme des Emigrantenbesitzes und Verwendung zum Ausgleich der Kriegsschäden und zu einer Entschädigung der Österreich treu gebliebenen Tiroler Soldaten." Das waren die Vorschläge derjenigen, die heute protestieren. Ich glaube, daß der Angelpunkt dieser ganzen Kampagne die Naturerscheinung der Unwissenheit ist. Ich glaube, eine ganze Anzahl Deutscher kennen nicht und wissen nicht, daß Italien 42 Mill. Einwohner auf dem begrenzten Raum seiner Halbinsel zählt und daß 9 oder 10 Mill. Italiener noch im Auslande wohnen. Aber vor allem kennen sie nicht unser Gefühl der Würde, unsere Moralität, und vor allen Dingen kennen sie nicht das faschistische Italien. Da sie Italien noch unter dem Gesichtswinkel einer pittoresken politischen Episode sehen, haben sie unsere tiefwurzelnden Kräfte nicht begriffen, die traditionellen Instinkte, die die Wurzeln unserer Bewegung sind, die ihr Leben gewährleisten und ihre Zukunft sichern. Man muß hoffen, daß sie es noch lernen werden. Auf alle Fälle lege ich Wert darauf, zu erklären, daß die italienische Politik in der Südtiroler Frage nicht um eine Linie nachgeben wird.

10. Febr. (Senat) Rede Mussolinis.

Die Rede des deutschen Außenmin. Dr. Stresemann (S. 30ff.) beantwortet Ministerpräsid. Mussolini in nachstehender Rede: Die lange Rede Stresemanns macht eine sofortige Antwort notwendig, die klar und genau sein wird wie die Rede, die ich am vergangenen Samstag in der Kammer gehalten habe. Diese Rede war nicht improvisiert, sondern während zweier Monate einer erbärmlichen antiitalienischen Hetze mit Geduld, ich wiederhole mit Geduld, überlegt. Es war keineswegs eine rhetorische, sondern im Gegenteil eine geradezu antirhetorische Rede. Die Tatsache, daß Dr. Stresemann meine Rede anders auslegen konnte, beweist wieder einmal, daß Stresemann und viele andere Deutsche mit ihm ganz und gar nicht von den tiefgehenden geistigen Umwälzungen wissen, die sich in dem zeitgenössischen Bewußtsein vollzogen haben. Aber das sind nur Einzelheiten der Debatte. Wenige Reden haben in der ital. Seele und in der öffentlichen Meinung Europas so rasche und so starke Rückwirkungen gehabt wie meine Rede. Das beweist, daß sie zur Klärung der Lage notwendig war, die sich immer mehr trübte und die zu Ereignissen von außerordentlicher Schwere hätte führen können. Diese Klärung ist eingetreten. Der Gegensatz ist geschichtlich klar. Es handelt sich um den Gegensatz zwischen vollem italienischen Recht und dem unsinnigen deutschen Anspruch. Ich brauche kaum zu erklären, daß ich dem Geiste und dem Buchstaben nach meine letzte Rede bestätige, einschließlich der Anspielung am Ende auf die Trikolore am Brenner, welche Stresemann nach seinem Belieben auslegen kann, die aber die Italiener in dem Sinne auslegen, daß Italien niemals die Verletzung der Friedensverträge dulden wird, die seine um blutigen und sehr harten Preis eroberten Grenzen garantieren. Stresemann hat übrigens alle wesentlichen Punkte meiner Rede bestätigt. Hat er etwa meine Angabe dementiert, daß Italien in der Nachkriegszeit gegenüber Deutschland eine gemäßigte Politik verfolgt? Nein, denn er konnte das nicht! Hat er die Kampagne

der deutschen Presse dementiert, die während mehrerer Monate die Grenzen des elementarsten Anstandes überschritt, indem sie antiitalienische Lügen verbreitete und Einrichtungen und Gefühle verletzte, die den Italiern die teuersten sind? Nein, denn diese Pressekampagne war organisiert und wurde selbst in Regierungsblättern aufgenommen und sogar in der „Tägl. Rundschau“, die mit Recht als das offiziöse Organ des deutschen Außenmin. betrachtet wird! Hat Stresemann die Kampagne dementiert, die darauf gerichtet ist, den Boykott der italienischen Waren und des Reiseverkehrs in Italien herbeizuführen? Nein, denn diese Kampagne ist unternommen worden! Sie dauert an und wird schärfer, wie aus den letzten Nachrichten hervorgeht. Stresemann wollte die Bedeutung dieser Kampagne herabmindern, indem er sie als das Werk kleiner Gruppen von unverantwortlichen Leuten erscheinen ließ. Weiß er denn nicht, daß diese Propaganda für einen Boykott gegen Italien in Bayern in den Universitäten, in den Postämtern, auf den öffentlichen Märkten und auf der Eisenbahn betrieben wurde? Weiß er nicht, daß zu dem Überwachungsausschuß für die Durchführung dieses antiitalienischen Treibens ein lib. Abg., ein Schulinspektor, zwei Universitätsprofessoren und ein ehem. Justizminister gehören? Daß am 29. Jan. einige Abgg. der Dtsch. Vp. im Preuß. Landtag den Antrag einbrachten, die privaten italienischen Schulen in Preußen zu schließen? Stresemann ging mit keinem Wort auf jenen Teil meiner Rede ein, in dem ich auf die unsinnigen Pläne hinwies, mit denen die Führer des Pangermanismus im Juni 1918 liebäugelten, als sie sich in einer falschen Siegesgewißheit in Vipiteno im oberen Etschtal versammelten und als deutsche Grenze nicht etwa das Gebiet von Salurn forderten, sondern die Sieben Gemeinden, Desenzano, Peschiera und die Veroneser Klause in der Absicht verlangten, dieses Gebiet zu entnationalisieren. In genauer Kenntnis der Tatsachen behaupte ich, daß man in weiten Schichten der deutschen Bevölkerung nicht endgültig auf diese verrückten Träume verzichtete, selbst wenn die deutsche Regg. sich heute auf einfache Forderungen kultureller Art beschränkt, die übrigens mit der vollen Ausübung der italienischen Souveränität unerträglich sind. Auch sagt Stresemann kein einziges Wort auf meine Feststellung, daß, während Mill. Deutscher von anderen Staaten annektiert worden sind, einzig und allein für das obere Etschtal künstlich eine Agitation betrieben wird, die auf notorischen Lügen aufgebaut ist. Stammte die Vo. der Prager Regg. nicht aus den allerletzten Tagen, durch die den Staatsangehörigen der tschech. Republik einschließlich der 3½ Mill. Deutscher der obligatorische Gebrauch der tschech. Sprache in allen staatlichen Verwaltungszweigen auferlegt wird? Stresemann verteidigte schließlich durch sehr schwache Beweisführung die unerhörte Erklärung des bayer. Ministerpräsid., die darauf abzielt, „die Befreiung der Brüder Südtirols zu beschleunigen“. Dieser Satz ist in dem stenographischen Text erhalten. Sophistische Bemerkungen und klägliche Mystifikationen tragen nur dazu bei, ihre Bedeutung und außerordentliche Schwere zu erhöhen. Die Erklärung genügt nicht, daß die auswärtige deutsche Politik in Berlin gemacht wird und nicht in München. Uns interessieren auch die Männer, die vom Gesichtspunkt ihrer eigenen Verantwortung und Stellung aus davon sprechen. Stresemann ist dem Kern meiner Rede ausgewichen und hat sich viel mehr auf Einzelheiten bezogen, deren tiefe Ironie er nicht erfaßt hat, und auf die ich ganz kurz zurückkommen will. Zuerst aber will ich auf gewisse spezifische Behauptungen Stresemanns antworten. Die

Parallele, die Stresemann für die gegenseitige Behandlung der ital. und der südslaw. Minderheiten zieht, entbehrt aus einleuchtenden Gründen vollkommen der Grundlage. Es besteht keinerlei Gegenseitigkeit hinsichtlich der Minderheiten zwischen uns und Österreich. Auch die geschichtlichen Vorgänge, z. B. die Botschaft des Generals Giraldi und die Kronrede, werden zu einer Stütze der ital. These in dem Sinne, daß in Wirklichkeit sich die absolute und vollkommene Unwirksamkeit einer Politik übermäßiger Langmut gezeigt hat, die die Deutschen immer dazu verleitete, sie als ein Zeichen der Schwäche auszulegen. Selbst die fasch. Regg. hat in den ersten drei Jahren ungefähr die gleiche duldsame politische Haltung eingenommen. Sie war aber zu einer kräftigen Änderung dieser Haltung bereit, als es gegen Frühjahr 1925 die gewaltigen Gefahren sah, in die das ital. Volk in einer mehr oder weniger nahen Zukunft geraten konnte. Es folgt sodann eine Behauptung Stresemanns, die ich in der formellsten Weise dementieren muß, nämlich die Behauptung, wonach die ital. Regg. in irgendeiner Weise und zu irgendwelcher Zeit einen Ergänzungspakt für die Sicherheit der Brennergrenze angestrebt hätte. Ich erkläre demgegenüber, daß die ital. Regg. jede positive Anregung in dieser Angelegenheit vor und während der Konferenz von Locarno nicht nur nicht hervorrief, sondern sorgsam ablehnte, da sie der Überzeugung war, daß unter den gegenwärtigen Umständen die moralische und materielle Kraft der Verträge des italienischen Volkes die stärkste Garantie für die Brennergrenze darstellt. Ich möchte jetzt noch kurz einige weniger bedeutsame Ausführungen aus der Rede des deutschen Außenministers widerlegen. Dieser hat sich darüber beklagt daß ich dem Botschafter von Neurath gegenüber erklärt hätte, die italienische Regg. würde auf einen Boykott durch einen Gegenboykott geantwortet haben. Was will man denn? Will man, daß Italien den Boykott seiner Waren duldet und die deutschen Waren frei einführen läßt? Stresemann erhob Einspruch gegen das, was ich bezüglich der deutschen Touristen gesagt habe. Ich bestätige erneut, daß wir ein gastfreundliches Volk sind und bleiben werden, aber wir dulden nicht, daß die Gäste überheblich herrische Mienen zur Schau tragen und uns ihr Geld ins Gesicht werfen, als ob Italien keine andere Erwerbsmöglichkeit besäße. Zahlreiche Deutsche kennen vielleicht nicht das Italien der Äcker, der Werkstätten und der Werften, das Italien, das sehr gut leben könnte, selbst wenn künftig kein einziger Deutscher mehr über die Alpen kommen würde. Ich habe das Denkmal und die Erinnerung an Walther von der Vogelweide respektiert, aber ich habe es als grotesk empfunden, daß man ihm Dante gegenüberstellen will. Ich verleugne nicht, was ich 1920 über die Möglichkeiten Deutschlands geschrieben habe, aber das Italien, das ich in einem Regime vertrete, welches nicht eine Episode, sondern eine Epoche darstellt, scheut sich nicht vor der Vormundschaft oder Anmaßung, von wem es auch sei, und kennt keine Freundschaften, die nicht auf vollkommener politischer und moralischer Gleichberechtigung beruhen. Hinsichtlich der Entnationalisierung des Gebietes an der oberen Etsch verwechselt Stresemann absichtlich eine Entnationalisierung, die nicht vor sich geht, mit der einfachen Anwendung der italienischen Gesetze. Es ist unwahr, daß an der oberen Etsch Gewalt und Terror herrschen, wie Held behauptet und wie dies in abgeschwächter Form Stresemann wiederholt. Was die deutsche Presse gelogen hat, geht aus den Erklärungen der fremdstämmigen Lehrer, Hoteliers und Invaliden im oberen Etschgebiet hervor, die ohne daß

ein Druck auf sie ausgeübt wurde, ihrer Sympathie für die ital. Regg. und ihrer Entrüstung über die von jenseits des Brenners stammenden Manöver Ausdruck gaben. Ich habe kaum nötig, zu wiederholen, daß unsere Politik im oberen Etschtal, eine Politik, die ich als eine „Politik der „römischen Gerechtigkeit" bezeichnet habe, in diesen Gebieten fortgesetzt werden wird, die man mit viel Keckheit in die Kreise deutscher Kulturgemeinschaft einbeziehen will, während für uns das obere Etschtal in die politische, geschichtliche, geographische, wirtschaftliche, moralische und italienische Kulturgemeinschaft gehört. Stresemann hat versprochen, daß Deutschland seine Haltung gegenüber den fremden Minderheiten innerhalb der Reichsgrenzen ändern wird. Ich nehme davon für die Zukunft Kenntnis. Aber für die Gegenwart ist es Wahrheit, daß die Deutschen keine Schulen mit polnischer Sprache in den Gebieten dulden, wo polnische Minderheiten leben, und ebensowenig in Gebieten, wo dänische Minderheiten vorhanden sind. Es ist eine Nachricht aus der allerjüngsten Zeit, wonach verschiedene dänische Verbände in Schleswig an den preuß. Ministerpräsid. eine Denkschrift gerichtet haben sollen, mit der sie auffordern, in Betracht zu ziehen, daß die dänische Bevölkerung in Schleswig seit sechs Jahren darauf wartet, daß man ihnen kulturelle Freiheit gewährt, die, soweit es die Schulfragen betrifft, mit der verglichen werden kann, die die deutschen Minderheiten in Dänemark genießen. Herr Stresemann: Nehmen Sie den Balken aus dem deutschen Auge, bevor Sie den kleinen Splitter in dem italienischen Auge suchen. Mit diesem Fall ist bewiesen, daß, wenn die Deutschen und Österreicher gesiegt hätten, alles was italienisch ist, vom Brenner bis zum Garda brutal vernichtet worden wäre. Die kurze Debatte der letzten Tage hat nicht zwei Minister gegenübergestellt, sondern zwei Auffassungen über eine verwickelte und heikle Lage. Daher rührt das in der ganzen Welt wachgerufene Interesse und die Erregung. Jetzt, wo die Schleier gefallen sind, erscheint die Lage außerordentlich klar. Deutschland beabsichtigt also, innerhalb und außerhalb des Völkerbundes die Führung aller in der Welt lebenden Deutschen zu übernehmen, sogar der wenig zahlreichen Deutschen im oberen Etschgebiet, die vor dem Kriege nicht Staatsangehörige des Deutschen Reiches waren. Das muß man sich merken und aufmerksam darüber nachdenken. Ich erkläre aber nicht weniger bestimmt: 1. Die fremdstämmige Bevölkerung im oberen Etschgebiet gehört nicht im geringsten zu jenen Minderheiten, die Gegenstand besonderer Abkommen in den Friedensverträgen waren. 2. Italien wird sich in keine Debatte über diesen Gegenstand einlassen, in keiner Versammlung und in keinem Rate. Daher ist die Entschließung des Tiroler Landtages vollkommen hinfällig. 3. Die faschistische Regg. wird sich mit der größten Energie jedem derartigen Plan widersetzen, denn sie würde sich eines wahrhaften Verbrechens am Vaterlande schuldig halten, wenn wegen hunderttausend Deutschen, die auf italienischen Boden hinabstiegen, irgendwie Sicherheit und Friede von 42 Mill. Italienern in Frage gestellt werden sollte, die sicherlich den geschlossensten und homogensten nationalen Block bilden, den es in Europa gibt. Das sind keine Drohungen, für die zweideutige Zweifel gelten könnten, das sind Äußerungen der Würde und Kraft, die durch die Wirklichkeit niemals dementiert werden können, wie sie auch dem neuen Italien eigen sind, demgegenüber allzuviele Deutsche, die an der alten Geschichtschreibung hängen geblieben sind, den schweren Fehler haben, es noch nicht zu kennen. Der Senat mit seinem Feingefühl der staatsbürgerlichen Verantwortung

hat bemerkt, daß die Diskussion dieser Tage grundlegende Fragen berührt. Grundlegend und lebenswichtig ist nicht nur die Frage der Unverletzlichkeit der Brennergrenze, die Stresemann — und ich sage ihm großen Dank dafür — uns rechtlich auf Grund der Friedensverträge zuerkennt, sondern auch alles, was von dieser Unverletzlichkeit herrührt. Der Senat erinnert sich daran, daß von 1866 bis 1915 die ital. Nation unter der alten unsinnigen Grenze des Trentin gelitten hat, wie unter einem Messer, das der Feind mit der Schneide von den Alpen bis zu den Ufern des Po vorstieß. Diese Grenze bildete einen der beängstigten Aspekte unseres nationalen Dramas, das 1866 unterbrochen wurde, aber 1918 mit dem Siege unserer Waffen glücklich abgeschlossen wurde. Dieses Wort ist endgültig und unverletzlich. Wenn ich so spreche, so glaube ich der tatsächliche Dolmetsch des ganzen ital. Volkes zu sein! — Die Rede des Ministerpräsid. wird von ungeheurem Beifall begleitet. Senatspräsid. **Tittoni** erklärt, daß er diese gewaltige Kundgebung der vollkommenen Übereinstimmung mit dem Regierungshaupt im Protokoll eintragen lassen werde.

25. Febr. Unterredung Mussolini-Nintschitsch.

Das amtl. Kommuniqué darüber stellt fest, daß die Prüfung der Lage Europas nach den Verträgen von Locarno die Zweckmäßigkeit einer wirksameren Ausgestaltung des seit zwei Jahren bestehenden ital.-jugoslaw. Freundschaftsvertrages für beide Länder erwiesen habe. Mit Genugtuung wird von der ital. Presse vermerkt, daß in Wien die römischen Verhandlungen mit Besorgnis verfolgt würden, da die gemeinsame Linie der ital.-jugoslaw. Politik sich ja vor allem auf das Anschlußverbot bezieht.

4./5. März. (Rom) Besuch des griechischen Außenministers.

„Corriere della Sera" bemerkt zu der Unterredung **Mussolinis** mit dem griech. Außenmin. **Rufos**: Auf alle Fälle stehe sie nicht im Gegensatz zu dem Besuch Nintschitschs (s. oben), sondern ergänze diesen. — Rufos gilt als ausgesprochen italienfreundlich. Das amtl. Kommuniqué über die zweite Besprechung am 5. besagt, daß die Besserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern festgestellt worden sei.

Mitte des Monats veröffentlicht die „Chicago Tribune" Einzelheiten über Abmachungen, die **Mussolini** mit **Pangalos** gegenüber der Türkei getroffen haben soll. Diese Abmachungen sollen beide in einem Geheimvertrag folgendermaßen formuliert haben: 1. Beide Länder ermutigen die Propaganda in der Türkei für die Wiedererrichtung des Kalifats; 2. Griechenland soll die durch den Krieg verlorenen Gebiete zurückerhalten; 3. Italien soll den ganzen südl. Teil Kleinasiens erhalten, und zwar den Teil entlang der südl. Eisenbahn bis Egerdir und dann hinunter bis Selinti und den drei Seen an dem Abhang der Berge; 4. Jugoslavien soll durch die Einverleibung von Albanien entschädigt werden; 5. falls die Türkei Griechenland angreifen sollte, soll es vor einem Flankenangriff durch Italien gesichert werden.

24. März. (Chieti) Urteilsspruch im Matteottiprozeß.

Die Ermordung des Sozialistenführers **Matteotti** i. J. 1924 (vgl. GK. 1924 S. 262) wird durch den Urteilsspruch des Gerichts gegen die Angeklagten gesühnt. Der Hauptangeklagte, Dumini, erhält Zuchthaus und das dauernde Verbot, ein öffentliches Amt zu bekleiden.

27. März. Wechsel im Auswärtigen Amt.

Ministerpräsid. und Außenmin. Mussolini genehmigt das Abschiedsgesuch (vom 23. Jan.) des Generalsekretärs des Ausw. Amts, des Grafen Contarini, und ernennt an seine Stelle den Wiener Gesandten Baron Bordonaro.

30. März. Wirtschaftspolitisches Programm.

Der Ministerrat faßt Beschluß über ein groß angelegtes wirtschaftspolitisches Programm für Süditalien und Sizilien; es handelt sich um Meliorationen, Straßenbau, Eisenbahn- und Industrieanlagen, ferner um die Ausbeutung der Petroleumquellen in Süditalien.

30./31. März. Tagung des großen faschistischen Rats.

Als Nachfolger Farinaccis, der wegen seiner feindseligen Haltung gegen die Kurie mit dem Duce in Konflikt geraten ist und daher seinen Abschied gegeben hat, ernennt der Rat den Abg. A. Turati, der in der faschistischen Gewerkschaftsbewegung eine erste Rolle spielt, zum Generalsekretär der Partei.

Ferner stellt der Rat die Richtlinien für die neuen Verfassungs- und Verwaltungsreformen auf, nach denen dann das Ministerium die technische Arbeit einzustellen hat. Im Vordergrund steht die Reform des Senats und die damit zusammenhängende Interessenvertretung der Arbeiter und Arbeitgeber. Dazu werden folgende Forderungen aufgestellt: Die Zahl der Senatoren bleibt wie bisher auf eine bestimmte Zahl beschränkt. Sie zerfällt in zwei Kategorien: 1. lebenslängliche Sen. durch kgl. Berufung, 2. Sen. mit neunjährigem Turnus für die Vertreter der großen Interessenkorporationen, und zwar sollen die Arbeiter nicht weniger Vertreter entsenden als die Arbeitgeber. Das kgl. Ernennungsrecht betrifft nur die erstgenannte Kategorie. Die auf Zeit gewählten Sen. dürfen nicht jünger sein als 40 Jahre. Ein zweiter, sehr wichtiger Beschluß beschäftigt sich mit den Emissionsbanken. Die Banca d'Italia soll einziges Emissionsinstitut werden. Für die Gewerkschaftsfragen soll eine Zentralstelle in Rom bei der Regg. geschaffen werden. Die Ausführungen Mussolinis über die auswärtige Lage werden streng geheimgehalten.

3. April. Erlaß des Syndikatsgesetzes. Vgl. S. 311 f.

7. April. (Rom) Attentat auf Mussolini.

„Ag. Stefani" meldet darüber: Heute vorm. um 11 Uhr hat auf dem Platz des Kapitols eine alte Frau aus nächster Nähe einen Revolverschuß auf Mussolini abgefeuert, in dem Augenblick, als er beim Verlassen des internat. chirurgischen Kongresses die ihm zujubelnde Menge durchschritt, um sich in sein Auto zu begeben. Mussolini wurde nur ganz leicht verletzt. Das Geschoß durchschlug die Nasenflügel. Mussolini bewahrte vollkommene Ruhe und Kaltblütigkeit. Er traf sofort die notwendigen Anordnungen, um Störungen der öffentlichen Ordnung durch die von dem Attentat ausgelösten Rückwirkungen zu vermeiden. Die Täterin, die man nur mit größter Mühe vor der empörten Menge in Sicherheit bringen konnte, wurde ins Frauengefängnis eingeliefert. Die Urheberin des Attentats ist Violet Albina Gibson, 50 J. alt, engl. Staatsangehörigkeit und gebürtig aus Dalkey (Grafschaft Dublin) und gilt als geistesgestört. Das Attentat löst in der Stadt eine tiefe Bewegung aus. Es kommt auch zu Ausschreitungen, faschistische Studenten versuchen einen Sturm auf die russ. Botschaft, da ein Gerücht

die Täterin zunächst als Slawin kennzeichnet. Der Duce selbst hält am Abend eine lange Ansprache an die fasch. Parteileitung und führt u. a. aus: Er erinnere an die fasch. Revolution, die bestimmt sei, die Führung zu übernehmen und alle alten Gewalten gegen sich habe: die Demokratie, die Plutokratie und die Freimaurerei, die die Kinder der franz. Revolution seien. Ich habe, schließt er, nicht umsonst als mein Motto den Spruch gewählt: Lebe gefährlich, und ich rufe Euch zu: Wenn ich vorgehe, folgt mir, wenn ich zurückgehe, tötet mich, wenn ich sterbe, rächt mich!

8. April. Mussolini tritt eine Seereise nach Libyen an.

Als sich Mussolini an Bord des Schlachtkreuzers „Graf Cavour" begeben hat, hält er, umgeben von den hohen Offizieren der Flotte, eine Ansprache an das faschistische Parteidirektorium: Aus mehreren Gründen habe ich den Wunsch, daß diese Zeremonie unbedingt stattfinden soll: 1. Damit ihr unserer glorreichen Flotte, in der die besten Hoffnungen für unsere Zukunft liegen, eure ganze Achtung zollt. 2. Daß ihr mit diesem Kriegsinstrument vertraute Fühlung nehmt. 3. Daß sich euer Atem und euer Geist auf diesem Schiffe weiten soll. 4. Daß ihr zu Hause, wo ihr mehr oder minder dem Meere fern seid, das Bewußtsein für die Marine wecken sollt! Wir gehören zum Mittelländischen Meer und unser Schicksal wird auf dem Wasser sein, ohne daß ich mit dieser Äußerung jemand kopieren will. Für die ruhmreiche italienische Flotte evviva alalà! Die italienische Presse beschäftigt sich ausführlich mit der Reise Mussolinis nach Libyen. Unsere Kolonialpolitik, sagt Unterstaatssekretär Cantasuco, hat jetzt Bedeutung erlangt, die der der Außenpolitik nicht nachsteht. Süditalien ist ganz afrikanisch eingestellt, und man kann heute schon sagen, daß in Tripolis und in der Cyrenaika ganze Strecken so gut zu besiedeln sind, wie das in Tunis der Fall gewesen ist. — Über den Besuch in Libyen selbst s. unter Afrika S. 420 f.

12. April. (Mailand) Eröffnung der Messe.

Die Reden des Messepräsid. Nava und des Wirtschaftsmin. Beluzzo vor einem großen italien. und internat. Publikum sind auf einen beachtenswerten scharfen nationalen Ton abgestimmt. Beluzzo erörtert besonders die Ausfuhrerschwerungen der ital. Industrie und fragt besorgt, wohin der Weg der Schutzzölle noch führen soll, den jetzt auch die früher freihändlerischen großen Industriestaaten eingeschlagen hätten. Er stellt für die ital. Wirtschaft als Ziel die Befreiung von den Rohstoffen der anderen, vor allem von Eisen und Kohle auf.

17. April. Rückkehr Mussolinis von seiner Reise nach Tripolis.

21. April. Kolonialtag.

Der staatliche Feiertag, der Geburtstag der Stadt Rom, wird mit einer großen kolonialen Propaganda festlich begangen.

19. April. Erklärung über Abessinien.

Eine amtl. Auslassung betont den rein wirtschaftlichen Charakter der ital.-engl. Verhandlungen über Abessinien (vgl. S. 230).

29. April. (Kammer) Eröffnung.

Die Eröffnungssitzung gestaltet sich zu einer imposanten Kundgebung für den „vom Schicksal für Italien ausersehenen Duce". „Wehe dem, der den Duce anrührt!" Mussolini selbst erklärt: Nach jenem 7. April

sind Beunruhigungen entstanden. Ich denke, daß man übertreibt. Mussolini hat sein Ziel, das mit nichts zu verwechseln ist, und er weiß ein gerütteltes Maß von Gefahr zu tragen. Wenn ich auch die Besorgnisse achte, die aus anständiger Gesinnung herrühren, so habe ich doch nicht die Absicht, mich abzuschließen und den Kontakt mit der Masse der ital. Faschisten und des Volkes abzuschneiden. Was andere Besorgnisse anderer Natur anlangt, so erkläre ich, daß alles Menschenleben zerbrechlich und dem unwiderruflichen Schicksal unterworfen ist. Ich füge hinzu, daß in keinem Fall und unter keinen Umständen der Faschismus seine Aufgaben ändern wird, ja, für alle kommenden Möglichkeiten ist schon heute vorgesorgt. Man soll es draußen wissen, daß der Faschismus mit seinen eisernen Händen die Geschicke des ital. Volkes weiter regieren wird.

5. Mai. Halbamtliche Auslassungen über den deutsch-russischen und über den rumänisch-polnischen Vertrag.

Eine römische Nachrichtenagentur hat sich von einem hohen Beamten des Ausw. Amtes die italienische Auffassung über den deutsch-russ. und den rumän.-poln. Vertrag auseinandersetzen lassen. Italien, so sagt der Gewährsmann, betrachtet den deutsch-russ. Vertrag als ein politisches Ereignis von außerordentlicher Bedeutung, dessen Tragweite sich noch beträchtlich ausdehnen kann. Man glaubt aber keineswegs denen, die dem Vertrag eine antifranzösische oder antiitalienische Aufgabe beilegen wollen. Im Augenblick handelt es sich um einen politischen Block mit großen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, der vor allem einmal einen bestimmten Geisteszustand andeutet. Zwei große und starke Nationen, die nicht nur zahlreiche gemeinsame Interessen haben, sondern sich unter besonders historischen Umständen finden, haben das Bedürfnis, sich näher aneinander anzuschließen. Dieser Block erschien schon seit geraumer Zeit für alle Beobachter natürlich und unvermeidbar. Den poln.-rumän. Vertrag bezeichnet er als ein Ereignis von rein lokaler Bedeutung, da er nur die rumänische Grenze anginge, und da er weder in näherer oder fernerer Zukunft Unruhe in Italien hervorzurufen geeignet wäre.

6. Mai. (Kammer) Marineetat.

Unterstaatssekretär im Marinemin., Sirianni, entwickelt in seiner Etatsrede das Bauprogramm der ital. Kriegsflotte: Italien müsse die Verteidigung seinen geographischen und finanziellen Bedingungen anpassen. Ganz große Schlachtschiffe von 35000 Tonnen kämen für Italien nicht in Frage, besondere Aufmerksamkeit würde dagegen dem Torpedoboot und vor allem dem Unterseeboot zugewendet werden, den beiden Waffen, die die Schwächeren gegen die Stärkeren anwenden könnten. Der Berichterstatter Arrivabene wird von Mussolini mehrfach unterbrochen, als er gar zu pessimistisch Italiens Unterlegenheit zur See gegenüber Frankreich aus der Statistik nachweisen will. Der Berichterstatter tritt für eine erhebliche Verstärkung der Flotte ein und begründet seine Ansicht auch damit, daß Deutschland den Weltkrieg hätte gewinnen können, wenn es dreimal die Seeschlacht von Jütland geschlagen hätte.

18. Mai. Gewerkschaftsgesetzgebung.

Der Ministerrat erledigt das Ausführungsges. für die „Kollektivarbeitsabkommen". Damit sollen die syndikalistischen Gewerkschaften sich

in den Staat einorganisieren. Die Kontrolle des Staates wird ausgeübt von dem neu zu bildenden Korporationsministerium und den Provinzialverwaltungen.

28. Mai. (Senat) Auswärtige Politik.

Die Debatte über die auswärtige Politik wird zu Ende geführt. Dem Senat liegt der Kommissionsbericht über den Locarnovertrag vor, den Sen. Schanzer als Berichterstatter vor einiger Zeit übergeben hat und in dem er die Annahme des Vertrags empfiehlt. Dabei stellt er fest, daß der Vertrag keine neue Verpflichtungen Italiens enthalte, die über die Pflichten aus dem Völkerbund hinausgingen. Er sei vielmehr nichts anderes als eine genaue Festlegung dieser Verpflichtungen zugunsten dar garantierten Mächte. Dadurch, daß aber Italien im Völkerbundsrat selbst Sitz und Stimme habe, sei es in der Lage, seine Meinung auch hier stets zur Geltung zu bringen in dem Fall, daß eine Entscheidung über einen kriegerischen Zusammenstoß dem Völkerbundsrat vorgelegt werden sollte. Über die Frage der Unterstützung der verletzten Partei stehe außerdem dem garantierenden Staat das Recht des eigenen Urteils zu. Italien sei an Ansehen in der Welt gestärkt aus der Konferenz hervorgegangen. Es habe für seine eigenen Grenzen keine neuen Bürgschaften nötig gehabt, weil es in der Lage sei, sie gegebenenfalls selber zu verteidigen. Die Friedensverträge sähen für einen Anschluß Österreichs an Deutschland eine vorherige Zustimmung Italiens vor. Den Geist von Locarno müßten auch die garantierten Mächte aufnehmen, vor allem das Deutsche Reich, denn es wäre absurd, daß Italien Deutschlands Grenze garantieren sollte, während unter Zustimmung oder stillschweigender Duldung der deutschen Regg. das deutsche Volk die Grenzen Italiens bedrohen würde. Das Schicksal der Verträge von Locarno würde also wesentlich von der Aufrichtigkeit der Absichten und der Pläne Deutschlands abhängen, das die Locarno-Verträge angenommen habe, weil es sie für seine Wiederaufrichtung als unumgängliche Voraussetzung betrachtet habe. Der neue Vertrag zwischen Deutschland und Rußland müsse einer genauen Prüfung unterworfen werden, ob er mit dem Völkerbundspakt in Übereinstimmung stände, weil Deutschland auf Grund des Locarno-Vertrages die Mitgliedschaft des Völkerbundes erwerben wolle.

Die Debatte wird abgeschlossen durch eine Rede Mussolinis, der in kurzen Zügen eine Übersicht über die gesamten Probleme gibt. Was er über Locarno und über die Brennergrenze sagt, beschränkt sich auf die alte Beweisführung, daß nämlich Italien nicht außerhalb der Verhandlungen bleiben durfte, daß aber andererseits ein besonderer Schutz der Brennergrenze nicht notwendig sei, weil Italien selber die Grenze zu schützen in der Lage wäre. Der Berliner Vertrag zwischen Deutschland und Rußland, meint er, habe den Glanz des Geistes von Locarno etwas getrübt. Man dürfe die Bedeutung eines solchen Vertrages nicht übertreiben, aber ebensowenig dürfe man den Kopf in den Sand stecken. Der Vertrag sei wirklich eine ernste Angelegenheit, die mit aller notwendigen Aufmerksamkeit verfolgt werden müsse. Indessen sei es klar, daß auf der nächsten Völkerbundsversammlung Deutschland in den Völkerbund eintrete. Dieses sei eine alte Forderung Italiens, die er von Anfang an verfochten habe. Es wäre gefährlich und unzweckmäßig, den Eintritt Deutschlands zu verzögern oder gar zu verhindern. Zur Abrüstungsfrage betont er die friedliche Gesinnung Italiens. Den Frieden

wollen, bedeute aber nicht, entwaffnet zu sein. Italien dürfe sich nicht entwaffnen, solange andere Staaten nicht entwaffnet wären. Entwaffnung würde für Italien Selbstmord bedeuten, ferner den Verlust seiner Unabhängigkeit und Freiheit. Damit wäre die Haltung des ital. Vertreters in Genf bei der Abrüstungskonferenz, des Gen. de Marinis, erklärt. Er hoffe indessen, daß Italiens Wunsch nach Ausdehnung von den ehem. Verbündeten noch rechtzeitig erfüllt werde; auf alle Fälle solle es klar sein, daß niemand etwas erhalten dürfe, ehe nicht Italien zufriedengestellt sei. In diesem Punkte sei die faschistische Regg. unnachgiebig. Über den Völkerbund und die Einstimmigkeit seiner Entschlüsse bemerke er, Italien habe nicht wie andere Nationen eine Gefolgschaft von kleineren Völkern, sondern nur das Veto, und auf dieses Veto wolle es in keiner Weise verzichten. Nachdem Mussolini noch von dem Problem der Auswanderung und der ital. Schulen im Auslande gesprochen hat, fährt er fort: Ich will Ihnen eine Erklärung allgemeiner Art abgeben. Wie man stets für irgendeinen Jakobiner ist, so ist man auch stets für irgendeinen Imperialist. Die ital. Politik wurde stets imperialistischer Bestrebungen verdächtigt. Ich habe bereits in einem von amerik. Blättern veröffentlichten Interview dargelegt, was ich vom Imperialismus denke. Ich glaube, und hierin werde ich unterstützt durch Studien und Bücher, die ein allgemeines Kulturgut sind, daß jedes lebende Wesen, das leben will, imperialistische Tendenzen besitzt, und daß daher die Völker, die die gleichgeordnete Gesamtheit der lebenden Wesen darstellen, wenn sie leben wollen, einen gewissen Willen zur Macht entwickeln müssen. Sonst können sie nur vegetieren und einem stärkeren Volk zur Beute fallen, das diesen Machtwillen noch mehr entwickelt hat. Ich sagte also, daß der ital. Imperialismus ein Zeichen der Würde des ital. Volkes und vor allem seiner moralischen Würde ist. Es besteht das Bedürfnis nach wirtschaftlicher und intellektueller Ausdehnung bei einer Nation, die ein wenig spät auf dem Platze erschienen ist. Wenn ein Volk eintritt, wo jedermann bereits seinen Platz hat, ruft es ein wenig Unbehagen hervor. Ein unerwarteter Gast ist bisweilen nicht willkommen. Man hört schöne Phrasen von internationaler Solidarität, Verbrüderung der Völker und Herzlichkeit in den Beziehungen zwischen den Nationen. All das ist schöne Literatur, aber die Wirklichkeit ist grundverschieden. In Wirklichkeit treibt kein Volk eine Politik des Internationalismus und der Verbrüderung. Sämtliche Völker errichten furchtbare Schranken, die gegenwärtig nur wirtschaftlicher und politischer Art sind. Selbst die Völker, die liberale Traditionen hatten, tragen sie jetzt schleunigst zu Grabe und denken nicht mehr daran. — Nach einer langen Kundgebung für den Ministerpräsid. nimmt der Senat den Etat des Äußeren an.

29. Mai. Handelsvertrag mit Frankreich. Vgl. S. 269.

3. Juni. (Kammer) Finanzlage.

Finanzmin. Volpi legt die finanzielle Lage dar: Der Überschuß dieses Jahres betrug am 30. April 668 Mill. gegenüber 582 Mill. Ende des vorhergehenden Monats und gegenüber einem Defizit von ungefähr 226 Mill. Ende April 1925. Dies wurde durch strenge Kontrolle der von der Regg. verfolgten Finanzpolitik ermöglicht, deren Grundsatz die Entwicklung aller produktiven Ausgaben war, insbesondere derjenigen, die die Einfuhr vermindern und die Ausfuhr erhöhen. Dem entsprach die Vereinheitlichung der Emissionen und die Regulierung der italieni-

schen Schulden gegenüber dem Ausland. Diese beiden Elemente bilden die Grundlage der Finanzpolitik der Regg. Die ursprünglichen Zahlen des Etats für 1925/26 konnten im Laufe des Finanzjahres herabgesetzt werden, hauptsächlich infolge der Ersparnisse in der Verwaltung der Verkehrsmittel. Parallel mit der Herabsetzung der Ausgaben gingen die Einnahmen in die Höhe. Die Einnahmen des gegenwärtigen Finanzjahres zeigen eine Erhöhung von 2,355 Mill. gegenüber denen des vor. Jahres, obwohl größere Summen für die militärischen Schutzvorrichtungen vorgesehen worden waren. Das Budget der Finanzen wurde mit 471 Mill. neu belastet, die insbesondere für die Zahlung der Schuldzinsen bestimmt waren. Was die öffentliche Schuld betrifft, so erlaubten die günstigen Verhältnisse in der Staatskasse die Herabsetzung des Zinsfußes der ord. Schatzscheine von 6 auf 5 %, was zur Verminderung der schwebenden Schuld führte. Ende Febr. erreichte der Umlauf der Schatzscheine seinen Höhepunkt, der Zins soll jedoch vorläufig nicht mehr geändert werden. Die ausländische Schuld wird durch die deutschen Leistungen geregelt werden. Italien hat also nur eine innere Schuld zu tragen, die im Vergleich zu der anderer Länder nicht bedeutend ist. Am 30. April waren für 17898 Mill. Bankscheine im Umlauf, d. h. 253 Mill. mehr als am 30. April 1925, aber 1452 Mill. weniger als am 31. Dezember 1925. Dazu kommen die vom Staat selbst in Umlauf gebrachten Scheine. Es kursieren also ungefähr 20 Milliarden Lire Papiergeld. Was die Valuta betrifft, so bin ich der Meinung, daß das Währungsproblem von der internat. Zahlungsbilanz abhängig ist. Die italienischen Finanzen sind gesund und fest und mit faschistischen Grundsätzen geleitet. Der Weltkrieg hat ungefähr 30 % des ital. Nationalvermögens zerstört. Unsere Bevölkerung vermehrt sich um 400000 Köpfe jährlich. Das Gleichgewicht zwischen Produktion, Arbeit, natürlichen Reichtümern und Kapital ist noch nicht wiederhergestellt. Trotzdem hat Italien finanzielle Ergebnisse erreicht, die ihm erlauben, der Zukunft mit Vertrauen entgegenzusehen.

14. Juni. (Senat) Währungspolitik.

Finanzmin. Graf Volpi erörtert wiederum die Währungsfrage. Zunächst stellt er auf Grund der Maiabrechnung des Schatzamtes fest, daß der Haushaltsüberschuß des Etatsjahres, das am 30. Juni abläuft, auf alle Fälle eine Milliarde beträchtlich übersteigen wird. Dann behandelt er die Währungspolitik, die er seit mehr als dreiviertel Jahren verfolgt, und gibt eine Aufzählung der nacheinander erlassenen Vo.: 1. Verbot des Devisenhandels, ohne daß das Bedürfnis dokumentarisch nachgewiesen ist; 2. Verbot für die Banken, auf eigene Rechnung zu kaufen; 3. Verbot der Bankenarbitrage; 4. Verbot der Belastung des Gegenwertes auf ein Konto, das vom Schatzamt nicht zugelassen ist; 5. gleichzeitige Hergabe der Lirabeträge beim Devisenverkauf und 6. dauernde Kontrolle über alle Währungsvorgänge. Graf Volpi fährt dann fort: Die internationale Spekulation während der beiden letzten Monate gegen die lateinischen Währungen hat einen Umfang gehabt, wie er in der Finanzgeschichte wohl noch nicht dagewesen ist. Das Problem der ital. Valuta ist mit dem Problem der nationalen Produktion identisch. Nur durch eine Stärkung der nationalen Produktionsfähigkeit und durch eine Änderung der Stellung der ital. Währung innerhalb der internat. Währungen kann eine Währungsstabilisierung vorbereitet werden.

21. Juni. Kundgebung der Industrie.

Der fasch. Reichsverband der ital. Industrie nimmt in einer Kundgebung zur Wirtschaftslage Stellung: Das Gefühl der Unsicherheit halte in den letzten Wochen unverändert an. Die Lage sei gekennzeichnet durch die wankende Währung, das Steigen der Rohstoffpreise und die Kreditnot.

29. Juni. Wirtschaftspolitische Beschlüsse des Ministerrats.

Der Ministerrat faßt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage folgende Beschlüsse: Verbot jedes Baues von Luxushäusern und Einzelvillen, um die ganze Arbeitsenergie auf den Bau von Holzhäusern und billigen Wohnstätten zu vereinigen; keine Zulassung von neuen Kaffeehäusern und weltstädtischen Vergnügungslokalen; Beschränkung des Umfangs der Zeitungen; Streckung des Benzins durch Alkohol und Erhöhung der Arbeitszeit um eine Stunde.

Ende Juli. Abschluß der italienisch-ägyptischen Verhandlungen.

Die Kommissionsverhandlungen über die Grenzführung zwischen Ägypten und der Cyrenaika werden vorläufig beendet. Vereinbart wird die sog. Milner-Scialoja-Linie, die 10 Kilom. nördlich der Bucht von Solum beginnt, und die dann am 25. Längengrad herunterführt, worin die Oase von Diarabub eingeschlossen ist.

3. Aug. Der Ministerrat beschließt Sparmaßnahmen.

U. a. handelt es sich um die Einführung des Einheitsbrotes und um die Verminderung des Banknotenumlaufs.

3. Aug. (Rom) Besuch des amerikanischen Staatssekretärs Mellon.

Mellon erörtert mit Mussolini und mit Finanzmin. Graf Volpi die Finanz- und Währungsfragen, um als Grundlage für Anleiheverhandlungen einen Bericht über die Lage in Europa erstatten zu können.

7. Aug. Italienisch-spanischer Schiedsvertrag.

Außer den wesentlichen schiedsrichterlichen Bestimmungen enthält der Vertrag im Art. 13 folgende gegenseitige Neutralitätsklausel: Wenn einer der Vertragsstaaten trotz seiner friedlichen Haltung von einer dritten Macht angegriffen wird, muß der andere Vertragsstaat während der Dauer des Konfliktes die Neutralität bewahren. Der Vertrag ist vorläufig auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen, wird aber ohne vorherige Kündigung von selbst um fünf Jahre verlängert.

2. Sept. Vertrag mit dem König des Jemen. Näh. s. Abschn. Asien, S. 435.

12. Sept. (Rom) Bombenattentat auf Mussolini.

Unmittelbar nach dem Attentat gibt Mussolini an seine Partei die Parole aus: Keine Vergeltungsmaßnahmen! Anläßlich der ihm huldigenden Kundgebung vor dem Ausw. Amt hält Mussolini vom Balkon aus eine Ansprache. Zunächst erinnert er daran, daß vor genau zwei Jahren einer der getreuesten Faschisten, der Gewerkschaftsführer Casalini, von Mörderhand gefallen sei. Doch fordert er seine Schwarzhemden auf, Disziplin zu wahren und jede Ruhestörung zu unterlassen, da dies der Partei unwürdig wäre. Dann fährt er wörtlich fort: Von dieser Tribüne aus will ich einige ernste Worte sagen, die diejenigen genau bedenken mögen, die es angeht. Man muß jenseits der Grenze (gemeint

ist Frankreich) Schluß machen mit gewissem schuldhaften und unerhörten Gewährenlassen, wenn man wirklich auf die Freundschaft des ital. Volkes Wert legt, eine Freundschaft, die durch solche Vorkommnisse auf das schwerste kompromitiert werden könnte. Im übrigen glaube ich nach ernstem Nachdenken, daß andere Maßregeln noch zu ergreifen sind, nicht meinetwegen, weil ich wirklich in der Gefahr zu leben liebe, sondern für das ital. Volk, das tapfer arbeitet, wie es seine Pflicht, seine Hoffnung, sein Vorrecht und sein Ruf ist, und das nicht in regelmäßigen Abständen durch die Anschläge von Verbrechern gestört werden darf. Wie wir das System stets wiederkehrender ständiger Streiks abgeschafft haben, so wollen wir auch diese Serie von Attentaten beenden, indem wir auf die Todesstrafe zurückgreifen. Dann wird es immer unbequemer werden, die Existenz des faschistischen Regimes und die Ruhe des ital. Volkes in Gefahr zu bringen. Ihr wißt, daß ich, wenn ich zum Volke direkt spreche, keine leeren Worte mache, sondern Taten ankündige, die gemäß dem neuen ital. Charakter getan werden müssen.

16. Sept. Italienisch-rumänischer Freundschaftsvertrag.

Im Palazzo Chigi unterzeichnen Ministerpräsid. Mussolini und Gen. Averescu einen „Vertrag der Freundschaft und herzlichen Zusammenarbeit“, um „den allgemeinen Frieden zu sichern und die politische Stabilität zu festigen, die nötig ist zum moralischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas“. Die Festlegung der Technik des Schiedsverfahrens bleibt einer späteren Konvention vorbehalten, die von einer gemischten Kommission auszuarbeiten ist. Da Italien die Konvention von 1920 über Beßarabien nicht unterzeichnet hat, bildet diese Frage den Gegenstand eines gleichzeitigen besonderen Briefwechsels. In dem Brief Mussolinis an Averescu heißt es: Im Verlaufe unserer Verhandlungen hatten wir auch Gelegenheit, die Frage des Vertrages, der Beßarabien betrifft und in Paris am 28. Okt. 1920 unterzeichnet wurde, einer Prüfung zu unterziehen. In unserem Vertrage wird aus Gründen, die Ihnen vorzulegen ich die Ehre haben werde, keine Anspielung auf den Pariser Vertrag gemacht, dessen Ratifizierung von Seite der ital. Regg. nicht früher stattfinden wird, als dies geschehen kann, ohne daß dadurch die Interessen Italiens allgemeiner Natur einen Abbruch erleiden. Averescu sagt in seinem Brief: Ich beeile mich, Ihnen den Erhalt Ihres Briefes zu bestätigen. ... Gleichzeitig nehme ich davon Kenntnis, daß die Ratifizierung dieses Vertrages von Seite Italiens eine Frage der Zeit und Opportunität ist.

24. Sept. Offiziöse Note zur deutsch-französischen Annäherung.

Der „Corriere della Sera“ sagt in einer offiziösen Note, wie man in Rom die Politik der deutsch-franz. Annäherung beurteilt: Für den Augenblick sei keine große Änderung in der europäischen Gesamtlage zu erwarten. Die Definition eines deutsch-franz. Blocks, von dem die Rede sei, erscheint dem Blatte verfrüht und übertrieben. Ein guter Beobachtungsposten sei London. Italien habe alles Interesse daran, daß in Europa immer bessere Bedingungen für einen allgemeinen Frieden entständen. Dieser Frieden habe für das ital. Volk aber nur Wert als Voraussetzung für ein weites Arbeitsprogramm, da das ital. Volk ein Volk von Arbeitern und Produzenten, nicht aber von Bankiers und Sparern sei. Würde Italien die Teilnahme am Wiedererstehen der europäischen Sicherheit beschränkt oder würde es gar davon ausgeschlossen,

so müßte die ital. Regierung daraus Folgerungen ziehen, die den Interessen der Nation besser dienen würden.

30. Sept. Zusammenkunft Chamberlain-Mussolini in Civitavecchia.

Über die an Bord der Yachten „Delphin" und „Giuliana" stattgefundenen Besprechungen besagt die offiziöse „Ag. Stefani": „Die beiden Minister haben die wichtigsten internationalen Fragen der Stunde geprüft und dabei die Genugtuung gehabt, die Intimität der engl.-ital. Beziehungen und die Gleichheit der von den beiden Regg.en für die Lösung der wichtigsten europäischen Probleme eingehaltenen Linie zu bestätigen." Der darüber hinaus sich alsbald bildenden Auffassung, als ob Livorno ein Gegenstück zu Thoiry sei und die Anbahnung einer engl.-ital. Entente bedeute, tritt Chamberlain, nach London zurückgekehrt, selbst entgegen.

2. Okt. Der Ministerrat beschließt die Wiedereinführung der Todesstrafe.

5. Okt. Besuch des bulgarischen Außenministers.

Die Presse sieht in dem Besuch des bulg. Außenmin. Buroff bei Mussolini den Versuch Bulgariens, für eine Politik der Wiederannäherung an Rumänien und Jugoslawien die Unterstützung Italiens zu erreichen.

28. Okt. Mussolini erläßt folgende Botschaft:

Schwarzhemden! Die Feier des vierten Jahrestages des Marsches auf Rom erfolgt zu einer Zeit, in der das Regime dank seiner Stärke im Innern und seinem Ansehen in der Welt eine mächtige Stellung einnimmt. Alle Kräfte des Regimes, von der Regierung bis zur Partei, von der Miliz bis zu den Gewerkschaften, befinden sich in einer Periode des Glanzes. Das Regime ist fest wie ein Berg aus Granit. Dagegen vermögen weder der Groll der Enteigneten, noch die Anschläge der Verbrecher oder die Verleumdungen der Ohnmächtigen etwas. Das Regime legte in den Jahren vom 28. Okt. 1922 bis zum 28. Okt. 1926 die unerschütterlichen Grundlagen seines Baues und verwuchs mit der gesamten Nation zu einem Ganzen. In den heutigen Zeiten verläuft das Leben der einzelnen und der Völker zu rasch. Aber es ist notwendig, heute einen kurzen Halt zu machen, wie während der Etappe eines noch langen Marsches, um sich die innerhalb eines einzigen Jahres geleistete Arbeit ins Gedächtnis zurückzurufen. Ich bestätige ohne jegliche Rhetorik, daß die Fülle dieser Arbeit ungeheuer ist. Das Regime entfaltete auf allen Gebieten eine belebende Tätigkeit. Die nationale Wirksamkeit des Regimes in der Politik verwirklichte in wenigen Monaten in den Gesetzen einige Grundforderungen unserer Doktrin. Ich erinnere an die Schaffung des Gouvernements Rom, das der Hauptstadt endlich jenen Vorrang einräumte, der ihr vom historischen und nationalen Gesichtspunkte aus zukam.

29. Okt. Unterzeichnung des ital.-ägypt. Vertrags. Vgl. S. 315.

31. Okt. (Bologna) Attentat auf Mussolini.

Als abends gegen 5.40 Uhr Mussolini sich auf der Rückkehr von der Einweihung eines Kongresses zur Förderung der Wissenschaften nach der Station begibt, gibt an der Hauptstraße von Bologna, der Via Indipendenca, ein junger Mann im Alter von 15 Jahren einen Revolverschuß auf ihn ab. Der Schuß geht fehl, streift aber die Kette des Mauritiusordens und die Uniformjacke und geht dann durch den

Ärmel von der Jacke des Bürgermeisters von Bologna, der Mussolini begleitet, hindurch. Der Attentäter (laut nachfolgender Identifizierung Antonio Zamboni, der Sohn eines Bologneser Buchdruckers) wird sofort von der Menge umringt und gelyncht. Nach dem Attentat richtet der Generalsekretär der Partei, Turati, einen Aufruf an die Schwarzhemden, in dem es heißt: Der Attentäter ist auf der Stelle gelyncht worden. Die erste Tat der Gerechtigkeit ist damit vollzogen. Es müssen jetzt noch die Komplizen gepackt werden.

5. Nov. Sicherheitsmaßnahmen der Regierung.

Der Ministerrat nimmt die Vorschläge des Innenmin. Federzoni und des Justizmin. Rocca zum Schutz des Regimes einstimmig an. Die Vorschläge des Innenmin. betreffen vor allem die Annullierung aller ital. Auslandspässe vom 9. Nov. an, die Pressezensur, die Auflösung der regimefeindlichen Organisationen und die Einrichtung eines politischen Überwachungsdienstes bei der nationalen Miliz. Der GE. des Justizmin. enthält die Einführung der Todesstrafe für politische Verbrechen und setzt zur Aburteilung der staatsfeindlichen Vergehen ein Sondergericht ein.

Innenmin. Federzoni und Kolonialmin. di Scalea reichen ihre Demission ein; Mussolini nimmt dieselbe an und schlägt dem König vor, ihm selbst das Innenmin. und Federzoni das Kolonialmin. zu übertragen.

9. Nov. (Kammer) Huldigung für Mussolini.

Die Sitzung wird eröffnet mit einer stürmischen Huldigung für Mussolini. Der Antrag des fasch. Generalsekretärs Turati, wonach allen Abgg. der sog. Aventin-Opposition, die seit der Matteottiaffäre die Mitarbeit in der Kammer verweigern, die Mandate (120) entzogen werden sollen, wird einstimmig angenommen. Der Antrag des Justizmin. Rocca auf Einführung der Todesstrafe und der GE. zur Verteidigung des Staates wird in namentlicher Abstimmung mit 341 gegen 12 St. angenommen.

Mussolini übernimmt am gleichen Tage die Leitung des Innenministeriums und erläßt an die Präfekten ein Rundschreiben, in dem er erklärt: Notwendig sei die systematische und kluge Anwendung aller Gesetze zur Verteidigunng des fasch. Regimes, strenge Wahrung der öffentlichen Ordnung, damit der wirtschaftliche Wiederaufbau nicht im geringsten gestört werde, Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen und Gelder und unermüdliche Anteilnahme an den Gewerkschaftsfragen, Schutz und Gerechtigkeit für alle, hoch und niedrig, die arbeiten wollen.

24. Nov. Handelsvertrag mit Griechenland.

Ministerpräsid. Mussolini und der griech. Gesandte in Rom unterzeichnen an Stelle des bish. modus vivendi einen neuen Handelsvertrag auf der Grundlage gegenseitiger Meistbegünstigung.

27. Nov. Freundschafts- und Sicherheitsvertrag mit Albanien.

Näh. s. Albanien, S. 397.

6. Dez. (Ministerrat) Verwaltungsreform.

Auf Vorschlag Mussolinis genehmigt der Ministerrat einen GE., durch den die Zahl der Provinzen um 17 erhöht und die Unterpräfekturen aufgelöst werden. U. a. wird damit das deutschsprachige Gebiet in Südtirol (Bozen, Brixen und Meran) eine eigene Provinz. Musso-

lini erklärt mit Nachdruck, daß die Autorität der Präfekten als Vertreter der obersten Regierungsgewalt in der Provinz in jeder Weise aufrechterhalten und gestärkt werden müsse. Das ist so zu verstehen, daß neben die Präfekten keine faschistische Nebenregg. gesetzt werden dürfe und daß Faschisten zu Präfekten ernannt werden.

8. Dez. (Ventimiglia) Ermordung zweier Karabinieri.

Die Polizei vermutet, daß es sich wieder um ein Verbrechen der Bande Pollastri handelt, die schon seit Wochen die Grenzgegend von Genua bis zur franz. Grenze unsicher macht. Die Regg. veranlaßt sofort die Schließung der Grenze.

15. Dez. Dekret betr. das Staatsemblem.

Das Liktorenbündel, das dem Faschismus den Namen gegeben hat, wird damit Staatsemblem.

20. Dez. Zollerhöhungen.

Das Finanzministerium setzt eine erste Liste von den beschlossenen Zollerhöhungen in Kraft.

29. Dez. Deutsch-italienischer Schiedsvertrag.

Der ital. Ministerpräsid. Mussolini und der deutsche Botschafter v. Neurath unterzeichnen im Palazzo Chigi einen Schiedsvertrag. Obgleich der Vertrag keinerlei offene oder geheime Klauseln rein politischer Natur enthält, wird er von beiden Seiten als bedeutsames Ereignis gewertet. Er stellt den ersten Schiedsvertrag dar, den Deutschland nach dem Kriege mit einer Großmacht schließt, und bestärkt die Hoffnung auf eine weitere freundliche Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen. In der Form schließt sich der Vertrag früheren Schiedsverträgen an, er hat eine Dauer von zehn Jahren und überträgt die schiedsrichterliche Funktion einer ständigen Vergleichskommission, eventuell einem besonderen Schiedsgericht oder dem Internat. Gerichtshof im Haag. Die deutsche wie die italienische Presse begrüßt den Vertrag.

XI

Römische Kurie

Ende Febr. Der Papst zur neuen italienischen Kirchengesetzgebung.

Der Papst weist in einem Schreiben an den Kardinalstaatssekretär Gasparri darauf hin, daß jene Priester, die von der ital. Regg. zur Teilnahme an den Arbeiten des Ausschusses zur Ausarbeitung der ital. Kirchenges. berufen worden seien, vom Vatikan keinen Auftrag besäßen, wohl aber die Erlaubnis zur Teilnahme an den Arbeiten erhalten hätten. Nachdem nunmehr diese Vorschläge Gesetz würden, sehe er sich zu der Erklärung genötigt, daß er niemand das Recht und die Macht der Gesetzgebung über ihm untergeordnete Dinge und Personen zuerkennen könne, wenn nicht im voraus Verhandlungen und bindende Abmachungen mit dem Vatikan und dem Papste erfolgt seien.

20. Dez. Ansprache des Papstes.

Im Geheimen Konsistorium hält Papst Pius XI. eine Rede von stark politischem Einschlag. Er gedenkt des Religionskampfes in Mexiko und dann des Streites, der von der „Action francaise" im katholischen Lager Frankreichs entfesselt worden sei. Gute Katholiken, sagt er, dürfen

ihren Namen nicht mehr für eine Zeitung und eine Vereinigung hergeben, die der Politik den Vorrang gibt. Die Katholiken dürfen keine Zeitung lesen, deren Leiter häufig gegen katholische Doktrinen und katholische Moral geschrieben haben. Vielmehr sollen sich die Katholiken, mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen, innerhalb der katholischen Kirche zusammenfinden. Über das Italien des Faschismus äußert er sich folgendermaßen: Auch über Italien ist ein schwerer Sturm gebraust, der Sturm der Empörung und des Abscheus über das wahnsinnige Attentat gegen das Leben des Mannes, der mit so viel Energie es regiert, daß es selber in Gefahr gerät, sooft seine Person gefährdet ist. Der sichtbare Beistand der göttlichen Vorsehung hat den Sturm durch einen wahren Orkan des Dankes und der Freude abgelöst dafür, daß das auserséhene Opfer unversehrt geblieben ist. Wir sind mit die ersten gewesen, die darüber unterrichtet worden sind, und sicher mit die ersten, die dem Herrn über Leben und Tod Dank sagten. Um so mehr ist es aber zu bedauern, daß Gewalttaten gegen die Mitglieder, Einrichtungen und Häuser der Gläubigen begangen worden sind und daß man nicht vor der Würde der Gotteshäuser, der Bischöfe und Geistlichen Halt gemacht hat. Schließlich spricht der Papst den Anhängern der „katholischen Aktion“, der katholischen Pfadfinderbewegung in Italien, seinen Segen aus und sagt: Es steht noch immer eine drohende Wolke über der „katholischen Aktion“. Es scheint, daß wieder einmal eine Staatsauffassung Platz greift, die nicht katholisch ist und die besagt, daß der Staat der Zweck und der Bürger nur das Mittel sei, das ganz im Zweck aufzugehen habe.

24. Dez. Weihnachtsansprache des Papstes.

Der Papst spricht seine hohe Genugtuung darüber aus, daß England soeben das Ausnahmeges. gegen die Katholiken aufgehoben habe.

XII
Schweiz

24. Jan. Note Rußlands.

Die Vorgeschichte des schweiz.-russ. Konfliktes reicht weiter zurück. 1919 erfolgte im Zusammenhang mit dem schweiz. Generalstreit die Ausweisung der Sowjets aus Bern. Kurz darauf wurde die schweiz. Gesandtschaft in Petersburg von einer Volksmasse besetzt, womit die diplomatischen Beziehungen beider Länder aufhörten. 1923 wurde in Lausanne der aus Rom zur Konferenz erschienene Sowjetbotschafter Worowski ermordet. Nach der Ermordung Worowskis durch einen Schweizer und einen Russen hat der Bundesrat offiziell sein Beileid ausgedrückt und offiziös sein Mißfallen ausgesprochen. Die Freisprechung der Mörder wurde vom Schweizer Volk mit überwiegender Mehrheit mißbilligt. Sofort nach der Freisprechung verfügte die russ. Regg. den Boykott schweiz. Waren, worauf der Bundesrat die Visierung russ. Pässe verbot. Damit waren auch die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und im Juli 1923 erschienen sehr heftige russ. Noten. Nunmehr wurden zu Beginn des J. 1926 durch Vermittlung einer dritten Macht mit Rußland Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts eingeleitet, da inzwischen der Konflikt hochpolitische Bedeutung bekam, indem Rußland davon seine Teilnahme an den Beratungen der Ab-

rüstungskommission abhängig machte. (Vgl. Völkerbund!) Die Schweiz übermittelte der Sowjetregg. Vorschläge zur Wiederaufnahme der gegenseitigen Beziehungen, worauf nunmehr die russische Antwort erfolgt, über deren Inhalt jedoch nichts verlautet. Der Meinungsaustausch geht noch weiter. Am 9. Febr. veröffentlicht der Bundesrat ein Kommuniqué, wonach die Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

3. Febr. Abschluß eines Schiedsvertrages mit Rumänien.

14. Febr. Die Verhandlungen mit Rußland (s. o.) scheitern.

17. Febr. (Nationalrat) Der Konflikt mit Rußland.

Bundesrat Motta beantwortet zwei Anfragen über den Konflikt mit Rußland. Der Interpellant, Nationalrat Huber, sagt: Man habe den Eindruck, Herr Tschitscherin befürchte das Zustandekommen einer Einigung und damit den Verlust seiner guten Ausrede für das Fernbleiben von der Abrüstungskonferenz. Motta gibt zunächst einen historischen Überblick über die Sachlage im Zusammenhang mit der vorbereitenden Konferenz für die Abrüstungsfrage. Er verliest einen am 30. Dez. 1925 an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichteten Brief, worin der Bundesrat bestätigt, daß die schweiz. Behörde den Delegierten der Sowjetrepublik keinerlei Schwierigkeiten bereiten würde. Denn der Bundesrat halte es für wichtig, daß die Abrüstungsvorkonferenz in Genf stattfinde, einmal aus technischen Gründen und zweitens aus dem politischen Grunde, daß das große Friedenswerk am Sitze des Völkerbundes zustande komme. Durch franz. Vermittlung habe sodann der Meinungsaustausch stattgefunden. Dabei habe es sich im wesentlichen um vier Punkte gedreht: 1. Der Bundesrat sollte seinen Tadel und sein Bedauern hinsichtlich des Verbrechens von Lausanne aussprechen, 2. materielle Hilfe für die Tochter Worowskis zusichern, 3. die Teilnahme der Sowjetregg. an der Abrüstungskonferenz in Genf ermöglichen, 4. die Aufhebung der Ausnahmemaßnahme gegen die Schweiz (Boykott). Der Bundesrat sei, soweit irgend möglich, den Forderungen Moskaus entgegengekommen, aber die pekuniäre Beihilfe an die Tochter Worowskis sollte nur in Gesamtheit aller zu regelnden Fragen diskutiert werden. Noch in letzter Stunde sei am 9. Febr. durch die franz. Regg. ein letzter Vorschlag an Rußland ergangen, wobei der Bundesrat im Interesse des Friedens der Tochter Worowskis materielle Hilfe gewähren wollte, deren Modalitäten diskutiert werden sollten, wenn die Regg. der Sowjets und die schweiz. Eidgenossenschaft direkt miteinander in Verhandlungen eingetreten seien. Diesen letzten Vorschlag habe jedoch die Sowjetregg. zurückgewiesen und damit den Bruch der Verhandlungen besiegelt.

28. März. Der Bundesrat beschließt, die Einladung zur Teilnahme an der Komm. für die Reform des Völkerbundsrats anzunehmen.

16. April. (Nationalrat) Genehmigung des Freundschaftsvertrages mit der Türkei.

Ende April. Der Ständerat und der Nationalrat nehmen mit großer Mehrheit das Getreideeinfuhrmonopol an.

Der Beschluß unterliegt jedoch noch der Volksabstimmung. S. 322.

11. Juni. (Genf) Zusammenstöße mit Faschisten.

Anläßlich einer soz. Gedenkfeier für Matteotti kommt es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Soz. und Fasch.

16. Juni. (Ständerat) Völkerbundsfragen.

Bundesrat Motta erklärt über die Erweiterung des Völkerbundsrats: Die Schweiz habe an dem Eintritt Deutschlands großes Interesse. Wenn sie sich an der Studienkomm. für die Erweiterung des Völkerbundsrats beteiligt habe, so habe sie es deswegen getan, weil es sich darum handelte, in der Komm. Vertreter derjenigen Staaten zu vereinigen, die unbefangen an die Frage der Reorganisation herantreten würden. Er sei nach wie vor der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, bei der jetzigen Zahl der Ratsmitglieder zu bleiben; aber es wäre nicht im Sinne der Völkerversöhnung, wollte man eigensinnig auf seinem Standpunkte beharren und sich der Pflicht der Mitarbeit zur Lösung der Krise entziehen.

Ende Juni. (Ständerat und Nationalrat) Die Völkerbundsfrage.

Beide Kammern erörtern eingehend die aktuellen Fragen des Völkerbunds. Der Wortführer der Komm., Welti, sieht im Völkerbund und in Locarno eine englische Operation gegen Sowjetrußland. Die Soz. zeigen sich gespalten, ein Teil, besonders die Deutsch-Schweizer, verharrt in Mißtrauen gegen den Bund, während die Franzosen ihre Begeisterung für den Bund ausdrücken. Auch Freisinnige und Konservative üben am Bund strenge Kritik, zumal sein Bestand in der Schweiz zu internat. Verwicklungen Anlaß gebe. Bundesrat Motta betont u. a.: Für die Schweiz bedeute eine deutsch-franz. Annäherung das meiste, und deshalb begrüße er Locarno. Entschieden verurteile er die fasch.-soz. Zusammenstöße. Zwar habe eine eigentliche fasch. Herausforderung nicht stattgefunden, aber das Eingreifen der Faschisten in Genf, das wie eine Kontrolle über eine öffentliche Versammlung aussah, bilde den Vorwand zu den Ereignissen. Motta meint, es könne von außen her zwischen einem Lande und seiner Regg. kein Unterschied gemacht werden, und Verletzungen einer fremden Regg. müßten hintangehalten werden.

29. Sept. (Nationalrat) Handelsvertrag mit Deutschland.

Mit allen gegen 2 komm. St. wird der Handelsvertrag mit Deutschland angenommen. Nationalrat Odinga (Freisinn.) bezeichnet das Ergebnis zwar als mager, empfiehlt aber die Annahme.

26. Okt. Budget für 1927.

Das Budget schließt ab mit 309 Mill. Einnahmen und 327 Mill. Ausgaben, also mit einem Defizit von 18 Mill. Fr. (Vorjahr 24,2 Mill.).

6./7. Nov. (Bern) Soz. Parteitag.

Der Parteitag beschließt mit 249 gegen 71 St. den Beitritt zur Zweiten Internationale.

5. Dez. Volksentscheid über das Getreidemonopol.

Die Abstimmung ergibt eine knappe Mehrheit gegen das Gesetz (S. 321).

6. Dez. (Nationalrat) Präsidentenwahl.

Der Kandidat der Bürgerlichen, der soz. Arbeitersekretär Grospierre-Bern erhält 122 St., der Kandidat der Soz., Robert Grimm 50 St.

Grospierre nimmt jedoch mit Rücksicht auf seine Partei die Wahl nicht an. In einem zweiten Wahlgang wird dann Paul Maillefer (Wadtländ. Freisinn.) mit 115 gegen 53 bei 20 Enthaltungen zum Präsidenten des Nationalrats für 1927 gewählt.

13. Dez. (Nationalrat) **Die Getreidefrage.**

Über die Lösung der Getreidefrage auf monopolfreier Grundlage liegen drei Interpellationen vor. Die des kath.-kons. Abg. Duft verlangt, daß das jetzt in Anwendung befindliche Monopol als Übergangsregime noch eine Zeitlang beibehalten wird, bis eine monopolfreie Lösung gefunden werden wird. Ein weiterer kath.-kons. Abg. verlangt, daß die Regg. zu einer definitiven Lösung, der Gebirgsbevölkerung zu helfen, kommen müsse, durch Nachlässe für Getreide- und Mehltransporte. Als Dritter richtet der freisinn. Abg. Fazan an die Regg. die Frage, wie sie das Anlegen von genügenden Getreidevorräten und die Forderung des inländischen Getreidebaues vereinigen will. Bundesrat Schultheß, der Vorsteher des volkswirtschaftlichen Departements, erklärt, daß, nachdem nun das Volk das Monopol abgelehnt habe, die Entscheidung über das Übergangsregime bei dem Parlament liege. Entweder werde das Monopol auf den Sommer 1927 abgeschafft, so daß also die diesjährige Ernte noch vom Staate abgenommen werde, oder wenn die nächstjährige Ernte auch noch einbezogen werden sollte, dann käme die Aufhebung erst für 1928 in Betracht. Die Regg. werde die zur monopolfreien Lösung eingereichten Vorschläge genauestens mit den interessierten Verbänden und Kreisen prüfen, weil sie die Lösung des Getreideproblems als eine der wichtigsten Aufgaben des schweizerischen Staatswesens ansehe.

16. Dez. Präsidentenwahl.

Die schweizerische Bundesversammlung (Nationalrat plus Ständerat) wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Eidgenossenschaft für 1927. Von 241 Wahlberechtigten nehmen 207 (216) an der Wahl teil. Der bisherige Vizepräsident Motta, der zum Präsidenten gewählt wird, erhält 155 St., 10 zersplittern sich, 42 sind weiß oder ungültig. Vizepräsident wird Bundesrat Schultheß mit 173 St., 16 sind weiß.

XIII
Belgien

1. Jan. Inkrafttreten des Handelsvertrags mit der Tschechoslowakei.

Der Vertrag zwischen der belg.-luxemburg. Zollunion und der Tschech. beruht auf gegenseitiger Meistbegünstigung.

10. Jan. (Charleroi) **Rede Vanderveldes.**

Vor dem Verbande ehem. Kriegsteilnehmer hält Außenmin. Vandervelde eine Rede über die ausw. Lage und sagt u. a.: Der Vertrag von Locarno an sich ist nur ein regionaler Pakt. Die gegenwärtige Lage in Europa ist verhältnismäßig günstig. Aber die Sicherheitsfrage geht nicht Europa allein an. Der Krieg war ein Weltkrieg, und der Friede muß ein Weltfriede werden. Von den 1700 Mill. Menschen auf der Welt sind nur 550 Mill. Weiße; mehr als eine Milliarde Farbige, die gestern noch passiv waren, sind heute von dem Geist der Erhebung

erfaßt. Darin liegt das Geheimnis der Revolution in Mexiko, Peru und Ecuador, der islamischen Bewegung in Afrika und der Selbständigkeitsbestrebungen Indiens und besonders auch der nationalen Bewegung unter den vierhundert Mill. Chinesen. An allen diesen Brennpunkten arbeitet die bolschewistische Propaganda gegen den angelsächsischen Kapitalismus. Sowjetrußland hat sich zum Vortrupp aller unterdrückten Rassen gemacht. Vandervelde meint, daß es falsch sei, wenn man annehme, daß es für die Soz. nur die beiden Alternativen gebe: Fortdauer der kapitalistischen Herrschaft oder allgemeiner Bolschewismus. Wenn Europa heute plötzlich aus seiner Vormachtstellung gegenüber den farbigen Erdteilen abschwenken würde, so würde das das schlimmste Chaos geben, das denkbar sei; aber Europa müsse sich auf diese Abschwenkung vorbereiten und es sei die Aufgabe der Soz., in dieser Richtung zwischen Bolschewismus und Kapitalismus zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß die koloniale Autonomie schrittweise sich ausdehnen und die Rechte der Eingeborenen erweitert würden. Das sei der Weg, die Herrschaft eines wahren Völkerbundes vorzubereiten. Eine solche Politik erfordere aber, daß Europa nicht länger gespalten bleibe. Der Weg zur Einigung liege in der Abrüstung. Damit komme man aber nicht vorwärts, wenn die Abrüstung zur See und die Abrüstung zu Lande getrennt würden oder wenn Amerika und Sowjetrußland oder auch nur eines von diesen beiden Ländern, sich von einer Beteiligung ausschlössen.

15. Jan. Rücktritt des Kriegsministers.

Nachdem der Ministerrat sich für die sofortige Einführung der zehnmonatigen Infanteriedienstzeit ausgesprochen hat, reicht Kriegsmin. Gen. Kestens seine Demission ein.

Am 23. reicht aus dem gleichen Grund der Generalstabschef, Generallt. Maglinse, seinen Abschied ein.

1. Febr. Die belg.-luxembg. Zollunion schließt mit der Türkei ein vorläufiges Handelsabkommen ab.

2.—4. Febr. (Kammer) Zum Rücktritt des Kriegsministers; das Washingtoner Schuldenabkommen.

Die erregte Interpellationsdebatte über den Rücktritt des Kriegsmin. und die Herabsetzung der Dienstzeit endet mit der Annahme des Vertrauensvotums der Koalitionsparteien (105 gegen 20 St.).

Bei der Beratung des Washingtoner Schuldenabk. (s. Abschnitt II am Schluß!) tritt Außenmin. Vandervelde in längerer Rede den scharfen Kritiken entgegen: Die Soz. hätten schon 1922 in Frankfurt die Streichung der interall. Schulden und die Herabsetzung der deutschen Schulden auf die reinen Wiederherstellungskosten befürwortet. Amerika aber habe seine Forderungen nicht aufgegeben; denn es habe für seine Vorschüsse an die All. im eigenen Lande Anleihen zu 5% aufnehmen müssen. Das amerik. Schatzamt habe die besondere moralische, wenn auch nicht juristische Stellung der belg. Kriegsschuld anerkannt. Belgien habe zu Verhandlungen schreiten müssen, weil sonst der Staat seine Zahlungen hätte einstellen müssen. Die Aussichten der Reparationszahlungen seien nach dem letzten Bericht des Reparationsagenten günstig. Wenn aber Deutschland in Zukunft seinen Verpflichtungen nicht nachkommen würde, so müsse Amerika aus moralischen Gründen einer solchen neuen Sachlage Rechnung tragen. Den zahlreichen kritischen Vergleichen der belg. und der ital. Schuldenregelung hält Vandervelde entgegen, bei

Italien habe es sich ausschließlich um eine Kriegsschuld gehandelt, bei Belgien aber großenteils um eine Nachkriegsschuld. Außerdem empfange Italien nicht wie Belgien eine besondere Reparationsquote für seine Schuldenzahlungen. Die belg. Schulden seien auf etwas mehr als ein Neuntel reduziert worden und seien voll gedeckt durch die aus dem Dawes-Plan zu erwartenden Zahlungen.

24. Febr. (Senat) Annahme des Washingtoner Schuldenabkommens.

24. Febr. Rücktritt des Landwirtschaftsministers.

Landwirtschaftsmin. Van de Vyvere reicht sein Rücktrittsgesuch ein. Er war der am meisten rechts stehende kath. Min. im Kabinett.

26. Febr. (Senat) Stabilisierung der Währung.

Die beiden GE. über die Stabilisierung des Fr. und die Verlängerung des Notenprivilegs der Nationalbank werden angenommen. Kammer und Senat haben damit dem Stabilisierungsplan der Regg. endgültig zugestimmt. Der Aufnahme der geplanten 150 Mill.-Dollaranleihe im Ausland steht nichts mehr im Wege.

3. April. Reise des Finanzministers nach London.

In einem Presseinterview über den Zweck seiner Reise erklärt Finanzmin. Janssen: Die Regg. muß die Währung stabilisieren, um das Gleichgewicht des Haushaltes sicherzustellen. Es hat sich nichts Wesentliches ereignet, das die Aufnahme einer ausländischen Anleihe in Frage stellen könnte. Nur wenn die Auslandsanleihe untergebracht sein wird, wird die Regg. die Valuta stabilisieren können, und zwar so nah wie möglich dem von uns gewünschten Kurse von 107. Die gegenwärtigen Kurse sind übertrieben. Ich fahre nach London, um dort die Verhandlungen weiterzuführen, und auch um gewisse andere finanzielle Operationen, wie die Konsolidierung der Schuld Belgiens und des Kongostaates an England, durchzuführen. Man darf sich keinen Illusionen hingeben, denn ich sage nicht, daß ich mit einem unterzeichneten Abk. zurückkommen werde.

28. April. (Senat) Zur äußeren Politik.

Außenmin. Vandervelde gibt eine Erklärung zur Lage ab, er bedauert die Verzögerung des deutschen Eintritts in den Völkerbund. Es sei möglich, daß der Abschluß des deutsch-russ. Vertrages neue Schwierigkeiten mit sich bringe. Die deutsche Regg. wäre jedoch von Anfang an bemüht gewesen, diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und hätte die wesentlichen Klauseln in London, Paris und Brüssel mitgeteilt. Da aber dieser Vertrag unmittelbar auf die Vertagung der Genfer Versammlung erfolgt sei, so müsse er unvermeidlich Grund zu Unsicherheit, um nicht zu sagen, zu Mißtrauen geben, obwohl er, wenn er die bekannten Klauseln enthalte, in keiner Weise gegen den Geist und Buchstaben von Locarno verstoße. Er hoffe, daß die Schwierigkeiten, die in Genf entstanden, möglichst bald beseitigt würden.

5. Mai. Demission des Innenministers und des Kolonialministers.

Innenmin. Rolin-Jacquemyns und Kolonialmin. Carton, die beide der kath.-kons. P. angehören, sehen sich durch die Inflationsgefahr zu ihrer Demission veranlaßt.

6. Mai. Rücktritt des Finanzministers.

Da das Direktorium der Nationalbank sich weigert, dem neuen GE. über die Vermehrung der Vorschüsse der Bank an den Staat um 600 Mill. Fr. zuzustimmen, erklärt Finanzmin. Janssen seinen Rücktritt, der die Auflösung des soz.-kathol. Ministeriums Poullet-Vandervelde zur Tatsache werden läßt. Am 10. erhält der soz. Kammerpräsid. Brunet den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung.

17. Mai. Zusatzabkommen zum Scheldevertrag.

In Brüssel wird ein Zusatzabk. zum belg.-holl. Scheldevertrag vom 3. April 1925 unterzeichnet. Das Abk. ergänzt oder interpretiert einige zweifelhafte Bestimmungen des Vertrages im holländischen Sinn.

20. Mai. Bildung des Kabinetts Jaspar.

Nachdem die Mission Brunets (s. o.) gescheitert war, bildet nunmehr Jaspar (kath.-kons.), der frühere Außenmin. im Kabinett Theunis, eine neue Regierung in folgender Zusammensetzung: Vorsitz und Inneres: Jaspar (kath.); Äußeres: Vandervelde (Soz.); Finanzen und Kolonien: Baron Houtart (kath.); Justiz: Hymans (Lib.); Kunst und Wissenschaft: Huysmans (Soz.); Eisenbahn u. Post: Anseele (Soz.); Krieg: de Broqueville (kath.); Industrie und Arbeit: Wauters (Soz.); Landwirtschaft u. öffentl. Arbeiten: Baels (kath.); ohne Portefeuille: E. Francqui.

25. Mai. (Kammer) Erklärung der neuen Regierung.

Ministerpräsid. Jaspar führt u. a. aus: Die Hauptaufgabe der Regg. sei die Beilegung der finanziellen Krise. Die drei großen politischen Parteien wären übereingekommen, ihre Differenzen ruhen zu lassen, damit die Regg. freie Hand zur Regelung der Finanzen bekäme. Sobald diese Aufgabe erfüllt sei, würde die Regg. wieder zurücktreten und ihre Mitglieder sich wieder ihren verschiedenen politischen Parteien eingliedern. In außenpolitischer Hinsicht werde die Regg. das Werk ihrer Vorgängerinnen fortsetzen und sich bemühen, dem Locarnovertrag innerhalb des Rahmens des Völkerbundes volle Auswirkung zu verschaffen. — Das Haus spricht dem Kabinett mit 126 gegen 8 St. (Komm., Soz. und flämische Extremisten) ihr Vertrauen aus.

27. Mai. (Kammer) Der Scheldevertrag.

Außenmin. Vandervelde legt das Ges. vor, durch das der am 3. April 1925 abgeschlossene belg.-holländ. Vertr. ratifiziert wird, und gibt dazu folgende Erklärungen: Belgien ist vor allem an den wirtschaftlichen Klauseln dieses Vertrages interessiert. Politisch wird durch den Vertr. nur der Art. 7 des alten Vertrages von 1839 aufgehoben, der Belgien dauernde Neutralität auferlegte. Ferner wird Art. 14 desselben Vertrages aufgehoben, demzufolge Antwerpen lediglich als Handelshafen gelten sollte. Die holl. Regg. hat es abgelehnt, sich auf politische Kombinationen einzulassen und Verpflichtungen einzugehen, die Holland in einem künftigen Konflikt im voraus binden würden. Für Belgien sind aber sowohl durch die Völkerbundssatzung als auch durch das in Locarno unterzeichnete Rheinlandabk. neue internationale Garantien geschaffen, die den durch die Verträge von 1839 gegebenen Status hinfällig machen. Wenn auch in politischer Hinsicht der neue belg.-holl. Vertrag bei weitem nicht den von Belgien im Jahre 1919 formulierten Wünschen entspricht, so ist er doch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus

ein Beweis für den ernsten Wunsch der beiden Regg.en zu beiderseitigem Zusammenarbeiten.

13./15. Juli. (Kammer) Ermächtigungsgesetz.

Ministerpräsid. Jaspar legt einen GE. vor, der der Regg. besondere Vollmachten erteilt. In dem Entw. heißt es u. a.: Zur Durchführung des finanziellen Wiederaufbaues des Landes und zur Vorbereitung der Stabilisierung der Währung kann der König während eines Zeitraumes von 6 Monaten jede Maßnahme, die er für nötig hält, ergreifen, um alle in Kraft befindlichen Verfügungen über den Notenumlauf abzuändern oder zu vervollständigen, Anleihen abzuschließen und alle Anordnungen zu treffen, die geeignet sind, die Inflation aufzuhalten bezw. einzuschränken und den Rückfluß ausgeführter Kapitalien zu sichern. Jaspar gibt einige Erläuterungen und sagt u. a.: Seit einigen Tagen ist die Erregung über den Tiefstand des Frankens im Lande groß. Diese Erregung ist völlig grundlos und weder durch die wirtschaftliche noch durch die finanzielle noch durch die politische Situation gerechtfertigt. Nichts hat sich ereignet, wodurch die Volkswirtschaft gestört werden könnte. Es gibt keine Arbeitslosen; der Hafen von Antwerpen hat nach einem kurzen Streik seine volle Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Ernte ist ungewöhnlich reich. Das Haushaltsgleichgewicht für 1926 ist trotz der Hausse der ausländischen Valuten gesichert. Die Tilgungskasse funktioniert seit dreizehn Tagen und wird bald durch die Eisenbahngesellschaft eine beträchtliche Stärkung erfahren. Man muß nach all diesem die Überzeugung haben, daß das Land nicht in Gefahr ist.

Am 15. wird das Ges. mit 135 gegen 9 St. angenommen.

17. Juli. Inkrafttreten der außerordentlichen Vollmachten.

19. Juli. (Kammer) Scheldevertrag; Eisenbahngesetz.

Mit 98 St. bei 9 Enthaltungen wird der belg.-holländ. Scheldevertrag ratifiziert. Außenminister Vandervelde betont, der Vertrag löse in bester Weise das brennendste Problem Antwerpens: Zugang zum Meere und zum Rhein. Die Frage des Kanals von Wielingen werde durch den Vertrag nicht berührt. Holland habe seine Verpflichtungen unter der Völkerbundssatzung erfüllt und dadurch würden die Befürchtungen eines Durchmarsches von Truppen durch die holl. Provinz Limburg und auch die einer Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Schelde automatisch hinfällig. — Ferner nimmt die Kammer in 3. Lesung mit 96 gegen 2 St. bei 4 Enthaltungen das Ges. an, durch das die Staatseisenbahnen in die Belg. National-Eisenbahngesellschaft übergehen.

20. Juli. Einschränkung der Pressefreiheit.

Kraft der ao. Vollmachten verfügt die Regg. eine starke Einschränkung der Pressefreiheit, um den Staatskredit gegen schädigende Zeitungsnachrichten zu schützen.

1. Aug. Einstellung der Einlösung der Schatzscheine.

Kraft des Ermächtigungsges. vom 15. Juli beschließt das Kabinett, die Einlösung der Schatzscheine vorläufig einzustellen, um eine nochmalige Erhöhung des Banknotenumlaufs zu umgehen.

Mitte Aug. Verhandlungen mit Deutschland über den Verkauf ehemals deutscher Gebiete?

Die Presse bringt verschiedentlich Mitteilungen darüber, daß angesichts des neuerlichen Sturzes der belg. Valuta von den zuständigen

Amtsstellen die Möglichkeit erwogen wird, die zur endgültigen Finanzsanierung nötigen Mittel durch verschiedene Gebietsabtretungen flüssig zu machen. Genannt werden Eupen, Malmedy, St. Vith und die von der belg. Kongoregg. im Auftrag des Völkerbunds verwalteten Gebiete Ruanda und Urundi des ehem. Deutsch-Ostafrika.

Das ausw. Amt prüft den Vorschlag Frankreichs, eine franz.-belg. Wirtschaftsunion behufs gemeinschaftlicher Währungssanierung einzugehen. Außenmin. Vandervelde ist ein eifriger Freund eines solchen Bundes. Wenn es auf das Auswärtige Amt allein ankäme, so sei — sagt Vandervelde auf dem belg. Sozialistenkongreß — die von Paris gewünschte Wirtschaftsunion schon längst verwirklicht. Wenn er bis heute noch keinen Vorstoß gewagt habe, so sei dies nur dem Umstand zuzuschreiben, daß ein franz.-belg. Wirtschaftsbündnis nicht nur von der überwiegenden Mehrheit der Lib. und Kath., sondern auch von einem großen Teil der Soz. P. bekämpft werde. — Dazu kommt aber noch die Stellungnahme der luxemburgischen Regg. Gemäß den Vertragsbestimmungen des belg.-luxemb. Wirtschaftsbundes muß das belg. Kabinett in allen wichtigen internationalen Fragen, die das Gebiet der gemeinschaftlichen Zollunion betreffen, Luxemburg fragen. Das Ministerium Bech ist einem belg.-franz. Zusammengehen feindlich gesinnt.

25. Aug. Neue Verwaltung für Eupen und Malmedy.

Der Ministerrat beschließt, das bish. legislative Sonderregime für die ehem. deutschen Kantone Eupen und Malmedy aufzuheben und diese Kantone zivil- und handelsrechtlich Belgien einzufügen.

23. Sept. Interview des Ministerpräsid. Jaspar.

In einem Interview an das „Hamb. Fremdenbl." schildert Ministerpräsid. Jaspar den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Belgiens; er weist darauf hin, daß, als er als Ministerpräsid. die Regierungsgeschäfte übernahm, das Währungsproblem einen besonderen beängstigenden Charakter aufwies. Vor der drohenden Gefahr wurde, ebenso wie im Kriege und in der ersten Nachkriegszeit, die Einheitsfront wieder hergestellt, und so sieht man gegenwärtig die Vertreter der drei großen traditionellen Parteien in der Regg. nebeneinander sitzen. Über die bisherigen Maßnahmen seiner Regg. sagt er: Die fiduziäre Inflation und die schwebenden Schulden bildeten eine ernste Gefahr für unsere Währung. Wir haben einen Tilgungsfonds errichtet, der durch außerordentliche Steuern von einem Gesamtbetrag von jährlich 1½ Milliarden Franken alimentiert wird. Außerdem haben wir unsere Eisenbahnen industrialisiert und dabei 10 Milliarden Franken mobilisiert, die ebenfalls für den Tilgungsfonds bestimmt sind. Schließlich, um die letzte Inflationsgefahr auszuschalten, haben wir die Konvertierung der kurzfristigen schwebenden Schulden in Aktien der neuen Eisenbahngesellschaft beschlossen, unter Gewährung spezieller Vergünstigungen an die Kreditinstitute und die Industrieunternehmungen. Nun haben wir keine inländischen schwebenden Schulden mehr. Diese zweifelsohne strengen Maßnahmen werden von der belg. Bevölkerung ohne Widerstand angenommen, weil man begreift, daß die Lage keine halben Maßnahmen zuließ. Es geht kaum eine Woche vorbei, wo der Ministerrat dem König auf Grund des Ges. über die „plein pouvoirs" nicht eine oder mehrere zweckmäßige Maßnahmen beantragen würde. Das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, das nie unterbrochen wurde, wird auch jetzt fortgesetzt. Die letzte Etappe der finanziellen Sanierung ist in

Sicht. Das Gleichgewicht des Staatsbudgets wurde bereits wieder erreicht, die inländische schwebende Schuld wurde konsolidiert. Die Emission der Vorzugsaktien der Gesellschaft der belg. Eisenbahnen wies im Auslande einen Erfolg auf, der eine erhebliche Beteiligung der ausländischen Finanzkrise widerspiegelt. Wir müssen noch einige Aufgaben lösen und dann werden wir die Schritte unternehmen, die zur definitiven Stabilisierung unserer Währung führen können, die den eigentlichen Gegenstand unseres finanziellen Sanierungsplanes bildet.

26. Aug. Wiedereinführung der Goldwährung.

Der belg. Papierfranken bleibt gesetzl. Zahlungsmittel, doch wird er an den ausländischen Börsenplätzen nicht mehr notiert. Seine Stelle übernimmt eine neue Goldwährung, die „Belga" mit einem Wert von einem stabilisierten Papierfranken für 15 Goldcentimes. (Stabilisierungskurs 175 Fr. zum Pf.) Die belg. Nationalbank wird nach dem Muster der Bank von Frankreich reorganisiert. Die Notendeckung wird mit 40% Gold und Golddevisen als obligatorisch vorgesehen. Die Stabilisierungsanleihe in Höhe von 100 Mill. Dollar wurde mit einem Großbankkonsortium unter Führung der amerik. Bank Morgan abgeschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 30 J. bei einem Zinsfuß von 7%. Ferner hat die belg. Nationalbank mit den großen Notenbanken des Auslandes Kredit- und Rediskontierungsabk. abgeschlossen. Die Vereinbarung zwischen dem Staat und der Nationalbank geht dahin, daß der Bank das gesamte Ergebnis der Stabilisierungsanleihe gegen Rückgabe der entsprechenden Menge von Schatzscheinen zufließt, mit anderen Worten, die Staatsschuld gegenüber der Bank wird sich von rund 6,7 Milliarden auf 2 Milliarden Franken ermäßigen.

10. Okt. Gemeindewahlen.

Die Kath. erlangen entschiedene Vorteile, die Soz. erleiden, namentlich in den großen Industriezentren, erhebliche Verluste, die Komm., zum erstenmal an Gemeindewahlen beteiligt, erlangen eine Reihe Mandate und die Lib. haben in der Provinz Einbußen zu verzeichnen.

14. Dez. Erklärung des Außenministers über das deutsche Festungssystem an der Ostgrenze.

Außenmin. Vandervelde, von einem Vertreter der belg. Telegraphen-Agentur über das Genfer Abk. befragt, erklärt u. a.: Es ist unser Bestreben, bei denen Vertrauen zu schaffen, die auf der anderen Seite der Grenze im Kampf mit denselben Schwierigkeiten wie wir, in gleicher Weise wie wir für den Frieden und für die geistige Abrüstung wirken, die die Vorbedingung der materiellen Abrüstung ist. Und wenn ich von Abrüstung spreche, so meine ich damit jene allgemeine Abrüstung, die im übrigen schon im Vertrag von Versailles selbst vorgesehen ist. In dem in Genf geschlossenen Übereinkommen gibt es keinen anderen Sieg als den des Friedensgeistes, des Geistes von Locarno und des Völkerbunds. In der Frage der Befestigungen im Osten beharrt Deutschland darauf, zur Ausführung solcher für die Verteidigung bestimmten Anlagen berechtigt zu sein. Wir bestreiten ihm dieses Recht in aller Form. Man wird also die diplomatischen Verhandlungen fortsetzen, es sei denn, daß, falls die Anschauungsgegensätze sich als dauernd erweisen sollten, der Völkerbundsrat angegangen wird, der seinerseits ohne Zweifel dann den Haager Gerichtshof um seine Meinungsäußerung ersuchen würde.

15. Dez. (Kammer) Die finanzielle Lage.

Finanzmin. Houtart führt über die finanzielle Lage aus: Vor einigen Monaten habe die Finanzlage Belgiens Anlaß zu den größten Besorgnissen gegeben. Die innere und äußere Schuld belaufe sich insgesamt auf 7½ Milliarden Fr. Vorkriegskurs. Die Spesen der Stabilisierungsanleihe betrügen 8 Mill. Dollar. Andererseits würde die Investierung der durch die Operation flüssig gewordenen Gelder einen Jahresgewinn von schätzungsweise 2200000 Dollar einbringen, den die Banque Nationale an den Staat abzuführen sich verpflichtet habe. Die Nettospesen der Anleihe beliefen sich also auf 5,8 Mill. Dollar. Die Zahlungen unter dem Dawes-Plan würden im Jahre 1927 79 Mill. Goldmark einbringen. Schließlich kämen noch die Mark-Milliarden aus der deutschen Besatzungszeit in Betracht. Belgien werde auf sein Anrecht in dieser Hinsicht niemals verzichten.

22. Dez. (Kammer) Zur chinesischen Frage.

Ein komm. Abg. fragt die Regg., was sie zu tun gedenke, um nach der Kündigung des belg.-chin. Handelsvertrags von 1865 normale Beziehungen zwischen China und Belgien herzustellen. Er bringt einen Antrag ein, Verhandlungen mit Kanton einzuleiten, wie es die brit. und jap. Regg. bereits getan hätten. Außenmin. Vandervelde antwortet, daß die belg. Regg. den Argwohn vieler anderer gegen die Kantonregg. nicht teile. Die Kantonregg. werde in der engl. und franz. Presse als eine Filiale der Sowjetregg. hingestellt. Er sehe in ihr nur das Haupt einer großen nationalen Bewegung, die die Bolschewisten unterstützen, wie sie alle derartigen Bewegungen in Asien unterstützen. Auch die brit. Regg. vertrete seit einiger Zeit diesen Standpunkt. Er habe nicht die Absicht, das Prinzip einseitiger Verträge im allgemeinen oder den belg.-chin. Vertrag von 1865 im besonderen zu verteidigen, der gewisse Beschränkungen der Souveränität Chinas enthalte. Wir sind überzeugt, sagt Vandervelde, daß bei dem gegenwärtigen Stand der chin. Justiz die plötzliche Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit nicht nur für die Ausländer, sondern auch für die Chinesen schädlich sein würde. Es ist daher wünschenswert, eine Übergangsperiode festzulegen. Es ist nötig, China gegenüber eine Politik der Versöhnung und der Verständigung zu treiben. Soeben ist mir der Inhalt des brit. Memorandums übermittelt worden. Ich kann jetzt schon sagen, daß die Politik, die das Memorandum vorschlägt, von einer Weitsichtigkeit, einem Geiste des Friedens und der Versöhnung und einem Wunsche, die nationalen Bestrebungen des chin. Volkes zu erfüllen, getragen ist, den man nicht genug bewundern und unterstützen kann. Das brit. Reich appelliert an die Solidarität der anderen Mächte, nicht um die Aufrechterhaltung der Verträge zu erfüllen, die ihre Zeit abgedient haben, sondern um sie zu überprüfen und mit den gerechten Forderungen eines Volkes in Einklang zu bringen das als ein gleichberechtigtes und souveränes Volk behandelt zu werden wünscht. Ich habe den Eindruck und die Überzeugung, daß dieser Appell gehört werden wird. Der Antrag des Komm. wird abgelehnt und die Haltung der Regg. fast einstimmig gebilligt.

Ende Nov. meldete die „Voss. Ztg.", daß die belg. Regg. entgegen der Weigerung Chinas, den Streitfall, das willkürliche Zurücktreten Chinas vom Vertrage, vor den Haager Gerichtshof gebracht hat.

30. Dez. Entscheidung des belgisch-deutschen Schiedsgerichts über den Fall Antwerpen.

Nach der Eroberung der Stadt Antwerpen hat die deutsche Besatzungsbehörde ein Sondergericht zur Festsetzung der Schadenersatzansprüche deutscher Reichsangehöriger berufen. Das Sondergericht, in das die belg. Behörde keinen Vertreter entsandte, hat die Entschädigungen auf 2,4 Mill. Fr. festgesetzt. Die Stadt Antwerpen hat nunmehr bei dem deutsch-belg. Schiedsgericht dagegen Einspruch erhoben. Das Schiedsgericht anerkennt die Schadenersatzforderung der Stadt Antwerpen gegen das Deutsche Reich auf eine Mill. Fr. mit 5% Zinsen vom 1. Okt. 1926 ab. Die Kosten des Prozesses werden dem Reiche auferlegt.

XIV
Luxemburg

4. Juni. (Kammer) Schließung der Session.

Die Presse der Opposition streitet dem Staatsmin. Prüm das Recht ab, die Session auf diese Weise zu schließen und behauptet, das Kabinett habe wegen mangelnder diplomatischer Erfolge unangenehmen Auseinandersetzungen mit der Kammer aus dem Wege gehen wollen, weil seine Mehrheit erschüttert gewesen sei. Die soz. und rad. Blätter schreiben übereinstimmend, daß die Regg. in den mit Belgien jetzt eingeleiteten Verhandlungen von niemanden, auch nicht von der Kammer behindert werden soll, besonders da schwerwiegende Beschlüsse zu fassen seien.

Ende Nov. (Luxemburg) Sozialistenkonferenz.

Die Konferenz, auf der deutsche, franz., brit. und belg. Delegierte vertreten sind, drückt in einer Resolution ihre Befriedigung über den Fortschritt der Verständigungspolitik der Nationen aus. Die Resolution betont ferner die Notwendigkeit der Opposition gegen den Faschismus in allen Ländern. Die franz.-deutsche Annäherung — heißt es weiter — bedinge die Aufhebung der militärischen Besetzung und eine baldige Lösung der Rheinlandfrage. Die Interessen ausländischer Kapitalisten dürften der Räumung nicht im Wege stehen. In der Frage der Entwaffnung müsse Deutschland seine Verpflichtungen loyal erfüllen, und der Völkerbund müsse eine Zivilkomm. zur Kontrolle des Statuts der entmilitarisierten Zone einsetzen. Die interall. Kriegsschulden müßten gestrichen werden, und die deutschen Zahlungen sollten ausschließlich für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete verwendet werden.

XV
Niederlande

26. Febr. Stand der Kabinettskrise.

Die am 11. Nov. 1925 mit der Auflösung der Regg. Colijn (Näh. s. GK. 1925) entstandene Krise besteht unvermindert fort. Die Bemühungen um die Bildung einer regierungsfähigen parlamentarischen Mehrheit an Stelle der gesprengten alten Koalition der Kath. P. und der beiden protestantischen Parteien, der Antirevolut. P. und der Christl.-Hist. P., haben ebenfalls noch kein Ergebnis gezeitigt. Ein Zusammen-

gehen der Kath. P. mit der Soz. P., wie es der Führer der Freisinn.-Dem. Dr. Marchant, empfohlen hat, ist an dem Widerstand des konf. Flügels der Kath. P. gescheitert. Auch dem zweiten Versuch einer Regierungsbildung, den der Führer der Christl.-Hist. Frakt. de Visser unternommen hat, ist kein Erfolg beschieden gewesen. Ebenso finden auch die sodann erfolgten Bemühungen Dr. Limburgs nunmehr ihr ergebnisloses Ende. Limburg gibt der Krone seinen Auftrag zurück, „weil — wie er in einem Interview erklärt — sich in letzter Stunde in der Frage der Vatikanischen Gesandtschaft Schwierigkeiten ergeben haben". Nach einer weiteren Pressemeldung machte auch der Vertrag mit Belgien Schwierigkeiten.

8. März. Bildung des Kabinetts de Geer.

Nachdem die Mission Limburgs gescheitert war, erhielt de Geer von der Krone den Auftrag, eine neue Regg. zu bilden. De Geer, der der Christl.-Hist. P. angehört, war es beschieden, die monatelange Krise beizulegen, indem er unter Zurückdrängung des klerikalen Elementes eine Regg. aus Nichtparlamentariern, aber von stark konservativem Einschlag zustande brachte. Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Finanzen: D. J. de Geer; Äußeres: H. A. von Karnebeek; Inneres und Landwirtschaft: J. B. Kan; Justiz: J. Donner (Gegenrevol.); Krieg und Marine: Lambooy (Kathol.); Deichverwaltung: van der Vegte (Gegenrevol.); Kolonien: J. C. Koningsberger (Lib.); Unterricht: Waszink (Kath.); Arbeit und Handel: Slotemaker de Bruine (Christl.-Hist.); ohne Portefeuille: P. W. A. Cort van der Linden, A. W. F. Idenburg, Nolens, Heemskerk.

17. Mai. Brüsseler Zusatzabkommen zum Scheldevertrag. S. 326.

12. Juni. Erklärung zur Locarnopolitik.

Außenmin. van Karnebeek erklärt: Die im März 1925 dem franz. Botschafter in London aus Anlaß des deutschen Vorschlages eines Sicherheitsabk. erteilte Instruktion, in der von der Einbeziehung der Niederlande in den Vertrag von Locarno die Rede ist, ist dem Minister erst in den letzten Tagen bekanntgeworden, als diese Instruktion dem franz. Senat vorgelegt wurde. Auch von dem in dieser Instruktion ausgedrückten Wunsch der franz. Regg. hat der Minister vorher keine Kenntnis gehabt. Weder damals noch zu einem späteren Zeitpunkt ist bei der niederländ. Regg. ein Schritt unternommen worden, um die Niederlande in ein Locarno-Abk. einzubeziehen oder sie zu bewegen, den in dieser Richtung gehenden Wünschen der franz. Regg. entgegenzukommen.

11. Nov. (II. Kammer) Annahme des Scheldevertrags.

Nach einer langwierigen Debatte, die über eine Woche beanspruchte, wird der holländ.-belg. Scheldevertrag vom 3. April 1925 mit 50 gegen 47 St. angenommen. Die Aussichten für eine Annahme des Vertrags standen lange sehr ungünstig. Die unter Führung der Rotterdamer Handels- und Schiffahrtskreise geübte scharfe Kritik hatte folgende hauptsächliche Bedenken erhoben: 1. Beschränkung der holl. Souveränität über den westl. Scheldelauf durch eine internat. Verwaltungskomm., sowie durch die Aufhebung der holl. Polizeigerichtsbarkeit über alle Schiffe, die auf diesem Fluß nach Antwerpen fahren oder von diesem Hafen kommen. 2. Bedrohung der Niederlande mit kriegerischen Verwicklungen

durch die Aufhebung des im internat. Scheldestatut von 1839 für Belgien aufgestellten Verbots, Antwerpen zu einem Kriegshafen zu machen, sowie durch gewisse holländischerseits zu gewährende Vergünstigungen für die Fahrt belg. Kriegsschiffe auf der Schelde. 3. Beeinträchtigung der Schiffahrtsinteressen Rotterdams gegenüber denen Antwerpens. 4. Aufhebung bzw. starke Einschränkung der Vorteile, die die holl. Häfen Rotterdam und Dordrecht durch ihre natürliche Lage am Rhein und an der Maas heute gegenüber dem Scheldehafen Antwerpen besitzen, durch die Anlegung eines Kanals Antwerpen—Moerdyk, der Antwerpen in unmittelbare Verbindung mit dem Rhein-Maas-Becken bringt. 5. Starke Beeinträchtigung der holl. Schiffahrt durch die Belgien zugestandene Befugnis zur Anlegung einer über holl. Gebiet führenden Kanalverbindung Antwerpen—Ruhrort, durch den Antwerpen eine unmittelbare Verbindung mit dem deutschen Industriegebiet erhält. 6. Möglichkeit einer durch den Kanal Antwerpen—Ruhrort veranlaßten wirtschaftlichen Orientierung von Holländisch-Limburg in der Richtung des belg. Hafens von Antwerpen und die hierdurch hervorgerufene Gefahr einer späteren politischen Abtrennung dieser südholl. Provinz vom übrigen Holland.

XVI
Dänemark

15. Aug. Nordische interparlamentarische Konferenz.

Den Hauptgegenstand der Beratungen bildet die Stellung der kleineren Staaten zum Völkerbund, besonders mit Rücksicht auf die Zusammensetzung des Völkerbundsrats. Der frühere norwegische Ministerpräsid., Mowinckel, der das einleitende Referat hält, vertritt die Ansicht, daß die nordischen Länder den Vorschlag Lord Cecils unterstützen sollten. Sie müßten daran festhalten, daß keine Erweiterung der ständigen Ratssitze über den durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund notwendig werdenden hinaus vorgenommen werde.

Mitte Okt. (Nordschleswig) Wirtschaftskrise.

Staatsmin. Stauning erklärt in seiner Antwort auf eine Bittschrift der Verg. „Bondens Selvstyre" (Selbstverwaltung der Bauern), daß die Regg. zu mündlichen Besprechungen über die vorgebrachten Wünsche bereit sei. Im übrigen verweise er auf die dem Reichstag zugehenden GE., die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, besonders auch in Nordschleswig, bezweckten. Gleichzeitig wird gemeldet, daß der Führer der Selvstyre-Bewegung, der Renegat Cornelius Petersen, unter Anklage wegen Aufruhrs gestellt werden soll.

23. Okt. (Folkething) Gesetzesvorlagen zur Behebung der Wirtschaftskrise.

Staatsmin. Stauning erteilt bei der Beratung der Krisengesetze der Opposition folgende Antwort: Man habe seitens der Kons. und der Bauernlinken Kritik geübt, aber keine positiven Vorschläge zur Beseitigung der Krise gemacht. Der stereotype Vorschlag der Kons. sei Zollerhöhung, der der Bauernlinken Herabsetzung der Löhne. Beides seien Schlagworte. Krisenschutzzölle, wie die Rechte sie wolle, könnten nur eine Teilhilfe bringen und ein paar Tausend von den vielen Arbeitslosen des Landes Beschäftigung geben. Die Regg. werde daher von sich aus

Zölle nicht in Vorschlag bringen. Die geforderte Vermögensabgabe von 24 Mill. Kronen sei wahrlich gering zu nennen, wenn man sie mit den Spekulationsverlusten der dän. Banken im Laufe der letzten Jahre in Höhe von 900 Mill. Kronen vergleiche. Die Regierungsvorlage sei kein Ultimatum, sondern nur ein Entw. in großen Zügen. Die Hauptpunkte des Vorschlags, die Zuschläge auf die Gewerbe- und die Vermögenssteuer, könnten nicht wegamputiert werden. Die Aufnahme einer neuen Staatsanleihe komme nicht in Betracht. Die GE. werden einem Ausschuß überwiesen.

Die Stellungnahme zu den Vorlagen führt zunächst noch eine innere Krise innerhalb der beiden Regierungsparteien, der Soz. P. und der Rad.-Lib. P., herbei. Die Rad.-Lib. bringen u. a. folgenden Abänderungsvorschlag ein: Die Vermögenssteuer soll auf die aus Deflationsgewinnen stammenden Vermögen beschränkt werden und ihr Ertrag soll zu 3/4 für Herabsetzung der Kommunalsteuern verwendet werden.

27. Okt. (Folkething) Die Krise in Nordschleswig.

Sowohl der deutsche Abg. Schmidt-Wodder als auch die von Nordschleswig gewählten dänischen Volksvertreter bringen die scharfe Wirtschaftskrise in Nordschleswig zur Sprache: Besonders ungünstig seien die Darlehensverhältnisse. Es komme vor, daß Darlehen gegen Sicherheit bis zu 18% verzinst werden müßten. Zu tadeln sei auch die Passivität der dän. Regg. gegenüber der deutschen Zollpolitik, die der nordschleswigischen Landwirtschaft sehr schade. — Am 2. Nov. nimmt zu dem letztgenannten Vorwurf Außenmin. Graf Moltke Stellung, er bringt die Höhe der deutsche Zölle in Verbindung mit den Verhandlungen Deutschlands mit anderen Ländern und meint, wenn die deutsch-poln. Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrags abgeschlossen seien, so sei zu hoffen, daß daraus auch der dän. Export Nutzen ziehen werde. Er werde alles tun, um eine Milderung der Zolltarife Deutschlands herbeizuführen.

8. Nov. (Folkething) Auflösung.

Die Verhandlungen zwischen Dem. und Soz. über Abänderungen der Regierungsvorlage zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise sind gescheitert. Der Demokratenführer Ove Rhode schlug erfolglos einen Ausweg vor: Keine Reichstagsauflösung, dagegen Rücktritt des Ministeriums Stauning und Bildung einer Sammlungsregg. Der Staatsmin. lehnte diesen Gedanken rundweg ab. Die Auflösung des Parlaments ist somit nicht mehr zu umgehen. Durch kgl. Verfügung wird das Folkething zum 1. Dez. aufgelöst. Die Folkethingwahlen finden am 2. Dez. statt. Das Folkething nimmt vorher noch einstimmig die Regierungsvorlage über die Aufnahme einer Staatsanleihe in Höhe von 23 Mill. Kr. an.

Mitte Nov. (Nordschleswig) Wahlmanifest der Deutschen.

In dem Wahlmanifest heißt es: Man fordere eine neue Grenzentscheidung und Überwindung des Versailler Friedens. Unabhängig davon fordere man den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland. Man fordere, als deutscher Volksteil sein eigenes nationales Leben leben zu dürfen und verlange daher kulturelle Selbstverwaltung. Die besonderen Kosten der national-kulturellen Einrichtungen müsse der Staat tragen helfen. Man fordere, daß der nationale Kampf ohne Herabsetzung des Gegners geführt werde. Nordschleswig müsse als selbstverwaltender Landesteil

eingerichtet werden. Man fordere, von den eigenen Kindern dieses Landesteils verwaltet, abgeurteilt und unterrichtet zu werden. Die soziale Fürsorge müsse sich auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung aufbauen. Die durch die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark entstandene besondere Belastung des Landesteils müsse durch Zinsherabsetzung, Moratorien oder andere geeignete Maßregeln beseitigt werden.

Ende Nov. (Nordschleswig) Partei Petersen.

Die Organisation „Die Selbstverwaltung der Bauern" unter Führung von Cornelius Petersen beschließt nach längeren Auseinandersetzungen mit der Konf. P. und der Regg., als eigene Partei in den Wahlkampf zu ziehen.

2. Dez. Wahlen zum Folkething.

Der Ausgang der Wahlen gibt den Rechtsparteien, den Konf. und der Bauernlinken, die Mehrheit wieder zurück, die sie in den Wahlen von 1924 an die Linksparteien verloren haben. Das Ergebnis der Wahl ist im einzelnen folgendes: Soz. 497 471 (1924: 469 949) St. = 53 (— 2) Abg.; Bauernlinke 378369 (362682) = 46 (+ 2); Konf. 280474 (242955) = 30 (+ 2); Demokr.: 150916 (166476) = 16 (— 4); Deutschschleswiger: 10478 (7715) = 1; Bodenreformer: 17565 (12643) = 3 (+ 2); Komm.: 5612 (6 219) = 0; Selbstverwaltung der Bauern (Petersen): 2134 (—) = 0. Beachtenswert ist der Wahlerfolg der Deutschen in Nordschleswig, obwohl die Stimmenzahl für einen zweiten Sitz nicht ausreicht; Schmidt-Wodder ist wiedergewählt.

13. Dez. Bildung des neuen Kabinetts.

Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Landwirtschaft: Madsen-Mygdal; Äußeres: Moltesen; Finanzen: Neergaard; Justiz: Rytter; Handel: Slebsager; Inneres: Kragh; Krieg: Brorsen; Kultus: Bruun-Rasmussen; Unterricht: Byskov.

Die Aufnahme des neuen Kabinetts in der Presse ist natürlich sehr geteilt. Die Linkspresse stellt sich sofort sehr polemisch ein. Der bish. Sozialmin. Borgsbjerg, der seine alte Stellung als Redakteur des bish. Regierungsorgans „Sozial-Demokraten" wieder bekleidet, läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er wie vor der Sozialistenära mit größter Rücksichtslosigkeit die Bauernlinke befehden werde. Er beschwört wieder die Landmannsbank-Gespenster herauf, die dem neuen Ministerium genug zu schaffen machen würden. Er bezeichnet eine Staatsanleihe von etwa 200 Mill. Kr. als notwendig, um die Schuld des Staates in dieser Angelegenheit zunächst einmal zu decken. Wie die Bauernlinke da von der Durchführung von Steuererleichterungen reden könne, bleibe unbegreiflich. Das Organ der Demokraten „Politiken" betont die Schwäche der neuen Regg., plädiert aber dafür daß ihr fair play zugebilligt werde. Auch die konservative „Berlingske Tidende" übt scharfe Kritik an dem neuen Ministerium: Die Mitglieder des Kabinetts seien tüchtige und ehrliche Leute und einige von ihnen böten eine gewisse Gewähr für den Versuch einer Zusammenarbeit mit den Konf. Der Gesamteindruck sei aber unbestimmbar; es stehe seiner ganzen Entstehung nach im Gegensatz zum konf. Programm, während gemäß der neuen Folkethingmehrheit eine Mehrheit aus der Bauernlinken und den Konf. hätte geschaffen werden sollen.

Der neue Außenmin. Moltesen spricht sich in „Politiken" ausführlich darüber aus, welcher außenpolitischen Linie er folgen werde. Dänemark habe wie alle kleinen Staaten ein Lebensinteresse am Völkerbund. Die kleinen Länder seien die geborenen Träger des großen Gedankens, der, für so übertrieben idealistisch ihn auch manche hielten, doch sicher einmal verwirklicht werde. Was die Beziehungen Dänemarks zu Deutschland betreffe, so hoffe er, daß sie mit der Zeit ebenso freundschaftlicher Natur werden würden, wie das Verhältnis Dänemarks zu Schweden, mit dem Dänemark auch einmal Krieg geführt habe. Die Verhandlungen über eine Verbesserung des in diesem Jahre abgeschlossenen Handelsabk. mit Deutschland würden fortgesetzt werden.

XVII
Schweden

12. Jan. (Reichstag) Eröffnung.

Der König eröffnet das Parlament mit einer Thronrede, in der er auf die mit verschiedenen anderen Ländern abgeschlossenen Schiedsverträge hinweist, die dem Parlament nunmehr zur Ratifizierung vorgelegt werden. Die sonst angekündigten neuen Gesetze sind in der Hauptsache sozialpolitischer Natur, darunter der Beitritt zu dem Arbeitszeitabk. von Washington und eine neue Arbeitslosenversicherung.

15. März. Neue Instruktion für die Delegation in Genf.

Die Genfer Delegation wird angewiesen, auf den Natssitz zu verzichten. Wenige Stunden später trifft bei der Regg. das Telegramm der 23 Abgg. engl. Arb.-P. ein, das Schweden auffordert, auf seinen Sitz nicht zu verzichten.

24. März. (II. Kammer) Zur Genfer Tagung.

Außenmin. Unden verteidigt das Angebot der schwed. Delegation, auf ihren Ratssitz zugunsten Polens zu verzichten. Schweden habe sich zwar von Anfang an jeder Änderung der Verfassung des Völkerbundes und der Anzahl der Ratssitze widersetzt, bevor Deutschland eingetreten sei. Die Entwicklung der Lage habe aber schließlich zur Krisis geführt, da Deutschland drohte, sein Eintrittsgesuch zurückzuziehen, und die deutsche Delegation drauf und dran war abzureisen, ohne ihren Völkerbundssitz eingenommen zu haben. Um die Lage zu retten, habe man sich daher schließlich auf den Antrag geeinigt, daß Schweden und die Tschechoslowakei gleichzeitig ihren Sitz an Polen und Holland abtreten sollten. Es sei auf die schwed. Delegation kein Druck ausgeübt worden, diese Entscheidung mit Zustimmung ihrer Regg. anzunehmen. Die Haltung Brasiliens allein habe diesen Plan zum Scheitern gebracht. — Der Führer der kons. Opposition, Admiral Lindmann, kritisiert heftig diese Entscheidung, da sie völlig gegen die ursprünglichen Instruktionen verstoßen habe, die vorher von allen Parteien des Reichstags formell gebilligt worden seien.

In der I. Kammer verliest Premiermin. Sandler die Rede Undens und erklärt, daß das Kabinett mit der Haltung der Genfer Delegation voll übereinstimme. Die Oppositionsredner betonen, daß Schweden dem Völkerbund mehr genutzt hätte, wenn es bei seiner ursprünglichen Haltung geblieben wäre.

2./3. Juni. (Reichstag) Sturz des Kabinetts.

In beiden Kammern wird über den Bericht des Ausschusses für Arbeitslosigkeit abgestimmt, den die Regg. als auf falscher Grundlage beruhend bezeichnet und als Kabinettsfrage erklärt hat. In der I. Kammer entfallen 84 St. für den Ausschuß und 50 für die Regg.; in der II. Kammer 114 St. für den Ausschuß und 104 für die Regg. Sämtliche Rechts- und Mittelparteien mit Ausnahme von zwei Mitgl. stimmen gegen die Regg., die somit eine entscheidende Niederlage erleidet. Das soz. Kabinett Sandler, das nach dem Rücktritt des erkrankten Branting dessen Kabinett im wesentlichen fortgesetzt hat, erklärt sofort seinen Rücktritt.

6. Juni. Bildung des Kabinetts Ekman.

Der Führer der Freisinn., Ekman, bildet aus sechs Angehörigen seiner Partei, drei Liberalen und drei Parteilosen folgendes Kabinett: Vorsitz und Inneres: Ekman; Äußeres: Löfgren; Verteidigung: Rosén; Justiz: Thyrén; Soziales: Pettersson; Verkehr: Meurling; Kultus: Almkvist; Landwirtschaft: Hellström; Handel: Hamrin. — Löfgren, das einzige Mitgl. des neuen Kabinetts, das bereits einmal einer Regg. angehört hat, war von 1920 bis 1922 Vertreter Schwedens im Völkerbund und hat auch seinerzeit an der internat. Konferenz im Haag teilgenommen, er dürfte im allgemeinen die außenpolitische Linie Undéns beibehalten.

7. Juni. Erklärung der neuen Regierung.

Ihr Inhalt läßt sich in folgende Punkte zusammenfassen: Die Politik der Regg. soll in ihrer Grundtendenz fortschrittlich sein. Die Abrüstungsvorschläge sollen durchgeführt und in dem so gesetzten Rahmen die größte Effektivität der schwed. Wirtschaft angestrebt werden. Die Außenpolitik soll, wie bisher, für die Erhaltung des Friedens und für eine Verständigung zwischen den Völkern arbeiten. Ferner werden einige innerpolitische Reformen angekündigt, so die des Ausbaues der Sozialversicherung und Durchführung von Sparsamkeitsmaßnahmen in der Verwaltung. (Bei dieser radikalen Tendenz der Regg. ist damit zu rechnen, daß sie sich im wesentlichen auf die Soz. und nur gelegentlich auf die Rechtsparteien stützen wird.)

Mitte Okt. Provinzialwahlen.

Bei den Wahlen zu den Provinziallandtagen, die für die Zusammensetzung der I. Kammer von Bedeutung sind, weil deren Mitglieder von den Provinziallandtagen gewählt werden, zeigt sich ein bemerkenswert starker Ruck nach links, indem die Soz. insgesamt 66 Sitze mehr als bei den letzten Wahlen erhalten, während die Rechte 39, die Lib. 12 und die Komm. 11 Mandate verlieren und der Bauernb. seinen bish. Besitzstand behauptet.

Ende Dez. Das neue Marineprogramm.

Das vom Reichstage im Vorjahre eingesetzte Komitee von Sachverständigen zur Vorberatung des neuen Flottenprogrammes erstattet sein Gutachten, auf Grund dessen die Regierungsvorlage über den Ausbau der Flotte ausgearbeitet werden wird. Als Ziel des neuen Flottenplanes stellen die Sachverständigen die Schaffung einer operationstauglichen Küstenflotte hin, die in der Lage ist, die Neutralität Schwedens zu schützen und Verletzungen derselben durch Angriffe auf seine

langgestreckte Küste abzuweisen. Es wird daher folgende zweckdienliche Zusammensetzung vorgeschlagen: 4 Panzerschiffe vom Svergetyp, 8 starke Torpedojäger, 8 Vedetteboote, 3 U-Boote des A-Typs, 6 U-Boote vom B-Typ, 1 Mutterschiff (Kreuzer) für 12 Flugzeuge, dagegen keine Kreuzer, da die Küstenflotte keinerlei Nutzen von dieser Schiffseinheit habe. Die Gesamtkosten des neuen Flottenprogrammes berechnen die Sachverständigen auf 105,59 Mill. Kr. Bis zum Jahr 1938 soll die schwedische Flotte in dieser neuen Zusammensetzung fertig sein.

XVIII

Norwegen

12. Jan. (Storthing) Eröffnung, Thronrede.

Die Session — die 75. Jubiläumssession — eröffnet der König mit einer Thronrede, die mit dem kurzen Satz beginnt: „Am 14. Aug. 1924 wurde Svalbard (Spitzbergen) ein Teil des Reiches." Aus der großen Politik wird in dem Rückblick auf das verflossene Jahr Locarno als ein wichtiger Schritt zur Sicherung des Weltfriedens begrüßt. Sodann wird der mit der Sowjetrepublik abgeschlossene Handels- und Seefahrtstraktat erwähnt und mitgeteilt, daß die norw.-engl. Verhandlungen über die Seeterritorialgrenze insbesondere für die Küstenfischerei zu keiner Einigung geführt haben und auch nicht wieder aufgenommen werden sollen. Aus dem Gebiete der engeren skandinavischen Politik werden die mit Schweden bereits abgeschlossenen, mit Dänemark und Finnland eingeleiteten Abmachungen über allumfassende Schiedsgerichtsverträge hervorgehoben. In der inneren Politik steht an erster Stelle die Frage der Staatsfinanzen. Endlich ist im vergangenen Budgetjahre die Balancierung der Ausgaben und Einnahmen erreicht worden. Das in einem Gelbbuche vorgelegte Budget für das neue Jahr balanciert mit 417,5 Mill., 21 Mill. weniger als im Vorjahr. Was die allgemeine krisenhafte Wirtschaftslage anlangt, so hofft man trotz der großen Arbeitslosigkeit auf eine Besserung, vorausgesetzt, daß der Friede auf dem Arbeitsmarkt bewahrt bleibt und stärkere Valutaschwankungen vermieden werden. Das Schicksal der norweg. Krone ist allerdings noch ungewiß, solange die von der Regg. eingesetzte Valutakomm. sich noch nicht entschieden hat, ob man eine Stabilisierung der Krone etwa in der jetzigen Höhe setzen oder die Rückkehr zur Goldparität erstreben soll. Von den angekündigten neuen Gesetzesvorlagen sind hervorzuheben: Ein GE. betr. die Zulassung von Ausländern in Norwegen, ein neues Handelsges. und ein GE. über Arbeitslosenversicherung.

Ende Jan. Unterzeichnung des norwegisch-dän. Schiedsvertrags.

27. Febr. (Storthing) Rücktritt der Regierung.

Zum Schluß der Debatte über die Thronrede wird über die eingebrachten Mißtrauensanträge abgestimmt. Der Mißtrauensantrag der Arb.-P. wird mit 111 gegen 38 St. verworfen. Die Vorschläge der Rechten und der freisinn. Linken, die der Staatsmin. für unannehmbar erklärt hat, werden mit 96 gegen 54 St. verworfen. Der Vorschlag der Bauernp., den die Regierung gleichfalls für unannehmber erachtet hat, wird mit 128 gegen 22 St. verworfen. Beide Anträge kritisieren scharf die Budgetpolitik der Regg., die trotz der schweren Deflationskrise nicht

genug sparsam vorgehe. Nach der Abstimmung erklärt Staatsmin. Mowinckel, daß die übereinstimmenden Vorschläge der Rechten und der Bauernp. zusammen 76 St. erhalten hätten, sie also eine Majorität bei den 150 Mitgl. des Storthings darstellten und daß damit eine Regierungskrise eingetreten sei. Die Regg. werde daher möglichst bald dem König ihr Abschiedsgesuch einreichen.

Die Linksregg. Mowinckel, die eine ausgesprochene Minderheitsregg. dargestellt hat, demissioniert.

4. März. Bildung des Kabinetts Lykke.

Storthingspräsid. Lykke, der Führer der Rechten, bildet folgende Regg.: Vorsitz und Äußeres: Lykke; Finanzen: Konow; Krieg: Wasring; Landwirtschaft: Bärö; Kultus: Magelsen; öffentliche Arbeiten: Venger; Handel: Robertson; Justiz: Christensen; Soziales: Morell. Die neue Regg., ausgesprochen rechts gerichtet, besteht aus fünf Parlamentariern und aus fünf Fachministern.

23. Juli. Vertrag mit Siam.

Ministerpräsid. Lykke und der siamesische Gesandte Prinz Vipulna Svastinwongs unterzeichnen in Oslo einen „Freundschafts-, Handels- und Seefahrtstraktat". Norwegen verzichtet auf seine Rechte zur Ausübung eigener Jurisdiktion über norwegische Bürger in Siam, die ihm nach dem bish. Vertrag von 1888 zustanden. Der Vertrag hebt die bisherige Begrenzung der siam. Zölle auf norw. Waren auf nicht über 3% des Wertes auf und erkennt Siams Autonomie in Zollfragen an. Eine Bestimmung über die künftige Höhe der Zollsätze ist noch nicht getroffen. Der Vertrag sichert norw. Bürgern das Recht auf Landbesitz und Niederlassung überall in Siam und enthält die üblichen gegenseitigen Meistbegünstigungsklauseln. In der Schiffahrt sollen die Fahrzeuge des anderen Landes nicht ungünstiger behandelt werden, als die des eigenen, mit Ausnahme in der Küstenschiffahrt und der Binnenfischerei.

30. Juli. (Storthing) Schluß der Session.

In feierlicher Sitzung schließt der König das Parlament, das sich gemäß der Verfassung bis zum Jan. 1927 vertagt. Von den Ergebnissen der Tagung sind folgende hervorzuheben: Die neue Rechtsregg. hat die Staatsfinanzen durch rücksichtslose Kürzung der Ausgaben saniert, was sich jedoch voll erst in den Budgetvorschlägen für 1927 auswirken wird. Von besonderer Bedeutung ist die Aufhebung des staatlichen Kornmonopols und sein Ersatz durch eine wirksame Stützung der heimischen Getreideproduktion in Gestalt einer Prämie auf norw. Getreide, eine Maßregel, die harte Kämpfe gekostet hat. Ferner ist ein Anti-Trustgesetz verabschiedet worden.

Eine Reihe wichtiger Fragen wurden für die nächste Session zurückgestellt: Die Ratifikation der obligatorischen Schiedsgerichtsverträge mit den übrigen nordischen Staaten, die Neuordnung des Heerwesens, eine weitere Revision der Zolltarife. Die Frage des Branntweinverbotes hat das Storthing auf die Schultern der Wähler abgewälzt.

18. Okt. Volksabstimmung über das Alkoholverbot.

Gegen das Verbot stimmen rund 519 000, für die Beibehaltung der Prohibition 408000. Die Abstimmung im J. 1919 ergab 304673 St. gegen das Branntweinverbot und 489017 dafür. Die Entscheidung gegen das Verbot dürfte die schwierige handelspolitische Situation des Landes

erleichtern. Das Verbot hatte nämlich eine verwickelte Lage des Außenhandels geschaffen. 1919 setzten Spanien und Portugal den Import von weißen Weinen und deren Konsum in Norwegen durch. Von Frankreich ließ sich die Regg. verpflichten, jährlich 400000 Liter Kognak zu medizinischen Zwecken abzunehmen, die natürlich nicht aufgebraucht wurden und daher Staatskapital festlegten. Auch die Abwehr des Schmuggels gestaltete sich sehr kostspielig.

9. Dez. Verleihung der Nobel-Friedenspreise.

Das Nobel-Komitee beschließt, den Friedenspreis für 1926 den Außenmin. Deutschlands und Frankreichs, Dr. Stresemann und Briand, den für 1924 dem engl. Außenmin. Chamberlain und dem amerik. Gen. Ch. Dawes zu verleihen.

XIX
Finnland

1. Jan. Das neue Kabinett.

Wie die frühere setzt sich die neue Regg. aus Vertretern der Rechten und des Landbundes zusammen: Vorsitz: Kallio (Landbd.); Auswärtiges: Setälä (Sammlungsp.); Krieg: Hjelman (Sammlungsp.); Kultus: Ingman (Sammlungsp.); Justiz: Castrén (Sammlungsp.); Inneres: Ignatius (Sammlungsp.); Finanzen: Järvinen (Sammlungsp.); Landwirtschaft: Sunila (Landbd.); Soziales: Lohi (Landb.); Handel: Reinikka (Landbd.); Verkehr: Niukkanen (Landbd.).

In seiner Programmrede betont Kallio die Wichtigkeit einer starken Verteidigung, der Weiterentwicklung der technischen Ausrüstung der Streitkräfte, der guten Beziehungen zu allen Nachbarn sowie Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Bekämpfung jeder staatsfeindlichen Propaganda.

Mitte Febr. (Helsingfors) Kongreß der Soz. P.

Der Kongreß beschließt, der Parteileitung den Eintritt in das Kabinett zu gestatten, jedoch unter der Bedingung, daß die Schützenorganisationen aufgelöst oder unter Kontrolle gestellt werden.

2. Juni. Handelsvertrag mit der Türkei auf der Grundlage der Meistbegünstigung.

Anf. Sept. Etat für 1927.

Der Etatsvoranschlag der Regg. für das nächste Etatsjahr sieht insgesamt 3118886186 M. ord. und 536119300 M. ao. Ausgaben vor, während die Gesamteinnahmen auf 3507509150 M. veranschlagt werden. Der Fehlbetrag von rund 147 Mill. soll aus dem Ausgleichsfonds gedeckt werden, der gegenwärtig noch 897 Mill. finn. M. beträgt.

23. Nov. (Reichstag) Sturz der Regierung.

Ein Munitionslieferungsskandal, betrügerische Manipulationen der Munitionsfabrik in Riihimäki, Belieferung der Armee mit minderwertigen, selbst gefährlichen Patronen, gibt den Anlaß zu einer scharfen Interpellation, die der Führer der schwed. Vp., Dr. Schaumann, begründet. Die beruhigenden Antworten des Kriegsminister Hjelman und des Ministerpräsid. Kallio halten die Interpellanten nicht davon ab,

dem Kriegsmin., der ein Spielball in den Händen verschlagener Untergebener sei, das Vertrauen zu entziehen.

Die Regg. zieht die Folgerungen und tritt zurück.

13. Dez. Bildung der neuen Regierung.

Der Führer der Soz. P., Tanner, bildet ein soz. Kabinett in folgender Zusammensetzung: Vorsitz: Tanner; Auswärtiges: Voionmaa; Inneres: Ittonen; Justiz: Hattila; Verteidigung: Heinonen; Finanzen: Ryömä; Kultus: Ailio; Landwirtschaft: Pettala; Verkehr: Vuolijoki; Handel: Hupli; Soziales: Helo; ohne Portefeuille: Paasivuori.

XX

Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Rußland)

Mitte Jan. Wechsel in den Volkskommissariaten.

Als Nachwirkung des 14. Parteikongresses der Komm. P. der Union (Dez. 1925, vgl. GK. 1925!) tritt ein Wechsel in den wichtigsten wirtschaftlichen Volkskommissariaten ein. Durch Beschluß des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees („Zik") wird Kamenew vom Amte als Vors. des Rates für Arbeit und Verteidigung und als Stellv. des Vors. des Rates der Volkskommissare enthoben und zum Volkskommissar für Außen- und Innenhandel ernannt. Zum Vors. des Rates für Arbeit und Verteidigung wird Rykow bestimmt und gleichzeitig gemäß dem Statut des Rates für Arbeit und Verteidigung zum Vors. des Rates der Volkskommissare. Zu Stellvertretern Rykows werden Rudsutak (Volkskommissar für Verkehr), Kubyschew (Volkskommissar für Inspektion) und Zurupa ernannt. Letzterer wird von seinem Amte als Volkskommissar für Handel enthoben. Sokolnikow tritt von der Leitung des Volkskommissariats für die Finanzen zurück und Scheinmann verliert seinen Posten als Stellv. des Volkskommissars für Handel. Sokolnikow wird zum Stellv. des Vors. der staatlichen Planwirtschaftskomm. ernannt, der bish. Stellvertreter des Volkskommissars für Finanzen Brjuchanow zum interimistischen Volkskommissar für Finanzen und zu dessen Stellv. Scheinmann, der gleichzeitig wieder Direktor der Reichsbank wird.

20./24. Jan. Konflikt mit China.

Tschang Tso-lin läßt in Charbin den russ. Kommissar in der Verwaltung der chinesischen Ostbahn samt seinem Personal verhaften. Die Sowjetunion richtet sofort eine Protestnote an die Regg. in Peking. Am 24. Jan. wird der Konflikt beigelegt, indem der russ. Generalkonsul in Mukden und der Außenkommissar der drei chin. Ostprovinzen Tschang Tso-lin ein Abk. folgenden Inhalts unterzeichnen: Der russ. Direktor der Ostchinabahn, Iwanow, sowie die verhafteten Angestellten werden wieder freigelassen, der normale Eisenbahnverkehr wird wieder aufgenommen und die chin. Militärtransporte erfolgen wieder auf Grund der bish. Bestimmungen. — Ende Jan. erklärt anläßlich eines Kongresses des Textilarbeiterverbandes Trotzki über den Ausgang des Konfliktes u. a. folgendes: Die Moskauer Regg. habe sachlich gehandelt, indem sie nur die Freilassung der widerrechtlich verhafteten Per-

sonen und die Sicherung der Verkehrsordnung forderte. Die Gefahr sei durch den mit Vorbehalt angewandten Nachdruck beseitigt worden. Moskau habe sehr vorsichtig vorgehen müssen, um dem geknechteten chin. Volke keinen Anlaß zu geben, die Dauerhaftigkeit der russ. Orientpolitik zu bezweifeln. Das Ausland habe die Besetzung Charbins durch die Russen erhofft. Die Imperialisten verfolgten in China die Taktik, zuerst den Missionar, dann den Kaufmann, schließlich den Diplomaten und bei passender Gelegenheit auch Truppen zu senden. Diese Freude werde jedoch Sowjetrußland den bürgerlichen Staaten nicht bereiten. Die zielbewußt angewandte Taktik werde im Gegenteil zur Festigung der chin.-russ. Freundschaft beitragen.

26. Jan. Note an den Völkerbund.

Volkskommissar des Äußern, Tschitscherin, erklärt sich in einer Note an den Generalsekretär des Völkerbunds bereit, an der geplanten Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen, jedoch unter der Voraussetzung, daß sie nicht in der Schweiz stattfinde.

Ende Jan. (Wolgadeutsche Sowjetrepublik) Verfassung.

Der 3. Rätekongreß beschließt nach dem Muster der Verfassungen der Russ. Föd. Sowjetrepublik und der Union der Soz. Sowjetrepubliken eine selbständige Verfassung.

1. Febr. Rakowskis Interview über die Außenpolitik.

Botschafter Rakowski, der die Rückreise nach Paris antritt, gibt dem Moskauer Vertreter der „Havas" außer Erklärungen über die bevorstehenden russ.-franz. Wirtschaftsverhandlungen auch Erklärungen allgemeiner politischer Art. Er sagt, er sehe keinen Grund, der die poln.-russ. Annäherung, die bereits angebahnt sei, hindern könnte. Dies sei nicht vom Opportunismus diktiert, sondern durch tiefliegende Gründe, nämlich erstens durch die geographische Lage und die internationale Politik, und zweitens durch die wirtschaftliche und besonders die industrielle Vergangenheit Polens. Was das territoriale Statut Westeuropas betreffe, so werde Rußlands Verhalten durch die Verträge diktiert, die es unterzeichnet habe, und im übrigen beruhe es auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Was Elsaß-Lothringen anlange, so habe er entgegen einer in Form und Inhalt unrichtigen Meldung einer Moskauer Zeitg. niemals den von Deutschland 1871 begangenen Gewaltakt gebilligt, gegen den die internat. Arbeiterschaft stets protestiert habe. Der Abschluß des türk.-russ. Vertrages sei ein überzeugendes Dementi der Gerüchte eines ital.-russ. Vertrages gegen die Türkei. Anderseits richte sich der türk.-russ. Vertr. weder gegen Italien noch gegen Frankreich, England oder irgendeinen anderen Staat. Die Abrüstungskonferenz müsse stattfinden auf der Grundlage der völligen Gleichheit aller beteiligten Länder.

5. Febr. Überfall auf Kuriere der Sowjetunion.

Die russ. Gesandtschaft in Riga richtet an die lettische Regg. eine scharfe Protestnote.

10. Febr. Kamenews Wirtschaftsprogramm.

Der neue Handelskommissar Kamenew gibt bei der Übernahme seines Amtes einen Erlaß heraus, in dem er die Aufgaben darlegt, die dem Handelskommissariat auf dem Gebiet der Regulierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Stadt und Land einerseits und der Be-

ziehungen Rußlands zum Weltmarkt andererseits zufallen. Sein Programm stimmt so gut wie vollständig mit den Richtlinien überein, die das Zentralkomitee der Komm. P. in bezug auf den Außenhandel bereits im Nov. 1925 erlassen hat und die auch von dem für Kamenew verhängnisvoll gewordenen 14. Parteikongreß im Dez. bestätigt wurden. Kamenew stellt sich also wenigstens, soweit es seinen neuen Aufgabenkreis trifft, auf den Boden der Parteimehrheit. Davon ausgehend, daß die Fortschritte der Sowjetregg. auf dem Gebiet der Hebung der Industrie und der Landwirtschaft zu einer Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Weltmarkt führen, betont er, daß dem Sowjetbunde ein entsprechender Platz in der Weltwirtschaft gesichert werden müsse. In auffallender Übereinstimmung mit Stalin erklärt er, daß die Umwandlung Rußlands aus einem agrar-industriellen in ein industriell-agrarisches Land erstrebt werden müsse. Eine Hauptaufgabe sei die Durchführung und Erhaltung des Außenhandelsmonopols, durch welches auch die Aktivität der Handelsbilanz, der wichtigsten Vorbedingung für die Stabilität des Tschernowez und der russ. Wirtschaft überhaupt, sichergestellt werden soll. Entsprechend den Richtlinien des Zentralkomitees der Komm. P. sollen jedoch die bestehenden Formen des Monopols demnächst im Sinne einer unmittelbaren Beteiligung der interessierten Wirtschaftsorgane am Import und Export ausgestaltet werden.

10. Febr. Note an den Völkerbund betr. die Abrüstungskonferenz.

In der Antwortnote auf die vom Völkerbund ergangene Einladung zur vorbereitenden Abrüstungskommission führt Tschitscherin u. a. folgendes aus: Wie die Sowjetregg. mehrmals erklärt hat, mißt sie jedem Versuch, die Kriegsgefahr und die auf den Völkern liegende Rüstungslast zu vermindern, so große Bedeutung bei, daß sie bereit ist, an jeder dieses Ziel verfolgenden Konferenz teilzunehmen. Anläßlich der ergangenen Einladung wiederholt sie diese Erklärung, betont aber, daß dies keinesfalls dem Anschluß an die Schlußfolgerungen des Völkerbundes bezüglich des Abrüstungsproblems gleichkommt. Der Entschluß der Sowjetregg., sich aus humanitären Gründen in einer solchen vom Völkerbunde einberufenen Versammlung vertreten zu lassen, bedeutet nicht, daß sich ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Völkerbunde selbst irgendwie geändert hat. Die Sowjetregg. kann nur bedauern, daß die Versammlung, die sich eine solche Aufgabe von Weltbedeutung zum Ziele setzt, wie es die allgemeine Abrüstung ist, von einer Einrichtung wie dem Völkerbunde einberufen wird, der von mehreren Staaten nicht anerkannt ist. Ferner ist es verwunderlich, daß der Völkerbundsrat Genf als Tagungsort der vorbereitenden Kommission bestimmt und dadurch jede Möglichkeit einer Beteiligung der Sowjetunion faktisch ausschließt. Dem Völkerbundsrat können die wiederholten Erklärungen der Sowjetunion nicht unbekannt sein, in denen diese auf die Unmöglichkeit hingewiesen hat, Delegierte nach der Schweiz zu entsenden, solange der durch die Ermordung Worowskis entstandene Konflikt nicht beigelegt ist. Dadurch, daß der Mörder nicht bestraft wurde, werden die Sowjetbürger, insbesondere offizielle Sowjetdelegierte, außerhalb des Gesetzes gestellt. Die Sowjetregg. kann Delegierte nicht in ein solches Land entsenden, solange sich diese Verhältnisse nicht geändert haben. Möglicherweise bedeutet Genf vom technischen Gesichtspunkt aus für den Völkerbund den bequemsten Tagungsort der Kommission. Der Völkerbund kann jedoch

von den eingeladenen Mächten nicht verlangen, daß sie ihre Politik gegenüber anderen Staaten von technischen Gesichtspunkten des Völkerbundes abhängig machen. Der Sowjetregg. wird die Möglichkeit genommen, an der vorbereitenden Kommission teilzunehmen, falls sie nicht nach einem anderen Orte einberufen wird. Sie erklärt den Völkerbundsrat für ihren Ausschluß von der Teilnahme an der Kommission verantwortlich.

Über die inzwischen in Gang gekommene, aber gescheiterte franz. Vermittlungsaktion veröffentlicht am 14. Febr. das Volkskommissariat des Äußeren eine amtliche Mitteilung, in der es u. a. heißt: Die Sowjetregg. hatte den Vermittlungsvorschlag der franz. Regg. angenommen, und ihr die Mindestforderungen mitgeteilt (s. S. 321). Das Volkskommissariat des Äußeren billigte als Grundlage den französischerseits vorgeschlagenen Text des Notenaustausches und nahm darin nur eine unwesentliche Abänderung vor. Die schweiz. Regg. aber, die den Anschein erweckte, der Sowjetregg. Genugtuung zu gewähren, versuchte im Verlaufe der Verhandlungen bei der Formulierung der Texte den Eindruck zu beseitigen, als ob sie durch die Erklärungen einen neuen Akt vollbrächte, der der Sowjetunion zum ersten Male Genugtuung gäbe. Sie nahm Abänderung über Abänderung vor und verschlechterte durch jede neue Formulierung die vorangegangene. Vor allem verwarf sie alle Formulierungen, die ihre ausdrückliche Zustimmung zu dem Grundsatz der Entschädigung der Tochter Worowskis bedeuteten. Sie wich direkten Antworten aus und versuchte die Ermordung eines offiziellen Delegierten der Sowjetregg. mit den von schweizerischen Staatsangehörigen durch die revolutionäre Gesetzgebung der Sowjetunion erlittenen Schäden zu verbinden. Aus diesen Gründen ist eine Verständigung leider nicht zustandegekommen.

Ende Febr.—Mitte März. (Moskau) 6. Tagung der Exekutive der kommunistischen Internationale.

26. Febr.—6. März. (Baku) 1. Turkologischer Kongreß.

Aus den umfassenden Beratungen des von der Sowjetregierung betreuten Kongresses über die gesamten Probleme der Turkologie ist als politisch interessierend hervorzuheben der Beschluß über die Orthographie der Türk. Sprachen, der die Schaffung einer einheitlichen wissenschaftlichen Transkription auf der Grundlage des lateinischen Alphabets empfiehlt.

Einen ausführlichen Bericht bietet Th. Menzel in der Zeitschrift „Der Islam“ Bd. 16 (1927).

Anf. März. Inkrafttreten des neuen Zolltarifs.

Der neue Zolltarif bedeutet einen weiteren Abbau der Ausfuhrzölle und nähert sich daher sehr wesentlich dem der Vorkriegszeit.

Ende März. Umbau des Obersten Wirtschaftsrats.

Die Sowjetregg. hat beschlossen, den Obersten Wirtschaftsrat völlig neu zu organisieren. Als Grund wird offiziell angegeben, daß die bisherige Hauptaufgabe des Rates, die staatlichen Unternehmungen zu betreiben, jetzt in zweite Linie gerückt sei. Das wichtigste Problem sei jetzt vielmehr Kapital zu beschaffen, um die abgenutzten Anlagen auszubauen und neu einzurichten. Das Präsidium des Wirtschaftsrats wird von 18 auf 9 Mitgl. herabgesetzt. Ferner wird ein Rat von 18 industriellen Sachverständigen ernannt, zur Hälfte aus den Vertretern der

Genossenschaften und zur Hälfte aus besonders von der Regg. zu ernennenden Mitgliedern.

7. April. Ablehnung der Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

Der Generalsekretär des Völkerbunds hat die russ. Note v. 10. Febr. (S. 343 f.) am 18. März dahin beantwortet, daß der Rat des Völkerbundes seinen früheren Beschluß über die Wahl Genfs als Ort des Zusammentrittes der vorbereitenden Abrüstungskomm. (18. Mai) bestätigt hat. Tschitscherin lehnt nun mit eingehender Begründung die Einladung zur Abrüstungskonferenz ab und führt u. a. dabei aus: Die Tatsache, daß die schweizerische Regg. sich hartnäckig geweigert hat, ihre elementare internationale Pflicht zu erfüllen und durch einen befriedigenden offiziellen Akt ihre Mißbilligung über das begangene Verbrechen auszudrücken, beraubt die Versicherungen, die sie dem Völkerbund gibt, jedes Wertes und gestattet anzunehmen, daß die schweiz. Regg. sich in ihrer Stellungnahme gegenüber der Union der soz. Sowjetrepubliken noch immer durch die Mentalität derselben Kreise leiten läßt, die erst zu dem Meuchelmord an Worowski ermutigt und ihn dann beifällig aufgenommen haben. Die Sowjetdelegierten können also nicht mehr als wie 1922 auf einen effektiven Schutz seitens der schweiz. Behörden rechnen. Die Briefe vom 18. März und 12. Dez. enthalten kein positives Argument zugunsten des Zusammentritts der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf. Mehrere Male haben internat. Konferenzen, sogar wenn sie durch den Völkerbund organisiert waren, in verschiedenen Städten Europas außerhalb der Schweiz stattgefunden. Der Sowjetregg. ist es nicht möglich, die Motive zu verstehen, durch welche eine Abrüstungskonferenz, an welcher die Beteiligung der U. d. S. S. R. als erwünscht präsumiert wird, an keinem anderen Orte, als in der Schweiz stattfinden kann. Die letzte Session des Völkerbundes in Genf hat in dieser Stadt keineswegs die Existenz einer Atmosphäre bewiesen, die der Lösung der internationalen Fragen im Geiste des Friedens, der Zurückstellung eigener Interessen und gegenseitigen Zugeständnisse besonders günstig wäre ... Wenn der Völkerbundsrat glaubte, sich an den vorhergehenden Beschluß halten zu müssen, so muß notwendigerweise daraus geschlossen werden, daß er von Anfang an sich bewußt das Ziel gestellt hatte, die Beteiligung der U. d. S. S. R. an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu verhindern, und daß alle seine formellen Deklarationen über die enorme Wichtigkeit, die der Mitarbeit der U. d. S. S. R. bei dem Abrüstungswerke angeblich beigemessen wird, der Aufrichtigkeit und des realen Wertes entbehren. In der Voraussetzung, daß die Nichtbeteiligung der U. d. S. S. R. an der Abrüstungskonferenz, die endgültig durch die Tatsache ihrer Abwesenheit an der Vorbereitungskommission gegeben wird, einen Vorwand für andere Staaten, nach den früheren Deklarationen dieser Staaten zu urteilen, bilden kann, um das Werk der allgemeinen Abrüstung zu sabotieren, könnte man zu der Schlußfolgerung kommen, daß der Völkerbund, oder die, die ihn leiten, keinesfalls daran interessiert sind, daß die Konferenz zu positiven Ergebnissen kommt. Mit anderen Worten, um den Ausdruck einer führenden Persönlichkeit der europäischen Diplomatie zu gebrauchen: „Die vorbereitende Abrüstungskonferenz wird in Genf zusammentreten, wenn sie überhaupt jemals zusammentreten wird, um Vorschläge zu untersuchen, über die eine Verständigung weder erwünscht noch vorgesehen ist,

und die mit dem entschlossenen Ziel formuliert sein werden, den Mißerfolg des Unternehmens zu sichern.“ (Damit ist der Bericht des amerik. Botschafters in London Hougthon gemeint.) Eines der Mittel, die gebraucht werden, um diesen Mißerfolg zu garantieren, ist eben der tatsächliche Ausschluß der U. d. S. S. R. von der Konferenz, die als erste während der Genua-Konferenz 1922 die Frage der allgemeinen Abrüstung in ihrem ganzen Umfange gestellt hat, die zur Untersuchung derselben Frage eine Konferenz der Randstaaten zusammenberufen hat, wo sie konkrete und vollständig zu verwirklichende Vorschläge machte, und die dann spontan ihren Wehrstand bis zur niedrigst möglichen Zahl reduziert hat. Die Sowjetregg. wird mit dem größten Interesse und in der Absicht, dazu in breitestem Maße beizutragen, den Tag erwarten, an dem eine Initiative von einer für diesen Zweck speziell gebildeten Kommission ergriffen werden wird, der die Atmosphäre der Tradition und der Intrigen von Genf fremd ist, und die bessere Garantien des Erfolges wird bieten können als der Völkerbund.

Anf. April. Die Sowjetregierung erstrebt ein östliches Locarno.

Das Außenkommissariat weist ihre diplomatischen Vertreter in Warschau, Helsingfors, Reval, Riga und Kowno an, die Verhandlungen über den Abschluß von Garantieverträgen mit Rußland wieder aufzunehmen. Die Sowjetregg. plant drei unabhängige Verträge, einen mit Polen, einen mit Finnland und einen gemeinsamen mit den balt. Staaten Estland, Lettland und Litauen. Moskau schlägt vor: 1. Gegenseitige Garantie der bestehenden Grenzen, 2. Verpflichtung, sich gegenseitig nicht anzugreifen, 3. gegenseitige Neutralitätsverpflichtung, falls die andere Partei in einen Krieg verwickelt wird, 4. Verpflichtung, an keiner gegen den anderen gerichteten Koalition teilzunehmen, 5. eine friedliche Methode zur Beilegung von Streitfällen, 6. Abschluß eines Wirtschafts- und Handelsvertrages.

Die offizielle „Iswestija“ betont, daß Polen seine äußere Politik jetzt ändern muß, da Deutschland, sobald es in den Völkerbund eingetreten sei, natürlich die Fragen der poln. Westgrenze, des poln. Korridors, Danzigs und Schlesiens aufrollen werde und daß dann für Polen lediglich die Freundschaft mit Rußland eine Stärkung seiner Stellung sein werde, während ihm die westliche Orientierung nichts mehr geben könne.

14.—24. April. Session des Zentralexekutivkomitees.

Behandelt werden Wirtschaftsfragen, der Bericht über die Ukraine und die lokalen Budgets. In der Schlußsitzung, der auch der deutsche Botschafter, Graf Brockdorf-Rantzau, beiwohnt, erstattet der stellv. Volkskommissar für Ausw., Litwinow, einen Bericht über die auswärtige Lage: Die gegenwärtige weltpolitische Lage wird gekennzeichnet durch eine Diskreditierung des Völkerbundes und eine Erschütterung der Locarnopolitik bei der letzten Völkerbundstagung. Die Tatsache, daß man es der Sowjetunion unmöglich gemacht hat, an den Arbeiten der vorbereitenden Ausschüsse der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, hat gezeigt, daß die Führer des Völkerbundes bewußt darauf hinarbeiten, daß die Arbeiten dieses Ausschusses nicht zum Ziele führen. Sodann gibt Litwinow unter dem Beifall der Versammlung den deutsch-russ. Vertrag (S. 87 ff.) bekannt und bemerkt dazu: „Der Vertrag beruht auf der Überzeugung der Regg.en beider Länder, daß es im Interesse beider Länder liegt, die auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Freundschaft stetig zu

festigen. Er enthält keine geheimen Klauseln, und es bestehen keine geheimen Protokolle als Ergänzung zu ihm. Er stellt lediglich eine Präzisierung des Vertrages von Rapallo dar, der seine Entstehung den freundschaftlichen Bestrebungen beider Länder, der Übereinstimmung ihrer Interessen und der gefährlichen außenpolitischen Lage verdankt, in der sich damals die beiden Länder befanden. Ich weiß nicht, ob seitdem Deutschland in Europa mehr Freunde erworben hat und ob Deutschland nach Locarno und Genf seine Beziehungen zu den europäischen Mächten als genügend befriedet und gefestigt und seine Lage als gefahrlos betrachtet. Das ist jedoch eine Angelegenheit Deutschlands. Was die Sowjetunion betrifft, so kann diese, obwohl sich ihre internationale Lage bedeutend gefestigt hat, die Möglichkeit kollektiver Angriffe auf ihre Sicherheit nicht außer acht lassen. Die Verminderung einer solchen Gefahr bedeutet zugleich eine Festigung für den Weltfrieden. Während die Politik einiger Mächte darin besteht, sich militärisch aneinander anzuschließen, ein Verfahren, das seinerzeit zum Weltkriege führte und das seinen Ausdruck in dem Abschluß von Verträgen, wie dem jetzt erneuerten rumän.-poln. Vertrag findet, besteht die Politik der Sowjetregg. darin, friedliche, Zusammenstößen vorbeugende Verträge abzuschließen. Wenn alle Staaten der Welt die gleiche Politik verfolgen würden, wie sie in dem türk.-russ. und deutsch-russ. Vertrag zum Ausdruck kommt, so würde dies für die Sicherung des Weltfriedens unendlich mehr bedeuten als alle bisherigen und künftigen Maßnahmen des Völkerbundes auf diesem Gebiete. Die von der europäischen Diplomatie und Presse kürzlich aufgeworfene Frage, ob der Berliner Vertrag im Widerspruch zum Geiste von Locarno stehe, ist eine Frage, die eher an Deutschland als an die Sowjetunion gerichtet ist. Diese braucht sich vor niemanden zu verantworten. Im übrigen hängt die Beantwortung dieser Frage rein objektiv davon ab, welchen Zweck man mit Locarno verfolgt. Wird mit Locarno die Befriedung Europas erstrebt, so müßte jedermann den Abschluß des deutsch-russ. Vertrages aufs wärmste begrüßen. Wenn aber der Verdacht der Sowjetunion begründet ist und Locarno den Zweck verfolgt, einen Block gegen die Sowjetunion zu schaffen und diese zu isolieren, so widerspricht der in Berlin unterzeichnete Vertrag einem solchen Geiste von Locarno. Nach wie vor bleibt Locarno für die Sowjetunion eine Bedrohung. Die Gewährung eines Kredits von 300 Mill. Reichsmark von Deutschland an Rußland ist ein günstiges Anzeichen für die Festigung der Zusammenarbeit beider Länder. Die hohen Zinsforderungen der deutschen Banken haben bisher eine Realisierung dieser Kredite noch nicht ermöglicht. Die interessierten deutschen Wirtschaftskreise mögen in Betracht ziehen, daß wir nicht beliebige Kredite suchen, sondern vorteilhafte Kredite. Es ist uns nicht möglich, von Deutschland Kredite zu ungünstigeren Bedingungen anzunehmen, als es die Bedingungen der von den anderen Ländern erhaltenen Kredite sind." Über die Pariser Verhandlungen teilt Litwinow u. a. mit: „Diese befinden sich im Stadium sachlicher Beratung, wobei die gleichzeitige Behandlung der eng miteinander verbundenen Schulden- und Kreditprobleme, die Verhandlungen begünstigt." Litwinow weist dann auf das Erstarken der Tendenzen zugunsten einer Verständigung mit der Sowjetunion in den Ver. Staaten hin, mit denen die Meinungsverschiedenheiten nicht besonders groß seien. „Die Beziehungen zu England sind leider unverändert, doch weisen einige offizielle Erklärungen Anzeichen einer gewissen für die Sowjetunion günstigen Wen-

dung auf. Leider verhindern gewisse innere, ebenso wie fremde Einflüsse die politische und wirtschaftliche Verständigung mit Polen, dessen Wirtschaftsnot den Sowjetmarkt dringend braucht. Von russ. Seite unternommene Verständigungsversuche scheiterten an dem Anspruch Polens, im Namen sämtlicher baltischen Staaten zu reden, von denen es ein derartiges Mandat niemals erhielt. Die Sowjetregg. wird ein Protektorat Polens über die baltischen Länder nicht anerkennen. Die Erneuerung des poln.-rumän. Vertrages vermindert die Verständigungsaussichten mit Polen. Dadurch wird auch der Handelsvertrag hinausgeschoben. Die Sowjetregg. schlägt allen baltischen Ländern den Abschluß eines Neutralitätspaktes vor. Litwinow betont besonders die freundschaftlichen Beziehungen zu Litauen, deren weitere Förderung zu einem bedeutenden Faktor für die Festigung des osteuropäischen Friedens werden könne. Ohne jemals tiefste Sympathie für die nationalrevolutionäre Bewegung in China verheimlicht zu haben, enthält sich, so erklärt Litwinow weiter, die Sowjetunion entgegen tendenziösen Behauptungen aufs strengste jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und wird die Politik der Respektierung der Souveränitätsrechte des chin. Volkes und der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zu den zentralen sowie lokalen Regg.en Chinas weiterführen. Verkörperer dieser Politik bleibt Karachan; alle Versuche, seine Politik von derjenigen der Sowjetregg. zu scheiden, sind fruchtlos. Der Text des Abk. zwischen Serebriakoff und Tschang Tso-lin betont die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zur Mandschurei, wo die Ostchinabahn läuft und Japan Interessen besitzt, denen die Sowjetregg. im Rahmen des Möglichen entgegenzukommen bereit ist. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Japan bleiben eine der Hauptaufgaben der äußeren Politik der Sowjetregg., die diese Beziehungen auf eine ausgedehntere und festere Basis stellen möchte."

30. Mai. Beginn der russisch-chinesischen Konferenz in Mukden.

Der Zweck der Konferenz ist die Schlichtung aller noch offenen Streitfragen über die chin. Ostbahn.

Ende Mai. Trotzki übernimmt die Leitung der Konzessionsabteilung.

14. Juni. Störung des Handels mit Deutschland.

Rykow erteilt dem Handelskommissariat die Weisung, die für Deutschland bestimmten Aufträge an andere Länder zu verteilen, da gewisse deutsche Firmen ungünstige Kreditbedingungen gestellt hätten und die Erlangung langfristiger Kredite auf Schwierigkeiten gestoßen sei.

Ende Juli. Ausschluß Sinowjews aus dem Politbüro.

Das Zentralkomitee der Komm. P. begründet ihren Beschluß mit einer offiziellen Erklärung, wonach die Oppositionellen unter Sinowjew trotz der langmütigen Haltung der Partei im geheimen fortgefahren hätten, gegen die Beschlüsse des Parteikongresses sich zu verschwören. Die Komm. P. könne daher die Anwesenheit Sinowjews bei den Beratungen des Politbüros nicht länger dulden, da Sinowjew die Kenntnisse, die er in den Konferenzen erhalte, dazu benutze, die Partei gegen ihre Führer aufzuwiegeln. Die Opposition sei in der letzten Zeit aktiver geworden und habe geheime Versammlungen abgehalten. Die Komm. P. müsse sich gegen derartige innere Verschwörungen schützen. Gegen 12

weitere komm. Führer, die der Opposition angehören, wird ebenso mit Amtsentlassung vorgegangen werden.

1. Aug. Neues Gesetz über die Besteuerung der Landwirtschaft.

Darnach wird von nun an die Steuer in Geld statt wie bisher in Naturalien angesetzt.

Anf. Aug. Aufstandsbewegung.

Rumänische Blätter berichten über einen Aufstand in der Ukraine, dazu kommen Meldungen aus Riga und Warschau über einen militärischen Aufruhr in Leningrad und Kronstadt und über einen Aufstand der Schwarzmeerflotte. Offiziell werden alle diese Gerüchte dementiert, gleichzeitig werden jedoch die Grenzen gesperrt.

12. Aug. Unterzeichnung eines Eisenbahnabkommens mit Polen.

25. Aug. Wechsel in der Leitung der Seestreitkräfte.

Das Mitgl. des Revolutionären Kriegsrates und Kommandant der Seestreitkräfte der Roten Flotte, Sov, wird seines Postens enthoben und durch den früheren stellv. Kommandeur der Luftstreitkräfte, Muklie witsch, ersetzt. Die Oberverwaltung der Roten Armee wird einer Umgestaltung unterzogen. Sie vereinigt nunmehr in sich das Oberinspektorat der Armee, die Leitung der Militärschulen und die topographische Abteilung des Armeestabes. Im Zusammenhang damit wird Sergei Kamenew, Mitgl. des Revolutionären Kriegsrates und Oberinspekteur der Roten Armee, zum Leiter der Oberverwaltung und der bish. Leiter der Oberverwaltung, Lewitschew, zum Stellvertreter Kamenews ernannt. Diese Veränderungen stehen naturgemäß im engsten Zusammenhang mit der augenblicklichen Krisis und bedeuten die Ausschaltung der Anhänger der Sinowjewschen Opposition aus dem Regierungsapparat.

25. Aug. Trotzki wird nunmehr auch als Vorsitzender des Hauptkonzessionsausschusses beurlaubt.

27. Aug. Neuerliche Verschärfung des Konflikts mit China.

Die eingeleiteten Verhandlungen mit Tschang Tso-lin haben zu keinem Ergebnis geführt. Der mandschurische General behauptet, daß die Russen das Hafeneigentum der chin. Ostbahn sich widerrechtlich angeeignet und bisher nicht wieder zurückgegeben hätten. Nunmehr hat er die gesamte russ. Sungari-Flotte konfiszieren lassen. Gleichzeitig hat er einen Druck auf das Pekinger Kabinett bezüglich des Sowjet-Botschafters in Peking, Karachan, ausgeübt. Das Kabinett hat daraufhin dem russ. Botschafter für seine Rückreise nach Moskau nur 3 Tage Passierzeit für das chin. Gebiet gegeben.

Anf. Sept. berichtet die Sowjetpresse, daß der Konflikt einen ernsten Charakter annehme. Die Moskauer Regg. habe beschlossen, falls die chin. Regg. nicht für die Freigabe der konfiszierten Grundstücke der chin. Ostbahn-Gesellschaft sorge, zu den strengsten Repressalien gegenüber China zu schreiten. „Iswestija" schreibt halbamtlich, man müsse annehmen, daß in den Ereignissen in der Mandschurei Japan und England die wesentlichsten Rollen spielten. Entgegen den wiederholten offiziellen Erklärungen der jap. Regg., daß sie am Vorgehen Tschang Tso-lins völlig unbeteiligt sei, sei die Sowjetregg. genau informiert, daß Agenten der jap. Regg. in der Mandschurei im Sinne einer scharf anti-

russ. Politik arbeiteten und Tschang Tso-lin zu brutaler Verletzung des Vertrags mit der Sowjetunion verleiteten. Falls Tokio mit den letzten Vorgehen der Mukdener Regg. tatsächlich nichts zu schaffen habe, müsse die jap. Regg. dies durch vollkommen unzweideutige Handlungen beweisen. Chamberlains Politik in China verfolge zweierlei Zwecke, einmal die Zerstörung der chin. nationalrevolutionären Bewegung, zweitens die Vernichtung jeden russ. Einflusses in China. England suche die direkte Verbindung zwischen China und der Sowjetunion aufzuheben und das Gebiet Tschang Tso-lins zu einer Art sowjetfeindlichen Pufferstaates zu verwandeln, der die direkten Eisenbahnlinien zwischen Moskau und Peking beherrsche. Der Schlüssel zu den Gewalttätigkeiten, die Marschall Tschang Tso-lin in Charbin begangen habe, sei in erster Linie in London zu suchen. Von dort sei der engl. Gen. Setten als nächster Berater Tschang Tso-lins entsandt worden.

31. Aug. Wirtschaftskonferenz.

Das Zentralkomitee der Komm. P. hält eine Wirtschaftskonferenz ab. Kubyschew fordert eine Reihe von Erweiterungen der Rechte des Wirtschaftsrates und der ihm unterstellten Wirtschaftsorganisation. Der springende Punkt seiner Ausführungen ist die Frage des Monopolsystems des Außenhandels. Er fordert die Ausschaltung der Auslandsmarktinteressen einzelner Trusts, Syndikate usw. aus den Funktionen der russ. Handelsvertretungen im Auslande, die ja nur dem Handelskommissariat unterständen, und gleichzeitig die Zulassung von gesonderten Auslandsvertretungen der gen. Wirtschaftsorganisation, die vom ersten Wirtschaftsrat geleitet werden sollen. Ferner wünscht er die Übergabe einiger Funktionen des Obersten Rates für Arbeit und Verteidigung an den Wirtschaftsrat, weil dies seiner Ansicht nach mehr Harmonie in die Arbeit bringen dürfte. Er will auch mit den russ. Genossenschaften neue Vereinbarungen treffen, und zwar sollen diesen neue Vergünstigungen gewährt werden, wofür diese für den Erfolg des Sparsystems, sowie der Preisbauaktion sorgen sollen. Der Bericht Kubyschews wird von dem Zentralkomitee gutgeheißen und soll dem Plenum der Partei zur Genehmigung übermittelt werden. Dann wird sich der Rat der Volkskommissare und die Exekutive der Räterepubliken mit dem Projekt befassen, um ihm eine gesetzliche Form zu geben.

1. Sept. Stellungnahme zur Tangerfrage.

Eine Meldung der Ag. der Sowjetunion besagt, daß Sowjetrußland für den Fall, daß Spanien auf einer Revision des Algeciras-Abkommens bestände, das auch die Unterschrift Rußlands trage, die Sowjetregg. keinerlei Abänderungen ohne seine Zustimmung anerkennen werde.

31. Aug. Unterzeichnung eines Neutralitäts- und Freundschaftsvertrags mit Afghanistan.

28. Sept. Unterzeichnung des russisch-litauischen Vertrages.

Der wesentliche Inhalt des vom russ. Außenkommissar Tschitscherin und vom lit. Ministerpräsid. und Außenmin. Slezevicius in Moskau unterzeichneten Vertrages (am 30. Sept. in der „Iswestija" veröffentlicht) ist folgender: Art. 1 erklärt, daß die Beziehungen der beiden Länder weiterhin auf dem russ.-lit. Friedensvertrag vom 12. Juni 1920 basieren. Art. 2 verpflichtet die Kontrahenten, gegenseitig ihre Souveränität und die Integrität ihrer Gebiete unter allen Umständen zu

respektieren. Art. 3 setzt fest, daß keines der beiden Länder das andere angreift, und daß jedes Land, falls das andere ohne Grund angegriffen werden sollte, neutral bleibt. Art. 4 verpflichtet die Vertragsschließenden, sich an keiner Koalition oder Kombination zu beteiligen, die gegen eines der beiden Länder gerichtet ist, besonders an keiner Kombination, die auf den wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott eines der beiden Länder hinausläuft. Art. 5 sieht die Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten vor.

Ferner tauschen beide Minister Noten betr. die Wilnafrage (sog. Wilna-Klausel). Tschitscherin erklärt: Von dem unverrückbaren Wunsche geleitet, das lit. Volk ebenso wie jedes andere unabhängig zu sehen, welchem Wunsche die Regg. der Sowjetunion wiederholt Ausdruck verliehen hat, erklärt die Sowjetregg. in Übereinstimmung mit ihrer der poln. Regg. am 5. April 1923 überreichten Note und den Sympathien, die die Geschicke des lit. Volkes bei der öffentlichen Meinung der Werktätigen der Sowjetunion auslösen, daß die tatsächliche Grenzverletzung, die gegen Wunsch und Willen des lit. Volkes stattgefunden hat, ihre Stellungnahme zu der territorialen Souveränität, die im Art. 2 und der darauffolgenden Anmerkung des Friedensvertrags zwischen Rußland und Litauen vom 12. Juli 1920 festgelegt ist, nicht erschüttert hat. Slezevicius stellt in seiner Antwort folgendes fest: 1. Beide Regg.en haben die prinzipiellen Fragen erörtert, die mit der Zugehörigkeit Litauens zum Völkerbunde in Verbindung stehen. Bei den Verhandlungen über den Abschluß des Vertrages ist die lit. Regg. von der Überzeugung ausgegangen, daß der im Art. 4 des Vertrages festgelegte Grundsatz über Nichtbeteiligung an etwaigen politischen Abk. dritter Mächte, deren Spitze sich gegen eine der vertragschließenden Seiten richtet, die Erfüllung der sich für Litauen aus der Völkerbundssatzung ergebenden Verpflichtungen nicht beeinträchtigen kann. 2. Die lit. Regg. ist überzeugt, daß Litauens Zugehörigkeit zum Völkerbunde kein Hindernis für die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Litauen und der Sowjetunion sein kann. 3. Zugleich huldigt die lit. Regg. der Ansicht, daß angesichts der geographischen Lage Litauens seine sich aus seiner Zugehörigkeit zum Völkerbunde, der seiner Grundidee nach berufen ist, die internat. Gegensätze in friedlicher und gerechter Weise zu regeln, ergebenden Verpflichtungen dem Streben des lit. Volkes nach Neutralität, das seinen vitalen Interessen am besten entspricht, keinen Abbruch tun können.

Eine Memel-Klausel soll der Vertrag gegenteiligen Gerüchten zuwider nicht enthalten.

„Prawda" sagt in einer Betrachtung über den Vertrag u. a.: Von den balt. Staaten, denen die Sowjetregg. Vorschläge von Garantieverträgen gemacht hatte, willigte also Litauen als erster ein. Auf Litauen können die Organisationen des sowjetfeindlichen Baltblocks nicht mehr rechnen, die die balt. Staaten zu ihrem Werkzeug gegen die Sowjetunion machen möchten. Die Regg. Litauens hat gezeigt, daß die Ammenmärchen über den Sowjetimperialismus keinen Glauben mehr im lit. Volke finden und daß sie keinen Grund hat, vor den Volksmassen Litauens die Tatsache zu verbergen, daß die Grundlage der Sowjetpolitik Anerkennung der Rechte aller Neutralen auf Selbstbestimmung ist.

Am 7. Okt. erläßt die poln. Botschaft in Paris eine längere Erklärung, in der sie den neuen Vertrag, insbesondere die Wilna-Klausel, als eine Verletzung des poln.-russ. Vertrags von Riga (18. März 1921) bezeichnet.

Darauf antwortet wiederum der russ. Botschafter in Paris, Rakowski, und weist die poln. Vorwürfe zurück. Über das Verhältnis zu Polen im allgemeinen betont er, Rußland wolle mit allen seinen Nachbarn einschließlich Polen, gutnachbarlich, friedlich zusammenleben. Zu dem Wunsche Polens, mit Rußland einen Gesamtvertrag zu schließen, der Polen und die balt. Staaten umfassen solle, erklärt er: Man hat die russ. ablehnende Haltung zu diesem Plane in der Weise auslegen wollen, daß Rußland befürchte, man wolle es isolieren, um es dann anzugreifen, ohne daß seine Nachbarn ihm zu Hilfe kommen könnten oder umgekehrt. Das ist absurd. Wenn Rußland gegen einen derartigen Vertrag ist, wobei auf der einen Seite alle balt. Staaten und Polen stehen, auf der anderen Seite aber nur Rußland sich befindet, so deshalb, weil Rußland nicht eine Koalition bestätigen will, in der es der Stärkste sein und notwendigerweise die Rolle des Beschützers der andern haben würde. Das will Rußland nicht sein und liegt wohl auch nicht im Interesse der balt. Staaten selbst, die ihre Unabhängigkeit und Souveränität nicht nur gegenüber dem Rätebund, sondern auch gegenüber ihren anderen Nachbarn bewahren müßten.

Mitte Okt. Der Kampf gegen die Opposition.

Um vor der Parteitagung der Komm. P. die Opposition Sinowjews und Trotzkis auszuschalten, hatte Stalin das Verbot einer Parteidiskussion erlassen. Die Opposition stieß jedoch alsbald entgegen diesem Verbot gegen die herrschende Mehrheit vor, indem ihre Wortführer in den sog. Parteizellen ihre Ideen propagierten. Am 4. Okt. verbot das Politbüro abermals entschieden die Diskussion; die Opposition erklärte sich bereit den innerparteilichen Zwist zu liquidieren, zumal sie erkennen mußten, daß die Parteizellen überwiegend für Stalin waren. Am 8. verschärfte das Politbüro ihre Maßnahmen gegen die Opposition, die schließlich am 17. Okt. im Zentralkomitee in aller Form ihre Kapitulation notorisch bekannte. Die Mehrheit gab sich jedoch auch damit noch nicht zufrieden, es folgte der Beschluß des Zentralkomitees vom 23. Okt., die Oppositon energisch zu verwarnen, Sinowjew aus der Komintern, Trotzki aus dem Politbüro auszuschließen und Kamenew in der Liste der Anwärter für das Politbüro zu streichen.

26. Okt.—3. Nov. (Moskau) 15. Kongreß der Kommunistischen Partei.

Der Kongreß ist von 817 Delegierten beschickt. Zunächst wird das Parteikomitee neugewählt, wiedergewählt werden Stalin, Rykow, Bucharin und Kalinin. Politisch steht der Kongreß im Zeichen der endgültigen Auseinandersetzung der herrschenden Richtung Stalin mit der Opposition der Trotzki, Sinowjew und Kamenew. Das offizielle Organ, die „Prawda", erklärt: Rußland stehe am Scheideweg zweier Etappen. Auf die wirtschaftliche Herstellungsperiode folge jetzt die Aufbauperiode. Die Opposition sei bereits beiseite geschoben.

Die Schwierigkeiten aber, vor denen Stalin steht, schildert er in einer internen Führerbesprechung: Die Gesamtlage sei sehr ernst. Für den wirtschaftlichen Aufbau sei es unumgänglich notwendig, Auslandskredite in größerem Umfange zu bekommen. Vorbedingung sei jedoch eine Einschränkung der Propagandatätigkeit der komm. Internationale und jeder sonstigen unterirdischen Wühlarbeit. Die Berichte Rakowskis und Krassins wiesen darauf hin, daß ihre Anleiheverhandlungen durch

den Sieg des Rechtskurses innerhalb der Partei bedeutend erleichtert worden seien.

Am 28. Okt. erstattet Bucharin ein größeres Referat über die Außenpolitik. Zunächst schildert er die Rückentwicklung der Welt außerhalb Sowjetrußlands in die alte Welt des Kapitalismus. Im allgemeinen sei ein Zustand der Stabilität erreicht, der nahe an den Vorkriegsstand heranreiche. Diese Tatsache müsse anerkannt werden: in der Steigerung der Produktion, besonders der Eisen- und Stahlindustrie, in der Stabilisierung der Währungen und in der Zunahme des internat. Handels. Die Konzentration des Kapitals mache nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internat. Basis Fortschritte, was sich besonders auch in der Bildung des internat. Stahltrusts zeige und als ein großer Fortschritt des Kapitalismus betrachtet werden müsse. Die Stabilisierung des ökonomischen Lebens sei in den einzelnen Ländern verschieden. Am stärksten sei es in Amerika, am schwächsten in Großbritannien. Deutschland habe auf dem Wege zur ökonomischen Stabilität einen großen Schritt vorwärts getan. Als Deutschland gänzlich am Boden zu liegen schien, habe Rußland es als seine Aufgabe betrachtet, Deutschland von dem Druck Englands und Frankreichs zu befreien. 1923 habe man sogar die Hoffnung gehabt, daß in Deutschland Unruhen ausbrechen würden, die sich zur Revolution hätten steigern können. Seitdem habe sich die Lage geändert. Deutschland sei jetzt ein Staat des Vollblutimperialismus und wende seine Augen nach Westen. Doch seien bereits Faktoren am Werke, diese Stabilität zu unterminieren: einmal der Interessengegensatz zwischen Amerika und Europa, dann der zwischen Großbritannien und Zentraleuropa. Wichtiger aber sei es, daß in der „bürgerlichen Stabilisierung zwei schwere Breschen" vorhanden seien: das durch den Bergarbeiterstreik geschlagene England und das revolutionierte China. Dies seien die zwei größten Hoffnungen des russischen Kommunismus. Die bisherigen Hoffnungen der Weltrevolution lägen in drei Richtungen: im Aufbau des sozialen Staates der Sowjetunion, in der englischen Arbeiterbewegung und im chinesischen Erwachen. Nach einer kurzen Aussprache über dieses Referat billigt die Konferenz in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Tätigkeit der Partei und verurteilt entschieden die fraktionelle Arbeit der Opposition gegen die Komm. Internationale. Ferner genehmigt sie den Beschluß des Zentralkomitees über die Entbindung Sinowjews von der Arbeit in der Komm. Internationale. Rykow berichtet über die Wirtschaftslage, die Leistungen der Industrie und der Landwirtschaft und besonders über die Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrifizierung: Der Industrieplan sehe für das laufende Jahr eine Ausdehnung der Industrie um 18% und im nächsten Jahr um 12% vor. Die Industrialisierung des Landes setze das Festhalten an der erprobten Preissenkungspolitik voraus, welche die Ausdehnung des ländlichen Marktes bezwecken und das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft festigen solle.

Am 29. Okt. hält Stalin seine politische Programmrede. Er betrachtet in seinen Thesen über den Parteikampf gegen die Opposition die revolutionäre Bewegung außerhalb Rußlands lediglich unter dem Gesichtswinkel, daß sie stark genug sein müßten, um eine Intervention der Mächte gegen den Sowjetstaat zu verhindern. Gegenüber der Opposition verhält er sich schroff ablehnend.

An die Rede Stalins schließt sich eine stürmische Debatte über die Opposition an.

Diese selbst kommt entgegen den ursprünglichen Absichten am letzten Tag der Konferenz (3. Nov.) selbst noch zu Wort. Kamenew führt unter großer Mäßigung aus: Die Tendenz der Zuspitzung prinzipieller Gegensätze zwischen der Majorität und der Opposition sei sachlich nicht zu rechtfertigen. Die Opposition sei zufrieden, wenn das Zentralkomitee seine praktischen Vorschläge nicht ignoriere. Trotzdem fordert Jaroslawski nochmals schärfste inquisitorische Verfolgung jener Parteigenossen, die sich an unterirdischer Fraktionsbildung beteiligten. Dann nehmen noch Trotzki, Sokolnikow und Sinowjew zur Verteidigung der Opposition das Wort. Über den Inhalt ihrer Ausführungen schweigt sich jedoch die Sowjetpresse aus.

Die sodann angenommene Schlußresolution stellt zunächst fest, daß die oppositionelle Tätigkeit als ein Abweichen von den kommunistischen Idealen nach der Seite der Sozialdemokraten anzusehen sei. Die Vereinigung Sinowjews mit Trotzki sei der erste Schritt zur Wiedererrichtung des bürgerlichen Einflusses. Im Gegensatz zu der Ansicht der Opposition wird ferner die Bauernschaft als ein wertvoller Verbündeter der Arbeiter bezeichnet: nur eine einige Zusammenarbeit von Arbeitern und Bauern könne zum Ziel führen. Zum Schluß wendet sich die Resolution gegen die Annäherungsversuche der Opposition an die linksradikalen Elemente in der Komm. Internationale und spricht der Opposition das schärfste Mißtrauen aus.

11. Nov. Tschitscherins Zusammenkunft mit Rüschdy Bei in Odessa.

Außenkommissar Tschitscherin reist in Begleitung des türk. Botschafters nach Odessa, um dort mit dem türk. Außenmin. Tefwik Rüschdy B. zusammenzutreffen. Die Reise wird in Zusammenhang gebracht mit den Verhandlungen, die während der Anwesenheit des pers. Hofmin. in Angora zwischen der Türkei, Persien, Afghanistan, China und Sowjetrußland geführt werden sind, an denen auch der chin. Gesandte in Washington, Dr. W. Koo, teilgenommen hat. — Gegenüber den westeuropäischen Kommentaren dementiert die russ. Botschaft in Paris kategorisch die Meldung, daß die Zusammenkunft Tschitscherins mit Rüschdy Bey in Odessa den Abschluß eines Bündnisvertrages zwischen der Sowjetunion und der Türkei zur Folge habe. Ebensowenig sei die Grundlage eines großen asiatischen Paktes besprochen worden.

In die Presse gelangen nur sehr allgemein gehaltene Stellen aus den Reden, die Tschitscherin gehalten hat. Er weist auf die Übereinstimmung der russ. und türk. Interessen hin, die eine gleiche Haltung dem „Imperialismus des Westens" gegenüber nötig machten. Die russ. und die türk. Geschichte der letzten Jahre wiesen viele gemeinsame Züge auf. Während die Rote Armee und die Rote Flotte die imperialistischen Eindringlinge vertrieben hätten, hätten die türk. Soldaten und Seeleute gegen franz., engl., griechische und amerik. Imperialisten gekämpft. Beiden Ländern sei es gelungen, ihre Unabhängigkeit zu wahren und sie müßten nun zusammenstehen, um diese Unabhängigkeit auch in Zukunft gegen die Anschläge der Kapitalisten der Welt zu verteidigen. Rüschdy Bey bezeichnet Tschitscherin in einer Ansprache als einen der größten lebenden Staatsmänner. Die Freundschaft zwischen Sowjetrußland und der Türkei werde niemals aufhören, sondern sich immer weiter befestigen. Die Türkei werde nicht vergessen, was Sowjetrußland für sie in ihrem Kampfe für ihre Unabhängigkeit getan habe.

Die Sowjetpresse erklärt offen, daß die russ.-türk. Freundschaft besonders gegen England gerichtet sei. „Iswestija" sagt: „Die russische Vertragspolitik schiebt eine Schranke vor die imperialistischen Pläne Englands im Nahen Osten."

19. Nov. Russische Antwort an Polen.

Der poln. Geschäftsträger in Moskau überreichte am 23. Okt. Tschitscherin eine Note, in der die poln. Regg. ihre Bedenken über den lit.-russ. Vertrag zusammenfaßte und neuerdings konstatierte, daß die Sowjetunion in Art. 3 des Rigaer Vertrags auf alle Rechte und Ansprüche in bezug auf die im Westen der durch den Art. II des gen. Vertrages festgesetzten Grenzen liegenden Gebiete Verzicht geleistet und eine Erklärung abgegeben hat, und daß durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923 die Stellung der fraglichen Territorien endgültig gelöst worden ist, indem sie Polen und Litauen in gleicher Weise verpflichtet.

Die russ. Antwort anerkennt nunmehr den gen. Art. 3 des Vertrages von Riga, bestreitet jedoch die Kompetenz der sog. Botschafterkonferenz in der strittigen Frage und erklärt, daß sie zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrages mit Litauen nicht im geringsten die Absicht gehabt habe, den Art. 22 des Vertrages von Riga, der die Grenzlinien zwischen Sowjetrußland und Polen festsetzt, zu desavouieren. Die Note wird in Warschau als zufriedenstellend entgegengenommen.

23. Nov. Aufnahme von Garantieverhandlungen in Riga. Näh. s. Lettland.

Sowjetkommissar Aralow erklärt dazu in seinem Bericht nach Moskau u. a. folgendes: Er sehe für Sowjetrußland keine Möglichkeit, weiter mit Lettland, Estland und Finnland zu verhandeln, da diese drei Staaten einen Vertragsabschluß nach dem Muster des russ.-lit. Abk. strikt ablehnten. Entgegen diesen Meldungen erklärt jedoch das lett. Auswärtige Amt, daß die recht schwierigen Verhandlungen nach wie vor weitergeführt würden, wobei jedoch keineswegs der russ.-lit. Vertrag als Vorbild gelte, sondern drei von den in Verhandlungen stehenden balt. Staaten eigens ausgearbeitete, im wesentlichen gleichlautende Vertragsentwürfe die Basis der Diskussion bildeten. Eine Hauptforderung der balt. Staaten soll die Aufnahme einer Schiedsgerichtsklausel sein, die jedoch Rußland nicht annehmen wolle.

6. Dez. Tschitscherins Besuch in Berlin. Vgl. Nachtrag, S. 511.

Anf. Dez. Diplomatischer Schritt in Tokio.

Die Sowjetregg. beauftragt ihren Vertreter in Tokio, das japanische Auswärtige Amt um Aufklärung über den russ.-jap. Eisenbahnkonflikt (vgl. S. 349 f.) zu ersuchen, da der jap. Vertreter der südmandschurischen Bahn dem Gouverneur von Charbin vorgeschlagen habe, den Ostbahnkonflikt ohne Zuziehung von Sowjetvertretern beizulegen.

XXI

Estland

18. Jan. In Reval wird ein Handelsvertrag mit Großbritannien unterzeichnet.

2. März. Entschädigung des enteigneten Grundbesitzes.

Der GE. betr. die Entschädigung des enteigneten Grundbesitzes wird von der großen Kommission der Staatsversammlung in 3. Lesung angenommen. Die Deutschen erklären, daß sie die neue Regelung nie anerkennen könnten. Die Entschädigung soll berechnet werden, indem der Wert der Güter v. J. 1919 in Rubeln festgestellt und zu einem Satz von 1 Rubel = 20 estn. Mark umgerechnet wird. Von der so errechneten Wertsumme werden die auf den Gütern lastenden Schulden abgezogen, jedoch zum gegenwärtigen Kurs von 1 Rubel = 200 estn. Mark, so daß sich nur eine ganz geringe Entschädigungssumme ergibt. Die Hypothekengläubiger ihrerseits erhalten ihre Darlehen zu einem Kurs von 1 Rubel = 1,5 estn. Mark zurück.

Ende Mai überreichen die enteigneten deutschen Grundbesitzer in Genf eine Klage und fordern einen Spruch des Internat. Gerichtshofes über die Rechtsfrage.

15.—17. Mai. Wahlen zur Staatsversammlung.

Gewählt werden: 24 (bisher 20) Soz., 23 (23) Landwirtp., 14 (5) Siedlungsp., 13 (12) Arbeitsp., 8 (8) Vp., 6 (6) Arbeiterp. (Komm.), 5 (8) Christl. Vp., 5 Minderheiten (3 [4] Russen und 2 [3] Deutsche), 2 (2) Hausbes.

24. Juli. (Staatsversammlung) Wahl der neuen Regierung.

Die Rechtskoalition (Landwirte, Siedler, Vp., Christl. Vp. und Hausbes.) wählt mit 46 gegen 34 Stimmen die neue Regg. in folgender Zusammensetzung: Vorsitz: Teemant, Staatsältester, (Bauernp.); Inneres: Köster (Siedler); Krieg: Soots (Bauernp.); Justiz: Sepp (Bauernp.); Ausw.: Akel (Christl. Vp.); Unterricht: Lattik (Christl. Vp.); Industrie und Handel: Kornel (Vp.); Landwirtschaft: Larcetei (Siedler); öffentliche Wohlfahrt: Tief (Siedler); Finanzen: Sepp (Unabh.). Die Koalition verfügt in der aus 100 Abgg. bestehenden Staatsversammlung über 52 St.

XXII
Lettland

5. Jan. (Landtag) Budget.

In 3. Lesung wird der Budgetentwurf für das kommende Wirtschaftsjahr angenommen. Die Einnahmen betragen 159 154 957 Lat, während die Ausgaben nach Abzug des noch nicht geklärten Betrages für Zuschüsse an die Krankenkassen 158 069 598 Lat ergeben. Die den Krankenkassen zu zahlenden Subventionen werden auf 3,7 Millionen Lat berechnet; sollte dieser Betrag bewilligt werden, so würde das Budget mit einem Defizit von etwa 2,6 Mill. Lat abschließen.

25. Jan. Ergänzung des Kabinetts Ulmanis.

Der lettländ. Gesandte in Rom, Schumann, nimmt den ihm angebotenen Posten eines Außenmin. im neuen Bauern- und Bürgerblock-Kabinett Ulmanis telegraphisch an.

3. April. Der Fall Needra.

Staatspräsid. Tschakste begnadigt durch einen Ostererlaß den kons. deutschfreundlichen Politiker und ehem. Ministerpräsid. Pastor Nee-

dra, der i. J. 1919 den Libauer Putsch angezettelt hat und deshalb zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe wegen Landesverrats verurteilt worden ist. Auf der Linken ruft der Gnadenakt große Entrüstung hervor. Als auffallend werden die Begleitumstände hervorgehoben, Tschakste stellt nämlich die Bedingung, daß Needra noch am gleichen Tage außer Landes gehe, was dieser auch tut. Ferner geben mehrere Minister zu, daß der Gnadenakt, lediglich vom Justizmin. gegengezeichnet, hinter ihrem Rücken vollzogen worden sei. Die Soz. fordern daher alsbald in einer Massenversammlung (am 11.) den Rücktritt der Regg. und machen Stimmung für eine Absetzung des Staatspräsid. Tschakste, der im Nov. 1925 als Demokr. mit den St. der Linken und des Ztr. gewählt worden ist. Gleichzeitig mit der soz. Massenversammlung findet in Riga auch eine Protestkundgebung des faschistischen „Nationalistenklubs" gegen diese Demagogie der Linken statt, die sich zu einer Freudenkundgebung für die Errettung Mussolinis gestaltet.

28. April. (Kammer) Sturz der Regierung Ulmanis.

In der von den Soz. erzwungenen außerordentlichen Sitzung des Landtags blieb zwar die Regierung bei der Abstimmung über den soz. Antrag, der sich gegen die geschilderte Art der Ausübung des Begnadigungsrechtes des Staatspräsid. (s. o.) wendet, mit 8 St. in der Mehrheit. bei der Abstimmung über das Budget nunmehr aber erleidet sie eine Niederlage (mit 45 gegen 49 St.), die den Ministerpräsid. Ulmanis zum Rücktritt veranlaßt.

4. Mai. Bildung des Kabinetts Alberings.

An Stelle des gestürzten bäuerlich-bürgerlichen Kabinetts Ulmanis tritt ein Kabinett, das sich von dem alten grundsätzlich nicht unterscheidet. Ohne die Teilnahme der Rechtsparteien stützt es sich auf den Bauernbd., das Zentrum und die Russen und verfügt etwa über 51 von 100 St. Den Vorsitz hat Alberings (Bauernbd.), Außenmin. ist Ulmanis und Innenmin. wird Laimin. — Die Kammer spricht der neuen Regg. mit 51 gegen 36 St. das Vertrauen aus.

24. Juni. (Riga) Besuch des finnischen Staatspräsidenten.

In der Presse wird der Besuch des finn. Staatspräsid. Relander, der damit einen Besuch Tschakstes in Helsingfors erwidert, als ein Zeichen für die Annäherung Finnlands an Lettland und Estland gedeutet, während Finnland vordem einseitig skandinavisch orientiert war.

20. Aug. Note an Rußland.

Die Regg. übermittelt dem russischen Gesandten eine Note, in der sie sich bereit erklärt, sofort und ohne weiteres mit der Räteregg. in direkte Verhandlungen über einen Garantie- und Neutralitätspakt einzutreten, ohne dabei gemäß der Note vom 24. Juni noch auf der Bildung einer vorbereitenden Komm., an der alle interessierten Staaten teilnehmen, zu bestehen.

8. Dez. (Landtag) Sturz der Regierung Alberings.

Mit 51 gegen 46 St. wird der Regg. ein Mißtrauensvotum ausgesprochen, worauf die Regg. ihren Rücktritt erklärt.

17. Dez. Bildung der Regierung Skujenieks.

Vorsitz und Inneres: Skujenieks (Rechtssoz.); Auswärtiges: Cielens (Linkssoz.); Finanzen: Bastjans (Linkssoz.); Krieg: Ban-

gerskis; Justiz: Bitte (Dem. Ztr.); Unterricht: Rainis (Linkssoz.); Verkehr: Krievs (Dem. Ztr.); Landwirtschaft: Mitulis (Siedlungsp.); Volkswohlfahrt: Rudevics (Linkssoz.); Staatskontrolle: N. Ivanovs (Linkssoz.).

XXIII
Litauen

5. Jan. Erklärungen des Außenministers.

Außenmin. Reinys erklärt in einem Presseinterview u. a. folgendes: Vor allem sei Litauen bestrebt, mit Rußland, Deutschland und Lettland Handels- und Konsularverträge abzuschließen. Aber auch die politischen Beziehungen zu diesen Staaten müßten eine Klärung erfahren. Die Unterredung mit Tschitscherin habe gezeigt, daß für eine Verständigung große Möglichkeiten gegeben seien. Die Frage der Beziehungen zu Deutschland und Lettland sei durch die Konferenz von Locarno aktuell geworden. Die Konferenz habe die Notwendigkeit gezeigt, die Verhältnisse zwischen den osteuropäischen Ländern zu stabilisieren und ein „Locarno des Ostens" vorzubereiten. Es sei zwar schwer zu sagen, wann und unter welchen Bedingungen eine Konferenz der ost- und mitteleuropäischen Länder von den balt. Staaten bis Rumänien, einschließlich Rußlands, Polens, Deutschlands und der Tschechoslowakei, zusammentreten könne, aber die Vorbereitungen für eine solche Konferenz dürften nicht hinausgeschoben werden. In der Memelfrage bezeichnet er den Standpunkt der Deutschen als ungerechtfertigt. Die lit. Regg. wünsche an die Spitze des Direktoriums einen Mann ihres Vertrauens zu stellen, die übrigen Mitglieder des Direktoriums könnten Angehörige der deutschen Mehrheit sein.

3. Jan. Erhöhung der Zollsätze.

Die vom Sejm beschlossene Erhöhung der Einfuhrzölle um 50 bis 600% wird in Kraft gesetzt. Einen vernichtenden Schlag bildet der neue Zolltarif für die Wirtschaft des Memelgebietes.

Mitte Jan. Neues Wahlgesetz.

Das Ministerium des Innern hat das neue Ges. für die kommenden Wahlen fertiggestellt, in dem eine Verminderung der Abg. auf 58 vorgesehen ist. Die Deutschen des Memelgebietes erblicken in der Verminderung der Zahl der Abgg. einen empfindlichen Schlag gegen die Minderheiten.

15. Jan. (Memelland) Bildung des Landesdirektoriums.

Das neue Landesdirektorium wird unter dem Vors. von Simonatis, der als Großlitauer den Deutschen sehr verhaßt ist, endgültig gebildet. Am 16. übernimmt das neue Direktorium die Geschäfte.

19. Jan. (Kowno) Arbeitslosendemonstrationen.

20. Jan. (Memelland) Erklärung Simonaitis'.

Der Präsid. des Landesdirektoriums Simonaitis gibt folgende Erklärung ab: „Es gehört großer Mut dazu, zu dieser außergewöhnlichen Zeit ein so verantwortungsvolles Amt zu übernehmen. In letzter Zeit war das Zusammenarbeiten der beiden Nationalitäten nicht immer reibungslos. Das ist wohl daher gekommen, daß das Memelgebiet

bei völlig ungeklärten Verhältnissen ohne Volksvertretung war und Mißtrauen und Zwietracht sich immer mehr verbreiteten. Das Direktorium wird es sich angelegen sein lassen, dieses Mißtrauen zu beseitigen. Wir haben ein Programm, das erschöpfend bezeichnet werden kann und wie folgt lautet: Gemeinsame Arbeit und Memelstatut." Sodann geben die Vertreter der Parteien Erklärungen ab, in denen sie u. a. erklären, daß sie nur infolge der schweren Wirtschaftskrise dazu gezwungen seien, sich mit dieser Regg. einverstanden zu erklären.

Ende Febr. (Memelland) Kundgebung gegen die litauische Zentralregierung.

Nach vergeblichen Bemühungen, durch freundschaftliche Beseitigung der Differenzen zwischen dem Memelgebiet und Litauen zu praktischer Arbeit und zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten mit der Zentralregg. zu gelangen, hat sich der Landtag nunmehr entschlossen, den seinerzeit angekündigten Schritt beim Völkerbund zu unternehmen. Präsid. Kraus gibt dazu folgende Erklärung ab: Die regierungslose Zeit hat die Arbeit des Landtages praktisch zur Erfolglosigkeit verdammt und obwohl der Landtag den Vorschlag des Gouverneurs betr. den Präsid. des Direktoriums angenommen hat, scheint keine Besserung eintreten zu wollen, da alles Entgegenkommen unsererseits von der Regg. in Kowno als Schwäche ausgelegt wird und auch der Präsid. des Direktoriums mit seinen Bemühungen dort im Stiche gelassen worden ist. Ich sehe kaum eine Möglichkeit, sich mit der Regg. in Kowno zu verständigen. Ich möchte daran erinnern, was die Völkerbundkomm. unter Normann Davis in ihrem Bericht zu der Frage der Autonomie gesagt hat. Die Komm. sagt wörtlich, daß sie bestimmt hofft, die lit. Regg. werde im gleichen Geist an die Frage der Autonomie herantreten. In dieser Hoffnung hat sich die Komm. schwer getäuscht. Um nur einen Punkt herauszugreifen: solange der Art. 35 des Memel-Status nicht im Sinne der Autonomie erledigt wird, ist die praktische Arbeit des Landtags zwecklos. Eine Antwort auf das Angebot der memelländ. Delegation hat aber die lit. Regg. bis heute nicht gegeben, d. h. mit anderen Worten, das notwendige Geld, um unsere Gesetze in die Tat umzusetzen, den Verwaltungsapparat zu bezahlen und die uns obliegenden dringenden kulturellen Aufgaben zu erfüllen, wird uns verweigert und es ist, wie ich schon sagte, nur zu sehr zu verstehen, daß dieses unbefriedigende Ergebnis die Bevölkerung in hohem Maße beunruhigt. Schließlich wird eine Komm. gewählt mit dem Auftrage, 1. eine Denkschrift auszuarbeiten, in der der Völkerbund auf die Verletzungen des Memelstatuts durch die Zentralregg. hingewiesen wird, mit der Bitte, um Abstellung dieser Verletzungen; 2. alle weiter notwendigen Schritte zu unternehmen. Die sonach ausgearbeitete und von Kraus am 2. März unterzeichnete Denkschrift wird dem Generalsekr. des Völkerbunds übermittelt. Die dringlichsten Beschwerden sind folgende: Der Fluß Memel ist gesperrt, die Holzflößerei gedrosselt, der Handel liegt trotz aller lit. Statistiken darnieder. Die Ausgaben für Schule, Justiz, Polizei hat Litauen dem Memellande überlassen, die Einnahmen aus Zöllen, Monopolen, Post hat es für sich genommen. Der staatliche Zuschuß von 400000 Lit. monatlich reicht nicht aus; 1 Million Lit. wird benötigt. Alle Verhandlungen zwischen Memel und Kowno kommen nicht vom Fleck. Die lit. Regg. verletzt ständig die Autonomie des Memelgebiets, an der die Bevölkerung festhält. Die Landtagswahlen vom Herbst 1925 gaben

der deutschen Bevölkerung 27 von 29 Sitzen, während die lit. Fanatiker einen Sitz bekamen. Die deutschen Namen der Bahnstationen werden litauisiert. Die Auslandspässe werden allein vom lit. Gouverneur ausgestellt, statt, wie es dem Memelstatut entspräche, von den autonomen Behörden des Memelgebiets. Ebenso statutenwidrig ist die Dienstentlassung einheimischer Staatsbeamten. Fremde, d. h. deutsche Lehrkräfte werden nicht zugelassen, ausländische, d. h. deutsche Privatversicherungen werden unterdrückt. Und schließlich unterhält Litauen im Memelgebiet im Widerspruch zum Memelstatut eine politische Polizei.

31. März. (Sejm) Änderung des Wahlgesetzes für das Memelland.

Der Sejm genehmigt mit 23 gegen 22 St. die Abänderung des § 25 des Wahlges. für den Landtag des Memelgebietes in allen 3 Lesungen, wonach den im Memelgebiet registrierten Litauern das Wahlrecht zusteht. Dazu bemerkt das „Memeler Dampfboot": „Nach der Memelkonvention haben Nichtmemelländer kein Wahlrecht zur Volksvertretung des Memelgebietes. Daran kann kein Beschluß oder Gesetz des Sejm etwas ändern. Denn die Memelkonvention ist das memelländische Staatsgrundgesetz, mit dem alle anderen Gesetze in Übereinstimmung zu stehen haben. Wer Bürger des Memelgebietes ist bzw. werden kann, wird — nach der Memelkonvention — allein von einem Gesetz bestimmt, das der Landtag des Memelgebietes auszuarbeiten hat."

8.—10. Mai. Wahlen zum Sejm.

Gewählt werden: 22 (bish. 16) Volkssoz.; 15 (12) Soz.; 14 (15) Christl.-Dem.; 11 (14) Bauernbd.; 6 (1) Deutsche und Memelländer; 5 (12) Arbeitsföderation; 4 (3) Polen; 3 Nat. (Smetonapartei); 3 (5) Juden und 2 Bauernp. Im Memelgebiet, das zum erstenmal an den Wahlen beteiligt ist, werden bis auf einen noch ausstehenden Wahlbezirk 57694 St. abgegeben. Davon entfallen auf die Memelländ. Landwirtschaftsp. 20057, Memelländ. Vp. 18443, Soz. P. 7840, Arb.-P. (Komm.) 2726, litauische Parteien zusammen 8628. Danach entfallen auf die Memelländ. Landwirtschaftsp. 3 und auf die Memelländ. Vp. 2 Abgg.

Die bish. Koalition (Christl. Dem., Bauernbd. und Arbeitsföd.) schrumpft von 41 auf 30 zusammen, der gegenüber die Opposition mit 55 Mandaten aufmarschiert. Das Wahlergebnis stellt demnach einen bedeutenden Sieg der Linken dar.

3. Juni. (Sejm) Eröffnung.

Zum Präsid. des neu gewählten Hauses wird Staugaitis (Volkssoz.) und zum Vizepräsid. Kairis (Soz.) gewählt. — Die 5 memelländ. Abgg. schließen sich mit dem einen deutschen Abg. Litauens zu der Memelländ. u. Deutsch. Frakt. zusammen und stellen mit den 7 anderen Abgg. der nationalen Minderheit (4 Polen und 3 Juden) eine Arbeitsgemeinschaft her.

7. Juni. (Sejm) Wahl des Staatspräsidenten.

Mit 50 von 79 St. (der Vp., der Soz., der Bauernp. und der Memelländer) wird Abg. Dr. K. Grinius zum Staatspräs. gewählt. Grinius, der volkssoz. Führer, ist bekannt, als alter Vorkämpfer der litauischen Freiheitsbewegung.

15. Juni. Bildung des neuen Kabinetts.

Der Staatspräsid. bestätigt das von Slezevicius (Volkssoz.) gebildete Kabinett in folgender Zusammensetzung: Vorsitz, Justiz und

interim. Auswärtiges: Slezevicius; Inneres: Pošhela; Finanzen: Rimka; Krieg: Papetschkys; Kultus: Tschepinskis; Landwirtschaft: Krikschtschinius; Verkehr: Tamoschevicius und Staatskontrolle: Maschiotas. Pošhela und Tschepinskis sind Soz., Tamoschevicius und Maschiotas parteilos, die übrigen Kabinettsmitgl. sind Volkssoz.

Die neue soz. Regg. verfügt im Parlament über 40 sichere St. gegenüber 30 St. des gestürzten klerikalen Blocks; zur Erlangung einer absoluten Mehrheit bei insgesamt 85 Abgg. sucht sie daher die Mitarbeit der nat. Minderheiten (13), denen sie die Achtung der verfassungsmäßig verankerten Minderheitsrechte verspricht. Eine gewichtige Rolle im Parlament spielt auch die kleine natlib. P. (3), deren Führer Smetona den politischen Kampf im Zeichen der „moralischen Reinigung“ beginnt. Die Klerikalen kämpfen unter der Parole „Nieder mit der Sozialisten- und Judenherrschaft!“

28. Juni. (Kowno) Besuch des lettischen Außenministers.

Gegenstand der Besprechung Ulmanis' mit dem lit. Außenmin. Slezevicius bilden der geplante Schieds- und Handelsvertrag und der beabsichtigte Neutralitätspakt mit Rußland. Vgl. S. 346.

29. Aug. (Memelland) Besuch des litauischen Staatspräsidenten.

Staatspräsid. Grinius sagt in einer Ansprache an den Landtagspräsid. Kraus u. a. folgendes: Litauen sei durch ein gemeinsames Schicksal mit dem Memelgebiet verbunden und beide hätten die gleichen Freuden und die gleichen Sorgen. Nur mit vereinten Kräften könne das Dasein besser gestaltet werden. Die dem Memelgebiet gegebene Selbstverwaltung gestatte es ihm, noch intensiver seine Kräfte zu entwickeln. Die Regg. werde stets die dem Gebiet gewährten Rechte schützen.

30. Okt. (Memelland) Kraus zur Lage.

Landtagspräsid. Kraus schildert in einer Versammlung der memelländ. Vp. die traurige Wirtschaftslage und die auch von der neuen lit. Regg. fortgesetzte Politik der Mißachtung des autonomen Memelstatuts.

8. Nov. (Memelland) Rücktritt Simonaitis'.

Zufolge des Beschlusses des Landtags v. 6. Nov. überreicht der Präsid. des Landesdirektoriums dem Gouverneur sein Rücktrittsgesuch. Der Gouverneur veranlaßt die Bildung eines Arbeitsdirektoriums.

1. Dez. (Memelland) Sturz des Direktoriums.

Landtagspräsid. Kraus eröffnet die Debatte im Landtag mit längeren Ausführungen, in denen er seiner Verwunderung Ausdruck gibt, daß ein Mann wie Falk sich dazu hergeben konnte, ein Direktorium unter Verletzung der Memelautonomie zu bilden und dem Landtag die Zumutung zu stellen, völlig unannehmbare Direktoren zu akzeptieren. Falk habe vor der Ernennung mit dem Parlament nicht Fühlung genommen.

Der von der Volks- und Landwirtschaftsp. eingebrachte Mißtrauensantrag wird sodann mit 21 St. bei 6 Stimmenthaltungen (4 Soz., 2 Litauer) angenommen. Das Arbeitsdirektorium Falk ist damit gestürzt.

8. Dez. (Memelland) Besuch des litauischen Ministerpräsidenten.

In einem Presseinterview rechtfertigt Ministerpräsid. Woldemaras die Ausweisung reichsdeutscher Redakteure aus dem Memelgebiet, die

bereits den Gegenstand einer deutschen Protestnote gebildet hat, als eine lokale Maßnahme im Interesse der Sicherheit des Staates.

17. Dez. Staatsstreich und Bildung eines nationalen Kabinetts.

In der Nacht vom 16. auf 17. Dez. wird das Parlament von Truppen umstellt. Im Auftrage des neuen Diktators Plechavicius erscheint ein Offizier und erklärt das Parlament für aufgelöst. Das Präsidium des Landtags wird verhaftet. Durch Proklamation wird die Militärdiktatur verkündet und gesagt, daß die Armee zeitweilig die Macht in ihre Hände genommen habe, weil die bisherige Regg. Litauen den Bolschewisten und Fremdstämmigen überliefern wollte. Die Armeebefehlshaber, welche sich geweigert haben, sich mit dem neuen Regime solidarisch zu erklären, werden in Haft gehalten. Der größte Teil der Streitkräfte des Majors Plechavicius besteht aus Freiwilligen der Schützenabteilungen, die seinerzeit den Handstreich auf Memel mitmachten. Über das ganze Land wird der Kriegszustand verhängt. Plechavicius beauftragt alsbald den Abg. Smetona, den ersten Präsid. der Republik Litauen, mit der Regierungsbildung. Staatspräsid. Dr. Grinius bestätigt das sofort neugebildete Kabinett in folgender Zusammensetzung: Vorsitz und Auswärtiges: Woldemaras (Nat.); Inneres: Musteikis (Nat.); Finanzen: Karvelis (Christl.-Dem.); Justiz: Silingas (Bauernbd.); Krieg: Merkis (Nat.); Verkehr: Jankevicius (Bauernp.); Unterricht Bistras (Christl.-Dem.); Landwirtschaft: Aleksa (Bauernp.); Staatskontrolle: Milcius.

Am 18. tritt das neue Kabinett zusammen und beruft das Parlament zu einer Sitzung, zu der nur 40 Mitgl. der Rechten erscheinen. Die Rücktrittsgesuche des Staatspräsid. Grinius und des Parlamentspräsid. Stolgaitis werden genehmigt. Sodann wird der frühere Staatspräsid. Stulginsky zum Präsid. des Parlaments und Smetona mit 38 gegen 2 St. zum Staatspräsid. gewählt. In offiziellen Erklärungen wird die Notwendigkeit des Staatsstreiches begründet, er sei das einzige Mittel gewesen, um die drohende Katastrophe, den für Jan. 1927 geplanten bolschewistischen Putsch, abzuwenden. Das alte Kabinett habe eine „Polonisierungs- und Bolschewisierungspolitik" getrieben.

21. Dez. Interview des Ministerpräsidenten.

Wie das „Memeler Dampfboot" berichtet, äußert sich Ministerpräsid. Woldemaras in einem Presseinterview über die aktuellen politischen Fragen. Den weiteren Beziehungen zu Deutschland, sagt er, dürfte die Umwälzung, die vor allem einen innenpolitischen Sinn habe, nur förderlich sein. Im Verhältnis zu Deutschland seien noch viele Fragen zu regeln, so z. B. die Memelfrage und die damit zusammenhängende Reparationsfrage. Im großen und ganzen bleibe die Politik gegenüber Deutschland dieselbe wie bisher. In der Memelfrage sei unser Standpunkt schon immer der gewesen, daß unsere Beziehungen zum Memelgebiet nicht durch geschriebene Konventionen, sondern durch beiderseitiges Verständnis geregelt werden sollten.

24. Dez. Ministerpräsid. Woldemaras erklärt sich für die Aufrechterhaltung des Vertrages mit Rußland.

Moskau befürchtet nämlich infolge der antirussischen Einstellung der christl.-dem. P., die die Militärs stützt, einen Kurswechsel.

XXIV

Polen

Anf. Jan. (Posen) Arbeitslosenunruhen.

Anf. Jan. Durchführung des Agrarreformgesetzes.

Es wird die Liste jener Güter veröffentlicht, die 1926 eine Anzahl von Hektar zwangsweise aufzuteilen haben; auf Kongreßpolen entfallen 14000, auf Westgalizien 5000, auf Ostgalizien 4000, auf die sonstigen Ostmarken 14000, auf Posen 4500 und auf Pommerellen 7300 Hektar. Von diesen Maßnahmen werden viele deutsche Gutsbesitzer betroffen.

25. Febr. u. 3. März. (Sejm) Locarnoverträge und Völkerbund.

Gelegentlich der Beratung des franz.-poln. Garantievertrags und des deutsch-poln. Schiedsgerichtsvertrags hält Ministerpräsid. und Außenmin. Skrzynski eine Rede über die außenpolitische Lage, er betont die Größe des „auf dem harten Boden des Versailler Vertrags ruhenden Werks von Locarno" und zitiert Auslegungen Briands und Chamberlains, um zu beweisen, daß der franz.-poln. Garantievertrag jederzeit die Hilfe Frankreichs sichere, falls Polen ohne Provokation angegriffen würde und seine Grenzen verletzt würden, ohne daß zuvor der Beschluß des Völkerbunds abgewartet worden sei. Besonders rühmt er dabei die „klare und kontinuierliche Politik Englands" als „Faktor einer dauerhaften Friedenspolitik". Zur Völkerbundspolitik sagt er: Im Völkerbunde dürfe es nur Einheit im Gedanken des Sieges der Friedensidee geben und keine sich bekämpfenden Gruppen. Der Eintritt Deutschlands bedeute nach der vorangegangenen Verständigung von Locarno eine Verstärkung der Wirksamkeit des Völkerbundes. Das Hauptproblem bilde zunächst die Umformung des Rats auf Grund des Art. 4. Aber eine Großmacht sei nicht ein Staat, der die meisten Kanonen und Flugzeuge habe, sondern ein Staat, der das Prinzip der Demokratie und der Bürgerfreiheit hochhalte. Für Polen könne also Art. 4 keine andere Auslegung finden als seine Anwesenheit im Völkerbundsrat gleichzeitig mit dem Eintritt Deutschlands. Polen wolle sich weder um die Bürger fremder Staaten kümmern, noch die Hand auf eine freie Stadt legen, noch sich um Kolonialmandate bemühen. Polen wolle nur die Zahl der Gläubigen im Völkerbund vermehren. Als Skrzynski erklärt, er habe sich in Locarno keinerlei Versprechungen auf einen künftigen Sitz ausbedungen, ruft man ihm zu, das verdiene wirklich kein Lob.

Am 3. März werden nach längerer Aussprache in allen drei Lesungen die Locarnoverträge mit den St. der Regierungsparteien, mit Ausnahme der Nat. Arbeitsp., gegen die rad. Bauernp., die Christl.-Nat. und einen Teil der Minderheit angenommen und ebenso mit den St. aller poln. Parteien die Resolution, die für Polen einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat verlangt.

5. März. Zur Lage der Deutschen in Oberschlesien.

Die Deutsche Frakt. im Sejm beschäftigt sich mit den Vorgängen in Oberschlesien. Es wird einstimmig festgestellt, daß die gegen den Deutschen Volksbund in Oberschlesien ergriffenen Maßregeln, die zur Verhaftung einer Anzahl poln. Staatsbürger deutscher Nationalität geführt haben, den Anstoß gaben zu einer wüsten Hetzarbeit. Eine aus den

schles. Abgg. und dem stellv. Fraktionsvorsitzenden, Domherrn Klinke, bestehende Abordnung begibt sich zum Innenmin. und schildert ihm die Vorgänge. Innenmin. Raczkiewicz gibt die Versicherung ab, daß er alles aufbieten werde, um in Oberschlesien wieder normale, gesetzliche Zustände herbeizuführen und daß er einen verläßlichen Regierungsvertreter zur Feststellung des Tatbestandes nach Oberschlesien entsandt habe.

25. März. (Sejm) Skrzynskis Bericht über Genf.

In der Komm. für Ausw. Angelegenheiten erstattet Premier- und Außenminister Graf Skrzynski seinen Bericht über die Verhandlungen in Genf: „Wir haben uns nach dem Grundsatz gerichtet, daß alle Maßnahmen der Völkerbundsberatung dahin zielen müssen, daß der Friede gefestigt und erhalten bleibe. Die Beratungen des Rates nahmen Tage in Anspruch, in denen die Vertreter von 50 Staaten untätig darauf warten mußten, bis sich zehn Staaten entschieden hätten. Die Rücksichten auf Locarno gewannen schließlich die Oberhand. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die in der nächsten Tagung über die Vorschläge zur Umgestaltung des Rates berichten soll. Von poln. Seite standen wir auf dem Standpunkte, daß Polen gleichzeitig mit Deutschland in den Rat eintreten müsse. Wir können es uns nicht denken, daß, wenn Polen nicht gleichzeitig aufgenommen würde, der Locarno-Vertrag erfüllt werden könnte. Ich kann mit großer Befriedigung feststellen, daß die große Mehrheit der dem Völkerbunde angehörigen Staaten, ungefähr 90 %, unsere Anschauung teilen, womit ausgesprochen wird, daß Polen ein Recht hat, einen Ratssitz zu erhalten."

26. März. Garantievertrag mit Rumänien. Vgl. S. 381.

1. April. (Stryi-Ostgalizien) Arbeitslosenunruhen.

8. April. (Warschau) Arbeitslosenunruhen.

Da der Arbeitsmin. Verhandlungen mit der Abordnung der Erwerbslosen vor der Einstellung der Demonstrationen ablehnt, kommt es zu einem Sturm auf das Arbeitsministerium.

12. April. Reise des Ministerpräsidenten nach Prag und Wien.

Über die mit Öst. und mit der Tschech. geschlossenen Verträge siehe S. 194 und 205.

21. April. Kabinettskrise.

Nachdem die soz. Mitglieder der Regg. den Sanierungsplan des Finanzmin. abgelehnt und am 20. ihre Demission gegeben haben, beschließt das Gesamtkabinett seinen Rücktritt. Der Präsid. der Republik nimmt jedoch die Demission nicht an und veranlaßt das Kabinett, vorläufig im Amt zu bleiben.

5. Mai. Rücktritt des Kabinetts Skrzynski.

Der Präsid. nimmt die Demission an. Graf Skrzynski erklärt in einem Presseinterview, sein Rücktritt möge die Bedingungen für die Bildung einer parlamentarischen Koalition schaffen. Die Regg. sei nicht gestürzt, sondern abgetreten.

10. Mai. Bildung des Kabinetts Witos'.

Beim dritten Versuch gelingt Witos die Bildung eines Kabinetts in folgender Zusammensetzung: Vorsitz: Witos; Äußeres: vorläufig

K. Morawski; Heer: Gen. Maczewski; Inneres: Zmolski (Christl. Dem.); Unterricht: Grabski; Finanzen: Zdziechowski; Eisenbahnen: Chadzynski; Handel und Industrie: Oziecki; Ackerbau: Kjernik. Provisorisch werden in das Kabinett aufgenommen: Arbeit: Jankowski (Nat. Arb. P.); Bodenreform: Radwan; öffentliche Arbeiten: Rybczinski. Ministerpräsident Witos setzt seine Bemühungen fort, Skrzynski wieder als Außenmin. zu gewinnen, zumal gleichzeitig die Ententegesandten sich für Skrzynski verwenden. Das neue Kabinett ist ein ausgesprochenes Rechtskabinett, an dem sich außer den Parteien der Rechten das Ztr., die Nationaldem., die Piasten und die Nat. Arb.-P. beteiligen.

12. Mai. Staatsstreich des Marschalls Pilsudski.

Marschall Pilsudski hält unter militärischem Aufgebot seinen Einzug in Warschau. Die sich entwickelnden Straßenkämpfe enden mit dem Sieg Pilsudskis, der am 14. von der Presse übereinstimmend als Herr der Lage bezeichnet wird. Auch das Land stellt sich alsbald hinter die Revolution Pilsudskis, nur das nationalistische Polentum in Posen und Schlesien steht auf seiten der Regg. Witos. Am 15. Mai geht die gesamte Regierungsgewalt auf Pilsudski über. Der Präsid. der Republik, Wojciechowski, legt sein Amt nieder und das Kabinett Witos bittet in einem Schreiben an den Sejmmarschall um Annahme seiner Demission. Mitarbeiter Pilsudskis sind der frühere Außenmin. Graf Skrzynski und Professor Ponikowski.

Bei den Straßenkämpfen fällt auch Gen. Zeligowski, der bekannt ist durch seine Wilnaaktion. Gen. Sosnkowski, der Posener Kommandant, begeht Selbstmord, weil seine Offiziere sich geweigert haben, sich mit ihm für Pilsudski zu erklären.

Über die Persönlichkeit Pilsudskis sei hier folgendes in die Erinnerung zurückgerufen: Geb. am 4. Juli 1867 im Gouvernement Wilna, nahm er schon als Student an radikalen Umtrieben teil. Einundzwanzigjährig wurde er wegen Teilnahme an einem Anschlag gegen den Zaren zur Verbannung nach Sibirien verurteilt. Später wurde er Führer der Poln. Soz.-P. Im Weltkrieg kämpfte er mit seinen poln. Legionen unter dem Doppeladler. 1918 war er berufen, der verworrenen Lage Polens Herr zu werden. Am 14. Nov. 1918 berief er, mit diktatorischer Gewalt ausgestattet, die Nationalversammlung. Am 23. Nov. wählte man ihn provisorisch und am 18. Dez. endgültig zum Präsid. der jungen poln. Republik. Am 17. Dez. 1922 trat er zurück und wurde Generalstabschef des poln. Heeres, ein Amt, das er aber bereits im nächsten Jahre an den General Haller abgab. Pilsudski hat auch nach seinem Rücktritt immer hinter der Kulisse des Welttheaters gestanden, jeden Augenblick bereit hervorzutreten oder sogar: hervorgeholt zu werden.

Sejmmarschall Rataj beruft am 15. in Vertretung des Präsid. der Republik ein neues Kabinett in nachstehender Zusammensetzung: Vorsitz und Eisenbahn: Bartel; Äußeres: Zaleski; Inneres: Gen. Mlodzianowski; Krieg: Pilsudski; Finanzen: Czechowicz; Justiz: Makowski; Handel: Gliwic; öffentliche Arbeiten: Broniewski; Arbeit: Jurkiewicz; Kultus: Mikulowski-Pomorski; Landwirtschaft: Raczinski.

21. Mai. Festlegung des neuen Kurses.

Nach Beendigung der militärischen Aktionen erfolgt die Lösung der

politischen Fragen. Pilsudski weigert sich zunächst selbst, die Präsidentschaft anzutreten, da die Linksparteien von ihm weitgehende agrarpolitische Maßnahmen (vor allem gewaltsame Enteignung der Großgrundbesitzer und unentgeltliche Landverteilung an die Bauern) erwarten, für die er im Augenblick keine Verantwortung übernehmen zu können glaubt. Die eingeleiteten innerpolitischen Verhandlungen ergeben eine Übereinstimmung aller Parteien in folgenden drei Punkten: 1. daß es notwendig sei, die Nationalversammlung einzuberufen, möglichst am 29. oder 30. Mai; 2. daß es erforderlich sei, die Machtbefugnisse des Staatspräsid. in dem Sinne zu erweitern, daß künftig er das Recht habe, den Sejm aufzulösen, während bisher bekanntlich der Sejm nur seine Auflösung beschließen konnte; 3. daß der jetzige Sejm aufgelöst werden solle.

26. Mai. Pilsudski zur Lage.

In einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Matin", Sauerwein, erklärt Pilsudski u. a. folgendes: Ein Staatschef müsse das Recht haben, in Fällen von nationalem Interesse rasche Entscheidungen zu treffen. Parlamentarische Schikanen würden die unumgänglichen Reformen nur verzögern. Polen befände sich in einem Chaos der gesetzgebenden Körperschaften. Das Land habe die Gesetze von drei Staaten übernommen, dazu kämen noch die neuen Gesetze. Hier müßte eine Vereinfachung eintreten, indem die Machtbefugnisse des Präsid. erweitert würden. Was die auswärtige Politik betreffe, so sei eins jetzt schon sicher, daß er den Frieden wolle. Polen wünsche auch keine territorialen Veränderungen. Wenn es aber angegriffen würde, wisse es sich zu verteidigen. Pilsudski äußert sich ferner zum erstenmal öffentlich über seine Tat. Er erklärt, nicht nach der Diktatur zu streben, sondern er wolle seinen Staatsstreich legalisieren. Er habe so etwas wie eine Revolution unternommen, ohne revolutionäre Folgerungen zu ziehen. Er wisse, daß viele über seine Absage an die Diktatur enttäuscht seien, auch daß seine Aufstellung als Präsidentschaftskandidat geplant sei. Es würden jedoch mehr Kandidaten zur Aufstellung kommen und er werde veranlassen, daß zwischen den Kandidaten eine Aussprache stattfinde. Der Sejmpräsid. solle sobald als möglich durch die Nationalversammlung einen Staatspräsid. wählen lassen, in dessen Hand mehr Macht gelegt werden müsse, als dies bisher der Fall gewesen sei.

Über Posen sagt er: „Ja, Posen ist eine Schwierigkeit und wird es für eine Generation sein. Posen weist zwei große Unterschiede gegenüber dem übrigen Polen und besonders gegenüber Russisch-Polen auf. Der erste Unterschied ist, daß die Posener unter einer höheren Kultur und unter einer von den Deutschen eingeführten Ordnung aufwuchsen. Daher haben sie eine Sinnesart, die ganz verschieden von der Sinnesart derer ist, die unter russ. Anarchie oder österr. Nonchalance lebten. Der zweite Unterschied ist der, daß sie eine weitaus überlegene Lebenshaltung aufweisen."

31. Mai/1. Juni. (Nationalversammlung) Wahl des Staatspräsidenten.

Auf der Tagesordnung der gemeinsamen Versammlung von Senat und Sejm steht die Wahl des Staatspräsid., es kandidieren der von der Rechten präsentierte Wojewode von Posen, Bninski, und Marschall Pilsudski, der erst nach langem Drängen der Linken die Kandidatur

angenommen hat. Sejmmarschall und vorläufiger Staatspräsid. Rataj verkündet nach der namentlichen und geheimen Abstimmung folgendes Ergebnis: Abgegeben sind 546 St., davon für Marschall Pilsudski 292 und für Brinski 193 und 61 ungültige Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 274 St., somit ist Pilsudski gewählt. Die Linke nimmt die Wahl des Marschalls Johann Pilsudski mit Begeisterung auf. Die deutschen Abg. stimmen geschlossen für Pilsudski.

Pilsudski nimmt jedoch die Wahl nicht an. In einem Schreiben an den Sejmpräsid. gibt er dazu eine Begründung. Von diesem gelangen zwei verschiedene Texte in die Öffentlichkeit. Nach der einen Version heißt es in dem Schreiben: Leider bin ich nicht imstande, die Wahl anzunehmen. Es steht mir noch zu intensiv das tragische Bild des ermordeten Staatspräsid. Narutowicz vor Augen, den ich nicht vor seinem schrecklichen Ende bewahren konnte. — Der von der Telegraphenagentur verbreitete Text lautet: ... Zum zweiten Male in meinem Leben sind meine Handlungen und meine historische Arbeit, die leider früher auf Widerstand gestoßen sind, legalisiert worden. Leider bin ich nicht imstande, die Wahl anzunehmen. Ich kann nicht umhin, noch einmal zu betonen, daß ich ohne Arbeit nicht leben kann. Die in Kraft befindliche Verfassung hält nun den Präsid. von einer solchen Arbeit geradezu fern. Ich müßte mich zuviel beugen. Dazu bedarf es eines anderen Charakters.

Sejmmarschall Rataj beruft infolgedessen für den nächsten Tag die Nationalversammlung nochmals ein; der am 1. Juni wiederholte Wahlakt ergibt folgendes Resultat:

Im ersten Wahlgang erhält Moscicki 215, Bninski 211, Marek 56 St., außerdem werden 63 weiße Zettel abgegeben. Keiner der Kandidaten vereinigt die absolute Stimmenmehrheit auf sich. Im zweiten Wahlgang erhalten Moscicki 281, Bninski 200, Marek 1 Stimme. Außerdem werden 63 weiße Zettel abgegeben. Moscicki ist somit zum Staatspräsid. gewählt. Moscicki, Prof. an der Universität Lwow, der dem Vorstand der Chorzowwerke angehört, ist einer der beiden von Pilsudski empfohlenen Kandidaten.

4. Juni. Feierliche Vereidigung des neuen Präsidenten Moscicki.

4. Juni. Rücktritt des Kabinetts Bartel.

Das Kabinett Bartel tritt zurück. Bartel wird sofort mit der Rekonstruktion der Regg. beauftragt.

8. Juni. Bildung des neuen Kabinetts Bartel.

Präsid. Moscicki ernennt Bartel wieder zum Ministerpräsid. und Eisenbahnmin., die übrige Zusammensetzung der neuen Regg. unterscheidet sich von der alten nur durch die Neubesetzung des Finanz- und Handelsmin., Finanzmin. wird Klarner und Handelsmin. Kwiatkowski.

Entgegen den ursprünglichen Absichten der politischen Kreise, auch den Sejm aufzulösen und Neuwahlen anzuberaumen, vertritt Ministerpräsid. Bartel den Standpunkt, daß der Staat zunächst einige Monate Erholung bedürfe. Beachtenswert für die innerpolitische Lage ist die Schwenkung der Linken, die deshalb nunmehr in Opposition geht und die sofortige Auflösung des Sejms fordert.

22. Juni. Sejmmarschall Rataj tritt zurück.

22. Juli. (Sejm) Erklärung des Außenministers.

Im Auswärtigen Ausschuß gibt Außenmin. Zaleski eine Darlegung über die auswärtige Politik Polens und führt dabei u. a. aus: Maßgebende Versicherungen über den deutsch-russ. Vertrag weisen darauf hin, daß er rein freundschaftlichen Charakters ist und in keiner Hinsicht die Verpflichtungen verletzt, die Deutschland mit seinem Eintritt in den Völkerbund auf sich nehmen wird. Soweit es sich um unsere Beziehungen zu der Union der SSR. handelt, muß ich mit Befriedigung feststellen, daß die beiden an einer so langen Grenze benachbarten Staaten, die in ihrer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Struktur so grundsätzlich verschieden sind, seit einiger Zeit korrekte Beziehungen zueinander entwickeln, die immer mehr in reale Bahnen nachbarlicher Zusammenarbeit einlenken und die unfreundliche Propaganda Lügen strafen. In politischer Hinsicht hoffen wir, zu einem günstigen Abschluß unserer Verhandlungen mit diesem Staate zu gelangen. Im Zusammenhang damit unterstreiche ich, daß Polen nicht beabsichtigt, irgendwelche Gruppen um sich zu gruppieren, die gegen irgendeinen Nachbarn gerichtet wären, denn das entspricht nicht dem ausschließlichen Interesse des Friedens. Mit den baltischen Staaten verbindet uns ein gemeinsames Schicksal von nicht ferner Vergangenheit. Wir haben die Absicht, uns mit ihnen genau so wie bisher zu verständigen. Die besonders schwierige Frage einer vertragsmäßigen Fassung der Befriedung des Ostens muß selbstverständlich ebenso Gegenstand der Besprechungen sein. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen wir auf diesem Gebiet den Fortgang der Unterhandlungen, die sich auf Grund der von Finnland, Lettland und Estland den Sowjets unterbreiteten Denkschrift entwickelt haben.

30. Juli. (Senat) Verfassungsänderungen und Regierungsvollmachten.

Dem Haus liegt vor die vom Ministerrat am 17. beschlossene Vorlage über die Änderung der Verfassung v. J. 1921, die folgende Neuerung bringt: Das gegenwärtige Parlament wird im Laufe des Juli beendet. Bis Jan. 1927 erfolgt die Kundmachung von Gesetzen nur im Wege von Dekreten des Präsid. Die ord. Session des Parlaments soll nur vier Monate dauern. Ist zu dieser Zeit das Budget nicht genehmigt, so erfolgt die Genehmigung durch Vo. des Präsidenten. Der Präsid. ist berechtigt, sein Veto einzulegen gegen vom Parlament beschlossene Gesetze. Ist der Landtag vertagt oder aufgelöst, hat der Präsid. das Recht, Gesetzesverordnungen zu erlassen. Diese müssen jedoch nach Einberufung des Hauses diesem binnen vierzehn Tagen vorgelegt werden.

Ministerpräsid. Bartel ergreift dazu das Wort: Das Programm der jetzigen Regg. wird nicht durch Erklärungen, sondern durch Erfüllungen bekannt werden. Dazu ist aber völlige Bewegungsfreiheit erforderlich. In dieser Formel steckt auch die wahrste Umgrenzung des großen Problems. Den Platz, den bisher eine Oligarchie der einflußreichsten Fraktionsführer eingenommen hat, soll nunmehr, frei von überflüssigen Fesseln, die aufrichtigste demokratische Regierungsgewalt einnehmen. Die Vollmachten werden verlangt nicht im Namen der Autokratie, sondern im Namen einer neuzeitlich aufgefaßten Demokratie. Für jeden selbständig denkenden Staatsbürger ist es offenkundig, daß die Erneuerung der heutigen Verhältnisse nur durch eine Loslösung der exekutiven Gewalt von der gesetzgeberischen Gewalt denkbar ist. Exekutive bedeutet aber

nicht nur die Regg., sondern auch den ganzen Beamtenapparat. Dieser Beamtenapparat ist aber viel zu oft zum Gegenstand von Parteikompromissen gemacht worden. Ich betone nochmals, daß sowohl in der Armee wie auch in der sonstigen Stellenbesetzung politische Rücksichten vollständig ausgeschaltet sind.

3. Aug. (Sejm) Verfassungsänderung und Vollmachten für die Regierung.

Die Ges. über die Verfassungsänderung und das Ges. über die Regierungsvollmachten werden verabschiedet. Die neuen Gesetze bedeuten eine Schmälerung der Rechte des Parlaments und eine Stärkung der Position des Präsid. So nimmt sich z. B. der Sejm das Recht der Selbstauflösung, während in Zukunft nur dem Staatspräsid. das Recht der Landtagsauflösung zusteht.

6. Aug. Neuordnung des Oberkommandos im Heer.

Eine Vo. des Staatspräsid. regelt die Neuordnung der obersten Kommandostellen im Heer. Oberster Kriegsherr ist verfassungsmäßig der Staatspräsid. Zum Obersten Befehlshaber im Krieg wird der nun zu ernennende Generalinspekteur bestimmt, Generalinspekteur wird Marschall Pilsudski.

4. Aug. Presseinterview Zaleskis.

Außenmin. Zaleski gibt den Vertretern der auswärtigen Presse Erklärungen über Gegenwartsfragen der poln. auswärtigen Politik ab. Er betont vor allem, daß ein grundsätzliches Ziel der poln. Politik die Erlangung eines ständigen Sitzes im Völkerbunde sei, und spricht die Hoffnung aus, daß die Umbildung des Rates unter Bedingungen vor sich gehen werde, die in der Septembertagung keinen Anlaß zu neuen Enttäuschungen geben würden. Polen werde alle Vorschläge unterstützen, die gewissen Ländern eine ständige Mitarbeit im Rate sichern wollten. Der Rat müsse aber so umgestaltet werden, daß Bürgschaften für eine unparteiische Prüfung aller strittigen Fragen gegeben würden. Die rechtliche Natur des poln. Mandats müsse so festgelegt werden, daß Polen keine mit seiner nationalen Würde und mit seinen großen in Frage kommenden Interessen unvereinbare Konzessionen zu machen brauchte. Weiter wiederholt der Minister, Polen hege den ehrlichen Wunsch, die deutsch-polnisch nachbarlichen Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Zusammenarbeit aufzubauen. Entgegen allen Gerüchten nähmen alle deutsch-poln. Vertragsverhandlungen einen normalen Verlauf. Schließlich kommt er auf die falschen Gerüchte über Polens feindliche Absichten gegen Litauen zu sprechen. „Ich erkläre", sagt er in entschiedener Weise, „daß Polen keinerlei kriegerische Absichten gegenüber Litauen hegt. Wir sind überzeugt, daß die Lebensbedingungen und sein eigenes Interesse früher oder später Litauen eine Änderung seiner Politik auferlegen werden."

24. Sept. (Sejm) Budgetprovisorium.

Der Konflikt der Regg. mit dem Sejm, dessen Budgetausschuß das Budgetprovisorium für das 4. Quartal und die Nachtragskredite für das Heeresbudget um 17 Mill. hat kürzen wollen, spitzt sich zu der Alternative zu: Bewilligung des Budgetprovisoriums oder Landtagsauflösung. Finanzmin. Klarner erklärt, daß eine Regg., die auf Grund der auf den Weichselbrücken durchgeführten Kraftprobe zur Macht gelangt sei, nicht durch eine Sejmabstimmung zu Fall gebracht werden

könne. Der Sturz einer solchen Regg. bedeute keine Kabinettskrise, sondern eine Staatskrise. Nicht eine parlamentarische Abstimmung, sondern die poln. Nation selbst müsse über das Schicksal einer solchen Regg. entscheiden.

Am 25. nimmt der Sejm das Budgetprovisorium in der von der Regg. vorgelegten Fassung an, spricht jedoch gleichzeitig dem Min. des Innern und dem Unterrichtsmin. auf christl.-nat. Antrag in namentlicher Abstimmung mit bedeutender Mehrheit das Mißtrauen aus. Ministerpräsid. Bartel erklärt in den Wandelgängen, daß er infolgedessen mit der ganzen Regg. zurückzutreten beabsichtige.

30. Sept. (Sejm) Rücktritt der Regierung.

In der Nachmittagssitzung wird der poln.-rumän. Vertrag (S. 364) mit großer Mehrheit ratifiziert.

In der Abendsitzung teilt Sejmmarschall Rataj den Rücktritt der Regg. Bartel mit.

2. Okt. Bildung des Kabinetts Pilsudski.

Vom Staatspräsid. beauftragt bildet Marschall Pilsudski das neue Kabinett in folgender Zusammensetzung: Vorsitz und Krieg: Marschall Pilsudski; Äußeres: Zaleski; Unterricht: Dr. Bartel; Inneres: Gen. Slawoj-Skladkowski; Handel und Industrie: Kwiatkowski; Finanzen: Czechowicz; Landwirtschaft: Niezabitowski (kons.); Verkehr: Romocki (Christl.-Dem.); Öffentliche Arbeiten: Moraczewski (Soz.); Soziale Fürsorge: Jurkiewicz (Linksdem.); Agrarreform: Staniewicz; Justiz: Mejsztowicz (kons.).

14. Nov. (Oberschlesien) Gemeindewahlen.

Das vorläufige Gesamtergebnis stellt unbestritten einen deutschen Sieg im gesamten Industrierevier dar. In Kattowitz-Stadt beträgt die deutsche Mehrheit 25 513 gegen 15 090 poln. Stimmen, in Königshütte 21 247 gegen 8744, in Bismarckhütte 6660 gegen 4343, in Laurahütte 9932 gegen 5485, in Chorzow 3172 gegen 1321, im Landkreis Kattowitz 42 717 gegen 38 243, im Kreis Schwientochlowitz 41 493 gegen 35 238. Polnische Mehrheiten sind auf dem platten Lande der Kreise Rybnik und Pleß zustande gekommen (90 000 poln. gegen 31 000 deutsche St.). Alles in allem — schreibt dazu die „Dtsch. Allg. Ztg." — kann das Gesamtergebnis der Abstimmung, das in der poln. Presse Bestürzung hervorgerufen hat und das Korfanty ein „Volksgericht" nennt, nur als großer deutscher Erfolg bezeichnet werden.

26. Nov. Außerkrafttreten des Pressegesetzes.

Nachdem das 3 Tage vor der Sejmtagung erlassene sog. Presse-Maulkorb-Dekret von der Regg. im Sejm bis Mitternacht nicht eingebracht ist, tritt es verfassungsmäßig automatisch außer Kraft.

22. Dez. (Sejm) Budget.

Marschall Pilsudski, der damit zum erstenmal seit dem Maiumsturz im Parlament hervortritt, weist anläßlich der Budgetberatung den Vorschlag des Haushaltsausschusses, Ersparnisse zu machen, entschieden zurück. Er werde den Befehl erlassen, keine Ersparnisse zu machen, sondern alles herauszugraben — aus Trotz, um dem Fiskus nichts zurückzuerstatten! Die Notwendigkeit des hohen Budgets für die Armee habe ihren Grund darin, daß, wenn überall Armeen beständen, eine solche ganz besonders für Polen in der gegenwärtigen politischen Lage unentbehrlich sei. Schließ-

lich wird das Budgetprovisorium für das erste Vierteljahr 1927 fast unverändert in 3. Lesung angenommen. Die Ausgaben betragen 493256740 Zloty, somit 4 Mill. mehr als die Regg. vorgeschlagen hat. Die Ausgaben für das Heer betragen rund 33%.

24. Dez. (Oberschlesien) Frage der Minderheitsschulen.

Der Präsid. der Gemischten Kommission in Oberschlesien, Calonder, erkennt die Beschwerde des „Dtsch. Volksbundes" in Kattowitz über die Streichung von 7114 von 8560 Anmeldungen zur deutschen Minderheitsschule als berechtigt an. Aus der „Stellungnahme" sei folgendes hervorgehoben: Zunächst sei die Vorladung und protokollarische Vernehmung der Eltern eine Verletzung des Genfer Abk. und eine unzulässige Einwirkung auf die Erziehungsberechtigten. Die Losung freien kulturellen Wettbewerbs des Genfer Abk., die die Zugehörigkeit zur Minderheit oder Mehrheit in das objektive Ermessen des Betreffenden stelle und jede Nachprüfung ausschließe, sei für Oberschlesien, wo die sprachlichen und kulturellen Verhältnisse so sehr durcheinandergingen, geradezu eine absolute Notwendigkeit. Der Wortlaut der fraglichen Bestimmung sei im übrigen bei den Genfer Verhandlungen von der poln. Delegation vorgeschlagen, und Polen selbst habe in anderen Verträgen, z. B. mit Danzig und der Tschechoslowakei, auf derselben Lösung bestanden. Aus diesem Vertragsrecht der freien Selbstbestimmung ergebe sich, daß die Erziehungsberechtigten ohne Rücksicht auf Abstimmung und Muttersprache zwischen Mehrheits- und Minderheitsschule wählen können und daß der von der Wojewodschaft eingenommene Standpunkt, wonach alle Kinder mit poln. Muttersprache vom Besuch der deutschen Minderheitsschule zurückzuweisen seien, rechtlich unhaltbar sei.

24. Dez. Pilsudski zum litauischen Staatsstreich.

Marschall Pilsudski veröffentlicht im „Golos Prawdy" eine Erklärung über den litauischen Staatsstreich, in der es u. a. heißt: „Es ist richtig, daß die poln. Regg. an der litauischen Grenze Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte. Die von mir gegebenen Befehle hatten aber nur den Zweck, uns eine genaue Beobachtung der Ereignisse sowohl an der Grenze wie in Kowno zu ermöglichen. Daß die Nerven unserer Garnisonen einer starken Belastungsprobe ausgesetzt waren, ist verständlich, denn unsere Beziehungen zu Litauen sind insofern einzigartig in Europa, als dieser Staat das Bestehen eines Friedenszustandes zwischen sich selbst und Polen nicht anerkennt. Das litauische Volk wird zum Haß gegen Polen erzogen, und obschon Litauen keinen Krieg gegen Polen führen kann, so war doch mit der Gefahr vereinzelter Ausschreitungen zu rechnen. Doch ist es an keiner Stelle der Grenze zu Zwischenfällen gekommen."

XXV
Türkei

2. Jan. (Nationalversammlung) Ratifizierung des Freundschaftsvertrages mit Jugoslawien.

12. Febr. (Nationalversammlung) Einstimmige Annahme des russ.-türk. Neutralitätsvertrags vom 17. Dez. 1925.

17. Febr. (Nationalversammlung) Einführung des Schweizer bürgerlichen Gesetzbuches.

Einstimmig wird die Einführung des Schweizer bürgerlichen Gesetzbuches beschlossen, wodurch Staat und Religion im öffentlichen Leben des türk. Volkes getrennt werden. Die Polygamie wird verboten. Jeder volljährigen Person steht es frei, sich zu der Religion zu bekennen, der sie anzugehören wünscht.

Mitte Febr. Abberufung der türkischen Delegation von der Baumwolltagung in Moskau.

Die plötzliche Abberufung wird mit den schroffen Maßregeln der Sowjetregg. gegen die türk. Wareneinfuhr nach Rußland in Zusammenhang gebracht.

18. Febr. (Angora) Paraphierung eines franz.-türk. Abkommens.

Generalgouverneur von Syrien, de Jouvenel, und Außenmin. Tewfik Rüschdy Bei paraphieren ein Ergänzungsabk. zum Angoravertrag von 1921, das die türk.-syr. Grenze festlegt und sichert. Nach Beirut zurückgekehrt, erklärt de Jouvenel in einem Presseinterview u. a.: Der Geist von Locarno sei auch bei der türk. Regelung angewendet, wodurch die falsche Idee eines europäischen Paktes gegen den Osten zerstört werde. Der Hauptzweck seines Auftrages sei gewesen, in Ausführung des Angora-Abk. einige Art. aufzuklären, die falsch ausgelegt werden könnten. Die Grenzberichtigung bringe keine wichtige Änderung, sondern nur den Austausch einiger Dörfer auf Grund lokaler Bedürfnisse. Auf eine Frage, welche Wirkung dieses Abk. auf den Mossulkonflikt haben werde, antwortet er, er könne sich nicht anmaßen, über eine Frage zu sprechen, die ihn nichts anginge. Er hätte aber den Eindruck gewonnen, daß ein offener Ausbruch des Konflikts sehr unwahrscheinlich sei. Die Türken seien gewillt, einsichtig an den Wiederaufbau heranzugehen und gefährliche Abenteuer zu vermeiden.

22. Febr. Unterzeichnung eines provisorischen Handelsabkommens mit den Ver. Staaten.

3. März. (Nationalversammlung) Strafgesetzbuch.

Zur Annahme kommt das neue Strafgesetzbuch, das auf der ital. Strafgesetzgebung aufgebaut ist. Es tritt an Stelle des früh. auf dem Code Napoleon beruhenden Strafgesetzbuches.

9. März. Absage an den Völkerbund.

In einem Telegramm an den Völkerbundsrat in Genf lehnt die Regg. die verspätet erhaltene Einladung ab, neuerlich zwecks Abschlusses der Mossulaffäre vor dem Rat zu erscheinen, da dies schon aus Zeitmangel unmöglich wäre, wobei sie ihren grundsätzlichen Widerspruch gegen die gesamte Erledigung der Angelegenheit ausdrücklich aufrechthält.

23. März. (Angora) Unterzeichnung eines vorläufigen Handelsabkommens mit den Niederlanden auf der Grundlage der Meistbegünstigung.

22. April. Neutralitätsvertrag mit Persien.

In Teheran wird ein wirtschaftlicher und politischer türk.-pers. Neutralitätsvertrag für 5 Jahre unterzeichnet.

Mitte April. Zu den italienisch-griechischen Beziehungen.

Die türk. Presse beschäftigt sich sehr erregt mit den ital.-griech. Verhandlungen und dem angeblich abgeschlossenen ital.-griech. Militärabk., das vor allem gegen die Türkei gerichtet sei. Die ital. Regg. läßt durch Vermittlung des türk. Botschafters in Rom diese Nachrichten dementieren und erklären, daß die Besprechung Mussolinis mit Rufos (s. S. 308) nur wirtschaftspolitischer Natur gewesen war.

21./22. Mai. (Nationalversammlung) Angenommen werden:

Die mit der Schweiz und Bulgarien abgeschlossenen Verträge, das internat. Genfer Übereinkommen betr. Unterdrückung unsittlicher Literatur und die Verträge mit Persien und mit Schweden.

28. Mai. Vorläufiges Handelsabkommen mit Persien.

Ende Mai. Rücktritt des Handelsministers Ali Djenani Bei.

Der Rücktritt dürfte im Zusammenhang mit dem türk.-russ. Handelskonflikt in Odessa stehen, den Rußland durch die Erschwerung der Einfuhr türk. Waren hervorgerufen hat.

1. Juni. Unterzeichnung des französisch-türkischen Vertrages.

Außenmin. Tewfik Rüschdy Bei und der franz. Botschafter Sarraut unterzeichnen das paraphierte Abk. zwischen Frankreich und Türkei zur Befriedung Syriens (vgl. S. 372); das Abk. enthält 16 Art., der 1. Art. legt „gute Nachbarschaft" der beiden vertragschließenden Teile fest, die übrigen Art. beziehen sich auf die Absteckung der türk.-syr. Grenze, auf die Grenzpolizei, Bekämpfung von Banden, den gegenseitigen Schutz der Untertanen, Bestimmungen über die Auslieferung von Staatsangehörigen, Optionsrecht, Bekämpfung der Konterbande, Vereinfachung der Zollformalitäten, Erleichterungen für den Eisenbahntransitverkehr, Bestimmungen betr. den kleinen Grenzverkehr, Verteilung der Wasserläufe des Euphrat und des Koweik und Truppentransporte. Im letzten Art. wird das Schiedsgerichtsverfahren für Streitfälle bestimmt. In einem beigeschlossenen Brief wird dann noch besonders bemerkt, daß der Vertrag in vollkommener Übereinstimmung mit dem Völkerbundspakt stehe.

2. Juni. (Nationalversammlung) Der am 6. Febr. in Rom unterzeichnete Vertrag mit Chile wird genehmigt.

5./6. Juni. (Angora) Unterzeichnung des Mossulvertrages.

Außenmin. Tewfik Rüschdi Bei, der engl. Botschafter Sir R. Ch. Lindsay und der vom König von Irak bevollmächtigte Min. Nuri Said unterzeichnen einen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Die Türkei tritt definitiv Mossul an den unabhängigen Staat Irak ab und erkennt die sog. Brüssellinie (vom Völkerbund festgelegt am 29. Okt. 1925) als Grenze an. Andererseits wird sie mit einem bestimmten Prozentsatz (10%) an den Petroleumvorkommen im ganzen Irak beteiligt.

Der authentische Text liegt vor im engl. Weißbuch Treaty between the United Kingdom and Iraq and Turkey regarding the settlement of the frontier between Turkey and Iraq. Cmd. 2679.

Das Abk. begegnet zunächst in der Öffentlichkeit scharfer Kritik; die Pressekommentare sprechen von einer durch die Umstände diktierten Verlegenheitslösung. Die Vp. nimmt in einer besonderen Sitzung am 6. einen Bericht des Außenmin. Rüschdy Bei entgegen und entscheidet sich

trotz der vielen erhobenen Bedenken mit Mehrheit für die Annahme des Vertrags.

6. Juni. (Angora) Unterzeichnung des Handelsvertrags mit Finnland.

7. Juni. (Nationalversammlung) Ratifizierung des Mossulabkommens und des türkisch-französischen Abkommens.

Zur Debatte steht die Ratifizierung des Mossulabk. und des türk.-franz. Grenzabk. Aus den Einzelheiten der Rede des Außenmin. Tewfik Rüschdi Bei ist hervorzuheben die Bestätigung der Gerüchte, wonach der Türkei englischerseits tausend Quadratkilometer als Grenzregulierung angeboten worden seien. Die Türkei habe jedoch auf diesen Gebietszuwachs verzichtet, da die türk. These nicht darin bestände, tausend oder zweitausend Quadratkilometer zu erhalten. Die Türkei habe es ihren Grundsätzen für mehr entsprechend gehalten, das ganze Mossulwilajet einem „unabhängigen“ Irak abzutreten. Die Annahme des Abk. erfolgt schließlich mit 143 gegen 12 St. bei einer Enthaltung. Der türk.-franz. Vertrag betr. die türk.-syr. Grenze wird mit 144 gegen 10 St. bei 2 Enthaltungen genehmigt. Mit der Ratifizierung der beiden Verträge finden die zwei größten Fragen, die seit dem Lausanner Vertrag ihrer Lösung harrten, vorläufig ihre Erledigung. Die Bedeutung der Tatsache, daß die Türkei mit den zwei größten Westmächten, und besonders mit England, wieder in normale Beziehungen tritt, wird sowohl von Tewsik Rüschdi Bei, als auch von Ismet Pascha als ein entscheidender Schritt in der Befriedung des Nahen Ostens bewertet. Trotz alledem herrscht das Gefühl der tiefen nationalen Enttäuschung, das in der öffentlichen Meinung zum Ausdruck kommt, unvermindert fort.

10. Juni. (Nationalversammlung) Etat.

Der Voranschlag, der mit 190 Mill. Einn. und 189 Mill. Ausgaben das Gleichgewicht hält, wird bewilligt, worauf sich das Parlament bis zum Nov. vertagt.

16. Juni. Kapitalisierung des türk. Anteils an den Petroleumregalien im Irak.

Die Regg. nimmt das Angebot der Irak-Regg. an, die türk. Beteiligung an den Petroleumregalien der Irak-Regg. gegen Bezahlung von 500000 Pf. zu kapitalisieren.

16. Juni. (Smyrna) Entdecktes Komplott gegen den Ghasi.

Durch Verrat wird ein Attentatsplan auf den Ghasi entdeckt, das bei dessen Ankunft in Smyrna am 17. durchgeführt werden sollte. Das von Angora herbeigerufene Unabhängigkeitsgericht leitet sofort die gerichtliche Verfolgung der Verschwörer ein.

13./14. Juli. (Smyrna) Der Urteilsspruch gegen die Verschwörer.

Das Unabhängigkeitsgericht spricht das Urteil im Prozeß gegen die Verschwörer (s. o.!), von denen 15 zum Tode durch den Strang verurteilt werden. Eine Reihe von Angeklagten, darunter aktive Abgg. der Opposition, werden freigesprochen. — Die 13 Hinrichtungen an den Verhafteten werden am 14. in Smyrna vollzogen.

Als zweiter besonderer Prozeß schließt sich an der gegen die früh. Mitglieder der Partei „Einigung und Fortschritt“, welche die Drähte der Verschwörung gegen Kemal Pascha gezogen haben. Der öffentliche Ankläger des Tribunals charakterisiert sie als „schwarze Bande“. Nach den Darlegungen des Vors. des Tribunals können die Ergebnisse des Smyrna-Prozesses dahin zusammengefaßt werden: Kurz nach dem Lausanner Friedensschluß hatte sich eine der Regg. feindliche Gruppe gebildet, in der die Führer der Partei „Einigung und Fortschritt“ eine hervorragende Stellung einnahmen. In dieser Gruppe befanden sich außerdem die oppositionellen Abgg. der ersten Nationalvers. und die Mitgl. der im vor. Jahre aufgelösten fortschrittl. Volksp. Die genannten Volksvertreter des oppositionellen Lagers haben die Stützpunkte für die Wühlarbeit der früh. Mitgl. der Partei „Einigung und Fortschritt“ abgegeben. Auf einer Zusammenkunft, die im Hause des früh. Finanzmin. Djavid Bei, eines Dönme, stattfand, wurden die Richtlinien der weiteren Tätigkeit der Partei festgelegt. Die Mitgl. der Partei Schükri Bei und Djambolat Bei wurden ins Parlament gewählt. Vertrauensmänner der Partei erschienen überall in leitender Stellung in den verschiedenen Organisationen der Opposition. Zur endgültigen Klärung der weitverzweigten Organisation, die den angeklagten Führern der Partei „Einigung und Fortschritt“ zur Verfügung stand, ist ihr Prozeß aus der Smyrnaer Verhandlung ausgeschieden und nach Angora verlegt worden.

14. Juli. Verlängerung des Zollabkommens mit den Ver. Staaten von Nordamerika.

18. Juli. (Angora) Austausch der Ratifikationen des Mossulvertrags.

21. Juli. Austausch der Ratifikationen des türkisch-russischen Neutralitätsvertrags vom 17. Dez. 1925.

Außenmin. Tewfik Rüschdi Bei und der russ. Botschafter Suritsch unterzeichnen gleichzeitig ein Protokoll darüber, daß beide Teile gegenüber dritten Mächten keine Verpflichtungen, die dem Pariser Vertrag zuwiderlaufen, zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrags gehabt, noch inzwischen übernommen haben oder übernehmen werden.

12. Aug. Austausch der Ratifikationen des türkisch-französischen und des türkisch-bulgarischen Vertrages.

18. Aug. Austausch der Ratifikationen des türkisch-holländischen Handelsvertrags.

26. Aug. Urteil im Prozeß gegen die Mitglieder der Partei für Einigung und Fortschritt.

Die vier Hauptangeklagten, der ehem. Finanzmin. Djavid Bei, Dr. Nasim Bei, Nail Bei und Hilmi Bei, werden zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet.

28. Aug. Unterzeichnung des türkisch-bulgarischen vorläufigen Handelsabkommens.

Anf. Sept. Anbahnung einer türkisch-persisch-russischen Entente.

Die „Times“ melden aus Konstantinopel, man habe, obwohl eine offizielle Bestätigung dafür noch nicht vorliege, Grund zur Annahme, daß

ein Vertrag zwischen der Türkei, Persien und Sowjetrußland nahe vor dem Abschluß stehe. Über die Ziele und den Inhalt des Vertrages werde strengstes Stillschweigen bewahrt, aber man betrachte es als wahrscheinlich, daß Neutralität sein Hauptzweck sein werde. — Neutralitätsverträge bestehen bereits zwischen Rußland und der Türkei, zwischen Rußland und Persien und zwischen Persien und der Türkei, so daß der geplante Vertrag eine Art Dachvertrag sein dürfte, der diese drei Verträge in ein gemeinsames System bringt.

7./14. Sept. (Konstantinopel) Besuch japanischer Kriegsschiffe.

In seiner Begrüßungsansprache erklärt der jap. Admiral u. a., daß die Türkei das tapferste und mutigste Volk im äußersten Westen Asiens sei, während Japan die gleiche Rolle im äußersten Osten spiele.

15. Sept. Zwischenfall „Lotus".

Das Gericht in Konstantinopel verurteilt den franz. Offizier des Dampfers „Lotus", der mit einem türk. Fahrzeug zusammengestoßen ist und für mehrere türk. Matrosen den Tod zur Folge hatte, zu einer Gefängnisstrafe. Die franz. Regg. verlangte am 11. energisch die Freilassung des Offiziers. Schließlich einigt man sich, den Fall dem Internat. Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten. Vgl. S. 377.

4. Okt. (Konstantinopel) Enthüllung des Denkmals für Mustafa Kemal Pascha.

28. Okt. (Angora) Der neue französische Botschafter Däschner überreicht dem Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben.

28. Okt.—2. Nov. Besuch des persischen Hofministers in Konstantinopel und Angora.

Die Presse bringt den Besuch in Zusammenhang mit dem Ausbau der Sicherheitsverträge zwischen Rußland, Persien und der Türkei. Der gewöhnlich gut unterrichtete Abg. Mahmud schreibt dazu im offiziösen „Hakimijt i Millie": Die Anwesenheit Mirza Khans in der Türkei hat voneinander abweichende Kommentare in der ausländischen Presse hervorgerufen. Es ist die Rede von einem Freundschafts- und Sicherheitsvertrag zwischen der Türkei, Persien, Rußland und Afghanistan. Daß ein solcher Vertrag in Vorbereitung oder vielleicht schon abgeschlossen ist, solle niemand überraschen. Diese Staaten sind Nachbarn und haben gemeinsame Interessen. Der Besuch Mirza Khans verfolgt keinerlei geheime Zwecke. Der Fall liegt ganz einfach so, daß die Beziehungen zwischen der Türkei und Persien sich immer freundschaftlicher gestalten und daß es wünschenswert scheint, daß die beiden Länder sich besser kennen lernen.

12.—14. Nov. Zusammenkunft des Außenministers Tewfik Rüschdi Bei mit Tschitscherin in Odessa. Siehe S. 354 f.

23. Nov. Der neue engl. Botschafter, Sir George Clark, überreicht dem Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben.

Ende Nov. Interview des Außenministers.

In einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Petit Parisien" äußert sich Außenmin. Tewfik Rüschdi Bei über die verschiedenen Probleme der türkischen Außenpolitik. Die Frage der türkischen

Schulden an Frankreich dürfte bei beiderseitigem gutem Willen und bei Berücksichtigung der finanziellen Lage der Türkei eine günstige Lösung finden. Über die Unterredung mit Tschitscherin befragt, erklärt Rüschdi Bei, daß er die Bedeutung seiner Zusammenkunft für die türkisch-russischen Beziehungen nicht herabsetzen wolle, da die beiden Länder viele gemeinsame Interessen hätten. Was aber die Bildung eines neuen Völkerbundes oder eines pan-asiatischen Bundes betreffe, so seien die hierauf Bezug nehmenden Gerüchte ohne jede Begründung. Über das Verhältnis der Türkei zum Völkerbund sagt er: „Wir haben immer wieder betont, daß wir gegenüber dem Völkerbunde alles andere als eine feindliche Haltung einzunehmen wünschen, aber bis zu einer Mitgliedschaft hat es noch gut Weile. Unsere Außenpolitik ist auf absoluter Freiheit des Handelns begründet. Für uns gibt es keine Umwege und kein Zurückschrecken. Im Rahmen unserer Grenze wollen wir an unserer friedlichen Entwicklung arbeiten und freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten unterhalten, die von dem gleichen Gefühl beseelt sind. Der Zukunft sehen wir mit Vertrauen und Kaltblütigkeit entgegen."

2. Dez. Paraphierung des türkisch-griechischen Abkommens über die Regelung des zurückgelassenen Eigentums in beiden Ländern.

9. Dez. Unterzeichnung des Schiedsgerichtsabkommens über den „Lotus"-Zwischenfall. Vgl. S. 376.

XXVI

Bulgarien

2. Jan. Rücktritt der Regierung Zankoff.

Ministerpräsid. Zankoff übergibt dem König die Demission des Kabinetts und schlägt als Nachfolger den Präsid. der Frakt. der demokr. Vergg., Liaptscheff, vor. Dieser allein könne eine Regierungsmehrheit zusammenbringen.

4. Jan. Berufung des Kabinetts Liaptscheff.

Das neue Kabinett hat folgende Zusammensetzung: Vorsitz und Inneres: Liaptscheff; Auswärtiges: Buroff; Unterricht: Naidenoff; Finanzen: Wl. Moloff; Justiz: Kuleff; Krieg: Gen. Walkoff; Handel: Boboschewski; Ackerbau: Christoff; Öffentliche Arbeiten: Gl. Wassileff; Eisenbahnen: K. Georgieff. Das Kabinett wird von den Blättern als liberal bezeichnet. Seine Zusammensetzung bedeute die Rückkehr zum normalen parlamentarischen Leben. Buroff gilt als aufrichtiger Franzosenfreund.

5. Febr. (Sobranje) Annahme der Amnestievorlage.

Dadurch wird den meisten politischen Verbrechen seit 1922 Amnestie gewährt.

Ende Febr. Gemeindewahlen.

Die Wahlen, die den ersten Wahlkampf unter der neuen Regg. darstellen, ergeben 423000 St. für die Regierungs- und 217000 St. für die Oppositionsparteien. Die Regierungspartei „Demokratitscheski Sgowor" (Demokr. Vergg.) erhält in den Städten etwa 48 Proz. und in den Dörfern etwa 60 Proz. der abgegebenen Stimmen.

9./10. April (Sofia) Gewerkschaftskonferenz der Balkanländer.

Die Konferenz, die von der „Internat. Gewerkschaftsburg" einberufen ist, nimmt die Grundlinien des gewerkschaftlichen Kampfes, wie sie von dieser Spitzenorganisation aufgestellt sind, an und empfiehlt allen Gewerkschaften der einzelnen Balkanländer, nach diesen Grundsätzen die Einigung zu vollziehen und in jedem Land eine einzige Landeszentrale zu schaffen.

19. April. (Sobranje) Erklärungen des Außenministers.

Außenmin. Buroff betont, daß er dieselbe Politik wie sein Vorgänger Kalfoff führe, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es für ein Land nichts Gefährlicheres gäbe, als einen dauernden Wechsel in der Richtung der äußeren Politik. Bulgariens Weg sei durch die gegebenen Umstände vorgeschrieben: freundnachbarliche Beziehungen mit allen Nachbarstaaten zur Sicherung des Friedens auf dem Balkan zu unterhalten, wobei seine Unabhängigkeit bewahrt bleiben müsse, ferner loyale Erfüllung der drückenden Friedensverträge, deren schwerste Klauseln aber bei gegebener günstiger Gelegenheit zu mildern angestrebt werden müssen. Bulgarien müsse des weiteren für seine Flüchtlinge sorgen, und zwar eine Anleihe erhalten, für die es in Genf Interesse erweckt habe. Das auf den Staatsfinanzen schwer lastende Freiwilligenheer werde von Bulgarien noch weiter in Kauf genommen, bis die Bedingungen zu seiner Beseitigung bzw. zu gewissen Erleichterungen ausgereift seien.

21. Mai. Die Idee eines südslawischen Großstaats.

Die regierungsfreundliche demokratische Ztg. „Mir" bringt unter der Überschrift „Unsere Beziehungen zu den Serben" einen bemerkenswerten Leitartikel. Derselbe beginnt: „Eine Reihe von Unstimmigkeiten, die von den Feinden der Balkanslawen geschaffen waren, zwangen die beiden Schwestern Bulgarien und Serbien, die zusammen die in der Menschheitsgeschichte schwerste Knechtschaft verbringen mußten, in einem Zeitraum von 30 Jahren drei schwere Kriege gegeneinander zu führen, die ihren Nachbarn Gelegenheit zu leichter Beute gaben." .. Jetzt müsse mit der Feindschaft endgültig ein Ende gemacht werden, heißt es weiter, die Südslawen müßten endlich die Herren auf dem Balkan werden. Die Kraft der Südslawen liege in ihrer Vereinigung, in ihren gemeinsamen Arbeiten auf dem Gebiete friedlicher Kulturarbeit. Das serb. Volk würde sich sicher nicht weigern, an der Errichtung eines Groß-Jugoslawiens von Fiume bis zum Ägäischen Meer und von der Dratsch bis zum Schwarzen Meer mitzuarbeiten. Die schwere Vergangenheit zwischen beiden Völkern müsse vergessen werden. Mazedonien müsse seine Schul- und Sprachfreiheit in den Grenzen des künftigen Groß-Jugoslawiens erhalten, das ein mächtiger Bundesstaat nach dem Muster des Bismarckschen Deutschland werden müßte. Die Bedingungen für die friedliche Lösung der mazedonischen Frage seien sowohl seitens der mazedonischen Kreise wie auch derjenigen serbischen Kreise gegeben, die fühlen, daß die blutigen Kämpfe zwischen den Slawen aufhören müssen. Die Regelung der dynastischen Fragen, die mit einer Vereinigung verbunden sind, seien verhältnismäßig am leichtesten zu lösen. Das Deutsche Reich unter dem Fürsten Bismarck habe bereits gezeigt, wie das zu machen sei. Der Artikel schließt mit dem Aufruf an Serben und Bulgaren: „Slawen von den Gewässern der Save und den Ufern des Schwarzen Meeres, erhebt euch zu eurer Vereinigung. Es ist der einzige Rettungsweg des Süd-

slawentums. Begreift, daß aus eurer Zersplitterung und Feindschaft nur eure gemeinsamen Feinde gewinnen. Es lebe das große und wahrhaftige Jugoslawien! Oberst der Res. Al. Iwanoff (Militärjurist)."

27. Mai. (Sobranje) Der im Okt. 1925 mit der Türkei abgeschlossene Freundschaftsvertrag wird ratifiziert.

Anf. Aug. Englischer Schritt wegen der Grenzzwischenfälle.

Die englischen Vorstellungen sind darauf gerichtet daß die bulg. Regg. alle ihre Macht anwenden solle, um die Aktivität der irregulären bulg. Banden an der serbischen Grenze zu unterbinden.

27. Aug. Antwortnote auf die Kollektivnote Serbiens, Griechenlands und Rumäniens.

Die Antwortnote auf die Note der Balkanalliierten ist, wie von den Großmächten anempfohlen, in versöhnlichem Tone gehalten und gibt ein längeres Exposé der Lage in bezug auf die beiden wichtigsten Punkte, nämlich Grenzüberwachung und Tätigkeit der revolutionären Organisationen: Bulgarien sei entschieden bereit, an der Befriedung des Balkans mitzuarbeiten. Die von den Balkanalliierten erhobenen Anschuldigungen mit Bezug auf das angebliche Wiederaufleben der Tätigkeit der revolutionären Organisationen seien haltlos. Griechenland habe seit einem Jahre in Sofia keine Beschwerde über Einfälle in griech. Gebiet vorgebracht. Was die neuerlich von Rumänien vorgebrachte Klage über Zwischenfälle an der rumänisch-bulg. Grenze angehe, so hätten diese Vorkommnisse durch eine Untersuchung geklärt werden können, die aber von der rumän. Regg. abgelehnt worden sei. Was die Zwischenfälle an der serb.-bulg. Grenze anlange, so seien seit Beginn des laufenden Jahres im ganzen nur vier Fälle von Komitatschibandeneinfällen vorgekommen gegen 25 im vorigen Jahre. In derselben Periode hätten die bulg. Behörden Veranlassung gehabt, sich über dreimal so viele Einfälle der agrarkommunistischen Banden aus jugoslawischem Gebiet zu beschweren. Die bulg. Regg. mache alle Anstrengungen, der Tätigkeit der Revolutionäre auf ihrem eigenen Gebiete ein Ende zu bereiten. Die Grenzüberwachung aber sei Bulgarien sehr erschwert, weil es nicht über hinreichende Truppen verfüge. Bulgarien habe volles Vertrauen zum Völkerbund, und wenn dieser den Fall aufnehme, so sei die Regg. bereit, sich dem Schiedsspruch dieser hohen und unparteiischen Institution zu unterwerfen. Gleichzeitig erläßt Kriegsmin. Walkoff eine Verfügung an die Grenzgarnisonen, in der er ihnen wiederum einschärft, alles zu tun, um Gruppen oder Einzelpersonen zu hindern, heimlich die Grenze zu überschreiten. Jedes derartige Überschreiten der Grenze sei nur geeignet, Bulgarien Schaden zuzufügen, das vor der Welt als Störenfried hingestellt und dadurch in eine kritische Lage versetzt würde.

20. Okt. Interview des Außenministers.

Der aus London, Paris, Genf und Rom zurückgekehrte Außenmin. Buroff gibt vor der Presse eine Erklärung über das Ergebnis seiner Reise ab: Die politische Lage Bulgariens habe sich gebessert. In allen Kreisen erkenne man die Bemühungen Bulgariens um eine friedliche Entwicklung an. Alle Großmächte hätten Bulgarien die Fortführung seiner Friedenspolitik mit seinen Nachbarn zur Sicherung des Balkanfriedens anempfohlen. Der Balkanpakt, von dem erneut viel

gesprochen werde, befinde sich allerdings noch in der theoretischen Phase. Der Besuch in Rom stelle einen Akt der Dankbarkeit gegen einen Staat dar, der Bulgarien in verschiedenen Fragen unterstützt habe. Ebenso wichtig sei es gewesen, mit dem Führer dieses Staates über Fragen zu sprechen, die beiden Staaten interessierten. Wichtig sei es festzustellen, daß vollkommene Harmonie zwischen der ital. Balkanpolitik und den Interessen Bulgariens im Sinne der bulg. Unabhängigkeit herrsche. Auch der Präsident der franz. Regg., Poincaré, habe Bulgariens Friedensliebe und seiner loyalen Politik seine wärmsten Sympathien ausgedrückt. Jedenfalls habe er aus seinen Besprechungen mit den führenden Persönlichkeiten die Überzeugung gewonnen, daß der Zwischenfall mit der Kollektivnote (S. 379) als abgeschlossen und die Antwortnote als befriedigend angesehen wird. Was die Flüchtlingsanleihe anbetreffe, so hänge sie ausschließlich von der Finanzlage in London ab.

XXVII
Rumänien

4. Jan. (Senat und Kammer) Der Thronverzicht des Kronprinzen.

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser verliest der Vizepräsid. eine kgl. Botschaft, die folgende 3 GE. enthält: 1. Die Ratifikation des Erbverzichts des Kronprinzen; 2. die Änderung des Hausrechts der kgl. Familie; 3. die Einsetzung einer Regentschaft. Der erste GE. umfaßt den Verzicht des Prinzen vom 28. Dez., datiert aus Mailand. Prinz Carol verzichtet unwiderruflich auf alle Rechte als Kronprinz und Mitgl. der kgl. Familie, ferner auf alle väterliche Gewalt gegenüber seinem Sohn, dem Prinzen Michael, und dessen Vermögen. Schließlich verpflichtet er sich, innerhalb zehn Jahren nicht nach Rumänien zurückzukehren und auch dann nur mit kgl. Genehmigung. Durch das zweite Ges. verliert jedes Mitgl. der kgl. Familie durch einen Verzicht gleichzeitig alle politischen Rechte und militärischen Titel. Prinz Carol wird also aus der Rangliste der Armee gestrichen. Prinzessin Helene erhält den Titel „Prinzessin von Rumänien" und eine jährliche Pension aus der kronprinzlichen Zivilliste. Das dritte Ges. ernennt für den Fall, daß der König stirbt, eine Regentschaft für den jungen Prinzen, bestehend aus dem Patriarchen, dem Präsid. des Berufungsgerichts und dem Prinzen Nikolaus. Nach stürmischer Debatte nimmt das Parlament die Gesetze an.

Über die Gründe des — erzwungenen (?) — Thronverzichts werden verschiedene Nachrichten verbreitet. So wird behauptet, daß der Kronprinz in politischem Gegensatz zu seinem Vater stehe, mit seiner Mutter über die Führung der Politik heftige Konflikte gehabt und in offenem Gegensatz zu Bratianu gestanden habe und nun den stärkeren Einflüssen seiner Mutter und Bratianus habe weichen müssen. Von amtl. Seite wird erklärt, daß der Thronverzicht des Kronprinzen ausschließlich auf private Gründe zurückgeht. Damit sind jene Meldungen vereinbar, wonach Carol wieder das Opfer einer neuen Liebesleidenschaft geworden ist. Seit dem Herbst 1925 lebt er in Italien, stets begleitet von Frau Lupescu, der geschiedenen Frau eines rumänischen Militärs.

27. Jan. Einigung der Bauernpartei und der Nationalpartei.

Extrablätter melden: Zwischen der Bauernp. (Zaristen) und der Nationalp. ist eine Vereinbarung über eine künftige Koalitionsregg. getroffen worden.

26. März. Rumänisch-polnischer Garantievertrag.

Nach mehrwöchigen Verhandlungen über die Erneuerung des am 1. März ablaufenden poln.-rumän. Defensivvertrags unterzeichnen die beiderseitigen Bevollmächtigten, Duca und Wielowieyski, einen neuen Vertrag, der am 20. April von beiden Regg.en veröffentlicht wird, „um die in der europäischen Presse verbreiteten Gerüchte zum Schweigen zu bringen, wonach der neue Vertrag eine direkte Drohung gegen Sowjetrußland sei". Der Vertrag hat im wesentlichen folgenden Inhalt: In Art. 1 garantieren sich Rumänien und Polen gegenseitig für den Fall eines jeden äußeren Angriffes ihre territoriale Integrität und die gegenwärtige politische Unabhängigkeit. Art. 2. Im Falle, daß Rumänien oder Polen im Gegensatz zu den Verpflichtungen, die die Art. 12, 13, 15 des Völkerbundspaktes festsetzen, angegriffen würden, ohne den Angriff provoziert zu haben, verpflichten sich Rumänien und Polen, im Sinne des Art. 16 des Völkerbundspaktes gegenseitig einander sofortige Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Art. 3. Wenn beide Staaten in den Zustand eines Abwehrkrieges versetzt werden sollten, verpflichten sie sich, einer ohne den andern weder Waffenstillstands- noch Friedensverhandlungen einzuleiten, noch einen Waffenstillstand oder einen Frieden abzuschließen. Art. 4. Um ihre Friedensbestrebungen in gleicher Richtung zu entfalten, verpflichten sich beide Regg.en, alle Fragen der Außenpolitik, die beide Vertragsparteien interessieren, einvernehmlich zu behandeln. Art. 5. Keine der beiden Vertragsparteien wird mit einer dritten Macht eine Allianz abschließen, ohne mit der anderen Partei darüber ein Übereinkommen zu treffen. Art. 6. Die Vertragsparteien verpflichten sich, Fragen, über welche ihre Ansichten auseinander gehen oder solche, die nicht im Wege der üblichen diplomatischen Formalitäten erledigt werden können, einem Arbitrage- oder Schiedsverfahren zu unterwerfen. Art. 7. Der Vertrag gilt fünf Jahre vom Tage seiner Unterzeichnung an, doch ist jede der beiden Regg.en berechtigt, ihn nach zwei Jahren zu kündigen, wenn sie die andere Partei davon sechs Monate im voraus in Kenntnis setzt.

27. März. (Senat und Kammer) Rücktritt der Regierung Bratianu.

Ministerpräsid. Bratianu schließt mit der Verlesung einer kgl. Botschaft die Parlamentssession und kündigt gleichzeitig den Rücktritt der Regg. an. Noch am Abend überreicht er dem König die Demission der Gesamtregg. Bratianu hat mit der von ihm geführten Lib. P. die ganze Legislaturperiode durchgehalten.

30. März. Bildung des Kabinetts Averescu.

Nachdem einerseits die Krone eine Regg. der Nationalp. mit oder ohne die Bauernp. (s. oben) als Experiment voll Gefahren für Land und Dynastie abgelehnt hat und andererseits ein Konzentrationskabinett aus Nationalp., Bauernp. und Volksp. an dem Verhalten der beiden erst genannten Parteien gescheitert ist, wird von Gen. Averescu

dem Führer der kleinbäuerlichen Volksp., ein neues Kabinett mit Unterstützung der Lib. P. in folgender Zusammensetzung gebildet: Vorsitz: Averescu; Äußeres: J. Mitilineu; Krieg: Gen. Mardarossu; Finanzen: J. Lepadatu; Handel: Coanda; Verkehr: Gen. Valeanu; Landwirtschaft: Garoflid; Unterricht: Negulescu; Inneres: Oct. Goga; Justiz: Cudalbu; Schöne Künste: Goldis; Volksgesundheit: Lupas; Arbeit: Trancu-Jasi; Öffentliche Arbeiten: Petrovici; Siebenbürgen: Grozea; Beßarabien: Nita; Bukowina: Dori Popovici. — Fünf der neuen Minister, nämlich Goga, Goldis, Lupas, Lepadatu und Grozea stammen aus Siebenbürgen und sind erst anläßlich der Kabinettsbildung von der Nationalp. in die Volksp. übergetreten. —

Der neue Ministerpräsid. Averescu, geb. 1862 in Beßarabien, ging aus dem rumän. Heer hervor, war im Weltkrieg Heerführer, wurde im Febr. 1918 Ministerpräsid. und war zu Ende des Krieges der volkstümlichste Mann in Rumänien; im J. 1921 wurde er von Take Jonescu gestürzt und in den Märzwahlen 1922 brachte es seine Partei, die Volksp., nur auf 10 Mandate, womit er in die Opposition gedrängt war.

Das Regierungsprogramm Averescus umfaßt 14 wesentliche Punkte: 1. Heranziehung ausländischen Kapitals; 2. Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion; 3. eine Angleichung der Gehälter der öffentlichen Angestellten an den Teuerungsindex; 4. Festigung der Valuta; 5. Revision der Bodenenteignung; 6. Erziehung der Dorfbevölkerung zu rationeller Landwirtschaft; 7. Modernisierung der Wirtschaftsmethoden im Ackerbau; 8. Modifizierung der Zollgebühren; 9. Sicherung der freien kulturellen Entwicklung ohne Rücksicht auf Rasse und Religion; 10. Hebung der Kultur der Landbevölkerung; 11. Unterrichtsreform an den Universitäten und Mittelschulen; 12. Lösung der Minderheitenfrage unter dem Gesichtspunkt, daß eine Verbesserung der Lage der Minderheiten das Land nicht schwächt sondern stärkt; 13. Armeereform. Der 14. außenpolitische Programmpunkt bedeutet eine sehr wesentliche Ergänzung der bisherigen Erklärungen, da er die Erneuerung der Beziehungen zu Rußland im Sinne einer Verständigung beider Staaten vorsieht.

In einem Interview erklärt der neue Außenmin. Mitilineu: „Meine Politik wird darauf gerichtet sein, mit allen Staaten die besten Beziehungen zu unterhalten. Ich werde die Politik meines Vorgängers fortsetzen. Mit der Kleinen Entente werde ich die besten Beziehungen unterhalten. Gegenüber Italien werden wir angesichts der Tatsache, daß zwischen Gen. Avarscu und Mussolini eine persönliche Freundschaft besteht, und mit Rücksicht auf die bedeutende Rolle Italiens in der internat. Politik auf eine innige Allianz hinstreben."

7. April. Verhandlungen mit Frankreich und Italien.

Ein Pariser Bericht des Bukarester „Adeverul" meldet das angebliche Scheitern der franz.-rumän. Verhandlungen, die vom rum. Gesandten in Paris, Diamandi, geführt wurden und auf einen dem franz.-poln. ähnlichen Vertrag abzielten.

Kurz darauf wird auch das Scheitern der ital.-rumän. Paktverhandlungen gemeldet. Beide Mißerfolge führt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" darauf zurück, daß Italien ebenso

wie Frankreich sich weigerten, Rumänien die beßarabische Grenze zu garantieren.

Mitte April. Außenpolitisches Interview.

In einer Pressekonferenz bezeichnet Außenmin. Mitilineu als Grundlage der rumän. Außenpolitik die Aufrechterhaltung des Status quo und die Konsolidierung des Friedens. Die Erneuerung des Vertrages mit Polen sowie die freundlichen Beziehungen Polens zu den anderen Verbündeten Rumäniens, nämlich der Tschechoslowakei und Jugoslawien würden den Beitritt Polens zur Kleinen Entente erleichtern. Am 17. Juni, anläßlich der Konferenz der Kleinen Entente in Veldes (s. S. 389f.) werde über die Frage der Erneuerung der Verträge Rumäniens mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien verhandelt werden. Über die Verhandlungen mit Italien will der Min. keine Auskunft geben, weil sich diese Verhandlungen noch im Anfangsstadium befänden. Gegenüber Rußland bleibe Rumänien bei seiner Forderung, daß vor einer Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen Rußland die Angliederung Beßarabiens an Rumänien anerkennen müsse. Die rumän. Regg. sei auch bereit, Rußland einen Nichtangriffspakt anzubieten, wenn Rußland die Unversehrbarkeit des rumänischen Gebiets zu beachten sich verpflichte. Ferner werde Rumänien die Politik der Schiedsverträge mit den einzelnen Staaten fortsetzen, wobei der mit der Schweiz abgeschlossene Vertrag als Grundlage dienen solle. Gegenwärtig verhandle Rumänien mit Frankreich über einen Arbitragevertrag.

25. Mai. Kammerwahlen.

Ergebnis: Volksp. (Averescu): 1243909 St. = 280 Sitze; Lib. (Bratianu): 176763 = 15; Nat. und Bauernp.: 707263 = 82; Cuza (Antisemiten): 100889 = 9; Soz.: 35570 = 0; Beamtenp. 3280 = 0; Komm.: 28168 = 0. Bratianu selbst ist nicht mehr gewählt. — Ferner erhalten gemäß einem Wahlabkommen der Regierungsparteien mit den nationalen Minoritäten die Deutschen 17 und die Ungarn 25 Mandate von den 280 Sitzen der Volksp. — Von den 113 Mandaten des Senats erhält die Regg. 108.

Ende Mai. Abschluß einer Anleihe in Italien.

Der Anleihebetrag ist 200 Mill. Lire, Emissionskurs 85, Zinsfuß 8%. Es wird sofort die Teilzahlung für zwei Jahre abgezogen, so daß Rumänien nur 185 Mill. erhält. Die rumän. Regg. muß sich ferner verpflichten, in Italien für 175 Mill. Lire U-Boote bauen zu lassen.

13. Juni. Verlängerung des Bündnisvertrags der „Kleinen Entente".

Der rumän. Min. des Äußern, der jugoslaw. Gesandte und der tschech. Gesandte unterzeichnen in Bukarest das Abk., durch welches das Verteidigungsbündnis zwischen Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei auf drei weitere Jahre verlängert wird.

Mitte Juli. Kabinettsumbildung.

Kurz vor Schluß der ao. Parlamentstagung vollzieht Ministerpräsid. Averescu die erwartete „kleine" Kabinettsbildung. Indem er das durch die Erwählung Negulescus zum Kammerpräsid. freigewordene Ressort des Unterrichtsmin. zuerst intermistisch selbst übernahm, das des Handelsmin. (Gen. Coanda übernahm das Senatspräsidium) durch Mi-

tilineu versehen ließ, ernennt er nunmehr Petrovici zum Unterrichtsmin., Const. Meißner zum Min. für öffentliche Arbeiten und Staatssekr. Berlescu zum Handelsmin. Petrovici und Meißner gehören der früh. kons. P. an. Meißner war bis zuletzt einer der vertrautesten Freunde Marghilomans. Ferner wird zur Einlösung von Versprechungen an Stelle des bish. Militärkommandanten als Zivilgouverneur für Beßarabien mit weitgehenden Vollmachten Gen. a. D. Rascanu ernannt.

10. Aug. Unterzeichnung eines rumänisch-französischen Vertrags.

Über den Inhalt des Vertrags gelangen nur Andeutungen in die Presse. Die Dauer soll 10 Jahre betragen. Im ganzen handelt es sich um einen Freundschaftsvertrag, in dem sich Frankreich und Rumänien gegenseitig territoriale Unversehrtheit in den heutigen Grenzen garantieren. Diese Klausel bezieht sich für Rumänien auf Beßarabien.

„Universul" bemerkt in einem ausführlichen Kommentar zum Vertrag: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß dergleichen Verträge in vollster Übereinstimmung mit dem Geist des Völkerbundes stehen. Durch das Unvermögen der Genfer Versammlung, zu dem so erwünschten, aber ach! so entfernten Ideal der Abrüstung zu gelangen, wurde die Richtigkeit der franz. Behauptung, der sich die Kleine Entente anschloß, anerkannt, daß nicht die geringste Beschränkung der Aufrüstung erfolgen dürfe, bevor die allgemeine Sicherheit Europas auf festen Grundlagen ruhe. Und diese Sicherheit kann nur durch Freundschafts- und Schiedsgerichtsverträge von Staat zu Staat erreicht werden, wie das die Völkerbundsversammlung im vergangenen März selbst anerkannte."

16. Sept. Vertrag mit Italien. Vgl. S. 316.

Anf. Okt. Presseinterview des Außenministers.

Mitilineu feiert den diplomatischen Erfolg Rumäniens in Genf (Wahl in den Völkerbundsrat und Wahl des Rumänen Titulescu zum Präsid. der finanz. Unterkommission) und bestätigt, daß Ministerpräsid. Averescu mit dem deutschen Außenminister Stresemann eine politische Unterredung gehabt habe und daß die zwischen Deutschland und Rumänien noch schwebenden Streitfragen vor allem der Einlösung der Banca Generala-Banknoten, in Bälde eine friedliche Beilegung erfahren würden. Deutschland habe sein Wohlwollen gegen Rumänien auch dadurch bewiesen, daß es ihm seine Stimme zur Wahl in den Völkerbundsrat gegeben habe. Nachdem zwischen Deutschland und Frankreich ein Einvernehmen erzielt worden sei, sei es für alle Staaten notwendig, die normalen Beziehungen zu Deutschland in kürzester Zeit herzustellen. Über den Vertrag mit Italien äußert Mitilineu, daß er im Sinne des Art. 16 des Völkerbundspaktes zur Erhaltung des status quo abgeschlossen wurde. Ausführlicher verbreitet sich über diesen Punkt Averescu selbst und widerlegt die Auffassung, daß der Vertrag einseitig den Interessen Italiens diene. Was Beßarabien anlange, so gehöre dieses tatsächlich und rechtlich zu Rumänien. Der rumän. Anspruch stütze sich nicht auf die Ratifizierung oder Nichtratifizierung des Pariser Protokolls aus dem Jahre 1920, sondern auf den Beschluß des beßarabischen Landesrates als der legitimen Vertretung dieser Provinz. Überdies werde Italien sicherlich das Pariser Protokoll ratifizieren.

14. Nov. (Senat und Kammer) Eröffnung.

Der König erwähnt in seiner Thronrede zunächst die Amerikareise der Königin, die die guten Beziehungen zwischen den Ver. Staaten

und Rumänien noch weiter befestigt hat, und gibt dann eine Übersicht über die auswärtige Politik. Die Erneuerung des Paktes mit Polen und der Abschluß von Freundschaftsverträgen mit Frankreich und Italien dienten der Sache des Friedens. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten hätten sich gebessert. Was die Innenpolitik betreffe, so würde das Parlament sich mit einer Reihe von GE. zu befassen haben. Vorgesehen seien u. a. Ges. zur Förderung des Hochschulwesens und der Gesundheitspflege sowie eine Änderung des Preßgesetzes. Die Agrarreform solle vervollständigt und die landwirtschaftliche Produktion durch Reorganisation der landwirtschaftlichen Schulen und Gewährung von Krediten erhöht werden. Ferner sei eine Neuregelung der Beamtengehälter vorgesehen. Die Durchführung aller dieser Maßregeln machten die Erschließung neuer Einnahmequellen erforderlich. Es sei daher eine Abänderung der Steuergesetze und eine Erhöhung der Zölle in Aussicht genommen. Die nationale Industrie müsse durch Schutzzölle gefördert werden. Schließlich sei die Reorganisation der Armee und eine Aufbesserung des Lebensstandards der Offiziere und Mannschaften geplant.

Ende Nov./Anf. Dez. Staatskrise.

Kurz nach der Parlamentseröffnung entsteht in Anschluß an die Erkrankung des Königs eine Staatskrise; es kursiert das Gerücht von einer beabsichtigten Verfassungsänderung, einer Änderung der Thronfolge und dem Eintritt der noch in Amerika weilenden Königin in den für den Thronfolger, den fünfjährigen Michael, eingesetzten Regentschaftsrat. Gleichzeitig setzt eine Strömung zugunsten des abgedankten Kronprinzen Carol ein, vor allem in den Reihen der Nationalp. und der Bauernp. Die Parteien Averescus und Bratianus widersetzen sich jedoch einer Rückkehr Carols aufs entschiedenste und bezeichnen den Regierungspakt vom 4. Jan. (S. 380) als endgültig. Ministerpräsid. Averescu bekommt im Verlauf der Krise Meinungsverschiedenheiten mit dem Kriegsmin. Mirescu, der alsbald „nicht ganz freiwillig" eine Auslandsreise antritt; Averescu übernimmt inzwischen selbst die Leitung des Kriegsministeriums und nimmt wichtige Veränderungen auf leitenden Posten der Armee vor, um die Anhänger Carols aus allen wichtigen Verbänden zu entfernen. Anfangs Dez. kehrt Königin Maria von ihrer Amerikareise nach Bukarest zurück. Am 7. Dez. wird der an Darmkrebs leidende König Ferdinand von Prof. Hartmann-Paris mit Erfolg operiert. Das führt einstweilen eine Entspannung der Lage herbei.

XXVIII

Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Südslawien)

Anf. Febr. Fall Raditsch.

Unterrichtsmin. St. Raditsch hatte auf einer Agitationsreise in Süddalmatien und Bosnien sich für parlamentarische Neuwahlen ausgesprochen. Diese Entaleisung und Provokation Raditsch' kommt alsbald im radikalen Abgg.-Klub zur Sprache, wobei die Abgg. einstimmig forderten, daß Raditsch aus dem Kabinett ausgeschlossen werde. Selbst in kroatischen Kreisen bildet sich die Überzeugung, daß mit Stefan Raditsch eine konstruktive Politik nicht gemacht werden könne. Das Kabinett

legt ihm durch die kroat. Min. Miklitsch und Paul Raditsch nahe, aus seinem Verhalten die Konsequenzen zu ziehen und seine Demission zu geben. Schließlich erzielt jedoch Ministerpräsid. Pasitsch mit St. Raditsch eine Verständigung zur Beilegung des Konflikts. Auf Grund derselben wird am 16. Febr. das Protokoll der im letzten Sommer (am 15. Juli 1925) zwischen den Rad. und der Kroat. Bauernp. erzielten Verständigung publiziert. Danach anerkannten die Kroaten die Dynastie, die monarchische Verfassung und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit der Armee. Sie stimmten einem Arbeitsprogramm zu, dessen Ausführung eine mehrjährige Erhaltung der derzeitigen Koalitionsregg. erfordert. Durch die Publikation des Protokolls soll das durch die Agitationsreise Raditsch' gestörte Einvernehmen zwischen Serben und Kroaten wiederhergestellt werden. In der auswärtigen Politik sieht das Protokoll ein Festhalten an der bish. Richtung eines Zusammengehens Südslawiens mit der Großen und Kleinen Entente vor.

10. März. Rückkehr des Finanzministers.

Finanzmin. Stojadinowitsch ist von seinen Schuldenverhandlungen in Washington, London und Paris nach Haus zurückgekehrt und hat sich einem Triestiner Blatt gegenüber über das Ergebnis seiner Reise wie folgt geäußert: „Das Abk. mit Amerika liegt in den Grundzügen bereits fertig vor. Ich rechne mit der Unterzeichnung unmittelbar nach der Genehmigung des ital.-amerik. Schuldenabk. durch den Senat in Washington". Vgl. S. 450.

25. März. (Skupschtina) Exposé des Außenministers.

Außenmin. Nintschitsch erörtert in einem Exposé den Wunsch nach einem östlichen Locarno. Er teilt auch mit, daß alle Fragen zwischen Jugoslawien und Italien gelöst seien. Ein regelmäßiger Gedankenaustausch zwischen Jugoslawien, Italien und Frankreich sei natürlich und ebenso selbstverständlich sei es, daß diese Staaten die Möglichkeit einer politischen Verständigung unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage prüften. Auch die Beziehungen zu Deutschland seien gut, es sei alle Aussicht vorhanden, daß sie noch besser würden. Deutschland sei eine Großmacht, die nach den großen Erschütterungen des Weltkrieges wieder zu sich komme und wieder den Platz in der Welt einnehmen werde, der ihm seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung gemäß zukomme. Ebenso seien die Beziehungen zu Österreich und zu Ungarn die besten und würden durch mehrere auf der Grundlage beiderseitigen Entgegenkommens getroffene Abmachungen geregelt werden.

In der Aussprache verurteilt die sonst nicht einheitliche Opposition übereinstimmend die Außenpolitik Nintschitsch', vor allem wegen seiner Geheimdiplomatie. Die Redner warnen vor einer allzu engen Anlehnung Jugoslawiens an Italien, die die Wirkung haben könnte, daß man dies als eine Aktion auffassen würde, die sich gegen Deutschland richte. Der ehem. Außenmin. Trumditsch bemängelt, warum Nintschitsch nicht nach London gefahren sei, und erhebt den Vorwurf, daß die Außenpolitik Nintschitsch' keine feste Idee zu haben scheine. Er spricht sich auch für den Anschluß Österreichs an Deutschland aus, der eine natürliche Folge des Selbstbestimmungsrechts der Völker sei. Sämtliche Oppositionsredner stimmen in der Forderung überein, den Balkan ohne Kontrolle der Großmächte, besonders Italiens, zu sehen, das auf dem Balkan den Schiedsrichter spielen wolle. Von den übrigen Rednern billigen Zifto-

witsch und Markowitsch die Anlehnung an Italien. Ziftowitsch wendet sich sehr häufig gegen Deutschland, das er als eine ständige Gefahr für Jugoslawien bezeichnet. Er verlangt Anlehnung an Rußland, wobei es zu begeisterten Hochrufen auf Rußland kommt.

4. April. Rücktritt Pasitsch'.

Ministerpräsid. Pasitsch überreicht dem König seine Demission, nachdem es ihm in den schweren Konflikten mit St. Raditsch, dem Vorkämpfer der Dezentralisation, nicht gelungen ist, seinen straffen Zentralismus zu halten. Raditsch hat in seinem Duell mit Pasitsch auch einige Vorfälle von öffentlichem Interesse für sich ausnützen können, darunter die sensationellen Beziehungen zwischen dem Finanzmin. Stojadinowitsch und Rada Pasitsch, dem Sohn des Ministerpräsid., der durch Vermittlung und Verkauf von Konzessionen ungeheure Summen in die eigenen Taschen hat gleiten lassen. Für die Regierungsbildung kommen zwei Richtlinien in Betracht: Es soll entweder eine Regg. ohne die Raditschpartei gebildet werden, wenn Pasitsch wiederkommen soll, oder aber die Führung des Kabinetts wird Jowanowitsch übertragen, um die Raditschpartei und einen Teil der Opposition zum Eintritt in die Regg. zu bringen.

8. April. Bildung des Kabinetts Usunowitsch.

Das neue Kabinett Usunowitsch leistet dem König den Eid. Usunowitsch, ein gemäßigter Rad., gehörte der alten Regg. als Min. für öffentliche Arbeiten an. Die übrigen Min. bleiben die gleichen wie früher, nur das Portefeuille des ausgeschiedenen Finanzmin. Stojadinowitsch übernimmt der neue Ministerpräsid. selbst. Min. für öff. Arbeiten wird der rad. Abg. Vuitschitsch. Die Arbeitsgrundlage der neuen Regg. bildet der alte Pakt zwischen der Rad. und der Kroat.-republ. Bauernp.

Die Lage ist damit jedoch keineswegs ganz zuungunsten von Pasitsch verändert. Die von Raditsch erwartete Sprengung der Rad. P. durch L. Jowanowitsch ist nicht eingetreten. Usunowitsch gilt lediglich als Platzhalter für Pasitsch. Und Raditsch hat seinerseits seine so dramatisch betonte Forderung, das Parlament wegen der Korruptionsaffären des jungen Pasitsch vor dem 5. Mai bereits am 8. April einzuberufen, zurückgezogen.

12./15. April. Neue Krise.

Das neue Kabinett Usunowitsch erhält den ersten Stoß, und zwar durch den Unterrichtsmin. St. Raditsch. Raditsch hat gegen seinen Ministerkollegen Miletitsch (Verkehr) in einer Versammlung die Anschuldigung erhoben, daß er bei Kohlenlieferungen für die Staatsbahn Geschäfte gemacht habe. Miletitsch hat daraufhin unter heftigem Protest gegen das lügenhafte Verhalten Raditsch' dem Ministerpräsid. seine Demission gegeben. In den folgenden Tagen wächst sich die neue Krise in weiteren Demissionen aus und die Kabinettsmitglieder der Rad. P. fordern immer dringender und mit der Androhung ihrer eigenen Demission die Entfernung Raditsch'.

Am 15. wird die Amtsenthebung Stefan Raditsch' gemeldet. Sein Neffe, Paul Raditsch, und Krayatsch geben infolgedessen ihre Demission. Die anderen beiden von der Kroat. P. entsandten Min., Nikitsch und Superina, verbleiben im Kabinett und scheiden aus der Partei aus. Das Unterrichtsmin. übernimmt vorläufig der Kultus-

minister Trifunowitsch, das Agrarmin. Postmin. Superina und das Handelsmin. der Min. für Bergbau Dr. Nikitsch.

Der entlassene Unterrichtsmin. Stefan Raditsch kündigt eine Agitationsreise durchs ganze Land an, die er als einen Feldzug gegen die Korruption bezeichnet. Die in der Regg. verbliebenen Parteiabgg. Nikitsch und Superina nennt er Verräter und verlangt, daß sie von der Partei verleugnet werden sollen.

22. April. (Agram) Tagung der Kroatischen Bauernpartei.

Raditsch, dessen Stellung erschüttert schien, geht neu gestärkt aus der Tagung hervor. Von den 58 Abgg. erklären sich 51 einmütig für Raditsch. Die „Absplitterung" von sieben einflußlosen Abgg. hat dem gegenüber wenig zu bedeuten. Stefan Raditsch äußert sich vor Journalisten zur Lage folgendermaßen: Jetzt, nach erfolgter Vertrauenserklärung, werde die Politik der Kroat. Bauernp. einzig von ihm bestimmt, indem die Partei ihm völlige Freiheit in der Führung gelassen habe. Er sei für eine Verständigungspolitik zwischen Serben, Kroaten und Slowenen, doch für eine „wahre" Verständigungspolitik. Er habe mehrfach Pasitsch gesagt: „Im Staate seien fünf Mill. Serben und fünf Mill. Kroaten und Slowenen; wenn fünf Mill. und fünf Mill. zusammengingen, seien sie zehn Mill. stark; wenn sie jedoch gegeneinander gingen, so bleibe im Ergebnis fünf Mill. weniger fünf Mill. gleich nichts. Eine einzige serbische Partei, die Radikalen, würden sich künftig nicht als Herren des Landes aufspielen dürfen." Er als Führer der Kroaten werde seine Mitwirkung an den südslawischen Regierungsgeschäften selbst bestimmen.

22. April. Tagung der Radikalen Partei.

Der Hauptausschuß der Rad. P. fällt die Entscheidung im Konflikt zwischen dem ersten und zweiten Parteivorsitzenden Pasitsch und Jowanowitsch. Nach längerer Debatte wird mit 47 von 71 St. der Antrag Pasitsch angenommen, daß Jowanowitsch auf Grund der gegen ihn von Pasitsch erhobenen Anklagen aus der Partei ausgeschlossen werde. Damit ist der alte Kampf zwischen den beiden Parteirivalen mit dem Ausschluß Jowanowitsch' aus der Partei beendigt.

29. April. Wiedereintritt der kroatischen Minister ins Kabinett.

Das Ergebnis der mit den Vertretern der Kroat. Bauernp. geführten Verhandlungen ist eine Erneuerung und Erweiterung der Regierungskoalition. Es treten noch drei neue Mitgl. der Kroat. Bauernp. in das Kabinett ein und zwar Paul Raditsch als Min. für Agrarreform, Dr. Kranatsch als Handelsmin. und der Slowene Iwan Purcelj als Landwirtschaftsmin. Der Forstmin. Nikitsch und der Postmin. Superina bleiben weiterhin in der Regg. Ferner erhalten die Kroaten vier (bisher drei) Unterstaatssekretärstellen: Dr. J. Pernar, Dr. Pasaritsch, Ing. August Kossutitsch und Abg. Neudörfer. Die Krisis ist damit vorläufig gelöst. — Der Führer der Kroat. Bauernp., Stephan Raditsch, hat sich bereit erklärt, auf jeden Ministerposten zu verzichten, andererseits aber eingewilligt, daß die beiden von ihm abgefallen gewesenen Min. Dr. Nikitsch und Dr. Superina, mit denen er sich wieder ausgesöhnt hat, im Kabinette verbleiben.

7. Mai. Note an Bulgarien.

Die Regg. läßt in Sofia durch ihren Gesandten der bulgarischen Regg. eine scharfe Protestnote überreichen wegen des in der vorhergehenden

Woche erfolgten Bombenattentats auf ein Hotel in Strumitza und verlangt die Auflösung der revolutionären mazedonischen Organisation, auf der der Verdacht des Attentats ruht. — Die bulg. Regg. bestreitet in ihrer Antwortnote jeden Zusammenhang mit diesem Attentat und den revolutionären mazedonischen Organisationen. Sie erklärt, daß sie deshalb auch für deren Unternehmungen keine Verantwortung tragen könne, doch legt sie Wert darauf, zu betonen, daß sie auch weiterhin mit Jugoslawien freundschaftliche Beziehungen unterhalten wolle. Die Belgrader Regg. ist von dieser Note nicht befriedigt und behauptet, Beweise zu besitzen, aus denen die Zusammenarbeit maßgebender bulg. Behörden mit den Komitatschis hervorgehe. Die Regg. sei daher entschlossen, den Weg der Freundschaft mit Bulgarien zu verlassen und die im Interesse des Staates liegenden dringlichen Mittel anzuwenden.

15./17. Mai. Kabinettskrise.

Ministerpräsid. Usunowitsch überreicht dem König seine Demission, nachdem das Kabinett in der Skupschtina bei der Abstimmung über den Übergang zur Tagesordnung in der Korruptionsdebatte in der Minderheit geblieben ist. Die Raditschpartei hat geschlossen gegen die Regg. gestimmt und Jowanowitsch hat mit seinen Anhängern sich der Stimme enthalten. Der König nimmt jedoch die Demission der Regg. nicht an, vielmehr beauftragt er Usunowitsch, die Regg. durch Erweiterung der Koalition zu rekonstruieren.

Am 17. Mai wird die Krise gelöst, indem Usunowitsch in seinen Verhandlungen mit der Kroat. Bauernp. die Kapitulation Stefan Raditsch' durchsetzt. Raditsch muß folgende Hauptforderungen des Ministerpräsid. annehmen: 1. Die Korruptionsdebatte im Parlament ist als beendet zu betrachten. Ein besonderes Ges. zur Bekämpfung dieser Korruption wird vorläufig der Nationalversammlung nicht unterbreitet. 2. Der Min. für Agrarreform Paul Raditsch muß wegen seines illoyalen Vorgehens gegen den Ministerpräsid. abtreten. Die Radikalen können jedoch aus den Reihen der Kroat. Bauernp. dessen Nachfolger bestimmen. 3. Stephan Raditsch wird sich nicht mehr in Belgrad aufhalten dürfen, da er kein Abg. ist. Er muß sich verpflichten, sich für zwei Monate vollkommen zurückzuziehen. Während dieser Zeit darf er keine Versammlungen und keine Reden halten. Sein Hauptorgan muß im Sinne der Regg. schreiben. 4. Die schon ausgearbeiteten GE. werden ohne Änderung dem Parlament vorgelegt werden und die Kroat. Bauernp. verpflichtet sich, für die Ges. zu stimmen.

13. Juni. Verlängerung der Bündnisverträge der „Kleinen Entente". Vgl. S. 383.

17.—18. Juni. (Veldes) Konferenz der „Kleinen Entente".

In Veldes tritt die Konferenz der „Kleinen Entente" zusammen, es handelt sich dabei um eine jener vereinbarten regelmäßigen Konferenzen, die dem Gedankenaustausch der Außenmin. der Staaten der „Kleinen Entente" dienen. Über das Programm der Konferenz hat die Presseabteilung des jugoslawischen Außenmin. am 14. folgendes bekanntgegeben: Die Zusammenkunft der Außenminister der Kleinen Entente dient zum Austausch von Informationen zwecks Einleitung einer friedlichen Aktion zur Sanierung der Nachkriegsverhältnisse. Weiter werden auch alle jene Fragen besprochen werden, die entweder direkt oder in-

direkt die Interessen der Staaten der Kleinen Entente als ganzes oder als einzelne berühren. (Nach Prager Meldungen steht dabei an erster Stelle die ungarische Frage, ferner das russische Problem und schließlich die Gefahr, die der Kleinen Entente von Italien droht.) Es versteht sich von selbst, daß auch die Frage des künftigen Zusammentrittes des Völkerbundsrates und das Projekt seiner Erweiterung besprochen werden kann. Ferner werden die politischen Veränderungen, die sich seit März dieses Jahres ereignet haben, zur Diskussion gelangen. Schließlich wird man sich über die Schritte informieren, welche die Staaten der Kleinen Entente in der letzten Zeit zur Konsolidierung ihrer Beziehungen zu den Nachbarstaaten unternommen haben. Die amtl. Auslassung wird in Belgrader diplomatischen Kreisen verschieden kommentiert. Die einen sehen darin das Programm einer Neuorientierung der „Kleinen Entente" unter Anpassung an die Locarnopolitik und deren Fortsetzung in Mittel- und Osteuropa. Die anderen erwarten eine neue Aktion der „Kleinen Entente" zur größeren Sicherung gegen die ehemals feindlichen Nachbarstaaten, gegen Ungarn und gegen Bulgarien.

Während der Konferenz gelangen gemäß einer Vereinbarung der drei Außenmin. keinerlei Nachrichten in die Öffentlichkeit. Erst nach dem etwas vorzeitigen Schluß der Beratungen (am 18. statt am 19.), der durch die tschechische Krise und die dadurch notwendige sofortige Abreise des tschech. Außenmin. Benesch offiziös motiviert wird, dringt die Kunde davon durch, daß auf der Konferenz keineswegs „vollkommene Übereinstimmung" herrschte und daß der vorzeitige Schluß den Schein der Harmonie wahren sollte gegenüber den wachsenden Spannungen zwischen den Staaten der „Kleinen Entente". Besondere Schwierigkeiten machte anscheinend Rumänien, dessen Defensivvertrag mit Polen von Jugoslawien und der Tschechoslowakei in einem neuen Artikel der erneuerten Defensivverträge (S. 389) ausdrücklich zur Kenntnis genommen wurde. Ferner trafen die drei Staaten die Vereinbarung, baldmöglichst ein Militärbündnis abzuschließen. Aber Rumäniens Plan einer Zuziehung Polens in den Verband scheiterte daran, daß Jugoslawien und Tschechoslowakei sich gegen Rußland nicht festlegen wollten. Eine weitere Meinungsverschiedenheit entstand zwischen Nintschitsch und Mitilineu wegen der Vertretung der „Kleinen Entente" im Völkerbundsrat. In der Schlußsitzung stellte sich die Konferenz auf den Standpunkt, daß der Eintritt Deutschlands zu begrüßen sei. Für sich verlangte die Kleine Entente einen nichtständigen Ratssitz, der im Einvernehmen der Mitglieder der Kleinen Entente abwechselnd je einem der Staaten zugeteilt werden soll. Rumänien beanspruchte den Sitz für die nächsten drei Jahre, während die anderen Staaten der Meinung waren, daß es nach einem Jahre den Sitz an Jugoslawien abtreten müßte. Über die Beziehungen zu Italien erstattete Außenmin. Nintschitsch das Referat: Jugoslawien habe angeblich seine Beziehungen zu Italien seit Abschluß eines Handelsvertrages verbessert. Auch der rumän. Außenmin. Mitilineu berichtete über die aufrichtigen Beziehungen zu Italien, die Rumänien durch den Abschluß eines Freundschaftsvertrages günstiger zu gestalten wünsche. In diesem solle Italien die gegenwärtige Grenze Rumäniens garantieren, was die Anerkennung der Abtretung Beßarabiens an Rumänien in sich schließen würde. Dadurch könne dann Rumänien darauf verzichten, daß Italien die diesbezügliche Konvention ratifiziere. Italien sei die Mission zugedacht, zwischen Rußland und der Kleinen Entente zu vermitteln. Zur Aussprache über die Beziehungen Rußlands zur Kleinen Entente bot

der deutsch-russ. Vertrag den Anlaß. Es kam jedoch zu keiner einheitlichen Beschlußfassung.

30. Juni. (Skupschtina) Die Konventionen mit Italien.

Der erste Teil der Konventionen mit Italien, die sog. Belgrader Konventionen, werden angenommen. Die Beratung der übrigen in Nettuno mit Italien abgeschlossenen Konventionen, deren Ratifizierung vom ital. Gesandten schon mehrmals dringend verlangt worden ist, wird jedoch vertagt. Die italienischen Konventionen haben nämlich in Kroatien und Slowonien stürmische Proteste verursacht, so daß Nintschitsch in eine schwierige Lage geriet. Nun hat auch Pasitsch aus Karlsbad, wo er zur Kur weilte, mitteilen lassen, daß die Ratifizierung der restlichen Konventionen hinausgeschoben werden sollte, damit man sie nochmals gründlich überprüfen könne.

11. Aug. Die Regierung läßt in Sofia eine Protestnote wegen der Komitatschiüberfälle überreichen. Vgl. S. 379.

15. Aug. Gemeindewahlen.

Der Wahlkampf zwischen der Rad. P. und der Dem. P. entschied den Sieg der Rad., denen etwa 70% der Landgemeinden in die Hände fallen. Die Dem. ihrerseits rechnen es sich als Erfolg an, daß sie nicht schlechter abgeschnitten hätten, nachdem die Rad. den gesamten staatlichen Apparat gegen sie aufgeboten hätten.

17. Aug. Abkommen mit Griechenland. Vgl. S. 395.

13. Okt. Kabinettskrise.

Auseinandersetzungen im Ministerrat wegen des Auftretens von Stefan Raditsch in Agram anläßlich des Besuches der tschechisch. parlamentarischen Delegation führen wiederum zu einer Kabinettskrise. Die Regg. reicht ihren Rücktritt ein.

3. Dez. Halbamtliche Erklärung zum italienisch-albanischen Vertrag.

Darin heißt es u. a.: „Der ital.-alban. Pakt ist eine sehr ernste Angelegenheit und geeignet, die Beziehungen Jugoslawiens zu Italien zu beeinflussen. Diese Alliance verstößt nicht nur gegen den Geist des ital.-jugoslaw. Freundschaftspaktes von Rom, sondern macht auch die zwischen Italien und Jugoslawien bestehenden Verträge über die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Albaniens zunichte."

7. Dez. Rücktritt des Kabinetts.

Außenmin. Nintschitsch tritt mit Rücksicht auf die Erschütterung der Grundlagen seiner Außenpolitik durch den ital.-alban. Vertrag (S. 397) zurück. Darauf reicht das gesamte Ministerium seine Demission ein. — Ministerpräsid. Usunowitsch wird jedoch sofort wieder mit der Regierungsbildung beauftragt. Usunowitsch plant eine Koalitionsregg., der die Rad., die Demokr., die Slow. Volksp. und Vertreter der aus der Kroat. Bauernp. ausgetretenen Gruppe angehören sollen. Seine Verhandlungen ziehen sich mehrere Tage hin.

27. Dez. Bildung der neuen Regierung Usunowitsch.

Die Zusammensetzung ist folgende: Vorsitz Usunowitsch; Auswärtiges: N. Peritsch; Unterricht: M. Trifunowitsch; Volksgesundheit: Sl. Miletitsch; Rechtspflege: Srschkitsch; Kultus: Milorad Vukitschewitsch; Wälder und Bergbau und vorläufig auch Sozialpolitik:

Milan Simonowitsch; Inneres: B. Maximowitsch; Verfassung und vorläufig auch Ackerbau: Vasa Jowanowitsch; Finanzen: B. Markowitsch (sämtliche der Rad. P. angehörend). Folgende Ministerien sind mit Anhängern der Raditschp. besetzt: Agrarreform: Paul Raditsch; Post- und Telegraphie: Superina; Handel und Industrie: Kranatsch; Öffentliche Arbeiten: Kossutitsch. Ferner Krieg und Marine: Gen. Hadschitsch und Verkehr: Gen. Milosavljewitsch. Die beiden intermistisch verwalteten Ministerien sind der Slow. Vp. vorbehalten.

Die neue Regg. erfährt alsbald nicht nur von seiten der Opposition heftige Angriffe. Seine eigenen Parteigenossen werfen dem Ministerpräsid. vor, daß er ohne Befragung seiner Partei ein Kabinett zusammenstellte, dem fast alle Mitgl. des alten Ministeriums angehören. Es ist ihm auch nicht gelungen, eine Verbreiterung der Regierungsbasis zu erreichen; seine Bemuhungen, die von L. Davidowitsch geführte Demokr. Vergg. zur Mitarbeit heranzuziehen, sind erfolglos geblieben, da er die von dieser gestellte Bedingung, die Ausschaltung Maximowitsch', nicht annehmen wollte. In seinen Verhandlungen mit der Slow. Kleril. Volksp., deren Führer Dr. Koroschetz ist, bestand Usunowitsch darauf, daß diese aus ihrem Programm die Forderung nach einer Autonomie Sloweniens streiche, was jedoch abgelehnt wurde. Ein homo novus ist Dr. Markowitsch, der früher das Amt eines Direktors der Staatl. Hypothekenbank bekleidete. Das größte Interesse wendet sich dem neuen Leiter der Außenpolitik, Dr. Peritsch, zu, der bisher dem Kabinett als Finanzmin. angehörte. In der Öffentlichkeit wird jedoch allgemein angenommen, daß mit großen Veränderungen in der auswärtigen Politik Südslawiens nicht zu rechnen ist.

XXIX

Griechenland

4. Jan. Übergang zur Militärdiktatur Pangalos.

Bei einem von der republik. Garde zu Ehren des Ministerpräsid. Pangalos veranstalteten Bankett bringt der Kommandant der Garde einen Trinkspruch auf den Ministerpräsid. aus, in dem er betont, es sei der Wunsch der Armee, daß die Regg. ihr Werk fortsetze und jeden Widerstand breche, woher dieser auch komme. Ministerpräsid. Pangalos gibt einen Überblick über die von der Armee seit der Militärrevolution im Jahre 1919 gespielte Rolle, in welcher Griechenland wunderbare Leistungen habe vollbringen können. Seitdem aber der Staatsmann, der Großgriechenland geschaffen habe (Venizelos), beschlossen habe, zu Wahlen seine Zuflucht zu nehmen, habe Großgriechenland begonnen, zu sinken, und es sei in das Unheil in Kleinasien gestürzt. Dann sei die Revolution von 1922 gekommen, die zur Erschießung von fünf Staatsmännern geführt habe, da es nicht gelungen sei, in den politischen Sitten des Landes eine Gesundung herbeizuführen. Pangalos tadelt die Haltung der Führer der politischen Parteien namentlich im Verlaufe des letzten griech. Zwischenfalles und fährt fort: „So bin ich denn entschlossen, von morgen an jede Verantwortung für die Lage zu übernehmen, wobei ich mich auf das Vertrauen der bewaffneten Kräfte verlasse, um das Vaterland zu retten ...

Ich stelle ein neues Programm auf, das sich nur auf die bewaffneten Streitkräfte gründet."

Am 4. erscheint in der Presse eine amtl. Bek., in der es heißt: Infolge der Haltung und der Erklärungen einiger politischer Parteiführer, aus denen hervorgeht, daß sie trotz der Warnungen der Regg. den Senatswahlen eine politische Färbung geben wollen, vertagt die Regg. die Senatswahlen auf unbestimmte Zeit, in der Überzeugung, daß diese Wahlen ihren Hauptzweck nicht erfüllen würden, der in dem fortschreitenden Nachlassen der politischen Spannung bestand, sondern nur dazu beitragen würden, die politischen Leidenschaften aufzureizen und die Ruhe des Volkes zu stören.

Zur Bekämpfung der Opposition erläßt die Regg. alsbald ein Presseverbot, wonach den Zeitungen die Veröffentlichung von Artikeln der Republikaner Kafandaris, Papanastasiu und Michalakopulos verboten sind. Angriffe auf die Regg. sollen mit dem Tode bestraft werden.

11. Jan. Besuch des serbischen Gesandten.

In einer Aussprache mit dem griech. Außenmin. Rufos erklärt der serb. Gesandte die Bereitschaft seiner Regg. zu Verhandlungen über einen Balkanpakt nach dem Muster des Locarnovertrags. Dazu erklärt Gen. Pangalos in einer Unterredung, daß er den Schritt des serb. Gesandten begrüße. Der Abschluß eines Balkanpaktes sei von größter Bedeutung für die ganze Welt, da der Balkan seit undenklichen Zeiten immer der Unruheherd Europas gewesen sei. Griechenland verstehe durchaus die Bedeutung, die Saloniki als Handelstor für Serbien besitze, und sei bereit, weitere Erleichterungen zu gewähren, soweit sie nicht die souveränen Rechte Griechenlands störten. Griechenland wünsche den Frieden und habe keinerlei territoriale Wünsche jenseits seiner Grenze, werde aber auch nicht zulassen, daß das Ausland sich in seine inneren Angelegenheiten einmische; allein aus diesem Grunde brauche es eine starke Armee, die nur dazu organisiert würde, den Frieden zu sichern. Wenn die Hoffnung auf einen Balkanpakt verwirklicht werde und man auf einen gegenseitigen Vertrag rechnen könne, dann würden die Griechen die ersten sein, die eine Abrüstung vorschlügen.

25. Jan. Zwangsanleihe und Stabilisierung der Währung.

Die Regg. hat ein Dekret zur Ausgabe einer Zwangsanleihe von 1250 Mill. Drachmen zu 6% verzinslich und mit einer Lauffrist von 20 J., unterzeichnet. Dazu schlägt die Regg. die Möglichkeit vor, 750 Mill. Dr. Schatzanweisungen, die 1927 fällig sind, in Zwangsanleihe mit zehnjähriger Lauffrist und 8% Zinsen umzutauschen. Ferner wird ein Teil des Notenumlaufs dadurch eingezogen, daß durch ein Dekret der normale Wert aller Banknoten in Stücken von über 25 Dr. um 25% gekürzt wird. Mit der auf diese Weise gewonnenen Summe beabsichtigt die Regg., die gesamte schwebende Schuld abzudecken. Premiermin. Pangalos begleitet die Veröffentlichung des Ges. mit einer Erklärung, daß er nur zwei Möglichkeiten gehabt habe, die gegenwärtigen Zahlungsschwierigkeiten und die kommerzielle Krise zu bekämpfen. Wenn man nicht die Zwangsanleihe auf den Notenumlauf gelegt hätte, dann hätte man neues Papiergeld ausgeben müssen. Die Regg. sei überzeugt, daß die fremden Wechselkurse jetzt rapid fallen würden, und daß dann die Währung nach einem endgültigen Plane stabilisiert werden könne.

18. Febr. Sicherheitsmaßnahmen Pangalos'.

Ein offiz. Kommuniqué teilt mit, daß die Regg. es für angebracht gehalten habe, den früh. Ministerpräsid. Papanastasiu, den früh. Innenminister Gen. Kondylis, den Oberst Chiparis und eine Anzahl weiterer Persönlichkeiten aus Athen zu entfernen, um „die durch gewisse in den letzten Tagen verbreitete Gerüchte geschaffene öffentliche Beunruhigung zu beseitigen".

4. März. Unterredung des Außenministers Rufos mit Mussolini. S. 308.

15. März. Pangalos über sein Reformprogramm.

Gen. Pangalos macht der Presse Mitteilungen über die neue Verfassung: Sie soll eine größere Macht in der Hand des Präsid. vereinigen und sich an das amerikanische Muster anlehnen. Das Parlament, das aus Kammer und Senat besteht, soll nur sechs Monate jährlich tagen. Der Verfassungsentw. wird voraussichtlich Ende April fertig sein, worauf Pangalos sofort die Präsidentenwahlen ausschreiben wird, zu denen er selbst kandidiert.

18. März. Rücktritt des Präsidenten Konduriotis.

4. und 11. April. Wahl Pangalos' zum Präsidenten.

Unter zeitlicher und örtlicher Trennung und unter strenger Beschränkung der Pressefreiheit finden die Präsidentenwahlen statt, in denen Pangalos mit überwältigender Mehrheit zum Präsid. gewählt wird.

8. April. Verfassungsänderungen.

Das Amtsblatt veröffentlicht eine VO. über Verfassungsänderungen, die eine Einschränkung der Rechte des Parlaments bringen. Art. 76 der Verfassung wird durch folgenden Art. ersetzt: „Der Präsid. der Republik kann die Kammer jederzeit vor Ablauf der Wahlperiode auflösen." Der Art. 86 erhält folgenden Zusatz: „Während ein und derselben Session ist es nicht erlaubt, gegen die Regg., die bereits ein Vertrauensvotum erhalten hat, einen Mißtrauensantrag einzubringen."

9. April. (Saloniki) Eine militärische Meuterei wird von den regierungstreuen Truppen rasch niedergeschlagen.

Die Führer des Offizieraufstandes werden zum Tod verurteilt, von Pangalos jedoch begnadigt.

18. April. Pangalos leistet den Eid auf die Verfassung.

Ende Mai. Scheitern der Mission des Gen. Paraskevopulos.

Im Verlaufe der Verhandlungen über die Frage des Ministerpräsid. bietet Diktator Pangalos dem in Paris lebenden Gen. Paraskevopulos, dem früh. Generalissimus der griech. Armee unter Venizelos, das Ministerpräsidium an. Paraskevopulos trifft alsbald in Athen ein, verkündet die Grundlinien seines Programms (Durchführung freier Wahlen, Veröffentlichung der revidierten Verfassung und Bildung eines Geschäftsministeriums) und nimmt die Verhandlungen mit den Parteiführern auf. Kurz darauf verkündet ein Kommuniqué, daß er seinen Auftrag niedergelegt hat. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß Pangalos selbst das Programm Paraskevopulos' und die Auffassung seiner Machtbefugnisse als Ministerpräsid.

viel zu weit ging. Diktator Pangalos ließ also Paraskevopulos fallen, da er fürchtete, daß er statt ein gefügiges Instrument zu sein, zum mindesten selbständige Politik treiben würde. Auch die weiteren Versuche Pangalos', die er zur Legalisierung seiner Diktatur in den folgenden Wochen unternimmt, schlagen fehl.

Mitte Juli. Bildung des Kabinetts Eftaxias.

Der früh. Finanzmin. Eftaxias bildet im Einvernehmen mit Pangalos, der damit seine Herrschaft zu legalisieren sucht, ein Kabinett aus gemäßigten Antivenizelisten. Eftaxias versucht unparteiisch für eine allgemeine Beruhigung zu wirken und erklärt, er wolle auch die Frage der Verbannung der von Pangalos verfolgten oppositionellen Parteiführer nochmals überprüfen. Pangalos selbst wahrt sich jedoch das Recht, auch in Zukunft gewisse Fragen durch eigene Verordnungen zu regeln.

7. Aug. Attentat auf General Pangalos.

17. Aug. Unterzeichnung eines griechisch-serbischen Defensiv- und Freundschaftsvertrags.

Außer dem Defensiv- und Freundschaftsvertrag werden noch vier Abk. mit Südslawien unterzeichnet, die vor allem Eisenbahnfragen regeln. Die Bahn Gjewgje-lü-Saloniki wird als griech. Eigentum anerkannt.

21./22. Aug. Sturz des Diktators Pangalos.

In der Nacht vom 21. zum 22. stürzt Gen. Kondylis mit Unterstützung des Heeres und der Flotte den Präsid. Pangalos. Admiral Konduriotis übernimmt das Amt des Präsid. Pangalos selbst, der nach dem Staatsstreich auf dem Torpedoboot „Pergamos" zu entfliehen versucht, wird nach einem Seegefecht vom Zerstörer „Leon" verhaftet.

Gen. Kondylis erklärt in einer Proklamation: Der Staatsstreich sei durchgeführt worden, um eine Reorganisation der bewaffneten Macht und der Verwaltungsmaschinerie des Landes sicherzustellen. Pangalos habe die Verfassung mißachtet und die der Armee, der Flotte und der Nation vor vierzehn Monaten gegebenen feierlichen Versprechungen nicht erfüllt. Er verspricht die baldige Wiederherstellung normaler Verhältnisse, Freiheit der Presse, eine gerechte Justizverwaltung und eine loyale Regg.

25. Aug. Proklamation Konduriotis'.

Nach einer Konferenz der Parteiführer, in der die Bildung eines Koalitionskabinetts grundsätzlich beschlossen wird, veröffentlicht Konduriotis folgende Proklamation: „Nach Abschaffung der Diktatur trete ich heute mein Amt als Präsid. der Republik wieder an, in das ich durch die 4. Nationalversammlung der Hellenen eingesetzt wurde." . . . Die neue Regg. werde entscheiden, welche Maßnahmen gegen Pangalos getroffen werden sollten.

26. Aug. Kondylis bildet eine Regierung, in der er den Vorsitz und das Kriegs- und das Marineministerium übernimmt.

1. Sept. Strafverfolgung der Regierung Pangalos.

Die Regg. beschließt für die Strafverfolgung der ehem. Minister folgende Richtlinien: 1. Sofortige Gerichtsverhandlung gegen alle In-

haber von Ministerposten seit Proklamation der Diktatur bis zum 22. Aug.; 2. Absprechung der politischen Rechte; 3. Verantwortlichkeit der ehem. Minister mit ihrem Privatvermögen. — Der neue Justizmin. gibt seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß Gen. Pangalos und seine Minister sich von einem Zeitpunkt an, den die Justizbehörden noch feststellen würden, des Hochverrats schuldig gemacht hätten. „Das Pangalos-Regime war illegal, weil es eine reine de-facto-Regg. darstellte. Es hat nicht lange genug bestanden, um seine de-jure-Anerkennung zu erwirken. Es genügt nicht, ein absolutistisches Regime auf dem Grundsatz „Macht ist Recht" aufrechtzuerhalten. Das Regime muß von denen, die unter ihm leben, anerkannt werden, d. h. die Bevölkerung muß überzeugt sein, daß die Regg. gerecht ist und sich nicht lediglich auf Gewalt stützt. Pangalos unterdrückte die Mittel, durch die das Volk seine Meinung kundgeben konnte, durch die völlige Abschaffung des Rechts der freien Meinungsäußerung."

9. Sept. (Athen) Unterdrückter Putsch.

Die republikanische Garde macht einen Aufstandsversuch, um die Ausrufung eines Direktoriums zu ermöglichen, sie wird jedoch von den regierungstreuen Truppen rasch überwältigt.

24. Sept. Kondylis zieht sich von der Politik zurück.

Ministerpräsid. Kondylis teilt in einem Manifest seinen unwiderruflichen Entschluß mit, sich von der Politik zurückzuziehen und die von ihm geführte Nationaldem. P. aufzulösen.

7. Nov. Kammerwahlen.

Ergebnis: Gewählt werden 108 Lib., 63 Vp., 54 Freisinn., 18 Republ. Vergg., 9 Komm., 19 Kl. Republ. Gruppe und 11 Anti-Venizelos-Gruppe. — Der republ. Block erobert damit 65% aller Sitze im Parlament. In einer vor einer großen Volksmenge gehaltenen Rede erklärt Ministerpräsid. Kondylis: Es sei offenbar, daß die Republikaner gesiegt hätten. Von einer Änderung der Staatsform könne daher nicht mehr die Rede sein.

4. Dez. Bildung des Kabinetts Zaimis.

Das neue Kabinett beruht infolge der Teilnahme von Tsaldaris und Metaxas auf einer „großen Koalition", der außer den republik. auch die gemäßigten monarchistischen Parteien angehören. Die Zusammensetzung ist folgende: Vorsitz: Zaimis (Parteilos); Auswärtiges: Michalakopulos (Lib. Vergg.); Inneres: Tsaldaris (Vp.); Finanzen: Kafandaris (Lib. Vergg.); Krieg: Mazarakis (Lib. Vergg.); Marine: Kanaris (Lib. Vergg.); Verkehr: Metaxas (Freisinn.); Ackerbau: Papanastasiu (Arb.-P.); Justiz: Angelopulos (Freisinn.); Unterricht: Argyros (Vp.); Wirtschaft: Merkuris (Vp.); Wohlfahrt: Kirkos (Lib. Vergg.).

XXX

Albanien

Mai. Handelsvertrag mit Jugoslawien.

Südslawien wird somit der erste Staat, der mit Albanien in einen vollkommen geregelten Vertragszustand eintritt. Besonders hervorzuheben ist die Schaffung einer 30 Kilometer breiten Grenzzone.

Ende Juli. Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien auf der Grundlage der Meistbegünstigung.

Ende Nov. Aufstandsbewegung.

Bei den katholischen Stämmen in Nordalbanien entwickelt sich unter der Führung des Priesters Loro Zaka eine aufständische Bewegung, deren Ziel es ist, den Innenmin. Mussa Juka zu stürzen. Mussa Juka hat als Min. für Öffentliche Arbeiten Skutari und Umgebung mit Straßenarbeiten und anderen schweren Abgaben — zum Teil zugunsten seines eigenen Großgrundbesitzes — belastet und sich dadurch sehr verhaßt gemacht, doch verfügt er über einen starken Anhang, der es dem Präsid. Achmed Zogu unmöglich macht, den unbequemen Minister auszuschiffen. Die Ruhe wird von den Regierungstruppen nach einem entscheidenden Schlag gegen die Aufständischen bei Skadar rasch wieder hergestellt.

27. Nov. Freundschafts- und Sicherheitsvertrag mit Italien.

Der zu Tirana unterzeichnete Vertrag, begründet auf dem politischen, rechtlichen und territorialen status quo Albaniens, verpflichtet die beiden vertragschließenden Staaten zur „gegenseitigen Unterstützung und freundschaftlichen Mithilfe“ und zu einem besonderen Vergleichs- oder Schiedsverfahren bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten. Daß darüber hinaus noch ein geheimer Militärvertrag abgeschlossen worden sein soll, wird von ausländischen Blättern behauptet, jedoch von der albanischen Gesandtschaft in Rom dementiert.

Anfangs Dez. genehmigt das Parlament den Vertrag.

Von den übrigen Balkanmächten wird der Vertrag als eine Störung des Gleichgewichts gedeutet, man sieht in demselben vor allem die Besiegelung der wirtschaftlichen und politischen italienischen Durchdringung Albaniens. Am 15. Dez. verweist eine Zirkularnote Jugoslawiens an die Großmächte darauf, daß Italien an die Deklaration der Botschafterkonferenz vom 19. Nov. 1921 gebunden sei, wonach vor jeder Veränderung in Albanien die Zustimmung der Großmächte einzuholen sei.

XXXI

Vereinigte Staaten von Nordamerika und Kanada

15./16. Jan. (Repräsentantenhaus) Zur Frage der Auslandsschulden.

Schatzsekretär Mellon erklärt in der Budgetkommission über die Frage der Auslandsschulden bei den Ver. Staaten u. a. folgendes: Amerika muß die Zahlungsfähigkeit jeder Schuldnernation in Betracht ziehen. Die gesamte Auslandsschuld ist für das amerik. Volk nicht so viel wert wie ein gedeihendes Europa. Wenn die Finanzen Europas nicht wiederhergestellt werden, seine Währung nicht auf eine gesunde Grundlage gestellt wird und seine Völker nicht in der Lage sind, zu verdienen und auszugeben, wird Amerika nicht seine überschüssigen Erzeugnisse an Lebensmitteln, Rohstoffen und Waren verkaufen können. Deutschland z. B. hat im J. 1923 für 149 Mill. Dollar amerik. Baumwolle eingeführt. Mit dem Dawes-Plan und einem richtigen Finanzsystem ist die Baum-

wollausfuhr im J. 1924 auf 233 Mill. Dollar gestiegen und hat in den ersten zehn Monaten des Jahres 1925 bereits 198 Mill. Dollar betragen. Amerika muß mit seinem Kapitalüberschuß durch private Anleihen an Europa für industrielle Zwecke helfen. Diese neuen Anleihen machen eine amerik. Ausfuhr möglich.

Am 16. wird mit 257 gegen 133 St. das Schuldenabk. mit Italien angenommen.

20. Jan. Neuer französischer Botschafter.

Der neue franz. Botschafter, Bérenger, überreicht im Weißen Hause sein Beglaubigungsschreiben und erklärt dabei: Frankreich wisse, daß die wirtschaftliche Welt nicht ins Gleichgewicht gebracht werden könne, wenn nicht alle in der Welt ihren Verpflichtungen durch die strikte Wiederherstellung des Kredits und des Vertrauens nachkämen. Präsid. Coolidge erwidert, es sei seine ehrliche Hoffnung, daß eine gerechte und ehrenhafte Regelung der franz. Kriegsschulden bald erreicht werde. Es dürften keine unüberwindlichen Schwierigkeiten für eine solche Regelung bestehen, da der franz. Botschafter soeben erst wieder die Vertragstreue der franz. Regg. betont habe, und er den Geist der loyalen Freundschaft kenne, in dem die amerik. Schuldenfundierungskommission bereit sei, die Erörterungen zu führen. Wenn Frankreich einen Beweis seines Wunsches nach einem Frieden gebe, in dem die Vernunft und die Gerechtigkeit und nicht die Gewalt zum Ausdruck käme, so sehe er lange Jahre fortdauernden und engen Zusammenwirkens zwischen beiden Ländern voraus.

27. Jan. (Senat) Beitritt zum Weltschiedsgerichtshof.

Der Beitritt wird mit einer Anzahl von Vorbehalten mit 76 gegen 70 St. bewilligt. Aus der Debatte ist hervorzuheben die eingehende und scharfe Kritik des Sen. Hiram Johnson (Republ.), der dabei vor allem die in Amerika betriebene Propaganda des Auslandes zugunsten des Beitritts verurteilt.

Am 16. März wird infolgedessen dem Generalsekretär des Völkerbunds eine Note überreicht, in der der Eintritt in den Internat. Gerichtshof ausdrücklich von der Zustimmung aller Signatarstaaten zu den Vorbehalten abhängig gemacht wird.

30. Jan. Teilnahme an der Abrüstungskonferenz.

Das Staatsdepartement teilt die formelle Annahme der Einladung zur Tagung des Vorbereitenden Ausschusses der Abrüstungskonferenz nach Genf mit.

Am 31. Jan. gibt Coolidge über die Abrüstungskonferenz eine Erklärung ab. Nach einem Rückblick auf die Washingtoner Abrüstungskonferenz, die ein wichtiges Instrument zur Förderung des Friedens und des internationalen Vertrauens gewesen sei, erklärt er wörtlich: Wir gehen nunmehr wieder einer Konferenz entgegen, die ein weiterer Schritt auf dem durch die Konferenz in Washington eingeschlagenen Weg zu werden verspricht. Damit wird auch der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt und die finanzielle Stabilität gefördert werden.

2. Febr. Die Regierung richtet eine Protestnote an Mexiko wegen der Konfiskationsbestimmungen der mexikanischen Landgesetze. (Vgl. S. 414.)

16. Febr. (Repräsentantenhaus) Heeresetat.

Der GE. über die Bewilligung der Mittel für das Heer (339560000 Dollar) wird angenommen.

16. Febr. (Kanada) Nachwahl.

Ministerpräsid. King, der bei den letzten Wahlen seinen Sitz im Parlament verlor, wird bei der Nachwahl in der Provinz Alberta von dem Unabh. Hauptmann Burgeß mit einer großen Mehrheit geschlagen. Die oppositionelle Presse deutet die Niederlage Kings als günstiges Anzeichen für die bald zu erwartenden Neuwahlen.

16. Febr. (Kanada) Gegen Locarno.

Die Regg. spricht sich gegen die Übernahme von Verpflichtungen aus, die Großbritannien durch die Unterzeichnung der Locarno-Verträge auf sich genommen hat.

20. Febr. (Repräsentantenhaus) Revision des Versailler Vertrags.

Zur Annahme gelangt eine Resolution V. Berger, in der die Einberufung einer Internat. Konferenz zur Revision des Versailler Vertrags verlangt wird.

22. Febr. Botschaft Coolidges.

Anläßlich der Erinnerungsfeier für Washington richtet Präsid. Coolidge an die Nationale Vereinigung für Unterricht eine Botschaft: Amerika befolge noch heute das in Ratschlägen bestehende Vermächtnis Washingtons. Diejenigen Politiker, die sich der Teilnahme Amerikas am Weltschiedsgerichtshof widersetzen, mißachten Washingtons Ratschläge über die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens. Nur durch eine Friedenspolitik, wie sie Washington beabsichtigt habe, könnten der zwischen den Nationen herrschende Haß und Neid sowie die Rassenvorurteile überwunden werden. Washington habe zwar die politischen Einrichtungen Amerikas für besser als die aller anderen Länder gehalten aber niemals Haß gegen alles Ausländische gepredigt. Er sei stets bereit gewesen, bei Verträgen oder bei Streitfragen weitgehend Konzessionen zu machen, die den fremden Nationen zum Vorteil gereichten, weil er an die bindenden Wirkungen gegenseitiger Verpflichtungen glaubte und der Meinung war, daß man auch etwas geben müsse, um etwas zu erhalten. Die Größe Washingtons bestehe darin, daß er sich stets an gegebene Tatsachen gehalten habe. Das Vermächtnis Washingtons sei das einzige Mittel, um den Krieg für immer aus der Welt zu schaffen. Es sei auch die Grundlage für Ordnung, Frieden und Kulturfortschritt, für die Amerika stets dankbar sein müsse.

17. März. Bericht Houghtons über die europäische Lage.

Der amerik. Botschafter in London, Houghton, erstattet dem Präsid. Coolidge und dem Staatssekretär Kellogg nach seiner Ankunft in Washington einen Bericht über die Lage in Europa, in dem er diese als hoffnungslos schildert. Der Bericht besagt u. a. folgendes: Der Kontinent von Europa hat, soweit seine Staatsmänner in Betracht kommen, nichts aus dem Kriege gelernt. Der Völkerbund ist weit davon entfernt, ein wirkliches überstaatliches Werkzeug für die Organisation des Friedens zu sein. Er bewegt sich in der Richtung der Allianz von 1815, aber mit dem Unterschied, daß man nicht hoffen kann, daß er den Frieden für 40 Jahre in Europa garantiert. In dieser Bewegung ist Frankreich der

Führer und wird von seinen Trabantenstaaten hierin eifrig unterstützt. Die brit. Regg. wird gegen ihren Willen mitgeschleppt. Das Gefühl der öffentlichen Meinung bewegt sich jedoch stark in entgegengesetzter Richtung, obgleich Chamberlain die Zusammenarbeit mit Frankreich für unvermeidlich und für wünschenswert hält wegen der Verhältnisse im nahen Osten und in anderen Gegenden. Die Mächte des europäischen Kontinents haben nicht den aufrichtigen Wunsch, abzurüsten, und wollen auch nicht, daß Amerika sich an ihren Beratungen beteiligt. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz wird, wenn sie überhaupt zusammenkommt, in Genf zusammenkommen, um gewisse Vorschläge zu behandeln. Man wünscht jedoch nicht und erwartet auch nicht, zu einer Vereinbarung zu kommen. Man nimmt vielmehr von vornherein an, daß die Sache scheitern wird.

Am 23. März bildet der Bericht den Gegenstand einer eingehenden Aussprache im Senat. U. a. erklärt Sen. Borah: Hougthon habe die Verhältnisse in Europa richtig geschildert. Was die letzten Vorgänge in Genf anlange, so sei es noch nicht völlig enthüllt, was dort geschehen sei, aber es sei genug bekannt, um die Annahme zu rechtfertigen, daß die öffentlichen Vereinbarungen von Locarno durch ein geheimes Abk. erkauft worden seien. „Wir wissen jetzt," sagt Borah, „daß das öffentliche Opfer, das Polen gebracht hat, durch ein Geheimabk. zwischen Sir Chamberlain, Briand und dem Grafen Skrzynski bezahlt worden ist. Dieses Abk. geht dahin, Polen zum Rang einer Großmacht zu erheben, indem man ihm einen ständigen Ratssitz neben Deutschland gibt. Alles dies geschah im geheimen, während die Welt sich über die in Locarno geschlossenen Verträge freute. Dann kam der Tag der Abrechnung. Die Interventionen Spaniens und Brasiliens waren nur ein Nebenspiel. Der Sinn der ganzen Krisis besteht jetzt darin, wie billig Chamberlain das Versprechen zurückkaufen kann, das er den Polen gegeben hat, ohne den Völkerbund zu zerstören. Das Geheimabk. von Locarno war ein Betrug und eine sehr unwürdige Sache der franz. und brit. Diplomaten. Die Deutschen würden Narren sein, wenn sie sich damit zufrieden geben würden."

25. März. (Senat) Die Schuldenabkommen mit Italien und Belgien.

Die Debatte über die Schuldenabkommen mit Italien und Belgien wird eröffnet. Die Opposition kündigt einen großen Angriff an, der das gesamte Problem der finanziellen Beziehungen Amerikas zu Europa, der Reparationsschulden und der privaten Anleihen erörtert. (Die oppositionelle Presse schildert in diesem Zusammenhang den entstandenen Interessengegensatz zwischen dem amerik. Staat und den Kapitalisten, die der deutschen und italienischen Industrie große Kapitalien vorgestreckt hatten.) Der Führer der Opposition, Sen. Borah, erklärt, die oppositionellen Senatoren werden alles aufbieten, um eine Aufrechterhaltung des faschistischen Regimes auf Kosten der amerik. Steuerzahler zu verhindern. Das Abk. mit Italien kommt einem Nachlaß von 75% der ital. Schuld gleich, eine Summe, die dem amerik. Volk aufgebürdet wird.

29. März. (Repräsentantenhaus) Die Rückgabe des deutschen Eigentums.

Abg. O. Mills (Republ.) bringt den GE. über die Freigabe des beschlagnahmten fremden (deutschen) Eigentums ein, der die ausgesprochene

Billigung der Regg. hat und im Prinzip dem sog. Mellonplan des Schatzamts vom 3. Dez. 1925 entspricht. Der GE. will 1. für die Befriedigung der Ansprüche amerik. Staatsangehöriger aus dem Kriege sorgen, für die bisher das in den Ver. Staaten beschlagnahmte deutsche Privateigentum als Pfand diente; 2. dieses Pfand zurückgeben und sich mit den Rechten begnügen, die den Vereinigten Staaten an den Leistungen Deutschlands aus dem Dawesplan zustehen; 3. eine Entschädigung für die deutschen Schiffe und Funkstationen gewähren, die von den Ver. Staaten im Kriege beschlagnahmt worden sind, sowie für diejenigen deutschen Patente, die die Ver. Staaten genommen und benutzt haben, ohne sie an Privatpersonen oder Gesellschaften zu veräußern.

Der stellv. Schatzamtssekretär Winson bezeichnet den GE. als eine umfassende Lösung der durch den Krieg geschaffenen Fragen zwischen Amerika und Deutschland und als einen weiteren Schritt zur Herstellung normaler Verhältnisse in der ganzen Welt.

2. April. Erklärung betr. den Eintritt in den Weltgerichtshof.

Präsident Coolidge lehnt die Entsendung eines Vertreters nach Genf zu Verhandlungen über die amerik. Vorbehalte zum Weltgerichtshof (vgl. S. 398) ab. Am 19. erhält der amerik. Gesandte in Bern den offiziellen Antrag, dies dem Generalsekretar. des Völkerbundes mitzuteilen.

12. April. (Repräsentantenhaus) Ausbau der Luftflotte.

Mit 297 gegen 39 St. wird ein GE. angenommen, der eine beträchtliche Vergrößerung der Luftflotte und ihres Mannschaftsbestandes vorsieht.

15. April. (Repräsentantenhaus) Die Rückgabe des deutschen Eigentums.

Schatzsekretär Mellon erklärt im Ausschuß, daß der GE. (s. oben) die Billigung des Präsid. Coolidge gefunden habe und daß das Schatzamt auf seine schleunige Behandlung in der gegenwärtigen Kongreßtagung dringen werde.

Am 17. erklärt Abg. Mills, er sei entschlossen, dem von ihm eingebrachten GE. seine Unterstützung zu entziehen. Er begründet seinen Entschluß damit, daß der demokr. Abg. Garner ihn darauf hingewiesen habe, daß sich unter denen, die Entschädigungsansprüche geltend machten, eine Gesellschaft befinde, deren Direktor er, Mills, sei.

21. April. (Senat) Ratifikation des ital. Schuldenabkommens.

Die Ratifizierung des Abk. wird mit 54 gegen 33 St. genehmigt. Ein Antrag des Sen. Borah, die Frage an eine Finanzkommission zu überweisen, wird abgelehnt. Der Abstimmung geht eine sehr lebhafte Auseinandersetzung voraus. Sen. Johnson greift die Bankiers von Wall-Street an, die der Ansicht seien, das ital. Schuldenabk. sei das beste, das man abschließen könne. Die Frage der franz. Schuldenverhandlungen hänge noch in der Luft. Der franz. Gesandte Bérenger habe seiner Regg. einen ermunternden Bericht über die Meinung des Schatzsekretärs Mellon gegeben. Mellon wünsche mit Frankreich zu einem Abk. zu gelangen. Bei den alten Schuldenverhandlungen im Herbst vorigen Jahres betrugen die Angebote Caillaux' 40 %, während die Amerikaner 60 % forderten. Jetzt würde Amerika wahrscheinlich bereit sein, eine Einigung mit Frankreich anzunehmen, die auf einer Grundlage von 40—45 % liege.

Am 26. wird das Schuldenabk. mit Belgien, am 27. das mit Estland, Lettland und Rumänien und am 28. das mit der Tschechoslowakei ratifiziert.

29. April. Unterzeichnung des Schuldenabkommens mit Frankreich. Näh. s. Anhang II am Schluß!

1. Mai. Die Regierung schließt mit Jugoslawien ein Abk. über die Fundierung der jugoslawischen Kriegsschulden.

6. Mai. Das Schatzamt befürwortet an Stelle der Mills-Bill (S. 400 f.) die Newton-Bill, die für die deutschen Gläubiger nicht weniger günstig ist wie die erste Vorlage.

21. Mai. Präsident Coolidge lehnt den japanischen Vorschlag einer besonderen Flottenabrüstungs-Konferenz zwischen Japan, England und den Ver. Staaten ab.

31. Mai. Rede Coolidges zum Memorial Day.

Bei der Gedenkfeier für die im Sezessionskrieg Gefallenen hält Präsid. Coolidge eine Ansprache, in der er die Abrüstungsfrage erörtert und u. a. ausführt: Der Friede hat wirtschaftliche Grundlagen, eine Tatsache, der bis jetzt zu wenig Beachtung geschenkt worden ist. Niemand, der die Tatsachen untersucht, kann daran zweifeln, daß es der wirtschaftliche Zustand Europas war, der die überlasteten europäischen Länder kopfüber in den Weltkrieg gejagt hat. Sie waren an die Aufrechterhaltung des Systems des Wettrüstens gebunden. Wenn ein Land ein neues Kriegsschiff auf Stapel legte, erachtete ein anderes es für nötig, zwei Kriegsschiffe auf Stapel zu legen. Wenn ein Land ein Regiment aufstellte, stellte ein anderes drei Regimenter auf. Die Völker wurden zum Schaden ihres industriellen Lebens bewaffnet, gedrillt und geübt, sie wurden mit Steuern und Abgaben belastet, bis die Bürde nicht mehr länger zu tragen war. Die Völker drohten unter der Last zusammenzubrechen und suchten Befreiung von dem unerträglichen Druck, indem sie sich gegenseitig ausplünderten. In dem Wunsche, die Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhindern, schlug die amerik. Regg. die Washingtoner Konferenz für die Abrüstung zur See vor und führte sie erfolgreich durch. Wir sind immer von dem Wunsche erfüllt gewesen, dem Abrüstungsprinzip zur weiteren Ausdehnung zu verhelfen und haben deshalb Vertreter auf die Abrüstungskonferenz in Genf entsandt. Wir sind des Glaubens, daß auch die anderen Völker sich uns anschließen und ihr Mißtrauen und ihren Haß so weit beiseite legen werden, daß es ihnen möglich wird, sich über die Methoden zu einigen, die ihnen untereinander Befreiung von dem Zwang zur Aufrechterhaltung großer Land- und Seestreitkräfte schaffen könnten. Wir haben uns an der Konferenz beteiligt, erfüllt von den besten Gesinnungen und im aufrichtigen Glauben, daß auch, soweit es auf die europäischen Länder ankommt, die besten Gesinnungen auf der Konferenz zugegen sind. Wir wünschen, daß die Probleme, die dort besprochen werden, aller technischen Umständlichkeiten entkleidet werden, daß man sich mit diesen Problemen in einer Weise auseinandersetzt und sie in einer Weise löst, die praktische Ergebnisse gewährleistet. Wir stützen uns nicht auf unsere drohende Macht in unseren internationalen Beziehungen oder bei dem Bestreben, unsere Weltstellung zu behaupten. Verhältnisse können

sich einstellen, wo ein Appell an die Massen unvermeidlich scheint. Aber solch ein Konflikt entscheidet sehr wenig. Schließlich ist es notwendig, an die Vernunft zu appellieren. Solange nicht Übereinstimmung durch Verträge, die mit überwiegendem Gerechtigkeitssinn harmonieren, erreicht ist, wird eine endgültige Lösung nicht gefunden. Aber wir können andererseits mit der Überzeugung nicht zurückhalten, daß die europäischen Nationen sich in der Notwendigkeit befinden, weitere Einschränkungen der Rüstungen herbeizuführen. Wir sind entschlossen, ihnen bei der Lösung ihrer Probleme jede Unterstützung zu gewähren.

2. Juni. (Repräsentantenhaus) Annahme des Kriegsschuldenabkommens mit Frankreich.

9. Juni. (Kanada) Lord Willingdon wird zum Gouverneur ernannt.

15. Juni. (Repräsentantenhaus) Die Verhandlungen über die Bill betr. Freigabe des deutschen Eigentums (S. 402) werden bis zum Dezember vertagt.

28. Juni—2. Juli. (Kanada) Kabinettswechsel.

Am 28. tritt das Kabinett King, das im Unterhaus eine dreimalige Niederlage im Zusammenhang mit dem Zoll- und Alkoholschmuggelskandal erlitten hat, zurück. Da der Generalgouverneur die Parlamentsauflösung ablehnt, wird am 30. vom Führer der Kons., Meighen, ein neues Kabinett gebildet. Aber auch die neue Regg. wird bereits nach 3 Tagen wieder gestürzt durch die Annahme eines lib. Antrages (96 gegen 95 St.), der besagt, daß die Minister im Widerspruch zur Verfassung ihr Amt innehätten, da sie noch nicht wiedergewählt wären, bevor sie ihr Amt angetreten hätten.

6. Juli. (Senat) Der Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Verwaltung des deutschen Eigentums in Amerika tritt zusammen.

28. Juli. Handelsvertrag mit Panama.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ meldet darüber, daß es sich bei diesem Handelsvertrag weniger um einen Handelsvertrag als um einen politischen Vertrag von größter Bedeutung handle, der an die Stelle des alten, sog. Taftabk. trete. Der Inhalt des Vertrages werde geheim gehalten, bis er vom Senat ratifiziert sei. Der wichtigste Artikel soll besagen, daß Panama sich als im Kriegszustande befindlich betrachten werde, wenn die Ver. Staaten einen Krieg führten. Zwischen den Ver. Staaten, die bekanntlich schon nach den bisherigen Bestimmungen den Schutz des Kanals und der Kanalzone übernommen hätten, und Panama bestehe nach den neuen Abmachungen eine feste militärische Allianz. Dies sei das erste Mal, daß die Ver. Staaten ein derartiges militärisches Bündnis abgeschlossen hätten.

28. Juli. Erklärung des Präsidenten Coolidge.

Von autorisierter Seite wird erklärt: Präsid. Coolidge ist der Ansicht, daß die in Frankreich gegen amerik. Bürger gezeigte Feindseligkeit und die Erklärungen franz. Regierungsbeamten eine Reaktion in den Ver. Staaten erzeugen werden, die den Senat bewegen wird, das Berenger-Schuldenabk. abzulehnen und schärfere Bedingungen zu fordern. Der

Präsid. glaubt, daß die ausländische Agitation für die Annullierung der Kriegsschulden oder für günstigere Bedingungen unmöglich gemacht wird, falls Frankreich nicht sofort daran geht, mit aufrichtigem Willen die Bedingungen des Bérenger-Vertrages anzunehmen und die Aktionen eines Teiles seiner Bürger zu unterdrücken. Präsid. Coolidge wird in seinem Sommeraufenthalt durch die Berichte der amerik. Botschafter dauernd auf dem laufenden gehalten über die Entwicklung der Schuldenfrage in Frankreich und England. Er wird nach wie vor an seiner Politik festhalten, Europa dabei zu helfen, sich selbst zu helfen, und zwar durch ein Programm balancierter Budgets, reduzierter Rüstungen und Anleihen von amerik. Bankiers unter der Voraussetzung, daß solche Anleihen für den Wiederaufbau und nicht für militärische Zwecke verwendet werden.

18. Aug. (Plattsburg) Staatssekr. Kellogg hält bei einer Denkmalsenthüllung eine Rede über die Abrüstung.

4. Sept. Erklärungen Coolidges zur Abrüstungsfrage.

Die republikan. Presse verbreitet eine Erklärung des Weißen Hauses, wonach Präsid. Coolidge entschlossen sei, die Durchführung des Luftflottenprogramms und den Bau von Kreuzern und Tauchbooten zu beschleunigen, wenn die Genfer Abrüstungskonferenz erfolglos bleiben sollte. Der Präsid. habe die Teilnahme amerik. Delegierter an dieser Konferenz nur widerstrebend und nur deshalb zugegeben, um den Friedenswillen der Ver. Staaten kundzutun. Coolidge sehe sich veranlaßt, die Aufmerksamkeit der Welt darauf zu lenken, daß Amerika seinen Reichtum möglicherweise zur Vermehrung der Rüstungen verwenden könne, wenn das mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfende Europa die Abrüstungsvorschläge Amerikas auch weiterhin übergehe. Amerika würde es in diesem Falle ganz gleich sein, ob es dadurch die Führung einer neuen Welt-Rüstungskampagne übernehmen würde.

Am 8. Sept. teilt der Sprecher des Weißen Hauses mit, daß die letzten Äußerungen des Präsid. über die Abrüstung in Europa anscheinend mißdeutet worden sind. Der Präsid. werde gegen jedes Marine- oder Luftbauprogramm der Ver. Staaten Einspruch erheben, das einen Wettbewerb mit anderen Nationen verursachen könnte. Der Präsid. habe auch noch keine Erlaubnis dazu gegeben, daß Kreuzer und Hilfsfahrzeuge für die Marine auf Grund des in dem Washingtoner Abk. für Schlachtschiffe festgesetzten Verhältnisses 5:5:3 gebaut würden. Auch falls dieses Verhältnis durch einen neueren Vertrag auf derartige Schiffe ausgedehnt werden sollte, würde der Präsid. das Stärkeverhältnis in jeder einzelnen Klasse unter diesem Satz halten. Der Präsid. habe für die von dem Washingtoner Abk. bisher nicht betroffenen Schiffsgattungen die Regel aufgestellt, daß Amerika lediglich nach Maßgabe der eigenen Verteidigungsnotwendigkeiten baue, nicht aber nach der Regel, ebensoviel Kreuzer und Hilfsschiffe zu haben wie England oder zwei Drittel mehr als Japan. Das gegenwärtige Luftbauprogramm für fünf Jahre halte Coolidge für ausreichend und er habe nicht die Absicht, es nach fünf Jahren lediglich deshalb zu verstärken, um eine etwaige Verstärkung der Luftflotten anderer Länder auszugleichen. Die früheren Äußerungen des Präsid. enthielten keinerlei Drohung, sondern lediglich die Hoffnung, daß irgendwo und möglichst bald eine Konferenz zusammentrete zur Begrenzung des Baues derjenigen Schiffsgattungen, die in dem Washingtoner Abk. nicht reguliert seien.

14. Sept. (Kanada) Wahlen.

Die Wahlen ergeben eine vernichtende Niederlage der kons. Regierungspartei. Das Ergebnis ist folgendes: Lib. 118 Sitze; Kons. 91 (bisher 116); Lib.-Progr. 11; Verein. Farmer 11; Progress. 9; Arb.-P. 3; Unabh. 2. — Die neue lib. Mehrheitspartei propagiert als erste Forderung den wirtschaftlichen Anschluß Kanadas an die Ver. Staaten durch Volksabstimmung.

18. Sept. (Kanada) Die Regierung Meighen tritt zurück.

22. Sept. Mellons Bericht.

Schatzsekretär Mellon erklärt in seinem Bericht über seine Reise in Europa dem Präsid. Coolidge, Italien, Frankreich und England seien sehr wohl in der Lage, ihre Kriegsschulden an Amerika zu bezahlen.

23. Sept. Coolidge erklärt, daß die Ver. Staaten keine Abänderung ihrer Vorbehalte dulden werden, an die der Senat die Beteiligung am Weltgerichtshof geknüpft habe.

25. Sept. (Kanada) Neues Kabinett King.

Das neue liberal-fortschrittliche Kabinett King setzt sich, wie folgt, zusammen: Vorsitz und Äußeres: Mackenzie King; Inneres: Ch. Robb; Justiz: E. Lapointe; Eisenbahnen: Dunning; Landwirtschaft: W. R. Motherwell; Handel: J. Malcolm; Zölle: W. D. Euler; Einwanderung: R. Forke; Marine: P. J. Cardin; Arbeit: P. Heenan. Außenpolitisch vertritt der neue liberale Ministerpräsid. King die größere Selbständigkeit und die Unabhängigkeit von den Locarno-Verträgen; wirtschaftspolitisch nicht den Freihandel, aber doch den Abbau des Schutzzollsystems, den die Farmer für den billigen Bezug landwirtschaftlicher Maschinen fordern. Die Kons. P., die für den Schutz der kanadischen Industrie eintritt, müsse sich sagen lassen, daß das in dieser Industrie angelegte Kapital zur guten Hälfte amerikanisch sei.

12. Okt. Die Jahreskonferenz der American Federation of Labor spricht sich gegen eine Anerkennung Sowjetrußlands aus.

4. Okt. (Kanada) Der Senat nimmt den Antrag an, der den Bau einer eigenen kanadischen Heimatflotte verlangt.

Ende Okt. Barnes zur Kriegsschuldfrage.

In seiner Rede bei der Feier des Deutschen Tages sagt Barnes, die Frage der Kriegsschuld müsse unter Ausschaltung nationaler Sympathien behandelt werden. Die gegenwärtige Lage Europas habe ihre Ursache im Versailler Frieden und in der These von der Alleinschuld Deutschlands. Diese Frage könne angesichts ihrer Bedeutung für die Lage in Europa nicht übergangen werden. Soweit Militarismus und Handelskonkurrenz als Mitursachen in Betracht kämen, verteile sich die Schuld auf alle Länder. Dasselbe gelte hinsichtlich der diplomatischen Entwicklung von 1870 bis 1912. Was die diplomatischen Ereignisse von 1912 bis 1914 anlange, so seien für diesen Zeitraum Frankreich und Rußland verantwortlich. Rußland habe den Krieg gewollt und Frankreich habe es unterlassen, Rußland zurückzuhalten. Deutschland und England seien 1914 die einzigen Länder gewesen, die den Krieg nicht gewollt hätten.

2. Nov. Wahlen.

Neu gewählt werden das ganze Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats.

Das Ergebnis der Wahlen bedeutet zwar noch keinen entschievenen Umschwung, jedoch eine Änderung der Parteienkonstellation zugunsten der Demokraten. Die Zusammensetzung des Repräsentantenhauses ist folgende: 234 Republ. (früher 272), 194 Demokr., 2 Farmer, 4 Parteilose, 1 Soz. Im Senat erhalten die Republ. 48 (bisher 56), die Demokr. 47 (39) und die Farmerp. 1 (1) Mandat. Formell sieht das nach Stimmengleichheit aus, in Wahrheit besteht aber ein Übergewicht der Demokr., da die sechs oder sieben radikalen „Insurgenten" unter den Republ., die sich um den Sen. Lafollette (den Sohn des † Präsidentschaftskandidaten) scharen, in den meisten wichtigen Fragen an der Seite der Demokr. zu finden sind.

Der Wahlkampf, der als matt und geräuschlos geschildert wird, war nicht auf Fragen der auswärtigen Politik zugeschnitten, sondern drehte sich im wesentlichen nur um innere Fragen, besonders um die Prohibition.

8. Nov. Erklärung an China.

Vom Staatsdepartement wird die Erklärung abgegeben, es sei die wohlüberlegte Ansicht des Departements, daß die Bedingungen des Handelsvertrages zwischen den Ver. Staaten und China keiner Seite ein Recht zur Kündigung gäben. Wenn man lediglich den Buchstaben des amerik.-chin. Vertrages in Rechnung ziehe, so würde selbst die Frage einer Revision nicht vor dem 13. Jan. 1934 aktuell sein. Das Staatsdepartement lenkt jedoch die Aufmerksamkeit auf die Mitteilung, die das chin. Außenamt am 4. Sept. 1925 den neun Mächten zugestellt hat und auf die Antwortnoten, in denen diese ihre Bereitschaft erklären, Delegierte für eine Tarif- und Exterritorialitätskonferenz zu ernennen. Wenn dieser Versuch bisher mißlungen sei, so sei das nicht der Fehler der Ver. Staaten oder irgendeiner anderen ausländischen Macht. Die Bereitwilligkeit, eine Revision ins Auge zu fassen, könne aber nicht dahin ausgelegt werden, ein Kündigungsrecht zuzugestehen, da dies über die Grenzen des Vertrages hinausgehe.

11. Nov. Coolidge über die Beziehungen zu Europa.

Präsid. Coolidge hält am Jahrestage des Waffenstillstands bei einer Denkmalsweihe in Kansas City eine große politische Rede über die Beziehungen Amerikas zu Europa: Die beteiligten Regg.en hätten noch keinerlei endgültige Antwort auf die Vorbehalte erteilt, die der amerik. Senat für den Beitritt zum Schiedsgerichtshof gemacht habe. Trotzdem sei die Situation inzwischen so weit geklärt, daß er nicht die Absicht habe, den Senat um Änderung seines Standpunktes zu bitten. Falls die Vorbehalte der Senatsresolution nicht von den anderen Nationen anerkannt würden, sehe er keine Aussicht, daß Amerika dem Ständigen Internationalen Schiedsgerichtshof beitreten könne. Die Kritiker, die der Ansicht seien, daß die Amerikaner für die feineren Dinge des Lebens kein Verständnis hätten, befänden sich im Irrtum. Aber selbst wenn sie recht hätten, so sei er doch fest davon überzeugt, daß eine reich gewordene Nation mehr für den Fortschritt der wahren Ideale der modernen Welt tun könne als eine chronisch arme Nation. Wenn wir auch, schließt er diesen Seitenhieb auf Frankreich, mit unserem Wohlstand nicht zu

protzen brauchen, so sehe ich doch nicht ein, daß wir uns dafür entschuldigen müssen. Es ist nötig, jede nationalistische Geste von Argwohn, Mißtrauen und Haß anderen Nationen gegenüber zu vermeiden. Man sagt uns, daß wir in Europa nicht beliebt sind; solche Meldungen sind zweifellos übertrieben. Wir sind eine Gläubigernation; wir sind reicher als manche andere; unsere Interessen sind daher in die europäischen Kreise eingedrungen, wo Mißtrauen und Argwohn oder noch Schlimmeres zu sehr an der Tagesordnung gewesen sind. Wenn man uns solche Aufmerksamkeit widmet, so zeigt das wenigstens, daß man uns nicht ignoriert. Die Tatsache, daß unsere Lage stark, unsere Finanzen stabil und unser Handel groß sind, hat die wirtschaftliche Lage der ganzen Welt stabilisiert, und diejenigen, die Kredit brauchen, sollten sich nicht darüber beklagen, sondern sich eher darüber freuen, daß es eine Bank gibt, die ihnen in ihren Nöten aushelfen kann. Wir haben nicht den Wunsch gehabt und auch nicht versucht, uns aufzudrängen, sondern unseren Rat und unsere Hilfe gegeben, wenn wir darum gebeten wurden. Unser Einfluß hat einen um so größeren Wert, als wir darauf bestanden haben, daß er nicht von einem Land gegen ein anderes ausgenützt wird, sondern dem fairen und uninteressierten Dienst aller zugute kommt.

Ende Nov. Bericht des Handelssekretärs Hoover.

Handelssekretär Hoover bezeichnet in seinem Wirtschaftsbericht das Finanzjahr 1925/26 als Rekordjahr nach dem Umfang der Produktion, des Verbrauchs der Aus- und Einfuhr und der Höhe der industriellen Löhne. Arbeitslosigkeit habe praktisch nicht bestanden. Der Lebensstandard sei höher gewesen als jemals in Amerika oder sonstwo. Auch im Auslande sei die finanzielle Verbesserung fast überall festzustellen. Der am wenigsten befriedigende Punkt im internat. Finanzleben sei nach wie vor die Währungsschwierigkeit in Frankreich. Unter Führung Amerikas seien Auslandsanleihen in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar untergebracht worden, darunter für 335 Mill. Dollar deutsche Anleihen. Hoover äußert sich zum Schluß mit dem größten Optimismus über die finanzielle Lage. Das Geschäftsleben sei in einer ungewöhnlich liquiden Verfassung. Für alle legitimen Zwecke sei reichlich Kredit vorhanden.

30. Nov. (Repräsentantenhaus) Green-Bill betr. Freigabe des deutschen Eigentums.

Der Haushaltsausschuß beschließt einstimmig, die Vorlage wegen Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums auf folgender Grundlage aufzubauen: Die Eigentümer der beschlagnahmten Vermögen sollen unmittelbar nach Annahme der Vorlage 80% ausgezahlt erhalten. 20% verbleiben in den Händen des Verwalters, bis die amerik. Ansprüche befriedigt sind. Die amerik. Gläubiger erklärten sich damit einverstanden, wenn ihnen sofort 70% ihrer Forderungen vergütet werden und der Rest sukzessive folgt. Ein unparteiisches Tribunal soll den Wert der deutschen Schiffe, Patente und Funkstationen, die sich in den Händen der amerik. Regg. befinden abschätzen. Danach wird das Schatzamt die zur Zahlung nötige Summe, die auf 50 Mill. Dollar geschätzt wird, flüssig machen.

2. Dez. Gegen eine Intervention in China.

Das Staatsdepartement läßt erklären, daß sich die Ver. Staaten nicht an einer Flottendemonstration der Vertragsmächte vor Hankau beteiligen und die von den Kantoner Behörden geplante Übernahme der Zoll-

verwaltung in Hankau nicht durch irgendwelche Machtmittel verhindern werden.

6. Dez. (Kongreß) Eröffnung.

Präsid. **Coolidge** legt den Haushaltplan für 1928 vor und unterbreitet dem Haus in einer Sonderbotschaft ein ausführliches Exposé über die aktuellen Fragen der Politik. Zunächst fordert er den Kongreß auf, den Bau der übrigen drei von den acht leichten Kreuzern aufzuschieben, die vor dem Juli hätten auf Stapel gelegt werden sollen mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Ver. Staaten gegenwärtig über eine Erweiterung der zwischen ihnen und den Großmächten bestehenden Verträge über eine Beschränkung des Flottenrüstungswettbewerbs verhandelten. Er unterläßt auch die Anforderungen für den Bau zweier starrer Luftschiffe, die mit Genehmigung des Kongresses vor dem Juli nächsten Jahres mit einem Kostenaufwand von 8 Mill. Dollar erbaut werden sollten, und ersucht darum, daß Zeit gelassen werden möchte für die Erprobung des Ganzmetalluftschiffes, das gegenwärtig für 300000 Dollar erbaut wird. Der Marineetat beläuft sich auf 313815000 Dollar und der Etat für das Kriegsdepartement auf 366722000 Dollar. Angesichts der beträchtlichen Summe des Heeres- und Flottenetats (Marine: 313,8 Mill. und Heer: 366,7 Mill. Dollar) erklärt Coolidge, es befänden sich zwar gegenwärtig keine drohenden Wolken am Horizont und die Haltung und die Absichten Amerikas gegenüber allen Nationen und Völkern seien friedlich und freundschaftlich, trotzdem aber sei dies kein hinreichender Grund, um die Landesverteidigung zu vernachlässigen und die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu versäumen. Dann ersucht er den Kongreß, in baldige Beratung einzutreten über die Politik betr. die ständige Handelsmarine und über die Verfügung über das fremde Eigentum. Über die **Rückgabe des beschlagnahmten ausländischen Eigentums** führt er folgendes aus: Durch die Pariser Vereinbarung hatten sich die Ver. Staaten an der Wiederherstellung Deutschlands offiziell beteiligt. Amerika hat später vielen europäischen Ländern dabei geholfen, sich finanziell wieder zu erholen. Europa befindet sich nun auf dem Wege, wieder zum Frieden zu gelangen. Den Ver. Staaten liegt jetzt noch die Lösung dreier Fragen ob, die dem Kongreß bereits vorgelegen haben und die in erster Linie Deutschland, in zweiter Linie Österreich und Ungarn betreffen. Das seinerzeit als Kriegsmaßregel beschlagnahmte ausländische Vermögen harrt noch immer einer Entscheidung des Kongresses. Durch den Friedensvertrag hat sich Deutschland verpflichtet, den den Amerikanern verursachten Schaden wieder gutzumachen. Da jedoch die Verpflichtungen Deutschlands seine Zahlungsfähigkeit überschritten, wurde ein Plan ausgearbeitet, der den Zahlungsmodus regelt. Hieran waren auch die Ver. Staaten beteiligt. Der Plan erfaßt bereits das Maximum der gegenwärtigen deutschen Zahlungsfähigkeit. Insbesondere ist der für die Begleichung der amerik. Ansprüche im Dawes-Plan vorgesehene Betrag für eine sofortige Erledigung nicht ausreichend. Aus diesem Grunde ergab sich die Notwendigkeit, einen Ausweg zu finden, um eine sofortige Begleichung der den Amerikanern entstandenen Verluste zu sichern. Die Ver. Staaten hatten ferner als Kriegsmaßregel die in Amerika befindlichen Schiffe, Funkstationen und Patente beschlagnahmt, die Eigentum deutscher Reichsangehöriger waren. Die moralische Verpflichtung zur Rückgabe des Eigentums besteht in allen Fällen. Die ganze Frage sollte im Kongreß gleichmäßig behandelt werden, der in dieser Session ein Gesetz annehmen

möge, das einen gerechten und umfassenden Plan zur Erledigung sämtlicher Ansprüche bietet. Die Lösung des Problems soll auf der Grundlage folgender beiden Prinzipien erfolgen: Der Oberste Gerichtshof hat zwar entschieden, daß der Kongreß das Recht hat, über das beschlagnahmte Eigentum nach Gutdünken zu verfügen, der Kongreß könnte daher die amerik. Ansprüche aus dem Erlös befriedigen. Ein solches Vorgehen aber entspricht nicht dem amerik. Ideal der Heiligkeit des Privateigentums. Eine kluge amerik. Politik wird der Verwendung des Eigentums deutscher Staatsangehöriger zur Begleichung der Schulden der deutschen Regg. ablehnend gegenüberstehen. Dies ist der erste Grundsatz. Der zweite lautet: Die Kosten für ein solches Vorgehen muß das gesamte Volk tragen und nicht nur ein Bruchteil, nämlich diejenigen Amerikaner, die einen Anspruch gegenüber Deutschland haben. Das fremde Eigentum dient so als Sicherheit für die Befriedigung der amerikanischen Ansprüche. Die Ver. Staaten sollten den deutschen Reichsangehörigen gegenüber Gerechtigkeit üben, aber nicht auf Grund von Ungerechtigkeiten gegenüber den eigenen Staatsangehörigen. Innerhalb dieser beiden Grundsätze liegt der Mittelweg der Lösung dieser Frage, die einer allen gerecht werdenden amerik. Auffassung entspricht. Dann heißt es weiter: Schätzungsweise werden die Zolleinnahmen im laufenden Finanzjahr mehr als 615 Mill. Dollar betragen, was einen Rekord darstellt. Unsere Einfuhr im letzten Finanzjahr betrug 4466 Mill. Dollar, was eine Erhöhung von über 71 % seit Inkrafttreten der bestehenden Zolltarife bedeutet. Von diesem Import waren ungefähr 65 % zollfrei, d. h., daß die Ver. Staaten Waren zollfrei einführten, die fast den Wert des gesamten Imports Deutschlands erreichten und den gesamten Import Frankreichs wesentlich übersteigen. Unsere zollfreien Importe sind größer als die jedes anderen Landes mit Ausnahme Englands. Coolidge erklärt sich nachdrücklich gegen irgendeine ständige Herabsetzung der Steuersätze im gegenwärtigen Augenblick. Trotz eines voraussichtlichen Überschusses von 383079000 Dollar für dieses Jahr und von 200704000 Dollar für das nächste Jahr schlage er keine Steuerherabsetzung vor, bis die Ergebnisse eines weiteren Jahres des neuen Einkommengesetzes vorlägen und das Maß des gegenwärtigen Wohlstands festgestellt sei. Er erörtert zwei Arten, wie über den Kassenüberschuß verfügt werden könnte, entweder könnte er zur Verminderung der öffentlichen Schuld verwandt werden oder in die Taschen der Steuerzahler zurückwandern. Wenn der Überschuß den Steuerzahlern zurückgegeben wird, sollte dies in der Weise geschehen, daß er ihnen auf ihre zwei ersten Ratenzahlungen für das kommende Jahr angerechnet wird. Angesichts der noch ungeheuren nationalen Schuld von nahezu 19500000000 Dollar könnte jedoch der Überschuß ohne Schwierigkeit zu einer Verminderung der Zinsen für die Regierungsobligationen verwandt werden und so eine Ersparnis an Zinskosten bewirken. Coolidge befaßt sich weiterhin mit den amerik. Besitzungen in Ost- und Westindien und erklärt: Die Regg. hält die Inseln, die die Ver. Staaten in Ost- und Westindien erworben haben, in unangetasteter Treuhänderschaft. Die eingeborene Bevölkerung der Philippinen hat zwar erhebliche Fortschritte in Richtung auf die Möglichkeit der Einrichtung einer Selbstregierung getan, aber niemand kann irgendeinen Zeitpunkt angeben, an dem wir nicht die Verantwortung für die Verteidigung, für den wirtschaftlichen Fortschritt und für die Beschäftigung der Bevölkerung tragen müßten.

Da wir im Hinblick auf unsere Verteidigung ohne Kautschuk nicht leben können, so glaube ich, daß diese Industrie auf den Philippinen besonders gefördert werden muß. Was die Frage der Verteidigung im allgemeinen anlangt, so kann keine sich selbst achtende Nation es vernachlässigen, eine der Größe der Bevölkerung, der Ausdehnung des Landes und seiner Rolle in der Welt entsprechende Armee und Marine zu unterhalten. Keine Marine in der Welt — mit einer Ausnahme — kommt der unsrigen annäherungsweise gleich; keine Macht ist stärker zur See als wir. Wenn wir jetzt und in Zukunft bewaffnet bleiben, so bedeutet dies nicht eine Bedrohung. Erst kürzlich haben wir unsere Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, Verträge über die Beschränkung aller Kriegsschiff-Typen gemäß der seinerzeit in Washington aufgestellten Formel abzuschließen. Unser Angebot läuft noch. Was die Lage in China anbelangt, so sind wir bereit, die Verhandlungen der Pekinger Konferenz über die chin. Zölle wieder aufzunehmen, sobald eine das chin. Volk vertretende und für seine Interessen eintretende Regg. vorhanden ist. Während der Kämpfe in China haben wir eine Haltung weitestgehender Neutralität eingenommen. Unsere Marinestreitkräfte, die gemäß den in den Verträgen niedergelegten Rechten sich in den asiatischen Gewässern aufhalten, sind ausschließlich zum Schutze der amerik. Bürger verwandt worden. Der Bericht der Exterritorialitätskommission ist hier eingegangen und wird mit dem Bestreben geprüft, die Politik der Ver. Staaten in dieser Frage festzulegen. Weiter spricht sich die Botschaft für eine vollständige Aufrechterhaltung der Prohibitionsgesetze aus. In dem Urteil über die von dem vorbereitenden Ausschuß der Abrüstungskonferenz in Genf erzielten Fortschritte heißt es: Es hätten sich viele Meinungsverschiedenheiten ergeben, jedoch sei die Hoffnung begründet, daß wenigstens ein gewisses Maß von Übereinstimmung erreicht werde. Eins der ermutigendsten Ergebnisse der Kommissionsarbeit sei das Übereinkommen der Marinesachverständigen der Mehrheit der Mächte, die an der Washingtoner Konferenz beteiligt waren, über die Methoden, Vergleichsformeln und über die weitere Beschränkung der Abrüstung.

18. Dez. (Repräsentantenhaus) Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums.

Am 13. wurde der GE. über die Freigabe des beschlagnahmten fremden (deutschen) Eigentums nach seiner einstimmigen Annahme durch den Finanzausschuß eingebracht. Er beruht auf der Verständigung zwischen den beteiligten Parteien. Hiernach sind folgende Zahlungen vorgesehen: 1. Die deutschen Eigentümer der in Amerika beschlagnahmten Vermögen sollen 80% des im Gewahrsam des Alien Property Custodian befindlichen deutschen Eigentums, dessen Gesamthöhe gegenwärtig mit rund 250 Mill. Dollars angegeben wird, zurückerhalten. 2. Die Reedereien, Radiostationen und Inhaber von Patenten, die durch die amerik. Regg. in Gebrauch genommen sind, sollen Entschädigungen bis zur Höchstgrenze von 100 Mill. Dollar erhalten, wovon 50% in bar ausgezahlt werden. 3. Die amerik. Inhaber von Forderungen gegen die deutsche Regg. sollen erhalten: a) 26 Mill. Dollar Zinsen, die auf das beschlagnahmte Eigentum vor dem 4. März 1923 aufgelaufen sind; b) 14 Mill. Dollar, die bis Ende des laufenden Dawes-Jahres von Deutschland aus unter dem Dawes-Plan eingehen; c) 20% des in den Händen des Custodian befindlichen deutschen Eigentums (rund 50 Mill. Dollar); d) 50% der endgültig festgesetzten Entschädigung für die Schiffe, Radio-

stationen und Patente. 4. Bezüglich der Deckung der verbleibenden Restforderungen der drei Interessentengruppen sollen folgende Maßnahmen getroffen werden: a) die amerik. Forderungsberechtigten sollen eine Priorität auf den amerik. Anteil von $2^1/_4$ % an den Dawes-Annuitäten in voller Höhe dieser Zahlungen erhalten, so lange, bis ihre Forderungen zu 80 % befriedigt sind; b) Zwecks Befriedigung der dann verbleibenden je 20 % betragenden Restforderungen deutscher Eigentümer und amerik. Anspruchsberechtigter und der sich auf 50 % belaufenden Restforderungen der Reedereien, Radiostationen und Patentinhaber soll der amerik. Anteil an den Dawes-Annuitäten pro rata verwendet werden. c) Es besteht die Absicht für die Restforderungen sämtlicher Interessentengruppen Zertifikate auf den amerik. Anteil an den Dawes-Annuitäten auszugeben. 5. Von besonderer Bedeutung ist es, daß zum ersten Mal eine Auszahlung der zu 3a erwähnten vor dem 4. März 1923 aufgelaufenen Zinsen geplant ist dergestalt, daß nach Tilgung der Restforderungen der drei Interessentengruppen der amerik. Anteil aus den Dawes-Annuitäten auch hierfür zur Verfügung stehen soll.

Am 18. Dez. wird die Vorlage mit 279 gegen 66 St. angenommen.

Im Senat bringt am 23. Dez. Sen. Borah zwei Änderungsanträge ein; er fordert u. a. die gleichzeitige Freigabe des österr. und ungar. Eigentums.

Gleichzeitig veröffentlicht die „New York World" den Aufsehen erregenden Bericht über unerhörte Mißverwaltung und Riesenverschleuderung der beschlagnahmten deutschen Vermögen. Derselbe beruht auf dem im Auftrage des Präsid. Coolidge erstatteten mehrbändigen Rapport des Generalkontrolleurs Mac Carl über die Verwaltung der deutschen Vermögen. Es handelt sich um Mill. Dollar, Millionen und aber Millionen Dollar wurden abgegeben für Anwaltsgebühren sowie für Provisionen an Banken. Die vom Kongreß festgesetzte Grenze für die Verwaltungskosten wurde vollständig ignoriert. Die beschlagnahmten Wertpapiere wurden an so viele Banken und Gesellschaften verteilt, daß eine Kontrolle kaum möglich war. Der ganze Bericht wimmelt von Unregelmäßigkeiten, von Unterbewertung der deutschen Vermögen, von Vergeudung und Verschleuderung, welche Seite man auch aufschlagen mag.

Die Regg. entschließt sich, diesen Bericht dem Senat zugehen zu lassen.

19. Dez. Denkschrift der Professoren über eine Revision der Kriegs- und Reparationsschuldenregelung.

Eine von 40 Professoren der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Columbia-Universität unterzeichnete Erklärung fordert eine erneute Prüfung des gesamten Kriegsschulden-Problems. Einleitend wird auf den gewaltigen Fortschritt hingewiesen, der durch die Ergebnisse von Locarno in der Richtung auf die Schaffung einer internationalen Sicherheit und der Festigung des Friedens im letzten Jahre erzielt worden sei. Dieser Erfolg sei in der Hauptsache dem Umstand zuzuschreiben, daß Briand, Stresemann und Chamberlain dazu gelangt seien, in enger Kameradschaft ehrlich und hingebend an einer gemeinsamen Aufgabe zu arbeiten. Es sei undenkbar, daß das amerik. Volk mit seinen Überlieferungen dieser epochemachenden Bewegung irgendwie seine Mitarbeit versage. Wenn dieses große Unternehmen fehlschlage, so werde die ganze Welt, einschließlich der Ver. Staaten, eines Tages dadurch unberechenbaren Nachteil erleiden. Die Erklärung wendet sich sodann gegen den allen Abk. über die Kriegsschulden zugrunde liegenden Begriff der Zahlungsfähigkeit. Sie weist

auf die Unmöglichkeit einer Vorausberechnung der „Fähigkeiten“ eines Landes auf mehrere Jahrzehnte hinaus hin und erwähnt als Beispiel die deutsche Stahlindustrie, die jetzt derjenigen Englands weit überlegen sei und fast ganz das Produkt des letzten halben Jahrhunderts darstelle. Ebenso sei in anderen grundlegenden Produktionszweigen, z. B. bei der Kohle, dem Weizen, der Baumwolle, dem Kautschuk, dem Kali und selbst beim Gold eine Neuverteilung unter den Ländern der Welt im Gange. Im 2. Teil der Erklärung werden die wirtschaftlichen Auswirkungen näher untersucht und daraus der Schluß gezogen, daß die Eintreibung der Schulden die Steuerzahler in den Schuldnerländern bedeutend stärker belasten als die amerik. Steuerzahler entlasten würde. Zum Schluß heißt es: Kann ein denkender Amerikaner dem zunehmenden Haß, mit dem Amerika von seinen europäischen Assoziierten betrachtet wird, gleichgültig gegenüberstehen? Der Beweis wird immer deutlicher, daß unser Bestehen auf der Bezahlung der Kriegsschulden dazu führt, daß der Haß, den die europäischen Länder untereinander immer mehr zum Schweigen bringen, sich geradewegs gegen uns richtet. Schon bilden sich internat. Trusts, um mit unseren Industrien auf neutralen Märkten zu konkurrieren. Schon wird darauf hingewiesen, daß die Reparationszahlungen, die Deutschland auf zwei oder drei Generationen in finanzieller Knechtschaft zu halten drohen, notwendig sind, um den All. die Bezahlung ihrer Kriegsschulden an uns zu ermöglichen. Eine Koalition Europas gegen die Ver. Staaten könnte sich für Europa als etwas Gutes erweisen. Kann jemand glauben, daß sie für die Ver. Staaten etwas Gutes wäre? So werden die Forderungen der Gerechtigkeit verstärkt durch die Gebote der politischen Zweckmäßigkeit und die Erwägungen des eigenen wirtschaftlichen Interesses, um uns dazu zu drängen, den Ländern Europas auf der internationalen Schulden- und Reparationskonferenz, die wir hier vorschlagen, auf halbem Wege entgegenzukommen.

22. Dez. Das neue Kreuzer-Programm.

Der Sprecher des Weißen Hauses teilt die Ansicht des Präsid. Coolidge über den geforderten Kreuzerneubau mit. Coolidge erklärt, daß die Ver. Staaten im Laufe der Zeit zehn weitere Kreuzer brauchten, hält es jedoch für nicht erforderlich, daß sie sofort auf Stapel gelegt würden. Zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts müsse die amerik. Marine über 25 Kreuzer verfügen. Bisher habe sie 10, 2 seien im Bau, für 3 weitere habe der Kongreß die Mittel bereits bewilligt. Vorläufig habe die Marine starke Ausgaben für den Bau von Flugzeug-Mutterschiffen und U-booten.

30. Dez. (Trenton) Coolidge zur Friedensfrage.

Bei der Feier des 150. Jahrestages der Schlacht von Trenton und des berühmten Übergangs Washingtons über den Delaware hält Präsid. Coolidge auf einem von der Historischen Gesellschaft Trenton veranstalteten Festessen eine Ansprache. Der Präsid. entwirft zunächst ein Bild der Mühen und Plagen, die die amerik. Armee auszuhalten gehabt habe, und fährt dann fort: Washington und die Patrioten der damaligen Zeit wollten den Frieden, wir wollen ebenfalls den Frieden. Sie haben damals große Opfer notwendig gefunden, um den Frieden zu sichern; wir können uns ähnlichen Opfern nicht entziehen, sei es, daß wir zuzeiten für eine ausreichende Landesverteidigung zu sorgen haben, sei es, daß wir zuzeiten das Ausmaß unserer militärischen Kräfte durch internationale Abmachungen einschränken müssen. Ich glaube nicht, daß wir durch die

Rückkehr zum Rüstungswettstreit die Friedenspolitik fördern können. Während ich für eine angemessene Armee und Marine eintrete, bin ich gegen jeden Versuch, das amerik. Volk zu militarisieren. Wenn die Militarisierung bis in ihre letzten logischen Konsequenzen durchgeführt wird, so ist das Ergebnis immer ein vollständiger Mißerfolg. Wir können der Menschheit keinen besseren Dienst erweisen, als unseren ganzen Einfluß aufzubieten, um die Welt davor zu bewahren, daß sie wieder in die Gewalt dieses verderblichen Systems gerät... Es ist nicht nur notwendig, die Gesinnung der Einzelmenschen zum Besseren zu ändern, sondern es gilt dasselbe auch für die Völker. Wenn sich bei den Völkern ein vollständiger Gesinnungswechsel vollzogen hat, wenn eine vollständig moralische Abrüstung eingetreten ist, wenn vollständiges gegenseitiges Verstehen und volle Sympathie herrscht, dann ist auch geringes Bedürfnis für Rüstungen vorhanden und kein Bedürfnis für internationale Verträge, die das Ausmaß und die Anwendung dieser Rüstungen zu regeln hat. Zu einem allzu großen Teil beruhen die internationalen Beziehungen auf der Furcht. Die Völker rühmen sich dessen, daß sie den Mut haben, gegeneinander zu kämpfen. Wann wird die Zeit kommen, wo sie auch den Mut haben, einander zu vertrauen?... Die Amerikaner haben in den Tagen Washingtons wie heute sich niemals der Anerkennung der Tatsache verschlossen, daß sie einen Teil der zivilisierten Welt bilden und daß sie nicht nur sich selbst, sondern auch anderen in hohem Maße zu Dank verpflichtet sind. Aber die Amerikaner sind heute wie zu Washingtons Zeiten entschlossen, eigene Herren ihres Schicksals und selbst Richter über ihr Verhalten zu sein.

XXXII

Mittel- und Südamerika

1. Jan. (Brasilien) Abschluß eines Handelsvertrags mit Spanien auf Grund der Meistbegünstigung.

6. Jan. (Mexiko) Geplanter Aufstand.

Der früh. Gen. Anzaldi wird wegen Teilnahme an einer Verschwörung unter Führung des früh. Präsid. Huerta zum Tode verurteilt und erschossen.

12. Jan. (Bolivien) Der neue Präsident S. Siles tritt sein Amt an.

Mitte Jan. Berufung eines neuen Vorsitzenden der Abstimmungskommission für Tacna-Arica.

An Stelle des zurückgetretenen Gen. Pershing wird zum amerik. Schiedsrichter im Peruanisch-Chilenischen Grenzstreit um Tacna-Arica (vgl. GK. 1925) Generalmajor William Lassiter, der bish. Kommandant der Panamakanalzone, berufen. — Der Rücktritt Pershings hatte seinen Grund vor allem in den Schwierigkeiten, auf welche die Vorarbeiten für die Abstimmung stießen. Chile protestierte gegen die angebliche Begünstigung Perus und gegen das von Pershing beanspruchte Recht der Überwachung der Ein- und Ausreise im Abstimmungsgebiet, verhinderte aber andererseits selbst die korrekte Durchführung der Beschlüsse der Kommission durch die Chilenischen Beamten. Chile legte noch Berufung

bei dem Schiedsrichter, beim Präsid. Coolidge, ein, der dieselbe jedoch verwarf.

17. Jan. (Nicaragua) Präsidentenwahl.

Emiliano Chamorro wird an Stelle von Charlos Solorzano, der am 13. Jan. zurückgetreten ist, zum Präsid. gewählt. Die Regg. der Ver. Staaten kündigt alsbald an, daß sie automatisch die Anerkennung Nicaraguas zurückziehe, sobald der zum Präsid. gewählte Chamorro sein Amt übernehme. Die Reggn. von San Salvador und Guatemala unterstützen die Haltung der Ver. Staaten und lehnen gleichfalls die Anerkennung der Regg. Chamorro ab.

21. Jan. (Mexiko) Landgesetze.

Unter Ablehnung des Einspruchs der Ver. Staaten veröffentlicht die Regg. das neue Landgesetz, in dem sämtliche Bodenschätze als Staatseigentum erklärt werden.

28. Jan. (Paraguay) Die Regierung kündigt sämtliche Handelsverträge mit Europa.

5. Febr. Chile und Peru protestieren gegen die Bestimmungen über die Abstimmung im Tacna-Arica-Streit.

Die beiden an der Tacna-Arica-Frage interessierten Mächte, Chile und Peru, erheben bei dem Präsid. Coolidge neuerlich gegen die Ausführungsbestimmungen über die Volksabstimmung, die von der Abstimmungskommission erlassen wurden, Protest. Insbesondere werden die Bestimmungen über das Recht gewisser Klassen von Staatsangehörigen beider Länder, in die Abstimmungslisten aufgenommen zu werden, von beiden Mächten angefochten. — Am 7. erklärt das chilenische Mitgl. der Abstimmungskommission Aug. Edward seinen Rücktritt.

11. Febr. (Mexiko) Nationalisierung des Kircheneigentums.

Der Generalanwalt verordnet die endliche Durchführung der Verfassungsbestimmungen (1917) über die Verstaatlichung des Kircheneigentums und verfügt die Ausweisung der nichtmexikanischen Priester.

13. Febr. (Argentinien) Der Senat macht die Zugehörigkeit Argentiniens zum Völkerbund von der Zuteilung eines ständigen Ratssitzes abhängig.

1. März. (Brasilien) Präsidentenwahl.

Washington Luis Pereira de Souza wird zum Präsid. und Mello Vianna zum Vizepräsid. gewählt. Der neue Präsid. sagt in dem Programm seiner am 15. Nov. beginnenden Amtszeit: Brasilien leide noch schwer unter den Folgen des Weltkrieges, die sich namentlich in der Entwertung seiner Valuta, in finanzieller Unordnung und einer ununterbrochenen Reihe von Krisen äußere. Trotz der herzlichen Beziehungen, die Brasilien mit allen Ländern der Welt verbinden, und trotz verfassungsmäßigen Verbotes von Eroberungskriegen, sei es unerläßlich, die militärische Vorbereitung des Landes auf dem modernsten Stande zu erhalten. Obwohl die Völker zur höchsten Zivilisation fortgeschritten seien, habe dennoch keine einzige Macht ihre militärischen Einrichtungen beseitigt. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Probleme seien die Umstände günstig zur militärischen Wiederherstellung des Landes, zu der die franz. Militär-

und die nordamerik. Marinemission Brasilien wertvolle Dienste leisteten. Die ungesicherten langen und komplizierten Verbindungen, die vorwiegend auf den See- und Flußweg angewiesen seien erheischen auch aus wirtschaftlichen Gründen verstärkten militärischen Schutz.

22. März. (Brasilien) Erklärung des Präsidenten zum Völkerbundproblem.

In einer in der Sommerresidenz Petropolis gehaltenen Ansprache erklärt Präsid. da Silva Bernardes, daß die Stellung der brasil. Delegation in Genf zwangsläufig durch die Umstände bestimmt worden sei: Unter den 20 amerik. Nationen, die dem Völkerbund angehören, hat keine einzige einen ständigen Ratssitz. Man muß daran erinnern, daß wir einen Kontinent bilden, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf und dessen Einfluß ständig im Wachsen ist. Bereits im Jahre 1921 hat Brasilien seine Stimme gegen diese Zurücksetzung erhoben. Auch damals hat es sich, als die Frage der Vergebung eines ständigen Ratssitzes an Spanien auf der Tagesordnung stand, nicht gegen den Einfluß Spaniens, sondern gegen den Ausschluß des amerik. Kontinents gewandt. Und ähnliche Gründe haben auch jetzt wieder die Politik der brasil. Regg. in dem Streit um den deutschen Ratssitz bestimmt.

Ende März/April. Der Streit um Tacna-Arica.

Am 26. März fordern Chile und Peru wiederum den Verzicht auf die Abstimmung in Tacna-Arica. Am 27. beginnt jedoch die Registration für die Stimmabgabe. Am 29. nehmen Chile und Peru die Vermittlung der Ver. Staaten an, wonach Bolivien einen Zugang zum Meer erhält. Am 6. April treten in Washington die Vertreter Perus und Chiles im Beisein des Staatssekretärs Kellogg zu abschließenden Verhandlungen im Tacna-Arica-Streit zusammen. Die Ver. Staaten machen am 21. April den offiziellen Vorschlag, die Provinzen Tacna und Arica zu einem selbständigen Staat zu machen.

25. April. (Argentinien) Die Regierung erklärt ihre Teilnahme an der Studienkommission des Völkerbunds.

2. Mai. (Nicaragua) Ausbruch einer Gegenrevolution gegen die Regierung Chamorro.

Der Kongreß verhängt sofort über das Land den Kriegszustand.

15. Mai. (Mexiko) Der Präsident verfügt die Ausweisung des päpstlichen Delegaten Caruana.

27. Mai. (Mexiko) Präsident Calles unterzeichnet das Nationalisierungsgesetz.

12. Juni. (Brasilien) Austritt aus dem Völkerbund.

Außenmin. Pacheco richtet an den Generalsekretär des Völkerbundes folgendes Telegramm: Brasilien hat in seinem an den Botschafter Mello Franco abgeschickten Motivenbericht, der bereits vollinhaltlich durch das Sekretariat bekanntgemacht und allen Mitgliedern des Völkerbundes mitgeteilt sein muß, auf seinen nichtständigen Ratssitz verzichtet. Das Exposé sagte am Schlusse, Brasilien warte die Gelegenheit ab, um die letzten Konsequenzen zu ziehen, um auf die Ehre der Mitgliedschaft im Völkerbund zu verzichten. Da inzwischen die Einladung zur ord. Bun-

desversammlung im Sept. hier eingegangen ist, an der Brasilien nicht mehr teilnehmen kann, erfordert es die Pflicht, zu erklären, daß dieser Umstand es zwingt, seinen Entschluß zu formulieren, wonach es sich aus dem Völkerbunde zurückzieht, was tatsächlich hiermit ausgedrückt wird. Diese Depesche soll als Vorheranzeige dienen, gemäß dem Schlußteil des Art. I des Paktes.

12. Juni. (Chile) Die Regierung erklärt ihren Rücktritt von den Verhandlungen im Tacna-Arica-Streit.

15. Juni. Die Abstimmungskommission in Tacna-Arica erklärt den Volksentscheid für undurchführbar.

26. Juni. Der in Panama tagende pan-amerikanische Kongreß verlangt einen amerikanischen Völkerbund.

4. Juli. (Mexiko) Der Vertreter des Vatikans protestiert gegen die Behandlung der Katholischen Priester.

10. Juli. (Brasilien) Präsident Bernardes verfügt die Aufhebung der Delegation beim Völkerbund.

14. Juli. (Kuba) Die Regierung verzichtet auf Anwendung der Versailler Bestimmungen über das deutsche Eigentum.

28. Juli. (Panama) Handelsvertrag mit den Ver. Staaten. Vgl. S. 403.

31. Juli. (Mexiko) Ausführung der Verfassungsbestimmungen über die Geistlichkeit.

Die Bestimmungen über die Amtsenthebung der nichtmexikanischen Geistlichen (S. 414) treten in Kraft. Da die Regg. die Meldung erhalten hat, daß katholische Verbände sich nachts zu geheimen Versammlungen treffen, ordnet sie die Entwaffnung aller Katholiken an und hält Militär bereit, um es bei Ruhestörungen einzusetzen. Präsid. Calles erklärte am 30., daß der Widerstand der katholischen Geistlichkeit ein Akt von Verrat und Untreue wäre. Die Stunde sei gekommen, den Kampf endgültig durchzufechten, ob die Revolution über die Reaktion triumphieren solle oder ob die Revolution unterliegen solle. Die Regg. wäre bisher zu stark mit ökonomischen und landwirtschaftlichen Problemen beschäftigt gewesen und hätte daher den Widerstand des geistlichen Elements vergessen, der die jetzige Regg. öffentlich herausgefordert hätte.

Einige Tage später widerlegt Calles in einer weiteren Erklärung die Behauptungen, die die katholischen Bischöfe in einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 25. Juli aufgestellt haben. Die mexikanische Gesetzgebung enthalte keine Bestimmungen, die eine Hinderung oder auch nur Beschränkung kirchlicher Handlungen der katholischen oder irgendeiner anderen Kirche vorsehe. Auch läge es der mexikanischen Regg. vollständig fern, irgendwelche religiösen Gefühle zu verletzen, sofern diese sich nicht in gesetzwidrigen Akten manifestierten. Wenn die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief in Anspruch nähmen, daß sie eine Verletzung der Grundprinzipien der Verfassung der Kirche nicht duldeten, so nähmen er und die Regg. das gleiche Recht in Anspruch, sofern es sich um die Verletzung der Staatsverfassung von Mexiko handle. Die Hauptgründe für die Erregung in den katholischen Kreisen sehe er in der durch die Reform-

gesetze und auf Grund der Verfassung des Landes bedingten Überführung des kirchlichen Eigentums in das Eigentum des Staates. Diese Enteignung kirchlichen Gutes entspreche den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Das Regierungsdekret verbiete Fremden, als ausübende Organe irgendeines religiösen Bekenntnisses tätig zu sein. Diese Bestimmung begünstige die Ausübung eines priesterlichen Amtes durch landeingesessene Mexikaner. Das Verbot der Einrichtung und Tätigkeit christlicher Orden stütze sich auf die Verfassung vom Jahre 1857 und die neuerliche Reformgesetzgebung. Mexiko wandle in dieser Beziehung keine neuen Wege, sondern folge nur dem Beispiel vieler anderen Staaten, die die gleiche Maßregel ergriffen hätten. Wie jede andere selbstbewußte Regg. könne auch die mexikanische Regg. nicht dulden, daß die Kanzel der Kirche benützt werde, um das Volk zum Ungehorsam gegen die Gesetze und die Behörden des Landes aufzufordern.

Die Durchführung führt weiter zu schweren Konflikten. Wie erwartet, kommt es bei der Konfiskation des Kircheneigentums zu ernstlichen Zusammenstößen mit der katholischen Bevölkerung, die zum Teil von Truppen aus den Kirchen geworfen wird. Der Verband der Arbeiter und die Regierungsangestellten stellen sich hinter die Regierung. Der früh. Präsid. Obregon begrüßt in einer besonderen Kundgebung die Kirchenpolitik Calles. Das Episkopat nimmt alsbald Verhandlungen mit der Regg. auf, um den Konflikt beizulegen. In einer Petition verlangen die Bischofe die vorläufige Aufhebung der Religionsgesetze, die Präsid. Calles jedoch ablehnt. Auch lehnt die Regg. jede fremde Vermittlung ab. Der Klerus seinerseits verweigert die Wiederaufnahme der kirchlichen Verrichtungen. Am 28. Aug. veröffentlicht der Episkopat eine Erklärung, in der er unter Bezugnahme auf den deutschen Kulturkampf betont, er werde die Beilegung des Kirchenstreites abwarten, selbst wenn sie jahrelang dauere.

7. Aug. (Columbien) Der neue Präsident M. O. Mendey tritt sein Amt an.

13. Aug. (Mexiko) Inkraftsetzung des Gesetzes über die Bodenschätze.

Die Regg. erläßt die Ausführungs-Vo. zum neuen Minenges., wonach alle Mineralien und Edelmetalle — auch Kohle und Petroleum — zum Nationaleigentum erklärt werden.

19. Aug. (Nicaragua) Ausbruch einer liberalen Revolution.

Die Ver. Staaten entsenden alsbald (am 28.) zum Schutz des amerik. Lebens und Eigentums einen Kreuzer. Auch Mexiko entsendet ein Kriegsschiff, so daß sich der Außenmin. veranlaßt sieht, beim Völkerbund hiergegen zu protestieren.

1. Sept. (Mexiko) Eröffnung des Kongresses.

In der verlesenen Botschaft des Präsid. Calles wird vor allem der Meinungsaustausch mit den Ver. Staaten über die Land- und Ölgesetze und die von den Ver. Staaten gewünschten Abänderungen erörtert. Diese Gesetze stellten indessen lediglich Bestätigungen anderer mexikanischer Gesetze und der mexikanischen Verfassung dar. Dann heißt es weiter: Die Beziehungen Mexikos zum Auslande sind normal. Die Schritte zur Wiederherstellung des finanziellen Kredits Mexikos im Auslande durch pünktliche Erfüllung seiner Verpflichtungen sind von Erfolg begleitet. Von un-

bedeutenden Vorfällen abgesehen, herrscht Ruhe im Lande. Dem Kirchenstreit wird im Ausland eine viel größere Bedeutung beigelegt als in Mexiko selbst. Der Kongreß wird sich hauptsächlich mit der Kirchenfrage und der sozialen Gesetzgebung zu beschäftigen haben.

5. Okt. (Mexiko) Der Senat lehnt den Eintritt in den Völkerbund mit Zweidrittelmehrheit ab.

12. Nov. (Nicaragua) Wahl des Präsidenten.

Zur Unterdrückung der Revolution und um eine eventuelle Invasion Mexikos zu verhindern, wendet sich der neue Präsid. alsbald an die Ver. Staaten mit der offiziellen Bitte um Intervention.

Der Kongreß wählt an Stelle des zurückgetretenen Gen. Chamorro: Adolfo Diaz zum Präsidenten.

20. Nov. (Chile) Neubildung des Kabinetts.

Minister des Äußern ist Alejandro Lira.

Anf. Dez. Stand der Tacna-Arica-Frage.

Chile erklärt sich bereit, den von Staatssekretär Kellogg gemachten Vorschlag, den Streit durch Abtretung von Tacna-Arica an Bolivien zu regeln, anzunehmen. Bolivien will Chile alle für die Verbesserung dieses Gebiets gemachten Aufwendungen ersetzen. Peru verhält sich zunächst abwartend. (Vgl. 1927!)

4. Dez. (Nicaragua) Ausrufung eines neuen Präsidenten.

Die „liberalen" Revolutionäre rufen Dr. Juan Sacasa, den ehem. Vizepräsid. zum „konstitutionellen Präsidenten der Republik" aus. Sacasa erklärt in seiner Antrittsrede, er werde militärische Operationen gegen die kons. Regg. unter Gen. Diaz einleiten.

7. Dez. (Guatemala) An Stelle des † Präsid. Orellana wird Gen. Lazaro Chacon mit überwältigender Mehrheit zum Präsid. gewählt.

23 Dez. (Nicaragua) Landung amerikanischer Truppen.

In Puerto Cabezas, dem Sitze der aufständischen lib. Regg., landen die amerik. Kreuzer „Denver" und „Cleveland" zum Schutz des Lebens und Eigentums der dortigen Amerikaner Marinetruppen. Nachdem am 26. die Streitkräfte der von den Amerikanern begünstigten kons. Regg. durch die Liberalen geschlagen worden sind, zieht die Regg. Diaz ihre Truppen aus dem Kampf zurück und erklärt die ganze Ostküste als neutrale Zone. — Am 29. Dez. überreicht der Vertreter der Lib. Regg. Dr. Baca, dem Staatsdepartement in Washington eine Note, in der gegen das Eingreifen amerik. Truppen zugunsten der kons. Regg. protestiert wird.

XXXIII
Australien

15. März. (Senat) Die Vorlage betr. Errichtung einer eigenen australischen Flotte wird einstimmig angenommen.

9. Juli. Bruce über den Völkerbund.

Im Parlament erstattet Ministerpräsid. Bruce Bericht über den Stand der Völkerbundsangelegenheit: Der Völkerbund habe eine vorbereitende Kommission eingesetzt, die sich mit dem Programm für zukünftige

Tagungen beschäftigte. Diese Kommission habe es für angebracht gehalten, einige Fragen zu erörtern, die für Australien von großer Bedeutung seien, nämlich die Fragen der Auswanderung und der Bevölkerungsdichte in Beziehung zu anbaufähigen Gebieten und natürlichen Hilfsquellen. Er warne den Völkerbund, sich in Handels- und Auswanderungsfragen einzumischen. Der Völkerbund solle nicht den Versuch machen, eine internationale Kontrolle über Auswanderung, Zolltarife und Rohstofferzeugung einzurichten. Er solle sich hüten, übers Ziel zu schießen und sich zuviel vorzunehmen. Australien würde die Erteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland unterstützen in dem Glauben, daß Deutschlands aktive Beteiligung im Völkerbund ein großer Faktor in der Befriedung Europas darstellen würde. Die australische Regg. sei der Ansicht, daß der Völkerbund der größte Versuch der Weltgeschichte sei, internationale Probleme zu lösen und den Frieden zu sichern.

3. Aug. Bruce zum Programm der Reichskonferenz.

Ministerpräsid. Bruce legt dem Parlament das Programm der im Okt. in London zusammengetretenen Reichskonferenz vor und erklärt, daß Australien sich keiner Bewegung anschließen könnte, die die internationale Unabhängigkeit der Dominien anstrebe. Das würde die Auflösung des brit. Empire bedeuten. Es sei nötig, daran zu erinnern, daß die brit. Völker eine einzige große Nation bildeten. Es würde eine unermeßliche Katastrophe bedeuten, wenn irgend etwas diese Einheit stören würde. Die Auflösung des brit. Empire würde für alle seine Teile und die ganze Welt katastrophal sein. Australien könne sich nicht den Bestrebungen der Leute anschließen, die die Anerkennung der Dominien als getrennte internationale Einheiten forderten. Australien fordere eine engere Verbindung der sich selbst verwaltenden Teile des Empire und eine volle Anerkennung seines unabhängigen Status, soweit dies vereinbar sei mit der Anerkennung der gemeinsamen brit. Nationalität. Zum Vertrag von Locarno erklärt er, daß Australien wahrscheinlich außerhalb dieses Vertrages bleiben würde, daß es aber den Konsequenzen eines Brandes in Europa nicht ausweichen könne. Das brit. Reich werde beherrscht durch einen ungeschriebenen Vertrag gegenseitiger Garantie, worin seine Stärke liege. Australien glaube, daß die Seewege des Empire ohne Singapore nicht geschützt werden könnten; es werde daher fordern, daß der Ausbau von Singapore fortgesetzt werde.

4 Aug. Bruce über die Petroleumpolitik.

Ministerpräsid. Bruce erklärt im Parlament, daß die Petroleumsgesellschaften (vor allem die British-Indian-Oil-Company) versuchten, sich Australiens zu bemächtigen und auf die Regg. einen erpresserischen Druck ausgeübt hätten. Die Regg. sei bereit, den Kampf aufzunehmen und habe in aller Ruhe Vorbereitungen getroffen, um Petroleumvorräte anzusammeln und auf diese Weise Australien von den Petroleumgesellschaften unabhängig zu machen.

XXXVI
Afrika

26. Jan.—12. Febr. (Brit.-Ostafrika) Konferenz der Gouverneure.

In Nairobi tagt eine Konferenz der Gouverneure der brit. Besitzungen in Ostafrika. Die Verhandlungen leitet der Gouverneur von

Kenya, Sir Grigg. Den Hauptgegenstand derselben bildet der im Mai 1925 veröffentlichte Bericht der engl. Parlamentskomm., die im Jahre 1924 das gesamte ostafrikanische Gebiet bereist hat. In dem Bericht wird vor allem die Forderung aufgestellt zum Ausbau der Verkehrswege eine Anleihe von 10 Mill. aufzunehmen. Die allgemeine Diskussion der kolonialpolitischen Gesamtlage ergibt, daß die alte Streitfrage Europäer- oder Eingeborenenwirtschaft nunmehr in dem Sinn als entschieden gilt, daß beide Wirtschaftsformen, gegenseitig sich ergänzend, nebeneinander bestehen müßten. In der Zoll- und Steuerpolitik besteht anscheinend die Absicht aus Kenya, Uganda und Tanganyika (Mandatsgebiet Deutsch-Ostafrika) ein einheitliches Zollgebiet zu schaffen.

6. April. (Marokko) Neuer Angriff Abd el Krims.

Während die Gerüchte über bevorstehende Friedensverhandlungen immer bestimmter auftreten, gehen die Rifleute in der Gegend von Taza zu einem neuen Angriff vor. Abd el Krim proklamiert in einem Rundschreiben den „Heiligen Krieg“ und fordert zur Ermordung aller Christen auf.

11./16. April. (Tripolis) Besuch Mussolinis.

Die Fahrt des ital. Ministerpräsid. Mussolini nach Tripolis wird von der europäischen Presse als bedeutsames politisches Ereignis gewertet. Bei seiner Landung trägt Mussolini die Uniform des Ehrenkorporals der faschistischen Miliz. Der Gouverneur, Gen. De Bono, empfängt ihn in Tropenuniform, unter der er das Schwarzhemd trägt. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister von Tripolis nimmt Mussolini eine Parade über die Truppen ab. Dann begibt er sich zu Pferd auf den Hauptplatz der Stadt und hält an die arabische Bevölkerung folgende Ansprache, die sofort ins Arabische übersetzt wird: Unser erlauchter, erhabener und mächtiger Souverän, König Viktor Emanuel, den der Allmächtige schütze und segne, und den das ganze Volk aufrichtig liebt, geruhte, mich in dies endgültig italienische Land zu schicken. Ich weiß, daß ihr den Gesetzen meines erlauchten Herrn und Königs gehorsam seid. So sei es heute, morgen und alle Zeit. Wenn ihr dem erlauchten Souverän Italiens Gehorsam leistet, werdet ihr den Schutz seiner gerechten Gesetze genießen. S. M. der König und die ital. Regg., an deren Spitze zu stehen ich die Ehre habe, wünschen, daß dieses Land, in dem die unsterblichen Spuren Roms so zahlreich sind, in Zukunft reich, blühend und glücklich sei. Der Gott des Friedens und des Sieges schütze euch!

Vom Balkon des Regierungsgebäudes, in das sich Mussolini sodann begibt, hält er noch folgende Rede: Italienische Faschisten von Tripolis! Eure begeisterte Begrüßung erinnert mich an die herrlichen, leidenschaftlichen Versammlungen in unserem Mutterlande. Ich sage euch aufrichtigen Dank. Ihr vertretet hier Italien, das der Faschismus sterbend fand, und das er täglich blühender und mächtiger macht. Meine Reise darf nicht als eine einfache Verwaltungshandlung ausgelegt werden. Ich fasse sie auf als das, was sie auch wirklich ist, als eine Bestätigung der Kraft des ital. Volkes und als eine Bekundung der Macht des Volkes, das seine Herkunft von Rom ableitet, und das den siegreichen und unsterblichen Fascio Roms an den Küsten des afrikanischen Meeres trägt. Es ist das Schicksal, das uns zu diesem Lande treibt. Niemand kann das Schicksal aufhalten, und besonders kann niemand unseren unerschütterlichen Willen brechen. Es lebe der König, es lebe Italien, es lebe der Faschismus!

Nach einem Besuch an den Gräbern der im Kriege Gefallenen begibt sich Mussolini nach dem Rathaus, wo der kgl. Regierungskommissar ihn begrüßt und ihm ein Album mit Photographien aus Tripolitanien als Andenken überreicht. Der Bürgermeister Hassuna Pascha hält eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. ausführt, Mussolini habe Tripolis das Leben gegeben. Ganz Tripolitanien überreiche ihm als Geschenk eine Schreibtischgarnitur aus massivem Gold und einen reich verzierten arabischen Säbel. Dies Geschenk solle ein Symbol sein, denn wenig Menschen verstünden wie Mussolini die Feder und den Degen zu handhaben.

Mussolini besucht dann den Sitz des Fascio. Auf die Ansprache des faschistischen Vertreters antwortet er folgendermaßen: Ich will, daß die Schwarzhemden in die Kolonie kommen, um hier Dienst zu tun, denn ich will sie der kleinlichen Lokalpolitik entziehen um sie mit der harten Wirklichkeit in Fühlung zu bringen. Als vor einigen Monaten der Gouverneur De Bono, dem ich heute meine brüderliche Freundschaft in vollem Umfang erneut bestätigen möchte, mich einlud, Tripolis zu besuchen, sagte ich zu, denn ich wollte mit einer kraftvollen Aufrüttelung die Aufmerksamkeit der Italiener auf das Land jenseits des Meeres lenken. Ich wäre auch abgereist, selbst wenn meine Verwundung schwerer gewesen wäre. Denn das ist die Art des Faschisten, der es nicht liebt, aufzuschieben, was er sich vorgenommen hat. Dieser erste Tag erfüllt mich mit Begeisterung, denn ich finde die Italiener würdig des Italiens, das der Faschismus schon in den Schützengräben und bei dem Marsch auf Rom, der eine neue Geschichtsperiode eröffnen sollte, gewollt hat. Es ist nicht ohne tiefere Bedeutung, daß ich dies an den Ufern des Meeres sage, das Roms Meer war und wieder Roms Meer wird. Ich fühle vor allem um mich herum das italienische Volk in seiner Gesamtheit, ein geschlossenes Volk von Soldaten, Kolonisten und Pionieren. Kameraden, richten wir unsere Gedanken auf dieses aufsteigende Italien, auf dieses starke Italien, das unter der Last seiner glorreichen Vergangenheit sich von dieser Vergangenheit nicht hemmen, sondern anspornen läßt, um immer rascher dem unausbleiblichen Triumph von morgen entgegen zu marschieren.

Am 16., am letzten Tage seines Aufenthalts, besucht Mussolini die Besitzungen ital. Großgrundbesitzer und eröffnet einen Landwirtschaftskongreß im Theater. In seiner Rede rühmt er die ital. Kolonisten. „Heute früh“, sagt er, „habe ich die Güter italienischer Patrizier besucht. Diese Patrizier sind würdiger als jene, die im modernen Hotel tanzen.“ Zum Schluß sagt er: „Wir brauchen Land, weil wir kinderreich sind und kinderreich bleiben wollen.“

Zur gleichen Zeit landet der Transportdampfer „Alessandretta“ im Gebiet von Mogal (nördl. Zone des italien. Somalilandes) eine Abteilung Truppen, um die unmittelbare italienische Herrschaft herzustellen.

12. April. (Südafrikanische Union) Besuch eines britischen Luftgeschwaders.

In Kapstadt landet das erste britische Luftgeschwader, das zu Besuch nach Südafrika kommt.

18.—27. April. (Marokko) Einleitung der Friedensverhandlungen mit Abd el Krim.

Im Lager von Berteaux — nicht in Udschda selbst — findet die erste Begegnung der span. und franz. Delegierten mit den Vertretern der

Rifleute statt. Leiter der franz. Delegation ist Gen. Simon, Führer der span. Lopez und die Rifleute sind vertreten durch Kaid Haddul, Azerkane und Scheddi. Die Aussprache ergibt eine derartige Verschiedenheit der Auffassungen, daß die Rifleute nach der Entgegennahme der franz.-span. Friedensbedingungen den Wunsch äußern, mit Abd el Krim in Verbindung treten zu wollen. Die Hauptschwierigkeit besteht in der Frage der Entfernung Abd el Krims, sowie in dem strategischen Vormarsch der franz.-span. Truppen um 7 Kilometer. Die Rifleute zeigen sich bezüglich dieser beiden Vorbedingungen unnachgiebig. Die span.-franz. Delegation jedoch legt gerade der Forderung entscheidende Bedeutung bei, daß Abd el Krim sich mit einer span.-franz. Truppenbewegung einverstanden erkläre, die jede Zweideutigkeit in seinen Absichten ausschließe. Zu diesem Zwecke sollen die franz. Truppen bis zur äußersten Grenze der franz. Zone vorgehen, um eine Vereinigung der span. Truppen in der Zone von Melilla mit den franz. Truppen nördlich von Taza durchzuführen. Die Spanier sollen außerdem eine Verschiebung ihrer Linie bei Tetuan vornehmen und zwar in der Weise, daß sie Scheschauen beherrschen würden. Erst wenn die Rifleute diese Truppenbewegung angenommen hätten, würde man mit ihnen über die Bedingungen einer Autonomie des Rifgebietes verhandeln. Einer der drei marokkanischen Delegierten, Kaid Haddul, begibt sich nach der Konferenz am 19. zu Abd el Krim, um neue Instruktionen einzuholen, während die beiden anderen in Udschda verbleiben.

Die Stellungnahme der Rifleute ergibt sich aus dem Kommuniqué, das Azerkane am 20. der Presse übermittelt: Ohne grundsätzlich abzulehnen, fordern sie die Abänderung jener Bedingungen, die mit den Interessen ihrer Stämme, ihrer Ehre und jener des Emir (Abd el Krim) unvereinbar seien. Die Unterordnung des Rif unter den Sultan von Marokko müßte nach Ansicht Azerkanes durch die Formel: Anerkennung der weltlichen und geistigen Autorität des Sultans ersetzt werden. Was die Entfernung Abd el Krims anlangt, erscheine es ihm fraglich, ob seine sofortige Entfernung im Interesse des Rifs und der verhandelnden Regg.en liege. Er halte es für vorteilhaft, diese Bedingung erst später zu besprechen.

Am 21., nach der Rückkehr von Kaid Haddul, findet eine zweite Aussprache in Taurirt statt, jedoch wiederum ergebnislos. Die Nachrichten über den weiteren Verlauf der Verhandlungen lauten ungünstig.

Am 27. April treten, nachdem die Vorverhandlungen endlich abgeschlossen sind, alle Delegierten zur ersten offiziellen Konferenz in Udschda zusammen. Der erste franz. Delegierte spricht ausführlich über die vier Bedingungen, die von Frankreich und Spanien als Basis der Verhandlungen aufgestellt sind. Über diese vier Vorbedingungen: Unterwerfung unter den Sultan, Abreise Abd el Krims aus dem Rif, Entwaffnung der Stämme und Austausch der Gefangenen, hat die Vorkonferenz in Taurirt zu einer Einigung nicht geführt. Die Rifdelegierten legen kurz noch einmal ihren Standpunkt dar. Vgl. S. 423.

23. April. (Südafrikanische Union) Hertzog über das Verhältnis zu Großbritannien.

In einem Vortrage legt Premiermin. Gen. Hertzog seine Stellung zu der Frage der Trennung Südafrikas vom brit. Reich dar. Er führt aus, Südafrika sei ein freier, unabhängiger Staat und es stehe ihm frei, sich vom brit. Reich zu trennen, wenn es dies wünschte, eine Trennung

würde aber sehr unklug sein. Er erkenne Großbritannien nicht als einen übergeordneten Staat mit übergeordneter Autorität an, sondern die souveräne Gewalt liege in den Händen des Volkes von Südafrika. Die Besorgnisse des Gen. Smuts, daß das südafrikanische Reich auseinanderbrechen werde, wenn es keine ihm übergeordnete Autorität gebe, seien unbegründet. Leute, die für Unabhängigkeit und Freiheit eingetreten seien, würden sich niemals einer solchen übergeordneten Autorität unterordnen lassen.

1. Mai. (Marokko) Ultimatum an die Rifleute.

Die Friedenskonferenz in Udschda wird unterbrochen. Die Rifdelegierten erklären, die franz.-span. Bedingungen ohne Rücksprache mit Abd el Krim nicht annehmen zu können, und begeben sich daher zu Abd el Krim. Die franz. und span. Delegierten ihrerseits erklären in einem Kommuniqué, daß sie die Rifdelegierten aufgefordert haben, die Vorbedingungen für den 8. Mai anzunehmen. Wenn dieses Ultimatum nicht erfüllt würde, behielten sich beide Länder ihre Handlungsfreiheit vor.

Azerkane erklärt vor seiner Abreise in einem Presseinterview folgendes: Man verlangte, daß wir die Gefangenen ausliefern, um damit unseren guten Willen für eine Versöhnung zu beweisen. Wir waren bereit, für diesen Zweck 50 Gefangene freizugeben. Bezüglich des strategischen Vormarsches der franz.-span. Truppen (s. o.) konnten wir jedoch nicht nachgeben. Niemand im Rif kann derartige Bedingungen annehmen. Wir haben alles getan, daß die Friedensverhandlungen nicht aufgegeben werden müssen, aber es gibt für alles Grenzen. Leider sind Frankreich und Spanien zu kriegerisch.

6. Mai. (Marokko) Abbruch der Friedensverhandlungen und Wiederbeginn der Feindseligkeiten.

In der entscheidenden Sitzung weigern sich die Rifdelegierten, in der Frage der Gefangenenauslieferung die von den europäischen Mächten verlangten Verpflichtungen zu übernehmen. Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen. Der Führer der franz. Delegation, Gen. Simon, erklärt dazu u. a.: Er halte das „marokkanische Obst" zum Pflücken bereit. Die Delegierten der Rifleute hätten mit den Verhandlungen keinen anderen Zweck verfolgt, als die Lage zu sondieren, um zu erfahren, ob Frankreich und Spanien ernstlich auf ihren Forderungen bestünden, und ob das franz.-span. Abk. auch dauerhaft sei. Die Lage nötige nunmehr zu weiteren militärischen Operationen.

Um Mitternacht läuft der den Marokkanern bewilligte Waffenstillstand ab.

24. Mai. (Ägypten) Wahlen.

Die Wahlen bringen einen überwältigenden Sieg Zaghlul Paschas und seiner Anhänger. Von den 194 Sitzen erhält die Unabhängigkeitspartei (Zaghlul) 154, erhalten die Konstitut. Lib. 25, die Nat. 6 die Unabh. 5 und die Union. 4 Sitze.

Ende Mai. (Marokko) Ende des Feldzugs gegen Abd el Krim.

Nach einer Reihe von Erfolgen der franz. und span. Truppen gelingt diesen die Einkreisung der Stämme Abd el Krims, der am 24. Mai in einem Handschreiben an den Generalgouverneur Steeg die Einstellung der Feindseligkeiten und den Wiederbeginn der Friedensverhandlungen verlangt. Der Ministerrat in Paris beschließt jedoch in seiner Sitzung am

25., auf den von Abd el Krim gemachten Vorschlag nicht einzugehen: Der Brief enthalte keine Garantie und sei nicht genügend präzisiert. Der Gang der militärischen Operationen könne nicht geändert werden.

Am 26. erfolgt die Kapitulation Abd el Krims, der sich bedingungslos in die Gnade der Franzosen begibt. Über die Zuweisung eines Aufenthaltsortes entstehen Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Madrid. Ein weiteres Problem, das die Ereignisse in Marokko aufwerfen, sei — so schreibt das „Journal" — die genaue Grenzziehung zwischen der franz. und span. Einflußzone. Es müßte nun eine Grenze aufgestellt werden, die auf die militärischen Bedingungen und auf die Grenzgebiete der Stämme Rücksicht nehme (vgl. S. 281).

2. Juni. (Ägypten) Regierungskrise.

Der Ausgang der Wahlen (S. 423) ruft große innere Schwierigkeiten hervor. Dem Oberkommissar Lord Lloyd gelingt es nicht, mit Zaghlul Pascha, der aus den Wahlen als Sieger hervorgegangen ist, eine Einigung zu erzielen. In einer Unterredung fordert Lloyd von Zaghlul für den Fall, daß er Ministerpräsid. würde, die Annahme folgender vier Bedingungen: 1. Ernennung eines brit. Ratgebers für das Ministerium des Innern; 2. Zustimmung des Oberkommissars bei der Wahl des Ministers des Innern; 3. Ernennung von drei brit. Ratgebern für das Berufungsgericht; 4. Zustimmung dazu, daß die Fragen des Sudan und der Oase von Dscharabub als erledigt gelten. Zaghlul verzichtet unter diesen Umständen auf die Präsidentschaft.

Der zunehmende Ernst der Lage veranlaßt die brit. Regg., den Kreuzer „Resolution" in die ägyptischen Gewässer zu entsenden.

6/7. Juni (Ägypten) Neubildung des Kabinetts.

Nach dem Rücktritt des Ministerpräsid. Siwar Pascha wird im Einvernehmen mit Zaghlul, dem Führer der Mehrheit, der liberale Führer Adly Pascha mit der Bildung des Kabinetts beauftragt, das sich aus noch drei Liberalen und aus Anhängern Zaghluls zusammensetzt. Adly übernimmt den Vorsitz und das Innere, der ehem. Premiermin. Sarwat Pascha das Äußere und Mohamed Khachaba Bei das Kriegsministerium. Der greise Zaghlul selbst gehört der neuen Regg. nicht an, er soll jedoch zum Präsid. des Parlaments gewählt werden.

16. Juni. (Ägypten) Eröffnung des Parlaments.

König Fuad eröffnet im Beisein des brit. Oberkommissars Lord Lloyd das Parlament. In der Thronrede, die er durch den Ministerpräsid. Adly Pascha verlesen läßt, drückt er zunächst den Wunsch aus, die Konflikte der Vergangenheit sollten vergessen werden. Die Regg. habe die Absicht, das parlamentarische Regime zu stärken. An Einzelmaßregeln wird die Einbringung eines Beamtengesetzes angekündigt, das die Beamten gegen die Folgen eines Wechsels in der parlamentarischen Regg. schützen soll. Besondere Erwähnung finden Erziehungs- und Gesundheitswesen. Die Regg. kündigt ferner an, das Zoll- und Steuersystem zu verbessern. Wichtig sei die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den ausländischen Mächten, deren Angehörige sich in Ägypten der Ruhe und Sicherheit erfreuen müßten. Die Regg. werde es sich besonders angelegen sein lassen, zwischen den Völkern Englands und Ägyptens und den beiderseitigen Regg.en gegenseitiges Vertrauen und herzliche Beziehungen herzustellen und die Atmosphäre guten Verstehens vorzubereiten, die Ägypten in den Genuß völliger Unabhängigkeit versetzen

werde. Die Regg. sei der Ansicht, daß die im Sudan getroffenen Maßregeln die legitimen Ansprüche Ägyptens nicht beseitigten. Die ägyptischen Ansprüche blieben vielmehr aufrechterhalten, die Regg. werde alles tun, um eine gütliche und befriedigende Lösung zu erzielen. (Starker Beifall.) Die Mitgliedschaft Ägyptens im Völkerbund und seine Teilnahme am internationalen Leben würden von der Regg. mit Genugtuung begrüßt.

19. Juni. (Abessinien) Beschwerde an den Völkerbund wegen der engl.-ital. Vereinbarungen über Abessinien.

Großbritannien und Italien haben in einer gemeinsamen Note v. 9. Juni die abessinische Regg. von ihren im Dez. 1925 getroffenen Abmachungen (vgl. GK. 1925) über Abessinien in Kenntnis gesetzt. Der Prinzregent-Thronfolger Ras Taffari hat am 15. Juni in seiner Antwort an Großbritannien und Italien entschieden gegen das Abk. und den gemeinsamen diplomatischen Druck protestiert und sein Mißfallen darüber ausgedrückt, daß Großbritannien ohne die mit Abessinien eingeleiteten Verhandlungen bezüglich des Tsanaprojekts vorher zu Ende zu führen mit einer dritten Regg. ein Abk. über den See getroffen habe.

Wie bereits in dieser Note angekündigt, übersendet nunmehr Taffari, der Regent des äthiopischen Kaiserreichs, dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond eine Beschwerdeschrift gegen den engl.-ital. Abessinienvertrag nebst den Unterlagen. In der Protestnote wird ausgeführt, daß die abessinische Regg. ein gleichlautendes Schreiben von der brit. und ital. Regg. erhalten habe, nach dem sich beide Mächte gegenseitig Hilfe zusicherten, damit England die Verbesserungsarbeiten am Tsanasee, Italien den Bau einer Eisenbahn quer durch Abessinien (von der Grenze Eritreas bis an die Somaligrenze) vornehmen könne. Sowohl dieses Übereinkommen, das ohne Wissen Abessiniens erfolgt sei, als auch die gemeinsame Demarche beider Staaten hätten Abessinien tief erregt. Denn man habe ihm beim Eintritt in den Völkerbund erklärt, daß dort alle Mächte gleich behandelt würden, und daß ihre Unabhängigkeit von allen geachtet werde, weil der Zweck des Völkerbundes die Erhaltung und Organisierung des Friedens nach dem Willen Gottes sei. Man habe ihm aber nicht gesagt, daß einige Mitglieder des Völkerbundes abgesondert sich verständigen könnten, um einem anderen Mitglied ihren Willen aufzuerlegen. Zwar habe man wegen obigen Fragen mit Abessinien bereits verhandelt, das jedoch aus gutem Grunde nicht geantwortet habe. Indem jene Mächte infolgedessen vereinbarten, sich gegenseitig zu unterstützen, wollten sie scheinbar einen Zwang auf Abessinien ausüben, ohne ihm Zeit zur Überlegung und Berücksichtigung der Bedürfnisse des abessinischen Volkes zu lassen. Der Völkerbund möge Abessinien sagen, ob es richtig sei, ihm gegenüber Zwangsmittel anzuwenden die die anderen Völkerbundsmächte zweifellos sich selbst nicht gefallen lassen würden. Abessinien protestiere daher entschlossen gegen einen Vertrag, der ihm nicht gefalle und seiner Ansicht nach mit den Grundsätzen des Völkerbundes nicht übereinstimme. Vgl. S. 467 f.

1. Juli. (Südafrikanische Union) Abkommen mit Portugal.

Das Abk. betrifft die Kunene-Flußregulierung zur Wasserkraftausnützung und Bewässerung des Mandatsgebietes von Südwestafrika.

6. Juli. (Ägypten) Opposition gegen den engl.-ital. Vertrag.

In der Kammer stellt ein Abg. die Frage, ob die äg. Regg. über das

engl.-ital. Abk. über Abessinien unterrichtet sei, ob es wahr sei, daß England in diesem Abk. als der Beschützer Ägyptens und des Sudans figuriere, und welche Maßnahmen die äg. Regg. angesichts dieses Abk. und angesichts der von Italien eingegangenen Anerkennung der Kontrolle des oberen Nils durch England zu treffen gedenke. Diese stelle eine Bedrohung der äg. Interessen dar. Außenmin. Sarwat antwortet: Die engl. und die ital. Regg. hätten die äg. Regg. von dem Abk. unterrichtet. Das Abk. enthalte nichts, was dahin gedeutet werden könnte, daß England sich als Schützer Ägyptens und des Sudans aufspiele. Die äg. Regg. werde alles daransetzen, um die ägyptischen Interessen wahrzunehmen.

9. Aug. (Abessinien) Beitritt zum Internationalen Gerichtshof.

4. Sept. (Abessinien) Die Regierung zieht ihren Protest gegen engl.-ital. Abessinien-Abkommen (S. 425) zurück.

25. Okt. (Südafrikanische Union) Smuts gegen Hertzog.

Gen. Smuts hält in Pietersburg eine Rede über die Stellung Südafrikas im Reich und weist die auf der Reichskonferenz gehaltenen Beschwerden des Gen. Hertzog zurück. Wenn Hertzog sich wirklich so ausgedrückt haben sollte, wie gemeldet worden sei, so müsse er ihm mit einem Wort der Warnung entgegentreten. Hertzog solle gesagt haben, die Verhältnisse in Südafrika seien derartig. daß Südafrika nicht den Willen habe, im brit. Reich zu verbleiben. Smuts erklärt dazu: „Ich bin nicht der Ansicht, daß Hertzog mit dieser Außerung die tatsächliche Stimmung in Südafrika gekennzeichnet hat. Ich glaube, daß die überwältigende Mehrheit des südafrikanischen Volkes gewillt ist, dem Reich treu zu bleiben. Wenn Herkog England und der Welt den Eindruck verschaffen will, daß wir nicht im Reich bleiben wollen, so gibt er ein falsches Bild. Die Wahrheit ist. daß wir mit dem brit. Reich und mit der Stellung, die wir im Reich einnehmen, zufrieden sind. Hertzog sollte diese Frage mit großer Vorsicht behandeln. Wir nehmen heute eine beneidenswerte Stellung im Empire und in der Welt ein. Das haben wir nicht durch große Reden oder Drohungen gewonnen, sondern durch die Erfüllung unserer Verpflichtungen. Südafrika hat im großen Kriege seine Pflicht getan. Botha und ich sind zur Reichskonferenz und zur Friedenskonferenz als Freunde unter Freunden gegangen. Wir haben nicht gedroht, sondern als Freunde gesprochen. Damit erreicht man bei den Engländern mehr als durch Opposition."

9. Nov. (Ägypten) In Kairo wird das ital.-ägypt. Protokoll über die Westgrenze Ägyptens unterzeichnet.

18. Nov. (Ägypten) Parlamentseröffnung.

Das Parlament wird mit einer Thronrede des Königs eröffnet, in der die Besserung des Verhältnisses zwischen England und Ägypten hervorgehoben wird. Anschließend findet die Wahl des Präsid. statt. Einstimmig wird Zaghlul Pascha zum Kammerpräsid. und zwei andere Wafdisten zu Vizepräsid. der Kammer gewählt.

25. Nov. (Südafrikanische Union) Antwort Hertzogs an Smuts.

Gen. Herkog erklärt in einem Interview an die „United Preß", das eine Antwort an Gen. Smuts (vgl. oben) darstellt, u. a. folgendes: „Was wir in London getan haben, bedeutet, daß wir die Unabhängig-

keit erreicht haben, für die unsere Partei immer eingetreten ist. Wir sind durchaus mit dem Erreichten zufrieden. Gen. Smuts hat immer darauf bestanden, den Art. 4 unserer Verfassung so zu interpretieren, als ob er eine Forderung auf Lostrennung vom Reiche sei. Das ist niemals das Ziel unserer Bestrebungen gewesen. Es liegt daher auch kein Grund vor, diesen Art. aus unserer Verfassung zu streichen." Der umstrittene Art., dessen Streichung Gen. Smuts fordert, enthält die sog. republikanische Klausel, die nach Ansicht Smuts mit der durch Hertzog in London unterschriebenen Anerkennung des engl. Königs nicht zu vereinbaren ist.

20. Dez. (Kapstadt) Eröffnung einer indisch-südafrikan. Asiatenkonferenz.

Die Chinesische Gesellschaft für Südafrika, deren Hauptquartier sich in Johannesburg befindet, erklärt in einem Telegramm an den Innenminister, daß sie die Beschlüsse der indisch-südafrikanischen Asiatenkonferenz nicht anerkennen werde. Die Chinesen in Südafrika beanspruchten dieselben Rechte, wie die Angehörigen anderer zivilisierter Nationen. Sie behielten sich vor, gegen die Beschlüsse der Konferenz beim Völkerbund Protest einzulegen.

XXXV
Asien

Anf. Jan. (China) Rücktritt Fengs.

„Reuter" meldet aus Peking: Der christliche Gen. Feng Yü-hsiang hat in einer Kundgebung erklärt, er werde sich aus dem politischen Leben zurückziehen und ins Ausland gehen. Die Militärpartei fordere er auf, den bish. Chef der Exekutive, den Präsid. Tuan Tschi-yui, zu unterstützen. — Durch das Ausscheiden Fengs wird die Lage in Nordchina weiter vereinfacht. Die Regg. in Peking, die bisher von Feng geschützt war, ist nunmehr auf Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu angewiesen, von denen erwartet wird, daß sie sich einigen.

8. Jan. (Hedschas) Sultan Ibn Saud wird zum König ausgerufen.

Am 9. März erfolgt seine offizielle Anerkennung durch die brit., die franz. und die Sowjetregierung.

4. Jan. (Syrien) Die Verhandlungen mit den Drusen.

Die Drusenführer verweigern die Waffenablieferung. Damit sind die Friedensverhandlungen, die mit ihnen der franz. Oberkommissar de Jouvenel geführt hat, gescheitert.

9. Jan. (China) Rücktritt des Präsidenten.

Die Presse veröffentlicht ein Rundschreiben des Präsid. Tuan Tschi-jui, der — gezwungen durch den Ministerpräsid. Hsü Shih-ying — seinen Rücktritt erklärt.

11. Jan. (China) Tschang Tso-lin sagt sich von der Pekinger Regierung los und erklärt die Mandschurei für selbständig.

Die Reste der Truppen Tschang Tso-lins in Schantung sammelt Gen. Li Tsching-lin.

12. Jan. (Peking) Eröffnung der Exterritorialkonferenz.

Der chin. Justizmin. begrüßt die Delegierten: China fordere Änderung der Statuten über die Rechte der Ausländer, da China die einzige große unabhängige Nation sei, in der die Ausländer noch anormale Exterritorialitätsrechte hätten. In den letzten Jahren seien große Fortschritte in der Kodifizierung des Rechts gemacht worden. Das amerik. Mitglied der Komm., Strawn, wird zum Vorsitzenden gewählt.

15. Jan. (Irak) Verlängerung des englischen Mandats.

In Bagdad unterzeichnen der engl. Oberkommissar Bourdillon und der Premiermin. des Irak Abdul Muhsin den Vertrag über die Verlängerung des engl. Mandats um 25 Jahre.

Die Kammer genehmigt am 19. mit 58 St. bei Stimmenthaltung der 20 Mitglieder der oppositionellen Nationalp. den neuen Vertrag mit England.

19. Jan. (China) Gen. Tschang Tso-lin besetzt Schanhaikuan.

20. Jan. (China) Konflikt Tschang Tso-lins mit Rußland. Vgl. S. 341 f.

20. Jan. (Brit. Indien) Eröffnung des Parlaments.

Unter allseitigem Interesse wird in Delhi die neue Session des Parlaments eröffnet. Nach einleitenden Betrachtungen über die freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten und die Aussicht auf eine Belebung des Handels kündigt Lord Reading die Ernennung einer kgl. Komm. zur Prüfung des Berichts über die Verhältnisse in der Landwirtschaft an. Weiter beschäftigt er sich mit der Lage der Inder in Südafrika und wendet sich in scharfen Ausdrücken gegen die Politik der Südafrikanischen Union, die die Inder disqualifiziere. Am Schlusse seiner Rede appelliert er an die Loyalität der indischen Politiker und fordert sie auf, sich die Vorteile der Selbstverwaltung durch Mitarbeit zunutze zu machen.

Bereits bei der Beratung des Ges. betr. die Versicherungsgesellschaften macht die Opposition der Swarajisten und der Unabhängigen den ersten Verstoß. Der Regierungsvertreter schlägt vor, das alte Ges. im großen und ganzen aufrechtzuerhalten, aber die Bestimmungen über Depositen und Öffentlichkeit der Transaktionen zu verschärfen. Der Vertreter der Swarajisten bringt einen Abänderungsantrag ein, der die Kompetenz des Oberhauses bestreitet. Die Haltung des Staatsrates dem Unterhause gegenüber sei nach den bisherigen Erfahrungen wenig ermutigend. Das Ges. wird, ebenso wie das neue Strafgesetzbuch, gegen die Opposition angenommen.

23. Jan. (Japan) Programmrede des Außenministers.

Außenmin. Shidehara hält im Parlament eine programmatische Rede über die Außenpolitik Japans, in der er einleitend einen Rückblick auf die Unruhen in China gibt und dann weiter u. a. ausführt: Ich wende mich nun der zurzeit tagenden chinesischen Zollkonferenz zu. Wer die Entwicklung in China aufmerksam verfolgt, wird unbedingt feststellen müssen, daß sich die Anzeichen dafür mehren, daß das chinesische Volk politisch erwacht. Das alte China verschwindet und macht einem neuen China Platz. Auf alle Fälle würde es ein schwerer Fehler sein, die veränderten Verhältnisse in China zu ignorieren. Mögen die militärischen Machthaber

durch Glück oder Krieg auferstehen oder fallen, das einmal erwachte Nationalbewußtsein kann nie wieder unterdrückt werden, und jeder Druck würde es nur noch vertiefen. In voller Erkenntnis dieser Lage haben wir unsere politische Linie hinsichtlich der Zollkonferenz festgelegt. Unsere Beziehungen zur Sowjetunion sind erfreulicherweise auch weiterhin in ständiger Entwicklung begriffen. Wir begrüßen den erfolgreichen Abschluß der Verträge bezüglich der Öl- und Kohlenkonzessionen und der Konzessionen in Nord-Sachalin; diese Verhandlungen sind ein Beweis dafür, daß die Gefühle guter Nachbarschaft beide Völker in gleicher Weise beseelen. Wir suchen keine ausschließliche Freundschaft mit einer Nation, wir wollen ehrliche Freundschaft mit allen Völkern. Wir glauben, daß dies die klügste Politik für Japan ist. Vor kurzer Zeit waren Gerüchte im Umlauf, die der Sowjetunion gewisse Angriffsabsichten in der nördlichen Mandschurei vorwarfen. Nach meinen Informationen sind solche Meldungen nicht glaubhaft. Seit der offiziellen Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion vor einem Jahre haben wir mit der Sowjetregg. in ständiger enger Verbindung gestanden und von Zeit zu Zeit alle die Beziehungen dieser beiden Länder berührenden Fragen in offenem Meinungsaustausch besprochen. Unsere Beziehungen zu den europäischen Mächten sind hervorragend befriedigend. Mit keiner dieser Mächte bestehen irgendwelche Schwierigkeiten, die hinsichtlich der weiteren Entwicklung Befürchtungen zuließen. Japan ist an den Locarnoverträgen nicht beteiligt, die lediglich europäische Fragen zu ordnen bestimmt sind; die Atmosphäre des Vertrauens aber, das diese Verträge in die politische und wirtschaftliche Lage Europas gebracht haben, muß unfehlbar dazu beitragen, den Weg für ein Vorwärtsschreiten des Völkerbundes zu bereiten und einen guten Einfluß auf den allgemeinen Frieden und den Fortschritt der Welt auszuüben. Zum ersten Male in der Geschichte hat Japan im vergangenen Jahre einen Botschafter nach der Türkei entsandt. Wir sind entschlossen, hinsichtlich der europäischen Fragen im Orient unabhängig und desinteressiert zu bleiben. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Japan und den Ver. Staaten habe ich in den beiden letzten Sessionen des Parlaments die Ansichten der Regg. über die sog. „Japanische Ausschlußklausel" im amerik. Einwanderungsgesetz vom Jahre 1924 dargelegt. Ich habe keine Veranlassung, diese Darlegungen hier zu ändern oder zu ergänzen, auch kann eine ausgedehnte Erörterung dieser Frage zurzeit einen praktischen Zweck nicht haben. Ich möchte lediglich erklären, daß wir auch weiterhin diese Sonderbestimmungen, die uns mit den Regeln der internationalen Höflichkeit und Gerechtigkeit nicht vereinbar erscheinen, mit tiefem Bedauern betrachten. Mit Mexiko und den südamerik. Staaten bestehen sehr gute Beziehungen. Ich muß dem einige Worte noch hinzufügen. Es ist nicht unsere Politik, Auswanderer nach irgendeinem Lande zu entsenden, in dem diese nicht willkommen sind. Es ist unser ständiges Bemühen, Kapital und Arbeit den noch nicht entwickelten Gegenden der Welt zukommen zu lassen, und zwar zur Wohlfahrt und zum Glück nicht nur der Auswanderer selbst und ihres Vaterlandes, sondern auch zur Wohlfahrt derjenigen Länder, in denen sich die Auswanderer niederlassen wollen.

24. Jan. (Syrien) Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung.

29. Jan. (Japan) Als Nachfolger des † Ministerpräsidenten Kato übernimmt der Innenminister Wakatsuki den Vorsitz im Kabinett.

8. Febr. (China) Die Kantonregierung besetzt die Insel Hainan.

Mitte Febr. (China) Neue Kämpfe.

Gen. Tschang Tso-lin und Gen. Wu Pei-fu einigen sich über ein künftiges Zusammenwirken gegen Kanton und gegen Feng, der zur gleichen Zeit wieder ins Hauptquartier zurückkehrt. Alsbald beginnen neue Kämpfe gegen die Kuomintang. Die Schantungtruppen unter Führung des Gen. Li Tsching-lin nähern sich wieder Tientsin.

24. Febr. (Japan) Das Parlament nimmt das Steuerreformgesetz an.

27. Febr. (China) Die fremden Mächte protestieren gegen die Tätigkeit der Streikkommission in Kanton.

Die Streikenden beschlagnahmten die Zölle und fremde Schiffsladungen. Die Regg. verfügt nunmehr die Freigabe und ermöglicht dem Zollamt die Wiederaufnahme des Dienstes.

4. März. (China) Gen. Wu Pei-fu schlägt die Volksarmee in Honan.,

5 März. (China) Neubildung der Regierung; Kriegslage.

Tschia-te-yao, der als Verbindungsmann zwischen Gen. Feng Yü-hsiang und dem Präsid. Tuan Tschi-jui gilt und der Kuomintang nahesteht, bildet ein neues Kabinett, in dem der kürzlich zum Botschafter in London ernannte Dr. W. W. Yen das Außenressort übernehmen soll. Marinemin. wird Tu Hsi-kwei, der wie Yen der Tschilipartei nahesteht. Im übrigen sind dem neuen Kabinett die hauptsächlichen politischen Richtungen, die An-Fu-Partei, die Tschili-Partei, die Kuomintang und die Volksarmee vertreten. Es handelt sich um ein Kompromiß zwischen dem gegenwärtigen Chef der Exekutive, Tuan Tschi-jui, und dem Gen. Feng Yü-hsiang.

Die gleichzeitige Lage auf den Kriegsschauplätzen ist folgende: Tschang Tso-lin rückt von Norden her und Gen. Li Tsching-lin, ein Gefolgsmann des Marschalls Wu Pei-fu, von Süden her gegen Tientsin vor. Gen. Wu Pei-fu selbst bereitet nach seinen Erfolgen gegen die Volksarmee in der Provinz Honan den Vormarsch auf Peking vor. Gen. Feng Yü-hsiang sieht sich daher gezwungen, zunächst eine weitere militärische Entscheidung zu vermeiden.

Am 9. März setzen sich durch ihren konzentrischen Angriff die verbündeten Armeen der Gen. Tschang Tso-lin und Wu Pei-fus (Li Tsching-lin) in den Besitz der Taku-Forts von Tientsin, das damit von der Verbindung mit dem Meer abgeschnitten wird.

16. März. (China) Ultimatum der Mächte.

Die fremden Mächte, die Seestreitkräfte in Tientsin, auf dem Fluß Peiho unterhalten, überreichen der chin. Regg. und dem Kommandanten der Taku-Forts das folgende 48stündige Ultimatum: „Um die Rechte des internat. Handels und besonders das Recht des freien Zuganges zur See von der Hauptstadt gemäß dem Boxerprotokoll zu wahren, fordern die Mächte: 1. daß alle Feindseligkeiten im Kanal von Taku-Barre bis Tientsin eingestellt werden; 2. daß alle Minen und andere Schiffahrtshindernisse beseitigt werden; 3. daß alle Seezeichen wieder in Ordnung gebracht und in Zukunft nicht mehr gestört werden; 4. daß alle kämp-

senden chinesischen Fahrzeuge außerhalb Taku-Barre bleiben und die ausländische Schiffahrt nicht stören; 5. daß alle Untersuchungen ausländischer Dampfer mit Ausnahme der Untersuchung durch die Seezollbehörde aufhören. Wenn bis Donnerstag mittag (18. März) keine befriedigende Antwort erfolgt, werden die Befehlshaber diejenigen Schritte unternehmen, die sie für nötig halten."

17./18. März. (China) Die Regierung und der Oberkommandierende nehmen das Ultimatum der Mächte an.

Die Mächte erachten die Antwort des chin. Auswärtigen Amts für befriedigend.

22./23. März. (China) Niederlage der Volksarmee.

Die Volksarmee (der Kuomintang) räumt unter dem Druck Li Tsching-lins ohne Kampf die Stadt Tientsin, das dieser mit den mandschurischen Truppen besetzt (s. o.). Damit hat Tschang Tso-lin einen weiteren bedeutenden Erfolg erzielt und das Schicksal der Volksarmee des Gen. Feng Yü-hsiang scheint besiegelt zu sein. Gen. Li Tsching-lin beginnt alsbald den Vormarsch auf Peking.

Ende März. (China) Entwicklung der Lage im Süden.

Gen. Tschiang Kai-schek unterdrückt eine radikale Revolte in Kanton und verständigt sich mit seinem bisherigen Rivalen, Gen. Li Tschaosung Der „Staatsstreich" des Generals soll im rechten Augenblick erfolgt sein, um eine extrem-bolschewistische Revolte zu verhindern. Er soll eine Anzahl russischer Leiter der Kadettenschule zu Kanton und eine Anzahl Streikführer gefangen gesetzt und beschlossen haben, alle Russen und Kommunisten aus Kanton zu vertreiben. In der chin. komm. P. Kantons selbst sollen ernste Differenzen entstanden sein. Im Zusammenhang mit dieser Wendung steigen die Aussichten auf eine Beilegung des Boykotts. Offiziell wird am 25. mitgeteilt, daß die Kantonregg. sich bereit erklärt hat, drei Beamte zu ernennen, die mit einer entsprechenden Delegation Hongkongs über die Beilegung des Boykotts verhandeln sollen. Die Honkongregg. hat diesen Vorschlag angenommen.

Ende März. (China) Der Kampf um Peking.

Vor den anrückenden Streitkräften der verbündeten Gen. Tschang Tsolin und Wu Pei-fu weichen die Nationalarmeen langsam zurück; während die erste unter Umgehung von Peking sich nach der Mongolei zurückzieht, faßt die dritte südlich von Peking Fuß, um sich in den Vorstädten Fengtai und Nanyuan zur Verteidigung zu stellen.

2./6. April. (Brit.-Indien) Unruhen in Kalkutta; Amtsantritt des neuen Vizekönigs; Gründung einer neuen indischen Nationalpartei.

Zwischen Hindus und Mohammedanern kommt es zu sehr scharfen Kämpfen. Die Unruhen nehmen ihren Anfang in dem am dichtesten bevölkerten Stadtteile Kalkuttas, dem Burra-Bazar. Eine Prozession von 1000 Arya-Samajisten, die einen ihrer höchsten Festtage feiern, zieht mit Musik an der dort gelegenen Moschee vorbei. Trotz der bestehenden Bestimmungen, die Musik in der Nähe mohammedanischer Moscheen verbieten, und trotz der Aufforderung der Polizei, mit der Musik aufzuhören, spielt die Hindukapelle weiter, worauf es zu Angriffen auf die Prozession durch die von allen Seiten herbeiströmenden Mohammedaner

kommt. Die Polizei und das herbeigezogene Militär können nicht hindern, daß am folgenden Morgen die Unruhen noch weiter um sich greifen. — Die Regg. verhängt den Belagerungszustand. Erst durch Einsetzung militärischer Verstärkungen und von Panzerwagen gelingt nach mehreren Tagen die Wiederherstellung der Ruhe.

Am 6. April trifft in Delhi der neue Vizekönig von Indien, Lord Irwin of Kirby Underdale ein, der am 3. in Bombay vor dem Präsid. des Obersten Gerichtshofes den Eid geleistet hat.

Am 6. beschließt eine Versammlung von Vertretern aller indischen Parteien, mit Ausnahme der Extremisten, die Gründung einer indischen Nationalpartei, deren Ziel es ist, Indien innerhalb des brit. Reiches mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln eine den brit. Dominions ähnliche Stellung zu verschaffen.

10. April. (China) Peking in der Hand Wu Pei-fus.

Die Führer der Nationalarmee haben anfangs April Marschall Wu Pei-fu gebeten, nach Peking zu kommen, um die politische Lage wiederherzustellen. Zugleich haben sie den früh. Präsid. Tsao Kun auf freien Fuß gesetzt. Der Oberbefehlshaber der Nationalarmee, Lu Tschung-lin, tritt infolge der Unzufriedenheit über die Haltung des Gen. Feng zu Wu Pei-fu über. Der Präsid. Tuan Tschi-jui tritt gezwungen zurück. Die Befreiung Tsaos, des früh. Führers der Tschilipartei, der 1924 nach der Niederlage Wu Pei-fus gefangen gesetzt worden ist, und der Rücktritt Tuans bedeuten einen vollen Sieg Wu Pei-fus.

Am 11. nimmt auch Gen. Tschang Tso-lin den Vormarsch gegen Peking wieder auf und drängt das Volksheer bis Fengtai zurück. Am 13. werden jedoch die Truppen des Gen. Li Tsching-lin, des Gefolgsmanns Tschang Tso-lins, vom Volksheer über Fengtai hinaus zurückgetrieben. Wu Pei-fu, der mit dem Volksheer sich vollständig verständigt hat, marschiert in Peking ein.

13. April. (China) Abbruch der Verhandlungen zwischen Hongkong und Kanton.

Die Verhandlungen (vgl. S. 431) werden vertagt. Aus nicht offizieller Quelle verlautet, daß die Weigerung, an die entlassenen Arbeiter eine Entschädigung zu zahlen, das Haupthindernis sei, das einer Regelung der Gegensätze entgegenstehe.

12. April. (Japan) Vorschläge zur Abrüstung.

Der jap. Gesandte in Holland, Matsuda, ist zum Vertreter Japans für die vorbereitende Abrüstungskonferenz bestimmt worden. Japan wünscht, daß folgende vier Punkte auf der Konferenz beachtet werden: 1. Die Abrüstungskonferenz müsse Rücksicht nehmen auf die regionalen Umstände. Dazu gehören das Chaos in China und der Umstand, daß Amerika und Rußland nicht Mitglieder des Völkerbundes sind. Aus diesem Grunde sei die Lage Japans anders als die der europäischen Nationen. 2. Gleichzeitig mit der Abrüstung müßten Sicherheitspakte abgeschlossen werden. 3. Japan müsse das Recht haben, Vorbehalte zu machen bei Abkommen, die nicht seine besondere Lage berücksichtigten oder die mit der gegenwärtigen Lage im fernen Osten nicht vereinbar seien. 4. Die Konferenz müsse grundsätzlich, aber nicht unbedingt, Armee, Marine und Luftwaffe gleichzeitig behandeln.

18. April. (Syrien) Der französische Gen. Andrea überreicht den Drusen eine ultimative Friedensforderung.

22. April. (Japan) Mit behördlicher Genehmigung wird eine Arbeiterpartei gegründet.

Ende April. (China) Die Lage in Peking.

Obschon die Truppen Tschang Tso-lins sich bereit erklärt haben, Peking zu räumen, marschieren immer noch neue Abteilungen auf Peking zu. Der Grund dafür liegt in dem Mißtrauen Tschangs zu Gen. Wu Pei-fu, dessen Truppen Peking besetzt halten. Wu Pei-fu ernennt den Gen. Wang Huai-tsching zum Garnisonskommandeur von Peking. Da keine Regg. vorhanden ist, wird er die einzige Stelle sein, die in Peking Amtsgewalt ausüben kann. Eine Anzahl von Plünderern ist hingerichtet worden. Die Einziehung alles entwerteten Papiergeldes, das von den Soldaten den Geschäftsinhabern aufgezwungen wurde, wurde angeordnet. Diese Maßregeln haben zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen. Die Truppen des Volksheers haben sich nach dem Nankau-Paß zurückgezogen. Die Absicht der alliierten Generale geht darauf aus, dem Volksheer entweder Übergabe oder Rückzug nach der Mongolei aufzuzwingen.

15. Mai. (China) Bildung eines Regentschaftskabinetts.

Dr. Yen ist Ministerpräsid., Außenmin. ist der bish. chin. Gesandte in Washington Alfred See. Marschall Wu Pei-fu billigt das neue Kabinett, während Tschang Tso-lin sich stillschweigend verhält.

Gen. Feng reist inzwischen in Begleitung von Mitgliedern des Zentralkomitees der Kuomintang-Partei nach Moskau.

21. Mai. (China) Konferenz der Kuomintang.

Die Kuomintang beschließt auf ihrer Konferenz in Kanton, Maßnahmen zur Unterdrückung der Kommunisten zu treffen, deren Parteiorganisation ohnehin schon Zeichen des Verfalls aufweise. Die Einwohner von Kanton haben gegen die Extremisten Stellung genommen und verlangen eine Einigung mit Hongkong. Die Anzeichen deuten also auf eine baldige Beilegung des Boykotts.

Ende Mai. (China) Erfolge der Volksarmee.

Truppen des Volksheeres unternehmen vom Nankaupaß aus (s. oben) einen erfolgreichen Vorstoß gegen die Front der alliierten Generäle, die daher bis auf 11 Meilen nördlich von Peking zurückgenommen werden muß.

Gleichzeitig rüstet die Kantonregg. in der Provinz Kwantung zu einer militärischen Expedition nach dem Norden.

30. Mai. (China) Die Zollkonferenz in Peking vertagt sich.

7. Juni. (Mekka) König Ibn Saud eröffnet den Kongreß zur Regelung der Verwaltung von Hedschas.

14. Juni. (Persien) Neubildung des Kabinetts.

An Stelle des zurückgetretenen Ministerpräsid. Mirza Farrughi bildet Mostofiel Mamelek ein neues Kabinett.

14. Juni. (Irak) Das Parlament ratifiziert das Mossulabkommen (S. 373).

14. Juni. (China) Die Mongolei schließt eine Militärkonvention mit der Sowjetunion.

22. Juni. (China) Ministerpräsident Yen tritt zurück, sein Nachfolger wird der bisherige Marineminister Tu Hsi-kwei.

30. Juni. (Mekka) Eröffnung des mohammedanischen Kongresses.

Ende Juni. (China) Zwischenfall in Kanton.

Nach einer Meldung aus Hongkong kommt es auf dem Flusse bei Kanton zu einem ernsten Zwischenfall zwischen Engländern und Chinesen. Zwei engl. Motorboote, die mit Maschinengewehren bewaffnet sind, begleiten einen Transport von chinesischen Booten, die eine Ladung von Gütern auf einen engl. Dampfer bringen sollen. Die Boote der chin. Streikposten von Kanton versuchen, den Transport zu stören, worauf die engl. Boote das Feuer eröffnen.

Ende Juli. (China) Die Kriegslage.

Nachdem am 19. Juli der gemeinsame Angriff Tschang Tso-lins und Wu Peifus auf das Volksheer begonnen hat, tritt am 28. eine bedeutsame Wendung ein, indem Gen. Tschang Tsolin sich von Wu Pei-fu trennt und sich mit dem Volksheer verbündet, weil er die Einnahme des vom Volksheer besetzten Nankaupasses für aussichtslos hält. Damit ist die kurze Freundschaft der beiden rivalisierenden Generäle Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu wieder zu Ende.

1. Aug. (Syrien) Die Franzosen sind in Damaskus und Umgebung in ernste Kämpfe verwickelt.

3. Aug. Schluß des Panasiatischen Kongresses in Nagasaki.

Infolge eines Zusammenstoßes zwischen den jap. und chin. Delegierten wird die Konferenz abgebrochen. Die Chinesen beantragen die Annahme einer Entschließung gegen die einseitigen Verträge, die Japan mit China gemacht habe. Die Konferenz erklärt sich zwar mit dem Antrag einverstanden, doch verlassen die drei hervorragendsten jap. Delegierten die Versammlung.

Anf. Aug. (China) Die Kriegslage im Süden.

Die bis in die Provinz Honan vorgestoßenen Truppen der Kantonregierung geraten in eine schwierige Situation, da Gen. Sun Tschuanfang, der Gouverneur der fünf mittleren Yangtse-Provinzen, nach längerem Schwanken das Bündnis mit Kanton ausschlägt und sich auf die Seite der Alliierten stellt.

Ende Aug. (China) Kriegslage.

Nachdem das Volksheer den lange umkämpften Nankaupaß freiwillig und ohne Kampf am 14. Aug. geräumt hatte, besetzten am 16. Tschang Tso-lins Truppen den Paß. Die alliierten Armeen nahmen sofort die weitere Verfolgung des Volksheers auf, um ihnen den Rückzug abzuschneiden. Am 21. meldete der Sohn Tschang Tso-lins, Tschang Hsueh-liang die Besetzung Kalgans durch mandschurische Truppen. Das Volksheer zog sich darauf weiter nach Westen zurück in die Provinz Schansi, zum Teil bis nach der Provinz Kansu, so daß die Alliierten die Verfolgung einstellten.

30. Aug. (China) Die Pekinger Regierung fordert von Rußland die Abberufung Karachans.

Am 1. Sept. stellt die Regg. dem Botschafter die Pässe zu.

Ende Aug. (China) Konflikt mit Rußland.

Tschang Tso-lin beschlagnahmt russisches Schiffsmaterial im Gebiet der ostchinesischen Eisenbahn. Vgl. S. 349.

2. Sept. (Persien) Rücktritt des Kabinetts Mastofiel Mamelek.

Das zurückgetretene Kabinett ist nur etwa vier Monate am Ruder gewesen.

2. Sept. (Yemen) Vertrag mit Italien.

Der ital. Gouverneur von Erytrea, J. Gasparini, und der König des Yemen, Imam Jahia, unterzeichnen in Sanaa einen Freundschafts- und Wirtschafts-Vertrag. Italien garantiert „die volle und unbedingte Unabhängigkeit des „Yemen", und beide Regg.en sichern sich gegenseitig die Erleichterung des wirtschaftlichen Austausches zu. In der Praxis läuft der Vertrag auf eine wirtschaftlich-industrielle Durchdringung des Yemen seitens Italiens hinaus.

Anf. Sept. (China) Offensive der Kantontruppen.

Die Truppen der Kantonregg. beginnen den Angriff auf Wutschang und nehmen die Hauptstellung am Yangtse. Am 7. Sept. wird Hankau und Hanyang von ihnen besetzt.

Die auf dem Yangtse liegenden ausländischen Kriegsschiffe, darunter der engl. Kreuzer „Despatch" landen zum Schutz der ausländischen Niederlassungen in Hankau ein Freiwilligenkorps.

5. Sept. (China) Chinesisch-englischer Zwischenfall.

Bei Wanhsien, am oberen Yangtse, kommt es zu einem verlustreichen Gefecht zwischen chinesischen Truppen (von der Armee Wu Pei-fu) und engl. Kanonenbooten. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" weist darauf hin, daß angesichts dieser Zwischenfälle die von Amerika und Japan gegenüber China vorgeschlagene entgegenkommende Politik für England nicht in Frage komme.

7. Sept. (China) Protestnote an England.

Die Kantonregg. fordert die Zurückziehung der brit. Kanonenboote. Der brit. Generalkonsul bittet in einer Antwortnote um eine Erklärung, weshalb Engländer als Kriegsfeinde betrachtet werden.

Mitte Sept. (China) Die Kriegslage.

Gen. Feng Yü-hsiang, der aus Moskau zurückgekehrt ist, übernimmt wieder den Oberbefehl über die Volksarmee im Norden. Gen. Wu Pei-fu organisiert eine Offensive gegen Hankau, zumal die 5000 Mann starke Besatzung von Wutschang (auf dem Südufer des Yangtse gegenüber Hankau) den Angriffen der Kantonesen immer noch standhält. Das Gros der Südtruppen — unter dem Oberbefehl von Yang-sen — steht gleichzeitig im Kampf gegen Sun Tschuan-fang, den Generalgouverneur von Nanking.

21. Sept. (China) Protestnote Englands wegen der Zwischenfälle am Yangtse.

In der Note wird die Aufmerksamkeit des chines. Außenmin. auf die Tatsache gelenkt, daß Gen. Yang-sen anerkannter Zivilgouverneur der

Provinz Szetschuan sei und daher über die korrekte Methode der Beilegung internationaler Streitfälle hätte unterrichtet sein müssen. Sein Vorgehen, brit. Schiffe zu beschlagnahmen und bewaffnete Soldaten an Bord zu nehmen, die auf britische Kanonenboote das Feuer eröffneten, sei nichts anderes als Seeräuberei. Gen. Yang-sen verhandelt alsbald mit dem engl. Flottenchef über die Beilegung des Konflikts.

23. Sept. (China) Die Kantonregierung beschließt auf Anweisung des Gen. Tschang-Kai-schek, den Boykott am 1. Okt. einzustellen.

28. Sept. (China) Abkommen über die Aufhebung des gemischten Gerichtshofes in Schanghai.

Nach dem zwischen den Konsularbehörden und den chines. Provinzialbehörden geschlossenen Abk. hat die Kiangsu-Provinzialregg. in Schanghai einen provisorischen Gerichtshof einzusetzen, der an die Stelle des gemischten Schiedsgerichtshofes treten wird. In Zukunft werden also chines. Prozesse von einem nur aus Chinesen zusammengesetzten Gerichtshofe abgeurteilt werden. Das Vergehen eines Ausländers gegen einen Chinesen wird von einem chines. Gerichtshof, dem ein ausländischer Assessor beigegeben ist, der indessen nur die Eigenschaft eines Beobachters hat und keine juristischen Rechte besitzt, abgeurteilt werden.

Ende Sept. (China) Die Kriegslage im Süden.

Die Kantontruppen erobern die Hauptstadt der Provinz Kiangsi, Nantschang, die jedoch kurz darauf von der Armee Sun Tschuan-fangs zurückerobert wird. Marschall Sun Tschuan-fang hat sein Hauptquartier in Kiukiang und leitet von dort aus persönlich die Operationen. Im Südwesten steht der Gouverneur von Yünnan gegen die Kantontruppen im Felde. Er soll Nan-ning, die Hauptstadt von Kwangsi, eingenommen haben. Die Verzweigungen der Operationen sind sehr kompliziert, fast jede einzelne Provinz ist in den Krieg verwickelt.

1. Okt. (China) Die Kantonregierung teilt den europäischen Konsuln offiziell die Erhebung der Zusatzzölle mit.

Das diplomatische Korps hat die Angelegenheit in geheimer Sitzung erörtert. Dabei wird darauf hingewiesen, daß das Vorgehen der Kantonregg. in ganz China Folgen haben dürfte. Die neuen Einnahmen unterstützen die Kantonregg. in ihrem Kampf gegen die übrigen Generale und Gouverneure, die sich gezwungen sehen dürften, in ihren Distrikten dieselben Zusatzzölle zu erheben.

2. Okt. (China) Neubildung des Kabinetts.

An Stelle des Ministerpräsid. Tu Hsi-kuei, der das Flottenministerium übernimmt, erhält Außenmin. W. Koo den Vorsitz im Kabinett. Tschang Tso-lin lehnt eine Unterstützung des neuen Ministerpräsid. ab.

8. Okt. (China) Einnahme Wutschangs durch die Kantontruppen.

Nach einmonatiger Belagerung besetzen die Truppen der Kantonregg. die Stadt Wutschang. Die von ihnen im Rücken des Marschall Sun Tschuan-fang eroberte Stadt Tehan mußten sie jedoch dem vorstoßenden Gen. Sun wieder überlassen. Und der Kommandeur der Kantontruppen, Gen. Tschiang Kai-schek, der auf Nantschang, die Hauptstadt der Provinz Kiangsi, vorgerückt war, mußte seine Truppen zurückziehen.

Einen Erfolg der Kantonregierung aber bedeutet der Übertritt des Gen. Yang-sen, dem bish. Anhänger des Gen. Wu Pei-Fu, der zum Kommandeur der 20. Nationalarmee ernannt wird. Die Kantonregg. ernennt gleichzeitig einen politischen Verbindungsoffizier, der sofort nach Wanhsien fahren und die Grundsätze der Kuomintang unter den Truppen des Gen. Yang-sen zur Anwendung bringen soll.

10. Okt. (China) Ende des Streiks in Kanton.

Das Streikkomitee verfügt die Zurückziehung der Streikposten. Der passive Boykott wird aufrechterhalten.

Mitte Okt. (China) Kriegslage.

Hsia-tschao, der Zivilgouverneur von Tschekiang, tritt auf Seiten der Kantonregg. und entsendet Truppen gegen Schanghai. Der Abfall Schekiangs schwächt die Position des Gen. Sun Tschuan-fang sehr und ändert die Gesamtlage zugunsten Kantons. — Am 22. wird jedoch ein neuer Erfolg Sun Tschuan-fangs gemeldet, dessen Truppen Kasching eroberten, wo die Kuomintang ebenfalls Unruhen — wie in Schanghai — hervorrufen wollte. Durch den Sieg bei Katsching über die Truppen des Generals Hsia-tschao scheint der Zusammenbruch der Empörung der Provinz Schekiang besiegelt zu sein.

21. Okt. (China) Note an Japan.

Der chines. Gesandte in Tokio übergibt dem japan. Außenmin. Shidehara eine Note, in der sich China zu Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag auf der Grundlage der Gleichberechtigung bereit erklärt.

21. Okt. (China) Note der Fremdmächte.

Die Mächte, die 1922 das Washingtoner China-Protokoll unterschrieben, richten eine gemeinsame Note an die Kantonregg. wegen der Erhebung von Zuschlägen zu den durch internationale Verträge festgesetzten Zöllen. Von dem deutschen Gesandten und dem russ. Botschafter ist die Note nicht unterschrieben. Inhaltlich enthält sie einen Protest gegen den Vorstoß der Kantonregg. gegen die bestehenden Verträge.

22. Okt. (China) Die Kantonregierung erklärt Wutschang zur Hauptstadt Südchinas.

30. Okt. (Tokio) Eröffnung des wissenschaftlichen panpazifischen Kongresses.

1. Nov. (Irak) Eröffnung des Parlaments.

In seiner Thronrede teilt König Faisal u. a. mit, daß dem Parlament noch in dieser Session der GE. zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorgelegt werden würde. Bei der Wahl des Kammerpräsid. wird der Regierungskandidat Hikmat Bey geschlagen und Raschid Ali Bei, der vor sechs Monaten wegen eines Konfliktes mit dem Finanzmin. die Präsidentschaft niedergelegt hat, mit einer Mehrheit von 10 St. wieder zum Präsid. gewählt. Der Ministerpräsid. überreicht dem König sofort den Rücktritt des Kabinetts. Gen. Jafar el Askari bildet ein neues Kabinett.

5. Nov. (China) Vormarsch der Kantontruppen.

Die Truppen der Kantonregg. besetzen Kiukiang und setzen in den folgenden Tagen ihren Vormarsch gegen Nanking fort.

12./13. Nov. (Java) Kommunistischer Aufstand.

An verschiedenen Stellen im westlichen Java bricht eine kommunistische Revolte aus. In mehreren Orten werden die Gemeindevorsteher und die Polizeibefehlshaber von den Aufständischen überfallen und teils getötet, teils verletzt. In Batavia wird ein Angriff der Komm. auf das Gefängnis abgeschlagen.

Am 13. Nov. gibt in der Sitzung des niederländisch-indischen Volksrates der Regierungsvertreter Schrieker eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Regg. ebenso wie der Volksrat stehen unter dem Eindruck der kommunistischen Anschläge, die sich in der vergangenen Nacht in Batavia und in anderen Orten des Landes ereignet haben. Die Regg., die zwar im Augenblick noch über keine eingehenden Informationen verfügt, legt aber Wert darauf, zu erklären, daß zu ernstlichen Besorgnissen kein Anlaß besteht. Dank den sowohl von den europäischen wie von den eingeborenen Behörden ergriffenen Maßnahmen beherrscht die Regg. die Lage vollständig. Die Regg. wird auch vor keiner Maßregel zurückschrecken, die sich zur vollständigen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung als notwendig herausstellen sollte.

21. Nov. (China) Kriegslage.

Gen. Feng-yu-hsiang schlägt die Reste der Truppen des Gen. Wu-pei-fu bei Sianfu.

22. Nov. (Tientsin) Konferenz der Generale der Nordarmee.

An den Beratungen nimmt auch Sun Tschuan-fang teil, der von Nanking herübergekommen ist. Wu Pei-fu hat Vertreter entsandt. Die Führer der Mukdenarmee schlagen vor, ihre Streitkräfte zur Bekämpfung der Kantontruppen heranzuführen, aber Sun und Wu Pei-fu erheben Einwände gegen den Einmarsch dieser Truppen in ihre Gebiete. Der Gouverneur von Schantung Tschang Sun-tschang erklärt sich bereit, mit 150000 Mann gegen die Kantonesen vorzurücken. Es ist geplant, auf Pukau zu marschieren, aber nicht über den Yangtse in Nanking einzurücken, sondern zu Schiff stromabwärts zu fahren, Hankau zurückzuerobern und die Zentralprovinzen zu besetzen.

23. Nov. (Syrien) Abschluß eines Waffenstillstands zwischen Franzosen und Drusen.

24. Nov. Konferenz der Generale der Nordarmee.

Die Generäle beschließen auf einer Konferenz in Tientsin, zum Präsid. der Republik Li Huan-hung und zum Vizepräsid. Tschang Tso-lin zu ernennen.

25. Nov. (Indochina) Antifranzösische Unruhen.

28. Nov. (China) Schutzmaßnahmen der fremden Mächte in Hankau.

Die fremden Mächte landen wegen der bedrohlichen Lage in Hankau Truppen, wo man für den 4. Dez. mit dem Beginn des Streiks und des Boykotts rechnet.

29. Nov. (China) Rücktritt der Regierung in Peking.

W. Koo demissioniert, ohne daß eine neue Regg. zunächst gebildet wird. Das zurückgetretene Kabinett hat an die fünf Führer der Nord-

armee ein Zirkulartelegramm gesandt, in der es als Grund für seinen Rücktritt den Mangel an Geldmitteln angibt.

8. Dez. (China) Die Kantonregierung verlangt von den Mächten die Anerkennung als Regierung von ganz China unter völliger Ausschaltung Pekings.

Finanziell bedeutet die Forderung Kantons, daß die Seezollverwaltung die Zollüberschüsse aus allen chinesischen Vertragshäfen an die Kantonregierung abliefert, also jede Zahlung an Peking einstellt.

8. Dez. (Syrien) Wiederbeginn der Feindseligkeiten.

11. Dez. (China) Die Truppen der Kantonregierung besetzen Tsche-kiang.

Am 16. besetzen sie Hang-tschau.

28. Dez. (Japan) Als Nachfolger des am 25. Dez. † Kaisers Yoshihito besteigt dessen Sohn Hirohito als „Showa" den Thron.

18. Dez. (China) Das Britische Memorandum.

Der brit. Vertreter in Peking, O'Malley, überreicht den Vertretern der anderen Vertragsmächte, die das sogen. Neunmächteabk. in Washington vom 6. Febr. 1922 unterzeichnet haben, ein Memorandum über die Lage in China. In einem Anhang zum Schriftstück wird ein Memorandum abgedruckt, das England schon am 28. Mai 1926 der amerik. Botschaft in London überreicht hat, und aus dem hervorgeht, daß England schon zu diesem Termin die bedingungslose Gewährung der Washingtoner Zusatzzölle forderte und jede Ausdehnung der internat. Kontrolle in China ablehnte, die China nicht freiwillig zugestehen würde. England schlägt nun vor, daß die Mächte sofort die Washingtoner Zusatzzölle bewilligen, und zwar ohne jede Bedingung; es soll also weder die Abschaffung des Likin gefordert werden noch sollen die neuen Einkünfte unter ausländische Kontrolle kommen oder zur Fundierung der chinesischen Schulden dienen. England habe sich, heißt es, nur mit großem Widerstreben und aus Solidaritätsgefühl mit den anderen Mächten dem Protest gegen Kanton wegen Erhebung der Zusatzzölle angeschlossen. Die Einkünfte sollen „den kompetenten chinesischen Behörden" zur Verfügung stehen, also nicht an eine europäische Bank eingezahlt werden. Die Komm. für die Exterritorialität hat in ihrem Schlußbericht die Durchführung ihrer Vorschläge davon abhängig gemacht, daß China eine Regg. besitze, die mit Autorität für ganz China verhandeln könne. England ist der Ansicht, daß gewisse Vorschläge der Komm. ohne große Verzögerung auch unter den gegenwärtigen Umständen schon in die Tat umgesetzt werden könnten. Im übrigen macht England den Vorschlag, daß die Mächte eine gemeinsame Programmerklärung folgenden Inhalts abgeben: Die Mächte sind bereit über die Vertragsrevision und alle anderen ausstehenden Fragen zu verhandeln, sobald die Chinesen eine verhandlungsfähige Regg. haben; bis dies der Fall ist, soll eine konstruktive Politik verfolgt werden im Geiste der Washingtoner Konferenz, die sich jedoch den neuen Verhältnissen anpassen muß. Diese Politik soll den berechtigten Wünschen des chin. Volkes so weit als möglich entgegenkommen; China erhält Zollautonomie, sobald es seine Verhältnisse geordnet und eine neue nationale Währung eingeführt hat; keine aus-

ländische Kontrolle soll gegen den Willen Chinas eingerichtet werden; während der Zwischenperiode, die vielleicht sehr lang sein kann, sollen die Mächte das traditionelle störrische Festhalten an dem Buchstaben des Vertrages aufgeben. So kann ein Teil der Reformen praktisch schon durchgeführt werden, bevor die offizielle Vertragsrevision möglich sei. Das Memorandum ist also eine vorläufige Teillösung, die den lokalen Regg.en die nötigen Geldmittel bewilligt, ohne sich auf die Anerkennung der einen oder anderen Partei festzulegen. (Den Wortlaut des Memorandums in deutscher Übersetzung bietet die Zeitschrift „Europäische Gespräche V (1927), S. 110 ff.)

Die Aufnahme des Memorandums seitens der Chinesen in Schanghai entspricht nicht den britischen Erwartungen. Die „China Times" veröffentlicht einen Artikel, in dem es heißt, England gehe darauf aus, den Weg für eine neue Form der Unterdrückung vorzubereiten. Das chin. Volk bestehe auf seinem vollen Recht und werde sich auf Konzessionen oder Bedingungen irgendwelcher Art nicht einlassen. — Aus Hankau verlautet, daß es bei den „Nationalisten" eine sehr ungünstige Aufnahme gefunden hat und daß sie wahrscheinlich jede Diskussion auf der Basis der Note ablehnen werden. Sie bestehen auf uneingeschränkter Zollautonomie und Annullierung der einseitigen Verträge.

Die Stellungnahme der Vertragsmächte ist verschieden: Der Eindruck in Italien, Belgien und Amerika wird als günstig bezeichnet. Dagegen ist Japan nicht einverstanden, und Paris scheint die Gelegenheit zu ergreifen, sich Japan gefällig zu zeigen.

29. Dez. (Brit.-Indien) Eröffnung des Nationalkongresses in Gauhati.

Der Präsid. des Kongresses, Ayangar, erklärt in seiner Eröffnungsrede, es sei nicht zu erwarten, daß der diesjährige Kongreß über die Beschlüsse des Kongresses von Cawnpore hinausgehen werde. Der Annahme von Ämtern könne unter den gegenwärtigen Umständen nicht zugestimmt werden. Die in den Parlamenten zu verfolgende Taktik müsse dahin gehen, aus den Budgets alle von der Bürokratie eingebrachten Anträge zu streichen. Ferner müßten in der gesetzgebenden Versammlung auch die sog. Eingeborenenstaaten vertreten sein und sich auf dem Wege zu „Swaradsch" mit den Abgeordneten aus dem übrigen Indien vereinigen. Für die Zukunft schlage er die Teilnahme Indiens an einem asiatischen demokratischen Bund vor, dem die Türkei, Persien, China und Sibirien angehören sollten.

Die Liquidation des Weltkrieges

I. Die Durchführung des Versailler Vertrags und des Londoner Protokolls (Dawesplan)

12. Jan. Brief Stresemanns in der Militärkontrollfrage.

Der deutsche Außenmin. Dr. Stresemann richtet an den Generalsekretär des Völkerbunds einen Brief in der Militärkontrollfrage, in dem es u. a. heißt: In Übereinstimmung mit Art. 213 des Versailler Vertrages sei die deutsche Regg. bereit, sich jeder Untersuchung zu unterwerfen, die der Völkerbundsrat mit Mehrheitsbeschluß für notwendig halten könne. Sie sei auch bereit, innerhalb der Grenzen des Friedensvertrages solchen Untersuchungen jede Erleichterung zu gewähren. Die Möglichkeit einer solchen Untersuchung gebe der deutschen Regg. einen gewissen Schutz gegen ungerechtfertigte Anklagen. Im einzelnen betont der Brief folgende drei Punkte: Erstens: Der Friedensvertrag rechtfertige keine permanente oder periodische Kontrolle. Zweitens: Auch in der entmilitarisierten Rheinlandzone könnten auf Grund des Art. 213 keine permanenten Kontrollorgane unterhalten werden. Drittens: Die deutsche Regg. sei bereit, den militärischen und Investigationskommissionen alle Erleichterungen zu gewähren, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig seien. Die vom Völkerbund vorgeschlagenen Vollmachten gingen jedoch weit über das hinaus, was die deutsche Reichsverfassung erlaube und was für diese Zwecke erforderlich sei. Die deutsche Regg. meine aber, daß es keine Schwierigkeiten machen würde, sich über diesen Punkt zu einigen.

18. Jan. Deutscher Protest gegen die Besatzungsstärke im Rheinland.

Die deutsche Regg. läßt durch ihre Botschafter in London, Paris und Brüssel Einspruch gegen die hohe Besatzungsziffer im Rheinland erheben; die deutschen Vorstellungen basieren dabei lediglich auf dem „Geist von Locarno" und den sog. „Rückwirkungen" unter Berufung auf Art. 429 des Versailler Vertrags. Die zuständigen englischen Stellen beschränken sich darauf, zu erklären, daß Deutschland keinerlei Rechtsanspruch auf die Herabsetzung der Truppen habe und daß auch bei allen bisherigen Besprechungen in Locarno und London keinerlei positive Verpflichtungen in dieser Richtung eingegangen worden seien. Bei der Unterredung des deutschen Botschafters Sthamer im Foreign Office ist also Positives nicht herausgekommen. Der brit. Unterstaatssekretär erklärt dabei, daß die in der engl. Presse gegebenen Zahlen mit der Entscheidung der Botschafterkonferenz übereinstimmen. Es sollen in der 2. und 3. Zone 60000 Franzosen, 8000 Engländer und 7000 Belgier bleiben. Andererseits empfinde man — so meldet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" — Sympathie mit der deutschen Ansicht, daß der Vertrag von Locarno eher zu einer unsichtbaren Besatzung als zur Verstärkung der Truppen in irgendeiner Gegend hätte führen sollen. Die brit. Diplomatie habe vergebliche Bemühungen gemacht, diese Entwicklung zu vermeiden, da man es für selbstverständlich gehalten habe,

daß ebensoviel Franzosen abzögen, als Engländer und Belgier aus der Kölner Zone in die anderen Zonen überwechselten. Schließlich habe auch der Dawesplan eine Herabsetzung der Truppenzahl gewünscht.

Den Hauptwiderstand leistet Frankreich: Denn — wie „Daily Telegraph“ meldet — nicht nur das Militär, sondern die ganze öffentliche Meinung in Frankreich sei der Ansicht, daß nach der Räumung Kölns der linke Flügel der Besatzungsarmee besonders gegen einen etwaigen Angriff der Reichswehr geschützt werden müsse. Besondere Bedenken in diesem Zusammenhang habe auch die Verteilung der deutschen Schutzpolizei auf die einzelnen Standorte nach strategischen Gesichtspunkten hervorgerufen. Ferner habe Frankreich die Absicht, die Übertragung der Militärkontrolle über Deutschland an die Völkerbundkommission nach Art. 213 zu verzögern, bis es Mitglied des Völkerbundes sei. Deutschland habe bereits angekündigt, gegen die Zusammensetzung dieser Kommission unter Gen. Desticker Einspruch zu erheben, da es von dieser Kommission ausgeschlossen sei. Andererseits widersetze sich Frankreich der Idee, daß die neue Kontrolle nicht ständig sein, sondern nur von Fall zu Fall aus besonderen Gründen erfolgen solle.

Am 26. meldet „Havas“, daß der Bericht der Interall. Militärkontrollkommission in Berlin die Feststellung mache, daß das Reich nicht vollständig seine im Nov. vergangenen Jahres übernommenen Verpflichtungen erfüllt habe. Die Komm. stelle fest, daß die Verpflichtungen, die in den Listen 1 und 2 enthalten sind und im allgemeinen die Ablieferung des Kriegsmaterials betreffen, auf gutem Wege seien, erfüllt zu werden; dagegen wäre die Durchführung der Verpflichtungen, die auf der Liste 3 verzeichnet sind, nicht genügend vorgeschritten. Was die Liste 4 betreffe, die von der Frage des deutschen Generalstabes, der Istbestände der Schutzpolizei und der militärischen Jugendvereinigungen handle, so erkläre die Komm., daß die Erfüllung dieser Verpflichtungen derart im Rückstande sei, daß überhaupt nicht von einer in Angriff genommenen Durchführung der Klausel gesprochen werden könne. Die Komm. beurteile die Sachlage ohne Pessimismus, aber sie sehe sich gezwungen, gewisse Bedenken zu äußern, und es sei anzunehmen, daß infolge der Verzögerung, die in der Durchführung der im Nov. übernommenen Verpflichtungen eingetreten sei, der Aufenthalt der Interall. Militärkontrollorgane in Berlin eine bedeutende Verlängerung erfahren werde, wogegen die All. deren Abreise aus Berlin gleichzeitig mit der Beendigung der Räumung Kölns vorgesehen gehabt hätten.

28. Jan. (Paris) Besprechung Briand-Chamberlain.

Der engl. Außenmin. Chamberlain hat mit dem franz. Ministerpräsid. Briand eine Besprechung, die folgende Gegenstände umfaßt: Gegenwärtiger Stand der deutschen Entwaffnung unter Berücksichtigung des letzten Berichts der Kontrollkommission; Effektivbestände der Besatzungstruppen; Eintritt Deutschlands in den Völkerbund; Mögliche Verschiebung des Zusammentritts der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz. In der Unterredung, die über zwei Stunden dauert, werden zwar keine bestimmten Beschlüsse gefaßt, jedoch eine allgemeine Verständigung in allen Einzelfragen erzielt. In dem Presseinterview, das die beiden Minister nach der Aussprache gewähren, erklärt Briand u. a.: Wir sind bereit, soweit wie möglich die Lasten zu erleichtern, die auf der Bevölkerung des besetzten Gebietes ruhen, aber in dem Maße, wie unsere Interessen es erlauben und ohne daß unsere

Sicherheit dadurch beeinträchtigt wird. Wir haben bereits, ohne eine vorherige Verpflichtung übernommen zu haben, einen großen Teil der deutschen Wünsche erfüllt. Möge nun das Reich seinerseits alle seine Versprechungen erfüllen, die es hinsichtlich der Entwaffnung gemacht hat, und die Dinge werden sich leicht in Ordnung bringen. Chamberlain: Man muß nicht nur auf das sehen, was noch zu tun bleibt, sondern auch auf das, was bereits seit Locarno geschehen ist. Wenn wir die Resultate, die erzielt worden sind, vorausgesagt hätten, würde uns niemand geglaubt haben. Haben wir also Vertrauen in die Zukunft! Der Geist von Locarno ist ein Geist der Gegenseitigkeit. Wir haben seit einigen Monaten ungeheure Fortschritte gemacht; wir werden fortfahren.

Bei dem Frühstück, das ihm zu Ehren die „Gesellschaft der Freunde Frankreichs" veranstaltet, antwortet Chamberlain auf den Trinkspruch des Finanzmin. Doumer mit folgender Rede: Ich habe im Laufe meines Ministerdaseins keine andere Sorge gehabt, als die Bande der Freundschaft zwischen unseren beiden großen und freien Völkern zu befestigen. Sie sind Franzosen und ich bin Engländer; die erste Pflicht für Sie und für mich muß die Liebe zu unseren Ländern sein. Aber nach meinem eigenen Lande gibt es keine Nation, für die ich heißere Sympathie und Zuneigung empfinde als für Frankreich. Gewiß, es hat in unserer Geschichte Zwistigkeiten gegeben, und ich sehe zuweilen auf Ihren öffentlichen Plätzen Denkmäler, die an unsere vergangenen Streitigkeiten erinnern; aber mit der Kraft einer Freundschaft, die jahrhundertelang geprüft worden ist, kann ich vielleicht sagen, daß das Werk der letzten Monate die franz.-engl. Bruderschaft für die Zukunft dauerhaft gemacht hat. Was mich in diesem gegenseitigen Vertrauen der beiden Völker besonders freut, ist, daß wir zu gleicher Zeit den europäischen Interessen wie unseren Sonderinteressen dienen. In diesem Augenblick liegt die dringendste Aufgabe in der Herstellung der europäischen Familie. Aber das ist ein Werk auf lange Sicht. Als ich an der Locarnopolitik arbeitete, habe ich nicht geglaubt, daß man die Welt in vierundzwanzig Stunden ändern kann. Nicht unter diesem kindischen Gedanken darf man die Verhandlungen von Locarno beurteilen: Wir haben für künftige Interessen gearbeitet. Wir arbeiten, aber wir werden nicht schon morgen das Ziel erreichen. Für unsere Kinder und Enkel haben wir die Grundlage des Gebäudes entworfen; für sie wollen wir den Frieden möglich machen, der vor einigen Jahren zusammenbrach. Wir wollen nicht, daß die europäische Gesellschaft durch eine Wiederholung des Krieges zusammenstürzt; die ganze enge Freundschaft zwischen Frankreich und England ist auf diese Zukunftspläne aufgebaut, die für das Leben Europas wohltätig sein werden. Schalten wir das Mißtrauen aus unseren Beziehungen aus und sagen wir uns, daß ohne die franz.-engl. Freundschaft und ohne das Vertrauen zwischen den beiden Ländern die Vereinbarungen von Locarno niemals erreicht worden wären. Eine Empfindung, die ich noch ausdrücken möchte, ist, daß wir bei den hervorragenden Vertretern Deutschlands in Locarno die Überzeugung gefunden haben, daß die franz.-engl. Freundschaft nicht gegen ihr Land gerichtet ist. So ist eine Politik des Wiederaufbaues möglich geworden unter Mithilfe der Feinde von gestern. Das ist ein weiterer Grund, zu hoffen, daß wir in Zukunft die Prüfungen vermeiden werden, die die Völker durchgemacht haben. Wenden wir uns entschlossen der Zukunft zu und halten wir um jeden Preis die franz.-engl. Freundschaft aufrecht.

28. Jan. Die Botschafterkonferenz notifiziert dem deutschen Botschafter v. Hoesch, daß die Besetzung der Kölner Zone am 31. Jan. Mitternacht ihr Ende erreicht.

25. März. Abkommen betr. die Liquidationsschäden.

Zwischen der deutschen Regg. und der Rep.-Komm. wird ein Abk. geschlossen, nach dem eine für die Liquidationsgeschädigten bedeutsame Streitfrage dem in dem Londoner Abk. zur Durchführung des Sachverständigenplanes vorgesehenen Auslegungsschiedsgericht unterbreitet werden soll. Das Auslegungsschiedsgericht soll darüber entscheiden, ob die nach dem Sachverständigenplan von Deutschland an den Generalagenten für die Reparationszahlungen zu leistenden Jahreszahlungen die Entschädigungen umfassen, die Deutschland an seine Reichsangehörigen wegen ihrer Liquidationsschäden auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. Sept. 1924 gezahlt und noch zu zahlen hat. Vgl. 1927.

21. Mai. Deutsch-französisches-belgisches Luftfahrtabkommen.

Das in Paris unterzeichnete Abk. besteht erstens aus einem Notenwechsel zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem Präsid. der Botschafterkonferenz über die Aufhebung der sog. Begriffsbestimmungen. In zweiter Linie handelt es sich um das Abk. über die Verkehrsluftfahrt mit Frankreich und Belgien. Praktisch wirken sich die neuen Vereinbarungen folgendermaßen aus: Sämtliche technischen Beschränkungen fallen fort, auch für sog. Jagdflugzeuge. Ferner ist der Luftschiffbau freigegeben worden. Sämtliche Luftschiffhallen, die eigentlich hätten zerstört werden sollen, sind kostenlos an Deutschland zurückgegeben worden. Für das besetzte Gebiet gilt die deutsche Luftfahrtgesetzgebung, lediglich beschränkt durch einige Bestimmungen des Rheinlandabk. Schließlich wird zum ersten Male anerkannt, daß die deutsche Reichswehr einen Luftschutz von der Erde aus organisieren darf. Die Bindungen, zu denen sich Deutschland verpflichtet, beziehen sich zunächst darauf, daß der reine Flugsport weder mit staatlichen noch kommunalen Geldern subventioniert werden darf. Eine weitere Frage bezieht sich darauf, ob den Reichswehrangehörigen das Fliegen erlaubt sein soll. Darüber kommt ein Kompromiß zustande, wonach die Gegenseite nichts dagegen einzuwenden hat, wenn Reichswehrangehörige (72 Offiziere) aus eigenen Mitteln sich im Fliegen ausbilden lassen. Die Verwendung von Reichsmitteln ist nicht gestattet. Das Abk. bedeutet für Deutschland trotz der sehr schweren Bindungen immerhin einen wesentlichen Fortschritt.

13. Juli. (Paris) Unterredung des deutschen Botschafters mit dem französischen Ministerpräsidenten.

Der deutsche Botschafter v. Hoesch wiederholt nicht nur den alten Wunsch der deutschen Regg. nach Verminderung der Besatzungsstärke im Rheinland, sondern bringt vor allem die jüngst überreichten beiden Noten der interall. Militärkontrollkommission zur Sprache. Die Noten, die bereits vor der Überreichung an die deutsche Abrüstungskommission sensationeller Weise öffentlich bekannt werden, betrafen drei Punkte: Militärische Ausbildung, Benutzung von Panzerwagen und die Stellung des Gen. von Seeckt.

Am 24. Juli verbreitet „Havas" folgende Mitteilung: In gutunterrichteten engl. Kreisen ist man der Ansicht, daß die deutsche Regg., ob-

wohl die Durchführung der Entwaffnung Deutschlands auf gutem Wege ist (andernfalls würden die All. sich um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gar nicht bemühen), die interall. Militärkontrollkommission in gewissen Fragen noch nicht völlig befriedigt hat, und zwar: Erstens hinsichtlich der Effektivstärke der Polizei, die sich auf 150 000 Mann belaufe (die deutsche Regg. möchte eine höhere Zahl haben); zweitens hinsichtlich des Kriegsmaterials (Ein- und Ausfuhr von Waffen und Munition), in dieser Hinsicht hat Deutschland den Standpunkt der All. noch nicht angenommen; drittens hinsichtlich der Rekrutierung, die All. würden weitere Bürgschaften hinsichtlich der Aufhebung der Reserveregimenter fordern; viertens hinsichtlich der Zusammensetzung des Großen Generalstabes.

17. Aug. Drei Noten der Botschafterkonferenz betr. die Entwaffnungsfrage.

Die erste Note lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Regg. auf die ständige Verletzung des Versailler Vertrages durch die nationalistischen Organisationen. Die zweite Note protestiert gegen die freiwillige militärische Ausbildung und die dritte behandelt Schwierigkeiten, die der interall. Militärkontrollkommission in den Weg gelegt wurden.

20. Aug. Schlußprotokoll über die Befriedung der Kölner Zone.

Die nach der Räumung der Kölner Zone aufgenommenen Verhandlungen der deutschen Regg. mit den Besatzungsmächten führen zur Unterzeichnung eines Schlußprotokolls über neue Befriedungsmaßnahmen.

1. Sept. Das Luftfahrt-Garantie-Komitee stellt in Verfolg der Pariser Luftfahrtverhandlungen seine Tätigkeit ein.

1. Sept. Bilanz des 2. Dawesjahres.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft zahlt 45 Mill. M. (Zinsenbetrag für die Reparationsbonds), damit ist der volle Betrag der im Dawesplan für das 2. Planjahr vorgesehenen Jahreszahlung (1220 Mill.) erstattet — mit Ausnahme eines kleineren Betrages von zirka 8 Mill. aus der Transportsteuer, der erst am 21. Sept. fällig ist.

Gleichzeitig legt der Reparationsagent Parker Gilbert die Abrechnung über die Reparationszahlungen im 2. Planjahr (1925/1926) vor. Aufsehen in der deutschen Presse erregt zunächst die Tatsache, daß im Widerspruch zum Dawesplan der Reparationsagent bereits im 2. Jahre einen Bartransfer von 65 Mill. M. vorgenommen hat. Offiziell wird darüber alsbald zur Beruhigung gemeldet: Zwar sei es richtig, daß nach dem Dawes-Abk. der Reparationsagent nicht berechtigt gewesen sei, Bartransferierung in den ersten beiden Jahren des Dawes-Abk. vorzunehmen. Es handle sich aber hierbei um Spitzenbeträge, für die eine Verrechnungsmöglichkeit nicht vorhanden gewesen sei. Der Reparationsagent hätte nur bis zum Sept. zu warten brauchen, und er hätte dann den gesamten Betrag mit einem Male am Devisenmarkt ankaufen können. Das würde zu einer wesentlichen Erschütterung des Kursniveaus der Reichsmark geführt haben. Als daher der Generalagent wegen der Bartransferierung dieses Spitzenbetrages an den Reichsfinanzminister herangetreten sei und den Vorschlag gemacht habe, die erforderlichen Devisen allmählich im Juni, Juli und August anzukaufen, um eine Erschütterung des Devisenmarktes zu verhindern, habe sich der Reichsfinanzminister mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt.

Eine weitere Frage bildet die Ablösung des sog. kleinen Besserungsscheins. Darüber ist nach längeren Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzmin. und dem Reparationsagenten ein Abkommen getroffen worden, das die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden hat. Auch die Rep.-Komm. hat diesem Abk. zugestimmt. Dieses Abk. zerfällt in drei Einzelabk.: Die zusätzliche Zahlung auf Grund der kleinen Besserungsscheine von je 250 Mill. Mark für das laufende und kommende Jahr, insgesamt also von 500 Mill. Mark, ist auf 300 Mill. herabgesetzt worden. Dafür werden die Zahlungen von der Reichsregg. statt im Spätherbst des nächsten und übernächsten Jahres in zwölf Raten, beginnend mit dem Oktober d. J., abgetragen. Ein zweites Abk. mit dem Kommissar für die verpfändeten Einnahmen sieht vor, daß der Kommissar auf die Einbehaltung der Einnahmen verzichtet und diese sofort der Reichshauptkasse überweist. Ein drittes Abk. mit dem Transferagenten sieht vor, daß die 300 Mill. Mark zur Ablösung der Besserungsscheine nicht in bar geleistet werden, sondern in voller Höhe für Aufträge an die deutsche Industrie Verwendung finden. Durch dieses Abk. wird der Reichsetat bedeutend entlastet. Der Reichsfinanzminister errechnet sich daraus für das laufende Jahr eine Ersparnis von 37,8 Mill., für das nächste Jahr von 58 Mill. und für das übernächste Jahr von 104,2 Mill. Mark.

An das Schatzamt der Ver. Staaten leitet der Reparationsagent eine Barzahlung von 5,9 Mill. Mark, die erste die damit Amerika unter den Bedingungen des Dawesplans erhält und die zur Liquidation der Schadensersatzansprüche der amerik. Regg. und amerik. Bürger an Deutschland dienen soll.

10. Sept. Koblenzer Abkommen über Befriedungsmaßnahmen.

Von dem deutschen Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Frh. Langwerth v. Simmern, und der Rheinlandkommission wird in Koblenz ein weiteres Abk. über Befriedungsmaßnahmen im besetzten rheinischen Gebiete (vgl. S. 445) unterzeichnet. Die neuen Abmachungen enthalten in der Hauptsache folgendes: Die in der Rheinlandkommission vertretenen Regg.en haben sich verpflichtet: 1. Straffreiheit für alle Straftaten zu gewähren, die bis zum 1. Febr. 1926 im besetzten Gebiete begangen sind, mit Ausnahme der Straftaten des gemeinen Rechts und der Spionage. 2. Die im besetzten Gebiet in Haft befindlichen Reichsangehörigen, die im Ruhrgebiet, in den früheren Brückenköpfen Düsseldorf und Duisburg sowie in der geräumten Kölner Zone Straftaten begangen haben und deswegen verfolgt oder verurteilt worden sind, den deutschen Behörden auszuliefern, es sei denn daß es sich um ein Verbrechen gegen das menschliche Leben mit Todesfolge handelt. 3. Durch Vo. der Rheinlandkomm. die sog. Schutzordonnanzen Nr. 27, 70, 90, 116, 292, 293 und die Anweisung Nr. 26 aufzuheben. Die Deutsche Regierung hat die Verpflichtung übernommen: 1. Vergeltungsmaßnahmen für Vorkommnisse im besetzten rheinischen Gebiet einschließlich der geräumten Kölner Zone aus der Zeit der Besetzung, die sich als Dienstleistungen oder Gehorsam gegenüber den Anweisungen der Besatzungsbehörden darstellen, zu verhindern, es sei denn, daß dies mit den Mitteln der Verwaltung unzulässig ist oder daß es sich um den Tatbestand des Hochverrats, des Landesverrats oder der Spionage handelt; 2. Die von der Rheinlandkomm. während der Besetzung der jetzt geräumten Kölner Zone getroffenen Entscheidungen nicht mit rückwirkender Kraft für die Zeit vor der Räumung unbeachtet zu lassen, insbesondere

nicht für die frühere Zeit Zahlungen von solchen Personen einzufordern, die durch derartige Entscheidungen von einer Zahlungspflicht befreit waren; 3. dahin zu wirken, daß Personen, die mit den Besatzungsbehörden in Beziehung stehen, zwar wie jeder andere Staatsbürger den deutschen Gesetzen unterworfen bleiben, aber auch wie jeder andere Staatsbürger vor etwaigen rechtswidrigen Vergeltungsmaßnahmen Schutz finde. Etwaige Meinungsverschiedenheiten bei der Ausführung der Abmachungen sollen durch Besprechungen zwischen dem Reichskommissar und der Rheinlandkomm. oder durch Erörterungen unmittelbar zwischen den beteiligten Regg.en ausgeglichen werden. Wird hierbei eine Einigung nicht erreicht, so ist die Möglichkeit vorgesehen, den Streitfall vor ein Schiedsgericht zu bringen.

20. Okt. Reparationskohlen-Abkommen.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat schließt mit dem franz. Office des Houllères finistrées du Nord et du Pas de Calais ein Abk., nach dem die Reparationskohlenlieferungen nach Frankreich grundsätzlich nicht mehr als Zwangsleistungen, sondern im Wege freier Verträge bewirkt werden. Die Berechnung erfolgt über den Generalagenten. Das Verfahren steht in seinen Grundsätzen mit dem Abk. von London und den Bestimmungen der Rep.-Komm. in Einklang.

9./10. Nov. Deutsch-französische Verhandlungen über die Kontrollfrage.

In längeren Unterredungen zwischen dem deutschen Botschafter von Hoesch und dem franz. Außenmin. Briand werden die sog. Restfragen der Entwaffnung Deutschlands und die Kontrollfrage, d. h. die Übertragung der Militärkontrolle an eine Kommission des Völkerbunds eingehend erörtert. — Die nationalistische Presse Frankreichs eröffnet gleichzeitig eine vielseitige Hetze gegen die Fortführung der in Thoiry (vgl. S. 483 f.) angebahnten deutsch-franz. Verständigung. U. a. verbreitet sie die tendenziöse Mitteilung über ein neues Instruktionsbuch der deutschen Reichswehr, in dem ungefähr folgender Satz enthalten sein soll: „Kein deutscher Soldat darf jemals vergessen, daß es das höchste Ziel der deutschen Armee ist, die verlorenen Provinzen und die Kolonien wieder zurückzuerobern."

Am 9. Nov. richtet die Botschafterkonferenz an Deutschland eine ausführliche technische Note über die Verwendung und Entäußerung der militärischen Gebäude und Anlagen.

Mitte Nov. Memorandum Chamberlains zur Kontrollfrage.

Der engl. Außenmin. Chamberlain läßt im Verlaufe der Verhandlungen über die Frage der deutschen Entwaffnung den Regg.en in Paris, Rom und Brüssel ein Memorandum zugehen, das von brit. militärischen Sachverständigen aufgestellt ist und folgendes Minimalprogramm als Vorbedingung für die Ersetzung der interall. Militärkontrollkommission durch die Völkerbundskontrolle entwickelt: 1. Unterordnung des Oberbefehlshabers der Reichswehr unter die Autorität des Reichswehrmin.; 2. Regulierung der Frage der Rekrutierung und der militärischen Verbände; 3. Kontrolle der Ausfuhr von Waffen und Munition; 4. Zerstörung der neuen Befestigungen an der deutschen Ostgrenze.

Briand erklärt in seiner Antwort an Chamberlain, daß die versöhnliche Haltung gegenüber Deutschland nach wie vor das leitende Motiv seiner Außenpolitik bleibe. Nichts solle geschehen, um eine freundschaft-

liche und endgültige Beilegung des Abrüstungsproblem zu verzögern. Die Räumung der Kölner Zone sei jedoch Luther und Stresemann nur in der Hoffnung bewilligt worden, daß die deutsche Regg. genau die Punkte, die jetzt im brit. Memorandum erwähnt seien, schleunigst erfülle. Er sei nicht der Ansicht, daß es auf die Dauer nützlich sei, wenn alle Konzessionen lediglich von einer Seite kämen. — Andererseits leitet Briand das Memorandum den beteiligten militärischen Stellen zur Begutachtung zu.

In den folgenden Tagen findet sodann ein reger Notenwechsel zwischen Paris und London statt, der schließlich (Ende Nov.) zu einer vollkommenen Verständigung über die Frage der deutschen Entwaffnung führt. Die darüber hinausgehenden Pressemeldungen aber, wonach gleichzeitig eine Einigung über die vollständige Räumung der von den All. besetzten deutschen Gebiete unmittelbar bevorstehe, erweisen sich alsbald als trügerisch.

Anf. Dez. Regelung der „Restpunkte" der Entwaffnung Deutschlands.

Die langwierigen Verhandlungen des deutschen Botschafters v. Hoesch und des Geheimrats Forster mit der Botschafterkonferenz über die „Restpunkte" des Entwaffnungsprogramms führen zu folgendem Ergebnis: Die Frage der Polizei wird durch Notenwechsel dahin geregelt, daß die deutschen Polizeikräfte auf 140 000 Mann (105 000 staatliche und 35 000 kommunal) festgesetzt und daß außerdem polizeiliche Hilfskräfte in der Höhe von 15 000 zugestanden werden. Ferner wird über die Frage der Einstellung in die Reichswehr und die Frage der Sportverbände eine Einigung erzielt, der Austausch der Noten hierüber soll im Jan. 1927 erfolgen.

4. Dez. Der Generalagent für Reparationsleistungen übergibt seinen Bericht über das 2. Planjahr der Oeffentlichkeit.

Der Generalagent betont, daß die im zweiten Jahr zu leistende Annuität von 1220 Mill. GM. von Deutschland ohne Unterstützung durch auswärtige Anleihen aus eigenen Mitteln aufgebracht werden konnte. Obwohl auch das zweite Dawes-Jahr ebenso wie das erste noch in die Zeit der Vorbereitungen zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands gefallen sei, stelle es einen weiteren Fortschritt dar. Der tatsächliche Verlauf der Ereignisse habe die Erwartungen der Sachverständigen bei weitem übertroffen. Auch der Transfer zu den Gläubigerstaaten habe laufend und ohne Beeinflussung der Börse durchgeführt werden können bis zu einem Betrag, der substantiell dem vollen Werte der zweiten Annuität entspricht. Das mit dem 31. Aug. zu Ende gegangene Jahr habe zum ersten Male einen Beweis dafür erbracht, daß Deutschland in der Lage sei, Reparationszahlungen im vorgesehenen Ausmaß zu leisten und daß die Gläubiger-Nationen in der Lage seien, sie zu empfangen.

12. Dez. Schlußprotokoll über die Militärkontrolle in Deutschland. S. unter „Völkerbund", S. 497 f.

22. Dez. Beschleunigte Abwicklung des deutsch-französischen Ausgleichsverfahrens.

Durch Notenaustausch wird die deutsch-franz. Vereinbarung über die beschleunigte Abwicklung des Ausgleichsverfahrens in Kraft gesetzt. Bei

dieser Gelegenheit gibt die franz. Regg. die Erklärung ab, daß sie das auf Grund des Versailler Vertrages unter Sequester gestellte deutsche Eigentum, soweit dessen Liquidation am 30. Okt. 1925 noch nicht eingeleitet worden war, freigibt und bei denjenigen deutschen Vermögensstücken, die bis zu diesem Tage nicht unter Sequester gestellt worden sind, endgültig auf ihr Liquidationsrecht verzichtet.

II. Die Rückzahlung der Kriegsschulden

27. Jan. (London) Unterzeichnung des englisch-ital. Schuldenabkommens.

Am 6. Jan. traf in London die italienische Schuldenkommission ein, um die Verhandlungen über die Fundierung der italieni chen Kriegsschuld bei England zum Abschluß zu bringen. Es handelte sich um eine Gesamtschuld von 560 Mill. Pf., in der 160 Mill. aufgelaufene Zinsen enthalten sind. Eine besondere Schwierigkeit bildete das Golddepot von 22 Mill. Pf., das Italien 1915 als Deckung für die engl. Vorschüsse bei der Bank von England hinterlegen mußte. Dieses Gold nahm im Laufe des Krieges ebenso wie das franz. Golddepot in London und eigenes Gold der Bank von England seinen Weg über den Ozean als Deckung für die amerik. Kriegsvorschüsse. England behielt aber die unmittelbare Verpflichtung gegenüber den europäischen Mächten, die ihm das Gold gegeben haben. Für dieses Golddepot räumte England Italien 1915 einen Kredit von 182 Mill. Pf. ein, der dann stillschweigend bis auf 400 Mill. erhöht wurde. England wollte das Gold erst nach Abzahlung der gesamten Schuld zurückgeben, während Italien glaubte, daß ein Schuldenabk. das Golddepot überflüssig mache, und seine 22 Mill. sofort zurückhaben will. Eine weitere Schwierigkeit lag in der Verteilung (Staffelung) der Rückzahlungen auf die Periode von 62 Jahren.

Am 27. Jan. wird nun nach längeren Verhandlungen im Schatzamt das italienisch-englische Schuldenabk. von Graf Volpi und Churchill unterzeichnet. Dem Abk. liegt ein Nominalwert der bisher mit allen Zinsen aufgelaufenen Kriegsschuld von 610 Mill. Pf. Sterling zugrunde. Diese Schuld wird durch wesentlich geringere Zahlungen Italiens getilgt. Italien verpflichtet sich zu folgenden Zahlungen: 2 Mill. Pfd. im laufenden Finanzjahr; je 4 Mill. in den nächsten zwei Jahren; je 4,25 Mill. in den nächsten vier Jahren; je 4,5 Mill. bis zum Jahre 1987; 2.25 Mill. als letzte Zahlung im Jahre 1988. Die Zahlungen werden halbjährlich geleistet. Die erste Rate ist am 15. März 1926 fällig. Italien erhält das Recht, vom Jahre 1928 ab, falls die Halbjahresrate 1 Mill. übersteigt, den Mehrbetrag auf höchstens zwei Jahre schuldig zu bleiben, falls dies die Finanzlage erfordert. Alle englischen Forderungen für Kriegsversicherung und Kriegsfrachten gelten durch den Vertrag als getilgt. Von besonderem Interesse ist Art. 6 des Vertrages, der von dem bekannten brit. Standpunkt ausgeht, nicht mehr zu fordern, als England an Amerika bezahlen muß. Wenn es sich herausstellen sollte, daß in irgendeinem Jahre England von den All. und von Deutschland mehr bekommen sollte, als die Zahlungen an Amerika erfordern, so wird über diesen Mehrbetrag Rechnung gelegt. England wird Italien dann auf die nächste Rate einen Anteil auf diesen Mehrerlös vergüten, der dem italien. Anteil in den gesamten engl. Schuldeneingängen entspricht. Wenn später ein Defizit für England entsteht, so erhöht sich

die italien. Zahlung im selben Verhältnis, jedoch braucht Italien auf keinen Fall mehr bezahlen, als es Rückvergütungen von England erhalten hat. Der italien. Goldschatz verbleibt als zinsloses Pfand bei der Bank von England. Italien erhält dafür das Zugeständnis, daß es von jeder Jahreszahlung 1/62 von 22 Mill. abziehen darf zur Stützung seines Papiergeldumlaufs. In der Presse wird das Abk. zum Teil als zu mild kritisiert. „Daily Expreß" stellt fest, daß der Grundsatz der Balfourschen Schuldenmanifeste nicht eingehalten sei. England habe an Amerika 37 Mill. Pf. jährlich zu bezahlen. Es empfange 4½ Mill. von Italien, 12½ Mill. von Frankreich, 2 Mill. von kleineren europäischen Schuldnern, mit denen man allerdings noch nicht abgeschlossen habe, 10 Mill. unter dem Dawesplan, so daß sich für England noch ein Defizit von 8 Mill. Pf. jährlich ergebe.

2. März. In Paris werden neuerlich russisch-französische Schuldenverhandlungen aufgenommen.

29. April. (Washington) Französisch-amerik. Schuldenabkommen.

Am 23. April trat die amerikanische Schuldenkommission mit dem französischen Botschafter Bérenger zur ersten Sitzung zusammen. Bérenger überreichte Mellon einen schriftlichen Schuldenplan. Die Hauptschwierigkeit lag in der franz. Forderung einer Sicherheitsklausel, die die franz. Zahlungen von den deutschen Reparationsleistungen abhängig macht. Auch die Höhe der von Frankreich vorgeschlagenen Gesamtsumme (6750 Mill.) wie der ersten Raten (25 Mill.) wurde von der amerik. Kommission als zu niedrig beanstandet. Schließlich kommt nach einiger Zeit der Stockung doch eine Einigung zustande. Das am 29. unterzeichnete Abk. sieht 62 Jahresraten vor. Die Gesamtsumme der Schuld, die Zinsen einbegriffen, ist auf 6847 Mill. Dollar festgesetzt worden. Die ersten zwei Raten betragen je 30 Mill., die zwei folgenden 32½ Mill. Im fünften Jahr beträgt die Jahresrate 35 Mill., im sechsten 40 Mill. und sodann jährlich zunehmend, bis sie im 17. Jahr die Maximalhöhe von 125 Mill. jährlich erreicht. Eine Sicherheitsklausel hinsichtlich der deutschen Reparationsleistungen an Frankreich, eine von den Franzosen bis zum letzten Augenblick verteidigte Forderung, enthält der Vertrag nicht. Dagegen wird Frankreich die Möglichkeit eingeräumt, bis zum Jahre 1931, in dem die deutschen Reparationsleistungen an Frankreich auf 300 Mill. jährlich angestiegen sind, seine Jahreszahlungen auf die bisherigen 20 Mill. jährlich zu beschränken.

1. Mai. (Washington) Amerikanisch-jugoslawisches Kriegsschuldenabkommen.

Die amerik. Regg. schließt mit Jugoslawien ein Abk. über die Fundierung der 51 Mill. Dollars betragenden Kriegsschulden Jugoslawiens. Das Abk. sieht eine Gesamtzahlung von 95177635 Dollars an Zins- und Amortisationszahlungen vor. Die Zahlungen erstrecken sich auf eine Zeit von 62 Jahren. Für die ersten fünf Jahre betragen sie 200000 Dollars, alsdann treten Erhöhungen ein. In den letzten 50 Jahren sind jährlich 375000 Dollars zu leisten.

17. Mai. (London) Beginn der englisch-französischen Schuldenverhandlungen.

Im Schatzamt findet die erste Sitzung mit der franz. Schuldenkommission statt. Der franz. Finanzmin. Péret erklärt, daß er das Cail-

laux-Abkommen anerkenne, wonach England auf durchschnittliche Jahreszahlungen von 12,5 Mill. Pf. rechnen könne. Besonderen Wert legt die franz. Kommission auf ihren Wunsch nach Rückzahlung der in London liegenden franz. Golddepots (71,5 Mill. Pf.). Die Verhandlungen geraten zunächst ins Stocken, da Frankreich die von England geforderten Anfangszahlungen nicht in der gewünschten Höhe zu bewilligen in der Lage ist.

12. Juli. (London) Unterzeichnung des engl.-franz. Schuldenabkommens.

Der engl. Schatzkanzler Churchill und der franz. Finanzmin. Caillaux unterzeichnen einen endgültigen Vertrag über die Tilgung der franz. Kriegsschuld. Der Vertrag stellt in Art. 1 folgende Zahlungen fest: Im Finanzjahr 1926 4 Mill. Pf., 1927 6 Mill., 1928 8 Mill., 1929 10 Mill., 1930 bis 1957 12½ Mill., von 1957 bis 1987 14 Mill. Pfund. Die Zahlungen werden halbjährlich am 15. Sept. und am 15. März jedes Jahres geleistet. In Art. 5 verpflichtet sich England für den Fall, daß seine gesamten Einkünfte aus Reparations- und Schuldenleistungen höher sein sollten als die Beträge, die es in dem betreffenden Jahre an die Ver. Staaten zu zahlen habe, den Überschuß den früheren Verbündeten im Verhältnis ihrer Leistungen zurückzuerstatten. Art. 7 stellt fest, daß das Pfand von 53 Mill. Pfund Sterling, das während des Krieges als Garantie für englische Kredite bei der Bank von England hinterlegt worden ist, zinslos bleibt; die Rückzahlung soll durch ein späteres Abk. geregelt werden. Die tatsächliche Schuld Frankreichs beträgt rund 653½ Mill. Pf. Sterling. Die Kapitalisierung der in dem Vertrage vorgesehenen Leistungen ergibt einen Betrag von 222 Mill. Pf. England hat also in eine Verminderung von mehr als 63 % seiner Ansprüche eingewilligt. Die Frage der sog. Sicherheitsklausel wird durch zwei Begleitbriefe geregelt, und zwar in der Weise, daß England in der Form an seinem bisherigen Standpunkt festhält, in der Sache aber den franz. Wünschen entspricht. Caillaux erklärt in einem Schreiben an Churchill, daß nach Auffassung der franz. Regg. „die Möglichkeit, in Zukunft die Zahlungen und Transferierungen der Summen zu sichern, die für die Erfüllung der gegenüber den Ver. Staaten und England eingegangenen Verpflichtungen notwendig seien, unbestreitbar in weitem Maße abhängig sei von den von Deutschland gemäß dem Dawesplan zu leistenden Beträgen". Wenn daher diese Leistung vollkommen aufhörte oder sich um mehr als die Hälfte verringern sollte, so würde eine neue Situation geschaffen werden, und die franz. Regg. behalte sich das Recht vor, in diesem Falle von der brit. Regg. eine neue Diskussion der Frage im Lichte der dann bestehenden Verhältnisse zu verlangen. „Unter diesem ausdrücklichen Vorbehalt willige ich ein, das Abkommen zu unterzeichnen." In dem Antwortschreiben Churchills wird gesagt, daß die brit. Regg. an ihrer Auffassung festhalten müsse, wonach die Regelung der franz. Schulden allein von der Verantwortlichkeit Frankreichs abhänge. „Sie werden gewiß zugeben," fährt Churchill fort, „daß in dem Falle, den Sie anführen, England bereits eine Verminderung seiner Einkünfte aus dem Dawesplan zu erleiden hatte, Einkünfte, auf die es bei Aufstellung der verschiedenen Kriegsschuldenregelungen gerechnet hat. Das ist einer der Faktoren, die in Betracht kommen würden, falls die franz. Regg. neue Prüfung der Frage verlangen sollte. Unter diesem Vorbehalte erhebe ich keine Ein-

wendungen gegen die von Ihnen gemachten Erklärungen. Für den Fall, daß irgendeine Änderung des Vertrages vorgenommen wird, glaube ich erwarten zu dürfen, daß die anderen Gläubiger Frankreichs eine analoge Änderung ihrer Guthaben vornehmen werden."

Von franz. Seite wird zugleich mit dem Vertrage ein offiziöser Kommentar verbreitet, der für die franz. Öffentlichkeit bestimmt ist und der deshalb natürlich die in der Tat sehr großen Vorteile, die Frankreich durch diese Regelung erlangt, noch unterstreicht. Zu der Bestimmung, daß die Sicherheitsklausel nur dann in Kraft treten solle, wenn die deutschen Zahlungen um mehr als die Hälfte verringert würden, wird bemerkt, daß die Hälfte des auf Frankreich fallenden Teils der Dawesleistungen reichlich genügen würde, um die franz. Verpflichtungen sowohl gegenüber Amerika als gegenüber England zu decken. Frankreich sei also in dieser Hinsicht gegenüber England gedeckt.

Ende Aug. Bakers Vorschlag zur Streichung der Kriegsschulden.

Newton Baker, Wilsons ehem. Kriegsminister, befürwortet in der Presse die völlige Streichung aller Kriegsschulden: Die Streichung der interall. Schulden würde England, Frankreich, Italien, Belgien und den übrigen Kriegsverbündeten eine Erleichterung bringen, die eine Verminderung der Deutschland auferlegten Lasten zur Folge hätte. Auf der Versailler Konferenz seien Lloyd George und Clémenceau durch die Versprechungen gebunden gewesen, die sie ihren Völkern gemacht hätten, daß das niedergeworfene Deutschland die gesamten Kriegskosten zahlen müsse. Es müsse jedoch deutlich erklärt werden, daß die wirtschaftlichen Nöte und die politische Unsicherheit notwendige Folgen des Versuches seien, Deutschland unmögliche Lasten aufzubürden. Der Dawes-Plan sei unter Zustimmung der amerik. Regierung geschaffen worden, um die Lasten Deutschlands festzulegen und für die Gegenwart tragbar zu machen. Der Dawes-Plan habe die durch den Friedensvertrag Deutschland auferlegten Lasten in gewisser Beziehung vermindert, aber diese Regelung sei für Deutschland trotzdem so schwer, daß es dieses Land in eine Arbeitslosigkeit hineingetrieben habe, die bereits 1½ Mill. Menschen umfasse. Andererseits: Wenn Deutschland die Reparationen zahlen könnte, oder wenn die All. ihre Schulden bei Amerika abzudecken in der Lage wären, würde Amerika als der Gläubiger aller mit Industrieprodukten überschwemmt werden, da alle Zahlungen nur in Waren und nicht in Gold geleistet werden könnten.

31. Dez. Unterzeichnung des englisch-portugiesischen Schuldenabkommens.

Völkerbund

16. Jan. (Paris) Die französische Regierung übergibt das „Internationale Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit" dem Völkerbund.

25. Jan. Deutsche Note betr. die Abrüstungskonferenz.

Eine Note der deutschen Reichsregg. an das Sekretariat des Völkerbunds nimmt die Einladung zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskommission an.

26. Jan. Note Rußlands betr. Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz (s. S. 342).

10. Febr. Das Aufnahmegesuch Deutschlands.

12. Febr. (Genf) 38. Tagung des Völkerbundsrats.

Der Rat beschließt einstimmig, eine außerordentliche Völkerbundsversammlung auf den 8. März einzuberufen, und zwar mit folgender Tagesordnung: 1. Die Aufnahme Deutschlands; 2. Stellungnahme der Versammlung zu den eventuellen Vorschlägen des Völkerbundsrats über die Anwendung des Art. 4 des Völkerbundspaktes; 3. Budgetfragen und 4. neuer Saalbau. Der gen. Art. 4 des Paktes bestimmt im zweiten Absatz, daß der Völkerbundsrat mit Zustimmung der Völkerbundsversammlung weiter ständige Mitglieder des Völkerbundsrats bezeichnen sowie die Zahl der durch die Völkerbundsversammlung zu wählenden, d. h. der nichtständigen Ratsmitglieder erhöhen könne.

4. März. Chinas Gesuch um einen Ratssitz.

Die chinesische Delegation legt eine von dem chin. Gesandten Tschao Hsin-tschu in Rom unterfertigtes Bewerbungsgesuch Chinas um einen ständigen Ratssitz vor, gestützt hauptsächlich auf die Tatsache, daß China ein Viertel der Menschheit in seinen Grenzen beherberge und daher begründeten Anspruch auf einen ständigen Ratssitz habe.

Die Frage der Ratserweiterung zeigt also im ganzen folgendes Bild: Polen, Spanien, Brasilien und China haben Ansprüche auf einen ständigen Ratssitz erhoben. Deutschland seinerseits aber verlangt die Aufnahme in den Völkerbund als ständiges Ratsmitglied, ohne daß gleichzeitig andere Mächte einen Ratssitz erhalten.

7. März. (Genf) Vorbesprechung der Vertreter der Locarnomächte.

An der Vorbesprechung nehmen teil: Chamberlain, Briand, Scialoja, Vandervelde, Luther und Stresemann. In dem darüber vereinbarten gemeinsamen Kommuniqué heißt es lediglich, daß die gegenseitigen Situationen mühelos aufgeklärt worden seien. Nach einer Pressemeldung aus dem Lager einer fremden Delegation vertrat die deutsche Delegation ihren Standpunkt „in maßvoller Weise". Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage der Vermehrung der Ratssitze (vgl. oben!).

8. März. (Genf) Eröffnung der 39. Tagung des Völkerbundsrats.

Aus der Tagesordnung sind hervorzuheben: die Saarfrage, die beiden polnischen Minderheitspetitionen aus Oberschlesien, die Frage der Neuernennung von Völkerbundsbeamten, der Abschluß der Mossulaffäre, die neue Festsetzung des Datums des Zusammentritts der vorbereitenden Abrüstungskommission und der Bericht der Mandatskommission.

Den Auftakt der Tagung bildet eine streng geheime Sitzung unter dem Vorsitz des Baron Ishii-Japan. Im zweiten Teil werden die mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen besprochen. Es wird behauptet, daß von franz. Seite ein weniger intransigenter Standpunkt vertreten worden sei.

8. März. (Genf) Eröffnung der Völkerbundsversammlung.

Baron Ishii-Japan eröffnet die Versammlung mit einer Rede, in der er den Zweck dieser ersten außerordentlichen Bundesversammlung

(s. S. 453) erläutert und folgendermaßen schließt: Ich erlaube mir zwei Bemerkungen beizufügen: Erstens, daß seit dem Augenblick, wo das deutsche Aufnahmegesuch eingelaufen ist, genau ein Monat vergangen ist. Daß es gelungen ist, in so kurzer Zeit die offiziellen Vertreter der meisten Staaten der Welt zu versammeln, ist ohne Beispiel und beweist, wie sehr der Völkerbund einen wirksamen Apparat darstellt, wenn es sich darum handelt, Angelegenheiten zu behandeln, die für eine große Anzahl der Nationen von Wichtigkeit sind. Im übrigen glaube ich, nicht nur die Gefühle der hier versammelten Delegierten, sondern auch aller Menschen in der ganzen Welt, die unsere Debatten verfolgen, auszusprechen, wenn ich sage, daß das Ereignis, was uns hier versammelt hat, von höchster Bedeutung ist: eine große Nation verlangt ihre Zulassung in den Völkerbund. Ich sehe darin das Zeichen, daß die Verpflichtungen, die die Völkerbundsmitglieder untereinander verbinden. selbst in derzeit unvollkommenen Weise durch die in ihnen wohnende Gerechtigkeit die größten Hoffnungen auf der ganzen Welt hervorrufen.

Im zweiten Teil der Sitzung erfolgt die Wahl des Präsid. der Bundesversammlung. Von den abgegebenen 48 St. entfallen 36 auf den portugiesischen Delegierten Alfonso da Costa, 8 auf den dänischen Delegierten Zahle und 3 sind zersplittert. Der neue Präsid. dankt in einer kurzen Ansprache und erklärt, daß Portugal ein entschiedener Verteidiger der Grundsätze sei, auf denen die segensreiche Tätigkeit des Völkerbundes zur Regelung der Beziehungen unter den Völkern beruhe. Die Dauer der gegenwärtigen ao. Tagung sei wesentlich kürzer als die anderer Tagungen, dafür sei aber ihre Aufgabe, nämlich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, von um so größerer Bedeutung. Die von der ao. Ratstagung am 12. Febr. beschlossene Tagesordnung wird einstimmig angenommen. Hierauf erfolgt die Wahl der sechs Vizepräsid., wobei von 46 abgegebenen gültigen Stimmen Scialoja 45, Ishii 42, Allen-Neuseeland 34, Caballero-Paraguay 32, Titulescu-Rumänien 32 und Morales-Dominion 29 erhalten.

9.—16. März. Die Verhandlungen um die Ratserweiterung.

Chamberlain besucht den deutschen Reichskanzler Luther und den Außenmin. Stresemann. Dabei unterbreitet er — was zwar offiziell dementiert wird — die Anregung, am 10. unter Zuziehung Deutschlands die Ratsfrage nicht mehr nur im Kreise der Rheinpaktmächte, sondern unter allen Völkerbundsstaaten zu verhandeln. Deutschland lehnt jedoch ab, und darauf wird, wie das vereinbarte Kommuniqué besagt, unter den Vertretern der Signatarmächte des Rheinlandpaktes vereinbart, morgen (am 10.) die Unterhaltung, die am Sonntagnachmittag (7. März) begonnen wurde, fortzusetzen.

Die Rheinlandpaktmächte setzen die Beratungen vom Sonntag fort, ohne daß die Krise überwunden wird. Die deutsche Delegation hält an ihrem unangreifbaren „Rechtsstandpunkt" fest und verweigert entschieden jedwedes Versprechen, auch für die Zukunft einem neuen ständigen Ratssitz — dieses Mal für Spanien, wie es die franz. Diplomatie versucht — zuzustimmen. Ein Kommuniqué wird nicht ausgegeben. Nachmittags findet bei Sir Eric Drummond eine sog. offiziöse Ratssitzung statt, an der Deutschland nicht teilnimmt. Beim Verlassen der dreistündigen Sitzung teilt Paul-Boncour mit, daß die Sache weitergehe, aber „noch nicht vollständig gereift" sei. In der Sitzung dürfte klar zutage ge-

treten sein, daß der deutsche Standpunkt unabänderlich ist. Von Frankreich vorgeschickt, verlangt der brasilianische Vertreter Mello Franco in ultimativer Form einen Ratssitz für sein Land, im entgegengesetzten Falle würde er nicht für den deutschen Ratssitz stimmen. Dabei wird diese Haltung des Brasilianers unerwarteterweise von dem zweiten Vertreter Italiens, Grandi, unterstützt. Der zweite Schlag wird gegen Schweden geführt, dessen Außenminister Unden gegen eine Ratserweiterung ist. Schweden bleibt jedoch fest. Die Beratung muß ohne Ergebnis vertagt werden.

Vor dieser Sitzung hat die von Chamberlain geleitete Unterkommission der politischen Kommission ihre geheime Sitzung beendigt und die bekannten fünf Fragen, die anläßlich des Eintritts neuer Mitglieder in den Völkerbund zur Verhandlung stehen, in einem dem deutschen Eintritt günstigen Sinne beantwortet. Der Abstimmung kommt natürlich nur formelle Bedeutung zu.

11. März. — Als Briand aus Paris zurückkehrt, findet er eine Situation vor, die sich noch weiter kompliziert hat. Alsbald wird französischerseits versucht, auf Brasilien, Schweden und Deutschland umstimmend einzuwirken. Um 10 Uhr tagt die politische Kommission und nimmt einstimmig den oben genannten Bericht der Unterkommission zugunsten der Zulassung Deutschlands an. Die am Nachmittag abgehaltene offiziöse Ratssitzung bei Drummond verläuft wieder negativ. Briand und Chamberlain versuchen es vergeblich durch ihre ganze Überredungskunst, Schweden zum Nachgeben zu bewegen: man müsse die deutsche These insofern anerkennen, als zunächst der Rat selber einig werden solle. Wie notwendig sei es, „im Geiste von Locarno" gegenseitige Konzessionen zu machen. Der schwedische Außenminister jedoch bleibt vollkommen fest. Im ganzen gestaltet sich daher die Lage immer hoffnungsloser. Der Pariser „Petit Parisien" schreibt dazu: „Es geht hier letzten Endes nicht um einen politischen Wettkampf zwischen Frankreich und seinen Freunden einerseits und Deutschland andererseits, sondern um eine Konstitutionskrisis, die den ganzen Bund auseinanderzusprengen droht."

Am Nachmittag werden in einer kurzen öffentlichen Ratssitzung eine Reihe von Vorlagen verabschiedet, darunter der engl. Vertrag mit dem Irak vom 13. Jan.

Am 12. nimmt der Ernst der Lage weiter zu, der deutlich in dem Kommuniqué Chamberlains zum Ausdruck kommt: Nach den am Abend vom Reichskanzler erhaltenen Mitteilungen, daß Deutschland nur die Wahl einer Organisationskommission des Völkerbundes annehme, und in der Frage der derzeitigen oder späteren Ratssitze in diesem Augenblick keine Stellung nehmen könne, seien weitere Besprechungen zwecklos und die Angelegenheit werde dem Rate zukommen.

13. März. — Um die kritische Lage zu wenden, wird von seiten der Entente der Vorschlag lanziert, wonach die Tschechoslowakei oder Belgien oder Schweden oder Uruguay auf ihren Ratssitz verzichten sollen, um für Polen den Platz freizumachen. Inzwischen hält am Vormittag die Vollversammlung ihre zweite Sitzung ab. U. a. werden das Nachtragsbudget und die Berichte betr. den Neubau eines Völkerbundsgebäudes (13 Mill.) genehmigt.

14. März. — Der Sonntag wird durch private Besprechungen ausgefüllt, in denen nochmals versucht wird, eine Annäherung der verschiede-

nen Standpunkte herbeizuführen. Im Mittelpunkt der verschiedenen Aussprachen — zwischen Vandervelde und Stresemann, zwischen Briand und Stresemann, zwischen der schwedischen Delegation unter Führung Undens mit den Mitgliedern der deutschen Delegation, zwischen Briand und Chamberlain — steht der deutsche Vermittlungsvorschlag, einen Ausschuß einzusetzen. Andererseits geht gleichzeitig das Gerücht vom Umfall Schwedens, Schweden erwäge ernstlich den Verzicht zugunsten Polens, denn es wolle lieber ein großes Opfer bringen, als den Völkerbund zertrümmern lassen.

15. März. — In der Vormittagssitzung des Rats am 15. erklärt Mello Franco wiederum: Wenn Brasilien einen ständigen Sitz oder die feste Zusicherung eines solchen nicht erhalte, werde es sein Veto gegen Deutschlands Aufnahme einlegen. Es kommt darauf zwischen ihm und Vandervelde zu einem heftigen Rededuell. Im Lauf des Nachmittags versammeln sich die im Völkerbund vertretenen latein-amerikanischen Staaten und desavouieren die Haltung Brasiliens: der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei eine europäische Angelegenheit, in die sich Südamerika nicht aktiv einmischen dürfe. Brasilien spreche übrigens nicht für die Gesamtheit der südamerikanischen Länder, die vielmehr Uruguay als ihren Wortführer im Rate betrachteten.

Am 16. liegt das Schwergewicht der Verhandlungen bei dem Sitz der deutschen Delegation, bei der Vandervelde, Benesch, Yanguas und schließlich Briand und Chamberlain vorsprechen. Die nervöse Spannung, die in den widersprechendsten Gerüchten sich ausdrückt, nimmt zu, bis schließlich die Gewißheit darüber besteht, daß Brasilien an seinem Veto festhalten werde. Die deutsche Delegation ihrerseits lehnt jede Verhandlung darüber ab, etwa in den Bund einzutreten, ohne den zugesagten ständigen Ratssitz zu erhalten. Der am Spätnachmittag bekannt gewordene Entschluß der übrigen Vertreter der südamerikanischen Staaten, in Rio de Janeiro einen Kollektivschritt zu unternehmen, veranlaßt Briand und Chamberlain, nochmals die deutsche Delegation aufzusuchen.

Dabei wird das nachstehende gemeinsame Kommuniqué vereinbart: „Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben sich heute vereinigt, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den aufgetauchten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, zu einer Übereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren. Falls, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Signatarmächte des Protokolls von Locarno bedauern, daß sie im gegenwärtigen Augenblick das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen jedoch mit Befriedigung fest, daß das Friedenswerk, das sie in Locarno verwirklichten und das in seinem ganzen Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrecht zu erhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Überzeugung, daß bei der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird."

17. März. Der ergebnislose Abbruch der Völkerbundsversammlung.

Die Schlußsitzung bringt endlich die erwartete Entscheidung. Da Costa stellt den Aufnahmeantrag Deutschlands zur Debatte. Chamberlain, der Berichterstatter der politischen Kommission, beantragt, zuerst den Vertreter Brasiliens anzuhören und dann erst auf den Bericht der Kommission einzugehen. Mello Franco-Brasilien verliest in höchster Aufregung und in schlecht ausgesprochenem Französisch die Erklärung seiner Regg. Sie gipfelt darin, daß Brasilien sein Veto nunmehr für unwiderruflich erklärt hat. Entsprechend der Bedeutung Amerikas in der Welt und der Bedeutung Brasiliens in Amerika gebühre Brasilien unbedingt ein ständiger Platz im Rate. Brasilien stelle, bei aller Hochschätzung des Werkes von Locarno, den Völkerbund noch höher und beharre daher bei seiner Haltung. Chamberlain erstattet sodann den Kommissionsbericht: Die Kommission habe einstimmig anerkannt, daß Deutschland alle Aufnahmebedingungen erfüllt habe und angesichts der Bedeutung Deutschlands in der Welt es eine Selbstverständlichkeit sei, daß dem Reiche ein ständiger Sitz im Rate gegeben werde. Deutschland habe das selbstverständliche Recht, Garantien zu erhalten, daß es auf Grund einstimmiger Zustimmung in den Rat eintreten könne. Die großen Schwierigkeiten, auf die die bisherigen Arbeiten gestoßen wären, seien durch die selbstlose Haltung Schwedens und der Tschechoslowakei überwunden worden. Das neu aufgetauchte Hindernis aber könne rechtzeitig nicht überwunden werden, und deshalb seien alle Beteiligten gezwungen, die Vertagung auf September zu beantragen. Briand, lebhaft begrüßt, schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Chamberlains an, und betont ganz besonders, daß das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich glücklicherweise unverändert weiterbestehe: „Zu Deutschland muß ich sagen, daß seine Vertreter die Schwierigkeiten, auf die man gestoßen ist, mit einer gewissen geistigen Ruhe aufgenommen haben, mit einem Herzensadel, dem ich als Franzose meine Anerkennung zollen muß. Weit davon entfernt, den Mut sinken zu lassen, weit davon entfernt, ein Gefühl der Bitterkeit zu zeigen, haben sie das Ereignis unter seinem wirklichen Gesichtspunkt angesehen und gesagt: Es ist unzulässig, daß ein derartiges Hindernis, das schließlich doch seine Lösung erfahren wird, die Zukunft des Friedens beeinträchtige, der uns geführt hat, als wir gemeinsam den Pakt von Locarno unterzeichneten. Die Deutschen haben zugleich mit uns alle Völker davon in Kenntnis setzen wollen, daß dieses Friedenswerk nicht beeinträchtigt worden ist, daß es unversehrt weiter besteht und fortfahren wird, sich zu entwickeln. Wir haben nicht gezögert, dieses offene Bekenntnis zu unterschreiben, zu dem sie die Initiative ergriffen haben, was ich anerkenne, und wozu ich sie beglückwünsche. Es ist aber notwendig, daß sie morgen mit der ganzen Autorität, die eine große Nation wie Deutschland besitzt, unter uns den Platz erhalten, der ihnen zukommt. Deutschland wird begreifen, daß im Völkerbunde der Geist der Gleichheit Regel ist, daß man dort die Voreingenommenheit einer Nation gegen eine andere nicht kennt, daß die Partikularisten in einer Atmosphäre der Solidarität verschwinden. Ist doch der weitgehende Begriff der Gleichheit auf die Front unseres Gebäudes geschrieben. Deutschland wird das verstehen. Morgen werden die Schwierigkeiten, auf die wir heute gestoßen sind, überwunden sein, wenn wir unseren Geist und unsere Bemühungen dem Werke der Erneuerung

widmen wollen. Diese Versammlung darf indessen nicht auseinandergehen, ohne daß man Deutschland gegenüber eine Geste unternommen hat, die notwendig ist, damit Deutschland fühlt, daß hier eine tiefe Enttäuschung darüber herrscht, daß man das ins Auge gefaßte Ziel nicht hat verwirklichen können. Es ist notwendig, daß diese Versammlung mit einer moralischen Kundgebung, die die konkrete Durchführung des gesteckten Ziels voraussieht, schließt." Nach diesen Worten formuliert er folgenden Antrag: „Die Versammlung bedauert die Schwierigkeiten, die es nicht erlauben, den Zweck zu erreichen, für den die Bundesversammlung einberufen ist, und hofft, daß sie bis zum Sept. überwunden sein werden, damit dann der Eintritt des Reiches glatt erfolgen kann." Graf Ishii erklärt, er werde im Rat den Antrag auf Wahl einer Studienkommission stellen, die sich mit der Reform des Völkerbundsrates zu befassen hätte. Unden gibt dem Wunsche der schwedischen Regg. Ausdruck, daß Deutschland im Sept. tatsächlich in den Völkerbund aufgenommen werden möge. In eindrucksvoller Weise bringt Motta das allgemeine Bedauern zum Ausdruck, daß das große Werk gescheitert sei; er meint, daß im Falle eines allgemeinen Verständigungswillens die Verständigung zustande gekommen wäre. Loudon-Holland bringt seine Bestürzung zum Ausdruck, daß der Geist der Verständigung nicht gesiegt habe. Das nochmalige Scheitern der deutschen Aufnahme würde ein nicht wieder gut zu machendes Unglück bedeuten. Grundbedingung für einen besseren Erfolg im Sept. sei, daß die Studienkommission zu einem befriedigenden Ergebnis gelange, wozu jedoch verschiedene Staaten ihren Egoismus zurückstellen müßten. Nansen-Norwegen beschuldigt die Großmächte, daß sie sich bei ihren Verhandlungen der alten Geheimdiplomatie und nicht der Organe des Völkerbundes bedient hätten. Tschao Hsiu-tschu tadelt es, daß für die Beurteilung der Geeignetheit der Staaten für einen Ratssitz zuerst ihre militärische Kraft in Betracht gezogen werde, nicht aber ihre wirtschaftliche und geographische Bedeutung. Hierauf wird die Aussprache geschlossen und die Anträge Briands und Ishiis werden einstimmig angenommen.

Am Abend reist die deutsche Delegation mit Sonderzug nach Berlin zurück.

In der letzten öffentlichen Sitzung am 18. März wird die in geheimer Sitzung angenommene Entschließung über den Prüfungsausschuß für die Zusammensetzung des Völkerbundsrats verlesen. Der Ausschuß wird sich zusammensetzen aus Vertretern der Mitglieder des Völkerbundsrats sowie folgenden Staaten: Deutschland, Argentinische Republik, China, Polen und Schweiz. Am 10. Mai soll er zusammentreten und einen Bericht für den Völkerbundsrat vorbereiten. Vgl. S. 460.

Zum Präsid. der Saarkommission wird Stephens-Kanada ernannt.

24. März. (Haager Schiedsgericht) Auslegung des Dawesplans.

Das Schiedsurteil erklärt: Die Dawes-Annuitäten umfassen 1. die Übertragung einer Spezialsumme durch Deutschland an Frankreich und Polen bezw. der Versicherungsfonds in Elsaß-Lothringen und Oberschlesien und 2. deutsche Barleistungen bezw. die Zivil- und Militärpensionsberechtigungen, die am 11. Nov. 1918 bestanden hatten. Nicht eingeschlossen sind die von Deutschland geschuldeten Sachrestitutionen jeder Art. Gegenwärtig vermag jedoch das Schiedsgericht nicht die Frage zu entscheiden, ob die Dawes-Annuitäten auch die im deutsch-poln. Abk. v. 9. Jan. betr. die Zivil- und Militärpensionen vorgesehenen Zahlungen umfassen.

15. April. Deutsche Note betr. Teilnahme an der Studienkommission.

Im Auftrag der deutschen Regg. läßt Stresemann in Genf die Antwortnote auf die Note des Generalsekretärs vom 20. März (vgl. S. 458) überreichen. Er nimmt die Einladung zur Teilnahme an der Studienkommission an und fügt folgenden ausdrücklichen Zusatz bei: „Ich gestatte mir, darauf hinzuweisen, daß sich der deutsche Vertreter, da Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist, bei den Beratungen der Komm. naturgemäß in einer andern Lage befinden wird als die Vertreter der übrigen beteiligten Mächte. Diese besondere Lage Deutschlands wird nicht nur von dem deutschen Vertreter berücksichtigt werden müssen, sondern macht es auch notwendig, ausdrücklich hervorzuheben, daß seine Teilnahme an den Beratungen die Freiheit der Entschließung der deutschen Regg. hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nicht berühren kann."

Dieser Vorbehalt löst in der Pariser Presse Besorgnisse aus, man liest zwischen den Zeilen die bestimmte Drohung des Deutschen Reiches, seine Annäherung an Rußland weiter zu vollziehen und sieht die Locarnopolitik bedroht, d. h. dem doppelten Druck Rußlands und Amerikas ausgesetzt.

19. April. Note der Vereinigten Staaten betr. Ablehnung der Juristenkonferenz.

Der Gesandte der Ver. Staaten in Bern überreicht dem Generalsekretär des Völkerbundes die Antwort des Staatssekretärs Kellogg auf die Note des Völkerbunds vom 29. März, in der dieser die Ver. Staaten zur Teilnahme an der Konferenz der Mitgliedstaaten des Internat. Gerichtshofes zwecks Überprüfung der amerik. Vorbehalte für den Beitritt zum Gerichtshof (vgl. S. 401) für den 1. Sept. eingeladen hat. Kellogg lehnt die Einladung höflich, aber bestimmt ab: Er glaube nicht, daß die Teilnahme eines Delegierten der Ver. Staaten an der angeregten Konferenz ein nützliches Ergebnis haben könnte. Die Vorbehalte des amerik. Senats seien klar und unmißverständlich und bestimmten ausdrücklich, daß ihre Annahme durch einen Notenaustausch zwischen den Ver. Staaten und den 48 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zu erfolgen habe, bevor die Ver. Staaten das Protokoll für den Beitritt zum Internat. Gerichtshof unterzeichnen könnten. An diesem festgelegten Verfahren etwas zu ändern oder die Vorbehalte zu ändern, stehe ihm nicht zu.

26. April. (Genf) Eröffnungssitzung der vorbereitenden Kommission für die Internationale Weltwirtschaftskonferenz.

Vizepräsid. Theunis verliest die Eröffnungsrede des nicht erschienenen kranken Präsid. Ador, der u. a. folgendes betont: Es handle sich um keinen Vorschlag von Lösungen für die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern um die Aufstellung eines Arbeitsprogramms und des Datums für den Zusammentritt der definitiven Wirtschaftskonferenz (vgl. GK. 1925!). — An der Konferenz nehmen auch Deutschland und die Ver. Staaten teil. England hat von den Beratungen das internationale Schuldenproblem ausgeschlossen, Amerika das Einwanderungsproblem.

In der Geheimsitzung der Kommission am 27. ergreift auch der deutsche Vertreter, Staatssekretär Trendelenburg, das Wort und führt u. a. folgendes aus: Die Welt ist krank, überindustrialisiert. Die Industrie kann ihre Erzeugnisse zu den Preisen, die sie braucht, nicht absetzen. Der Gedanke einer Verständigung auf der Grundlage der Abdrosselung nicht lebensfähiger Industrien ist nicht von der Hand zu weisen. Das Hauptproblem liegt in der Ermäßigung der Produktionskosten zur Belebung des Absatzes. Die industrielle Wirtschaft muß verbilligt und rationalisiert werden. Allgemeine Formeln für die Vereinheitlichung der Auffassung über die Möglichkeit der Wiederherstellung des Weltmarktes müssen aufgestellt werden. Man muß dort produzieren, wo es am billigsten ist. Dazu müßte der Güterumlauf verbilligt werden. Die Erweiterung des Weltmarktes ist notwendig und wird durch China, Indien und Rußland bewiesen. Wodurch wird die Einheitlichkeit gestört? Durch die Differenzen in der Währung und durch die nationalistische Industrialisierung. Hierher gehören Zollschranken, Einwanderungsverbote, Ein- und Ausfuhrverbote, Repressalien, Subsidienwirtschaft und der Konkurrenzkampf großer Nationen. Die Währungsfrage muß sehr vorsichtig angefaßt werden. Hierzu hat die Brüsseler Konferenz die beste Grundlage geboten. Die nationalistische Industrialisierung kann dadurch bekämpft werden, daß die Weltmeinung deutlich zum Ausdruck gebracht wird. Man muß sich aber klar sein, ob es möglich ist, in den Wirrwarr der Verträge Ordnung zu bringen. Viele Länder haben noch gar keine Handelsverträge. Nicht alle Länder können alle Industrien haben. Aber es ist für den Handelsvertreter eines Staates sehr schwer, diesen Grundsatz den betreffenden Industrien zu erklären. Es ist daher vorerst die Lösung einer Reihe von Vorfragen nötig. Hierzu gehören die Einrichtung einer einheitlichen Statistik und die Schaffung eines einheitlichen Zolltarifschemas. Der engl. Delegierte Laydon beantragt die Einsetzung von drei Kommissionen, die sich mit Zollfragen, mit der Produktion und mit der Arbeiterfrage beschäftigen sollen.

10.—17. Mai. (Genf) Erste Session der Studienkommission für die Ratsreform.

In — zunächst geheimer — Sitzung tritt die Studienkommission für die Ratsreform (vgl. S. 458) zusammen. Als erster Redner erläutert Lord Robert Cecil das Arbeitsprogramm: Dauer der Mandate der nichtständigen Mitglieder, Wahl derselben, ob einfache Mehrheit oder proportionelle Vertretung, Berücksichtigung des geographischen Moments, Frage der Wiederwählbarkeit und die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder. Scialoja-Italien betont, daß der Rat und die Versammlung völlig gleichgestellt seien und keineswegs einer dieser beiden Körper an die Rechte des andern rühren dürfe. Die Teilung in ständige und nichtständige Ratsmitglieder sei unantastbar, und Grundsatz sei, daß aus dem Völkerbund kein Oberstaat werden dürfe. In diesem Sinne bildeten die ständigen Mitglieder eine Art Gerippe für den Bund. Eine Schwächung dieses Grundsatzes wäre eine Schwächung des Bundes. Die Zahl der nichtständigen Mitglieder dürfte unter keiner Bedingung zu groß werden, sonst würde man an dem Grundsatz der Einstimmigkeit rühren, der unter allen Umständen gewahrt werden müsse. Jetzt schon habe man im Rat sehr große Schwierigkeiten, wenn es sich darum handle, Einstimmigkeit zu erzielen. Bei einem allzu großen Rat, etwa 20 Mitgl., wäre die Einstimmigkeit durchaus undurchführbar.

Man würde dann gezwungen sein, auf den Mehrheitsgrundsatz zurückzugreifen und dies würde für manche Staaten den Zwang darstellen, sich vom Völkerbund zurückzuziehen; die Staaten würden sich durch eine Mehrheit in ihrer freien Willensäußerung eingeschränkt fühlen. Palacios-Spanien meint, daß die Einstimmigkeit allerdings unentbehrlich sei, daß sie aber nicht so schwer erreicht werden könne; bisher habe sie nur zweimal Schwierigkeiten gemacht. Das eine Mal im Jahre 1921, als Brasilien sich dem ständigen Sitz Spaniens widersetzte, und im Jahre 1926, als Schweden anläßlich der Aufnahme Deutschlands den bekannten Protest einlegte. In der Nachmittagssitzung spricht Paul-Boncour: Jetzt müsse von jeder Satzungsänderung abgesehen werden, da sie in der verfügbaren kurzen Zeit nicht durchführbar wäre. Gegenwärtig, in Ermangelung der Völkerbundstruppen, sei der heutige Rat mit den darin sitzenden Großmächten notwendig und ebenso bis zu einem gewissen Moment die Einstimmigkeit, letzteres mit der Ausnahme, daß von der Einstimmigkeit abgesehen werde, wenn ein Ratsmitglied etwa einen flagranten Angreifer nicht dafür erklären wolle und damit die Völkerbundsaktion lahmlege. (Allgemein wird darunter eine Anspielung auf den Berliner Vertrag verstanden.)

Sjöborg-Schweden vertritt den bekannten schwedischen Standpunkt: Außer durch Deutschland solle der Rat nicht erweitert werden, weil sich die Einstimmigkeit sonst nicht erhalten lasse. Außerdem müsse ein Turnus der Ratssitze eingeführt werden, was die Versammlung nun schon viermal empfohlen hätte. Kronzeuge gegen die Vermehrung der ständigen Sitze sei Wilson selbst. Überhaupt müsse man sich fragen, ob eine Ratserweiterung im Interesse des Völkerbundes liege, und das verneine er kategorisch. Besonders das Interesse der kleinen Staaten erfordere eine große und starke Versammlung. Man müßte vielleicht einmal den allzusehr angewachsenen Rat wieder verkleinern. Tschao Hsin-tschu betont die Berücksichtigung des geographischen Moments. Jetzt sei Amerika und Afrika noch gar nicht, Asien einmal, Südamerika zweimal im Rate vertreten. Es müßte der Begriff der Großmacht definiert werden. China sei nur vom militärischen Standpunkte aus keine Großmacht, sonst aber in jedem anderen Sinne. Präsid. Motta resümiert in einer vorsichtigen Rede das Ergebnis des Tages dahin, daß bis jetzt in zwei Punkten Einigkeit erzielt sei: Jeder wolle die Einstimmigkeit im Rate beibehalten und niemand wolle eine Satzungsänderung herbeiführen.

Am 11. wird die Beratung fortgesetzt. De Brouckère-Belgien polemisiert leidenschaftlich gegen die Darlegungen Scialojas (s. o.); er anerkennt zwar die Tatsache, daß es ständige Sitze gebe und die Einstimmigkeit gefordert werden müsse. Seiner Ansicht nach entwickelt sich jedoch der Völkerbund in demokratischem Sinne, indem die Zahl der nichtständigen größer werde als die der ständigen. Die Zahl der Sitze von „Rechts wegen" sei folgerichtig kleiner als die der gewählten. Da er den künftigen Eintritt Rußlands und Amerikas in den Völkerbund voraussetzt, wünscht er für die Zukunft 7 ständige und 8 nichtständige Sitze. Veverka-Tschechoslowakei erklärt, daß sein Land sich jeder demokratischen Lösung anschließe. Er sei einig mit Lord Cecil, daß keine revolutionäre Änderung im Völkerbundsrat stattfinden solle, hoffe aber auf eine gesunde Evolution. Er empfehle eine Vermehrung der nichtständigen Sitze, die Aufnahme aller politischen Gruppen und Strömungen der Gegenwart, und als Höchstgrenze die Möglichkeit eines glatten Funktionierens des Rates im Wege der Einstimmigkeit. Bot-

schafter v. Hoesch erklärt: Deutschland befinde sich in einer besonderen Lage. Daher wolle Deutschland keine Vorschläge machen und in die Verhandlung nicht eingreifen. Sobald sich aber die Vorschläge der anderen genauer herauskristallisiert hätten, werde Deutschland hierzu Stellung nehmen.

In der Nachmittagssitzung wird die Generaldebatte geschlossen und folgender Vorschlag Lord Cecils als Basis für die weiteren Verhandlungen angenommen. Dieser Vorschlag lautet: 1. Die nichtständigen Ratsmitglieder werden für 3 Jahre gewählt, treten sofort nach erfolgter Wahl in Funktion, und jedes Jahr werden ihrer 3 neu gewählt. 2. Die Wiederwählbarkeit ist erst 3 Jahre nach Ablauf des ersten Mandats erlaubt. Jedoch kann die Versammlung mit Zweidrittelmehrheit alljährlich eventuell eines der ausscheidenden Mitglieder wiederwählen. 3. Die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder beträgt 9; sie werden nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt. 4. Anfangs werden 3 Nichtständige auf 3 Jahre, 3 auf 2 Jahre und einer auf ein Jahr gewählt. Das heikle Thema der ständigen Sitze ist also damit noch nicht angeschnitten. Erst in der Sitzung am 14. streift Cecil die Zahl der ständigen Sitze: Die ständigen Sitze seien immer für die Großmächte bestimmt gewesen, eine Definition des Begriffes „Großmacht" sei überflüssig. Zu den im Völkerbundspakt genannten fünf Großmächten (damals einschließlich der Ver. Staaten von Nordamerika) habe man sich immer für die Zukunft noch Deutschland und Rußland hinzugedacht. England habe Spanien eine Konzession machen wollen, aber die Ereignisse des März zwängen England zur Nachprüfung dieses Planes und zu dem Entschluß, die ständigen Sitze nur um den Sitz Deutschlands zu vermehren. Die Forderung Brasiliens nach zwei ständigen Sitzen für Südamerika veranlaße China zu erwähnen, das trotz seiner Bevölkerungszahl und Kultur auf den ständigen Sitz verzichte, wenn kein weiterer ständiger Sitz als der deutsche geschaffen werde.

Am 15. ergreift dann unter allgemeiner Aufmerksamkeit der deutsche Botschafter v. Hoesch das Wort: Aus Anlaß der Frage der Erweiterung der Zahl der ständigen Ratssitze war im März eine innere Krise des Völkerbundes ausgebrochen. Diese innere Krise hat den Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde verhindert. Daher würde es mir nicht anstehen, mich in die Frage einzumischen, die die Krise heraufbeschworen hat, d. h. die Frage der ständigen Sitze. Ich bin aber verpflichtet auszusprechen, daß, solange die Krise nicht entsprechend unseren Hoffnungen gelöst ist, meine Darlegungen nur einen hypothetischen Charakter haben können und natürlich meine Regg. nicht endgültig binden können. Ich kann mich grundsätzlich dem fundamentalen Gedanken des Vorschlages von Lord Cecil anschließen, und dies um so mehr, als der Vertreter Großbritanniens auseinandergesetzt hat, daß er sich bei der Vorlage seines Vorschlages einzig und allein von den allgemeinen Interessen des Bundes habe leiten lassen, daß sein Vorschlag dem allgemeinen Wunsche entspringe, das Funktionieren des Bundes zufriedenstellender zu gestalten. Ich füge jedoch hinzu und halte es für wesentlich, klarzustellen, daß die Freiheit der Vollversammlung des Bundes in keiner Weise beeinträchtigt wird, und daß gegebenenfalls die Bezeichnung derjenigen Bundesmitglieder, die nach einem Zeitraum von drei Jahren von dem Grundsatz des Roulements befreit werden sollen, durch die Vollversammlung in freier Ausübung ihrer Funktionen und in absoluter Wahrung der Freiheit ihrer Beurteilung vor sich geht. Ich habe Ihnen noch,

m. H., einige Worte über die Frage der nichtständigen Sitze zu sagen. Ich möchte zunächst erklären, daß diejenigen Argumente, die vorgebracht worden sind, um die Notwendigkeit der Erhöhung der Zahl dieser Sitze zu begründen, mich nicht völlig überzeugt haben. Sehr viel stärker und überzeugender erschien mir die Beweisführung, die hier zugunsten der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zahl der nichtständigen Sitze vorgebracht wurden. Die verschiedenen Gründe, die mir für eine Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zahl zu sprechen scheinen, sind von den Vertretern Italiens, Schwedens und Argentiniens in meisterhafter Weise entwickelt worden. Jedoch habe ich nicht die Absicht, angesichts der starken Strömungen, die in unserer Kommission zugunsten des Grundsatzes der Erhöhung der Zahl vorhanden zu sein scheinen, in dieser Beziehung intransigent zu bleiben. Indessen bitte ich die Kommission, falls sie dazu kommt, die Vermehrung der nichtständigen Sitze für notwendig zu halten, dieses nur in möglichst bescheidenem Ausmaße zu tun.

Am 17. Mai beschließt die Kommission die „erste Lesung" des „provisorischen" Projektes betr. die Vermehrung der nichtständigen Sitze. Die 2. Lesung wird auf den 28. Juni festgesetzt, dabei sollen auch die noch immer aufrecht erhaltenen Forderungen Brasiliens, Chinas, Spaniens, Persiens und Polens nach ständigen Sitzen behandelt werden. Vgl. jedoch S. 468.

18.—26. Mai. (Genf) Erste Session der vorbereitenden Abrüstungskommission.

An der Session nehmen außer den Ratsmitgliedern auch die Vertreter der eigens eingeladenen Mächte (darunter die Ver. Staaten und Deutschland) teil. Nachdem Paul-Boncour die Übernahme des Vorsitzes mit Rücksicht auf die dabei auf dem Spiele stehenden französischen Interessen abgelehnt hat, wird Loudon-Holland zum Präsid. gewählt. In der sich anschließenden geheimen Sitzung wird zunächst eine besondere Militärkommission gebildet. Dann wird die Generaldebatte über das im Dez. 1925 aus den franz. und englischen Sonderprogrammen zusammengefaßte Gemeinschaftsprogramm eröffnet. Die hauptsächlichsten Meinungsunterschiede zwischen England und Frankreich, die auch im Ratskomitee Anfang Dez. 1925 vertreten worden sind, liegen darin, daß Cecil eine Herabsetzung alles dessen verlangt, was im allgemeinen militärischen Sinne als Militärmacht anzusehen ist, während Frankreich die für den Krieg im allerweitesten Sinne irgendwie verwendbaren Kräfte in die Rechnung einsetzen will, dann aber auch die Unterstützung, die jedes angegriffene Land gegenüber jedem Angreifer militärisch und wirtschaftlich vom Völkerbund und seinen regionalen Verbündeten erhalten müßte und könnte. Lord Cecil legt dar, daß die engl. Armee von den Rüstungen der anderen Staaten nicht abhänge, weil sie im allgemeinen nur Ordnungsdienst leiste; daneben bestehe noch eine Kolonialarmee mit ganz besonderen Verhältnissen. Die engl. Marine und Militäraviatik hänge dagegen von dem Verhalten anderer Völker ab, und England wünsche schon aus wirtschaftlichen Gründen deren Reduzierung, wie dies in Washington hinsichtlich der Marine teilweise gelungen. Nicht nur Sicherheit führe zur Abrüstung, sondern Abrüstung gewähre auch Sicherheit. Vorsicht sei gewiß nötig, aber auch guter Wille. Der deutsche Delegierte, Botschafter Graf Bernstorff, betont sehr energisch die vollständig durchgeführte deutsche Entwaffnung und den Anspruch Deutschlands auf Abrüstung der anderen aus dem Versailler Diktat

Abschn. 5, aus dem bekannten Briefwechsel vom 16. Juni 1919 und aus der Locarnopolitik, die die ausschließliche Grundlage der deutschen Außenpolitik sei. Das deutsche Volk besitze nicht einmal den im Art. 8 der Satzung vorgesehenen Sicherheitsgrad, denn die Nachbarschaft zu stark bewaffneter und entwaffneter Völker gefährde den Frieden. Der amerikanische Gesandte Gibson betont den Abrüstungswillen des amerik. Staatspräsidenten.

Am 19. beginnt die Einzelberatung, die zwei Tage beansprucht. In der Debatte werden u. a. erörtert: das Sicherheitsproblem, der Unterschied zwischen „offensiver“ und „defensiver“ Rüstung, die Beschränkung der beschränkbaren Kriegsmittel, das Verbot des Giftgaskriegs, die Frage der „potentiellen“ Kriegsstärke, d. h. die Möglichkeit der Überführung der Friedensindustrie in eine Kriegsindustrie.

Am 20. bringt Lord Cecil einen Vorschlag ein, die Einzelaussprache abzuschließen und das Redaktionskomitee zu beauftragen, die Fragen für die beiden Unterkommissionen zu formulieren. In keiner Weise wird im Verlauf der gesamten Debatte das neue Moment beachtet, das Graf Bernstorff mit der völligen und einseitigen Entwaffnung Deutschlands bezeichnet. Graf Bernstorff führt daher u. a. folgendes aus: Man darf doch die Tatsache des Bestehens des Völkerbundes und den Umstand nicht übersehen, daß dadurch die Lage vollkommen geändert worden ist. Ein Krieg ist doch heute mit gewissen Ausnahmen eine Unmöglichkeit. Ein kriegerischer Konflikt ist nur noch zwischen dem Völkerbund selbst und einem Angreiferstaat vorstellbar. Außerdem ist auch die Sicherheitsfrage zu stark unterstrichen worden. Unter Bezugnahme auf den Schlußabsatz der Resolution der Völkerbundsversammlung fährt Redner fort: Wenn wir überhaupt zu einer Einigung kommen, dann können wir sie nur dann in die Praxis umsetzen, wenn der Völkerbundsrat erklärt, daß die allgemeine Sicherheit erreicht ist. Unsere ganze Diskussion müßte sich doch auf der Annahme aufbauen, daß diese allgemeine Sicherheit erreicht ist. In den meisten Ausführungen wurde der Völkerbund und die Bestimmung des Art. 8 seiner Satzung, nach der die Freiheit der Staaten, sich zu rüsten, beschränkt ist, vollkommen ignoriert. Wir haben deutscherseits in bezug auf Entwaffnung in den letzten acht Jahren eine sehr große Erfahrung bekommen. Weniger Erfahrung haben wir aber in bezug auf Rüstung. Ich habe einen tiefen Eindruck empfangen von dem düsteren Gemälde, das gestern de Brouckère uns über den Gas- und Luftkrieg vor Augen geführt hat. Ich will nur eine persönliche Anregung geben, die Anwendung von Giftgasen und von Kriegsluftfahrzeugen glatt zu verbieten. Der belg. Delegierte hat in seiner Rede auch noch ausgeführt, daß jedem Land erlaubt sein müsse, sich zu verteidigen. Eine zynische Grausamkeit wäre es, wenn man einem Lande verbieten wollte, sich gegen Luftangriffe auf seine Hauptstadt zu schützen. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß Deutschlands Entwaffnung augenblicklich so groß ist, daß wir unsere Hauptstadt nicht gegen einen Luftangriff verteidigen könnten. Bei der Frage der potentiellen Kriegsstärke eines Landes muß man berücksichtigen, wieweit die Friedensindustrie in eine Kriegsindustrie übergeführt werden kann. Für den besonderen Fall Deutschlands ist die Lage doch so, daß die deutschen Industriezentren, die in der Nähe der Grenzen liegen, in wenigen Stunden vernichtet werden können, bevor überhaupt an eine Umwandlung herangegangen werden kann. Außerdem muß man noch die besonderen schwachen Punkte, die ein Land aufweist, berücksichtigen. Darunter

fällt z. B. die Unmöglichkeit, die Bevölkerung mit genügender Nahrung zu versehen, die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Rohmaterialien, besonders solcher, die aus den Kolonien eingeführt werden müssen. Schließlich muß man noch auf die geographische Lage eines Landes Rücksicht nehmen. Ich habe den Eindruck, daß der Fragebogen auf der einen Seite bis ins einzelne geht, daß auf der anderen Seite aber einige wichtige Punkte überhaupt nicht ins Auge gefaßt sind. Es wäre doch sicher wesentlich, die Frage des Verbotes der Kriegsflugzeuge, der schweren Artillerie und der Tanks zu erwähnen. Ich meine, man würde erfolgreichere Arbeit leisten können, wenn man nicht nur auf die bloße Herabsetzung der jetzigen Rüstungen ausginge, sondern auch daran ginge, gewisse Kategorien von Rüstungen überhaupt auszuschalten.

Am 25. Mai stellt das Redaktionskomitee in einer Geheimsitzung den Entw. zum Berichte des Referenten de Brouckère für die Vollkommission mit einigen Textänderungen einstimmig fest. Zu dem von Paul-Boncour und Lord Robert Cecil eingebrachten Antrag betr. Prüfung der Methoden und technischen Maßnahmen, mittels deren die Hilfeleistung für einen angegriffenen Staat rasch ins Werk gesetzt werden könne, gibt Graf Bernstorff zustimmende Erklärungen ab, doch setzt er folgenden Einwand hinzu: Die vorgeschlagene Prüfung dürfte m. E. nicht den gegenwärtigen Stand der Rüstungen zur Grundlage haben, der, wie wir alle hoffen, nur vorübergehend ist und der durch die Arbeiten gerade unserer Konferenz vereinbart werden soll. Die in Rede stehenden Untersuchungen werden vielmehr von einem Stande der Abrüstung auszugehen haben, wie er sich als Endergebnis unserer Arbeiten darstellen wird. Diese Abrüstung wird so einzurichten sein, daß die Kraft keines einzigen Staates den im Völkerbund verfügbaren Kräften gleichkommen darf; jeder Staat wird so viel Rüstungen aufrecht erhalten müssen, daß die vereinigten Kräfte der Mitglieder des Völkerbundes die Ausführung seiner Beschlüsse gewährleisten.

In der Schlußsitzung am 26. Mai verweist de Brouckère im Verlauf der Debatte auf die Entscheidung des Rates, nach der jetzt nur Vorbereitungen getroffen werden sollen und die Abrüstungskonferenz selbst erst dann einberufen werden soll, wenn der Rat die Sicherheit als vollkommen erreicht bezeichnet hat. Schließlich wird der Bericht de Brouckères unverändert angenommen und die Kommission selbst vertagt sich ohne Datum. Der Kompromißbeschluß Boncour-Cecil, der den wichtigsten Teil der Kommissionsarbeiten enthält, nämlich die Konsequenzen aus dem Art. 16 und den Regionalverträgen für Sicherheit und Abrüstung, soll den Rat im Juni beschäftigen. Das Gesamtergebnis der Tagung der Abrüstungskommission kann vom deutschen Standpunkt aus dahin kurz charakterisiert werden, daß es „nicht geeignet sei, die allgemeine Abrüstung zu beschleunigen“ — wie es der deutsche Vertreter selbst zum Ausdruck brachte, als er am 25. dem Kompromiß Cecil-Boncour zustimmte. Lord Cecil hingegen äußert sich bei einem Presseempfang mit den Ergebnissen sehr zufrieden: Die Abrüstungskommission sollte ursprünglich bloß die Fragen an die beiden Unterkommissionen verteilen. Aber sie trat sogar den Fragen selbst näher: 1. Die Beschränkung der Rüstungen kann sich bloß auf die Friedensstärke beziehen, 2. es ist notwendig, daß die Staaten konkrete Vorschläge für ihre eigene Abrüstung selbst unterbreiten. Den Hauptgewinn der Tagung sieht Cecil darin, daß die Sache in Fluß gekommen ist, wenn er auch nicht glaubt,

daß die Abrüstungskonferenz selbst vor Ende 1927 einberufen werden kann.

Die weitere Spezialbehandlung der gesamten Abrüstungsfragen fällt nunmehr den Unterkommissionen anheim, der militärischen Unterkommission A, den wiederum von dieser selbst eingesetzten drei Subkommissionen für Land-, See- und Luftrüstung, und der wirtschaftlichen Unterkommission B.

25. Mai. (Haager Schiedsgerichtshof) Schiedsspruch im deutsch-poln. Chorzowstreit.

Der Gerichtshof gibt in den Hauptpunkten der Klage der Deutschen Regg., die diese gegen die poln. Regg. wegen einer Reihe von Eigentumsrechten in Ost-Oberschlesien angestrengt hat statt und erklärt die Haltung der poln. Regg. gegenüber den A.-G. „Oberschles. Stickstoffwerke“ und „Bayer. Stickstoffwerke“ (Chorzow) als im Widerspruch stehend zu Art. 6 der Genfer Konventionen, da die Anwendung des poln. Annullationsgesetzes vom 14. Juli 1920 (im Volksmund: „Diebstahlsges.“) mit den Liquidationsbestimmungen des Genfer Abk. nicht im Einklang steht.

7.—10. Juni. (Genf) 40. Tagung des Völkerbundsrats: Ende der Kontrolle in Oesterreich; Ratsreform.

In der Eröffnungssitzung teilt auf Befragung Chamberlain mit, daß in den engl.-türk. Mossulverhandlungen ein Übereinkommen erzielt sei, und daß England den Türken eine Grenzverbesserung zuerkenne, über die die beiden Staaten unter schweizerischem Vorsitz noch weitere Beschlüsse fassen würden.

In der öffentlichen Sitzung am 9. bildet den ersten Punkt der Tagesordnung der Bericht des Finanzkomitees vom 7. Juni betr. die Kontrolle über Österreich. Darin wird erstens festgestellt, daß die im Sept. 1925 als Voraussetzung für die Aufhebung der Kontrolle bezeichneten Bedingungen (u. a. Vorlage des Rechnungsabschlusses für 1925, Prüfung der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Lage Österreichs) erfüllt sind, und dem Rat empfohlen, zu erklären daß, da „die finanzielle Stabilität Österreichs gesichert ist“, die Tätigkeit des Generalkommissars unbeschadet der Resolution vom 9. Dez. 1923 mit 30. Juni 1926 abzuschließen sei. Zweitens wird die Ausgabe von Schatzscheinen (bis zur Höchstgrenze von 75 Mill. Schilling) unter der Voraussetzung der Zustimmung des Komitees der garantierenden Staaten unter den mit der öst. Regg. vereinbarten Bedingungen grundsätzlich gutgeheißen. Drittens genehmigt der Ausschuß die Freigabe von 27 Mill. Sch. aus den Erlösen der Völkerbundsanleihe für 1926 für die internat. Telephonkabelanlagen. Am 8. Juni nimmt der Rat die Resolution einstimmig an.

In einer geheimen Nachmittagssitzung am 8. wird die Frage der Ratsreform (vgl. S. 460 ff.) behandelt, die dann am 10. auch in öffentlicher Sitzung zur Debatte gestellt wird. Der spanische Legationssekretär Querboule verliest eine Erklärung, wonach die spanische Regg. nunmehr entschlossen ist, das Amendement zu Art. 4 des Paktes zu ratifizieren. Bisher wollte sie sich durch Ablehnung die Möglichkeit offen halten, solange neugewählt zu werden, bis sie ständiges Mitglied werden konnte. Spanien stellt sich also im Sept. nicht zur Wahl. Ferner verliest der Vertreter Brasiliens, Mello-Franco, eine Erklärung seiner Regierung, in der sie nach zahlreichen Erwägungen juristischer und poli-

tischer Natur Brasiliens Verzicht auf seinen nichtständigen Ratssitz ausspricht. Am 12. trifft beim Generalsekretär des Völkerbunds noch ein Telegramm der brasilianischen Regg. ein, wonach Brasilien nicht mehr bei der Versammlung erscheinen wird.

20.—23. Juli. (London) Tagung des Finanzkomitees.

Aus den beschlossenen „Empfehlungen“ ist folgendes hervorzuheben: Polen soll — unter Beibehaltung des bisherigen Zollverteilungsschlüssels von 7,8 % — Danzig einen Mindestbetrag von 14 Mill. Gulden an Zolleinnahmen, unter Beschränkung auf den Höchstbetrag von 20 Mill., garantieren, Danzig jedoch soll gleichzeitig aufgefordert werden, seine Verwaltungsausgaben einzuschränken. Für die bulgarische Flüchtlingsanleihe (45 Mill. GM.) wird zur Hauptbedingung die Schaffung eines beratenden Kontrollkörpers gemacht, dem Serbien, Rumänien und Griechenland angehören sollen.

22. Juli. Der Generalsekretär richtet wegen der Beschwerde Abessiniens (S. 425) an die englische und italienische Regierung Rückfragen.

Ende Juli. Schlußbericht des Generalkommissars für Ungarn.

Der Generalkommissar des Völkerbundes in Budapest, Smith, legt seinen 25. und letzten Bericht über die finanzielle Wiederherstellung Ungarns dem Völkerbundssekretariat zu Händen des Rates vor. Die Kontrolle des Budgets und die Überwachung der finanziellen Wiederherstellung Ungarns sind beendet, nur die Verwaltung der verpfändeten Einnahmen und die Kontrolle der Verwendung der Kreditreste bleiben aufrechterhalten. Die 1924 zustande gekommene Völkerbundsanleihe für Ungarn hat 253 Mill. Goldkr. ergeben, die ursprünglich zur Deckung des Budgetdefizits bestimmt waren; jedoch waren bloß 70 Mill. hierfür nötig. 100 Mill. wurden für die beiden Budgetjahre, die am 30. Juni 1926 und 1927 enden, der Regg. zur Verfügung gestellt. Der Kreditrest, rund 81 Mill., wird als Spezialkonto von dem Beauftragten des Finanzkomitees verwaltet.

29. Juli. Spanien deponiert die Ratifizierung des Amendement zu Art. IV der Satzung des Völkerbunds. Vgl. S. 466.

3. Aug. Englische Antwort betr. Abessiniens Beschwerde.

Die im Auftrag des engl. Außenmin. Chamberlain von Sir John Murray abgefaßte und unterzeichnete Antwortnote auf die Zuschrift des Sekretariats vom 22. Juli (s. oben) erklärt die ganze Angelegenheit überhaupt für ein Mißverständnis. England und Italien beabsichtigten keinen Zwang. Die geplanten Arbeiten seien für alle drei Beteiligten nützlich und Abessinien habe volle Freiheit. Der brit. Geschäftsträger habe am 14. Juli den telegraphischen Auftrag erhalten, diese Erklärung dem Kronprinzen Taffari mitzuteilen. Besonders ausführlich wird der abessinische Vorwurf widerlegt, England und Italien verlangten eine zu schnelle Antwort. Die Verhandlungen hätten zwischen Großbritannien und Abessinien bereits am 18. März 1902 angefangen, und schon damals habe Kaiser Menelik die Konzession am Tsanasee England und dem Sudan zugesagt. Verhandlungen, die 24 Jahre dauerten, könne man nicht als überstürzt bezeichnen. Ferner handle es sich um keine wirtschaftliche Überweisung eines Teiles von Abessinien an einen be-

stimmten Staat. Mit der engl. Anerkennung eines ausschließlichen italienischen wirtschaftlichen Einschlags in Westabessinien und im Gebiete der italienischen Eisenbahn sei niemand anderes als wieder nur England gebunden, das als Gegenleistung für die ital. Zusicherungen betr. den Tsanasee sich verpflichte, mit den ital. Unternehmungen weder selbst zu konkurrieren noch Konkurrenten zu unterstützen.

In ähnlichem Sinn antwortet am 7. Aug. auch die italienische Regg.

30. Aug.—3. Sept. Schlußtagung der Studienkommission.

Präsid. Motta eröffnet die 2. Tagung der Studienkommission mit einer längeren Rede: Ursprünglich sei die Tagung auf den 28. Juni angesetzt gewesen, habe jedoch vertagt werden müssen. Ihre neuerliche Einberufung sei auf die Initiative der span. Regg. erfolgt, und er bitte daher den Vertreter Spaniens, ihre Gründe auseinanderzusetzen. Dann beklagt er die Abwesenheit Brasiliens und verliest einen kurzen Brief des brasilianischen Geschäftsträgers, der erklärt, sein Land lasse sich mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage nicht vertreten. Botschafter de Palacios entwickelt die ganze Geschichte der Schwierigkeiten, die seit dem Scheitern der letzten Völkerbundsversammlung entstanden seien. Die Studienkomm. habe dann vom Rat den Auftrag erhalten, die Frage der Ratssitze endgültig zu lösen und die vorliegenden Gesuche um ständige Ratssitze, darunter auch das Ansuchen Spaniens, endgültig zu entscheiden. Diese Entscheidung sei auf ihrer ersten Tagung nicht erfolgt, sondern es sei die Vertagung eingetreten und alle Ansprüche seien vorbehalten geblieben. Palacios erklärt dann: „Spanien hält seinen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz aufrecht und bittet die Komm. um eine klare Entscheidung." Sodann beginnt die 2. Lesung der Ergebnisse der 1. Tagung (S. 460 ff.).

In der Nachmittagssitzung wird ein erweitertes Unterkomitee gebildet, das am 31. Aug. zu geheimen Beratungen zusammentritt. Den Gegenstand derselben bildet der umstrittene Reformplan Fromageots, die größten Schwierigkeiten bereiten die Übergangsbestimmungen für die Wahlen in den Völkerbundsrat dieses Jahres, bei denen die Wiederwählbarkeitserklärung im vornherein für die bekannten Kandidaten den größten Wert haben muß.

1. Sept. — Präsid. Motta erläutert in der Vollsitzung, zu der Spanien erschienen ist, Brasilien natürlich nicht, sehr eingehend das Ergebnis der Geheimsitzungen am Vortag und bittet dringend, einstimmig den Beschluß der Unterkommission anzunehmen. Dieser Beschluß lautet: Art. I: Die nichtständigen Mitglieder des Rates werden für die Dauer von 3 Jahren gewählt. Sie treten ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an. Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitgl. gewählt. Art. II: Ein ausscheidendes Mitgl. kann während der auf den Ablauf des Mandates folgenden 3 Jahre nicht wiedergewählt werden, es sei denn, daß die Bundesversammlung beim Ablauf des Mandates oder im Laufe dieser 3 Jahre mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt. Jedoch darf die Zahl der auf diese Weise wiedergewählten Mitglieder nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der im Rat sitzenden nichtständigen Mitglieder betragen. Art. III: Die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Rates wird auf neun erhöht. Art. IV: Übergangsbestimmungen. § 1. Im Jahre 1926 werden 9 nichtständige Mitglieder des Rates von der Bundesversammlung in der Weise gewählt, daß drei für drei Jahre, drei für zwei und drei für ein Jahr gewählt werden. § 2. Von

den im Jahre 1926 auf diese Weise gewählten 9 Mitgl. können durch eine Entscheidung der Bundesversammlung, die in besonderer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit zu treffen ist, höchstens drei für wiederwählbar erklärt werden. § 3. Die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit, die im Jahre 1926 im voraus einem oder zwei oder drei der alsdann gewählten Mitgl. etwa zuerkannt wird, läßt das Recht der Bundesversammlung unberührt in den Jahren 1927, 1928 und 1929 zugunsten anderer, alsdann aus dem Rat ausscheidender nichtständiger Mitglieder von der in Art. II vorgesehenen Befugnis Gebrauch zu machen. Es versteht sich indessen, daß, sofern bereits drei Mitglieder 1926 die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit besitzen, die Bundesversammlung von jener Befugnis nur in besonderen Ausnahmefällen Gebrauch machen wird.

Nach kurzer Debatte wird das Projekt von der Kommission einstimmig angenommen; Spanien enthält sich der Stimme.

In der Nachmittagssitzung wird schließlich die Frage der ständigen Ratssitze erledigt. Der Vertreter Spaniens, Botschafter de Palacios, hält die span. Forderung vom Mai (vgl. oben) aufrecht. Fromageot-Frankreich fordert Spanien auf, sich dem Beschluß der Kommission anzuschließen. Der deutsche Botschafter v. Hoesch gibt eine Sympathieerklärung für Spanien ab und sagt dann weiter: Das Problem der ständigen Ratssitze ist der Ausgangspunkt einer inneren Krise des Völkerbundes geworden. Ich bin der Ansicht, daß dem Völkerbunde, d. h. im besonderen den Mitgliedern des Völkerbundsrates, die Aufgabe zufällt, dies Problem zu lösen, daß es mir nicht anstehen würde, gegenwärtig meine Auffassung hierüber darzulegen, während Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist. Der jap. Gesandte in Lissabon, Sato, würdigt die Ansprüche Spaniens, ebenso die seines großen Nachbarn China, und wünscht die baldige Rückkehr Brasiliens. Der chin. Gesandte in Rom, Tschao Hsin-tschu, unterstützt den span. Anspruch, der den Anspruch Chinas erleichtere. Sen. Scialoja versichert Spanien subjektiv der italienischen Freundschaft, aber objektiv und aus zwingenden Gründen bitte er Spanien, sich zu begnügen. Zuletzt spricht Präsid. Motta in seiner Eigenschaft als Schweizer. Er huldigt Spanien als Neutraler, aber die Schweiz könne ohne zwingendste Gründe keine Vermehrung der ständigen Sitze zugeben. Als Präsident und als Schweizer bitte er Spanien, die Lage zu prüfen. Der Völkerbund solle kein Bund der „Sieger" sein. Motta glaubt von einer Abstimmung absehen zu dürfen. Die Lage sei klar. Deutschland habe seine Stimmenenthaltung begründet. China und Polen hätten Spaniens Wünsche im Zusammenhang mit den ihrigen unterstützt, und Polen scheine sich der Stimme zu enthalten. Eine Befriedigung Spaniens sei nicht möglich. Deutschland erhalte den ständigen Sitz, sobald es in den Völkerbund aufgenommen sei. Das seien die Ergebnisse der Studienkommission, die dem Rat unterbreitet würden. Auf Wunsch Palacios' gebe es weder Mehrheits- noch Minderheitsberichte, sondern der Präsid. berichte allein.

Zur Kenntnisnahme des vom Präsid. und vom Generalsekretär verfaßten Schlußberichts tritt die Kommission am 2. und 3. noch zu zwei Schlußsitzungen zusammen. In der z. T. sehr lebhaften Debatte kommt es dabei zu einer scharfen Auseinandersetzung mit Spanien, das den Wunsch ausdrückt, es möge klar ausgesprochen werden, daß sein Gesuch um einen ständigen Sitz abgelehnt worden sei. Mehrere Staatenvertreter erklären, es seien grundsätzlich alle neu beantragten ständigen Sitze über die deutschen hinaus abgelehnt worden, und nicht der spanische allein.

Lord Cecil und de Brouckère wollen die Einfügung des Hinweises in den Schlußbericht, daß die wiederwählbaren Sitze besonders im Hinblick auf Spanien geschaffen worden seien. Das lehnt jedoch de Palacios ab. Die Beratung wird daher vertagt.

Am 3. erfolgt sodann endlich die einstimmige Annahme des Berichts, an dem zwar nur stilistische, aber doch recht wesentliche Abänderungen vorgenommen sind. Der umstrittene Passus über Spanien lautet nunmehr: „Aus den Erklärungen der übrigen Ratsmitglieder (abgesehen von Polen und China) ergab sich, daß die Mitglieder der Komm. trotz des lebhaften Wunsches ihrer Regg.en außerstande waren, in erhöhtem Maße den Rechten und Wünschen Spaniens Rechnung zu tragen, und daß sie daher dem Völkerbundsrat keine weiteren ständigen Sitze vorschlagen könnten, als wiederum den, den nach einstimmigem Wunsch Deutschland erhalten soll. Aus diesen Gründen und zu ihrem größten Bedauern kann die Komm. dem Rat die Annahme des spanischen Gesuches nicht empfehlen. Der deutsche Vertreter wünscht, sich der Stimme zu enthalten, schließt sich aber der allgemeinen Sympathiekundgebung für Spanien an. Der Vertreter Spaniens dankt für diese Kundgebung, berichtet seiner Regg. und hält seine Forderung aufrecht." Cecil, Briand und Motta beraten noch bis 1 Uhr nachts wegen einer noch genaueren Stellungnahme gegenüber den Ratskandidaten. Das Ergebnis ist ein Resolutionsantrag Cecils, worin unter ausdrücklichem Hinweis auf Spanien und ohne Nennung von Polen und China die Höhe der halbständigen Sitze betont wird, ohne jedoch irgend der Wahlfreiheit der Versammlung vorzugreifen. Der von der Studienkomm. gefaßte Beschluß geht nunmehr an den Völkerbundsrat und wird von diesem an die Völkerbundsversammlung weitergeleitet.

2.—7. Sept. (Genf) 41. Tagung des Völkerbundsrats.

Die Tagung wird mit einer geheimen Sitzung eröffnet, an der Spanien nicht teilnimmt. Die Besprechung dreht sich vor allem um die durch die spanische Demonstration (s. o.) geschaffene Lage.

Am 3. wird nach kurzer Debatte die Beschwerde des Memelgebietes vom 2. März einem eigens eingesetzten Juristenkomitee überwiesen (vgl. S. 359 f. und 484).

In der öffentlichen Sitzung am 4. — Spanien und Brasilien fehlen — erstattet zunächst Briand den Bericht betr. die griechischen Flüchtlinge, dann wird der Bericht über die Wiederherstellung Ungarns angenommen, und Benesch berichtet über die Arbeiten des Komitees für die Waffenfabrikationskonferenz. Schließlich wird die Ratsreform behandelt. Baron Ishii verliest den Bericht der Studienkommission (s. o.); die vorgeschlagene Resolution lautet: „Der Rat nimmt Kenntnis von der Resolution, die Frankreich der ao. Bundesversammlung im März vorgeschlagen hat und die von dieser angenommen worden ist. Erstens genehmigt er den Bericht der Studienkommission für die Ratsreform. Zweitens entscheidet er infolge seiner Machtvollkommenheit aus Art. 4 des Paktes a) die Bezeichnung Deutschlands als ständiges Ratsmitglied von dem Augenblick seines Eintritts in den Völkerbund (Designation); b) die Vermehrung der nichtständigen Ratssitze auf neun; drittens empfiehlt er der Versammlung die Anwendung seiner Beschlüsse und viertens: empfiehlt er der Versammlung, die Vorschläge der Studienkommission betr. die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder und die Mandatsdauer günstig zu beurteilen." Die Vorschläge des Grafen

Ishii werden einstimmig angenommen. Hierauf wiederholt Undén wörtlich den Vorbehalt des schwedischen Unterstaatssekretärs Sjöborg in der letzten Sitzung der Studienkommission, wonach die schwed. Zustimmung zur Vermehrung der nichtständigen Ratssitze bloß dann gültig ist, wenn damit die Krise gelöst wird. Hierauf wird die Resolution Lord Cecils (S. 470) ebenfalls einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen.

6.—8. Sept. VII. Völkerbundsversammlung; Eröffnung; Beschluß über die Aufnahme Deutschlands.

Benesch-Tschechoslowakei eröffnet die Vollversammlung mit einer längeren Rede, in der er u. a. folgendes ausführt: Die gegenwärtige Bundesversammlung hat sicherlich eine ganz besondere Bedeutung sowohl für die Geschichte des Völkerbundes als für die allgemeine europäische Politik. Ich will aber nicht Triumphgesänge anstimmen, die den schwer überwindlichen Schwierigkeiten nicht Rechnung tragen würden. In diesem Sinne will ich darlegen, was der Völkerbund in den letzten zwölf Monaten geleistet hat. Unsere Arbeit zerfällt in drei Arten; die erste bildet das Werk der technischen und der beratenden Organisation des Völkerbundes, namentlich auf wirtschaftlichem, finanziellem, sozialem und humanitärem Gebiet. Zweimal hat der Völkerbund allgemeine technische Konferenzen für das Verkehrswesen gehalten. Ich weiß, daß unsere so überlasteten Parlamente gezwungen sind, mit den Ratifikationen länger zu warten. Ich glaube aber sagen zu müssen, daß die Arbeiten der Wirtschafts-, der Verkehrskommission, der Kommissionen für Hygiene und Opium, sowie der für Abrüstung gefährdet sind, wenn dies alles sich nicht bessert und wenn die Ratifikationen ausbleiben. Wir müssen uns der Leistungen des Völkerbundes auf dem Gebiete des Wiederaufbaues Europas erinnern. Redner erinnert an die Schwierigkeiten bei der Lösung der Mossulfrage, wobei man schließlich zu einem Abk. zwischen der Türkei und Großbritannien gelangt sei. Die logische Folge wäre der Beitritt der Türkei zum Völkerbunde. Dann lobt Benesch die Lösung des Konfliktes zwischen Griechenland und Bulgarien. Er fährt dann fort: In dem gleichen Geiste der politischen Befriedung geht der Völkerbund an die Abrüstungsarbeiten. Mißgünstige können finden, daß in sechs Jahren nur ein mageres Ergebnis erzielt worden ist. Dieses Urteil wäre jedoch hart und ungerecht. Man muß zugeben, daß wir uns dem Ziele merklich nähern. Zweifellos kann zur Stunde das Abrüstungsproblem nicht in seiner Gesamtheit gelöst werden. Wir sahen nur eine erste Etappe vor, einen ersten Abschluß über die Bekämpfung der Kriegsrüstungen. Wir haben gehofft, daß wenigstens soviel möglich sein werde. Ist nicht Locarno die beste Förderung dafür? Wir wissen, daß das Scheitern einer schlecht vorbereiteten Abrüstungskonferenz eine Katastrophe wäre. Das Programm für die Konferenz wurde aufgestellt unter Mitarbeit Deutschlands und Amerikas. Es wurde ein starkes Korps von Militärfachleuten aufgeboten, die die Arbeiten begonnen haben. Nun bringen sie ihre ersten Arbeitsergebnisse. Die Politiker der vorbereitenden Abrüstungskommission werden einen Plan ausarbeiten, der der allgemeinen Abrüstungskonferenz vorgelegt wird. Ich komme jetzt zu der letzten, der dritten Klasse von Fragen, die den Völkerbund im letzten Jahre beschäftigt haben. Sie sind die wichtigsten, denn sie berühren die aktuellen Fragen der europäischen und der Weltpolitik. Sie sollen die Versöhnung der großen europäischen Nationen vorbereiten. Ich will hier von Locarno sprechen, das auch für den

Völkerbund bedeutsam ist, da mit ihm der Eintritt Deutschlands in unseren Bund verknüpft ist. Sie wissen, daß ohne Bestand des Völkerbundes die Verträge von Locarno hinfällig sind; sie sind in der Tat nur eine Anwendung der Völkerbundssatzung, deren Vorschriften sie genauestens erfüllen. Wir haben zum mindesten in einem beschränkten Rahmen die Erfolge geerntet. Der gegenseitige Hilfsvertrag und das Protokoll von Genf haben Sonderverträge vorgesehen, die sich streng an die Völkerbundssatzung anpassen und unter Aufsicht des Völkerbundsrates stehen. Der beste von ihnen ist der Locarnovertrag; er umfaßt die Kriegführenden von gestern, er erinnert in gar nichts an die alten Bündnisse, die nur eine falsche Sicherheit gewährten. Ich glaube, daß Locarno dem neuen Geist entspricht, den die Völkerbundsversammlung geschaffen hat. Weitere Verhandlungen zwischen den Unterzeichnern von Locarno stehen bevor in der Frage der Ausgleichskommissionen, der Schiedsgerichte, des Haager Gerichtshofs, des Völkerbundsrates. Es gibt aber noch mehr. Unter dem mächtigen Antrieb der beiden letzten Völkerbundsversammlungen sind die Staaten des Völkerbundes in der ganzen Welt im Begriff, ein neues politisches System zu bilden, das auf Versöhnung und Schiedsgericht gestützt ist. Die Ereignisse der letzten Tage beschäftigen uns im Augenblick besonders lebhaft. Die ersten Monate nach der letzten Versammlung erlaubten, eine rasche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu erwarten. Sie wissen, unter welchen Ereignissen wir warten mußten, um auf das Gesuch antworten zu können, das Dr. Stresemann am 10. Febr. überreicht hat. Die Schwierigkeiten der Ratsform begannen im Jahre 1921 mit der Schaffung der Frage der neuen ständigen Sitze; dann der Reglementierung der nichtständigen Sitze. Wir beglückwünschen uns nunmehr zum Erfolge. Dank der glücklichen Ratifizierung des Amendements zu Art. 4 gibt es keine Widerstände mehr. Unsere Komm. schafft die Möglichkeit, Staaten wiederzuwählen, und sie hat diese Möglichkeit glücklicherweise sehr eingeschränkt. So sind die beiden bekannten Richtungen versöhnt worden. Ich hoffe, daß die Schwierigkeiten vom März sich nicht wiederholen, und daß wir die Befriedigung haben werden, ein neues Mitglied in unserer Mitte aufzunehmen und andererseits die berechtigten Wünsche anderer Staaten zu befriedigen. Ich begrüße in diesem Augenblick das neue Bundesmitglied. Mit Bedauern würden wir einige uns besonders liebe Staaten scheiden sehen. Ich habe noch nicht alle Hoffnung aufgegeben. Wir wünschen alle Zivilisationen, alle Kulturformen zu berücksichtigen. Ich weiß, daß zwei wichtige Staaten, zwei Ratsmitglieder, die seit sechs Jahren ideale Mitarbeiter waren, Entschlüsse gefaßt haben, die wir alle bedauern. Als Präsid. des Rates richte ich an ihre edlen Gefühle und an ihren Stolz einen herzlichen Appell.

In der Nachmittagssitzung erstattet Bethancourt-Kuba den Bericht der Verifikationskommission, aus dem hervorgeht, daß 48 Staaten regulär vertreten sind, 7 (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Costarica, Spanien, Honduras und Peru) dagegen nicht. Hierauf schreitet die Versammlung zur Wahl ihres Präsid. 48 St. werden abgegeben, von denen 42 auf den jugoslawischen Außenmin. Nintschitsch entfallen. Hierauf folgt die Wahl der sechs Vizepräsid., die Annahme der provisorischen Tagesordnung vom 6. Mai und die Bildung der sechs Kommissionen.

Am 7. Sept. konstituiert sich das Bureau und beschließt in geheimer Sitzung über die Tagesordnung am 8. Der einstimmig gefaßte Beschluß lautet: „Das Büro schlägt der Versammlung vor, Mittwoch, 8. Sept.,

um 10 Uhr, eine Vollsitzung mit der folgenden Tagesordnung abzuhalten, die die Art. 11 und 12 der Tagesordnung der Versammlung enthält: 1. Prüfung des Berichts der ersten Komm. der ao. Bundesversammlung über den Antrag der Deutschen Regg., in den Völkerbund aufgenommen zu werden; 2. Prüfung des Ratsbeschlusses vom 4. Sept. 1926, der umfaßt: a) die Bestimmung Deutschlands als ständiges Ratsmitglied, b) die Vermehrung der Zahl der nichtständigen Sitze auf neun. 3. Prüfung der Vorschläge der Studienkomm. für die Ratsreform einschließlich des Wahlmodus der nichtständigen Ratsmitglieder und der Art ihres Mandats. Das Büro empfiehlt der Versammlung, im Sinne des § 2 Art. 14 der Geschäftsordnung zu beschließen, daß es über Art. 1 und 2 der obigen Tagesordnung ohne vorherige Verweisung an eine Komm. befinden wird. Das Büro beantragt weiter, den Art. 3 der obigen Tagesordnung der Ersten Komm. zuzuweisen und sie zu bitten, der Versammlung über diese Frage so rasch als möglich Bericht zu erstatten. Das Büro betraut den ersten Delegierten der Schweiz, Herrn Motta, mit der Aufgabe, diesen Antrag in der Vollversammlung zu vertreten."

8. Sept. — Beauftragt, den Vorschlag des Büros (s. o.) zu vertreten, führt Motta u. a. folgendes aus: „Was den Vorgang der Abstimmung anlangt, so schlägt das Büro das einfachste und kürzeste Verfahren vor. Jede Frage soll in Kommissionen behandelt werden, doch darf die Versammlung mit Zweidrittelmehrheit davon absehen. Von diesem Sonderrecht soll die Versammlung Gebrauch machen; das normale Verfahren ist überflüssig und Eile geboten. Die erste der Fragen (s. o.) ist mehr als reif, sie ist überreif. Was die Frage 3 anlangt, so ist der Rat einig, daß Frage 2 und 3 zusammengehören; Erzielung der Einstimmigkeit ist sonst unmöglich. Die Schaffung der drei neuen nichtständigen Sitze ist vollkommen getrennt von der Frage ihrer Besetzung; die Verhandlungsfreiheit bleibt vollkommen gesichert. Was die Sache selbst anlangt, so halte ich die Aufnahme Deutschlands für unbedingt nötig. Die Aufnahme wird einen alten Wunsch der Schweiz erfüllen. Die ganze Welt hält außerdem die Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland für dringend erforderlich. Hier soll nicht von der Richtigkeit der Einrichtung der ständigen Ratssitze überhaupt die Rede sein, denn diese Frage ist strittig; aber wenn schon einmal die Großmächte ständige Sitze haben sollen, so muß Deutschland als Großmacht einen ständigen Sitz haben. Die Berechtigung der Vermehrung der nichtständigen Sitze kann bestritten werden. Die Frage ist in der Studienkommission für die Ratsreform genau untersucht worden." Der Redner verteidigt die Vermehrung der Sitze: Der Hauptgrund hierfür sei die Notwendigkeit der Lösung der Krise, und sie erfordere von allen Opfer auf dem gemeinsamen Altar. Loudon-Holland erinnert daran, daß Deutschlands Zulassung im März einstimmig beschlossen worden ist. Es sei nicht richtig, den deutschen Ratssitz mit der Vermehrung der nichtständigen Sitze zu verbinden, denn die Notwendigkeit eines deutschen Ratssitzes sei einstimmig anerkannt worden, die Notwendigkeit einer Vermehrung der nichtständigen Sitze dagegen sei umstritten. Schon vor vier Jahren habe die holländische Delegation, damals allein, die Vermehrung der nichtständigen Sitze von vier auf sechs bekämpft. Der Geist der Gemeinsamkeit sollte im Völkerbunde die privaten Forderungen überwiegen, was leider derzeit noch nicht der Fall sei. Doch nehme Holland den Vorschlag des Büros aus Zwang und aus Sorge vor noch größeren

Gefahren an. Die Rede Nansens-Norwegen stellt einen Rückzug von seiner gestrigen Stellung dar. Auch er füge sich, wie er sagt, dem politischen Zwange. Auch Löfgren-Schweden sieht die Notwendigkeit eines Zusammenhanges zwischen dem deutschen Sitze und den drei nichtständigen nicht ein, er hofft aber, daß die Versammlung nicht mehr in eine Lage wie heute kommen werde. Sodann wird der Vorschlag des Büros angenommen. Es folgen hintereinander die Abstimmungen unter Namensaufruf. Frage 1 und Fragen 2a und 2b werden einstimmig angenommen. Damit ist die Aufnahme Deutschlands in den Bund beschlossen, die Designation Deutschlands zum ständigen Ratsmitglied und die Vermehrung der Zahl der nichtständigen Sitze auf neun. Sofort nach der Abstimmung teilt der Generalsekretär Drummond der deutschen Regg. telegraphisch die Aufnahme Deutschlands als ständiges Ratsmitglied mit.

9. Sept. Die deutsche Delegation trifft in Genf ein.

Die deutsche Presse bemerkt, daß von dem Generalsekretariat des Völkerbunds niemand offiziell zur Begrüßung am Bahnhof erschienen ist.

10. Sept. In feierlicher Sitzung vollzieht die Völkerbundsversammlung die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die Sitzung nimmt folgenden Verlauf: Nachdem die deutsche Delegation unter Führung von Stresemann ihre Plätze eingenommen hat, ergreift Präsid. Nintschitsch das Wort zur Begrüßungsansprache: Meine Rolle als Präsid. ist heute leicht. Sie besteht darin, die einstimmigen Gefühle der Versammlung wiederzugeben, indem ich einen herzlichen Willkomm den Vertretern Deutschlands entbiete, die unter uns Platz nehmen. Dieses Ereignis ist für den Völkerbund doppelt glücklich und bemerkenswert. Es bezeichnet zuerst eine neue Etappe auf dem Wege zur Universalität, die der Völkerbund natürlich anstrebt, trotz aller Schwierigkeiten, die wir zu überwinden hoffen. Zweitens: Der Hauptzweck des Völkerbundes ist die Erhaltung des Friedens, und die Zulassung einer europäischen Großmacht ist eine glückliche Vorhersage für die friedliche Zukunft des Kontinents, der durch den Krieg am schwersten geprüft worden ist. Wir haben also das Glück, eine Tat zu vollbringen, die der Völkerbund von jeher gewünscht hat, und wir sehen darin zugleich die Vorhersage neuer Erfolge seiner friedlichen Sendung. Das Ergebnis, das wir heute vor uns sehen, ist im verflossenen Jahre vorbereitet worden; es ist nur möglich geworden durch den Willen dieser Versammlung, wie er vorgestern mit Einstimmigkeit ausgesprochen worden ist. Die symbolische Bedeutung dieser Abstimmung wird von niemand geleugnet werden können. Ich bin glücklich, Deutschland unter uns den Platz einnehmen zu sehen, der einem großen Volke zukommt, das bestrebt ist, unsere Schritte zur Sicherheit und zum internationalen Verständnis mitzumachen. Indem ich herzlich die ausgezeichneten Vertreter Deutschlands begrüße, bitte ich sie, sich an unseren Arbeiten zu beteiligen und ich begrüße ihre Anwesenheit als ein neues Pfand für den Erfolg friedlichen Zusammenarbeitens der Völker." Auf Aufforderung des Präsid. besteigt hierauf der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann unter neuem, langem Beifall, zu dem Chamberlain und Briand das Zeichen geben, die Tribüne. Er hält in deutscher Sprache folgende Rede: „Für die Begrüßung den Dank Deutschlands zum Ausdruck zu bringen, ist meine erste Pflicht. Ich verbinde damit zugleich den Dank an die Regg.

der schweiz. Eidgenossenschaft, die in traditioneller Weise die großzügige Gastfreundschaft ihres schönen Landes nun auch Deutschland als Mitglied des Völkerbundes erweist. Seit der Begründung des Völkerbundes ist ein Zeitraum von mehr als sechs Jahren verstrichen. Es hat somit einer längeren Entwicklung bedurft, bis die politische Gesamtlage so gestaltet war, daß die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund möglich wurde. Noch in diesem Jahre sind große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, ehe dem Entschluß Deutschlands der einmütige Beschluß des Völkerbundes folgte. Fern liegt es mir über diese Dinge der Vergangenheit zu sprechen. Die Aufgabe der lebenden Generationen ist es, den Blick auf die Gegenwart und auf die Zukunft zu richten. Nur eines lassen Sie mich sagen. Wenn ein Geschehnis wie der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erst in einer so langen Entwicklung herangereift ist, so trägt vielleicht dieses Geschehnis gerade deshalb eine besondere Gewähr in sich für seine innere Beständigkeit und seine fruchtbare Auswirkung. Deutschland tritt mit dem heutigen Tage in die Mitte von Staaten, mit denen es zum Teil seit langen Jahrzehnten in ungetrübter Freundschaft verbunden ist, die zum anderen Teil im letzten Weltkrieg gegen Deutschland verbündet waren. Es ist von geschichtlicher Bedeutung, daß Deutschland und diese letzteren Staaten sich jetzt im Völkerbunde zu dauernder, friedlicher Zusammenarbeit zusammenfinden. Diese Tatsache zeigt deutlicher als Worte und Programme es können, daß der Völkerbund berufen sein kann, dem politischen Entwicklungsgang der Menschheit eine neue Richtung zu geben. Gerade in der gegenwärtigen Epoche würde die Kultur der Menschheit auf das schwerste bedroht sein, wenn es nicht gelänge, den einzelnen Völkern die Gewähr zu schaffen, in ungestörtem, friedlichem Wettbewerb die ihnen vom Schicksal zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die grundstürzenden Ereignisse eines furchtbaren Krieges haben die Menschen zur Besinnung über die den Völkern zugewiesenen Aufgaben gebracht. Wir sehen in vielen Staaten den Niederbruch wertvollster, für den Staat unentbehrlicher geistiger und wirtschaftlicher Schichten. Wir erleben die Bildung von neuen und das Hinsinken von alten Formen der Wirtschaft. Wir sehen, wie die Wirtschaft die alten Grenzen der Länder sprengt und neue Formen internationaler Zusammenarbeit erstrebt. Die alte Weltwirtschaft hatte für ihre Zusammenarbeit keine Satzungen und Programme, aber sie beruhte auf dem ungeschriebenen Gesetz des traditionellen Güteraustausches zwischen den Erdteilen. Ihn wiederherzustellen ist unsere Aufgabe. Wollen wir eine ungestörte weltwirtschaftliche Entwicklung, dann wird das nicht geschehen durch Abschließung der Gebiete voneinander, sondern durch Überbrückung dessen, was bisher die Wirtschaft der Völker trennte. Wichtiger als alles materielle Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde. Die einen vertreten das Prinzip der nationalen Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das national Gewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen. Ich bin der Meinung, daß keine Nation, die dem Völkerbund angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt. Der göttliche Baumeister der Erde hat die Menschheit nicht geschaffen als ein gleichförmiges Ganzes. Er gab den Völkern verschiedene Blutströme, er gab ihnen als Heimat Länder verschiedener Natur. Aber es kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, daß die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinander kehren und damit die

allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen. Der wird der Menschheit am besten dienen, der, wurzelnd im eigenen Volke, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit, über die Grenze des eigenen Volkes hinauswachsend, der gesamten Menschheit etwas zu geben vermag, wie es die Großen aller Nationen getan haben, deren Namen in der Menschheitsgeschichte niedergeschrieben ist. So verbindet sich Nation und Menschheit auf geistigem Gebiete, so kann sie sich auch verbinden im politischen Streben, wenn der Wille da ist, in diesem Sinne der Gesamtentwicklung zu dienen. Die politische Auswirkung dieser Gedanken liegt in einer inneren Verpflichtung der Staaten zu gemeinsamem friedlichem Zusammenwirken. Diese innere Verpflichtung zu friedlichem inneren Zusammenwirken besteht auch für die großen moralischen Menschheitsfragen. Kein anderes Gesetz darf für sie gelten als das Gesetz der Gerechtigkeit. Das Zusammenarbeiten der Nationen im Völkerbund muß und wird dazu führen, auch für diese moralischen Fragen im Völkerleben die gleiche Antwort zu geben. Denn das sicherste Fundament für den Frieden ist eine Politik, die getragen wird von gegenseitigem Verstehen und gegenseitiger Achtung der Völker. Deutschland hat sich schon vor seinem Eintritt in den Völkerbund bemüht, im Sinne friedlichen Zusammenwirkens zu arbeiten. Davon zeugt die deutsche Initiative, die zu dem Pakt von Locarno führte. Davon zeugen die jetzt mit nahezu allen Nachbarstaaten abgeschlossenen deutschen Schiedsverträge. Die deutsche Regierung ist entschlossen, diese Politik mit aller Entschiedenheit weiter zu verfolgen. Sie kann mit aller Genugtuung feststellen, daß diese Gedanken — anfangs in Deutschland heftig umkämpft — sich allmählich immer mehr das deutsche Volksbewußtsein erobert haben, so daß die deutsche Regierung auch für die große Mehrheit des deutschen Volkes spricht, wenn sie erklärt, daß sie sich an den Aufgaben des Völkerbundes mit voller Hingabe beteiligen wird. Von diesen Aufgaben hat der Völkerbund in sechsjähriger Tätigkeit bereits einen wesentlichen Teil in Angriff genommen und in ernsten Arbeiten gefördert. Die deutsche Delegation verfügt nicht über die Erfahrungen, die den übrigen hier versammelten Mitgliedern zur Seite stehen. Gleichwohl glaubt sie die Ansicht zum Ausdruck bringen zu können, daß bei den weiteren Arbeiten zunächst jene Gebiete besondere Beachtung verdienen, bei denen die einzelnen Völker durch Einordnung in gemeinsame Einrichtungen die eigene Leistungsfähigkeit zu steigern vermögen. Neben mancher anderen Schöpfung des Völkerbundes kommt hier vor allem das Streben nach einer internationalen Rechtsordnung in Betracht, das in der Gründung des Weltgerichtshofes sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Von besonderer Bedeutung für die Festigung einer Friedensordnung zwischen den Völkern sind ferner die Bestrebungen, die sich auf die Abrüstung beziehen. Die völlige Abrüstung Deutschlands ist durch den Vertrag von Versailles als Beginn der allgemeinen Abrüstung festgesetzt worden. Möge es gelingen, einer allgemeinen Abrüstung in praktischer Arbeit näherzukommen und damit den Beweis zu erbringen, daß eine starke positive Kraft den großen Idealen des Völkerbundes schon innewohnt. Deutschlands Beziehungen zum Völkerbund werden freilich nicht ausschließlich durch die jetzt gegebene Möglichkeit der Mitarbeit an den großen allgemeinen Zielen bestimmt. Der Völkerbund ist vielmehr in mancher Beziehung auch Erbe und Vollstrecker der Verträge von 1919. Daraus haben sich, wie ich offen ausspreche, in der Vergangenheit vielfach Gegensätze zwischen dem Völker-

bund und Deutschland ergeben. Ich hoffe, daß sich die Behandlung der hierbei in Betracht kommenden Fragen infolge unserer künftigen Mitarbeit im Völkerbunde leichter gestalten wird. Auch hier wird gegenseitiges Vertrauen eine größere politische Schöpferkraft besitzen als andere Methoden. Dem Völkerbundsgedanken widersteht es, die im Bunde mitarbeitenden Nationen zu trennen in solche, mit denen Sympathien oder Antipathien die einzelnen Mitarbeitenden verbinden. Ich lehne in diesem Zusammenhange auch ganz entschieden die Auffassung ab, als wenn die Stellung, die Deutschland bisher in Angelegenheiten des Völkerbundes eingenommen hat, von solchen Sympathien oder Antipathien eingegeben worden wäre. Deutschland wünscht mit allen Nationen, die im Völkerbunde und im Rat des Völkerbundes vertreten sind, auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zusammenzuarbeiten. Noch hat der Völkerbund sein Ziel nicht erreicht, alle Weltmächte in sich zu umfassen. Wenn der Eintritt Deutschlands auch ein wichtiger Schritt zur Universalität des Bundes bedeutet, so müssen wir doch unserem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß Brasilien die Absicht kundgetan hat, sich aus dem Völkerbund zurückzuziehen. Dieses bedauern wir um so lebhafter, als Deutschland auf dem Standpunkt steht, daß zu dem Begriff der Universalität des Völkerbundes auch der Gedanke gehört, nicht einem Erdteil die maßgebende Bedeutung gegenüber anderen Erdteilen einzuräumen. Wir fühlen uns ferner eins mit dem im Bunde vereinigten Nationen in der bestimmten Hoffnung, daß die wertvolle Mitarbeit Spaniens dem Völkerbunde erhalten bleiben möge. Wir sind überzeugt, daß der von allen Mächten an Spanien gerichtete Appell dieses große Land und das spanische Volk überzeugen wird, wie sehr es den von ihm vertretenen Gedanken abträglich sein würde, wenn es hier in Genf auf längere Zeit fehlen würde. Erst durch die Universalität wird der Bund vor jeder Gefahr geschützt, seine politische Kraft zu anderen Diensten als zu reinen Friedensdiensten einzusetzen. Nur auf der Grundlage einer Gemeinschaft, die alle Staaten ohne Unterschied in voller Gleichberechtigung umspannt, können Hilfbereitschaft und Gerechtigkeit die wahren Leitsterne des Menschenschicksals werden. Nur auf dieser Grundlage läßt sich der Grundsatz der Freiheit aufbauen, um den jedes Volk ringt wie jedes Menschenwesen. Deutschland ist entschlossen, sich in seiner Politik auf den Boden dieser erhabenen Ziele zu stellen. Für alle hier versammelten Völker gilt das Wort eines großen Denkers, daß wir Menschen uns zu dem Geschlecht bekennen, das aus dem Dunkel ins Helle strebt. Möge die Arbeit des Völkerbundes sich auf der Grundlage der großen Begriffe: Freiheit, Friede und Einigkeit vollziehen, dann werden wir dem von uns allen erstrebten Ziele näherkommen. Daran freudig mitzuarbeiten ist Deutschlands fester Wille."

Nach der franz. und engl. Übersetzung der Rede Stresemanns nimmt **Briand** das Wort zu rednerisch die Zuhörer hinreißenden Ausführungen. Briand erklärt: „Herr Präsid.! M. Damen! M. H.! Ich danke herzlich meinem Kollegen vom Büro der Versammlung für die Bewilligung, daß nach dem ausgezeichneten Vertreter Deutschlands der Vertreter Frankreichs auf diese Tribüne steigen darf, um die deutsche Delegation im Augenblick ihres Einzuges in diese Versammlung zu begrüßen und sie unserer herzlichen und aufrichtigen Gesinnung zu versichern, in der wir entschlossen sind, mit ihr zusammen zu arbeiten in friedlichem, internationalem Geiste. Meine Kollegen haben zweifellos begriffen, und ich danke

ihnen dafür, daß die Anwesenheit des Vertreters Frankreichs auch in diesem Augenblick auf der Tribüne nach den glänzenden Reden, die wir eben gehört haben, nicht unbedeutend ist dafür, um den Charakter dieses Tages zu unterstreichen, um desto besser die Tragweite, die Folgen und die Hoffnungen zu begreifen, die die Völker berechtigterweise daraus ziehen können. O, m. H.! Die Spötter, die Verkleinerer des Völkerbundes, diejenigen, die sich täglich ein Vergnügen daraus gemacht haben, die Dauerhaftigkeit dieser Einrichtung in Zweifel zu ziehen und täglich ihren Untergang gemeldet haben, was denken sie wohl, wenn sie an dieser Sitzung teilnehmen? Wäre das, was jetzt geschieht, möglich gewesen, wenn es keinen Völkerbund gegeben hätte? Spielt sich hier nicht ein ergreifendes, erbauliches und stärkendes Schauspiel ab, daß kaum einige Jahre nach dem schrecklichsten Kriege, der jemals die Welt verwüstete, jetzt, während die Schlachtfelder noch naß vom Blut sind, dieselben Völker, die so hart aufeinander gestoßen sind, nun zusammenkommen in einer friedlichen Versammlung und ihre Willensmeinung austauschen, zusammenzuarbeiten an dem Werke des allgemeinen Friedens. Welche Hoffnung für die Väter und für die Mütter, von denen ich einige kenne, die heute ruhig ihre kleinen Kinder blicken werden, ohne Herzschmerzen zu empfinden. Das Zeichen des heutigen Tages ist der Friede für Deutschland und Frankreich, das will heißen: Zu Ende ist die Serie der blutigen und schmerzlichen Zusammenstöße, von denen alle Blätter der Geschichte der Vergangenheit erfüllt sind, zu Ende ist der Krieg zwischen uns; vorüber sind die schweren Wolken der Trauer! Es gibt keinen Krieg mehr, keine brutalen, gewaltsamen, blutigen Lösungen, um Differenzen zu regeln, die ihrerseits selbstverständlich nicht verschwinden. Von heute an gibt es einen Richter zwischen uns, der Recht spricht! Gerade so wie die Menschen, die ihre Streitigkeiten vor den Richter tragen, werden auch wir die unseren in friedlicher Weise regeln. Weg die Gewehre, weg die Mitrailleusen, weg die Kanonen! Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht und für den Frieden! Ein Land wird vor der Geschichte nicht bloß groß durch den Heldenmut seiner Männer auf den Schlachtfeldern und durch den Erfolg, den es auf ihnen davonträgt. Es wird noch größer, wenn es in schwierigen Augenblicken, in den Momenten der Aufregung, in Zeiten, wo der Verstand sich schwer durchsetzen kann, imstande ist, Widerstand zu leisten, Geduld zu haben, um von der Rechtsprechung die Bestätigung seiner Interessen verlangen zu können. Unsere Völker, meine Herren aus Deutschland, haben sich vom Standpunkt der Tapferkeit, des Heldenmutes keine Beweise mehr zu bringen. Wenn man die Seiten der Geschichte durchschlägt, haben sie beide auf den Schlachtfeldern solche Proben von Heldenmut abgelegt und einen so ungeheuren Ruhm geerntet, daß sie jetzt ihre Erfolge auf anderen Feldern suchen können. Endlich muß ich sagen, wir beide, Herr Stresemann und ich, haben während langer Monate an dem gemeinsamen Werke zusammen gearbeitet. Ich habe Vertrauen. Er hat Vertrauen. Ich beklage mich nicht, und ich hoffe, daß er keine Gelegenheit haben wird, sich zu beklagen. Wir haben uns verbündet mit Hilfe eines Mannes, dessen Adel, Edelmut Loyalität Sie alle kennen. Ich spreche von meinem Kollegen, dem Vertreter von Großbritannien. Wir haben gearbeitet. Es war notwendig, daß wir Mut hineinlegten in unser Suchen nach einem so fernen Ziele. Aus der Vogelperspektive sind Locarno und Genf nicht weit voneinander entfernt, aber die Wege sind sehr schwer; wir müssen schwere Hindernisse aus dem Wege räumen. Wenn es wahr ist, daß der Glaube Berge versetzen kann, müssen

wir es begrüßen, daß er imstande war, den See von Locarno neben den See von Genf zu rücken. Wenn wir im Anfang gezaudert hätten, wenn wir unter dem Einfluß gewisser Äußerungen von Zweifel, Unsicherheit und Mißtrauen, die sich in unseren Ländern gezeigt haben, unsere Arbeit eingestellt hätten, so wäre alles zu Ende gewesen, und es wäre kein neuer Schritt zum Frieden gemacht worden. Im Gegenteil, zwischen unseren Ländern, die schon ohnedies so gespalten sind, wäre neues Mißtrauen entstanden. Ich habe ein besonderes Recht, mich auf dieser Tribüne beglückwünschen zu dürfen, daß ich an der heutigen Manifestation teilnehmen kann, denn ich sehe mit großer Genugtuung darin die Bestätigung einer persönlichen Anstrengung — das ist sehr wenig. Ich sehe darin die Sicherheit, daß wir morgen nicht mehr so schreckliche Ereignisse durchleben müssen, so traurige Ereignisse, so fürchterliche Ereignisse, wie wir sie in den letzten Jahren durchgemacht haben. Um den heutigen Tag erleben zu können, war es notwendig, gewisse empfindliche Probleme zu regeln, mitten unter privaten Streitigkeiten, entstanden übrigens durch die früheren Streitigkeiten. Diesen Tag zu erleben, mußte man gewisse Grundprobleme regeln, empfohlen von den früheren Verhandlungen, die außerordentlich viel politischen Geist bewiesen haben, um zu begreifen, daß, wenn gewisse Annäherungen nicht außerhalb des Völkerbundes stattgefunden hätten, wenn gewisse gegenseitige Konzessionen nicht geregelt worden wären, wenn gewisse Verhandlungen nicht die Entscheidung der Versammlung vorbereitet hätten, der Zweck, den wir verfolgten, nicht hätte erreicht werden können. Auf der letzten Versammlung gingen wir knapp an der Gefahr vorbei. Ich bin glücklich, nicht an dem Enderfolg gezweifelt zu haben und die Versammlung veranlaßt zu haben, den Beschluß zu fassen, der es den deutschen Vertretern ermöglichte, mit dem Bewußtsein fortzugehen, moralisch von der Versammlung einstimmig angenommen worden zu sein. Inzwischen haben wir verhandelt und beschlossen. Ich zögere nicht, zu sagen, daß diese Art der Verhandlung dem Geiste des Völkerbundes nicht entspricht. Alles soll offen und unter Zusammenarbeit der Gesamtheit des Völkerbundes vor sich gehen. Und ich kann wohl, ohne dementiert zu werden, sagen, daß es morgen nicht mehr nötig sein wird, zu solchen Verhandlungen zu greifen. Der Völkerbund muß mit allen seinen Teilen, großen, mittleren und kleinen zusammenarbeiten. Es dürfen keine Unterschiede gemacht werden. Wenn unter den schwierigen Verhältnissen jemand geglaubt hätte, daß ich die Absicht hatte, ihn von den Arbeiten fernzuhalten, irrte er. Niemand ist so wie der Vertreter Frankreichs überzeugt, daß die Zukunft der Arbeiten des Völkerbundes am lichten Tage sich abspielen muß unter Mitwirkung aller seiner Mitglieder. Ich habe nichts zu ändern an den Worten, die der ehrenwerte Vertreter Deutschlands vorgetragen hat über die Art, wie er die Mitarbeit im Völkerbunde im Verein mit uns begreift. Solange ich die Ehre haben werde, mein Land in dieser Versammlung zu vertreten, können die deutschen Vertreter sicher sein, in mir einen loyalen Mitarbeiter zu haben. Die Tatsache, daß wir beide, Sie und wir in derselben Versammlung sitzen und uns leicht aussprechen können, läßt die Hindernisse nicht verschwinden. Sie bleiben zwischen uns bestehen. Wir beide sind, Herr Stresemann und ich, jeder in seinem Lande auf einem Posten, der uns erlaubt, die Schwierigkeiten zu sehen, und die Hindernisse sind nicht verschwunden, weil wir beide, er die Wilhelmstraße und ich den Quai d'Orsay verließen; der gute Wille genügt dazu nicht. Aber es genügt, daß wir, Sie und ich die innere Überzeugung unserer Länder

wiedergeben. Es genügt, damit keine Konflikte zwischen uns entstehen. Der Völkerbund ist besonders nützlich für jene Länder, die sich nicht immer verstanden haben. Wenn es wahr ist, daß ein Plan Gottes besteht, der die Völker verhindert, sich zu bekriegen, wird Herr Stresemann zugeben, daß dieser Plan oft mißverstanden ist. Hoffentlich wird er sich jetzt glatt abwickeln lassen, und ich werde sicher kein Hindernis dafür sein. Ich will nur sagen, daß, wenn Sie hier als Deutsche und bloß als Deutsche sitzen, ich aber als Franzose und bloß als Franzose, werden die Abschlüsse zwischen uns nicht leicht sein. Wenn wir hier jedoch zusammenkommen, ohne die Ansichten anderer Länder aus den Augen zu verlieren, aber auch gleichzeitig als Bürger der Universalität des Völkerbundes, wird sich alles regeln. Unser Geist wird mit dem unserer Kollegen in dem eigentlichen Geiste des Völkerbundes kommunizieren. Sie sagten, daß Sie unerfahren sind. Das wird nicht lange dauern. Sie haben schon die richtige Intuition, die die große Gabe des Staatsmannes ist, und Ihre Rede genügt, um es zu beweisen. Die Antenne bei Ihnen erkannte, was der Völkerbundsgeist ist. Ich hatte oft in Genf und wo sonst der Völkerbundsrat tagte, das Gefühl der Angst, die Frage nicht überwältigen zu können. Die Presse und die Politiker erleichtern es nicht immer, und sie erschweren oft die Probleme. Bei diesen Zusammenstößen sagte ich mir oft, wir werden uns trennen, ohne die Lösung gefunden zu haben. Wir haben uns aber gefunden, weil wir unter dem Druck der moralischen Verantwortlichkeit, der auf uns lag, nicht nur vom nationalen Standpunkte aus gehandelt haben, sondern vom Gesichtspunkte der ganzen Welt aus; wir richteten uns daran auf, wir machten eine letzte große Anstrengung, und in dem kritischen Momente, als die Lösung ganz besonders weit entfernt zu sein schien, ist es wie durch ein Wunder gelungen, zusammenzukommen zum großen Staunen aller und besonders derjenigen, die am meisten gezweifelt und nicht mehr an einen Erfolg unserer Bemühungen geglaubt haben. Es gibt zweierlei Anschauungen, die objektive und die des Parteimannes. Wenn der Völkerbund ein Schlachtfeld sein soll, und wenn wir uns bekämpfen wollen, um einen Prestigeerfolg über den anderen davonzutragen, dann ist alles verdorben. Der Erfolg an Prestige ist der Schein eines Erfolges. Er erregt die Einbildungskraft, reizt den Egoismus der Nationen, treibt sie zu fieberhafter Betätigung der Eigenliebe. Die Staatsmänner können dann nicht mehr im Geiste der Versöhnung und des Schiedsgerichts arbeiten. Sie stehen einander gegenüber, während die Völker gierig warten, wer den anderen fällen wird. Das ist der Kriegsgeist, der hier nicht herrschen darf, und hier weniger als anderswo. Ich, meine Herren, schwöre Ihnen, daß ich alles tun werde, um keinen derartigen Geist mitzubringen, und ich rechne auf die Einsicht, den friedlichen Geist, das edle Gefühl der deutschen Delegierten, die gleiche Anstrengung ihrerseits vorzunehmen. Wenn man uns gegeneinander hetzt, wollen wir die Versuchung von uns weisen! Denn andernfalls geraten wir auf den Weg des Blutes, auf die alten Straßen, die von Tod, Trauer und Unglück erfüllt sind. Das sind nicht unsere Wege. Von jetzt an ist unser Weg der des Friedens und des Fortschritts, und wir machen unsere Länder groß, wenn wir ihre Eigenliebe zum Schweigen bringen, indem wir sie veranlassen, gewisse Opfer dem Weltfrieden zu bringen. Das wird unsere Länder nicht herabsetzen, sondern erhöhen. Wenn Europa sein Gleichgewicht findet in seiner Wirtschaft, wenn es sich moralisch erholt, wenn die Völker das Bewußtsein

der Sicherheit erhalten und die Unruhen des Krieges abschütteln können, werden sie gegenseitig an der Verbesserung ihrer Lage mitarbeiten können und werden ins Gleichgewicht kommen. Schiedsgericht! Dieses Wort steht jetzt in voller Kraft; die Schiedsverträge vermehren sich; von Volk zu Volk verspricht man, sich nicht mehr zu schlagen, sondern sich dem Richter zu fügen. Der Friede ist auf allen Wegen, und der Völkerbundsgeist belebt alles. Der Friede! Meine Damen und Herren! Dahin gehen wir! Der heutige Tag muß weiß gekennzeichnet werden, ebenso wie die Worte der Zusammenarbeit, die Deutschland und Frankreich heute austauschten, weiß abgestimmt sein müssen. Das ist unsere Aufgabe. Die Völker zu verurteilen, ist leicht, während ihre Leiter das Urteil verdienen, da sie eher die Ereignisse verstehen und im Geiste der Versöhnung die Folgerungen ziehen können. Und nun verzeihen Sie, daß ich so lange gesprochen, und gestatten Sie mir noch zu sagen, daß der Völkerbund heute durch den Eintritt Deutschlands einen Schritt zur Universalität gemacht hat. Und wenn wir uns darüber freuen, wird diese Freude getrübt, weil zwei große Völkerbundsnationen nicht mehr unter uns sind. Ich schließe mich den Worten an, die Sie heute für Spanien und Brasilien gesprochen haben. Diese beiden großen Völker waren tief erfüllt von unserem Geist. Welche Dienste haben sie doch dem Völkerbunde geleistet! Wir beklagen ihr Fernsein, aber wir hoffen, sie bald wieder zu sehen. Der Völkerbund will nicht kleiner werden. Seine Zukunft liegt in immer größerer Ausdehnung. Heute tat er einen Schritt, morgen folgt der nächste.“ Unter lebhaftem, lange andauerndem Beifall verläßt Briand die Tribüne.

Dann folgt die engl. Übersetzung der Briand-Rede. Hierauf erhebt sich zur allgemeinen Überraschung Chamberlain und beantragt, die Sitzung, deren tiefer Eindruck ihn wie die anderen Delegierten bewege, auf Nachmittag zu vertagen. Sein Antrag wird angenommen.

Kurz nach Schluß der Vollsitzung treten die Kommissionen 1, 2 und 6 zusammen. Die 1. Kommission behandelt die Ratsreform. Bei der Generaldebatte werden vor allem die in Minderheit gebliebenen Thesen erörtert. Loefgren-Schweden fordert ein sehr strenges Roulement, die Wiederwählbarkeit dürfe nur eine Anerkennung für geleistete Arbeit im Interesse des Bundes sein. Ihm schließt sich Vogt-Norwegen an. Zahle-Dänemark bekämpft eine Wiederwahl aus politischen Gründen. Limburg-Holland warnt vor Proportionalwahlen. Der Vertreter Chinas verlangt zwei Sitze für Asien oder einen für 3 Jahre.

11. Sept. Austritt Spaniens aus dem Völkerbund.

In der Note der span. Regg. heißt es: „Die Regg. Seiner katholischen Majestät macht hiermit Gebrauch von dem Recht, das ihr der § 3 des Art. 1 des Völkerbundspaktes gewährt und bedauert, mitteilen zu müssen, daß die vorgesehene zweijährige Frist für den Austritt aus dem Völkerbunde für Spanien in seiner Eigenschaft als Mitglied von dem Datum der Überreichung dieses Aktenstückes an beginnt. Die span. Regg. hat diese Mitteilung erst machen wollen, nachdem die Versammlung auf den Vorschlag des Rates und gemäß dem Gutachten der Studienkomm. die Reform der Zusammensetzung des Rates mit Bezug auf die ständigen Sitze genehmigt hat. Indem sie so handelte, wollte sie ihre Achtung gegenüber dem Völkerbund an den Tag legen und den Beweis eines korrekten Verhaltens gegenüber allen seinen Mitgliedern liefern. Sie hat ferner abwarten wollen, bis die Versammlung sich über den

Beitritt Deutschlands ausgesprochen hatte ein Ergebnis, das wie Spanien auf das lebhafteste hofft, für den Völkerbund von den glücklichsten Folgen sein möge. Spanien ist überzeugt, daß sein Entschluß kein wesentliches Interesse noch irgendeinen Grundsatz des Völkerbundes verletzt. Die span. Regg. ergreift gern die Gelegenheit, um mit tiefer Bewegung ihre Dankbarkeit gegenüber den befreundeten Staaten zu bezeugen, deren Vertreter Spanien so anerkennende Worte für die von ihm in den verschiedenen Organen des Bundes geleistete Arbeit und der Hochachtung und Sympathie für unser Land gewidmet haben. In dem Augenblick, da Spanien sich vom Völkerbund trennt, um einer zwingenden Pflicht zu genügen, möchte es noch einen Wunsch äußern, indem es der Hoffnung Ausdruck gibt, daß sich das hohe Ideal des universellen Friedens in vollem Umfange verwirklichen möge, ein Ziel, um dessen Willen der Völkerbund geschaffen wurde, und in dessen Dienst unser Land bis jetzt mit Eifer und Erfolg mitgearbeitet hat. (gez.) José Yanguas."

Am 30. Nov. erfolgt die Aufhebung des spanischen Bureaus beim Völkerbund.

14. Sept. Ratifizierung der Locarnoverträge.

Im Amtszimmer des Generalsekretärs des Völkerbunds erscheinen die Vertreter der Locarno-Mächte: Stresemann, Chamberlain, Briand, Scialoja, de Brouckère, Benesch und Zaleski und legen die Ratifikationsurkunden der Locarno-Verträge nieder.

16. Sept. Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder.

In ihren Sitzungen am 12.—14. Sept. haben die Kommissionen abschließend über die Ratsreform befunden. Von den gefaßten Beschlüssen ist als wesentlich folgendes hervorzuheben: Am 14. hat die erste, juristische Komm. mit 19 gegen 16 St. bei 14 Abwesenden den Antrag Loucheurs angenommen, wonach bei der Berechnung der Zweidrittelmehrheit die unbeschriebenen Stimmzettel nicht gezählt werden sollen. (Der deutsche Vertreter, Gaus, stimmte gegen den Antrag.) Der vom norwegischen Delegierten Vogt gestellte Antrag, die Kassationsklausel in den Entwurf wieder einzufügen, d. h. also, der Versammlung das Recht zuzuerkennen, daß sie mit einer Zweidrittelmehrheit jederzeit eine Neuwahl aller nichtständigen Mitglieder des Rates vornehmen könne, wurde gleichzeitig mit dem Entwurf des Unterausschusses einstimmig angenommen.

Am 15. konnte Motta auftragsgemäß der Vollversammlung das Ergebnis der Kommissionsarbeiten unterbreiten.

Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung der Vollversammlung am 16. bildet die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder; das Ergebnis ist folgendes: Teilgenommen haben an der Wahl 49 Staaten, so daß die absolute Mehrheit 25 beträgt. Im ersten Wahlgang erhält Columbien 46 St., Polen 45, Chile 43, Salvador 42, Belgien und Rumänien je 41, Holland 37, China 29, Tschechoslowakei 23, Persien 20, Portugal 16, Finnland 14, Irland 10, Uruguay 9, Canada, Dänemark, Siam und Estland je 2. Demgemäß sind 8 Ratsmitglieder gewählt, und zwar: Columbien, Polen, Chile, Salvador, Belgien, Rumänien, Holland und China. Da die Tschechoslowakei bloß 23 St. bekommen hat, muß um den neunten Sitz ein neuer Wahlgang vorgenommen werden. Es stimmen abermals 49 Staaten, so daß die Mehrheit wieder 25 beträgt. Die Tschechoslowakei erhält 27 St., Finnland 11, Portugal 7, Irland 4. Die Tschechoslowakei erhält damit den

neunten Sitz. Der Präsid. begrüßt die Gewählten und gibt den Brief der Delegation von Uruguay bekannt. Das ausführliche Schreiben bringt ungefähr folgende Gedankengänge: Uruguay ist der Ansicht, daß die Völkerbundsversammlung in der Wahl der Ratsmitglieder volle Freiheit haben müsse. In diesem Sinne nehme Uruguay an den Beratungen der Südamerikaner teil, betrachte sie jedoch nur als Gedankenaustausch. Diese Gruppe sei um so weniger geeignet, Südamerika zu vertreten, als von den zwanzig südamerikanischen Staaten bloß zwölf in Genf vertreten seien, während acht (Argentinien, Mexiko, Brasilien, Peru, Ecuador, Bolivia, Costarica, Honduras) aus verschiedenen Gründen nicht in Genf erscheinen.

Der dritte Wahlgang gilt der Frage, welche Staaten drei Jahre im Rat sitzen sollen. Es stimmen 49 Staaten; die Mehrheit beträgt 25. Polen erhält 44, Chile 41, Rumänien 30 St. Damit ist diesen Staaten ein dreijähriges Mandat zuerkannt. Der vierte Wahlgang gilt der Besetzung der zweijährigen Sitze. Columbien erhält 47 St., Holland 47, China 34. Demgemäß bleiben für die einjährigen Sitze Salvador, Belgien und die Tschechoslowakei. Vor Beginn des fünften Wahlganges muß im Sinne der neuen Bestimmungen das Gesuch jener Staaten verlesen werden, die sich um einen wiederwählbaren Sitz bewerben. Es liegt nur ein einziges Gesuch vor, das Gesuch Polens. Anwesend sind 49; es stimmen 48, weiße Stimmzettel 4 (diese sind im Sinne der letzten Beschlüsse ungültig), verbleiben 44 gültige St.; die Zweidrittelmehrheit beträgt daher 30. Polen erhält 36 St., während acht St. gegen Polen abgegeben werden. Die Zweidrittelmehrheit ist damit erreicht und Polen wird zum wiederwählbaren Ratsmitglied erklärt. Die beiden anderen wiederwählbaren Plätze bleiben unbesetzt.

16. Sept. Eröffnung der 42. Tagung des Rats.

Der neugewählte Rat tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen. Satzungsgemäß müßte Stresemann den Vorsitz übernehmen, doch bietet er dem bisherigen Präsid., Benesch, an, denselben zu behalten. Benesch hält in der sich anschließenden öffentlichen Sitzung eine herzliche Begrüßungsansprache an das neue ständige Ratsmitglied Deutschland. Die Tagesordnung selbst weist nur Gegenstände von untergeordneter Bedeutung auf.

17. Sept. Die Generalaussprache Stresemann-Briand in Thoiry.

Von strengem Geheimnis umgeben, findet in Thoiry, nahe der Schweizer Grenze auf französischem Boden, eine Begegnung zwischen Stresemann und Briand statt. Augen- und Ohrenzeuge der fünfstündigen Besprechung ist lediglich der Pressechef der französischen Botschaft in Berlin, Prof. Hesnard. Am Abend stellt Briand der Presse das vereinbarte Kommuniqué zur Verfügung: Der franz. Außenmin. Briand und der deutsche Außenmin. Dr. Stresemann trafen sich zum Frühstück in Thoiry. Sie hatten dort eine mehrstündige Unterhaltung, die in freundschaftlichster Weise verlief. Im Verlauf dieser Unterhaltung prüften sie der Reihe nach alle ihre beiden Länder interessierenden Fragen und suchten gemeinsam nach den geeignetsten Mitteln, sie im Interesse Deutschlands und Frankreichs und im Geiste der von ihnen unterzeichneten Verträge zu lösen. Die beiden Minister brachten ihre Auffassungen über die Lösung der Gesamtfragen in Einklang, wobei sich jeder von ihnen vorbehielt, seiner Regg. darüber Bericht zu erstatten.

In seinem kurzen Interview, das er dabei der Presse gewährt, sagt er natürlich in sachlicher Hinsicht nichts, was über den Inhalt des Kommuniqués selbst hinausginge; er hebt besonders die „große Korrektheit und vollkommene Loyalität“ Stresemanns hervor und rühmt die nunmehr bestehende „Atmosphäre des Vertrauens“. Stresemann seinerseits sagt in seiner kurzen Erklärung an die deutsche Presse u. a. folgendes: Die Besprechung ging von der Voraussetzung aus, daß, wenn die allgemeine weltpolitische Situation eine europäische Verständigung erfordere, zu deren Kernstück eine deutsch-franz. Verständigung gehört, und es zu einem Zusammenwirken auf verschiedenen Gebieten kommen solle, nicht Streitfragen bestehen bleiben dürften, die diesen Ausgleich fortgesetzt hemmten. Die Aussprache hat mich außerordentlich befriedigt. Ich habe mich mit Briand über Vorschläge geeinigt, die wir unseren Regg. unterbreiten wollen, Vorschläge nicht über Einzelheiten, sondern über eine Gesamtlösung. Ich habe bei Briand wie stets in den Jahren, seitdem ich ihn kenne, sehr starkes Verständnis für die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit gefunden.

20. Sept. Sitzung des Völkerbundsrats; Beschwerde Memels und Anleihe für Danzig.

Auf dem Programm der 2. Sitzung der 42. Tagung stehen 10 Punkte, darunter die Beschwerde des Memelgebietes (S. 470) und die Danziger Anleihefrage. Die Entscheidung über die Memelbeschwerde wird vertagt. In der Aussprache über die Danziger Anleihefrage ergreifen Dr. Sahm und Dr. Stresemann das Wort für Danzig. Schließlich wird der Bericht des Finanzkomitees (S. 467) angenommen und gleichzeitig dem Vorsitzenden desselben die Vollmacht erteilt, die Ausgabe der Wiederherstellungsanleihe für Danzig zu empfehlen. Die Vertreter Danzigs und Polens, Dr. Sahm und Dr. Straßburger, unterzeichnen ein Abk., in dem Polen der Stadt Danzig einen jährlichen 14-Mill.-Betrag als Anteil an den Zolleinnahmen garantiert, jedoch unter der Voraussetzung, daß der Völkerbundsrat eine Anleihe für Danzig empfohlen hat.

21./22. Sept. Zwei Abschiedsreden Stresemanns.

Auf dem Abend der deutschen Kolonie in Genf hält Stresemann um Mitternacht eine viel besprochene und zum Teil mißverstandene Rede, die nach dem Stenogramm folgenden Wortlaut hat: „Ihr Herr Vorsitzender hat jenen Abend erwähnt, an dem Dr. Luther und ich zum ersten Male die Freude hatten, unter Ihnen zu weilen. Das war in einem kleinen überfüllten Raum, der mit seiner Temperatur an die Räume erinnerte, die der Völkerbund denen zur Verfügung stellt, die darin zu wirken berufen sind. Wenn ich heute diese Räume sehe, dann denke ich: „Es wachsen die Räume, es dehnt sich das Haus.“ Wo damals Dutzende waren, sind heute mehrere Hunderte versammelt, in demselben Geist der Verbindung mit dem alten Vaterland, in dem Geist der Hingabe, die keine Parteien kennt, sondern nur das eine Vaterland, in dem Geist, das Deutschtum hochzuhalten und zu fördern. Wenn Ihr Herr Vorsitzender davon sprach, daß die Zeiten besser geworden sind, so lassen Sie mich zunächst einmal bei der Vergangenheit verweilen. Wer hier der deutschen Kolonie angehört, und wer das Deutschtum in Genf neu aufbaute in Tagen der tiefsten Demütigung Deutschlands, wer sich zum Deutschtum bekannte, als es eine Gefahr war, das zu tun, der hat sicherlich noch mehr Patriotismus bewiesen als die, die sich zu Deutschland bekannten

im Sonnenglanz seiner Weltgeltung. In jener alten großen Zeit war es schließlich kein Verdienst, sich Deutscher zu nennen. Die Größe unseres Vaterlandes strahlte auf den einzelnen aus. Als diese Sonne nicht mehr strahlte, als die Welt glaubte, uns für moralisch Minderwertige halten zu können, da zu sagen, ich bin ein Deutscher in Lausanne und Genf, wo man von einem wahren starken Gefühl von internationaler Verständigung nicht immer das verspürte, was man jetzt dort erkannt hat, das ist das, wofür wir der deutschen Kolonie den allergrößten Dank schulden von seiten unserer Heimat und unseres Vaterlandes. Wir waren ja schließlich zu Hause, wir konnten uns trösten im Unglück, aber Sie standen in einer französischen Sprachinsel der Schweiz, Sie standen da, wo während des Weltkrieges vielfach eine Stimmung herrschte, die einmal ein geistvoller Franzose in die Worte gefaßt hat: „Clémenceau würde ja gern Frieden schließen, aber was würde die ‚Gazette de Lausanne' dazu sagen?" Sie wissen, daß in der Zeit, als die Verträge von Versailles geschlossen wurden, Deutschland den Wunsch aussprach, in diesen Völkerbund einzutreten, und daß man diesen Wunsch zurückwies. Sie waren Zeuge davon, wie man später durch den Mund von Macdonald nach Deutschland rief und wie man jetzt Deutschland aufgenommen hat, mit jenen 48 Ja-Stimmen, von denen Ihr Herr Vorsitzender gesprochen hat. In jener Zeit von Versailles über Macdonald zu der September-Tagung dieses Jahres ist dem deutschen Volke eine schwere Schicksalsprobe auferlegt worden, und ich glaube das eine sagen zu können: das deutsche Volk hat diese Schicksalsprobe bestanden. Ich empfinde es — geschichtlich gesehen — nicht als gerecht, wenn wir stets fragen, wie es kam, daß der Weltkrieg für uns verloren ging. Vielleicht könnten wir uns eher die Frage vorlegen, woher es kam, daß die ganze Welt gegen uns in Waffen stand. Aber wenn ich mich frage, wie das deutsche Volk bestanden hat in diesem Weltkrieg, dann bin ich der festen Überzeugung, daß künftige Zeiten nicht fragen werden: wie war es möglich, daß Deutschland in diesem Weltkrieg unterlag, sondern: wie war es möglich, daß dieses deutsche Volk einer Welt von Feinden vier Jahre widerstand und, als es seine Fahnen senkte, eine unversehrte Heimat seinem Volke hinterlassen konnte? Wir haben draußen und drinnen unendlich viel gelitten, und wenn schließlich starke Hemmungen, wenn starke revolutionäre Bewegungen, wenn schließlich ein ganz starkes Fieber dieses Volk ergriff, dann muß derjenige, der anklagt, sich auch fragen, was dieses Volk alles erlitten und erlebt hat. Und nun kommt die zweite Frage an das deutsche Volk: Wie würde es bestehen, nach dieser Zeit? Wenn ich mir diese Frage vorlege und vor Augen führe, daß wir ein machtloses Volk waren, machtlos an militärischer Kraft, machtlos an Reichtum, machtlos an industrieller Wirtschaft, wenn ich mir vor Augen führe, daß eine Atmosphäre der Kriegspsychose auch nach dem Kriege sich gegen uns geltend machte, und wenn ich mir dann den Freitag vor Augen führe, an dem wir in den Völkerbund aufgenommen wurden, dann sage ich mir: Wir haben diese Zeit von sieben Jahren nicht schlecht bestanden in der Geschichte. Ich frage Sie das eine: wenn wir all die Gegnerschaft der letzten Jahre erlebt haben, ist es nicht für uns ein Gefühl tiefster Genugtuung, daß die Welt nach uns gerufen und sich die Frage vorgelegt hat, ob man das Recht habe, sich „société des nations" zu nennen, wenn die Nation der Deutschen diesem Bund nicht angehört? Sie haben uns gerufen, und in diesem Augenblick wäre es falsch gewesen, wie ein trotziges Kind irgendwo im Winkel zu bleiben und zu sagen: ich spiele nicht

mit! Wir haben gesagt: wir kommen zu euch, wenn ihr uns begegnet mit derselben Achtung, die ihr für euch in Anspruch nehmt. Wir haben den Unterschied zwischen kleinen und großen Nationen nicht geschaffen, aber wenn er geschaffen ist, dann müssen wir als große Nation betrachtet werden. Wenn man uns vorgeworfen hat, wir seien die moralischen Urheber des Weltkrieges, so sagen wir: das waren wir nicht. Wenn ihr gesagt habt, wir seien nicht fähig, andere Völker zu kolonisieren, so sagen wir euch: wir haben dasselbe Recht dazu wie irgendeine andere Nation der Erde. Wir sind keine Chauvinisten, aber wenn es sich darum handelt, andere Völker zu kolonisieren, so wollen wir mit euch in der gleichen Linie stehen. Und diese Erklärung hat man doch schließlich gelten lassen an jenem Morgen, als wir eintraten, als der Beifall uns entgegentrat, der unseren Eintritt begrüßte. Als zum ersten Male eine deutsche Stimme in diesem Saale erklang, da hat doch mancher von Ihnen die Empfindung gehabt, daß darin eine Genugtuung lag gegenüber den moralischen Anklagen, die man uns gegenüber erhoben hat. Das sollte empfunden werden gegenüber manchen kleinen Klagen, mit denen einzelne wieder auftreten und sagen: „Da sitzt du mit denen dort zusammen, die einst deine Feinde waren." Wenn wir gegen die ganze Welt gekämpft haben, können wir uns nicht wundern, wenn diese Welt mit uns zusammensitzt im Völkerbundsrat. Ich frage die Deutschen: warum seid ihr so kleinmütig in bezug auf das Zutrauen in eure Führer? Wartet doch ab, was wir leisten, wir können genau so viel leisten wie die anderen. Nichts ist unrichtiger als eine Kritik, die nur nörgeln kann. Ich war heute zusammen mit den Memeler und den Danziger Deutschen und habe gehört, wie ganz anders ihre Empfindungen waren, als sie im Völkerbund Platz nahmen und sich einem Vertreter der deutschen Nation gegenübersahen. Was wir brauchen in unserem Vaterlande daheim und draußen, ist eine Zeit friedlicher Entwicklung, ist eine Zeit, in der sich wieder jene Schicht des deutschen Volkes bilden kann, die nach harter Arbeit etwas zurückgelegt für die, die nachher kommen, ist jene Schicht, die uns die gesunde Blutmischung gibt, aus der einst das Beamtentum und die Gelehrten entstanden, deren Studiengeld bezahlt war mit dem Spargeld ihrer Eltern. Ein Volk, das nur übermäßig reiche und proletarisierte Schichten hat, wird untergehen. Daß wir wieder die Möglichkeit haben für eine solche Entwicklung, daß wir wieder eine feste Währung haben, während andere Staaten noch darum kämpfen müssen, ihre Währung zu erhalten, auch das ist ein Zeichen dafür, wie wir aus dem tiefsten Fall den Weg zur Höhe wieder beginnen. Manchen geht der Weg nicht schnell genug und es gibt wieder andere, die glauben, daß dieser Weg nicht geradlinig gehe. Es gibt auch Menschen, die sagen, eine Politik der Kompromisse sei eine Politik der Schwäche. Wer das sagt, hat nicht das Leben eines einzelnen Menschen begriffen; und das Leben der Staaten ist schließlich die Zusammenfassung des Lebens des einzelnen. Wer gibt einem Menschen das Recht, sein Leben allein nach eigenem Willen zu führen? Das Verstehen der realen Welt, das Hineinfühlen in die Familie und in die Nation, in der man lebt, damit allein ist doch überhaupt erst das Leben möglich. Man sollte sich doch nicht immer um die Methode kümmern, wenn es nur überhaupt vorwärts geht, denn schließlich entscheidet der Erfolg darüber, welche Methode richtig ist. Wir werden aber nur schrittweise vorwärts kommen, wir werden nicht immer nach den Wünschen der Theoretiker einen geraden Weg gehen können. Wo eine Mauer ist, da umgehe ich sie und schlage mir nicht den Schädel

daran ein. Das ist auch letzten Endes so bei der deutschen Außenpolitik. Zweifeln Sie nicht an dem einen, daß das Ziel dieser Politik nur dieses ist: Deutschlands Freiheit und Deutschlands Friede. Ihn brauchen wir. Dazu Einigkeit nach innen und außen! Als Hoffmann v. Fallersleben das Deutschlandlied dichtete, da hat er in dieses Lied manches vom Zweifel hineingelegt, weil er die Natur des Deutschen kannte: „Wenn es stets zu Schutz und Trutze brüderlich zusammenhält!" Wir Deutschen, von denen man einst sprach, daß wir den furor teutonicus hätten — wir haben ihn oft, wenn ein Deutscher gegen den anderen kämpft. Aber wir haben ihn oft nicht, wenn es sich darum handelt, die Einigkeit einmal nach außen zu betonen. Wo wäre diese Empfindung mehr gegeben als da, wo wir auf dem Außenposten stehen? Unser Weg ist auch heute noch schwierig, wenn auch manche Fragen der Vergangenheit gelöst sind. Heute handelt es sich darum, die Souveränität auf deutschem Boden wiederherzustellen, und darüber hinaus durch kluge und überlegte Politik den Weg zu finden, um in Zusammengehen mit anderen Nationen über dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu wachen, wenn es verletzt ist. Wir haben jetzt für den ersten Weg gekämpft. Dortmund und Bochum waren einst das Pfand deutscher Leistungen. Das Ruhrgebiet ist geräumt. Die erste Zone ist geräumt. Und heute kämpfen wir nicht um Verminderung der Besatzung, sondern haben die eine große Frage zu stellen, ob die Besetzung deutschen Gebiets vereinbar ist mit der Lage, die geschaffen wurde durch unseren Eintritt in den Völkerbund. Wir haben die Frage zu stellen, ob es noch möglich ist Gebiete wie das Saargebiet besetzt zu halten, das deutsch ist und zu Deutschland in kürzester Frist zurückkehren will. Und wenn hier dafür gewisse Belastungen finanzieller Natur zu tragen wären, die wir tragen können, so glauben wir, daß wenn diese Frage vor uns steht, das deutsche Volk einmütig ist in dem Gedanken: nicht das materielle Leben ist das Entscheidende, sondern die politische Freiheit der Nation. Wir können arm und doch eine große Nation sein. Das ist nicht das Entscheidende, ob der eine einen schlechteren Rock trägt als der andere, sondern ob er freien Charakters ist und stolz jedem anderen ins Auge sehen kann. Wir wollen den anderen Nationen frei und stolz in die Augen sehen, wenn wir wieder einen freien Boden in Deutschland haben, und ich hoffe, daß wir in Genf einen Schritt vorwärts gekommen sind zur Erreichung dieses Zieles. Lassen Sie mich hoffen, daß, wenn wir zu künftigen Tagungen des Völkerbundes zurückkehren, wir die Möglichkeit haben, uns des in hartem Kampfe Erlangten zu freuen. Wir sollten uns erinnern an die Worte des griechischen Philosophen: daß die Götter vor den Erfolg den Kampf gesetzt haben. Wir sollten uns klar sein darüber, daß wir naturgemäß als das heutige Geschlecht nur die eine Aufgabe haben, den Weg zu bereiten für eine glücklichere Zukunft derjenigen, die nach uns kommen, wir, die wir Nutznießer gewesen sind der Taten derjenigen, die vor uns waren. Wir sind nicht von der Natur anderer Nationen, von denen die eine die Idee des Ausruhens wundervoll verbunden hat mit der Idee der werktätigen Arbeit, und eine andere die Lebensphilosophie hat, in einem bestimmten Lebensalter sich zurückzuziehen von der Arbeit, um nur noch geruhsamer Behaglichkeit zu leben. „Wenn das Leben köstlich gewesen ist, dann ist es Mühe und Arbeit gewesen", diese deutsche Auffassung eines Luther hat zum Ausdruck gebracht, wie wir das Leben empfinden. Wir werden mehr tätig sein müssen als die anderen, und über unserem Leben wird der römische

Spruch stehen: „Ohne Urlaub werden wir geboren." Wenn wir hineingekommen sind in diese schwere Zeit der Not, so lassen Sie uns hoffen, daß man uns einst dankt, was wir getan. Lassen Sie uns hoffen, daß in diesem Sinne unser deutsches Vaterland den Weg gehe zu neuer Größe und zu einer neuen guten Zukunft."

Am 22. mittag hält dann Stresemann vor seiner Abreise noch nachstehende Rede vor der Vertretung der Weltpresse: „Ich möchte Gelegenheit nehmen, mich von Ihnen zu verabschieden, da die Verhandlungen des Ministerrats in Berlin mich zwingen, früher als gewünscht Genf zu verlassen. Ich hatte die Absicht, bis zum Ende der Versammlung zu bleiben, um genügend Eindrücke zu gewinnen über die Methoden der Arbeit des Völkerbundes und die Kenntnisse von Persönlichkeiten zu erweitern und so mich selbst vorzubereiten auf die künftigen Sessionen des Völkerbundes. Aber da am Dienstag der franz. Ministerrat stattgefunden hat, der sich mit Thoiry beschäftigte, werden Sie es verständlich finden, daß auch meine Ministerkollegen über diese Diskussion durch mich unterrichtet sein möchten. Aus diesem Grunde verlasse ich heute Genf. Ich bin in den letzten Tagen oft über meine Eindrücke aus Genf befragt worden, und ich habe kein Hehl daraus gemacht, daß es Eindrücke der Genugtuung sind. In allen Fragen, die uns hier beschäftigt haben, ist die deutsche Delegation stets einer Auffassung gewesen. Daraus mögen Sie die Gewähr entnehmen, daß unsere Politik sich stützen kann auf die Mehrheit des Parlamentes und darüber hinaus, was viel wichtiger ist, auf die ganz große Mehrheit des deutschen Volkes. Einige werden sich der kurzen Ansprache erinnern, die ich im März gehalten habe, als Locarno gefährdet schien durch die Unmöglichkeit des deutschen Eintritts in den Völkerbund. Doch ich glaube, daß es gut war, die Nerven behalten zu haben, und daß der Optimismus standhielt gegenüber allen Zweiflern. Deutschlands Eintritt hat sich in einer Weise vollzogen, die uns zur Dankbarkeit veranlassen kann gegenüber der freundlichen Art, mit der man uns entgegengekommen ist. Deutschlands Mitarbeit im Rate und in den Kommissionen hat unter dem gleichen Zeichen stattgefunden. Ich habe es für meine Person auch stets abgelehnt, in der Beurteilung der Wahlen zum Völkerbundsrat die einzelnen Nationen zu klassifizieren, und zwar in deutschfreundliche und deutschfeindliche Völker. Ich kann von keiner Nation verlangen, daß sie andere Interessen in Genf vertritt als ihre eigenen, jedoch im europäischen Rahmen und im Rahmen der Welt. Ich glaube, die Empfindung zu haben, daß diejenigen Unrecht haben, die davon sprechen, daß der Völkerbund der Ausdruck sei von Mächtekonzernen, die ihn beherrschen. Ich glaube, daß der Individualismus stärker entwickelt ist, als man es draußen glaubt, daß aber der Sinn nach sachlicher Arbeit und nach einheitlichem Zusammenklang noch stärker entwickelt ist. Ich könnte mich mit diesen Worten von Ihnen verabschieden, wenn ich nicht Gelegenheit nehmen möchte, zu einigen Gerüchten Stellung zu nehmen, die hier gerade in Ihren Kreisen sich geltend gemacht haben sollen mit Bezug auf meine Ansprache, die ich gestern vor der deutschen Kolonie von Genf gehalten habe. Ich bitte es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich sage, es müßte wenig Sensationen in Genf geben, wenn man aus dieser Rede bereits eine Sensation machen könnte. Ich habe in einer Antwort auf die Begrüßungsrede des Vorstandes der deutschen Kolonie darauf hingewiesen, daß wir in Genf einen großen Schritt vorwärts gekommen wären, und zwar habe ich diesen Schritt darin gesehen, daß in den Be-

ziehungen zwischen Frankreich und Deutschland heute nicht mehr verhandelt würde über eine Ziffer von Besatzungstruppen oder die Verminderung dieser Besatzung um irgendeine Ziffer, sondern um die ganze Frage der Rheinlandräumung und um die Frage der Rückkehr des Saargebietes ins Deutsche Reich. Ich habe damit keine Indiskretion begangen, da Havasmeldungen mir vorliegen über den gestrigen franz. Ministerrat, in dem ganz offen von diesen Fragen gesprochen wurde, und ich habe im Zusammenhang mit der Regelung der Saarfrage gesprochen von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, damit andeutend auf die voraussichtlich stattfindende Abstimmung im Saargebiet über seine Rückkehr nach Deutschland. M. H.! Was ist bereits gemacht worden? Ein Mailänder italienisches Blatt teilte heute mit, daß ich von der Annexion Österreichs und sogar von der Annexion Südtirols gesprochen habe und daß dies wohl der Gegenstand meiner Besprechung mit Briand gewesen sein müsse, denn ich hätte sonst nicht so geredet, wie dies geschehen sein soll. Ich stelle fest: Thoiry war schön und psychologisch von größter Bedeutung in der Politik. Aber wenn Sie glauben, daß dort Europa verteilt worden ist, da überschätzen Sie weitaus den Raum, in dem diese Diskussionen stattgefunden haben, unterschätzen Sie auch mich, indem Sie mir eine solche Dummheit zumuten, daß ich eine Rede gehalten haben soll, wie sie mir zugeschrieben wird. Ich glaube mir zusprechen zu können, daß ich gegenüber Anfeindungen im eigenen Lande mir klar gewesen bin über den Grad der Fortschritte, die gemacht werden können. Ich freue mich, daß der Grad des Fortschritts stärker gewesen ist, als ich ihn früher vermutete, aber irgend etwas darin zu suchen, was hinausgeht über die Fragen, die längst öffentlich in der Presse diskutiert wurden, das dürfen Sie mir nicht zumuten. Wenn ich über das Selbstbestimmungsrecht gesprochen habe, geschah es im Zusammenhang, wie z. B. in der Memeler Frage, wo es sich darum handelt, Verletzungen zu verhindern, falls sie begangen sein sollten. Wer darüber hinausgeht, tut es aus Sensationslust oder, was ich nicht hoffe, aus bösem Willen. Ich glaube, wir können uns im Geiste des Völkerbundes der Fortschritte freuen, welche die Verständigung der Nationen gemacht haben durch den deutschen Eintritt in den Völkerbund, und ich freue mich der Besserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, weil ich darin den Kern der europäischen Verständigung sehe. Wer diese Verständigung will, mag sie nicht stören durch solche Sensationen und solche Gerüchte, die in den Tatsachen keine Begründung finden. Ein letztes Wort: Man hat manchmal die Frage aufgeworfen, ob Deutschland einen ständigen Vertreter für den Völkerbund delegieren würde. Ich darf darauf antworten, daß dies nicht in der Absicht der deutschen Regg. liegt und daß ich Wert darauf lege, die Vertretung Deutschlands im Völkerbundsrat selbst zu führen und auf diese Weise die persönlichen Beziehungen noch zu verstärken, die mich mit denjenigen verbinden, die bis jetzt den Völkerbund geführt haben und mit denen ich zusammenzuarbeiten habe. Ich glaube auch annehmen zu dürfen, daß ich bei den Tagungen des Völkerbundes und des Völkerbundsrates, soweit sie in Genf stattfinden, Gelegenheit haben werde, Sie hier wiederzusehen, und indem ich mich von Ihnen verabschiede, bitte ich, mir zu gestatten, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die künftigen Beziehungen ebenso freundlich bleiben werden wie bisher durch gemeinsame Arbeit und durch sachliche Kritik. In dem Sinne erlauben Sie mir, daß ich Ihnen das deutsche Wort zurufe: Auf Wiedersehen."

21.—25. Sept. Die Restarbeiten der Völkerbundsversammlung.

Am 21. wird der Bericht der II. Kommission über die Weltwirtschaftskonferenz zur Kenntnis genommen, es bleibt bei der Einberufung der vorbereitenden Wirtschaftskomm. für den 15. Nov. und einer möglichst baldigen Einberufung der Wirtschaftskonferenz selbst, letztere jedoch ohne Datumsbestimmung.

Am 23. wird die Abrüstungsfrage behandelt; Paul-Boncour erstattet den Bericht der vorbereitenden Abrüstungskommission (S. 463ff.): Der gewünschte Sicherheitszustand sei eingetreten und ermögliche die Abhaltung der Abrüstungskonferenz. Besonders wichtig sei die gegenseitige Kontrolle natürlich unter Beschränkung auf dasjenige, was in der Kaserne sich befinde. Die Debatte wird am 24. fortgesetzt. Lord Cecil antwortet auf die Rede Paul-Boncours: Er sei glücklich, daß Paul-Boncour die erwähnten Grundsätze vertrete. Abrüstung und Sicherheit gehörten zusammen, und die allgemeine Abrüstung könne sich auf regionale und auf allgemeine Verträge stützen. Besser auf letztere. Über das „potentiel de guerre", das Paul-Boncour wieder ins Treffen führte, werde man sich einigen, wenn man sich über die Hauptsache geeinigt haben werde. Paul-Boncours Wunsch nach einer Kontrolle beunruhige ihn nicht. Wenn die Hauptfrage geregelt sei, entfielen automatisch die Nebenfragen. Aber die Abrüstungskonferenz müsse Erfolg haben, nicht nur wegen der sonst drohenden allgemeinen Gefahr, sondern weil die Angriffsordnung bestehen bliebe. Besonders drückend seien die Militärlasten und die Kriegsmöglichkeiten, mit denen man gegenwärtig ständig rechnen müsse. Die Hauptfrage bleibe die neue Bemessung der jedem Staate gestatteten Rüstungen, was eine politische Frage sei. Von der Notwendigkeit der Abrüstung des anderen sei jeder hinlänglich überzeugt. Aber Paul-Boncour sei aufrichtig und seine Regierung auch. Alle Regierungen und die vorbereitende Abrüstungskommission seien es ebenfalls, und daß sich jeder als Anhänger der Abrüstung bekenne, sei schon ein Erfolg. Blieben noch die Ziffern! Damit hier gründlich vorbereitet werde, würde es nichts schaden, die Konferenz um einige Monate zu verschieben, obwohl auch Cecil sie baldmöglichst wünsche. Die Verantwortung sei groß, und der Mißerfolg wäre das größte Unglück seit Gründung des Völkerbundes. Schließlich appelliert Redner an die Presse. Er habe einen aufregenden Artikel gelesen über Englands Herrschergelüste und seine Sucht, andere Nationen zu vernichten. Solche Darstellungen schadeten der Sache. Der Kampf sei schon sowieso schwer; möge ihn die Presse unterstützen zum Heile des Friedens und der Völker. Von größtem Interesse ist nun folgendes Schreiben der deutschen Delegation, das Staatssekretär v. Schubert in französischer Sprache vorliest. Es erfordert und rechtfertigt genaue Lektüre und sei daher im Wortlaut wiedergegeben: „Sie werden nicht erwarten, daß ich Ihnen am Ende der langen Debatte der Versammlung das Problem der Abrüstung und die Ansicht des deutschen Volkes darüber in allen Einzelheiten vorliege. Auch ist der deutsche Standpunkt, der sich mit den Interessen des Völkerbundes deckt, zur Genüge bekannt. Schon vor seinem Eintritt in den Völkerbund hat sich Deutschland an den Arbeiten des Vorbereitenden Ausschusses eifrig beteiligt. Seine Vertreter in diesem Ausschuß wie in den Unterausschüssen haben an den verschiedenen Entwürfen für die Beantwortung des von dem Völkerbundsrat vorbereiteten Fragebogens mitgewirkt. Sie kennen die Meinungsverschiedenheiten,

die bei dieser Gelegenheit zutage getreten sind. Diese Meinungsverschiedenheiten und alle die Schwierigkeiten, die sich bei dem Suchen nach einer gemeinsamen Formel zeigten, sind aus den Protokollen ersichtlich. Bei diesen Beratungen haben die deutschen Vertreter ständig das Interesse der Allgemeinheit im Auge gehabt und sich von der Überzeugung leiten lassen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Abrüstung die bedeutsamste Aufgabe des Völkerbundes ist und daß der Völkerbund bei der Durchführung dieser Aufgabe nicht nur für seine eigene Konsolidierung, sondern für die gesamte Menschheit arbeitet. Es wäre leicht, alles das darzulegen, was bisher einer Vereinbarung über eine allgemeine Abrüstung, die diesen Namen wirklich verdient, im Wege gestanden hat und noch im Wege steht. Es ist auch nicht schwer, sich in Kritiken zu ergehen und einer gewissen Enttäuschung Ausdruck zu geben. Die Tagungen des Vorbereitenden Ausschusses werden unserem Delegierten Gelegenheit geben, alle Fragen, auf die ich hier anspiele, im einzelnen zu erörtern. Hier in dieser Versammlung kommt es lediglich auf die anzuwendenden Grundsätze sowie auf das zu erstrebende Ziel an. In seinen Ausführungen hat Herr Paul-Boncour gestern, als er von Art. 8 der Bundessatzung sprach, klar die Grundsätze angegeben, von denen jede Abrüstungsarbeit ausgehen muß. Andererseits sind, wie der Vertreter Frankreichs ausgeführt hat, diese Grundsätze auch in der Präambel zum Teil 5 des Versailler Vertrages enthalten. ‚Die besonderen Beschränkungen, die verschiedenen Nationen auferlegt sind', so hat Herr Paul-Boncour ausgeführt, ‚sind ihnen nur auferlegt worden als Vorbedingung der allgemeinen Abrüstung, die folgen muß.' Hinsichtlich des Zieles, nach dem wir streben, sind wir sicherlich alle einig. Wir wollen der Unsicherheit ein Ende machen, die den Ländern nicht nur aus dem Wettrüsten sondern auch aus der zurzeit bestehenden Ungleichheit der Rüstungen droht. Es ist hier indes — allerdings theoretisch und um künftigen Enttäuschungen vorzubeugen — gesagt worden, daß ein internationales Abrüstungsabkommen selbst dann noch einen erheblichen Fortschritt bedeute, wenn darin auch nur die Festlegung des gegenwärtigen Zustandes erfolge. Gewiß, auch wir sind der Ansicht, daß man das Endziel nur in Etappen erreichen kann. Aber wir glauben, daß man in der Festlegung des jetzigen Zustandes keinen wirklichen Fortschritt erblicken kann, sondern daß man die Vorbereitungsarbeiten von vornherein auf das Ziel einstellen muß, die allzu großen Ungleichheiten zu beseitigen, wie sie jetzt in bezug auf die Rüstungen bestehen, um auf diese Weise den Völkerbund zur Erfüllung seiner Aufgaben instand zu setzen. Niemand kann die großen Schwierigkeiten verkennen, die sich der Durchführung des allgemeinen Abrüstungsplanes noch entgegenstellen; niemand kann sich die Hindernisse politischer und technischer Art verhehlen, die noch zu überwinden sind. Die deutsche Delegation vergißt keineswegs die Realitäten, die in einer so heiklen Frage zu berücksichtigen sind. Wir wissen, daß einzig und allein völlige Loyalität und der Wunsch nach gegenseitiger Verständigung, von dem sich die Versammlung während dieser Tagung hat leiten lassen, den Weg freimachen kann, der uns zu unserem erhabenen Ziele führt." Der Kommissionsbericht wird sodann einstimmig angenommen. Nun flaut das Interesse rasch ab. Es folgen Berichte über die geistige Zusammenarbeit, über die Sanierung Ungarns und Österreichs, das Rettungswerk für die bulgarischen Flüchtlinge und die Berichte des Finanzkomitees, des Wirtschaftskomitees und der Gesundheitsorganisation. Die Entschließungen,

die von den Kommissionen beantragt waren und über die wir seinerzeit berichtet haben, werden ohne weiteres genehmigt.

Am 25. werden noch zwei Sitzungen abgehalten. Aus den Beschlüssen sind hervorzuheben: der angenommene politische Antrag Markowitsch-Serbien betr. Ausdehnung der Locarnoverträge auf andere Länder und der Generalbericht über die Völkerbundsfinanzen. Das Budget für 1927 beträgt 24512341 Goldfr.; der deutsche Beitrag, der genau so viel Einheiten wie der Frankreichs beträgt, beziffert sich auf 2 Mill. Goldfr. Die Tagung wird sodann durch ein Schlußwort des Präsid. Nintschitsch geschlossen.

22. Sept. Neukonstituierung der vorbereitenden Abrüstungskommission.

Die Neuwahl des Völkerbundsrats bedingte eine Umgestaltung der Kommission.

8. Okt. Erledigung des Falls Abessinien.

Am 4. Sept. hat Ras Taffari, der Kronprinz von Abessinien, in einem abschließenden Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes seine bewirkte Beruhigung über das engl.-ital. Abessinien-Abk. notifiziert und festgestellt, „daß Abessinien seine volle Freiheit besitze“. Generalsekretär Drummond teilt nunmehr dem Kronprinzen mit, daß er seinen Brief allen Bundesstaaten mitgeteilt habe und seine Veröffentlichung im Bundesblatt veranlassen werde.

2. Nov. Ungarisches Memorandum zur Frage der Abrüstung.

Die ungarische Regg. macht von dem Rechte Gebrauch, das den Völkerbundsmitgliedern eingeräumt ist, die nicht in der Abrüstungskomm. vertreten sind, und überreicht ein Memorandum über alle einschlägigen Fragen. Sie spricht die Ansicht aus, daß die Verzögerung der Abrüstung die Lage zum Zusammenbrechen führen müsse. Unter anderem müßte auch der Unterschied zwischen Siegern, Besiegten und Neutralen verschwinden. Die Rüstungsverminderung solle so schnell, so einfach, so einheitlich und so allgemein wie nur möglich erfolgen. Ungarn selbst sehe sich durch die gegenwärtigen Rüstungen seiner Nachbarn nicht bloß bedroht, sondern es finde nur dann die moralische Basis für die Beibehaltung seiner derzeitigen „Rüstung“, wenn die anderen vertragschließenden Teile dem ersten Satz des Kapitels 5 des Vertrages und dem Art. 8 des Völkerbundpaktes entsprächen. Es müsse der geographischen und politischen Lage Ungarns, seinen geringen Mitteln und der Tatsache Rechnung getragen werden, daß Ungarn von einer Gruppe Staaten umgeben ist, die gegen es verbündet sind und es an Kräften weit übertreffen. Wenn eine Kontrolle der Einhaltung der Beschränkungen für nötig gehalten werde, so müsse sie für alle gleich sein. Sie müsse sich auf die Nachprüfung bestimmter Fragen beschränken. Der Auftrag zur Nachprüfung müsse vom Völkerbundsrat einstimmig gefaßt werden, wobei die Zeitdauer der Untersuchung festgelegt werden müsse.

5. Nov. Schlußbericht der Unterkommission A der vorbereitenden Abrüstungskommission.

Die militärische Unterkommission A der vorbereitenden Abrüstungskommission schließt ihre Beratungen ab. Das Material wird noch in einen Schlußbericht zusammengefaßt werden und der Abrüstungskommission,

die 1927 wieder zusammentreten wird, überwiesen. Der Vizepräsid. der Abrüstungskommission und der Präsid. der Unterkommission A, der belgische soz. Senator und Professor de Brouckère, gibt in einem Presseinterview sein Urteil über das Ergebnis ab, er scheint von den Arbeiten eigentlich nicht befriedigt zu sein, er stellt fest, es habe etwa bei der Hälfte der Fragen zwei ganz verschiedene Gruppen von Antworten gegeben, ohne daß dabei jedoch die beiden Gruppen stets auch aus denselben Staaten bestanden hätten. Daß in vielen Punkten keine Übereinstimmung erzielt wurde, schreibt er dem im Sept. auf Antrag des amerik. Gesandten Gibson gefaßten Beschlusse zu, daß keine Abstimmungen mehr stattfanden. Br. erwartet von den nächsten Schritten der vorbereitenden Kommission und der Konferenz selbst noch keine entscheidenden Verbesserungen der Lage des Abrüstungsproblems, wobei er den Hauptwert auf seine Überzeugung zu legen scheint, die wirtschaftliche Weltlage werde den Abrüstungswillen schon zu fördern wissen.

15.—19. Nov. (Genf) Zweite Tagung der vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz.

Als Präsid. erklärt Theunis in seiner Eröffnungsansprache u. a. folgendes: Seitens des Völkerbundsrats habe die Kommission volle Freiheit. Der Zweck des Völkerbundes sei es, auf die Erhaltung des Weltfriedens hinzuarbeiten. Die Wirtschaftslage habe sich nicht allzusehr gebessert. Aus dem ungeheuer eingelaufenen Material folgert der Präsid., daß das Interesse der Wirtschaftskreise für die Konferenz sich seit einem Jahre sehr gehoben hat. Am 19. werden die Kommissionsarbeiten (Überprüfung des Materials und Aufstellung des Programms) reibungslos und vorläufig beendet. Dem Rat wird vorgeschlagen, die Wirtschaftskonferenz für den 4. Mai 1927 einzuberufen und sie wie folgt zusammenzusetzen: Die Regg.en der Völkerbundstaaten und der wichtigen außerhalb des Bundes stehenden Länder werden eingeladen, jeder höchstens fünf Delegierte zu wählen die jedoch nicht die Regg.en als solche vertreten und sie daher auch nicht binden. Dazu kommt eine Anzahl Fachmänner nach Ermessen dieser Regg.en. Der Völkerbundsrat wird einige Delegierte hinzufügen, um bestimmte Kreise mit heranzuziehen. Präsid. Theunis warnt jedoch angesichts der noch zu überwindenden Schwierigkeiten vor Optimismus und Pessimismus.

29. Nov. Tagung der Unterkommission B der vorbereitenden Abrüstungskommission.

Die wirtschaftliche Unterkommission B behandelt die Ergebnisse der drei bisherigen Tagungen der gemischten Völkerbundskomm. auf Grund der ihr von den Unterkomm. A und B zugewiesenen Fragen des bekannten Fragenprogramms sowie des belg. Antrages betr. Strafbestimmungen zur Einhaltung einer künftigen Abrüstungskonvention und des engl. Antrages gegen den Giftkrieg. Im großen und ganzen wird der Bericht der gemischten Komm. ziemlich unverändert genehmigt und den Regg.en sowie der vorbereitenden Abrüstungskomm. zugeleitet. Gleichzeitig wird die Einsetzung von zwei neuen Fachkomm. beschlossen, die eine zur Prüfung der Frage, ob das Budget der Landesverteidigung als Kontrollmittel verwendbar ist, die andere zur Behandlung der Luftfahrtfragen. Diese beiden neuen Fachkomm. werden der im Febr. neuerlich zusammentretenden Unterkomm. B Bericht erstatten. Die Einberufung der vor-

bereitenden Abrüstungskomm. selbst ist nunmehr bis Ende März 1927 hinausgerückt, und die Abhaltung der Abrüstungskonferenz noch im J. 1927 erscheint fraglich.

1.—4. Dez. Tagung des Komitees des Völkerbundsrates.

In der 1. Sitzung wird eine Denkschrift des Generalsekretärs behandelt, die gemäß Art. 16 des Paktes das beschleunigte Zusammentreten des Rats in Zeiten politischer Krisen zum Gegenstand hat. Generalsekretär Drummond berichtet über die Erfahrungen bei außerordentlichen Einberufungen des Völkerbundsrates, der zweimal wegen einer Krise und dreimal aus weniger dringenden Gründen zusammengerufen wurde. Am 31. März 1920 verlangte Persien gegen Sowjetrußland und am 23. Okt. 1925 Bulgarien gegen Griechenland die Einberufung. Im ersten Falle dauerte es 14, im zweiten Falle 3 Tage, bis der Rat zu arbeiten beginnen konnte. Am 12. Mai 1921 verlangte Briand als Präsid. des Interall. Obersten Rates die Einberufung des Völkerbundsrates wegen Grenzziehung in Oberschlesien, am 7. Nov. 1921 England wegen des jugoslaw. Verhaltens in Albanien und am 14. Okt. 1924 ebenfalls England wegen der Mossulgrenze. Es brauchte sodann 17 bezw. 11 und 13 Tage bis zum Funktionieren des Rates. Drummond hebt aber noch hervor, daß bei dem griech.-bulg. Konflikt im Oktober vor. Jrs. der Beginn der Feindseligkeiten erfolgt wäre, wenn das Telegramm des Ratspräsid. auch nur eine halbe Stunde später in Athen eingetroffen wäre.

Am 2. Dez. legt de Brouckère seinen Bericht über den franz., poln. und finn. Vorschlag vor, wie der Art. 16 des Paktes in Wirksamkeit zu setzen wäre. Der Bericht befaßt sich ausführlich mit dem Begriff des Kriegszustandes und versucht eine Definition des Begriffs „Angreifer". Er wünscht denjenigen als Angreifer anzusehen, der den Ratschlägen des Rates nicht folgt. Großen Wert legt er auf den in Locarno gefundenen „glücklichen" Begriff der „berechtigten Verteidigung", auf den er sich ausdrücklich beruft. Er betont die unbedingte Verpflichtung militärischer Waffenhilfe, stellt aber Wirtschaftsmaßnahmen einschließlich Blockade in den Vordergrund. Seine Vorschläge lauten: 1. Die technischen Organe des Völkerbundes sollen die wirtschaftliche und finanzielle Wirksamkeit der Blockade studieren; 2. die finanziellen Organe sollen Pläne einer finanziellen Hilfeleistung ausarbeiten; 3. die Rechtsabteilung soll die juristischen Grundlagen der Blockade feststellen; 4. eine Liste geeigneter Personen soll aufgestellt werden, die nach dem Konfliktort geschickt werden könnten; 5. die Rechtsabteilung soll eine Studie über Staatengesetzgebung herstellen, um den Staaten die Wirtschaftssanktionen zu ermöglichen. Das Ratskomitee behandelt dann vor allem (am 2. u. 3.) den Art. 11 „die Ratstätigkeit im Zeitpunkt des Kriegsgefahrzustandes". Wenn die Kompetenzen des Völkerbundsrates für diesen Fall ähnlich ausgedehnt werden sollten, wie man sich bisher den Art. 1 dachte, würde sich eine ganz bedeutende Machterweiterung des Bundes ergeben. Lord Robert Cecil beantragt die Einsetzung eines Unterkomitees. Das Unterkomitee wird aus Cecil, Brouckère und Titulescu-Rumänien zusammengesetzt.

Am 4. Dez. werden die Beratungen abgeschlossen, der poln. Antrag betr. eine Sonderorganisation für regionale Hilfe wird vertagt, ebenso der finn. Antrag, der auf Sonderschutz für geographisch ungünstig liegende Staaten abzielt. Das Unterkomitee für die Beratung über die im Art. 11 liegenden Möglichkeiten wählt Brouckère zum Referenten, der persönlich die Arbeit fortsetzt und seine beiden Kollegen auf dem laufenden hält.

6.—11. Dez. (Genf) 43. Tagung des Völkerbundsrats: Investigation.

Die Eröffnungssitzung ist geheim. Den Vorsitz führt Vandervelde, entsprechend der alphabetischen Reihenfolge der Länder. Das Programm selbst bietet nicht das geringste Interesse. Wichtiger sind zunächst die verschiedenen Sonderberatungen, die tschech.-franz. Aussprache, eine Aussprache zwischen Stresemann und Briand und ein Besuch Stresemanns bei Chamberlain. Die Besprechung Stresemann-Briand dreht sich um die zwei Hauptfragen der Militärkontrolle und Investigation. Der Vertreter des „Petit Parisien" berichtet darüber, daß Stresemann dabei die Abberufung der Komm. Walch verlangt und dadurch ernste Schwierigkeiten verursacht habe. In einer Pressebesprechung erklärt Briand: Jedenfalls werde die gegenwärtige Politik unter allen Umständen und von allen Staatsmännern weiter verfolgt werden müssen. Die Militärkontrolle gehöre der Botschafterkonferenz, die Investigation dem Völkerbundsrat, es seien Verbindungen zwischen beiden möglich; eine Umwandlung der Investigationsbeschlüsse dauere lange und habe Vor- und Nachteile. Die Frage der Interall. Militärkontrolle, über die gleichzeitig die Botschafterkonferenz in Paris beratschlagt, bildet den Gegenstand von Besprechungen, die am Abend zwischen Stresemann, Briand, Scialoja und Vandervelde bei Chamberlain stattfinden und am 7. fortgesetzt werden. Stresemann betont dabei, daß die deutsche Regg. ihre Stellungnahme zum Investigationsprotokoll des Völkerbundes von ihrer Forderung nach Aufhebung der Militärkontrolle streng auseinanderhalte. Die Aufhebung der Militärkontrolle verlange sie, da Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen in vollem Umfange nachgekommen sei.

In der 2. öffentlichen Sitzung des Rats am 7. wird u. a. der Bericht über das bulgarische Flüchtlingswerk erledigt, dabei gelingt es endlich, mit Griechenland, Jugoslawien und Rumänien zu einem bis ins einzelne gehenden Einvernehmen bezüglich der Besiedelung der Grenzgebiete zu gelangen. Die Statuten der Nationalbank bedürfen noch einiger Berichtigung. Der Vorschuß von 400000 Pf. Sterling steht bereits für das Flüchtlingswerk zur Verfügung, die kleine Anleihe selbst ist noch in Verhandlung in London begriffen. Im Mittelpunkt des Interesses aber steht der Stand der deutschen Entwaffnungsfrage. Der am 7. aus Paris in Genf eingetroffene Generalsekretär der Botschafterkonferenz, auf deren Entscheidung der Rat wartet, berichtet, Vandervelde und nach ihm Scialoja besuchen Stresemann Die Entscheidung aber liegt wie gesagt in Paris: bei Poincareé, bei seinen Finanzberatern, bei seinem Generalstab. Aber auch die Wünsche des industriellen Englands nach Einschränkung der deutschen Ausfuhr an Halbfabrikaten in Kriegsmaterial und die Sorgen Polens wegen der deutschen Festungen im Osten spielen eine Rolle. Inzwischen bearbeiten die Juristen in der Konferenz das „Investigationsprotokoll", über das am 8. Dez. Gaus, Hurst, Fromageot und de Brouckère stundenlang beraten. Der Rat selbst beschäftigt sich am 8. u. a. mit den Fragen der Abrüstungskonferenz: Berichterstatter Benesch beantragt eine Resolution, wonach die vorbereitende Abrüstungskomm., die bekanntlich am 21. März zusammentritt, ersucht werden soll, dem Rat den Zeitpunkt der Abrüstungskonferenz vorzuschlagen. Chamberlain bemerkt, seiner Ansicht nach sei die Hauptsache eine gründliche Vorbereitung, was wichtiger sei als ein früherer Zeitpunkt. Schließlich folgt ein heiterer Wortstreit darüber, ob die Ab-

rüstungskomm. kompetent sei, vorzuschlagen: la date, le moment oder l'époque. Der letzte Begriff siegt.

Am 9. findet wieder eine Unterredung zwischen Briand und Stresemann statt und setzen die Juristen Fromageot und Gaus ihre Beratungen fort. Die letzteren einigen sich über die Frage der Investigation, nur in der Frage der éléments stables im Rheinland wird die Entscheidung zurückgestellt. Der Rat behandelt in einer Nachmittagssitzung die Finanzlage der freien Stadt Danzig und genehmigt bedingungsweise die Auflegung einer Anleihe, deren endgültige Empfehlung für die Märztagung vorbehalten bleibt. Den dritten Verhandlungspunkt bildet der Bericht Stresemanns über die Vorschläge des Vorbereitenden Weltwirtschaftskomm., er schlägt vor, die Ver. Staaten, Rußland, die Türkei Mexiko, Ecuador und Ägypten als Nichtmitglieder des Völkerbundes zur Teilnahme einzuladen. Das Resultat der Sitzung der Botschafterkonferenz (am 9.), die gleichzeitig in Paris tagt, bildet den Hauptgegenstand der Konferenz der Locarnomächte am 10. Dez., über die folgendes genau vereinbartes Kommuniqué ausgegeben wird: Die Vertreter der Mächte, die Mitgl. der Botschafterkonferenz sind, haben sich heute vormittag mit den Vertretern Deutschlands getroffen, um sich über die Ergebnisse der Unterhaltungen zu informieren, die in Paris stattgefunden haben. Sie konnten einen zufriedenstellenden Fortschritt in der Gesamtlage feststellen. Sie erwarteten noch einen Bericht, der ihnen von der Botschafterkonferenz nach ihrer heutigen Nachmittagssitzung zugehen wird. Neue Besprechung morgen vormittag 11 Uhr.

Über den Verlauf der Konferenz ist im einzelnen folgendes hervorzuheben: Zu Beginn der Sitzung beglückwünscht der Vorsitzende des Rates, Vandervelde, die drei Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Englands, deren Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis kurz vorher bekanntgeworden ist, in herzlicher Weise. Der Bericht, den die Botschafterkonferenz über die Entwaffnung erstattet hat, ist in seinem Wortlaut nicht bekannt. Anscheinend läuft er darauf hinaus, die Entwaffnung an und für sich für beendet zu erklären mit Ausnahme der beiden Restpunkte. Auch darüber besteht Einigkeit, daß die Militärkontrolle zurückgezogen werden soll. Fraglich ist nur noch immer, in welcher Weise die Bereinigung der Restpunkte vorzunehmen ist. Man sucht einen Weg, der die Bereinigung zuläßt und für beide Seiten annehmbar ist. Der Gedanke des Schiedsgerichts ist dabei wieder stärker hervorgetreten. Der Entwurf der Juristen zu dem Ratsbeschluß in bezug auf die Investigationen wird von den Ministern zur Kenntnis genommen und gebilligt. Auch bezüglich des immer noch strittigen vierten Punktes, der „éléments stables", treffen am Nachmittag die Juristen ein befriedigendes Übereinkommen.

Am 11. wird nach einer überraschenden Verzögerung, dem franz. Einspruch gegen das Juristen-Abk. betr. die „éléments stables" (s. o.!), die Einigung vollzogen. Ein Kommuniqué über die zweistündige Sitzung der Außenminister, zu der nunmehr auch der japanische Vertreter Ishii zugezogen wird, wird zwar nicht vereinbart, doch dürften — wie die „Dtsch. Allg. Ztg." meldet — die Minister sich in den wesentlichen Punkten geeignet haben, und zwar in der Richtung, die für Deutschland nicht unbefriedigend zu sein scheint. Sie sind übereingekommen, bei ihren Regg.en Rückfrage zu halten und sich der Zustimmung der Kabinette zu versichern. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, wenn man diese Vorbehalte insbesondere für den franz. Außenminister Briand

gelten läßt. Sollten die Regg.en zustimmen, so würde noch — hinsichtlich des Investigationsprotokolls — der einstimmige Beschluß des Völkerbundsrates notwendig sein.

In der öffentlichen Sitzung des Rats erstattet der tschech. Außenmin. Benesch den Bericht über die Investigationsfrage. Auf Grund derselben faßt der Rat ohne Debatte und — wie erforderlich — einstimmig folgenden Beschluß: „In Erwiderung auf gewisse Fragen, die von der deutschen Regg. hinsichtlich der vom Völkerbundsrat am 27. Sept. 1924 und am 14. März 1925 angenommenen Regeln gestellt worden sind, trifft der Rat folgende Feststellungen: I. Der Völkerbundsrat entscheidet gemäß Art. 213 des Vertrages von Versailles durch Mehrheitsbeschluß, ob es in einem konkreten Falle notwendig ist, zu einer Investigation zu schreiten; er hat alsdann Gegenstand und Grenze der Investigation zu spezifizieren. Die Investigationskomm.en handeln unter der Autorität und nach den Weisungen des Völkerbundsrates, der mit Mehrheit beschließt. II. Um eine wirksame Investigation zu ermöglichen, hat sich die Investigationskomm. an die von der deutschen Regg. bezeichneten Vertreter oder deren Beauftragten zu wenden, denen es obliegt, unverzüglich die Mitwirkung der nach der deutschen Gesetzgebung zuständigen Verwaltungs-, Gerichts- und Militärbehörde herbeizuführen. Alsdann wird im beiderseitigen Einvernehmen zu den Nachforschungen und Feststellungen geschritten, die die Komm. in den Grenzen ihrer Aufgabe für zweckmäßig hält. III. Die Bestimmung, wonach die Angehörigen der dem Investigationsrecht unterworfenen Staaten nicht Mitglieder der Investigationskomm.en sein können, ist so zu verstehen, daß die Angehörigen des Staates, auf dessen Gebiet zu einer Investigation geschritten wird, niemals Mitglieder der zu dieser Investigation schreitenden Komm. sein sollen. IV. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Bestimmungen des Art. 213 des Friedensvertrages mit Deutschland über die Investigationen auf die entmilitarisierte Rheinlandzone in gleicher Weise wie auf die übrigen Teile Deutschlands anwendbar sind; diese Bestimmungen sehen für diese Zone ebensowenig wie für andere Gebiete die Einrichtung einer besonderen Kontrolle durch ständige und dauernde lokale Elemente vor. In der entmilitarisierten Rheinlandzone können derartige besondere, nicht in Art. 213 vorgesehene Elemente nur durch ein Abk. zwischen den beteiligten Regg.en eingerichtet werden. V. Die Feststellungen der vorstehenden Absätze I, II und III finden natürlich auch in dem Falle der Art. 159 des Vertrages von St. Germain, 143 des Vertrages von Trianon und 104 des Vertrages von Neuilly Anwendung."

12. Dez. Das Investigationsprotokoll.

Die Minister der sechs Mächte bringen in zwei Sitzungen die Behandlung der Militärkontrollfrage zum Abschluß, worauf das nachstehende, von Gaus und Fromageot verfaßte Schlußprotokoll veröffentlicht wird: „Im Verlauf einer Besprechung, die im 12. Dez. 1926 in Genf zwischen den Vertretern der Deutschen, Belgischen, Französischen, Großbritannischen, Italienischen und Japanischen Regg. über die vor der Interall. Militärkontrollkomm. und der Botschafterkonferenz noch in der Schwebe befindlichen Fragen stattgefunden hat, ist zunächst mit Genugtuung festgestellt worden, daß über den größten Teil der mehr als hundert Fragen, die zwischen den genannten Regg.en im Juni 1925 hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles strittig waren, eine Verständigung erzielt worden ist. Nur

die Verständigung über zwei Fragen steht noch aus. Alles berechtigt daher zu der Hoffnung, daß diese beiden Fragen geregelt werden können. Unter diesen Umständen ist folgendes vereinbart worden: 1. Die diplomatische Erörterung über die Frage der Festungen und die Frage des Kriegsmaterials wird von der Botschafterkonferenz fortgesetzt werden. Es werden neue Vorschläge gemacht werden, um die Erörterung zu fördern und ihren Abschluß zu erleichtern. 2. In der Zwischenzeit bis zur Erzielung einer Lösung werden alle in Rede stehenden Arbeiten an den Festungen eingestellt, unbeschadet des Rechts der Parteien, ihren Rechtsstandpunkt aufrechtzuerhalten. 3. Die Interall. Militärkontrollkomm. wird ab 31. Jan. 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Von diesem Tage an findet Art. 213 des Friedensvertrages Anwendung nach Maßgabe der von dem Völkerbundsrat gefaßten Beschlüsse. 4. Wenn an diesem Tage die bezeichneten Fragen wider Erwarten noch keine gütliche Lösung gefunden haben sollten, werden sie vor den Völkerbundsrat gebracht werden. 5. Für alle Fragen, die mit der Ausführung der erzielten oder noch zu erzielenden Lösungen zusammenhängen, kann jede der in der Botschafterkonferenz vertretenen Regg.en ihrer Botschaft in Berlin einen technischen Sachverständigen attachieren, der geeignet ist, sich mit den zuständigen deutschen Behörden ins Benehmen zu setzen."

Am 10. Dez. unterzeichnet der deutsche Außenminister Dr. Stresemann das Statut des Ständigen Internationalen Gerichtshofs.

Internationales

15.—19. März. (London) Arbeitszeitkonferenz.

Die Arbeitsmin. Englands, Frankreichs, Deutschlands Italiens und Belgiens treten in London zu einer Konferenz zusammen und beraten über das noch nicht ratifizierte Washingtoner Abkommen. Irgendwelche Beschlüsse über die Ratifizierung des Abk. werden dabei nicht gefaßt, doch wird die Auslegung einzelner Bestimmungen des Washingtoner Abk. klargestellt. Danach fällt die Arbeitszeit der Kleinbetriebe auch unter das Washingtoner Abk. Dem Baugewerbe wird für die Saison ein Überschreiten des Achtstundentags zugestanden, wenn der Jahresdurchschnitt die 48-Stundenwoche nicht überschreitet. Der Art. 5 des Übereinkommens läßt die Möglichkeit zu, daß diese Bestimmung auch auf andere Gewerbe sinnentsprechend angewandt wird. Für Deutschland ist von besonderer Wichtigkeit die Erklärung, daß „es zur Zuständigkeit der Gesetzgebung jedes Landes gehört, für die nach Art. 6b zu leistenden Überstunden eine Höchstzahl festzusetzen". Nach übereinstimmender Erklärung der Konferenzteilnehmer ist diese Formulierung so zu verstehen, daß diese Ausnahmevorschrift auch auf die Fälle eines dauernden Mehrarbeitsbedarfes angewandt werden kann. Sie ist besonders im Hinblick auf die Dawesbelastung für Deutschland wichtig und zwar in Verbindung mit Art. 14. Dieser Art. 14 des Washingtoner Abk. lautet folgendermaßen: Die Bestimmungen dieses Übereinkommens können in jedem Lande durch die Regg. im Falle eines Krieges oder anderer Ereignisse, welche die Landessicherheit gefährden, außer Kraft gesetzt werden. Nunmehr wird er wie nachstehend näher erläutert: Es besteht Einverständnis darüber, daß die Regg. den Art. 14 in seinem Wortlaut in die Landesgesetzgebung aufnimmt. Zweitens ist man darüber einig (von seiten des Vertreters Großbritanniens vorläufig), daß von Ausnahmeverordnungen nur im Falle

einer Krise Gebrauch gemacht werden darf, die die nationale Wirtschaft so stark trifft, daß die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung betroffen sind. Dagegen kann eine Wirtschafts- oder Handelskrise, die nur einzelne Wirtschaftszweige betrifft, nicht als eine Gefährdung der Staatssicherheit angesehen werden, daher sie die Außerkraftsetzung des ratifizierten Abk. nicht rechtfertigt.

Der Direktor des Internat. Arbeitsamts, Albert Thomas, faßt am 29. März in seinem Genfer Presseinterview die Ergebnisse der Londoner Konferenz im wesentlichen folgendermaßen zusammen: Die Konferenz hat die allgemeine Anerkennung des Grundsatzes des Achtstundentages bewiesen, da kein Staat mehr sich gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abk. erklärte und die Konferenz ausschließlich den Zweck hatte, eine allgemeine Auslegung der fünf wichtigsten Industriestaaten Europas herbeizuführen. Dieser Zweck wurde erreicht; es ist zu erwarten, daß England und Deutschland nunmehr ihre Arbeitszeitgesetzgebung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Washingtoner Abk. ausarbeiten und ihren Parlamenten vorlegen würden, womit auch das Inkrafttreten der franz. und belg. Gesetze gesichert wäre. Eine besondere Schwierigkeit liegt noch im Falle Italien, das seine Ratifizierung nicht nur von der Deutschlands, Englands, Frankreichs und Belgiens, sondern auch von der Ratifizierung der Schweiz abhängig macht. Die Schweiz aber beabsichtigt nicht, das Washingtoner Abk. zu ratifizieren, sondern will erst ein besonderes Ges. über die Arbeitszeit des Handwerkers ausarbeiten. Was den tiefern Sinn der Konferenz anlangt, so weist Thomas auf das große Interesse hin, das die engl. Industrie an der gemeinsamen Auslegung und der dadurch ermöglichten Ratifizierung des Washingtoner Abk. habe, da die sozialen Verhältnisse in England eine Hebung der engl. Wettbewerbsfähigkeit nicht auf dem Wege der Herabsetzung der Löhne und der Verlängerung der Arbeitszeit zuließen, sondern nur auf dem Wege der internat. Gleichstellung der Arbeitsbedingungen in den umgebenden Industrieländern. Thomas geht zum Schluß noch auf die großen Schwierigkeiten ein, die in London zu überwinden waren. Art. 14 des Abk., das die Außerkraftsetzung des Abk. im Kriegsfalle und im Falle nationaler Gefahr vorsieht, gab zu längeren Auseinandersetzungen Anlaß, mit dem Ergebnis, daß Art. 14 nur für Kriege in Anwendung kommen darf, die tatsächlich das Leben der ganzen Nation bedrohen. Eine zweite Schwierigkeit gab die Frage der Unterstellung der Eisenbahnbetriebe unter das Abk.

6. April. (Brüssel) Internationale Seerechtskonferenz.

Die Konferenz, an der Delegierte aus England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Schweden, Italien, Norwegen, Dänemark, Holland, Japan, Ungarn, Polen, Jugoslawien, Rumänien und Mexiko, ferner Mitgl. des Internat. Arbeitsamtes, der Verkehrskomm. des Völkerbundes der Elbe-Schiffahrtskomm. und der Europäischen Donaukomm. teilnehmen, hat die Aufgabe, die Schwierigkeiten der Vereinheitlichung der oft weit auseinandergehenden Rechtsauffassungen der verschiedenen Länder als auf dem Gebiete des Seerechts zu studieren. Zunächst steht zur Erörterung die Frage der Immunität von Schiffen im Staatseigentum.

12. April. (Zürich) Tagung des Exekutivkomitees der II. Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Der Vorschlag der engl. Unabh. Arb.-P., gemeinsam mit der III. Internationale eine neue gemeinsame Internationale zu schaffen, wird mit

247 gegen 3 St. abgelehnt und dies in einer Entschließung damit begründet, daß eine Zusammenarbeit erst dann möglich sei, wenn die Soz. sich in Rußland frei betätigen werden können. Eine besondere Entschließung verlangt, daß Deutschland im September in den Völkerbund als Ratsmitglied aufgenommen werde. Im allgemeinen werden das Übergewicht der Bundesversammlung über den Rat, sowie die Wählbarkeit aller Ratsmitglieder und schließlich die Universalität des Völkerbundes gefordert. Demnach müßten also die ständigen Sitze abgeschafft werden.

14. April. (Brüssel) Konferenz der Bergarbeiterinternationale.

15.—17. April. (London) Internationale Schiffahrtskonferenz.

Abgesehen von mehreren Entschl. über technische Fragen wird eine Entschl. betr. Völkerbund und Internationale Organisation angenommen. Wie der Referent Anderson-Großbritannien darlegt, spricht sie die Besorgnis aus, daß die internat. Organisationen, in denen Regg.en und andere Interessen vertreten seien, sich rasch vermehrten und dadurch eine unnötige Einmischung in die Tätigkeit der für den Schiffahrtsverkehr unmittelbar Verantwortlichen verursachten. Die Konferenz wäre bereit, mit dem Völkerbund zusammenzuwirken für die Freiheit des Verkehrs und Transits und eine angemessene Behandlung des Seehandels. Aber die Tätigkeit des Völkerbundes sollte sich auf diese Angelegenheiten beschränken. Es sollte ein Ausschuß des Völkerbundes gebildet werden, der sich bei der Ausarbeitung von Vorschlägen auf technische Körperschaften stützen solle. Bezüglich aller Fragen des internat. Seerechtes sollten das Internat. Seefahrtskomitee sowie die Brüsseler diplomatische Seefahrtskonferenz, bezüglich technischer Schiffahrtsfragen alle Sonderkonferenzen, wie die Londoner Konferenz der Regg.en Schiffahrt treibender Völker von 1914 in vollstem Maße nutzbringend herangezogen werden.

9. Mai. (Köln) Stellungnahme des Internationalen christlichen Gewerkschaftsbunds zum englischen Streik.

Der Vorstand beschließt eine Entschl., die u. a. erklärt, daß die engl. Bergarbeiter sich in einem gerechten Abwehrkampf befinden, und das wachsende Anstürmen des Kapitals gegen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in allen Ländern sowie die antisozialen Bestrebungen verurteilt. Alle Länder hätten die Pflicht, auf die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer Rücksicht zu nehmen und durch Einrichtung wirksamer Einigungs- und Schlichtungsinstanzen wirtschaftlichen Kämpfen vorzubeugen.

9. Mai. (Ostende) Eröffnung des Intern. Gewerkschaftskongresses.

12.—20. Mai. (Genf) Internationale Paßkonferenz.

25. Mai. (London) Intern. interparlamentarische Handelskonferenz.

An der Konferenz nimmt zum erstenmal seit dem Krieg ein Vertreter der Dnat. Vp., Abg. Dr. Lejeune-Jung, teil. Die Konferenz faßt folgende Beschlüsse: Die Konferenz gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die wahre Grundlage des internat. Handels die Freiheit der Meere ist, begleitet von einer gleichförmigen Behandlung der Schiffe aller Nationen in allen Häfen. Sie empfiehlt den einzelnen parlamentarischen Delegationen, ihren Regg.en und Parlamenten die baldige Ratifikation der internat. Seerechtskonventionen zu empfehlen, die von dem internat. Schiffahrtskomitee vorbereitet und von der Brüsseler Seeschiffahrtskon-

ferenz angenommen worden sind. Diese beziehen sich auf Konnossemente, die Haftpflicht der Schiffseigentümer, seerechtliche Pfänder und Hypotheken und die Immunität von Regierungsschiffen. Ferner empfiehlt die Konferenz die baldige Ratifikation der Seehafenkonvention von 1924, die vom Völkerbund vorbereitet worden ist. Eine weitere Entschl. gibt der Meinung Ausdruck, daß Reeder und Reedereigesellschaften nur in einem Lande, nämlich in dem ihres Sitzes, zur Gewinn- oder Einkommensteuer herangezogen werden dürften. Jede Form der Doppelbesteuerung der Schiffahrt solle im Interesse der internationalen Seeschiffahrt vermieden werden.

26.—29. Mai. (Amsterdam) II. Internationaler Sozialistischer Jugendkongreß.

Der Kongreß faßt eine Reihe von Beschlüssen auf dem Gebiet des Lehrlings- und Jugendschutzes.

30. Mai—6. Juni. (Paris) Kongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht.

Nachdem 29 von 40 Ländern, die auf dem Kongreß vertreten sind, das erkämpfte Stimmrecht der Frau besitzen, konzentriert sich die Arbeit des Bundes auf umfassende Reformen, die mit veralteten Traditionen zu ungunsten der Frau aufräumen sollen. Als Hauptthemata kommen zur Behandlung: 1. gleiche Moral für Mann und Frau; 2. gleiche Arbeitsbedingungen für Mann und Frau; 3. die Lage der unehelichen Mutter und ihres Kindes; 4. die Nationalität der verheirateten Mutter; 5. Soziallohn (Familienzulagen). Bei Punkt 2 entwickelt sich eine sehr bewegte Diskussion; die einen, vor allem Engländerinnen, erklären sich bedingungslos für völlig gleiche gesetzliche Regelung der Frauenarbeit; die anderen, besonders die Deutschen, verteidigen die besondere Schutzgesetzgebung zugunsten der durch „Gleichmacherei“ körperlich und seelisch gefährdeten Frau. Der engl. Antrag: „Keine gesetzliche Ausnahmeregelung der Frauenarbeit“ wird jedoch mit 91 gegen 78 St. verworfen.

Als Episode sei der auf dem Kongreß innerhalb der deutschen Delegation ausgebrochene Flaggenstreit erwähnt: Der Kongreßsaal ist mit den Flaggen der vertretenen Länder geschmückt, für Deutschland prangt an der Wand eine schwarz-weiß-rote Fahne. Die demokr. Delegierten, Schreiber, Dr. Lüders und Dr. Bäumer, erzwingen jedoch die Entfernung der Flagge und ihre Ersetzung durch eine schwarz-rot-goldene, die jedoch alsbald „gestohlen“ wird.

31. Mai—7. Juni. (Genf) 9. Internationale Arbeitskonferenz.

In der ersten Sitzung wird sogleich der Jahresbericht des Direktors des Arbeitsamts vorgenommen. Der belg. Arbeitervertreter Mertens überbringt den alljährlichen Protest der Arbeitergruppe gegen die nicht erfolgte Ratifizierung von Abk., vor allem des Washingtoner über den Achtstundentag. Am 1. steht im Mittelpunkt einer sehr bewegten Debatte die Frage der Ratifikation der Abk. Pugh kritisiert das mangelhafte Ergebnis der Londoner Konferenz (S. 498f.), andere, vor allem der italienische Vertreter, rechtfertigen die Nichtratifizierung, da große wirtschaftliche Schwierigkeiten im Wege stünden. Am 3. entwickelt sich ein interessanter Kampf um die Anerkennung des italienischen Delegierten, des faschistischen Arbeitervertreters Rossoni. Ein Mehrheitsantrag verlangt seine Anerkennung, ein Minderheitsantrag lehnt ihn ab. Jouhaux-Frankreich kritisiert das neue ital. Gewerkschaftsgesetz. Rossoni

betont, daß jetzt hier die italienische Gesetzgebung bekämpft würde, was satzungswidrig und unzulässig sei. Dann verteidigt er die ital. Gesetzgebung, die die Lage der ital. Arbeiter wesentlich gebessert habe. Allerdings sei sie dem volkswirtschaftlich schädlichen Prinzip des Streiks feindlich. Für die Soz. handle es sich übrigens beim Streik um revolutionäre Gymnastik. Der ital. faschistische Arbeitgebervertreter Olivetti erklärt, daß der Arbeitsvertrag zwischen den faschistischen Industriellen und faschistischen Arbeitern eine Million Arbeiter umfasse und daß die Arbeiter den Vertrag genau befolgten. Trotzdem bestehe zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Syndikalismus kein Zusammenhang. Auch das ital. Gesetz trenne Arbeitgeberverbände und Arbeitnehmerverbände, es entspräche also vollkommen den Versailler Bedingungen. Bei der Abstimmung stimmen 70 Delegierte für Rossoni, 31 gegen ihn. Sein Mandat ist also anerkannt.

Am 7. findet die feierliche Einweihung des Gebäudes für das Internationale Arbeitsamt statt.

20.—24. Juni. (Chicago) Eucharistischer Kongreß.

22.—25. Juni. (London) 1. Internat. Wanderungskongreß.

Der Kongreß, einberufen vom Internat. Gewerkschaftsbund und von der Soz. Arbeiterinternationale, behandelt den ganzen Fragenkomplex der Aus- und Einwanderung. Über das ursprünglich vorgeschlagene Prinzip der „Freizügigkeit", das politisch nicht eingeschränkt werden dürfe, kommt eine Einigung nicht zustande. In der Einleitung zu den beschlossenen Resolutionen wird die Auswanderung als eine naturnotwendige Erscheinung der kapitalistischen Entwicklung erklärt. Die Resolutionen fordern: die Errichtung einzelstaatlicher Wanderungsämter und eines internat. Wanderungsamts, die Abschaffung aller privaten Wanderungsagenturen, gesetzliche Sozialfürsorge für die einwandernden Arbeiter und die gewerkschaftliche Organisation derselben.

25 Juni. (London) Protest der Bergarbeiterinternationale.

Die Exekutive der Bergarbeiterinternationale erhebt einstimmigen Widerspruch gegen den Versuch der brit. Regg., die Arbeitszeit der Bergarbeiter zu verlängern. Denn es sei das eine ernsthafte Bedrohung nicht nur aller Bergarbeiter, sondern auch der Arbeiter jeder anderen Industrie.

29. Juni—3. Juli. (Aberystwyth) Kongreß der Internat. Vereinigung der Völkerbundligen.

1. Juli. (Oslo) Eröffnung der internationalen Tagung des Roten Kreuzes.

5.—11. Aug. (Wien) Internationaler Juristenkongreß.

In der abschließenden Sitzung der Komm. zur Einsetzung eines internat. Strafgerichtshofes wird eine Resolution angenommen, die die Schaffung eines internat. Strafgerichtes als Abt. des Ständigen Internat. Gerichtshofes im Haag billigt, dessen Kompetenz auf Delikte beschränkt sein soll, die durch Statut oder durch besondere Konventionen festgestellt sind.

16.—22. Aug. (Schloß Bierville b. Boissy-la-Rivière) VI. Internationaler Demokratischer Friedenskongreß.

Der Kongreß stellt dieses Mal die Jugendfrage in den Mittelpunkt seiner Erörterungen.

20. Aug. (Prag) Internationaler Studentenkongreß.

Auf dem Kongreß kommt die Frage zur Sprache, ob völkische Verbände, wie z. B. die „Deutsche Studentenschaft“, die ohne Rücksicht auf die Länder die gesamte deutsche Studentenschaft Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei umfaßt, in internat. Organisationen anzuerkennen sind oder nicht. Mit Berufung auf die Satzungen der C. J. E. wird die Aufnahme von solchen Verbänden abgelehnt, dennoch aber die innige Zusammenarbeit der C. J. E. mit ihnen gewünscht.

25.—27. Aug. (Genf) Kongreß der nationalen Minderheiten.

Abg. Dr.. J. Wilfan, Slowene (Italien), zählt in seiner Eröffnungsrede folgende Punkte der Tagesordnung auf: Sicherung der kulturellen Entwicklung, Sprachenfrage, wirtschaftliche Gleichberechtigung, Recht auf Staatsbürgerschaft sowie auf Gleichberechtigung im Wahlrecht und dessen Ausübung; er erklärt, daß die Selbsterhaltung der nationalen Gruppen im gesamteuropäischen Interesse liege. Eine beachtliche, wirkungsvolle Rede hält der deutsche Abg. Dr. Paul Schiemann-Lettland, der den Gegensatz zwischen Volksangehörigkeit und Staatszugehörigkeit darlegt und Mittel zur friedlichen Beseitigung dieses Gegensatzes skizziert.

26.—29. Aug. (Bern) Tagung des Fortsetzungsorgans der Stockholmer Weltkirchenkonferenz.

Beschickt ist die Konferenz von sämtlichen berechtigten Kirchen, 48 der europäischen, 14 der britischen, 12 der amerikanischen und 8 der orthodoxen Sektion. Eine fünfte Gruppe wird von den Missionskirchen gebildet. Hinzu treten als besondere Gruppe die altkatholische Kirche und die aus dem römisch-katholischen Verbande ausgeschiedene tschechoslowakische Kirche. In seiner Eröffnungsrede weist Erzbischof Söderblom-Schweden auf die Fortschritte hin, die der Gedanke der Kirchenkooperation seit den schweren Anfängen des Jahres 1920 in Genf gemacht habe. Die Bewegung habe sich seit Stockholm konsolidiert. Der Dean von Canterbury und Prof. Deißmann-Berlin legen die Akten der Weltkirchenkonferenz vor. In der letzten Sitzung wird einstimmig die Errichtung eines internat. Instituts für christlich-soziale Forschung mit dem Sitz in Zürich beschlossen.

Politisch nicht ohne Interesse ist die Antwort, die der Fortsetzungsausschuß auf den Brief der deutschen Delegation vom 29. Aug. 1925 durch folgende Entschl. am 28. Aug. erteilt: „1. Der Ausschuß hat das brennende Verlangen, das Familienband, das die verschiedenen Gruppen der Christenheit untereinander vereinigt, zu verstärken. Er erklärt, daß Christen, die in der Gemeinschaft mit Jesus Christus unter sich eins sind, ihr gegenseitiges Verhalten zueinander niemals abhängig machen von irgendwelchen offiziellen, in einem diplomatischen Dokument niedergelegten Erklärungen. In unseren religiösen Zusammenkünften genießen ja alle Christen, jeder Teilnehmer in gleichem Maß die gleiche Freiheit, die gleiche Achtung, das gleiche Vertrauen. Sind sie doch alle Teilhaber des des gleichen Brotes am Abendmahlstisch des Herrn, um in ihm ein Leib zu werden. (1. Kor. 10, 17.) Der Ausschluß hat daher den Wunsch, ins vollste Licht zu stellen, daß auf unseren internat. Versammlungen die göttliche Sache der einen unteilbaren Kirche zu unserer gemeinsamen Sache werde, die unmöglich mit der Sondersache irgendeines einzelnen Staates gleichgestellt werden kann. In Übereinstimmung mit diesen

Grundsätzen, die er im Geist des Vaterunser feierlich aufs neue zum Ausdruck bringt, schätzt sich der Fortsetzungsausschuß glücklich, ein brüderliches Wort des Friedens zu sagen, das geeignet ist, Mißverständnisse zu zerstreuen und seelische Wunden zu heilen. 2. Obwohl der Ausschuß davon Abstand nimmt, sich mit irgendwelchen rein politischen Gegenständen zu befassen, bekennt er sich doch zu der Überzeugung, daß das Arbeitsziel der Stockholmer Weltkonferenz, deren Werk er fortzusetzen hat, unlöslich verbunden ist mit der entschiedenen Bejahung bestimmter moralischer Prinzipien, die unumstößliche Grundwahrheiten des Reiches Gottes darstellen. In Übereinstimmung mit diesen Prinzipien gibt der Ausschuß bei diesem Anlaß rückhaltlos die Erklärung ab, daß es zu allererst auf die Wahrheit ankommt und daß keinerlei Interessen, mögen sie eine Einzelperson oder eine Gemeinschaft betreffen, sich der Wahrheit widersetzen dürfen. Er erklärt weiter, daß die Achtung vor dem gegebenen Manneswort die Regg.en wie die Einzelpersönlichkeiten zu beseelen hat; daß unmöglich durch Krieg festgesetzt werden kann, was recht ist; daß politische Urkunden durchaus nicht mit Notwendigkeit geeignet sind, ein endgültiges Urteil zu fällen; daß ein jedes erzwungene Bekenntnis, wo immer es auch abgelegt sein mag, moralisch wertlos und religiös kraftlos ist. Der Ausschuß erklärt es als geboten, daß durch jedes nur mögliche Mittel der Forschung ohne jede Zurückhaltung die gesamten Fragen der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch und für die Kriegsführung aufgeklärt werden, damit auf die Ereignisse selbst ein solches Licht falle, das ohne allgemeine Übereinstimmung erreicht werden kann. 3. Letztlich legt es der Ausschuß im Blick auf die tiefen Wunden die der von christlichen Völkern gegeneinander geführte Weltkrieg im Leibe Christi geschlagen hat, den christlichen Kirchen als eine überragende Pflicht ans Herz, daß sie in ihrer Predigt die in der Sündenvergebung sich offenbarende Langmut Gottes und sein in Christus und seinem Kreuze vollzogenes Werk der Versöhnung der Welt dergestalt verkündigen, daß dieser göttliche Geist die Beziehungen der christlichen Völker untereinander mit einer derartigen Kraft veredele, daß eine Frage, wie sie der Ausschuß hier zu behandeln genötigt war, nie wieder auftauchen kann. Schließlich lehnt der Ausschuß im voraus die falschen Schlußfolgerungen ab, die in anderen Kreisen an diese seine Erklärung etwa angeknüpft werden könnten. Er betont, daß seine von jedem politischen Hintergedanken freie Erklärung einen rein moralischen und völlig religiösen Charakter hat. Er ist ernstlich bestrebt, in seinem Fühlen und Handeln sich einzig leiten zu lassen durch das Beispiel Christi, unseres Vorbildes und unseres Herrn. Durch diese Erklärung betrachtet er den durch die deutsche Delegation berührten Gegenstand als erledigt.

26. Aug.—1. Sept. (Genf) Tagung der Interparlamentarischen Union.

Es handelt sich diesmal nur um eine Tagung der Fachausschüsse und des Rats und um die Vorbereitung der nächsten allgemeinen Konferenz, die 1927 in Paris stattfinden soll.

31. Aug. (Basel) Weltkraftkonferenz.

Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Frage des Austausches von elektrischer Energie; die mit Wasserkraft gut ausgestatteten Länder legen natürlich großen Wert auf den Export ihrer Energie, den sie für vorteilhafter bezeichnen als die Vertrustung der Kohle, da eine volle Ausnützung der Wasserkräfte die Gestehungskosten wesentlich vermindere.

2. Sept. (Genf) Aufruf zur Gründung des „Bundes für europäische Verständigung".

Eine Tagung von Staatsmännern und Politikern, die unter dem Vorsitz von Emil Borel, dem ehem. franz. Minister, im Palais Eynard zu Genf versammelt ist, beschließt einstimmig die Bildung des „Bundes für europäische Verständigung" und tritt mit folgendem Aufruf an die Öffentlichkeit: Die Regg.en haben die Zeichen gegeben zu einer neuen Politik der Versöhnung und der Verständigung. In diesem Bereich können jedoch die Regg.en nur die Wege weisen und ebnen. Es ist die Aufgabe der Völker selbst, den auf positive Arbeit gerichteten Zusammenschluß zu verwirklichen. Nichts ist erreicht, solange sie mit ihrer Zustimmung zurückhalten und ihr Wille unentschieden ist. Schließlich muß das, was in Locarno dank der Initiative einiger Staaten geschaffen wurde, zu einem gemeinsamen Unternehmen ganz Europas werden. Damit ein derartiges Einvernehmen zustande kommen könne, ist es unentbehrlich, zunächst zwischen den Völkern geistige Bande wechselseitigen Vertrauens zu schaffen. Aus dem Aktionsprogramm einer solchen Organisation müssen Erörterungen, die die gegenseitige Gehässigkeit wieder entfachen könnten, ausgeschaltet werden. So wird es möglich werden, gleich von Anbeginn das Gefühl wirklicher Einheit auf einer festen Grundlage entstehen zu lassen und eine den gemeinsamen Interessen dienende, positive Arbeit zu eröffnen. Zur Erreichung dieses Zieles erscheint als das geeignetste Mittel die Schaffung eines Bundes für europäische Verständigung, der sich aus Landesaktionen von mannigfacher Form (Verbände, Komitees usw.) zusammensetzen würde. Der Bund hat sich im wesentlichen das Ziel gesetzt, das Verständigungswerk der Regg.en zu ergänzen und deren künftige Schritte vorzubereiten, indem er auf die Völker selbst einwirkt und in ihnen das Bewußtsein ihrer Solidarität wachzurufen sich bemüht. Zu seinen Hauptaufgaben gehört demnach die Herbeiführung der europäischen Entspannung sowie der moralischen und effektiven Abrüstung, die Beseitigung der Ursachen künftiger Kriege durch freundschaftliche Verständigung, schließlich die tunlichste politische und wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen. Der Bund beobachtet die strengste Neutralität in allen inneren Fragen politischer und sozialer Natur. Er betrachtet die Erhaltung der nationalen und kulturellen Eigenart jedes Volkes als unentbehrliche Vorbedingungen aller europäischen Zusammenarbeit. Der Bund wird im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens aufs energischste jedes Streben nach einem kontinentalen Imperialismus bekämpfen, der sich eines Tages gegen andere Erdteile wenden könnte. Er nimmt sich vor, die Zusammenarbeit der verschiedenen Kontinente ebenso eifrig anzustreben, wie die der europäischen Völker. Sein letztes Ziel kann nur in der endgültigen Stabilisierung des Weltfriedens bestehen.

27. Sept. (Berlin) Internationaler Polizeikongreß.

30. Sept. (Genf) 2. Internationaler Kongreß der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer.

Die angenommene Entschl. gipfelt in folgenden Sätzen: Die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer sprechen ihren Abscheu vor dem Kriege aus, erklären als höchstes Ziel ihrer Bestrebungen die Schaffung eines dauernden Friedens und stellen fest, daß die internat. Beziehungen

auf der Achtung der Verträge und dem verbindlichen Schiedsverfahren für Streitfälle unter den Staaten aufgebaut werden müssen.

3.—6. Okt. (Wien) I. Paneuropa-Kongreß.

Auf dem Kongreß, den die vom Grafen Coudenhove-Calergi geleitete Paneuropa-Bewegung zum erstenmal veranstaltet, sind 28 Nationen vertreten. Dr. Seipel erinnert in seiner Eröffnungsrede an das Wort von Briand, daß man europäisch miteinander reden wolle. Es bestehe überall die Überzeugung, daß ganz Europa politisch und wirtschaftlich organisiert werden müsse. Dies sei auch die Absicht der paneuropäischen Union. Am zweiten Tag steht auf der Tagesordnung das Thema: Ist eine europäische Zollunion möglich? Als einleitender Referent spricht sich Delaisi-Frankreich für eine Zollunion Europas aus, die einen Markt von 250 Mill. Käufern hätte. In seinem Korreferat geht Geheimrat Julius Wolff-Berlin aus von den seinerzeitigen Bestrebungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland eine Zollunion zu schaffen, die damals bekanntlich gescheitert sei. Wolff spricht optimistisch über die Möglichkeit einer deutsch-franz. Zollunion und vor allem einer europäischen Zoll- und Handelskonferenz. Dr. Siegfried Strakosch, einer der führenden österr. Industriellen, spricht über die produktionspolitische Aufgabe der paneuropäischen Bewegung. Paneuropa erscheine ihm ein Ausblick und die Vorbereitung des politischen Paneuropa solle im Wege der Schaffung eines wirtschaftlichen Paneuropa versucht werden. Der deutsche Reichstagsabg. Dr. Mittelmann (Dtsch. Vp.) beantragt ein gemeinsames Vorgehen der paneuropäischen Bewegung mit der interparlamentarischen Union und mit der Union der Völkerbundsligen in der Minderheitenfrage. Dr. Wirth stellte nach längeren Ausführungen über das kommende Europa als Lösungsformel des deutsch-franz. Gegensatzes die These auf: „Frankreich die Sicherheit, Deutschland die Freiheit.“

14.—16. Okt. (Genf) 33. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts.

Aus dem umfassenden Bericht des Direktors sei folgendes hervorgehoben: Was die Ratifikation des Achtstundentags anlangt, so hat nunmehr Belgien dieselbe bedingungslos vollzogen. Sonst haben nur Bulgarien Chile, Griechenland, Italien, Rumänien und die Tschechoslowakei den Achtstundentag ratifiziert. Die Aussichten der Konvention in Deutschland findet der Direktor günstig. Ungünstig steht die Sache in Italien und England. In Italien wurde am 30. Juni 1926 sogar der Neunstundentag gestattet. In England wurde am 28. Juni 1926 die Verlängerung der Arbeitszeit in den Minen auf 8 Stunden vom Minister als provisorisch bezeichnet. Stark beschäftigt das Büro der Sachverständigenbericht über die Kosten der Sozialversicherung, der auf englischen Wunsch in Frankreich, Deutschland, den Ver. Staaten und der Tschechoslowakei zusammengestellt wurde, aber nicht ganz abgeschlossen werden konnte. Von den Arbeiten, die die beiden Arbeitskonferenzen dieses Jahres dem Verwaltungsrat überwiesen haben, seien hervorgehoben: Schaffung einer Komm. zur Prüfung der Berichte der Regg.en über die Durchführung der ratifizierten Konventionen; Vorarbeiten für die Behandlung der Arbeitslosenfrage auf einer späteren Arbeitskonferenz; Entscheidung, ob die Delegierten zum Rat Konferenzmitglieder sein müssen und ob die internat. Organisationen gegen eine Delegiertenernennung protestieren

würden (beides bezieht sich auf den Gegensatz zwischen faschistischen und nichtfaschistischen Arbeitern) Am 16. werden die Komm. zur beschleunigten Herbeiführung von Ratifikationen des Achtstundentages und die Komm. für die Sozialversicherung gewählt.

18.—20. Okt. (Wien) III. Kongreß des Verbandes für kulturelle Zusammenarbeit.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht das Thema: Die Rolle des Geistesmenschen in der Organisation Europas. Darüber halten der Franzose Paul Valery, Prof. Litt-Leipzig und der Italiener Guiliano bedeutsame Vorträge. Valéry verlangt, daß diejenigen, die empfinden, und die ein gemeinsames Kulturgut in eine bessere Zukunft hinüberretten wollen, sich sammeln zu neuer gemeinsamer Arbeit. Litt betont, daß für diese Arbeit der Intellekt nicht genüge. Es handle sich vielmehr um eine Gesamtbewegung des Geistes, die weder durch den Verstand noch durch eine bloße äußere Kooperation erfaßt oder geleitet werden kann. Beim Empfang des Kongresses durch den österr. Kulturbund spricht Prof. Alfred Weber-Heidelberg über das geistige Schicksal Deutschlands, das für die anderen Völker wie eine dunkle undurchsichtige Masse in der Mitte Europas liege. Eingebettet zwischen dem riesigen Kulturkörper des Westens mit dem Haupt in Paris und dem ungeheuren Leviathan des Ostens, dessen Schweif halb Asien durchwächst, habe Deutschland Europa wieder gefunden als die einzige Lebensmöglichkeit, und keine Nation werde daher besser europäisch sein als die deutsche. Im heutigen Chaos forme sich Neues, demgegenüber alte Gegensätze, politische, philosophische und konfessionelle, nebensächlich und bedeutungslos würden. Wir müßten unter den Völkern die Bewunderung und die Anerkennung des Besten lernen, das ein anderes Volk geleistet habe. Nur in einer solchen Atmosphäre des Enthusiasmus lerne das eine Volk das andere wieder verstehen als ein besonderes Wort Gottes in der Geschichte.

20. Okt. Weltwirtschaftsmanifest.

Wirtschaftsführer und Vertreter der Finanz von 16 Staaten veröffentlichen nachstehendes internat. Manifest: „Wir wünschen als Geschäftsleute die Aufmerksamkeit auf gewisse schwerwiegende und beunruhigende Zustände zu lenken, die unserem Urteil nach der Rückkehr zum allgemeinen Wohlstand im Wege stehen. Man kann nicht ohne Bedenken mitansehen, in welchem Ausmaß Zollschranken, Speziallizenzen und Verbote seit dem Kriege sich in den internat. Handel einzuschieben und seinen natürlichen Ablauf zu behindern vermochten. In keiner Periode während der neueren Geschichte hat es der Handel notwendiger als heute gehabt, von solchen Einengungen frei zu sein, um den Handeltreibenden zu ermöglichen, sich den neuen und schwierigen Bedingungen anzupassen. Und zu keiner Zeit haben sich die Beschränkungen des freien Handels so gefährlich vermehrt, ohne daß man die daraus entstandenen ökonomischen Konsequenzen gewahr geworden wäre. Der Zusammenbruch von großen politischen Gebietseinheiten in Europa war ein schwerer Schlag für den internat. Handel. Innerhalb weiter Gebiete, deren Einwohner bis dahin ihre Produkte im freien Handel ausgetauscht hatten, wurden eine Anzahl neuer Grenzen errichtet, die durch Zollgesetze eifersüchtig geschützt werden. Alte Märkte verschwanden. Rassengegensätze konnten Gemeinschaften auseinanderreißen, deren Interessen untrennbar

miteinander verwoben waren. Eine nicht unähnliche Situation würde entstehen, wenn ein Staatenbund die Bande zerreißen wollte, die sie miteinander verknüpfen, und anfangen würde, den gegenseitigen Handel zu hemmen und mit Strafen zu belegen, anstatt ihn zu fördern. Es kann kaum bezweifelt werden, daß unter diesen Umständen der Wohlstand eines solchen Landes sich rapide vermindern würde. Um diese neuen Grenzen in Europa zu kennzeichnen und zu verteidigen, wurden Lizenzen, Zölle und Verbote eingeführt, deren Resultate sich für alle Beteiligten bereits als höchst nachteilig erwiesen. Der eine Staat verlor seine billige Nahrungsversorgung, der andere seine Belieferung mit billigen Waren, Industrien litten unter Kohlenmangel, Fabriken durch das Fehlen von Rohmaterialien. Hinter den Zollmauern wurden, ohne wirkliche wirtschaftliche Grundlagen zu haben, neue regionale Industrien begründet, die infolge der Konkurrenz nur dadurch am Leben erhalten werden konnten, daß die Zollmauern noch höher wuchsen. Eisenbahntarife, die, von politischen Überlegungen beeinflußt, festgesetzt sind, machen Transitverkehr und Frachttransporte schwierig und teuer. Die Preise sind gestiegen und eine künstliche Teuerung hervorgerufen worden. Die Produktion als Ganzes genommen ist zurückgegangen, die Kredite haben sich verringert und das Geld hat sich entwertet. Zu viele Staaten haben in Verfolgung verfehlter Ideen von nationalem Interesse ihren eigenen Wohlstand in Gefahr gebracht und die gemeinsamen Interessen der Welt außer acht gelassen, indem sie ihre kommerziellen Beziehungen auf die ökonomisch unsinnige Basis stellten, allen Handel als eine Form von Krieg zu betrachten. Daher kann keine Erholung in Europa eintreten, bis die Politiker in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozeß, und daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind, und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist. Wenn wir ihren Handel behindern, vermindern wir damit auch die Möglichkeit, ihre Schulden abzuzahlen und unsere Produkte zu kaufen. Eingeschränkter Import bringt auch Beschränkung des Exports mit sich, und keine Nation kann es sich leisten, ihren Exporthandel zu verlieren. Da wir alle von der Einfuhr und Ausfuhr von Waren abhängig sind sowie von dem Prozeß des internationalen Güteraustausches, können wir nicht ohne schwerwiegende Bedenken eine Politik mitansehen, die die Verarmung Europas bedeutet. Glücklicherweise sind Anzeichen vorhanden, daß endlich die öffentliche Meinung in allen Ländern zur Erkenntnis dieser drohenden Gefahren gekommen ist. Der Völkerbund und die Internat. Handelskammer sind am Werke, alle Formalitäten, Verbote und Einschränkungen auf ein Minimum zu reduzieren, um, abgesehen von den Zolltarifen, die Unausgeglichenheit in diesen Zuständen zu beseitigen und Passagier- und Güterverkehr zu erleichtern. Einflußreiche Persönlichkeiten in einigen Ländern setzen sich für völlige Aufhebung der Zolltarife ein. Von anderen Seiten ist der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen vorgeschlagen worden, die in jedem Falle eine Meistbegünstigungsklausel enthalten soll. Einige Staaten haben in kürzlich abgeschlossenen Verträgen die Notwendigkeit anerkannt, den Handel von allen niederdrückenden Beengungen zu befreien. Und die Erfahrung lehrt allmählich auch andere, daß das Niederreißen der ökonomischen Hindernisse zwischen den einzelnen Nationen sich als sicherstes Heilmittel gegen das Stagnieren des Handels erweist, das überall zu verspüren ist. Bei den zugleich wertvollen politischen Resultaten, die sich aus einer solchen Politik ergeben

würden, die den bösen Willen durch guten ersetzen würde und die Exklusivität der Völker in Zusammenarbeit umwandeln, wollen wir uns nicht aufhalten. Aber wir wünschen unserer festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Wiedereinführung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit in sich birgt, Handel und Kredit in der Welt wieder herzustellen."

Unterzeichnet ist das Manifest von Vertretern aus folgenden Staaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Ungarn und Ver. Staaten von Nordamerika.

Die französischen Vertreter haben mit folgendem Vorbehalt unterschrieben: „In der Befürchtung, daß einige Stellen des Manifestes zu gewissen Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung Anlaß geben können, legen die Unterzeichneten Wert darauf, die Punkte zu präzisieren, mit denen sie einverstanden sind. Sie sind der Auffassung, daß der Zustand der Unsicherheit und der wirtschaftlichen Unordnung, unter dem die Länder Europas gegenwärtig zu leiden haben, in den Folgen des Krieges und insbesondere in den Währungskrisen, die sich daraus ergeben haben, seinen Ursprung hat. Sie glauben, daß zur Vermeidung einer Verschärfung einer beunruhigenden Lage es vor allem geboten ist, daß die Länder, deren Währung noch nicht stabilisiert ist, auf dem raschesten Wege einer gesunden Währung zustreben. Diese Länder werden das um so eher können, als die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern auf normalen Grundlagen im Sinne einer Begünstigung des internationalen Handels wiederhergestellt werden. Sie sind in dieser Hinsicht der Auffassung, daß die übermäßige Höhe oder Starrheit gewisser Zollschranken, die unmittelbaren oder mittelbaren protektionistischen Übertreibungen, die übermäßigen Benachteiligungen oder Bevorzugungen und die Behinderung des internat. Verkehrs durch mißbräuchliche Transportvorschriften verurteilt werden müssen. Sie sprechen sich demgemäß für alle Maßnahmen aus, die auf die Beseitigung derartiger künstlicher Schranken gegen die uneingeschränkte Wiederaufnahme der internat. Wirtschaftsbeziehungen, wie sie in der Vorkriegszeit bestanden, hinzielen. Sie können die Tatsache nicht übersehen, daß es für einen modernen Staat unmöglich ist, zu leben und zu gedeihen, ohne mit den anderen Staaten Handelsbeziehungen zu unterhalten, und daß infolge der engen gegenseitigen Abhängigkeit der Völker das wirtschaftliche Gleichgewicht der Welt nur durch einen gegenseitigen Austausch von Kreditgewährung und Warenlieferungen hergestellt werden kann."

Ebenso verknüpften die Vertreter Italiens ihre Unterschrift mit einem Vorbehalt, der folgendermaßen lautet: „Die Unterzeichneten, die ihr Einverständnis mit dem Geist des vorstehenden Manifestes bekunden, möchten hervorheben, daß sie, wenn es ihnen möglich gewesen wäre, bei der Ausarbeitung des Dokuments mitzuwirken, es vorgezogen hätten, ihm an einigen Stellen eine andere und klarere Form zu geben. Vor allem würden sie es begrüßt haben, wenn nicht nur an der übermäßigen Höhe der Zollsätze und der Starrheit der in einzelnen Ländern geltenden Zollbestimmungen, sondern auch an all den zahlreichen Formen des unmittelbaren oder mittelbaren Zollschutzes, der Benachteiligungen oder Bevorzugungen, der künstlichen Prämien und der Auswanderungsbeschränkungen Kritik geübt worden wäre. Mit diesen Vorbehalten schließen sie sich dem Manifest gerne an."

20. Okt. (Paris) Tagung des Rats der Internationalen Handelskammer.

Einstimmige Billigung findet der Bericht des engl. Delegierten Lord Balfour, der sich mit der Beseitigung der bestehenden Handelsschwierigkeiten beschäftigt und der der internat. Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes vorgelegt werden soll. Der Bericht, dessen Inhalt in einer ausführlichen Darstellung veröffentlicht wird, verlangt zunächst die Schaffung eines einheitlichen Fremdenrechts auf Grund internat. Vereinbarungen, Abschaffung der Paßvisa, Erleichterung der Niederlassung usw. Sehr eingehend werden die notwendigen Verbesserungen der Eisenbahntransporte dargelegt, wobei u. a. die allgemeine Einführung des 24-Stundentages und Vereinheitlichung der Betriebsbestimmungen gefordert wird. Weitere Wünsche beziehen sich auf die Erleichterung der Schiffahrtstransporte, der Flußschiffahrt und des Flugdienstes. Der Bericht wendet sich sodann den Finanzfragen zu und macht eine Reihe Vorschläge zur Erleichterung des Kreditverkehrs. Weiterhin verlangt der Bericht freien Handelsverkehr für Rohstoffe im Austausch gegen Vorzugszölle für Fertigwaren. In diesem Zusammenhange werden die gegenwärtigen Zollschranken als das ernsteste Hindernis für den internat. Handel bezeichnet, und es wird die plötzliche Veränderung der Zolltarife verurteilt. Die Frage der Industrieverständigung sei besonders eingehend geprüft worden. Der Bericht spricht sich entschieden zugunsten derartiger Verständigungen aus und verlangt ihre weitere Ausdehnung, da auf diese Weise der Weg für weitergehende wirtschaftliche Vereinbarungen zwischen den Nationen geöffnet werde. Schließlich verlangt der Bericht die Schaffung einer ständigen Komm. für Zölle und wirtschaftliche Angelegenheiten, die unter Aufsicht des Völkerbundes stehen und im Zusammenhang mit der Internat. Handelskammer arbeiten soll. Weiter wird festgestellt, daß der Rat von dem Manifest der internat. Finanz (S. 507 ff.) Kenntnis genommen habe. Auf Vorschlag des deutschen Delegierten v. Mendelssohn stellt der Rat fest, daß die in dem Aufruf entwickelten Grundsätze mit der Politik der Internat. Handelskammer übereinstimmen. Der Balfourbericht ist als die von der Handelskammer gegebene Interpretation zu dem Manifest der internat. Finanz zu betrachten.

22. Okt. (Berlin) Internationale Konferenz über den direkten Personenverker von Europa nach dem Fernen Osten.

26. Okt. (Berlin) IV. Kongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie.

10. Nov. (Berlin) Internationaler Kongreß der „Gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff“.

22. Nov.—1. Dez. (Moskau) 7. Tagung der Erweiterten Exekutive der kommunistischen Internationale.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Stabilisierung des Kapitalismus, Kriegsgefahr, englischer Streik, Gewerkschaften, Bauernbewegung und China. Weltpolitisch bedeutend ist natürlich die Erörterung der Fragen im Zusammenhang mit China. Der Berichterstatter über die Lage in China, Tan Pingschan, legt dem Präsidium den Entw. seiner Ausführungen zu diesem Thema vor, die sich mit der Taktik und den

Problemen der revolutionären Bewegung in China befassen, und vom Präsid. genehmigt werden. In dem Entw. heißt es, daß die Ausdehnung der Einflußsphäre der Nationalregg. von Kanton den Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der revolutionären Bewegung bilden müsse. Die Erfolge der Kantontruppen würden in absehbarer Zeit zu einer Vereinigung der revolutionären Kräfte in China führen. Es sei nötig, den Zusammenschluß der chin. Arbeiter, der Bauern, des Kleinhandels und der fortgeschrittenen Bourgeoisie unter Führung der komm. P. zu betreiben und eine Nationalversammlung zur Realisierung der nationalistischen Ideale einzuberufen. Die Nationalversammlung müsse eine Regg. einsetzen, die die ganze chin. Nation vertrete und den Kampf gegen reaktionäre Großgrundbesitzer und Imperialisten aufnehme.

6. Dez. (Brüssel) 1. Internationaler Kongreß sozialistischer Frauen.

*

Nachtrag

(zu S. 355)

7. Dez. Außenpolitisches Exposé Tschitscherins anläßlich seines Berliner Aufenthalts.

In den Räumen der Berliner Botschaft der Sowjetunion skizziert Tschitscherin vor Vertretern der deutschen und ausländischen Presse die außenpolitische Lage der Sowjetunion. Er macht aufmerksam auf den letzten Artikel des engl. Schriftstellers, der unter dem Namen „Augur" in der Dezembernummer der „Fortnightly Review" eine Serie von Aufsätzen über das außenpolitische Problem abschließt. Dieser Schriftsteller sei dem russ. Ausw. Amt sehr wohl bekannt und arbeite als Werkzeug der Downingstreet. In seinem letzten Artikel erläutere er die Bildung einer Einheitsfront aller europäischen Staaten gegen die Sowjetunion. Er spräche damit dieselbe Idee aus, die schon Jules Sauerwein als den herrschenden Gedanken in der brit. Politik bezeichnet habe. Tschitscherin betont, daß die Freundschaftsbande, die die Sowjetunion und Deutschland verbinde, bereits so fest geworden seien, daß er sich völlig darauf verlasse. Trotzdem sei es notwendig, die Gefährlichkeit solcher Tendenzen zu unterstreichen, wie sie in dem angezogenen Artikel von „Augur" dargestellt würden. Nach diesem engl. Journalisten handle es sich um eine politische Zusammenfassung von England, Frankreich und Deutschland, deren Zweck sei, die Politik der osteuropäischen Staaten zu beeinflussen. Diese europäische Einheitsfront ende an der Westgrenze der Sowjetunion und umschließe also auch Polen. Ein deutsch-poln. Ausgleich solle sogar die Vorbedingung für das Zustandekommen dieser Mächtegruppierung sein. Würde dieses Programm auf dem europäischen Kontinent Gegenliebe finden, so müsse man darin die größte Gefahr für die weitere friedliche Entwicklung der politischen Verhältnisse sehen, zumal der Führer dieser neuen Gruppe nach den Worten „Augurs" Großbritannien sei. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen engl. Diplomaten bliebe leider die Tatsache bestehen, daß die Vertreter Englands an allen Sektoren der sowjetruss. Front im Geiste dieses Artikels der Sowjetunion gegenüberständen. Chamberlain habe Krassin bei dem letzten

Zusammentreffen erklärt, jeder engl. politische Agent berichte über die englandfeindliche Tätigkeit der Sowjetunion. Demgegenüber sei festzustellen, daß es keinen Sowjetagenten gäbe, der nicht über die systematische Feindseligkeit der brit. Diplomatie berichte. Die Sowjetunion habe stets der engl. Regierung einen Ausgleich angeboten, bisher aber ohne Erfolg. England habe in die Friedenshand nicht eingeschlagen. Es bestehe eine englische Einkreisungspolitik, die die Sowjetregg. nicht ohne Erfolg bekämpfe. Daher erforderten die vitalen Interessen der westlichen kleinen Nachbarn den Abschluß von Paktverträgen. Ein Ziel, das früher oder später erreicht würde. Grundsätzlich schlösse die Sowjetunion keine Schiedsgerichtsverträge ab. Doch zweifle Tschitscherin nicht, daß alle baltischen Staaten auch ohne Schiedsgerichtsklauseln Paktverträge abschließen würden. Der Vertrag mit Litauen trage sehr zur Stabilisierung der Verhältnisse in Osteuropa bei. Das Freundschaftsverhältnis zwischen diesem „zähen Volk" und der Sowjetunion sei von größter Bedeutung für die Erhaltung des Friedens. Das Verhältnis zu Polen gestalte sich dagegen immer schwieriger. Gelegentlich der Konferenz in Helsingfors vor zwei Jahren habe Polen als Zweck der Konferenz die Errichtung einer Mauer gegen die sogenannte „Barbarei im Osten", das heißt, gegen die Sowjet-Union bezeichnet. Bei seinem Besuch in Warschau habe er angenommen, daß die polnische Regierung den Gedanken der Errichtung eines baltischen Bündnisses unter polnischer Hegemonie aufgegeben habe. Die weiteren Verhandlungen lehrten jedoch, daß Polen diesen Gedanken nicht aufgegeben habe, und die Kluft trenne die Sowjetunion von Polen. Dagegen sei die Politik der Sowjetunion gegenüber Polen eine vollkommen friedliche. Artikel vom Geist des in der „Fortnightly Review" erschienenen zeigten das Bestreben, auf die deutsche Politik einzuwirken. Die deutsche Regg. und die deutsche öffentliche Meinung würden gewiß mit voller Kraft solchen Einflüssen widerstehen. Die Beziehungen zu Deutschland hätten sich immer mehr befestigt. Die Verhandlungen über den sowjet-deutschen Vertrag und die deutschen Kredite seien als hochwichtige politische Akte zu Tatsachen geworden. Eine feste Basis bestehe jetzt für die künftigen Beziehungen. Der Berliner Vertrag regle mit voller Bestimmtheit alle politischen Beziehungen, während die Kredite eine tiefgehende und dauernde wirtschaftliche Verbindung der Länder bedeuteten. Auch die Beziehungen zu Frankreich zeigten eine merkliche Festigung und Besserung. Frankreich sei fraglos die internationale Bedeutung der Sowjetunion klarer geworden. Dagegen trage das Verhältnis zu Rumänien in die franz. Politik sowie in die Politik des mit der Sowjetunion in guten Beziehungen stehenden Italien eine Dissonanz. Durch Abschluß unmittelbarer Paktverträge suche die Sowjetunion den Frieden zu sichern. Der Eintritt in den Völkerbund sei dagegen kein Mittel gegen Isolierung und bedeute keine Sicherung. Für jeden, der klar die Tatsachen erkenne, bedeute die Anwesenheit im Völkerbund eine Verminderung der Sicherheit und keine Verminderung der Isolierung, eine größere Abhängigkeit von anderen, und lege nur größere Machtmittel in die Hände des Staates, der nach „Augurs" Ausspruch der führende sei. In diese Falle lasse sich die Sowjetunion nicht locken. Paktverträge habe die Sowjetunion auch mit der Türkei und Afghanistan geschlossen. Vor der ganzen Welt wäre die Stärke und Tiefe des Freundschaftsverhältnisses für die Türkei nur deshalb klar zutage getreten. Die Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur zwischen der Sowjetunion und Persien seien auf dem besten Wege zu einer befriedigenden

Lösung. Im übrigen sei die Stellung gegenüber der persischen Regg. eine vollkommen freundschaftliche und vorbehaltlos loyale. Mit der Kuomintang-Rgg. und China sei die Sowjetunion befreundet; sie suche keine Intervention in chinesischen Angelegenheiten, freue sich aber über die Fortschritte ihrer Freunde. Die Versuche des Marschalls Tschang Tso-lin, sowjetrussische Rechte an der ostchinesischen Eisenbahn zu brechen, würden erfolglos sein. Töricht sei, daß „Augur“ und seine konservativen Glaubensgenossen in der Regg. der Sowjetunion die Quelle und Ursache der Arbeiterstreiks in England und der chinesischen nationalen Bewegung in China suchten. Der Regg. der Sowjetunion läge es völlig fern, als Friedensstörer zu wirken. Friede sei das erste Gebot für die Sowjetunion, allmähliche Besserung und Befestigung der Beziehungen zu den anderen Staaten bilde den Inhalt der Sowjetpolitik.

Liste der Verstorbenen des Jahres 1926

Amendola, ehem. ital. Kolonialminister, Cannes, 44 J., 6. April.

Graf Baudissin, Wolf, Prof. für Theologie a. d. Universität Berlin, ebd. 79 J., 9. Februar.

Frhr. v. Berlepsch, ehem. preuß. Handelsminister, Schloß Seebach bei Langensalza, 83 J., 2. Juni.

Beutler, Dr. Otto, ehem. Bürgermeister von Dresden, 63 J., 2. Aug.

Bitter, Albert, Erzbischof und ehem. apost. Vikar für Schweden, Melle (Hannover), 79 J., 19. Dezember.

Prinz Bonaparte, Napoleon Viktor, Brüssel, 63 J., 3. Mai.

von der Borght, Dr. Richard, ehem. Präsident des Kaiserl. Statistischen Amts, Berlin, 64 J., 16. April.

Brauer, Dr. Artur v., ehem. bad. Staatsminister, Baden-Baden, 81 J., 25. April.

Braune, Dr. Wilhelm, Prof. für german. Philologie a. d. Universität Heidelberg, 76 J., 14. November.

Breßlau, Harry, früh. Prof. der Geschichte a. d. Universität Straßburg, Heidelberg, 78 J., Mitte November.

Brussilow, A. A., russischer General, Riga, 73 J., 17. März.

Cassirer, Paul, Kunsthändler, Berlin, 55 J., 7. Jan.

Graf Crailsheim, Krafft, früh. bayer. Ministerpräsident, München, 84 J., 13. Februar.

Dalbor, Dr. Edmund, Kardinal-Primas von Polen und Erzbischof von Póznan, 57 J., 13. Februar.

Debs, Eugen, amerikanischer Sozialistenführer, elsässischer Abstammung, 71 J., 20. Oktober.

Dißmann, Robert, soz. Reichstagsabg., auf der Rückfahrt von Amerika, 48 J., 30. Oktober.

Dscherschinski, Begründer der Tscheka, Moskau, 49 J., 20. Juli.

Eberth, Karl, Prof. für Medizin a. d. Universität Berlin, Entdecker des Typhusbazillus, 91 J., 6. Dezember.

Ehlers, Ernst H., Prof. der Zoologie a. d. Universität Göttingen, 90 J., 4. Januar.

Ernst, Otto, Pseud. f. Otto Ernst Schmidt, Schriftsteller, Hamburg, 63 J., 5. März.

Eucken, Dr. Rudolf, Prof. für Philosophie a. d. Universität Jena, 80 J., 14. Sept.

Fehrenbach, Constantin, Reichskanzler a. D., Freiburg i. Br., 74 J., 26. März.

Fleiner, Wilhelm, Prof. der Medizin a. d. Universität Heidelberg, 68 J., 26 Juli.

Frantzius, Friedr. Wilh. Mich. von, früh. Direktor der Rechtsabteil. des Auswärtigen Amts, Berlin, 82 J., 4. April.

Franz, Dr. Karl, Prof., Direktor der Universitätsfrauenklinik der Charité, Berlin, 56 J., 24. September.

Garnich, Hugo, Vizepräsid. des preuß. Landtags, Dtsch. Vp., Berlin, 53 J., 27. Dezember.

Hagemann, Oskar, Prof. an der Landwirtschaftl. Hochschule Bonn, 14. Januar.

von Hahnke, Dr. Oskar, Vorsitzender des Reichslandbundes, Konstanz, 5. August.
Hammer, Generalleutnant, Dresden, 63 J., 18. Jan.
Hatschek, Dr. Julius, Prof. für Staatsrecht an der Universität Göttingen, 53 J., 14. Juni.
von Heeringen, Josias, Generaloberst, Berlin, 76 J., 9. Okt.
Heubner, Otto, Prof. und ehem. Direktor der Universitätskinderklinik in Berlin, Dresden, 84 J., 20. Oktober.
Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Christian Krafft, Sómogyszob, 78 J., 14. Mai.
Hortis, Attilio, Vizepräsid. des ital. Senats, Triest, 76 J., 23. Februar.
Jessen, Dr. Peter, Direktor der Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums in Berlin, 68 J., 15. Mai.
Israel, Dr. James, Direktor des jüd. Krankenhauses in Berlin, ebd., 78 J., 20. Februar.
Iy, ehemaliger Kaiser v. Korea, Söul, 52 J., 26. April.
Kaftan, Dr. Julius, Prof. der Theologie a. d. Universität Berlin, 77 J., 29. August.
Kato, japanischer Ministerpräsident, 67 J., 27. Januar.
von Kehler, Karl, Generalleutnant, Erfurt, 70 J., 27 Mai.
Keim August, Generalleutnant, Mitbegründer des Flottenvereins, Ingenheim, 81 J., 12. Januar.
von Keppler, Dr. Paul Wilhelm, Bischof von Rottenburg a. N., Stuttgart, 74 J., 16. Juli.
Key, Ellen, Frauenrechtlerin, 77 J., 25. April.
Klein, Franz, Prof. u. früh. K. K. Justizminister, Wien, 71 J., 6. April.
Knapp, Dr. Georg Friedrich, ehem. Prof. für Nationalökonomie an der Universität Straßburg, Darmstadt, 84 J., 20. Februar.
Köhl, Karl, früh. demokr. Abg., Würzburg, 6. März.
Kräpelin, Emil, Prof. für Psychiatrie a. d. Universität München, 71 J., 7. Oktober.
Krassin, Leonid Borissowitsch, russischer Botschafter in London, 56 J., 24. November.
Kulemann, Wilhelm, früh. Reichstagsabg., Natlib., 75 J., 6. April.
Kuhnert, Wilhelm, Tiermaler, 19. Februar.
Landmann, Robert v., früh. bayer. Kultusminister, München, 81 J., 12. März.
Lensch, Dr. Paul, Universitätsprof., früh. Chefredakteur der Dtsch. Allg. Ztg., Berlin, 53 J., 18. November.
Lepsius, Dr. Johannes, Prof. für Orientalistik, Berlin, 67 J., 3. Februar.
Königinmutter Luise von Dänemark, Prinzessin von Schweden, Kopenhagen, 75 J., 20. März.
Ritter von Maffei, Alfons, Großindustrieller, ehem. Reichsrat der Krone Bayern, München, 8. Februar.
Magnusson, Jon, isländischer Staatsminister, 67 J., 25. Juni.
v. Mandry, früh. württ. Justizminister, Heilbronn, 25. November.
Königin Margherita von Italien, Bordighera, 76 J., 4. Januar.
Martersteig, Max, ehem. Intendant in Leipzig, Köln, 73 J., 5. November.
Mercier, Kardinal-Erzbischof von Mecheln, 76 J., 23. Januar.
Merten, Hans, k. Vizeadmiral a. D. u. k. osman. General der Artillerie Kommandant der Dardanellen im Weltkrieg, Berlin, 8. April.

Graf von Merveldt, Felix, Reichstagsabg. (Dnat. Vp.), Regierungspräsident, Münster, 56 J., 21. Oktober.
Merz, Präsident der Reichsgetreidestelle, Berlin, 43 J., 20. Februar.
Merzbacher, Dr. Gottfried, Asienforscher, München, 82 J., 14. April.
Mohamed VI., letzter Sultan der Türkei, in der Verbannung in San Remo, 65 J., 16. Mai.
Monet, Claude, impressionistischer Maler, Giverney, 86 J., 6. Dezember.
Muncker, Franz, Prof. der deutschen Literaturgeschichte a. d. Universität München, 71 J., 8. September.
Prinz Napoleon s. Bonaparte.
Oeser, Rudolf, Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft, ehem. Reichsminister, Berlin, 68 J., 3. Juni.
Königin Olga von Griechenland, Mutter des † Königs Konstantin, 75 J., 19. Juni.
Orellana, José Maria, Präsident von Guatemala, 26. September.
Herzog Philipp von Orleans, der Chef des ehem. regierenden Hauses in Frankreich, Palermo, 57 J., 29. März.
Pasitsch, Nikola, serb. Ministerpräsident, Belgrad, 81 J., 10. Dezember.
Pecher, Eduard, belg. Kolonialminister, Brüssel, 47 J., 27. Dezember.
Perathoner, ehem. Bürgermeister von Bozen, 77 J., 18. April.
Pfeiffer, Dr. Maximilian, deutscher Gesandter in Wien, München, 50 J., 3. Mai.
Pherekide, Michael, rumänischer Senatspräsid., früh. wiederholt Minister und Gesandter in Paris und Wien, Bukarest, 84 J., 28. Januar.
Pierstorff, Dr. Julius, Prof. der Staatswissenschaften a. d. Universität Jena, 75 J., 19. Januar.
Piloty Robert, Prof. für Staatsrecht a. d. Universität Würzburg, ebd., 62 J., 22. Juni.
Pohle, Ludwig, Prof. der Nationalökonomie an der Universität Leipzig, 57 J., 12. Januar.
Rampold, Paul, Admiral, Vizepräsid. des Automobilklubs, Berlin, 66 J., 28. April.
Fürst Radziwill, Ferdinand, früh. poln. Abg. im Deutschen Reichstag, Rom, 91 J., 1. März.
Reifferscheid, Dr. Karl, Prof. und Direktor der Universitätsfrauenklinik, Göttingen, 53 J., 8. März.
Graf Rex, Arth., Botschafter a. D., Flims (Schweiz), 70 J., 10. September.
Rilke, Rainer Maria, Dichter, Montreux, 52 J., 29. Dezember.
Rintelen, Friedrich, Prof. für Kunstgeschichte, Universität Basel, Catania, 45 J., 12. Mai.
Roethe, Gustav, Prof. für Germanistik a. d. Universität Berlin, Gastein, 67 J., 18. September.
Rosenthal, Dr. Eduard, Prof. d. Rechte a. d. Universität Jena, ebd., 72 J., 25. Juni.
Schuler, Dionys, Erzbischof, früh. General des Franziskaner-Ordens, Kloster Gorheim, Sigmaringen, 72 J., 8. September.
Fürst v. Schwarzburg, Sizzo, Groß Hartau (Sachsen), 67 J., 27. März.
von Soxhlet, Franz, ehem. Prof. für Agrikulturchemie a. d. techn. Hochschule München, ebd., 78 J., 7. Mai.
Sperl, August, Archivdirektor und Dichter, Würzburg, 64 J., 6. April.
Spiegel, Ludw., Rektor d. deutschen Universität in Prag, 63 J., 14. August.
Suchomlinow, Wladimir, früh. russischer Kriegsminister, Berlin, 78 J., 2. Februar.

Swoboda, Dr. Heinrich, Prof. für alte Geschichte a. d. Universität Prag, 70 J., 15. Juni.
Reichsfreiherr v. Thüngen, Hans Karl, Mitbegründer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, 74 J., 13. Januar.
Thyssen, Dr. Ing. Aug., Großindustrieller, Mülheim a. d. Ruhr, 84 J., 4. April.
Toselli, Enrico, Komponist, Florenz, 43 J., Januar.
Treichel, Präsident des Danziger Volkstages, Danzig, 56 J., 2. April.
Vaszonyi, ehem. ung. Justizminister, Baden bei Wien, 28. Mai.
Wach, Adolf, Prof. der Rechte a. d. Universität Leipzig, ebd., 83 J., 4. April.
Freiherr v. Wangenheim, Dr. Conrad, Führer des Bundes der Landwirte, 77 J., 10. Juni.
Weiskirchner, Richard, ehem. österr. Handelsminister und Bürgermeister von Wien, 66 J., 30. April.
Freiherr v. Weizsäcker, Dr. Karl, ehem. württemb. Ministerpräsident, Stuttgart, 73 J., 2. Februar.
Weule, Dr. Karl, Prof. für Völkerkunde a. d. Universität Leipzig, 61 J., 20. April.
Wiedfeldt, Dr. Otto, früh. deutscher Botschafter in Washington, Leiter der Firma Krupp A.-G., Essen, 55 J., 5. Juli.
Frhr. v. Wieser, Dr. Friedrich, ehem. österr. Handelsminister National-ökonom, St. Gilgen, 75 J., 23. Juli.
Wildermann, Dr. Rudolf, Domkapitular und Abg., Lörrach, 61 J., 23. April.
Kaiser Yoshihito von Japan, Hayama, 47 J., 24. Dezember.
Zubeil, Fritz, soz. Abg., Berlin, 79 J., 26. Dezember.
v. Zwehl, Hans, General der Infanterie a. D., Berlin, 75 J., 28. Mai.

Sachregister


UNIWERSYTETU GDAŃSKIEGO
BIBLIOTEKA

Personenregister